

DISSERTATION | DOCTORAL THESIS

Titel | Title

Erinnerungsmilieus im Rechtspopulismus

Über die Rolle von Parteien als Milieus bestimmter Erinnerungskulturen.
Eine computergestützte Aussagenanalyse an Beispielen rechtspopulistischer Parteien
aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Band 1 von 2

verfasst von | submitted by

Mag.phil. Andrea Romstorfer

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Doktorin der Philosophie (Dr.phil.)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |

UA 792 312

Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Geschichte

Betreut von | Supervisor:

o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schmale

DISSERTATION

ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS

Über die Rolle von Parteien als Milieus bestimmter Erinnerungskulturen.
Eine computergestützte Aussagenanalyse an Beispielen rechtspopulistischer
Parteien aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

BAND 1: TEXTBAND

INHALTSVERZEICHNIS DES ERSTEN BANDES

Danksagung	7
EINLEITUNG	9
Untersuchungsgegenstand	9
Eine neue politische Familie?	14
Forschungsziel	25
Die Primärquellen	28
Buchaufbau	34
KAPITEL 1: THEORIE UND METHODE	37
Was ist <i>rechte</i> Politik?	37
Was ist <i>rechter</i> Populismus?	39
Was ist <i>rechter</i> Nationalismus	44
Diskurshistorische Aussagenanalyse	48
Verfahrensgestaltung	49
Benutzer:in oder Gestalter:in?	54
KAPITEL 2: DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND UND DIE REPUBLIKANER	57
Kapitel 2.1: Die Alternative für Deutschland (AfD)	59
Kapitel 2.1.a: Analyse der ideologischen Vergleichskriterien	60
Beschreibung der Wir-Gruppe(n)	61
Beschreibung der Sie-Gruppe(n)	73
Kapitel 2.1.b: Analyse der erinnerungskulturellen Vergleichskriterien	78
Vergangenheitsbezüge der „Alternative für Deutschland“ (ohne Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien)	79
Kapitel 2.2: Die Republikaner (REP)	87
Kapitel 2.2.a/b: Analyse der ideologischen und erinnerungskulturellen Vergleichskriterien	88
Beschreibung der Wir- und Sie-Gruppen sowie der Vergangenheitsbezüge der „Republikaner“ (ohne Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien)	90
KAPITEL 3: DIE FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)	113
Kapitel 3.a: Analyse der ideologischen Vergleichskriterien	114
Beschreibung der Wir-Gruppe(n)	115
Beschreibung der Sie-Gruppe(n)	122
Kapitel 3.b: Analyse der erinnerungskulturellen Vergleichskriterien	129
Vergangenheitsbezüge der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (ohne Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien)	130
KAPITEL 4: DIE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)	141
Kapitel 4.a: Analyse der ideologischen Vergleichskriterien	142

Beschreibung der Wir-Gruppe(n)	143
Beschreibung der Sie-Gruppe(n)	158
Kapitel 4.b: Analyse der erinnerungskulturellen Vergleichskriterien	164
Vergangenheitsbezüge der „Schweizerischen Volkspartei“ (ohne Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien)	165
KAPITEL 5: ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS	179
Vergleich der ideologischen Kriterien	180
Rechtspopulismus und rechter Nationalismus	181
Vergleich der Rekonstruktivität	193
Erinnerungsmilieus im Rechtspopulismus	194
Eine alternative Erinnerungskultur?	208
Schlussbemerkung	213
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	215
Primärquellen der ersten Gruppe (PQ1)	217
Sekundärliteratur	219
Journals	227
Hörbuch	230
Onlinequellen	231
ANHANG ZUM ERSTEN DISSERTATIONS BAND	241
Kurzzusammenfassung	243

DANKSAGUNG

Die Erstellung dieser Dissertation stellte eine außerordentlich prägende Erfahrung dar und war von Beginn an eine große Herausforderung. Nicht nur die theoretische Behandlung des Themas, sondern auch die Entwicklung der Methode hat viel Zeit und Ausdauer in Anspruch genommen.

Mein besonderer Dank gilt daher meinem Betreuer, Professor Dr. Wolfgang Schmale, für seine tatkräftige und konstruktive Unterstützung, ohne die die Realisierung dieser Dissertation nicht möglich gewesen wäre. Durch seine exzellente Betreuung und hochgeschätzte Expertise war die Zusammenarbeit stets von den notwendigen kritischen Diskussionen begleitet, die wesentlich zur Qualität dieses Forschungsprojektes beigetragen haben. Seine geduldige, hilfsbereite und kompetente Begleitung weiß ich sehr zu schätzen und ich danke ihm daher herzlich für die Betreuung meiner Dissertation.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei Dr. Maximilian Diesenberger, der mich in der Anfangsphase meines Doktorats sehr inspiriert und motiviert hat.

Darüber hinaus gilt mein Dank den liebeswerten Menschen in meinem persönlichen Umfeld, die nicht müde wurden, mich auf meinem Weg zu ermutigen. An erster Stelle sind hier meine Mutter Dušica und meine Schwester Anita zu nennen, die mich bei der Verwirklichung meines Doktorats nach Kräften unterstützt haben.

Besonders inspirierend waren die Gespräche mit meinen Freunden, die mich intellektuell herausgefordert und zu einem produktiven Gedankenaustausch angeregt haben. Ihr wichtigster Beitrag war sicherlich der wohlwollende Zuspruch, insbesondere angesichts der turbulenten nationalen und internationalen Ereignisse, die sich zwischen der fakultätsöffentlichen Präsentation (FÖP) und der Einreichung der Dissertation zugetragen haben. Dazu zählen zahlreiche kritische Situationen, ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie, diverse innenpolitische Ereignisse in Österreich (z.B. Bundespräsidentenwahl 2016 oder Ibiza-Affäre 2019) sowie die steigende Anzahl kriegerischer Konflikte innerhalb und außerhalb Europas, um nur einige Beispiele zu nennen.

Danken möchte ich auch Helga Kahofer, Marina Käfer, Christian Zolles und Alessandro Barberi, die mir beim Lektorat der beiden Bände zur Seite standen und auch unter Zeitdruck ohne Zögern bereit waren, mir bei der Verbesserung meiner Texte zu helfen.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei der Universität Wien, insbesondere der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät sowie den Mitarbeiter:innen der Universitätsbibliothek für ihren administrativen und technischen Support bedanken.

EINLEITUNG

Als Europäer:innen erleben wir seit Jahren einen Aufschwung rechtspopulistischer Politik in vielen Staaten des Kontinents. Es ist nicht zu übersehen, dass der Identitäts-Diskurs die politische Agitation inhaltlich beherrscht und dies (in einigen europäischen Staaten) mit einer Stärkung „rechter Parteien“ einhergeht.¹ Ihre Polemiken und Positionen weisen zunehmend Ähnlichkeiten mit jenen nationalistischen Strömungen und Bewegungen auf, die das europäische 20. Jahrhundert geprägt haben. Es gibt zahlreiche Beispiele für die wissenschaftliche und kulturelle Aufarbeitung von „Rechtsnationalismus“, ob in Form von staatlichen erinnerungspolitischen Maßnahmen (Denkmäler, Gedenktage, Schulunterricht etc.) oder in Literatur, Film, Musik und Kunst. Dennoch wächst seit den 1990er Jahren und verstärkt seit den 2010er Jahren der Zuspruch für rechtspopulistische Parteien, wie die jüngsten Wahlergebnisse zeigen. Woher rührt das Erfolgspotential des Rechtspopulismus? Ist es ausschließlich auf Bildungs-, Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse zurückzuführen? Oder auf wirtschaftliche Unsicherheit und gesellschaftlichen Wandel?

Die vorliegende Dissertation möchte einen Beitrag zum besseren Verständnis des Rechtspopulismus leisten, indem sie die erinnerungskulturellen Aspekte der politischen Agitation rechtspopulistischer Parteien untersucht. Es wird gefragt, ob Rechtspopulismus einer zeitgenössischen Fortsetzung von Rechtsnationalismus entspricht und ob eine Auseinandersetzung mit Geschichte in der Programmatik stattfindet.²

UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Am 25. November 2023 trafen sich in der Villa „Landhaus Adlon“ am Lehnitzsee, einem Landhotel in der Nähe von Potsdam, „zwei Dutzend Menschen“, die vom investigativen Recherchekollektiv „CORRECTIV“ als „rechtsextreme Ideengeber, Vertreter der AfD und finanzstarke Unterstützer“ beschrieben wurden.³ Die

¹ Armin Schäfer und Michael Zürn, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. (Berlin 2021) S. 7-13, 59-62; Anna Berg, Electoral Strategy or Historical Legacy? The CDU's Reactions to Far-Right Parties in the Federal Republic of Germany, 1964–1990. In: Social Science History (2022) S. 531; Klaus Wahl, Die Radikale Rechte. Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen. Springer VS (2023) S. VI (Vorwort).

Vgl. Europäisches Parlament, Europaweite Ergebnisse ab 1979 (Wahlperioden stehen zur Auswahl). Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlergebnisse/1979-1984/konstituierende-sitzung/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

² Vgl. Per Leo, Maximilian Steinbeis und Daniel-Pascal Zorn, mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Klett-Cotta Verlag (Stuttgart 2017) S. 145-151.

³ Folgende Personen werden von CORRECTIV namentlich genannt: Roland Hartwig (Referent von Alice Weidel, AfD), Gerrit Huy (Bundestagsabgeordnete der AfD), Ulrich Siegmund (Fraktionsvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt), Tim Krause (AfD), Martin Sellner (ehem. Vorstand der Identitären Bewegung in Österreich), Mario Müller (Identitäre Bewegung in Deutschland), Simone Baum (Werteunion NRW, Vorstand), Michaela Schneider (Werteunion NRW, stellv. Vorstand), Silke Schröder (Vorstand des Vereins Deutsche Sprache) und Ulrich Vosgerau (ehem. Kuratoriumsmitglied der Desiderius Erasmus Stiftung). Genannt werden im Bericht auch einige Mitglieder der Familie Mörig (Gernot Mörig, Zahnarzt in Ruhestand, seine Ehefrau Astrid Mörig und Sohn Arne Friedrich Mörig).

Veröffentlichung dieses Reports erfolgte am 10. Jänner 2024,⁴ mehrere Medien berichteten dazu.⁵ Diese angeblich geheime Veranstaltung diene als Vernetzungstreffen und zur Geldbeschaffung für zukünftige politische Aktivitäten, darüber hinaus wurde unter anderem die Aussiedlung von Millionen Menschen aus Deutschland geplant. Nach Angaben von CORRECTIV hat Martin Sellner⁶ vor Ort eine Rede gehalten, die von dem Recherchekollektiv unbemerkt dokumentiert und verschriftlicht wurde. Darin soll Sellner von „Remigration“ gesprochen haben. Die Migrationsforschung beschreibt damit die Rückwanderung von Gruppen, die aufgrund von Arbeitsmigration, Flucht oder anderen Gründen ihre Geburtsländer verlassen haben.⁷ Doch bei dem Treffen im Landhotel soll der Begriff anders intendiert gewesen sein, nämlich als Euphemismus für die erzwungene Rückführung von drei Zielgruppen: Flüchtlinge und Staatsbürger:innen mit, aber auch ohne Migrationshintergrund („nicht assimilierte Staatsbürger“).⁸ Der CORRECTIV-Bericht wirft den Teilnehmer:innen dieser Konferenz vor, die „Vertreibung“ von Gruppen nach Kriterien der Abstammung und ideologischen Orientierung geplant zu haben.⁹ Nachdem dafür keine weiteren Beweise in Form von Tonband- oder Videoaufnahmen dargelegt wurden, ist der Bericht nicht direkt nachprüfbar. Glaubt man aber dem Vorwurf, so sähen wir (Europäer:innen) uns, knapp weniger als 80 Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager, mit den Deportationsfantasien von mehr oder weniger einflussreichen Gruppen konfrontiert.

Eine in diesem Sinne verstandene „Remigration“ vertrat beispielsweise auch der französische Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour von der Partei „Reconquête“. Er konkurrierte in Frankreich um den ersten Platz am rechten politischen Rand gegen den „Rassemblement National“ (RN)¹⁰ von Marine Le Pen. Im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl 2022 warb er mit der Einrichtung eines „Ministeriums für Remigration“,

⁴ Lolita Lax, Jean Peters und Kay Voges, Geheimplan gegen Deutschland. Entstanden als Koproduktion von CORRECTIV mit dem Volkstheater Wien und dem Berliner Ensemble (Januar 2024) <https://correctiv.org/wp-content/uploads/2024/01/Geheimplan-gegen-Deutschland-Das-Stu%CC%88ck.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024. Marcus Bensmann, Justus von Daniels, Anette Dowideit, Jean Peters und Gabriela Keller, Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland. CORRECTIV (10.01.2024). Online: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁵ Vgl. Rechtsextremismus. Treffen rechtsextremer Kreise in Potsdam alarmiert Parteien. Zeit Online/dpa/caf (11.01.2024). Online: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/potsdam-treffen-rechtsextreme-afd-parteien-reaktionen>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Christian Fuchs, Rechtsextremismus. Das ist die Gastgeberin des Geheimtreffens der Rechtsextremen. Zeit Online (11.01.2024). Online: <http://archive.today/2024.01.11-152906/https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-12/rechtsextremismus-schloss-rittergut-oberreinsberg-sachsen-grundstueckskauf/komplettansicht>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Deutschland. AfD bei rechtem Geheimtreffen zu Plan für Vertreibung von Millionen Menschen. Der Standard/ksh/apa (10.01.2024). Online: <https://www.derstandard.at/story/3000000202490/afd-bei-rechtem-geheimtreffen-zu-einem-plan-zur-abschiebung-von-millionen-menschen>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Alexander Kissler, „Es gab keinen Masterplan Remigration“: Ein Besuch im Landhaus Adlon und bei dessen Eigentümer, der die Welt nicht mehr versteht. Neue Zürcher Zeitung (3.02.2024). Online: <https://www.nzz.ch/international/es-gab-keinen-masterplan-remigration-zu-besuch-im-potsdamer-landhaus-adlon-ld.1775950>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁶ Martin Sellner ist Buchautor und ehemaliger Leiter der „Identitären“-Bewegung in Österreich. Vgl. Autorenverzeichnis des Verlags Antaios, online: <https://antaios.de/autoren/martin-sellner/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁷ Sylke Bartmann, Detlef Garz et al., Rückwanderer und Weiterwanderer: ein Aspekt der südkoreanischen Arbeitsmigration nach Deutschland. In: Zeitschrift für Qualitative Forschung, Jahrgang 13, Heft 1/2 (2012). S. 111-124.

⁸ Lax, Peters und Voges, Geheimplan gegen Deutschland (Januar 2024) S. 24. Online: <https://correctiv.org/wp-content/uploads/2024/01/Geheimplan-gegen-Deutschland-Das-Stu%CC%88ck.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹ William Walters, Nicholas De Genova et al., „Deportation“. In: (Hg.) Nicholas De Genova and Martina Tazzioli, Minor Keywords of political theory: Migration as a critical standpoint. A collaborative project of collective writing. Environment and Planning C: Politics and Space, Vol. 40, Issue 4 (2021). S. 853-860.

¹⁰ Die Partei hieß bis Juni 2018 „Front National“ (FN).

das sich der Rückführung „außereuropäische(r) Einwanderer in ihre Herkunftsländer“ annehmen sollte.¹¹ Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ veröffentlichte Anfang Februar 2024 auf ihrem parteieigenen YouTube-Kanal „FPÖ TV“ ein Video mit dem Titel „Freiheitliche Jugend hat kein Problem mit REMIGRATION!“.¹² Darin beklagt die „einheimische Jugend“ einen zu hohen Anteil von Schüler:innen mit Migrationshintergrund an österreichischen Schulen und erklärt Migration zur „Schlüssselfrage unserer Zeit“, während alle anderen Probleme „kompensierbar“ und „revidierbar“ seien. Am 14. Februar 2024 veröffentlichte die Partei die Pressemitteilung „FPÖ – Vilimsky: EU-Remigrationspakt statt EU-Migrationspakt!“. Der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky kritisiert darin, dass der „EU-Migrationspakt“ lediglich eine Umlenkung bzw. Verteilung der Migrationsströme in die Mitgliedstaaten vorsieht.¹³

„Was Österreich und Europa brauchen, ist ein Remigrationspakt, der endlich das Problem angeht, dass 80 Prozent der Rückführungen von Personen, die die EU verlassen müssten, trotzdem hier bleiben. Ebenso brauchen wir endlich eine ‚Festung Europa‘, die die Massenzuwanderung an den Außengrenzen unter Missbrauch des Asylrechts durch Zurückweisungen aufhält.“¹⁴

Diese Verschiebung des Sagbaren ist nach Ansicht des deutschen Autors und Publizisten Sascha Lobo das Resultat der Beteiligung rechter Parteien an Koalitionsregierungen. Er erkennt darin eine Ursache für die gegenwärtige Tendenz, wissenschaftliche Begriffe wie „Remigration“ umzudeuten, um rassistische Vorstellungen euphemistisch zu umschreiben und damit auch die bürgerliche Mitte anzusprechen. Für Lobo bedeutet „Remigration“ nichts anderes als „Ausländer raus für Abiturient:innen“.¹⁵ Auch die österreichische Sprachwissenschaftlerin und Diskursforscherin Ruth Wodak stellt eine „Normalisierung des Nicht-Normalen“ fest, allerdings im Wahlprogramm der „Österreichischen Volkspartei“ (ÖVP) zur Nationalratswahl im Oktober 2017.¹⁶ Als Beispiel nennt sie die Normalisierung der pejorativen Bewertung von Migrant:innen als Bedrohung und Belastung, die wiederum von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ übernommen wurde.¹⁷

„The election campaign of both the Austrian People’s Party (ÖVP) and the FPÖ focussed primarily on migration and refugee politics, based on a politics of fear and resentment.”¹⁸

Für Wodak ist die provokante „Performance“ ein Charakteristikum rechtspopulistischer Parteien, die mit Tabus brechen, sich nicht an politisch korrekte Sprache halten, sondern bewusst unhöflich oder beleidigend sind und

¹¹ Michaela Wiesel, Diskussion über „Remigration“. Le Pen droht der AfD. Frankfurter Allgemeine Zeitung (25.1.2024). Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/le-pen-droht-der-afd-diskussion-ueber-remigration-19473935.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Anna Tüne, Rechts, giftig und eloquent. Frankreich: Éric Zemmour kokettiert als Ultrarechter mit einer Kandidatur bei der Präsidentenwahl 2022. Wer ist der Mann? Der Freitag Ausgabe 46 (21.11.2021). Online: <https://archive.is/XgljZ#selection-1859.1-1859.110>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹² FPÖ-TV, Freiheitliche Jugend hat kein Problem mit REMIGRATION! Hochgeladen am 2. Februar 2024. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=BN5xBLhI6BQ>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹³ Freiheitlicher Parlamentsklub, FPÖ – Vilimsky: EU-Remigrationspakt statt EU-Migrationspakt! (14.2.2024). Online: <https://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/fpoe-vilimsky-eu-remigrationspakt-statt-eu-migrationspakt/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁴ Originaltext-Service GmbH (OTS), FPÖ – Vilimsky: EU-Remigrationspakt statt EU-Migrationspakt! OTS0107 (14.02.2024). Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240214_OT0107/fpoe-vilimsky-eu-remigrationspakt-statt-eu-migrationspakt, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁵ Jule und Sascha Lobo, Feel the News (18.01.2024). Online: <https://feel-the-news.podigee.io/102-remigration-die-nazis-von-nebenan>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁶ Ruth Wodak, Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: Politische Vierteljahrsschrift (PVS) 56 (April 2018) S. 324 zit. n. M. und S. Jäger 2007.

¹⁷ Wodak, Vom Rand in die Mitte (2018) S. 324.

¹⁸ Ebd. S. 323.

dabei „destruktive (eristische) Argumente“ ins Feld führen. Die „intentionale Schamlosigkeit“ schafft eine neue „Gruppenkohäsion“, die eine Festigung der „Gruppenidentität der WählerInnen gegenüber den (oft moralisierenden) Eliten“ bewirkt. Durch das Verletzen der Normen „politischer Korrektheit“ werden erweiterte „Sagbarkeits- und Möglichkeitsbedingungen“ gesetzt, die keine Konsequenzen für die Sprecher:innen haben.¹⁹

Diese Strategie hat der französische Politikwissenschaftler Jean-Yves Camus beim „Rassemblement National“ (RN) ebenfalls bemerkt. In den Programmen des RN wurde auf die richtige Terminologie geachtet. Anstatt „nationale Bevorzugung“ zu fordern, wurde von „nationaler Priorität“ gesprochen und statt „Abschiebung“ verwendete die Partei die Formulierungen „Umkehrung des Migrationsstromes“ und „Reduzierung der Zahl der in Frankreich zugelassenen Einwanderer“. Die Aussagen zu Einwanderung und Sozialmissbrauch fanden bei Anhängern des „Rassemblement National“ zwischen 2006 und 2013 großen Zuspruch.²⁰ Allerdings distanzierte sich Marine Le Pen nach der Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche deutlich vom Konzept der „Remigration“, das bei dem Treffen am Lehnitzsee besprochen wurde.²¹

„Le Pen sagte, ihre Partei habe niemals eine Politik der Remigration verteidigt, bei der Menschen die französische Staatsangehörigkeit entzogen würde, auch wenn ihre Partei die Bedingungen für den Erhalt der Staatsbürgerschaft kritisiere. Deshalb sei sie ganz und gar nicht einverstanden mit den Vorschlägen, die bei dem Treffen in Potsdam diskutiert worden sein sollen.“²²

In den Politikwissenschaften wird die rhetorische und ideologische Neuausrichtung des „Rassemblement National“ als „Dediabolisation“ bezeichnet.²³ Als Beispiel für diese Strategie nannte der Politikwissenschaftler Dimitri Almeida die Mäßigung des RN hinsichtlich seiner positiven Haltung zum „Ancien Régime“ und seiner Kritik an der Französischen Revolution. Unter der Führung von Marine Le Pen hat sich auch das Verständnis der nationalen Identität in den Kampagnen verändert. Zu dieser Aktualisierung gehört die Distanzierung von ethnischen Aspekten und die Hinwendung zum Laizismus.

„Das spezifisch französische Phänomen der konterrevolutionären Rechten, die das Ancien Régime wiederherstellen wollte, ist ein Relikt der Vergangenheit, die liberale Rechte ist wie in vielen Ländern Europas im Niedergang. Die konservative und populistische Rechte dagegen formuliert ihr ideologisches Arsenal neu und macht die Frage der Identität zur neuen Priorität, [...]“²⁴

In den jüngsten Programmen beschreibt der „Rassemblement National“ die französische Bevölkerung als Willens- und Vertragsgemeinschaft, dennoch wird von gebürtigen wie eingewanderten Bürger:innen die Verehrung der französischen Nation sowie die „totale Assimilation“ verlangt. Im „Manifesto“ von 2012 wurden daher

¹⁹ Wodak, Vom Rand in die Mitte (2018) S. 329-330.

²⁰ Jean-Yves Camus, Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei? In: (Hg.) Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse (Berlin 2014) S. 6, 8.

²¹ Reuters (rtr), Le Pen will mit AfD reden – Distanz zu Remigration-Politik. Handelsblatt.com (26.01.2024). Online: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/politik-le-pen-will-mit-afd-reden-distanz-zu-remigration-politik/100010493.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Nach CORRECTIV-Recherche: Französische Rechtspopulistin Le Pen distanziert sich von AfD (25.01.2024). Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/marine-le-pen-distanzierung-afd-remigration-massenvertreibung-correctiv-100.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

²² Ebd.

²³ Dimitri Almeida, TOWARDS A POST-RADICAL FRONT NATIONAL? PATTERNS OF IDEOLOGICAL CHANGE AND DE'DIABOLISATION ON THE FRENCH RADICAL RIGHT. In: Nottingham French Studies 52.2 (2013) S. 167-176; Camus, Der Front National (2014) S. 1, 4, 9.

²⁴ Camus, Der Front National (2014) S. 8.

„drakonische“ Bestimmungen für die Einbürgerung verlangt und die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige abgelehnt. Das Konzept des Laizismus wurde erst ab 2006 in die Programmatik inkludiert und diente vornehmlich der Integration von traditionellen politischen Standpunkten des RN. Laut Almeida wurde der Begriff als Antonym zu Multikulturalismus reinterpretiert und zur Untermauerung des Islam-Feindbildes genutzt.²⁵ Aus diesem Grund entspreche die Mäßigung der Partei bei spezifischen Themen wie Migration eher einer „Markenmanagementstrategie“ („brand management strategy“) als einer tatsächlichen ideologischen Deradikalisierung, so Almeida. Marine Le Pen fungierte im „Rassemblement National“ von 1998 bis 2003 als Leiterin des juristischen Dienstes und war in dieser Rolle sowohl mit Holocaustleugnungen als auch mit antisemitischen und rassistischen Aussagen von offiziellen Parteimitgliedern konfrontiert, die das Ansehen der Partei schädigten. Der Parteiaustritt von Bruno Mégret im Jahr 1998 und die darauffolgende Spaltung hatten dem „Rassemblement National“ deutlich Zuspruch gekostet. Einige gewählte Funktionäre und viele Mitglieder verließen die Partei. Das war der Ausgangspunkt für Marine Le Pen, als sie 2011 den Parteivorsitz von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen übernahm. Sein Erfolg als Präsidentschaftskandidat bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2002 und ihr innerparteilicher Aufstieg veranlassten sie, das Image der Partei zu verbessern. Es ist durchaus üblich, dass politische Parteien gelegentlich ihr „framing“ (Deutungsrahmen) ändern, während sie ihren ursprünglichen Präferenzen treu bleiben. Sie mäßigen sich bei einem Thema, um bei einem anderen Thema radikaler oder gleich zu bleiben.²⁶

„[...] parties may develop strategies that consist in moderating certain policy stances while at the same time sending unambiguous cues to activists signalling an enduring attachment to the traditional party line.“²⁷

Ein Beispiel für diese Strategie findet sich auch in den Programmen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“. Der Politologe Kurt Richard Luther beschäftigte sich intensiv mit der Geschichte der (west-)europäischen Parteienlandschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und verfolgte die Entwicklungen der FPÖ. Nach seiner Einschätzung setzte bereits unter dem Bundesparteiohmann (BPO) Friedrich Peter seit Mitte der 1960er Jahre, verstärkt aber seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine strategische „Normalisierung“ ein. Als Zeichen dafür nennt er die zunehmende Vernachlässigung des traditionellen Deutschnationalismus der FPÖ zu Gunsten eines österreichischen Nationalismus. Um die deutschnational gesinnten Funktionäre zu versöhnen, wurde und wird dieser „Österreichpatriotismus“ durch die Betonung relativiert, dass „die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe“ angehöre.²⁸

Jean-Yves Camus erkennt auch in der Distanzierung des „Rassemblement National“ von der traditionellen extremen Rechten in Frankreich lediglich eine „Verhüllungsstrategie“ bei gleichzeitiger Annäherung an die „populistischen und xenophoben Rechtsparteien“. Im Zeitraum von 1990 bis 2010 kam es zu zahlreichen Parteigründungen im rechten politischen Spektrum und die bestehenden Rechtsparteien orientierten sich zunehmend an der populistischen Protestform. Für Camus wird diese „neue politische Familie“ von der

²⁵ Almeida, TOWARDS A POST-RADICAL FRONT NATIONAL? (2013) S. 171-172.

²⁶ Ebd. S. 168-169, 175-176.

²⁷ Ebd. S. 170.

²⁸ Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ). Keele European Parties Research Unit (KEPRU), Working Paper 22, published by School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE), Keele University (Staffordshire 2005) S. 3, 19.

„Schweizerischen Volkspartei“ (SVP), der holländischen „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) und den skandinavischen Rechtspopulisten sowie in geringerem Maße auch von der Lega Nord repräsentiert.²⁹

„Das Präsidenschaftsprogramm von Marine Le Pen übernimmt das Vokabular und die Vorschläge der Einwanderungsinitiative der Schweizer SVP: Verwendung des Begriffs *immigration de masse* (Masseneinwanderung), Infragestellung der Freizügigkeitsabkommen und des Schengener Abkommens, automatische Ausweisung straffälliger Ausländer.“³⁰

EINE NEUE POLITISCHE FAMILIE?³¹

Die „Schweizerische Volkspartei“ wird aufgrund ihrer Bevorzugung von traditionellen soziokulturellen Strukturen (traditionelles Familienideal und Geschlechterrollen, Christentum), ihrer ökonomischen Ausrichtung (liberale Marktwirtschaft), ihrer Ablehnung des Wohlfahrtsstaates sowie ihrer xenophoben Rhetorik der „populistischen Rechten“ zugeordnet. Allerdings unterscheidet sie sich stark von der „extremen Rechten“, da weder die Partei noch ihre Mitglieder oder Anhänger:innen zu ideologischem Radikalismus, Militanz oder Gewalt neigen.³² Zudem ist die SVP traditionell im schweizerischen politischen System verankert, hat kontinuierlich Regierungsverantwortung übernommen und gehört zu den größten Parteien der Schweiz.³³

Die „Schweizerische Volkspartei“ entstand aus der Fusion der „Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei“ (BGB) und der „Demokratischen Parteien“ der Kantone Glarus und Graubünden. Das offizielle Gründungsdatum der SVP ist der 22. September 1971. Allerdings reicht die Parteigeschichte der schweizerischen Bauernparteien, aus denen die SVP als Nachfolgeorganisation hervorgegangen ist, bis ins Jahr 1917 zurück. Aus diesem Grund sieht die „Schweizerische Volkspartei“ in diesem Jahr den Beginn ihrer historischen Entwicklung und ist stolz auf ihre „respektable Parteigeschichte“. ³⁴ Die Vorgängerorganisation BGB, die 1936 gegründet wurde, war ein verlässlicher Koalitionspartner im sogenannten „Bürgerblock“ („bourgeois bloc“) und konsolidierte sich als rechtskonservative Partei im politischen System der Schweiz.³⁵

“With its emphasis on Swiss rural traditions deeply rooted in the country’s history and by representing the political epitome of the Swiss farmers’ community, the party made a vibrant contribution to the establishment of a national ideology, framed in the so-called Spiritual Defence of the Nation (Geistige Landesverteidigung) and largely responsible for the country’s growing sociocultural and political cohesion in the period after the mid 1930s.”³⁶

Historisch stand der „Bürgerblock“ für die Interessen von Bauern und örtlichen Gewerbetreibenden ein und richtete sich gegen Sozialismus, Internationalismus sowie Anti-Militarismus und die Großindustrie.³⁷ Nach dem

²⁹ Camus, Der Front National (2014) S. 4-5, 8; Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 296-306.

³⁰ Camus, Der Front National (2014) S. 6.

³¹ Ebd. S. 8.

³² Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 17-19.

³³ Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 219-220; Damir Skenderovic, The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945-2000. Berghahn Books (New York, Oxford 2009) S. 123-125.

³⁴ Die Schweizerische Volkspartei (SVP). Die Partei des Mittelstandes, Partei, Geschichte unter: <https://www.svp.ch/partei/geschichte/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

³⁵ Skenderovic, The Radical Right in Switzerland (2009) S. 125 zit. n. Gruner and Pitterle, Political Parties, p. 47.

³⁶ Skenderovic, The Radical Right in Switzerland (2009) S. 125 zit. n. W. Baumann and P. Moser, Bauern im Industriestaat, Zurich, 1999, p. 27.

³⁷ Ebd. zit. n. Gruner, Die Parteien in der Schweiz, pp. 154f.

Zweiten Weltkrieg kooperierte die BGB mit den ihr politisch und ideologisch nahestehenden Parteien, der „Schweizerischen Konservativen Volkspartei“ (SKVP), seit 1957 „Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei“ (KCV), und der „Liberalen Partei der Schweiz“ (LPS).³⁸ 1971 fusionierte die BGB mit den bereits genannten „Demokratischen Parteien“ und änderte den Namen in „Schweizerische Volkspartei“. Dem Schweizer Historiker Damir Skenderovic zufolge war das Ziel dieses Zusammenschlusses die Bildung einer Partei der konservativen Mitte, um ein größeres soziales Spektrum anzusprechen, was im französischen Parteinamen „Union démocratique du centre“ (UDC) stärker zum Ausdruck kommt.³⁹ Die politische und ideologische Stabilität der Partei setzte sich über die Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre fort, wobei die SVP bei den Nationalratswahlen im Durchschnitt zwischen 10 und 12 % der Stimmen erhielt.⁴⁰

“However, the programmatic opening and an electoral strategy designed to appeal to a wider range of voters failed to help the electoral performance of the SVP to improve and the party continued to stagnate around the 11 per cent mark.”⁴¹

Im Zuge der Umorientierung der Partei in Richtung der politischen Mitte kam es in den 1970er und 1980er Jahren wiederholt zu innerparteilichen Differenzen über die programmatische und ideologische Ausrichtung der SVP. In den 1990er Jahren vollzog die Partei einen „strukturellen und programmatischen Wandel“ hin zu einer rechtspopulistischen Partei mit nationalistischer und neoliberaler Ausrichtung. Federführend war dabei Christoph Blocher, der von 1977 bis 2003 Präsident der SVP des Kantons Zürich war und von 2003 bis 2007 als Bundesrat dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vorstand.⁴² Der Europawissenschaftler Gilbert Casasus bezeichnet die SVP als „Scharnierpartei“, die „einen Übergang zwischen dem traditionell demokratisch-konservativen Lager und dem rechten Spektrum“ ermöglicht.⁴³ Die Zuschreibung einer Verbindung der „Schweizerischen Volkspartei“ zum Nationalsozialismus sei jedoch „historisch und wissenschaftlich“ falsch. Er warnt vor „überspitzten Texten“ von kritischen Beobachter:innen, die er „taktisch und politisch als besonders unklug“ einstuft, da sie der SVP bzw. einzelnen Mitgliedern dabei helfen würden, sich als „Objekte von Hetzkampagnen“ darzustellen.⁴⁴ In seinem Beitrag „Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich?“ verweist Casasus auf die Kontroversen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. In den 1990er Jahren „entflammte“ eine Debatte darüber und es kam zur „Infragestellung der Schweizer Banken“.⁴⁵

„Gerade in der Schweiz führte dies darüber hinaus dazu, dass das Bild der neutralen und pazifistischen Schweiz ins Wanken geriet und öffentlich infrage gestellt wurde. Damit wurde es

³⁸ Skenderovic, *The Radical Right in Switzerland* (2009) S. 126-127 zit. n. M. Brändle, Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947–1995, *Swiss Political Science Review*, vol. 5, no. 1, 1999.

³⁹ Ebd. S. 128.

⁴⁰ Ebd. S. 128 zit. n. A. Ladner, *The Political Parties and the Party System*, in *Handbook of Swiss Politics*, eds U. Klöti et al., Zurich, 2004, p. 216.

⁴¹ Ebd. S. 128.

⁴² Wahl, *Die Radikale Rechte* (2023) S. 219; Skenderovic, *The Radical Right in Switzerland* (2009) S. 129-130. Vgl. Christoph Blocher, Werdegang. Online: <https://www.blocher.ch/career/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁴³ Gilbert Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? In: (Hg.) Claudia Globisch, Agnieszka Pufelska und Volker Weiß, *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*. VS Verlag (Wiesbaden 2011) S. 151.

⁴⁴ Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 152.

⁴⁵ Ebd. S. 158 zit. n. Skenderovic 2009.

für die Konservativen notwendig, neue Strategien zu entwickeln, die wiederum in der Infragestellung dieser Forschung bestanden.“⁴⁶

Sowohl der Altbundesrat Jean-Pascal Delamuraz von der „Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz“ (FDP) als auch Blocher polemisierten gegen diese Aufarbeitung und vertraten die Ansicht, dass „die Schweiz mit dem Zweiten Weltkrieg nichts zu schaffen gehabt habe.“⁴⁷ Seit den 2000er Jahren wurde das politische Interesse an einer Geschichtsdebatte zunehmend von anderen Themen verdrängt, wie beispielsweise „Jugendkriminalität“ und „Sozialpolitik“.⁴⁸ Die SVP konzentriert sich in ihren Programmen seitdem auf ökonomische und demografische Veränderungen, die Abschaffung des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dabei betont sie insbesondere die vermeintliche Bedrohung der Mehrheitsbevölkerung durch eingewanderte Gruppen, denen sie mangelnde Integrationsbereitschaft unterstellt. Besonders kritisch steht die SVP dem Islam und den Migrant:innen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Albanien und der Türkei gegenüber.⁴⁹

Seit den 1990er Jahren hat sich gezeigt, dass Kritik an wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen für rechte Parteien erfolgsbringend ist. Auch die „Schweizerische Volkspartei“ hat sich diesem Trend angeschlossen. Der Sozialwissenschaftler Klaus Wahl spricht hier vom Prinzip der „Angebots- und Nachfragefaktoren“. Das Thema der Einwanderung ist seit den 1970er Jahren ein Mobilisierungsfaktor für „rechtskonservative Kräfte“ in der Schweiz und hat in der Wählerschaft seitdem immer mehr an Zuspruch gewonnen.⁵⁰ Medienkritische Erklärungsmodelle für diese Entwicklung verweisen insbesondere auf die neuen Kommunikationsmedien wie Social-Media-Plattformen (z.B. „Facebook“, „Instagram“, „X“/„Twitter“). Populistische Parteien profitieren davon, dass sie ihre Botschaften zielgruppengerecht und bürgernah präsentieren können.⁵¹ Für die SVP ist zudem das Mittel der Volksabstimmung ein zentrales politisches Instrument. So unterstützte sie Referenden gegen Einwanderung, gegen den Bau von Minaretten und für die Ausschaffung von „im Ausland geborenen Kriminellen“.⁵²

„Man kann sogar davon sprechen, dass das demokratische System zu einem zentralen Einfluss- und Machtinstrument der Rechten geworden ist. Daraus wird der plebiszitäre Ansatz rechtsradikaler Denker ersichtlich; er gehört als wichtiger Bestandteil zu ihrem Programmkatalog, damit sie je nach Thema ihre Grundeinstellung weit innerhalb der schweizerischen Bevölkerung verbreiten können.“⁵³

Mit ihren Methoden und rhetorischen Strategien gelingt es der SVP, sowohl die wohlhabenden Wähler:innen als auch die „Globalisierungsverlierer“ anzusprechen.⁵⁴ Stimmen aus der gewaltbereiten rechtsextremen Szene, die seit den 1960er Jahren in der Schweiz vergleichsweise klein ist, erhalten jedoch andere Parteien wie die „Suisse

⁴⁶ Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 159.

⁴⁷ Ebd. S. 158.

⁴⁸ Ebd. S. 160.

⁴⁹ Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 136-137.

⁵⁰ Ebd. S. 138-139; Casasus, S. 155-156.

⁵¹ Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 151 zit. n. Ernst et al., 2019.

⁵² Ebd. S. 219; Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 152-153.

⁵³ Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 152.

⁵⁴ Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 220 zit. n. Caroll, 2014; Schellenberg, 2017; Skenderovic, 2011.

Romande“ oder die „Schweizer Demokraten“ (SD).⁵⁵ Mit dem „plebiszitären Instrument“ des Referendums war und ist die SVP sehr erfolgreich. Der politische Diskurs zu den Themen Migration, Religion und Kultur oder Kriminalität wird von ihr dominiert. Dabei nutzt die Partei das „Initiativrecht“, um „diffuse Ängste“ anzusprechen und sich als Schutzmacht der „legendären schweizerischen direkten Demokratie“ zu inszenieren.⁵⁶

Unter dem Einfluss von Christoph Blocher rückte die SVP programmatisch nach rechts. Bis in die 1990er Jahre gab es ein Kräftemessen zwischen den Parteifractionen der Kantone Bern und Zürich, die zusammen 65 Prozent der Mitglieder ausmachten. Die Berner SVP stand traditionell für einen rechtskonservativen, aber moderaten politischen Stil, während die Gruppe um die Zürcher SVP („Blocherite wing“) „rechtsradikale Agenden“ und populistische Strategien verfolgte. Aufgrund der Wahlerfolge setzte sich schließlich der „Blocher-Flügel“ durch.⁵⁷

Im Gegensatz zu der Schweiz starteten die meisten rechtsradikalen Parteien in Westeuropa ihre Karriere als Nischenparteien mit wenigen Kernthemen wie Eliten- und Systemkritik. Auch das erste Parteiprogramm des „Rassemblement National“, der damals „Front National“ hieß, konzentrierte sich auf die Ablehnung des politischen Establishments. Immigration wurde erst im Kontext der Wahlkampagne von 1978 relevant für die Programmatik der Partei. Seit den 1990er Jahren wurde das Repertoire zudem durch europa- und globalisierungskritische Positionen sowie sozialpolitische Aspekte ergänzt. Identitätspolitik und EU-Kritik sind Erfolgsthemen mit starker Symbolkraft. Sie werden taktisch eingesetzt und „suggerieren“ tiefgehende Veränderungen.⁵⁸

Im Sinne von Almeidas Beschreibung können auch die deutschen „Republikaner“ (REP) als „radikal rechte Nischenpartei“ bezeichnet werden.⁵⁹ Nachdem sich der Vorsitzende der bayerischen „Christlich-Sozialen Union“ (CSU) Franz Josef Strauß an der Organisation eines „Milliardenkredits“ für die DDR beteiligte, kam es zu Parteiaustritten. Daraufhin gründeten die ehemaligen CSU-Politiker Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie der Journalist Franz Schönhuber im Herbst 1983 die „Republikaner“.⁶⁰ Schönhuber war zudem bekannt als Moderator im „Bayerischen Rundfunk“ (BR).⁶¹ Mit 18 Jahren war er in die NSDAP und später in die Waffen-SS eingetreten. Bekannt wurde er durch die Veröffentlichung seiner Autobiographie „Ich war dabei“, in der er seine Erfahrungen in der SS niederschrieb. Aufgrund von „relativierenden Aussagen zur Schuld der Waffen-SS“ in diesem Buch

⁵⁵ Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 219-220; Michael Minkenberg, Die radikale Rechte in Europa heute. Profile und Trends in West und Ost. In: (Hg.) Claudia Globisch, Agnieszka Pufelska und Volker Weiß, Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. VS Verlag (Wiesbaden 2011) S. 116.

⁵⁶ Casaus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 153.

⁵⁷ Skenderovic, The Radical Right in Switzerland (2009) S. 129.

⁵⁸ Almeida, TOWARDS A POST-RADICAL FRONT NATIONAL? (2013) S. 169-170; Camus, Der Front National (2014) S. 3, 6-7.

⁵⁹ In dieser Dissertation wurde der Parteiname „Die Republikaner“ gekürzt und unter Anführungszeichen gesetzt. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, dass mit den „Republikanern“ oder REP stets nur diese deutsche Partei gemeint ist.

⁶⁰ Zum Datum der Parteigründung werden in der Literatur unterschiedlichen Angaben gemacht. In einem Artikel des Historischen Lexikon Bayerns nennt der Autor Andreas Morgenstern den 27.10.1983 als Gründungsdatum. Cas Mudde nennt den 17.11.1983. Allerdings haben sich mehrere Angaben in Muddes Buch als unpräzise erwiesen, wie beispielsweise Wahlergebnisse der „Republikaner“. Rainer Zitelmann, dessen Artikel in der „Zeitschrift für Politik“ 1989 erschienen ist, nennt den 26.11.1983 und in Clemens Gussone's Beitrag im Sammelband „Reden über Rechtsradikalismus“ wird vom 27.11.1983 als Gründungstag gesprochen. Vgl. Cas Mudde, The ideology of the extreme right (Manchester and New York 2000) S. 31; Rainer Zitelmann, DIE REPUBLIKANER – »NAZIS« – »RECHTSEXTREMISTEN« – »POPULISTEN«? Neuerscheinungen zu einem aktuellen Thema. In: Zeitschrift für Politik, 36(4) (1989) S. 410; Clemens Gussone, Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951-1989). Vandenhoeck und Ruprecht Verlage (Göttingen 2020) S. 377 und Andreas Morgenstern, Die Republikaner (REP), publiziert am 16.07.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns. Online: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Die_Republikaner_\(REP\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Die_Republikaner_(REP)), zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁶¹ Gussone, Reden über Rechtsradikalismus (Göttingen 2020) S. 377-378; Berg, Electoral Strategy or Historical Legacy? (2022) S. 543; Zitelmann, DIE REPUBLIKANER (1989) S. 410.

wurde Schönhuber 1981 vom BR entlassen.⁶² Für den deutschen Historiker Clemens Gussone galt die Parteigründung der „Republikaner“ als „Rechtsabspaltung“ von der CSU. Das Ziel war die Etablierung einer rechtskonservativen Partei auf Bundesebene, inspiriert von den Wahlerfolgen des „Rassemblement National“ in Frankreich. Nach internen Richtungsstreitereien traten Handlos und Voigt aus Protest zurück und Schönhuber wurde im Juni 1985 beim Bundesparteitag zum Parteivorsitzenden gewählt.⁶³ Parteisekretär wurde Harald Neubauer, der zuvor Mitglied der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) war.⁶⁴ In der Literatur zu den REP wird besonders die Protestwahl als Wahlmotiv und Grund für den wachsenden Zuspruch angeführt. In den Jahren 1983-1988 war die Arbeitslosigkeit in Bayern zum ersten Mal nach einer längeren Phase der Vollbeschäftigung gestiegen. Die Unzufriedenheit mit der CSU und das Feindbild „Migration“ werden ebenfalls als Begründung genannt („Aussiedler“⁶⁵ und Flüchtlinge).⁶⁶ Gussone weist zudem auf die wachsende ökonomische und soziale Verunsicherung gegen Ende der 1980er Jahre hin sowie auf eine „Orientierungslosigkeit beim Umgang mit der Vergangenheit seit dem Historikerstreit um die Positionen von Ernst Nolte“.⁶⁷ Die „Republikaner“ sprachen sowohl die sozialen Ängste als auch das Migrations-Feindbild an und konnten die Aspekte der „nationalen Identität und Kultur“ erfolgreich implementieren.⁶⁸ Obwohl sie in allen deutschen Bundesländern zu Wahlen antraten, waren sie zunächst nur in Bayern erfolgreich und galten als „Randerscheinung“. Bei den bayerischen Landtagswahlen vom 12. Oktober 1986 erreichten sie 3% der Stimmen.⁶⁹ Die Mehrheit ihrer Parteimitglieder kamen aus Bayern oder Baden-Württemberg, und bis Ende der 1980er Jahre lagen ihre Wahlergebnisse stets hinter anderen rechtsextremistischen Parteien wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU)⁷⁰ und der NPD.⁷¹ Der elektorale Durchbruch gelang den „Republikanern“ am 29. Jänner 1989 bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus mit 7.5% der Stimmen. Diesen Erfolg konnten sie bei den Europawahlen am 18. Juni 1989 wiederholen, bei denen sie einen Stimmanteil von 7,1% erreichten, was „über zwei Millionen Stimmen“ entsprach.⁷² In der Folge traten sie in die „Technische Fraktion der Europäischen

⁶² Mudde, *The ideology of the extreme right* (2000) S. 32.

⁶³ Gussone, *Reden über Rechtsradikalismus* (2020) S. 377-378.

⁶⁴ Mudde, *The ideology of the extreme right* (2000) S. 31-32.

⁶⁵ Gemeint sind Aussiedler aus der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Paktes in die Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Gussone, *Reden über Rechtsradikalismus* (2020) S. 391.

⁶⁶ Berg, *Electoral Strategy or Historical Legacy?* (2022) S. 543-544; Mudde, *The ideology of the extreme right* (2000) S. 32.

⁶⁷ Gussone, *Reden über Rechtsradikalismus* (2020) S. 397 zit. n. Allgemeine jüdische Wochenzeitung, Gedanken, vom 4.9.1987, S. 9.

⁶⁸ Berg, *Electoral Strategy or Historical Legacy?* (2022) S. 546.

⁶⁹ Zitelmann, *DIE REPUBLIKANER* (1989) S. 410. Vgl. Haus der Bayerischen Geschichte Bavariathek, Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1819, Landtage seit 1819, Der Landtag 1986-1990 (11. Legislaturperiode) zit. n. Peter Jakob Kock, *Der Bayerische Landtag. Eine Chronik*. Würzburg 1996, S. 282-322 und Wahlanalyse bei Hartmann, S. 589f. Online: https://www.bavariathek.bayern/medien-themen/portale/geschichte-des-bayerischen-parlaments/landtage-seit-1819.html?tx_parlament_pi4%5Baction%5D=show&tx_parlament_pi4%5Bcontroller%5D=Landtag&tx_parlament_pi4%5Bkategorie%5D=36&tx_parlament_pi4%5Blandtag%5D=368&cHash=4a14d7b60e39690a83cc09ec3000ada2, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁷⁰ Die „Deutsche Volksunion“ wurde am 16. Januar 1971 vom Herausgeber nationalistischer Zeitungen Gerhard Frey als Verein gegründet. 1987 erfolgte die Umbenennung in „Deutsche Volksunion – Liste D“ und die Parteigründung. Im Jahr 2011 fusionierte sie mit der NPD. Vgl. Gussone, *Reden über Rechtsradikalismus* (Göttingen 2020) S. 369-370. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hält zur DVU fest: „Anfang 2011 fusionierte sie mit der NPD zur ‚NPD-Die Volksunion‘. Verschiedene Klagen von Landesverbänden zögerten die Fusion zwar formal hinaus, doch mit der Rücknahme der Klagen im Mai 2012 war auch das Ende der DVU als eigenständige Partei besiegelt.“ Vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Kompakt erklärt, DVU, unter: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/dvu>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁷¹ Mudde, *The ideology of the extreme right* (2000) S. 32-33.

⁷² Berg, *Electoral Strategy or Historical Legacy?* (2022) S. 544-545, 547; Zitelmann, *DIE REPUBLIKANER* (1989) S. 410; Horst W. Schmollinger, Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989. Ein überraschender Wandel im Parteiensystem. In: Zeitschrift Für Parlamentsfragen, Vol. 20, No. 3 (Oktober 1989) S. 312-316.

Rechten“ (DR) im Europäischen Parlament ein, der auch der „Rassemblement National“ und der belgische „Vlaams Blok“ (VB) angehörten.⁷³ Die Wahlerfolge der „Republikaner“ lösten deutschlandweit politische Debatten darüber aus, ob es sich um eine rechtsextreme oder rechtskonservative Partei handelte.⁷⁴ Schließlich kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen über die ideologische Ausrichtung und 1990 zur Abspaltung des „extremistischen“ Flügels um Harald Neubauer, der sich später der Partei „Deutsche Allianz-Vereinigte Rechte“⁷⁵ anschloss. Trotzdem stimmten im April 1992 10,9% und am 24. März 1996 9,1% der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen für die „Republikaner“.⁷⁶

„Internationally, it had a short alliance with the FN and VB, which ended after the 1990 ‚split‘ when these parties accepted the group-Neubauer instead of Schönhuber as member of the Technical Group of the European Right. Schönhuber has always looked favourably upon the FPÖ, especially when Jörg Haider took over, but the Austrians kept their distance. During the first years after the fall of communism the German Republikaner were the inspiration of several short-lived initiatives in countries such as Hungary, Ukraine and Latvia, with which Schönhuber was also in contact.“⁷⁷

Für den deutschen Extremismusforscher Eckhard Fascher war das Hauptmerkmal ihrer Programmatik der Fokus auf „Ausländer und Asylwerber“ als Ursache für „sämtliche Probleme“. Außerdem gehörten auch die Kritik bzw. die Verleumdung der Politiker anderer Parteien zu ihrer Rhetorik sowie die Verharmlosung von „Gewaltakten gegen Asylbewerber“.⁷⁸ Ab Dezember 1992 wurden die „Republikaner“ vom deutschen Verfassungsschutz beobachtet und 1994 offiziell als „rechtsextremistische Partei“ gelistet.⁷⁹ Innerhalb der Partei brach ein Flügelkampf aus zwischen Schönhuber, der mit den „Republikanern“ eine Vereinigung aller Rechtsparteien und deren Wähler:innen anstrebte, und Rolf Schlierer, der sich vom rechtsextremen Flügel distanzierte. 1994 trafen sich Schönhuber und Gerhard Frey von der DVU mit dem Ziel eines Fusionsversuches, der jedoch scheiterte und am 25. September 1994 zur Absetzung Schönhubers führte. Beim darauffolgenden Bundesparteitag im Dezember 1994 wurde Schlierer zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Dennoch konnten die „Republikaner“ keine weiteren Wahlerfolge mehr erzielen.⁸⁰ Laut Fascher strebte Schlierer eine „Modernisierung“ und einen Umbau zu einer „rechtskonservativen koalitionsfähige Partei“ an. Damit hatten sie Erfolg bei Gruppen, die sich „nach einer ‚rein‘ deutschen Gesellschaft der traditionellen Geschlechterrollen, Werte und Normen, aber nicht unbedingt nach dem Nationalsozialismus zurücksehen.“⁸¹ Doch der Partei gelang die glaubwürdige Distanzierung vom rechtsextremen Flügel nicht und laut Verfassungsschutz konnten weiterhin Kontakte „zu bekennenden

⁷³ Kerstin Siebenhofer, Die politischen Fraktionen im Europäischen Parlament. Eine rechtshistorische Darstellung. Diplomarbeit, Karl-Franzens-Universität (Graz 2015) S. 34; Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 33; Europäisches Parlament, Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament – 1989- Deutschland. Online: <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/previous-elections>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; Europäisches Parlament, Ausgeschiedene Abgeordnete, Franz SCHÖNHUBER (3. Wahlperiode). Online: https://www.europarl.europa.eu/meps/de/1215/Franz_SCHONHUBER/history/3, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁷⁴ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 33-34; Gussone, Reden über Rechtsradikalismus (2020) S. 377-384.

⁷⁵ Diese Organisation wurde im selben Jahr umbenannt in „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).

⁷⁶ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 34-35, 37; Eckhard Fascher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Februar 1997, Vol. 28, No. 1 (Februar 1997) S. 26-27.

⁷⁷ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 38.

⁷⁸ Fascher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland (1997) S. 26.

⁷⁹ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 35.

⁸⁰ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 36-37; Fascher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland (1997) S. 21.

⁸¹ Fascher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland (1997) S. 21, 28

Nationalsozialisten, die auch vereinzelt Wahlkampfhilfe leisteten“, nachgewiesen werden. Probleme mit den Parteifinancen führten 1995 dazu, dass der bayerische Landesverband der „Republikaner“ zahlungsunfähig wurde. Noch im selben Jahr musste auch die Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen geschlossen werden.⁸² Danach konnten die REP keine nennenswerten Wahlerfolge mehr erzielen, bei den Landtagswahlen in Bayern scheiterten sie an der 5%-Hürde und bei der Europawahl im Juni 1999 erreichte sie einen Stimmenanteil von 1,7%. Im Jahr 2002 traten sie mit einem neuen Parteiprogramm zur Bundestagswahl an und konnten in drei Bundesländern über 1% der Stimmen gewinnen (Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz).⁸³

Die Einordnung von Parteien als extremistisch basiert nach Jesse vor allem auf einer antidemokratischen Haltung, dem Zulauf von Mitgliedern verbotener oder neonationalsozialistischer Vereinigungen und verfassungsfeindlichen Zielen. Er bestätigt, dass „Strömungen, die sich schwerlich mit demokratischem Gedankengut identifizieren“, innerhalb der „Republikaner“ vertreten waren. Die mangelnde Kritik an diesen Vertreter:innen in den eigenen Reihen und an anderen rechtsextremen Gruppierungen ließ ihre Abgrenzung vom Rechtsextremismus unglaublich erscheinen.⁸⁴ Der deutsche Verfassungsschutz kam im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2001 zu dem Schluss:

„[...] weiterhin seien ,tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen festzustellen, auch wenn nicht jedes einzelne Mitglied verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“.“⁸⁵

Die „fremdenfeindlichen Parolen“ in der Programmatik verstärkten die Unglaubwürdigkeit. Letztlich wurde die Partei bis 2006 vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Seit 2008 werden sie nicht mehr „mit nachrichtendienstlichen Mitteln“ beobachtet.⁸⁶

Auch von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ wurde wiederholt eine glaubwürdige Distanzierung vom Rechtsextremismus gefordert, nachdem zahlreiche „Einzelfälle“ dem widersprachen. Das „Mauthausen Komitee Österreich“ hat diese vermeintlichen Ausnahmen dokumentiert und in den Broschüren „Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Einzelfälle und Serientäter“ (2018) und „Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Viele Einzelfälle = ein Muster“ (2019) veröffentlicht.⁸⁷ Aufgrund der zahlreichen Diskussionen in den öffentlichen

⁸² Fascher, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland (1997) S. 22, 27-29 zit. n. Verfassungsschutz Baden-Württemberg (1995), a. a. O., S. 7f; Eckhard Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik, NEUE FOLGE, Vol. 50, No. 1 (März 2003) S. 22 zit. n. Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 140.

⁸³ Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002 (2003) S. 30-31; Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 36-37. Vgl. Haus der Bayerischen Geschichte Bavariathek, Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1819, Landtage seit 1819. Online: <https://www.bavariathek.bayern/medien-themen/portale/geschichte-des-bayerischen-parlaments/landtage-seit-1819.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁴ Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002 (März 2003) S. 21-22.

⁸⁵ Ebd. S. 22 zit. n. Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2001 (Berlin 2002) S. 140.

⁸⁶ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2006. Vorabfassung (Berlin 2006) S. 51; Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002 (2003) S. 22; Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage 15259, 16. Wahlperiode, Rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der Partei „Die Republikaner“, BT-Drucksache 16/10128, S. 1-3. Online: <https://dip.bundestag.de/vorgang/rechtsextreme-bestrebungen-innerhalb-der-partei-die-republikaner/15259?f.deskriptor=Die%20Republikaner&rows=25&pos=1&ctx=d>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁷ Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Einzelfälle und Serientäter. Aktualisierte zweite Auflage (Juni 2018) S. 1-28 und Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Viele Einzelfälle = ein Muster. Aktualisierte dritte Ausgabe (August 2019) S. 1-44.

Medien über die Nähe der FPÖ zum Nationalsozialismus ist der Begriff „Einzelfälle“ (im Plural) in Österreich zu einem geflügelten Wort geworden.⁸⁸

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) wurde am 7. April 1956 als Nachfolgeorganisation des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU) gegründet.⁸⁹ Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten Anton Reinthaller („überzeugter Nationalsozialist“⁹⁰ und „SS-Brigadeführer“), Friedrich Peter, Klaus Mahnert („NSDAP-, Blutordensträger“, „SA-, Sturmführer“ und „SS-, Obersturmbannführer“⁹¹) und Otto Scrinzi („SA-Sturmführer“).⁹²

„Trotz der relativ großen personellen Kontinuität zwischen VdU und FPÖ unter den Nationalratsabgeordneten war auch der Vorstand eindeutig von den ‚Belasteten‘ – hier wäre vor allem Bundesparteiobmannstellvertreter Heinrich Zechmann zu nennen – dominiert. Andererseits muss hervorgehoben werden, dass bei der ersten Wahl, an der die amnestierten Nationalsozialisten teilnehmen durften, alle Parteien um deren Stimmen buhlten, welche sich dann auch ziemlich gleichmäßig auf alle Parteien verteilen sollten.“⁹³

Luther teilt die Entwicklung der FPÖ von ihrer Gründung bis in die frühen 2000er Jahre in fünf „Perioden“ ein. In den ersten zehn Jahren war die FPÖ „organisatorisch schwach, programmatisch ausgesprochen national und auf wenige Themen beschränkt“ (erste Periode).⁹⁴ Ausbleibende Wahlerfolge aufgrund sinkender Wähler:innenzahlen und geringer Popularität haben die Partei aus dem politischen System ausgeschlossen. Programmatisch beschränkte sich die FPÖ auf ihre antikommunistische Haltung, Deutschnationalismus und die Kritik am österreichischen Proporz-System. 1958 wurde Friedrich Peter zum Bundesparteiobmann (BPO) gewählt und mit ihm setzte die erste „Normalisierungsphase mit stabilen Wahlergebnissen“ ein. Um die „intellektuelle Fundierung der Programmatik“ zu stärken, wurden neue „akademische Kräfte“ in die Partei aufgenommen, und die beiden Großparteien (ÖVP und SPÖ) erhöhten ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber der FPÖ.⁹⁵ Das sogenannte

⁸⁸ Anton *Pelinka*, Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: *Conflict & Communication*, Vol. 1, No. 1 (Berlin 2002) S. 4.

⁸⁹ *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs (2005) S. 3; *Pelinka*, Die FPÖ im internationalen Vergleich (Berlin 2002) S. 3; Freiheitliches Bildungsinstitut, *Blaues Österreich*, Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs, Ereignisse, Parteigründung 1956. Online: <https://www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/ereignisse/1956-gruendung-der-fpoe/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹⁰ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands. Unter: <https://www.doew.at/neues/wissenschaftliche-stellungnahme-zum-fpoe-historikerbericht#reinthaller>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹¹ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands. Unter: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/mai-2005/ns-apologie-in-freiheitlichem-magazin#mahnert>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹² Michael *Wladika*, Die personelle Ebene. In: Die FPÖ-Historikerkommission, Zusammenfassung des Rohberichtes. Zusammenfassung von Parlamentsrat Mag. Norbert *Nemeth* und Mag. Thomas R. *Grischany* (Juli 2019) S. 11-12; <https://www.derstandard.at/story/2000096984927/immer-rechts-auch-in-der-nsdap-die-gruendervater-der-fpoe>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Freiheitliches Bildungsinstitut, *Blaues Österreich*, Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs, Personen, Dipl.-Ing. Reinthaller Anton (1896-1958). Online: <https://www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/personen/personen/reinthaller-anton/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Freiheitliches Bildungsinstitut, *Blaues Österreich*, Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs, Personen, Friedrich Peter (1921-2005). Online: <https://www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/personen/personen/peter-friedrich/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹³ *Wladika*, Die personelle Ebene. In: Die FPÖ-Historikerkommission, Zusammenfassung des Rohberichtes (Juli 2019) S. 12.

⁹⁴ *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs (2005) S. 3; Daniel *Bischof*, Kurt Richard *Luther*: „Österreicher beklagen sich auf hohem Niveau“. *Die Presse* (4.02.2023). Online: <https://archive.is/e45s9#selection-1127.21-1127.66>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁹⁵ *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs (2005) S. 3, 17; Vgl. Freiheitliches Bildungsinstitut, *Blaues Österreich*. Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs. Ereignisse. Parteigründung 1956. Online: <https://www.fbi-politikschule.at/blauesoesterreich/ereignisse/1956-gruendung-der-fpoe/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

„Salzburger Bekenntnis“ von 1964 war die Grundlage für das 1968 beschlossene „Bad Ischler Programm“, das die Normalisierung einleiten sollte (zweite Periode). Die darin enthaltenen Aussagen zur sogenannten „Volksgesundheit“ und „Erbgesundheitspflege“ brachten der FPÖ den Vorwurf der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts ein. 1973 erfolgte eine Neukonzeption des Parteiprogrammes mit dem Titel „Freiheitliches Manifest“, das inhaltsreicher und aus „breiter innerparteilicher Diskussion“ hervorgegangen war. Es wurde weiterhin ein „organisches Gesellschaftsbild“ abgebildet und die bisherigen Kernthemen ergänzt um sozialpolitische Inhalte (gegen staatliche Fürsorge) und Familienpolitik. Für Luther enthielt dieses Programm bereits die typische Synonymisierung von „Volk“ und „Familie“ und deren metaphorische Beschreibung als „organisch gewachsene Gemeinschaft“. Dennoch wurden in der Normalisierungsperiode auch liberale Standpunkte eingenommen, vor allem wirtschaftspolitisch. Das „liberale Auftreten“ begünstigte den Übergang in die dritte Periode der politischen Akzeptanz, die auch unter BPO Norbert Steger (1980-1986) fortgesetzt wurde. 1983 bildete die SPÖ mit der FPÖ eine Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Alfred „Fred“ Sinowatz (1983-1986). Steger übernahm das Amt des Vizekanzlers. Die programmatischen Veränderungen, wie die allmähliche Ersetzung des deutschen durch einen österreichischen Nationalismus, wurden im „Salzburger Programm“ von 1985 festgehalten.⁹⁶

„Zur Versöhnung der nationalen und liberalen Traditionen der FPÖ sollte erstens das Hayeksche Prinzip der Freiheit dienen, das in Bezug sowohl auf den einzelnen als auch auf die nationale Gemeinschaft gedeutet werden sollte [...]. Im Salzburger Programm widerspiegeln sich also sowohl die liberale als auch die nationale Komponente, aber es dominiert zweifellos der Liberalismus, zu dem sich die Partei nun erstmals ausdrücklich bekannte.“⁹⁷

Doch die Veränderungen der wahlpolitischen und ideologischen Positionen führte zu internen Auseinandersetzungen und Richtungsdebatten. Bei einer „Kampfabstimmung“ am Bundesparteitag im September 1986 unterlag Steger dem „charismatischen“ Jörg Haider.⁹⁸ Bundeskanzler Vranitzky reagierte auf den BPO-Wechsel mit Ausrufung von Neuwahlen und markierte damit den Übergang der FPÖ in die (vierte) Periode des „populistischen Protests“. Im Zeitraum von 1986 bis 2019 hat die FPÖ konstant Stimmanteile zwischen 16-26% erreicht, bis auf die Nationalratswahlen in den Jahren 2002 und 2006. Der Wandel der FPÖ von einer kleinen Rechtsaußenpartei zu einer populistischen Mittepartei prosperierte in der „Haider-Ära“. ⁹⁹ Bei den Nationalratswahl im Oktober 1999 wurde die „Freiheitliche Partei Österreichs“ sogar zweitstärkste Partei mit 26,9% der Stimmen.¹⁰⁰ Die Protestorientierung fand breiten Anklang und wirkte integrativ nach innen und außen. Durch die Wahlerfolge veränderte sich die personelle Struktur sowohl der Wählerschaft als auch der Parteimitglieder. Während die Funktionäre verstärkt durch akademische Kräfte repräsentiert wurden, fand eine tendenzielle „Proletarisierung“ der von ihr angesprochenen Zielgruppen statt und die FPÖ verlor zunehmend das Image einer „historisch als ‚bürgerlich‘ eingestuften Partei“. ¹⁰¹ Ab Oktober 1997 wurde das „Linzer Programm“ wegweisend für die thematische Ausrichtung der FPÖ. Es enthielt nach Luther vier wichtige Schwerpunkte:

⁹⁶ Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (2005) S. 3, 17-18.

⁹⁷ Ebd. S. 18.

⁹⁸ Ebd. S. 3, 17.

⁹⁹ Vgl. Wahlergebnisse von 1986 bis 2019: Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahlen, Historischer Rückblick. Online: unter https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Historischer_Rueckblick.aspx, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁰ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich (2002) S. 2, 4; Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (2005) S. 4.

¹⁰¹ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich (2002) S. 1, 9.

Österreichpatriotismus, Kritik an der EU, eine Absage an die österreichische Neutralität inklusive Befürwortung einer NATO-Mitgliedschaft und das Bekenntnis zum Christentum.¹⁰²

„Dieses ist teils durch die persönlichen politischen Anschauungen Ewald Stadlers, der bei der Programmarbeit federführend war, zu erklären, entstammte aber auch parteistategischem Kalkül [...].“¹⁰³

Am 4. Februar 2000 übernahm die FPÖ erneut Regierungsverantwortung in der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition. Wolfgang Schüssel (ÖVP) wurde Bundeskanzler und Susanne Riess-Passer (FPÖ) Vizekanzlerin. Diesen Schritt wertet Luther als Übergang in die vermeintlich letzte Periode. Die Regierungskompetenz der FPÖ scheiterte damals an personellen, organisatorischen und strategischen Herausforderungen, doch die Form des populistischen Protests hat sich seither nicht geändert. Die Abspaltung durch die Gründung der Partei „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) unter Haider im Jahr 2005 schwächte die FPÖ, da viele Abgeordnete und Landesorganisationen abwanderten.¹⁰⁴ Die Liberalisierung der Partei unter Peter und Steger sowie eine klare Definition der FPÖ-Ideologie sind seither umstritten. Die Distanzierung vom Rechtsextremismus wirkt unglaublich, sowohl wegen der zahlreichen „Einzelfälle“ als auch angesichts der illiberalen und „rechtslastigen“ Inhalte ihres populistischen Protests.¹⁰⁵ Dennoch ist es der FPÖ aus eben diesem Grund gelungen, ihre Wählerstimmen zu maximieren. Doch die Periode des populistischen Protests war mit einer „ideologischen Promiskuität“ verbunden, die von einigen Funktionären als „Entideologisierung“ interpretiert wurde. Die Widersprüchlichkeiten im „Linzer Programm“ deuten auf die innerparteilichen Flügelkämpfe hin: Einerseits wird eine liberale und marktorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt, andererseits wird behauptet, man vertrete die Interessen des „kleinen Mannes“.¹⁰⁶ Für den österreichischen Historiker Anton Pelinka spiegeln diese Widersprüche die „Brüche“ wider, die im Zusammenhang der „Entwicklung einer österreichischen Identität von einer transnationalen über eine deutschnationalen zu einer spezifisch österreichischen nationalen Identität“ entstanden sind. Die FPÖ ist einerseits deutschnational, was eigentlich einer Absage an die Konvergenz von Staat und Nation entspricht, als andererseits auch österreichisch-patriotisch, wie sie in ihrer „populistischen Orientierung“ behauptet.

Aufgrund der Regierungsbeteiligungen in den 2000er Jahren und ihrer traditionellen Verankerung im österreichischen Parteiensystem gilt die FPÖ als eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien im europäischen Kontext. Ihre Sonderstellung ergibt sich zudem aus der Doppelrolle als „insider“- und „outsider“-Partei. Nachdem das deutschnationalen Lager in Österreich bereits seit „der Schlussphase der Monarchie“ existierte, blickt die FPÖ auf eine kontinuierliche Koexistenz innerhalb des politischen Systems zurück („insider“). Gleichzeitig wurde das sogenannte „dritte Lager“, das in den frühen Entwicklungsperioden der Partei stark von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt war, von den Großparteien SPÖ und ÖVP in den ersten Dekaden der Zweiten Republik systematisch aus der Regierungsverantwortung ausgeschlossen („outsider“). Diese Doppelrolle konnte die FPÖ mit populistischem Protest erfolgreich ins 21. Jahrhundert tragen. Sie gilt bis heute als österreichische und europäische Außenseiterpartei. Ihre personelle und programmatische Kontinuität zum

¹⁰² Davor pflegte die FPÖ ideologisch eine antiklerikale Tradition. *Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs* (2005) S. 16-19; *Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich* (2002) S. 2-3.

¹⁰³ *Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs* (2005) S. 19.

¹⁰⁴ Ebd. S. 3, 11, 23-24.

¹⁰⁵ Ebd. S. 19-20.

¹⁰⁶ Ebd. S. 20-21.

Nationalsozialismus spielt für diese Wahrnehmung eine signifikante Rolle.¹⁰⁷ Anton Pelinka fasste diese Besonderheiten wie folgt zusammen:

„Bei ihren Erfolgen kam der FPÖ zugute, dass sie einerseits auf ein kleines, aber intaktes ‚Milieu‘ des dritten, des deutschnationalen Lagers zurückgreifen konnte [...]. Andererseits aber vermochte die FPÖ, durch die Geschichte ihres – relativen – Außenseiterdaseins nach 1945, die Rolle einer quasi neuen, eben einer rechtspopulistischen Partei zu übernehmen.“¹⁰⁸

Eine ähnliche Neuausrichtung vollzog die „neofaschistische“ italienische Partei „Soziale Bewegung Italiens“ („Movimento Sociale Italiano, MSI“, 1946-1995), die in der Nachkriegszeit von Funktionären der ehemaligen „Republikanisch-Faschistischen Partei“ („Partito Fascista Repubblicano, PFR“) gegründet wurde.¹⁰⁹ Die Umwandlung zur rechtspopulistischen und xenophoben „Nationalen Allianz“ („Alleanza Nazionale“) im Jahr 1995 diente der Image-Verbesserung und Annäherung an die politische Mitte. Nach Jean-Yves Camus gehörte der MSI aufgrund seiner historischen Verbindung zum Faschismus zur Gruppe der „ausgeschlossenen Dritten (polo escluso)“, wie der „Rassemblement National“. Er wurde „geächtet“ und von „Regierungen und Mehrheitskoalitionen ferngehalten“.¹¹⁰ Das galt auch für die europäische Ebene. Wegen der Südtirol-Frage verweigerten die „Republikaner“ und der „Vlaams Blok“ (VB, seit 2004 „Vlaams Belang“) eine Zusammenarbeit mit dem MSI.¹¹¹

Inmitten dieser populistischen Blütezeit wurde 2013 die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gegründet. Sie entstand aus den Sammlungsbewegungen bzw. Vorläuferorganisationen wie der europakritischen Partei „Bund Freier Bürger“, der „Hayek Gesellschaft“, der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, dem „Bündnis Bürgerwille“, der „Wahlalternative 2013“ und dem christlich-fundamentalistischen Netzwerk „Zivile Koalition“, das von Beatrix von Storch initiiert wurde. Somit war die AfD von Anfang an ein Sammelbecken für wirtschaftsliberale, konservative und nationalistische Positionen.¹¹² Das erste Parteiprogramm der „Alternative für Deutschland“ aus dem Jahr 2013 ist auch der Ausgangspunkt für die vorliegende Analyse.

Im Jahr 2014 trat die AfD erstmals zu den Europaparlamentswahlen an und schloss sich zunächst der „Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) an.¹¹³ Nach der Wahl war die AfD in der „Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR) vertreten.¹¹⁴ Zu diesem Zeitpunkt war die „Freiheitliche Partei Österreichs“ Mitglied der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), zusammen mit dem RN und

¹⁰⁷ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich (2002) S. 2-4, 7.

¹⁰⁸ Ebd. S. 8-9.

¹⁰⁹ Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus-Konturen. Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: (Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Auflage (Wien 1993) S. 19, 71.

¹¹⁰ Camus, Der Front National (2014) S. 2/FN 1 zit. n. Piero Ignazi.

¹¹¹ Mudde, The ideology of the extreme right (2000) S. 33; Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. 300.

¹¹² (Hg.) Alexander Häusler, Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer VS (Wiesbaden 2016) S. 14; Wahl, Die Radikale Rechte (2023) S. VI (Vorwort), 300.

¹¹³ Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahl, Sitze nach Fraktion: 2014–2019 (scheidendes Parlament). Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/osterreich/2014-2019/scheidendes-parlament/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁴ Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahl, Ergebnisse nach nationaler Partei: 2014-2019. Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/deutschland/2014-2019/konstituierende-sitzung/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

dem VB.¹¹⁵ Seit 2019 haben sich alle genannten Parteien (AfD, FPÖ, RN, Lega Nord, VB) auf europäischer Ebene in der „Fraktion Identität & Demokratie“ (ID) gesammelt.¹¹⁶ Auch die „Republikaner“ waren im Europaparlament vertreten gewesen. Der Partei gelang einmal der Einzug ins Europaparlament in der Legislaturperiode 1989-1994.¹¹⁷ Franz Schönhuber war bis 1990 Mitglied der „Technischen Fraktion der Europäischen Rechten“ (DR).¹¹⁸

Angesichts dieser Entwicklungen im rechten politischen Spektrum in Deutschland, der Schweiz und Österreich bietet es sich an, ihre rechtspopulistischen Erscheinungsformen zu vergleichen. Insbesondere die Entwicklung von der radikalen Rechten zum Rechtspopulismus ist für das vorliegende Forschungsprojekt von Interesse. Deshalb wurden einige der prominenten Parteien ausgewählt, die in diesem Abschnitt beschrieben wurden. Dazu gehören die deutschen „Republikaner“, die „Alternative für Deutschland“, die „Freiheitliche Partei Österreichs“ und die „Schweizerische Volkspartei“. Um die Relevanz erinnerungskultureller Bezüge in ihrer politischen Agitation zu hinterfragen, wurden ihre Aussagen analysiert und verglichen. Die Kapitel 2 bis 4 zeigen, dass immer wieder Verbindungen zwischen diesen Organisationen bzw. ihren Parteimitgliedern dokumentiert sind. Es ist daher davon auszugehen, dass zumindest politischer Austausch zwischen diesen ideologisch verwandten Organisationen stattgefunden hat. Mögliche erinnerungskulturelle Überschneidungen, die sich aus den geopolitischen und historischen Verflechtungen zwischen den D-A-CH-Ländern ergeben, sind für die forschungsleitenden Fragen und Hypothesen von ebenso großer Bedeutung wie die Unterschiede.

FORSCHUNGSZIEL

Das Thema Rechtspopulismus beschäftigt unterschiedliche Disziplinen, und die Zahl der Publikationen zu diesem Thema hat seit Mitte der 1990er Jahre stark zugenommen. In internationalen Vergleichen wurde untersucht, ob es sich dabei um eine neue Ideologie handelt. Die Forschungsergebnisse konzentrieren sich üblicherweise auf bestimmte Aspekte und variieren stark in der Tiefe und im Umfang der Vergleiche. Viele Studien berücksichtigen jedoch mittlerweile die Komplexität der Thematik und versuchen, mit möglichst unterschiedlichen methodischen Ansätzen die Gründe für die populistische Wende in der Politik zu diskutieren. Dazu gehören sozialwissenschaftliche Fragestellungen zu nationalen und internationalen ökonomischen Zusammenhängen, demokratietheoretische Erklärungsmodelle, medienwissenschaftliche Untersuchungen zu den Folgen der Digitalisierung und soziokulturelle Analysen zur politischen Bildung sowie der Entstehung öffentlicher Meinungen. Andere Wissenschaftler:innen befassen sich mit der Analyse von Kernthemen, Wahlmotiven und -ergebnissen.¹¹⁹ Einige haben sich ausgiebig mit der Geschichte der Parteien im Kontext der nationalen

¹¹⁵ Fraktion „Europe of Nations and Freedom“ (ENF): Das Europäische Parlament, Ergebnisse der Europawahl 2019, Aufschlüsselung der Sitze nach Fraktion: 2014-2019. Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/tools/widget-land/deutschland/2014-2019/scheidendes-parlament/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁶ Zu dieser Fraktion gehören Abgeordnete aus acht EU-Mitgliedstaaten. Die größten Gruppen bilden die italienische „Lega Nord“ Partei, der französische „Rassemblement National“ und die „Alternative für Deutschland“. Vgl. Online-Auftritt der Parlamentsfraktion „Identity and Democracy“ unter <https://www.idgroup.eu/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁷ Siebenhofer, Die politischen Fraktionen im Europäischen Parlament (2015) S. 34; Europäisches Parlament, Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament – 1989- Deutschland. Online: <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/previous-elections>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁸ Europäisches Parlament, Ausgeschiedene Abgeordnete, Franz SCHÖNHUBER (3. Wahlperiode). Online: https://www.europarl.europa.eu/meps/de/1215/Franz_SCHONHUBER/history/3, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁹ Vgl. Wahl, Die Radikale Rechte (2023); (Hg.) Globisch, Pufelska und Weiß, Die Dynamik der europäischen Rechten (Wiesbaden 2011); Armin Schäfer und Michael Zürn, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus (Berlin 2021); Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002 (2003); Mudde, The ideology of the extreme right (2000); Eszter Kováts, Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing

strukturellen, institutionellen und historischen Rahmenbedingungen beschäftigt und mit ihrer Einbettung in die jeweiligen politischen Systeme. Politik- und sprachwissenschaftliche Analysen liefern zusätzliche Erkenntnisse über diskursive, rhetorische und stilistische Gemeinsamkeiten populistischer Parteien. Im Fokus stehen dabei insbesondere Veränderungen in der Programmatik sowie Narrative über Nationalität oder Elitenkritik. Andere Studien untersuchen, welche Vorstellungen von sozialen Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene die Parteien anbieten und wie sie die gesellschaftlichen Konfliktlinien darstellen.¹²⁰ Die Untersuchungen verwenden zudem verschiedene Methoden und Definitionen für linke und rechte Politik. Das verwendete Quellenmaterial ist heterogen und reicht von Wahlkampagnen und öffentlichen Auftritten bis hin zu Parteiorganen wie Parteizeitungen oder Webauftritten. Breit angelegte Vergleiche der internationalen Parteienlandschaften bieten einen brauchbaren Überblick, vernachlässigen aber nicht selten die Unterschiede zwischen den Parteien. Eine allgemeingültige Definition von linkem oder rechtem Populismus hat sich in der Wissenschaft noch nicht durchgesetzt. Dies liegt an der Komplexität des Diskurses und an der Aktualität des Gegenstands, der sich ständig weiterentwickelt und eine immer breitere gesellschaftliche Resonanz findet.

Dieses Projekt schließt an die interdisziplinäre Forschungssituation an und untersucht das Verhältnis rechtspopulistischer Programmatiken zur Vergangenheit. Der Fokus liegt auf dem erinnerungskulturellen Kontext ihrer Aussagen, insbesondere in Hinblick auf ihre Legitimationsfunktion. In der vorliegenden Dissertation wird die These untersucht, ob Rechtspopulismus in der ideengeschichtlichen Tradition des Rechtsnationalismus steht und daher übereinstimmende Begründungsstrategien aufweist. Um ihre ideologischen und erinnerungskulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, wurden die Parteiprogramme der ausgewählten Parteien mittels einer Aussagenanalyse untersucht. Es wurde geprüft, ob Parteien als „Milieus“ bestimmter Erinnerungskulturen fungieren, indem sie sich durch einen öffentlichen Umgang mit Geschichte auszeichnen, der typisch oder spezifisch für ihr politisches Spektrum ist. Rechtspopulistische Parteien dienen als Beispiele, um zu klären, ob sie der ideengeschichtlichen Tradition des „Rechtsnationalismus“ folgen und ähnliche, gleiche oder unterschiedliche Geschichtsbilder vertreten. Forschungsgegenstand sind die erinnerungskulturellen Aspekte ihrer politischen Agitation.

In Abgrenzung zur Forschungsliteratur zu nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien wird in der vorliegenden Analyse der übliche Fokus auf sozioökonomische Aspekte (Bildungshintergrund, Vermögens- und Einkommenssituation etc.) von Parteimitgliedern und Wähler:innen nicht berücksichtigt. Stattdessen liegt der Schwerpunkt auf dem Verhältnis von Inklusions- und Exklusionskriterien im Kontext der nationalen und internationalen Geschichtsaufarbeitung. Diese Dissertation beschäftigt sich mit der Frage, welches Geschichtswissen für die untersuchte Gruppe relevant ist, um ihre Vorstellungen von Gesellschaft zu begründen.

defiance to West-Eurocentrism. In: *Gender*, Heft 1/2021, S. 76-90; Osman Sabri *Kiratli*, Political discourses on Europe and European integration in national election manifestos and party programmes. In: *Cambridge Review of International Affairs* (July 2015).

¹²⁰ *Pelinka*, Die FPÖ im internationalen Vergleich (2002); *Gussone*, Reden über Rechtsradikalismus (2020); *Camus*, Der Front National (2014); *Skenderovic*, The Radical Right in Switzerland (2009); Lars *Rensmann*, The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age. In: *Politics and Governance*, Volume 5, Issue 4 (2017) S. 123-135. Ruth *Wodak*, Vom Rand in die Mitte (2018); *Almeida*, TOWARDS A POST-RADICAL FRONT NATIONAL? (2013); *Berg*, Electoral Strategy or Historical Legacy? (2022); Per *Leo*, Maximilian *Steinbeis*, Daniel-Pascal *Zorn*, mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Klett-Cotta Verlag (Stuttgart 2017); (Hg.) Vojn Saša *Vukadinović*, Rundgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität. Transcript Verlag (Bielefeld 2022).

Forschungen zu Erinnerungskulturen haben sich in mehreren Etappen bereits seit dem 19. Jahrhundert etabliert. Der Soziologe Maurice Halbwachs (1877-1945)¹²¹ und der Kunsthistoriker Aby Warburg (1866-1929)¹²² können als wissenschaftliche Wegbegründer genannt werden. Erst nach einer Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur folgte eine Konjunktur des Interesses an dieser Thematik.¹²³ Erinnerungsarbeit und Vergangenheitsbewältigung wurden seit den 1970er Jahren in umfangreichem Maße von den Sozial- und Kulturwissenschaften behandelt. Die internationale Holocaust-Forschung und das Gedenken an die Opfer der Shoah haben die Entwicklung dieses Forschungsgegenstands angestoßen. Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts kam es erneut zu einem vermehrten wissenschaftlichen Interesse an nationalistischer Identitätspolitik und Geschichtsschreibung (Erinnerungspolitik).¹²⁴

Im interdisziplinären Handbuch „Gedächtnis und Erinnerung“ betonen die Autor:innen, „dass das menschliche Gehirn ein biokulturelles Organ ist, das sich im Rahmen von Netzwerken anderer Gehirne unter historisch und kulturell spezifischen Bedingungen entwickelt.“¹²⁵ Aus dieser sozialen Bedingtheit ergibt sich eine gegenseitige Beeinflussung von Identifikationsprozessen und kollektiver Erinnerungsgestaltung. Die daraus resultierenden Formen wurden unterschiedlich beschrieben, beispielsweise als autobiographische, soziale, kommunikative oder kulturelle Gedächtnisse. Dazu wurden bisher zahlreiche Fallstudien mit nationalem Bezugsrahmen erarbeitet. Aufgrund der zeitlichen, räumlichen und kulturellen Spezifika der jeweiligen Nationswerdungsprozesse wird oft auf die Unvergleichbarkeit der Beispiele verwiesen. Die Berücksichtigung der Eigenheiten erschwert induktive Schlussfolgerungen und internationale Vergleiche. Dennoch feiern rechtspopulistische Parteien Erfolge in vielen Gesellschaften und Staaten, mit sehr unterschiedlichen politischen, strukturellen, ökonomischen, demographischen oder kulturellen Voraussetzungen. Daraus ergab sich die forschungsanleitende Frage, ob rechtspopulistische Parteien eine vergleichbare Erinnerungskultur aufweisen.

Nach Aleida und Jan Assmann ist ein „kulturelles Gedächtnis“ zeitlich eingerahmt und hat einen Gruppenbezug. Ein bestimmter Wissensvorrat dient zur Untermauerung der Eigenart als geschlossene Entität.¹²⁶ Jene Inhalte dieses Wissensvorrats, die sich auf die Vergangenheit beziehen, stecken den zeitlichen Horizont des kulturellen Gedächtnisses ab („Fixpunkte“ oder „Zeitinseln“). Die Art des Vergangenheitsbezugs kann verschiedene Formen annehmen: Texte, Bilder, Riten, Orte, Objekte usw. („Erinnerungsfiguren“, kulturelle Objektivationen).¹²⁷ Teilen die ausgesuchten Parteien einen gleichen oder ähnlichen Wissensvorrat über Geschichte und legitimieren damit ihre Vorstellungen von der nationalen Gesellschaft, so kann von einem „Erinnerungsmilieu“ gesprochen werden. Der Begriff „Milieu“ dient der qualitativen Unterscheidung von gesellschaftlichen Schichten durch die Festlegung von „relevanten soziodemographischen Parametern“. Subgruppen können homogenere Eigenschaften hinsichtlich

¹²¹ Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. H. Maus (Marburg/L.). Ferdinand Enke Verlag (Stuttgart 1967) Geleitwort S. VI.

¹²² Dieter Wuttke, Buchrezension: Bernd Roeck, *Der junge Aby Warburg*. München, Beck Verlag 1997. In: *Historische Zeitschrift* 267, Buchbesprechungen. S. 138–139.

¹²³ (Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, *Jahrbuch 2006*. Schwerpunkt Erinnerungskultur. Redaktion: Christine Schindler, LIT Verlag (Wien 2006) S. 7.

¹²⁴ Vgl. Harald Welzer, *Das soziale Gedächtnis*. In: (Hg.) Harald Welzer, *Das soziale Gedächtnis*. Geschichte, Erinnerung, Tradierung (Hamburg 2001) S. 9–11; (Hg.) Christian Gudehus, Ariane Eichenberg und Harald Welzer, *Gedächtnis und Erinnerung*. Ein interdisziplinäres Handbuch (Stuttgart/Weimar 2010) Vorwort VII–IX, S. 1–2; (Hg.) Wodak and Ludwig, *Challenges in a changing world* (Wien 1999) S. 13–14.

¹²⁵ (Hg.) Gudehus, Eichenberg und Welzer, *Gedächtnis und Erinnerung*. (Stuttgart/Weimar 2010) S. 6.

¹²⁶ Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*. In: (Hg.) Jan Assmann und Tonio Hölscher, *Kultur und Gedächtnis* (Frankfurt am Main 1988) S. 9–17.

¹²⁷ Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität* (Frankfurt am Main 1988) S. 12–13.

ihrer Verhaltensmuster oder der gruppenspezifischen Werthaltung ausbilden.¹²⁸ Um ein politisches Erinnerungsmilieu zu beschreiben, wird ebenso auf die Priorisierung und Selektion der Inhalte geachtet wie auf die strategische Wahl ihrer Platzierung innerhalb einer Forderung oder Formulierung. Der gruppenspezifische Bezug zur Vergangenheit und die Formulierung gesellschaftlicher Kategorien (das „wahre Volk“, die „Eliten“, die Feindbilder etc.) werden folglich als „identitätskonkrete“¹²⁹ Diskurselemente begriffen. Darauf basierend wird gefragt, ob eine Gruppe – ferner ein Milieu – anhand dieser Eigenheiten identifiziert werden kann.

Aufgrund der Art der Primärquellen, nämlich Partei- und Wahlprogramme, wurde eine Aussagenanalyse durchgeführt.¹³⁰ Für die Untersuchung der ideologischen und erinnerungskulturellen Aspekte wurden spezifische Kriterien festgelegt, anhand derer die forschungsleitenden Fragen bearbeitet wurden. Das Analyseverfahren wurde in eine relationale Datenbank integriert und so gestaltet, dass der Vergleich jederzeit um weitere Parteien und Quellen ergänzt werden kann. Dadurch sind alle relevanten Aussagen aus den Primärquellen abrufbar und die Bewertung der Vergleichskriterien kann transparent nachverfolgt werden. Alle Behauptungen, die aus der Beurteilung der Forschungsfragen und (Hypo-)Thesen entstanden sind, werden durch die Originalaussagen lückenlos belegt. Genau darin unterscheidet sich die vorliegende Dissertation von anderen Projekten, die sich mit Populismus, Nationalismus und Erinnerungskultur beschäftigen. Die konzipierte „Erinnerungsdatenbank“ erfasst neben den Vergangenheitsbezügen auch die ideologischen Merkmale der Aussagen und generiert in dieser einzigartigen Form die empirische Datengrundlage.

DIE PRIMÄRQUELLEN

Diese Dissertation trägt dazu bei, die Funktion und Relevanz von Erinnerungskultur und -arbeit im politischen Diskurs besser zu verstehen. Politische Partei- und Wahlprogramme sind aufschlussreiche Quellen, um die ideologischen Merkmale von Parteien anhand ihrer Forderungen, Standpunkte und Begründungsstrategien zu analysieren. Allerdings wurde die Frage, in welchen historischen Kontext diese eingebettet sind, bisher stark vernachlässigt. Die hier untersuchten Parteien haben ihre Programmatik gezielt auf den Protest ausgerichtet. Dadurch können sie verstärkt auf die Interessen und Sorgen der Wähler:innen eingehen. Deshalb ist die fortschreitende europäische Integration zentraler Gegenstand der Kritik. Der Protest richtet sich aber auch gegen Eliten und Migrationspolitik. In diesem Zusammenhang bieten Partei- und Wahlprogramme einen nützlichen Überblick über die richtungsbestimmenden politischen Diskurse.¹³¹ Sie geben an, welche Aussagen aus Sicht der Organisationen relevant sind und welche Themen im Vordergrund stehen. In den meisten Fällen wird zunächst ein Grundsatzpapier ausgearbeitet, das dann parteiintern diskutiert wird. Je nach Organisationsstruktur innerhalb der Partei können Änderungsanträge oder Vorschläge von Mitgliedern eingebracht werden. Nach der Beschlussfassung einigt sich die Partei auf ein Programm, das die ideologischen und prinzipiellen Positionen zusammenfasst. Es gibt den inhaltlichen und programmatischen Rahmen vor, innerhalb dessen die politische

¹²⁸ Vgl. S. *Speerforck* und G. *Schomerus*, Soziale Milieus: Ein relevantes Konzept für ein besseres Verständnis von Stigma und psychiatrischer Unterversorgung? In: *Nervenarzt*, 91/9, (2020) S. 785.

¹²⁹ *Assmann*, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität (Frankfurt am Main 1988) S. 11.

¹³⁰ *Wodak*, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 77-85; (Hg.) *Wodak* and *Ludwig*, Challenges in a changing world (Wien 1999) S. 11-20; Achim *Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse. In: (Hg.) A. *Gestrich*, I. *Marbolek* et al., Historische Einführungen, Band 8, 4. Auflage (Tübingen 2004) S. 103-114, 130-132.

¹³¹ *Kiratli*, Political discourses on Europe (July 2015) S. 1-2.

Umsetzung erfolgen kann. Allerdings können die Parteien ihre politischen Ziele in Regierungsverhandlungen nicht immer vollständig durchsetzen. Koalitions- und Regierungsvereinbarungen sind letztlich das Ergebnis demokratischer Verhandlungen und politischer Kompromisse. Daher sind Parteiprogramme oft auch auf eine Wahl oder eine bestimmte Wähler:innenschaft zugeschnitten und ändern sich, wenn die Wähler:innenzustimmung sinkt. Darin liegt auch die Stärke von Wahl- und Parteiprogrammen als nützliche Quellen für nationale und internationale Parteienvergleiche und -analysen.¹³²

Um diese Gegenüberstellung auf eine qualitativ und quantitativ ausgewogene Quellenbasis zu stützen, wurden für jede der vier ausgewählten Parteien jeweils drei Partei- und Wahlprogramme untersucht. Sie wurden im Zeitraum von 2002 bis 2016 veröffentlicht. Die Primärquellen für jede Partei sind nachstehend aufgeführt:

Die Primärquellen zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) umfassen das Parteiprogramm 2005, das Parteiprogramm 2011 und das Nationalratswahlprogramm 2017.

Die Primärquellen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sind das Parteiprogramm von 2013, das Europawahlprogramm von 2014 und das Parteiprogramm von 2016.

Für die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurden das Parteiprogramm von 2002, das Parteiprogramm von 2011 und das Bundestagswahlprogramm von 2013 ausgewählt.

Die Primärquellen zur „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) umfassen das Nationalratswahlprogramm für die Legislaturperiode 2007-2011, das Parteiprogramm für die Legislaturperiode 2011-2015 und das Parteiprogramm für die Legislaturperiode 2015-2019.

Dieser Korpus bildet die erste Primärquellengruppe (PQ1). Die Texte wurden von den Parteien selbst gestaltet, bilden ihre politischen Positionen ab und waren an eine breite Öffentlichkeit adressiert.

Ergänzend dazu wurden Artikel und Berichte aus Print- und Online-Medien gesammelt. Sie bilden die zweite Primärquellengruppe (PQ2) und liefern zusätzliche Informationen darüber, wie sich die ausgewählten Parteien in der Öffentlichkeit zu erinnerungskulturellen Fragen positionieren und welchen Praktiken sie nachgehen. Aus Platzgründen werden sie im Bericht „Übersicht der Primärquellengruppe 2“ (PQ2) im zweiten Band aufgelistet.¹³³

Primärquellen zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“

Die erste Quelle zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ ist das Parteiprogramm vom 23. April 2005 mit dem Titel „FPÖ echt freiheitlich“. Es wurde nach der Haider-Abspaltung bzw. BZÖ-Gründung veröffentlicht und umfasst 33 Seiten. Das Programm besteht aus 17 Kapiteln, die in Artikel und diese wiederum in nummerierte Absätze unterteilt sind. Was die Partei unter Freiheit, Menschenwürde, Familie, Österreich und Heimat oder Christentum und Europa versteht, ist nach entsprechenden Themenkapiteln gegliedert. Darin erläutert die FPÖ ihre Positionen zu österreichischer Außenpolitik, Reformen, „Recht und Ordnung“, Marktwirtschaft, Umwelt,

¹³² Hanna *Stumpf*, Die Sprache der österreichischen Parteiprogramme. Diplomarbeit an der Universität Wien (Wien 2014) S. 21-22; *Kiratli*, Political discourses on Europe and European integration (July 2015) S. 5.

¹³³ Die zweite Primärquellengruppe (PQ2) besteht aus insgesamt 67 Artikeln und Berichten aus Tages- und Wochenzeitungen, Magazinen und deren Online-Repräsentationen. Die detaillierte Zitation der berücksichtigten Quellen werden im Anhang im Bericht „Übersicht der Primärquellengruppe 2 (PQ2)“ angeführt.

Landwirtschaft, Kultur und Bildung. Die Gestaltung des Programms wirkt verspielt, da sowohl das Parteiblau der FPÖ als auch rot-weiß-rote Farbverläufe integriert wurden. Auf jeder Seite wurde das Parteologo platziert, die Kapitelüberschriften sind blau umrahmt und es wurden unterschiedliche Aufzählungszeichen verwendet. Insgesamt erinnert das Design an eine Präsentationsvorlage, wie sie beispielsweise von Microsoft Power Point angeboten wird. Die zweite Primärquelle ist das am 18. Juni 2011 in Graz beschlossene Parteiprogramm mit dem Titel „Österreich zuerst. Unser Herz schlägt rot-weiß-rot“. Darin bezeichnet sich die FPÖ erstmals als „die soziale Heimatpartei“. Der Text umfasst 17 Seiten und ist in 10 Kapitel gegliedert, die sich inhaltlich den gleichen Themen widmen, die bereits im Programm 2005 etwas ausführlicher behandelt wurden. Diese und die dritte Quelle zur FPÖ, „Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017“, sind etwas schlichter gestaltet und machen einen professionelleren Eindruck als das Programm von 2005. Die Farbkombination blau-rot-weiß wird in allen Primärquellen der FPÖ für die Textgestaltung verwendet und das Parteologo wurde auf jeder Seite platziert. Das Programm 2017 beginnt mit einem Vorwort des damaligen BPO Heinz-Christian Strache unter dem Titel „100 FPÖ-Forderungen zur Beseitigung der Fairness-Krise“. Es ist in 25 Kapitel gegliedert und umfasst 54 Seiten. Inhaltlich erweitert wurde das Programm um die Themen Arbeitsmarkt, Senioren, Souveränität, Jugend, Infrastruktur und Verwaltung. Alle Kapitelüberschriften beginnen mit dem Personalpronomen der ersten Person Plural, also „unser“, „unsere“ etc. Es ist das einzige Programm dieser Primärquellensammlung zur FPÖ, das auch Abbildungen enthält. Da diese für die forschungsrelevanten Fragestellungen und Hypothesen als nicht relevant erachtet wurden, fanden keine Auswertungen statt.

Primärquellen zur „Alternative für Deutschland“

Das erste Parteiprogramm der „Alternative für Deutschland“ vom 2. Februar 2013 ist ein schlichter dreizehnseitiger Text ohne Illustrationen. Das Programm besteht aus nur zwei Kapiteln. Das erste, „Grundsätze“ genannt, enthält die Unterüberschriften „1.1 Der Gesellschaftsvertrag und die Euro-Krise“ und „1.2 Auswege aus der Krise“. Das zweite, mit dem Titel „Politikbereiche“, behandelt die Themen „2.1 Europapolitik“ („2.1.1 Subsidiarität“ und „2.1.2 Europapolitik“), „2.2 Fiskalpolitik“, „2.3 Aspekte der Sozialversicherungssysteme und Arbeitsmarkt“ („2.3.1 Sozialversicherung und Arbeitsmarkt“ sowie „2.3.2 Rentensystem und Krankenversicherung“), „2.4 Wettbewerbsfähigkeit durch Bildung, Einwanderung und Integration“ und schließt mit dem Abschnitt „2.5 Erneuerung des demokratischen Staatswesens“. Im Jahr darauf trat die AfD zur Europawahl an und veröffentlichte dazu ein Wahlprogramm mit dem Titel „Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014.“ Es wurde am 22. März 2014 vom Bundesparteitag beschlossen, bereits im Partei-Design (Parteologo, Parteifarben) gestaltet und in fünf Kapitel gegliedert. Wie schon im ersten Parteiprogramm werden in dem 25-seitigen Text ausschließlich wirtschafts- und fiskalpolitische Themen behandelt, wobei die Zusammenarbeit mit der EU im Vordergrund steht. In diesem Wahlprogramm wird das Thema Asyl zum ersten Mal behandelt. Der erste Satz des Abschnitts „IV.4 Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik“ lautet:

„Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.“¹³⁴

Diesem Abschnitt sind nur zwei Seiten gewidmet. Fremdenfeindliche Aussagen sind daher in diesem Papier noch nicht stark ausgeprägt. Die dritte Primärquelle der AfD ist das Grundsatzprogramm mit dem Titel „Programm für Deutschland“, das auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30. April und 1. Mai 2016 beschlossen wurde. Eine deutliche Professionalisierung ist bereits in der Programmgestaltung erkennbar. Das Programm ist in 14 Hauptkapitel gegliedert, die ihrerseits mehrere Unterkapitel enthalten. Der gesamte Text umfasst 96 Seiten und unterscheidet sich in Umfang und Gestaltung deutlich von den vorherigen Programmen. Die Bereiche Demokratie, Europa und Euro, Außen- und Sicherheitspolitik, Familie, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bildung, Umweltschutz oder Land- und Forstwirtschaft werden in den Kapiteln umfassend behandelt. Das neunte Kapitel mit dem Titel „Zuwanderung, Integration und Asyl“ widmet sich auf neun Seiten dem Thema Einwanderung.¹³⁵ Aber auch bei anderen Themen wird immer wieder der Bezug zur Migration hergestellt, wie beispielsweise die Aussagen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, zur Bildungs- und Kulturpolitik oder zur Inneren Sicherheit zeigen, die im zweiten Kapitel dieser Arbeit ausführlich diskutiert werden.

Primärquellen zur Partei „Die Republikaner“

Die Primärquellensammlung zu den „Republikanern“ beginnt mit dem Bundesparteiprogramm, das für die vorliegende Analyse als „Manuskript“ („überarbeiteter Entwurf“) vorliegt. Der Titel lautet „Die Republikaner, sozial – patriotisch – ökologisch“. Im Text wurden folgende Metadaten zur Quelle angegeben:

*„Redaktionell durch Herrn Hoch überarbeiteter Entwurf/ 7. Juni 2002 (Berichtigungen von Herrn Goertz am 30.5.eingearbeitet.) Ein Vorschlag für eine Präambel eingebracht.
Die Bundesgeschäftsstelle Gerhard Tempel 12. Juni 2002.“¹³⁶*

Das Programm umfasst 38 Seiten und ist in fünf Kapitel gegliedert. Sie lauten „1. Grundlagen“, „2. Deutschland in der Welt“, „3. Staat und Gesellschaft“, „4. Wohlstand für alle“ und „5. Verantwortung über den Tag hinaus“. Hinzu kommen einige Unterpunkte, aber insgesamt sind die Stellungnahmen prägnant zusammengefasst. Die einzelnen Themen innerhalb der Kapitel sind selten länger als eine Seite. Die Textgestaltung ist schlicht und verzichtet auf schmückende Elemente. Die zweite Quelle zu den „Republikanern“ aus dem Jahr 2011 und das Programm von 2002 sind textgleich. Das Papier von 2011 unterscheidet sich lediglich in der Gestaltung und einer Danksagung des damaligen Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer. Darüber hinaus wurden in einigen Kapiteln Abbildungen eingefügt, die den Sujets ihrer Parteiplakate entsprechen oder Fotografien des Reichstagsgebäudes und von Schlierer zeigen. Dadurch erhöht sich der Umfang des Textes auf 52 Seiten. Im Rahmen der Analyse wurden relevante Abbildungen wie Aussagen behandelt (Bildbeschreibungen). Um Redundanzen zu vermeiden,

¹³⁴ Die Alternative für Deutschland (Bundesgeschäftsstelle, Gustav Greve), Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014 in Erfurt. S. 15.

¹³⁵ Das Wort „Asyl“ kommt in der dritten Primärquelle der AfD 44-mal vor. Im Programm von 2014 wird es siebenmal genannt, im Programm 2013 gar nicht.

¹³⁶ DIE REPUBLIKANER (REP), Bundesverband, Bundesparteiprogramm. Die Republikaner, sozial - patriotisch – ökologisch. Parteiprogramm 2002 der Republikaner (als Manuskript veröffentlicht). Redaktionell durch Herrn Hoch überarbeiteter Entwurf/7. Juni 2002 (Berichtigungen von Herrn Goertz am 30. Mai eingearbeitet.) Ein Vorschlag für eine Präambel eingebracht. Die Bundesgeschäftsstelle Gerhard Tempel 12. Juni 2002 (Kostheim) S. 38.

wurden die identischen Aussagen nicht doppelt in die Datenbank aufgenommen. Dies hat zur Konsequenz, dass die Anzahl der Datensätze zu den „Republikanern“ im Vergleich zu den anderen Parteien deutlich geringer ist. Die dritte Primärquelle zu den „Republikanern“ ist das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 vom 1. Juni 2013 mit dem Titel „30 Schwerpunkte. Wahlprogramm 2013“. In dem Dokument wird Johann Gärtner als Verantwortlicher für die Erstellung des Programms genannt. Er wurde nach Schlierer zum Bundesvorsitzenden der Partei gewählt (2014-2016). Die Gestaltung des Wahlprogramms ist etwas aufwändiger als bei den Vorgängerprogrammen. Es umfasst 28 Seiten und 30 Abschnitte, die aufgrund ihrer Prägnanz nicht als eigenständige Kapitel bezeichnet werden können. Darin werden die üblichen Themen behandelt: Umwelt, Eurokrise bzw. Europa, Bürgerrechte, Datenschutz, Familie und Frauen, Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungspolitik, Sicherheit, Kultur und Brauchtum, Religion und Integration. Migration wird nicht als eigenständiges Kapitel behandelt, sondern im Kontext anderer Themen. Die Primärquellen unterscheiden sich inhaltlich nicht, lediglich die Anordnung der Themen wurde geändert.

Interessant ist, dass die Positionen und Argumente der Parteien innerhalb des Untersuchungszeitraumes weitgehend unverändert bleiben. Lediglich die Programme der „Alternative für Deutschland“ weisen eine deutliche Verschärfung im Tonfall auf. Diese Tendenz wird besonders in Aussagen deutlich, die sich den Themen Einwanderung, Asylwesen, Umweltpolitik und europäische Zusammenarbeit widmen. Im Programm von 2013 kommt weder das Abendland-Narrativ noch der Bezug zu Fluchtbewegungen vor. Es wird darin sogar von einer Willkommenskultur in Deutschland gesprochen. Doch ab 2014 wird Migration systematisch mit Kriminalität und Verbrechen gleichgesetzt. Die Selbstbeschreibung der Partei als „liberal“ und „sozial“ wird dadurch zunehmend unglaubwürdig. Außerdem ist eine rhetorische Annäherung zwischen FPÖ und AfD aus den Quellen ablesbar. Die genaue Darstellung der Datenauswertung im zweiten Kapitel zeigt, dass die AfD ihre wirtschaftsliberale Ausrichtung zunehmend gegen eine nationalkonservative eingetauscht hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass Asyl und Fluchtbewegungen in den Programmen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ von 2005 und 2011 kaum erwähnt werden. Doch seit der Flüchtlingskrise von 2015 werden Asylant:innen auch von der FPÖ mit besonderer Missgunst bedacht.

Primärquellen zur „Schweizerischen Volkspartei“

Die Primärquellen der „Schweizerischen Volkspartei“ unterscheiden sich sowohl qualitativ (Orthografie und Gestaltung) als auch quantitativ (Umfang) erheblich von jenen der Vergleichsparteien. Die Programme erfüllen die Kriterien eines Werks, das professionell gestaltet, lektoriert und offensichtlich zum Zweck der Veröffentlichung erstellt wurde. Für alle vorliegenden Quellen ist laut Angaben das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei in Bern verantwortlich. Das erste Programm mit dem Titel „Wahlplattform 2007-2011. Mein Zuhause – unsere Schweiz“ umfasst 88 Seiten, die in 24 Kapitel mit jeweils einem Untertitel unterteilt sind. Das Programm enthält auch ein Schlagwortverzeichnis. Auf jeder Seite ist abwechselnd das Parteilogo der SVP/UDC oder die Schweizer Fahne abgebildet. Die Überschriften sind farbig (grün oder rot) und der Text ist mit Abbildungen, Diagrammen und Illustrationen aufgelockert. Insgesamt macht die Gestaltung einen professionellen Eindruck. Die thematischen Schwerpunkte umfassen Wirtschafts- und Steuerpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Landesverteidigung, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit, Kultur, Familie und Sport. Das Migrationsthema wird in den Kapiteln „Asylpolitik“ und „Ausländerpolitik“ behandelt. Die SVP bezieht sich aber

auch im Kontext anderer Aspekte wiederholt auf die Zuwanderung. Im Gegensatz zu den Vergleichsparteien räumt die SVP der Verteidigungspolitik in ihren Parteiprogrammen einen hohen Stellenwert ein. Dabei werden das Milizsystem und die umfassende Landesverteidigung (ULV) als wichtige schweizerische Identitätsmerkmale hervorgehoben. Zudem geht die SVP in ihren Programmen ausführlicher auf das Schweizer Gesundheits- und Wohlfahrtssystem ein. Dies kann mit ihrer Ablehnung des Sozialstaats begründet werden. Die zweite Quelle trägt den Titel „SVP – die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2011-2015“. Im Text wurde leider kein Hinweis auf das Erstellungsdatum gegeben, im Impressum wird lediglich die Auflage (125.000) genannt. Aus den digitalen Dokumenteneigenschaften geht hervor, dass das PDF am 14. Januar 2011 erstellt wurde. Das Programm besteht aus 67 Seiten, die in 25 Kapitel unterteilt sind. Es enthält zahlreiche Abbildungen und Diagramme. Die SVP zeichnet sich durch Verweise auf Quellen zu ausgewählten statistischen Daten aus, was innerhalb der vorliegenden Primärquellensammlung einzigartig ist. Zudem ist jedes ihrer Programme auf die jeweilige Legislaturperiode ausgerichtet, was bereits an den Programmtiteln erkennbar ist. Thematisch unterscheiden sich die Programme jedoch kaum. Im Parteiprogramm für die Legislaturperiode 2015-2019 (16. April 2015) wurde der Titel nicht geändert.¹³⁷ Das Papier umfasst 100 Seiten und 22 Kapitel, der Text ist zwar nicht identisch mit den Programmen der Vorjahre, aber inhaltlich kaum zu unterscheiden.

Auf der Grundlage der vorliegenden Auswahl von Primärquellen wurden die forschungsrelevanten Aussagen analysiert. Die Ergebnisse dieser Dissertation stellen somit eine Erhebung über den gegebenen Betrachtungszeitraum dar, mit dem Ziel, die Erforschung der Funktion und Relevanz von Erinnerungskulturen im politischen Diskurs weiterzuführen. Anhand der ausgewählten Parteien wird exemplarisch der hypothetische Zusammenhang zwischen Erinnerungskultur und Identifikation der nationalen Wir-Gruppe untersucht. Die Analyse der Primärquellen konzentriert sich daher auf die Frage, anhand welcher Merkmale die nationalen Gesellschaften beschrieben werden und wie der Bezug zur Geschichte diese Beschreibungen stützt. Mit der Wahl der Primärquellen wurde zudem ein weiteres Forschungsfeld adressiert, da Parteiprogramme teilweise nur zeitlich begrenzt oder unter eingeschränkten Bedingungen zugänglich sind. Die Einrichtung zentraler Sammelstellen für diese Quellengattung wäre für verschiedene Disziplinen wie Politik- und Geschichtswissenschaft, Linguistik oder Digital Humanities von großem Nutzen.

¹³⁷ Das Datum wurde aus Dokumenteneigenschaften entnommen.

BUCHAUFBAU

Die Dissertation besteht aus einem Textband und einem Dokumentationsband. Der Textband enthält die Dissertation inklusive der Einleitung, der Kapitel 1 bis 5 sowie dem Literatur- und Quellenverzeichnis. Die Berichte sowie die mehrseitigen Tabellen wurden in den Dokumentationsband ausgelagert, um eine übersichtliche und effiziente Darstellung der empirischen Datenbasis zu ermöglichen. Dadurch können Verweise auf Originalaussagen praktisch nachgeschlagen werden, ohne den Lesefluss zu beeinträchtigen.

In der Einleitung wird das Forschungssetting erklärt. Im ersten Kapitel erfolgt die Darstellung der theoretischen und methodologischen Vorgehensweise sowie eine Beschreibung der Primärquellen. Die Analyse der Originalaussagen aus den Partei- und Wahlprogrammen erfolgt in den Kapiteln 2 bis 4. Jeder Partei ist ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem die jeweiligen Spezifika sowie Unterschiede zu den Vergleichsparteien herausgearbeitet werden. In diesen Kapiteln werden signifikante Originalaussagen zitiert, die für die Bearbeitung der forschungsleitenden Fragen und Hypothesen hilfreich sind. Jede relevante Aussage aus den Primärquellen wurde in die Datenbank eingespeist und fortlaufend nummeriert. Die Zitation erfolgt aus diesem Grund anhand der numerischen Aussagen-ID. Im Folgenden wird die Zitierweise anhand der Aussage mit der „ID 123“ erläutert:

„Ziel der europäischen Integration ist die Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben.“¹³⁸

Die Aussage #123/PQ1 ist im Parteiprogramm der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ von 2011 enthalten. Um eine Differenzierung zwischen Zitaten aus Primärquellen und solchen aus Sekundärliteratur zu ermöglichen, erfolgt eine Formatierung in Kursivschrift sowie eine Verkleinerung der Schriftgröße (9 pt.). Die Zitierung gibt die Primärquellengruppe, die Partei und die Aussagennummer sowie die Seite an, auf der das Zitat in der Primärquelle zu finden ist (siehe Fußnote). Wenn mehrere Aussagen eine Behauptung stützen, werden in den Fußnoten nur die Nummern der Aussagen angegeben, die innerhalb der Primärquellengruppe fortlaufend vergeben wurden. Besonders aussagekräftige Zitate wurden fett markiert. Alle Aussagen können in den Berichten „Übersicht der Datensätze aus PQ1“ und „Übersicht der Datensätze aus PQ2“ im zweiten Band nachgelesen werden. Aufgrund der Datenmenge wurden orthographische Fehler, falsche Interpunktionen oder andere Mängel in den Originalzitaten nicht korrigiert. Alle Aussagen aus den Primärquellen entsprechen daher dem Originaltext.¹³⁹

Jeder Datensatz entspricht einer Aussage. Diese kann ein Satz oder ein Absatz sein. Auf diesem Weg konnten über tausend Datensätze generiert werden. Alle Aussagen wurden nach dem gleichen Verfahren gegen die identifizierten Vergleichselemente geprüft, die mit Hilfe der Datenbank separat abgefragt werden können. Die abgefragten Daten wurden in Form von Berichten dokumentiert und zur Beschreibung der Parteien und Primärquellen herangezogen.¹⁴⁰ Auf dieser Vorgehensweise basierte die Bearbeitung der forschungsleitenden Fragen und Hypothesen.

¹³⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 123/Programm 2011/S. 16.

¹³⁹ Um die entsprechenden Datensätze mithilfe ihrer Aussagen-ID in den Berichten zu finden, empfiehlt sich die Suchfunktion im PDF-Reader (z.B. Acrobat) zu nutzen. Mit dem Befehl „Strg+F“ kann nach der Aussagen-Nummer gesucht werden, um die Überprüfung der Behauptungen zu beschleunigen.

¹⁴⁰ Für die Analyse der ideologischen Merkmale wurden 18 Vergleichskriterien festgelegt. Hinzu kommen die variablen Kategorien der Erinnerungsfiguren, Zeitinseln und des Zeitrahmens. Diese wurden im Zuge der Aussagenanalyse erfasst und

Im fünften Kapitel erfolgt der Vergleich der Parteien. Darin werden die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen aufgezeigt, die hinsichtlich ihrer ideologischen und erinnerungskulturellen Vergleichskriterien erkannt wurden. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen bilden die Grundlage für die abschließende Diskussion der forschungsleitenden Fragen und Hypothesen in diesem Kapitel.

Im zweiten Band der Dissertation wird die Datenbank vorgestellt und der Aufbau erläutert (Datenbankstruktur). Um eine konstruktive Quellenkritik an der Datenerhebung zu erlauben, werden alle Vergleichskriterien bzw. Schlagwörter definiert.

Die Tabellen enthalten die Auswertungen der Datensätze. Dazu gehören sowohl Übersichtstabellen zur quantitativen Verteilung der Vergleichselemente als auch die Auflistung der identifizierten Vergangenheitsbezüge.

Schließlich wurden alle Primärquellen der ersten und zweiten Gruppe in Form von Berichten zusammengefasst und ihre Originalaussagen zur Überprüfung wiedergegeben. Daher wurden die folgenden Berichte dem zweiten Band der Dissertation beigelegt:

Der Bericht „Übersicht der Primärquellengruppe 1 (PQ1)“ enthält die Auflistung und Beschreibung aller Primärquellen der ersten Gruppe (Partei- und Wahlprogramme).

Der Bericht „Übersicht der Primärquellengruppe 2 (PQ2)“ enthält die Auflistung aller Primärquellen der zweiten Gruppe (Artikel und Berichte aus Print- und Onlinemedien).

Der Bericht „Übersicht der Datensätze aus PQ1“ enthält die Darstellung aller Datensätze, die aus der ersten Primärquellengruppe erzeugt wurden, inklusive der Beschlagwortungen.

Der Bericht „Übersicht der Datensätze aus PQ2“ enthält die Darstellung aller Datensätze, die aus der zweiten Primärquellengruppe erzeugt wurden, inklusive der Beschlagwortungen.

in den Vergleich integriert. Für die Auswertung wurden Berichte zu jedem Vergleichskriterium erstellt. Für die Veröffentlichung wurden die Berichte im Anhang effizient zusammengefasst, um die Anzahl zu minimieren und die Aussagensammlung inklusive ihrer Beschlagwortung (mittels der Vergleichskriterien) vollständig abzubilden.

KAPITEL 1: THEORIE UND METHODE

WAS IST *RECHTE* POLITIK?

Die Einteilung politischer Positionen nach dem Links-Rechts-Schema ist ein Modell mit längerer Geschichte. Dem Rechtswissenschaftler und -philosophen Ralf Dreier zufolge gehen Untersuchungen zum Ursprung dieses Modells zurück bis zum Baseler Konzil von 1431, der Sitzordnung im englischen Parlament seit 1730 oder der Aufteilung im „Parlament der Gelahrtheit“ von Immanuel Kant im „Streit der Fakultäten“ von 1798.¹⁴¹ Darüber hinaus nennt er die Sitzordnung in der Pariser Deputiertenkammer („Chambre des députés“) von 1814 als historische Vorlage für die inhaltliche Zuordnung von politischen Positionen entlang des Links-Rechts-Schemas. In der „Charte constitutionnelle“ vom 4. Juni 1814 wurde festgelegt, dass die gesetzgebende Gewalt „gemeinschaftlich von dem Könige, der Kammer der Pairs und der Kammer der Deputierten der Departemente ausgeübt“ werden sollte.¹⁴² Die Deputiertenkammer bestand aus den von „Wahlcollegien“ ernannten Deputierten, die auf 5 Jahre gewählt wurden. Der Präsident der Kammer der Deputierten wurde vom König ernannt.¹⁴³

„Die Anhänger des Ministeriums und Repräsentanten der etablierten Ordnung saßen – vom Präsidenten aus gesehen – auf der rechten, die Regierungsgegner und Sympathisanten der Französischen Revolution auf der linken Seite des Parlaments.“¹⁴⁴

Seit dem 19. Jahrhundert hat sich ein tendenziell wertbezogenes Verständnis des Links-Rechts-Schemas durchgesetzt. Zur Linksdefinition sind in diesem Zusammenhang die Leitideen der Selbstbestimmung durch Erweiterung personaler Autonomie und Emanzipation von Individuen und Gruppen, die Ausweitung politischer Partizipation sowie der universellen Freiheit und Gleichheit zu nennen. Umsetzung und Begründung dieser Ideen sind durch ein anzustrebendes Höchstmaß an Rationalität gekennzeichnet. Ein weiterer Aspekt ist die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Die Rechtsdefinition bezieht sich auf den (gemäßigten bis radikalen) Erhalt des Status quo, welcher auf der Positionierung von Gruppen und Individuen in einer hierarchisch gestuften Gesellschaftsordnung beruht sowie die Betonung traditioneller bzw. „natürlicher“ Hierarchien. Die gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen werden als natürlich betrachtet und daher nicht zur Disposition gestellt. Auch soziale Ungleichheiten werden mitunter durch „übertationale Bezüge“ legitimiert (Gott, natürliche Ordnung).¹⁴⁵ Der Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour M. Lipset beschrieb die Unterschiede in einem Artikel von 1954 wie folgt:

¹⁴¹ Ralf Dreier, Bemerkungen zum rechts/links-Schema. In: Kritische Justiz, 1988, Vol.21(4), S. 442-443.

¹⁴² Eine Übersetzung der „Charte constitutionnelle“ von 1814 ist unter diesem Link zu finden: <https://www.verfassungen.eu/f/fverf14.htm>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Detlef Murphy et al., Haben „links“ und „rechts“ Noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe. In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 22, No. 4 (1981) S. 399.

¹⁴⁵ Vgl. Dreier, Bemerkungen zum rechts/links-Schema (1988) S. 444; Holzer, Rechtsextremismus-Konturen (Wien 1993) S. 11, 21.

„By left we shall mean advocating social change in the direction of greater equality – political, economic, or social; by right we shall mean supporting a traditional, more or less hierarchical order, and opposing social change toward greater equality.“¹⁴⁶

Eine rezente Darstellung kann im Buch „Die demokratische Regression“ von Armin Schäfer und Michael Zürn nachgelesen werden. Die Autoren beschreiben das Links-Rechts-Schema entlang gesellschaftlicher Konfliktformationen, die durch „revolutionäre soziale Veränderungen“ ausgelöst werden. So brachte beispielsweise die industrielle Revolution eine Konfliktlinie zwischen „Kapital und Arbeit“ sowie zwischen „Stadt und Land“ hervor, entlang derer sich die Parteien in einer „Links-rechts-Achse“ zuordneten. Die „beiden Pole der Arbeit-Kapital-Konfliktlinie“ werden durch linke und bürgerliche Parteien repräsentiert.¹⁴⁷ Thomas Piketty hat in „Kapital und Ideologie“ festgestellt, dass sich die Parteien „in allen westlichen Ländern“ bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Vertretung der verschiedenen sozialen Gruppen verstanden. Infolgedessen erkannte sich vor allem die Unterschicht in den linken Parteien wieder. Das waren im Wesentlichen sozialistische, kommunistische, demokratische und sozialdemokratische Arbeiterparteien. Diese Tendenz hat sich seit den 1960er Jahren zunehmend verlagert, so dass seit den 1990er Jahren überwiegend Gruppen mit hohem Bildungs- und Einkommensniveau linke Parteien wählten.¹⁴⁸

„Anfangs waren linke Parteien also Vereinigungen für Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Bildungsniveau; im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts wurden sie schrittweise zu Akademikerparteien für Beamte und Angehörige intellektueller Berufe.“¹⁴⁹

Eine andere Herangehensweise wird in dem Buch „Mit Rechten reden“ angeboten. Die Autoren stellen fest, dass die Unterscheidung zwischen links und rechts im zeitgenössischen Diskurs vor allem über moralische Bewertungen erfolgt. In der Praxis wird die Abgrenzung dabei auf Kategorien von „gut“ und „böse“ reduziert.¹⁵⁰ Deshalb legen die Autoren den Fokus für ihre Beschreibung von „rechts“ auf die rhetorischen Stilmittel bzw. Argumentationsstrategien der Vertreter:innen dieses Lagers und widmen sich weniger den Inhalten und Positionen selbst. Sie stellen fest, dass rechte Politik sich durch ihre Sprache unterscheidet. „Rechts“ ist demnach eine „Art zu reden“.¹⁵¹ Statt eines moralisierenden Anspruchs vertreten sie einen dialektischen. Eine möglichst wertfreie Beschreibung der rechten Rhetorik zeigt, dass diese arm an Inhalten aber reich an argumentativen Manövern ist. Dazu gehört das Pendeln zwischen Provokation und Opferrolle. Der gezielte Einsatz von Mehrdeutigkeit und vagen Formulierungen („Argumentation gleitender Kriterien“)¹⁵² erlaubt es, jedwede Kritik als ungerechtfertigte Anschuldigung zu deuten (Missverständnisse) und sich in die Opferrolle zu begeben. Diese Strategie lenkt von der Notwendigkeit ab, eine Diskussion zu führen, die auf begründeten Argumenten basiert. Neben der „Selbst-Viktimisierung“¹⁵³ nennen die Autoren auch die gerichtete Aufmerksamkeit auf Feindbilder als typisches Merkmal.¹⁵⁴ Die Feindbildkonstruktion und die „Wir gegen sie“-Logik sind Merkmale aller populistischen

¹⁴⁶ Dreier, Bemerkungen zum rechts/links-Schema (1988) S. 444 zit. n. S. M. Lipset, P. E. Lazarsfeld, A. H. Barton, J. Linz, The Psychology of Voting. In: (Hg.) G. Landsay, Handbook of Social Psychology, Vol. 2 (Massachusetts 1954) S. 1124-1175 (1135).

¹⁴⁷ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 74-75.

¹⁴⁸ Vgl. Thomas Piketty, Kapital und Ideologie. C.H.Beck Verlag (München 2020) S. 900-904.

¹⁴⁹ Piketty, Kapital und Ideologie (München 2020) S. 905-906.

¹⁵⁰ Vgl. Per Leo, Maximilian Steinbeis, Daniel-Pascal Zorn, mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Klett-Cotta Verlag (Stuttgart 2017) S. 22, 34-36.

¹⁵¹ Vgl. Leo et al., mit Rechten reden. Ein Leitfaden (Stuttgart 2017) S. 28, 88-97.

¹⁵² Leo et al., mit Rechten reden. Ein Leitfaden (Stuttgart 2017) S. 150.

¹⁵³ Ebd. S. 97.

¹⁵⁴ Ebd. S. 34-36, 87-89, 92-97, 110-111, 150, 168-170.

Bewegungen, die immer als Anti-Establishment-Protest auftreten. Linkspopulismus versteht sich als Ausdruck von Wut und Empörung der „kleinen Leute“ gegen Banken, das Finanzkapital und die „technokratischen Steuerungseliten“.¹⁵⁵

In der vorliegenden Analyse führt die Berücksichtigung der rhetorischen Strategien zu einem besseren Verständnis dafür, wie politische Standpunkte und Vorstellungen (nationale Wir-Gruppe) sprachlich vermittelt werden. Es ist wichtig zu beachten, dass die politische Landschaft komplex ist und verschiedene Nuancen und Strömungen ausbildet. Das Links-Rechts-Modell wird in dieser Arbeit als diskursive Praxis verstanden, die zur Orientierung dient, aber keine starren Definitionen liefert. Dieses Schema ermöglicht es, politische Positionen und Akteure nach ideologischen Kategorien einzuordnen. Die Abgrenzungen sind stets kontextabhängig und ermöglichen eine Annäherung an die komplexe Realität. Das Links-Rechts-Modell ist bis heute eine brauchbare Methode zur Kategorisierung von politischen Inhalten oder Weltanschauungen und wurde aus diesem Grund für die vorliegenden Fragestellungen übernommen. Dieses Ordnungsschema soll aber nicht unhinterfragt bleiben. Die Diskussion der Ergebnisse wird zeigen, ob die ausgesuchten Parteien dieser Einteilung entsprechen, weitere Aspekte berücksichtigt werden müssen oder die Nützlichkeit dieses Beschreibungsmodells bestätigt werden kann.

WAS IST *RECHTER* POPULISMUS?

Der Begriff „Populismus“ wurde von der radikalen Arbeiterbewegung in den USA 1891 als Bezeichnung für die Politik der „People’s Party“ eingeführt.¹⁵⁶ Thomas Frank bezeichnet diese politische Bewegung als die wichtigste traditionelle Linke in den USA und den chancenreichsten Versuch, eine dritte Partei zu etablieren.

„Understood in this way, Populism is not only a radical tradition, it is *our* radical tradition, a homegrown Left that spoke our American vernacular and worshipped at the shrines of Jefferson and Paine rather than Marx.“¹⁵⁷

Die Geschichte der „People’s Party“ bzw. des Populismus, wie diese Partei ihn verstanden und betrieben hat, unterscheidet sich stark von den heutigen populistischen Parteien in Europa. Die „Pops“ in den USA der 1890er Jahre waren überwiegend Bauern und Landwirte, die sich gegen ihre prekären Lebensverhältnisse wehrten, gegen Korruption und gegen die Plutokratie einer „Elitendemokratie“. Sie verstanden sich als politische Vertretung der einfachen Leute („plain people“)¹⁵⁸ und als soziale, nämlich die „produzierende“ Klasse.¹⁵⁹ Die Ziele und Positionen, die von den Populist:innen¹⁶⁰ der „People’s Party“ vertreten wurden, manifestieren sich zu dieser Zeit weltweit als Reaktion auf die Industrialisierung und die verschiedenen Formen der Ausbeutung der arbeitenden Klassen.¹⁶¹ Eine Kernforderung des Populismus lautete, dass politische Partizipation einem Grundrecht entspricht und nicht an die Bedingungen von Qualifikationen und Stand bzw. Klasse geknüpft werden darf. Der historische

¹⁵⁵ Karin *Priester*, Linkspopulismus – die andere Seite der populistischen Medaille. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, 30 (2), De Gruyter (Stuttgart 2017) S. 50; *Schäfer und Zürn*, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 13-16, 70-73; Jan-Werner *Müller*, Was ist Populismus? Ein Essay (Berlin 2016) S. 42-54.

¹⁵⁶ Thomas *Frank*, *The People, No. A Brief History of Anti-Populism*. Metropolitan Books (New York 2020) S. 9-10.

¹⁵⁷ *Frank*, *The People, No* (New York 2020) S. 33.

¹⁵⁸ Ebd. S. 8, 24.

¹⁵⁹ Ebd. S. 16-17, 20-21, 23-24, 30-33, 38-39.

¹⁶⁰ Es gab Frauen innerhalb der politischen Führung und die People’s Party setzte sich auch für das Frauenwahlrecht ein. Vgl. *Frank*, *The People, No* (New York 2020) S. 14, 22, 45.

¹⁶¹ *Schäfer und Zürn*, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 61-63; *Frank*, *The People, No* (New York 2020) S. 24-26.

Populismus war ein basisdemokratisches Modell, das den Ausbau der Bürgerbeteiligung in politischen Entscheidungsprozessen befürwortete.¹⁶²

In seinem Buch „Was ist Populismus?“ hat Jan-Werner Müller eine Begriffsbestimmung erarbeitet und dabei einen möglichst allgemeinen demokratietheoretischen und historischen Hintergrund berücksichtigt.¹⁶³ Seinen Überlegungen folgend, ist Populismus untrennbar mit modernen repräsentativen Demokratien verbunden, im Gegensatz zur „Demagogie“, die einer zeitlosen Agitationsstrategie entspricht. Zudem zeichnet sich Populismus durch seine negative Haltung gegenüber einer pluralistischen Gesellschaftsordnung aus. In diesem Sinne entwerfen Populist:innen das Bild von einem „wahren Volk“, das sich aufgrund moralischer, nicht empirischer Merkmale zu erkennen gibt (moralische Homogenität).¹⁶⁴ Nur dem „wahren Volk“ steht das Recht zu, die Bevölkerung zu repräsentieren. Als weiteres Merkmal nennt er das „imperative Mandat“ und meint damit den „moralischen Alleinvertretungsanspruch“. Demnach verstehen nur die Populist:innen den Willen des „wahren Volkes“, gegebenenfalls im Voraus, und leiten daraus die Legitimation ab, diesen umzusetzen. Diese Strategie wurde schon von Eric Hobsbawm als Merkmal nationalistischer Programme erkannt und entspricht oftmals einer Täuschung.¹⁶⁵ Die System- und Elitekritik, die eine signifikante Rolle für die Abgrenzung der populistischen Parteien spielt, wird weitergeführt, selbst wenn sie von der Opposition in die Regierung wechseln. Polarisierung, Moralisierung und die Verlagerung der Aufmerksamkeit auf Feindbilder sind typisch populistische Merkmale. Der Regierungsstil des „moralischen Alleinvertretungsanspruchs“ rechtfertigt die „populistischen Herrschaftstaktiken“ 70, nämlich „Vereinnahmung des gesamten Staates; Loyalitätsbeschaffung durch Massenklientelismus; Unterdrückung der Zivilgesellschaft und, wenn möglich, der Medien.“¹⁶⁶ Als schwache Merkmale – oft vorkommend, aber nicht zwingend notwendig – nennt Müller den demagogischen Kommunikationsstil und die Präsentation von unterkomplexen Lösungen für komplexe Probleme.¹⁶⁷

Daraus ergibt sich die Frage, ob Populismus eine eigenständige Ideologie darstellt. Der Politikwissenschaftler Cas Mudde unterstützt diese Ansicht. Seiner Meinung nach ist Populismus eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei „homogene und antagonistische Gruppen“ unterteilt: das „reine Volk“ und die „korrupte Elite“. Durch die Reduktion auf diese Kernbotschaft bleibt die Möglichkeit offen, sich mit „gehaltvolleren Ideologien“ zu verbinden. Armin Schäfer und Michael Zürn vertreten eine andere Auffassung. Sie betrachten den Populismus als starke politische Ideologie und nicht nur als Elitenkritik oder binäre Einteilung der Gesellschaft, wobei sie sich vor allem mit seinem autoritären Charakter auseinandersetzen.¹⁶⁸ Insbesondere die „nichtmediatisierte Form der Mehrheitsrepräsentation“ erachten sie als charakteristisch für den „autoritären Populismus“, der sich „nationalistisch gegen ‚liberale kosmopolitische Eliten‘ wendet.“¹⁶⁹ Außerdem bestätigen sie die Ablehnung von Pluralismus als ein wesentliches Merkmal, basierend auf der Negation der Interessen anderer Länder und der

¹⁶² Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 59-63.

¹⁶³ Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 17-18.

¹⁶⁴ In den untersuchten Parteiprogrammen wird dieses „wahre Volk“ mehrfach als „Souverän“ beschrieben. Vgl. PQ1 AfD Aussagen-ID 209, 222; PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 651, 688, 766, 796, 857 oder das Kapitel „Bürger als Souverän: Bedrohte Freiheit verteidigen“ im Programm der SVP für die Legislaturperiode 2011-2015.

¹⁶⁵ Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Dritte Auflage, Campus Verlag (Frankfurt/New York 2005) S. 23.

¹⁶⁶ Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 70.

¹⁶⁷ Ebd. S. 18-28, 39-49, 51-53, 54-57, 61-66, 67-70. Vgl. Chantal Mouffe, On The Political. In: (Hg.) Simon Critchley, Richard Kearney, Thinking in Action (London/New York 2005) S. 66-69.

¹⁶⁸ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 13-14 und 64 zit. n. Cas Mudde, The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, 39 (2004) S. 543.

¹⁶⁹ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 14, 62-63.

Vorstellung eines homogenen Volkes mit „einheitlichen politischen Zielen“. Andere Meinungen sind illegitim, daher ist das Demokratieverständnis im autoritären Populismus „vopolitisch“ und „entprozeduralisiert“. Der „Volkswille“ steht fest und soll in direktdemokratischen Verfahren lediglich bestätigt, nicht aber im Parlament ausdiskutiert bzw. ausverhandelt werden. Zudem wird der Nationalstaat als Bedingung für Demokratie verteidigt.¹⁷⁰

Einen Entwurf von Linkspopulismus hat die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe erarbeitet, die einst als Quelle der Inspiration für den französischen Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon und auch als „Großmutter von Podemos“ bezeichnet wurde.¹⁷¹ Sie betrachtet Linkspopulismus als angemessene Antwort auf den Erfolg der rechtspopulistischen Parteien und verteidigt dabei vor allem den politischen Pluralismus.¹⁷² Gleichzeitig kritisiert sie den zeitgenössischen Liberalismus und die vorherrschende Vorstellung, demokratische Prozesse könnten auf individuelles, rational begründetes Handeln reduziert werden. Feindseligkeit oder Gewalt werden demzufolge als archaische Phänomene betrachtet, die es zu überwinden gilt. Mouffe hingegen sieht die Rolle der „Leidenschaft“ in der Politik als richtungsweisend an und zweifelt grundsätzlich an der Möglichkeit einer rationalen Problemlösung. Die Idee einer konfliktfreien Demokratie betrachtet sie als eine Negation des „Politischen“.¹⁷³ Darunter versteht sie das unvermeidliche Konfliktpotential, das sich aus antagonistischen Interessen und Einstellungen in jeder Gesellschaft ergibt. Ihre Thesen basieren auf der Auseinandersetzung mit den Werken des umstrittenen Rechtsphilosophen und Nationalsozialisten Carl Schmitt.¹⁷⁴ Ihm zufolge ist jede Kollektividentität auf die Unterscheidung von Wir- und Sie-Gruppen gegründet. Daher wird alles „Soziale“ immer von Konflikten begleitet, die sich aus den antagonistischen politischen Positionen der verschiedenen Gruppen ergeben.¹⁷⁵ Aus diesem Grund kritisiert Mouffe auch die Behauptung, dass das Links-Rechts-Schema sich nicht mehr für die Beschreibung der zeitgenössischen politischen Verhältnisse eigne. Die sogenannte „post-politische Perspektive“ („postpolitical perspective“)¹⁷⁶ negiert das antagonistische Potential einer Gesellschaft, die von Mouffe hauptsächlich in Machtausübende und Unterdrückte eingeteilt wird. Nur durch die demokratische Konfrontation zwischen linken und rechten Parteien entstehen die erforderlichen „kollektiven Identitäten“, die eine pluralistische Demokratie ausmachen. Das Ziel demokratischer Politik ist nicht die Überwindung des Links-Rechts-Schemas, sondern die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine demokratische Konfrontation zwischen diesen Lagern ermöglichen.¹⁷⁷ In der Schwäche liberaler Demokratien im Umgang mit diesem Konfliktpotential sieht sie den Grund für den wachsenden Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa. Als weitere Ursache nennt Mouffe die zunehmende politische Annäherung der sozialdemokratischen und konservativen Großparteien. Die Konsenspolitik hat dazu geführt, dass die Wähler:innen keinen inhaltlichen Unterschied mehr zwischen linken und

¹⁷⁰ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 14-15, 59-71.

¹⁷¹ Chantal Mouffe, Only populism can save the left. In: Times Higher Education, Issue THE 2402 (London 2019) S. 1.

¹⁷² Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 10, 14-19, 39-32.

¹⁷³ Chantal Mouffe, Democratic Politics and Conflict: An Agonistic Approach. In: Política Común No. 9/2016 (20210301) S. 2-5; Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 2-6, 10-12, 24-25, 28-29.

¹⁷⁴ Chantal Mouffe hat in ihrem Text festgehalten, dass sie Carl Schmitt kritisch gelesen hat. Sie betont, dass man von ihm lernen kann, gerade weil er einer der bekanntesten Gegner der offenen Gesellschaft war. Mouffe bewertet Schmitt als Theoretiker nach seinen Thesen und nicht nach seiner Moral. Sie widerspricht seiner Annahme, wonach eine erfolgreiche Demokratie einen homogenen „demos“ (kursiv im Original) voraussetzt. In den vorliegenden Quellen hat sie jedoch keine weiteren kritischen Bemerkungen zu Schmitt gemacht. Vgl. Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 4-5, 12-14, 19.

¹⁷⁵ Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 5, 14; Mouffe, Democratic Politics and Conflict (2016) S. 1-2.

¹⁷⁶ Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 7.

¹⁷⁷ Mouffe, On the Political (London and New York 2005) S. 5-6; Mouffe, Democratic Politics and Conflict (2016) S. 4, 6-8.

rechten Parteien erkennen können. Dies hat zu Politikverdrossenheit („apathy“)¹⁷⁸ und Vertrauensverlust in vielen europäischen Bevölkerungen geführt. Für Mouffe ist politischer Konsens nur dann konstruktiv, wenn auch der Dissens angemessen berücksichtigt wird.¹⁷⁹ Im Rahmen der Konsenspolitik wurden potenzielle Konflikte ignoriert. Dies hat letztendlich den rechtspopulistischen Parteien genutzt, da sie sich den Sorgen der „Arbeiterklassen“ angenommen haben, die von den Linksparteien zunehmend vernachlässigt wurden.

„In their move towards the Center [sic], Socialist parties have abandoned those people whose demands they see as ‘archaic’ and ‘retrograde’ and they now limit themselves to representing the interests of the middle classes.“¹⁸⁰

Deshalb hat Mouffe das Modell der „agonistischen Demokratie“ entwickelt, das sich besser eignet, um Sorgen und Meinungsverschiedenheiten demokratisch zu repräsentieren. Das unvermeidliche Konfliktpotential, das jederzeit aus den antagonistischen Positionen erwachsen kann, soll auf diesem Weg demokratisch „gezähmt“ werden („tame“)¹⁸¹. Der „Agonismus“ ist eine Alternative sowohl zum Konsens als auch zum Konflikt. Das Ziel ist, dass sich die widerstreitenden Parteien nicht als Gegner oder Feinde betrachten, sondern als Kontrahenten („adversaries“ statt „enemies“),¹⁸² die sich gegenseitig respektieren und nicht vernichten wollen. Durch die Repräsentation von möglichst unterschiedlichen politischen Positionen innerhalb der „agonistischen öffentlichen Sphäre“ wird die Vielfalt gestärkt und die Parteien können sich besser voneinander abgrenzen. Die Berücksichtigung der bestehenden gesellschaftspolitischen Konflikte soll eine symbolische Verschiebung der gegebenen Kräfteverhältnisse ermöglichen.¹⁸³ Die Leidenschaften („passions“)¹⁸⁴ der Bevölkerung sollen sich in Form von demokratischen Prozessen entladen, ohne die Demokratie selbst zu gefährden.¹⁸⁵ Mithilfe von Linkspopulismus soll eine Entwicklung hin zu einer „agonistischen Demokratie“ gelingen. Diesen definiert Mouffe als Strategie mit folgenden Schwerpunkten: Die „Konstruktion“ eines „Volkes“ („the/a people“)¹⁸⁶ durch Mobilisierung von Leidenschaften, um einen progressiven „Volkswillen“ („progressive collective will“) zu erreichen, der die gegebenen Kräfteverhältnisse der „neoliberalen Globalisierung“ herausfordert. Während rechtspopulistische Parteien Migrant:innen und Muslim:innen zu Feindbildern erklären, soll der Linkspopulismus sich gegen die „Kräfte der neoliberalen Hegemonie“ stellen.¹⁸⁷

Mouffe liefert in ihren Ausführungen keine genaue Erklärung dafür, was genau an einer liberalen Demokratie problematisch ist. Welche Schwächen der liberalen Demokratie meint sie? Der deutsche Politikwissenschaftler Lars Rensmann äußerte kritische Bemerkungen zum Populismus, die in diesem Kontext erwähnenswert sind. Eine Demokratie, die nicht liberal ist, wird von ihm als „autoritäre Demokratie“ bezeichnet und damit als defizitär

¹⁷⁸ Mouffe, *Democratic Politics and Conflict* (2016) S. 3.

¹⁷⁹ Mouffe, *On the Political* (London and New York 2005) S. 7, 31, 66, 70.

¹⁸⁰ Mouffe, *Democratic Politics and Conflict* (2016) S. 6.

¹⁸¹ Mouffe, *On the Political* (London and New York 2005) S. 19.

¹⁸² Vgl. Mouffe, *On the Political* (London and New York 2005) S. 20.

¹⁸³ Mouffe nennt leider keine konkreten Beispiele dafür, wie ihre Vorstellung eines agonistischen Wettstreits realisierbar ist oder was zu tun ist, wenn eine politische Gruppe sich durchsetzt, die weder die Demokratie noch Agonismus respektiert. Es ist wichtig, dass politische Theorien klare und konkrete Beispiele liefern, um ihre Umsetzbarkeit zu demonstrieren. Dieses Modell verfügt über keinen Kontrollmechanismus, der eine Eskalation der verschiedenen Konflikte verhindern könnte, die als zentral für demokratische Prozesse betrachtet werden. Es stellt sich zudem die Frage, welche Rolle die Opposition in einem System spielen wird, in dem alle Meinungen gleichwertig repräsentiert werden.

¹⁸⁴ Mouffe, *Democratic Politics and Conflict* (2016) S. 2-5.

¹⁸⁵ Ebd. S. 3, 19-25, 30.

¹⁸⁶ Mouffe, *On the Political* (London and New York 2005) S. 70; Mouffe, *Democratic Politics and Conflict* (2016) S. 6.

¹⁸⁷ Mouffe, *On the Political* (London and New York 2005) S. 3, 6-7, 17-19, 31-34; Mouffe, *Democratic Politics and Conflict* (2016) S. 4-8.

erachtet, da sie wesentliche Merkmale einer freiheitlich verfassten Gesellschaftsordnung einbüßt. Er warnt vor einem „autoritären Populismus“, der systematisch zu einer demokratischen Regression führe, die sich beispielsweise in der Nichtanerkennung oder Manipulation von Wahlergebnissen sowie in technologischen, wirtschaftlichen oder medial-kommunikativen Interventionen äußere.¹⁸⁸

„Zunehmend aggressiv und selbstbewusst global intervenierende autoritäre Regime versuchen, mit allen ihnen zu Verfügung stehenden Mitteln demokratische Systeme zu destabilisieren. Es ist andererseits aber auch ein Krieg gegen die Demokratie von ‚innen‘: durch alte und neue Akteur*innen eines autoritär-nationalistischen Populismus, der in Konflikt steht mit Kernprinzipien einer freien demokratischen Gesellschaft, von der Gewaltenteilung zu unveräußerlichen individuellen Rechten.“¹⁸⁹

Zudem wird aus Mouffes Thesen nicht deutlich, wie sie die Kritik an rationalen Problemlösungsstrategien versteht. Das „Politische“ auf Konfliktpotential zu reduzieren, kommt einer Banalisierung der heterogenen und komplexen Interessenlandschaften einer Gesellschaft ebenso gleich wie deren Reduktion auf Wir- und Sie-Gruppen. In einer demokratischen Gesellschaftsordnung gibt es Abstufungen zwischen Macht und Machtlosigkeit. Welche Gruppe wäre beispielsweise völlig machtlos? Ist nicht der Interessenausgleich in der parlamentarischen Debatte ein historisch erfolgreiches Modell für mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Repräsentation unterschiedlicher Anliegen? Der von Mouffe konstatierte Vertrauensverlust innerhalb der nationalen Wählerschaften wird keineswegs auf eine verfehlte Wirtschafts- und Umverteilungspolitik zurückgeführt, sondern lediglich auf die tendenzielle Annäherung der großen linken und rechten Parteien in einzelnen politischen Fragen.¹⁹⁰ Aber um welche Positionen geht es? Welche Standpunkte haben die konservativen Parteien von den linken übernommen oder umgekehrt? Diese und andere Fragen bleiben bei der Lektüre ihrer Texte unbeantwortet. Dazu gehört auch eine genaue Erklärung, was genau Mouffe unter „Volkswille“ und „Agonismus“ versteht.

Die Kritik an der „imperialen Dominanz“ bestimmter Staaten als Machtrechtfertigung für die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen ist ein Merkmal linkspopulistischer Parteien. Sie bekämpfen die wachsende globale Ungleichheit und gehen von einem indiskutablen Verständnis von Gerechtigkeit aus, das jeder Gesellschaft intuitiv innewohnt und von den autoritären Linkspopulist:innen vertreten wird.¹⁹¹ „Was gerecht ist, sei im Volk unumstritten, aber die Umsetzung werde durch korruptierte Eliten verhindert.“¹⁹² Aus dieser Perspektive ist es erforderlich, nationale Ökonomien vor illegitimen Einflüssen zu verteidigen und die Förderung einer starken Sozialpolitik voranzutreiben. Der Bezug zur Nation ist daher sowohl für den linken als auch für den rechten Populismus relevant. Allerdings birgt der Nations-Begriff das Problem, dass eine allgemein gültige Definition nur schwer zu finden ist.

¹⁸⁸ Lars Rensmann, Demokratien in der Krise. Autoritärer Populismus und demokratische Regression im globalen Kontext. In: Journal für politische Bildung, Jahrgang 13, Ausgabe 3 (August 2023) S. 19.

¹⁸⁹ Rensmann, Demokratien in der Krise (2023) S. 22.

¹⁹⁰ Ebd. S. 20.

¹⁹¹ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 70-73.

¹⁹² Ebd. S. 70.

WAS IST *RECHTER* NATIONALISMUS

Seit Beginn der Nationalismus-Forschung wird darauf hingewiesen, dass es keine objektiven Kriterien gibt, die widerspruchsfrei und allgemeingültig erklären können, ab wann und warum eine Ansiedlung aufgrund lokaler oder regionaler historischer Gegebenheiten als eine Nation zu klassifizieren ist.¹⁹³ Die Beschreibung einer Nation anhand von spezifischen Merkmalen, wie beispielsweise Sprache, Religionszugehörigkeit oder Territorium, kann nicht ausnahmslos auf alle Mitglieder übertragen werden. Zudem sind solche vermeintlich „objektive Kriterien“ selbst „wandelbar und mehrdeutig“.¹⁹⁴ Eine subjektive Erklärung ist die „Identifikation“¹⁹⁵ mit dem Nationalstaat und der „Wille, eine [Nation, Anm. d. Verf.] zu sein“.¹⁹⁶

„Der Nationalismus hat seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einen ganz ähnlichen Prozeß von Modulation und Adaption erlebt, geprägt jeweils von den unterschiedlichen Epochen, politischen Regimes, von Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Als Ergebnis hat sich die ‚vorgestellte Gemeinschaft‘ über alle denkbaren Gesellschaften unserer Epoche verbreitet.“¹⁹⁷

In bürgerlich-liberalen Lagern galt die Nation als fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung und bildete zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Gegensatz zu konservativ-traditionalistischen Modellen.¹⁹⁸ Sie basiert auf einem völlig anderen Begründungsprinzip als beispielsweise der autokratische Staat, der die europäische Geschichte davor dominierte. Eric Hobsbawm unterstützt Benedict Andersons Formulierung von der „vorgestellten Gemeinschaft“.

Infolge der Industrialisierung und dem sozialen Wandel konnten die Nationalstaaten „zweifelloso die emotionale Leere füllen, die durch den Rückzug, die Auflösung oder die fehlende Verfügbarkeit *wirklicher* menschlicher Gemeinschaften und Verbindungen entstanden ist; aber dennoch bleibt die Frage, warum Menschen nach dem Verlust realer Gemeinschaften den Wunsch verspüren sollten, sich diese besondere Form des Ersatzes vorzustellen.“¹⁹⁹

Typisch für nationalistische Bewegungen sind zudem territoriale Ansprüche, Forderungen nach Autonomie und Unabhängigkeit oder die Vorstellungen einer homogenen Bevölkerung mit einer gemeinsamen Vergangenheit.²⁰⁰ Für den Erfolg der forcierten Idee von politischer und nationaler Einheit waren nationalistische Ideologien mitverantwortlich, denen es gelang, „Spielarten kollektiver Zugehörigkeitsgefühle“ zu mobilisieren.²⁰¹ Dazu

¹⁹³ Für einen Überblick über die verschiedenen Theorien innerhalb der Nationalismusforschung, vgl. *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 11-24. Darin werden einige Autoren zur klassischen Nationalismustheorie des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts empfohlen.

¹⁹⁴ *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 15-16, 23.

¹⁹⁵ Für die vorliegende Analyse wird Identifikation als dynamischer sozialer Prozess von Integration, Differenzierung und Exklusion begriffen, der sich an individuellen und kollektiven Merkmalen orientiert. Vgl. Richard *Jenkins, Social Identity*. Fourth Edition Routledge Taylor & Francis Group (London and New York 2014) S. 2-28; (Hg.) Ruth *Wodak* and Christoph *Ludwig, Challenges in a changing world. Issues in critical discourse analysis* (Wien 1999) S. 15; Norman *Fairclough, Democracy and the Public Sphere in Critical Research on Discourse*. In: (Hg.) *Wodak and Ludwig, Challenges in a changing world* (Wien 1999) S. 68-69.

¹⁹⁶ *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 18.

¹⁹⁷ Benedict *Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Zweite Auflage 1996. Campus Verlag (Frankfurt/New York 2005) S. 157.

¹⁹⁸ *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 53-54.

¹⁹⁹ Kursiv im Original. *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 59; Vgl. *Anderson, Die Erfindung der Nation* (Frankfurt/New York 2005) S. 142ff, 159ff.

²⁰⁰ *Hobsbawm, Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 17.

²⁰¹ Ebd. S. 59.

waren nach Anderson Massenmedien ebenso notwendig wie ein „offizieller Nationalismus“²⁰² in Form von Verwaltungsvorschriften und einem entsprechend ausgestalteten Bildungssystem.²⁰³ Angeleitet von der Annahme, dass die Nation einer ethnisch homogenen Gruppe entspricht, wurde eine Übereinstimmung von Ethnie und Territorium angestrebt.²⁰⁴ So kam es innerhalb der konfessionell, sprachlich und regional gemischten europäischen Nationalstaaten zu einer zunehmenden „Volkstumstrennung“ entlang von „Volkstumsgrenzen“ und kleinere Gruppen gerieten unter wachsenden Assimilationsdruck.²⁰⁵ Ihre Entstehung war daher maßgeblich von Flucht, Umsiedlung und Vertreibung „altansässiger“ Bevölkerungsgruppen aus ihren Siedlungsgebieten begleitet, wodurch historisch gewachsene Strukturen aufgebrochen bzw. „ausgelöscht“ wurden.²⁰⁶

Die Vorstellung einer parallelen und simultanen Existenz der Bevölkerung eines (post-)modernen Nationalstaates und jener Gruppen, die in früheren Epochen unter ganz anderen Ordnungsverhältnissen auf diesem Territorium lebten, erscheint unrealistisch. Daraus ist ein Identitätskonzept hervorgegangen, das die Zugehörigkeit zur nationalen Wir-Gruppe an kontrafaktischen oder irrationalen Merkmalen festmacht.²⁰⁷ Anthony D. Smith hat in diesem Zusammenhang die Begriffe „Primordialismus“ und „Perennialismus“ verwendet. „Primordialismus“ beschreibt die reduktionistische Anschauung von nationalen Gesellschaften als organisch-gewachsene, natürliche Gegebenheit. Die Eigenschaften und Merkmale der Nation leiten sich von Geburt ab, deshalb sind sie unveränderlich und unverwechselbar. Soziobiologische Grundvoraussetzungen werden als ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur Wir-Gruppe angesehen, da diese als große Sippe oder „superfamily“,²⁰⁸ ähnlich einer vormodernen Stammesgruppe, verstanden wird, die durch gemeinsame Abstammung an ein Territorium gebunden ist.²⁰⁹ Einige primordialistische Definitionen von Gesellschaft weichen von der biologischen Begründung ab und ersetzen sie mit kulturellen Faktoren (z.B. Sprache, Religionszugehörigkeit oder Brauchtum). Aber auch diese werden als unveränderlich und verbindlich angesehen. Zudem wird jegliche Abweichung von diesen Vorstellungen ignoriert oder verdrängt, wie beispielsweise der Umstand, dass Individuen mehreren Gruppen angehören und Persönlichkeitsmerkmale sich verändern können (Mehrsprachigkeit, Migration, Konfessionswechsel). „Perennialismus“ bezeichnet ein Zeitverständnis, das die Nation als immerwährende soziale Ordnungseinheit begreift. Demnach haben die nationalen Gesellschaften schon immer in der vorgestellten Form existiert, lediglich die politischen Organisationsmodelle haben sich historisch verändert. Deshalb reicht ihre Kollektividentität bis weit in die nicht erinnerbare Vergangenheit zurück („retrospective nationalism“).²¹⁰ Der Nationalstaat wird als moderne Fortsetzung einer Gruppe begriffen, deren soziale Verbundenheit über Tradition aufrechterhalten wird. Dabei ist es unwichtig, ob diese Behauptungen nachweisbar sind. Die nationale

²⁰² Anderson, *Die Erfindung der Nation* (Frankfurt/New York 2005) S. 159.

²⁰³ Ebd. S. 163.

²⁰⁴ Vgl. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 155-191.

²⁰⁵ Hans Roos, *Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*. Vierte, überarbeitete und erweiterte Auflage. Kohlhammer Verlag (Stuttgart 1986) S. 52-54.

²⁰⁶ Roos, *Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985* (Stuttgart 1986) S. 210.

²⁰⁷ Anderson, *Die Erfindung der Nation* (Frankfurt/New York 2005) S. 188ff.

²⁰⁸ Anthony D. Smith, *Nationalism and Modernism. A critical survey of recent theories of nations and nationalism*. Routledge Verlag (London and New York 1998) S. 147.

²⁰⁹ Smith, *Nationalism and Modernism* (London and New York 1998) S. 145-158.

²¹⁰ Ebd. S. 167.

Verbundenheit wird emotional und psychologisch begründet. Deshalb wird in diesem Zusammenhang auch von „felt history“²¹¹ gesprochen.²¹²

Ausgehend von diesen Argumenten wird „Nationalismus“ in dieser Arbeit als eine Ideologie verstanden, die sich von anderen politischen Ideen durch ihre Vorstellung von homogenen nationalen Gesellschaften unterscheidet. Insbesondere das vermeintlich objektive Merkmal der „ethnischen Zugehörigkeit“ wird als problematisch erachtet. „Ethnizität“ oder „Volkszugehörigkeit“ dienen als Begründung für den Ausschluss aus der nationalen Wir-Gruppe. Sie basieren mitunter auf rassistischen Stereotypen und ignorieren die zahlreichen Migrationsprozesse, die vor allem seit der Neuzeit die Bevölkerungsentwicklung in weiten Teilen Europas nachhaltig verändert haben. Die Herkunft einer Gruppe ist nicht immer eindeutig und lässt sich nicht auf Merkmale wie Sprache, Konfession oder Rang (Status) reduzieren.²¹³ Benedict Anderson weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass rassistische Ideologien ihren Ursprung im Klassen- bzw. Standesbewusstsein haben. Er betrachtet insbesondere die Vorstellung von „Gottesgnadentum“ und die Bedeutung von Abstammung innerhalb der Aristokratie („blaues oder weißes Blut“) als grundlegend für die „Phantasien des Rassismus“.²¹⁴

Die genannten Merkmale, insbesondere die Vorstellungen von Zeit und Gesellschaft, welche für nationalistische Ideologien des europäischen 19. und 20. Jahrhunderts entwickelt wurden, bilden die Basis für das hier diskutierte Verständnis von „rechtem Nationalismus“.²¹⁵ Sie können wie folgt zusammengefasst werden: Das Konzept der Nation wird unhinterfragt angenommen und es wird vorausgesetzt, dass alle Mitglieder einer Gemeinschaft sich ausnahmslos als Angehörige identifizieren. Dabei wird die Vorstellung vertreten, dass die nationale Gruppe aus einer unveränderlichen und ursprünglichen, natürlichen Entwicklung hervorgegangen ist (Primordialismus), die mit dem Territorium übereinstimmt. Diese Kollektividentität bezieht sich auf eine lange, nicht erinnerbare Vergangenheit und die Nation wird als immerwährende soziale Ordnungseinheit dargestellt (Perennialismus). „Rechter Nationalismus“ zeigt somit eine Affinität zum Rassismus auf, da er versucht, die legitime Wir-Gruppe anhand von nationsspezifischen Merkmalen und Eigenschaften wie Sprache, Religion und Volkszugehörigkeit zu beschreiben.²¹⁶

Die Globalisierung hat zu einer weltweiten Öffnung der nationalen Gesellschaften geführt und sie in den Kontext einer „globalen Schicksalsgemeinschaft“²¹⁷ gestellt. Dabei haben sich demokratische Entscheidungsprozesse verschoben. Armin Schäfer und Michael Zürn stellen fest, dass die Zusammensetzung von Parlamenten und Behörden zunehmend von jener der nationalen Bevölkerung abweicht. Das heißt, dass substanzielle politische Entscheidungen gegenwärtig von nichtgewählten Gremien, „nichtmajoritären Institutionen“ und Expert:innen getroffen werden.²¹⁸ Dazu gehören beispielsweise Non-Profit-Organisationen (NGOs) oder Denkfabriken (Think Tanks), die Richtlinien und Strategien vorgeben, die dann von europäischen und nationalen Institutionen übernommen werden, ohne dass sie zuvor durch demokratische Prozesse wie Wahlen oder Volksinitiativen legitimiert wurden. Das führt zu einer spürbaren sozialen, ideologischen und räumlichen Diskrepanz zwischen den

²¹¹ Smith, *Nationalism and Modernism* (London and New York 1998) S. 162 zit. n. Walker Connor, *Ethno-Nationalism: The Quest for Understanding*. Princeton University Press (Princeton NJ 1994) S. 202.

²¹² Ebd. S. 159-167.

²¹³ Vgl. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 64f, 78-81.

²¹⁴ Anderson, *Die Erfindung der Nation* (Frankfurt/New York 2005) S. 150.

²¹⁵ Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus* (Frankfurt/New York 2005) S. 20-21.

²¹⁶ Anderson, *Die Erfindung der Nation* (Frankfurt/New York 2005) S. 142.

²¹⁷ Schäfer und Zürn, *Die demokratische Regression* (Berlin 2021) S. 78.

²¹⁸ Ebd. S. 102.

Repräsentant:innen im Parlament und den Repräsentierten (Bevölkerung). Diese postnationale globalisierte Realität stellt die Frage nach „dem Souverän“, dem, beispielsweise durch das Wahlrecht, eine demokratische Partizipation ermöglicht wird. Außerdem ist Demokratie kein Garant mehr für Armutsbekämpfung und Chancengleichheit.²¹⁹ Die Kritik an diesen Entwicklungen ist berechtigt und sollte öffentlich diskutiert werden. Es wird jedoch problematisch, wenn der „eigene Blick auf die Welt“ als Maßstab angesehen wird und eine Debatte über die verschiedenen Ansätze zur Bewältigung dieser Konflikte nicht zugelassen wird.²²⁰

Die deutsche Historikerin und Politikwissenschaftlerin Karin Priester beschrieb Rechtspopulismus als „den ‚dritten Weg von rechts‘ zwischen Rechtsextremismus und dem Konservatismus in den bürgerlichen Volks- oder Sammlungsparteien“. Linkspopulismus ist demnach „der ‚dritte Weg von links‘ jenseits von Marxismus/Kommunismus und der zum Mainstream gehörenden Sozialdemokratie.“²²¹ An den Rändern der Links-Rechts-Achse haben sich Bewegungen formiert, die versuchen sich „neu [zu] erfinden“. Populismus bezieht sich immer auf das „Eigene“ und richtet sich gegen ein Feindbild, das, lagerentsprechend, entweder durch die Opposition oder die Regierung, den Kosmopolitismus oder die Globalisierung, die Migrant:innen oder den Freihandel dargestellt wird.²²² Da es sowohl links- als auch rechtspopulistische Parteien gibt, kann eine ideologische Verortung anhand dieser skizzierten Kriterien zu fruchtbaren Ergebnissen führen.

Diese Arbeit geht daher von einem Verständnis von Populismus als Agitationsform aus, die sich aus bestehenden Ideologien entwickelt hat. Er hat den Charakter einer ideengeschichtlichen Weiterentwicklung vorgeprägter politischer Lager, angepasst an zeitgenössische Kommunikationsbedingungen, politische Zwänge (Wahlergebnisse) und veränderte Konfliktlinien.²²³ Am Anfang dieser Untersuchung stand deshalb die Annahme, dass „Rechtspopulismus“ eine zeitgenössische Variante des „rechten Nationalismus“ darstellt. *Populistisch* ist die Struktur der Agitation bzw. die Art der Kommunikation (z.B. das imperative Mandat, argumentative und rhetorische Muster). *Nationalistisch* und *rechts* sind die Vorstellungen der nationalen Wir-Gruppe und ihre politischen Standpunkte (Antipluralismus, das wahre Volk, Disposition nach natürlichen Ordnungsmustern). Aufgrund dieser Gedanken wurde „Rechtspopulismus“ zunächst wie folgt charakterisiert: „völkischer“ Nationalismus, Rassismus bzw. Ethnozentrismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Islamfeindlichkeit (anti-muslimischer Rassismus), Antikommunismus, Autoritarismus, Antipluralismus und Demokratiefeindlichkeit. Außerdem wird von Rechtspopulist:innen häufig Kritik an der Europäischen Union geübt. Die spezifische Kritik an „Eliten“ wird hier allerdings nicht als ausschlaggebendes Merkmal behandelt.²²⁴ Die Diskussion der empirischen Datengrundlage in den Kapiteln 2 bis 4 wird zeigen, welche dieser Merkmale bestätigt und welche verworfen wurden.

²¹⁹ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 10-11, 17-23, 59f. 78-88, 91-102.

²²⁰ Leo et al., mit Rechten reden. Ein Leitfaden (Stuttgart 2017) S. 115.

²²¹ Priester, Linkspopulismus (Stuttgart 2017) S. 50-51.

²²² Ebd. S. 51.

²²³ Werner T. Bauer, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. (Hg.) Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Aktualisierte und überarbeitete Fassung (Wien 2016) S. 7-8; Werner T. Bauer, Rechtspopulismus in Europa – unter besonderer Berücksichtigung von Ost- und Südosteuropa. In: Südosteuropa Mitteilungen, Heft 04 (2012) S. 59-61; Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 117-123; Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 11-13, 16-18, 24-58, 74.

²²⁴ Vgl. (Hg.) Wolfgang Eismann, Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002) S. 7-21, 40-55, 223-243.

DISKURSHISTORISCHE AUSSAGENANALYSE

Ruth Wodak hat wichtige Beiträge zur Analyse politischer Text- und Redearten geleistet. Der von ihr entwickelte „diskurshistorische Ansatz“ diente mitunter als Vorbild für die vorliegende Verfahrensgestaltung.²²⁵ Für Wodak ist der Bezug zur Vergangenheit ausschlaggebend für die diskursive Konstruktion von nationalen Identitäten und das Verständnis von Gleichheit, Ähnlichkeit und Differenz.²²⁶ Das Verhältnis der Aussagen zur Vergangenheit weist auf Bedeutungskonstruktionen, Identitätsstiftungen oder den spezifischen Wissensbestand hin und darauf, wie eine bestimmte Weltsicht legitimiert wird.²²⁷ Folglich richtet sich der analytische Fokus auf den Zusammenhang zwischen Identifikation und Kommunikation über Vergangenheit. Der Begriff der „Rekonstruktivität“ wird herangezogen, um dieses hypothetische Wirkverhältnis zu beschreiben.²²⁸ Aufgrund des Forschungssettings bietet sich eine Aussagenanalyse an.

Bei der historischen Diskursanalyse werden Aussagen als konstitutive Elemente betrachtet und daher wie Ereignisse behandelt, die zum Gegenstand der Analyse erklärt werden. Der Diskurs ist ein Überbegriff für die Summe von Aussagen, die verschiedene Realisierungsformen annehmen können, wie beispielsweise Einzeltexte oder Reden. Aus der Fülle aller möglichen Aussagen zu einem Thema („imaginärer Korpus“) kann in der Praxis nur ein Teil zur Verfügung stehen („virtueller Korpus“). Daraus wird eine Auswahl an Quellen getroffen und als „konkreter Korpus“ für die Analyse herangezogen.²²⁹ Dabei soll nicht nur nach dem Sinn der Aussage selbst, sondern nach sich wiederholenden Mustern in der Argumentation und Sinnstiftung gefragt werden.²³⁰ Aussagen werden deshalb als Elemente eines komplexen Zeichensystems begriffen, die eine soziale Praxis dokumentieren und nicht nur einem starrem Regelsystem folgen (Grammatik, Rechtsschreibung).²³¹ Gleichzeitig soll der Einzeltext nicht nur in seiner Entität, sondern eben im Vergleich zur gesamten Primärquellensammlung beurteilt werden.²³² Dabei werden die Parteien, die für die Veröffentlichung ihrer programmatischen Texte verantwortlich sind, als Akteure mit Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten gesehen. Die Aussagen in den Primärquellen geben Aufschluss darüber, welches spezifische Wissen über die Gesellschaft und ihre Vergangenheit weitergegeben werden soll. Auf eine detaillierte Mikroanalyse der ausgesuchten Texte – wie sie von Achim Landwehr beispielsweise erarbeitet wurde – wird allerdings aufgrund des Umfangs der Primärquellensammlung verzichtet. Dies würde Analysen betreffen, die über die Textebene hinausgehen und sich in die Satzebene (Satzlänge, Anordnung von Haupt- und Nebensätzen, Satzarten), Wortebene (Unterscheidung von denotativem und konnotativem Sinn durch die verschiedenen Wortarten), lexikalischer und parasprachlicher Ebene (Wortfamilien, Neologismen, Fremdwörter, sowie Interpunktion, Typografie etc.) vertiefen.

²²⁵ Ruth Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik. In: (Hg.) Andrei Markovits und Sieglinde Rosenberger, *Demokratie. Modus und Telos* (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 77-84; (Hg.) Wodak and Ludwig, *Challenges in a changing world* (Wien 1999) S. 11-20; Ruth Wodak, *Language and Politics*. In: [Hrsg.] Jonathan Culpeper et. a., *English language. Description, Variation and Context*. 1. publ. Palgrave Macmillan (Basingstoke [u.a.] 2009) S. 590.

²²⁶ Wodak, *Politikwissenschaft und Diskursanalyse* (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 77-79, 84-85; (Hrsg.) Wodak and Ludwig, *Challenges in a changing world* (Wien 1999) S. 14-16.

²²⁷ Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse*. In: (Hg.) A. Gestrich, I. Marjolek et al., *Historische Einführungen*, Band 8, 4. Auflage (Tübingen 2004) S. 109-111, 130-132.

²²⁸ Vgl. Christian Gudehus, Ariane Eichenberg und Harald Welzer, *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch* (Stuttgart/Weimar 2010) S. 2-3, 8-9, 11-14, 16-17, 20, 81-82. Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis* (Stuttgart 1967) S. 34-58, 77-125. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis* (München 1997) S. 51-53; Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität* (Frankfurt am Main 1988) S. 13.

²²⁹ Landwehr, *Geschichte des Sagbaren* (Tübingen 2004) S. 107.

²³⁰ Ebd. S. 103-106, 113.

²³¹ Ebd. S. 115.

²³² Ebd. S. 109-114.

VERFAHRENSGESTALTUNG

Bei dem Versuch, den Forschungsgegenstand zu definieren und die relevanten Einflussfaktoren für die Bearbeitung der Hypothesen zu identifizieren, ergab sich ein erkenntnistheoretisches Problem, das der Physiker und Kybernetiker Heinz von Förster aufgeworfen hat.²³³ Von Förster unterscheidet zwei wissenschaftliche Traditionen, nämlich „sci“ und „syn“. Die Tradition *sci* widmet sich den prinzipiell entscheidbaren Begriffen oder Phänomenen und nutzt dabei die Mittel der Unterscheidung, Trennung und Separation (Ursache – Wirkung; richtig – falsch usw.). Oft sind diese Probleme mess- oder berechenbar und somit prinzipiell lösbar. Die logischen Gesetze (beispielsweise in der Physik oder Chemie) schränken die Lösungsmöglichkeiten ein und jede Lösung ist beweisbar.²³⁴ Entscheidbare Fragen können daher mittels Messung oder Berechnung beantwortet werden, doch „the number of things we don't know how to measure is infinitely larger than the things we know how to measure“.²³⁵

Bei prinzipiell unentscheidbaren Phänomenen gibt es keine logischen Begrenzungen, was zu vielen nicht belegbaren Antworten führt. Mit diesen Problemen beschäftigt sich *syn*, die zweite Wissenschaftstradition, und bedient sich dabei vor allem der Methoden des Verbindens, Zusammenführens und Verallgemeinerns. Unentscheidbare Phänomene sind nicht entlang einer linearen Logik zu beschreiben, sondern in ihrer systematischen „Netzlogik“. Von Förster nennt sie „Begriffe der zweiten Ordnung“, weil sie sich gegenseitig bedingen und durch sich selbst bedingt werden.²³⁶ Zum Beispiel müssen wir erst das Sprechen lernen, um eine Frage stellen und einen Text analysieren zu können. Wir benötigen ein Gedächtnis, um uns erinnern zu können, und ein Bewusstsein, das Erinnerungen von anderen kognitiven Vorgängen unterscheiden kann. Probleme oder Begriffe zweiter Ordnung sollten daher in ihrer Netzlogik betrachtet werden. Die Bedingungen (z.B.: Ursache und Wirkung) des Problems beeinflussen sich gegenseitig und stehen zueinander in einem dynamischen reziproken Verhältnis.²³⁷ Die Trennung und Hierarchisierung der Faktoren, die zur Beschreibung des Phänomens identifiziert werden, gehen unter Umständen an der Realität vorbei. Der Versuch, eine möglichst präzise Definition des Forschungsgegenstands zu erarbeiten, birgt bei prinzipiell unentscheidbaren Fragen bereits das erste Problem. Was ist Rechtspopulismus? Was ist eine Erinnerungskultur? Wie kann ein rechtspopulistisches Erinnerungsmilieu identifiziert werden? Aus diesem Problem ergeben sich prinzipiell viele *nicht* messbare und *nicht* berechenbare Ansätze in Bezug auf eine eindeutige Definition von „Rechtspopulismus“ oder „Erinnerungskultur“. Es handelt sich um Phänomene, die ihre spezifischen Merkmale in Abhängigkeit voneinander sowie von intrinsischen und extrinsischen Faktoren, wie beispielsweise den Forschungsfragen, entwickeln.

Das Ziel dieser Dissertation ist es, die Beschreibung des Untersuchungsgegenstands, die Analysen und Vergleiche auf ein möglichst rationales und konsistentes Niveau zu heben. Um dieser Komplexität gerecht zu werden, war die Vorbereitung der Verfahrensgestaltung mittels der multikriteriellen Bestimmungstheorie „Analytic Network Process“ (ANP) ein geeignetes Mittel. Der ANP basiert auf dem „Analytic Hierarchy Process“ (AHP), ein „tool“ zur Entscheidungshilfe, das von dem US-amerikanischen Mathematiker Thomas L. Saaty entwickelt wurde. Auf

²³³ Vgl. Ranulph Glanville, Obituary: Heinz von Foerster. In: Systems Research and Behavioral Science (Syst. Res.), 20/1, January/February 2003, ABI/INFORM Collection, S. 85-89; Heinz von Förster, 2x2=grün. Originaltonaufnahmen von 1989-1998 in ungekürzter Lesung (103 Min.). Sprecher: Heinz von Foerster. Redaktion: Klaus Sander, Supposé Verlag (Erscheinungsjahr 1999).

²³⁴ Vgl. von Förster, 2x2=grün. (Erscheinungsjahr 1999) Kapitel 8.

²³⁵ Saaty, Theory and applications of the analytic network process (Pittsburgh 2009) S. 1.

²³⁶ von Förster, 2x2=grün. (Erscheinungsjahr 1999) Kapitel 8.

²³⁷ Ebd. Kapitel 8.

der Grundlage eines mathematischen Modells unterstützt es die Durchführung komplexer Entscheidungsprozesse auf rationale und konsistente Weise.

„Our ability to choose by reflecting on the complexities of a decision and how that decision may affect the future is largely what separates us from other forms of life. The choices we make depend mostly on what purpose we want to achieve. [...] In the end, decision-making is closely related to conflict resolution.“²³⁸

Nach Saaty bildet die exakte Beschreibung des zu bearbeitenden Problems (Begriffs oder Phänomens) den ersten Schritt der Problemlösungsstrategie. Auf dieser Grundlage sollen alle Indikatoren identifiziert werden, die den Fall beeinflussen (Einflussfaktoren).²³⁹ Alle Faktoren, die gleichwertig und voneinander unabhängig sind, werden in einer Gruppe zusammengefasst (Cluster).²⁴⁰ Danach erfolgt die Ermittlung von vergleichbaren Werten aus individuellen Beurteilungen („judgements“). Die Beurteilungen bewerten den relativen Einfluss aller Elemente innerhalb eines Vergleichs zueinander und hinsichtlich der Problemlösung. Deshalb werden zwei handlungsanweisenden Fragen gestellt, die nach der Einflussstärke („strength of dominance“) fragen:²⁴¹ (1) Welches von zwei Vergleichselementen hat dominanteren Einfluss auf Kriterium A? (2) Welches von zwei Vergleichselementen beeinflusst ein drittes Vergleichselement stärker in Hinblick auf Kriterium A? Damit ein systematischer und konsistenter Vergleich zustande kommt, ist es wichtig, dass das gleiche Kriterium A als Bezugspunkt für alle Gegenüberstellungen dient. Ein derartiges Bezugskriterium (wie Kriterium A) wird auch „Kontrollkriterium“ genannt („control criterion“). Ein Kontrollkriterium dient der Fokussierung beim Denken, um die dominante Frage im Auge zu behalten („question of dominance“). Nachdem zuerst die Dekonstruktion („decomposing“) eines komplexen Phänomens erfolgt, indem nach den diversen Einflussfaktoren gefragt wird, vollzieht sich die Rekonstruktion durch Bewertung der Dominanz dieser (Einflussfaktoren bzw. Vergleichselemente) auf das Phänomen. Das zugrundeliegende Konzept von Einfluss ist zentral in Entscheidungsprozessen.²⁴²

„Influence is a force that produces change [...] Anything that exists influences the behaviour of other things or influences the state of the environment nearby and sometimes far away from where it is. When we make a decision we need to look at all the potential influences and not simply the influences from top to bottom or bottom to top as in a hierarchy. Influences spread as in a network or even more generally as in a manifold.“²⁴³

Beim AHP geht es darum, die Dominanz oder relative Wichtigkeit von Einflussfaktoren zu bestimmen. Im Gegensatz dazu erlaubt es der „Analytic Network Process“ zu Problemlösungen zu gelangen, ohne die Einflussfaktoren hierarchisch zu reihen und in Gruppen zusammenzufassen (z.B. Vergleichscluster A ist wichtiger als Vergleichscluster B oder die Vergleichselemente in Cluster C sind abhängig von den Indikatoren einer übergeordneten Gruppe). Diese Anleitungen für eine rationale Vergleichsmatrix haben dazu beigetragen, die Elemente des Vergleichs systematisch gegenüberzustellen. Den allgemeinen Forschungsgegenstand dieser

²³⁸ Saaty, Theory and applications of the analytic network process (Pittsburgh 2009) S. x.

²³⁹ Kuttner, Zur Anwendbarkeit des Analytic Hierarchy Process (Wien 2011) S. 29 zit. n. Meixner und Haas (2010) S. 171.

²⁴⁰ Ebd. S. 29.

²⁴¹ Saaty, Theory and applications of the analytic network process (Pittsburgh 2009) S. 47.

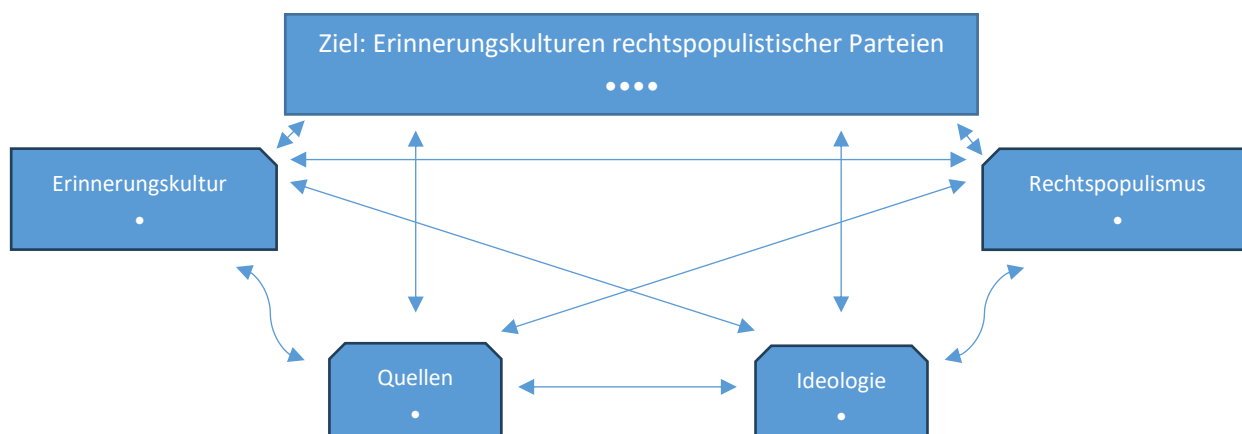
²⁴² Ebd. S. 47-48.

²⁴³ Ebd. S. 48.

Dissertation bilden die Phänomene „Rechtspopulismus“ und „Erinnerungskultur“. Bei der Beschreibung dieser Begriffe wurden die Indikatoren „Parteien“ und „Primärquellen“ identifiziert. Diese vier Elemente bilden die Grundlage der Untersuchung. Im Folgenden wird erläutert, welche weiteren Vergleichselemente für die vorliegende Aufgabenstellung identifiziert und wie ihre Abhängigkeiten eingeschätzt wurden.

Eine dominierende Frage dieser Dissertation lautet („question of dominance“): Was ist Rechtspopulismus? Das Kontrollkriterium lautet: „Ideologie“ („control criterion“). Daraus ergab sich die Wahl der relevanten Vergleichselemente: rechtspopulistische Parteien. Eine weitere essenzielle Frage lautet: Wie gehen Parteien mit Geschichte um? Das Kontrollkriterium lautet die „Rekonstruktivität“. Daraus ergab sich die Wahl der relevanten Vergleichselemente: Vergangenheitsbezüge (Erinnerungsfiguren, Zeitinseln und Zeitrahmen). Eine weitere dominierende Frage lautet: Wie wird die Gesellschaft von den Parteien beschrieben? Daher stellt die „Wahrnehmung gesellschaftlicher Kategorien“ das nächste Kontrollkriterium dar. Daraus ergaben sich die Vergleichselemente: Distinktionsmerkmale und rhetorische Strategien. Nachdem die Entscheidung über die Wahl der Primärquellen auf Partei- und Wahlprogramme fiel, ergaben sich weitere Vergleichselemente. Frage: Welche Parteiquellen liefern Informationen zu den erinnerungskulturellen und ideologischen Merkmalen? Die Kontrollkriterien sind Ideologie und Erinnerungskultur. Die Vergleichselemente lauten daher Quellen bzw. Aussagen.

Vergleichscluster	Rechtspopulismus	Erinnerungskultur	Ideologie	Quellen
Dominierende Frage	Was ist Rechtspopulismus?	Wie gehen Parteien mit Geschichte um?	Wie wird die Gesellschaft von den Parteien beschrieben?	Welche Quellen?
Kontrollkriterium	Ideologie	Rekonstruktivität	Wahrnehmung der gesellschaftl. Kategorien	Ideologie und Rekonstruktivität
Vergleichselemente	Vergleichsparteien	Erinnerungsfiguren, Zeitinseln & Zeitrahmen	Distinktionsmerkmale & rhetorischen Strategien	Quellen bzw. Aussagen



Für das Vergleichscluster „Rechtspopulismus“ wurde eine Auswahl an Parteien getroffen. Diese beruhte auf den Merkmalen rechtspopulistischer Politik, die mithilfe von Fachliteratur erarbeitet wurden und zum Vergleichscluster „Ideologie“ gehören. Auf diese Weise wurde in der Auswertung überprüft, ob die vorangestellte Beschreibung von Rechtspopulismus durch die Parteien bestätigt (Übereinstimmung mit den Vergleichskriterien)

oder widerlegt (keine Übereinstimmung) wird. Das Vergleichscluster „Erinnerungskultur“ bezieht sich auf die Vergangenheitsbezüge in den Aussagen. Die „konkreten“ Beispiele wurden als „Erinnerungsfiguren“ bzw. „Zeitinseln“ erfasst und zeitlich bestimmt (Datierung bzw. Zeitrahmen). Diese Termini gehen auf Theorien von Aleida und Jan Assmann zurück. Sie beziehen sich ihrerseits auf Maurice Halbwachs sowie Aby Warburg und beschreiben „Fixpunkte“ oder „schicksalhafte Ereignisse der Vergangenheit“, die den „Zeithorizont“ des gruppenspezifischen Vergangenheitsentwurfs abgrenzen.²⁴⁴ „Inseln der Vergangenheit“ können Objekte sein, Lieder, Texte, Personen oder Orte.²⁴⁵

„Im kulturellen Gedächtnis weiten sich solche Zeitinseln zu einem Erinnerungsraum
„retrospektiver Besonnenheit“.“²⁴⁶

Für dieses Forschungsprojekt ist interessant, welche Zeitinseln und Erinnerungsfiguren für die Parteien relevant sind. Außerdem soll geprüft werden, an welcher Stelle und zu welchem Zwecke ausgerechnet diese Vergangenheitsbezüge erwähnt wurden. Allerdings ergaben sich weitere Schwierigkeiten aus der Unklarheit vieler Aussagen. Ein Vergangenheitsbezug ist nicht immer einfach zu erkennen und wird mitunter unspezifisch umschrieben, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden. Die Staatsangehörigkeit hat in den vergangenen Jahren einen schleichenden Bedeutungsverlust erfahren. Kinder bekommen unter bestimmten Bedingungen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der doppelten Staatsangehörigkeit erweitert.“²⁴⁷

Bei einigen Aussagen wurde sogar besonders deutlich, dass ein fehlender (negativer) Vergangenheitsbezug den Kontext direkt beeinflusst. Ein Beispiel ist die folgende Aussage aus dem Kapitel „Die Menschenwürde ist unantastbar“ im Parteiprogramm der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ von 2005:

„Jedem Menschen gebührt grundsätzlich Achtung und Respekt vor seiner Persönlichkeit. Niemand hat das Recht, durch Zwang oder Gewalt die körperliche Unversehrtheit und geistige Integrität des Menschen zu verletzen und dadurch seine Würde anzutasten. Niemand darf nur auf Grund seiner Überzeugungen, Anschauungen und Auffassungen verfolgt werden.“²⁴⁸

Für die Auswertung ist relevant, wie lesbar und verständlich die Vergangenheitsbezüge vermittelt werden. Um die Nuancen zwischen konkreten, unpräzisen oder fehlenden Vergangenheitsbezügen für die Datenauswertung zu berücksichtigen, musste die Komplexität der Beschreibung erhöht werden. Nach gründlicher Überlegung wurden vier Kategorien festgelegt: konkrete, vage, abstrakte und negative Vergangenheitsbezüge. Anfangs wurde der Begriff „Erinnerungsfigur“ sehr gegenständlich interpretiert. Deshalb wurden Kategorien eingeführt, um die Vergangenheitsbezüge „erfassbar“ zu machen. Dazu gehörten Narrative, Ereignisse, Daten/Epochen, Symbole, Personen, Orte oder Praktiken bzw. Rituale. Bald stellte sich heraus, dass diese Kategorien erstens unvollständig waren (man denke an Objekte, Lieder, Bilder usw.) und zweitens unwesentlich für das vorliegende

²⁴⁴ Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis (Stuttgart 1967) S. 38-52; Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität (Frankfurt am Main 1988) S. 11-15.

²⁴⁵ Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis (Stuttgart 1967) S. 52.

²⁴⁶ Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität (Frankfurt am Main 1988) S. 12.

²⁴⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 463/Programm 2016/S. 65.

²⁴⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 8/Parteiprogramm 2005/S. 2/Abs. 1.

Forschungsvorhaben. Eine der Thesen, die im Rahmen dieses Projekts entwickelt wurden, lautet daher, dass sich Erinnerungsfiguren oder Zeitinseln nicht in starren Kategorien bündeln lassen. Diese Erkenntnis trat in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium ein, als die Datenbank bereits konzipiert war. Deshalb wurden die entsprechenden Kategorien im Analyseformular nicht entfernt. Das zeigt, dass die transparente Dokumentation der Entscheidungsstruktur die konstruktive Kritik am Forschungsgegenstand unterstützt. Die Kategorien der „Erinnerungsfiguren“ haben allerdings keinen Einfluss auf die Ergebnisfindung und wurden bei der Auswertung der Daten daher nicht berücksichtigt. Sie entsprechen eher einer Umschreibung der „Bild-Produktivität des Gedächtnisses“ sowie deren Möglichkeiten und Grenzen.²⁴⁹ Sie helfen bei der Beschreibung der verschiedenen Formen und Eigenschaften von Erinnerungen, denn das Erinnern und Vergessen sind niemals fest.²⁵⁰

Das Vergleichscluster „Ideologie“ besteht aus der Erfassung der genannten Distinktionsmerkmale und der rhetorischen Strategien in den Aussagen. Dazu gehört beispielsweise die Konstruktion einer exklusiven Gruppe (das „wahre Volk“), Ethnozentrismus oder Antipluralismus (siehe Einleitung). Um die Beschreibung von der Bewertung zu trennen, wurde der Rückgriff auf „Kampfbegriffe“ vermieden. Stattdessen wurde danach gefragt, woran man eine ethnozentrische oder antipluralistische Aussage erkennt. Die Beschreibungen der Wir- und Sie-Gruppen wurden daher mit folgenden Begriffen beschlagwortet: inklusiv, exklusiv, selektiv, diskriminierend, Primordialismus, Perennialismus, Essentialismus, territorialer Bezug, kultureller Bezug, religiöser Bezug, Bezug zu Geschlecht/Gender und Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung. Für die Analyse von politischen Sprech- und Redearten wurde der „diskurshistorische Ansatz“ nach Ruth Wodak herangezogen.²⁵¹ Darauf basierend wurden die Aussagen auf rhetorische Strategien geprüft, die auf eine diskursive Beschreibung der nationalen Identität abzielen. Dazu gehören die folgenden Vergleichskriterien: positive Wir-Gruppe, negative Sie-Gruppe, Kollektivbezeichnungen, Attribute/Prädikate, Gleichsetzung/Vergleich, rhetorische Figuren (Metapher, Topos) und moralische Verbindlichkeiten. Aussagen, die keine dieser Kriterien erfüllen, wurden ebenfalls erfasst.

Insgesamt wurden 18 Vergleichskriterien für die systematische Beschreibung der ideologischen Einflussfaktoren festgelegt. Hinzu kommen „Erinnerungsfiguren“, „Zeitinseln“ und „Zeitrahmen“ für die Erfassung der Vergangenheitsbezüge in den Primärquellen. Aus jeder Quelle wurde eine Auswahl relevanter Aussagen getroffen und auf die identifizierten Vergleichselemente hin untersucht. Auf dieser Grundlage wurde für jede Partei eine Sammlung von Aussagen zusammengestellt (Aussagen pro Partei), die dann im Vergleich aller Aussagen aller Vergleichsparteien bewertet wurden. Zur Beantwortung der Forschungsfragen und kritischen Überprüfung der Hypothesen werden die Ergebnisse der Aussagenanalyse zusammenfassend interpretiert.

²⁴⁹ Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. CH. Beck Verlag (München 1999) S. 151 zit. n. Weinrich 1964/S. 23-26.

²⁵⁰ Elena Esposito, *Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft*. Aus dem Italienischen von Alessandra Corti. Mit einem Nachwort von Jan Assmann. Suhrkamp Verlag (Frankfurt am Main 2002) S. 30.

²⁵¹ Wodak, *Politikwissenschaft und Diskursanalyse* (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 77-84; (Hg.) Wodak and Ludwig, *Challenges in a changing world* (Wien 1999) S. 11-20; Wodak, *Language and Politics* (Basingstoke [u.a.] 2009) S. 590.

BENUTZER:IN ODER GESTALTER:IN?

Die dargelegte Aufgabenstellung verlangt vor allem Übersichtlichkeit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verfahrensgestaltung. Angesichts der Vielzahl von Einflussfaktoren wurde das Datenorganisationsmodell der relationalen Datenbank als geeignetes Mittel zur Durchführung dieses multikriteriellen Vergleichs gewählt. Die empirische Datengrundlage dieser Dissertation basiert damit auf der Analyse der ausgewählten Aussagen hinsichtlich der genannten Einflussfaktoren. Die Identifikation und Gruppierung der Vergleichselemente mithilfe des „Analytic Network Process“ (ANP) waren ein unerlässlicher Schritt zur Vorbereitung der Datenbank. Anhand des vorliegenden Beispielthemas sollen Möglichkeiten und Grenzen dieser Methode für die Erkenntnisgewinnung geprüft werden.

„There is no way to prevent someone from putting in poor judgments, which do not in fact faithfully reflect their feelings or the experience they are attempting to represent, and when this occurs the ANP does not give back good results. [...] The ANP makes it possible for people to debate and combine their judgments. [...] In that sense, using the ANP raises the level of human consciousness from muddling through to explicit and organized thinking, sufficiently unambiguous to lead one to understand the influences and the choices, changes and improvements that one needs to make.“²⁵²

Aufgrund solider Vorkenntnisse wurde hierfür die Software „MS Access 2002“ gewählt. Dieses Programm kommt allen Anforderungen nach, die für die Operationalisierung der Aufgabenstellung notwendig sind, und bietet umfassende Gestaltungsfreiheit.²⁵³ Jede relevante Aussage aus den Primärquellen wurde als Originalzitat in die Datenbank aufgenommen und entspricht einem Datensatz, der fortlaufend nummeriert wurde (Aussagen-ID). Die Analyse erfolgt mittels Zuweisung aller Vergleichskriterien in Form von Schlagworten. Dadurch werden die relevanten Textstellen in den Quellen markiert, ohne diese selbst zu manipulieren. Die Beschlagwortung erlaubt eine referentielle und kontextuelle Verortung der Aussage und imitiert die intuitive Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes. Das Bestimmen und Abfragen der einzelnen Vergleichskriterien (Schlagworte) gestatten eine stabile und systematische Bearbeitung aller Datensätze. Die abgefragten Daten werden anschließend in Form von Berichten dargestellt. Diese können ebenfalls frei gestaltet werden und dienen vor allem der Übersichtlichkeit (siehe Band 2 der Dissertation). Alle Entscheidungen, die im Zuge der Analyse getroffen wurden (Entscheidungsstruktur), und Bewertungen („judgements“), auf denen die Ergebnisse dieser Dissertation basieren, sind lückenlos dokumentiert. Damit wird die Grundlage für konstruktive Feedbacks zu den Ergebnissen und dem Forschungsgegenstand vorbereitet. Darüber hinaus kann das hier beschriebene Verfahren wiederholt und auf andere Parteien angewendet werden.

Programme für wissenschaftliche Textanalysen sind seit längerem verfügbar. Dabei ist MAXQDA das am häufigsten genutzte Tool im deutsch- und englischsprachigen Raum, basierend auf der sogenannten „Grounded Theory“.²⁵⁴ Allerdings war dieser Ansatz für das vorliegende Forschungssetting ungeeignet. Weitere Funktionen

²⁵² Saaty, Theory and applications of the analytic network process (Pittsburgh 2009) S. xiii.

²⁵³ Aufgrund von soliden Vorkenntnissen wurde das Programm MS Access 2002 gewählt. Die Verfasserin ist sich bewusst, dass in den letzten Jahren fortschrittliche Datenbank- und Textanalyseprogramme entwickelt wurden (z.B. SQLite, Vektordatenbanken), und hat sich während der Forschungsarbeit mit den weiteren digitalen Möglichkeiten auseinandergesetzt (Python3). Im Vergleich überwiegen aber weiterhin die Vorteile von Access.

²⁵⁴ Barney Glaser und Anselm Strauss erarbeiteten die „Grounded Theory“ im Rahmen der „Awareness“-Studie mit dem Ziel, „jenseits des dominanten hypothetico-deduktiven Modells“ neue Gestaltungswege für die qualitative Forschung zu

für die Analyse waren erforderlich, die nicht von dieser Software abgedeckt wurden.²⁵⁵ Anstatt also mehrere Programme für die Erfassung der verschiedenen Einflussfaktoren heranzuziehen, wurde das Analyseverfahren für das vorliegende Forschungsvorhaben eigens gestaltet. Damit hat diese Dissertation einen experimentellen Weg für die historische Diskursanalyse erarbeitet und Möglichkeiten für die Modellierung von historiographischen Forschungsdaten aufgezeigt, die zum gegebenen Zeitpunkt auf diese Weise nicht verfügbar waren. Die spezifischen Eigenschaften der Primärquellen erforderten zudem kontinuierliche Verbesserungen während der Prozessgestaltung. Aus diesem Grund wurden alle entscheidungsrelevanten Vorgänge im Zusammenhang mit der Datenbank in einem technischen Protokoll und in regelmäßigen internen Tätigkeitsberichten dokumentiert.

Diese Dissertation demonstriert, dass eine empirische Datenbasis nicht zwangsläufig in numerische Skalenwerte synthetisiert werden muss und wie ein systematischer, stabiler und wiederholbarer Vergleich semantischer Daten gelingen kann. Es ist nicht das Ziel, die Entscheidungsfindung zu automatisieren und somit zu trivialisieren. Die Bewertung der Datensammlung obliegt weiterhin dem forschenden Subjekt. Indem die gesamte Entscheidungsstruktur transparent dokumentiert wird, kann die Quellenkritik, die für die Qualitätssicherung von historiographischen Ergebnissen alternativlos ist, vorbereitet werden. Die sonst aufwändige Dekonstruktion aller Faktoren, die Einfluss auf das Ergebnis ausüben (inklusive der Autor:innen), wird mithilfe des computergestützten Verfahrens erleichtert.

Die Erprobung neuer digitaler Methoden und *tools* für die Geschichtsforschung gehört zu den spannendsten Herausforderungen der digitalen Transformation. Vor dem Hintergrund von „Big Data“ ist das wachsende Potential für die Erhebung gewaltiger Datenmengen nur mit einem äquivalenten Aufwand an qualitativ hochwertiger Expertise zu bewältigen. In Anbetracht der vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten computergestützter Analyseverfahren ist es erforderlich, dass Historiker:innen diese mitgestalten und ein grundlegendes Verständnis für den Aufbau und die Funktionsweisen mitbringen. Nur so kann eine fortlaufende Überprüfung der quellenkritischen Standards gewährleistet werden. Die hier vorgelegte Dissertation leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung digitaler Methoden in der Geschichtswissenschaft.

entwickeln. Ihr Ziel war es, „gegenstandsnahe Theorien mittlerer Reichweite auf Basis von empirischen Daten“ zu entwickeln, anstatt die Daten zur Überprüfung bereits bestehender Theorien zu nutzen. Die Kernaussage ist, dass die Entwicklung einer Theorie von empirischen Daten ausgehen muss. Diese These wurde in „The Discovery of Grounded Theory“ (1998 [1967]) ausgearbeitet. Sie wurde im Anschluss von den beiden Autoren und weiteren Wissenschaftler:innen auf unterschiedliche Weise weiterentwickelt. Diese Herangehensweise war für das vorliegende Forschungssetting nicht zweckmäßig, da es um die Prüfung bestehender Theorien zu Nationalismus, Erinnerungskulturen und Rechtspopulismus geht. Vgl. Günter Mey und Katja Mruck, Grounded-Theory-Methodologie. In: (Hg.) Günter Mey und Katja Mruck, Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage, Springer Verlag (Wiesbaden 2020) S. 515-516.

²⁵⁵ Dazu gehörten beispielsweise folgende notwendige Funktionen: die Beschreibung der Primärquellen, die Möglichkeit, das Verfahren an die Eigenschaften der Primärquellen anzupassen oder die Code-Struktur (hier Vergleichskriterien bzw. Schlagworte) selbst zu gestalten, und auch die separate Erfassung der „Erinnerungsfiguren und Zeitinseln“.

KAPITEL 2: DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND UND DIE REPUBLIKANER

KAPITEL 2.1: DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

KAPITEL 2.1.A: ANALYSE DER IDEOLOGISCHEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“²⁵⁶

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	71	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	955	276	190	139	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	326	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	223	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

²⁵⁶ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb entspricht die Summe der Datensätze nicht der Anzahl der ermittelten Kriterien.

BESCHREIBUNG DER WIR-GRUPPE(N)

„Wir sind Liberale und Konservative.

Wir sind freie Bürger unseres Landes.

Wir sind überzeugte Demokraten.“²⁵⁷

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) stellt sich in ihrem Programm 2013 als Partei „engagierter Staatsbürger“²⁵⁸ vor, die sich um die Qualität der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland sorgen. Diese besorgte Haltung ist ein konstantes Merkmal aller untersuchten Programme. Darüber hinaus werden weitere Attribute zur Selbstbeschreibung herangezogen, wie echt, frei, sozial, liberal, gut, konservativ, verantwortungsbewusst, bürgerlich oder national.²⁵⁹ Außerdem wird betont, dass die AfD die Wahrheit spricht²⁶⁰ und nicht wie die etablierten politischen Organisationen ist. Andere, allem voran regierende, Parteien werden zum Feindbild stilisiert, wodurch die Abgrenzung von ihnen verschärft werden soll. Die herausragende Signifikanz der Feindbild- und Bedrohungskonstruktionen ist ein Merkmal aller untersuchten Parteien. Wie dieser Umstand sich auf die Entwicklung von Thesen und Auswertung auswirkt, wird im gesamten Kapitel wiederholt diskutiert werden.

„Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgeglichenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Die AfD wird der Leisetreterei und Bagatellisierungstaktik der Altparteien keine Chance lassen. Die AfD wird Europa zum Guten verändern, weil sie die Altparteien verändern wird.“²⁶¹

Im Vorfeld kann bereits attestiert werden, dass sich aus den Primärquellen zur „Alternative für Deutschland“ ein typisches Argumentationsmuster ablesen lässt. Dieses besteht sowohl aus sehr konkreten Formulierungen, aber auch aus sich wiederholenden Relativierungen, Widersprüchen und radikalen Positionswechsel („turns“). Diese betreffen hauptsächlich die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe und der vielen Sie-Gruppen. Für die Selbstbeschreibung der AfD wird die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Verfassungstreue betont. Außerdem wird hervorgehoben, dass die AfD die Demokratie als alternativlos betrachtet. In diesem Zusammenhang wird auch wiederholt die Forderung nach mehr „direkter Demokratie“²⁶² gestellt. Diese umfasst diverse Bereiche, von der Wahl der Parteivorsitzenden und Parteigremien bis hin zur Gestaltung von Gesetzen auf nationalstaatlicher sowie auf europäischer Ebene. Verbindliche Volksentscheide werden ebenfalls erwähnt.²⁶³ Datenschutz, der Fortbestand des Bargeldes und das Bankgeheimnis sind für die AfD auch relevant.²⁶⁴ Internationale Datenaustauschprogramme, die Steuerdaten an andere Länder und Behörden weiterleiten, werden kritisch betrachtet. Die Meinungs- und Informationsfreiheit sind der Partei ein großes Anliegen.²⁶⁵ Zu diesem Thema

²⁵⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 324/Programm 2016/S. 6.

²⁵⁸ In den Primärquellen der AfD wird überwiegend das generische Maskulinum verwendet. PQ1 AfD Aussagen-ID 195/Programm 2013/S. 1.

²⁵⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 233-234, 322, 324-327, 340, 352.

²⁶⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 313/Wahlprogramm 2014/S. 23 und PQ1 AfD Aussagen-ID 314/ Wahlprogramm 2014/S. 24.

²⁶¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 322/Wahlprogramm 2014/S. 25.

²⁶² PQ1 AfD Aussagen-ID 225, 327, 334-335, 343, 346.

²⁶³ PQ1 AfD Aussagen-ID 222-224, 226, 231-233, 260-263, 326-329.

²⁶⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 266, 310, 312, 374-375, 471-472.

²⁶⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 309, 343, 412, 436-437.

können einige relativierende und widersprüchliche Aussagen angeführt werden. Folgende Beispiele lassen den Eindruck entstehen, dass der beherzte Einsatz für Rede- und Meinungsfreiheit auf eine bestimmte Klientel zugeschnitten ist und daher keine Allgemeingültigkeit besitzt:

„Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen [...]“²⁶⁶

„Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der ‚politischen Korrektheit‘ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien [...] Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.“²⁶⁷

Um ihre ideologische Ausrichtung zu beschreiben, werden die Attribute „sozial“ und „liberal“ genannt.²⁶⁸ Einige Aussagen belegen allerdings, dass diese durch die Merkmale „national“ und „konservativ“ zu ergänzen sind. Damit sollen unterschiedliche soziale Kategorien angesprochen werden. Die Ambition, diese politischen Vektoren zu harmonisieren, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Primärquellen der „Alternative für Deutschland“. Zunächst bekennt sich die Partei ausdrücklich zum Sozialstaat²⁶⁹ und damit zu einem inklusiven Gemeinschaftskonzept.²⁷⁰ Dazu gehören auch Aussagen, in denen sich die Partei mit der Jugend,²⁷¹ mit Kindern aus bildungsschwachen Familien²⁷², mit Arbeitslosen und zunächst auch mit eingewanderten Personen solidarisch erklärt.²⁷³ Die Partei betont auch ihre Solidarität mit Geringverdienenden²⁷⁴, dem Mittelstand²⁷⁵ oder Pensionist:innen.²⁷⁶ Wie schon das Beispiel der Rede- und Meinungsfreiheit gezeigt hat, wird die solidarische Haltung allerdings relativiert, indem bestimmte Gruppen entweder kategorisch oder unter bestimmten Umständen ausgenommen werden. Mittels spezifischer Merkmale wird die legitime Wir-Gruppe zunehmend eingegrenzt.²⁷⁷ Die solidarisch-inklusive Bekundungen werden relativiert durch Aussagen, die auf Konkurrenz zwischen den gesellschaftlichen Kategorien hinauslaufen. Der legitime Anspruch auf einen Sozialstaat wird auf „echte“ Bedürftige beschränkt und die Solidaritätsbekundungen mit Jugendlichen und Schüler:innen sind an Bedingungen gebunden.²⁷⁸ Zudem weisen Pauschalisierungen und Gleichsetzungen auf eine *selektive Solidarität* hin.²⁷⁹ Im Sinne der postulierten liberalen

²⁶⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 343/Programm 2016/S. 11.

²⁶⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 436-437/Programm 2016/S. 58.

²⁶⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 242, 268, 272-274, 385-386, 465.

²⁶⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 196, 237, 268, 273-**274**, 352, 385-386, 450, 465, 468.

²⁷⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 198, 210, 228-229, 232-235, 250, 257, 265, **268**, 271, 274, 283-285, 317, 322-323, 327, 350-352, 354-357, 377-379, 381-382, 406, 443-444, 448, 450-453, 460, 464, 480-482.

²⁷¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 278, 429.

²⁷² PQ1 AfD Aussagen-ID 220.

²⁷³ PQ1 AfD Aussagen-ID 221, 272, 276, 279, 287.

²⁷⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 273, 468.

²⁷⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 253, 390, 401, 468.

²⁷⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 263.

²⁷⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 216, 282, 367, 411, 439, 450, 452.

²⁷⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 237, 285, 288-289, 437, 441; 443, 445.

²⁷⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, **218**, **237**, 367, 429.

Weltanschauung verteidigt die AfD die gesellschaftliche Partizipation an politischen Prozessen, den Wert der Freiheit und die Gleichstellung aller Bürger.²⁸⁰ Dies wird durch Aussagen bestätigt, die eine undifferenzierte und möglichst breite Solidarität mit den verschiedensten sozialen Gruppen erkennen lassen. Dazu gehört die Forderung nach mehr Bildungsausgaben²⁸¹, um auch bildungsschwache Familien zu unterstützen oder nach gleichem Lohn und Recht für „Ausländer“ und Asylberechtigte.²⁸² Der Versuch, liberale und soziale politische Forderungen zu harmonisieren, führt mitunter zu Widersprüchen und radikalen Positionsänderungen. Anschauliche Beispiele hierfür sind die Aussagen zu sozialer Gerechtigkeit und Mindestlohn für Geringverdienende. Sie bestätigen den strategischen Trend, der auf eine Zurücknahme der „liberalen“ Haltung zugunsten einer „national-sozialen“ hinweist.²⁸³ Um ihrer Selbstbeschreibung gerecht zu werden, will die AfD auch wirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Eliten ansprechen. In diesem Zusammenhang finden sich einige politische Forderungen, die nur privilegierten Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Beispiele hierfür sind der verstärkte Schutz des Privateigentums und die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer.²⁸⁴ Außerdem tritt die AfD dafür ein, dass Subventionierungen von Kunst und Kultur aus öffentlicher Hand durch privates Mäzenatentum ersetzt werden sollen.²⁸⁵ Allerdings wird auch die wirtschaftsliberale Ausrichtung nicht konsequent verfolgt. Diese steht nämlich im Widerspruch zur grundsätzlichen Skepsis gegenüber bestimmten Eliten aus Politik und Wirtschaft (z.B. Banken). In diesem Zusammenhang wird davor gewarnt, die Abschaffung des Bargeldes als Mittel zur Überwachung der Bevölkerung zu nutzen. Aussagen, die sich mit Unternehmer:innen und Selbständigen befassen, sind von einer kritischen Haltung geprägt und signalisieren Solidarität mit Arbeitnehmer:innen. Positiv hervorgehoben werden Geschäftsleute nur im Kontext des dualen Ausbildungssystems, welches als Erfolgsmodell betrachtet wird.²⁸⁶ Es kommen Pauschalverdächtigungen gegenüber vermögenden Bürger:innen und wechselhafte Positionen hinsichtlich der Besteuerung der verschiedenen sozialen Gruppen vor.²⁸⁷ Zudem lehnt die AfD internationale Freihandelsabkommen grundsätzlich ab.²⁸⁸

Innerhalb der Datensammlung sind 288 Aussagen der „Alternative für Deutschland“ zugeordnet. Insgesamt 138 daraus enthalten Beschreibungen der legitimen Wir-Gruppe und 97 wurden mit dem Schlagwort „inklusiv“ markiert. Die Aussagen bilden mitunter ein heterogenes Gesellschaftsbild ab, das als Teil einer gesamteuropäischen kulturhistorischen Entwicklung dargestellt wird. In vier Aussagen bekennt sich die AfD zu einem differenzierten Menschenbild und betont ihre Toleranz gegenüber nationaler und europäischer Vielfalt.²⁸⁹ Diese Anerkennung von Pluralismus wird von der Hervorhebung der deutschen Sprache und Leitkultur begleitet, die traditionell definiert wird und sich gegen Veränderungen bzw. Wandel richtet.²⁹⁰

Basierend auf der vorliegenden Aussagensammlung weicht die AfD von der Annahme ab, dass ihr Gesellschaftsbild ausschließlich auf Volksgruppenzugehörigkeit bzw. Abstammung beruht. Nur einmal wird die

²⁸⁰ Vgl. PQ1 AfD Aussagen-ID 197-198, 207, 209, 221-222, 232, 235, 256, 259, 261-262, 307, 309, 314, 322, 324-327, 329, 334-335, 337, 340, 351, 354-355, 363, 366, 375, 385, 424, 437, 462, 469, 471-472.

²⁸¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 220.

²⁸² PQ1 AfD Aussagen-ID **197-198, 272**, 276, 279, 287.

²⁸³ PQ1 AfD Aussagen-ID 242, 275, 386.

²⁸⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 465, 481.

²⁸⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 409, 470.

²⁸⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 219, 275, 304, 386, 426.

²⁸⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID **211-212**, 312, 385, 468, 472.

²⁸⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 270, 466.

²⁸⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 279, 338, 349, 365.

²⁹⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID **257**, 328, 404-**405**, 406-409, 420, 430, 434, 454.

Wir-Gruppe mit dem Attribut „autochthon“ beschrieben.²⁹¹ In sieben Aussagen wird die Vorstellung einer Willens- und Kulturgemeinschaft betont, die auf dem Grundgesetz bzw. einem impliziten Generationenvertrag basiert.²⁹² Im Gegensatz zur vorangestellten Hypothese weisen die Aussagen der „Alternative für Deutschland“ auch differenzierte Beschreibungen des Ist-Zustands der deutschen Gesellschaft auf. Innerhalb der ersten Primärquellengruppe (PQ1) ist der Begriff „Bürger“²⁹³ (generisches Maskulinum) 59-mal vertreten und damit öfter als jener des „Volkes“²⁹⁴, der 49-mal vorkommt. Es gibt auch 24 neutrale Formulierungen, die sich ganz allgemein an „Menschen“²⁹⁵ richten. Im Vergleich zu dem „Volk“ oder dem „Bürger“ bilden sie allerdings die Minderheit. Eine explizite Definition der deutschen Gesellschaft als Ethnie kommt nur einmal im Programm von 2016 vor.²⁹⁶ Allerdings werden die Begriffe in vielen Aussagen mit essentialistischen Metaphern kombiniert (wie „Volkswille“, „Volkswohl“). Mehrmals wird von zusammen- oder natürlich-gewachsenen Völkern gesprochen.²⁹⁷ Diese Aussagen entsprechen einer organischen Vorstellung und verschieben die Konnotation der Gesamtaussagen in Richtung eines essentialistisch-primordialen Deutungsschemas. Damit wird die Relevanz neutraler Formulierungen abgeschwächt. Auch der Vorstellung von einer kulturhistorisch geprägten Willens- bzw. Vertragsgemeinschaft wird regelmäßig widersprochen.²⁹⁸ Die Haltung der AfD zur Einbürgerung entspricht ebenfalls dem Abstammungsprinzip.²⁹⁹ Bemerkenswert ist, dass essentialistisch-primordiale Gemeinschaftsvorstellungen überwiegend dem Programm von 2016 zu entnehmen sind und oft von bestimmten Signalwörtern begleitet werden, wie zum Beispiel „gewachsen“, „verwurzelt“ oder „natürlich“. Diese Aussagen transportieren die perenniale Vorstellung von Kontinuität. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Aussage #405/PQ1, in der die deutsche Leitkultur auf „antike Wurzeln“, Christentum, Humanismus, Renaissance und Aufklärung zurückgeführt wird.³⁰⁰ Diese Beispiele zeigen, dass die AfD sowohl aufgeklärt-differenzierte wie auch primordiale Kollektivvorstellungen formuliert. Diese rhetorischen Widersprüche resultieren aus dem Bestreben, die verschiedenen politischen Traditionen zu harmonisieren, nämlich liberale, konservative, soziale und nationale. Ein zusätzlicher Beleg für diese Behauptung ist der ausgeprägte Primordialismus zum Thema „Familie“, die als organisch gewachsene „Keimzelle“ der Gesellschaft dargestellt wird.³⁰¹

In Summe konnten sowohl Übereinstimmungen als auch Abweichungen von den ideologischen Vergleichskriterien festgestellt werden. Die primordiale und perenniale Beschreibung der Gesellschaft wird nicht konsequent durchgezogen. Trotzdem kann die Konstruktion einer exklusiven Wir-Gruppe bestätigt werden. Sie unterscheidet sich vor allem anhand von national-spezifischen Attributen und essentialistischen Kollektivvorstellungen. Vom Volk oder von völkischer Abstammung wird 49-mal gesprochen, 17-mal wird die Bevölkerung als Wesenheit dargestellt.³⁰² Das ausschlaggebende Merkmal der legitimen Wir-Gruppe ist die

²⁹¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 480. In den Aussagen wird nicht präzisiert, was unter „autochthonen Minderheiten“ verstanden wird und wer dazugehört.

²⁹² PQ1 AfD Aussagen-ID 198-199, 404, 450, 465, 469, 481.

²⁹³ PQ1 AfD Aussagen-ID 197-198, 207, 209, 221-222, 226, 232, 235, 256, 259, 261-262, 307, 309, 314, 322, 324-327, 329, 334-335, 337, 340, 351, 354-355, 363, 366, 375, 385, 401, 418, 424, 437, 462, 469, 471-472.

²⁹⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 222-223, 225-226, 230, 291, 319, 323, 326, 328-329, 333-335, 354-355, 378, 480.

²⁹⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, 220, 230, 237-238, 273, 285, 295, 328, 338, 340, 355, 365, 392, 398, 405, 439, 441-443, 455, 459, 472, 474.

²⁹⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 399.

²⁹⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 236-237, 291.

²⁹⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 222, 226, 236-237, 328, 372, 392-393, 401, 407, 425, 432, 434, 463-464, 480.

²⁹⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 372, 392, 434, 463-464, 480.

³⁰⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 405/Programm 2016/S. 47.

³⁰¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 392-396, 401, 425, 432.

³⁰² PQ1 AfD Aussagen-ID 222-223, 225-226, 230, 291, 319, 323, 326, 328-329, 333-335, 378 354-355.

kulturelle Überlegenheit, welche historisch begründet wird und die deutsche Identität ausmacht. Hier zeigt sich ein Widerspruch in der Argumentation. Einerseits wird der Verlust des Status Quo als Bedrohung empfunden, andererseits wird die Wiederherstellung vergangener Verhältnisse als „Erneuerung“ präsentiert. Gefahren wie der mögliche Verlust der Identität begründen das Bedürfnis nach Restauration (Erneuerungstopos) als auch die Forderung den Status Quo zu bewahren (Verteidigungstopos).³⁰³ Deshalb wird das Restaurationsbedürfnis in Aussagen erwähnt, die auf den Soll-Zustand der deutschen Bevölkerung abzielen. Hier werden Vergangenheitsbezüge hergestellt, um prospektive Agenden zu begründen. Das legitime und erstrebenswerte „Deutsch-Sein“ ergibt sich aus traditionellen Merkmalen wie Leistungsfähigkeit und Qualifikation. Aus ihnen haben sich wachsender Wohlstand, Frieden und Erfolg ergeben. In den Aussagen der AfD ist die Identität der legitimen Wir-Gruppe daher rückwärtsgerichtet.

„Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“³⁰⁴

Ein weiteres Merkmal der Aussagen ist der überwiegende Gebrauch des generischen Maskulinums.³⁰⁵ Es kommen vereinzelt auch geschlechtsspezifische Formulierungen vor, diese bilden aber die Minderheit (drei von 288 Datensätzen).³⁰⁶ Die AfD spricht sich mehrfach explizit gegen eine Sichtbarmachung des Weiblichen in der Sprache aus.³⁰⁷ Daher sind „Bürger“³⁰⁸, „Arbeiter“³⁰⁹, „Einwanderer“³¹⁰, „Asylanten“³¹¹ und „Täter“³¹² grundsätzlich männlich. Im Folgenden wird besprochen, wie sich die Partei zu Frauenrechten, Rollenbildern und Gleichstellungsmaßnahmen positioniert.³¹³ Es gibt vier Aussagen, in denen die AfD die Gleichberechtigung bzw. Chancengleichheit zwischen Frau und Mann befürwortet. Zwei davon lehnen das „Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung“ und „Sonderrechte für muslimische Schüler“ ab.³¹⁴ Maßnahmen zur

³⁰³ PQ1 AfD Aussagen-ID 197-198, 205, 217, 293, 327-328, 372, 392, 405, 422; 434, 464, 480.

³⁰⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 327-328/Programm 2016/S. 6.

³⁰⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 197-198, 207, 209, 211, 221-222, 232, 235, 256, 259, 261-263, 275-276, 281, 307, 309, 314, 322, 324-327, 329, 334-335, 337, 340, 348, 351, 354-355, 363, 366, 370, 374-376, 385-386, 424, 437, 439, 453, 457, 462, 469, 471-472.

³⁰⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 226, 401, 418.

³⁰⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 395-396, 408, 423, 432, 434-435.

³⁰⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 197-198, 207, 209, 221-222, 232, 235, 256, 259, 261-262, 307, 309, 314, 322, 324-327, 329, 334-335, 337, 340, 351, 354-355, 363, 366, 375, 385, 424, 437, 462, 469, 471-472.

³⁰⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 211, 263, 275-276, 348, 386, 439.

³¹⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 411, 439, 450, 452.

³¹¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 288, 437, 441.

³¹² PQ1 AfD Aussagen-ID 367, 370, 374-376, 460-461.

³¹³ PQ1 AfD Aussagen-ID 197, 214-215, 298-299, 328, 383-384, 387-393, 395-399, 401-402, 406-408, 418-421, 423, 425, 429-435, 469.

³¹⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 197, **298, 419, 429.**

Beseitigung der Diskriminierung von Frauen werden sonst nur mit Vorbehalt goutiert.³¹⁵ Die Rollenbilder der Partei entsprechen mehrheitlich einer konservativen Linie. Der Wehrdienst wird ausschließlich für Männer als Pflicht betrachtet.³¹⁶ In den Programmen wird wiederholt eine Gesellschaft mit kinderreichen Familien angestrebt.³¹⁷ In diesem Zusammenhang werden auch essentialistische Metaphern bedient (die Familie als gesellschaftliche „Keimzelle“).³¹⁸ Die Kinderbetreuung in staatlichen Einrichtungen wird kritisch betrachtet. Für die Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sollen die Familien selbst verantwortlich bleiben.³¹⁹ Gleichzeitig wird betont, dass allein die „traditionelle Familie“ erstrebenswert ist.³²⁰ Damit erübrigt sich jedwede Frage danach, welchen Familienmitgliedern diese Tätigkeiten obliegen. Die Aussagen zu diesem Thema entsprechen mehrheitlich einer rückwärtsgerichteten Identifikation. Das Restaurationsbedürfnis wird als Erneuerung präsentiert.

Die AfD hinterfragt das Ideal der erwerbstätigen Frau³²¹, während Mütter mit steuerlichen und gesellschaftlichen Privilegien ausgestattet werden sollen.³²² Aufgrund der Bevorzugung des traditionellen Familienmodells werden deutsche Frauen für ihr statistisch hohes Geburtseintrittsalter und ihre relativ niedrige Geburtenrate kritisiert.³²³ In den Aussagen scheut die AfD nicht davor zurück, das Reproduktionsverhalten deutscher Frauen als Bedrohung für das Steuer- und Pensionssystem oder die wirtschaftliche Produktivität des Landes darzustellen.³²⁴ Aufgrund ihrer Einstellung zur Rolle und zu den Pflichten der Frau wird in allen Programmen der legale Schwangerschaftsabbruch, mit wenigen Ausnahmen von gesundheitlichen Indikatoren, abgelehnt und sogar kritisiert.³²⁵

„Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem relativ konstanten Wert von 1,4 seit über vierzig Jahren weit unter dem bestanderhaltenden Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei Kindern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der Mittelschicht das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl kinderreicher Familien sinkt. Auch sind jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel (soziale Indikation) zu beklagen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an, so dass sich die Bevölkerungsstruktur gravierend ändert. Im Jahr 2060 werden Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutschland leben gegenüber 81 Millionen 2015.“³²⁶

In der Aussage #298/PQ1 hält die Partei fest, dass sie die Gleichberechtigung der Geschlechter „unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen“ anstrebt. Damit verweist sie bereits auf die explizite Ablehnung von „Gendermainstreaming“, weil es auf eine Aufhebung von „Geschlechteridentitäten“ abzielt. Die Umsetzung dieses Projektes innerhalb des Schulsystems wird ebenfalls kritisch betrachtet. Die AfD begrüßt „traditionelle Geschlechterrollen“, lehnt „politisch korrekte Sprachvorgaben“

³¹⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 298-299, 395-396, 408, 421, 423, 425, 430-435.

³¹⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 383-384.

³¹⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 214-215, 328, 387-389, 390, 398, 401-402, 469.

³¹⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 393.

³¹⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 391, 395.

³²⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID **392-395**, 396 402, 432.

³²¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 395, 402.

³²² PQ1 AfD Aussagen-ID 215, 395-396, 401.

³²³ PQ1 AfD Aussagen-ID 389, 397-399; 215-216, 387, 389, 397-398, 258, 403.

³²⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 214, 221.

³²⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 258, 398, **403**.

³²⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 398/Programm 2016/S. 41.

und Frauenquoten ab. Anhand dieser Aussagen wird deutlich, dass Frauen als gesellschaftliche Kategorie keine bedingungslose Solidarität von der AfD erwarten können. Dies entspricht einer Gemeinsamkeit der Vergleichsparteien, ebenso wie der Umstand, dass frauenpolitische Agenden wiederholt im Zusammenhang mit den Rechten Homosexueller erwähnt werden. Im Sinne ihres heteronormativen Familienideals wird die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften abgelehnt. Die AfD ist zudem die einzige Partei dieses Vergleichs, die auch (einmal) auf Transsexualität eingeht.³²⁷

Strikte Vorstellungen von Rechten und Pflichten für die gesellschaftliche Teilhalbe gelten außerdem für „Ausländer“. Dies bestärkt die These, dass die politische Beschreibung der AfD als „sozial“ durch die Attribute „selektiv“ und „national“ zu ergänzen ist. Das zeigt sich beispielsweise anhand der Aussage #281/PQ1. „Ausgewiesene Ausländer“ sollen weitaus strengeren Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen unterliegen.³²⁸ Ansonsten warnt die Partei vor einer Gesellschaft der „gläsernen Untertanen“. Offensichtlich wird der Schutz des Persönlichkeitsrechts bei der Datenverarbeitung (Datenschutz) und der Privatsphäre nur für die legitime Wir-Gruppe eingefordert.³²⁹

Aussagen, in denen die Partei eine positive Haltung zu gesellschaftlichem Pluralismus bzw. zur Vielfalt formuliert, betreffen hauptsächlich das Verhältnis zur Europäischen Union, wobei diese nur als Verband souveräner Nationalstaaten akzeptiert wird.³³⁰ Darin wird Deutschland als integraler Bestandteil Europas beschrieben, sowohl geographisch als auch kulturhistorisch und politisch. In diesem Zusammenhang wird zweimal von der „Kulturnation“³³¹ gesprochen, im Unterschied zu einer Abstammungsgemeinschaft. Das folgende Beispiel zeigt eine positive Identifikation mit Europa, die auch historisch begründet wird:

„Deutschland hat gemeinsam mit Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten 1957 mit den Römischen Verträgen die Grundlagen für die heutige EU gelegt. Seither war Deutschland loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern. Aber mit jedem neuen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurden für Deutschland die Pflichten zahlreicher und die Kosten höher. Im Gegensatz zur von in- und ausländischen Politikern geschürten Wahrnehmung wurde der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschehnisse Europas immer geringer. Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden. Sonst werde die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.“³³²

Im Sinne der demokratisch-liberalen Parteiausrichtung betrachtet die AfD die Aufklärung und den Humanismus als Ideale und bekundet ihren Respekt vor der Religionsfreiheit.³³³ Gleichzeitig wird die europäische Identität auf ihre christlich-abendländische Form reduziert. Der Einfluss des Judentums wird nur in einer Aussage berücksichtigt (#410/PQ1). Auch die verschiedenen christlichen Konfessionen bleiben unerwähnt, so wie alle nicht-abrahamitischen bzw. Buchreligionen. Erwähnenswert ist, dass im Programm von 2013 keine Bezüge zum

³²⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 298-**299**, 395-399, 403, 408, 421, 423, 425, **430**-432, 434-435.

³²⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 281/Wahlprogramm 2014/S. 15.

³²⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 471/Programm 2016/S. 75.

³³⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 229-231, 233-**234**, 235-237, 250, 257, 271, 279, 291, 294-295, 308, **316**, 322-323, 327, 335, **349**-352, 354-357, 404.

³³¹ PQ1 AfD Aussagen-ID **404**, 450.

³³² PQ1 AfD Aussagen-ID 316/Wahlprogramm 2014/S. 24.

³³³ PQ1 AfD Aussagen-ID 230, 405, **410**.

Thema Religion oder dem Abendland-Narrativ vorkommen. Diese finden sich ausschließlich in den späteren Quellen. Im Programm von 2016 spielt der Islam sogar eine besonders prominente Rolle. Darin sind dreizehn Aussagen zu finden, die sich explizit darauf beziehen.³³⁴ Parallel dazu wird das Attribut „christlich“³³⁵ hervorgehoben, sowohl für die Partei als auch für die legitime Wir-Gruppe in Deutschland und Europa. Dieses Merkmal wird innerhalb der Datensammlung zur „Alternative für Deutschland“ fünfmal erwähnt. Gegenüber dem Islam nimmt die AfD eine explizit kritische Haltung ein. Das Grundrecht auf freie Religionsausübung wird der islamischen Glaubensgemeinschaft nur unter bestimmten Voraussetzungen zugestanden. Die akzeptierte Form der Religionsausübung bedarf des Verzichts auf islamtheologische Lehrstühle, oder jeglichen Herrschaftsanspruch (kein Minarett) sowie Ausübung der Scharia. Sie fordert außerdem einen Religionsunterricht in deutscher Sprache, eine staatliche Zulassung für Imame (Predigten) und eine Reformation des Islam. Darüber hinaus werden alle Formen der Verschleierung von Frauen, ob Kopftuch, Burka oder Niqab, abgelehnt.

*„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisierten.“*³³⁶

Außerdem sind einige Aussagen zu finden, die eine Identifikation mit der Europäischen Union ablehnen. Wie bereits erwähnt, zeichnet sich die AfD durch eine konstante Sorge um Gerechtigkeit aus. Diese begründet auch jene Gefahrentopoi, in welchen die zentralistischen Tendenzen der EU und die daraus resultierende Verwässerung des Subsidiaritätsprinzips als Bedrohung verstanden werden. Auch die europäische Einheitswährung wird kritisch betrachtet.³³⁷ Die tendenzielle EU-Skepsis wird im Zusammenhang mit dem Euro und der „Eurorettungspolitik“ begründet. Wegen der supranationalen Fiskalpolitik der Europäischen Union kann sich die Partei nicht vorbehaltlos zu dieser bekennen. Deshalb wird auch für eine Renationalisierung des Bankensektors plädiert.³³⁸ Weitere Aussagen belegen ein selektives Integrationsverständnis auf europäischer Ebene und damit die Relativierungs-These. Dazu gehören Formulierungen, die den Nationalstaat als einzige legitime Organisationsform anerkennen. Die AfD vertritt das Konzept des „Europa der Vaterländer“ bzw. „Europa souveräner Nationalstaaten“.³³⁹ Dies drückt sich beispielsweise in den Aussagen #327/PQ1 oder #322/PQ1 aus. Auch die Forderung der Kompetenzverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip wird wiederholt genannt.³⁴⁰ Das präferierte Europamodell schließt bestimmte integrale europäische Institutionen grundsätzlich aus. Aus diesem Grund wird nicht nur das Bekenntnis zur Europäischen Union relativiert, sie wird auch explizit kritisiert und teilweise abgelehnt. In diesem Kontext bestätigt der Befund zur „Alternative für Deutschland“ die These von Armin Schäfer und Michael Zürn, wonach rechtspopulistische Parteien das Beharren regionaler und internationaler

³³⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 399, 410-419, 428-429, 478.

³³⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 230, 328, 405, 410, 417.

³³⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 411/Programm 2016/S. 49.

³³⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 207-**208**, 209, 244, **263**, **364**.

³³⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 250, 232-235, 317, 322, 362-363.

³³⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 228, **231-232**, 233-235, 250, 257, 265, 268, 271, 316-317, 322-323, 327, 335, 350-352, 354-357, 362-363, 379.

³⁴⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 257, 323, 327, 335, 350-352, **354**-357.

Institutionen „auf der Konformität (*compliance*) nationaler Politik mit internationalen Vorgaben“ als Bedrohung wahrnehmen.³⁴¹

Die bisher genannten Beispiele zeigen, dass eine solidarisch-inklusive Grundausrichtung in den Programmen der AfD stets relativiert wird. Auch die wirtschaftsliberale Haltung wird nicht konsequent durchgezogen. Es gibt kein politisches Feld, auf dem sich eine durchgängige Linie oder ideengeschichtliche Tradition verfolgen lässt, mit Ausnahme der Frauen- und Geschlechterpolitik. Die Beschreibungen der Wir-Gruppe sind insgesamt gekennzeichnet durch Relativierungen, Widersprüche und radikale Positionswechsel. Selbst wenn die zeitlichen Abstände zwischen den ausgewählten Parteiprogrammen der AfD nicht groß sind (2013, 2014 und 2016), ist bereits eine deutliche Verschärfung im Tonfall erkennbar. Diese Tendenz wird besonders in Aussagen deutlich, die sich den Themen Einwanderung, Asylwesen, Umweltpolitik und europäische Zusammenarbeit widmen. Die Selbstbeschreibung der Partei verschiebt sich dadurch von „liberal“ und „sozial“ hin zu „national“ und „selektiv-sozial“.

Deshalb begrüßt die AfD einerseits die europäische Vereinigung³⁴², andererseits will sie diese auf eine Union der produktiven und stabilitätsorientierten „Geberländer“³⁴³ reduzieren. Selbstredend, gehört Deutschland zu den Gebenden, während die „Nehmerländer“³⁴⁴ ihren Wohlstand nivellieren und den Erfolg der EU bedrohen. Die Partei fordert einen stärkeren Einfluss der Bundesrepublik innerhalb der europäischen Institutionen, gleichzeitig werden einzelne davon kategorisch abgelehnt. Dazu gehören die Europäische Zentralbank (EZB), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF). Eine gemeinsame europäische Armee³⁴⁵ ist ebenso unerwünscht wie gesamteuropäische Forschungsprojekte.³⁴⁶ Die von der EU vorgegebenen Rahmenbedingungen, werden mit konsequenter Sorge und mitunter als Bedrohung wahrgenommen.³⁴⁷ Auch zum Thema „Einwanderung“ weisen die Aussagen der AfD alle genannten rhetorischen Besonderheiten auf. Einige Datensätze belegen die Befürwortung von gezielter Zuwanderung durch qualifizierte Arbeitskräfte.³⁴⁸ Diese Beispiele beinhalten auch eine positive Beurteilung der Personen-, Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Mitunter werden diese sogar als Errungenschaften der Europäischen Union gepriesen. Diese expliziten Stellungnahmen bildet ein Unikum innerhalb dieses Vergleichs ab. Keine andere Partei hat ähnliche Formulierungen in ihren Programmen enthalten, die als Beispiele für eine Willkommenskultur gelesen werden können.³⁴⁹

„Die AfD sieht den Europäischen Binnenmarkt mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit als eine große Errungenschaft der europäischen Integration an. Aufgrund historischer, kultureller und vor allem ökonomischer Unterschiede zählen die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten. Die AfD sieht diese beiden Grundsätze als unverrückbare Basis einer zukünftigen Fortentwicklung der EU. Diese dürfen einer der Eurorettungspolitik geschuldeten ‚Harmonisierung‘ nicht geopfert werden.“³⁵⁰

³⁴¹ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 115.

³⁴² PQ1 AfD Aussagen-ID 316.

³⁴³ PQ1 AfD Aussagen-ID 210, 232, 235, 244, 248, 251, 256-257, 277, 316-317, 320, 361, 363.

³⁴⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 316-317, 362-363.

³⁴⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 266-267.

³⁴⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 297.

³⁴⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 201, 231, 238, 271.

³⁴⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, 221, 272, 284, 379, 411, 439-440, 444, 450, 452.

³⁴⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, 214, 234, 271, 279, 439.

³⁵⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 271/Wahlprogramm 2014/S. 13.

„Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.“³⁵¹

Diese Haltung wird allerdings nicht konsequent fortgesetzt. Im Programm von 2016 kann sogar von einem radikalen Positionswechsel gesprochen werden. Diese Relativierungen erfolgen mittels verschiedener rhetorischer Strategien wie Selektion und Eingrenzung, Gleichsetzung und Vergleich oder die Nennung von konkreten Attributen und Prädikaten. In diesem Sinn werden ausländische Arbeitnehmer nur begrüßt, wenn sie spezifische Eigenschaften vorweisen, die einem wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Nutzen nachkommen.³⁵² Ein sehr wichtiges Merkmal ist die Qualifikation. Die Schweiz und Kanada werden in diesem Zusammenhang oft als Vorbilder erwähnt, da auch für Deutschland eine Zuwanderung durch ausschließlich (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte gefordert wird.³⁵³ Aussagen zum Einwanderungsthema enthalten auch folgende Attribute: erfolgreich, integriert, kontrolliert bzw. gezielt, rechtstreu, maßvoll und legal. Demgegenüber werden Eigenschaften genannt, die zum Ausschluss aus der Willkommenskultur führen: unqualifiziert, unkontrolliert bzw. ungeregt, niedrig, islamisch, radikal.³⁵⁴ Die gezielte Vermischung von Zuwanderung von Asylwerber:innen und qualifizierten Arbeitskräften ist als weiteres Merkmal der Primärquellen zu nennen. Auch diese Strategie relativiert Aussagen, die ein inklusiv-pluralistisches Gesellschaftskonzept vermitteln.³⁵⁵

Die Aussagen in den Programmen von 2013 und 2014 sprechen mitunter von einer Willkommenskultur.³⁵⁶ Davon hat sich die Partei zunehmend abgewandt. Viele der Beispiele, in denen eine Vermischung von Migrationsmotiven und/oder Gleichsetzung von Flucht und Kriminalität stattfindet, sind dem Parteiprogramm von 2016 zu entnehmen. Der Tonfall verschärft sich zunehmend, das zeigt die Aussage #438/PQ1. Grundsätzlich wird Integration als Bedingung für eine einwanderungsfreundliche Haltung betrachtet und als Bringschuld der Migrant:innen verstanden.³⁵⁷ Dazu gehört die unbedingte Forderung nach Kenntnis der Landessprache.³⁵⁸ Eine rhetorische Auffälligkeit ist die Gleichsetzung von Migration und Verbrechen unter dem Begriff „einwanderungsbedingte Kriminalität“.³⁵⁹ Die stetige Verknüpfung dieser Themen erzeugt einen vermeintlich kausalen Zusammenhang. Zu bemerken ist, dass alle Aussagen, die eine derartige Strategie verfolgen, in den Programmen 2014 und 2016 vorkommen. In diesen wird außerdem wiederholt behauptet, dass Straftaten in Deutschland mehrheitlich von ausländischen Personen begangen werden. Belastbaren Daten, welche diese Behauptung unterstützen, gibt es nicht.³⁶⁰ Abgesehen davon, wird der Pauschalverdacht bedient, wonach Migration vorwiegend auf „Einwanderung ins deutsche Sozialsystem“ abzielt.³⁶¹ Die Aussagen, die einen Zusammenhang zwischen Migration, Kriminalität und Sozialleistungen formulieren, können sowohl als Relativierung aber auch als Abkehr („turn“) von einer einwanderungsfreundlichen Haltung gelesen werden. Im Gegensatz zu den Programmen von 2014 und 2016 werden 2013 die Themen „Asyl“ und „Flucht“ überhaupt nicht behandelt. Mehrmals wird ein Zusammenhang zwischen Fluchtbewegungen und der europäischen

³⁵¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 279/Wahlprogramm 2014/S. 15.

³⁵² PQ1 AfD Aussagen-ID 438, 451.

³⁵³ PQ1 AfD Aussagen-ID 284, 439, 452, **221**, 261-262, 318, 334-336, 478.

³⁵⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID **280**, 438-440, 449.

³⁵⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 436-441, 444-445, 449-450, 452.

³⁵⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, 214, 234, 271, 279.

³⁵⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 454-455, 463.

³⁵⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 257, 328, 406-408, 420, 428, 430, 434, **438, 454-455**, 463.

³⁵⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 461-462.

³⁶⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 281, **288**, 371-372, 376, 451, 459-462.

³⁶¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 280, 282, 439, 446, 449, 456-458, **462**.

Arbeitnehmerfreizügigkeit hergestellt. Auch die organisierte Kriminalität und der vermeintliche Missbrauch des Sozialstaates werden gleichgesetzt. Auf diese Weise wird der Topos der Unrechtmäßigkeit bestärkt, gegen den sich die Partei kämpferisch positioniert. Dabei kann insbesondere ab 2014 eine deutliche Verschärfung des Tonfalls abgelesen werden.³⁶² Aussagen zum Thema Migration enthalten zudem häufig territoriale Bezüge (129-mal) und heben die Bedeutung des Grenzschutzes hervor.³⁶³ Ein weiteres Unikum innerhalb des Vergleichs ist die positive Erwähnung Österreichs als Vorbild für die Verteidigung der Staatsgrenzen.³⁶⁴

„Die Alternative für Deutschland betrachtet den bloßen Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichend und fordert den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei. An Deutschlands Außengrenzen sollen wieder betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstehen, die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können. Zum Schutz der grünen Grenze sollen nach österreichischem Vorbild Bundeswehrangehörige herangezogen werden können, sowie gegebenenfalls Schutzzäune oder ähnliche Barrieren errichtet werden.“³⁶⁵

In diesem Kontext sind auch die Vorstellungen von Staatsgewalt diskussionswürdig, die eine autoritäre Tendenz erkennen lassen und damit der generellen Skepsis gegenüber der Regierung, staatlichen Einrichtungen und übergeordneten europäischen Institutionen widersprechen. Die AfD nimmt mitunter eine harte Haltung gegenüber bestimmten Personengruppen ein, was ihre Selbstbeschreibung als sozialliberale Partei in Frage stellt. Dazu gehört auch die Forderung, das Erwachsenenstrafrecht für jugendliche Straftäter anzuwenden. Für eingewanderte, drogenabhängige oder straffällig gewordene Personen werden deutlich strengere Verhaltensregeln und Strafen vorgesehen. Damit signalisieren sie den Wunsch nach einem strengeren Justizsystem.³⁶⁶ Polizei und Militär gehören zu den bevorzugten Berufsgruppen.³⁶⁷ Aber auch mit der Feuerwehr, den Rettungskräften und Bauern erklärt sich die Partei solidarisch.³⁶⁸ Darüber hinaus steht die AfD für ein liberales Waffenrecht. Bestrebungen, dieses zu verschärfen, werden als Kriminalisierung der Bevölkerung und Kennzeichen eines Überwachungsstaates kritisiert.³⁶⁹

In Bildungsfragen bevorzugt die AfD die Förderung der Ingenieurs- und Naturwissenschaften. Die Sozial- und Geisteswissenschaften sollten zugunsten dieser reduziert werden. Dies kann im Zusammenhang mit dem Bürokratie-Feindbild gesehen werden. Diese Haltung wird konsequent fortgesetzt und mündet in der Forderung, die „umverteilenden“ Berufe zugunsten von „produktiven“ zu reduzieren.³⁷⁰ Auch zu diesem Thema setzt sich die typische Argumentationsstrategie fort, die zunächst eine liberal-soziale Selbstbeschreibung formuliert.³⁷¹ In diesem Sinne begrüßt die AfD auch das europäische Erasmus-Programm und die internationale Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer:innen. Der Eindruck eines inklusiven Bildungs- und Forschungsideals wird relativiert durch Aussagen, die auf eine Einschränkung des (Hoch-)Schulzugangs hinauslaufen. Speziell Maßnahmen, die strukturell benachteiligte Gruppen betreffen, werden von der AfD

³⁶² PQ1 AfD Aussagen-ID 441, 443, 445, 450.

³⁶³ PQ1 AfD Aussagen-ID 198, 210, 229, 265, 268, 283-285, 377, 379, 382, 406, 443-444, 448, 450-453, 460, 464, 480-482.

³⁶⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 320, 377.

³⁶⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 377/Programm 2016/S. 27.

³⁶⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 281, 366-375.

³⁶⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 267, 366, 369, 377, 383.

³⁶⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 211, 263, 275-276, 305, 348, 369, 386, 439, 479, 481-482.

³⁶⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 373-374.

³⁷⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 220.

³⁷¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 220, 294-295, 420, 424.

abgelehnt.³⁷² Dadurch wird das Verständnis von „frei“ und „uneingeschränkt“ relativiert. Das Restaurationsbedürfnis wird auch zu diesem Thema geäußert. Bildungspolitische Reformen werden kritisch betrachtet und die Wiederherstellung vergangener Verhältnisse wird gefordert. Dies zeigt sich anhand ihrer Positionierungen zur Ganztagschule und staatlicher Kinderbetreuung.³⁷³ Beispiele für Relativierungen finden sich auch zum Thema Umweltschutz und Klimawandel. In den Programmen von 2013 und 2014 bekennt sich die AfD zu einer notwendigen Klimapolitik. Diese wird allerdings mit dem Vorbehalt unterstützt, dass sie dem Wirtschaftsstandort und der Wettbewerbsfähigkeit nicht schaden darf.³⁷⁴ Eine Verschärfung des Tonfalls ist dem Programm von 2016 zu entnehmen. Die Aussagen #473-474/PQ1 können sogar als Leugnung des Klimawandels bewertet werden.³⁷⁵

³⁷² PQ1 AfD Aussagen-ID 290, 292, 423, 424, **427**, **435**.

³⁷³ PQ1 AfD Aussagen-ID 395-396, **402**, **432**.

³⁷⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 302-**304**, 308.

³⁷⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID **473-474**, 475-477.

BESCHREIBUNG DER SIE-GRUPPE(N)

„Ausnahmslos jeder Asylantragsteller wandert in das soziale System ein, da ihm ab Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.“³⁷⁶

Nach Ruth Wodak wird die diskursive Konstruktion von nationalen Identitäten maßgeblich vom Einsatz rhetorischer Strategien beeinflusst. Ein beliebtes Mittel hierfür ist der Topos, eine inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregel. Durch die Verknüpfung der Argumente mit der Schlussfolgerung, wird ein bestimmter Handlungsbedarf begründet.³⁷⁷ Beispiele für derartige Topoi sind in den Parteiprogrammen der „Alternative für Deutschland“ die Regel, denn 268 von 288 Datensätzen verfolgen diese rhetorische Strategie. Auf diesem Weg erfolgt auch die Beschreibung der Sie-Gruppen und Feindbilder. Es wurden bereits einige Beispiele genannt, die zeigen, wie die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe über Attribute (leistungsstark, stabil, westlich) oder Gleichsetzungen (Deutschland als Leuchtturm) erfolgt. Auch die diskursive Konstruktion der Sie-Gruppen wird nach denselben Prinzipien realisiert. In den Primärquellen der AfD enthalten 127 von 288 Aussagen entsprechende Merkmale der Kategorie „negative Sie-Gruppen“. Davon wurden 71 Datensätze mit „exklusiv“ beschlagwortet.

Ein Vergleichsmerkmal, das im Zuge der Datenauswertung zunehmend an Bedeutung gewann, ist die Dominanz von Feindbildkonstruktionen und Bedrohungsszenarien. Tatsächlich spielen sie eine essenzielle Rolle für die Beschreibung der sozialen Kategorien und ihrer Abgrenzungskriterien. Innerhalb der ersten Primärquellengruppe verfolgen 648 von insgesamt 974 Aussagen diese rhetorische Strategie. Dabei sind die genannten Feindbilder und Bedrohungen der Vergleichsparteien durchwegs ähnlich bis identisch. Abgesehen von diversen äußeren Bedrohungen, typischerweise durch die Europäische Union oder unerwünschte Zuwanderung, werden auch innere Bedrohungen beschrieben. Die politischen Positionen der ausgewählten Parteien werden so als permanenter Abwehrkampf gegen illegitime Interessen dargestellt. Innerhalb der 288 Datensätze zur AfD konnten insgesamt 186 Feindbilder und Bedrohungen erfasst werden. Beispielsweise wird das Parteiprogramm von 2013 mit folgender Aussage eröffnet:

„Die Alternative für Deutschland ist eine Partei engagierter Staatsbürger, die mit Besorgnis die fortschreitende inhaltliche Erstarrung und Entdemokratisierung der etablierten Parteien beobachten. Geprägt von kurzfristigem Opportunitätsdenken und politischen Ritualen erweisen sich die traditionellen Parteien als zunehmend unfähig, wichtige gesellschaftliche Grundentscheidungen sachgerecht zu treffen. Dadurch gerät die Bundesrepublik Deutschland in eine tiefe Krise.“³⁷⁸

Die Bundesrepublik Deutschland wird demnach von einer Krisensituation bedroht, die durch Fehlverhalten bzw. Inkompetenz ausgelöst wurde. Wesentlich für die Selbstbeschreibung der AfD ist, dass sie *nicht wie* die anderen Parteien ist. Zum Kreis der Anderen gehören die Altparteien und „Berufspolitiker“ in Berlin und Brüssel. Sie werden mit korruptem Lobbyismus gleichgesetzt, als „Filz“ bezeichnet und für den „kulturellen Verfall des

³⁷⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 457/Programm 2016/S. 63.

³⁷⁷ Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 75-95.

³⁷⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 195/Programm 2013/S. 1.

Parlamentarismus“ verantwortlich gemacht. Damit stellen sie eine Gefahr für das westliche Gesellschaftsmodell dar, während sie ungerechtfertigte Privilegien besitzen.³⁷⁹ In diesem Zusammenhang wird auch das Bürokratie-Feindbild bedient, es kommt in insgesamt elf Aussagen vor.³⁸⁰ Für die AfD ist die „überbordende“ Bürokratie innovationshemmend, wettbewerbsschädigend und unnötig. Außerdem wird sie für eine Regulierungsflut verantwortlich gemacht. Daraus resultiert eine tendenzielle Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen. Der Verdacht bzw. die Unterstellung, dass diese grundsätzlich rechtswidrig und unredlich handeln, wird mehrfach erwähnt.³⁸¹ Aufgrund dieser Gefahrentopoi wird die Forderung nach mehr direkter Demokratie als Lösung vorgeschlagen.³⁸² Die Schweiz dient hier als Vorbild.³⁸³ Die Beispiele zeigen, dass die vermeintliche Gefahr nicht nur von Deutschland ausgeht. Auch die Europäische Union wird in den Programmen scharf kritisiert und für Bedrohungsszenarien verantwortlich gemacht. Die europäische Fiskalpolitik ist der AfD ein Dorn im Auge, allen voran die Rettungsschirme für Staaten und Banken. Wegen dieser Maßnahmen werden die leistungsstarken Nord- oder Geberländer wie Deutschland vom Staatsbankrott bedroht. Darin sieht die AfD eine Ungerechtigkeit, denn die sogenannten „Süd-, Nehmer- oder Krisenländer“ haben ihre Situation selbst verschuldet und bedrohen nun den Wohlstand des Nordens. Im Zusammenhang mit der Beschreibung der diversen negativen Sie-Gruppen werden überwiegend süd- und osteuropäische Länder genannt, allen voran Griechenland, Bulgarien und Rumänien.³⁸⁴ Diese Aussagen widersprechen einer solidarischen Haltung gegenüber der Europäischen Union. Die AfD schwankt zwischen dem Bekenntnis zu einer gesamteuropäischen Identität und Europaskepsis. Einige europäische Institutionen und Einrichtungen werden zu Feindbildern erklärt. Dazu gehört die Europäische Zentralbank, das Europaparlament, die Europäische Kommission oder der Europäische Stabilitätsmechanismus. Deshalb soll die Fiskalpolitik wieder auf nationaler Ebene geregelt werden. Eine gemeinsame europäische Währungs- und Rettungspolitik wird vehement abgelehnt. Auf Wirtschafts- und Fiskalpolitik bezogene Bedrohungstopoi wie die Europäischen Währungsunion kommen sehr häufig vor. Die EU-Harmonisierungsmaßnahmen gefährden die wohlhabenden, leistungsstarken nordwestlichen Länder.³⁸⁵

Um die Gefahren zu verdeutlichen, bedient sich die Partei auch essentialistischer Formulierungen.³⁸⁶ So kann man dem Programm von 2014 entnehmen, dass „die Götzen des Euro“ (die Altparteien) den Frieden zwischen „den Völkern“ und den Wohlstand der Eurozone aufs Spiel setzen.³⁸⁷ Nicht die mangelnde, sondern die eingeforderte Solidarität wird für zunehmende Spannungen verantwortlich gemacht. Damit wird suggeriert, dass der Friede in Europa nicht aus historischen Entwicklungen und Einigungen resultiert, sondern allein aus dem Wohlstand der „Geberländer“. Doch die Europaskepsis beruht nicht nur auf geldpolitischen Argumenten. Auch die Gefahr der zunehmenden Zentralisierung von diversen Kompetenzen, vorrangig unter dem Schlagwort „Harmonisierung“ zusammengefasst, wird als Bedrohung betrachtet. In diesem Zusammenhang wird auch von der wachsenden Machtfülle europäischer Institutionen gesprochen, die auf einen transnationalen „Überstaat“ hinauslaufen. Folgende beispielhafte Formulierungen können genannt werden: „schleichender EU-Zentralismus“ und

³⁷⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 195-196, 222-223, 313, 319, 322-**323**, 332, 336, 345, **347**-348.

³⁸⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 203, 212, 220, 231, 254, 292, 306, 314, 321, 341, 353.

³⁸¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 196, 201, 226-227, 259, **313**, **332**, 342, 347-348, 353, 364.

³⁸² PQ1 AfD Aussagen-ID 222-226, 231-233, 260-263, 327, 334-335, 343, 346.

³⁸³ PQ1 AfD Aussagen-ID 221, 261-262, 318, 334-336, 478.

³⁸⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 200-202, 206, 208, 210, 227, 231-232, 238, 240, 242, 253, **259**, 263, 278, 280, 313-317, 319, **326**, 334, 337, 340, 347, 353, 362-366, 438-440, 443, 445.

³⁸⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 201, 206-208, **210**, 231-233, 236, 238-241, 243, 245-246, 250-251, 254-256, 259, 263, 271, 277, 301, 306, 312-315, 317-321, 326, 358-**362**, 364.

³⁸⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID **318**-319, **353**.

³⁸⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 319.

„Dirigismus“, „Vereinigte Staaten von Europa“ oder europäischer „Überstaat“.³⁸⁸ Die Sorge geht so weit, dass die „Troika“ für das „Scheitern Europas“ und der Demokratie verantwortlich gemacht wird.³⁸⁹

Die Primärquellen zeigen deutlich, dass die Wirtschafts- und Fiskalpolitik zum Steckenpferd der AfD gehört. Das erste Programm von 2013 widmet sich fast ausschließlich diesen Themenfeldern. Aussagen zu Asyl, Religion oder dem Abendland-Narrativ sind darin nicht enthalten. Eine eklatante Schwerpunktverschiebung dahingehend ist ab 2016 deutlich abzulesen. Trotzdem bleibt die kritische Haltung gegenüber einer gesamteuropäischen Fiskalpolitik auch in den späteren Programmen wichtig. Die „Troika“ wird häufig als Feindbild genannt.³⁹⁰ Positive Äußerungen zur EU werden durch Formulierungen relativiert, in denen die Wertigkeit einzelner EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich bemessen wird. Dominant sind vor allem Nord-Süd- und West-Ost-Vergleiche.³⁹¹ Die Attribute zur Beschreibung der Sie-Gruppen lauten: arm, verschuldet, krisengebeutel, unzureichend, verkrustet, nicht-tragfähig, unverantwortlich, fremd, geschichtsblind, konzeptionslos, zentralistisch, unfähig etc. Kollektivbezeichnungen und Gleichsetzungen begleiten diese Strategie. Deshalb werden die südöstlichen Mitgliedsstaaten als „Nehmer“- oder „Defizitländer“ bzw. „Krisenstaaten“ beschrieben. Einige Aussagen, die mit den Schlagworten „negative Sie-Gruppe“ oder „diskriminierend“ markiert wurden, beziehen sich dezidiert auf Griechenland, Portugal, Rumänien, Bulgarien oder Zypern. Zu Frankreich hat die AfD eine ambivalente Meinung, es wird sowohl positiv als auch negativ gesehen. Die deutsche Bevölkerung gehört zu den „Gebenden“ und wird mit positiven Attributen besetzt. Dazu gehören die Merkmale: reich, stabil, loyal, westlich, erfolgreich, europäisch, frei, abendländisch, christlich, offen, friedlich, demokratisch, sozial, wissenschaftlich-humanistisch, hochentwickelt, mündig u.a.³⁹² Zum Thema Wirtschafts- und Fiskalpolitik wird das Restaurationsbedürfnis klar artikuliert und als Lösung für den drohenden Wohlstandsverlust präsentiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Vergangenheitsbezug vom „deutschen Wirtschaftswunder“.³⁹³

Für die Beschreibung der Sie-Gruppen sind aber auch innere Bedrohungen ausschlaggebend. Sehr auffällig ist die Sorge über den drohenden „demographischen Niedergang“.³⁹⁴ Es wurde bereits gezeigt, dass die AfD eine zu niedrige Geburtenrate in Deutschland kritisiert und diverse gesellschaftliche Probleme darauf zurückführt. Hier greifen unterschiedliche Gefahren und Existenzängste ineinander, wie beispielsweise Identitätsverlust, Heimatverlust, Wohlstandsverlust und Staatsversagen. Zusammenfassend kommt die AfD zu dem Schluss, dass Frauen in Deutschland in besonderem Maße mitverantwortlich sind für die Bedrohung des Steuer- und Rentensystems, des Gesundheits- und Bildungssystems, für die Landflucht oder für den Verlust der deutschen Sprache und Kultur. Da der Bestand der „traditionellen Familie“ bedroht wird, muss auch die Gleichstellung der homosexuellen Partnerschaften abgelehnt werden.³⁹⁵ Eine ähnliche Kombinationsbedrohung ist auch der Verlust von Eigen- und Rechtsstaatlichkeit. Einige Aussagen demonstrieren ein tendenzielles Misstrauen gegenüber bundesstaatlichen und europäischen Institutionen. Die äußeren Bedrohungen durch die EU und Migrationsbewegungen sowie der vermeintliche demographische Niedergang gefährden die nationale Einheit und

³⁸⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 231, 232, 254, 263, 314, 321-323, 350, 354.

³⁸⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 255, 314.

³⁹⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 255, 263, 315.

³⁹¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 200, 206, **208**, 210, 231-232, 238, 240, 242, 263, 278, **280**, 313, **323**, 443, **460**, 479.

³⁹² PQ1 AfD Aussagen-ID 195-197, 206-**207**, 208-209, 221, 229-231, 234, 238, 240-242, 248, 251, 253, 255, **278**-280, 314-317, 319, 324-325, 327-328, 330, 335, 340, 352, 361-363, 405, 407, 443; 449.

³⁹³ PQ1 AfD Aussagen-ID 197, 260, **330**.

³⁹⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 199, 205, 214-216, 221, 300, 388-389, 397-400, 451, 479.

³⁹⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 197, 199, **205**, 214-216, 221, 258, 298-**300**, 328, 379, 383-384, 387-**389**, 390-392, 395-**397**, 398-403, 406-408, 418-421, 423, 425, 429-432, 434-435, 451, 469, **479**.

die Existenz des Staates. Daraus resultiert die Angst vor Identitätsverlust. Der kulturelle Verfall bzw. Verlust der „geistigen und kulturellen Substanz“ wird beklagt.³⁹⁶ Auch aus diesen Aussagen ergeben sich Widersprüche zur Skepsis gegenüber jedweder Staatsräson und Bürokratie. Ebenso ist das offenkundige Bekenntnis zum Nationalstaat nur schwer mit dieser skeptischen Haltung in Einklang zu bringen.³⁹⁷ In der Aussage #477/PQ1 unterstellt die AfD der deutschen Regierung das Vorhaben einer „großen Transformation“ der Gesellschaft.³⁹⁸

„Unter dem Schlagwort ‚Klimaneutrales Deutschland 2050‘ durch ‚Dekarbonisierung‘ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird.“³⁹⁹

„Um den Auswirkungen dieses markanten demografischen Trends entgegenzuwirken, setzen die derzeitigen Regierungsparteien auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten [...]. Durch das sich Ausbreiten der konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken.“⁴⁰⁰

Abschließend sollen die Feindbilder „Einwanderung“ und „Islam“ genauer betrachtet werden. Ab dem Programm von 2014 richten sich vermehrt Aussagen gegen eine Integrationsmöglichkeit des Islam. Den Angehörigen dieser Konfession werden grundsätzlich verfassungsfeindliche bzw. unrechtmäßige Ambitionen unterstellt. Deshalb werden auch besondere Pflichten für sie gefordert. Dazu gehört, dass Imame sich zur deutschen Verfassungsordnung bekennen müssen und nur auf Deutsch predigen dürfen. Außerdem soll der Bau von Minaretten und das Praktizieren des Muezzin-Rufes verboten werden. Religionsvertreter, die durch verfassungsfeindliche Agitation auffällig geworden sind, sollen umgehend abgeschoben werden.⁴⁰¹ Auf diesem Weg findet eine Gleichsetzung von „Islam“ und „Terrorismus“ statt.⁴⁰² Im Zusammenhang mit den multiplen Gefahren durch Zuwanderung, Kriminalität, Islam und Terrorismus wird zudem die Türkei als besonderes Feindbild dargestellt.⁴⁰³ Kein anderes Land wird in vergleichbarer Weise so explizit abgelehnt.

Im vorhergehenden Abschnitt wurde gezeigt, dass die AfD mitunter einen durchaus realitätsnahen Blick auf die deutsche Bevölkerung hat (Ist-Zustand). Der Wunsch nach einem friedlichen und respektvollen Umgang wird explizit geäußert.⁴⁰⁴ Deshalb ist es umso interessanter, dass diese Formulierungen mittels Feindbilder und Gefahren relativiert bis negiert werden. Die kontinuierliche Vermischung von Migrationsursachen zielt darauf ab, dass alle Formen letztlich als Bedrohung wahrgenommen werden. Die gezielte Anwerbung von Fachkräften, die innereuropäische Personen-, Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch die Flüchtlingsbewegungen werden gleichgesetzt und als gemeinsame Agenda einer vermeintlichen Migrations- bzw. Asylindustrie betrachtet.

³⁹⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 196, 202, 205, 211, 217-218, 221, 255, 292, 400, 405, 408, 426, 442.

³⁹⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 28, 232-235, 250, 257, 265, 268, 271, 317, 322-323, 327, 335, 350-352, 354-357, 378-379.

³⁹⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 205, 217, 221, 235, 321-322, 341, 399-400, 408, 430, 434, 436, 442, 472, 477.

³⁹⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 477/Programm 2016/S. 79.

⁴⁰⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 399-400/Programm 2016/S. 42.

⁴⁰¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 399, 410-412, 413-414, 415-417, 419, 428.

⁴⁰² PQ1 AfD Aussagen-ID 267, 374, 411.

⁴⁰³ PQ1 AfD Aussagen-ID 264, 357.

⁴⁰⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 279, 205, 439.

In diesem Kontext wird auch stets eine Kausalität zur organisierten Kriminalität, wie dem Schlepperwesen, hergestellt.⁴⁰⁵

Die Furcht vor Parallelgesellschaften wird mehrfach erwähnt.⁴⁰⁶ Dabei werden diese sehr einseitig als Resultat von Migration betrachtet. Rechtsextremismus oder andere radikale Gruppen werden nicht erwähnt (zum Beispiel die Reichsbürger:innenbewegung, völkische Siedler:innen, Evangelikale u.a.). Außerdem wird die Vorstellung verbreitet, dass Migrant:innen das Sozialsystem ausbeuten.⁴⁰⁷ Aus diesem Grund sollten Sozialleistungen den deutschen Staatsbürger:innen vorbehalten bleiben und eingewanderte Personen nur eingeschränkten Zugang dazu erhalten. Dabei wird allerdings nicht besprochen, welchen Beitrag diese Gruppen zum Erhalt des Sozialstaates leisten. Auch hier werden verschiedene Migrationsgründe bzw. Ursachen vermischt. Die zuvor gepriesene Personenfreizügigkeit innerhalb der EU wird infrage gestellt.⁴⁰⁸ Begründet wird diese Wendung mit der Bedrohung durch Kriminalität und dem Schlepperwesen, die mit Flucht/Asyl und anderen Migrationsmotiven vermennt werden.⁴⁰⁹ Toleranz gegenüber qualifizierten Einwanderern wird mitunter betont. Unausgesprochen bleibt, welche Gruppen dazu gehören, welche Bedingungen für sie angemessen sind und welche Rechte den „legitimen“ Migrant:innen zustehen. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass die Partei zugeben muss, dass Einwanderung notwendig und unvermeidbar ist. Gleichzeitig werden eingewanderte Personen konsequent als minderwertig und verdächtig dargestellt, um den vermeintlichen Niveauverlust zu rechtfertigen.

⁴⁰⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 281, 288, 371-372, 376, **439**, 441, 446-447, 451-**453**, 455, 458-462.

⁴⁰⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 287, 400, 411, 453.

⁴⁰⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 280, 282, 446-448, 288, 436, 441-442, 447, 449-450, 458, 462, 280, 282, 439, 446, 449, 456-458, 462.

⁴⁰⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 206, 280-281, **449**.

⁴⁰⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 283, 288.

KAPITEL 2.1.B: ANALYSE DER ERINNERUNGSKULTURELLEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

Tabelle 4 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 AfD	PQ2 AfD
Datensätze gesamt	974	195	288	55
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2

Die vorliegende Analyse basiert auf einer empirischen Datensammlung von 1169 Datensätzen. 343 Aussagen haben sich aus den Quellen zur AfD ergeben. Von den 288 Datensätzen aus der ersten Primärquellengruppe (PQ1) sind 161 Aussagen rekonstruktiv. Innerhalb dieser Vergangenheitsbezüge wurden 49 Datensätze als „vage“ beschlagwortet. „Abstrakte“ Bezüge kommen darin nicht vor. Aus der zweiten Gruppe (PQ2) ergaben sich weitere 55 Datensätze, die alle rekonstruktiv sind. Darin sind 32 „vage“ und zwei „abstrakte“ Vergangenheitsbezüge enthalten. Die Mehrheit der AfD-Aussagen ist daher rekonstruktiv (216 von 343 Aussagen) und nur 127 Datensätze wurden negativ beschlagwortet. Die insgesamt 81 vagen Vergangenheitsbezüge aus beiden Primärquellengruppen zeigen, dass die AfD vorwiegend konkrete Vergangenheitsbezüge formuliert.⁴¹⁰

⁴¹⁰ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb kann die Anzahl der konkreten, vagen und abstrakten Bezüge nicht durch simple Addition erhoben werden. Die Anzahl der rekonstruktiven Datensätze in den Tabellen 2.b und 4 entspricht nicht der Summe der identifizierten Vergangenheitsbezüge (der jeweiligen Kategorie). Eine Erinnerungsfigur bzw. Zeiteinsel kann sich auf mehrere Datensätze beziehen und/oder in beiden Primärquellengruppen vorkommen. Außerdem kann eine Aussage mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Diese können ebenfalls verschiedenen Kategorien entsprechen („konkret“, „vage“ oder „abstrakt“).

VERGANGENHEITSBEZÜGE DER „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ (OHNE ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN VERGLEICHSPARTEIEN)

In diesem Abschnitt erfolgt die Besprechung der Vergangenheitsbezüge, die als konkrete, vage oder abstrakte Erinnerungsfiguren und Zeitinseln in den Aussagen erfasst wurden und keine Übereinstimmungen mit den Vergleichsparteien ergeben haben. Darüber hinaus werden einige Datensätze angeführt, die keine Vergangenheitsbezüge aufweisen, im Kontext der Gesamtaussage aber als problematisch bewertet wurden.

Die Tabelle 4.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der AfD ohne Übereinstimmung“⁴¹¹ enthält 64 konkrete Erinnerungsfiguren und Zeitinseln. Sie betreffen überwiegend Verträge, Gesetze und Ereignisse im Zusammenhang mit der Europäischen Union oder ihrer Vorgänger (EWG und EWS).⁴¹² Daraus wird deutlich, dass die Geschichte der EU für die AfD eine identitätskonkrete Rolle spielt. Mit signifikanter Häufigkeit werden die Bankenunion (seit 2012) und die Eurokrise (seit 2009) thematisiert. Derartige Aussagen wurden bereits genannt und zeigen, dass sie als Bedrohung dargestellt werden. Diese Erinnerungsfiguren sind Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit und kommen relativ häufig vor. Sie werden auch gemeinsam mit den bekannten Feindbildern wie dem ESM, der EZB oder dem drohenden europäischen Überstaat genannt. Die Konnotation dieser Vergangenheitsbezüge ist überwiegend negativ.⁴¹³

Die Finanz- und Währungskrisen stellen eine Zäsur für die AfD dar. Gegenüber den Banken und der europäischen Einheitswährung wird eine misstrauische Haltung eingenommen. Sie gehöre zu den regelmäßig genannten Feindbildern. Vor allem die Verwendung von Steuergeldern für Haftungen oder Staatsanleihen wird als unrechtmäßig betrachtet.⁴¹⁴ Die europaweite Vereinheitlichung des Bankensektors in Form der Bankenunion lehnt die AfD konsequent ab. Es werden für diesen Sektor außerdem strengere Richtlinien, härtere Konsequenzen und eine Renationalisierung gefordert.⁴¹⁵ Diese Erinnerungsfiguren markieren zudem das fehlende Vertrauen in jene Euromitgliedsstaaten, die von der Partei regelmäßig als Krisen- oder Nehmerländer bezeichnet werden. Daher wird auch die Wiederherstellung der Rahmenbedingungen nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschaftssystems (EWS/1979-1998)⁴¹⁶ bzw. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993)⁴¹⁷ begrüßt. Aus diesem Grund wird das Erasmus-Programm von der AfD unterstützt, das vom Europäischen Rat am 15.6.1987 beschlossen wurde.⁴¹⁸ Die Partei ist demzufolge nicht stringent gegen eine europäische Zusammenarbeit, sondern befürwortet diese unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen.⁴¹⁹ Diese Beispiele sind allerdings gegenüber den Feindbildnennungen in der Unterzahl. Das bestätigt die erarbeitete These von der *selektiven Solidarität* der AfD. Ihre Beziehung zur EU ist von Wechselhaftigkeit geprägt. Deshalb begrüßt die Partei die sogenannte „Europäische Bürgerinitiative“, die ein „Bürger-Veto“ gegen EU-Gesetze in den

⁴¹¹ Siehe zweiter Band der Dissertation.

⁴¹² PQ1 AfD Aussagen-ID 227, 310, 354, 449.

⁴¹³ PQ1 AfD Aussagen-ID 199, **200**, 202, 206, 210, 214, 232, **238**, 246, 250-251, 263, 321, **359**, 362.

⁴¹⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 248, 252, 314, 361, 362.

⁴¹⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 249, 253.

⁴¹⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 244-245.

⁴¹⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 227, 234, 356, 359.

⁴¹⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 294.

⁴¹⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 316, 308.

Mitgliedstaaten ermöglichen soll.⁴²⁰ Eine gemeinsame Europäische Außenpolitik und Exekutive wird aber abgelehnt, obwohl die AfD mehr Gewicht Deutschlands innerhalb der GASP-Gremien befürwortet.

„Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen. Die AfD wird aber dafür eintreten, dass sich die für die strategische Planung zuständigen GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) verstärkt mit Bedrohungsszenarien befassen, die durch neue Formen des internationalen Terrorismus entstanden sind.“⁴²¹

Das Verhältnis Deutschlands zur EU spielt eine identitätskonkrete Rolle in den Programmen der AfD. Dementsprechend zeigen die konkreten Vergangenheitsbezüge einen zeitlichen Schwerpunkt im 20. und 21. Jahrhundert. Die aktuellste Erinnerungsfigur betrifft das Jahr 2013. Außerdem wird die deutsche Geschichte häufig im Zusammenhang mit internationalen Ereignissen betrachtet. 34 Aussagen beziehen sich auf die historische Entwicklung Deutschlands (Nationalgeschichte). Die ältesten konkreten Vergangenheitsbezüge verweisen auf die Renaissance⁴²² und die Reformation.⁴²³ Eine Reformation wird auch für die islamische Glaubensgemeinschaft eingefordert. Eine genaue zeitliche Eingrenzung ist den Aussagen allerdings nicht zu entnehmen, weshalb eine Datierung dieser Vergangenheitsbezüge nicht möglich ist. Beide Epochen betreffen eine unpräzise Zeitspanne. Die vorliegenden Primärquellen geben keinen Aufschluss über das zeitliche Einschätzungsvermögen der Partei. Weitere ältere Erinnerungsfiguren beziehen sich auf das 18. Jahrhundert. Dazu gehört die „Ode an die Freude“, welche während einer Rede von Frauke Petry beim rechtsnationalen Kongress „Freiheit für Europa“ in Koblenz 2017 gespielt wurde.⁴²⁴

Im Kontext der angestrebten Freundschaft mit Russland wird außerdem der „Siebenjährige Krieg“ (1756-1763) erwähnt.⁴²⁵ Das 19. Jahrhundert hat sich ebenfalls als signifikante Zeitspanne erwiesen. Zu dieser Epoche gehören die Bezüge zu Friedrich Schiller, Ludwig van Beethoven und Friedrich Nietzsche.⁴²⁶ Außerdem bekennt sich die AfD zum sogenannten „Humboldt’schen Bildungsideal“. ⁴²⁷ Ein Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom September 2013 berichtet außerdem über folgende Vergangenheitsbezüge: die preußisch-russische Kriegskoalition 1806/1807 (Vierter Koalitionskrieg), die Völkerschlacht⁴²⁸ bei Leipzig von 1813 und Otto von Bismarck ⁴²⁹. Auch die Erwähnung der „Verfassungstraditionen von 1848, 1871 und 1919“ in der Aussage #341/PQ1 betont die Bedeutung des langen 19. Jahrhunderts für die AfD und infolge auch für ihre Interpretation der deutschen Identität.⁴³⁰

„Vorzügliche Ereignisse preußischer Geschichte: Frankreich hingegen findet in dem Konzept keine nennenswerte Erwähnung. Russland habe, so Gauland, 'an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte', als welche die AfD offenbar vorzüglich Ereignisse preußischer Geschichte begreift, 'positiv Pate gestanden'. erinnert wird an das für Preußen glückliche Ende des Siebenjährigen Krieges 1763, an die

⁴²⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 261-262.

⁴²¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 267/Wahlprogramm 2014/S. 12.

⁴²² PQ1 AfD Aussagen-ID 405.

⁴²³ PQ1 AfD Aussagen-ID 428.

⁴²⁴ PQ2 AfD Aussagen-ID 110-112.

⁴²⁵ PQ2 AfD Aussagen-ID 60.

⁴²⁶ PQ2 AfD Aussagen-ID 111.

⁴²⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 420.

⁴²⁸ PQ2 AfD Aussagen-ID 60.

⁴²⁹ PQ2 AfD Aussagen-ID 58, 61-62.

⁴³⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 341.

*preußisch-russische Kriegskoalition 1806/1807 gegen Frankreich, an die Leipziger Völkerschlacht 1813 und schließlich an das Wirken der damaligen Sowjetunion 1989/90 im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit.*⁴³¹

Im 20. Jahrhundert wird die Nachkriegszeit als prägende historische Phase beschreiben.⁴³² Dazu gehören die Bezüge zum deutschen Wirtschaftswunder, zur Freiburger Schule der Nationalökonomie und zum Generationenvertrag.⁴³³ Einem Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist zu entnehmen, dass bereits im Gründungsjahr 2013 ein Eintrittsstopp für Mitglieder aus dem Verband Sachsen gefordert wurde und zwar im Zusammenhang mit einer Erklärung zur Stasi-Mitgliedschaft.⁴³⁴ Dem Journalisten war es zudem wichtig zu erwähnen, dass eine Nähe zu Neonazi-Kameradschaften nicht als bedenklich betrachtet wurde. Der Kirchhof-Vorschlag wird im Programm von 2013 genannt, um die Forderung nach einer Vereinfachung des Steuersystems zu bestärken.⁴³⁵ Einige wurden bereits im vorhergehenden Abschnitt diskutiert, andere, wie beispielsweise Aussagen zum deutschen Grundgesetz, stimmen mit Vergleichsparteien überein und werden daher im fünften Kapitel besprochen.⁴³⁶

Allerdings soll an dieser Stelle betont werden, dass die Vergangenheitsbezüge der AfD über die Nationalgrenzen hinausgehen. 36 von 68 Aussagen betreffen sowohl nationale als auch internationale historische Gegebenheiten. Dies entspricht der mehrfach hervorgehobenen Wahrnehmung Deutschlands als „Big Player“ und der Forderung nach einer breiten historischen Perspektive hinsichtlich der Geschichte Deutschlands. Zu den internationalen Vergangenheitsbezügen gehört die „UNO Anti-Korruptions-Charta“, sie wird von der Partei unterstützt.⁴³⁷ Der Forschungsstandort CERN wird als Vorbild für internationale Forschungszusammenarbeit genannt, da er dezentral organisiert ist, im Unterschied zur Forschungsförderung der Europäischen Union. Um zu bekräftigen, dass die Rechtsvorschriften der Scharia nicht mit der deutschen Rechtsordnung vereinbar sind, wird ein Bezug zur „Kairoer Erklärung“ vom 4.8.1990 hergestellt.⁴³⁸ Die anderen internationalen Beispiele sind negativ konnotiert. Einige internationale Vereinbarungen werden von der Partei abgelehnt. Dazu gehört auch die „Vorratsdatenspeicherung“⁴³⁹ und der Austausch dieser (NSA-Datensammlung und „SWIFT“)⁴⁴⁰ sowie die internationalen Freihandelsabkommen „Trade in Services Agreement“ (TiSA), „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP), das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA)⁴⁴¹ und die „Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen“⁴⁴².

Von den Erinnerungsfiguren und Zeitinseln, die den Nationalsozialismus betreffen, sind lediglich drei in der ersten Primärquellengruppe enthalten (#196/PQ1, #319/PQ1 und #409/PQ1). Es werden auch indirekte Bezüge

⁴³¹ PQ2 AfD Aussagen-ID 60/Peter Carstens und FAZ/Redaktion, Außenpolitisches Konzept: AfD nimmt sich Bismarck zum Vorbild/ 12.09.2013/Abs. 3. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/aussenpolitisches-konzept-afd-nimmt-sich-bismarck-zum-vorbild-12569281.html?service=printPreview>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁴³² PQ1 AfD Aussagen-ID 255, 483.

⁴³³ PQ1 AfD Aussagen-ID 216, 330, 465.

⁴³⁴ PQ2 AfD Aussagen-ID 56.

⁴³⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 213.

⁴³⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 225, 276, 303, 372, 383, 464, 478.

⁴³⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 269.

⁴³⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 410.

⁴³⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 310.

⁴⁴⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 266, 311, 471.

⁴⁴¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 70, **466**.

⁴⁴² PQ1 AfD Aussagen-ID 427.

hergestellt, wie in der folgenden Aussage #380/PQ1, in der die „Siegermächte“ und die „Feindstaatsklausel“ thematisiert werden:

„Die AfD ist dafür, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, zu stärken und zu reformieren. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen werden. Als eine weltweit anerkannte Nation und als drittgrößter Beitragszahler der UN fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Aufgrund des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinkunft mit den früheren Siegermächten haben sich die Grundzüge der Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt. Es bleibt die Aufgabe, diese nun endgültig zu streichen.“⁴⁴³

Insgesamt gibt es zahlreiche Datensätze, die dem NS-Cluster zugeordnet wurden. Diese werden allerdings von mehreren Parteien geteilt und daher im Zuge der Gemeinsamkeiten diskutiert. An dieser Stelle soll hervorgehoben werden, dass die meisten davon in der zweiten Primärquellengruppe (PQ2) zu finden sind. Das heißt, dass sich die Beziehung zum Nationalsozialismus innerhalb der vorliegenden Untersuchung hauptsächlich aus der publizistischen Berichterstattung ergibt. Innerhalb der Partei- und Wahlprogramme wird dieses Kapitel der Geschichte überwiegend ignoriert.⁴⁴⁴

Der Vergangenheitsbezug vom „Schuldkult“ ist auch für die Partei „Die Republikaner“ identitätskonkret.⁴⁴⁵ Innerhalb der zweiten Primärquellengruppe (PQ2) wurden zudem weitere Beispiele veröffentlicht. Dazu gehört die sogenannte „Liederbuch-Affäre“. In einem Artikel der „Welt“ vom November 2017 wurde berichtet, dass im Buch „Der Schlachtruf“, das 1994 vom AfD-Fraktionschef Alexander Wolf herausgegeben wurde, „Nazi-Gedankengut“ verbreitet wurde.⁴⁴⁶ Es beinhaltet unter anderem das Lied „Unsere Fahne“ des Nazi-Jugendführers Baldur von Schirach, das auch von der Hitlerjugend gesungen wurde. Die Begriffe „Führer“ und „Hitler“ wurden in der von Wolf herausgegebenen Version durch „Deutschland“ ersetzt. Die „Lippische Landes-Zeitung“ (LZ) erinnert in einem Artikel vom Oktober 2018 daran, dass Björn Höcke der Zutritt zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald verweigert wurde.⁴⁴⁷ Im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus vertritt die AfD in erster Linie die Auffassung, dass diesem Kapitel der Geschichte nicht zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte (#380/PQ1). Die folgende Schilderung der Ereignisse aus dem Jahr 2017, aus einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), belegt diese Behauptung ebenfalls:

„Er verwendete in diesem Zusammenhang auch den Ausdruck ‚Biodeutscher‘. Außerdem äußerte Weber, es müsse, der uns von den Siegermächten aufgezwungene und von den links-grünen Weltverbesserern und Deutschland-Abschaffern fortgesetzte Schuldkult aufhören‘. Das alles fand auch die eigene Partei empörend. Der Landesvorstand befand am Mittwochabend, Weber habe die Grundsätze der Partei verletzt: ‚Er fügt der Partei dadurch schweren Schaden im öffentlichen Ansehen zu. Insbesondere ist die Äußerung «Deutschland den Deutschen» als gebräuchliche Kampffparole der NPD bekannt. Die Bezugnahme auf «Biodeutsche», mit zwei deutschen Eltern und vier deutschen Großeltern, lässt Raum für Spekulationen auf rassistischen Hintergrund.‘ Der AfD gehe es zwar um die Bewahrung der deutschen Kultur. Aber: ‚Hier mitzutun, sind

⁴⁴³ PQ1 AfD Aussagen-ID 380/Programm 2016/S. 30.

⁴⁴⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 380, **409**; PQ2 AfD Aussagen-ID 79.

⁴⁴⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 539; PQ2 AfD Aussagen-ID 71, 79 und PQ1 REP Aussagen-ID 511.

⁴⁴⁶ PQ2 AfD Aussagen-ID 80-82.

⁴⁴⁷ PQ2 AfD Aussagen-ID 85.

nicht nur alle Bürger mit zwei deutschen Vorgenerationen eingeladen. ‘ Der Landesvorstand drohte Weber mit ‚härteren Ordnungsmaßnahmen‘, sollte er seine Worte wiederholen oder Vergleichbares äußern.‘⁴⁴⁸

Außerdem vertreten einige Mitglieder der AfD eine mystische Geschichtsbetrachtung. Dazu gehören völkische Rituale und Praktiken. Einige Artikel weisen auf eine Vernetzung der AfD Jugendorganisation (JA) zu sogenannten „völkischen Siedlern“ hin.⁴⁴⁹ Als rechtsextreme Erinnerungspraxis kann die Mitgliedschaft in der völkisch-bündischen Organisation der „Neo-Artamanen“⁴⁵⁰ genannt werden. Zum Umfeld dieser völkischen Siedlergruppe gehört auch der Armanen-Orden, eine neuheidnische Religionsgemeinschaft.⁴⁵¹ Zur Tradierung nationalsozialistischen Gedankenguts gehört zudem der Fortbestand der „Hitlerjugend“ in Form von zeitgenössischen Verbänden wie der sogenannten „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ).⁴⁵² Dabei handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation der „Wiking-Jugend“. Beide sind derzeit in Deutschland verboten und werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Auch regelmäßige Wanderungen zum „Hermannsdenkmal“ im Teutoburger Wald (Detmold) gehören zu dieser mystifizierenden Geschichtsanschauung.⁴⁵³ Dabei wird an die sogenannte „Schlacht im Teutoburger Wald“ erinnert, welche sich vor rund 2000 Jahren ereignet haben soll.⁴⁵⁴ Dieser gelebte Perennialismus dient der Vergewisserung einer möglichst alten Gruppenidentität, die auf einen langen Zeitraum zurückgeführt wird, der nicht mehr erinnerbar ist. Diese Bezüge deuten auf eine Übereinstimmung der AfD mit den Vergleichskriterien des rechten Nationalismus und sogar mit Merkmalen des Rechtsextremismus hin (völkisch-rassistischer Nationalismus).⁴⁵⁵

Der Teutoburger Wald ist zudem ritueller Begehungsort für weitere mystifizierende Praktiken. In diesem Zusammenhang wurden regelmäßige Treffen der HDJ bei den sogenannten „Externsteinen“ dokumentiert.⁴⁵⁶ Dabei handelt es sich um ein Naturdenkmal bestehend aus Sandsteininformationen, die aus dem Boden ragen. Auch die als rechtsextrem eingestufte „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (seit 1951) und der „Freibund“⁴⁵⁷ (seit 1990) pflegen diese Rituale. Laut der „Neuen Westfälischen“ Tageszeitung sind diese vernetzt mit der „Identitären-Bewegung“ und der AfD Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA).⁴⁵⁸ Diese Vergangenheitsbezüge entsprechen zwar konkreten Erinnerungsfiguren (Orte, Symbole, Ereignisse und Rituale), doch aufgrund ihres mystischen Charakters wurden sie auch als „vage“ beschlagwortet. Sie stellen eine Fortsetzung von rechtsextremen, nationalsozialistischen Weltanschauungselementen dar. Die Begehung dieser Erinnerungsorte wird von „völkischen Siedler:innen“, also Gruppen, die ein kontrafaktisches Gesellschafts- und Geschichtsbild tradieren, veranstaltet. Die Identifikation dieser Gruppen mit dem mystischen Volk der „Germanen“ entspricht einem ausgeprägten Primordialismus und

⁴⁴⁸ PQ2 AfD Aussagen-ID 79/Frank Pergande, FAZ/Redaktion/dpa, Mecklenburg-Vorpommern: AfD mahnt Abgeordneten ab/27.04.2017/Abs. 2. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/mecklenburg-vorpommern-afd-mahnt-abgeordneten-ab-14990421.html#void>, konsultiert am 03.05.2024.

⁴⁴⁹ PQ2 AfD Aussagen-ID 65, 76, 179-180.

⁴⁵⁰ PQ2 AfD Aussagen-ID 179.

⁴⁵¹ Vgl. (Hg) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993) S. 432; (Hg.) Amadeu Antonio Stiftung, Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien (Berlin 2014) S. 9-10.

⁴⁵² PQ2 AfD Aussagen-ID 75-76, 81.

⁴⁵³ PQ2 AfD Aussagen-ID 74, 83-85.

⁴⁵⁴ Belastbare wissenschaftliche Nachweise zu diesem Ereignis sind kaum vorhanden und die Datierung ist umstritten. Vgl. Andreas Musolff, From Teamchef Arminius to Hermann Junior: globalised discourses about a national foundation myth. In: Language and Intercultural Communication, Vol. 12, No. 1, Routledge Taylor & Francis Group (2012) S. 24-25.

⁴⁵⁵ Smith, Nationalism and Modernism (London and New York 1998) S. 19-20, 145-167.

⁴⁵⁶ PQ2 AfD Aussagen-ID 74.

⁴⁵⁷ Dieser Verein wurde von 1960 bis 1990 unter dem Namen „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) geführt.

⁴⁵⁸ PQ2 AfD Aussagen-ID 74-77, 180.

Perennialismus. Außerdem war diese Ahnenlehre ein Teil der nationalistischen Propaganda. Die genannten Zeitungsberichte und Artikel dokumentieren Verbindungen einzelner Parteimitglieder der AfD zu diesen Organisationen.

Die Tabelle 4 zeigt, dass es insgesamt 81 Datensätze mit vagen Vergangenheitsbezügen gibt (49 DS aus PQ1 und 32 DS aus PQ2). Nur sechszehn davon weisen keine Übereinstimmung auf und stammen mehrheitlich aus der zweiten Primärquellengruppe (PQ2). Diese sind in der Tabelle 4.b „Vage Vergangenheitsbezüge der AfD ohne Übereinstimmung“ aufgelistet.⁴⁵⁹ Nachdem es sich um unkonkrete Formulierungen handelt, deren Sinnhaftigkeit mitunter fragwürdig bleibt, kann auch keine belastbare Einschätzung ihrer Zeitlichkeit stattfinden. Deshalb können diese Beispiele nur hinsichtlich ihrer Inhalte besprochen werden. Dabei fällt auf, dass sie mehrheitlich die Nationalgeschichte betreffen. Dazu gehört etwa der vage Bezug zu den PISA-Studien⁴⁶⁰, der zur Bestätigung ihrer *selektiven Solidarität* dient. Die Äußerungen des ehemaligen Parteivorsitzenden Alexander Gauland unterstützen zudem die These einer rückwärtsgewandten Identifikation. Hinsichtlich der deutschen Außenpolitik wird die Zeit nach 1945 kritisch betrachtet. Die AfD möchte weniger Zusammenarbeit mit der EU, dafür bessere Beziehungen zu Russland. Um diese politische Position zu begründen, wurde der Reichskanzler Otto von Bismarck zitiert bzw. seine „Rückversicherungspolitik gegenüber Russland“ als Vorbild genannt. In diesem Zusammenhang betonte Gauland, dass diese Ausrichtung ohne „antipolnische Spitze“ gedacht wird. Damit hat er indirekt auch die Teilung(en) Polens angesprochen.⁴⁶¹

Zum NS-Cluster gehört auch der sogenannte „völkische Maitanz“ als erinnerungskulturelle Praxis.⁴⁶² Der „Norddeutsche Rundfunk“ hat im Oktober 2016 davon berichtet. Diese Veranstaltung gilt als eines der größten Treffen von Rechtsextremen in Norddeutschland. Die Recherchen ergaben, dass Mitglieder der „Wiking-Jugend“, NPD-Politiker:innen und auch ein Abgeordneter der AfD an der Veranstaltung teilgenommen haben. Der „völkische Maitanz“ gehört zu den rituellen Feierlichkeiten der „Neusiedler“. Solche Veranstaltungen werden in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet, da diese spezielle „Brauchtumspflege“ als nationalsozialistische Wiederbetätigung gilt. Zu diesem Erinnerungscluster gehört auch die Tradition einer „neurechten Burgenromantik“. Sie wird unter anderem vom rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek betrieben, der auf seinem Rittergut in Schnellroda ein neonazistisches Thinktank betreibt.⁴⁶³

Aufgrund dokumentierter Verbindungen zwischen einigen Mitgliedern der AfD und der rechtsextremen Szene wurde die Partei bereits mit den „Republikanern“ verglichen. Doch die Abgrenzung zu anderen Parteien ist sehr wichtig für die Selbstbeschreibung der AfD. Jeder Vergleich wird zum Anlass genommen, um etablierte Medien und politische Organisationen als undemokratisch zu verunglimpfen.⁴⁶⁴ Die Systemkritik ist ein Teil des Verteidigungstopos (Abwehrkampf) und wird durch die Opferrolle ergänzt, sie suggeriert eine „Perspektive von unten“ („bottom up“). Eine plausible Begründung dieser Haltung findet sich nicht. Stattdessen werden unkonkrete bis mystifizierende Vergangenheitsbezüge in die politische Agitation eingeflochten. Auf diesem Weg findet eine Vermischung von belegten Fakten mit einer „gefühlten“ bzw. „intuitiven“ Erinnerungskultur statt. Hinsichtlich der vagen Zeitinseln, die sich auf internationale Ereignisse beziehen, setzt sich das attestierte rhetorische Muster

⁴⁵⁹ Siehe zweiter Band der Dissertation.

⁴⁶⁰ PQ1 AfD Aussagen-ID 218.

⁴⁶¹ PQ2 AfD Aussagen-ID 59-62.

⁴⁶² PQ2 AfD Aussagen-ID 63-66 (64-65).

⁴⁶³ PQ2 AfD Aussagen-ID 77, 179-180.

⁴⁶⁴ PQ2 AfD Aussagen-ID 57.

fort. Es wurde bereits mehrmals erwähnt, dass die AfD ein ambivalentes Verhältnis zur Europäischen Union formuliert. Von Europa als Kontinent wird durchaus positiv gesprochen, was unweigerlich mit Deutschlands geographischer Lage zusammenhängt. Einzelne Errungenschaften und Aspekte der EU werden durchaus positiv bewertet und teilweise auch für die deutsche Erfolgsgeschichte verantwortlich gemacht. Diese positive Identifikation mit der EU wird wiederkehrend relativiert, da sie auch eine wichtige Quelle für die Feinbilder und Bedrohungsszenarien darstellt. In diesem Zusammenhang werden vage Vergangenheitsbezüge eingesetzt, um eigene europäische Narrative anzubieten.⁴⁶⁵ Dazu gehört das Festhalten am Nationalstaat als Staatsform. Um das Gegenmodell zu verhindern, nämlich ein „Europa der Regionen“, wird die Darstellung der Geschichte entsprechend angepasst und auf fundiertes Faktenwissen verzichtet. Deshalb wird die Zeitspanne von der Nachkriegszeit bis zum Mauerfall positiv konnotiert, während der Vertrag von Maastricht als Wendepunkt betrachtet wird.⁴⁶⁶ Der Vergleich der übereinstimmenden Erinnerungsfiguren im fünften Kapitel zeigt deutlich, dass die europäischen Verträge eine identitätskonkrete Rolle für alle Auswahlparteien spielen.

Tabelle 4.c „Abstrakte Vergangenheitsbezüge der AfD ohne Übereinstimmung“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln	PQ2 Aussagen-ID
Das Christliche Gottesreich	67
Protokolle der Weisen von Zion; Holocaust-Leugner-Dissidenten-Vergleich; talmudischen Ghetto-Juden; christliches Abendland	72, (187)

Für die zwei abstrakten Vergangenheitsbezüge der AfD wurden ebenfalls keine Übereinstimmungen bei den anderen untersuchten Parteien gefunden. Aussage #67/PQ2 bedient sowohl einen Restaurations- als auch Bedrohungstopos. Dieses Beispiel bezieht sich auf eine abstrakte Vorstellung von Kontinuität, in der das christliche „jenseitige Gottesreich“ vom jüdischen Glauben bedroht wird. Die antisemitische Rhetorik des ehemaligen AfD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon wurde vom „Tagesspiegel“ in Zusammenarbeit mit dem Recherchekollektiv CORRECTIV dokumentiert.⁴⁶⁷ Derartige Aussagen von Parteimitgliedern relativieren die eigene Forderung nach einer erweiterten Geschichtsauffassung. Die anhaltende antisemitische Tradition entspricht einer Verengung des Geschichtsbildes. Diese Aussagen zeigen, dass einzelne Parteimitglieder den geforderten Parteistandards selbst nicht gerecht werden. Zum Schluss ist noch die Aussage #338/PQ1 erwähnenswert. Darin warnt die Partei vor Überzeugungen, die die Ankunft eines „Neuen Menschen“ verkünden. Der Nationalsozialismus war eine solche Ideologie. Angesichts der Haltung der Partei zur Erinnerungskultur in Deutschland ist es nicht überraschend, dass diese Formulierung gewählt wurde. Der unausgesprochene Vergangenheitsbezug wurde als das ausschlaggebende Merkmal bewertet.

„Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.“⁴⁶⁸

⁴⁶⁵ PQ1 AfD Aussagen-ID 227, **231**, 234, 244-245, 354, 356, 359.

⁴⁶⁶ PQ1 AfD Aussagen-ID 260, 202, 206, 227, 244, 331, 354, 364, 449.

⁴⁶⁷ PQ2 AfD Aussagen-ID 67-69, 72.

⁴⁶⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 338/Programm 2016/S. 9-10.

KAPITEL 2.2: DIE REPUBLIKANER (REP)

KAPITEL 2.2.A/B: ANALYSE DER IDEOLOGISCHEN UND ERINNERUNGSKULTURELLEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“⁴⁶⁹

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	71	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	955	276	190	139	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	326	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	223	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

⁴⁶⁹ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb entspricht die Summe der Datensätze nicht der Anzahl der ermittelten Kriterien.

Tabelle 6 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Die Republikaner‘ (REP)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 REP	PQ2 REP
Datensätze gesamt	974	195	141	16
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	85	16
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	56	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	44	4
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	1	0

Die Anzahl der Datensätze zu den „Republikanern“ ist im Vergleich zu den anderen Parteien deutlich kleiner, obwohl gleich viele Quellen herangezogen wurden. Das liegt daran, dass die Programme von 2002 und 2011 textident sind. Das Programm von 2011 unterscheidet sich lediglich durch einige hinzugefügte Abbildungen. Diese wurden als eigenständige Aussagen (Bildbeschreibung) in die Datenbank aufgenommen, sofern sie für die Bearbeitung der Thesen und Fragen als relevant erachtet wurden. Es wurde darauf verzichtet, dieselben Aussagen in zweifacher Ausführung in die Datensammlung aufzunehmen. Aufgrund der geringeren Datenmenge werden die ideologischen und erinnerungskulturellen Vergleichskriterien in diesem Kapitel gemeinsam diskutiert und dargestellt. Die identifizierten Vergangenheitsbezüge befinden sich in den Tabellen 6.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der REP ohne Übereinstimmung“ und 6.b „Vage Vergangenheitsbezüge der REP ohne Übereinstimmung“.⁴⁷⁰

Die vorliegende Analyse basiert auf einer empirischen Datensammlung von insgesamt 1169 Datensätzen. Davon ergaben sich 157 Aussagen aus den Quellen zur Partei „Die Republikaner“ (REP). 141 Datensätze wurden der ersten Primärquellengruppe (PQ1) entnommen und 16 der zweiten (PQ2). Davon sind 101 Aussagen rekonstruktiv, während 56 Datensätze negativ beschlagwortet wurden. Insgesamt 48-mal wurden „vage“ Bezugnahmen identifiziert und einmal wurde eine „abstrakte“ Erinnerungsfigur genannt („die Schöpfung“). Die Tabelle 6 demonstriert, dass die Aussagen der REP mehrheitlich rekonstruktiv sind. 101 Datensätze enthalten Vergangenheitsbezüge der Kategorien „konkret“, „vage“ und „abstrakt“ (85 Datensätze aus PQ1 und 16 Datensätze aus PQ2). Von 157 Aussagen dieser Partei wurden 56 „negativ“ beschlagwortet. Insgesamt wurden 38 Vergangenheitsbezüge identifiziert, die keine Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien aufweisen.⁴⁷¹ Diese werden im Folgenden im Verhältnis zu den ideologischen Vergleichskriterien besprochen. Angesichts der geringeren Datenmenge zu den „Republikanern“ ist die Rekonstruktivität ihrer Aussagen vergleichsweise stark ausgeprägt. In einigen Aussagen wird sogar vertiefendes Wissen über deutsche Geschichte vorausgesetzt, um sie vollständig verstehen zu können. Diese Beobachtung trifft auch auf die SVP zu. Das hier abgebildete Erinnerungsmilieu der REP hebt sich vor allem stark von dem der FPÖ ab. Im Vergleich zur AfD sind die Verteilungsverhältnisse ähnlich. Etwas mehr als die Hälfte der AfD-Aussagen sind rekonstruktiv und überwiegend konkret.

⁴⁷⁰ Siehe zweiter Band der Dissertation.

⁴⁷¹ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb kann die Anzahl der konkreten, vagen und abstrakten Bezüge nicht durch simple Addition erhoben werden. Die Anzahl der rekonstruktiven Datensätze in den Tabellen 2.b und 6 entspricht nicht der Summe der identifizierten Vergangenheitsbezüge (der jeweiligen Kategorie). Eine Erinnerungsfigur bzw. Zeitinsel kann sich auf mehrere Datensätze beziehen und/oder in beiden Primärquellengruppen vorkommen. Außerdem kann eine Aussage mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Diese können ebenfalls verschiedenen Kategorien entsprechen („konkret“, „vage“ oder „abstrakt“).

BESCHREIBUNG DER WIR- UND SIE-GRUPPEN SOWIE DER VERGANGENHEITSBEZÜGE DER „REPUBLIKANER“ (OHNE ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN VERGLEICHSPARTEIEN)

„Wir stehen in der Tradition aller derjenigen Deutschen, die Patriotismus mit dem Streben nach Freiheit und Demokratie verbunden haben.“⁴⁷²

Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist für die „Republikaner“ eine Bedingung für Identität. Es wird mehrfach betont, dass das Individuum nicht ohne eine dazugehörige Gemeinschaft zu begreifen ist. Die Gruppenzugehörigkeit ergibt sich explizit aus den Merkmalen „Geschichte, Sprache und Kultur“. Die Interpretation dieser Kriterien zeigt allerdings eine Verengung hinsichtlich der Nationalität und Abstammung.⁴⁷³ Die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl, das in den Primärquellen der REP als „Sittengesetz“ bezeichnet wird, ist ausschlaggebend für ihr Verständnis von individuellen Handlungsspielräumen.⁴⁷⁴ Heterogenität innerhalb der legitimen Wir-Gruppe wird explizit abgelehnt. Kulturelle Vielfalt wird nur als Nebeneinander von nationalen Varianten auf dem europäischen Kontinent gewürdigt, wobei jede Form von grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf den Austausch von wirtschaftlichen und kulturellen Gütern reduziert wird.⁴⁷⁵ Diese Beobachtung wird im Folgenden als „Sittenromantik“ bezeichnet.

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahlen in Deutschland von 2013 nennt sich die Partei selbst „Die Republikaner. Demokratische Rechte“. Sie beschreibt sich darüber hinaus als „Partei für Recht und Ordnung“ und Verteidiger der „Opfer“. Die Begründung der legitimen Staatsgewalt erfolgt mittels Bewahrungs- und Verteidigungstopoi, die zudem autoritäre Tendenzen aufweisen. Im Kontext der Forderung nach Schutz der „Bürger“ und der „Freiheit“ werden härtere Strafen bzw. Vollzugsmaßnahmen legitimiert, auch für Jugendliche. Daher befürworten die „Republikaner“, ebenso wie die „Alternative für Deutschland“ und die „Schweizerische Volkspartei“, eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. In ihrem Falle schlagen sie das Herabsetzen der Altersbegrenzung im Jugendstrafrecht vor und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab einem Alter von achtzehn Jahren.⁴⁷⁶ Auch die Forderung nach „Wiedereinführung des alten Tatbestandes des Landfriedensbruchs“ sowie von „Zuchthäusern“ kann zum Beleg dieser Behauptungen angeführt werden. Mehrfach bekennen sich die REP zur Demokratie, allerdings nicht ohne Einschränkungen.⁴⁷⁷ Ihr Verständnis eines demokratischen Staates wird stets in Verbindung mit den Schlagworten „Patriotismus“, „Nationalstaat“ bzw. „Nationalismus“ beschrieben. Die Pflicht für das „Vaterland“ zu „kämpfen“ erwirkt das Recht auf „Teilhabe an der Macht“. Nationalismus, Patriotismus und Demokratie werden von den „Republikanern“ synonym verwendet.⁴⁷⁸ Wie alle Parteien des Vergleichs, fordern auch die REP eine direktere Gestaltung der Demokratie in Form von Volksbegehren und Bürger:innenbeteiligungen.⁴⁷⁹ Zur Begründung ihrer nationalistischen Einstellung wird die Freiheits-Metapher bedient. Im Falle der REP wird „Freiheit“ auch als Synonym für Demokratie verwendet, wie

⁴⁷² PQ1 REP Aussagen-ID 484/Programm 2002/S. 3.

⁴⁷³ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 497-499, 523.

⁴⁷⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 485.

⁴⁷⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 498, 505, 507, 519.

⁴⁷⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 527, 529-530, 593, 614.

⁴⁷⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 484-487, 493, 496.

⁴⁷⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 487.

⁴⁷⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 493, 574, 587-589.

das Eingangszitat zeigt.⁴⁸⁰ Sie verteidigen ihre Haltung zum Nationalismus als politische Grundidee mit Beharrlichkeit. Die *Sittenromantik* erlaubt keine Vielfalt, Homogenität wird implizit vorausgesetzt. Deshalb wird eine Veränderung der Bevölkerung als Bedrohung für den Nationalstaat verstanden. Die Aussagen weisen darauf hin, dass die „Republikaner“ versuchen sowohl liberale als auch nationalkonservative Positionen einzunehmen. Diese Strategie wurde auch bei der AfD festgestellt. Das Bestreben, diese politischen Richtungsvektoren zu vereinbaren, führt mitunter zu Widersprüchen. Dazu gehört die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe als Vertragsgesellschaft und Abstammungsgemeinschaft. Die rekonstruktive Begründung dieser Vorstellungen ist bei dieser Partei stark ausgeprägt.

REP Abbildung i



Die „Republikaner“ machen Politik für „Normalbürger“, wie der „REP Abbildung i“ aus dem Parteiprogramm von 2011 zu entnehmen ist.⁴⁸¹ Die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe erfolgt durch sprecher- und hörerk inklusive Personalpronomen⁴⁸² und die Hervorhebung nationaler Merkmale wie der deutschen Sprache.⁴⁸³ Außerdem werden Kultur⁴⁸⁴, das geschichtliche oder kulturelle Erbe⁴⁸⁵, Tradition und Brauchtum⁴⁸⁶ sowie „traditionelle Werte wie Disziplin, Fleiß, Ordnung, Anstand und Ehre“ genannt.⁴⁸⁷

Einige Berufsgruppen werden ebenfalls mit besonderer Anerkennung gewürdigt. Dazu gehören die Deutsche Bundeswehr⁴⁸⁸, die Polizei⁴⁸⁹, der Bauernstand⁴⁹⁰ und Arbeitnehmer:innen.⁴⁹¹ Aber auch Selbstständige werden als Teil der Gesellschaft berücksichtigt.⁴⁹² Diese Auswahl findet Übereinstimmungen bei allen Vergleichsparteien. Zu den speziellen Eigenschaften der legitimen Wir-Gruppe zählen außerdem die folgenden Attribute: frei, deutsch, politisch, leidenschaftlich, idealistisch, selbstbewusst, demokratisch, national, natürlich, groß, gemeinsam, untereinander, uneigennützig, zusammengewachsen, echt, selbstbewusst, reich, sittlich, europäisch, christlich, abendländisch, westlich.⁴⁹³ Trotz der dominanten *Sittenromantik* weichen die „Republikaner“ stellenweise von einer stringent ethnonationalen Gesellschaftsvorstellung ab. Darin ähneln sich die Vergleichsparteien. Aussagen, in denen die Bevölkerung als Willensgemeinschaft bzw. Kulturnation beschrieben wird, bilden dennoch die Minderheit.⁴⁹⁴ Mitunter werden beide Konzepte innerhalb eines Datensatzes beschrieben.

⁴⁸⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 486, 488-489, 499.

⁴⁸¹ PQ1 REP Aussagen-ID 574/Programm 2011/S. 49. Bildquelle: V.I.S.D.P. Die Republikaner-Bundesverband, Postfach 870210, 13162 Berlin.

⁴⁸² PQ1 REP Aussagen-ID 530, 540, 564-565, 570, 585, 597, 604, 610-611, 615, 618, 620.

⁴⁸³ PQ1 REP Aussagen-ID 512, 520, 523-524, 538, 543-544, 547, 608, 610.

⁴⁸⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 498-499, 505, 507, 510, 512-513, 517-521, 537, 543-545, 565, 597, 608-611, 615, 618.

⁴⁸⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 487, 507, 520, 523, 525-526, 533, 537-538, 544, 548, 551, 553, 584-585, 587, 614.

⁴⁸⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 484, 515-516, 520, 537, 543, 564, 615.

⁴⁸⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 528, 537.

⁴⁸⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 515-516.

⁴⁸⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 530.

⁴⁹⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 554-556.

⁴⁹¹ In den Primärquellen der „Republikaner“ wird das generische Maskulinum verwendet. Vgl. PQ1 REP Aussagen-ID 506, 523, 547-548, 576, 606.

⁴⁹² PQ1 REP Aussagen-ID 547, 576, 604-605.

⁴⁹³ PQ1 REP Aussagen-ID 484-486, 489, 497-498, 500, 503, 507-508, 511-512, 517, 520-521, 540, 543-544, 561-562, 564-565, 618, 620.

⁴⁹⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 488-489, 494-495, 498, 520, 544, 549, 557, 619.

REP Abbildung ii



Der Terminus „Volk“ kommt in 31 Datensätzen vor.⁴⁹⁵ Dagegen wird der „Bürger“ 15-mal angesprochen.⁴⁹⁶ Geschlechtsspezifische Formulierungen kommen in den Primärquellen der REP nicht vor. Frauen werden in insgesamt vier Aussagen erwähnt.⁴⁹⁷ Sechsmal wird ganz allgemein von Menschen gesprochen.⁴⁹⁸ Diese quantitative Gegenüberstellung weist bereits auf eine tendenziell primordiale Darstellung Deutschlands als Abstammungsgemeinschaft hin.⁴⁹⁹ Das häufig genannte Bekenntnis zum Nationalismus wird historisch begründet.⁵⁰⁰ Sie begründen ihr Verständnis der deutschen Nationalität mit der Erfahrung von Fremdherrschaft und Konflikten wie den Revolutionen von 1848/49, deren identitätsstiftende Strahlkraft bis in die Gegenwart wirkt. Schlüsselereignisse im 18. und 19. Jahrhundert werden zu Gründungsmythen der nationalen Identität ernannt. „REP Abbildung ii“ oder die Aussage #485/PQ1 zeigen, wie diese Vorstellung transportiert wird.⁵⁰¹ Besondere Beachtung verdient die Formulierung, wonach „das deutsche Volk“ erst durch Bewussterwerden zu diesem wird. Die „Entstehung“ der deutschen Nation erfolgte für die REP mit den „Befreiungskriegen von 1813/15“. Aufgrund der napoleonischen Kriege identifizieren sich die Menschen Deutschlands als Gruppe.

„Das deutsche Volk erwachte in den Befreiungskriegen 1813/15 zu politischem Bewußtsein. Erst die Unterdrückung durch die napoleonische Fremdherrschaft ließ die Menschen ihr gemeinsames Schicksal erkennen. Wer aber für die Freiheit seines Vaterlandes kämpft, der verlangt zu Recht Teilhabe an der Macht. So verband sich von Anfang an die Entstehung der Nation mit der Entwicklung der Demokratie. Johann Gottlieb Fichte war der leidenschaftliche Verkünder einer neuen Zeit. Zusammen mit anderen wie Schelling und Hegel begründete er den Deutschen Idealismus, demzufolge der Staat mehr ist als die Summe seiner Bürger, nämlich ein Organismus, den das Volk als politische Gemeinschaft bildet, nachdem es sich als Nation seiner Zusammengehörigkeit bewußt geworden ist. In dieser Gemeinschaft ist der Einzelne an das Gemeinwohl und an das Sittengesetz gebunden. Die Revolution von 1848/49 sollte die Fürstentherrschaft durch eine Volkssouveränität ablösen, bei der sich die deutsche Nation ihren Staat schafft und demokratisch gestaltet. Das Erbe von 1848/49 ist bis heute die Grundlage der deutschen Demokratie. Es wird jedoch verfälscht, wenn man die nationale Seite unterschlägt.“⁵⁰²

In der obigen Aussage werden Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Wilhelm Joseph Schelling und Georg Wilhelm Hegel als Vertreter des „Deutschen Idealismus“ genannt. Fichte ist der „Verkünder“ des nationalen Erwachens, während die Philosophen Hegel und Schelling die ideelle Grundlage des vorliegenden Nationalverständnisses bereitgestellt haben. Die „Republikaner“ folgern daraus, dass die Unterschlagung der „nationalen Seite“ einer Geschichtsfälschung entspricht. Der identitätskonkrete Bezug soll die Beschreibung der

⁴⁹⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 492-494, 496-497, 505, 508, 511, 513-515, 519, 521,-522, 531, 539, 546-547, 554, 561-562, 564-566, 569-570, 574, 588-589, 604.

⁴⁹⁶ In den Primärquellen der „Republikaner“ wird das generische Maskulinum verwendet. PQ1 REP Aussagen-ID 485, 488-489, 496, 524, 527, 530, 574, 581, 585, 587-588, 592, 610-611.

⁴⁹⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 486, 495, 533, 600.

⁴⁹⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 488-489, 536, 557, 576, 618.

⁴⁹⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 492-493, 497-498, 505, 511, 515, 517, 523, 531, 547, 561, 564-565, 570, 589, 597.

⁵⁰⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 485-486, 498-499, 507-508, 520, 524.

⁵⁰¹ „REP Abbildung ii“ PQ1 REP Aussagen-ID 570/Programm 2011/S. 31. Bildquelle: V.I.S.D.P. Die Republikaner-Bundesverband, Postfach 870210, 13162 Berlin.

⁵⁰² PQ1 REP Aussagen-ID 485/Programm 2002/S. 3/Abs. 2.

nationalen Wir-Gruppe als „Organismus“ legitimieren. Dieser Datensatz ist von unikalener Qualität innerhalb des vorliegenden Vergleichs. In keiner anderen Primärquelle wird mit solcher Klarheit auf die essentialistische Vorstellung vom „Staatsvolk“ als Wesenheit hingewiesen. Die Aussage ist vergleichsweise lang und „geschichtsträchtig“, da sie viele konkrete und vage Vergangenheitsbezüge enthält, die alle auf die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe abzielen. Diese bemerkenswerte Formulierung impliziert darüber hinaus eine kontinuierliche nationale Entwicklung und eine Kollektiverfahrung, die sich über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten erstreckt. Sowohl das perenniale Geschichtsbild als auch die primordiale und essentialistische Vorstellung eines Volksorganismus können als Fortsetzung einer rechtsnationalistischen Tradition gelesen werden. Das Beispiel der Aussage #485/PQ1 veranschaulicht außerdem die willkürlichen Zeitsprünge innerhalb der Vergangenheitsbezüge. Selbst wenn konkrete Ereignisse und Jahreszahlen genannt werden, kann daraus keine kohärente Erinnerungspraxis abgelesen werden. Die Vergangenheitsbezüge, die zur Legitimation der Standpunkte herangezogen werden, sind keiner chronologischen Ordnung oder sonstiger Systematik unterworfen. Aussagen, die auf primordiale und perenniale Gesellschaftsvorstellungen hinweisen, sagen dennoch viel über die Qualität der Erinnerungskultur dieser Partei aus. Darüber hinaus verfolgen auch die „Republikaner“ die Strategie, wonach die Beschreibung des Eigenen zu einem signifikanten Teil durch Abgrenzung zu anderen Gruppen erfolgt. Dieses Muster hat sich im vorliegenden Vergleich als typisch erwiesen. Dies gilt auch für hybride Vorstellungen von der nationalen Wir-Gruppe als Abstammungs- und Willensgemeinschaft. Die Aussage #487/PQ1 demonstriert die Absicht, die Konzepte von „Patriotismus“ und „Demokratie“ zu harmonisieren. Außerdem wird eine Kontinuität zwischen den Revolutionen von 1848/1849 und einzelnen politischen Figuren der deutschen Zeitgeschichte suggeriert. Die Formulierung von einem „lebendig“ gehaltenen Erbe, verkörpert durch die „Gründerväter“, zeigt erneut ein perenniales Geschichtsbild. Die republikanische Tradition wird mit der nationalistischen gleichgesetzt. Die vagen Assoziationen dienen der Legitimation ihrer politischen Standpunkte und erzeugen das Feindbild der konkurrierenden Parteien. Zu der Zeitspanne, die zwischen diesen konkreten Bezügen liegt, gibt es in den Primärquellen keine Äußerungen. In der Aussage #496/PQ1 wird das Jahr 1789 als jene Zäsur beschrieben, die zur Ablösung der „absolutistischen Fürstenstaaten“ durch den Nationalstaat führte.

„Der Nationalstaat löste ab 1789 in fast ganz Europa den absolutistischen Fürstenstaat ab. An die Stelle eines Herrschers von Gottes Gnaden trat die Herrschaft des Volkes. Nur dadurch konnten sich Demokratie und Bürgerrechte entwickeln.“⁵⁰³

Mit ihrem beharrlichen Bekenntnis zum Nationalismus als politische Grundidee unterscheiden sich die „Republikaner“ von den Vergleichsparteien. Die nationale Identität wird zwar als bewusster Willensakt beschrieben, doch die Gruppe, die zu diesem fähig ist, wird durch nationale Grenzen und Abstammung definiert. Die demokratische Teilhabe wird auf Mitglieder dieses „nationalen Organismus“ reduziert.⁵⁰⁴ Ein aussagekräftiges Beispiel für diese Untersuchung ist die Aussage #504/PQ1, in der die „Wiederherstellung Preußens als Bundesland“ und eine „Neugliederung“ der Bundesländer gefordert wird. Es gibt in den Primärquellen keine Hinweise darauf, welche Gebiete ihre Vorstellung vom Bundesland Preußen umfasst (Grenzen vor oder nach 1919). Um diese Forderung interpretieren zu können, wird vertiefendes Wissen über die Geschichte Deutschlands und ihre Lesart vorausgesetzt. Darum ist die Platzierung dieses Begriffes signifikant. Die Forderung nach „Wiederherstellung“ signalisiert einen Vergangenheitsbezug. Nach 1945 wurde die territoriale Einheit Preußens

⁵⁰³ PQ1 REP Aussagen-ID 496/Programm 2002/S. 7/Abs. 1.

⁵⁰⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 485, **487, 496, 498**.

im Rahmen der Sowjetischen Besatzungszone zerschlagen.⁵⁰⁵ Dies ist nachzulesen im sogenannten „Kontrollratsgesetz Nr. 46“ über die Auflösung des Staates Preußen vom 25. Februar 1947.⁵⁰⁶ Der deutsche Politikwissenschaftler Uwe Andersen weist darauf hin, dass es sich dabei um eine Vorgabe der Siegermächte handelte.⁵⁰⁷ Eine weitere Besonderheit der REP betrifft das territoriale Verständnis von Deutschland. Der Begriff „Mitteldeutschland“ wird ausschließlich von dieser Partei verwendet und entspricht sowohl einem Vergangenheitsbezug als auch einem Distinktionsmerkmal.⁵⁰⁸ Die „Republikaner“ erwähnen den Begriff im Zusammenhang mit Preußen und der deutschen Wiedervereinigung ab 1989. Auch hier zeichnet sich eine klaffende Lücke in der Chronologie dieser Vergangenheitsbezüge ab. Der Bezug kann auf verschiedene Arten gelesen werden, zum Beispiel als Beschreibung eines geographischen Raums oder als Verwaltungskategorie (Mitteldeutscher Rundfunk, Mitteldeutscher Verlag, Mitteldeutscher Verkehrsverbund).⁵⁰⁹ Ein Beispiel für die Gleichsetzung Mitteldeutschlands mit der (südlichen) sowjetischen Besatzungszone (SBZ) findet sich in Dietrich Storbecks sozialstatistischer Bevölkerungsanalyse von 1964:

„Als die sowjetische Besatzungszone (SBZ) steht Mitteldeutschland seit 1946 unter dem Einfluß eines politischen Systems, das die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent verfolgt. [...] In direkter Nachbarschaft dieses Vorgangs und in der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands sollte die Beobachtung der in Mitteldeutschland vollzogenen Strukturveränderung nationale Selbstverständlichkeit und Aufgabe sein.“⁵¹⁰

In den Primärquellen wird der Begriff nicht näher erläutert. Vielmehr wird vorausgesetzt, dass die Leserschaft ausreichende Kenntnisse mitbringt, um diese Aussagen zu interpretieren (#500/PQ1 und #503-504/PQ1). Dennoch ist zu erkennen, dass „Mitteldeutschland“ von den REP verwendet wird, um die Bezeichnung „Ostdeutschland“ zu vermeiden. Der österreichische Zeithistoriker Gerhard Botz hat im Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) von 1993 eine ideologiegeschichtliche Untersuchung des Druckwerks „Der Volkstreue“ veröffentlicht.⁵¹¹ In diesem Beitrag untersuchte er die „Struktur altnazistischer Mentalität“ dieser Quelle und die politische Agitation eines „Fossils des historischen Nationalsozialismus in der Ausprägung der Waffen-SS“ und zeigte auf, wie „Relikte der NS-Vergangenheit“ für die „Formierung neu-rechtsextremer und

⁵⁰⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 504. Vgl. (Hg.) Bertelsmann Lexikon Institut, Bertelsmann Lexikon in drei Bänden. Band 3 (Gütersloh/München 2003) S. 131-132.

⁵⁰⁶ Die Deutsche Nationalbibliothek stellt in ihrer digitalen Sammlung einen Katalog mit Digitalisaten und bibliografischen Metadaten der alliierten Kontrollratszeit zur Verfügung. Siehe „Verteilte digitale Rechtsquellen“: <https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cqlMode=true&query=idn%3D1053974361>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Verordnung ist unter anderem nachzulesen im „Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt“ von 1947/S. 89f. Online: <https://periodika.digitale-sammlungen.de/bgvbl/gehezuseite/bsb00009141?page=89>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024. Vgl. Hannelore Roth, Das Berliner Schloss: mythologisches Relikt in einer mythenarmen Zeit. In: Arcadia, Vol. 54/2. De Gruyter (2019) S. 261.

⁵⁰⁷ Uwe Andersen, Bundesstaat/Föderalismus. In: (Hg.) Uwe Andersen, Jörg Bogumil et al., Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage mit 7 Abbildungen und 10 Tabellen. Springer Fachmedien (Wiesbaden 2021) S. 101-102.

⁵⁰⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 500, 503-504.

⁵⁰⁹ Ernst Blume, Der Begriff „Mitteldeutschland“. In: Geographische Zeitschrift. 1929; Band 35, Ausgabe 4 (Wiesbaden 1929). S. 193-196.

⁵¹⁰ Die sowjetische Besatzungszone umfasste „als statistische Einheit die SBZ (Sowjetische Besatzungszone) und den sowjetischen Sektor von Berlin (Ost-Berlin).“ Dietrich Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. (Hg.) Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Band 4, Duncker & Humboldt (Berlin 1964) S. V-VI, 8 (Fußnote 5).

⁵¹¹ Gerhard Botz, „Der Volkstreue“. Politische Ausrichtung und Wirkungsabsicht eines Rechtsradikalen Druckwerks (1982-1992). In: (Hg.) DÖW, Jahrbuch 1993 (Wien 1993) S. 121-181.

neonazistischer Protest- und Aktionsformen“ nachwirken.⁵¹² Ein Zitat aus dem „Volkstreuen“ lautet: „Fälschlich wird auch immer vom Zusammenschluss West- und Ostdeutschlands gesprochen. Bei der DDR handelt es sich nicht um Ostdeutschland, sondern um Mitteldeutschland. Ostdeutschland steht völkerrechtlich und auch nach den Bestimmungen der Siegermächte unter polnischer und russischer Verwaltung.“⁵¹³

Die Bezeichnung „Mitteldeutschland“ verweist somit auf ein territoriales Verständnis von Deutschland, in dem die ehemals preußischen Gebiete (Pommern einschließlich Danzig und Schlesien bzw. die Provinzen West- und Ostpreußen) legitimes deutsches Territorium darstellen und als „Ostdeutschland“ zu verstehen sind. Diese Interpretation wurde als Distinktionsmerkmal der „Republikaner“ bewertet. Interessant ist in diesem Kontext, dass die REP keinen direkten West-Ost-Vergleich innerhalb Deutschlands durchführen. Ganz im Gegensatz zur AfD, die diesen sehr häufig zur Begründung ihres Verständnisses der legitimen Wir-Gruppe heranzieht. Implizit wird der „Westen Deutschlands“ als fortschrittlicher dargestellt (Bereitstellung von Hilfeleistungen, stärkere Wirtschaftskraft), doch eine Einteilung in „Ost“- und „West-Wir“ wird nicht zugelassen. Das „Andere“ in den ostdeutschen Gebieten war das „kommunistische Regime“. Die Kritik an den politischen bzw. wirtschaftlichen Entwicklungen richtet sich allein gegen die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Der Nationalsozialismus wird bei weitem nicht auf ähnlichem Niveau kritisiert, obwohl die Partei sogar einen direkten Vergleich dieser Regime anstellt.⁵¹⁴ Die einseitige Bewertung von Unrecht und Identifikation von Opfergruppen in den angeführten Aussagen ist offensichtlich. Eine Besonderheit der „Republikaner“ ist die Kritik am politischen Versäumnis, einen „entschiedenen Bruch mit der totalitären Vergangenheit und einem überzeugenden demokratischen Neuanfang“ zu vollziehen. Die Schuld für diese Verfehlung wird allerdings dem „kommunistischen Regime“ bzw. dem „alten kommunistischen Kader“ zugewiesen. Sowohl die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) als auch die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) werden als historische Feindbilder beschrieben.⁵¹⁵ In diesem Zusammenhang ist auch die Hervorhebung jener „Männer und Frauen“ zu lesen, „die unter Einsatz ihres Lebens gegen verbrecherische Handlungen und totalitäre Staatsformen Widerstand geleistet haben“.⁵¹⁶ Eine eindeutige rekonstruktive Begründung findet sich in der Forderung nach einem Ende der Reparationszahlungen und der Einführung von Entschädigungen für deutsche Opfer. Eine ähnliche Strategie verfolgte Ewald Stadler (FPÖ) in seiner „Feuerrede“. Darin findet er eine historische Begründung für das Osteuropa-Feindbild, um den Fokus der Geschichtsaufarbeitung auf die „anderen“ Opfer zu richten, wodurch auch die Identifikation der Täter verändert wird. In diesem erinnerungskulturellen Zusammenhang steht auch das Anliegen, dass die sogenannte „Feindstaatsklausel“ aus der Charta der Vereinten Nationen (vom Oktober 1945⁵¹⁷) zu streichen ist. Hier findet sich eine erinnerungskulturelle Übereinstimmung mit der AfD.⁵¹⁸ Darüber hinaus fordern die „Republikaner“ die Streichung des Überleitungsvertrages von 1954 und den Abschluss von Entschädigungszahlungen aus dem Zweiten Weltkrieg.⁵¹⁹

⁵¹² Botz, „Der Volkstreue“ (Wien 1993) S. 123.

⁵¹³ Botz, „Der Volkstreue“ (Wien 1993) S. 142 zit. n. Der Volkstreue, 3/90, S. 11.

⁵¹⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 500-503.

⁵¹⁵ PQ1 REP Aussagen-ID **501-502**.

⁵¹⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 486.

⁵¹⁷ Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs, Kapitel 8/Artikel 53/S. 35 und Kapitel 17/Artikel 107/S. 62 (Ausgabe Bonn 1973). Link zur deutschsprachigen Version: <https://dgvn.de/publications/PDFs/Sonstiges/Charta-der-Vereinten-Nationen.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁵¹⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 380.

⁵¹⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 512/Programm 2002/S. 11/Abs. 2-7.

Weitere historische Feindbilder finden sich in Aussagen der Partei zum Minderheitenschutz. Die Verteidigung der Minderheitenrechte von „vertriebenen Deutschen“ ist der Partei ein explizites Anliegen. Deshalb befürworten sie auch die Förderung von „Vertriebenenverbänden“.⁵²⁰ Auf eine Beschreibung der betreffenden Gruppen bzw. der Ereignisse, die zur Vertreibung geführt haben, wird nur einmal hingewiesen. In der Aussage #513/PQ1 werden Polen und „die Tschechei“ dezidiert als „Vertreibungsstaaten“ bezeichnet und es wird die Aufhebung der sogenannten „Beneš-“ und „Bierut-Dekrete“⁵²¹ gefordert. Beide Dekrete betreffen demnach Maßnahmen der Vertreibung bzw. Enteignung deutscher Minderheiten auf den Gebieten der heutigen Republiken Tschechien und Polen nach 1945.⁵²² Die Beneš-Dekrete stellen eine gemeinsame Erinnerungsfigur mit der FPÖ dar und werden daher im fünften Kapitel besprochen. Die Verteidigung von Minderheitenrechten beschränkt sich allerdings auf bestimmte Gruppe. In der Aussage #523/PQ1 wird klargestellt, dass es sich dabei um Personen „mit nachweislich Deutscher Abstammung“ handelt. Abstammung und Sprache werden als Erkennungsmerkmale genannt (*Sittenromantik*).⁵²³ Der vage Vergangenheitsbezug in dieser Aussage entspricht einem Verständnis von legitimer Siedlungspolitik, das typisch für autoritäre Regime ist. In Anbrucht der offen nationalistischen Tradition der Partei ist der negative bzw. vage Bezug zur Geschichte hier problematisch. Diese Ansicht wird durch folgende Aussage des Historikers Hermann Graml unterstützt:

„Der totalitäre Geist richtete schon genügend Verheerungen an, wenn er sich lediglich mit dem Nationalstaatsgedanken verband, wenn also die Mehrheitsnation eines Staates zielbewußt und ungeduldig danach trachtete, die nationale Homogenität des Staates, den sie als ihren Staat definierte, durchzusetzen und die Homogenität auch bei etwaigem Zugewinn von Territorien mit andersnationaler Bevölkerung zu bewahren. In solcher Verbindung büßte der Nationalstaatsgedanke sogleich seine Unschuld und seine positive Ordnungsfunktion ein, die er haben kann, weil nun den ethnischen Minoritäten bestenfalls forcierter Assimilierungsdruck bevorstand und schlimmstenfalls, wenn es die Umstände zuließen, Vertreibung drohte.“⁵²⁴

Diese Siedlungslogik setzte sich fort im Nationalsozialismus unter dem Begriff der „Lebensraum-Vorstellung“. Auf der Grundlage eines „nationalistisch-rassistischen Biologismus“ erfolgte die planmäßige und systematische Vertreibung sowie Vernichtung der einheimischen Bevölkerung aus Polen, der (damaligen) Tschechoslowakei oder Slowenien (Jugoslawien), um Siedlungsräume für Volksdeutsche zu schaffen.⁵²⁵ Später kam es in den betroffenen Staaten zu Vertreibungen der deutschen Minderheiten, die ebenfalls als Ausdruck autoritärer Gesinnung zu verstehen sind.⁵²⁶

Im Kontext der Menschenrechte und ihrem Bekenntnis zum Nationalismus wird von den „Republikanern“ auch die „Heimat“-Metapher erwähnt. Die Aussage #517/PQ1, die von einem „unveräußerlichen“ Heimatrecht ausgeht,

⁵²⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 513, 523, 543.

⁵²¹ PQ1 REP Aussagen-ID 510, **513**, 543-544.

⁵²² Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (München 2009) 8, 91, 94, 99-100, 133, 199, 265; Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa (München 2009) S. 27-29.

⁵²³ PQ1 REP Aussagen-ID 523/Programm 2002/S. 15/Abs. 7-14.

⁵²⁴ Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa (München 2009) S. 23.

⁵²⁵ Ebd. S. 24-25.

⁵²⁶ Vgl. Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa (München 2009) S. 25-28 und über „Kriegsverluste und -folgen“ seitens Polen, siehe Borodziej, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (München 2010) S. 257-260.

ähnelt zudem der FPÖ-Rhetorik.⁵²⁷ Dieses Zitat ist beispielhaft für den Einsatz von perennialen Vergangenheitsbezügen und rhetorischen Figuren zum Zwecke der Gleichsetzung von Kultur, Territorium und Abstammung. In einigen Aussagen bekennen sich die „Republikaner“ auch zur „unveräußerlichen Menschenwürde“. Im Gegensatz zur FPÖ wird diese aber als Grundrecht beschrieben. Bei der Kontextualisierung und Verwendung des Menschenrechtsbegriffs unterscheiden die „Republikaner“ nicht zwischen „Menschenwürde“ und „Menschenrechten“. In der Aussage #558/PQ1 werden multiple Bedrohungen wie Überwachung, Humangenetik oder Embryonenforschung thematisiert. Die Partei betrachtet diese wissenschaftlichen Betätigungsfelder als Gefahr für die Gesellschaft, „weil sie zunehmend einen Anreiz zur Selektion zwischen ‚lebenswertem‘ und ‚nicht lebenswertem‘ Leben schaffen.“ Der fehlende Vergangenheitsbezug dieser Aussage ist problematisch.⁵²⁸

„Der Artikel 18 der Menschenrechte beschreibt prägnant den politischen Grundsatz der Republikaner.“⁵²⁹

Die „Republikaner“ beschreiben sich explizit als christlich. Das Christentum wird gegenüber anderen Religionen bevorzugt und als alleinige deutsche sowie europäische religiöse Identität anerkannt.⁵³⁰ Trotzdem werden „Anders- und Nichtgläubige“ in den Aussagen berücksichtigt, ähnlich wie bei der FPÖ. Eine Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien findet sich in der Gleichsetzung von Christentum und Demokratie. Die folgenden Beispiele zeigen, wie vage Vergangenheitsbezüge die Legitimität einer Argumentationsstrategie stützen sollen. Die REP verteidigen sich und ihre Haltung zum Nationalismus mit der proklamierten christlichen Identität der legitimen Wir-Gruppe und der Partei.⁵³¹

„Die christliche Prägung findet ihren stärksten Ausdruck in der abendländischen Kultur als Grundlage von Staat und Gesellschaft. Sie bestimmt unser Verständnis der Familie, der Ehe von Mann und Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens ebenso wie unser Streben nach Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Dies alles sind Errungenschaften christlicher Völker. Umso mehr lehnen wir eine multikulturelle Gesellschaft ab. Entgegen den heute vorherrschenden Meinungsströmungen besteht keinerlei Widerspruch zwischen christlichem Bekenntnis und positiver Haltung zum eigenen Volk und Vaterland.“⁵³²

Im Gegensatz zu Formulierungen, in denen sich die Partei zu diversen Menschenrechten bekennt, können Aussagen angeführt werden, die ein selektives Verständnis davon ausdrücken. Der Schutz und die Verteidigung dieser Rechte sind auf das Christentum zugeschnitten. Trotzdem soll der Einfluss ihrer kirchlichen Institutionen staatlich begrenzt werden. Eine „Trennung von Kirche und Staat“ wird bevorzugt, Religionsfreiheit wird als „konsequent zu schützende Privatangelegenheit“ betrachtet.⁵³³ Auch die Forderung nach „Unterbindung des sogenannten Kirchenasyls“ relativiert das mehrfach postulierte christliche Bekenntnis.⁵³⁴

⁵²⁷ Vgl. PQ1 REP Aussagen-ID **517** und PQ1 FPÖ Aussagen-ID 21, 24, 119, 125, insbesondere das Programm 2005 im Kapitel „Recht auf Heimat“, S. 4-6.

⁵²⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 557-**558**.

⁵²⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 619/Wahlprogramm 2013/S. 21/Abs. 2.

⁵³⁰ PQ1 REP Aussagen-ID **564**, 567, 618, 620

⁵³¹ PQ1 REP Aussagen-ID 508, 520, 564-566, **618**.

⁵³² PQ1 REP Aussagen-ID 565-566/Programm 2002/S. 38.

⁵³³ PQ1 REP Aussagen-ID 564-565, 567, 618, **620**, 508, 524, 563-564, 567, 610, 620-622.

⁵³⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 526, **567**.

Die Aussagen zu Familienpolitik und Geschlechterrollen unterscheiden sich geringfügig von den Vergleichsparteien. In den vorliegenden Programmen wird die berufstätige Mutter als das Ideal abgebildet.⁵³⁵ Unikal ist ihr Standpunkt, dass die Wehrpflicht auch Frauen betreffen soll.⁵³⁶ Ebenso ist die Forderung nach einem „Mitentscheidungsrecht für Väter“ aus nicht ehelicher Gemeinschaft sonst keiner anderen Partei ein Anliegen.⁵³⁷ Die „Republikaner“ begrüßen als einzige Partei innerhalb des vorliegenden Vergleichs einen Rückgang der Bevölkerungsdichte.⁵³⁸ Auch sie vertreten ein heteronormatives Familienideal, bevorzugen die „traditionelle Familie“ und beschreiben diese als Distinktionsmerkmal der christlich-abendländischen Kultur.⁵³⁹ Die REP sprechen sich ebenso wie die FPÖ für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus sowie für die gleiche Entlohnung bei gleicher Qualifikation und für steuerliche Privilegien für Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen.⁵⁴⁰ Im Widerspruch zu den Aussagen zugunsten von Frauen, die sich um die Familienarbeit kümmern, ist die folgende Forderung zu nennen: „Verpflichtung vor der Trennung nicht erwerbstätiger Ehegatten zur Arbeitsaufnahme nach strengeren Kriterien.“⁵⁴¹ Besonders kritisch betrachten sie außerdem die Unterhaltszahlungen nach einer Scheidung, sie sollen grundsätzlich nur in Ausnahmefällen gewährt werden. Konsens besteht außerdem in der Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen. Abtreibungen werden als „Tötung“ diffamiert und die Strafbefreiung soll auf wenige Ausnahmen reduziert werden („Vergewaltigung“, „Erbschäden“ und „Lebensgefahr für Mütter“). Im Stile der FPÖ verwenden sie hierfür ebenfalls die Metapher vom „Schutz des Lebens“. Sie verwahren sich gegen Quotenregelungen und sind gegen die rechtliche sowie steuerliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.⁵⁴² Der jüngste Vergangenheitsbezug ist das Gesetz über das „Ehegattensplitting“ für eingetragene Partnerschaften im Rahmen des Einkommensteuergesetzes von 2013. Die Partei lehnt das Umlegen des sogenannten „Ehegattensplitting“ auf gleichgeschlechtliche Ehen ab. Zum Eherecht werden mehrere Aussagen über die „Stärkung und Festigung der Familie“ getätigt. Bemerkenswert ist, dass in diesem Zusammenhang Restaurationstopoi formuliert werden, die sich gegen die Reformen im Ehe- bzw. Ehescheidungsrecht der Nachkriegszeit richten. Dazu gehört die Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips im Ehescheidungsrechts. Dieses wurde in der Bundesrepublik Deutschland 1977 abgeschafft.⁵⁴³

An dieser Stelle sind einige Anmerkungen zur Geschichte des deutschen Ehescheidungsrechts angebracht. Mit diesen Forderungen einhergehende Recherchen haben ergeben, dass Fragen zu Schuld und Unterhalt darin eine dominante Rolle spielen. Arne Duncker hat in seinem Buch „Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe: persönliche Stellung von Frau und Mann im Recht der ehelichen Lebensgemeinschaft 1700-1914“ einen Überblick über die eherechtlichen Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz erarbeitet. Darin bemerkt er, dass sich die Rechtstradition des deutschen Eherechts aus vier Quellen ergibt: „[...] römisches Recht, Kirchenrecht, deutsches Recht und Naturrecht. Das genaue Zusammenwirken dieser Rechte war je nach Themenbereich innerhalb des Familienrechts und nach Territorium unterschiedlich.“⁵⁴⁴

⁵³⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 531-533.

⁵³⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 495, 516.

⁵³⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 599.

⁵³⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 521.

⁵³⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 531-533, 565, 602, 604-605.

⁵⁴⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 531-535, 576, 600-602.

⁵⁴¹ PQ1 REP Aussagen-ID 535.

⁵⁴² PQ1 REP Aussagen-ID 531, 534-535, 560, 565, 600-602, 604-605.

⁵⁴³ Robert Battes, Eherecht. In: (Hg.) H. Honsell, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft. Abteilung Rechtswissenschaft. Springer (Berlin 2018) S. 495/FN 20, 497, 510, 512.

⁵⁴⁴ Arne Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe: persönliche Stellung von Frau und Mann im Recht der ehelichen Lebensgemeinschaft 1700-1914 (Köln/Wien 2003) S. 115.

Es wird an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen, damit die Forderungen der „Republikaner“ zur Schuld- und Unterhaltsfrage im rechtshistorischen Kontext, aber auch im Verhältnis zu ihren Frauen- bzw. Rollenbildern kritisch diskutiert werden können. Für die Gesamtbeurteilung der Geschichte des Eherechts hat Duncker den Terminus von der sogenannten „Eheherrschaft des Mannes“⁵⁴⁵ entwickelt. Er erläutert diesen *Terminus technicus* wie folgt:

„Der Begriff der Eheherrschaft des Mannes ist ein in dieser Arbeit entwickelter Terminus für unterschiedlich ausgestaltete, aber rechts- und entwicklungsgeschichtlich eng miteinander zusammenhängende Vorrechte des Mannes in der Ehe gegenüber der Frau. Er bezeichnet alle Rechte des Ehemanns gegenüber der Frau, die der Ehefrau nicht in gleicher Weise gegenüber dem Mann zugebilligt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Rechte direkt gegen die Frau gerichtet sind oder ob sie indirekt zu Duldungs- oder Mitwirkungspflichten oder sonstigen Verbindlichkeiten der Frau führen, z.B. wenn der Mann berechtigt ist, für die Ehegemeinschaft als Ganzes zu handeln.“⁵⁴⁶

In Bezug zur Entwicklung des Eherechts seit dem 18. Jahrhundert kommt er zu folgendem Urteil:

„Die Regeln und Begründungen zur Eheherrschaft können meist als zentraler Beleg des jeweiligen Rechtssystems zur rechtlichen Stellung der Frau schlechthin angesehen werden. Der Mann ist im großen und ganzen der normative Normalfall einer Person im Rechtssinne, und die Frau wird rechtlich als eine mehr oder weniger starke Abweichung von diesem Normalfall behandelt. [...] Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß im Eherecht die Ungleichbehandlung der Frau in allen untersuchten Rechten sehr viel gravierender ist als im allgemeinen bürgerlichen Recht. Die Ungleichbehandlung der Frau ist geradezu eine Grundbedingung der damaligen Ehe. Innerhalb des Eherechts wird sie damit bereits dann behandelt, wenn es um die grundsätzlichen Inhalte der Ehe geht, von denen rechtliche Detailnormen erst im weiteren Verlauf abgeleitet werden müssen. Die Diskussion solcher grundsätzlicher Inhalte der Ehe erfolgt vor allem im Rahmen der persönlichen Ehepflichten.“⁵⁴⁷

Zusammenfassend hält Dunker fest: „Kein anderes Rechtsgebiet ist so eng mit den persönlichen Ehepflichten verknüpft wie das Scheidungsrecht. Die Scheidungsgründe können zum großen Teil geradezu als negatives Abbild dieser Ehepflichten gesehen werden.“⁵⁴⁸

Die Beurteilung der Schuldfrage im Ehescheidungsrecht erfolgt demnach entlang der nachweislichen Verletzung und/oder Vernachlässigung dieser Ehepflichten. Duncker kann in seiner Arbeit plausibel erklären, dass die rechtsgeschichtlichen Bedingungen für Unterhaltszahlungen sich auf die Schuldfrage stützen. Er kommt zu der folgenden Schlussfolgerung:

⁵⁴⁵ „Mit dem Begriff der Eheherrschaft ist ein klar definierter und rechtshistorisch handhabbarer Begriff gewonnen worden, der sämtliche rechtlichen Varianten dieser Herrschaft umfaßt, ob sie sich nun ihrer Intention nach auf die Person der Frau direkt oder auf die eheliche Gemeinschaft beziehen mögen.“ *Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe* (Köln/Wien 2003) S. 373-374.

⁵⁴⁶ *Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe* (Köln/Wien 2003) S. 372.

⁵⁴⁷ *Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe* (Köln/Wien 2003) S. 374.

⁵⁴⁸ Ebd. S. 1011.

„Einen Anspruch auf Unterhalt hatte die Frau nur, wenn der Mann für allein schuldig erklärt worden war, damit auch dann nicht, wenn sich die Schuld an der Scheidung gleichmäßig verteilte.“⁵⁴⁹ „Dies wurde bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts von Frauenseite kritisiert. Eine Position, die von neuesten rechtshistorischen Untersuchungen weitgehend geteilt wird. Zu ersten sehr vorsichtigen Änderungen kam es dann 1938 im EheG hinsichtlich des Scheidungsunterhalts und zu weitergehenden Reformen erst 1957 mit Einführung der Zugewinnngemeinschaft. Diese führte zu einem Vermögensausgleich bei Scheidung. [...] In ihrer *speziellen Rückwirkung auf die Verbindlichkeit persönlichen Eheverhaltens* wurden die Scheidungsfolgen nach BGB von 1896 bisher wenig rechtshistorisch diskutiert. Dabei liegt genau hier ein zentrales Problem zur faktisch unterschiedlichen Verbindlichkeit auch formal gleichgestellter Pflichten nach damaligen Recht verborgen. Was riskieren Frau und Mann, wenn sie schwere Verletzungen von Ehepflichten begehen? In der juristisch-sozialen Realität der damaligen Zeit riskiert die Frau oft den wirtschaftlichen Ruin. Der Mann riskiert dagegen eine hilfswise Unterhaltsverpflichtung nach § 1579. Es ist offenkundig, daß das Risiko des Mannes weit geringer ist als das der Frau. Daraus läßt sich zwingend ableiten, daß Pflichtverstöße des Mannes zu weit geringeren Sanktionen führen als solche der Frau. Diese muß weit mehr aufpassen, ihre Pflichten zu erfüllen, als der Mann. Dies bedeutet wiederum, daß nach BGB von 1896 *Ehepflichten gegenüber der Frau eine größere Verbindlichkeit entfalten als gegenüber dem Mann*, selbst dort, wo die Partner auf allen formalen Ebenen des Gesetzes gleichgestellt sind.“⁵⁵⁰

Zu einer ähnlichen Gesamtbetrachtung kommt die österreichische Rechtsanwältin Helene Klaar. Auch im österreichischen Ehe recht wurde das „Verschuldensprinzip“ durch das „Zerrüttungsprinzip“ ersetzt.⁵⁵¹ Sie findet folgende Beurteilung der Schuldfrage im österreichischen Ehe recht:

„Bei dieser Verschuldensabwägung prüfen die Gerichte, wer den ‚entscheidenden Beitrag‘ zur Zerrüttung der Ehe begonnen hat, sowie, wodurch die Zerrüttung irreversibel wurde, also wessen Verfehlung die Zerrüttung endgültig gemacht hat. [...] In der Praxis bedeutet dies eine Risikoverschiebung zu Lasten der Frauen, die auf Unterhalt angewiesen sind, dessen Voraussetzung nach der Scheidung aber der Ausspruch eines alleinigen oder überwiegenden Verschuldens des Unterhaltspflichtigen im Scheidungsurteil ist.“⁵⁵²

In ihrem Scheidungsratgeber für Frauen ist noch folgender Hinweis nachzulesen:

„Achtung: Für die Frau, die während der Ehe nicht oder nur eingeschränkt berufstätig war, kann ein derartiges Scheidungsurteil existenzvernichtende Folgen haben. Zu bedenken ist, dass Sie als geschiedene Frau ohne Anspruch auf Unterhalt auch keine Hinterbliebenenpension erhalten. Die

⁵⁴⁹ Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe (Köln/Wien 2003) S. 1015.

⁵⁵⁰ Kursiv im Original. Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe (Köln/Wien 2003) S. 1016.

⁵⁵¹ Einen „Modernisierungs- und Säkularisierungsschub“ erfuhr das österreichische Ehegesetz bereits 1938 durch den Reichsjuristenführer Hans Frank und der Einführung der obligatorischen Zivilehe. Der Preis dafür war allerdings die „Übernahme völkisch-rassistischer und eugenischer Bestimmungen im Kontext der Ehe- und Familienrechtsideologie des Nationalsozialismus“. Herbert Kalb, Das Ehe recht in der Republik Österreich 1918-1978. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs (BRGÖ 2012), Band 1/2012. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien 2012) S. 36.

⁵⁵² Helene Klaar, Scheidungs-Ratgeber für Frauen. Verschuldensfragen, Unterhaltsanspruch, Obsorge, Besuchsrecht, Vermögensteilung, Kosten. Zweite überarbeitete Auflage, Linde popular Verlag (Wien 2010) S. 39.

nicht subtile Verschuldensabwägung, die zu keinem Ausspruch überwiegenden Verschuldens des Ehemannes führt, hat also nicht nur den Verlust des Unterhaltsanspruches, sondern auch den der Alterssicherung zur Folge.“⁵⁵³

Klaar kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Frage nach dem Verschulden im Eherecht und die damit zusammenhängenden Unterhaltsfragen gegenüber der Ehegattin bzw. des Ehegatten zu einem Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau in der juristischen Praxis tendieren:

„Dabei ist zu beachten, dass immer wieder an ‚weibliche Eheverfehlungen‘ wie Nörgeln, Pedanterie, übertriebene Zuwendung an die Kinder und dadurch bedingte Vernachlässigung des Ehemannes ein besonders strenger Maßstab angelegt wird. Diese Verhaltensweisen werden oft als ‚Einleitung der Zerrüttung‘ gewertet, während eher Männern zugeordnete Eheverfehlungen wie Alkoholismus, Misshandlung, Verletzung der ehelichen Treue zwar nicht gerade als Reaktion auf das Verhalten der Frau angesehen werden, aber im Hinblick auf die von der Frau bereits eingeleitete Zerrüttung doch nicht zum Anspruch überwiegenden Verschuldens des Mannes genügen. [...] Eine Änderung dieser ungleichen Gewichtung ‚weiblicher und männlicher‘ Eheverfehlungen ist offenkundig nicht in Sicht.“⁵⁵⁴

Aufgrund dieser Beurteilungen zur Schuld- und Unterhaltsfrage in der Geschichte des Eherechts werden die Aussagen der „Republikaner“ als problematisch bewertet. Ausgerechnet diese juristischen Sachverhalte stehen in direktem Zusammenhang mit der Stellung der Frau im Rechtssystem. Die Recherchen weisen darauf hin, dass die Umsetzung der politischen Forderungen auf eine Wiederherstellung bzw. Stärkung der „Eheherrschaft des Mannes“ abzielen.⁵⁵⁵ Die Aussagen der „Republikaner“ affizieren eine Benachteiligung von Frauen, die sich scheiden lassen, denn die legitime Entlohnung von Familienarbeit trifft nur innerhalb eines aufrechten Eheverhältnisses zu. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, sollen sogar mit Strafmaßnahmen konfrontiert werden. In Summe belegen die Aussagen der „Republikaner“ eine eingeschränkte Solidarität mit Frauen.

Diese konservative Haltung trifft auch auf Kultur und Kunst zu.⁵⁵⁶ Alle Vergleichsparteien äußern sich kritisch gegenüber staatlichen Kunstförderungen. Ein grundsätzlicher Umstieg auf privates Mäzenatentum wird allerdings von den „Republikanern“ nicht gefordert. Förderungen sollen für das von ihnen bevorzugte Kulturrepertoire zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören das „heimische Brauchtum“ wie Mundarten und Liedgut, die „landsmannschaftliche Kulturpflege“ und die „Vertriebenenverbände“. Die Kriterien der förderungswürdigen Kunst und Kultur sind selektiv.⁵⁵⁷ Einige Aussagen beklagen einen drohenden kulturellen Verfall und den Verlust der Vorbildfunktion Deutschlands. Der Begriff „Leitkultur“ kommt allerdings bei den REP nicht vor. Trotzdem wird Deutschland als kulturelles Vorbild beschrieben.⁵⁵⁸

Die Aussage #543/PQ1 bildet den ältesten Vergangenheitsbezug innerhalb der Primärquellen der „Republikaner“ ab. Darin fordert die Partei eine Intensivierung des Denkmalschutzes und die „Wiederherstellung historisch

⁵⁵³ Klaar, Scheidungs-Ratgeber für Frauen (Wien 2010) S. 39.

⁵⁵⁴ Klaar, Scheidungs-Ratgeber für Frauen (Wien 2010) S. 40.

⁵⁵⁵ Duncker, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe (Köln/Wien 2003) S. 373-619.

⁵⁵⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 520, 543-544, 565, 579, 615.

⁵⁵⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 520, 543, 615.

⁵⁵⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 486, 520, 540, 543.

wichtiger Gebäude“, als Beispiel wird das Berliner Schloss genannt. Baugeschichtlich beginnt die Grundsteinlegung dieses Objekts im Jahr 1443.⁵⁵⁹ Eine erarbeitete These zur Erinnerungslandschaft dieser Partei betrifft den „genius loci“⁵⁶⁰ dieses Erinnerungsortes. Das historische DDR-Feindbild kommt bei den „Republikanern“ mit dominanter Häufigkeit vor. In Anbetracht dessen ist es stringent, dass die Partei jedwede bauliche Maßnahme begrüßt, die diese Periode überlagert und in einen anderen erinnerungskulturellen Kontext einbettet. Dieser Lesart folgend, kann auch hier von einem Restaurationstopos gesprochen werden. Diese Beobachtung wird bestätigt von der Literaturwissenschaftlerin Hannelore Roth, die in ihrem Artikel „Das Berliner Schloss: mythologisches Relikt in einer mythenarmen Zeit“ darauf hinweist, dass dieser Ort bereits vor der Wiedervereinigung Deutschlands Schauplatz erinnerungskultureller Diskurse war. Der Schlossplatz wurde als die „verlorene Mitte“ bzw. das „Herz Berlins“ betrachtet. Mit dem zerstörten Schloss wurden „Der Verlust des alten Europa“ und der „Abschied von Preußen“ assoziiert.⁵⁶¹ Der *genius loci* des Schlossplatzes repräsentiert die „schwierige Identitätssuche der neuen Berliner Republik“.⁵⁶² Dazu passt auch der nostalgische Vergangenheitsbezug in der Forderung nach Wiedereinführung der Deutschen Mark als Nationalwährung.⁵⁶³

Hinsichtlich des Zusammenhangs von historischen Feindbildern und Kulturpolitik ist außerdem die Aussage #545/PQ1 zu nennen. Ihre chronologische Auslegung und die selektive Einseitigkeit verdient eine nähere Betrachtung. Die Aussage stammt aus dem Parteiprogramm von 2002 und findet sich unter der Überschrift „Beutekunst“. Der Begriff „Hermesdeckungen“ weist auf die Euler Hermes Aktiengesellschaft hin, die 1949 von der Bundesregierung Deutschlands damit beauftragt wurde, Exportgarantien bereitzustellen.⁵⁶⁴ Die „Republikaner“ sind die einzigen des Vergleichs, die sich kritisch gegenüber Russland äußern. Dem russischen Staat wird „Vertragsbruch“ vorgeworfen, wegen der ausbleibenden Rückgabe „verschleppter Kunstwerke und Kulturgüter“. Dies ist kohärent mit ihrer Haltung, wonach der Verkauf „deutscher Kulturgüter“ ins Ausland

⁵⁵⁹ Bis zur vollständigen Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 wurden zahlreiche (Um-)Baumaßnahmen vorgenommen. 1950 wurde das Gebäude im Auftrag des SED-Chefs Walter Ulbricht gesprengt. In der DDR-Ära wurde auf dem „Marx-Engels-Platz“ ein Palast der Republik erbaut, der eine Mehrzweckhalle und den Sitz der Volkskammer beherbergte. Nach der „Wende“ und verschiedenen Zwischennutzungen wurde auch dieses Gebäude in den Jahren 2006 bis 2008 abgerissen. In den Jahren 2013–2020 wurde der Wiederaufbau des Stadtschlusses als Humboldt Forum fertiggestellt. Vgl. Roth, Das Berliner Schloss (2019) S. 261; Das offizielle Hauptstadtportal, Stadtschloss Berlin. Online: <https://www.berlin.de/sehenswuerdigkeiten/3561341-3558930-stadtschloss.html> und <https://www.berlin.de/tourismus/insidertipps/1727324-2339440-palast-der-republik-untergegangen-in-rui.html>, konsultiert am 03.05.2024.

⁵⁶⁰ Der Terminus *genius loci* geht zurück auf antike römische Quellen und soll die Einzigartigkeit eines Ortes beschreiben. „Es waren die Römer, die den Begriff vom Geist des Ortes, dem *genius loci*, eingeführt haben. Sie verstanden darunter die Gottheit eines spezifischen Ortes oder einer bestimmten Gegend, die verbunden war mit einer Besonderheit in der Topographie wie etwa einem Vulkan, einem Berg oder einem außergewöhnlichen Baum. In diesem Sinne nahmen Schriftsteller des 18. Jahrhunderts den Begriff auf, der fortan in Großbritannien wie darüber hinaus maßgeblich einwirkte auf den Kunstgeschmack.“ siehe Philip Wilkinson, 50 Schlüsselideen Architektur. Spektrum Akademischer Verlag, (Heidelberg 2013) S. 44. Das zeitgenössische akademische Verständnis dieses Begriffes berücksichtigt nicht nur die geographischen bzw. geologischen Eigenschaften des Standortes, sondern auch seine Bedeutung im sozialen Raum einer Gesellschaft (Natur- und Ortsgeschichte, Erfahrungs- und Ereignisgeschichte, Nutzungsgeschichte etc.). Vgl. Elizabeth Merrill, Introduction: Embracing Specificity, Embracing Place. In (Hg.) Elizabeth Merrill, Creating Place in Early Modern European Architecture. Amsterdam University Press (Amsterdam 2021) S. 23.

⁵⁶¹ Vgl. Roth, Das Berliner Schloss (2019) S. 258.

⁵⁶² Ebd. S. 259.

⁵⁶³ PQ1 REP Aussagen-ID 598; PQ2 REP Aussagen-ID 100-101.

⁵⁶⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Artikel Außenwirtschaftsförderung, Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesdeckungen), unter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/exportkreditgarantien.html> und Euler Hermes Aktiengesellschaft, Wissen, Historie der Exportkreditgarantien des Bundes, unter <https://www.agaportal.de/service/exportkreditgarantien-historie>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

grundsätzlich abgelehnt wird.⁵⁶⁵ Die Aussage #545/PQ1 demonstriert, dass die Identifikation der Wir-Gruppe mittels rekonstruktiver Begründung häufig im Zusammenhang mit dem NS-Regime erfolgt.

„Wir verlangen die Rückgabe aller ab 1945 aus Deutschland verschleppten Kunstwerke und Kulturgüter , insbesondere von Rußland, das sich 1990/92 vertraglich zur Rückgabe verpflichtet hat. Der Vertragsbruch darf nicht hingenommen werden, sondern muß zu Sanktionen führen wie etwa der Verweigerung weiterer Kredite und Hermes-Bürgschaften.“⁵⁶⁶

Der Nationalsozialismus wird innerhalb der ersten Primärquellengruppe der „Republikaner“ zweimal explizit erwähnt (Aussage #486/PQ1 und #502/PQ1). Weitere Bezüge zum NS-Cluster erfolgen indirekt oder implizit, wenn beispielsweise der Zweite Weltkrieg⁵⁶⁷ oder das Jahr 1945⁵⁶⁸ zur Legitimation von Standpunkten herangezogen werden.⁵⁶⁹ In der zweiten Primärquellengruppe finden sich vermehrt Aussagen, die die Partei (bzw. einzelne Mitglieder) mit der NS-Zeit in Verbindung bringen. Allerdings betrifft das mediale Interesse vornehmlich den ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Schönhuber und seine rechtsextremen Verbindungen.⁵⁷⁰ Während die offiziellen Parteiprogramme von einer erinnerungskulturellen Distanz zum Nationalsozialismus geprägt sind, scheren einzelne Parteimitglieder großräumig aus und pflegen öffentliche Interaktionen mit der rechtsextremen Szene. Vergangenheitsbezüge, die dem NS-Cluster zuzuordnen sind, betreffen beispielsweise das Buch „Ich war dabei“, das Schönhuber 1981 veröffentlichte.⁵⁷¹ In einem Artikel aus dem „Spiegel“ vom 2. Oktober 1995 wurde festgehalten, dass Schönhuber ein Buch mit dem Titel „In Acht und Bann“ verfasste (Erstveröffentlichung 1996), in dem er von den „sozialrevolutionären Visionen des NSDAP-Propagandisten Gregor Strasser“ schwärmte. Nach seinem Abgang von den „Republikanern“ war er für die „Deutsche Volksunion“ (DVU) politisch aktiv und kandidierte 2005 für die NPD in Dresden.⁵⁷² Abgesehen von diesem prominenten Parteimitglied sind weitere Bezüge nachweisbar. Der Stuttgarter Gemeinderat der REP Christian Käs wurde ebenfalls aufgrund nationalsozialistischer Wiederbetätigung beanstandet. Auf seiner privaten Facebook-Seite veröffentlichte er Textpassagen aus dem Lied „Heil Hitler Dir“. ⁵⁷³ Einige Aussagen zeigen, dass der unkritische Bezug zum Nationalsozialismus ein identitätskonkretes Merkmal der „Republikaner“ ist.⁵⁷⁴

„Wir fordern deshalb: [...]

- Traditionspflege nicht erst ab 1955, sondern seit Scharnhorst und Gneisenau unter voller Würdigung der Leistungen und Opfer der deutschen Soldaten, die sich in beiden Weltkriegen in ihrer großen Mehrzahl untadelig verhalten haben

- Verteidigung der Ehre früherer Soldaten gegen ungerechtfertigte Angriff [...]“⁵⁷⁵

Eine klare Distanzierung zum Nationalsozialismus, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit dem historischen DDR-Feindbild stattfindet, kann in den ausgewählten Primärquellen nicht nachgewiesen werden. Die

⁵⁶⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 543.

⁵⁶⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 545/Programm 2002/S. 25.

⁵⁶⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 512, 516.

⁵⁶⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 486, 545.

⁵⁶⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 512-513, 516, 520, 539, 543, 545.

⁵⁷⁰ Franz Schönhuber war Gründungs- und Vorstandsmitglied der Republikaner von 1983-1995. Sein Austritt aus der Partei erfolgte 1995.

⁵⁷¹ PQ2 REP Aussagen-ID 106-108/Martin Pfaffensteller/Spiegel/Redaktion, Franz Schönhubers Republikaner: Als ein Waffen-SS-Mann in Bayern 14 Prozent holte/2.10.2018/Abs. 6-8.

⁵⁷² PQ2 REP Aussagen-ID 97-98, 104-109.

⁵⁷³ PQ2 REP Aussagen-ID 98-99.

⁵⁷⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 511, 516, 523, 539, 545-546, 579.

⁵⁷⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 516/Programm 2002/S. 13.

Aussage #486/PQ1 demonstriert den gezielten Einsatz von möglichst interpretationsoffenen Formulierungen. Dies kann als Übereinstimmung mit den Strategien der FPÖ gesehen werden. Eine Ablehnung von „totalitären Staatsformen“ wird zwar formuliert, doch um welche es sich dabei handelt, bleibt ungeklärt.

Ein weiteres Distinktionsmerkmal, das die „Republikaner“ mit den Vergleichsparteien gemein haben, ist die Hervorhebung der Meinungsfreiheit.⁵⁷⁶ Dieser Haltung ist für alle Vergleichsparteien relevant und bezieht sich stets auf die Verteidigung der eigenen politischen Standpunkte. Alle Parteien kritisieren in diesem Zusammenhang die mangelhafte Repräsentation der eigenen Parteilinie und sehen eine systematische Bevorzugung anderer Parteien. Die „Republikaner“ betonen die Forderung nach „Wiederherstellung der vollen Meinungs-, Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit ohne ideologische und politische Begrenzungen“.⁵⁷⁷ In diesem Kontext wird wiederholt vor „politischer Korrektheit“ und einem „Überwachungsstaat“ gewarnt. Auch die Forderung nach verlässlichem Datenschutz wird innerhalb dieses Themenkomplex bearbeitet. Wie die Vergleichsparteien positionieren sich die „Republikaner“ kritisch und fordern mehr Schutz vor staatlicher Beeinflussung bzw. Kontrolle.

Eine Gemeinsamkeit mit den Vergleichsparteien ergibt sich aus der wiederholten Einforderung einer Transformation der Erinnerungskultur.⁵⁷⁸ Für die „Republikaner“ hat diese erinnerungspolitische Position hohen Stellenwert. Diese Beobachtung wird unterstützt durch die häufige Platzierung dieser Forderungen zu den unterschiedlichsten Themen. Die Kritik an der zeitgenössischen Erinnerungskultur zielt darauf ab, die nationalsozialistische Ära weniger kritisch zu behandeln. Beispiele hierfür finden sich in Aussagen zur Bildungspolitik, Kunst- und Kulturförderung, zum Sozialstaat, Demokratieverständnis oder der Europäischen Union. Eine außergewöhnliche Formulierung besteht in der Bedrohung durch „Manipulation historischer Tatbestände zu ‚volkspädagogischen Zwecken‘“. Nationalismus ist für die REP ein identitätsstiftendes Merkmal, weshalb sie jede Verbindung „zwischen Nationalstaat und Nationalsozialismus“ kritisieren.⁵⁷⁹ Die Kritik an der zeitgenössischen Geschichtsaufarbeitung kommt außerdem verstärkt in den Aussagen zur Bildungspolitik zum Ausdruck.⁵⁸⁰ Darin fordern die „Republikaner“ eine „eingehende Behandlung der ganzen deutschen Geschichte“ im Schulunterricht. Welche Zeiträume und Episoden von dieser Erweiterung betroffen sind, bleibt aber mehrheitlich unausgesprochen. Das Fehlen eines erinnerungskulturellen Kontextes findet sich auch bezüglich der Ablehnung der „angebliche(n) Kollektivschuld der Deutschen“. Dagegen wird an anderer Stelle deutlicher formuliert. Besonders auffallend ist die Forderung zur Wiederherstellung der „Ehre früherer Soldaten“ und einer Traditionspflege, die zeitlich vor dem Jahr 1955 anknüpfen soll.⁵⁸¹

Ein übereinstimmender Vergangenheitsbezug ist das Bekenntnis zum „humanistischen Bildungsideal“.⁵⁸² Alle Parteien identifizieren sich mit diesem Merkmal, ohne jedoch zu präzisieren, was darunter zu verstehen ist. Eine weitere bildungspolitische Gemeinsamkeit der Vergleichsparteien besteht in der Forderung nach Reformierung des Bildungs- und Hochschulsystems hin zu verstärkter Eliten- und Begabtenförderung.⁵⁸³ Als einzige Vergleichspartei fordern sie die „rechtzeitige und ausreichende Qualifizierung junger Menschen für die später zu leistende Familienarbeit“ oder die Einführung von einheitlicher Schulbekleidung „um Sozialneid zu verhindern“.

⁵⁷⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 490-491, 546, 560, 579-581, 613.

⁵⁷⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 491.

⁵⁷⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 485-486, 491, 498, 501-502, 510-512; 539, 543, 546, 579, 615; PQ2 REP Aussagen-ID 104.

⁵⁷⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 485-**486**, 498, 501, 507, 510-511, 537, 539-540, 543, 546, 579-**580**, 615.

⁵⁸⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 538, 585, 595.

⁵⁸¹ PQ1 REP Aussagen-ID **511**, 516, 539, 607, 615-616.

⁵⁸² PQ1 REP Aussagen-ID 537.

⁵⁸³ PQ1 REP Aussagen-ID 537-538, **540-542**, **607**.

Auch ihre Forderung nach umfassenden Kinderbetreuungsangeboten unterscheidet die „Republikaner“ von den Vergleichsparteien. Die „Alternative für Deutschland“ und die „Schweizerische Volkspartei“ lehnen staatliche Betreuungseinrichtungen ab und betrachten Kindererziehung als reine Familienarbeit.⁵⁸⁴

Zu diesem Themenfeld gehören auch die Forderungen nach „Ausbau und inhaltlicher Neuausrichtung der Goethe-Institute und der Deutschen Welle nach französischem Vorbild“⁵⁸⁵ oder „Erlernung der Nationalhymne“.⁵⁸⁶ Die bildungspolitischen Positionen der Vergleichsparteien stimmen weitgehend überein. Dazu gehört auch die widersprüchliche Haltung zum freien Hochschulzugang. Die „Republikaner“ lehnen Studiengebühren ab. In anderen Aussagen werden allerdings „kostendeckende“ bzw. „anteilige“ Gebühren für „Langzeitstudenten“ und „lernunwillige“ Studierende eingefordert. Auch das Lehrpersonal wird in unterschiedliche Kategorien unterteilt, sogenannte „Schmalspurprofessoren“ werden geschmäht. Der Hochschulzugang soll durch eine Vorauswahl der Studienanfänger:innen reglementiert werden. Studienwechsel und –abbrüche werden nicht akzeptiert. Naturwissenschaftliche Fächer sollen gefördert, „gesellschaftswissenschaftliche“ abgebaut werden. Sie begründen diese Haltung damit, dass „man nicht allein von Gesellschaftskritik leben kann“ und dass die „Spaßgesellschaft“ durch eine „Leistungsgesellschaft“ ersetzt werden soll. Darin zeigt sich zudem das Feindbild der „Linken“, das auch in Aussage #617/PQ1 deutlich wird. Eine Formulierung im Europa-Wahlprogramm von 2013 lautet beispielsweise:

REP Abbildung iii



REP Abbildung i: „Die Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus der Parteizeitung ‚Neue Republik‘. Zu sehen ist ein unvollständig abgebildetes Kind von hinten (Bildausschnitt: untere Körperhälfte). Nur der Rücken, die Beine und die Schultasche sind zu sehen. Das Kind trägt ein Jeans, rote Sportschuhe, eine rosafarbene Jacke und eine rote Schultasche. Es steht vor dem Eingang eines Gebäudes (vermutlich einer Bildungsanstalt). Abbildung

(Text): Vorsicht, Bildungsideologien! Gemeinschaftsschule, Ganztagschule, Inklusion - unser Schulsystem wird zum Dauer-Versuchsbaukasten für linke Bildungsexperimente degradiert. Hintergründe auf Seite 3.“⁵⁸⁷

Inhaltliche Widersprüche gehören zu den häufigsten Merkmalen der Primärquellen der Vergleichsparteien. Einige widersprüchliche Aussagen werden im Folgenden beispielhaft angeführt. Die „Republikaner“ fordern, dass in den (staatlichen) Medien eine breitere Parteienlandschaft abgebildet wird, während sie gleichzeitig den Einfluss von Parteien auf mediale Inhalte kritisieren. Die Verteidigung der Meinungsfreiheit wird mit der Verfassung begründet, trotzdem wird gegen Teile des Grundgesetzes geklagt und die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert. Der Ruf nach „Recht und Ordnung“ steht auch im Kontrast zur bevorzugten Staatsferne bzw. staatlichen Nichteinmischung. Die „Republikaner“ missbilligen jedwede politische Einmischung in Wissenschaft und Forschung, wünschen gleichzeitig ein Verbot von „Biomedizin und Humangenetik wie Forschung mit Embryonen, Präimplantationsdiagnostik oder das Klonen von Menschen“. Diese Widersprüche unterstützen die Behauptung,

⁵⁸⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 531, 533, 537.

⁵⁸⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 544.

⁵⁸⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 539.

⁵⁸⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 617/Wahlprogramm 2013/S. 19. In der Primärquelle wird folgende Urheberschaft zu dieser Abbildung angeführt: <https://www.pixelio.de/>

dass die Verteidigung der Meinungsfreiheit und -Vielfalt vor allem die eigenen politischen Agenden betrifft und keinen gesamtgesellschaftlichen Anspruch hat.⁵⁸⁸

Signifikant ist die Aussage #491/PQ1, die sich gegen die Diskriminierung wegen politischer Betätigung richtet. Der Restaurationstopos von der Wiederherstellung einer Meinungskultur, die ohne ideologische und politische „Begrenzungen“ auskommt und der Verteidigungstopos vom Schutz vor Diskriminierung wegen „politischer Betätigung“ bilden vage Vergangenheitsbezüge ab. Welche politischen und ideologischen Spektren gemeint sind, das bleibt unausgesprochen. Dazu wird noch die konkrete Erinnerungsfigur vom „Grundgesetz“ erwähnt, die sehr häufig von den Vergleichsparteien zur Legitimation ihrer Standpunkte herangezogen wird.⁵⁸⁹

Solidarität ist für die REP stets mit dem „Sittengesetz“ verbunden.⁵⁹⁰ Das Gemeinwohl ist daher eine gemeinschaftliche Pflicht.⁵⁹¹ Innerhalb der Datensammlung zu dieser Partei wurden zweiundsechzig Aussagen mit dem Schlagwort „inklusive“ markiert.⁵⁹² 22 davon formulieren eine uneingeschränkte Solidarhaltung.⁵⁹³ Einige Beispiele wurden bereits genannt. Die inklusive Haltung gegenüber Individualismus wird in den Programmen auf Datenschutz und Privatsphäre reduziert.⁵⁹⁴ Die Partei betont ihre Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit. Sie bekennt sich zur „unveräußerlichen Menschenwürde“, spricht sich gegen eine Zwei-Klassen-Medizin aus bzw. für eine optimale Gesundheitsversorgung, will mehr Arbeitsplätze schaffen und eine gerechte Entlohnung erreichen.⁵⁹⁵ Solidarisch erklären sich die „Republikaner“ explizit mit folgenden sozialen Kategorien: (ältere) Arbeitnehmer:innen, Unternehmer:innen und Selbstständige, Alleinstehende und ledige Mütter.⁵⁹⁶ In insgesamt vier Aussagen bekennt sich die Partei explizit zum Sozialstaat.⁵⁹⁷ Die Gesamtbetrachtung der Aussagensammlung belegt allerdings, dass die Solidaritätsbekundungen auf ein selektives Gruppenprofil zugeschnitten sind. Aufgrund der *selektiven Solidarität* der Vergleichsparteien wurde die These erarbeitet, dass rechtspopulistische Parteien von Konkurrenz innerhalb der nationalen Gesellschaft ausgehen. Bei den „Republikanern“ verlaufen die Trennlinien vornehmlich entlang der sozialen Kategorie, die sie als „Normalbürger“⁵⁹⁸ bezeichnen und eingewanderten Personen. Auch dieses Merkmal trifft auf alle Parteien des Vergleichs zu. „Normalbürger“ sind demzufolge Deutsche und ihre Kinder. Sie sollen bevorzugt behandelt werden. Um die Bedrohung durch eingewanderte Personen zu verringern, wird ein Pflichtanteil an deutschen Kindern in Schulen gefordert und nur ihnen soll Kindergeld zustehen.⁵⁹⁹

Die Unterteilung der Gesellschaft in Wir- und Sie-Gruppen betrifft auch die Mitglieder der nationalen Bevölkerung. Es werden spezifische Merkmale genannt, die eine Exklusion aus der legitimen Wir-Gruppe bewirken. Dazu gehören bestimmte Lebensentwürfe und/oder politische Standpunkte. Auch das ist ein

⁵⁸⁸ PQ1 REP Aussagen-ID, 490-491, 493, 527, **546**, 558, 560, 579-**581**, **613**, 623.

⁵⁸⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 491.

⁵⁹⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 485.

⁵⁹¹ PQ1 REP Aussagen-ID 495, 498, 506, 517.

⁵⁹² PQ1 REP Aussagen-ID 488-490, 498, 505, 507-508, 512-513, 515-517, 520,-521, 524-252, 527, 530532, 537, 543-544, 547-550, 554-555, 557, 564-565, 570-571, 573-577, 580, 58, 585, 587-589, 596-597, 599-600, 604, 606-608, 610-611, 613, 615-616, 618-620.

⁵⁹³ PQ1 REP Aussagen-ID 488, 490, 505, 517, 527, 530, 550, 557, 571, 575-576, 580, 582, 585, 587-589, 596-597, 613, 616, 619.

⁵⁹⁴ PQ1 REP Aussagen-ID **528**, **549**, 557, 560.

⁵⁹⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 550-551, 557, 606.

⁵⁹⁶ Die „Republikaner“ gendern nicht in ihren Programmen. PQ1 REP Aussagen-ID 506, 534, 547-548, 575-**576**, 577-578, 597, 605.

⁵⁹⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 498, 550, 571, 575.

⁵⁹⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 574.

⁵⁹⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 520-521, 532.

übereinstimmendes Merkmal aller untersuchten Parteien. Solidarität ist auf ein vordefiniertes Gruppenprofil zugeschnitten. Nicht nur „Abstammung“, sondern auch Verhaltensnormen sind wichtig. Deshalb sollen arbeitende Personen gegenüber Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger:innen bessergestellt sein. Die Kriterien zur Vergabe von Sozialleistungen sollen verschärft und der Umfang dieser geschmälert werden. „Arbeitsunwillige“ sollen gänzlich aus dem Sozialsystem ausgeschlossen werden. Der Einfluss von Gewerkschaften soll reduziert werden. Personen, die „gefährliche Sportarten“ ausüben, sollen eine eigene „Risikoversicherung“ abschließen.⁶⁰⁰ Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft befindet sich ebenfalls außerhalb der legitimen Wir-Gruppe.⁶⁰¹ Die Partei verlangt auch eine Abschaffung der Erbschaftssteuer und strengere Bedingungen für „lernunwillige Studenten“.⁶⁰² Weitere Beispiele für eine *selektive Solidarität* finden sich in Aussagen zu ihren Vorstellungen von Familienmodellen und Geschlechterrollen. Alle Vergleichsparteien priorisieren diese Themen in ihren Programmen. Es ist ihnen demnach ein Anliegen, sich zu frauenpolitischen Fragen klar zu positionieren. Dies ist als Merkmal anzuerkennen. Die „Republikaner“ begrüßen eine „Geschlechter unabhängige Lohngerechtigkeit.“ Allerdings werden Frauenquoten nicht als effektive Maßnahme anerkannt. Im Gegensatz zu den Vergleichsparteien wird das „Gender-Mainstreaming“ von den „Republikanern“ nicht erwähnt. Die Diskussion ihrer Rollenbilder hat allerdings gezeigt, dass es keine uneingeschränkte Solidarität mit Frauen gibt.⁶⁰³ Auf die selektiv-inklusive Aussagen zur Bildungspolitik wurde ebenfalls bereits hingewiesen.⁶⁰⁴

Innerhalb der Datensammlung zur den „Republikanern“ wurden 34 von 141 Aussagen als „exklusiv“ bewertet und 49 mit dem Schlagwort „negative Sie-Gruppe“ markiert. 26 Datensätze entsprechen dem Vergleichskriterium „diskriminierend“⁶⁰⁵ und stehen im Kontrast zu der Aussage, in der sie Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Betätigung kritisieren.⁶⁰⁶ Außerdem wurden Feindbilder und Bedrohungsszenarien in 87 Aussagen identifiziert. Eine erarbeitete These dieses Projektes berücksichtigt die Relevanz von Abgrenzungskriterien für die Unterscheidung der sozialen Kategorien. Da nur 22 Aussagen ein uneingeschränkt „inklusive“ Gemeinschaftskonzept formulieren, ist auch bei dieser Partei eine Konzentration auf die „Anderen“ nachweisbar. Zu den genannten Attributen, die zur Beschreibung der diversen Sie-Gruppen herangezogen werden, gehören folgende Merkmale: napoleonisch, verbrecherisch, totalitär, ideologisch, politisch, unterschiedlich, kriminell, sinnlos, anders, grausam, ausländisch, fremd, überschritten, nicht benötigt, belastend, nicht integrationsfähig, militant, gewaltbereit und extrem.⁶⁰⁷

Die „Republikaner“ zeichnen sich durch eine grundsätzliche Ablehnung von Einwanderung aus.⁶⁰⁸ Diese Haltung wird mehrfach hervorgehoben, beispielsweise anhand der Forderung nach „Auflösung“ multinationaler Korps⁶⁰⁹, „Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer“⁶¹⁰, „Streichung des Grundrechts auf Asyl“⁶¹¹ und

⁶⁰⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 548, 551-552, 576-577, 606.

⁶⁰¹ PQ1 REP Aussagen-ID 602, 604.

⁶⁰² PQ1 REP Aussagen-ID 604, 607.

⁶⁰³ PQ1 REP Aussagen-ID 531, 600-601.

⁶⁰⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 521, 534, 537, 540-541, 615-617.

⁶⁰⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 493, 501-502, 53, 518, 521-526, 529, 531, 532, 534, 538, 541, 552, 572, 574, 591, 593, 602, 614, 620-621.

⁶⁰⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 491.

⁶⁰⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 485-486, 491, 497-499, 503-504, 521, 534, 557, 611.

⁶⁰⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 519, 521-522, 548, 562.

⁶⁰⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 516.

⁶¹⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 523, 548.

⁶¹¹ PQ1 REP Aussagen-ID 525.

Wiedereinführung der Grenzkontrollen sowie „Kündigung des Schengener Abkommens“⁶¹². Innerhalb der 141 Datensätze zu den „Republikanern“ wurden 62 Aussagen mit dem Schlagwort „territorialer Bezug“ markiert.⁶¹³ Das zeigt, dass die Bedeutung der nationalen Grenzen einen hohen Stellenwert hat. Dieses Merkmal kann für alle Parteien des Vergleichs bestätigt werden. Die Forderung nach Wiedereinführung der Grenzkontrollen wird im Kontext ihrer ablehnenden Haltung zu Migrationsbewegungen genannt. Die REP sprechen sich zudem gegen ein Ausländerwahlrecht aus.⁶¹⁴ Einschränkungen betreffen auch den Erhalt von Kindergeld und Familiengründungsdarlehen oder die Möglichkeiten des Familiennachzugs und die Vergabe von Sozialwohnungen.⁶¹⁵ Die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften soll beendet werden.⁶¹⁶ Bestimmte religiöse Praktiken wie das Schächten von Tieren sowie die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit für ost- und südosteuropäische Staaten werden abgelehnt. „Ausländer“ werden als Belastung für das Sozialsystem beschrieben.⁶¹⁷ Integration wird als Bringschuld betrachtet.⁶¹⁸ Eingewanderte Personen werden nur unter bestimmten Voraussetzungen als Teil der legitimen Wir-Gruppe anerkannt. Dazu gehören berufliche Qualifikationen, quantitative Kontingente, Herkunft und das Religionsbekenntnis. Deshalb soll das Asylrecht nur für „wirklich Verfolgte“ angewandt werden. Selbst „ausländische“ Kinder werden als Belastung für das Schulsystem betrachtet. Speziell der Anteil von „Türken“ in Schulklassen wird als Bedrohung empfunden. Aussage #620/PQ1 demonstrierte, dass der Islam und das „muslimische Religionsverständnis“ als nicht kompatibel mit der „demokratischen Grundordnung“ angesehen werden.⁶¹⁹ In diesem Kontext findet wiederholt eine Gleichsetzung von Migration mit Kriminalität statt. Diese Strategie findet sich in den Primärquellen aller Vergleichsparteien. Es wird behauptet, dass Asylwerber:innen kriminell werden und das Asylrecht missbrauchen. Zudem wird auch unterstellt, dass jegliche Einwanderung nach Deutschland einem Sozialmissbrauch entspricht. Damit wird auch die Forderung nach vermehrten Abschiebungen begründet. Asylwerber:innen und „Gastarbeiter“ sollen keinen oder stark begrenzten Anspruch auf Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld und Familienbeihilfen haben.⁶²⁰ Darüber hinaus wird eine Kostenbeteiligung für eingewanderte Personen an den Integrationsmaßnahmen gefordert.⁶²¹

„In Deutschland ist die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Der hohe Ausländeranteil hat in vielen Städten und Stadtteilen dazu geführt, daß Deutsche in die Minderheit geraten, Schulklassen fast nur noch aus Ausländern bestehen und - vor allem bei Türken - Parallelgesellschaften entstehen. Die Aufnahmefähigkeit für Ausländer aus fremden Kulturkreisen ist erschöpft, teilweise bereits überschritten, eine Integration findet kaum noch statt. Noch mehr Ausländer werden insbesondere nicht benötigt, um den Bevölkerungsrückgang in Deutschland auszugleichen und die sozialen Sicherungssysteme zu retten. In einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt und angesichts der großen Umweltprobleme wäre ein gewisser Rückgang der Bevölkerungsdichte ein Segen. Die Renten müssen auf andere Weise gesichert werden, vor allem durch

⁶¹² PQ1 REP Aussagen-ID 530.

⁶¹³ PQ1 REP Aussagen-ID 485-486, 491, 499-500, 503-504, 506-513, 515-525, 527, 529-530, 532, 540, 544-545, 548, 553, 555-556, 561-562, 564, 566, 570, 572-574, 577, 583-584, 586, 594, 596-597, 605-606, 608-610, 612, 614-615, 618, 622.

⁶¹⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 524, 610.

⁶¹⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 523, 532, 551.

⁶¹⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 522-523, 548.

⁶¹⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 509-510, 521, 523-525, 553, 563, 577, 611.

⁶¹⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 608, 610.

⁶¹⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 524, 610-611, 620.

⁶²⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 521-526, 529, 548, 551-553, 562, 605-606, 608-610, 614.

⁶²¹ PQ1 REP Aussagen-ID 523-524, 608-611.

*Förderung der deutschen Familien. Dies gilt umso mehr, als die Ausländer das Sozialsystem bisher nicht entlasten, sondern belasten.*⁶²²

Gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen äußern sich die „Republikaner“ durchgehend ablehnend.⁶²³ Ausländische Mitmenschen bzw. eingewanderte Personen sind auch bei den „Republikanern“ das dezidierte Ziel der Ausgrenzungen. Innerhalb Europas werden ost- und südosteuropäische Staaten besonders negativ erwähnt.⁶²⁴ Abgesehen vom europäischen Osten ist auch die Türkei ein hervorgehobenes Ziel der Exklusion.⁶²⁵ Ein Beitritt zur Europäischen Union wird kategorisch abgelehnt. Die Türkei wird nicht als legitimer Teil von Europa anerkannt und den Türk:innen wird unterstellt, dass sie Parallelgesellschaften in Deutschland bilden.



Zum Islam-Feindbild wurden zahlreiche Übereinstimmungen zwischen den Vergleichsparteien festgestellt (siehe „REP Abbildung iv“).⁶²⁶ Für muslimische Menschen werden gesonderte Bedingungen eingefordert und es werden ihnen „störende national-religiöse Verhaltensweisen“ unterstellt.⁶²⁷ Das Islam-Feindbild kommt in den Aussagen #621-622/PQ1 besonders stark zum Ausdruck. Darin wird der türkische Präsident Recep Erdogan zitiert. Es gibt keine weiterführenden Informationen zur Echtheit der Behauptungen oder darüber, wann und in welchem Zusammenhang sich Erdogan geäußert haben soll. Der Islam wird stets im Kontext mit Gefahren erwähnt und mit Fundamentalismus gleichgesetzt.⁶²⁸

Alle Parteien des vorliegenden Vergleichs bedienen sich dieses Feindbildes, um ihre diskriminierenden Standpunkte zu rechtfertigen. Aussage #620/PQ1 schließt mit folgender Formulierung ab:

„Der Islam versteht sich als ganzheitlich – und zwar in einem für uns Westeuropäer ausgesprochen negativen Sinne. Ein fundamentalistischer Muslim sieht seine Religion keineswegs als Privatangelegenheit, sondern als verbindliche - und mit Gewalt durchzusetzende - Richtschnur für alle.“⁶²⁹

Ähnlich wie die Vergleichsparteien, konstruieren die „Republikaner“ hier einen multiplen Bedrohungstopos. Das Islam-Feindbild und die Vermischung von Migrationsursachen dienen zur Begründung der Ablehnung von Zuwanderung. Auch das selektive Verständnis von Menschen- und Freiheitsrechten wird in diesem Zusammenhang offensichtlich.

⁶²² PQ1 REP Aussagen-ID 521/Programm 2002/S. 15/Abs. 1.

⁶²³ PQ1 REP Aussagen-ID 523, 525-526, 551, 553, 574, 609.

⁶²⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 510, 513, 523, 526, 556, 572.

⁶²⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 510, 521-522, 612.

⁶²⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 612/Wahlprogramm 2013/S. 16. Die Urheberschaft der Abbildung wird in der Primärquelle nicht erläutert (Bildquelle oder Fotograf:innen). Die Abbildung ist dennoch wichtig, da sie der Erkennbarkeit der Behauptung über die Partei dient. Das Bildzitat ist daher notwendig, um die Behauptung zu belegen und zu verstehen.

⁶²⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 524.

⁶²⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 510, 521-523, 611-612, 620-622.

⁶²⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 620/Wahlprogramm 2013/S. 21/Abs. 7.

Es gibt auch Aussagen in den Primärquellen der Partei, die ihre Haltung gegenüber einem pluralistischen Gesellschaftskonzept ausdrücken. Drei davon formulieren eine positive Bewertung gesellschaftlicher Vielfalt.⁶³⁰ Diese wird nur im Kontext der europäischen Nationalstaaten geduldet und beschränkt sich auf den Austausch von Waren und Kultur. Die Europäische Union und einige ihrer Institutionen werden überwiegend pejorativ beschrieben. Andere Länder werden nur selten positiv erwähnt.⁶³¹ Im Zusammenhang mit der EU wird von gefährlicher „Gleichmacherei“ gesprochen. Der „Brüsseler Bürokratie“ wird vorgeworfen, dass sie Deutschland systematisch benachteiligt. Auch die EU-Richtlinienvorschläge hinsichtlich der Liberalisierung des Asylrechts und des Familiennachzugs werden abgelehnt („contra-compliance“).⁶³² Ein fast beiläufiger Vergangenheitsbezug kommt in der Aussage #509/PQ1 vor, in der es um die Beschreibung des EU-Feindbildes geht. Zum Abschluss der Aussage wird die „Einhaltung deutscher Reinheitsgebote“ gefordert.⁶³³ Ein weiterer Bezug zur EU findet sich in der Aussage #594/PQ1. Eine Abbildung aus dem Wahlprogramm von 2013 zeigt die Fahne der EU auf einer Milchflasche, die von der „Melkkuh Deutschland“ gefüllt wird:

REP Abbildung ii: „Die Abbildung zeigt die Karikatur einer gehörnten Kuh mit traurigem Gesichtsausdruck. An den Eutern sind Milchschräuche angebracht, die in eine Milchflasche münden. Diese trägt als Etikett die Flagge der Europäischen Union. Um den Hals trägt die Kuh ein Band in den Farben der Deutschland-Flagge, an dem eine schmelzende 1-Euro-Münze hängt. Am Kuhschwanz ist eine Nummerntafel (Kraftfahrzeugkennzeichen) angebracht. Darauf steht: ‚D EU 2011‘. Abbildung (Text): Stoppt die Schuldenunion - raus aus dem T-Euro! - Die Euro-Rettung ist ein Fass ohne Boden. Die Bundesregierung macht Deutschland zur Melkkuh für EU-Finanzbürokratie und Euro-Pleiteststaaten. Der ‚Europäische Stabilitätsmechanismus‘ (ESM) macht die Währungsunion auf Dauer zur Schulden- und Transferunion. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?“⁶³⁴



Mittels dieser Karikatur wird die EU als Feindbild dargestellt und als „Schuldenunion“ bezeichnet. Die „Euro-Rettung“ wird als Bedrohung genannt. Interessant ist die essentialistische Gleichsetzung Deutschlands in der Darstellung als „Melkkuh“. In dieser Aussage werden weitere Feindbilder formuliert, die weitgehend mit den Vergleichsparteien übereinstimmen. Im Kontext des sogenannten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) werden einzelne EU-Mitgliedstaaten als „Pleiteststaaten“ bewertet.⁶³⁵ Dieses übereinstimmende Feindbild wird auch von gemeinsamen Vergangenheitsbezügen begleitet. Dazu zählen die Schengen-Abkommen, insbesondere jene zur Osterweiterung, die als historische Zäsuren beschrieben werden und aus denen sich eine Reihe vermeintlicher Bedrohungen ergeben.⁶³⁶ Alle Vergleichsparteien lehnen die Währungsunion ab sowie alle Maßnahmen, die allgemein unter der Überschrift der „Eurorettung“ zusammengefasst werden können. In diesem Kontext wird explizit der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ („ESM-Rettungsschirm“) genannt.⁶³⁷ Außerdem

⁶³⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 505, 507, 596.

⁶³¹ PQ1 REP Aussagen-ID 544 (Frankreich), 588, 605 (Schweiz).

⁶³² Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 115; Vgl. PQ1 REP Aussagen-ID 507, 509.

⁶³³ PQ1 REP Aussagen-ID 492, 507-509, 555, 591, 593-594, 598.

⁶³⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 594/Wahlprogramm 2013/S. 8.

⁶³⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 594.

⁶³⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 530, 556, 572.

⁶³⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 593-594, 598.

wird vor einer Privatisierung des Wassers gewarnt sowie vor einem drohenden „Überwachungsstaat“, einer „EU-Diktatur“ und „Planwirtschaft“. ⁶³⁸ Was die Partei mit der AfD und FPÖ eint, ist die Präferenz für das Modell des „Europa der Vaterländer“ bzw. „Europa der Nationen“. ⁶³⁹ Damit verbunden sind die Forderungen nach Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, der Souveränität der Mitgliedstaaten, nach Wiedereinführung des Grenzschutzes und Beendigung jedweder fortschreitenden EU-Erweiterung. ⁶⁴⁰ Aufgrund dieser Haltung wird auch die „multikulturelle Gesellschaft“ als bedrohlich beschrieben. In der Aussage #518/PQ1 wird von kultureller „Überfremdung“ gesprochen. ⁶⁴¹ Interessant ist auch, dass im Zuge der Feindbildkonstruktionen der Begriff „Kapitulation“ eingesetzt wird. Nachdem die deutsche Sprache als bevorzugtes Distinktionsmerkmal der legitimen Wir-Gruppe betrachtet wird, warnen sie vor der „Kapitulation vor der englischen Sprache“ im Programm von 2002. ⁶⁴² Eine kritische Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika wird nur bei den REP und der AfD in PQ1 erwähnt. ⁶⁴³ In diesem Fall werden die U.S.A. mit einem globalisierten Kapitalismus gleichgesetzt. ⁶⁴⁴

Pluralismus wird mit Staatsversagen und Identitätsverlust gleichgesetzt. Dies äußert sich zum Beispiel in der übereinstimmenden Ablehnung von „multinationalen Korps“ oder einem europaweiten Verteidigungs- bzw. Militärbündnis. ⁶⁴⁵ Damit reihen sich die „Republikaner“ zwar in den Kanon der Vergleichsparteien ein, sie verteidigen ihre explizit nationalistische Politik allerdings mit großer Deutlichkeit. ⁶⁴⁶ Im Kontext der Bedrohung durch Multikulturalismus wird mehrfach auf die christlich-abendländische Grundlage der deutschen Identität hingewiesen. Das „Abendland“ ist dieser Logik folgend nicht multikulturell. ⁶⁴⁷ Diese Vorstellung wird mit den Vergleichsparteien geteilt. In der folgenden Aussage #508/PQ1 wird die essentialistische Metapher vom „Hort des christlichen Abendlandes“ eingesetzt und eine Vorrangstellung der christlichen Konfessionen impliziert. ⁶⁴⁸

„Unsere Forderungen für ein Europa der Vaterländer lauten deshalb:

- Organisation als Staatenbund, nicht als Bundesstaat*
- Beibehaltung der Souveränität der Mitgliedsstaaten und Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität*
- Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen*
- Volksabstimmungen über Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft und über deren Erweiterung*
- Behauptung Europas als Hort des christlichen Abendlandes und dessen Werte.“* ⁶⁴⁹

Die Gefahr durch eine heterogene Gesellschaftsstruktur wird von allen Parteien problematisiert und stellt eine Schnittstelle aus inneren und äußeren Bedrohungen dar. Bei den „Republikanern“ kommen die Hinweise auf multiple innere Bedrohungen besonders häufig vor. Dazu gehören folgende Feindbilder bzw. Bedrohungsszenarien: die Monopolisierung der Macht durch wenige Parteien, Machtmissbrauch, Profitmaximierung und Lobbyismus, ein Stagnieren des wirtschaftlichen Zusammenwachsens Deutschlands, totalitärer Kollektivismus und auch extremer Individualismus, Zensur und Proporz, Sterbehilfe, das Klonen von Menschen, Schwangerschaftsabbrüche, die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften,

⁶³⁸ PQ1 REP Aussagen-ID **492**, 507, 560, 586, 591, 594.

⁶³⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 507-508, **596-598**.

⁶⁴⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 516.

⁶⁴¹ PQ1 REP Aussagen-ID 493, 499, **518-520**, 544, 565.

⁶⁴² PQ1 REP Aussagen-ID 544.

⁶⁴³ PQ1 AfD Aussagen-ID 228.

⁶⁴⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 506.

⁶⁴⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 493, 499, 516, 518-519, 544.

⁶⁴⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 485-486, 498-499, 507-508, 520, 524.

⁶⁴⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 508, 520, 565, 610, 618.

⁶⁴⁸ PQ1 REP Aussagen-ID **508**, 520, 564-566, 610, 618.

⁶⁴⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 508/Programm 2002/S. 10/Abs. 4-9.

Gesamtschulen, Quotenregelungen, die politische Korrektheit, Bildungsideologien und linke Bildungsexperimente, die „antiautoritäre Erziehung“ und der damit verbundene „geistige Niedergang“, Gesellschaftswissenschaften, Geschichtsmanipulation oder die Spaßgesellschaft.⁶⁵⁰ Die Beispiele innerer Feindbilder stimmen weitgehend mit den anderen Parteien des Vergleichs überein. Zu nennen sind die regierenden oder „etablierten“ Parteien⁶⁵¹, die Brüsseler Bürokratie⁶⁵², die Gewerkschaften⁶⁵³, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger:innen⁶⁵⁴, Langzeitstudent:innen und „Schmalspurprofessoren“. Der Bologna-Prozess wird indirekt ebenfalls abgelehnt.⁶⁵⁵ Die Feindbilder werden häufig mit diversen Bedrohungs- und Verteidigungstopoi in Verbindung gebracht. Dazu gehört die Gefahr durch Korruption⁶⁵⁶, „Schwerverbrecher“, „Straftäter“ und Kriminelle.⁶⁵⁷

REP Abbildung vi



Als Besonderheit ist in diesem Kontext auch die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes zu nennen.⁶⁵⁸ In diesem Zusammenhang kommt das Brandenburger Tor als Erinnerungsort vor. In der „REP Abbildung vi“ aus dem Wahlprogramm von 2013 ist eine Versammlung von Menschen zu sehen.⁶⁵⁹ Dabei handelt es

sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine Demonstration, die von zwei Polizeibeamten beobachtet, bewacht oder geschützt wird. Genauer kann aus der Abbildung selbst nicht entnommen werden, da es keinen Abbildungstext gibt. Auch in diesem Fall bezieht sich die zeitliche Einordnung des Vergangenheitsbezugs auf die Baugeschichte des Objektes bzw. seine Bedeutung als Versammlungsort. Inhaltlich steht die Abbildung in Verbindung mit der Aussage #623/PQ1. Darin geht es um innere Sicherheit und die Aufgaben des Verfassungsschutzes. Warum die Abbildung des Brandenburger Tors ausgewählt wurde, darüber kann nur spekuliert werden. Der Vollständigkeit halber wurde dieser Erinnerungsort bzw. das Objekt in der Auflistung der Vergangenheitsbezüge berücksichtigt.

Zuletzt sei noch auf die Haltung zum Tierschutz hingewiesen, denn hierin unterscheiden sich die „Republikaner“ von den Vergleichsparteien. Sie beschränken diese Forderung nicht auf das Verbot diverser religiöser Praktiken, sondern begründen den Schutz des Tierwohls in einem größeren ökologischen Kontext. Die „Republikaner“ bekennen sich außerdem auch zum Umweltschutz. In diesem Zusammenhang begrüßt die Partei auch den Atomausstieg, allerdings nur als gesamteuropäische Maßnahme.⁶⁶⁰ Das Thema Tier- und Umweltschutz wird von allen Vergleichsparteien behandelt, allerdings in unterschiedlicher Tiefe. Alle Parteien versuchen ihre Umweltpolitik mit wirtschaftlicher Vereinbarkeit zu begründen. Bei der AfD findet sich sogar eine Aussage, in der ein vom Menschen verursachter Klimawandel geleugnet wird. Die SVP sieht in einigen Umweltverordnungen eine sozialistische Bedrohung und neigt zur Verharmlosung der Klimakrise.

⁶⁵⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 489, 490-492, 503, 507, 530-531, 534, 536-537, 540, 542, 546-547, 557-560, 579-581, 592, 600-602, 604.

⁶⁵¹ PQ1 REP Aussagen-ID 487, 492, 623.

⁶⁵² PQ1 REP Aussagen-ID 492, 509.

⁶⁵³ PQ1 REP Aussagen-ID 548.

⁶⁵⁴ PQ1 REP Aussagen-ID 551-553.

⁶⁵⁵ PQ1 REP Aussagen-ID 541-542, 607.

⁶⁵⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 503, 547, 574, 623.

⁶⁵⁷ PQ1 REP Aussagen-ID 529-530.

⁶⁵⁸ PQ1 REP Aussagen-ID 493, **623**.

⁶⁵⁹ PQ1 REP Aussagen-ID 624/Wahlprogramm 2013/S. 22. In der Primärquelle wird folgende Urheberschaft zu dieser Abbildung angeführt: picture_alliance/dpa

⁶⁶⁰ PQ1 REP Aussagen-ID **506**, **563**, 582-**583**, 584-586, 595.

KAPITEL 3: DIE FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

KAPITEL 3.A: ANALYSE DER IDEOLOGISCHEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“⁶⁶¹

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	71	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	955	276	190	139	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	326	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	223	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

⁶⁶¹ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb entspricht die Summe der Datensätze nicht der Anzahl der ermittelten Kriterien.

BESCHREIBUNG DER WIR-GRUPPE(N)

„Artikel 2.1. Es entspricht freiheitlicher Geisteshaltung, dem einzelnen Menschen die Freiheit als höchstes Gut einzuräumen und darin gleichzeitig einen unverzichtbaren Wert zu sehen. Der Einzelmensch ist jedoch stets in eine Gemeinschaft gestellt, von der Familie bis zum Volk, die ebenfalls selbstständig Träger von Freiheitsrechten ist.“⁶⁶²

Die Darstellung gesellschaftlicher Gruppen wie auch die Selbstbeschreibung der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ erfolgt sehr häufig über Vergleiche und Metaphern. Aufgrund dieser rhetorischen Strategien bleibt die Bedeutung ihrer Aussagen mehrheitlich interpretationsoffen. Die daraus resultierende „Bedeutungslatenz“ gehört daher zu den spezifischen Merkmalen ihrer Argumentationsstruktur. Hörer- und sprecherinklusive Personalpronomina werden ebenfalls exzessiv verwendet. Innerhalb der Aussagensammlung zur FPÖ (193 Aussagen aus PQ1) kommt „uns(er/en)“⁶⁶³ 46-mal und „wir“⁶⁶⁴ 25-mal vor. Stellvertretend für die Partei werden regelmäßig die Synonyme „Freiheit“ bzw. „freiheitlich“ genutzt. Diese Strategie wird in allen Programmen fortgesetzt. Das „Wir-Freiheit“-Synonym ist ein ausschlaggebendes Merkmal für die Selbstbeschreibung der Partei.

„Kultur ist aus freiheitlicher Sicht die Gesamtheit aller zivilisatorischen Ausdrucksformen. Ihre höchste schöpferische Ausdrucksform ist die Kunst, die in einer freiheitlichen Gesellschaft keiner Beschränkung unterliegt. Uns Freiheitlichen gilt die Freiheit als höchstes Gut. Diese ideelle Grundhaltung hat in der österreichischen Verfassung Einzug gefunden.“⁶⁶⁵

Aufgrund der anhaltenden *Bedeutungslatenz* ist die Gleichzeitigkeit von widersprüchlichen Bedeutungen für die FPÖ charakteristisch. Die Bedeutung der Aussagen bleibt oft unklar, was die Ausgangshypothese einer ethnonationalistischen Definition der legitimen Wir-Gruppe herausfordert. Die Unklarheit ergibt sich aus der Kombination von antagonistischen Formulierungen wie „historisch gewachsen“, „kulturell verwurzelt“ oder „Verwurzelung in der reichen Geschichte“.⁶⁶⁶

„Artikel 2: Freiheit steht als höchstes Gut jedem Einzelnen und jeder natürlich gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk, unverzichtbar zu.“⁶⁶⁷

Außerdem sind appellativische und moralisierende Formulierungen signifikant für die FPÖ-Rhetorik. Sie werden anhand von Bekenntnissen und/oder Verpflichtungen zum Ausdruck gebracht.⁶⁶⁸ Besonders das Programm von 2005 liest sich wie eine Mischung aus Gesetzestext und Litanei. Innerhalb der Kapitel wurden die einzelnen Standpunkte in Artikel untergliedert, um einen legistischen Eindruck zu erwecken. Sehr häufig werden in diesen Aussagen „Bekenntnisse“ formuliert.⁶⁶⁹ Dieser liturgische Stil setzt sich in allen analysierten Programmen der

⁶⁶² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 3/Programm 2005/S. 1/Artikel 2/Abs. 2.

⁶⁶³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID: 52, 79-84, 86-104, 108-109, 111-116, 118-121, 125, 133, 139-142, 145-146, 148-149, 151, **153**-154, 159, 164, 169, 173, 179, 183.

⁶⁶⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID: 52, 80-82, 88-89, 91-93, 95-98, 101-102, 104, 112, 118, 120-122, 133, 159, 164, 192.

⁶⁶⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 139/Wahlprogramm 2017/S. 7.

⁶⁶⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 46, 79, 91.

⁶⁶⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2/Programm 2005/S. 1/Artikel 2/Abs. 1.

⁶⁶⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 53-54, 120.

⁶⁶⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 27-**29**, 33-34, 52, 70-71, **80-81**, 88, 92, 94-**95**, 96-**98**, 101-102, 104, 108, 112, 118, 121-122, 125, **148**, 159, 176. Im Vergleich dazu „bekennt“ sich die „Alternative für Deutschland“ nur fünfmal. Die „Schweizerische

FPÖ fort. In der Aussage #125/PQ1 bekennt sich die FPÖ zur „Heimat“, eine Metapher, die häufig vorkommt und zur Steigerung der Emotionalität beiträgt.⁶⁷⁰

„Die FPÖ bekennt sich dazu, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit die österreichische Leitkultur zu schützen. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Kontrolle, welche Menschen in Österreich eine neue Heimat finden oder auch nur temporär in den Arbeitsmarkt einwandern dürfen. Bis auf Weiteres lehnt die FPÖ aufgrund der Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit jegliche Zuwanderung ab.“⁶⁷¹

Im Zusammenhang mit den vielfältigen Bekenntnissen wird wiederholt die „Menschenwürde“ genannt, nicht aber die allgemeinen und universellen Menschenrechte.⁶⁷² Im Programm von 2005 trägt das zweite Kapitel den Titel „Die Menschenwürde ist unantastbar“, die Menschenrechte werden dagegen nur dreimal genannt. Die Menschenwürde kann somit ebenfalls als Synonym für Menschenrechte gelesen werden, wodurch die Bedeutung der Aussagen interpretationsoffen bleibt. Bemerkenswert ist der Vorschlag der FPÖ, die Europäische Menschenrechtskonvention durch eine österreichische Version zu ersetzen. Auch diese Forderung wird weder kontextualisiert noch begründet.⁶⁷³

Im Zuge dieser sehr speziellen Selbstdarstellung werden einige Eigenschaften besonders hervorgehoben. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ vertritt ein heteronormatives Familienideal.⁶⁷⁴ Sie spricht sich sowohl gegen die Unterdrückung als auch gegen die Förderung von Frauen aus.⁶⁷⁵ Die Bewahrung spezifischer demographischer Merkmale ist ein großes Anliegen, deshalb wird der „Multikulturalismus“ als Bedrohung wahrgenommen.⁶⁷⁶ Eine Übereinstimmung mit einigen Vergleichsparteien ergibt sich aus den Aussagen, in denen der „Erhalt einer lebenswerten Umwelt“ gefordert wird. Die FPÖ ist auch für einen Ausstieg aus der Atomkraft.⁶⁷⁷ Für die Selbstbeschreibung werden außerdem folgende Attribute herangezogen: deutsch, heimisch, frei bzw. freiheitlich, liberal, demokratisch, republikanisch, sozial, national, geburtenorientiert, christlich, gerecht, abendländisch.⁶⁷⁸

Eine Gemeinsamkeit zwischen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und den Vergleichsparteien ergibt sich zudem aus dem Bekenntnis zur Demokratie. Auch die FPÖ plädiert dafür, diese direkter zu gestalten. Entsprechend dem rhetorischen Muster der Programme wird diese Haltung teilweise mit der Metapher der „Freiheit“ ausgedrückt.⁶⁷⁹ Nicht die Demokratie garantiert die Grundrechte, sondern die „Freiheit“ gewährt die „Grundfreiheiten“. Die folgende Aussage #134/PQ1 demonstriert, dass der konkrete Vergangenheitsbezug vom „Revolutionsjahr 1848“ zur Legitimation dieser Strategie platziert wurde:

„Ein Höchstmaß an Freiheit kann nur dort bestehen, wo sämtliche Grund- und Freiheitsrechte tatsächlich gewährleistet und staatlich garantiert sind. Dazu gehören insbesondere die Meinungs-, Vereins- und

Volkspartei“ (SVP) nutzt dieses rhetorische Mittel elfmal im Zusammenhang mit dem „Schweizer Sonderfall“ und der Neutralität. Innerhalb der Primärquellen der Partei „die Republikaner“ (REP) kommen vier „Bekenntnisse“ vor.

⁶⁷⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 20-22, 24, 28, 31-33, 57, 80, 83, 88-89, 91, 102, 107, **119**-120, 125, 133, 137, 149, 179, 188.

⁶⁷¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 125/Wahlprogramm 2017/S. 3.

⁶⁷² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 5-8, 11, 37, 74, 76, **87**, 95.

⁶⁷³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 13, 124, **137**.

⁶⁷⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 60, 101.

⁶⁷⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 164.

⁶⁷⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 67, 121, 127.

⁶⁷⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 13, 25, 183.

⁶⁷⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 12-13, 17, 80-81, 83, 89, 91-93, 95-98, 101-102, 104, 109, 117-119, 121, 127, 133, 145, 164, 167, 189.

⁶⁷⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 12-13, 20, 25, 37, 46, 93, 95-96, 145, 184, 191.

*Versammlungsfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Presse- und Informationsfreiheit, für die Studenten und Arbeiter bereits im Revolutionsjahr 1848 kämpften.*⁶⁸⁰

Weitere identitätskonkrete Vergangenheitsbezüge werden im Kontext der „Südtirol-Frage“ genannt. Diese Aussagen bestätigen außerdem die These von der moralisierenden und appellativischen Sprachform. In diesem Kontext wird ein ausgeprägtes Restaurationsbedürfnis sichtbar. Für die FPÖ ist Südtirol ein integraler Bestandteil der österreichischen Identität. Diese Haltung wird rekonstruktiv begründet und mit moralischen Verpflichtungen verbunden.⁶⁸¹ Ähnlich liest sich die Aufforderung zur Solidarität als Bürgerpflicht, zur Schutzverpflichtung gegenüber den verfassungsmäßig anerkannten Minderheiten, zum sogenannten „Heimatschutz“ sowie zum Bestandsschutz aller deutschen – nicht der österreichischen – Minderheiten auf dem einstigen Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie.⁶⁸² In diesem Zusammenhang werden auch Unrechtstopoi bedient, die sich auf die „Beneš-Dekrete“⁶⁸³ beziehen oder die vermeintliche Benachteiligung österreichischer Arbeitnehmer:innen gegenüber Zuwanderer:innen.⁶⁸⁴ Im Kontext der diversen Schutzverpflichtungen wird die Polizei als besondere Berufsgruppe positiv hervorgehoben.⁶⁸⁵

*„Das Grundrecht auf Weiterbestand jeder Volksgruppe und auch der Schutz vor Assimilierungszwang erlegt Österreich die Verpflichtung auf, nicht nur die eigenen Volksgruppen zu schützen, sondern auch für die in ihrem Bestand bedrohten deutschen Minderheiten auf dem Gebiete der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie Schutzmachtfunktion auszuüben (vgl. Kap. VII, Art. 4).“*⁶⁸⁶

Der Begriff „Heimat“ wird häufig mit appellativischen und moralisierenden Ausdrücken verbunden.⁶⁸⁷ Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ spricht wiederholt vom sogenannten „Heimatrecht“, aus dem sich weitere Bewahrungs- und Verteidigungstopoi ableiten. Auf eine Erläuterung darüber, um welches konkrete Recht es geht und wie es auszulegen ist, wird in den Primärquellen verzichtet. Die Aussagen lassen daher nur die Vermutung zu, dass die Partei sich auf das Heimatrecht als Teil des Grundrechtekatalogs im Staatsgrundgesetz von 1867 bezieht, das als Vorläufer des modernen Begriffs von Staatsbürgerschaft gesehen werden kann.⁶⁸⁸ Allerdings wird der Begriff auch als Synonym für Ethnie verwendet und seine Bedeutung auf territoriale und kulturelle Merkmale erweitert. Deshalb ist die Heimat ein Sammelbegriff für ethnische, territoriale, kulturelle und historische Merkmale. Diese Metaphorik schließt antagonistische Vorstellungen mit ein.⁶⁸⁹ Wie zum Beispiel in der folgenden Aussage #28/PQ1, die besagt, dass sich „jeder Bürger“ aussuchen kann, welcher Ethnie er sich zugehörig fühlt, sofern sie den verfassungsmäßig anerkannten „Volksgruppen“ entspricht:

„Dieses Recht ist nicht auf die historisch ansässigen Volksgruppen, wie sie unter Abs. 1 als Schutzobjekte des Heimatbegriffes erwähnt sind, begrenzt. Vielmehr ist es jedem Bürger selbst überlassen, ob er sich überhaupt einer ethnischen Gruppe zugehörig fühlt. In weiterer Folge hat jeder Bürger das Recht selbst zu bestimmen,

⁶⁸⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 134/Wahlprogramm 2017/S. 5.

⁶⁸¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 53-**54**, **120**.

⁶⁸² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 15, 22-26, 28, 32, 49, 55-57, 79, 83, 89.

⁶⁸³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 124.

⁶⁸⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 168, 170-171, 174.

⁶⁸⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 146.

⁶⁸⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 49/Programm 2005/S. 9/Artikel 4/Abs. 4.

⁶⁸⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **20-24**, 28, 32, 67, 80, 83, 85, **91-92**, 119, 125, 133, 148, 194.

⁶⁸⁸ Vgl. Hannelore Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. In: (Hg.) Christian Brünner et al., Studien zu Politik und Verwaltung, Band 108. Böhlau Verlag (Wien, Köln, Graz 2014) S. 220.

⁶⁸⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 23 ,25, 28-29, 41, 48.

*welcher Volksgruppe er seiner Identität nach zugeordnet werden möchte. Allerdings kann er aus seinem Volkstumsbekenntnis nur in bezug auf die historisch ansässigen Volksgruppen subjektive Rechte ableiten.*⁶⁹⁰

Die appellativischen und moralisierenden Formulierungen steigern zudem die Emotionalität der Rhetorik. Die Bewahrungs- und Verteidigungstopoi spiegeln ein Bedürfnis nach Wiederherstellung einer bevorzugten demographischen Struktur wider. Einige der genannten Beispiele zeigen dabei primordiale Gesellschaftsvorstellungen. Insgesamt viermal wird die österreichische Gesellschaft explizit als Ethnie definiert.⁶⁹¹ Die regelmäßige Erwähnung der „autochthonen“ Minderheiten und „historisch ansässigen Volksgruppen“ ist eine Besonderheit der „Freiheitlichen Partei Österreichs“. ⁶⁹² Die anderen Vergleichsparteien thematisieren Minderheitenrechte zwar auch, aber nicht in vergleichbarer Häufigkeit. Die bisherigen Aussagen machen deutlich, dass die Vorstellungen von der legitimen Wir-Gruppe mit denen von „Heimat“ deckungsgleich sind. Die FPÖ zeichnet ein Bild von der österreichischen Bevölkerung, das mehrheitlich aus der deutschen Volksgruppe und den verfassungsrechtlich anerkannten autochthonen Volksgruppen besteht. Im Gegensatz dazu gibt es innerhalb der ersten Primärquellengruppe (PQ1) einige Aussagen, in denen die legitime Wir-Gruppe als Willensgemeinschaft beschrieben wird.⁶⁹³

Darüber hinaus werden spezifische Attribute zur Beschreibung der österreichischen Gesellschaft genannt: alt, historisch-ansässig, angestammt bzw. autochthon, gewachsen, verbunden, heimisch, regional, deutsch, ladinisch, kroatisch, slowenisch, slowakisch, tschechisch, ungarisch, österreichisch, christlich und jüdisch, freiheitlich-demokratisch, rechtsstaatlich, gewaltenteilend und bundesstaatlich, stolz, wohlhabend, reich/reichhaltig, vielfältig, bedeutungsvoll, kultureich, humanistisch und musisch oder europäisch.⁶⁹⁴ Das Attribut „österreichisch“ wird insgesamt 35-mal erwähnt. Zumeist wird es in den Namen staatlicher Institutionen genannt (24-mal).⁶⁹⁵ Als Merkmal zur Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe wird es erstaunlich selten genutzt (elfmal) und für die der Partei überhaupt nicht.⁶⁹⁶ Dagegen wird das Attribut „deutsch“ 17-mal verwendet.⁶⁹⁷

Auch der Volksbegriff folgt den genannten rhetorischen Mustern.⁶⁹⁸ In einigen Aussagen wird vom Volkstum oder von Volksgruppen gesprochen. Es gibt aber auch essentialistische Beschreibungen vom Staatsvolk⁶⁹⁹ oder von der „Wesensart des eigenen Volkes“. ⁷⁰⁰ Innerhalb der Datensammlung kommt das Signalwort „Volk“ 46-mal vor. Im Vergleich dazu wird nur 24-mal von „Bürgern“ gesprochen.⁷⁰¹ Nur einmal kommt eine geschlechtsspezifische Formulierung vor („Polizistinnen“). ⁷⁰² In allen Parteiprogrammen wird sonst ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Neutrale Aussagen, die allgemein von Menschen sprechen, kommen zehnmal vor.⁷⁰³ Sie

⁶⁹⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 28/Programm 2005/S. 5/Artikel 3/Abs. 3.

⁶⁹¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 21, 24, 28, 48.

⁶⁹² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 4, 20-28, 41, 48-49, 54-57, 90, 121, 125, 138.

⁶⁹³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **12-15**, 23, 25, 27-29, 41, 48, 51-52, 87-88, 94-95, 133, 137, 184.

⁶⁹⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2, 4, 12-13, 16-17, 20-26, 28, 33, 41, 43, 45-49, 61-62, 64, 66-67, 69, 79-81, 83, 87-98, 101-104, 108-109, 112-122, 125, 127, 133, 138, 140-142, 145, 151, 153-154, 159, 164, 167, 173, 189-190, 192-193.

⁶⁹⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 16, 19, 23, 49, 139, 50-52, 55-56, 62-63, 105, 128, 117, 125, 137, 139, 147-148, 154, 159, 172, 178.

⁶⁹⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 88, 145, 155, 157, 161, 168, 170, 174-175, 181, 183.

⁶⁹⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 17, 20, **23**, 49, 53-56, **64-65**, 80, **90-91**, 120, 153, 157, 175.

⁶⁹⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-4, 12, 14, 20, 22-23, 25-33, 40-41, 43-45, 47-49, 54-57, 80, 86, 88, 90, 112, 121, 123, 125, 133, 138, 140, 143, 180, 189, 191.

⁶⁹⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 3, 40, 90.

⁷⁰⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 29/Programm 2005/S.4/Artikel 3/Abs. 5.

⁷⁰¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 15, 25, 28, 46, 82, 85, 88, 91, 105, 108-109, 114, 132, 136, 145-146, 167, 170, 172, 175-176, 184, 186, 191.

⁷⁰² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 146.

⁷⁰³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 5-**10**, 11, 14, 113, **133**.

stehen vor allem im Zusammenhang mit den Themen „Religion“ und „Familie“. Die Aussage #133/PQ1 zeigt sehr deutlich, dass die FPÖ versucht, ein liberales Gesellschaftskonzept nach innen und ein nationalistisches nach außen zu vermitteln. Sie ist ein gutes Beispiel für die Bedeutungslatenz in der Rhetorik der „Freiheitlichen Partei Österreichs“. Es bleibt undefiniert, was unter „Freiheitsrechten“ zu verstehen ist und in welcher Form sie von der Politik garantiert werden. Besonders auffällig ist außerdem die gemeinsame Erwähnung von Volk und Familie.⁷⁰⁴ Die Kombination dieser Begriffe kommt innerhalb der ersten Primärquellengruppe fünfmal vor. Die Beispiele verbinden den Volksbegriff mit der Vorstellung einer „natürlich gewachsenen Gemeinschaft“. Diese Darstellungen implizieren, dass sich die legitime Wir-Gruppe aus einem homogenen Familienbestand ergibt (primordial), der sich „über Jahrhunderte“ auf dem nationalen Territorium reproduziert (perennial) und vollständig mit der sogenannten „Leitkultur“ assimiliert ist.⁷⁰⁵ Das entspricht einem ethnonationalen Gesellschaftsbild. Historische Diskontinuitäten oder Argumente, die solche Vorstellungen infrage stellen, werden gänzlich ausgeblendet. Die repetierte Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe mittels der „Familie-Volk“-Metapher befördert das Bild von einer „Volksfamilie“, selbst wenn dieser Begriff in den Primärquellen nicht explizit vorkommt.

„Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Politik Berücksichtigung finden müssen. Völker und Volksgruppen haben einen Anspruch darauf, daß ihre Lebensrechte gewahrt werden und die Entfaltung ihrer Eigenart auf friedliche Weise ermöglicht werden.“⁷⁰⁶

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Begriff „Volk“ zur Beschreibung einer exklusiven Gruppe herangezogen wird.⁷⁰⁷ Die Aussagen demonstrieren, dass die nationale Wir-Gruppe sowohl als solidarische Willensgemeinschaft als auch als ethnisch-definierte Abstammungsgemeinschaft beschrieben wird.⁷⁰⁸ Aus der Zugehörigkeit zu ebendieser ergeben sich diverse Rechte und Pflichten, insbesondere die Solidarität als „Bürgerpflicht“. Pluralismus wird explizit nur innerhalb Europas oder im Sinne von nationaler bzw. regionaler Vielfalt begrüßt. Die solidarischen Äußerungen bilden die Minderheit in den Primärquellen, denn gesellschaftliche Vielfalt wird nur unter Vorbehalt begrüßt. Ethnische, kulturelle und territoriale Merkmale grenzen die nationale Wir-Gruppe ein.⁷⁰⁹ Diese Behauptung wird von Aussagen belegt, in denen der sogenannte „Multikulturalismus“ als Bedrohung genannt wird.⁷¹⁰ Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ duldet nur selektive Vielfalt. Innerhalb der 193 Aussagen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ aus der ersten Primärquellengruppe (PQ1) wurden 77 Datensätze als „inklusiv“ markiert. Diese formulieren allerdings keine uneingeschränkte Solidarität mit der nationalen Wir-Gruppe, sondern klare Bedingungen und Voraussetzungen.⁷¹¹ Die „Eigenart Österreichs“ ergibt sich für die FPÖ aus dem Zusammenwirken der „ansässigen Bevölkerung“ und der autochthonen Volksgruppen.⁷¹² Aussagen, die als „inklusiv“ bewertet wurden, betonten den Wert der Rechtsstaatlichkeit und der Neutralität als identitätskonkretes Merkmal. Sie fordern zudem eine direktere Gestaltung der Demokratie.⁷¹³

⁷⁰⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-4, 133, **138**.

⁷⁰⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 62,140; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163-165.

⁷⁰⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 4/Programm 2005/S. 1/Artikel 2/Abs. 5.

⁷⁰⁷ Vgl. Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 17-19, 129-130.

⁷⁰⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-4, **9**, 12, 14, 20, 22-23, 25-**26**, 27-33, 40-41, 43-45, 47-49, 54-57, 80, 86, 88, 90, 112, 121-123, 125, 133, 138, 143, 145-146, 189, 191-192.

⁷⁰⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 4, 9, 12, 14-**15**, 19-20, 22-23, 25-27, 41, 43-49, 59, 115, 119.

⁷¹⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **32**, **67**, 121, 127.

⁷¹¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **15**, 25, 27-28, 52, 59, 88, 97, 104, 109, 145-146, 153, 155, 157, 165, 168, 170-172, 191, 193.

⁷¹² Siehe insbesondere: PQ1 FPÖ Aussagen-ID 26, **102**.

⁷¹³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 25, 50-51, 85, 96, 109, 118, **145**, 148, 184, 189-190, 193.

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ erklärt sich außerdem explizit solidarisch mit Kindern bzw. Jugendlichen, Arbeitnehmer:innen, Pensionist:innen, dem Bauernstand, der Polizei, dem Bundesheer, den Jäger:innen und den Fischer:innen.⁷¹⁴ Diese Auswahl findet weitgehende Übereinstimmungen mit den Vergleichsparteien. Zu den Gemeinsamkeiten der Parteien in diesem Vergleich gehört auch die Verteidigung der nationalen Eigenständigkeit und der Grenzen. Daher will die FPÖ die EU-Außengrenzen besser schützen.⁷¹⁵

Ein Distinktionsmerkmal, das von der Partei häufig zur Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe herangezogen wird, ist das österreichische Kulturerbe oder die österreichische Leitkultur. Was die Partei darunter versteht, wird nur in wenigen Aussagen konkretisiert. Erwähnt werden Sprache (Deutsch), Musik, Kulturdenkmäler, regionale Bräuche und Traditionen.⁷¹⁶ Aus der deutschen Muttersprache ergibt sich für die FPÖ auch eine entsprechende Volksgruppenzugehörigkeit, die es gegen den drohenden Identitätsverlust zu verteidigen gilt. Dennoch wird die staatliche Kunst- und Kulturförderung kritisch betrachtet, da der Verdacht der politischen Instrumentalisierung durch die regierenden Parteien besteht. Aus diesem Grund wird im Parteiprogramm von 2005 abwertend vom sogenannten „Staatskünstlertum“ gesprochen. Die Steuerungsmechanismen der Kunstförderung beschneiden die „Freiheit der Kunst“.⁷¹⁷ Die FPÖ bekennt sich explizit zu Humanismus und Aufklärung.⁷¹⁸ Zweimal werden diese Schlagworte im Zusammenhang mit Bildungs- und Kulturpolitik genannt, dreimal mit Bezug zu Europa bzw. der Europäischen Union. Besonders interessant ist der Umstand, dass diese Ideale direkt aus dem Christentum abgeleitet werden, genauso wie bei der „Alternative für Deutschland“. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ fasst dieses Geschichtsbild unter dem Begriff „Kultur-Christentum“ zusammen.⁷¹⁹ Welchen Beitrag „das Christentum“ zur Entwicklung von Humanismus und Aufklärung geleistet hat, entbehrt jedweder Erläuterung.

Folgendes Zitat belegt, dass durch die Verwendung vager und perennialer Vorstellungen eine scheinbare Kohärenz zwischen willkürlichen Vergangenheitsbezügen hergestellt wird, um politische Positionen zu rechtfertigen:

„Die vom Christentum und der antiken Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas. Darauf beruhen die wesentlichen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung. Die kulturelle Prüfung durch christliche Werte und Tradition umfaßt auch Angehörige nichtchristlicher Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis.“⁷²⁰

Der Bezug zum Christentum spielt für die Identifikation der Partei und der legitimen Wir-Gruppe eine zentrale Rolle.⁷²¹ In den vermeintlich inklusiven Aussagen kommt jedoch eine implizite Höherwertigkeit gegenüber anderen Religionen zum Ausdruck. Das Festhalten an der Trennung von Kirche und Staat wird als Voraussetzung für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft genannt.⁷²² Der liberale Nationalstaat und die europäische Teilidentität werden auf das Christentum zurückgeführt. Das Judentum und nichtchristlichen Religionen sowie die

⁷¹⁴ In den Primärquellen der FPÖ wird für diese Gruppen das generische Maskulinum verwendet. Lediglich in der Aussage #146/PQ1 wird von „Polizistinnen und Polizisten“ gesprochen. Vgl. PQ1 FPÖ Aussagen-ID 61-63, 103, 109, 146, 148, 150, 153, 155, 157, 168, 170-172, 181.

⁷¹⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 13, 44, **50-51**, 81, 83, 85, **88-89**, 95, 108-**109**, 119, 122, 126, 133, 148, 189.

⁷¹⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 16-17, 19, **22**, 25, 34, 62, 64-**66**, 75, 77, 79-81, 90-**93**, 111, **113-116**, 118-120, 123, **125**, 133, **140-141**, 143, 153, 157, 175, 180-181, **189**, 191.

⁷¹⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 1, 68, 136, 156.

⁷¹⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 34, 69, 92, 97, 114, 124; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 21.

⁷¹⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 92.

⁷²⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 34/Programm 2005/S. 6/Artikel 1/Abs. 1.

⁷²¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 35-37, 39-40, 43, **92**, **94**, 134.

⁷²² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 43, 92, 94, 129.

Bekenntnislosigkeit werden ebenso berücksichtigt.⁷²³ Das „Revolutionsjahr 1848“ wird als Ausgangspunkt für die bestehende Glaubens- und Gewissensfreiheit genannt.⁷²⁴ Gleichzeitig wird jede Form des Antiklerikalismus als überholt betrachtet.⁷²⁵ Die FPÖ bezeichnet sich als „ideelle(r) Partner der christlichen Kirchen“. Im Programm von 2005 wird allerdings auch zugegeben, dass sie zu „verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte“ hat.⁷²⁶ Das entsprechende Kapitel darin trägt den Titel „Christentum – Fundament Europas“.⁷²⁷

Bildungspolitisch vertritt die FPÖ ein elitäres Bildungsideal und bevorzugt die Begabtenförderung. Inklusive pädagogische Modelle sowie die Gesamtschule werden abgelehnt und als ideologisch motivierte Indoktrination bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird der Topos des Niveauverlustes bedient. Das kritisierte Bildungssystem wird für den „kulturellen Verfall“ verantwortlich gemacht. Das Abendland-Narrativ und die Freiheits-Metapher begleiten außerdem die Positionen zu Bildungspolitik und Wissenschaft. Die FPÖ betont die Forderung nach „freier Forschung“. Im Gegensatz zu den Vergleichsparteien sind Geistes- und Naturwissenschaften für die FPÖ gleichrangig. Die Aussagen belegen allerdings auch die *selektive Solidarität*, die ebenfalls ein Merkmal aller Parteien darstellt. Der Bildungszugang und die freie Forschung stehen nicht allen gleichermaßen zu. Für fremdsprachige Kinder wird separater Unterricht gefordert. „Bummelstudenten“ oder ausländische Student:innen sollen höhere Studienbeiträge entrichten.⁷²⁸

⁷²³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 34-36, 92.

⁷²⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 82, 134.

⁷²⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 39.

⁷²⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **36**.

⁷²⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 34-39.

⁷²⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 67, **69-75**, 77-78, 110-112, 140, **155-157**, 158-159, 161-162.

BESCHREIBUNG DER SIE-GRUPPE(N)

„Der Reichtum Europas liegt in der Vielfalt seiner Völker und Volksgruppen. Die christlichabendländische Wertegemeinschaft räumt der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit der Völker einen besonders hohen Stellenwert ein (einen höheren als dies in anderen Kulturkreisen der Fall ist).“⁷²⁹

Innerhalb der Aussagensammlung zur FPÖ wurden 77 Datensätze als „inklusive“⁷³⁰ markiert, für 60 davon war allerdings auch das Schlagwort „selektiv“ zutreffend.⁷³¹ Im Vergleich dazu wurden 53 Datensätze mit den Kriterien „negative Sie-Gruppe“⁷³² und 47 „exklusiv“⁷³³ beschlagwortet.⁷³⁴ Zweimal spricht sich die Partei ausdrücklich gegen Diskriminierung aus.⁷³⁵ Dagegen wurden 41 Aussagen aus ihren Partei- und Wahlprogrammen als „diskriminierend“ bewertet. Insgesamt 86 Datensätze beziehen sich auf Feindbilder und Bedrohungen.⁷³⁶ Diese Verteilung bestätigt die Relevanz von Ausschlusskriterien für die Beschreibung der sozialen Kategorien. Interessant ist der Umstand, dass die Beschreibung der negativen Sie-Gruppen mit einer erstaunlichen Klarheit erfolgt. In diesem Sinn kann ein weiteres rhetorisches Merkmal hinzugefügt werden, nämlich die Schwerpunktsetzung auf Ausgrenzungs- und Unterscheidungsstrategien.

Aussagen, die uneingeschränkte Solidarität signalisieren, bilden die Minderheit und beziehen sich auf Individualrechte bzw. auf spezifische Berufsgruppen. Durch die fortwährende Verwendung von Metaphern wie „soziale Heimat“ lässt sich kein uneingeschränktes Bekenntnis zum Sozialstaat erkennen. Die Mehrheit der Aussagen formuliert ein selektives Solidaritätsverständnis. Die FPÖ kritisiert beispielsweise die allgemeine Mindestsicherung für alle in Österreich lebenden Personen und stellt die Europäische Menschenrechtskonvention infrage.⁷³⁷ Zu den negativen Sie-Gruppen gehören vor allem eingewanderte Personen und deren Kinder, also alle ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Darüber hinaus setzt die „Freiheitliche Partei Österreichs“ in ihrer Argumentation auf das Mittel der Vermischung von Migrationsursachen. Zuwanderung nach Österreich wird mit „Einwanderung ins Sozialsystem“ gleichgesetzt und es wird behauptet, dass zugewanderte Personen keine

⁷²⁹ PQ1 FPÖ-Aussagen-ID 43/Programm 2005/S. 7/Artikel 1/Abs. 4.

⁷³⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 3-15, 20-28, 33, 35-37, 40-41, 44, 48-49, 53-54, 56-57, 59, 61-62, 64-65, 67, 70, 80, 87-88, 90-91, 93-97, **102**-103, 110-111, 113, 115-116, 118-120, 122-123, 133-134, 137-138, 143, 145, 154, 163, 166-167, **173**, 175-**176**, 181, 191.

⁷³¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-3, 13-15, 20-28, 36, 40-41, 44, 48-49, 53-54, 56-57, 61-62, 64-65, 67, 70, 80, 90-91, 93-94, 97, 102-103, 115-116, 119-120, 123, 134, 137-138, 143, 166-167, 175-176, 181, 191.

⁷³² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 1, 38-39, 43, 50, 58, 60, 63, 68, 71, 86, 99, 101, 103, 106-107, 109, 119, 121, 126-128, 130-132, 135-136, 143, 146-147, 150, 157, 159-162, 165, 168-172, 174, 178, 180, 183, 185-186, 188, 190, 193-194.

⁷³³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 30-31, 38-39, 58, 71, 104-105, 107, 121, 125-132, 135-136, 146-147, 150, 155-162, 165, 168-172, 174, 177-178, 180, 182, 185-186, 188, 193-194.

⁷³⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 31-32, 38, 43, 58, 60, 84, 100-101, 105, 107, 121, 125, 127, 129, 130-132, 136, 146-147, 150-151, 155, 157, 159-162, 165, 168-172, 174, 178, 180, 185, 188, 194.

⁷³⁵ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 10, 13.

⁷³⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 1, 6, 8, 10-11, 16, 18-19, 26, 31-33, 38-39, 43, 47-50, 58, 60, 63, 67-68, 71, 78, 93-94, 96-97, 99, 101, 103, 106-107, 109, 111-112, 119, 121, 124-132, 135-136, 143, 146-148, 150, 1553, 156-162, 164-175, 176-178, 180, 182-183, 185-186, 188, 190, 193-194.

⁷³⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 137, 169.

finanziellen Beiträge zum Sozialsystem leisten.⁷³⁸ Dennoch bezeichnet sich die Partei als „soziale Heimatpartei“, wie dem Wahlprogramm von 2017 zu entnehmen ist.⁷³⁹

Weitere Disktinktionsmerkmale ergeben sich aus den Aussagen zu Familienpolitik, Geschlechterrollen und Gleichberechtigungsmaßnahmen. In sieben Aussagen wird die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau explizit begrüßt. Die FPÖ fordert zudem die Beseitigung der Lohnunterschiede bei „gleicher Arbeit“.⁷⁴⁰

„Frauen verdienen bei gleicher Arbeit immer noch weniger als Männer. Dieser Missstand muss beseitigt werden. Es kann nur gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“⁷⁴¹

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ bevorzugt ein heteronormatives Ideal für „Familie und Volk“. Nur die Beziehung von Mann und Frau wird als legitime Lebensgemeinschaft anerkannt und als die natürliche Ordnung beschrieben („Keimzelle der Gesellschaft“). Diese sieht eine „geburtenorientierte Familienpolitik“ vor, um eine „funktionierende Gesellschaft“ zu garantieren. Die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wird explizit abgelehnt.⁷⁴² Erwähnenswert ist, dass die FPÖ sich explizit solidarisch mit Alleinerziehenden erklärt und den Wehrdienst für Frauen als freiwillige Option betrachtet.⁷⁴³

Die Aussagen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ formulieren keine unbedingte Solidarität mit Frauen als Teil der nationalen Wir-Gruppe. Frauenförderung, Quotenregelungen und Gender-Mainstreaming werden ausdrücklich abgelehnt. Die Aussagen beziehen sich mehrheitlich auf Gleichstellungsmaßnahmen wie Quotenregelungen und „Alibimaßnahmen wie das Binnen-I“. Als Gegenmodell zur institutionellen „Gleichmacherei“ wird die „gelebte Gleichberechtigung der Geschlechter“ auf freiwilliger Basis angepriesen.⁷⁴⁴ Die Haltung gegenüber Schwangerschaftsabbrüchen wird implizit angedeutet, in dem vom „Respekt vor dem Leben“ gesprochen wird. Außerdem fordert die Partei „Unterstützung von schwangeren Frauen in schwierigen Lebenssituationen“.⁷⁴⁵ In diesem Kontext werden spezifische Glaubenspraktiken und frauenfeindliche äußere kulturelle Einflüsse kritisiert. Die hiesigen patriarchalen Strukturen werden nicht hinterfragt.⁷⁴⁶ Deshalb wird die Neufassung der österreichischen Bundeshymne von der Partei explizit abgelehnt. Im Gegensatz zur „Alternative für Deutschland“ werden Frauen (bzw. ihr Reproduktionsverhalten) von der FPÖ nicht für zahlreiche gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht. Auch die staatliche Kinderbetreuung wird innerhalb der ersten Primärquellengruppe nicht thematisiert. Hinsichtlich der These von der tendenziellen Frauenfeindlichkeit rechtspopulistischer Politik weicht die FPÖ geringfügig von der harten Linie der AfD und der „Republikaner“ ab. Gemeinsamkeiten ergeben sich allerdings aus dem heteronormativen Familienideal, der primordialen Vorstellung von der „Volksfamilie“, der Bevorzugung von geburtenorientierter Familienpolitik, der angedeuteten Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen, der Haltung zu „Gendermainstreaming“ und zur rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

⁷³⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 97, 150, 167, 169-174, 178.

⁷³⁹ Die Freiheitliche Partei Österreichs - Die soziale Heimatpartei. Österreicher verdienen FAIRNESS. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017. FPÖ Bildungsinstitut (Wien 2017).

⁷⁴⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 6, 59, 98, 152, 163, 165-166.

⁷⁴¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 163/Wahlprogramm 2017/S. 13.

⁷⁴² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-4, **59-60, 84**, 91, 100-**101**, 133, 138, 151-152.

⁷⁴³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 15, 60, 100, 108, 151.

⁷⁴⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **98-99**, 164-166.

⁷⁴⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 95, 166.

⁷⁴⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **164-165**, 166.

Die *selektive Solidarität* der FPÖ wird auch in puncto Einwanderung deutlich. Dazu verfolgt die Partei eine stringente Linie und beharrt auf den Standpunkt, dass Österreich kein Einwanderungsland ist.⁷⁴⁷ An diesem Thema wird ersichtlich, wie wichtig die negative Darstellung der Sie-Gruppen für die politische Agitation der Partei ist. Die FPÖ macht sowohl die (jeweilige) Bundesregierung als auch die Europäische Union für einen steigenden „Zuwanderungsstrom“ verantwortlich.

„Eine Politik wird abgelehnt, die sich insbesondere seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union den massiven Vereinheitlichungs- und Nivellierungsbestrebungen zu Lasten der geistigen und kulturellen Substanz Österreichs anschließt.“⁷⁴⁸

Die Europäische Union wird in den Aussagen mit folgenden Eigenschaften beschrieben: massiv, nivellierend, aushöhlend, missbräuchlich, zentralistisch, freiheitsgefährden, unzulässig, schleichend, unkontrolliert, supranational, künstlich, unwillig, freiheitsgefährdend, unzulässig, umstritten, bedrohlich, unnötig.⁷⁴⁹

Europa als „historisch gewachsene“ Willens- und Wertegemeinschaft soll nicht auf die EU beschränkt werden. Deshalb befürwortet die FPÖ das Modell des „Europa der Vaterländer“ bzw. „Europa der Nationen“.⁷⁵⁰ Der so verstandene kulturelle Pluralismus erlaubt die „Wahrung und Entfaltung“ der nationalen Eigenständigkeit und verlangt außerdem „Schutz vor Assimilierungszwang“. Dieser vermeintliche Respekt vor der kulturellen Verschiedenheit und ihrer territorialen Grenzen wird auch als „Ethnopluralismus“ bezeichnet.⁷⁵¹ Deshalb ist für die FPÖ nur der Schutz der „deutschen Minderheiten auf dem Gebiete der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie“ wichtig und die sogenannten „Beneš-Dekrete“ werden kritisiert.⁷⁵²

„Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren, die dem Neutralitätsgedanken zugrunde liegt. Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist.“⁷⁵³

Die europäische Integration wird nur mit Vorbehalt akzeptiert. In der vorliegenden Untersuchung konnte nachgewiesen werden, dass europäische Verträge wie die Schengener Abkommen von allen Vergleichsparteien entschieden abgelehnt und als Zäsuren in deren Erinnerungslandschaften beschrieben werden.⁷⁵⁴ Deshalb fordert die „Freiheitliche Partei Österreichs“ eine Stärkung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Innerhalb dieser Vorstellung von Europa soll Österreich eine vermittelnde Rolle einnehmen. In diesem Zusammenhang werden widersprüchliche Aussagen formuliert. Einerseits bekennt sich die FPÖ zur „friedensfördernden Neutralität“, die Österreich die „Tradition des Vermittelns und des

⁷⁴⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 30-31, 58, 91, 125, 128, 146-147, 153-155, 168, 170-171, 173-175, 180, 193-194.

⁷⁴⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 18/Programm 2005/S. 4/Artikel 4/Abs. 3.

⁷⁴⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 18, 44, 47, 50, 121, 126, 135, 183, 190, 193-194.

⁷⁵⁰ Die ersten Entwürfe eines alternativen „Europakonzepts“ finden sich bereits im „Linzer Programm“ von 1997. Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (Staffordshire 2005) S. 18; Vgl. PQ1 FPÖ Aussagen-ID 40-41, 44, 47-48, 80, 115, 121-122, 128, 190, 193.

⁷⁵¹ Vgl. Vojn Saša Vukadinović, Randbewusstsein. Die Neue Rechte auf der Höhe der Zeit. In: (Hg.) Vojn Saša Vukadinović, Rundgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität. Transcript Verlag (Bielefeld 2022) S. 11; Bauer, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa (Wien 2016) S. 17.

⁷⁵² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 48-49, 124; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 164.

⁷⁵³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 190/Wahlprogramm 2017/S. 51.

⁷⁵⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 147, 190, 193.

Ausgleichs“ einbrachte. Andererseits unterstützt die Partei die europäische Beistandspflicht und eine Angliederung Südtirols an Österreich.⁷⁵⁵

Für die meliorative Beschreibung von Europa wird das Abendland-Narrativ genutzt. Die von der Partei vertretene Vorstellung einer Leitkultur wird dabei auf Europa ausgedehnt. Das Abendland wird mit der christlichen Glaubenslehre gleichgesetzt, ähnlich wie die Begriffe „Demokratie“, „Aufklärung“ oder „Humanismus“. Damit schafft die FPÖ zudem die Grundlage für diverse Bedrohungs- und Verteidigungstopoi, in denen von der „Bewahrung und Fortentwicklung“ der abendländischen Kultur gesprochen wird.⁷⁵⁶

„Das bewußte Bewahren und Fortentwickeln des Wissensstandes ist im besonderen Maße ein Element gerade der abendländischen Kultur. Sie wird in wesensbedingender Weise mitbestimmt vom Entwicklungsgedanken, der bewußt Bisheriges bewahrt und überdenkt sowie zukunftsgestaltend wirkt. Diesem Prozeß unterlag und soll weiterhin jede Art von Wissenschaft unterliegen, und zwar unabhängig von Tagesanforderungen, wenngleich auch diese den Wissensstand voranzutreiben vermögen. Das gesamte verfügbare Wissen auf allen Wissensgebieten hat auf möglichst hoher Ebene auf Dauer verfügbar und abrufbar zu sein. Die Wissenschaften haben sich auch an ihrem fachlichen Eigenwert zu orientieren, um heute die wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten, auf denen in der Zukunft neue Erkenntnisse gewonnen werden können.“⁷⁵⁷

Im Zuge der Gleichsetzung von Migration und Kriminalität werden Forderungen nach strengeren Strafen mit dem „kulturellen Hintergrund“ der „Straftäter“ begründet. Die „Anhebung der Strafunter- und obergrenzen“ wird als adäquate Maßnahme für eine angemessene Bestrafung erachtet.⁷⁵⁸ Im Gegensatz zu den Vergleichsparteien wird keine Verschärfung des Jugendstrafrechts gefordert. In den Primärquellen der FPÖ werden zahlreiche Feindbilder genannt, wie die Bürokratie, die Europäische Union, monopolorientierte Agrarkonzerne, das organisierte Verbrechen, Banden- und Schlepperwesen (speziell aus dem Osten), straffällige eingewanderte Personen, „Kriminaltouristen“, Ausländer, der Multikulturalismus und die Globalisierung, die Türkei, der Islam und „Dschihad-Rückkehrer“, die sogenannte „Asylindustrie“ und „Scheinasylanten“, Großkonzerne und „Finanzjongleure“, „Bummelstudenten“, Osteuropa und die europäische Osterweiterung, Gewalt- und Sexualstraftäter bzw. Häftlinge.⁷⁵⁹ Die Türkei stellt das einzige historische Feindbild der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ dar, das innerhalb der vorliegenden Quellensammlung thematisiert wird. Im Wahlprogramm von 2017 wird ein EU-Beitritt der Türkei abgelehnt und der Abbruch der Verhandlungen gefordert. Außerdem finden sich überwiegend negative und ablehnende Aussagen zum Islam.⁷⁶⁰

Des Weiteren wurden in den Quellen vielfältige Gefahren thematisiert. Zu den wesentlichen Bedrohungen und Gefahren zählen die Atomkraft, der sogenannte „ESM-EFSF-Haftungswahnsinn“, der Missbrauch der Medien, Primärversorgungszentren, Euthanasie und Missbrauch der Medizin, die Gesamtschule und die „Kuschelschule“, Massenuniversitäten, Gewalt, Zwang und Verfolgung, eine EU-Armee, Datenaustauschprogramme, Sekten und Nihilismus. Außerdem werden die folgenden Gegebenheiten als bedrohlich erachtet: Quotenregelungen, Gender-Mainstreaming, Privilegien aufgrund von Religionszugehörigkeit im Gesundheitssystem, ideologische

⁷⁵⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 50, **52-53, 118**, 189.

⁷⁵⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 36-**37**, 40, **43**, 72-75, 77, 93, 115, 123, 189-191.

⁷⁵⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 73/Programm 2005/S. 30/Artikel 1/Abs. 2.

⁷⁵⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 106-107, **147**, 166, **185-186**, 188.

⁷⁵⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 1, 18, 26, 32, 38, 47, 50, 63, 67, 103, 105-107, 121, 126-132, 135, 147, 150, 155, 157, 159-162, 168, 171-172, 174, 178, 180, 185-186, 188, 190, 193-194 und PQ2 FPÖ Aussagen-ID 10, 12-13, 43-44.

⁷⁶⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 38, 127, **129**, 147, **194**; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 10-13, 43.

Indoktrination, parteipolitischer Einfluss im Bildungssystem, Monopole, die Manipulation der öffentlichen Meinung sowie die Mitgliedschaft in Militärbündnissen.⁷⁶¹

Im Zusammenhang mit den diversen Feindbildern und Bedrohungsszenarien werden die Begriffe „fremd“ bzw. „Fremde(r)“ oder „Ausländer“ häufig genannt. Dadurch entsteht der Eindruck, dass alles „Fremde“ stets gefährlich und unheilvoll ist.⁷⁶² Nur wenige Aussagen billigen Migration nach oder aus Österreich. Sie beziehen sich hauptsächlich auf den Arbeitsmarkt und formulieren dazu strikte Bedingungen. Akzeptierte Sie-Gruppen werden mit folgenden Eigenschaften beschrieben: integriert, unbescholten, legal, deutschsprechend, kulturell-verwurzelt, aufrichtig, historisch gewachsen, limitiert, befristet.⁷⁶³

In den Primärquellen der FPÖ wird Vielfalt auch innerhalb der nationalen Wir-Gruppe nur unter bestimmten Umständen geduldet (Arbeitskräfte, Südtiroler:innen und verfassungsrechtlich anerkannte Volksgruppen). Personen und Gruppen, die den bevorzugten Kriterien nicht entsprechen, werden von der Partei mit folgenden Attributen beschrieben: illegal, massiv, unkontrolliert, ungehindert, unbeschränkt, maßlos, minderwertig, radikal, islamisch, hedonistisch, aggressiv, anders, pseudoreligiös, organisiert, fremd, verdrängend, erzwungen, fundamentalistisch, steuergeldfinanziert, unzählig, östlich, patriarchal, billig, nicht leistungsbereit, nicht deutsch.⁷⁶⁴

„Seit der Schengen-Erweiterung und der damit verbundenen Grenzöffnung fahren Kriminaltouristen und organisierte Banden aus dem Osten tagaus, tagein mit österreichischem Diebesgut über die ausgebauten Verkehrswege heim Richtung Osten. Im Zuge der illegalen Massenmigration, des Zustromes an Wirtschaftsflüchtlings und Scheinasylanten, verstärkt seit September 2015, hat Österreich ein massives Problem mit der Ausländerkriminalität, das sich auch in völlig neuen Bedrohungsszenarien wie dem islamischen Terrorismus zeigt.“⁷⁶⁵

Interessant ist der Umstand, dass Asyl und Fluchtbewegungen in den Programmen von 2005 und 2011 kaum erwähnt werden.⁷⁶⁶ Seit der Flüchtlingskrise von 2015 werden auch Asylant:innen mit besonderer Missgunst betrachtet. Ihnen wird grundsätzlich der Tatbestand des „Scheinasyls“ vorgeworfen.⁷⁶⁷ Sowohl die Arbeitnehmer:innen- und Personenfreizügigkeit innerhalb der EU als auch die Fluchtbewegungen werden auf die Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem reduziert und als illegitim betrachtet. Daher wird von einer sogenannten „Asylindustrie“ gesprochen, in der Non-Profit-Organisationen (NGOs) profitieren würden.⁷⁶⁸ Die FPÖ fordert einen gänzlichen Zuwanderungsstopp und die konsequente Abschiebung von „Scheinasyllanten“.⁷⁶⁹ In ihrem Parteiprogramm von 2005 spricht sich die FPÖ für die Einhaltung des Asylrechts aus und verweist auf den Anspruch der so genannten „Heimatvertriebenen“ auf Rückkehr nach Österreich. Eine Erläuterung des

⁷⁶¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 6, 8, 11, 33, 48-50, 71, 78, 93-94, 96, 99, 104, 106, 109, 111-112, 127, 119, 135-136, 143, 146, 148, 153-158, 164-166, 168-169, 176-177, 180, 183, 190, **192-194**.

⁷⁶² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 33, 49, 58, 105, 107, 120, 147, 150, 154-155, 157, 159-162, 171-172, 174, 180, 185, 188.

⁷⁶³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **31, 53**, 58, 91, **125**.

⁷⁶⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 31, 38, 43, 106, 119, 121, 126-127, 130, 146-147, 157, 165, 168-169.

⁷⁶⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 147/Wahlprogramm 2017/S. 11.

⁷⁶⁶ Vgl. Die Freiheitliche Partei Österreichs, Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs „FPÖ echt freiheitlich“. Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg. FPÖ Bildungsinstitut (23.04.2005) S. 5, 9, 12 und Die Freiheitliche Partei Österreichs, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst. Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. FPÖ Bildungsinstitut (16.06.2011) S. 5, 16.

⁷⁶⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 130-131, 147, 178.

⁷⁶⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 130.

⁷⁶⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **33**, 97, 105, **130**, 150, 167-174, 178.

betreffenden Begriffes oder Vertreibungs-Ereignisses bleibt allerdings ausständig. Hier begibt sich die Partei wieder in die *Bedeutungslatenz*, was angesichts des historischen Zusammenhangs als signifikant erachtet wird.

*„Österreich hat aber den aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland ins Bundesgebiet einreisen. Jeder Verfolgte hat aber weiterhin das Recht, sich zu seinem angestammten Volkstum zu bekennen und in seine eigene Heimat zurückzukehren. Insbesondere die zahlreichen Heimatvertriebenen, welche im Verlauf der tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte in ihrem Grundrecht auf Heimat durch gewaltsame Vertreibungsmaßnahmen massiv verletzt wurden, gehen dieses Grundrechtes nicht verlustig und behalten ein Rückkehrrecht in ihre Heimat.“*⁷⁷⁰

Daneben wird sehr häufig von der Bedrohung durch „Massenzuwanderung“ gesprochen.⁷⁷¹ Dieser Begriff wird auch von allen Vergleichsparteien gleichermaßen undifferenziert verwendet und unterschiedliche Probleme werden darauf zurückgeführt (Kombinationsbedrohungen). Diese Gefahr wird für die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht, den Lohndruck und die Teuerung am Wohnungsmarkt. Auf diesem Weg wird Migration als Bedrohung für den sozialen Frieden dargestellt und die Mindestsicherung für alle infrage gestellt.⁷⁷² Die unkontrollierte oder massenhafte Zuwanderung schade auch dem Wirtschafts- und Forschungsstandort. Eingewanderte Personen werden als Konkurrenz dargestellt. In einigen Aussagen wird behauptet, dass Flüchtlinge und „Fremde“ mehr von Sozialleistungen profitieren würden als österreichische Arbeitnehmer:innen, Pensionist:innen, Lehrlinge oder Grundwehrdiener:innen. Zu den negativen Sie-Gruppen gehören auch Osteuropäer:innen, sie werden besonders hervorgehoben.⁷⁷³ Bei der Vergabe von Wohnungen im geförderten oder sozialen Wohnungsbau fordert die Partei eine Bevorzugung von „Einheimischen“ und deutschsprachigen Personen. Immigrant:innen sollen außerdem strenger kontrolliert werden, weniger sozialstaatliche Leistungen erhalten, höhere Beiträge zahlen und Qualifikationen vorweisen. Für ihre Kinder werden eigene Schulklassen gefordert.⁷⁷⁴ Die FPÖ hat klare Vorstellungen davon, welche Gruppen keinen legitimen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Ausschluss aus der legitimen Wir-Gruppe basiert auf Religionszugehörigkeit, sozialem Status, Staatsbürgerschaft bzw. Nationalität, Geburtsland, Muttersprache(n) oder sexueller Orientierung.

Die Gefahr durch „Massenzuwanderung“ geht auch von der Europäischen Union aus, da sie die Außengrenzen nicht ausreichend schützt und die Dublin-Regelungen nicht eingehalten werden. Die FPÖ unterstellt der EU einen „erzwungenen Multikulturalismus“. Damit werden verschiedene Verlustängste wie Freiheits- und Identitätsverlust, „kultureller Verfall“ und Abwertung der „regionalen kulturellen Identität“ verbunden.⁷⁷⁵ Im Zusammenhang mit Multikulturalismus spricht die Partei zudem den Islam oder Terror an, um das Gefahrenpotential zu steigern.⁷⁷⁶

⁷⁷⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 33/Programm 2005/S. 5-6/Artikel 4/Abs. 5.

⁷⁷¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 78, 121, 130, 147, 193-194.

⁷⁷² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 58.

⁷⁷³ Die FPÖ gendert in ihren Programmen nicht. PQ1 FPÖ Aussagen-ID 30-32, 58, 107, 121, 125-128, 130-131, 146-147, 165, **167-169**, 171-175, 193-194.

⁷⁷⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 58, 60, 97, 101-102, 104-**105**, **150**, 154-155, 157, 159-161, 167-171, **172**-176, 178, 180, 186.

⁷⁷⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 67, 121, 127.

⁷⁷⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 38, 127, 129, 132, 147.

„In einer Zeit der Identitätsvernichtung und der Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln im Interesse globaler Großkonzerne und weltweit tätiger Finanzjongleure gilt dem ideellen Engagement für die Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache besondere Achtung.“⁷⁷⁷

Nicht nur die genannten Gefahren, sondern auch ihre Ursachen sind mannigfaltig. In ihren Programmen verweist die FPÖ daher auch auf innere Bedrohungen. Dabei werden auch Österreicher:innen zum Feindbild stilisiert. In der „Feuerrede“ von Ewald Stadler werden die „gnadenlosen Gutmenschen und Tugendterroristen“ für eine „falsche“ Geschichtsdarstellung verantwortlich gemacht, welche die Opfer beider Weltkriege aus „unserem Volk“ nicht würdigen.⁷⁷⁸ Weitere innere Gefahren resultieren aus dem sinkenden Ausbildungsniveau und der ideologischen Indoktrinierung im österreichischen Bildungswesen („Kuschelschulen“). Dies führt zu Jugendarbeitslosigkeit und einem Fachkräftemangel. Die FPÖ übt darüber hinaus Kritik am vorherrschenden hedonistischen Konsumismus und aggressiven Kapitalismus. Als Gefahrenquelle identifiziert die Partei zudem staatliche „Umerziehung, Bevormundungen und Gängelungen“ sowie „totalitäre Umformungen“ der Gesellschaft. Die FPÖ ortet zudem eine politische Einflussnahme auf Medien durch Subventionierungen, welche sie als bedenklich erachten. Zu nennen sind außerdem die Bedrohung durch Medienmonopole, die Mehrklassenmedizin sowie die Förderung von sogenannten „Staatskünstlern“. Des Weiteren warnt die Partei vor Drogenhandel, der organisierten Kriminalität und Sexualstraftätern. Abschließend sind noch Privilegien aufgrund von Herkunft oder Religion sowie die Bevorzugung „eines Geschlechts“ und Gendermainstreaming zu nennen.⁷⁷⁹ Um den vielfältigen Bedrohungen entgegenzuwirken, wird Patriotismus als Verteidigungsstrategie propagiert.⁷⁸⁰

„Das historische und kulturelle Erbe Österreichs berechtigt zu Stolz auf die erbrachten Leistungen, Traditionen und Errungenschaften. Der daraus erwachsene Patriotismus verpflichtet zu einer selbstbewußten österreichischen Politik und zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen.“⁷⁸¹

⁷⁷⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 143/Wahlprogramm 2017/S. 7.

⁷⁷⁸ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163-168/Der Standard/Redaktion, INLAND: Die „Feuerrede“ des FP-Volksanwalts. Sonnwendfeier Seebarn, 21. Juni 2002/<https://www.derstandard.at/story/1001128/die-feuerrede-des-fp-volksanwalts>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁷⁷⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 11, 38, 68, 71, 96, 99, 104, 106, 111, 135-136, 153, 156, 164-165, 176, 180, 182, 185-186, 188.

⁷⁸⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID **16**, 18-19, 67, 119, 121, 127, 180, **190**.

⁷⁸¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 16/Programm 2005/S. 4/Artikel 4/Abs. 1.

KAPITEL 3.B: ANALYSE DER ERINNERUNGSKULTURELLEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

Tabelle 5 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Die Freiheitliche Partei Österreichs‘ (FPÖ)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 FPÖ	PQ2 FPÖ
Datensätze gesamt	974	195	193	76
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	99	76
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	94	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	68	25
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	3	0

VERGANGENHEITSBEZÜGE DER „FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS“ (OHNE ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN VERGLEICHSPARTEIEN)

Aus der Auswertung der Quellen zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) konnten insgesamt 269 Datensätze (DS) generiert werden. Aus der ersten Primärquellengruppe (PQ1) haben sich 193 DS und aus der zweiten (PQ2) 76 DS ergeben. In 175 Aussagen lassen sich Bezüge zur Vergangenheit ausmachen, wobei 93 davon als „vage“ bewertet wurden. Es konnten 44 Zeitinseln und Erinnerungsfiguren identifiziert werden, die keine Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien aufweisen. 94 Aussagen wurden negativ beschlagwortet und drei Datensätze enthalten „abstrakte“ Bezüge.⁷⁸² Die Gegenüberstellung zeigt, dass nahezu die Hälfte der Aussagen aus der ersten Primärquellengruppe der FPÖ keine Vergangenheitsbezüge enthalten, während die rekonstruktiven Aussagen überwiegend vage formuliert wurden. Dieses Verteilungsverhältnis unterstützt die erarbeitete These der *Bedeutungslatenz* als typisches Merkmal der FPÖ-Rhetorik. Der folgende Abschnitt demonstriert, dass sich diese Strategie hinsichtlich ihrer Rekonstruktivität fortsetzt. Es fällt außerdem auf, dass die überwiegende Mehrheit der Vergangenheitsbezüge in der Tabelle 5.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der FPÖ ohne Übereinstimmung“ in der zweiten Primärquellengruppe vorkommt.⁷⁸³ Die Recherchen führten zu einer Auswahl von 76 Datensätzen, die sich durch vorwiegend konkrete Vergangenheitsbezüge auszeichnen. Innerhalb der Datensätze aus PQ2 war das Schlagwort „vage“ nur 25-mal zutreffend. Negative oder abstrakte Bezüge kommen hierin nicht vor.⁷⁸⁴

Die zeitliche Einordnung der konkreten Vergangenheitsbezüge zeigt einen deutlichen Schwerpunkt im europäischen 20. Jahrhundert.⁷⁸⁵ Die Besprechung der vorliegenden Erinnerungslandschaft zeigt, dass es außerdem einen dominanten NS-Cluster gibt. Obgleich die „Freiheitliche Partei Österreichs“ in der ersten Primärquellengruppe (PQ1) darauf verzichtet hat, Bezüge zum Nationalsozialismus herzustellen, lässt sich eine erinnerungskulturelle Affinität nachweisen. Zum 19. Jahrhundert gibt es drei Erinnerungsfiguren (das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, das Lied „Der gute Kamerad“ von Ludwig Uhland aus dem Jahr 1809 und das „Linzer Programm“ von 1882).⁷⁸⁶ Des Weiteren lassen sich einige Vergangenheitsbezüge bereits dem 21. Jahrhundert zuordnen oder weisen eine mehr als eine Epoche umfassende zeitliche Dimension auf.

Der älteste identifizierte Bezugspunkt ist die Wiener Hofburg.⁷⁸⁷ Die Baugeschichte dieses Ortes bzw. Objekts kann bis ins 13. Jahrhundert zurückdatiert werden.⁷⁸⁸ Für die „Freiheitliche Partei Österreichs“ ist diese Zeitinsel allerdings erst ab dem 20. Jahrhundert identitätskonkret. Von 1952 bis 2012 fand in der Wiener Hofburg traditionell der sogenannte „Ball des Wiener Korporationsrings“ (WKR-Ball) statt, ein Festkommers für nationalkonservative bzw. deutschnationale Studentenverbindungen und Burschenschaften.

⁷⁸² Da die drei abstrakten Bezüge mit den Vergleichsparteien übereinstimmen, wurden sie im fünften Kapitel diskutiert.

⁷⁸³ Siehe zweiter Band der Dissertation.

⁷⁸⁴ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb kann die Anzahl der konkreten, vagen und abstrakten Bezüge nicht durch simple Addition erhoben werden. Die Anzahl der rekonstruktiven Datensätze in den Tabellen 2.b und 5 entspricht nicht der Summe der identifizierten Vergangenheitsbezüge (der jeweiligen Kategorie). Eine Erinnerungsfigur bzw. Zeitinsel kann sich auf mehrere Datensätze beziehen und/oder in beiden Primärquellengruppen vorkommen. Außerdem kann eine Aussage mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Diese können ebenfalls verschiedenen Kategorien entsprechen („konkret“, „vage“ oder „abstrakt“).

⁷⁸⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 50-51,65,124; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 1-9, 14-17, 22, 25-26, 28-34, 36-38, 42, 46, 48-49, 51, 163-165, 172, 191-192.

⁷⁸⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 25; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163, 173.

⁷⁸⁷ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 48-49.

⁷⁸⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 52; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 18, 41, 163-164, 166.

„The WKR-Ball has been part of a proud formal ball tradition that has been annually organized during the carnival season for over four centuries. Hosted since 1952, the WKR-Ball is the most contested ball as it serves as a European gathering of far-right-wing political figures in one of the most iconic places of the Austrian Republic. The WKR-Ball is an essential link between institutionalized right-wing politics in Europe, student fraternities (as perpetrators of institutionalized modes of discrimination), and the organized neo-Nazi scene.“⁷⁸⁹

Seit dem Jahr 2013 übernahm die „Freiheitliche Partei Österreichs“ die Organisation und änderte den Titel der Veranstaltung in „Akademikerball“.⁷⁹⁰ Die Berichterstattung in den öffentlichen Medien über den Ball war seit 2008 durch eine kritische Haltung geprägt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie kam es in den Jahren 2020 bis 2022 zu einer Unterbrechung.⁷⁹¹ Die öffentlichen Proteste gegen die Veranstaltung veranlassten Heinz-Christian Strache im Jahr 2012 zu folgenden Äußerungen, die von der Tageszeitung „Der Standard“ dokumentiert wurden.

„Das war wie die Reichskristallnacht‘, empört sich Heinz-Christian Strache zu späterer Stunde, aber wundert das schon, ‚wir sind die neuen Juden‘. Brandanschläge habe es gegeben auf die Burschenschaftlerbuden, erzählt er vor seiner Loge mehreren Ballgästen, ohne dabei zu wissen, dass ein Journalist in der Nähe ist. ‚Wer für diesen Ball arbeitet, der bekommt gleich den Judenstern aufgedrückt‘, sekundierte Klaus Nittmann, Geschäftsführer des freiheitlichen Bildungsinstituts, und klagt über seine Schwierigkeiten, Grafiker für ein Buchprojekt zu finden [...]“⁷⁹²

Das einzige historische Feindbild, das von der FPÖ innerhalb der vorliegenden Aussagensammlung erwähnt wird, ist die Türkei. Sie wird im Kontext der Zweiten Wiener Türkenbelagerung genannt. Die Partei bezog sich im Zuge einer Wahlkampagne für die Wiener Gemeinderatswahlen 2010 auf die Schlacht am Kahlenberg vom 12. September 1683. Die FPÖ bewertet dieses Ereignis als identitätsstiftend für die Genese des Abendlandes.⁷⁹³ Die konkreten Vergangenheitsbezüge lassen sich mehrheitlich der Nationalgeschichte zuordnen, während nur wenige Bezüge zu inter- oder transnationalen Ereignissen bestehen. Die Neutralität stellt ein wesentliches Element des nationalgeschichtlichen Clusters dar, das in den Programmen insgesamt zehnmal Erwähnung findet.⁷⁹⁴ Dieser Vergangenheitsbezug kommt auch in den Quellen der „Schweizerischen Volkspartei“ vor. Obgleich die Neutralität für beide Staaten (Österreich und die Schweiz) auf unterschiedliche Bedingungen zurückzuführen ist und die politische Umsetzung ebenso andersartig ist, wurden sie als identitätsrelevante Erinnerungsfigur berücksichtigt.

⁷⁸⁹ Sabine Knierbein and Angelika Gabauer, Worlded resistance as „alter“ politics. Train of Hope and the Protest Against the Akademikerball in Vienna. In: (Hg.) Jeffrey Hou and Sabine Knierbein, City Unsilenced. Urban Resistance and Public Space in the Age of Shrinking Democracy. Routledge (New York 2017) S. 217.

⁷⁹⁰ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 48-50. Vgl. Cornelia Brantner and Joan Ramon Rodriguez-Amat, New „Danger Zone“ in Europe: Representations of Place in Social Media-Supported Protests. In: International Journal of Communication, Vol. 10/2016. S. 300.

⁷⁹¹ Knierbein and Gabauer, Worlded resistance as „alter“ politics (New York 2017) S. 217-220; Brantner and Rodriguez-Amat, New „Danger Zone“ in Europe (2016) S. 299-314; Vgl. Kurier/Redaktion/jk/tsc, Der Wiener Akademikerball: Warum? Wieso? Wozu? Kurier (3.2.2017). Online: <https://kurier.at/chronik/wien/was-ist-der-wiener-akademikerball-warum-die-aufregung-warum-demonstrationen-was-sagt-alexander-van-der-bellen-dazu/244.585.847>, konsultiert am 03.05.2024.

Eva Reisinger, Akademikerball: Das müsst ihr über Österreichs rechteste Veranstaltung wissen. Die Zeit (21.1.2019). Online: https://www.zeit.de/zett/politik/2019-01/das-muesst-ihr-ueber-oesterreichs-rechteste-veranstaltung-wissen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, konsultiert am 03.05.2024.

⁷⁹² PQ2 FPÖ Aussagen-ID 45-46/Tobias Müller und Der Standard/Redaktion, Der letzte Tanz der „neuen Juden“ in der Hofburg/29.01.2012/Abs. 2-3. Online: <https://derstandard.at/1326504057390/Reportage-Der-letzte-Tanz-der-neuen-Juden-in-der-Hofburg>, konsultiert am 03.05.2024.

⁷⁹³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 194 und PQ2 FPÖ Aussagen-ID 10-13, 43.

⁷⁹⁴ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 50-51, 85, 109, 118, 148, 189-190, 193; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 167.

Auch das Linzer Stadtwappen kommt im Kontext eines gemeinsamen Vergangenheitsbezugs mit der SVP vor. Die Verbindung zur Erinnerungslandschaft der FPÖ ergibt sich aus dem Sujet eines Wahlplakates, das im Jahr 2014 auf der Facebook-Seite der Linzer Sektion veröffentlicht wurde. Dabei wurde ein umstrittenes SVP-Plakat zum Vorbild genommen, das eine Frau im Niqab abbildet. Im Hintergrund wurde das Linzer Stadtwappen eingearbeitet, aus dem sechs schwarze Minarette ragen. Das Plakat wurde mit folgendem Text versehen: „FREMD. 2041 leben in Linz mehr Zuwanderer als Einheimische.“ Die Verwendung dieser Symbolik erfolgte im Kontext des Islam-Feindbilds. Gemäß der Redaktion des Schweizer Nachrichtenportals „Watson“ wurde das Plakat zusammen mit einem PDF-Handbuch veröffentlicht, welches den Titel „Linzer Programm“ trug. In Form eines Forderungskatalogs für eingewanderte Personen wurden darin „fünf elementare Regeln des geordneten Zusammenlebens und Zusammenhalts in unserer Gesellschaft“ formuliert.⁷⁹⁵ In der Berichterstattung wird auf das „Linzer Programm der Deutschnationalen“ Bezug genommen, welches von Georg Ritter von Schönerer am 1. September 1882 veröffentlicht wurde.⁷⁹⁶

Eine weitere wichtige Übereinstimmung zwischen allen Vergleichsparteien ist die häufige Bezugnahme auf Gesetze und Verfassungstexte zur Begründung politischer Standpunkte. Im Parteiprogramm von 2005 wird beispielsweise der Artikel 8 des Bundes-Verfassungsgesetzes erwähnt. Damit wurde Deutsch als offizielle Staatssprache festgelegt. Für die „Freiheitliche Partei Österreichs“ ist dieser Vergangenheitsbezug identitätsrelevant, da er die Zugehörigkeit „der Österreicher“ zur „deutschen Kulturgemeinschaft“ bzw. „deutschen Volksgruppe“ erklärt.⁷⁹⁷ Im selben Programm beruft sich die FPÖ auf das Staatsgrundgesetz aus dem Jahr 1867, um ihre Selbstbeschreibung als Verteidiger:innen des „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats“ zu begründen:

„Dies beinhaltet insbesondere den Auftrag zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, zum Schutz und zur Weiterentwicklung der zivilisatorischen und kulturellen Traditionen im Rahmen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und schließlich den Schutz des Bestandes sowie der kulturellen Identitäten der angestammten (autochthonen) Volksgruppen, wie dies der im Verfassungsrang stehende Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 bereits vorgesehen hat.“⁷⁹⁸

Darüber hinaus sind die Befreiungserzählungen vom Südtiroler Freiheitskampf und dem Kärntner Abwehrkampf zu nennen. Im Jahr 2007 gelangte eine Photographie vom ehemaligen FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache an die Öffentlichkeit, auf der er – gekleidet in der „Wichs“ seiner Burschenschaft – die Finger vermeintlich zum „Kühnen-Gruß“ erhebt.⁷⁹⁹ Dieses Handsymbol ist einschlägig für die rechtsextreme Szene und soll den Buchstaben „W“ darstellen, der als Symbol für Widerstand gedeutet wird. In der Bundesrepublik Deutschland ist der „Kühnen-Gruß“ verboten.

„In diesem Zusammenhang ist der so genannte Widerstandsgruß oder auch ‚Kühnengruß‘ zu nennen. Durch die Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 24. November 1983

⁷⁹⁵ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 172-173.

⁷⁹⁶ Michael *Wladika*, Georg Ritter von Schönerers Radikalisierung zum Rassenantisemiten vom Linzer Programm 1882 bis zur Gründung des „Verbandes der Deutschnationalen“ 1885. In: (Hg.) Armin *Lange*, Kerstin *Mayerhofer*, et al., *Comprehending Antisemitism through the Ages: A Historical Perspective*. Volume 3, De Gruyter Verlag (Berlin, Boston 2021) S. 221.

⁷⁹⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 20-23, 65.

⁷⁹⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 25/Programm 2005/S. 4-5/Artikel 2/Abs. 2.

⁷⁹⁹ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 26, 33-34, 36.

wurde die von Michael Kühnen geführte ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten‘ (ANS/NA) verboten. Die von der ANS/NA verwendete Grußform ist als ein zum Verwechseln ähnliches Zeichen zum ‚Hitler-Gruß‘ zu werten und somit i. S. v. § 86a Abs. 1, 2 S. 2 StGB i.V. m. § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar.“⁸⁰⁰

Strache verteidigte sich gegen diesen Vorwurf und stellte klar, dass es sich hierbei nicht um jenen rechtsradikalen „Kühnengruß“ handle, sondern um den Gruß der Südtiroler Freiheitskämpfer.⁸⁰¹ Die Forderung nach einer Reintegration Südtirols ist ein identitätskonkretes Merkmal der FPÖ. Dieses Restaurationsbedürfnis wird mit dem sogenannten „Selbstbestimmungsrecht“ begründet.⁸⁰²

Zu einer speziellen Erinnerungspraxis gehört auch die Teilnahme an sogenannten „Wehrsportübungen“.⁸⁰³ Dabei handelt es sich um eine Tradition, die auch von deutschen Neonazis wie Thomas Brehl gepflegt wird.⁸⁰⁴ Im Jahr 2007 wurden Fotos von HC Strache veröffentlicht, die ihn beim „Turnen“ im Wald zeigen.

„Auf einem Bild sind die ‚Waldkämpfer‘ in Militärgewand vor einem Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu sehen. Auf einer Seite des Denkmals ist eine Inschrift angebracht: ‚Unsere Helden 1939 bis 1945, jedes Heldengrab ist heilige Erde‘“⁸⁰⁵

Ein gutes Beispiel für die fließenden Übergänge von konkreten zu vagen Vergangenheitsbezügen. In diesem Fall kann das besagte Bildmaterial nur spekulativ mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden, da es sich womöglich doch nur um „harmlose Gotcha bzw. Paintball“-Spiele handelte.⁸⁰⁶ In einer Grundsatzerklärung distanzierte sich HC Strache am 29. Jänner 2007 „in aller Klarheit von den Verbrechen des Nationalsozialismus“ und beteuerte, dass er kein „Neonazi“ war oder sei.⁸⁰⁷ Weitere Vergangenheitsbezüge, die dem NS-Cluster zuzuordnen sind, ergeben sich aus Kontakten von FPÖ-Mitgliedern und Politiker:innen zur rechtsextremen

⁸⁰⁰ BRD: Verbotsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983. Vgl. (Hg.) Bundesamt für Verfassungsschutz, Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Köln 2005) S. 15-16. Auflage vom September 2022 (B-0001). Online: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; (Hg.) Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Landeskriminalamt Sachsen, 3. Überarbeitete Auflage vom September 2019 (Dresden 2019) S. 11. Online: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Rechtsextremistische_Symbole_LFV_2019.pdf, konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁰¹ Originaltext-Service GmbH (OTS), FPÖ: Missverständnis bei Foto-Interpretation OTS0267, 26.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070126_OTS0267/fpoe-missverstaendnis-bei-foto-interpretation, konsultiert am 03.05.2024; Originaltext-Service GmbH (OTS), Kickl, Vilimsky: Und wieder neue Räuberpistolen im Revolverblatt „Österreich“. OTS0243, 26.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070126_OTS0243/kickl-vilimsky-und-wieder-neue-raeuberpistolen-im-revolverblatt-oesterreich, konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁰² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 53-54, 120.

⁸⁰³ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 26, 35-36, 38.

⁸⁰⁴ Nina Horaczek und Claudia Reiterer, HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde. Ueberreuter Verlag (Wien 2009) S. 40 zit. n. Chloe Lachauer, die dunkle Seite Europas. Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? (Marburg 2005) S. 39.

⁸⁰⁵ Horaczek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 47.

⁸⁰⁶ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 22, 36-37, 192; Horaczek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 44, 47-66, 73-74, 76.

⁸⁰⁷ Horaczek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 67; Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), Strache distanziert sich in Grundsatzklärung von allen verbrecherischen und totalitären Ideologien. OTS0126, 29.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070129_OTS0126/strache-distanziert-sich-in-grundsatzklaerung-von-allen-verbrecherischen-und-totalitaeren-ideologien, konsultiert am 03.05.2024.

Szene.⁸⁰⁸ Zum Beispiel war HC Strache aktiv bei der Burschenschaft „Vandalia“, wo er den Namen „Heinrich“ trug.⁸⁰⁹

„Über seine Freunde bei der Vandalia gelangt Strache ins rechtsextreme Milieu. Wann genau diese Kontakte mit verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen stattfanden, ist zwanzig Jahre später nur schwer anhand genauer Daten festzumachen. Fest steht aber, dass Strache in etwa zwischen 1985 und 1992 in dieser Szene verkehrte.“⁸¹⁰

Dazu gehört auch die rechtsextreme „Nationaldemokratische Partei“ (NDP). Sie wurde 1966 von Norbert Burger gegründet und 1989 behördlich „wegen ihrer programmatischen Nähe zur NSDAP“ aufgelöst.⁸¹¹ Burger war einst auch Bundesvorsitzender des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS).⁸¹² Strache galt außerdem als „Ziehsohn“ des ehemaligen Bundesparteibmanns Jörg Haider (Abgeordneter der FPÖ 1979-1999).⁸¹³ Weitere Parteimitglieder wurden aufgrund ihrer politischen Aktivitäten als rechtsextrem beschrieben oder pflegten Verbindungen zu dieser Szene. Ein Beispiel für diese Behauptung ist das Ehepaar Rosenkranz. Horst Jakob Rosenkranz war Spitzenkandidat der Liste „Nein zur Ausländerflut“, die 1990 zur Nationalratswahl in Österreich antreten wollte. Laut dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) wurde diese Gruppe vom Verfassungsgericht als „neonazistisch“ qualifiziert und nicht zur Wahl zugelassen. Eine parlamentarische Anfrage von Bettina Stadlbauer (von 2002-2008 Abgeordnete zum Nationalrat der Partei „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, SPÖ) bestätigt diese Beurteilung.⁸¹⁴ Er war von 1990 bis 2018 zudem als Vorsitzender der Partei „Kritische Demokraten“ verantwortlich für die Zeitschrift „fakten“, die ebenfalls vom DÖW als rechtsextreme Publikation eingestuft wurde.⁸¹⁵ Barbara Rosenkranz war Mitglied der niederösterreichischen FPÖ und zuletzt zwischen 2013 und 2017 FPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat und von 7. August 2017 bis 08. November 2017 ohne Klubzugehörigkeit.⁸¹⁶ Eine Mischung von Bezügen zu konkreten historischen Gegebenheiten und mystischem Ahnenkult stellten die jährlichen „Sonnwendfeiern“ dar, die auf dem Anwesen der Familie Rosenkranz in Seebarn am Wagram tradiert wurden.⁸¹⁷ Sonnwendfeiern sind beliebte Rituale in rechtsextremen Milieus, die eine vermeintliche Verbindung zu „germanischen“ Kulturen und Traditionen herstellen. Diese Praxis deutet daher auf eine primordiale, perenniale und mystifizierende Erinnerungskultur hin. Der Bezug zu Sonnwendfeiern geht auf die Entstehung nationaler Identifikationsmodelle zurück, die bereits im späten 19. Jahrhundert innerhalb der

⁸⁰⁸ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 33-36, 37-39. Vgl. Horacek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 184-195.

⁸⁰⁹ Horacek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 21.

⁸¹⁰ Horacek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 35 zit. n. Gespräch mit Otto Scrinzi vom 11.10.2008.

⁸¹¹ Andre Osterhoff, Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europaparlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten (Münster 1997), S. 219.

⁸¹² Horacek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 12, 36-38.

⁸¹³ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 22, 192.

⁸¹⁴ Anfrage der Abgeordneten Bettina Stadlbauer und GenossInnen an den Bundesminister für Inneres betreffend Auslieferung von Gerd Honsik, 1197/J XXIII. GP vom 05.07.2007, S.1. Zur Verfügung gestellt vom österreichischen Parlament unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/J/J_01197/fname_082598.pdf, konsultiert am 03.05.2024.

⁸¹⁵ Horacek und Reiterer, HC Strache (Wien 2009) S. 78 zit. n. Gespräch mit Heinz-Christian Strache am 29.01.2009; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Erkennen, Rechtsextremismus, Rechtsextreme Organisationen, Kritische Demokraten, fakten, Publikationen: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/kritische-demokraten-fakten/publikationen>, konsultiert am 03.05.2024. Peter Mayr, Ein Rechtsextremer spielt die „Mutterrolle“. Die Politikkarriere von Barbara Rosenkranz macht auch ihren Ehemann Horst Jakob bei den Blauen salonfähig. Der Standard, Printausgabe vom 05.03.2010. Online: <https://www.derstandard.at/story/1267132353720/horst-jakob-rosenkranz-ein-rechtsextremer-spielt-die-mutterrolle>, konsultiert am 03.05.2024.

⁸¹⁶ Vgl. Offizielle Plattform der Republik Österreich, Wer ist Wer, Biografie von Barbara Rosenkranz, Ma: https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_14693/, konsultiert am 03.05.2024.

⁸¹⁷ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 38-39, 40-41, 163-164.

Habsburger-Monarchie auftauchen. Bei diesem Ereignis wird der höchste bzw. tiefste Stand der Sonne im Jahresverlauf gefeiert.⁸¹⁸

„Ewald Stadler, bis zu seinem Machtkampf mit Strache führender FP-Ideologe, verlangte zum gleichen Jahrestag einen enttabuisierten Umgang mit unserer Geschichte, wie dies Horst Mahler in Deutschland getan hat und dafür auch verfolgt worden ist nämlich vom Verfassungsschutz als Neonazi, und pflegte diesen Umgang folgerichtig selbst: Auf einer Sonnenwendfeier der Familie Rosenkranz war er mit den Anwesenden einig, dass Österreich 1945 angeblich von Faschismus und Tyrannei befreit worden ist. Die Familie Rosenkranz besteht (neben den zehn Kindern von Arne bis Sonnhild) aus Horst Jakob Rosenkranz, ehemals Aktivist der verbotenen NDP beziehungsweise einer wegen Wiederbetätigung nicht zugelassenen Liste Nein zur Ausländerflut, und der nunmehrigen NÖ-Landesrätin Barbara Rosenkranz, die man gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Sinne eines Werturteils Kellernazi nennen darf.“⁸¹⁹

Derartige Erinnerungspraktiken stehen im Kontrast zu den Aussagen in den Parteiprogrammen, die mehrheitlich interpretationsoffene und vage Vergangenheitsbezüge formulieren. Aus der Tabelle 5.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der FPÖ ohne Übereinstimmung“ wurden 31 der 44 Erinnerungsfiguren und Zeitinseln dem NS-Cluster zugeordnet. Nur eine Aussage kommt in der ersten Primärquellengruppe (PQ1) vor.⁸²⁰ Darüber hinaus wurden drei internationale Vergangenheitsbezüge identifiziert, nämlich die „AVNOJ-Bestimmungen“, die „Beneš-Dekrete“ und die Amnestiegesetze des Tschechoslowakischen Parlaments vom Mai 1946.⁸²¹ Die deutschsprachigen Minderheiten sind die einzige Gruppe von Enteigneten, Ermordeten oder Vertriebenen, mit der sich die Partei ausdrücklich solidarisiert. Die „Beneš-Dekrete“ stellen einen übereinstimmenden Vergangenheitsbezug zwischen der FPÖ und den „Republikanern“ dar.⁸²² Zum NS-Cluster gehören auch Aussagen zu mehreren Konzentrationslagern. Beispielsweise bekämpfte die FPÖ Erinnerungsinitiativen, die zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit organisiert wurden wie Straßenbenennungen oder die „Steine der Erinnerung“, die seit 2005 in Wien angelegt wurden.⁸²³ HC Strache verteidigte eine Gruppe von Jugendlichen, die einen Holocaust-Überlebenden im Rahmen einer Gedenkfeier des KZ Ebensee mit „Plastikgeschossen und Sieg-Heil-Rufen“ belästigten.⁸²⁴ Weitere Mitglieder der FPÖ wurden mit Verstößen gegen das Verbotsgesetz in Verbindung gebracht.⁸²⁵ Ein besonders prominenter Vertreter der Partei ist der ehemalige Bundesrat John

⁸¹⁸ Karl Banghard, Geahnte Ahnen. In: (Hg) Martin Langebach und Michael Sturm, Erinnerungsorte der extremen Rechten. Edition Rechtsextremismus (Wiesbaden 2015.) S. 61, 73; Nancy M. Wingfield, The Germans' Sonnenwendfeier. In: Centre. Journal for Interdisciplinary Studies of Central Europe in the 19th and 20th Centuries, Issue2/2015, S. 10-12, 30-31.

⁸¹⁹ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 41/Profil/Redaktion, Der Sieger heißt Strache/15.02.2008/Abs. 2. Online: <https://www.profil.at/home/der-sieger-strache-200341>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸²⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 124.

⁸²¹ Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. In: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer 2009, Oldenbourg Verlag (München 2009) 8, 91, 94, 99-100, 133, 199, 265; Hermann Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa. Ein Blick auf historische Zusammenhänge. In: (Hg.) Dierk Hoffmann und Michael Schwartz, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. Oldenbourg Wissenschaftsverlag (München 2009) S. 27-29. Vgl. Offizielle Plattform der Republik Österreich, Parlament aktiv, Plenarsitzung, Bundesrat, Dringliche Anfrage, 1534/J-BR/98, Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen (Beschlüsse des „Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens“ hinsichtlich der deutschen Volksgruppe) vom 13.11.1998. Online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/J-BR/J-BR_01534/index.shtml, konsultiert am 03.05.2024; Ebd., Dringliche Anfrage, 651/A(E), Aufhebung der „Beneš-Dekrete“ und der „AVNOJ-Bestimmungen“ vom 10.4.2022. Online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/A/A_00651/index.shtml, konsultiert am 03.05.2024.

⁸²² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 124, PQ2 FPÖ Aussagen-ID 164 und PQ1 REP Aussagen-ID 510, 513.

⁸²³ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 14-18.

⁸²⁴ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 25/Elisalex Henckel und WELT/Redaktion, Österreichs Rechte machen Politik mit dem Kruzifix/28.05.2009/Abs. 7. Online: <https://www.welt.de/politik/article3820435/Oesterreichs-Rechte-machen-Politik-mit-dem-Kruzifix.html>, konsultiert am 03.05.2024.

⁸²⁵ PQ 2 FPÖ Aussagen-ID 30, 33-34, 36.

Gudenus. Wie die Aussagen #27-32/PQ2 darlegen, wurde er rechtskräftig wegen Wiederbetätigung verurteilt. Mehrere Tageszeitungen berichteten von dem Prozess, bei dem es um Aussagen des Politikers ging, in denen er die „Existenz von Gaskammern im Dritten Reich“ leugnete. In späteren Äußerungen relativierte er diese Ansicht mit dem Argument, dass es Gaskammern nur in Polen und im „Großdeutschen Reich“ gab, nicht aber im „Dritten Reich“.⁸²⁶ Faktenbasiertes Wissen über Geschichte spielt in den Aussagen der FPÖ eine marginale Rolle für die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe. Dieses Beispiel, das große mediale Aufmerksamkeit erlangte, zeigt allerdings, dass einzelne Parteimitglieder beim Thema Nationalsozialismus großen Wert auf detailliertes Geschichtswissen legen. In der medialen Berichterstattung wurde zudem dokumentiert, dass einzelne Parteimitglieder offen mit nationalsozialistischen und/oder neonazistischen Symbolen aufgetreten sind. Diese Beispiele demonstrieren die Diskrepanz zwischen den erinnerungskulturellen Inhalten der Parteiprogramme und den Praktiken in der Öffentlichkeit.⁸²⁷

Nicht alle Erinnerungsfiguren beziehen sich offensichtlich auf den Nationalsozialismus. Einige Beispiele für implizite NS-Bezüge wurden in der „Feuerrede“ von Ewald Stadler genannt (Aussagen #163-168/PQ2).⁸²⁸ In dieser Rede finden sich eine Reihe von konkreten und vagen Vergangenheitsbezügen. Die Tschechische Republik als „Böhmen“ zu bezeichnen, kann als indirekter Vergangenheitsbezug gelesen werden. Stadler bezieht sich zudem auf das Lied „Der gute Kamerad“, welches im Jahr 1809 von Ludwig Uhland vor dem Hintergrund des fünften Koalitionskrieges verfasst wurde. Das passt sowohl zum Restaurationstopos der Reintegration Südtirols als auch zur anti-napoleonischen Haltung, die von den „Republikanern“ tradiert wird. Hervorzuheben sind die Befreiungstopoi, die in der Rede vorkommen. Das Ende von Neoabsolutismus, Austrofaschismus und Nationalsozialismus werden als vermeintliche Befreiung infrage gestellt. In diesem Zusammenhang steht auch der sogenannte „Kärntner Abwehrkampf“ von 1918/19. Dieser wird zum Anlass genommen, um das Gedenken an beide Weltkriege und die gefallenen „Kameraden“ zu pflegen. Deshalb organisierte die FPÖ das traditionelle „Ulrichsbergtreffen“, an dem auch die Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ beteiligt war. Dieser Verein besteht seit 1954 für ehemalige Angehörige der Waffen-SS. Die erinnerungskulturelle Tradierung findet in Form von Symbolen, Erzählungen und als Praxis statt. Organisiert wird diese rituelle Begehung unter anderem von der sogenannten „Ulrichsberggemeinschaft“ (UBG). Ziel dieser Gedenkwanderung ist die „Heimkehrergedenkstätte“, ein Erinnerungsort für die „Opfer der Kriege“. Seit 2009 wird die Veranstaltung nicht mehr vom österreichischen Bundesheer logistisch unterstützt, wodurch sie an Bedeutung verlor und das letzte Mal im Jahr 2018 am Ulrichsberg abgehalten wurde. Danach wurde die Gedenkfeier an andere Orte verlegt.⁸²⁹

Die Vergangenheitsbezüge der FPÖ, die über die Nationalgeschichte hinausgehen, beziehen sich mehrheitlich auf europäische Geschichte bzw. die EU. Dazu gehört die Aussage in der „Feuerrede“ von Ewald Stadler, in der er den Beitritt Österreichs zur EU (1994/95) als Befreiung von der „Selbstständigkeit“ bezeichnete. Außerdem wird

⁸²⁶ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 27-28, 29-32.

⁸²⁷ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 7-9, 51.

⁸²⁸ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163-168. Vgl. Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), „Der Nationalrat verurteilt mit aller Entschiedenheit die Äußerungen von Volksanwalt Ewald Stadler“ Utl: Dringlicher Antrag der Grünen zur Causa Stadler im Wortlaut. OTS0059 vom 9.7.2002, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020709_OTS0059/der-nationalrat-verurteilt-mit-aller-entschiedenheit-die-aeusserungen-von-volksanwalt-ewald-stadler-utl-dringlicher-antrag-der-gruenen-zur-causa-stadler-im-wortlaut, konsultiert am 03.05.2024.

⁸²⁹ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 1-6, 40-42. Vgl. (Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993) S. 105f, 146-151, 242-248, 250-251, 290, 306, 513. Online: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/februar-2020/neue-neonazistische-umtriebe-am-ulrichsberg>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

der Terroranschlag vom 11. September 2001 erwähnt, um die Kritik am „Amerikanismus“ zu platzieren.⁸³⁰ Im Programm von 2005 wird zudem das „Moskauer Memorandum“ von 1955 zweimal im Zusammenhang mit der Neutralität erwähnt. Wie eine Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe durch Vergangenheitsbezüge legitimiert wird, zeigen die folgenden Aussagen:

„Die Neutralität hat sich als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik seit 1955 bewährt und wirkt identitätsstiftend für die 2. Republik. Mit dem EU Beitritt 1995 wurde die Neutralität in Österreich zunehmend weiter ausgehöhlt und droht innenpolitisch als bloßes Alibi mißbraucht zu werden. Der Status der ‚dauernden Neutralität‘ Österreichs wurde 1955 von der Sowjet-Union zur Bedingung für den Abschluß des Staatsvertrages gemacht (‘Moskauer Memorandum’). Die Neutralität war damals das Mittel zum Zweck für die Erreichung der vollen Souveränität und Freiheit Österreichs. Dies zeigt den großen historischen Wert der Neutralität. Im weiteren wurde die Neutralität Österreichs zum bestimmenden und erfolgreichen Faktor der österreichischen Außenpolitik.“⁸³¹

Darüber hinaus sind die „Petersburger Beschlüsse“ zu nennen.⁸³² Dabei handelt es sich vermutlich um den Vertrag zur „Entschließung des Europäischen Parlaments zum 11. Gipfeltreffen“, der zwischen der Europäischen Union und Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg abgeschlossen wurde. In dem Dokument wird die militärische Beistandspflicht gegenüber den EU-Mitgliedstaaten sowie die gemeinsamen Strategien im Umgang mit Russland geregelt.⁸³³ Diesem Vertrag ging die „Petersburg-Erklärung“ aus dem Jahr 1992 voraus.⁸³⁴ In der Aussage #52/PQ1 wird das Wissen um die Zusammenhänge vorausgesetzt, deshalb bleibt diese Zuordnung spekulativ. Außerdem wird regelmäßig vom Abendland oder der abendländischen Kultur gesprochen. Am 12. September 2016 beging die Freiheitliche Akademie Wien eine Gedenkfeier mit dem Titel „Abendland beschützen. Damals wie heute“. Diese Veranstaltung fand anlässlich des 333. Jahrestages der Schlacht am Kahlenberg statt, welche sich am 12. September 1683 ereignete und als Ende der Zweiten Wiener Türkenbelagerung gilt. Im Jahr 2010 berichtete die Tageszeitung „Die Presse“ über die Wahlkampagne der FPÖ, im Zuge derer die Partei ein Comic herausbrachte, in dem HC Strache als Superheld mit Schwert dargestellt wurde. Er fordert darin einen Knaben dazu auf, sich gegen „den Mustafa“ mit einer Steinschleuder zu wehren. In seiner Funktion als Generalsekretär der Partei bewertete Herbert Kickl das Comic als eine Darstellung „alter Sagentexte“. Er betonte, dass die Abbildung des „Mustafa“ nicht als Kollektivbezeichnung für Türken zu verstehen sei, sondern lediglich den „Heerführer der Türken vor Wien“, Kara Mustafa, abbilde. Außerdem wurde das Comic im Wiener Dialekt verfasst, was demonstriert, dass Sprache, Religionszugehörigkeit und Nationalität als primäre Distinktionsmerkmale für die Differenzierung von Wir- und Sie-Gruppen dienen.⁸³⁵

⁸³⁰ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 164-166.

⁸³¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 50-51/Programm 2005/S. 9/Artikel 2/Abs. 1-2.

⁸³² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 52/Programm 2005/S. 10/Artikel 3/Abs. 2.

⁸³³ Vgl. Europäisches Parlament, Entschließungsantrag B5-0236/2003. Eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung von Reino Paasilinna im Namen der PSE-Fraktion zum bevorstehenden Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg. Online:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-5-2003-0236_DE.html?redirect, zuletzt konsultiert am 03.05.2024;

Europäisches Parlament, Entschließungsantrag B5-0234/2003/REV1. Eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung von Charles Pasqua im Namen der UEN-Fraktion zum 11. Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg. Online:

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-5-2003-0234_DE.html?redirect, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸³⁴ (Hg.) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Petersberg-Erklärung des WEU-Ministerrates (Bonn, 19. Juni 1992). Online: https://www.cvce.eu/obj/petersberg_erklarung_des_weu_ministerrates_bonn_19_juni_1992-de-16938094-bb79-41ff-951c-f6c7aae8a97a.html, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸³⁵ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 10-13, 43-44.

Die Beispiele aus PQ2 demonstrieren, dass die FPÖ auch konkrete historische Ereignisse in ihrem Wissensvorrat bereithält. Dies stellt einen bemerkenswerten Stilbruch zur *Bedeutungslatenz* dar, die als rhetorisches Merkmal der Programme identifiziert wurde. Denn die rekonstruktiven Aussagen aus der ersten Primärquellengruppe weisen mehrheitlich vage Vergangenheitsbezüge auf (68 von 99 Datensätzen). Dazu gehört die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe als „Altösterreicher“.

„Angesichts des großen Anteils des alten Österreichs an der gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Geschichte und des hiervon herrührenden kulturellen Erbes ist es legitim, mit Selbstbewußtsein und Stolz auch auf internationaler Ebene aufzutreten.“⁸³⁶

Die angeführten Aussagen #17/PQ1 und #79/PQ1 demonstrieren, wie identitätskonkrete Merkmale mittels vager Vergangenheitsbezüge begründet werden. Es obliegt der Leserschaft zu beurteilen, welche historischen Episoden die Attribute „selbstbewusst“ und „stolz“ legitimieren und was zum „kulturellen Erbe“ zählt. Auf diese Weise wird die typische *Bedeutungslatenz* fortgesetzt. Wer dazu gehört, das ergibt sich aus Merkmalen, die primordial („Verwurzelung“) und perennial („reiche Geschichte“, „kulturelles Erbe“) begründet werden. Obwohl es den Aussagen an konkreter Bedeutung mangelt, werden draus handfeste Konsequenzen gezogen („untrennbar“, „Verantwortung“).

„Unsere Verwurzelung in der reichen Geschichte und in unseren Traditionen ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung, die daraus für die aktive Gestaltung der Zukunft für kommende Generationen erwächst.“⁸³⁷

Außerdem vertritt die FPÖ eine elitenorientierte Bildungspolitik. Die Partei strebt eine Förderung der hochqualifizierten Ausbildung an und beabsichtigt, die Gesamtausbildungszeiten für akademische Berufe zu reduzieren. Daher ist es erforderlich, dass die Universitäten zu den Aufgaben zurückkehren, die sie vor dem „Einsetzen der Massenuniversität“ wahrgenommen haben. Es bleibt jedoch unklar, auf welche Zeiträume sich die Partei bezieht.⁸³⁸

Auch in der „Feuerrede“ von Ewald Stadler sind viele vage Bezüge enthalten. Die Aussagen zeigen, dass der strategische Einsatz der Pronomen „wir“ bzw. „uns“ die Vorstellung der Abstammung von den „Kelten und Germanen“ unterstützen soll. Dies entspricht einem perennialen und primordialen Gesellschafts- und Geschichtsbild. Diese Rede demonstriert zudem, wie die Identifikation des Osteuropa-Feindbildes mittels Vermengung von konkreten und vagen Vergangenheitsbezügen vollzogen wird. Die Forderung nach einer gerechten Geschichtsaufarbeitung zielt darauf ab, den Fokus auf die „anderen“ Opfer zu richten, wodurch auch die Identifikation der Täter verändert wird. Das Bedürfnis nach „Genugtuung für die Fehler der Geschichte“ bringt diese Strategie zum Ausdruck. Die vorgenommene Formulierung vermittelt außerdem, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich erzwungen wurde. Weitere implizite Vergangenheitsbezüge in dieser Rede verdeutlichen das Restaurationsbedürfnis, das der Argumentation zugrunde liegt. Dazu gehört die Behauptung, es entspreche der österreichischen Tradition das „Böse“ in der Welt zu identifizieren. Die bösen Gruppen (Amerika und Israel) geben sich dadurch zu erkennen, dass sie Mauern bauen. Deshalb sollen „die Österreicher“ ihre Rolle der „vergangenen Jahrzehnte“ beibehalten und gleichzeitig zur einer „patriotischen Haltung“ zurückkehren. Um die Wiederherstellung vergangener Verhältnisse zu begründen, wird ein Bedrohungstopos formuliert. Es wird

⁸³⁶ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 17/Programm 2005/S.4/Art. 4/Abs. 2.

⁸³⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 79/Programm 2011/S. 1.

⁸³⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 78/Programm 2005/S. 31-32/Artikel 4/Abs. 3.

behauptet, dass die „Werte unserer Vorväter“, „unser Volk“, „unsere Familien“ und „unsere Religion“ unterdrückt werden. Aus diesen Gründen wird auch zum „Volkserhalt“ und zur „Wehrbereitschaft“ aufgerufen.⁸³⁹

In einem Interview der Tageszeitung „DerStandard“ mit dem damaligen Gerasdorfer Stadtrat Dietmar Ruf wird das Geschichtsverständnis mancher FPÖ-Mitglieder angedeutet. Ruf kritisierte die Beteiligung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) an Straßenumbenennungen zum Gedenken an Opfer der Shoah und des Holocausts als „linkslinches“ Projekt. Er plädierte für eine historische Aufarbeitung, die sich der „gesamten unfreie(n) Zeit“ von 1933 bis 1955 widmet.⁸⁴⁰ Die Aussage #8/PQ1 demonstriert, dass auch die Datensätze kritisch betrachtet werden müssen, die hinsichtlich der Rekonstruktivität negativ beschlagwortet wurden. Dazu gehört das folgende Beispiel:

„Jedem Menschen gebührt grundsätzlich Achtung und Respekt vor seiner Persönlichkeit. Niemand hat das Recht, durch Zwang oder Gewalt die körperliche Unversehrtheit und geistige Integrität des Menschen zu verletzen und dadurch seine Würde anzutasten. Niemand darf nur auf Grund seiner Überzeugungen, Anschauungen und Auffassungen verfolgt werden.“⁸⁴¹

Dass ausgerechnet die Haltung gegenüber Verfolgung und Gewalt an Minderheiten nicht auf der Grundlage einer Erfahrungsgeschichte begründet wird, ist problematisch und deshalb relevant für die Beschreibung der Partei. Auch die Aussage #53/PQ1 wurde als bedenklich erachtet. Darin fordert die FPÖ die „Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler“. Für diese Analyse ist das Beispiel interessant, da sich der Vergangenheitsbezug im Verb „bleiben“ ausdrückt. Die Formulierung suggeriert einen impliziten Vergangenheitsbezug, der identitätskonkret ist und außerdem auf das Restaurationsbedürfnis hinweist. Auch das Feindbild „Gesamtschule“ und die Bedrohung durch „ideologische Indoktrination“ wird auf diese Weise begründet. Es gibt keinen offensichtlichen Vergangenheitsbezug. Trotzdem wird von einer bildungspolitischen Zäsur gesprochen, die als Grund für die Bedrohung angeführt wird.⁸⁴² In den Aussagen #70/PQ1 und #156/PQ1 bekennt sich die Partei zum Leistungsprinzip der Bildungseliten. Welche Eliten für die „erreichte wirtschaftliche und kulturelle Stellung in der Welt“ verantwortlich sind, bleibt ungeklärt. Aus diesem negativen Vergangenheitsbezug leitet die Partei ihre Forderung nach Begabtenförderung ab und begründet damit ihre *selektive Solidarität*.

⁸³⁹ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163, 165, 167-168 / Der Standard/Redaktion, INLAND: Die „Feuerrede“ des FP-Volksanwalts. Sonnwendfeier Seebarn/21. Juni 2002/Abs. 1/1, 1/6. Online: <https://www.derstandard.at/story/1001128/die-feuerrede-des-fp-volksanwalts>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁴⁰ PQ2 FPÖ-Aussagen-ID 16-17.

⁸⁴¹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 8/Programm 2005/S. 2/Artikel 2/Abs. 1.

⁸⁴² PQ1 FPÖ Aussagen-ID 70, 156, **158**.

KAPITEL 4: DIE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

KAPITEL 4.A: ANALYSE DER IDEOLOGISCHEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“⁸⁴³

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	71	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	955	276	190	139	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	326	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	223	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

⁸⁴³ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb entspricht die Summe der Datensätze nicht der Anzahl der ermittelten Kriterien.

BESCHREIBUNG DER WIR-GRUPPE(N)

„Die SVP kämpft für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz ist Sorge zu tragen. Die SVP steht zur Schweizer Qualität und kämpft für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.“⁸⁴⁴

Die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP) beschreibt sich selbst als wirtschaftsliberal und als Interessensvertretung der „Leistungswilligen“ und der „Tüchtigen“. Die Forderung nach „mehr Markt“, weniger Staatsausgaben und „weniger Intervention und Filz“ ist der Partei ein besonderes Anliegen. Sie ist die einzige Vergleichspartei, die explizit wohlfahrtsskeptisch ist und die Finanzierung von Sozialleistungen aus allgemeinen Steuermitteln grundsätzlich infrage stellt.⁸⁴⁵ Die SVP begründet dieses identitätskonkrete Merkmal stets rekonstruktiv, indem sie ihre Kritik an der „Umverteilung“ staatlicher Mittel mit Sozialismus und Planwirtschaft gleichsetzt. Die nachstehenden Aussagen demonstrieren dies deutlich. Als Folge dieser Haltung werden die „Linken“, die „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“ (SP), die „Grünen“ und sogenannte „Hilfswerkler“ als Feindbilder betrachtet. Demgegenüber erklärt sich die „Schweizerische Volkspartei“ dezidiert solidarisch mit dem Bürgertum als staatstragende gesellschaftliche Kategorie.⁸⁴⁶ Auch darin unterscheidet sich die SVP von den anderen Vergleichsparteien.

Die „Schweizerische Volkspartei“ betont auch mehrfach, dass sie die „Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur“ verteidigt sowie den Schweizer „Wohlstand“ und die „Freiheit“. Die „protestantische Arbeitsethik“ und der „katholische Subsidiaritätsgedanke“ werden als besondere Eigenschaften der Partei und der nationalen Wir-Gruppe hervorgehoben. Diese Selbstbeschreibung wird von vagen Vergangenheitsbezügen begleitet. Die Gleichsetzung von Demokratie und Christentum ist ein übereinstimmendes Merkmal aller Vergleichsparteien. Die Aussagen demonstrieren, dass auch diese Partei ein perenniales Geschichtsbild aufweist. Mehrere identitätskonkrete Merkmale werden auf vage und abstrakte historische Begebenheiten zurückgeführt, dazu gehört der Bezug zur europäischen Antike und zur „Schöpfungsgeschichte“. Hier finden sich Gemeinsamkeiten zur den Vergleichsparteien, allen voran zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) und zu den „Republikanern“ (REP).⁸⁴⁷ In der Aussage #764/PQ1 drückt die SVP eine sozialgerechte Haltung aus, ohne sich dabei an das Feindbild der „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“ (SP) bzw. der „Linken“ anzunähern.⁸⁴⁸ Dieses Beispiel weist zudem auf eine Besonderheit hin, denn nur die „Schweizerische Volkspartei“ belegt einige ihrer Behauptungen und Standpunkte mit Quellenangaben. Dies ist mitunter auf Volksinitiativen und Abstimmungen zurückzuführen, die von der SVP erfolgreich angestoßen oder durchgesetzt wurden. Einige davon sind als konkrete

⁸⁴⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 884/Programm 2015-2019/S. 22.

⁸⁴⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 625, 629, 631-632, 634-635, 652, 657, **663**, 708, 745-746, 753, **761**-762-764, 777, 788-790, 862, 868-869, 881, 884-886, 888, **894**, 921, 966.

⁸⁴⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 743, 851.

⁸⁴⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 966.

⁸⁴⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 764.

Vergangenheitsbezüge relevant für die vorliegende Analyse.⁸⁴⁹ Darüber hinaus bringt die SVP auch Statistiken und Diagramme von diversen staatlichen Institutionen in die Programme ein oder Aussagen von Persönlichkeit des öffentlichen Lebens bzw. von Parteimitgliedern.⁸⁵⁰ Nicht alle Quellenangaben sind tatsächlich nachweisbar, was der Glaubwürdigkeit der genannten Zitate bzw. Angaben nicht zuträglich ist. Dennoch ist diese Vorgehensweise ein Unikum innerhalb des Vergleichs.

Die „Schweizerische Volkspartei“ hebt sich außerdem durch ihre Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Formulierungen ab. Innerhalb der 352 Datensätze zur SVP aus PQ1 enthalten 67 Aussagen den Begriff „Bürger“ oder „Bürgerin“.⁸⁵¹ Darin werden Frauen beispielsweise als „Schweizerinnen“ 31-mal angesprochen.⁸⁵² Vom „Menschen“ im Allgemeinen wird insgesamt achtmal gesprochen.⁸⁵³ Diese Begriffshäufigkeitsverteilung ist ein Spezifikum innerhalb des Vergleichs. Die vorliegende Quellenauswahl zeigt, dass Frauen in den Aussagen der SVP häufiger als Teil der legitimen Wir-Gruppe einbezogen werden als bei den anderen Parteien.⁸⁵⁴ Diese Berücksichtigung wird jedoch nicht konsequent durchgehalten. Für Kollektivbezeichnungen und Gleichsetzungen wie „Steuerzahler“, „Unternehmer“ oder „Politiker“ wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Das gilt vor allem für die Beschreibung der diversen Feindbilder wie der „Staatsprofiteure, Umverteiler und Sozialschwätzer“.⁸⁵⁵

Der Volksbegriff kommt mit großer Häufigkeit vor, nämlich 92-mal innerhalb der 352 Datensätze aus PQ1.⁸⁵⁶ Es finden sich durchaus essentialistische Formulierungen (z.B.: die Volkskultur⁸⁵⁷, der Volkswille⁸⁵⁸, das Volk als höchste Instanz⁸⁵⁹, das Volk als Träger von Rechten⁸⁶⁰, das Volk als Souverän⁸⁶¹), dennoch wird die Darstellung einer primordialen Stammesgemeinschaft vermieden. Dieser Umstand weist auf die *Innuendo*-Strategie der Partei hin. In den vorliegenden Parteiprogrammen finden sich Aussagen, die antagonistische Vorstellungen von Abstammungs- und Vertragsgesellschaften gleichzeitig andeuten. Die „Schweizerische Volkspartei“ demonstriert einen reflektierten Umgang mit dem Begriff „Volk“. Interessant ist die Hervorhebung durch Anführungszeichen in der Aussage #636/PQ1, die aus der Schweizer Bundesverfassung zitiert und die nationale Identität rekonstruktiv begründet. Darüber hinaus stellt die Vorstellung von einer perennialen republikanischen Tradition und die

⁸⁴⁹ Zum Beispiel die „Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“, die Eidgenössische „Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“, die Eidgenössische Volksinitiative „zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“, die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ oder die Eidgenössische Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten (Minarett-Initiative)“.

⁸⁵⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 638, 644, 646, 672, 674, 689, 696, 703, 706-707, 710, 716, 725-726, 728, 739, 741, 761-764, 773, 776, 781, 783-784, 788-791, 794-795, 797, 804-806, 811, 820, 825, 849, 949.

⁸⁵¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 629, 634, 637-638, 645, 648-649, 662, 669-670, 680, 688, 702, 709-713, 720-721, 733, 743, 750, 767, 770, 778-779, 788, 790, 797, 800, 805-808, 848, 851, 854, 862, 865, 868, 877-878, 889, 892-894, 896, 901-903, 906, 912-913, 919, 926, 928-929, 936-937, 947, 950, 954, 960, 964-965, 971.

⁸⁵² PQ1 SVP Aussagen-ID **629**, 634, 640, 649, 670-671, 713, 715, 749-750, 756, 767, 770, 779, 801, **803**, 807, 813, 815, 850, 862, 865, 868, 870, 877, 889, 892-893, 928, 937, 971.

⁸⁵³ PQ1 SVP Aussagen-ID 679, 723-724, 797, 843, 917, 966, 968.

⁸⁵⁴ Im Vergleich dazu werden Frauen von der AfD drei Mal explizit angesprochen (PQ1 AfD Aussagen-ID 266, 401, 418), von der FPÖ einmal (PQ1 FPÖ Aussagen-ID 146) und den REP auch einmal (PQ1 REP Aussagen-ID 486).

⁸⁵⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 651, **688**, 720, 857, 872, 894, 919, 926, 929, 960, 965.

⁸⁵⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 634-**636**, 640, 645, 651, 655, 659, 662, 666, 690-703, **706**-707, 714, 720, 723, 727, 732-734, 737, 739, 749-750, 753-754, 758-759, 766-**767**, 770-771, 777, 782-783, 788, 790, 792, 797, 801, 803, 807, 810-811, 815-816, 821, 825-826, 829, 833, 836, 838, 840, 843, 848-850, 856, 866-868, 870, 872, 874, 877-879, 896, 898, 901-902, 904, 906, 909, 913, 920, 28, 932, 935, 943, 948, 951, 958, 961, 964, 971, 974.

⁸⁵⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 732, 734, 838, 961.

⁸⁵⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 792, 928.

⁸⁵⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 750, 777.

⁸⁶⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 754, 771, 877.

⁸⁶¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 766, 872.

Hervorhebung ihrer „historischen Diversität“ eine Besonderheit dar. Hier zeichnet sich ein starker Gegensatz zu den anderen Vergleichsparteien ab. Die Quellen der „Schweizerischen Volkspartei“ sind sorgfältig strukturiert. Sie arbeiten mit Statistiken, Diagrammen und Bildern, um die politischen Erfolge der Partei in den Programmen zu dokumentieren. Dazu gehören beispielsweise die Ergebnisse aus Abstimmungen und Initiativen, die als konkrete Vergangenheitsbezüge zur Stärkung der eigenen Legitimität herangezogen werden.⁸⁶² Außerdem werden häufig Parteimitglieder und Personen aus der nationalen und internationalen Politik, Wissenschaft und Kultur zitiert.⁸⁶³ Einige der Abbildungen und Zitate fallen allerdings aufgrund ihrer diskriminierenden und rassistischen Andeutungen auf. Sie zielen eindeutig darauf ab, fremdenfeindliche Positionen mittels fragwürdiger „Fakten“ zu legitimieren.⁸⁶⁴ Im Besonderen sind die Abbildungen zu nennen, die in den folgenden Aussagen beschrieben werden:

SVP Abbildung i



SVP Abbildung i: „Das Foto zeigt zwei Frauen in Rückenansicht. Beide sind traditionell muslimisch gekleidet und tragen Kopftücher. Sie bewegen sich auf einer gepflasterten Straße von der Kamera weg. Die im Hintergrund zu sehende Geschäftsfassade lässt den Ort erkennen. Es handelt sich um das Traditionsunternehmen 'E. Braun & Co' am Graben in Wien. Abbildung (Text): Sind wir bald Fremde im eigenen Land?“⁸⁶⁵

SVP Abbildung ii: „Bei der Abbildung handelt es sich um eine Grafik im Comicstil. Dargestellt sind fünf Hände mit unterschiedlichen Hautfarben, die nach Schweizer Pässen in einer Holzkiste greifen. Der Hintergrund ist im oberen Bildteil schwarz. Der untere Bildteil ist weiss, damit der Text gut lesbar ist. Abbildung (Text): Masseneinbürgerung? 2xNein zu den Einbürgerungsvorlagen.“⁸⁶⁶

SVP Abbildung ii



Im Kapitel „Asylpolitik“ des Parteiprogramms zur Legislaturperiode von 2011-2015 beruft sich die Partei mitunter auf Statistiken der UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*) und des Schweizer Bundesamts für Migration, um ihre Auffassung vom legitimen Asylrecht zu stützen. Es gibt allerdings keinen Hinweis darauf, dass die Quellen ihre Einschätzungen bzw. die von ihnen genannten Vergleichswerte tatsächlich belegen. Darin befindet sich auch eine Abbildung, deren Selektion und Platzierung als diskriminierend bewertet wird („SVP Abbildung iv“).⁸⁶⁷ Sie zeigt einen Mann (Black and People of Color, BPoC), der entspannt auf einer Uferbrüstung liegt. Es wurde im Unterkapitel „Schluss mit den Scheinasylanten“ platziert und darunter befinden sich die Überschriften „Zu lange Verfahren“ und „Gerichte und Härtefallkommissionen als Ärgernis“ sowie die Aussage #792/PQ1, in der die „Sozialarbeiter, Hilfswerker und Asyljuristen“ als „Teil des Problems“ beschrieben werden. Die SVP wirft den „Gerichtsinstanzen“ vor, dass sie die „Auslieferung mutmasslicher Krimineller“ vorsätzlich

⁸⁶² PQ1 SVP Aussagen-ID 631, 697, 764, 800, 803, 906,913,918,928.

⁸⁶³ PQ1 SVP Aussagen-ID 638, 644, 646, 661, 672, 681, 696, 716, 728, 739, 741, 755, 761, 773, 776, 781, 791,799,809, 824, 846.

⁸⁶⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 709, 726, 790, 793-794, 802, 849, 861, 904, 908, 916, 944.

⁸⁶⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 704/Wahlprogramm 2007-2011/S. 44. Die Urheberschaft der Abbildung wird in der Primärquelle nicht erläutert (Bildquelle oder Fotograf:innen).Die Abbildung ist dennoch wichtig, da sie der Erkennbarkeit der Behauptung über die Partei dient. Das Bildzitat ist daher notwendig, um die Behauptung zu belegen und zu verstehen.

⁸⁶⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 709/ Wahlprogramm 2007-2011/S. 46.

⁸⁶⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 793/Wahlprogramm 2011-2015/S. 49. Die Urheberschaft der Abbildung wird in der Primärquelle nicht erläutert (Bildquelle oder Fotograf:innen). Das Bildzitat ist dennoch notwendig, um die Behauptung zu belegen und zu verstehen.

verhindern und beklagt einen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts von 2005, nachdem „Dienstverweigerer aus dem afrikanischen Eritrea“ nicht ausgeliefert werden dürfen.⁸⁶⁸



Im Folgekapitel „Ausländer: Zuwanderung bremsen“ ist ein Zitat von der SVP-Nationalrätin Yvette Estermann zu lesen, in dem sie kriminelle Einwanderer mit „faulen Tomaten“ gleichsetzt. Interessant ist, dass es der Partei wichtig war, das Geburtsland von Frau Estermann zu erwähnen. Ihre Migrationshistorie dient der Legitimation ihrer kritischen Haltung gegenüber „Ausländern“.⁸⁶⁹ Im Parteiprogramm für die Legislaturperiode 2015-2019 befindet sich im Kapitel „Asylpolitik“ eine Abbildung, die ebenfalls aufgrund der Kontextualisierung als rassistisch bewertet wird. Unterhalb der Überschrift „Asylchaos endlich beenden“ befindet sich die Aussage #915/PQ1 und darüber die Abbildung, die in Aussage #916/PQ1 („SVP Abbildung iii“)⁸⁷⁰ beschrieben wird:

„Das Chaos im Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge haben dazu geführt, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Gesuchen pro Einwohner. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und Unterbringungsproblemen führt, den Kampf an.“

„SVP Abbildung iii: Bei der Abbildung handelt es sich um eine Grafik im Comicstil. Sie zeigt einen Mann, der von Willy, dem Wachhund-Maskottchen der SVP (einem Berner Sennenhund), zu Boden geworfen wird. Der überwältigte Mann hat einen schmerzverzerrten Gesichtsausdruck, trägt einen schwarzen Oberlippenbart und hat schwarze Haare. Darüber ist folgender Bildtext zu lesen: WILLY MEINT: DEN SCHLEPPERN DAS HANDWERK LEGEN!“⁸⁷¹

Die *Innuendo-Strategie* beschreibt das Geschick der „Schweizerischen Volkspartei“, einerseits eine liberale und pluralistische Haltung auszudrücken und andererseits rassistische oder diskriminierende Deutungen zwischen den Zeilen zu transportieren.⁸⁷² Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, dass auf die Darstellung der Schweizer Bevölkerung als primordiale Abstammungsgesellschaft verzichtet wird. Attribute wie „ethnisch“, „autochthon“, „organisch“ oder „natürlich“ kommen in den Primärquellen der SVP nicht vor. Dagegen wird die Schweizer Bevölkerung in 32 Aussagen eindeutig als „Zweckverband“, Willens- oder Vertragsgemeinschaft beschrieben.⁸⁷³ Diese zeigen zudem, dass der Rückgriff auf die Vergangenheit auch für nicht-völkische Gesellschaftsvorstellungen relevant ist. Die Formulierungen weichen grundsätzlich von der Beschreibung einer ethnonationalen Abstammungsgesellschaft ab. Gleichzeitig erlaubt es die *Innuendo-Strategie* dieselbe nicht

⁸⁶⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 788, **791-793**.

⁸⁶⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 799.

⁸⁷⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 916/Programm 2015-2019/S. 36.

⁸⁷¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 915-916/Programm 2015-2019/S. 36.

⁸⁷² Vgl. PQ2 SVP Aussagen-ID **119**/Richard Herzinger und Welt/Redaktion, Schweiz: Wilhelm Tell in den Zeiten der Globalisierung/22.10.2007. Online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6070363/Schweiz-Wilhelm-Tell-in-den-Zeiten-der-Globalisierung.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

⁸⁷³ PQ1 SVP Aussagen-ID 632, 633, 635-**637**, 651, 691, 692, 711, 712, 721, 740, 753, 766-767, 777, 780, 801, 803, 811, 824, 840, 844, 865, 867, 868, 869, 872, 873, 874, 893, 963.

explizit bzw. eindeutig abzulehnen. Basierend auf der vorliegenden Primärquellensammlung wird die legitime Wir-Gruppe als historisch ansässig beschrieben. Außerdem wird eine gezielte und kontrollierte Einwanderung präferiert. Damit wird die Heterogenität der nationalen Bevölkerung weder vorbehaltlos abgelehnt noch begrüßt. Die Exklusivität der nationalen Wir-Gruppe besteht aus der Kombination von Abstammung und Auslese. Damit bestätigt die „Schweizerische Volkspartei“ zwei Thesen von Jan Werner Müller, die er als Merkmal rechtspopulistischer Parteien erarbeitet hat, nämlich die Konstruktion einer exklusiven Gruppe und das Recht für diese zu sprechen (imperatives Mandat). Es ist jedoch entgegenzuhalten, dass die „Schweizerische Volkspartei“ nicht antipluralistisch oder antielitär ist, sondern die historische Diversität der legitimen Wir-Gruppe sowie die Elitenförderung verteidigt.⁸⁷⁴ Einige der genannten Vergleichskriterien des rechten Nationalismus, wie beispielsweise Primordialismus und ethnonationale Gesellschaftsvorstellungen, sind für die Aussagen der SVP nicht zutreffend. Dennoch wird „Traditionsidentität“ durchwegs rekonstruktiv begründet und weist auf ein perenniales Geschichtsverständnis hin, das mitunter durch Gründungsmythen und Nationalsymbole legitimiert wird. Zu den prominentesten Beispielen gehört das Schweizer Messer⁸⁷⁵, die Schweizer Bundesfahne⁸⁷⁶, das Kruzifix⁸⁷⁷, das Schweizer Bundeshaus⁸⁷⁸, die ETH⁸⁷⁹ in Zürich, der „Bundesbrief von 1291“⁸⁸⁰, die Kappeler Milchsuppe⁸⁸¹, der Rütlichswur⁸⁸² und die fiktive Figur des „Wilhelm Tell“.⁸⁸³ Die Primärquellen der SVP belegen daher ebenfalls eine Vermischung von konkreten, vagen und fiktiven Vergangenheitsbezügen. Die symbolträchtigen Gründungsnarrative spielen eine wichtige Rolle für die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe, die in den Quellen zur „Schweizerische Volkspartei“ überwiegend als „Zweckverband“ dargestellt wird. Dieser Umstand wird als besonderes Distinktionsmerkmal hervorgehoben. Die republikanische Tradition wird mit der Vorstellung einer historisch-demokratischen Vertragsgesellschaft und der Metapher vom Schweizer Sonderfall gleichgesetzt.⁸⁸⁴ Auf dieser Basis betrachtet die SVP den Nationalstaat und seine territoriale Einheit als legitime historische Form.⁸⁸⁵ In der Aussage #757/PQ1 werden die historischen Feindbilder der „Monarchie“ und „Diktatur“ erwähnt. Damit ist insbesondere die Habsburger-Monarchie gemeint. Zum Sonderfall gehört auch die Darstellung der Schweizer Gesellschaft als bäuerliche Résistance. Der Schweizer Soziologe Kurt Imhof fasste diese Charakteristik wie folgt zusammen:

„Dies gilt insbesondere für die Herrschaftsmythologie, die einen *bäuerlichen Ursprung* der Eidgenossenschaft imaginiert, und es gilt für die mit dieser Mythologie direkt verbundene Bedrohungssemantik: Die schweizerische Herkunftsmythologie ist mit Bauernbünden, Burgenbruch, Morgarten, Winkelried verknüpft, d.h. ad fontes mit Bedrohungen *von oben* und *von aussen*. Es ist eine Herkunftsmythologie des gemeinsamen Kampfes föderierter Gemeinwesen in Gestalt von bäuerlichen Talschaften um Freiheit und Recht (Sablonier und Weishaupt, 1991). Nicht der Adel oder das Patriziat, teutonische Urgötter und –göttinnen, Jungfrauen, Heilige

⁸⁷⁴ Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 17-19, 26, 45-46, 129-130.

⁸⁷⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 641.

⁸⁷⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 628, 641, 648, 843, 965.

⁸⁷⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 686, 908.

⁸⁷⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 642, 654, 752, 809.

⁸⁷⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 719.

⁸⁸⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 747, 751.

⁸⁸¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 755.

⁸⁸² PQ2 SVP Aussagen-ID 143, 178.

⁸⁸³ PQ2 SVP Aussagen-ID 117.

⁸⁸⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 635, 639, 645, 647, 753-754, 757, 770, 865, 868, 877; PQ2 SVP Aussagen-ID 117.

⁸⁸⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 643, 645, 647, 685, 756-757.

und/oder Sprachgemeinschaften bilden die Genesisfiguren der Eidgenossenschaft, sondern sich zusammenrottende Bauern, vereinte Talschaften, föderierte Orte. Die auf dem ganzen europäischen Festland vorkommenden Bauernrevolten flossen inklusive Burgenbruch nur in der spezifisch schweizerischen Nationalmythologie mitsamt den europäischen Bauernkriegen auf »schweizerischem« Boden in das Sonderfallsverständnis.«⁸⁸⁶

Auch die explizite Ablehnung von totalitären Regierungsformen ist ein Merkmal aller Vergleichsparteien, allerdings begnügen sich die AfD und FPÖ mit vagen Andeutungen. Die SVP bezieht sich dagegen konkret auf das „Sozialismus“-Feindbild, das auch von den „Republikanern“ geteilt wird.⁸⁸⁷ Für die Beschreibung der nationalen Identität wird außerdem die Metapher der „vier Säulen der Schweiz“ genannt. Diese stehen jeweils für Unabhängigkeit, Föderalismus und Neutralität, wobei die vierte Säule variiert zwischen „Volksrechten“ oder „direkter Demokratie“. ⁸⁸⁸ Diese rhetorische Strategie bestätigt ebenfalls die bereits erwähnte perenniale Vorstellung von einer kontinuierlichen republikanischen und eigenstaatlichen Tradition der Schweiz. Diese wird zudem anhand des „Bundesbriefs“ legitimiert, von dem sich eine Abbildung im Parteiprogramm für die Legislaturperiode von 2011-2015 befindet.⁸⁸⁹ Das Dokument wurde, so die Übersetzung, „[...] im Jahre des Herrn 1291 zu Anfang des Monats August“⁸⁹⁰ abgefasst und soll den Beginn der Schweizer Eidgenossenschaft markieren. Die Erzählung knüpft zudem an das Ereignis vom sogenannten „Rütlichschwur“ und der Sage von „Wilhelm Tell“ an.⁸⁹¹ Der Verweis auf diese Gründungsnarrative ist kein Alleinstellungsmerkmal der „Schweizerischen Volkspartei“. Sowohl der Bundesbrief als auch die Sage vom Rütlichschwur dienten als Grundlage, um den 1. August als Schweizer Nationalfeiertag zu etablieren. Diese beiden erinnerungskulturellen Gründungsnarrative sind allgemein anerkannt.⁸⁹² Um die Verstrickungen von Fakten und Legenden zu verstehen, wird Wissen um die Nationalgeschichte in der Leserschaft vorausgesetzt. Die „Schweizerische Volkspartei“ nutzt auch ein weiteres umstrittenes Narrativ, um ihre Beschreibung der Wir-Gruppe zu legitimieren. In den Programmen wird mehrmals die Aufstiegsgeschichte von der Schweiz als „Armenhaus Europas“ hin zur reichen Wohlstandsnation eingebaut.⁸⁹³ Sowohl die Demokratie als auch die nationale Unabhängigkeit werden synonym verwendet und rekonstruktiv begründet. Die historische Legitimation erfolgt mittels perennialer Geschichtsvorstellungen, zumeist wird zumeist auf den Wiener Kongress von 1815 und/oder das Jahr 1848 verwiesen.⁸⁹⁴ Hierin besteht eine Ähnlichkeit zwischen den Aussagen der SVP und den „Republikanern“. Beide Parteien begründen die republikanische und demokratische „Tradition“ mit dem historischen Feindbild der Autokratie. Die Republikaner nutzen diese Gleichsetzung allerdings, um in erster Linie ihr Bekenntnis zum Nationalismus zu unterstützen.

⁸⁸⁶ Kurt *Imhof*, Sonderfall Schweiz. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Band 32, Heft 2 (Zürich 2006) S. 200.

⁸⁸⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 744, 757, 765, 837, 852, 866, 894, 954, 972.

⁸⁸⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 635, 640, 645, 647, 655, 753-754, 865-867, 870, 872.

⁸⁸⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 747, 751; PQ2 SVP Aussagen-ID 113-114, 154-157.

⁸⁹⁰ Ulrich *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung. (Hg) Stiftung Schweizerhilfe, Buchreihe der Stiftung Schweizer-Hilfe. Fünfte Veröffentlichung, NZN-Verlag (Zürich 1948) S. 6ff.

⁸⁹¹ PQ2 SVP Aussagen-ID 117, 143, 178.

⁸⁹² *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 13.

⁸⁹³ PQ1 SVP Aussagen-ID 757, 865.

⁸⁹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 637, 639, 345, 647, 649-651, 682, 745, 748, 753-754, **756**-757, 760, 768, 770, 782, 790, 803, 807, 845, 848, 851, 854, 865-866, **868**, 870, 874, 877-878, 937, 962, 966-967, 974.

Die SVP nennt sich auch „Neutralitätspartei“⁸⁹⁵ und verweist damit auf ein prominentes Distinktionsmerkmal, das für die Schweiz beansprucht wird, nämlich die „immerwährende“⁸⁹⁶, „bewaffnete“⁸⁹⁷ und „integrale“⁸⁹⁸ Neutralität.⁸⁹⁹ Das Prädikat „integral“ wird allerdings ausschließlich im Wahlprogramm 2007-2011 erwähnt, danach nicht mehr. Neben dem klaren Bekenntnis zum Nationalstaat, zur Demokratie und zur Unabhängigkeit ist die Verbindung zur „Neutralität“ eine bedeutende identitätskonkrete Erinnerungsfigur. Dieser Vergangenheitsbezug findet Übereinstimmung mit der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und wird deshalb im ersten Kapitel besprochen. Die Neutralitätsmodelle mögen unterschiedlich sein, doch beide Parteien verstehen sie als historische (außenpolitische) Staatsmaxime und damit als identitätskonkreten Vergangenheitsbezug. In der Aussage #767/PQ1 weist die „Schweizerische Volkspartei“ ausdrücklich darauf hin, dass sie eine „aktive Neutralität“ als „Fehlkonzept“ erachtet, da sich diese Definition auf die Nichteinmischung in bewaffnete Konflikte beschränkt. Die SVP bevorzugt dagegen eine Neutralitätspolitik auf allen politischen Ebenen.⁹⁰⁰ Diese wird zudem im Zusammenhang mit dem traditionellen Schweizer Waffenrecht erwähnt, welches „das Aufbewahren der Dienstwaffe im Haus“ als „bewährter(n) Ausdruck der Wehrbereitschaft“ vorsieht.⁹⁰¹ Diese Ansicht gehört auch zum politischen Forderungskatalog der „Alternative für Deutschland“ die ein liberales Waffenrecht befürwortet.⁹⁰² Im Falle der „Schweizerische Volkspartei“ handelt es sich jedoch um einen Bewahrungs- bzw. Verteidigungstopos, da sie sich zu einer gelebten Praxis bekennt. In diesem Kontext ist auch die „Miliztradition“ als herausragendes Distinktionsmerkmal zu nennen, das von vagen und konkreten Vergangenheitsbezügen begleitet wird.⁹⁰³ In der Erinnerungslandschaft der SVP werden die Armeeformen, die seit 1995 eingeleitet wurden, als Zäsuren in der Schweizer Nationalgeschichte beschrieben und daher mehrmals mit dem Topos vom Identitätsverlust bzw. Staatsversagen in Verbindung gebracht.⁹⁰⁴

„Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität bietet uns im Zeitalter des internationalen Terrorismus die grössere Sicherheit als die Politik einer ständigen Einmischung. Darum macht diese bewährte Staatsmaxime unsere Welt ein Stück friedlicher und darf nicht leichtfertig aufgegeben werden. Aber sie braucht standfeste, selbstbewusste und intelligente Politiker, Diplomaten und Militärs. Im Gegensatz zu den andern Parteien hat sich die SVP in den letzten Jahren entschieden für die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität stark gemacht. Sie ist zur eigentlichen Neutralitätspartei geworden.“⁹⁰⁵

Die Aussagen der SVP zeigen, dass der Einsatz von Hörer- und Sprecherinklusionen Personalpronomina in den Programmen sehr stark ausgeprägt ist.⁹⁰⁶ Auch essentialistische Formulierungen kommen regelmäßig vor.⁹⁰⁷ Außerdem identifiziert sich die „Schweizerische Volkspartei“ als politisch und wirtschaftlich liberal. Sie fordern häufig die Reduktion der Staatsquote bzw. staatlicher Einmischung und verteidigen die individuellen

⁸⁹⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 657.

⁸⁹⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 645, 647, 650, 655, 657, 659, 682, 685, 688, 691, 767, 777, 807, 876, 879, 973.

⁸⁹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 635, 650, 657, 659, 681-682, 685, 688, 691, 753, 767, 855, 869, 870-871, 876, 879.

⁸⁹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 645, 647, 650, 655, 657, 659, 682, 685, 688.

⁸⁹⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 630, 635, 645, 647, 650, 655, 657, 659, 682, 685, 688, 690-691, 748, 766-767, 777, 807, 855, 865, 866, 869-873, 876, 878-879, 937.

⁹⁰⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 659, 676, 777, 872-873, 941.

⁹⁰¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 688, 692, 941.

⁹⁰² PQ1 AfD Aussagen-ID 373-374.

⁹⁰³ PQ1 SVP Aussagen-ID 681, 683-684, 686-691, 807, 810, 864, 883, 937, 940, 962.

⁹⁰⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 690, 810, 939.

⁹⁰⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 657/Wahlprogramm 2007-2011/S. 20.

⁹⁰⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID: 625, 626, 630, 632, 655, 669, 721, 746-748, 750, 767, 788, 797, 807, 811, 819, 866, 869-870, 888, 897, 899, 917, 938, 941, 962, 965-966, 968.

⁹⁰⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 625, 640, 643, 650, 826, 706, 732, 734, 750, 754, 756, 759, 766, 770, 777, 792, 838, 856-857, 872, 877, 896, 906, 928, 971, 976.

Freiheitsrechte sowie die demokratische Gewaltenteilung.⁹⁰⁸ Wohlstand und Reichtum „der Schweiz“ basieren auf Fleiß und harter Arbeit. Soziale Ungleichheiten innerhalb und außerhalb der nationalen Gruppe entstehen aufgrund unterschiedlich engagierter Individuen. In diesem Kontext verteidigt die SVP den Schweizer Finanzstandort.⁹⁰⁹ Der Schweizer Sonderfall basiert auf der Neutralität, der nationalen Unabhängigkeit und dem spezifischen Steuersystem. Diese Faktoren werden für den Wohlstand verantwortlich gemacht.⁹¹⁰ Um ein positives Bild von der legitimen Wir-Gruppe zu entwerfen, wird die Schweiz als Kleinstaat⁹¹¹, Geberland⁹¹² und Vorbild beschrieben.⁹¹³ Neben diesen Gleichsetzungen werden außerdem spezifische Attribute besonders hervorgehoben: frei, patriotisch, westlich, europäisch, säkular, christlich, abendländisch, reich, humanitär, friedlich, bewaffnet, unabhängig, selbstbewusst, weltoffen, leistungswillig, eigenverantwortlich, bürgerlich, neutral, national, heimisch, stark, überlegen.⁹¹⁴ Zudem werden bestimmte Berufsgruppen mit besonderer Anerkennung gewürdigt. Zu den bevorzugten Berufen bzw. Tätigkeiten gehören: das Bundesheer bzw. die Miliz⁹¹⁵, die Polizei⁹¹⁶, landwirtschaftliche Berufe⁹¹⁷, Jäger:innen⁹¹⁸ sowie Unternehmer:innen und Selbstständige.⁹¹⁹ Diese Auswahl stimmt weitgehend mit jenen der Vergleichsparteien überein.

Innerhalb der Datensammlung zur „Schweizerische Volkspartei“ aus PQ1 wurden 90 Aussagen mit dem Schlagwort „inklusive“ markiert.⁹²⁰ Genauso viele wurden allerdings auch als „selektiv“ bewertet. Lediglich sieben Datensätze formulieren ein vorbehaltlos inklusives Gemeinschaftsmodell.⁹²¹ Demnach folgt die SVP demselben Muster, das auch den anderen Parteien des Vergleichs attestiert wurde. Es werden einige soziale Kategorien erwähnt, mit denen sich die Partei ausdrücklich solidarisch erklärt. Die spezifischen Berufsgruppen wurden bereits erwähnt. Darüber hinaus werden Jugendliche und Kinder, Schüler:innen, Arbeitnehmer:innen, der Mittelstand, Einzelhausalte, Alleinstehende und das Bürgertum hervorgehoben.⁹²² Abgesehen davon belegt die Mehrheit der Aussagen eine *selektive Solidarität*, die sich auf eine bevorzugte Wir-Gruppe bezieht. Was die SVP von den Vergleichsparteien besonders unterscheidet, ist ihre offene Kritik am Sozialstaat bzw. ihre generelle Skepsis gegenüber der Wohlfahrtspolitik. Während sich die „Alternative für Deutschland“, die „Freiheitliche Partei Österreichs“ und die „Republikaner“ bevorzugt als Befürworter und/oder Verteidiger des Sozialstaates deklarieren, weicht die SVP von dieser Linie komplett ab. Keine andere Partei des Vergleichs übt so offen und

⁹⁰⁸ Vgl. (Hg) Maryanne Cline Horowitz, A New Dictionary of the History of Ideas. Volume 3, Thompson Gale (Detroit 2005) S. 1262-1296.

⁹⁰⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 668, 887, 938.

⁹¹⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 633, **639**, **650**, 655, 669, 720, 748, **756**, 764, 774, 854, 862, 881, 889-890, 895.

⁹¹¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 629, 638, 640, 644, 657, 682, 754, 757, 807, 869, 880.

⁹¹² PQ1 SVP Aussagen-ID 769, 853.

⁹¹³ Tatsächlich wird die Schweiz auch von der AfD und den „Republikanern“ als Vorbild beschrieben. In diesem Fall stimmt die Selbstbeschreibung überein mit den Fremdzuschreibungen von zumindest zwei anderen Parteien des Vergleichs. PQ1 SVP Aussagen-ID 867.

⁹¹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 633-635, **640**, 645-647, 650, 657, 659, 668, 681-682, 685, 691, 706, 708, **714**, 720, 740-743, 745-747, 753-757, 760, 767-770, 772, 774, 776, 788, **807**-808, 813, 821, 843, 850-851, 853-855, 864-865, 867, 869-873, 876-880, 887, 893, 897, 899, 908, 917, 926, 937-938, 964-966, 970-971.

⁹¹⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 681, 683-684, 686-692, 807, 809-810, 832, 864, 876, 880, 883, 922, 937, 939-941, 962.

⁹¹⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 673, 678, 680, 922, 933.

⁹¹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 811-812, 883, 951-954.

⁹¹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 941.

⁹¹⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 663, 666, 742, 744, 763-765, 884-885, 886, 887-888, 890, 893, 895, 943, 966.

⁹²⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 625-630, 635, 648, 657, 659, 668, 670-671, 679, 683-684, 687-690, 713, 715, 720, 723-724, 730, 732, 734, 736-737, 742, 744, 746, 753, 765, 788, 797, 799-800, 803, 805, 807, 810-811, 813, 815, 821, 838, 840-841, 843, 846, 850, 856, 862, 864, 867, 876-877, 880, 883, 885, 888-890, 896, 906-907, 911-912, 917, 937, 939, 941, 945, 951, 954-957, 961-966, 968, 970, 972-973, 975.

⁹²¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 625, 629, 635, 737, 753, 945, 957.

⁹²² PQ1 SVP Aussagen-ID 662, 720, 737, 743-763, 784, 841, 848, 850-851, 862, 881, 971.

deutlich Kritik an sozialstaatlichen Einrichtungen, Prozessen und Mitteln. Aus diesem Grund gehören die „Linken“ und „Hilfswerkler“ auch zu jenen Feindbildern, die von der SVP besonders häufig genannt werden.

Die *selektive Solidarität* der Partei wird aber auch in Aussagen deutlich, die eingewanderte Personen betreffen sowie internationale Abkommen und Vereinbarungen. Dabei zeigt sich, dass die „Schweizerische Volkspartei“ nicht grundsätzlich gegen Einwanderung ist. Die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte wird als historische Gegebenheit anerkannt. Doch die Bedrohung durch „Masseneinwanderung“ begründet die Abkehr von dieser Tradition. Die Rhetorik wird außerdem begleitet von der systematischen Vermischung von Migrationsursachen bzw. Gleichsetzung von Migration und Kriminalität. Eine Strategie, die bei allen Vergleichsparteien nachgewiesen wurde.⁹²³ Die Integration von eingewanderten Personen wird nicht als gesamtgesellschaftliche Angelegenheit betrachtet, sondern als deren Aufgabe. Deshalb werden staatliche Maßnahmen wie gratis Sprachkurse oder Sozialleistungen für Migrant:innen abgelehnt.⁹²⁴ Das „Stimm- und Wahlrecht für Ausländer“ wird grundsätzlich bekämpft.⁹²⁵ Auch internationale Abkommen zur Personenfreizügigkeit werden von der SVP kritisch gesehen.⁹²⁶ Im Kontext einer zunehmenden Ablehnung von Asylsuchenden und Arbeitsmigration betrachtet die SVP auch die Bereitstellung von humanitärer Hilfe (Entwicklungshilfe)⁹²⁷ skeptisch.⁹²⁸ Es werden vorwiegend eingewanderte Personen aus der legitimen Wir-Gruppe ausgegrenzt. Doch auch Teile derselben werden unterschiedlich bewertet, vorwiegend aufgrund sozialpolitischer Aspekte. Nebst dem inneren Feindbild der „Linken“ wird in den Quellen der SVP auch der Topos vom „Sozialmissbrauch“ durch „Scheininvaliden“ bedient.⁹²⁹ Der Vorwurf lautet, dass bestimmte sozialstaatliche Leistungen illegitim sind und dass diese für die „steigende Staatsquote“ verantwortlich sind. Außerdem wird von einem vermeintlichen Konkurrenzverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen gesprochen, die staatliche Unterstützung erhalten. „Sozialwerke“ werden grundsätzlich infrage gestellt und der vage Vergangenheitsbezug vom „Zehnten“ aus dem Zeitalter des „finsteren Mittelalters“ wird genutzt, um die Bedrohung durch eine hohe Staatsquote zu verstärken.⁹³⁰ Bemerkenswert ist, dass nur die SVP die „Palliative Care“ – also die Sterbebegleitung – grundsätzlich begrüßt.⁹³¹

Ihre *selektive Solidarität* begründet die SVP rekonstruktiv und verweist auf ihre Ablehnung von internationalen Rechtsvorgaben und Grundsatzpapieren. Deshalb wird die Definition von „Gesundheit“, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrer Verfassung aus dem Jahr 1948 vorgenommen wurde, von der Partei hinterfragt. Die SVP ist die einzige Vergleichspartei, die sich auf diese internationale Organisation bezieht und kritisiert ihre Interpretation als systemschädigend.⁹³² Auch das Bekenntnis zur internationalen Menschenrechtserklärungen wird nicht bedingungslos geäußert, denn diese überschreiten die Grenzen der legitimen Rechtsordnung und greifen zu stark in nationale Kompetenzen ein. Deshalb werden sie als Bedrohung für die schweizerische Demokratie, das Strafrecht und Freiheitsrechte wie der Meinungsfreiheit betrachtet. Die Vorbehalte können ebenfalls als Beleg für die *selektive Solidarität* der SVP angeführt werden.⁹³³

⁹²³ PQ1 SVP Aussagen-ID 702-705, 706-708, 712, 749, **797**, 856-857, 896-898, 900, 911.

⁹²⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 707-708, 711-712, 797, 799, 803, 805, 856, 896, 905, 911-912.

⁹²⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 711-712, 914.

⁹²⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 654, 702, 797, 799, 800, 856, 896-897, 906-907, 909.

⁹²⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 658, 660, 774-776, 778, 871, 873, 880, 917, 926.

⁹²⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 788, 799, 803, 917, 921, 923, 926.

⁹²⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 720, **723**-724, 921.

⁹³⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID **662**, **699**, 707, **720**, **723**-724, 727, 729, 756, 823, 831, 846, 850, 895, 950, 969-970.

⁹³¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 950.

⁹³² PQ1 SVP Aussagen-ID 729.

⁹³³ PQ1 SVP Aussagen-ID **758**, 768, **782**, 803, 874, **917**.

In Sachen Familienpolitik hält die Partei an ihrer liberalen Ausrichtung fest. Individuelle Freiheit wird gegenüber staatlicher Lenkung bevorzugt. Deshalb werden Familienplanung, Formen des Zusammenlebens und Kinderbetreuung als Privatangelegenheit gesehen. Die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften im Ehe- und Familienrecht sowie jüngere Reformen in diesem Bereich werden von der SVP kritisch betrachtet. Die „traditionelle Familie“ wird auch von dieser Partei als besonders zu schützende Familienform bevorzugt. Es finden sich aber auch Aussagen, die eine generelle Solidarität mit Alleinerziehenden und Einpersonenhaushalten formulieren. Gleichzeitig werden staatliche Kinderbetreuungsangebote kritisch betrachtet. Kindererziehung und -betreuung sind nach Ansicht der SVP Aufgabe der Eltern.⁹³⁴ Aussagen der Partei gegenüber Frauenrechten sind ebenfalls von *selektiver Solidarität* gekennzeichnet. Eine Gemeinsamkeit mit den Vergleichsparteien ergibt sich aus der grundsätzlichen Forderung nach Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern. Maßnahmen, die unter den Begriff „Gender-Mainstreaming“ fallen, werden von der SVP grundsätzlich abgelehnt und als bedrohliche „Gleichmacherei“ oder „Gleichheitswahn“ beschrieben. Darunter versteht die Partei „umfassende bürokratische Regelungen“ (Quotenregelungen), „Gleichstellungsbüros“ oder einen „ideologischen Gender- und Sexualekundeunterricht“. ⁹³⁵ In diesem Zusammenhang werden auch diverse Gefahrentopoi genannt. Dazu gehört die Bedrohung durch einen „Kampf der Geschlechter“, „staatliche Bevormundung“ und „Lohnpolizei“, ideologische Umerziehung und „Zwangssysteme“. ⁹³⁶ Diese Perspektive findet sich auch in den Programmen der Vergleichsparteien. Im Gegensatz zu den Vergleichsparteien lehnt die Partei Schwangerschaftsabbrüche nicht explizit ab. Die SVP nutzt zwar die Metapher vom „Schutz des Lebens“ und der Familie als „Kern der Gesellschaft“, doch in den berücksichtigten Aussagen wird kein moralisches Urteil darüber gefällt. Dennoch bewertet die SVP diese medizinische Maßnahme auch nicht als notwendige Leistung der allgemeinen Gesundheitsversorgung und kritisiert die Finanzierung von Abtreibungen im Rahmen der Krankenversicherung. ⁹³⁷ Dies wird in der folgenden Aussage #831/PQ1 deutlich, in der Schwangerschaftsabbrüche mit Geschlechtsumwandlungen und Therapien gegen Drogenabhängigkeit gleichgesetzt werden:

*„Die Fehlanreize des geltenden Krankenversicherungsgesetzes sind offensichtlich. [...] Schliesslich ist der Leistungskatalog von allem Unnötigen zu entschlacken. Abtreibungen, Heroin-Therapien, nichtmedizinische Kaiserschnitte oder Geschlechtsumwandlungen sind nicht länger von der Allgemeinheit zu bezahlen. Sollten die Gesundheitskosten weiter so ansteigen, muss gar eine Aufhebung des Versicherungsobligatoriums zur Erhöhung der Sparanreize ins Auge gefasst werden.“*⁹³⁸

Die SVP anerkennt die Gleichberechtigung von Frau und Mann „in Beruf und Politik“ und fordert die Angleichung des Rentenalters. Sie begründet diese Haltung jedoch nicht durch Solidarität mit Frauen, sondern sieht sich als Verteidigerin der „christlich-abendländischen Grundwerte“. ⁹³⁹ Einige Aussagen, in denen sich die Partei mit Frauen solidarisiert, beziehen sich auf das Islam-Feindbild. Deshalb spricht sich die SVP gegen einen Kopftuchzwang für Frauen und Mädchen aus sowie gegen die Zwangsheirat, Ehrenmorde, Blutrache, weibliche Genitalbeschneidung, Gewalt gegen Frauen, Eheschließung mit Minderjährigen oder Viehen. ⁹⁴⁰ Darüber hinaus sind Aussagen der Partei zu Geschlechterrollenbildern vergleichsweise spärlich. In zwei Datensätzen werden

⁹³⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID **736-738**, 742, 813, 817, **841**, 852, 972-**973**, **976**.

⁹³⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 738, 742, 813, 817, **842**, 852, 890, 943, 975.

⁹³⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 744, 765, 817, 852, 943.

⁹³⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID **627**, 831, 852.

⁹³⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 831/Programm 2011-2015/S. 82-83.

⁹³⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 671, 708, **742**, 779, 842, 850, **945**.

⁹⁴⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 704, 708, 742, 782, 847-850, **969-971**.

Frauen als Teil der „schwächeren Glieder unserer Gesellschaft“ beschrieben.⁹⁴¹ Interessant ist in diesem Kontext die Aussage #816/PQ1. Es handelt sich um eine kritische Stellungnahme der Partei hinsichtlich der Ausbildungsqualität von Lehrkräften und ihren Anstellungsverhältnissen (schwankende Einkommen und überwiegende Teilzeitanstellung). Um bestehende Verhältnisse zu verbessern, soll der Beruf der Lehrkraft für Männer attraktiver werden.⁹⁴² Außerdem können zwei Datensätze genannt werden, in denen die allgemeine Wehrpflicht für Männer verteidigt wird.⁹⁴³ Diese Haltung bestätigt die hervorgehobenen Distinktionsmerkmale von der „immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität“ und der „Miliztradition“. Einen „staatlich diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaub“ lehnt die SVP ab.⁹⁴⁴

Ein weiteres politisches Anliegen der „Schweizerischen Volkspartei“ ist der Schutz des Eigentums und des Privatvermögens.⁹⁴⁵ Die Entfaltung des Individuums sowie die individuelle Freiheit gelten als wichtiger als gesamtstaatliche Sicherheitsmaßnahmen. Die SVP betont, dass die Garantie in Sicherheit leben zu können nicht auf Kosten der Individualrechte gewährleistet werden darf. In diesem Punkt unterscheidet sie sich gravierend von den Vergleichsparteien. Die Aussage #679/PQ1 fasst die Haltung der SVP gegenüber Staatssicherheit prägnant zusammen.⁹⁴⁶ In diesem Kontext wird auch der Vergangenheitsbezug vom Bank(kunden)geheimnis genannt, der von der „Alternative für Deutschland“ und der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ ebenfalls genannt wird.⁹⁴⁷ Eine weitere Übereinstimmung zwischen der „Schweizerische Volkspartei“ und den Vergleichsparteien ergibt sich aus ihren Aussagen zum Strafrecht, speziell zum Jugendstrafrecht. Alle verlangen härtere Strafen und einen strengeren Strafvollzug. Insbesondere straffällige Jugendliche oder eingewanderte Personen („Kriminaltouristen“) werden mit dieser Forderung in Verbindung gebracht. Die Aussagen implizieren, dass Verbrechen in der Schweiz mehrheitlich von „Ausländern“ begangen werden. Es finden sich im Textkorpus auch weitere Beispiele für eine strategische Gleichsetzung von Migration und Kriminalität. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass der Schutz der individuellen Freiheit, eines der präferierten Distinktionsmerkmale der Partei, nur für die legitime Wir-Gruppe verteidigt wird.⁹⁴⁸

Zum Thema Bildungspolitik konnten weitgehende Übereinstimmungen mit den Vergleichsparteien nachgewiesen werden.⁹⁴⁹ Die „Schweizerische Volkspartei“ bevorzugt leitungsorientierte Pädagogik und elitäre Bildungseinrichtungen. Begründet wird diese Haltung mit internationaler Konkurrenz bzw. „Anforderungen des Marktes“, weshalb die bestmögliche Qualifikation für Schüler:innen bzw. Student:innen in der Schweiz gefordert wird. Darüber hinaus ist der „Schweizerische Volkspartei“ die föderale Kompetenzverteilung ein wichtiges Anliegen. Eine vom Bund vorgegebene einheitliche Bildungspolitik wird als „Zentralisierung“ bezeichnet und abgelehnt. Ein weiteres Feindbild erweist sich in diesem Zusammenhang durch die wiederholte Häme der sogenannten „68er-Generation“ und der „Kuschelpädagogik“. So wie die Vergleichsparteien lehnt auch die SVP die „antiautoritäre Erziehung“ und sonderpädagogische Maßnahmen ab. Außerdem wird das sogenannte „duale System“ begrüßt, das eine Kombination von „betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsfachschule“ darstellt. Hierin findet sich eine Übereinstimmung mit der „Alternative für Deutschland“, die dieses System ebenfalls als

⁹⁴¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 671, **779**.

⁹⁴² PQ1 SVP Aussagen-ID 816.

⁹⁴³ PQ1 SVP Aussagen-ID 690, 940.

⁹⁴⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 976.

⁹⁴⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 646, 679, 698, 707, 713, 760, 764, 774, 800, 807, 854, 856, 889, 892-896, 907, 911, 947.

⁹⁴⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 679, 843, 893, 966.

⁹⁴⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 655, 668, 760, 887, 889-890, 892; PQ2 SVP Aussagen-ID 161.

⁹⁴⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID **675-676**, 680, 780-783, 785-787, 859, 929-**930**, **933**, 935-936.

⁹⁴⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 627, 676, 714-718, 758, 813-822, 888, 942-944, 956.

identitätskonkrete Bildungsgeschichte hervorhebt. Außerdem sollen „kognitiv schwächere Kinder“ verstärkt „im Handwerk gefördert werden“. Eine weitere Gemeinsamkeit mit der „Alternative für Deutschland“ und den „Republikanern“ ergibt sich aus der Bevorzugung von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern gegenüber geistes- und sozialwissenschaftlichen. Diese Haltung begründet die SVP mit dem vielfach geäußerten Distinktionsmerkmal von der „humanistischen Tradition des Abendlandes“. Wobei auch diese Partei jedwede Erläuterung darüber vermissen lässt, was darunter zu verstehen ist.⁹⁵⁰ Abgesehen von der leistungsfeindlichen Bildungsideologie der „Linken“ werden eingewanderte Personen bzw. ihre Kinder für einen zunehmenden „Bildungs- und Niveauverlust“ verantwortlich gemacht. Ebenso wie die „Freiheitliche Partei Österreichs“ und die „Republikaner“ fordert die SVP daher separate Schulklassen für „fremdsprachige“ Kinder. Darüber hinaus ist sie gegen eine Öffnung des Hochschulzugangs. Im Kontext des EU-Feindbildes wird auch die Bologna-Reform abgelehnt.⁹⁵¹ Darin ist sich die SVP einig mit der „Alternative für Deutschland“, die diesen Vergangenheitsbezug ebenfalls als Schaden für Deutschland betrachtet.

Die SVP bekennt sich zur „abendländisch-christlichen Tradition“ und zur Glaubens- und Gewissensfreiheit, die in der Schweizer Bundesverfassung verankert ist.⁹⁵² In den Programmen betont die Partei allerdings, dass sie die Vermischung von Religion und Politik ablehnt. Die Kirchenfunktionäre sollen sich auf Seelsorge und „Verkündigung“ konzentrieren. Die christlichen Glaubensbekenntnisse werden als bevorzugte religiöse Identität betrachtet und das Abendland wird mehrfach als Distinktionsmerkmal genannt.⁹⁵³ Darüber hinaus weisen religionspolitische Aussagen zahlreiche vage und zwei abstrakte Vergangenheitsbezüge auf.⁹⁵⁴ Die christlich-abendländische Identität wird rekonstruktiv begründet und als „historische und kulturelle Wurzel“ beschrieben.⁹⁵⁵ Für den Islam werden auch von der „Schweizerische Volkspartei“ gesonderte Bedingungen eingefordert. Dazu gehört eine generell „differenziert kritische“ Haltung zum muslimischen Glaubensbekenntnis. Mittels des „Islam-Türkei“-Feindbildes wird auch die Ablehnung von religiösen Sonderrechten begründet. Eine Besonderheit der „Schweizerische Volkspartei“ ist außerdem die Ansicht, dass die „christliche Botschaft“ im Widerspruch zu einem „sozialistischen Weltbild“ steht. Damit wird das Feindbild von den „Linken“ legitimiert und die Ablehnung von „einseitige(n), linksideologische(n) Stellungnahmen von Kirchenfunktionären“, die als Bedrohung für die „Volkskirchen“ betrachtet werden.⁹⁵⁶

In Sachen Kulturpolitik unterscheidet sich die SVP deutlich von den Vergleichsparteien. In ihren Programmen besteht sie auf eine Unterscheidung zwischen „Staats- und Volkskultur“. Während „Volkskultur“ als authentischer Ausdruck der nationalen Gruppen betrachtet wird, ist die „Staatskultur“ ein Sammelbegriff für diverse Feindbilder und Bedrohungen, wie Zentralismus, „Kulturdirigismus“ und einseitige „mitte-links“ Kulturförderung.⁹⁵⁷ Außerdem bevorzugt die „Schweizerische Volkspartei“ privates Mäzenatentum gegenüber der staatlichen Kulturförderung. Begründet wird diese Haltung mit der Gefahr der Diskriminierung gegenüber allen „Nichtgeförderten“ und einer mangelhaften Repräsentation der nationalen Vielfalt. Die Partei bezeichnet diese Diskrepanz als Konkurrenz zwischen „etatistischer“ und „freiheitlicher“ Kulturpolitik. Außerdem verhindere die

⁹⁵⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 718, 813, 818, 943.

⁹⁵¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 676, 715, 758, 801, 813-**814**, **819**, 821, 944.

⁹⁵² PQ1 SVP Aussagen-ID 740, 742, 803, 843-844, 848, 850, 965, 968, 971.

⁹⁵³ PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 708, 718, **740**, 843, 850, 965-966, 970.

⁹⁵⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 908, 966.

⁹⁵⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 708, 739-742, 843-850, 908, **965**-968, 970-971.

⁹⁵⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 704, 708, 803, 808, **843**, 845, **847**-850, 969-971.

⁹⁵⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID **730**-735, 838-839, **958**.

staatliche Kulturförderung den Wettbewerb der Ideen bzw. die marktwirtschaftlichen Gesetze von Angebot und Nachfrage. Zu den bevorzugten kulturellen Ausdrucksformen gehören Laientheater, Gesangsvereine, Jodelclubs, Trachtengruppen und „Guggenmusiken“. ⁹⁵⁸ Die kulturpolitische Haltung wird mittels vager Vergangenheitsbezüge rekonstruktiv begründet. In diesem Zusammenhang wird auf die Antike oder das Abendland verwiesen. ⁹⁵⁹ Die SVP bezieht sich mitunter auf konkrete historische Ereignisse. Dazu gehören Abstimmungen, deren Ergebnisse auf Bundesebene nicht berücksichtigt wurden. Im Kontext ihrer Kritik an der staatlichen Kulturförderung werden auch exemplarisch Kulturschaffende genannt, die repräsentativ für die genannten Feindbilder stehen. In der Aussage #955/PQ1 wird demgemäß auch die staatliche Gebührenfestlegung bzw. Mediensteuer abgelehnt. ⁹⁶⁰ Das Feindbild einer „linksdikierte(n) Medienlandschaft“ wird in mehreren Aussagen hervorgehoben. Hier wird auch eine weitere Besonderheit des „Schweizerische Volkspartei“ deutlich, nämlich die Betonung der innerschweizerischen Sprachvielfalt als Beispiel für die historische Diversität der legitimen Wir-Gruppe. ⁹⁶¹ Die positive Haltung der Partei gegenüber nationaler Vielfalt ist unikales in diesem Vergleich. Die SVP ist die einzige Partei, die sich offen für innerstaatliche Heterogenität ausspricht und sie als Merkmal der nationalen Wir-Gruppe hervorhebt. Dies wurde bereits in den Aussagen sichtbar, die den sogenannten „Schweizer Sonderfall“ oder die Kulturpolitik thematisieren. Die Schweiz wird als „Vielkulturenstaat“ beschrieben, in dem es den „Föderalismus“ als „einzigen Weg“ zu verteidigen gilt. ⁹⁶²

*„Unsere geistige Klammer bildet ein Patriotismus, der sich nicht an einer einheitlichen Kultur oder Sprache orientiert, sondern an der gemeinsam bestandenene Geschichte und am Bekenntnis zum politischen Sonderfall Schweiz, der diesen Vielkulturenstaat durch seine freiheitliche Ordnung erst ermöglichte. Uns einigt das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität.“*⁹⁶³

Die Aussagen demonstrieren, dass die historische Diversität der nationalen Wir-Gruppe als Besonderheit anerkannt wird. Der beschriebene Pluralismus bezieht sich vornehmlich auf die offiziellen Landessprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch), die christlichen Glaubensbekenntnisse und die Regionalkulturen (Gemeinden und Kantone). Diese traditionelle Form der „Schweizer Vielfalt“ wird mehrfach gewürdigt („kulturelle Wurzeln“⁹⁶⁴), soll jedoch nicht durch „fremde“ Kulturen und Gesetze verändert werden. Mit dieser Haltung begründet die „Schweizerische Volkspartei“ den Bedrohungstopos von einer Masseneinwanderung, der ebenfalls von den Vergleichsparteien geteilt wird. ⁹⁶⁵ Damit werden die erarbeiteten Thesen von der *Traditionsidentität* und der *Innuendo-Strategie* bestätigt. Ihre Aussagen zur gesellschaftlichen Vielfalt widersprechen der Annahme einer ethnonationalen Abstammungsidentität und bestätigen die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe als heterogene weltoffene Vertragsgesellschaft. Gleichzeitig werden gegenüber externen Einflüssen deutliche Vorbehalte geäußert. Die bevorzugte Vielfalt innerhalb der legitimen Wir-Gruppe basiert auf einer historisch begründeten Traditionsvorstellung, die gegen Veränderungen verteidigt werden soll. Diese kann als Ausdruck eines Demokratieverständnisses gelesen werden, das die präferierte

⁹⁵⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 730-735, 838-840, 957-964, 966.

⁹⁵⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 634, 708, 718, 740, 843, 850, 965-966, 970.

⁹⁶⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 743, 854, 955.

⁹⁶¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 734, 745, **838-840**, 851, 957-963.

⁹⁶² PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 635-637, 702, 711, 730, **753**, 805, 814, 821, 840, 867, 869, **903**, 911-912, 957, **959**, 961, 966, 968.

⁹⁶³ PQ1 SVP Aussagen-ID 753/Programm 2011-2015/S. 11.

⁹⁶⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 750, 908, 966, 968.

⁹⁶⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 655, **702**, 749, 857, **867**, 906, 908, 913.

ständig geprägte Traditionsidentität einer multikulturellen Entwicklung gegenüberstellt. Die Entscheidung darüber, welches Modell sich durchsetzt, soll im Rahmen von demokratischen Prozessen auf Abstimmungsebene ausverhandelt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Aussage #800/PQ1. Darin äußert sich die „Schweizerische Volkspartei“ kritisch gegenüber dem Ergebnis der Abstimmung über die „Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf 500 Millionen EU-Bürger“. Gemäß der Innuendo-Strategie respektiert die Partei das Ergebnis, stellt aber fest, dass die „Stimmbürger“ getäuscht wurden. Auf diesem Weg akzeptiert sie die demokratische Mehrheitsentscheidung, betrachtet diese aber als Fehlentscheidung, die auf Irreführung zurückzuführen ist. Das Abstimmungsergebnis wird also nicht vorbehaltlos akzeptiert und die eigene Parteilinie verteidigt.⁹⁶⁶ Deshalb äußert sich die „Schweizerische Volkspartei“ auch kritisch gegenüber Einbürgerungen, obwohl sie diese nicht grundsätzlich ablehnt. Wie die anderen Parteien des Vergleichs fordert auch die SVP strengere Bedingungen für positive Einbürgerungsbescheide. Die Vergabe der Schweizer Staatsbürgerschaft ist „der letzte, nicht der erste Schritt der Integration“. Der Bezug von Sozialleistungen wird von der Partei kategorisch als Ablehnungsgrund genannt.⁹⁶⁷ Sie stellt darüber hinaus die Forderung nach einer Rechtsgrundlage, die eine Aberkennung der Staatsbürgerschaft und eine „Ausschaffung“ außer Landes erlaubt, falls sich Personen „schwerer Delikte oder Gewaltverbrechen“ schuldig machen. Der Vergangenheitsbezug der sogenannten „Ausschaffungsinitiative“, die seit 2010 in Kraft ist, wird in diesem Zusammenhang häufig erwähnt.⁹⁶⁸ Ein weiteres Beispiel für die Dokumentation der eigenen politischen Erfolge im Parteiprogramm.

Ein Verteidigungstopos, der mehrfach im Zusammenhang mit der Beschreibung der Wir-Gruppe genannt wird, ist jener vom Erhalt der nationalen wirtschaftlichen, militärischen und rechtlichen Unabhängigkeit. Die konstante Ablehnung internationaler Rechtsvorschriften ist ein relevantes Distinktionsmerkmal der „Schweizerischen Volkspartei“. Die Partei bekennt sich häufig zur Neutralität und verteidigt den außenpolitischen Grundsatz der Nichteinmischung. Aus diesem Grund lehnt sie die Aufnahme der Schweiz in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ab sowie die Beteiligung an internationalen Sanktionen (siehe „SVP Abbildung v“).⁹⁶⁹ Im Gegensatz zur „Alternative für Deutschland“⁹⁷⁰ äußert sich die SVP kritisch gegenüber NATO-Einsätzen und fordert zudem eine Beendigung der Mitwirkung am KFOR-Einsatz.⁹⁷¹

SVP Abbildung v



„Wir spüren den Machtanspruch grosser Staaten und internationaler Organisationen im Ringen um eine neue globale Weltordnung. Wir erleben auch in unserem Land den vielfältigen Versuch, das Gewaltmonopol des Nationalstaates zu unterhöhlen und die militärpolitische Verantwortung auf undurchsichtige übernationale Bürokratien abzuwälzen. Das verfassungsrechtliche Prinzip der immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität wird immer mehr zum Spielball erfindungsreicher Interpreten. Der Kleine am Rockzipfel der Grossen erhofft sich vergeblich einen Sicherheitsgewinn. Denn der Grosse zerzt ihn mit in

⁹⁶⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 644, 655, 711, **749-750**, 800, **968**.

⁹⁶⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 705, 709-**713**, 797, **805-806**, 808, **896**, 901-903, 912-913.

⁹⁶⁸ Eidgenössische Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“, PQ1 SVP Aussagen-ID 749, 785, 795-796, 803, 860, 925, 928, 932, 935; PQ2 SVP Aussagen-ID 122, 124, 129, 144-146, 173.

⁹⁶⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 686/Wahlprogramm 2007-2011/S. 39. Aufgrund der schlechten Bildqualität (Auflösung) der Abbildung ist nicht erkennbar, ob Angaben zur Urheberschaft vorhanden sind. Die Abbildung ist dennoch wichtig, da sie der Erkennbarkeit der Behauptung über die Partei dient.

⁹⁷⁰ Vgl. PQ1 AfD Aussagen-ID 266.

⁹⁷¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 685-686, 758, 768, 777, 866, 873, **876**, 880, 940-**941**.

seine Abenteuer. Der Wunsch nach kollektiver Sicherheit ist meist ein Ausdruck der Schwäche, ein Weg, um die individuelle Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Unsere Zubringerdienste an die Nato – in Form der so genannten 'Partnerschaft für den Frieden' – sind daher problematisch.“⁹⁷²

Die Aussagen der „Schweizerischen Volkspartei“ zum Tierschutz unterscheiden sich geringfügig von den Vergleichsparteien.⁹⁷³ Für die SVP sind Umwelt- und Tierschutz sekundäre Bedingungen, die sich nach wirtschaftlichen Zielen richten und privatrechtlich geregelt werden sollen. Agrarwirtschaftliche Preisgestaltung und Vorschriften zum „Tier-, Gewässer- und Umweltschutz“ werden abgelehnt. Dies demonstriert die Erinnerungsfigur vom „Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich“ (FHAL, Verhandlung seit 2008). Auch globale Agrarabkommen bzw. Verhandlungen mit der WTO darüber werden abgelehnt, wie der internationale Vergangenheitsbezug von der „Doha-Runde“ belegt.⁹⁷⁴

⁹⁷² PQ1 SVP Aussagen-ID 685/Wahlprogramm 2007-2011/S. 39.

⁹⁷³ SVP PQ1 Aussagen-ID 836, 954.

⁹⁷⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID **812, 834**-837, 943, 954.

BESCHREIBUNG DER SIE-GRUPPE(N)

„Mit dem Abbau der Grenzkontrollen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Vertrags wird sich das Problem der Kriminalität noch verschärfen. Kriminelle werden ungehindert überall in der EU ihren Machenschaften nachgehen können.

Schon heute klagen die Kantone über zu wenig Polizisten im Kampf gegen die Kriminalität.“⁹⁷⁵

Die Datensammlung aus der ersten Primärquellengruppe umfasst 974 Datensätze. Davon wurden 352 den Programmen der SVP entnommen. 101 Datensätze wurden mit dem Schlagwort „exklusiv“⁹⁷⁶ markiert und 288 benennen Feindbilder.⁹⁷⁷ In 175 Aussagen werden negative Sie-Gruppen⁹⁷⁸ beschrieben und 91 wurden als „diskriminierend“ bewertet.⁹⁷⁹ Im Vergleich dazu beschreiben 143 Datensätze die „positive Wir-Gruppe“ und nur sieben Aussagen formulieren ein uneingeschränkt inklusives Gesellschaftskonzept. Die Beschreibung der negativen Sie-Gruppen und diverser Bedrohungstopoi hat auch in den Aussagen der „Schweizerischen Volkspartei“ einen hohen Stellenwert. In rund einem Drittel der Datensätze werden zudem Feindbilder genannt. Dieses Verteilungsverhältnis ähnelt den rhetorischen Strategien der Vergleichsparteien. Neben der Bedrohung durch externe Einflüsse werden auch innere Gefahren in den Programmen thematisiert. Dazu gehört die organisierte Kriminalität, Vandalismus und Gewalt⁹⁸⁰, der Niveauverlust durch Massenuniversitäten⁹⁸¹, die Legalisierung „weicher Drogen“⁹⁸², „linke“ Umerziehungsprogramme⁹⁸³, politische Kontrolle über die diversen Medien⁹⁸⁴ oder der Abbau von Grenzkontrollen.⁹⁸⁵

Zu den historischen Feindbildern, die in den Programmen der SVP wiederholt genannt werden, gehören die „Fürsten und Könige“. Die Republik ist das historische Distinktionsmerkmal der Schweiz. Es unterscheidet sie als Land „inmitten von Diktaturen“ und Monarchien in „fast allen Staaten Europas.“⁹⁸⁶ Darüber hinaus wird das Feindbild „die Linken“ bzw. „der Sozialstaat“ rekonstruktiv begründet und mit „Sozialismus“ gleichgesetzt.⁹⁸⁷

⁹⁷⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 673/Wahlprogramm 2007-2011/S. 34-35.

⁹⁷⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 632, 649, 651, 654-656, 658, 662-664, 677, 685-686, 692-694, 697-698, 701-703, 705, 708, 710, 721-722, 727, 731, 738, 740, 745, 748, 758, 763-764, 767-769, 771-773, 775, 777, 790, 794-796, 798, 804, 806, 812, 823, 831, 833, 839, 847-848, 854, 858, 860-861, 875, 878-879, 881, 884, 886, 891-892, 894-895, 898, 900-901, 908-910, 918-919, 921-925, 927-929, 933-935, 940, 943-944, 947, 950, 959-960, 969, 971, 974, 977.

⁹⁷⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 626-627, 630-635, 637, 645, 647, 649, 651-659, 661-680, 685, -686, 688, 690-693, 695, 697-714, 718, 720-728, 730-732, 734, 738, 740, 742-749, 756, 758-760, 762-765, 767-755, 777-806, 808, 810-814, 816-823, 825-830, 832, 837, 839, 845, 847-855, 857-862, 864, 866-869, 871-883, 886-895, 897-931, 933-938, 940-941, 943-944, 946-952, 954-961, 963-964, 966-977.

⁹⁷⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 631-634, 645, 647, 652, 655-656, 658, 665-667, 669-670, 672-673, 675-677, 680, 685, 688, 693, 695, 698-702, 704-705, 707-709, 711, 713-714, 720-726, 728, 743-744, 747-749, 759, 762-765, 767-775, 777-778, 780-793, 795-799, 801, 803-804, 808, 810, 814, 816, 819, 821-822, 825-830, 832, 834-836, 839, 843-845, 849-855, 858, 860-861, 866-869, 871-878, 880, 883, 891-892, 899, 902-903, 905, 907, 910-917, 919-922, 924-929, 931, 933-935, 946-950, 956-957, 960, 967-968, 970-971.

⁹⁷⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 631-634, 647, 665-667, 669-670, 672-673, 675-677, 680, 693, 695, 698-701, 704, 706-707, 709, 711-712, 714-715, 718, 722, 725-726, 743, 749, 759, 762, 775, 778-780, 783-786, 789, 791-793, 796, 801, 814, 819, 822-823, 825, 827-828, 830, 834-837, 845, 849, 851-853, 887, 892, 899, 903-905, 913-916, 919-921, 924, 926-927, 931, 936, 946, 948-949, 967.

⁹⁸⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 655, 670-671, **673**, 676, 678, 756, 779, 783-784, 930.

⁹⁸¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 819.

⁹⁸² PQ1 SVP Aussagen-ID 833.

⁹⁸³ PQ1 SVP Aussagen-ID 744, 765, 976.

⁹⁸⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 743, 854, 955.

⁹⁸⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 673, 784, 858-859, 910, 919, 922, 927, 931, 934.

⁹⁸⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 636, 640, 754, 757.

⁹⁸⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 661, 743-746, 836-837, 851, 854, 894.

Die SVP beschreibt das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ als Zäsur in der Nationalgeschichte, wehrt sich vehement gegen den Ausbau des Sozialstaates und fordert mehrmals die Senkung der Staatsquote. Die „Linken“ werden für Staatsschulden und Sozialmissbrauch verantwortlich gemacht.⁹⁸⁸ Das Bürgertum wird ihnen als gesellschaftliche Antithese gegenübergestellt.⁹⁸⁹

Die SVP ist die einzige Partei des Vergleichs, die sich mehrfach explizit gegen einen Sozialstaat ausspricht und diesen als Gegenmodell zur „Leistungsgesellschaft“ beschreibt. Leistungen der Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen sollen stark reduziert werden.⁹⁹⁰ Die Gewerkschaft, das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) werden dezidiert als Feindbilder genannt, ebenso wie „Hilfswerker und Asyljuristen“.⁹⁹¹ Die SVP spricht sich auch gegen den sozialen Wohnbau aus.⁹⁹² Die hohen Kosten für die allgemeine Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA) werden ebenfalls kritisiert. Die Partei fordert „mehr Markt“, einen „effizienteren Mitteleinsatz und damit eine wirtschaftsfreundlichere Versicherung“. In diesem Zusammenhang werden auch die Vergangenheitsbezüge von der „SUVA-Immobilien-Affäre“ und der fünften bzw. sechsten „Invalidenversicherungs-Revision (IV-Revision)“ platziert.⁹⁹³ Der Ausbau der „Sozialwerke“ wird mit dem Missbrauch von Sozialleistungen durch „Scheininvaliden“ gleichgesetzt.⁹⁹⁴ Neben der „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“ (SP) werden auch die „Grünen“⁹⁹⁵ und die „68er“⁹⁹⁶ als Feindbilder genannt. Die SVP fasst unterschiedliche linkspolitische Gruppen zu einem Kollektivfeind zusammen.

„Unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes droht die grösste Umverteilung von Wohlstand in der Geschichte der Menschheit – und eine neue Weltordnung, die die Freiheit des Einzelnen nach den Prinzipien des Sozialismus massiv beschränken will.“ Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009“⁹⁹⁷

Diesen negativen Sie-Gruppen wird eine wachsende „Anspruchsmentalität“ unterstellt, weshalb sie auch als Fürsorge „gewöhnnt“ beschrieben werden. In diesem Zusammenhang wird auch der Bedrohungstopos vom „Umerziehungsprogramm“ platziert. Dagegen werden die „tüchtige(n) Unternehmer, Handwerker und Gewerbler“ als die „wahren Sozialarbeiter“ genannt. Diese Darstellung deutet zudem auf eine ständisch geprägte *Traditionsidentität* hin und bestätigt die *selektive Solidarität* der Partei.⁹⁹⁸ Die „Schweizerische Volkspartei“ äußert sich auch skeptisch gegenüber internationalen Hilfsorganisationen und Entwicklungshilfen. In diesem Kontext wird auch die Abschaffung der zuständigen „Beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit“ (BKIA) gefordert.⁹⁹⁹ Das Argument lautet, dass diese Mittel nur zu einer „fatalistischen Nehmerhaltung“ führen würden. Deshalb unterscheidet die SVP ähnlich wie die „Alternative für

⁹⁸⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 632-633, 655, 662, 669, 699, 705, 720-724, 727, 743, 745, 756, 758, 762-763, 819, 823, 826-827, 829-832, 851-852, 862, 881-883, 886, 891, 894-895, 946-950.

⁹⁸⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 632-634, 666, **669**, 677, 702, 714, 718, 721, 723, 728, 731, 734, **743**-745, 749, 759, 762, 765, 772, 780, 758-786, 792, 813, 826, 834, 836, 843, 847, 851-**852**, 853-854, 883, 891-892, 894, 902, 956, 972.

⁹⁹⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 631-632, 661-664, 721-724, 726-727, 729, 744-746, 762-763, 823, 825-**826**, 827, 830-833, 851-853, 862, **881-883**, 886, 946-947, **949**-950.

⁹⁹¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 666-667, 792, 830, 905, 949-950, 832, 949.

⁹⁹² PQ1 SVP Aussagen-ID 895.

⁹⁹³ PQ1 SVP Aussagen-ID **632**, 664-665, 713, 823, **826**-827, 886, 946.

⁹⁹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 720, 724.

⁹⁹⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 812, 834-838, 943, **954**.

⁹⁹⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 714, 718, 785.

⁹⁹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 838/Programm 2011-2015/S. 110.

⁹⁹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 722, 744.

⁹⁹⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 775.

Deutschland“ zwischen fleißigen und bequemen Ländern.¹⁰⁰⁰ Als Folge dieser Haltung lehnt die „Schweizerische Volkspartei“ auch jede Beteiligung der Schweiz an „Rettungsschirmen“ konsequent ab.¹⁰⁰¹

Die Partei betont mehrmals, dass sie jedwede internationale „Einmischung in die innerschweizerischen Angelegenheiten“ und die Einführung von „fremdem Recht“ verhindern möchte.¹⁰⁰² Aber auch innere Gefahren werden genannt, allen voran die „überbordende Bürokratie“, die von allen Parteien thematisiert wird.¹⁰⁰³ Aufgrund von Zentralisierungstendenzen wird „Bundesbern“ mitunter zum Feindbild erklärt.¹⁰⁰⁴ Mit ihrer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber internationalen Rechtsstandards und dem Bedrohungstopos vom fremden Recht bestätigt auch die SVP die „Contra-Compliance“-These nach Armin Schäfer und Michael Zürn.¹⁰⁰⁵ Zum Beleg dieser Beobachtung ist die mehrfach geäußerte Kritik an Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu nennen. Der Vergangenheitsbezug zur „Rassismus-Strafnorm“, die seit 1994 in Kraft ist und als „Maulkorbgesetz“ bezeichnet wird, ist so ein Beispiel.¹⁰⁰⁶ Damit knüpft die SVP auch an die *Résistance-Tradition* an, die ebenfalls als historisches Distinktionsmerkmal der Schweiz genannt wird.

Da die „Schweizerische Volkspartei“ sich gegen die Einmischung internationaler Organisationen in die schweizerische Rechtspraxis wehrt und im Sinne ihres Neutralitätsverständnisses ihre Skepsis gegenüber der NATO zum Ausdruck bringt, hält sie eine Mitwirkung im UNO-Sicherheitsrat ebenfalls für unzuträglich. Auch hier weist die SVP auf vergangene Abstimmungsergebnisse hin und bezeichnet die UNO als „Machtorganisation“.¹⁰⁰⁷

Außerdem ist das EU-Feindbild zu nennen und der damit verbundene Vergangenheitsbezug vom Beitrittsge such der Schweiz im Jahr 1992.¹⁰⁰⁸ Diese Zeitinsel wird von der „Schweizerische Volkspartei“ als historische Zäsur beschrieben. Dabei verteidigt die SVP ihren konstanten Widerstand und verbucht den Verbleib der Schweiz in der nationalen Unabhängigkeit als ihre Errungenschaft. Die Aussage #652/PQ1 bringt ihre historische Ablehnung des EU-Beitritts prägnant zum Ausdruck:

„Dank der SVP hat die Schweiz gegenüber der EU den bilateralen Weg eingeschlagen. Mit den jetzt bestehenden Verträgen sind nun alle wichtigen Dossiers mit der Europäischen Union geklärt. Damit ist der EU-Beitritt vom Tisch und sind weitere bilaterale Pakete, aber auch eine Annäherung in Form eines Rahmenvertrages, kein Thema. Wenn unsere Verwaltung weiterhin mit Feldstecher und Lupe nach Verhandlungsgegenständen sucht, schwächt dies unsere Position. Deshalb ist in Brüssel endlich Klarheit zu schaffen und das verhängnisvolle EU-Beitrittsge such von 1992 zurückzuziehen.“¹⁰⁰⁹

Mehrere Verlust- und Vereidigungstopoi stehen im Zusammenhang mit dem EU-Feindbild. Dazu gehört die Bedrohung der „Weiterexistenz“ der Schweiz „als Ganzes“ durch zunehmende Integration in die EU. Die Aufgabe der nationalen Souveränität wird als Existenzverlust beschrieben.¹⁰¹⁰ Um die diversen Gefahrentopoi zu

¹⁰⁰⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 632, 658, 759, 769, **774-776**, 778, 853.

¹⁰⁰¹ PQ1 SVP Aussagen-ID **658**, 707, 722-723, **769**, 774.

¹⁰⁰² PQ1 SVP Aussagen-ID 649, 651, 655, 659, 685-686, 708, 866-868, 874-875, 879.

¹⁰⁰³ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 658, 685, 747, **762-765**, 770, 774, 778, 807, 853, 867, 877-878, 886, 888, 943, 949, 960.

¹⁰⁰⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID **649**, 714, 747, 767, 771-773, 781-782, 807, 854, 866-**867**, **869**, 872-875, 878, 887, 928.

¹⁰⁰⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 649-651, 867, 874, 877-878. 649, 651, 655, 659, 685-686, 708, 866-868, 874-875, 879. Vgl. Schäfer und Zürn, die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 115.

¹⁰⁰⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 649, 651, 758-759, 971, **974**, 977.

¹⁰⁰⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 768.

¹⁰⁰⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 645, 652, 655, 748, 769-770, 773, 854, 875-878, 900, 943, 960.

¹⁰⁰⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 652/Wahlprogramm 2007-2011/S. 17.

¹⁰¹⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 635, 647, 878.

begründen, werden auch essentialistische Gleichsetzungen genutzt, wie jenes vom „EU-Bürokratiemonster“.¹⁰¹¹ Folglich spricht sich die „Schweizerische Volkspartei“ auch gegen die Personenfreizügigkeit aus und beschreibt die Verträge von Schengen und Dublin als Bedrohung von historischem Ausmaß.¹⁰¹² Die Ablehnung dieser Abkommen stellt ein übereinstimmendes Distinktionsmerkmal der Vergleichsparteien dar, das zudem von allen rekonstruktiv begründet wird. Hier wird ebenfalls eine Zäsur in der Nationalgeschichte beschrieben, die für diverse Gefahren verantwortlich gemacht wird. Aus diesem Grund ist der Grenzschutz ein wichtiges politisches Anliegen der SVP.¹⁰¹³

Ansonsten sind eingewanderte Personen auch bei der SVP das Hauptziel der Ausgrenzung. Sowohl das EU-Feindbild als auch das Schweizer Sozialsystem werden für eine vermeintliche Massenzuwanderung und Masseneinbürgerung verantwortlich gemacht.¹⁰¹⁴ Seit 2014 wird die „Eidgenössische Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“ in den Programmen beworben.¹⁰¹⁵ In diesem Kontext nutzt die „Schweizerische Volkspartei“ auch die Strategie der Vermischung von Migrationsursachen. Dem Asylrecht steht die Partei grundsätzlich skeptisch gegenüber.¹⁰¹⁶ Die sogenannten „Sans Papiers“ werden als Feindbilder beschrieben.¹⁰¹⁷ Das Grundrecht auf Asyl wird nur in wenigen Fällen als legitim anerkannt.¹⁰¹⁸ Die Skepsis gegenüber dem Asylrecht und der Personenfreizügigkeit basiert auf der Vermischung von Migrationsmotiven und der Gleichsetzung von Migration mit Kriminalität und Sozialmissbrauch.¹⁰¹⁹ Dabei werden dieselben Vorbehalte geäußert, die auch bei den Vergleichsparteien vorkommen. Migrant:innen wird vorgeworfen, dass sie das Schweizer Sozialsystem ausbeuten und die organisierte Kriminalität befördern. Auch die SVP bedient sich der Bedrohungstopoi von der „Ausländerkriminalität“ bzw. den „Kriminaltouristen“.¹⁰²⁰ Für die negativen Sie-Gruppen werden strengere Bedingungen für den legalen Aufenthalt in der Schweiz und für den Bezug von Sozialleistungen gefordert.¹⁰²¹ Besondere Vorbehalte werden auch gegenüber ausländischen Kindern, Schüler:innen und Student:innen geäußert.¹⁰²²

Die Gleichsetzung von Flucht mit anderen Migrationsmotiven oder von Sozialmissbrauch und Kriminalität kommt in den Aussagen der „Schweizerische Volkspartei“ häufig vor.¹⁰²³ Darauf basiert auch die Legitimation der sogenannten „Ausschaffungsinitiative“¹⁰²⁴ von 2010, die ebenfalls von der SVP initiiert und ab 2016 durch die

¹⁰¹¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 630, 652-653, 655-656, 673-674, 685, **748**, 757, 769-773, 798, 853-855, 866, 870, 874-875, 877-879, 940, **944**, **960**.

¹⁰¹² PQ1 SVP Aussagen-ID 654, 660, 800-802, 829-830, 900, 909, 913.

¹⁰¹³ PQ1 SVP Aussagen-ID 654, 673-674, **784**, 859, 918-919, **922**-923, 925, 927, 931, 936, 934.

¹⁰¹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 631, 655, 658, 702-703, 705-713, 749, 756, 789, 797, 804-806, 808, 829, 858, 856-858, 897-899, 901-906, 908, 910, 913-914, 919, 923-925, 931, 952.

¹⁰¹⁵ „Eidgenössische Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“ (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014) siehe PQ1 SVP Aussagen-ID 857, 906, 908, 913; PQ2 SVP Aussagen-ID 136, 138, 142, 152, 158-160, 162.

¹⁰¹⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, **631**, 655, 693, 695, 697-699, 700-**702**, 788-792, 794-798, 915, 917-922, 924-926.

¹⁰¹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 797-798, 910, 914.

¹⁰¹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 788, 799, 803, 926.

¹⁰¹⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 626-627, 692-694, 698-699, 707, 713, 720, 722, 724-726, 759, 785, 789, 801, 803, 814, 825, 827-828, 830, 899, 907, 912, 917, 921, 924, 926, 946-948.

¹⁰²⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 626, 670, 672, 674-**675**, 676, 680, 693, 685, 700, **707**, 713, 749, 779, 783-789, 791-**792**, 795, **798**-799, 803, 858-861, 903, 912, 915, 917-921, 926-928, 931-932, 934-936, 956.

¹⁰²¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 698-701, 705-706, 712-713, 725-726, 789, 796, 800-801, 803, 825, 827-830, 880, 899, 907, 913, 924-925, 946-948, 950.

¹⁰²² PQ1 SVP Aussagen-ID 676, 711, 713, **715**, **801**, 805, 814, 819-**822**, 912.

¹⁰²³ PQ1 SVP Aussagen-ID 693-695, 697-699, **700**-702, 705-707, 722, 778, 785, 788-790-792, 794-796, 825, 827, 899, 905, **907**, 913, 915, 917, 919-926, 946-948.

¹⁰²⁴ Eidgenössische Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“. PQ1 SVP Aussagen-ID 749, 785, 795-796, 803, 860, 925, 928, **932**, 935; PQ2 SVP Aussagen-ID 122, 124, 129, 144-146, 173.

„Durchsetzungsinitiative“¹⁰²⁵ ergänzt wurde. Auf diese Erinnerungsfiguren wird in den Quellen besonders häufig Bezug genommen, ebenso wie auf die „Masseneinwanderungsinitiative“. Hervorzuheben ist die Vorstellung, dass Flüchtlinge während des Asylverfahrens in kontrollierten Zentren untergebracht und lediglich mit Naturalien versorgt werden sollten (Aussage #924/PQ1). Für die Beschreibungen der diversen Sie-Gruppen werden zudem spezifische Attribute genannt, die ihre Andersartigkeit betonen. Folgende Eigenschaften wurden in den Aussagen hervorgehoben: nicht tauglich, links, gescheitert, antiautoritär, sonderpädagogisch, massiv, falsch, fremdsprachig, ausländisch, unqualifiziert, unfinanzierbar, ausufernd, fremd, trügerisch, ideologisch, sozialistisch, staatsgläubig, zentralistisch, feindselig, bürgerfern, geldverschwenderisch, wirtschaftsfern, illegal, schwach.¹⁰²⁶

Die bisher angeführten Zitate veranschaulichen, dass bestimmte Herkunftsländer wie auch soziale Kategorien in besonderem Maße abgelehnt werden. Rund siebzehn Staaten, zwei Kontinente, zwei ehemalige supranationale Staatenverbünde (Jugoslawien und Sowjet Union), ein Glaubensbekenntnis (Islam ¹⁰²⁷), eine Minderheit (Roma¹⁰²⁸) und zwei Berufsgruppen werden negativ hervorgehoben und/oder explizit ausgeschlossen. Um diese Behauptung zu belegen, wird auf folgende Nennungen hingewiesen: Afghanistan, Afrika, die Balkanländer, Belgien, China, die „Classe politique“¹⁰²⁹ (in Bundesbern), England, Eritrea, das ehemalige Jugoslawien, Italien, Kasachstan, Kosovo, Libyen, Nigeria, die Piraten, Polen, Portugal, die Roma, Rumänien, Serbien, Somalia, die Sowjet Union, Spanien, die südamerikanischen Länder und die Türkei.¹⁰³⁰ Die Menge an konkreten negativen Sie-Gruppen ist herausragend innerhalb des Vergleichs. Die „Schweizerische Volkspartei“ demonstriert eine globalere Perspektive und findet weltweite Bedrohungen (Afrika, Südamerika, China). Einige der genannten Sie-Gruppen finden Überstimmungen mit den Vergleichsparteien. Dazu gehört die Bürokratie, Ost- bzw. Südosteuropa, die Türkei, der Islam und die Europäische Union. In diesem Zusammenhang sei auf das übereinstimmende Türkei-Feindbild hingewiesen. Im Gegensatz zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ betrachtet die SVP die Türkei als zeitgenössische Bedrohung, so wie die AfD und die „Republikaner“.

„Noch herrschen keine Zustände wie in den französischen oder englischen Vororten. Dennoch ist Achtsamkeit geboten, dass nicht auch bei uns Parallelgesellschaften entstehen, die kaum Berührung mit der Schweizer Gesellschaftsordnung haben und unser freiheitliches Gedankengut ablehnen. [...] So sind die Richter gefordert, Recht auf der Basis unserer christlich-abendländischen Grundwerte zu sprechen und Praktiken, die diesen Grundwerten widersprechen (Frauenbeschneidung, Stellvertreterehe, ‚Ehrenmorde‘, ‚Vielweiberei‘, Frauendiskriminierung) nicht zu tolerieren. In der Schweiz hat Schweizer Recht zu gelten.“¹⁰³¹

Die „Schweizerische Volkspartei“ betrachtet den Islam als bedrohlich, er wird in einigen Aussagen mit Terrorismus gleichgesetzt. Als besondere Bedrohung betrachtet die „Schweizerische Volkspartei“ den Bau von Minaretten als muslimisches Machtsymbol. Die Partei unterstützte daher die sogenannte „Minarett-Initiative“ und besteht in den Programmen auf die Durchsetzung des positiven Volksentscheids von 2009, der ein Bauverbort

¹⁰²⁵ Eidgenössische Volksinitiative „zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)“, Einreichung 2012 (Abstimmung und Ablehnung 2016). PQ1 SVP Aussagen-ID 928, 932, 935.

¹⁰²⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 685, 712, 747, 813, 814, 819, 823, 874, 938, 943, 964.

¹⁰²⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 704, 740, 782, 803, 808, 845, 847-850, 938, 967, 969, 971.

¹⁰²⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 795.

¹⁰²⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 748, 873, 891, 928.

¹⁰³⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 708, 748, 774, 787, 789, 791-792, 795-796, 798, 805, 810, 814, 827-828, 836, 854, 873, 891, 919, 925, 928, 934, 940-941, 946.

¹⁰³¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 708/Wahlprogramm 2007-2011/S. 45-46.

vorsieht.¹⁰³² Die christlich-abendländische Kultur wird als Merkmal der legitimen Wir-Gruppe genannt und der negativen Sie-Gruppe gegenübergestellt. Das Verhältnis zwischen Abendland und Islam wird dabei als asymmetrisch beschrieben. Die christlichen Grundwerte werden mit Demokratie, Frauenrechten und Rechtstaatlichkeit gleichgesetzt. Mit dem Islam werden „fremde“ Praktiken, Radikalität und Demokratieferne in Verbindung gebracht.¹⁰³³

¹⁰³² Eidgenössische Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ (in Kraft: 2009). PQ1 SVP Aussagen-ID 740, 803, **848**, 850, 971; PQ2 SVP Aussagen-ID **128-135**, 144, 172.

¹⁰³³ PQ1 SVP Aussagen-ID 652, 704, 708, 740, 782, 803, 805, 808, 814, 827-828, 845, 847-850, 938, 946, **967**, 969-971.

KAPITEL 4.B: ANALYSE DER ERINNERUNGSKULTURELLEN VERGLEICHSKRITERIEN

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

Tabelle 7 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Schweizerische Volkspartei‘ (SVP)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 SVP	PQ2 SVP
Datensätze gesamt	974	195	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	2	0

VERGANGENHEITSBEZÜGE DER „SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI“ (OHNE ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN VERGLEICHSPARTEIEN)

Die vorliegende Analyse basiert auf einer empirischen Datensammlung, die insgesamt 1169 Datensätze umfasst. Davon haben sich 417 Aussagen aus den Quellen zur „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) ergeben (352 DS aus PQ1 und 65 aus PQ2). In 331 Aussagen konnten Vergangenheitsbezüge festgestellt werden und draus finden 75 keine Übereinstimmung mit den Vergleichsparteien (siehe Tabelle 7.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der SVP ohne Übereinstimmung“).¹⁰³⁴ 86 Aussagen wurden negativ beschlagwortet und 141-mal kommen vage Vergangenheitsbezüge vor. Die zwei abstrakten Erinnerungsfiguren sind ebenfalls in der ersten Primärquellengruppe enthalten.¹⁰³⁵ Diese Gegenüberstellung verrät bereits, dass die forschungsrelevanten Aussagen der „Schweizerischen Volkspartei“ relativ wenig negative Beschlagwortungen aufzeigen. Die Mehrheit der Datensätze ist rekonstruktiv und entspricht den Kategorien „konkret“ oder „vage“. Das Verhältnis dieser (Rekonstruktivität) zur Datenmenge zeigt außerdem, dass die Aussagen der „Schweizerische Volkspartei“ zumeist mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Ähnlich wie bei der Partei „die Republikaner“ kann bei der SVP eine hohe Dichte erinnerungskultureller Bezugnahmen festgestellt werden.

Innerhalb der vorliegenden Datensammlung konnten 75 Vergangenheitsbezüge ausgemacht werden, die keine Übereinstimmungen mit den Vergleichsparteien ergeben haben. Davon wurden 19 als „vage“ bewertet und ein Datensatz verweist auf eine „abstrakte“ Erinnerungsfigur. Einige der Vergangenheitsbezüge wurden bereits bei der Beschreibung der Wir- und Sie-Gruppen diskutiert und werden daher in diesem Abschnitt nicht nochmals besprochen (z.B.: Verfassung der WHO, Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, Statistiken der UNHCR, die Militärtradition). Etwa zwei Dutzend der Erinnerungsfiguren beziehen sich auf internationale Ereignisse. Die Mehrheit der Vergangenheitsbezüge betrifft die Schweizer Nationalgeschichte, allerdings lässt sich die dargestellte Erinnerungslandschaft nicht so einfach auf nationale Grenzen einschränken. Die Sage von Wilhelm Tell ist so ein Beispiel. Das Drama behandelt die mitteleuropäischen Machtverhältnisse im 14. Jahrhundert und wird der „Weimarer Klassik“ zugeordnet.

Trotzdem kann anhand der Auswertungen festgestellt werden, dass die „Schweizerische Volkspartei“ in ihren Programmen überwiegend konkrete Vergangenheitsbezüge herstellt, die sich klar auf die schweizerische Nationalgeschichte beziehen und ausgesprochen deutlich auf die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe hinauslaufen. Bemerkenswert ist zudem, dass sich die SVP vorwiegend auf Ereignisse bezieht, die sich in den „innerschweizerischen Territorien“ zugetragen haben (sollen) oder die deutschsprachige Erinnerungskultur betreffen. Bis auf wenige Ausnahmen (Kappeler Milchsuppe und Schlacht bei Marignano¹⁰³⁶) werden keine Bezüge aus dem italienischen, französischen, oder rätoromanischen Sprachraum erwähnt.¹⁰³⁷

¹⁰³⁴ Siehe zweiter Band der Dissertation.

¹⁰³⁵ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb kann die Anzahl der konkreten, vagen und abstrakten Bezüge nicht durch simple Addition erhoben werden. Die Anzahl der rekonstruktiven Datensätze in den Tabellen 2.b und 7 entspricht nicht der Summe der identifizierten Vergangenheitsbezüge (der jeweiligen Kategorie). Eine Erinnerungsfigur bzw. Zeitinsel kann sich auf mehrere Datensätze beziehen und/oder in beiden Primärquellengruppen vorkommen. Außerdem kann eine Aussage mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Diese können ebenfalls verschiedenen Kategorien entsprechen („konkret“, „vage“ oder „abstrakt“).

¹⁰³⁶ Dabei handelt es sich um das heute südöstlich von Mailand liegende Melegnano.

¹⁰³⁷ Für die vorliegende Dissertation wurden ausschließlich die deutschsprachigen Programme der „Schweizerischen Volkspartei“ herangezogen. Diese stünden auch auf Französisch und Italienisch zur Verfügung, die Übersetzungen wurden

Sechs Erinnerungsfiguren beziehen sich auf das Mittelalter. Dieses Zeitalter ist für die anderen Parteien (in der vorliegenden Quellensammlung) nicht relevant. Vier Vergangenheitsbezüge können dem 15. bis 17. Jahrhundert, also der Frühen Neuzeit, zugeordnet werden. Die Verweise auf konkrete Ereignisse und Jahreszahlen ist im Vergleich zu den anderen Parteien häufig. Die Erwähnung nationalgeschichtlicher Episoden und Daten aus der Zeit des Mittelalters und der Frühen Neuzeit ist charakteristisch für die SVP. Die anderen Vergleichsparten weisen mehrheitlich Erinnerungsfiguren aus dem 19. und 20. Jahrhundert auf. Die rekonstruktive Begründung der nationalen Identität geht selten auf ältere Zeitalter zurück. Die Mehrheit der Vergangenheitsbezüge der SVP ist auf das 20. Jahrhundert ausgerichtet. Die Erinnerungslandschaft der „Schweizerische Volkspartei“ hebt sich hier von den Vergleichsparteien ab.

Der älteste Vergangenheitsbezug der obigen Auflistung ist der sogenannte „Bundesbrief von 1291“.¹⁰³⁸ Diese Erinnerungsfigur ist sehr wichtig für die Schweizer Nationalgeschichte. Sie bestätigt die perenniale Vorstellung einer kontinuierlichen republikanischen und eigenstaatlichen Tradition der Schweiz. Das wird unter anderem durch folgendes Zitat unterstützt, das von der offiziellen Homepage des Schweizer Bundesrates übernommen wurde:

„Der Bundesbrief von Anfang August 1291 gilt als ältestes Verfassungsdokument der Schweiz. Darin sichern sich die innerschweizerischen Talgemeinschaften Uri, Schwyz und Nidwalden gegenseitige Hilfe zu gegen alle, die ihnen Gewalt oder Unrecht antun. Fremde Richter sollen nicht geduldet, bestehende Herrschaftsverhältnisse aber unangetastet bleiben.“¹⁰³⁹

Im Parteiprogramm für die Legislaturperiode 2011-2015 wurde eine Abbildung des Pergaments eingefügt („SVP Abbildung vi“).¹⁰⁴⁰ Laut der Übersetzung wurde das Dokument „[...] im Jahre des Herrn 1291 zu Anfang des Monats August“ abgefasst und soll den Beginn der Schweizer Eidgenossenschaft markieren.¹⁰⁴¹ Die lateinische Abschrift des Textes wie auch die Übersetzung (in fünf Sprachen) wird ebenfalls online vom Schweizer Parlament zur Verfügung gestellt.¹⁰⁴² Die identitätskonkrete Bedeutung dieses „Artefakts“ kann auf das 19. Jahrhundert zurückgeführt werden. Bei einer nationalen Jubiläumsfeier im Jahr 1891 wurde der Bundesbrief zur Gründungsurkunde der Schweizerischen Eidgenossenschaft erklärt und seit 1899 ist der 1. August nationaler Bundesfeiertag. Das Dokument wird aufgrund seines Symbolcharakters als identitätskonkreter Bestandteil der

SVP Abbildung vi



aber im Rahmen dieses Forschungsvorhabens nicht berücksichtigt. Die Frage, ob die Programme in den anderen Sprachen auch andere Vergangenheitsbezüge aufweisen, kann daher nicht beantwortet werden.

¹⁰³⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 747, 751; PQ2 SVP Aussagen-ID 113-114, 154-157.

¹⁰³⁹ Der Bundesrat, Das Portal der Schweizer Regierung, Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/geschichte-des-bundesrats/bundesbrief-von-1291.html?lang=de>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁴⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 751/Wahlprogramm 2011-2015/S. 10. Die Urheberschaft der Abbildung wird in der Primärquelle nicht erläutert (Bildquelle oder Fotograf:innen). Das Bildzitat ist dennoch notwendig, um die Behauptung über die Partei zu belegen und zu verstehen.

¹⁰⁴¹ Ulrich *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung. (Hg) Stiftung Schweizerhilfe, Buchreihe der Stiftung Schweizerhilfe. Fünfte Veröffentlichung, NZN-Verlag (Zürich 1948) S. 6ff.

¹⁰⁴² Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch.

schweizerischen Erinnerungskultur behandelt.¹⁰⁴³ Daher wurde 1936 in Schwyz das Bundesbriefmuseum als „Gedächtnisort“ eröffnet (bis 1992 Bundesbriefarchiv). Sowohl der Schweizer Bundesrat als auch das Bundesbriefmuseum weisen darauf hin, dass es sich hierbei vornehmlich um einen „Nationalmythos“ handelt:¹⁰⁴⁴

„Dahinter stand die Überzeugung, der demokratische Bundesstaat von 1848 stehe in staatlicher Kontinuität zur alten Eidgenossenschaft vor 1798 und der historische Kern dieser Eidgenossenschaft liege im innerschweizerischen Alpenraum. Diese Vorstellung wurde verknüpft mit der Legende, der Bund der Eidgenossen sei auf dem Rütli am Urnersee von freiheitsliebenden Männern beschworen worden. Als nationalpädagogischer Pflichtstoff wurde dieses Geschichtsbild fortan jedem schweizerischen Schulkind eingepflegt. [...] Das 1291 geschlossene Bündnis der Innerschweizer Talschaften fand über Jahrhunderte praktisch keine Erwähnung, das Dokument selbst wurde erst 1758 im Archiv von Schwyz wiederentdeckt. In der staatsrechtlichen Tradition der alten Eidgenossenschaft vor 1798 spielte der Bund von 1291 im Gegensatz zum Bundesbrief von 1315 (Morgartenbrief) keine Rolle. Auch eine Vorbildwirkung auf spätere eidgenössische Bündnisse ist nicht feststellbar. Unlösbar Überlieferungs- und Interpretationsprobleme sprechen ebenfalls dafür, dass die zeitgenössische Bedeutung dieses Dokuments in neuerer Zeit erheblich überschätzt worden ist.“¹⁰⁴⁵

Der Bundesbrief, auf den sich die Erinnerungsfigur bezieht, ist eines von vielen mittelalterlichen Dokumenten, die nur bedingt „zur Aufhellung historischer Ereignisse und Zusammenhänge“ beitragen. Die Urheber und Schreiber dieser Bundesbriefe sind teilweise unbekannt. Zu den Merkmalen dieser Quellengattung gehört auch, dass mehrere Ausfertigungen an die verschiedenen Vertragsparteien ausgehändigt wurden, die im Laufe der Zeit abhandenkamen oder zerstört wurden. Vergleichende Analysen, die zum Beleg historischer Tatsachen notwendig wären, sind daher nicht immer möglich.¹⁰⁴⁶

An ihrer Echtheit wird dennoch nicht gezweifelt: „Sie wurden nämlich aus verschiedenen Gründen neu geschrieben, zum Beispiel, weil das ursprüngliche Pergament durch Feuchtigkeit, Feuer oder Ratten beschädigt war.“ Der Lausanner Historiker Georges Andrey beschreibt dieses Dokument als Symbol einer nationalen Erinnerungskultur, das wegen seiner identitätskonkreten Strahlkraft als Teil der Gründungsnarrative der Schweizer Eidgenossenschaft anerkannt wird. Dabei geht es weniger um das tatsächliche Alter dieses Pergaments und dessen Inhalt. Der Text beschreibt nämlich ein Bündnis von sogenannten „Waldstätten“, politische Eliten der damaligen Zeit, die sich zusammenschlossen, um ihren Status Quo zu verteidigen. Mit anderen Worten handelt es sich bei diesem Dokument nicht um einen vormodernen Verfassungstext, sondern vielmehr um eine Zusammenstellung verschiedener mittelalterlicher Schriften, die zu einem Brief zusammengefasst wurden. Der sogenannte

¹⁰⁴³ Der Bundesrat, Das Portal der Schweizer Regierung, Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/geschichte-des-bundesrats/bundesbrief-von-1291.html?lang=de>, Version vom 07.04.2020; zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Beschreibung des Bundesbriefmuseums, das diesen Begriff selbst gebraucht: Bundesbrief Museum, Geschichte, Online: <https://www.bundesbrief.ch/de/geschichte.html/Z>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁴⁵ Der Bundesrat, Das Portal der Schweizer Regierung, Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/geschichte-des-bundesrats/bundesbrief-von-1291.html?lang=de>, Version vom 07.04.2020; zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁴⁶ Hans Georg Wirz, Zürichs Bündnispolitik im Rahmen der Zeitgeschichte 1291-1353. Beilage: Der Zürcher Entwurf zum Berner Bundesbrief von 1353. In: (Hg) Kantonale Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 36, Heft 3 (119. Neujahrsblatt). Leemann AG (Zürich 1955) S. 1-3.

„Bundesbrief“ beinhaltet die vertragliche Aushandlung von straf- und zivilrechtlichen Angelegenheiten. In dem Text werden Fragen der Betrugsverfolgung und der Rechtshilfe behandelt.¹⁰⁴⁷

„Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang unserer Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten [...] Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr: Bundesrat, Parlament und Verwaltung stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.“¹⁰⁴⁸

Wenngleich die diversen historischen Dokumente nicht als Beweis einer demokratischen oder eigenstaatlichen Kontinuität herangezogen werden können, belegen sie dennoch die Vorstellung von der Schweizerischen Bevölkerung als „traditionelle Vertragsgesellschaft“. Die Bedeutung des Bundesbriefes für die Identifikation der nationalen Wir-Gruppe ist unbestritten. Versuche, dieses Dokument für Ausstellungen aus dem Bundesbriefmuseum zu bringen, haben mehrmals zu Auseinandersetzungen geführt.¹⁰⁴⁹ Die Erzählungen rund um den Bundesbrief knüpfen an ein weiteres Gründungsnarrativ an, nämlich den sogenannten „Rütlichschwur“ bzw. die Sage von „Wilhelm Tell“. ¹⁰⁵⁰ Auch Friedrich Schiller hat das Datum vom 1. August 1291, das als Unterzeichnungsdatum des Bundesbriefes festgelegt wurde, für die Geschichte von Wilhelm Tell übernommen. In der Legende treffen sich „Männer des Tales von Uri, die Landsgemeinde des Tals von Schwyz und die Gemeinde des niedern Tals von Unterwalden“ ¹⁰⁵¹ auf der „Rütliwiese“, um sich gegen die Habsburger Tyrannenherrschaft zu verbünden. ¹⁰⁵² Ein Beispiel für die Vermischung von fiktiven und vagen Vergangenheitsbezügen. Es ist weitgehend bekannt, dass Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ für die Schweizer Nationalgeschichte eine wichtige Rolle spielt. Die Sage vom Tyrannenmörder dient als perenniale Begründung für das historische Feindbild von der Habsburger-Monarchie, aber auch für die Beschreibung der Wir-Gruppe als widerständig und selbstbestimmt (Résistance-Tradition). Diese Gründungsnarrative wurden unter anderem im Wahljahr 2015 von der „Schweizerischen Volkspartei“ erfolgreich inszeniert. In diesem Jubiläumsjahr wurde an mehrere identitätskonkrete Ereignisse gedacht, darunter 700 Jahre „Schlacht am Morgarten“, 500 Jahre „Schlacht bei Marignano“ und 200 Jahre Wiener Kongress von 1815.¹⁰⁵³

¹⁰⁴⁷ Oliver Pauchard, Der Bundesbrief von 1291 unter der Lupe. Swissinfo.ch, Version vom 01. 08. 2009. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/der-bundesbrief-von-1291-unter-der-lupe/7533912>, konsultiert am 03.05.2024. Vgl. Wirz, Zürchs Bündnispolitik im Rahmen der Zeitgeschichte 1291-1353 (Zürich 1955); Bernhard Stettler, „Bundesbriefe“. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 07.05.2010. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009600/2010-05-07/>, konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁴⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 747/Programm 2011-2015/S. 6.

¹⁰⁴⁹ PQ2 SVP Aussagen-ID 113-114, 154, 157.

¹⁰⁵⁰ PQ2 SVP Aussagen-ID 143, 178.

¹⁰⁵¹ Im Hof, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 6f. Eine andere Version der deutschen Übersetzung wird vom Schweizer Bundesrat online zur Verfügung gestellt. Der Bundesrat, Das Portal der Schweizer Regierung, Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Onlineversion vom 07.04.2020: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/geschichte-des-bundesrats/bundesbrief-von-1291.html?lang=de> <https://www.admin.ch/dam/gov/de/Bundesrat/Staatskunde/Deutsche%20%C3%9Cbersetzung.pdf.download.pdf/Deutsche%20%C3%9Cbersetzung.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁵² Christoph Bopp, Nationalfeiertag. Nicht 1291 und nicht beim Rütlichschwur – wann die Schweiz wirklich gegründet wurde. Ein Bündnis von Städten mit Talschaften – das war erst um 1500 einzigartig und kann als „Gründung“ der Schweiz dienen. Warum Tell und der Rütlichschwur für die Geschichtsschreibung trotzdem wichtig sind. In: Aargauer Zeitung, Version vom 29.07.2018. Online: <https://www.aargauerzeitung.ch/leben/nicht-1291-und-nicht-beim-rutlichschwur-wann-die-schweiz-wirklich-gegrundet-wurde-ld.1520013>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁵³ PQ2 SVP Aussagen-ID 154-157, 174-176, 178.

In der Schlacht am Morgarten im Jahr 1315 siegten Schweizer Eidgenossen gegen ein habsburgisches Heer. Infolge dessen wurde ein weiteres Vertragsbündnis zwischen den drei Waldstätten vereinbart und am 9. Dezember 1315 im Brief von Brunnen festgehalten.¹⁰⁵⁴

„Ein wesentlicher Teil des Dreiländerbundes von 1315 ging am 7. November 1332 zu Luzern in den Vierwaldstätterbund über, dessen vier ursprüngliche Urkunden freilich später vernichtet wurden, nachdem sie im Jahr 1454 durch neu ausgefertigte Briefe ersetzt worden waren, in denen man unter Beibehaltung des alten Datums den geschichtlich längst überholten Vorbehalt zugunsten der Herrschaft Österreich ausgemerzt hatte.“¹⁰⁵⁵

Damit wird wieder das historische Habsburger-Feindbild angesprochen, das stellvertretend für „Fürstenherrschaft“ und „fremdes Recht“ zu lesen ist. Dieses Narrativ steht demnach auch für die Eigenstaatlichkeit als Erfolgsrezept der Eigenossenschaft und ihre militärische Tradition (Miliztradition und „dauernde, bewaffnete Neutralität“).

Innerhalb der vorliegenden Auflistung erfolgt der Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit durch die Erwähnung der Schlacht in Marignano von 1515.¹⁰⁵⁶ Bei diesem Kampf wurde ein eidgenössisches Heer von Truppen des französischen Königs Franz I. und der Republik Venedig besiegt. Infolge der Niederlage musste das Herzogtum Mailand an Frankreich abgetreten werden.¹⁰⁵⁷ Laut dem Eidgenössischen Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) wird dieses Ereignis als wegweisend für die zukünftige außenpolitische Maxime der Eidgenossenschaft gedeutet. Der Frieden, der 1516 mit Frankreich geschlossen wurde „[...] bildet für Jahrhunderte ein vertragliches Fundament der aussenpolitischen Zurückhaltung der Schweiz.“¹⁰⁵⁸ Der Bezug zur Schlacht von Marignano dient daher zum Beleg der Neutralitäts-Tradition der legitimen Wir-Gruppe.

Diese Beispiele zeigen, dass es einen regen Diskurs über die Bedeutung von Mythen und Legenden für die Identifikation der nationalen Wir-Gruppe in der Schweizer Öffentlichkeit gibt. Auch in diesem Kontext unterscheiden sich die Primärquellen der SVP von den Vergleichsparteien, allen voran jene der zweiten Gruppe (PQ2). Laut der deutschen Tageszeitung „TAZ“ ist den SVP-Mitgliedern die Vermischung von Fakt und Fiktion bewusst. Die Bedeutung von Legenden für die Identifikation mit dem Nationalstaat sei ebenso relevant wie die wissenschaftliche Aufarbeitung derselben.¹⁰⁵⁹ Der Verweis auf derartige Gründungsmythen ist kein Alleinstellungsmerkmal der „Schweizerischen Volkspartei“. Sowohl der Bundesbrief als auch die Sage vom Rütlichschwur wurden als Grundlage herangezogen, um den 1. August zum Schweizer Nationalfeiertag zu erklären, und werden als erinnerungskulturelle Gründungsnarrative anerkannt.¹⁰⁶⁰

¹⁰⁵⁴ *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 15; *Wirz*, Zürchs Bündnispolitik im Rahmen der Zeitgeschichte 1291-1353 (Zürich 1955) S. 4.

¹⁰⁵⁵ *Wirz*, Zürchs Bündnispolitik im Rahmen der Zeitgeschichte 1291-1353 (Zürich 1955) S. 4-5.

¹⁰⁵⁶ PQ2 SVP Aussagen-ID **156, 174-176**, 178.

¹⁰⁵⁷ Andrea *Tognina*, Zwischen Fakten und Mythen: Von Morgarten bis zum Wiener Kongress. Swissinfo.ch vom 17. März 2015. Online: https://www.swissinfo.ch/ger/historisches-jubilaumsjahr-2015_zwischen-fakten-und-mythen--von-morgarten-bis-zum-wiener-kongress/41322544, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; Vgl. *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 57-59; Urs *Hafner*, Geschichte ohne Zeit: die Schlacht von Marignano und der Streit um die Vergangenheit. In: NIKE-Bulletin, Band 30, Heft 4/2015, S. 23-25.

¹⁰⁵⁸ Eidgenössisches Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Die Neutralität der Schweiz. Vierte überarbeitete Auflage (Bern 10.2004) S. 4.

¹⁰⁵⁹ PQ2 SVP Aussagen-ID **174-178**.

¹⁰⁶⁰ *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 13.

Im Programm der „Schweizerische Volkspartei“ kommt eine weitere Sage vor, nämlich jene von der sogenannten „Kappeler Milchsuppe“.¹⁰⁶¹ Dieser Vergangenheitsbezug rekurriert auf die konfessionelle Vielfalt der legitimen Wir-Gruppe. 1529 kam es bei Kappel zu einem bewaffneten Konflikt zwischen reformierten Züricher Truppen und einem Kontingent von „innereidgenössischen Altgläubigen“ (Katholiken). Laut zeitgenössischen Chronisten (Johannes Stumpf, Heinrich Bullinger) konnte die Kampfhandlung durch ein Versöhnungsmahl verhindert werden.¹⁰⁶² Der Frieden von Kappel 1529 markierte das Ende des ersten Konfessionskrieges zwischen Reformierten aus Zürich und Katholiken aus der Innerschweiz.¹⁰⁶³

Die Erwähnung des Wiener Kongresses wurde dem 19. Jahrhundert zugewiesen.¹⁰⁶⁴ Dieses Ereignis wird von der Partei als identitätskonkreter Vergangenheitsbezug genannt, wie die Artikel aus der „TAZ“ bzw. der „Süddeutschen Zeitung“ darlegen. Obwohl die Schlacht bei Marignano als wegweisend für die „ausenpolitische Zurückhaltung der Schweiz“ gilt, erlaubte der Einmarsch französischer Truppen 1798 und das darauffolgende Militärbündnis keine Neutralität.¹⁰⁶⁵ Erst am 20. März 1815 konnte im Rahmen des Wiener Kongresses festgelegt werden, dass die „immerwährende“ Neutralität der Schweiz von den europäischen Großmächten garantiert wird. Am 20. November 1815 wurde diese im Vertrag von Paris von den Großmächten Russland, England, Preußen, Österreich und Frankreich anerkannt. Dieses Ereignis wird vom Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA)¹⁰⁶⁶ als Beginn der Schweizer Neutralität genannt.¹⁰⁶⁷ Nach dem „Sonderbundskrieg“ von 1847 wurde der Bundesvertrag reformiert und die neue Verfassung trat am 12. September 1848 in Kraft. Diese löste den Staatenbund der Kantone ab und das Parlament bzw. die Bundesversammlung wurde als höchste Instanz des Bundes etabliert. Auch die Gestaltung der Schweizer Bundesfahne wurde in dieser Verfassung festgelegt.¹⁰⁶⁸ Seitdem wird die „selbstgewählte, dauernde und bewaffnete“ Neutralität in der Schweizer Bundesverfassung empfohlen und die Verantwortung über ihre Behauptung wurde der Bundesversammlung (Nationalrat und Stände) übertragen. Die Bundesverfassung wurde 1874 und 1999 überarbeitet.¹⁰⁶⁹ „Im Bundesvertrag von 1815 und in den

¹⁰⁶¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 755.

¹⁰⁶² Alois Andermatt, Huldrych Zwingli (1484-1531). In: Neujahrsblatt Historischer Verein des Kantons St. Gallen. Band 158 (St. Gallen 2018) S. 19-20.

¹⁰⁶³ Georg Kries, Die Kappeler Milchsuppe: Kernstück der schweizerischen Versöhnungssikonographie. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 44, Heft 3 (Zürich 1994) S. 288-289.

¹⁰⁶⁴ PQ2 SVP Aussagen-ID 174-175, 178.

¹⁰⁶⁵ Eidgenössisches Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS); in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten EDA, Die Neutralität der Schweiz (Bern 10.2004) S. 4.

¹⁰⁶⁶ Im Hof, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 146-148; Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten EDA, Die Neutralität der Schweiz. Online: https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/suche/suchresultat.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Neutralitaet_Schweiz.html, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁶⁷ (Hg) Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten, Broschüre: Die Neutralität der Schweiz. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Ignazio Cassis (Bern am 03.03.2022) S. 6; Online: https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/suche/suchresultat.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Neutralitaet_Schweiz.html, Version vom 26.01.2022. Zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁶⁸ Im Hof, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung (Zürich 1948) S. 162-169, 176-179; Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Die Verfassung von 1848: Ein Meilenstein der Schweizer Geschichte. Online: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/175-jahre-bundesverfassung.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; Das Schweizer Parlament, 1848, eine unglaubliche Geschichte. Online: <https://www.parlament.ch/de/services/besuch-im-bundeshaus/1848-eine-unglaubliche-geschichte#section-content>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹⁰⁶⁹ Koch, Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich (Wien 2014) S. 23 zit. n. Paul Guggenheim, Lehrbuch des Völkerrechts. Verlag für Recht und Gesellschaft, Band II (Basel 1951) S. 970f. Vgl. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Das Wichtigste zur Schweizer Neutralität (22.01.2018) S. 1.

Verfassungen von 1848, 1874 und 1999 wurde die Neutralität für die Behörden zu einer aussenpolitischen Norm.“¹⁰⁷⁰

„Die Geschichte der Schweiz spiegelt sich in der Architektur des Bundeshauses wider.“¹⁰⁷¹

Die Aussage #642/PQ1 gehört zur Abbildung der Südfassade des Bundeshauses im Wahlprogramm für die Legislaturperiode von 2007-2011. Von den acht Vergangenheitsbezügen zum 19. Jahrhundert weisen drei auf das Schweizer Bundeshaus in Bern hin. Die „Curia Confoederationis Helveticae“ und der Bundesplatz stehen in direktem Zusammenhang mit der Schweizer Demokratie und Unabhängigkeit bzw. den Gründungsnarrativen. Auch bei den Aussagen #653-654/PQ1 und #752/PQ1 handelt es sich um Abbildungen von Teilen des Bundeshauses, die in den Programmen platziert wurden. Aussage #653/PQ1 zeigt das Wandbild von Charles Giron, das sich im Nationalratsaal des Gebäudes befindet und den Titel „Wiege der Eidgenossenschaft“ trägt. Das Landschaftsbild zeigt die „Rütliwiese“ vor dem Hintergrund des Urnersees (ein Teil des Vierwaldstättersees) in Schwyz. Der Schweizer Kunsthistoriker Johannes Stückelberger beschreibt die Abbildung wie folgt:

„[...] dass der Flecken Schwyz die Wiege der Eidgenossenschaft sei, die deshalb der Schweiz ja auch ihren Namen gegeben habe, beruht auf einer Legende, die auf das Weisse Buch von Sarnen zurückgeht und die im 19. Jahrhundert weite Verbreitung finden sollte durch Schillers «Wilhelm Tell», wo in der Rütli Szene (2. Akt, 2. Bild) Stauffacher schildert, wie vor Urzeiten ein Volk in das Tal der Muota kam, zu bleiben beschloss und den alten Flecken Schwyz erbaute.“¹⁰⁷²

Die Abbildung zeigt darüber hinaus die Fahnen der Schweiz und der EU im Vordergrund des Wandbildes. Diese Platzierung verweist zudem auf den identitätskonkreten Vergangenheitsbezug des EU-Beitritts gesuchs von 1992, der, nach eigenen Angaben, von der „Schweizerische Volkspartei“ abgewendet werden konnte. Hier wird nicht nur die Darstellung der Partei als positive Wir-Gruppe angesprochen, sondern auch das Feindbild der Europäischen Union bestärkt. Die Aussage #809/PQ1 beinhaltet ein Zitat von Bundesrat Ueli Maurer aus dem Jahr 2010. Es rekurriert auf das Distinktionsmerkmal der nationalen Unabhängigkeit.¹⁰⁷³

Auch die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich ist ein identitätskonkreter Vergangenheitsbezug, der dreimal innerhalb der ersten Primärquellengruppe (PQ1) vorkommt.¹⁰⁷⁴ Aufgrund der Baugeschichte wurde diese Erinnerungsfigur dem 19. Jahrhundert-Cluster zugeordnet. In den Aussagen der SVP steht diese Bildungseinrichtung symbolisch für die leistungsorientierte Bildungspolitik der Partei und die Bedrohungstopoi von Massenuniversitäten, einem aufgeblähten Sozialstaat und schlecht qualifizierten ausländischen Studenten.¹⁰⁷⁵

Einige der Personen in der Liste der Vergangenheitsbezüge wurden aufgrund der diversen Zitate berücksichtigt.¹⁰⁷⁶ Die Behauptungen sind teilweise nicht belegt und haben in den meisten Fällen keine identitätskonkrete Relevanz.

¹⁰⁷⁰ Eidgenössisches Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten EDA, Die Neutralität der Schweiz (Bern 10.2004) S. 4.

¹⁰⁷¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 642/Wahlprogramm 2001-2011/S.10.

¹⁰⁷² Johannes Stückelberger, Charles Giron's „Wiege der Eidgenossenschaft“ im Bundeshaus in Bern: ein Landschaftsbild zwischen Patriotismus, Tourismus und Panorama. In: Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte, Band 42 (1985), Heft 4 (Zürich 1985) S. 326.

¹⁰⁷³ PQ1 SVP Aussagen-ID 642, 653-654, 752, 809.

¹⁰⁷⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 719, 819, 822.

¹⁰⁷⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 819, 822.

¹⁰⁷⁶ Siehe Tabelle 7.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der SVP ohne Übereinstimmung“ im zweiten Band der Dissertation.

Darum werden sie hier nicht einzeln besprochen. Dies betrifft beispielsweise die Erwähnung von Nobelpreisträgern (George Bernard Shaw), Ökonomen (Friedrich August von Hayek, Peter Thomas Bauer) oder Geistlichen (Papst Benedict XVI, Peter Ruch), deren Zitate Eingang in die Programme gefunden haben. Teilweise wurden einzelne Persönlichkeiten im Kontext von politischen Forderungen oder der SVP-Feindbilder bereits erwähnt, wie beispielsweise die Schweizer Künstlerin Pipilotti Rist oder Ruth Dreifuss von der „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“ (SP). In einigen Fällen wurden auch die eigenen Parteimitglieder zitiert (SVP-Bundesrat Christoph Blocher¹⁰⁷⁷, ehem. SVP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, SVP-Nationalrätin Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Bundesrat Ueli Maurer¹⁰⁷⁸). In dieser Analyse wurden nur Zitate berücksichtigt, die einen signifikanten Vergangenheitsbezug herstellen oder für die Beschreibung der sozialen Kategorien herangezogen werden.¹⁰⁷⁹

Ein weiteres großes Erinnerungs-Cluster bilden Gesetzestexte, die ebenfalls nicht im Detail besprochen werden. Einige davon wurden bereits im Zuge der Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe bzw. der diversen Sie-Gruppen erwähnt, wie der Bezug zur Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)¹⁰⁸⁰ oder zum Verbandsbeschwerderecht (der Umweltschutzorganisationen).¹⁰⁸¹ Auch Auszüge aus der Schweizer Bundesverfassung wurden in die Programme eingefügt.¹⁰⁸² Ein weiteres Beispiel ist die Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994), die von der „Schweizerischen Volkspartei“ in mehreren Aussagen kritisiert und als Einschränkung der Meinungsfreiheit interpretiert wird. Wie die Aussage #759/PQ1 zeigt, sieht die Partei eine illegitime Ausweitung der Strafnorm in der juristischen Praxis als Bedrohung der kulturellen Traditionen, wie der „Fasnachtsverse“. Auch das Feindbild der „Linken“ wird in diesem Kontext genannt. Für die „Schweizerische Volkspartei“ bedroht die Strafnorm zudem die wissenschaftliche Forschung, da Geschichtsdarstellungen von „ausländischen Gastreferenten“ aufgrund dieser Gesetzgebung strafrechtlich verfolgt werden. Auf welche „Sicht der Geschichte“ die SVP in diesem Beispiel rekurriert, bleibt allerdings unausgesprochen. Ein weiteres Beispiel für die *Innuendo*-Strategie der Partei, da die Formulierung keine klare Einschätzung darüber erlaubt, um welche historischen Themen es sich hierbei handelt. Verschiedene Medien berichteten über die Haltung der SVP zur Rassismus-Strafnorm und dokumentierten, dass sogar Parteimitglieder auf der Basis dieses Gesetzes verurteilt wurden. Die „Schweizerische Volkspartei“ verlangt sowohl die Aufhebung der Rassismus-Strafnorm als auch die Abschaffung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (1995). Aussage #651/PQ1 belegt zudem das Feindbild vom „fremden Recht“ und die *selektive Solidarität* der Partei hinsichtlich der Maßnahmen, die Menschen (und Kinder) vor Diskriminierung schützen sollen. Die SVP lehnt es ab, dass die Schweiz zunehmend „internationale Vorschriften und Konventionen“ übernimmt, vor allem dann, wenn dazu keine Volksabstimmungen eingeleitet werden.¹⁰⁸³

Ein weiteres Beispiel für Gesetzestexte, die im Zusammenhang mit den präferierten Distinktionsmerkmalen der legitimen Wir-Gruppe stehen, sind die Armee-reformen der Jahre 1995 bis 2003. Die SVP beurteilt diese als Verschlechterung, die zu einem „besorgniserregenden Zustand“ der Armee geführt haben. Die Sicherheitspolitik und das Bundesheer werden in allen untersuchten Programmen in eigenen Kapiteln behandelt. Aufgrund des

¹⁰⁷⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 631, 695-696, 773, 789-790, 918, 921; PQ2 SVP Aussagen-ID 115, 117-119, 126-127, 130, 141, 148, 150-153, 169, 174-175, 178.

¹⁰⁷⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 628, 809, 939.

¹⁰⁷⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 628, 631, 638, 644, 646, 681, 706, 716, 725, 728, 739, 741, 761, 776, 781, 787, 790, 791, 799, 809, 817, 835, 837, 839, 846, 939; PQ2 SVP Aussagen-ID 118, 125.

¹⁰⁸⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 632, 713, 823, 826-827, 946.

¹⁰⁸¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 663, 764.

¹⁰⁸² PQ1 SVP Aussagen-ID 824, 840, 867, 872.

¹⁰⁸³ PQ1 SVP Aussagen-ID 649, **651, 759**, 974, 977; PQ2 SVP Aussagen-ID **126, 158**, 160, 171.

prominenten Distinktionsmerkmals von der „immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität“ ist die Landesverteidigung ein wichtiges politisches Thema in den Primärquellen der Partei.¹⁰⁸⁴ Die Programme enthalten einige Abbildungen von Soldaten, die sowohl Katastropheneinsätze als auch diverse Truppenübungen darstellen. Die sogenannte „Miliztradition“¹⁰⁸⁵ wird regelmäßig für die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe erwähnt. Die SVP setzt sich außerdem für den Erhalt der „Patrouille Suisse“ ein.¹⁰⁸⁶

Der Vergangenheitsbezug der SUVA-Immobilien-Affäre kann im Kontext des Sozialstaat-Feindbildes erwähnt werden. Ein Distinktionsmerkmal der „Schweizerischen Volkspartei“ ist ihre kritische Haltung gegenüber Sozialausgaben, die mitunter für die hohe Staatsquote verantwortlich gemacht werden. Auch hier bleibt die Partei ihrer neoliberalen Linie treu und fordert eine „wirtschaftsfreundliche“ Gestaltung der Sozialversicherung. Im Kontext ihrer Kritik an Korruption und Postenbesetzungen werden einige Feindbilder aus anderen Parteien genannt und verantwortlich gemacht.¹⁰⁸⁷

Es gibt drei Vergangenheitsbezüge der Kategorie „konkret“ und „ohne Übereinstimmung“, die einen Bezug zum Nationalsozialismus herstellen. Alle haben sich aus der publizistischen Berichterstattung über die Partei ergeben. In den vorliegenden Programmen der „Schweizerischen Volkspartei“ wird der Nationalsozialismus nicht erwähnt. Einige Artikel bringen die SVP mit der NS-Zeit in Verbindung, andere hingegen weisen auf die klare Distanz zum Nationalsozialismus hin.¹⁰⁸⁸ In einem Artikel im „Spiegel“ vom Oktober 2007 werden die Wahlkampfmethoden der SVP mit nationalsozialistischer Propaganda verglichen. Die „Aargauer Zeitung“ berichtete im September 2016 über ein Mitglied der „Schweizerischen Volkspartei“, Claudio Gantert, dessen Facebook-Seite durch NS-affirmative Inhalte aufgefallen war. Auch die Schweizer „Handelszeitung“ berichtete 2017 von einer Nähe einzelner Parteimitglieder zur nationalsozialistischen Ideologie.¹⁰⁸⁹

Ein weiterer internationaler Vergangenheitsbezug zum 20. Jahrhundert ist die Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945. Die „Schweizerische Volkspartei“ wirft dieser Organisation Machtmissbrauch vor und bestärkt damit ihre kritische Haltung gegenüber internationalen Abkommen sowie der Mitwirkung der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat. Die Erwähnung des „Kalten Krieges“ ist ebenfalls interessant, da diese Epoche symbolisch für den Widerstand der SVP gegen den EU-Beitritt steht. In einem Artikel der „FAZ“ vom März 2015 wurde berichtet, dass die deutsche Wiedervereinigung „historische Ängste“ hervorrief und Brüssel zum Synonym für „historische Feindbilder“ wurde, zu denen offenbar auch Deutschland gehört. Das Deutschland-Feindbild kann innerhalb der vorliegenden Quellensammlung, abgesehen von diesem Artikel, allerdings nicht weiter bestätigt werden.¹⁰⁹⁰

Einige der Vergangenheitsbezüge können zu einem EU-Cluster zusammengefasst werden. Die Europäische Union gehört zu einem der historischen Feindbilder der SVP. Um die Bedrohung durch unkontrollierte Massenmigration und den Topos von Scheinflüchtlingen zu bestärken wird beispielsweise die Lampedusa-Route erwähnt.¹⁰⁹¹ Lampedusa ist eine Insel zwischen Tunesien und Sizilien und gehört zu den südlichsten Außengrenzen der Europäischen Union. Sie ist mittlerweile zum Symbol für die Flüchtlingskrise geworden, die im Jahr 2015 einen

¹⁰⁸⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 630, 635-636, 645, 647, 650, 655, 657, 659, 682, 685, 688-91, 748, 753, 766-768, 777, 807, 855, 864, 866, 869, 871-873, 876, 879, 937, 941.

¹⁰⁸⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 683-684, 688, 690-692, 807, 810, 864, 876, 937, 962.

¹⁰⁸⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 687, **690, 810, 939**, 941.

¹⁰⁸⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 664-665, 886.

¹⁰⁸⁸ PQ2 SVP Aussagen-ID 116-118.

¹⁰⁸⁹ PQ2 SVP Aussagen-ID 125, 181, 185.

¹⁰⁹⁰ PQ2 SVP Aussagen-ID **141**.

¹⁰⁹¹ PQ1 SVP Aussagen-ID **796**.

Höhepunkt erreichte. Grenzschutz ist für die „Schweizerische Volkspartei“ eine wichtige politische Forderung.¹⁰⁹² Innerhalb der Aussagensammlung wurden 143 Datensätze mit dem Schlagwort „territorialer Bezug“ markiert.¹⁰⁹³ In diesem Kontext wird die Wiedereinführung der Grenzkontrollen und der „Schengen-Austritt“ gefordert sowie die Ausweisung von Asylwerber:innen. Auch die Erinnerung an den „Europäischen Wirtschaftsraum“ (EWR) wird im Kontext der erfolgreichen Abwehr eines EU-Beitritts erwähnt.¹⁰⁹⁴ Es wurde bereits mehrfach hervorgehoben, dass das EU-Beitritts-gesuch von 1992 für die „Schweizerische Volkspartei“ eine Zäsur in der Nationalgeschichte darstellt. Darüber hinaus ist es der Partei wichtig zu betonen, dass es ihrem Einsatz und dem Mittel der direkten Demokratie zu verdanken ist, dass dieses Gesuch nicht zustande kam. In der nachstehenden Aussage #877/PQ1 werden diese identitätskonkreten Merkmale deutlich zum Ausdruck gebracht:

„Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben.“¹⁰⁹⁵

Im Kontext des EU-Feindbildes werden mehrere Projekte, Verordnungen und Abkommen erwähnt, die alle von der SVP abgelehnt oder bekämpft werden. Dazu gehört das europaweite Kulturprojekt „Kreatives Europa“¹⁰⁹⁶, die Alpenkonvention¹⁰⁹⁷, das Agrarfreihandelsabkommen¹⁰⁹⁸, die Europäische Sozialcharta¹⁰⁹⁹ oder das Freizügigkeitsabkommen¹¹⁰⁰, das seit 2002 in Kraft ist.

Anlässlich des Referendums über die Schengen- und Dublin-Abkommen mit der EU platzierte die SVP Abbildung vii



„Schweizerische Volkspartei“ im Jahr 2005 ein hölzernes „Trojanisches Pferd“ auf dem Bundesplatz vor dem Schweizer Bundeshaus in Bern. Diese politische Kampagne trug den Titel „Trojanisches Pferd ‚Schengen‘ auf Tournee“ („SVP Abbildung vii“).¹¹⁰¹ Eine Abbildung davon findet sich im Partei- und Wahlprogramm der Legislaturperiode 2007-2011 sowie in diversen

¹⁰⁹² PQ1 SVP Aussagen-ID 673-674, 676, 784, 789, 796, 858-859, 910, 914, 919, 922, 925, 927, 931, 934, **936**.

¹⁰⁹³ PQ1 SVP Aussagen-ID 628-631, 635-640, 643-650, 652-658, 660, 662, 670, 672-676, 678, 680, 682, 685-686, 689-692, 695, 700-705, 708, 710-711, 713, 722, 725-726, 749-750, 754, 757, 766, 770, 774, 784, 789, 791-792, 796, 798-799, 807-808, 810, 814, 820, 822, 825, 827-828, 830, 836, 843, 845, 847, 858, 860-861, 864-865, 868-869, 872, 875-876, 880, 885, 887-888, 890, 896-898, 900—9020, 904-908, 910-914, 917, 919, 922-925, 927-928, 931-932, 934-941, 944, 946, 948, 952-953, 955, 965-967, 969, 971.

¹⁰⁹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 769, 877.

¹⁰⁹⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 877/Programm 2015-2019/S. 14.

¹⁰⁹⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 960.

¹⁰⁹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 651.

¹⁰⁹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 812, 951.

¹⁰⁹⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 758.

¹¹⁰⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 802.

¹¹⁰¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 654/Wahlprogramm 2007-2011/S. 18. Die Urheberschaft der Abbildung wird in der Primärquelle nicht erläutert (Bildquelle oder Fotograf:innen). Die Abbildung ist dennoch wichtig, da sie der Erkennbarkeit der Behauptung über die Partei dient.

Medien.¹¹⁰² Die Erinnerungsfigur vom „Trojanischen Pferd“ symbolisiert die Skepsis gegenüber dem EU-Feindbild.

Zu den Besonderheiten der abgebildeten Erinnerungslandschaft in den Quellen der „Schweizerischen Volkspartei“ gehören Straftaten von eingewanderten Personen. Diese werden im Zusammenhang mit diversen Volksinitiativen genannt, die von der Partei unterstützt wurden. Dazu gehört die „Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“, die seit 2014 in Kraft ist. Die Ereignisse der Silvesternacht in Köln 2015/2016 werden direkt in Verbindung zur sogenannten „Durchsetzungsinitiative“ gebracht.¹¹⁰³ Diese soll die „Ausschaffungsinitiative“ verschärfen, die seit 2010 wirksam ist.¹¹⁰⁴ Die Messer-Attacke in Interlaken am 15.08.2011 ist ein Beispiel für die rhetorische Strategie der Gleichsetzung von Einwanderung und Kriminalität.¹¹⁰⁵ Die Aussage #787/PQ1 aus dem Programm von 2011-2015 zielt darauf ab, die Forderung nach Verschärfung des Jugendstrafrechts zu legitimieren.¹¹⁰⁶

„Bashkim Berisha, der Parkplatzmörder von Dübendorf, begann seine Verbrecherkarriere im 14. Altersjahr! Viele Jugendliche erhalten zuerst einen schriftlichen Verweis als 'Strafe', was keinerlei abschreckende Wirkung zeigt. Berechtigtes Entsetzen löste der brutale Überfall von drei 16-jährigen Berufsschülern aus Küsnacht auf verschiedene Passanten in München aus. Einen Geschäftsmann schlugen sie halbtot. Bei solch besonders schweren Delikten sollen die Gerichte das Erwachsenenstrafrecht bereits ab dem vollendeten 16. statt erst ab dem 19. Altersjahr anwenden können.“¹¹⁰⁷

Die Tabelle 7.b „Vage Vergangenheitsbezüge der SVP ohne Übereinstimmung“ zeigt einige der nationalen Gründungsmythen, auf die sich die „Schweizerische Volkspartei“ bezieht. Dazu gehört Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“. Diese Erinnerungsfigur hat sowohl vagen wie auch konkreten Charakter, denn der Vergangenheitsbezug verweist auf ein tatsächlich existentes Werk, das aber gleichzeitig von fiktiven Ereignissen handelt. Das trifft auf mehrere der oben aufgelisteten Beispiele zu. Einige davon wurden bereits besprochen. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden diese nicht noch einmal diskutiert.

Der Kolonialismus-Vergleich knüpft an das Gründungsnarrativ des bewaffneten Bauernaufstandes sowie an das historische Distinktionsmerkmal des schweizerischen „Sonderfalls“ an. Ähnlich wie der Begriff Humanismus wird auch der Kolonialismus nicht näher erläutert.

Der Bezug zum schweizerischen Aktienrecht kann ebenfalls „vage“ und „konkret“ kategorisiert werden. Es bedarf vertiefende Recherchen, um zu einem fundierten Urteil darüber zu kommen, wann die Geschichte des Aktienrechts in der Schweiz tatsächlich begonnen hat. Es ist zudem nicht die Expertise dieser Dissertation zu beurteilen, was alles unter so einem Begriff zu verstehen ist und wie damit aus rechtswissenschaftlicher Sicht umzugehen ist. Diese Zeitinsel wurde in der Aussage #764/PQ1 erwähnt, da Geldpolitik für die SVP ein identitätskonkretes

¹¹⁰² Siehe Beat Bumbacher, SVP zieht mit Trojanischem Pferd in Kampf gegen Schengen. Neue Zürcher Zeitung vom (20.05.2002). Online: <https://www.nzz.ch/newzzE8YFFLNU-12-Id.345184?reduced=true>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; FAZ.NET/dpa, Schweizer stimmen Abschaffung der Grenzkontrollen zu (5.6.2002). Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/volksabstimmung-schweizer-stimmen-abschaffung-der-grenzkontrollen-zu-1228890.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; Christoph Reichmuth, Nähert sich die Schweiz heute der EU? Welt am Sonntag (6.6.2002). Online: <https://www.welt.de/print-wams/article128788/Naehert-sich-die-Schweiz-heute-der-EU.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁰³ PQ2 SVP Aussagen-ID 122, 143.

¹¹⁰⁴ Eidgenössische Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“. PQ1 SVP Aussagen-ID 749, 785, 795-796, 803, 860, 925, 928, 932, 935; PQ2 SVP Aussagen-ID 122, 124, 129, 144-146, 173.

¹¹⁰⁵ PQ2 SVP Aussagen-ID 159.

¹¹⁰⁶ PQ1 SVP Aussagen-ID 787; PQ2 SVP Aussagen-ID 159.

¹¹⁰⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 787/Programm 2011-2015/S. 43-44.

Merkmal darstellt, das zur Beschreibung der Partei und der legitimen Wir-Gruppe dient. Interessant ist die wiederholte Bezeichnung der Schweiz als „Armenhaus“ Europas. Dieser Bezug zu einer vermeintlichen Armutsgeschichte der legitimen Wir-Gruppe soll den wirtschaftsliberalen Kurs der SVP legitimieren. Der Wohlstand der Schweiz, den die Partei mit ihren Forderungen verteidigt, hat sich aus den speziellen Distinktionsmerkmalen ergeben, nämlich „Fleiß und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte“ und „den Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus“.¹¹⁰⁸ Basierend auf dieser Begründung des „Schweizer Erfolgsmodells“ ergibt sich auch die skeptische Haltung der Partei hinsichtlich der „Geschichte der Entwicklungshilfe und der Schuldenerlasse“.¹¹⁰⁹ Das von der SVP bescheinigte „sozialdemokratische Jahrzehnt“ wurde bereits im Zuge der Feindbildbesprechung erwähnt.¹¹¹⁰ Die 1990er Jahre werden pauschal mit dieser Phase der Schweizer Nationalgeschichte gleichgesetzt, die als Zäsur wahrgenommen wird. Diese vagen Vergangenheitsbezüge dienen der Festigung des historischen Feindbildes der Sozialdemokratie bzw. der sozialistischen Bedrohung.

Eine bemerkenswerte vage Erinnerungsfigur ist der identitätskonkrete Röschi-Graben. Dieser Vergangenheitsbezug ergibt sich aus der historischen Diversität der legitimen Wir-Gruppe und wird in der medialen Berichterstattung über die Partei erwähnt. Dieses Distinktionsmerkmal beschreibt die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen der „Deutschschweiz“ und dem französischsprachigen Teil.¹¹¹¹ Interessant ist auch die Erwähnung bzw. Abbildung von Trachtengruppen in den Primärquellen der SVP.¹¹¹² Der Erhalt dieser Tradition wird mehrfach in Zusammenhang mit Jodelclubs und Guggenmusik erwähnt und stellt eines der bevorzugten Distinktionsmerkmale der Partei dar. Sie gehören zum Repertoire der authentischen Volkskultur, die als Pendant zur zentralistischen Staatskultur beschrieben wird.¹¹¹³

Eine der jüngsten Volksinitiativen, die von der „Schweizerischen Volkspartei“ unterstützt wurde, ist die sogenannte „Selbstbestimmungsinitiative“ (eigentlich Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“). Um diese zu bewerben, wurde der vage Bezug vom „Staatsstreich“ platziert. Die Initiative wurde erst 2016 eingebracht und dient zur Verteidigung gegen die Bedrohung durch „fremdes Recht“.¹¹¹⁴ Im Kapitel „AHV, ALV, BVG, EO, IV: Sozialwerke sichern, Missbräuche bekämpfen“ des Programmes von 2011-2015 findet sich folgende Aussage #828/PQ1, die sich auf einen nicht belegten „Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich“ bezieht und mit dem Schlagwort „diskriminierend“ markiert wurde. Es handelt sich um ein weiteres Beispiel fragwürdiger Zitate, die der Gleichsetzung von Einwanderung und Kriminalität dienen und einen Bedrohungstopos formulieren. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass sich der geschilderte Vorfall tatsächlich so zugetragen hat. Die Platzierung der Aussage und der vage Vergangenheitsbezug dienen hier sehr deutlich der Beschreibung des Türkei-Feindbildes, das zudem noch den Topos des Sozialmissbrauchs inkludiert:

„Ein Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich berichtet: Der pensionierte Fritz Schoch (Name geändert) fährt mit ca. 5 km/h vor einem Rotlicht aus Unachtsamkeit in das vor ihm haltende Fahrzeug (Schaden 500 Franken). Dieses lenkt Hakan Fenaci (Name geändert), türkischer Staatsangehöriger, Jahrgang 1955. Seine drei Mitreisenden sind Landsleute. Von den vier türkischen Insassen des Opels beziehen laut Polizeibericht

¹¹⁰⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 658, 746-747, 757, 854, 865.

¹¹⁰⁹ PQ1 SVP Aussagen-ID 774.

¹¹¹⁰ PQ1 SVP Aussagen-ID 745, 851.

¹¹¹¹ PQ2 SVP Aussagen-ID 138, 141.

¹¹¹² PQ1 SVP Aussagen-ID 732, 735, 838, 962.

¹¹¹³ PQ1 SVP Aussagen-ID 730-734, 838, 957-959, 961-962, 964.

¹¹¹⁴ PQ2 SVP Aussagen-ID 148.

drei Personen eine IV-Rente. Unmittelbar nach dem Unfall klagt die rentenlose mitfahrende Frau von Fenaci über Schmerzen im Nackenbereich. Nach einer ambulanten Behandlung im Waidspital wird sie krankgeschrieben durch Dr. med. Narsalaam Kusayi (Name geändert). Gegen Fritz Schoch ergeht ein Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung.“¹¹¹⁵

Der NPD-Vergleich wurde sowohl als „vage“ sowie als „negativ“ beschlagwortet. Beide Aussagen werden hier zur Diskussion gestellt. Es handelt sich um die Berichterstattung des Magazins „Spiegel“ vom Oktober 2007 über die Wahlkampagne der SVP. Auf Plakaten und Flugblättern wurden „Ausländer“ als „schwarze Schafe“ dargestellt. Dieses Motiv wurde von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) für den Landtagswahlkampf in Hessen übernommen. Diese Plakate der „Schweizerischen Volkspartei“ brachten ihnen einen NPD-Vergleich im „Spiegel“ ein.¹¹¹⁶

Der einzige abstrakte Vergangenheitsbezug (ohne Übereinstimmung) besteht in der Abbildung des biblischen Apfelbaums im Parteiprogramm von 2015-2019. Um die „Eidgenössische Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“ zu bewerben, wird die Schweiz mit dem Christentum gleichgesetzt. Die Abbildung zeigt das Schweizer Staatsgebiet, aus dem der Apfelbaum herausragt, der die Früchte der legitimen Wir-Gruppe trägt („SVP Abbildung viii).

SVP Abbildung viii: „Abbildung (Grafik): Die Grafik zeigt das Gebiet der Schweiz als rote Fläche mit den entsprechenden Landesgrenzen. In der Mitte befindet sich ein weißes Kreuz. Das Land wird von den Wurzeln eines schwarzen Baums umrankt. Der Baum trägt rote Äpfel mit grünen Blättern. Darunter steht der Bildtext: „Masslosigkeit schadet! Masseneinwanderung stoppen: JA“ (die Worte „stoppen“ und „JA“ sind rot eingefärbt). Abbildung (Text): Masslosigkeit schadet! Masseneinwanderung stoppen: JA. Es gilt, den Verfassungsauftrag vom 9.2.2014 der Masseneinwanderungsinitiative endlich umzusetzen.“¹¹¹⁷



¹¹¹⁵ PQ1 SVP Aussagen-ID 828/Programm 2011-2015/S. 78.

¹¹¹⁶ PQ2 SVP Aussagen-ID 121-123.

¹¹¹⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 908/Programm 2015-2019/S. 33.

KAPITEL 5: ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS

VERGLEICH DER IDEOLOGISCHEN KRITERIEN

In diesem Kapitel liegt der Fokus auf der kritischen Reflexion und Rekapitulation der forschungsleitenden Fragen und Hypothesen. Basierend auf der Aussagenanalyse konnte eine Konturierung des deutschsprachigen Rechtspopulismus erfolgen. Die Tabelle 1 liefert einen Überblick über die quantitativen Ergebnisse der Untersuchung. Sie soll einen Eindruck über die Verteilung der Vergleichskriterien innerhalb der Aussagensammlung gewähren.

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“¹¹¹⁸

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	72	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	974	288	190	140	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	324	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	227	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

¹¹¹⁸ Es kann vorkommen, dass mehrere Vergleichskriterien auf eine Aussage zutreffen. Deshalb entspricht die Summe der Datensätze nicht der Anzahl der ermittelten Kriterien.

RECHTSPOPULISMUS UND RECHTER NATIONALISMUS

Die ideengeschichtliche Verwandtschaft zwischen Rechtspopulismus und rechtem Nationalismus wurde durch die ausgewählten Parteien und Quellen bestätigt. Die Relevanz der Vergleichskriterien „Demokratiefeindlichkeit“ und „Primordialismus“ ist jedoch weniger ausgeprägt als zu erwarten war. Die Aussagen der Parteien wurden auf Formulierungen geprüft, die eine ethnozentrische Definition der nationalen Wir-Gruppe vornehmen. Signalisiert werden solche Vorstellungen oft durch den Einsatz von Begriffen wie „autochthon“, „angestammt“, „natürlich“ oder „verwurzelt“. Die vorliegende Aussagensammlung zeigt, dass in den Primärquellen durchaus hybride Vorstellungen von Abstammungs- und Vertragsgesellschaften vorkommen. Dies trifft insbesondere auf die Formulierungen der „Alternative für Deutschland“ zu. Die Aussagen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und der „Republikaner“ tendieren zu primordialistischen Vorstellungen. Die „Schweizerische Volkspartei“ hingegen weicht deutlich von der Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe als ethnisch homogene und natürliche Begebenheit ab.

Tabelle 1.b „Häufigkeit des Volksbegriffs innerhalb der Aussagensammlung aus PQ1“

Partei	AfD ¹¹¹⁹	FPÖ ¹¹²⁰	REP ¹¹²¹	SVP ¹¹²²
Σ Datensätze	288	193	141	352
„Volk“ Datensätze	49	46	31	92

In essentialistischen Darstellungen wird häufig der Begriff „Volk“ verwendet (z.B.: Volkstum, Volkskultur, Volkswille, das Volk als Souverän oder die „Wesensart des eigenen Volkes“¹¹²³).

„Die Alternative für Deutschland setzt sich für den Bürger als Souverän der Demokratie ein. Derzeit geht die Staatsgewalt nur noch scheinbar vom Volk aus. Tatsächlich sind es die Parteien und insbesondere deren oberste Führungszirkel, die das politische Geschehen beherrschen. Dies aber widerspricht Wortlaut und Geist des Grundgesetzes, denn die Parteien sind nicht vom Volk gewählt.“¹¹²⁴

Derartige Aussagen der AfD weichen von der Annahme ab, dass ihr Gesellschaftsbild ausschließlich auf Volksgruppenzugehörigkeit bzw. Abstammung basiert. Nur einmal wird die Wir-Gruppe mit dem Attribut „autochthon“ beschrieben (#480/PQ1). Welche „autochthonen Minderheiten“ in dieser Aussage gemeint sind, das bleibt unkommentiert. Der Begriff „Bürger“ (generisches Maskulinum) kommt bei der „Alternative für Deutschland“ häufiger vor als der Begriff „Volk“. Auch die explizite Definition der deutschen Gesellschaft als Ethnie kommt nur einmal vor (#399/PQ1). Trotzdem wird mehrmals von zusammen- oder natürlich-gewachsenen Völkern gesprochen. Solche Formulierungen verschieben die Konnotation der Aussagen in Richtung eines organischen und essentialistisch-primordialen Deutungsschemas, das in den Primärquellen der FPÖ noch stärker

¹¹¹⁹ PQ1 AfD Aussagen-ID 199, 201, 205, 208, 210-211, 222-223, 225-226, 228-230, 236-237, 240, 251, 255, 258, 260, 262, 290-291, 319, 323, 326, 328-329, 331-335, 343, 345-346, 354-355, 358, 378-380, 397-399, 438, 479-480, 482.

¹¹²⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 2-4, 12, 14, 20, 22-23, 25-33, 40-41, 43-45, 47-49, 54-57, 80, 86, 88, 90, 112, 121, 123, 125, 133, 138, 140, 143, 180, 189, 191.

¹¹²¹ PQ1 REP Aussagen-ID 485, 492-494, 496-497, 505, 508, 511, 513-515, 519, 521,-522, 531, 539, 546-547, 554, 561-562, 564-566, 569-570, 574, 588-589, 604.

¹¹²² PQ1 SVP Aussagen-ID 634-636, 640, 645, 651, 655, 659, 662, 666, 690-703, 706-707, 714, 720, 723, 727, 732-734, 737, 739, 749-750, 753-754, 758-759, 766-767, 770-771, 777, 782-783, 788, 790, 792, 797, 801, 803, 807, 810-811, 815-816, 821, 825-826, 829, 833, 836, 838, 840, 843, 848-850, 856, 866-868, 870, 872, 874, 877-879, 896, 898, 901-902, 904, 906, 909, 913, 920, 28, 932, 935, 943, 948, 951, 958, 961, 964, 971, 974.

¹¹²³ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 29/Programm 2005/S.4/Artikel 3/Abs. 5.

¹¹²⁴ PQ1 AfD Aussagen-ID 222/Programm 2013/S.11.

ausgeprägt ist. Innerhalb der Datensammlung zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ kommt das Signalwort „Volk“ 46-mal vor. Im Vergleich dazu wird nur 24-mal von „Bürgern“ gesprochen.

„Jeder Österreicher hat das Grundrecht, über seine Identität und Volkstumszugehörigkeit selbstbestimmt und frei zu befinden. Es darf ihm aus seinem Volkstumsbekenntnis kein Nachteil erwachsen.“¹¹²⁵

Die „Republikaner“ verwenden den Begriff „Volk“ viel häufiger als „Bürger“. Die Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“ bestätigt, dass die FPÖ die meisten primordialen und perennialen Aussagen aufweist. Die Tendenz zu ethnonationalen Gesellschaftskonzepten ist jedoch bei beiden Parteien stark ausgeprägt.

„Die Aussage ‚Du bist alles, dein Volk ist nichts‘ ist genauso falsch wie der Satz ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles‘. Die Aufgabe eines demokratischen Staates besteht immer darin, einen gerechten Ausgleich zwischen Einzelinteressen und dem Wohl der Allgemeinheit zu finden. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist – so das Bundesverfassungsgericht – nicht das des selbtherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit. Insbesondere muß es Grundrechte und Grundpflichten geben. Die Rechte sind im Grundgesetz eingehend geregelt und werden auch an vielen Stellen dieses Programms behandelt.“¹¹²⁶

Die „Schweizerische Volkspartei“ hebt sich hinsichtlich dieser Begriffshäufigkeiten von den Vergleichsparteien ab. Die Tabelle 1.b zeigt, dass Varianten des „Volk“-Begriffes in 92 von 352 Aussagen vorkommen. Der/die „Bürger:in“ kommt in 67 Datensätzen vor. Nur neun Datensätze wurden mit dem Schlagwort „Primordialismus“ und 28 mit „Essentialismus“ markiert. Begriffe wie „Ethnie“ oder „autochthon“ kommen in den Programmen der „Schweizerischen Volkspartei“ nicht vor. Solche Vorstellungen werden zwar nicht konsequent abgelehnt, die Darstellung der nationalen Wir-Gruppe erfolgt aber überwiegend nach dem Prinzip der Willensgemeinschaft.

*„Die SVP
verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Erhaltung von Freiheit, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, bewaffneten Neutralität;
widersetzt sich den Bemühungen um Aufnahme in den UNO-Sicherheitsrat;
fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs in Brüssel und die Auflösung des Integrationsbüros;
will keine weiteren Verträge, die unsere Handlungsfreiheit einschränken;
spricht sich dafür aus, dass wichtige Staatsverträge obligatorisch vom Volk genehmigt werden müssen;
widersetzt sich jedem Druck von aussen gegen unsere Steuerautonomie.“¹¹²⁷*

In den Primärquellen finden sich nur vereinzelt geschlechtsspezifische Formulierungen, dreimal bei der „Alternative für Deutschland“ und je einmal bei der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ sowie bei den „Republikanern“. Die AfD und die FPÖ sprechen sich explizit gegen eine Sichtbarmachung der Frau in der Sprache aus. In der Aussagensammlung der „Republikaner“ werden Frauen allgemein nur viermal erwähnt. Zur Beschreibung der legitimen Wir-Gruppen und der negativen Sie-Gruppen wird daher grundsätzlich das generische Maskulinum verwendet. Der Bürger, der Arbeiter, der Asylant oder der Täter ist grundsätzlich männlich. Die Rhetorik der „Schweizerischen Volkspartei“ unterscheidet sich in diesem Punkt von den Vergleichsparteien. In

¹¹²⁵ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 27/Programm 2005/S. 5/Artikel 3/Abs. 1.

¹¹²⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 494/Programm 2002/S. 6/Abs. 1.

¹¹²⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 777/Programm 2011-2015/S. 39/Abs. 1-7.

den Aussagen der SVP werden Frauen deutlich häufiger miteinbezogen und daher bei der Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe berücksichtigt.

Weitere Übereinstimmungen zeigen sich bei der Beschreibung der diversen Sie-Gruppen. Häufig werden Bedrohungsszenarien, Feindbilder oder Gefahren als Begründung für ihre Positionen und Forderungen verwendet. Diese spielen daher eine wichtige Rolle in der politischen Agitation aller untersuchten Parteien. Dabei bedienen sie sich vergleichbarer rhetorischer Strategien. Dazu gehören das „imperative Mandat“, der exzessive Gebrauch von Hörer- und Sprecherinklusionen („wir“ oder „uns“) oder Widersprüche.¹¹²⁸

Darüber hinaus wurden auch rhetorische Unterschiede zwischen den Parteien herausgearbeitet. Radikale Positionswechsel („turns“), Widersprüche und Relativierungen wurden als besondere Merkmale der „Alternative für Deutschland“ ausgemacht. Ihre Selbstbeschreibung ist von einer „Wir-gegen-sie“-Haltung geprägt. Die Partei legt Wert darauf, sich von den etablierten Organisationen zu unterscheiden. Armin Schäfer und Michael Zürn erkennen in der „Wir gegen sie“-Logik ein wichtiges Distinktionsmerkmal des autoritären Populismus.¹¹²⁹ Als Besonderheit der „Republikaner“ wurde die sogenannte *Sittenromantik* erkannt. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ zeichnet sich vor allem durch eine anhaltende *Bedeutungslatenz* und den liturgischen Stil aus. Ihre Aussagen sind geprägt von einem exzessiven Gebrauch von Metaphern und Synonymen, die sich teilweise widersprechen. Die antagonistischen und interpretationsoffenen Formulierungen erschweren eine Beschreibung der Partei und ihrer Vorstellungen der nationalen Wir-Gruppe. Die Sinnhaftigkeit der Aussagen bleibt mehrheitlich im Unklaren. Im Gegensatz dazu bevorzugt die „Schweizerische Volkspartei“ in ihren Programmen eine unmissverständliche Ausdrucksweise. Die nationale Wir-Gruppe wird überwiegend als Willens- und Vertragsgesellschaft beschrieben. Gleichzeitig konzentriert sich die SVP auf die Akzentuierung von Feindbildern oder Bedrohungsszenarien und verwendet häufig Vergleiche, um die verschiedenen Sie-Gruppen zu beschreiben. In den Programmen wurden einige Abbildungen platziert, die unverhohlen rassistisch und diskriminierend sind. Die Abgrenzung der legitimen Wir-Gruppe von den verschiedenen Sie-Gruppen erfolgt unter Verweis auf die unverwechselbare schweizerische *Traditionsidentität*.¹¹³⁰ Das spezifische rhetorische Muster der SVP wurde als *Innuedo*-Strategie bezeichnet.¹¹³¹

Als Merkmal des rechten Nationalismus wurde anfänglich die Demokratiefindlichkeit genannt. Diese Annahme wurde von den Auswahlparteien nicht bekräftigt. Alle Vergleichsparteien bevorzugten die direkte Demokratie gegenüber der repräsentativen und hinterfragten diese Regierungsform in keiner Aussage. Der Nationalstaat wird als Bedingung für Demokratie betrachtet und muss deshalb verteidigt werden.

¹¹²⁸ Vgl. Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 45-46; Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien/Köln/Weimar 2001) S. 77-84; (Hg.) Wodak and Ludwig, Challenges in a changing world (Wien 1999) S. 11-20; Wodak, Language and Politics (Basingstoke [u.a.] 2009) S. 590.

¹¹²⁹ Vgl. Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 13-16; Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 42-54.

¹¹³⁰ Mit einer guten Portion Zynismus wurde diese Beobachtung von den Autoren als „Argumentation gleitender Kriterien“ bezeichnet. Per Leo, Maximilian Steinbeis, Daniel-Pascal Zorn, mit Rechten reden. Ein Leitaden. Klett-Cotta Verlag (Stuttgart 2017) S. 150.

¹¹³¹ Es gibt keine Aussage in den Programmen der SVP, die offen rassistisch formuliert wurde. Dennoch zeigen die Abbildungen in den Primärquellen ein rassistisches und diskriminierendes „framing“. Dazu gehört auch, dass Afrikaner:innen als besonders bedrohlich beschrieben werden. Vgl. PQ1 SVP Aussagen-ID 774, 789, 792-793, 796, 798, 854, 916.

Damit bestätigten die Primärquellen folgende Behauptung von Schäfer und Zürn:

„Anders als bei den alten rechtsextremen Parteien steht in den Wahl- und Parteiprogrammen der Populisten nicht, dass die Demokratie durch eine andere Herrschaftsform ersetzt werden soll. Im Gegenteil, sie plädieren für eine Ausweitung der direkten Demokratie und beanspruchen, diejenigen zu repräsentieren, die von den etablierten Parteien übersehen werden. Der Anspruch, die wahre Stimme des Volks zu sein, ist anmaßend, aber er verfängt bei einem nicht unerheblichen Teil der Bürgerinnen.“¹¹³²

Drei Vergleichsparteien beziehen sich auf Volksbefragungen oder Referenden als „plebiszitäre Instrumente“ der Demokratie.¹¹³³ Während die „Schweizerische Volkspartei“ diese im Kontext vergangener Abstimmungen erwähnt, fordern die „Alternative für Deutschland“ und die „Republikaner“ den Ausbau direktdemokratischer Partizipationsmöglichkeiten. Die Schweiz wird für ihre Vorstellungen von Demokratie als Vorbild genannt. In diesem Kontext bedient die AfD wiederholt den Topos vom kulturellen und demographischen Niedergang, und unterstellt der deutschen Regierung das Vorhaben einer „Transformation der Gesellschaft“ (#477/PQ1). Einige Aussagen der AfD zeigen eine skeptische Haltung gegenüber jedweder Staatsräson und Bürokratie. Das offenkundige Bekenntnis zum Nationalstaat scheint im Widerspruch zu dieser misstrauischen Grundeinstellung zu stehen. Die FPÖ verwendet häufig die Metapher der Freiheit oder der Heimat, um ihr Demokratieverständnis zu beschreiben. Nicht die Demokratie garantiert die Grundrechte, sondern die „Freiheit“ gewährt die „Grundfreiheiten“, und die „Heimat“ verleiht Heimatrechte, aber auch Heimatpflichten (Grenzschutz). Dies entspricht der charakteristischen *Bedeutungslatenz* der FPÖ. Die „Republikaner“ bekennen sich ebenfalls zur Demokratie, jedoch mit Vorbehalt. Ihr Verständnis eines demokratischen Staates ist stets mit Patriotismus verbunden. Die Pflicht, für das „Vaterland“ zu „kämpfen“, erwirkt das Recht auf „Teilhabe an der Macht“. Nationalismus, Patriotismus und Demokratie werden von den „Republikanern“ synonym verwendet (#485/PQ1 und #487/PQ1). Die Unterschlagung der „nationalen Seite“ wird von dieser Partei als Geschichtsverfälschung gedeutet. Sie verwahren sich jedweder Gleichsetzung von „Patriotismus“ und „Nationalsozialismus“ bzw. der Herstellung eines „Zusammenhangs zwischen Nationalstaat und Nationalsozialismus“. In den Aussagen der „Schweizerischen Volkspartei“ werden die republikanische Tradition und die territoriale Einheit der Schweiz als historische Konstanten dargestellt. Nationalstaat, Demokratie und Unabhängigkeit werden synonym begriffen. Die SVP beschreibt eine exklusive Wir-Gruppe, die perennial, territorial, religiös oder kulturell begründet wird und eine Überlegenheit gegenüber zugewanderten Gruppen impliziert. Der besondere Status der alteingesessenen Bevölkerung ergibt sich für die SVP jedoch nicht aus der Abstammung, sondern aus der einzigartigen historischen Entwicklung des „Sonderfalls Schweiz“. Deshalb spielen nationale Gründungsnarrative eine wichtige Rolle für die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe, die in den Primärquellen überwiegend als Zweckverband beschrieben wird.

Trotz der Demokratiebekenntnisse gibt es keine uneingeschränkte Solidarität mit der nationalen Wir-Gruppe. Die ungleiche Wertigkeit der verschiedenen Gruppen innerhalb der Bevölkerung wird von allen Parteien vertreten. Diese Strategie wurde als *selektive Solidarität* bezeichnet. Die nationalistische Tradition wird durch subjektivierende Kollektivvorstellungen ausgedrückt, die das Konzept einer exklusiven Gruppe („das wahre Volk“) bestätigen. Die nationalen Wir-Gruppen werden von allen Vergleichsparteien auf eine lange Geschichte

¹¹³² Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 13.

¹¹³³ Casasus, Inwieweit ist ein Vergleich der rechtskonservativen Kräfte Frankreichs und der Schweiz möglich? (2011) S. 153.

zurückgeführt (Perennialismus), aber nicht durchgängig als natürliche oder organische Einheiten dargestellt (Primordialismus). Sie werden gezielt mit meliorativen Gleichsetzungen („Normalbürger“ #574/PQ1) und positiven Attributen beschrieben, wie reich, stabil, erfolgreich, historisch, deutsch. Für die SVP zeichnet sich das „Wesen der Schweizerinnen und Schweizer“ durch „Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss“ aus (#640/PQ1). Die bevorzugte(n) Landessprache(n) und das Christentum werden zur Norm erklärt und mit überwiegend vagen Geschichtsbezügen legitimiert. Auch die Polizei und das Militär werden von allen Parteien als besondere Berufsgruppen hervorgehoben.

Die Vergleichsparteien bekennen sich dezidiert zum Nationalstaat und heben die Bedeutung von Staatsbürgerschaft hervor. Territoriale Bezugnahmen sind für die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe und die abgebildeten Erinnerungslandschaften prägend. Trotzdem ist die Solidarität der Parteien mit der nationalen Wir-Gruppe auf eine bevorzugte Klientel zugeschnitten (*selektive Solidarität*). Sie begründen diese Haltung mit der „moralischen Überlegenheit“ der exklusiven Gruppe. Die Verweigerung von Solidarität beruht mitunter auf einem meritokratischen Weltbild.¹¹³⁴ Diese Merkmale zeigen, dass unter dem Begriff des „Volkes“ präferierte Bevölkerungs- und Berufsgruppen zusammengefasst werden. In einigen Aussagen werden moralische Verpflichtungen wie Fairness mithilfe von Appellen an das Gewissen eingefordert. Die moralische Überlegenheit betrifft nicht nur die Parteien, die sich als redlich und gesetzestreu beschreiben, sondern auch die bevorzugte Wir-Gruppe. Daher werden vermeintlich nationale Werte und Attribute strategisch betont, um zu unterscheiden, wer zur nationalen Wir-Gruppe gehört und welche Bedürfnisse als berechtigt angesehen werden. In der vorliegenden Aussagensammlung werden beispielsweise die Interessen von Flüchtlingen, Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Menschen mit Behinderungen oder ungewollt schwangeren Frauen als illegitim angesehen.¹¹³⁵ Die Attribute der nationalen Wir-Gruppe werden zudem unterschiedlich priorisiert. Die Religionszugehörigkeit entspricht einem besonders relevanten Merkmal. In diesem Punkt sind sich alle Parteien des Vergleichs einig und bevorzugen deutlich die christlichen Religionsbekenntnisse. Die „Schweizerische Volkspartei“ erwähnt in diesem Kontext auch den Protestantismus bzw. die „protestantische Arbeitsethik“, die als „Grundlage einer unternehmerischen und auch leitungsorientierten Gesellschaft“ beschrieben wird. Zudem wird die Bedeutung von „Sprache“ hervorgehoben. Auch wenn sich die SVP in diesem Punkt von den Vergleichsparteien unterscheidet, da sie die traditionelle innerschweizerische Sprachvielfalt als besonderes Distinktionsmerkmal betrachtet, demonstrieren die Aussagen, dass diese historische Diversität sich vornehmlich auf die offiziellen Landessprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch), die christlichen Glaubensbekenntnisse und die Regionalkulturen (Gemeinden und Kantone) beschränkt. Es wurde zudem bemerkt, dass alle Parteien mehr oder weniger ausgeprägt zu Widersprüchen tendieren. Ein weiteres Charakteristikum der vorliegenden Aussagensammlung ist die tendenziell androzentrische Sprache. Mit Ausnahme der SVP wird für die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppen überwiegend das generische Maskulinum verwendet.

In diesem Kontext stehen auch die Aussagen zu Geschlechtergerechtigkeit und Familienpolitik. Alle Parteien des Vergleichs legen in ihren Programmen Wert darauf, sich dazu zu positionieren. Allerdings findet keine Diskussion feministischer Theorien oder Diskurse statt, vielmehr wird die Rolle der Frauen im Kontext gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge erwähnt, wie beispielsweise in Verbindung mit Gesundheits- oder Bildungspolitik. Auch die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gehört zu diesem

¹¹³⁴ Vgl. Piketty, Kapital und Ideologie (München 2020) S. 13-14, 49.

¹¹³⁵ Vgl. Müller, Was ist Populismus? (Berlin 2016) S. 51-53, 56.

Themenblock. Für die „Alternative für Deutschland“ sind Frauen für multiple Gefahrentopoi verantwortlich. Da ihre Vorstellung von Traditionsfamilien eine hohe Geburtenrate vorsieht, werden deutsche Frauen für ihr statistisch hohes Geburtseintrittsalter und ihre relativ niedrige Geburtenrate kritisiert. Die Angst vor dem „demographischen Niedergang“ ist eine innere Kombinationsbedrohung. Die Gefahr des Zusammenbruchs des nationalen Steuer- und Pensionssystems, die zunehmende Landflucht, Identitätsverlust (Verlust der deutschen Sprache und Kultur) und auch das Niveau der wirtschaftlichen Produktivität des Landes werden darauf zurückgeführt. Das „Ideal der berufstätigen Frau“ wird ebenso kritisch betrachtet wie staatliche bzw. gemeinschaftliche Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen. In den Programmen der „Republikaner“ hingegen wird die „berufstätige Mutter“ als idealtypisch beschrieben. Es wurde zudem ausführlich diskutiert, wie sich die Partei gegen die Reformen im Ehe- bzw. Ehescheidungsrecht der Nachkriegszeit ausspricht. Darüber hinaus wird ein Mitentscheidungsrecht für Väter aus nicht ehelicher Gemeinschaft gefordert. Sie begründen diese Haltung unter anderem mit der christlich-abendländischen Kultur. Familien mit Kindern sollen gegenüber Kinderlosen steuerliche Vorteile genießen. Die *Bedeutungslatenz* innerhalb der Aussagensammlung zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ erlaubt nur wenige Schlussfolgerungen zu ihrer Einstellung gegenüber Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit. Nur die Beziehung von Mann und Frau wird als legitime Lebensgemeinschaft anerkannt und als die natürliche Ordnung beschrieben. Diese sieht eine „geburtenorientierte Familienpolitik“ vor, das heißt, dass eine hohe Geburtenrate von den Frauen gewünscht wird, um eine „funktionierende Gesellschaft“ zu garantieren. Die Aussagen der „Schweizerischen Volkspartei“ entsprechen der bevorzugten *Traditionsidentität*. Dazu gehört die Kritik an staatlichen Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Individuelle Freiheit wird gegenüber staatlicher Lenkung bevorzugt. Deshalb werden Familienplanung, Formen des Zusammenlebens und Kinderbetreuung als Privatangelegenheit gesehen. Die „traditionelle Familie“ wird auch von dieser Partei als besonders zu schützende Familienform bevorzugt. Darüber hinaus sind Aussagen zu Geschlechterrollenbildern in den Programmen der SVP vergleichsweise spärlich.

Im Zuge der Aussagenanalyse wurde deutlich, dass die Vorstellungen von Familie und Geschlechterrollen übereinstimmende Distinktionsmerkmale der Vergleichsparteien darstellen. Alle Parteien bevorzugen ein heteronormatives Familienideal. Die Ehe zwischen „Mann und Frau“ wird häufig als „Kern“ oder „Keimzelle der Gesellschaft“ umschrieben. Konsens besteht hinsichtlich der Missbilligung von „Gender-Mainstreaming“. Was unter „Gender“ oder „Gendermainstreaming“ verstanden wird, das bleibt überwiegend unklar. Abgesehen von der sprachlichen Sichtbarmachung von Frauen werden vor allem Quotenregelungen oder andere Frauenförderungs- bzw. Gleichstellungsmaßnahmen kritisiert. Der „Genderwahn“ wird von allen Parteien, außer den „Republikanern“, explizit als Bedrohung betrachtet und als „Umerziehungsprogramm“ kritisiert. Nur die „Schweizerische Volkspartei“ bringt dieses Feindbild in einen historischen Zusammenhang, nämlich im Kontext ihrer Ablehnung der sogenannten 68er-Generation und des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ (die 1990er Jahre). Die AfD warnt zudem vor der Aufhebung von „Geschlechteridentitäten“ und geht als einzige Partei auch (einmal) auf Transsexualität ein. Auch zum Thema „Abtreibung“ finden sich Übereinstimmungen, vor allem zwischen der „Alternative für Deutschland“, den „Republikanern“ und der „Freiheitlichen Partei Österreichs“. Dagegen werden Schwangerschaftsabbrüche von der „Schweizerischen Volkspartei“ nicht explizit abgelehnt. Gegenüber den Frauen der nationalen Wir-Gruppe wird die attestierte *selektive Solidarität* der Vergleichsparteien besonders deutlich.

„Argumentative, stilistische und rhetorische Elemente dienen dem Handlungscharakter von Texten, das heißt der Tatsache, daß Texte ein bestimmtes Ziel verfolgen und primär darauf angelegt sind, Wirkungen zu entfalten.“¹¹³⁶

Ein zentrales Element ist die Gewichtung vermeintlicher innerer und äußerer Gefahren. Innerhalb der ersten Primärquellengruppe werden Feindbilder oder Bedrohungsszenarien in 648 von insgesamt 974 Datensätzen beschrieben. Damit präsentieren die ausgewählten Parteien ihre politischen Positionen als permanenten Abwehrkampf gegen illegitime Interessen und/oder Gruppen. Das Auftreten als Protestpartei oder -bewegung erinnert zudem an die Idee des „Befreiungsnationalismus“.¹¹³⁷ Der stetige Verweis auf zahlreiche Gefahren und Feinde dient hauptsächlich als Rechtfertigung für ihre Forderungen. Dies lenkt von sachlichen Argumenten ab, die in den Aussagen entsprechend ausbleiben.

Hinsichtlich der Feindbilder oder Bedrohungsszenarien konnten zahlreiche Übereinstimmungen zwischen den Vergleichsparteien ausgemacht werden. Dazu gehört die Gefahr durch irreguläre bzw. illegale Zuwanderung. Abgesehen von der „Schweizerischen Volkspartei“ wird Einwanderung in einigen Programmen grundsätzlich abgelehnt. Integration wird mehrheitlich als Bringschuld betrachtet. Das Asylrecht wird nur für „wirklich Verfolgte“ anerkannt. Selbst „ausländische“ Kinder werden als Belastung betrachtet. Aussagen, die eine positive Hinwendung zu gesellschaftlicher Vielfalt ausdrücken, bilden die Minderheit innerhalb der vorliegenden Untersuchung. Begründet wird diese Haltung mit der Bedrohung durch unkontrollierte „Masseneinwanderung“. Diese Strategie wird zudem von einer systematischen Vermischung der Migrationsursachen begleitet. Flüchtlingen oder Personen aus Ost- und Südosteuropa wird „Sozialmissbrauch“ und organisierte Kriminalität unterstellt („Kriminaltouristen“ und „Scheinasylanten“). In diesem Zusammenhang wird außerdem die Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen bzw. verstärktem Schutz der EU-Außengrenzen genannt.

*„Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt nicht nur zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. Sie ist auch für den Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich. Die AfD will diese zynisch hingenommene Folge eines irregeleiteten Humanitarismus vermeiden und die daraus entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden.“*¹¹³⁸

„Masseneinwanderung“ wird zudem gleichgesetzt mit Identitätsverlust und „Entwurzelung“. Deshalb wird der „Multikulturalismus“ mehrfach als Feindbild erwähnt. Von den multikulturellen Entwicklungen geht die Gefahr des Verfalls von Kultur und Tradition aus. Eine spürbare „Nivellierung“ der „geistigen und kulturellen Substanz“ wird beklagt. Alle Parteien warnen vor der Verdrängung des Eigenen durch eingewanderte Personen und fremde Kulturen. Deshalb werden geförderte Integrationsmaßnahmen und die Rücksichtnahme auf kulturelle Eigenheiten in einigen Aussagen abgelehnt. Die „Republikaner“ verwenden einmal sogar den Begriff „Überfremdung“. Erwähnenswert ist, dass die Themen Religion und/oder Einwanderung im ersten Parteiprogramm der „Alternative für Deutschland“ von 2013 nicht berücksichtigt werden. Das ändert sich ab dem Programm von 2016.

Sehr häufig wird beispielsweise der wachsende Einfluss „des Islams“ beklagt, der ein übereinstimmendes Feindbild darstellt und innerhalb der Aussagensammlung von allen Vergleichsparteien thematisiert wird.

¹¹³⁶ Landwehr, Geschichte des Sagbaren (Tübingen 2004) S. 117.

¹¹³⁷ Schiedel, Extreme Rechte in Europa (Wien 2011) S. 39.

¹¹³⁸ PQ1 AfD Aussagen-ID 442/Programm 2016/S. 59/Abs. 3.

Islamophobie ist ein Distinktionsmerkmal aller ausgewählten Parteien. Dabei wird die Türkei als besonderes Feindbild hervorgehoben. Ihr Beitritt zur Europäischen Union wird abgelehnt und sie wird nicht als legitimer Teil der europäischen Wir-Gruppe anerkannt.

Die Kombinationsbedrohung durch das Islam-Terror-Feindbild und die Vermischung von Migrationsursachen dienen zur Begründung der Ablehnung von Zuwanderung. In diesem Zusammenhang wird das selektive Verständnis von Menschen- und Freiheitsrechten offensichtlich.

Außerdem ist die Europäische Union ein übereinstimmendes Feindbild aller Vergleichsparteien. Im Zuge der Analyse hat sich ergeben, dass einige europäische Verträge – allen voran die Schengen-Vereinbarungen – als historische Zäsuren wahrgenommen werden. Ein klares Bekenntnis zur EU-Mitgliedschaft wird nur selten geäußert, zweimal von der AfD und einmal von der FPÖ. In nur einer Aussage tritt die AfD für ein „offenes und ausländerfreundliches Deutschland“ ein und begrüßt die Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das Konzept des „Europa der Vaterländer“ bzw. „Europa der Nationen“ wird mit Ausnahme der SVP von allen Parteien vertreten. Die EU wird ausschließlich als Verband souveräner Nationalstaaten akzeptiert. Auf supranationaler Ebene wird eine Vertragsgesellschaft beschrieben. Die einzelnen Nationen werden als primordiale und perenniale Gesellschaften verstanden, also als gewachsene Völker“. Die Vaterländer bilden die Summe Europas und ihre Vielfalt ergibt sich aus ihren angestammten Ethnien. Nationaler Pluralismus wird mit Staatsversagen und Identitätsverlust assoziiert. Zu den meistgenannten Gefahren, die von der EU ausgehen, gehören diverse Harmonisierungsmaßnahmen, die als „Nivellierung“ und „Gleichmacherei“ wahrgenommen werden. Die vertiefende europäische Integration wird als Assimilierungszwang beschrieben und daher durchwegs abgelehnt. In diesem Kontext äußern sich die Parteien auch kritisch gegenüber der europäischen Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Den europäischen Institutionen wird „Kulturdirigismus“ vorgeworfen. Doch besonders die finanzpolitischen Vorgaben der EU und die sogenannte „Euro“- und „Bankenrettung“ werden für wachsende „Zwietracht in der Eurozone“ sowie Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten verantwortlich gemacht. Die europäische Einheitswährung wird als Bedrohung für „Wohlstand“ und „Rechtsstaatlichkeit“ betrachtet. Aus diesem Grund wird der Europäische Stabilitätsmechanismus („European Stability Mechanism“, ESM) und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität („European Financial Stability Facility“, EFSF) von allen Parteien abgelehnt. Einige europäische Institutionen und Maßnahmen werden im Besonderen als Feindbilder hervorgehoben, dazu gehört die EZB, die Troika, oder die Europäische Kommission, die oft mit dem Synonym „Brüssel“ gleichgesetzt wird. Auch die „Schweizerische Volkspartei“ reiht sich in die Riege der EU-Kritiker:innen ein und beschreibt das EU-Beitritts-Gesuch von 1992 als historische Zäsur in der Schweizer Nationalgeschichte. In einer Aussage verwendet die Partei die provokante Formulierung von der EU-Mitgliedschaft als „Endziel“. Die Partei unterstellt einer „Classe politique“ und nationalen Eliten die Absicht, die Schweiz „durch die Hintertür“ in die EU führen zu wollen. Ihrem konstanten Widerstand sei es zu verdanken, dass die Schweiz weiterhin nationale Unabhängigkeit genießt. Die diversen Gefahrentopoi werden durch essentialistische Formulierungen vermittelt, in denen von den „Götzen des Euro“ und der EU als „Bürokratiemonster“ oder „Bürokratiemoloch“ gesprochen wird. Diese Übereinstimmungen unterstützen die „Contra-Compliance“-These von Armin Schäfer und Michael Zürn. Demnach nehmen rechtspopulistische Parteien das Beharren regionaler und internationaler Institutionen „auf der Konformität (*compliance*) nationaler Politik mit internationalen Vorgaben“ als Bedrohung wahr.¹¹³⁹

¹¹³⁹ Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 115.

Eingewanderte Personen gehören mehrheitlich zur negativen Sie-Gruppe. Allerdings zeigen die Aussagen auch, dass innerhalb der nationalen Wir-Gruppe Unterschiede gemacht werden. Deshalb werden auch innere Gefahren und Feindbilder in den Programmen thematisiert. Auch diesbezüglich konnten etliche Gemeinsamkeiten zwischen den Vergleichsparteien ausgemacht werden. Bei der „Alternative für Deutschland“ reichen solche inneren Bedrohungen von der „unkontrollierbaren“ oder „überbordenden“ Bürokratie bis zum drohenden „demographischen Niedergang“. Die Gleichstellung der homosexuellen Partnerschaften bedroht den Bestand der traditionellen Familien. Auch die „Freiheitliche Partei Österreichs“ führt diverse Ängste auf innere Bedrohungen zurück. Im Zusammenhang mit Multikulturalismus werden auch Österreicher:innen zum Feindbild stilisiert. In der „Feuerrede“ von Ewald Stadler (FPÖ) werden die „gnadenlosen Gutmenschen und Tugendterroristen“ für eine „falsche“ Geschichtsdarstellung verantwortlich gemacht, welche die Opfer beider Weltkriege aus „unserem Volk“ nicht würdigen.¹¹⁴⁰ Bei den „Republikanern“ kommen die Hinweise auf multiple innere Bedrohungen besonders häufig vor. Dazu gehören folgende Gefahren: die Monopolisierung der Macht durch wenige Parteien, Lobbyismus, totalitärer Kollektivismus und extremer Individualismus, die politische Korrektheit, linke Bildungsideologie, Geschichtsmanipulation oder die Spaßgesellschaft. Bei der „Schweizerischen Volkspartei“ basiert die Unterscheidung der Wertigkeit innerhalb der nationalen Wir-Gruppe überwiegend auf politischen und finanziellen Kriterien. Nebst dem „inneren Feindbild“ der „Linken“ wird in den Quellen der SVP auch der Topos vom „Sozialmissbrauch“ durch „Scheininvaliden“ bedient. Der Vorwurf lautet, dass bestimmte sozialstaatliche Leistungen illegitim und für die „steigende Staatsquote“ verantwortlich sind. Außerdem wird von einem vermeintlichen Konkurrenzverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen gesprochen, die staatliche Unterstützung erhalten. „Sozialwerke“ werden grundsätzlich infrage gestellt. Aufgrund von Zentralisierungstendenzen wird auch „Bundesbern“ mitunter zum Feindbild erklärt.

Diese *selektive Solidarität* ist übereinstimmendes Merkmal der Vergleichsparteien. Die Gegenüberstellung der zahlreichen Feindbilder sowie der genannten inneren und äußeren Bedrohungen zeigt, dass die Vergleichsparteien eine ähnliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Kategorien aufweisen. Während die Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe sich auf allgemeine Attribute (fleißig, reich, humanistisch, westlich, deutsch etc.) und wenige explizite Distinktionsmerkmale beschränkt (christliches Bekenntnis, Staatsbürgerschaft und Herkunft, Muttersprache, regionales Brauchtum etc.), werden die diversen Sie-Gruppen explizit benannt, ausführlich beschrieben und verschiedenen Feindbild-Kategorien zugewiesen. Welche Personen sich zu der bevorzugten legitimen Wir-Gruppe zählen dürfen, ergibt sich viel eher aus dem Ausschlussverfahren als anhand von klaren Erkennungsmerkmalen. Die wenigen inklusiv-solidarischen Formulierungen werden stets relativiert durch Aussagen, die auf Konkurrenz zwischen den diversen Gruppen hinauslaufen. Die Solidarität der Parteien beschränkt sich insgesamt auf eine ausgewählte Gruppe von Personen. Es handelt sich überwiegend um Männer mit deutscher, österreichischer oder schweizerischer Staatsbürgerschaft, christlicher Konfession und deutscher Muttersprache sowie um „wirklich Bedürftige“ und Mütter in heterosexuellen Familien.

Der Versuch, typische Merkmale einer nationalen Gesellschaft zu benennen, ist an sich noch nicht problematisch. Als rechtsnationalistisch wird in diesem Zusammenhang die Strategie bewertet, einer exklusiven Gruppe Höherwertigkeit zuzuschreiben und ihre Merkmale zur Norm zu erklären. Denjenigen, die davon abweichen, wird

¹¹⁴⁰ PQ2 FPÖ Aussagen-ID 163-168/ Der Standard/Redaktion, INLAND: Die „Feuerrede“ des FP-Volksanwalts. Sonnwendfeier Seebarn/21. Juni 2002. Online <https://www.derstandard.at/story/1001128/die-feuerrede-des-fp-volksanwalts>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Solidarität und Legitimität verweigert. Die verstärkte Fokussierung auf verschiedene Sie-Gruppen und Bedrohungen lenkt zudem davon ab, dass es den Parteien nicht gelungen ist, das sogenannte „wahre Volk“ widerspruchsfrei zu benennen und zu beschreiben.¹¹⁴¹ Die Aussagen geben somit Auskunft über die präferierten Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Also darüber, wer über wen bestimmt und wo die verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der nationalen Hierarchien verortet werden.

Aufgrund dieser Schlussfolgerungen entspricht Rechtspopulismus einer Fortsetzung der rechtsnationalistischen Ideentradition. Es wurde in der Einleitung bereits erwähnt, dass auch die linkspopulistischen Parteien den Nationalstaat als geeignete Handlungsebene gegen den ausbeuterischen Globalismus betrachten.¹¹⁴² Der nationale Deutungsrahmen der populistischen Agitation ist ein identitätskonkretes Merkmal. Im Gegensatz zur historischen Entwicklung des Populismus als linke basisdemokratische Bewegung, die Thomas Frank für die USA nachgezeichnet hat, haben die rechtspopulistischen Parteien dieses Vergleichs eindeutig die Nachfolge der Rechtsnationalisten angetreten. Fragen der Gleichheits- und Ungleichheitsordnung, der Diskriminierung, der Folgen des Klimawandels oder der Verteilung von Kapitalsorten (Vermögen, Bildung, Eigentum etc.) sind für sie nicht relevant.¹¹⁴³

Eine zentrale Frage der Dissertation lautet: Was ist Rechtspopulismus? Zu einer Annäherung an eine Definition von Rechtspopulismus im deutschsprachigen Raum haben die Forschungsergebnisse dieser Dissertation beigetragen. Die Parteien dieses Vergleichs weisen eine gemeinsame rechtsnationalistische Tradition auf. Sie geben sich demokratiefreundlich, also „legistisch“, und nutzen nachweislich rhetorische Strategien (statt evidenzbasierter Argumente), um ihre *selektive Solidarität* und ihr meritokratisches Weltbild zu legitimieren. Ihre Sprache ist androzentrisch, sie geben sich heteronormativ und religiös-christlich. Alle Vergleichsparteien befürworten die Gleichberechtigung der Geschlechter (vor allem bei der Entlohnung) und traditionelle Familienideale, lehnen aber einstimmig alle Gleichstellungsmaßnahmen ab, die sie unter dem Begriff „Gender Mainstreaming“ zusammenfassen. Sie solidarisieren sich mit einer bevorrechteten Klientel und inszenieren ihre Politik als Abwehrkampf bzw. Protest gegen illegitime Interessen und Entwicklungen. Moralische und kulturelle Überlegenheit rechtfertigen diese Systematiken.¹¹⁴⁴

Der deutsche Politikwissenschaftler Lars Rensmann unterstützt diese Beschreibung und betont zudem, dass die Zustimmung zu populistischer Politik auf soziokulturelle Veränderungen zurückzuführen ist, die bereits in den 1980er Jahren in Europa ihren Anfang genommen haben. Die Unzufriedenheit der Wählerinnen und Wähler mit den zunehmend „post-materialistischen“ Linksparteien, die sich politisch vermehrt auf soziokulturelle Werte konzentriert haben und die wachsende sozio-ökonomische Ungleichheit vernachlässigten, wurde bis in die 1990er Jahre nicht thematisiert. Der damit verbundene wachsende Unmut manifestiert sich in der Zustimmung zu links- oder rechtspopulistischen Parteien. Rensmann nennt die gegenwärtige Situation daher „noisy cultural counter-revolution“.¹¹⁴⁵ Die populistischen Parteien nutzen die Unzufriedenheit und fokussieren in ihrer politischen Agitation vornehmlich auf die soziokulturellen Veränderungen der vergangenen Dekaden. Ihr Erfolg ist demnach maßgeblich auf die wachsende Polarisierung der politischen Konflikte zurückzuführen, die von den Populist:innen

¹¹⁴¹ Vgl. Leo et al., mit Rechten reden. Ein Leitfaden (Stuttgart 2017) S. 147-150.

¹¹⁴² Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 70f.

¹¹⁴³ Vgl. Piketty, Kapital und Ideologie (München 2020) S. 2-8, 13-14, 49; Frank, The People, No (New York 2020) S. 1-13.

¹¹⁴⁴ Vgl. Schäfer und Zürn, Die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 15-16, 64-73.

¹¹⁴⁵ Lars Rensmann, The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age. In: Politics and Governance Volume 5, Issue 4 (2017) S. 126-127.

vorangetrieben wird. Sie verstärken die Kluft zwischen liberal-kosmopolitischen und autoritär-nativistischen sozialen Werten mit dem Effekt, dass sozio-ökonomische Konfliktlinien in den Hintergrund treten. Populistische Parteien polarisieren auf vertikaler Ebene zwischen dem „wahren Volk“ und den „korrupten Eliten“ sowie auf horizontaler Ebene zwischen der legitimen Wir-Gruppe und den negativen Sie-Gruppen innerhalb der Bevölkerung. Dies führt zu einem wachsenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Gesetze sowie zu einer sinkenden Zustimmung für die liberale Demokratie an sich. Diese Entwicklung birgt ein signifikantes Konfliktpotenzial.¹¹⁴⁶

Die untersuchten Parteien beschreiben sich als Repräsentation einer Mehrheitsbevölkerung und arbeiten in ihrer politischen Agitation stark mit dem Begriff der „Souveränität“. Dabei wird der Nationalstaat (Staatsouveränität) mit der Bevölkerung gleichgesetzt (Volkssouveränität). Ingeborg Maus widerspricht dieser rhetorischen Synonymisierung. Im Sinne der „Demokratietheorie der Aufklärung“ besitzt das „Volk gleichzeitig als Hüter der bestehenden Verfassung und als permanent wirksame verfassungsgebende Gewalt“ die Handlungs- und Entscheidungskompetenz über den Fortbestand und den Inhalt der Verfassung. „Volkssouveränität“ beschränkt sich demnach nicht darauf, die Zuständigkeit für demokratische Entscheidungsprozesse an die Gerichtsbarkeit zu übertragen (Volksinitiativen).¹¹⁴⁷ Mit dieser strategischen Gleichsetzung bieten die Parteien jedoch eine einfache Antwort auf die Frage, wem die legitime Teilnahme an demokratischen Prozessen in einer repräsentativen Demokratie (Souveränität) zusteht, nämlich dem sogenannten „Volk“.

Wer sich zum Volk, also zur legitimen Wir-Gruppe, zählen darf, ergibt sich eher aus einem Ausschlussverfahren als aus eindeutigen Erkennungsmerkmalen. Die gemeinsamen Feindbilder und Bedrohungsszenarien sind daher für eine Konturierung des deutschsprachigen Rechtspopulismus ausschlaggebend. Der Protest bzw. der Abwehrkampf der Vergleichsparteien richtet sich gegen den Multikulturalismus, wobei besondere Feindseligkeiten gegen den Islam, die Türkei und Südosteuropa festzustellen sind. Diesen Kategorien der Sie-Gruppen wird verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Alle Parteien haben starke Vorbehalte gegenüber der Immigration und der fortschreitenden europäischen Integration, insbesondere was ihre territoriale Erweiterung und Befugnisse betrifft. Sie lehnen die rechtliche Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ab. Bis auf die SVP sprechen sich die Parteien zudem gegen ein Abtreibungsrecht aus. In ihren Aussagen wird deutlich, dass sie eine ähnliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Kategorien aufweisen, da ihre Feindbilder übereinstimmen und sie von einem Konkurrenzverhältnis innerhalb der nationalen Bevölkerung ausgehen.

Die legitime Wir-Gruppe ergibt sich somit nicht aus den gemeinsamen Interessen an demokratischer Teilhabe, sozialem Frieden und menschenwürdiger Existenzsicherung. Die Parteien fragen in ihren Programmen nicht nach den Gemeinsamkeiten, auf die sich eine heterogene Gesellschaft einigen kann. Der integrative Pluralismus ist für sie eine Bedrohung der Gemeinschaftlichkeit. Daher bevorzugen sie ein Verständnis von Vielfalt, das sich auf das bloße Nebeneinander von Nationalstaaten beschränkt (Ethnopluralismus).

Die Begründung ihrer Forderungen und Vorstellungen stützt sich nicht auf evidenzbasierte Erkenntnisse oder normative Errungenschaften der Vergangenheit (Menschenrechtserklärung), sondern auf deren Zurückweisung (Leugnung und Verharmlosung des Klimawandels, Rücknahme von Frauenrechten und Maßnahmen zur

¹¹⁴⁶ Rensmann, *The Noisy Counter-Revolution* (2017) S. 127-128.

¹¹⁴⁷ Ingeborg Maus, Sinn und Bedeutung von Volkssouveränität in der modernen Gesellschaft. In: *Kritische Justiz*, Jahrgang 24, Heft 2 (1991) S. 137-138.

Förderung der Geschlechtergerechtigkeit etc.). Aufgrund dieses gegenaufklärerischen Konservatismus entsprechen sie der im ersten Kapitel zitierten Rechtsdefinition nach Dreier. Statt ihre Positionen auf fundierte Argumente zu stützen, wird ein gesellschaftlicher Soll-Zustand imaginiert, der zwar rückwärtsgewandt ist, sich aber nicht konsequent an den tatsächlichen historischen Gegebenheiten orientiert. Worauf sich diese Behauptung stützt, zeigt die folgende Diskussion der Ergebnisse zu den erinnerungskulturellen Aspekten ihrer politischen Agitation.

VERGLEICH DER REKONSTRUKTIVITÄT

Dieser Abschnitt des Kapitels liefert eine Zusammenfassung der übereinstimmenden Vergangenheitsbezüge. Dazu gehören zwölf „konkrete“ Zeitinseln und Erinnerungsfiguren, die von allen Vergleichsparteien geteilt werden. Aus der großen Zahl „vager“ Übereinstimmungen wurde für dieses Kapitel eine Auswahl getroffen. In einigen Fällen betreffen die genannten Beispiele nur drei oder zwei Parteien. Außerdem werden auch die fünf „abstrakten“ Übereinstimmungen vorgestellt. Dieser Teil liefert einen anschaulichen Überblick darüber, wie sich Kommunikation über Vergangenheit als identitätskonkretes Diskurselement innerhalb der vorliegenden Aussagensammlung verhält. Es hat sich gezeigt, dass das Fehlen eines Vergangenheitsbezugs durchaus diskussionswürdig sein kann. Aus diesem Grund werden auch einige Aussagen aufgegriffen, die hinsichtlich ihrer Rekonstruktivität „negativ“ beschlagwortet wurden.

Es kann vorkommen, dass innerhalb einer Aussage sowohl konkrete als auch vage Formulierungen vorgenommen wurden. In solchen Fällen waren mehrere Vergleichskriterien innerhalb eines Datensatzes zutreffend. Deshalb kann die Anzahl der konkreten, vagen und abstrakten Formulierungen nicht durch simple Addition und Subtraktion erhoben werden. Die Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“ zeigt die Menge der rekonstruktiven Datensätze. Diese entspricht nicht der Summe der identifizierten Vergangenheitsbezüge (der jeweiligen Kategorie). Ein und dieselbe Erinnerungsfigur bzw. Zeitinsel ist mitunter in mehreren Datensätzen enthalten und kann in beiden Primärquellengruppen vorkommen. Außerdem kann eine Aussage mehrere Vergangenheitsbezüge enthalten. Diese können ebenfalls verschiedenen Kategorien entsprechen („konkret“, „vage“ oder „abstrakt“). Im Folgenden wird auf die Tabellen 3.a, 3.b und 3.c verwiesen, die in Band 2 zu finden sind.¹¹⁴⁸

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „Nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

¹¹⁴⁸ Siehe folgende Tabellen im zweiten Band der Dissertation: Tabelle 3.a „Übereinstimmende konkrete Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“, Tabelle 3.b „Übereinstimmende vage Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“ und Tabelle 3.c „Übereinstimmende abstrakte Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2.“

ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS

Die Datensammlung bestätigt die Relevanz von Vergangenheitsbezügen für die Begründung der Vorstellungen von den nationalen Wir-Gruppen. Von 974 Datensätzen zur ersten Primärquellengruppe (PQ1) sind 612 rekonstruktiv. Allerdings stützen sich die betreffenden Aussagen nicht konsequent auf faktenbasierte Geschichtsdarstellungen und fundiertes Geschichtswissen. Der Rückblick auf die Vergangenheit dient oft als rhetorische Begründungsstrategie und nicht als Grundlage einer Beweisführung. Die identifizierten konkreten Bezüge vermitteln ein territorial begrenztes Geschichtsrepertoire und ein nationalistisches Gesellschaftsbild. Aussagen, die auf tatsächliche historische Ereignisse oder Personen eingehen, lassen daher deutlich auf die ideologische Ausrichtung der Parteien schließen. Dies wird im vorliegenden Vergleich vor allem in den Quellen der „Schweizerischen Volkspartei“ und der „Republikaner“ deutlich, denn sie tendieren zu konkreten Aussagen zur Geschichte der nationalen Wir-Gruppe. Dagegen ist die Rhetorik der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ von einer anhaltenden *Bedeutungslatenz* geprägt, die eine Analyse ihrer Erinnerungskultur erschweren. Sie formulieren viel mehr vage Andeutungen als konkrete Vergangenheitsbezüge. In den Primärquellen zur AfD überwiegen rekonstruktive Aussagen knapp gegenüber „negativ“ beschlagworteten Datensätzen. Allerdings ist ihre spezifische Argumentationsstruktur von Widersprüchen bzw. Relativierungen geprägt.

Die Primärquellen stellen eine Erinnerungslandschaft dar, in der sich Faktenwissen mit Mythen vermischt und in der es große Zeitsprünge gibt.¹¹⁴⁹ Diese Beobachtung kann für alle Parteien des Vergleichs bestätigt werden. Die Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“ zeigt auch, dass 636 von 974 Datensätzen entweder als „negativ“ oder „vage“ bewertet wurden. Die Ergebnisse dieser Dissertation können somit nicht nachweisen, dass die Abgrenzungen zwischen den sozialen Gruppen (positive Wir-Gruppen und negative Sie-Gruppen) auf fundiertem Geschichtswissen beruhen.

Was sich deutlich in den Primärquellen abzeichnet, ist ein vergleichbares bzw. ähnliches Muster der Bearbeitung erinnerungskultureller Aspekte in der politischen Agitation. Besonders hinsichtlich der identitätspolitischen Stellungnahmen der Parteien hat sich gezeigt, dass der Bezug zur Vergangenheit ein willkommenes Instrument darstellt, um die Legitimation der Standpunkte und Forderungen zu stärken. Dagegen werden viele Formulierungen in einem geschichtslosen Raum getätigt, in denen die Parteien sich zu wichtigen Themen äußern, wie die Menge der negativ beschlagworteten Aussagen zeigt. Die Entscheidung darüber, wann eine politische Thematik im Kontext ihrer (oder einer) historischen Entwicklung betrachtet wird, scheint von strategischen Überlegungen angeleitet zu sein.

¹¹⁴⁹ In der vorliegenden Untersuchung werden die signifikanten Zeitsprünge und Wissensfragmente als charakteristisch für den untersuchten Quellenkorpus erachtet. Um zu eruieren, ob die aufgezeigten Charakteristika auch auf andere (rechtspopulistische) Parteien zutreffen, wären zusätzliche Forschungsmittel und -aufträge erforderlich, die über den Rahmen dieser Dissertation hinausgehen. Weitere Forschungsprojekte, die zu einer kritischen Reflexion beitragen, sind daher sehr begrüßenswert.

Die in PQ1 identifizierten Vergangenheitsbezüge lassen zeitliche Schwerpunkte im 19. und 20. Jahrhundert erkennen, wobei der Zeitraum von 1918 bis 1945 vernachlässigt wird. Daher ist das gemeinsame Schweigen über die Shoah und den Holocaust ein gemeinsames Merkmal der Vergleichsparteien. Die meisten Übereinstimmungen beziehen sich auf Verfassungstexte und dienen vorrangig dazu, die Vorstellungen von der nationalen Wir-Gruppe bzw. ihrer bevorzugten Merkmale zu legitimieren (nationale Landessprachen und Staatsbürgerschaft). Der Bezug zur Verfassung wird zudem gerne bedient, um die eigene Selbstbeschreibung als gesetzestreu und redlich zu verstärken oder die moderne Vorstellung von der Gesellschaft als Willensgemeinschaft zu unterstreichen.

Die „Alternative für Deutschland“ und die „Republikaner“ beziehen sich in 23 Aussagen explizit auf das deutsche „Grundgesetz“. In der Aussage #225/PQ1 erinnert die AfD an den „Artikel 20 GG“, um ihre Forderung nach mehr direkter Demokratie zu untermauern (Referenden). Die FPÖ beruft sich auf das „Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867“, um die von ihr geforderten Schutzverpflichtungen gegenüber den „angestammten (autochthonen) Volksgruppen“ zu begründen:

„Dies beinhaltet insbesondere den Auftrag zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, zum Schutz und zur Weiterentwicklung der zivilisatorischen und kulturellen Traditionen im Rahmen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und schließlich den Schutz des Bestandes sowie der kulturellen Identitäten der angestammten (autochthonen) Volksgruppen, wie dies der im Verfassungsrang stehende Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 bereits vorgesehen hat.“¹¹⁵⁰

Die Erwähnung des Staatsgrundgesetzes gehört zu den wenigen konkreten Vergangenheitsbezügen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“. Bei der österreichischen Verfassung handelt es sich nicht um eine Verfassungsurkunde, sondern vielmehr um eine Sammlung von Verfassungsgesetzen. Ein grundlegendes Dokument stellt das Staatsgrundgesetz von 1867 dar, das durch das Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 und die Novellen von 1929 (B-VG) erneuert wurde.¹¹⁵¹ Seit dem Beitritt Österreichs zum Europarat 1956 wurde das österreichische Verfassungsrecht durch die Grundsätze der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ (EMRK) von 1964 erweitert. Die Aussage #137/PQ1 zeigt, dass die FPÖ die EMRK infrage stellt. Auch die historischen Entwicklungen der gesetzlichen Grundlagen werden in den Programmen der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ nicht berücksichtigt.

Die Bezüge zu Verfassungstexten bzw. Artikeln werden oft im Zusammenhang mit Kritik an anderen Parteien und Feindbildern erwähnt. Die „Schweizerische Volkspartei“ verweist mit Abstand am häufigsten auf ihre Verfassungstraditionen und unterstützt damit eine perenniale Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe als Vertrags- und Willensgemeinschaft. Die Gründung des Schweizer Bundestaates erfolgte im 19. Jahrhundert mit der Verfassung von 1848. Verweise auf die Verfassungstradition beziehen sich auf spezifische Rechte (Glaubens- und Gewissensfreiheit, Eigentumsrechte), auf Nationalsymbole (Schweizer Bundesfahne) oder auf Abstimmungen und Initiativen, die von der SVP initiiert und/oder unterstützt wurden. Auch das Distinktionsmerkmal vom „Schweizer Sonderfall“ oder den „vier Säulen“ der Schweiz (meist „Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität“) wird auf die Verfassung zurückgeführt. Die Hervorhebung der langen Verfassungstradition ist kein

¹¹⁵⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 25/Programm 2005/S. 4-5/Artikel 2/Abs. 2.

¹¹⁵¹ Ernst Bruckmüller, Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Böhlau Verlag (Wien 2019) S. 485-486, 496-498.

Alleinstellungsmerkmal der SVP, aber sie setzt diese Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe fort und stellt die perennialen Vorstellungen nicht infrage.

Die Verfassungstexte werden zudem oft mit Außenpolitik und damit auch mit der „Neutralität“ in Verbindung gebracht. Die Neutralitätstradition wird sowohl von der „Schweizerischen Volkspartei“ als auch von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ als identitätskonkreter Vergangenheitsbezug hervorgehoben. Die SVP bezog sich im Wahljahr 2015 auf die Erzählung, wonach die Geschichte der Schweizer Neutralität auf die Schlacht von Marignano 1515 zurückgeht (#156/PQ2, #174-176/PQ2 und #178/PQ2). In der herangezogenen Literatur werden verschiedene Entwicklungen der Schweizer Neutralität beschrieben. Dazu gehört die „faktische Neutralität“ nach der Niederlage gegen Frankreich in der besagten Schlacht 1515. Nach dem Ausbruch des Ersten Koalitionskrieges 1793 erklärte sich die Vollversammlung des helvetischen Staatenbundes (die sogenannte „Tagsatzung“) zur „strikten Neutralität“. Seit dem Zusammenschluss zum Bundesstaat im Jahre 1848 wurde die vom Schweizerischen Staatenbund von 1815 vorgesehene „immerwährende Neutralität“ beibehalten.¹¹⁵² Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die „dauernde Neutralität“ der Schweiz durch die Pariser Vorortverträge anerkannt.¹¹⁵³ Die Schweizer Behörden weisen zudem darauf hin, dass die Auslegung der Neutralität stets den weltpolitischen Rahmenbedingungen angepasst wird. Deshalb wurden die außenpolitischen Handlungsspielräume seit dem 20. Jahrhundert zunehmend zugunsten einer „differenziellen“ Form ausgeweitet (z.B.: Beitritt zum Völkerbund 1920).¹¹⁵⁴ Die historischen Etappen können als Belege für eine Neutralitätstradition gelesen werden, die vor allem dem Erhalt der eigenen Unabhängigkeit diene. Dennoch beweisen die unterschiedlichen Neutralitätserklärungen nicht, dass die Schweiz seit dem 16. Jahrhundert durchgehend als neutrale Demokratie besteht. Jedwede Unterbrechung oder Abweichung von dieser Tradition wird von der SVP grundsätzlich ignoriert (z.B. Heiliges Römisches Reich und Dreißigjähriger Krieg 1618 bis 1648, Napoleon 1798 bis 1815, Beitritt zum Völkerbund 1920).¹¹⁵⁵ Die zeitgenössische Auslegung versteht sich zudem als „aktive“ Neutralität, was den Einsatz für „Achtung und Förderung der Schweizer Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“ erlaubt sowie die Teilnahme an friedensfördernden Maßnahmen (z.B.: KAFOR-Beteiligung im Kosovo).¹¹⁵⁶ Die SVP steht dem Konzept der „aktiven Neutralität“ allerdings kritisch gegenüber, wie die Aussage #767/PQ1 aus dem Programm für die Legislaturperiode von 2011 bis 2015 demonstriert:

„Unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität ist nicht Selbstzweck oder blosse Gewohnheit, sondern sie sichert der Schweiz und ihren Bürgerinnen und Bürgern die Unabhängigkeit. Und zwar neben der politischen vor allem auch die geistige und moralische Freiheit des selbständigen Urteils. Unser Staat ist ein Zweckverband und kein moralischer Vormund, weder der Bürger noch der Völkergemeinschaft. Und unsere Neutralität hat nicht zuletzt den Sinn, die Unabhängigkeit des Urteils der Bürger zu gewährleisten. Die

¹¹⁵² Vgl. Verosta, Die dauernde Neutralität (Wien 1967) S. 35-36, 40; Koch, Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich (Wien 2014) S. 15-18.

¹¹⁵³ Vgl. Verosta, Die dauernde Neutralität (Wien 1967) S. 42; Koch, Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich (Wien 2014) S. 24.

¹¹⁵⁴ Eidgenössisches Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten EDA, Die Neutralität der Schweiz. Vierte überarbeitete Auflage (Bern 10.2004) S. 21.

¹¹⁵⁵ Vgl. Edgar *Bonjour*, Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik. Band 1, zweite, überarbeitete Auflage. Helbing und Lichtenhahn (Basel 1965) S. 24-25, 27, 39; Koch, Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich (Wien 2014) S. 15-20; Verosta, Die dauernde Neutralität (Wien 1967) S. 37-39, 42.

¹¹⁵⁶ (Hg) Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten. Broschüre: Die Neutralität der Schweiz. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Ignazio Cassis (Bern am 03.03.2022) S. 6-11, 18; Eidgenössisches Department für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS); in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Department für auswärtige Angelegenheiten EDA, Die Neutralität der Schweiz (Bern 10.2004) S. 3.

immer häufigeren moralisierenden Stellungnahmen des Bundesrates zu allen möglichen internationalen Problemen sind fragwürdig und inakzeptabel. Die Schweizerinnen und Schweizer verpflichten ihre Regierung und Verwaltung seit Jahrhunderten zum Stillsitzen, damit sie nicht im Namen der Bevölkerung urteilen und verurteilen – und damit sie die Bürger nicht in Konflikte oder gar Kriege hineinziehen, für die dann das Volk den Kopf hinhalten muss. Die SVP hält entschieden am Erfolgsmodell der Neutralität fest, das im Volk tief verankert ist und breiteste Unterstützung genießt. Sie bekämpft das Fehlkonzepkt der «aktiven Neutralität», das ein Widerspruch in sich selber ist. Statt einer Diplomatie des erhobenen Zeigefingers ist eine Diplomatie des Vorbildes gefragt. Eine Aussenpolitik der Phrasen, der Heuchelei und der Sündenbockmentalität schafft uns Feinde und verärgert Handelspartner.“¹¹⁵⁷

In Österreich ist die „immerwährende Neutralität“ im Neutralitätsgesetz verankert (Nationalratsbeschluss vom 26. Oktober 1955) und steht daher ebenfalls indirekt mit dem Staatsvertrag in Verbindung.¹¹⁵⁸ Die Zustimmung der Sowjetunion zum „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich(s)“ vom 15. Mai 1955 sowie zum Abzug der Streitkräfte war an die Bedingung geknüpft, dass Österreich sich zur Neutralität nach Schweizer Vorbild verpflichtet.¹¹⁵⁹ Das Moskauer Memorandum vom April 1955 kommt einmal als konkreter Vergangenheitsbezug in der Aussage #51/PQ1 der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ vor. Die Neutralität ist ein seltenes Beispiel aus den Parteiprogrammen der FPÖ, das einen konkreten Vergangenheitsbezug in seinem historischen Kontext beschreibt und sogar explizit als „identitätsstiftend für die 2. Republik“ bezeichnet.

„Die Neutralität hat sich als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik seit 1955 bewährt und wirkt identitätsstiftend für die 2. Republik. Mit dem EU Beitritt 1995 wurde die Neutralität in Österreich zunehmend weiter ausgehöhlt und droht innenpolitisch als bloßes Alibi mißbraucht zu werden. Der Status der ‚dauernden Neutralität‘ Österreichs wurde 1955 von der Sowjet-Union zur Bedingung für den Abschluß des Staatsvertrages gemacht (Moskauer Memorandum). Die Neutralität war damals das Mittel zum Zweck für die Erreichung der vollen Souveränität und Freiheit Österreichs. Dies zeigt den großen historischen Wert der Neutralität. Im weiteren wurde die Neutralität Österreichs zum bestimmenden und erfolgreichen Faktor der österreichischen Außenpolitik.“¹¹⁶⁰

Der Zusammenhang zwischen der Neutralität als Status eines Staates und der Beschreibung der legitimen Wirkungsgruppe ergibt sich aus den folgerechtlichen Handlungsmaximen. Dieser Bezug dient der Beschreibung einer außen- und sicherheitspolitischen Haltung, die auf die Bevölkerung übertragen wird. Die SVP nutzt dieses Merkmal zur geschichtspolitischen Untermauerung der *Résistance-Tradition*, während die Neutralität in den Aussagen der FPÖ ihren Österreich-Patriotismus unterstreichen soll. Beiden Parteien dient dieser

¹¹⁵⁷ PQ1 SVP Aussagen-ID 767/Programm 2011-2015/S. 35-36.

¹¹⁵⁸ Der Langtitel des Neutralitätsgesetzes lautet „Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs“ und der erste Artikel besagt: „(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. (2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“ Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS), Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Neutralitätsgesetz, Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs. StF: BGBl. Nr. 211/1955 (NR: GP VII RV 520 und 598 AB 626 S. 80. BR: S. 109). Online: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000267>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁵⁹ Stourzh und Mueller, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955 (Wien/Weimar 2020) S. 11, 497; Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität. Studienausgabe, 3., überarbeitete Auflage (Graz, Wien, Köln 1985) S. 142-163, 168.

¹¹⁶⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 50-51/Programm 2005/S. 9-10/Artikel 2/Abs. 1-2.

Vergangenheitsbezug dazu, sich als Verteidiger der Neutralität und damit der Eigenstaatlichkeit zu positionieren. Darüber hinaus wird damit das Feindbild EU gestärkt und die Forderung nach verstärktem Grenzschutz sowie der Beibehaltung der Wehrpflicht. Unterbrechungen und/oder Abweichungen von der Neutralitäts- oder Verfassungstradition werden grundsätzlich ignoriert.

Im Kontext ihrer staatspolitischen Vorstellungen konnten auch Gemeinsamkeiten im Demokratieverständnis gefunden werden. Drei Vergleichsparteien beziehen sich mehrmals auf Volksbefragungen, Initiativen oder Referenden. Dies zeigt, dass direktdemokratische Praktiken als relevant angesehen werden und somit Zeitinseln in der Erinnerungslandschaft der Parteien darstellen. Alle Parteien formulieren ein klares Bekenntnis zum Nationalstaat und bekräftigen die Vorstellung einer nationalen Leitkultur. Auch die Geschichte der Europäischen Union und ihrer Gründungsdokumente stellen herausragende Zäsuren innerhalb der Erinnerungskulturen dar. Die wohl interessanteste Gemeinsamkeit der vorliegenden Aussagensammlung ist die widersprüchliche Beziehung zum NS-Regime. In den Primärquellen wird der Begriff „Nationalsozialismus“ nur dreimal erwähnt (#409/PQ1, # 486/PQ1 und #502/PQ1). Der Zweite Weltkrieg wird fünfmal erwähnt (#196/PQ1, #319/PQ1 und #382/PQ1 sowie #512/PQ1 und #516/PQ1). Die anderen erinnerungskulturellen Verbindungen zwischen den Vergleichsparteien und dem Nationalsozialismus wurden Berichten und Artikel der zweiten Primärquellengruppe entnommen. Sie spiegeln daher den Blick zeitgenössischer Print- und Onlinemedien auf die Parteien wider. Dezierte Kritik an der zeitgenössischen Erinnerungskultur wird am deutlichsten von den deutschen Parteien geäußert. In den Programmen der „Schweizerischen Volkspartei“ kommt diese Haltung nur in einer Aussage indirekt zum Ausdruck. Darin heißt es:

„Die wissenschaftliche Forschung wird beeinträchtigt, indem etwa ausländische Gastreferenten mit ihrer Sicht der Geschichte strafrechtlich verfolgt werden.“¹¹⁶¹

Auf welche „Sicht der Geschichte“ die SVP rekurriert, bleibt allerdings unausgesprochen. Ein weiteres Beispiel für die *Innuendo*-Strategie der Partei, da die Formulierung keine klare Einschätzung darüber erlaubt, um welche historischen Themen es sich hierbei handelt.

In den Partei- und Wahlprogrammen der FPÖ werden Vergangenheitsbewältigung und Geschichtsaufarbeitung nicht berücksichtigt. Ihre Kritik daran ist allerdings anhand von Beispielen aus der zweiten Primärquellengruppe (beispielsweise #16-17/PQ2) abzulesen, weshalb dieses Merkmal für alle Vergleichsparteien geltend gemacht werden kann. Der Ruf nach einem anderen Umgang mit Geschichte wird zum Teil indirekt zum Ausdruck gebracht, beispielsweise im Kontext der übereinstimmenden Kritik an „politischer Korrektheit“ oder Sprachregelungen, die als Verbotskultur interpretiert werden. Im Kapitel 2.2 wurde deutlich herausgearbeitet, dass die „Republikaner“ besonders häufig und vehement den Wunsch nach einer Transformation der zeitgenössischen Erinnerungskultur äußern.

Dass nicht alle Mitglieder der Vergleichsparteien diesem Anspruch gerecht werden, zeigen einige Beispiele aus der Aussagensammlung. Antisemitische Äußerungen entsprechen selbst einem verengten Geschichtsbild. Es gibt auch einige Artikel, die von Verharmlosungen des Nationalsozialismus und des Holocausts berichten, beispielsweise durch Nichtigkeitsvergleiche oder Annäherungen an die Sprache der NS-Propaganda. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Besonderheit in der Erinnerungslandschaft der FPÖ hingewiesen. Die

¹¹⁶¹ PQ1 SVP Aussagen-ID 759/Programm 2011-2015/S. 16.

Primärquellen der zweiten Gruppe zeigen, dass die „Freiheitliche Partei Österreichs“ großen Wert auf gesichertes Geschichtswissen legt, wenn es um den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg geht. Dieser Umstand ist umso auffälliger, berücksichtigt man die Dominanz der vagen Vergangenheitsbezüge bei der Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe bzw. die Abwesenheit jedweden Bezugs zur NS-Zeit in den Programmen.

Es gibt einige Aussagen, die indirekt auf den Nationalsozialismus bzw. Zweiten Weltkrieg verweisen. Die Aussage #516/PQ1 aus dem Programm der „Republikaner“ (2002) demonstriert auf anschauliche Weise, wie vage Vergangenheitsbezüge niederschwellig an die NS-Ideologie anknüpfen. Die Forderungen nach „Verteidigung der Ehre früherer Soldaten“, die sich „in beiden Weltkriegen in ihrer großen Mehrzahl untadelig verhalten haben“ und nach „Traditionspflege nicht erst ab 1955“, sondern „seit Scharnhorst und Gneisenau“, stützen die Behauptung von einer systematischen Verbindung der „Republikaner“ mit der NS-Zeit. Ein ähnliches Beispiel ist die Aussage #380/PQ1 aus dem Parteiprogramm der AfD von 2016. Darin wird die Aufhebung der „Feindstaatsklausel“ in der Charta der Vereinten Nationen gefordert. Dieser Vergangenheitsbezug kommt auch in den Quellen der „Republikaner“ vor. Die im zweiten und dritten Kapitel angeführten Beispiele zeigen, dass der Nationalsozialismus im Kontext der Nachkriegszeit *mitgedacht* bzw. *mitgemeint* wird. Im Parteiprogramm der „Republikaner“ und in der „Feuerrede“ von Ewald Stadler (FPÖ) werden Entschädigungszahlungen gefordert sowie eine „Wiedergutmachung“ für die Opfer des DDR-Regimes und „[...] der Vertreibungen des Jahres 1945 unserer Landsleute [...]“. Ein weiteres Beispiel ist die Aussage #545/PQ1 der „Republikaner“. Darin wird dem russischen Staat „Vertragsbruch“ vorgeworfen, wegen der ausbleibenden Rückgabe „verschleppter Kunstwerke und Kulturgüter“. In diesem Kontext sind auch die Bezüge zu den „Beneš- und Bierut-Dekreten“ zu nennen. Sowohl die FPÖ als auch die „Republikaner“ fordern die Aufhebung der Dekrete, erinnern an die Vertreibungs- bzw. Enteignungsoffer und unterstützen Entschädigungsmaßnahmen (Unrechtstopos). Die FPÖ nennt in diesem Zusammenhang auch die „AVNOJ-Bestimmungen“. Damit übernehmen die Parteien die Forderungen und Perspektiven der Vertriebenenverbände, wie der Sudetendeutschen Landsmannschaften in Deutschland und Österreich.¹¹⁶² Es gibt keine vergleichbare Aussage innerhalb der Primärquellensammlung, in der sich die Parteien so unmissverständlich mit enteigneten, ermordeten oder vertriebenen Gruppen solidarisieren. Diese Bezüge zeigen eine einseitige Solidarität der Parteien mit den deutschen und österreichischen Vertriebenen, die zum Teil aktiv an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt waren (z.B. Sudetendeutsche Partei) und deren Nachfolgeorganisationen nach Kriegsende teilweise als rechtsextrem eingestuft wurden.¹¹⁶³ Die Erinnerung an die Beneš-Dekrete, die ANVOJ-Bestimmungen und der Bezug zu Bolesław Bierut werden als identitätskonkrete Vergangenheitsbezüge bewertet. Sie weisen auf die *selektive Solidarität* der Parteien mit Minderheiten und eine milieuspezifische Erinnerungskultur hin. Gleichzeitig wird jedwede Kontextualisierung der Geschichte von Diskriminierung, Enteignung und Vertreibung ausgeblendet, die vor, während und nach dem Nationalsozialismus

¹¹⁶² Hopp, Machtfaktor auch ohne Machtbasis? (Wiesbaden 2010) S. 294-295; Suppan, Hitler – Beneš – Tito (Wien 2014). S. 1594, 1706.

¹¹⁶³ Zum Verein „Sudetendeutsche Landsmannschaft Bundesverband e. V.“ gehörten auch Mitglieder des Witiko-Bundes, der als geschichtsrevisionistisch und rechtsextrem eingestuft wird. Eine Dachorganisation der „Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreich“ ist der „(Schutzverein) Österreichische Landsmannschaft“, der ebenfalls vom DÖW als rechtsextrem eingestuft wurde. Vgl. Suppan, Hitler – Beneš – Tito (Wien 2014). S. 389, 392-393, 401, 458, 468-470, 479, 490, 505-506; Pauli Aro, Zwischen politischem Erinnern und „Revisionismus“. Geschichtserzählung im Werk des rechtsextremen sudetendeutschen Schriftstellers Ernst Frank. Masterarbeit, Universität Wien (Wien 2016) S. 29-43; (Hg) Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993) S. 176-179, 235. Vgl. Parlament Österreich, Parlamentarische Anfrage von Karl Öllinger an die Bundesministerin für Inneres betreffend Rechtsextremer Witikobund, 7741/J XXIV, GP vom 23. Februar 2011. Online: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/J/7741/imfname_207117.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

stattgefunden hat. Auf eine Beschreibung der betreffenden Gruppen bzw. der Ereignisse, die zur Vertreibung geführt haben, wird nur einmal hingewiesen. In der Aussage #513/PQ1 der „Republikaner“ werden Polen und „die Tschechei“ ausdrücklich als „Vertreibungsstaaten“ bezeichnet. Das Wissen darüber scheint vorausgesetzt zu werden, da keinerlei Kontextualisierung stattfindet. Diese Erinnerungen wurden im Zuge der Beitrittsverhandlungen der EU-Osterweiterung zu dem Zwecke instrumentalisiert, die Verhandlungen zu verschärfen. Außerdem zielt diese Strategie auf eine Konkurrenz zwischen den Opfergruppen ab.

Einige erinnerungskulturelle Verbindungen zwischen dem Nationalsozialismus und den Vergleichsparteien ergeben sich aus Zeitungsartikeln über (mitunter ehemalige) Parteimitglieder oder ihre Vernetzung zur rechtsextremen Szene. Dazu gehören prominente Vertreter wie Gottfried Küssel oder Norbert Burger und Verbindungen zur Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP) sowie zu einschlägigen Vereinen bzw. Organisationen, wie der Burschenschaft „Vandalia“ oder der „Wiking-Jugend“. Sie dokumentierten auch Kontakte zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). In der Berichterstattung werden vorwiegend Vergleiche zwischen der AfD und den „Republikanern“ mit der NPD gezogen. Ein besonderes Merkmal der SVP ist allerdings der Umstand, dass es auch klare Abgrenzungen zum Nationalsozialismus gibt. Einige Medienberichte weisen auf die Distanz der Partei zu diesem Regime hin. In einem Beitrag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aus dem Jahr 2015 wird auf Deutschland als Feindbild hingewiesen. Das unterstreicht zudem die *Résistance-Tradition*, die für die SVP ein wichtiges Distinktionsmerkmal ist.

Außerdem fällt eine weitere Besonderheit auf. Alle Parteien schenken der Beschreibung von diversen Feindbildern und Bedrohungsszenarien große Aufmerksamkeit. Die „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR), „der Sozialismus“, totalitäre Staaten oder Staatsformen, „überbordende unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt“ und „Diskriminierung oder gar Pression auf Grund bestimmter Werthaltungen und politischer Einstellungen“ werden dezidiert abgelehnt. Sowohl die „Republikaner“ als auch die „Schweizerische Volkspartei“ missbilligen die Autokratie als Herrschaftsform. Der Nationalstaat wird als Pendant zur Monarchie beschrieben und verteidigt. Einige vage Vergangenheitsbezüge sollen die Selbstbeschreibung als Protestbewegung unterstreichen. Die AfD unterstützt zum Beispiel den Widerstand der Bevölkerung gegen ein wachsendes Demokratiedefizit, das „der Eurorettung“ geschuldet ist. Der ehemalige Bundes- und Nationalrat Christoph Blocher (SVP) nutzte den Vergleich der EU mit Hitler-Deutschland als Mittel für den Widerstand gegen einen Beitritt. Damit wird auch die *Résistance-Tradition* der nationalen Wir-Gruppe unterstrichen. Der Nationalsozialismus wird innerhalb der vorliegenden Aussagensammlung bei weitem nicht auf ähnlichem Niveau kritisiert. Eine klare Distanzierung zur NS-Ideologie findet in der ersten Primärquellengruppe nicht statt. Das übereinstimmende Schweigen über den Nationalsozialismus, die Shoah und den Holocaust ist ein Merkmal aller Vergleichsparteien in dieser Aussagensammlung.

Auch das Revolutionsjahr 1848 ist ein Beispiel für einen historischen Widerstandstopos. Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ erwähnt dieses Ereignis zweimal in ihren Programmen im Kontext der Freiheits-Metapher (#82/PQ1 und #134/PQ1). Der Bezug dient zur Untermauerung der Selbstbeschreibung der Partei als Verteidiger:innen der Grundrechte wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. In den Aussagen der „Alternative für Deutschland“ wird die Freiheit als historische Errungenschaft genannt und metaphorisch zur „gelebte(n) Tradition der deutschen Kultur“ erklärt, die sich seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 fortsetzt (#327/PQ1 und #341/PQ1). Die Partei beschreibt sich als Vertreterin der Freiheitstradition nach 1848, während „parteipolitische Netzwerke“ diese bedrohen. Die Republikaner stellen eine zeitliche Kontinuität zwischen dem „Erbe von 1848/49“ und der sozialen

Marktwirtschaft nach Erhard und Schumacher her. In der Aussage #485/PQ1 der „Republikaner“ wird die Revolution von 1848 als Beginn der Volkssouveränität verstanden, nachdem „das deutsche Volk“ 1813/15 „erwachte“ und ein „politisches Bewußtsein“ erlangte. Für die SVP spielt dieses Jahr eine identitätskonkrete Rolle aufgrund der Bundesverfassung und Staatsgründung (#643/PQ1, #669/PQ1 und #868/PQ1).

Dagegen wird der 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation „Hitler-Deutschlands“, nicht als Befreiung verstanden, zumindest nicht von Mitgliedern der FPÖ und der AfD. Wie das Nachrichtenmagazin „Profil“ im Jänner 2007 berichtete, war HC Strache bei der jährlichen Trauerfeier der Burschenschaften zum 8. Mai anwesend. Er soll auch an Sonnenwendfeiern teilgenommen und Kontakt zu dem rechtsextremen Akteur Gottfried Küssel gehabt haben. Laut der Profil-Redaktion verlangte auch Ewald Stadler bei der Sonnenwendfeier der Familie Rosenkranz in Seebarn einen „enttabuisierten Umgang mit unserer Geschichte“ und äußerte seine Zweifel an der Erinnerung an das Jahr 1945 als Befreiung von „Faschismus und Tyrannei“. Eine Neuinterpretation dieses Jahrestages findet auch im Liederbuch „Schlachtruf“ statt, das vom Hamburger AfD-Abgeordneten Alexander Wolf herausgegeben wurde. Laut der Tageszeitung „Die Welt“ vom 23. November 2017, die sich auf ein Zitat aus dem Liederbuch beruft, das in der „Bild“-Zeitung veröffentlicht wurde, diene die Liedersammlung als Beitrag zu „Wut, Trauer, Scham und Entsetzen“ über die zurückliegende Kapitulation.

Eine interessante Übereinstimmung zwischen allen Vergleichsparteien ist der Bezug zu den „Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit“. In zwei Aussagen (#438/PQ1 und #147/PQ1) wird konkret das Jahr 2015 genannt, das mit der „Flüchtlingskrise“ verbunden wird. Obwohl es bereits seit 2011 zu Fluchtbewegungen aus dem Libanon, Jordanien oder Irak gekommen ist, war das Jahr 2015 geprägt vom syrischen Bürgerkrieg und Kämpfen in Afghanistan, die zu einer weiteren Welle von Asylsuchenden führten. Im Zeitraum von 2015 bis 2021 wurden – laut Eurostat – über fünf Millionen Asylanträge in EU-Staaten gestellt, davon ca. zwei Millionen in Deutschland und über 220.000 in Österreich.¹¹⁶⁴ Die AfD veranstaltete in diesem Jahr die „Herbstoffensive 2015“, die bundesweit stattfinden sollte. Es handelte sich um eine Reihe von Veranstaltungen (Bürgerdialoge, Demonstrationen, Kundgebungen u.a.) rund um das Thema Asyl.¹¹⁶⁵ In den Aussagen der Vergleichsparteien werden Einwanderung und Einbürgerung überwiegend pejorativ bewertet. Zudem wird die Rechtmäßigkeit des Verbleibs eingewanderter Personen infrage gestellt. Dies geschieht mehrheitlich mittels vager Vergangenheitsbezüge, die eine begründete Argumentation für diese Haltungen ersetzen.

Es wurde bereits erwähnt, dass einige europäische Verträge als Zäsuren beschrieben werden. Gleichzeitig spielt „Europäizität“ für die Selbstbeschreibungen der Parteien und der nationalen Wir-Gruppen eine erwähnenswerte Rolle. Es konnten sowohl verbindende Elemente innerhalb der Erinnerungslandschaften gefunden werden, die auf eine „Einebnung der Unterschiede“ abzielen, als auch trennende, wie es Klaus Schönhoven formulierte.¹¹⁶⁶ Als gemeinsame Merkmale einer europäischen Identität wird das „Abendland“ genannt und die Bevorzugung des Konzepts eines „Europa der Vaterländer“. In diesem Kontext nennt die „Freiheitliche Partei Österreichs“ den EU-Beitritt 1995 und die „Schweizerische Volkspartei“ das entsprechende Gesuch von 1992 als Wendepunkte in den Nationalgeschichten. Die SVP hebt sich diesbezüglich wieder von den Vergleichsparteien ab. Es wurde bereits mehrfach erwähnt, dass diese Partei die Abwehr einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz als politischen Erfolg

¹¹⁶⁴ Pölzl, Die Wertedebatte in der Integrationspolitik im Kontext von Flucht und Asyl (Wien 2022) S. 42-43 zit. n. Stefan Luft, Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München 2016, S. 12ff, 22ff, 26ff.

¹¹⁶⁵ Geiges, Wie die AfD im Kontext der „Flüchtlingskrise“ mobilisierte (Z Politikwiss) 28/2018, S. 49-69.

¹¹⁶⁶ Schönhoven, Europa als Erinnerungsgemeinschaft (Mannheim 2007) S. 13.

verbucht. Die Tatsache, dass 2002 dennoch ein Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU abgeschlossen wurde, wird für die steigenden Zuwanderungszahlen verantwortlich gemacht (#802/PQ1). Die AfD erwähnt den Beitritt zur EU in einem anderen Kontext. Sie betrachtet Deutschland als Gründungsmitglied und verteidigt diese historische Entwicklung. Doch im Zuge der Recherchen zur zweiten Primärquellengruppe wurde ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aus dem Jahr 2018 berücksichtigt, in dem berichtet wurde, dass die „Junge Alternative“ (JA) eine „Auflösung“ der EU forderte.¹¹⁶⁷ In der „Feuerrede“ von Ewald Stadler (FPÖ) bezeichnete er den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union als Befreiung von „der Selbstständigkeit“ (#164/PQ2).¹¹⁶⁸

Weitere EU-kritische Aussagen betreffen die europäischen Fiskalpolitik. Alle Vergleichsparteien lehnen entweder die Währungsunion oder Maßnahmen dezidiert ab, die allgemein unter der Überschrift der „Eurokrise“ oder „Bankenrettung“ fallen. Die „Republikaner“ fordern in ihrem Wahlprogramm von 2013 den Ausstieg aus dem „T-Euro“. In diesem Kontext wird explizit der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ („ESM-Rettungsschirm“) genannt und die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ („The European Financial Stability Facility, EFSF“). Außerdem werden besonders die Schengen-Abkommen von den Vergleichsparteien als Ursache für eine Reihe von potenziellen Bedrohungen genannt. Die „Alternative für Deutschland“ und die „Freiheitliche Partei Österreichs“ lehnen außerdem die Verträge von Maastricht und Lissabon entschieden ab. Eine Gemeinsamkeit zwischen der AfD und der „Schweizerischen Volkspartei“ ergibt sich aus ihrer Kritik an der Bologna-Reform.

Bis auf die SVP bekennen sich alle Parteien zum Modell eines „Europa der Nationen“. Dieses Konzept wurde maßgeblich von Charles de Gaulle beeinflusst. Für de Gaulle war das Ziel einer europäischen Integration die Schaffung einer „dritten Kraft Europa“, die als weltpolitisches Gegengewicht zu den USA und der Sowjetunion heranwachsen sollte. Frankreich sollte für diese Entwicklung eine führende Rolle spielen. Im Zentrum seiner Europakonzeption stand die nationale Souveränität der einzelnen Staaten und die Ablehnung der Etablierung von supranationalen politischen Strukturen.¹¹⁶⁹

„De Gaulle’s European ideal was very different: less supranational, robustly independent from the United States, ready to join with eastern states when, as de Gaulle expected, the Cold War division of Europe ended.”¹¹⁷⁰

Obwohl die Geschichte Europas unabdinglich ist für die Beschreibung der nationalen Wir-Gruppe bzw. die Selbstbeschreibungen der Parteien, wird ein Zusammenschluss abgelehnt, der über den Austausch von Arbeitskraft und (Kultur-)Gütern hinausgeht. Damit verbunden sind die Forderungen nach Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und der Souveränität der Mitgliedstaaten, nach Wiedereinführung des Grenzschutzes und Skepsis gegenüber jedweder fortschreitenden EU-Erweiterung. Eine gemeinsame europäische Armee wird ebenfalls abgelehnt. Zudem wird die Renationalisierung des Agrar- und Bankensektors gefordert. Daher nahmen Mitglieder der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und der „Alternative für Deutschland“ auch an europakritischen

¹¹⁶⁷ PQ2 AfD Aussagen-ID 89/FAZ/Redaktion/dpa, Bei AfD-Jugendorganisation: Gauland: Hitler nur „Vogelschiss“ in deutscher Geschichte/02.06.2018. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁶⁸ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 18, 50; PQ2 FPÖ Aussagen-ID 164.

¹¹⁶⁹ Andrew Knapp, Charles de Gaulle. Routledge Taylor & Francis Group, first published 2021 (New York 2021) S. 331-339; Eckart Conze, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle (April 1995) S. 311-312, 318. In: (Hg.) Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz und Horst Möller. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 43/Heft 2 (April 1995).

¹¹⁷⁰ Knapp, Charles de Gaulle (New York 2021) S. 334-335 zit. n. Maurice Couve de Murville, Une Politique étrangère, 1958–1969 (Paris: Plon, 1971), pp. 348–50.

Veranstaltungen teil. Dazu gehörte der Kongress „Freiheit für Europa“, der 2017 in Koblenz (Deutschland) von der EU-Parlamentsfraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) organisiert wurde. Die langjährige Vorsitzende des „Rassemblement National“, Marine Le Pen, war ebenso Rednerin wie Geert Wilders von der „Partij Voor de Vrijheid“ (PVV) oder Matteo Salvini von der „Lega Nord“ (LN). Dabei wurde an die national-differenzierten „Völker“ Europas appelliert und die Mitgliedschaft in der Union, in ihrer zeitgenössischen Form, als „Knechtschaft“ diffamiert (#90-93/PQ2, #110-112/PQ2 oder #193-195/PQ2). Bei dieser Veranstaltung standen vor allem die Bedrohung durch Einwanderung und das Islam-Feindbild im Vordergrund. Im Jahr 2018 wurde in Oberösterreich der Kongress „Verteidiger Europas“ ausgetragen, bei dem es ebenfalls zu einem gemeinsamen Auftritt von AfD- und FPÖ-Mitgliedern kam. Austragungsort war das Wasserschloss Aistersheim (#53-55/PQ2, #90-93/PQ2 und #195/PQ2). Derartige Veranstaltungen dienen der Verbreitung des Konzepts vom „Europa der Vaterländer“. ¹¹⁷¹ In „On the Political“ schreibt Chantal Mouffe über den umstrittenen Juristen Carl Schmitt und seine Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft. Für Schmitt wird das Gelingen einer demokratischen Ordnung erst möglich durch die Voraussetzung eines „homogenen demos“. Gesellschaftliche Vielfalt ist aus seiner Sicht per se demokratiefeindlich, weshalb der „liberale Pluralismus“ im Widerspruch zur Demokratie stehe. Sein Konzept akzeptiert Pluralismus nur zwischen den Staaten und geht davon aus, dass die jeweilige nationale Gesellschaft homogen sein muss. ¹¹⁷² Vor diesem Hintergrund mag es wenig verwundern, dass Alain de Benoist, der als Vordenker der „Neuen Rechten“ gilt, eine „Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen“ veröffentlichte. ¹¹⁷³

In Anlehnung an Schmitt werden Staaten als primordiale und perenniale „Vaterländer“ verstanden, deren „Völker“ oder „Volksgruppen“ die Summe Europas bilden. Dieser vermeintliche Respekt vor der kulturellen Verschiedenheit innerhalb der territorialen Grenzen wird auch als „Ethnopluralismus“ bezeichnet. ¹¹⁷⁴ Die europäische Vielfalt ergibt sich aus ihren angestammten Ethnien. Hier findet eine Gleichsetzung von Nation und „Volksgruppen“ statt. Deshalb wird ausschließlich der Nationalstaat als legitime Organisationsform anerkannt. Die diversen Vergangenheitsbezüge sollen die Unterschiede der nationalen Identitäten erklären. Gleichzeitig ergeben sich einige der genannten Distinktionsmerkmale aus einer gemeinsamen historischen Kollektivvorstellung, nämlich der Antike und den Römern, dem Christentum und dem „Abendland“. Die Aussagen zum Europabegriff belegen die Thesen von der *selektiven Solidarität* der Vergleichsparteien sowie die „Contra-Compliance“-These nach Armin Schäfer und Michael Zürn. ¹¹⁷⁵

¹¹⁷¹ Vgl. Chloe *Lachauer*, Die dunkle Seite Europas – Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? Netzerkennung der Rechten in der Europäischen Union (Tectum Verlag, Marburg 2005), S. 76, 106; Franziska *Schreiber*, Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin. Unter Mitarbeit von Peter Köpf. Europaverlag, München 2018 (vierte Auflage 2018) S. 164; Karolin *Schwarz*, Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2020, S. 87-89. Vgl. Alternative für Deutschland. Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW), Die ENF-Fraktion im Europäischen Parlament lädt zum Kongress in Koblenz ein. Online: <https://afd.nrw/aktuelles/2017/01/die-enf-fraktion-im-europaeischen-parlament-laedt-zum-kongress-in-koblenz-ein/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁷² *Mouffe*, On the Political (London and New York 2005) S. 14 zit. n. Carl *Schmitt*, The Concept of the Political 1932.

¹¹⁷³ Vgl. Andreas *Funke*, Review: Alain de Benoist, Carl Schmitt. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen; Ernst *Hüsmert*, Carl Schmitt. Tagebücher Oktober 1912 bis Februar 1915; Montserrat *Herrero*, Carl Schmitt und Álvaro d'Ors. Briefwechsel; Norbert *Campagna*, Carl Schmitt. Eine Einführung und Reinhard Mehring, Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar. In: (ARSP) Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Vol. 93(2), S. 299. <http://www.jstor.org/stable/23680837>

¹¹⁷⁴ Vgl. *Vukadinović*, Randbewusstsein (Bielefeld 2022) S. 11; *Bauer*, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa (Wien 2016) S. 17; *Schwarz*, Hasskrieger (Freiburg im Breisgau 2020) S. 37.

¹¹⁷⁵ *Schäfer* und *Zürn*, die demokratische Regression (Berlin 2021) S. 115.

Es finden sich allerdings auch weitere internationale Vergangenheitsbezüge, die diese Haltung ausdrücken. Diese beziehen sich oft auf Verträge oder Abkommen, die Einfluss auf die nationale Rechtsprechung ausüben und eben deshalb mehrheitlich abgelehnt werden. Dazu gehört die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR) sowie die „Europäische Menschenrechtskommission“ (EMK). Sie werden entweder abgelehnt oder zumindest infrage gestellt. Die „Republikaner“ und die „Alternative für Deutschland“ erwähnen die Menschenrechte im Kontext ihrer Islamkritik, während sie für sich (und die legitime Wir-Gruppe) die Achtung der Religionsfreiheit als Distinktionsmerkmal beanspruchen. Die SVP sieht in der Übernahme internationaler Vorgaben eine Einmischung durch „fremdes Recht“. Im Kontext der internationalen Vergangenheitsbezüge wird sehr häufig das „Abendland“ erwähnt. Alle Vergleichsparteien beanspruchen das Merkmal der christlich-abendländischen Tradition und ihrer Werte für die legitime Wir-Gruppe.¹¹⁷⁶ Der Bezug zum Christentum wird zudem häufig als Abgrenzungskriterium zum Islam hervorgehoben, wodurch muslimische Gruppen als negative Sie-Gruppen gekennzeichnet werden. Zur Begründung dieses Verständnisses wird der Islam mit Terrorismus gleichgesetzt oder als demokratiefeindlich beschrieben, was zudem die Rechtstaatlichkeit bzw. Redlichkeit der eigenen Gruppe unterstreichen soll.

Um diese Beschreibung der legitimen Wir-Gruppe rekonstruktiv zu begründen, werden mehrheitlich vage Vergangenheitsbezüge formuliert, die sich auf unpräzise Merkmale einer langen Geschichte, ihrer Errungenschaften und „gewachsenen Kultur“ oder regionalen Traditionen beziehen. Derartige Formulierungen, die von Jahrhunderten und anderen unpräzisen Zeiträumen sprechen, unterstützen die vorangestellte These von Perennialismus als Merkmal der nationalistischen Ideentradition und kommen sehr häufig vor. Auch der als „abstrakt“ markierte Bezug zur „Schöpfung“ muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Die „Schöpfung“ wird von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ dreimal in der ersten Primärquellengruppe erwähnt. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass vor allem das Parteiprogramm aus dem Jahr 2005 von einem liturgischen Stil geprägt ist, der aufgrund der vielfältigen Bekenntnisse entsteht. Die drei abstrakten Vergangenheitsbezüge unterstützen diesen Eindruck, da sie sich auf die Schöpfungsgeschichte beziehen. Die Partei bekennt sich in diesem Programm zur „Menschenwürde“, die sich aus der „Stellung des Menschen in der Schöpfung“ ergibt. Die „Menschenwürde“ wird von der FPÖ als Synonym für „Menschenrechte“ eingesetzt. Welche tatsächlichen Rechte oder Rahmenbedingungen sich aus der Schöpfungsgeschichte ableiten lassen, bleibt allerdings ungeklärt. Ganz im Gegensatz zu ratifizierten internationalen Abkommen, deren Nichteinhaltung unter Umständen rechtliche Folgen nach sich ziehen. An dieser Stelle sei nochmals an die Aussage erinnert, in der die FPÖ fordert, dass die Europäische Menschenrechtskonvention durch eine österreichische Version ersetzt werden soll. Die „Republikaner“ beziehen sich auf „die den Menschen anvertraute Schöpfung“, um ihre politische Ethik zu begründen. Ein Bewahrungstopos soll die Selbstbeschreibung der Partei als Verteidiger des „deutschen Volkes“ begründen. Auch die „Schweizerische Volkspartei“ bedient sich der alttestamentarischen Symbolik. Im Parteiprogramm für die Periode 2015-2019 wurde unterhalb der Überschrift „Ausländerpolitik“ die Abbildung eines fruchttragenden Apfelbaums platziert, der aus dem Territorium der Schweiz erwächst. In dieser Quelle befindet sich auch der zweite abstrakte Bezug (#966/PQ1). In diesem Fall wird eine Kontinuität zur europäischen Antike und zur „Schöpfungsgeschichte“ hergestellt.

Sehr ähnlich verhält es sich mit der Erwähnung der Antike in den Aussagen der „Alternative für Deutschland“, der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und der „Schweizerischen Volkspartei“. Es wurde bereits mehrfach darauf

¹¹⁷⁶ Siehe Tabelle 3.b „Übereinstimmende vage Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“ im zweiten Band.

hingewiesen, dass die Rhetorik der AfD von Widersprüchen und Relativierungen geprägt ist. In ihrem Parteiprogramm von 2016 führt die AfD die Ursprünge der „deutschen kulturellen Identität“ zurück auf das Christentum, die „humanistische Tradition“ und das „römische Recht“. In derselben Aussage wird „die Ideologie des Multikulturalismus“ und der Einfluss „importierter kultureller Strömungen“ als Bedrohung benannt. Das nachstehende Beispiel zeigt daher, dass ihre Argumentation nicht auf fundiertem Wissen über vergangene Epochen basiert. Die Vorstellung einer nationalen „deutschen Leitkultur“ wird lediglich mit vagen Vergangenheitsbezügen kombiniert, um den Eindruck der Rechtmäßigkeit zu erwecken. Die Widersprüche innerhalb der Aussage werden ignoriert.

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“¹¹⁷⁷

Sehr antagonistisch zu der obigen Aussage erweist sich die Praxis, das Hermannsdenkmal auf dem Gebiet der Stadt Detmold in Nordrhein-Westfalen als Austragungsort rechtsgesinnter Veranstaltungen zu nutzen. 2018 wurde Björn Höcke vom AfD-nahen Verein „Alternativer Kulturkongress Deutschland“ (AKD) zum Thema Europa eingeladen (#83-85/PQ2). Laut dem Landesverband Lippe wird der Bezug zu Arminius und der Schlacht im Teutoburger Wald als „deutscher Gründungsmythos“ verstanden.¹¹⁷⁸ Daher ist das von Ernst von Bandel entworfene und 1875 errichtete Denkmal ein beliebtes Motiv für politische Inszenierungen, wie die „Lippische Landeszeitung“ berichtete. Um einiges gewitzter geht die SVP mit dem Bezug zur Antike um. Im Parteiprogramm von 2007 bis 2011 findet sich die Abbildung von einem Trojanischen Pferd mit dem Namen „Schengen“. Diese Aktion der SVP in Bern trug den Titel „Trojanisches Pferd auf Schweizer Tournee“ und wurde von der „Schweizerischen Volkspartei“ mehrfach genutzt, um das EU-Feindbild zu bestärken und gegen jedwede Annäherung zu demonstrieren.¹¹⁷⁹

Zu den übereinstimmenden Erinnerungsfiguren gehört auch die Aufklärung und der Humanismus bzw. das humanistische Weltbild. Auf nationaler Ebene wird in bildungspolitischen Forderungen auf das „humanistische Bildungsideal“ verwiesen. Alle Vergleichsparteien beziehen sich in den Programmen auf dieses Merkmal, ohne es kontextuell zu präzisieren. Gleichzeitig vertreten sie übereinstimmend ein elitäres Bildungsmodell, bevorzugen die Begabtenförderung und einen eingeschränkten Hochschulzugang. Inklusive pädagogische Modelle

¹¹⁷⁷ PQ1 AfD Aussagen-ID 405/Programm 2016/S. 47.

¹¹⁷⁸ Vgl. Landesverband Lippe, Das Hermannsdenkmal, online: <https://www.hermannsdenkmal.de>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁷⁹ Vgl. Schweizerische Volkspartei (SVP), Jahresbericht 2005. S. 10-11; SVP Schweizer Qualität, Medienmitteilung, Trojanisches Pferd auf Schweizer Tournee (25.5.2005) online: <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/trojanisches-pferd-auf-schweizer-tournee/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

(Integrationsklassen) sowie die Gesamtschule werden abgelehnt und als ideologisch motivierte Indoktrination bezeichnet. Im Zusammenhang mit Bildungspolitik und Wissenschaftsförderung wird der Topos des Niveauverlustes bedient. Das kritisierte Bildungssystem wird für den „kulturellen Verfall“ verantwortlich gemacht. Bis auf die FPÖ bevorzugen die Parteien mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer gegenüber geistes- und sozialwissenschaftlichen, und führen diese Position auf die „humanistische Tradition des Abendlandes“ zurück. Warum philosophische Disziplinen nicht zu dieser Tradition gehören sollen, wird nicht erläutert. Zudem nutzen alle Parteien diese Vergangenheitsbezüge (Humanismus und Aufklärung) in ihren Programmen für die Beschreibung der europäischen Wir-Gruppe. Interessant ist der Umstand, dass diese Ideale direkt aus dem Christentum abgeleitet werden. Das Abendland wird mit der christlichen Glaubenslehre gleichgesetzt, ebenso wie die Demokratie, die Aufklärung oder der Humanismus. Welchen Beitrag „das Christentum“ zur Entwicklung ebendieser geleistet hat, wird nicht erläutert. Sehr ähnlich verhält es sich mit der Erwähnung der Antike in den Aussagen der „Alternative für Deutschland“, der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ und der „Schweizerischen Volkspartei“. Die Vorstellung einer nationalen „Leitkultur“ wird lediglich mit vagen Vergangenheitsbezügen kombiniert, um den Eindruck der Rechtmäßigkeit zu erwecken.

Die Analyse hat gezeigt, dass die erinnerungskulturellen Merkmale in den Aussagen der Parteien vergleichbaren Schemata folgen. Eine der erarbeiteten Thesen dieser Dissertation besagt zudem, dass diese Ähnlichkeiten sowohl durch die Abwesenheit von Vergangenheitsbezügen (Schweigen über NS-Zeit) als auch durch ihre Qualität (konkret, vage, abstrakt) erzeugt werden. Daher müssen die Aussagen, die hinsichtlich ihrer Rekonstruktivität negativ beschlagwortet wurden, ebenfalls berücksichtigt werden. Sie vervollständigen das Bild der Erinnerungslandschaften. Das häufig geäußerte Bekenntnis zum Nationalstaat wird ebenfalls mitunter in einem geschichtslosen Kontext platziert. Die Merkmale des Staates (stark oder schlank) sowie die ideologischen Feindbilder (totalitär oder extrem) können somit als zeitlose Eigenschaften beschrieben werden. Als besonders diskussionswürdig wurden Aussagen bewertet, die eine vermeintlich ideologische Beeinflussung durch staatliche Organe und deren autoritären Charakter kritisieren. Der Bezug zu „staatlicher Umerziehung“, „neuen Menschen“ oder „falschen Ideologien“ findet in diesen Aussagen in einem geschichtslosen Kontext statt. In der AfD-Aussage #337/PQ1 (2016) kritisiert die Partei eine „ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben“ und verlangt eine Reduktion auf die „vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.“ Sozialpolitische Maßnahmen, Umwelt- oder Kulturpolitik werden hier gänzlich ausgelassen. Die FPÖ fordert in Aussage #76/PQ1 (2005) „ethnische Schranken“ in der wissenschaftlichen Forschung, um die „unantastbare Würde des Menschen“ vor modernen Technologien zu schützen. Auf welchem Erfahrungsschatz sich die Warnung bezieht, das bleibt rein spekulativ. Im Parteiprogramm der „Republikaner“ von 2002 gibt es im dritten Kapitel „Staat und Gesellschaft“ den Abschnitt „Ausländer“. Darin ist die Aussage #521/PQ1 zu finden, in der von einem zu hohen „Ausländeranteil“ in Deutschlands Städten und Schulen gesprochen wird. Der Bezug zur Vergangenheit wird indirekt in Form des Verweises auf eine bereits vollzogene Grenzüberschreitung angedeutet. Dabei wird insbesondere auf das Türkei-Feindbild hingewiesen. Das Besondere daran ist, dass die Geschichte der (speziell türkischen) Einwanderung nach Deutschland völlig ausgeblendet wird. Im fünften Kapitel desselben Programms sind die Aussagen #557-558/PQ1 aufgeführt, deren fehlende historische Einbettung auffällt:

„Die Menschenwürde wird heute mehr durch Technik und Wissenschaft, als durch staatliche Eingriffe gefährdet. In der totalen Kommunikationsgesellschaft gewinnt der Einzelne nicht nur Bewegungsspielräume, sondern wird auch zum gläsernen Menschen. Neue Möglichkeiten der Biomedizin und Humangenetik wie Forschung mit Embryonen, Präimplantationsdiagnostik oder das Klonen von Menschen stellen eine Gefahr

für die Menschenwürde dar, weil sie zunehmend einen Anreiz zur Selektion zwischen ‚lebenswertem‘ und ‚nicht lebenswertem‘ Leben schaffen. Die Forschung muß daher durch Gesetzgebung und Fördermaßnahmen auf jene Methoden beschränkt und verwiesen werden, die das menschliche Leben ab dem Zeitpunkt der Befruchtung achten und nicht in Frage stellen.“¹¹⁸⁰

Im Zusammenhang mit erinnerungskulturellen Lücken wurde auch festgestellt, dass innerhalb der vorliegenden Datensammlung an 54 konkrete Personen oder Personengruppen erinnert wird. Dazu gehören acht Frauen. Sieben davon werden ausschließlich von der „Schweizerischen Volkspartei“ erwähnt. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Politikerinnen der SVP wie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Nationalrätin Yvette Estermann. Auch Silvia Blocher, die Ehefrau von SVP-Bundesrat Christoph Blocher, wird im Programm der „Schweizerischen Volkspartei“ zur Legislaturperiode 2011-2015 zitiert. Es kommen aber auch konkrete Feindbilder in ihren Aussagen vor, wie die Künstlerin Pipilotti Rist oder Ruth Dreifuss von der „Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“ (SP Schweiz). Ohne die Berücksichtigung der SVP-Aussagen käme innerhalb der vorliegenden Untersuchung nur eine Erinnerung an eine Frau vor. Nämlich in der Berichterstattung der Tageszeitung „DerStandard“ vom 13. April 2016 über den Protest der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ gegen das Gedenken an die KZ-Überlebende Rozsi Braun.

¹¹⁸⁰ PQ1 REP Aussagen-ID 558/Programm 2002/S. 35.

EINE ALTERNATIVE ERINNERUNGSKULTUR?

Die vorliegende Dissertation nähert sich dem Gegenstand der Erinnerungskultur auf experimentelle Weise, indem sie Erinnerungen als Vergleichselemente erfasst. Die genannten Vergangenheitsbezüge zeigen, welche Themen, Personen oder Ereignisse für die Parteien erwähnenswert sind und in welchem Verhältnis sie zur legitimen Wir-Gruppe stehen. Die zeitliche Einordnung der Vergangenheitsbezüge diente in dieser Arbeit der Übersichtlichkeit und dem Versuch, die Grenzen der dargestellten Erinnerungslandschaft abzustecken. Doch die These von der zeitlichen Fassbarkeit kultureller Gedächtnisse im Sinne von Assmann kann durch die Ergebnisse dieser Aussagenanalyse nicht bestätigt werden. Einige Vergangenheitsbezüge erstrecken sich über einen längeren Zeitraum und ihre Datierung hängt von den Kriterien ab, nach denen sie beurteilt werden (z.B. Aufklärung, deutscher Idealismus, Bundesbriefe). Auch die Form einer Erinnerung (Ereignisse, Objekte, Orte, Personen, Symbole usw.) kann nicht immer eindeutig festgelegt werden. Ein Kfz-Kennzeichen mit der Aufschrift „HH 88“ ist beispielsweise mehr als ein Objekt. Ein solcher Vergangenheitsbezug bezieht sich auf Symbole, Ereignisse, Personen und Ideen der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wie können diese erinnerungskulturellen Verbindungen zwischen Objekt, Subjekt und Gesellschaft zeitlich begrenzt werden? Aufgrund dieser Schwierigkeiten wurden die Vergleichselemente (Erinnerungsfiguren, Zeitinsel und Zeitrahmen) im Zuge der Analyse neu bewertet und ihre Gewichtung dementsprechend bei der Auswertung angepasst.¹¹⁸¹ Darüber hinaus demonstrieren die Ergebnisse der Aussagenanalysen, dass die Parteien wenig Wert auf zeitliche und inhaltliche Konsistenz legen, wenn sie ihre Vorstellungen von der legitimen Wir-Gruppe historisch begründen. Dennoch ist es durch die Datierung zumindest gelungen, die Schwerpunkte und Lücken sichtbar zu machen. Die unpräzisen Formulierungen offenbaren, dass die Vergangenheitsbezüge nach strategischen Aspekten in den Aussagen platziert wurden, nicht aber nach wissenschaftlichen oder bildungspolitischen. Die ausgewählten Primärquellen legen nahe, dass die Parteien in ihrer politischen Agitation auf „gefühlte Geschichte“ („felt history“) zurückgreifen.¹¹⁸²

Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass sich die nationalistische Tradition hinsichtlich der Erinnerungskulturen fortsetzt. Obgleich die zu beschreibende Wir-Gruppe in jedem Land divergiert, lassen sich zwischen den ausgewählten Parteien vor allem Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Art und Weise feststellen, wie über die Gesellschaft und ihre Vergangenheit gedacht bzw. gesprochen wird. Die territoriale Begrenzung der Vergangenheitsbezüge entspricht einer nationalistischen Logik, da neue oder fremde Einflüsse innerhalb des Vorrats an kollektiven Erfahrungsgeschichten ausgelassen werden. Die Migrationsgeschichten der legitimen Wir-Gruppen werden ausgeblendet. Dies erklärt auch, warum internationale Ereignisse für die Vergleichsparteien überwiegend negativ bewertet werden. Es entspricht der gleichen Selektivität, die auch bei der Beschreibung der bevorzugten Wir-Gruppe festgestellt wurde. Die Aussagen der Parteien offenbaren ihre präferierten Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Erfahrungen und Erinnerungen von Personen und Gruppen, die nicht den vorgegebenen Merkmalen entsprechen, werden in den Aussagen nur dann berücksichtigt, wenn sie auf Feindbilder abzielen.

¹¹⁸¹ Vgl. *Saaty*, Theory and applications of the analytic network process (Pittsburgh 2009) S. 47-48.

¹¹⁸² *Smith*, Nationalism and Modernism (London and New York 1998) S. 159-167, 162 zit. n. Walker *Connor*, Ethno-Nationalism: The Quest for Understanding. Princeton University Press (Princeton NJ 1994) S. 202; *Anderson*, Die Erfindung der Nation (Frankfurt/New York 2005) S. 157.

Hayden White hat darauf hingewiesen, dass die symbolische Struktur der Erzählung nicht die Ereignisse wiedergibt, die sie beschreibt, sondern die Richtung vorgibt, in welcher über historische Ereignisse nachgedacht werden soll.¹¹⁸³ Obgleich nationale Unterschiede bestehen, unterstützen sich die Vergleichsparteien gegenseitig, indem sie zu bestimmten Themen eine gemeinsame Lesart vorgeben. In diesem Kontext ist die Verbreitung des Modells vom „Europa der Vaterländer“ sowie des Vorwurfs des Sozialmissbrauchs zu nennen, welcher zur Bestätigung ihrer meritokratischen Ausprägung herangezogen wird. Das hier untersuchte rechtspopulistische Erinnerungsmilieu gibt eine pejorative Lesart von der Geschichte der Europäischen Union vor. Die gemeinsamen Erfahrungen als eurokritische Opposition stellten bereits zum Zeitpunkt dieser Untersuchung den dominierenden Bereich übereinstimmender Vergangenheitsbezüge dar. Ob und wie sich diese Strategie auf die allgemeine Akzeptanz der EU und die zunehmende Vernetzung rechtspopulistischer Parteien auswirken wird, bedarf weiterer Untersuchungen. Damit ließe sich auch feststellen, ob das hier beschriebene erinnerungskulturelle Schema einem allgemeinen Trend entspricht.¹¹⁸⁴

In diesem Zusammenhang kann auf den Begriff „historical memory“ hingewiesen werden, der von der Historikerin Maria Todorova entwickelte wurde. Damit beschreibt sie den Prozess der ständigen Erneuerung der Geschichtsinterpretation und Manipulation zum Zwecke der politischen Legitimation und Mobilisierung. Diese Analyse bestätigt ihre Argumentation, die besagt, dass Erinnerungskulturen keiner natürlichen, unberührten Entwicklung unterliegen. Die Aussagen zeigen, wie „historical memory“ als Kollektivgut zum „objektiven Merkmal“ der nationalen Wir-Gruppe herangezogen wird. Die Geschichtsinterpretationen der Parteien dienen offenkundig dem Zweck, die eigenen Vorstellungen zu bestätigen, und werden aus strategischen Gründen ausgewählt und modelliert.¹¹⁸⁵

Sehr deutlich wird dies bei den „Republikanern“, die eine „deutsche Identität“ als Resultat der Erfahrung von Fremdherrschaft betrachtet. Damit wird jede und jeder aus der imaginierten Sittengemeinschaft ausgeschlossen, der diese Erfahrung nicht als identitätskonkret empfindet. Den „Republikanern“ ist die Transformation von einer rechtsradikalen Kleinpartei zu einem mehrheitsfähigen Rechtspopulismus nicht gelungen. Ihre Abgrenzung zur extremen Rechten ist nach wie vor nicht glaubwürdig und wird durch ihre territorialen Vorstellungen noch verstärkt. Die Wiederherstellung Preußens als Bundesstaat, die Verwendung des Begriffs „Mitteldeutschland“, ihre Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen (Verfassungsschutz) oder ihre autoritäre Auffassung von legitimer Staatsgewalt (Zuchthäuser, Strafvollzug, Jugendstrafrecht etc.) lassen Zweifel an ihrer Loyalität gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat aufkommen. Die *Sittenromantik* sowie die territorialen und soziopolitischen Vorstellungen entsprechen den Ideen des Nationalsozialismus.¹¹⁸⁶ Die ideologischen und erinnerungskulturellen Übereinstimmungen der anderen Parteien mit den „Republikanern“ lassen eine inhaltliche Nahebeziehung erkennen, die nicht ignoriert werden kann.

¹¹⁸³ Hayden White, Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: (Hg.) Christoph Conrad und Martina Kessel, Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Reclam Verlag (Stuttgart 1994) S. 141.

¹¹⁸⁴ Lachauer, Die dunkle Seite Europas – Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? (Tectum Verlag, Marburg 2005) S. 6-11, 105-107.

¹¹⁸⁵ Maria Todorova, Introduction: Learning Memory, Remembering Identity. In: (Hg.) Maria Todorova, Balkan Identities. Nation & Memory (London 2004) S. 2-3; Jan Assman, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. Zweite durchgesehene Auflage (München 1997) S. 34-65.

¹¹⁸⁶ Vgl. (Hg) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993) S. 356, 418; Gussone, Reden über Rechtsradikalismus (Göttingen 2020) S. 365-390; Tom Thieme, Extremismus in den deutschen Bundesländern. In: (Hg.) Uwe Backes, Alexander Gallus et al., Extremismus und Demokratie (E & D). 34. Jahrgang 2022, Nomos Verlag (Baden-Baden 2022) S. 16-18.

Die AfD wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als der populistische Protest aufblühte. Sie ist damit politisch „am Puls der Zeit“. In den Aussagen der Partei werden Restaurationstopoi formuliert, die ihr Verhältnis zur Vergangenheit verdeutlichen. Der von ihr angestrebte Soll-Zustand der deutschen Bevölkerung misst sich an romantisierenden Vorstellungen einer glorreichen Vergangenheit im 19. Jahrhundert. Ein weiterer erinnerungskultureller Schwerpunkt liegt auf der Nachkriegszeit und thematisiert das deutsche Wirtschaftswunder und die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft. Die konkreten Vergangenheitsbezüge der AfD beziehen sich überwiegend auf die Geschichte der EU. Diese Erinnerungsfiguren beschreiben das mangelnde Vertrauen in die Maßnahmen zur Euro- und Bankenrettung und in jene Mitgliedsstaaten, die von der Partei wiederholt als Krisen- oder Nehmerländer bezeichnet werden. Daher wird auch die Wiederherstellung der Rahmenbedingungen nach dem Vorbild des Europäischen Wirtschaftssystems (EWS/1979-1998) bzw. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993) begrüßt. Aufgrund der dokumentierten Nähe einzelner Parteimitglieder zum Rechtsextremismus (Junge Alternative) und wiederholter antisemitischer Äußerungen (Wolfgang Gedeon, Björn Höcke) ist auch bei dieser Partei eine Tendenz zu mystifizierenden Geschichtsbildern nachweisbar. Darüber hinaus fordern sie wie die „Republikaner“ ein Ende des „Schuld Kults“ und ein Umdenken in der deutschen Erinnerungskultur.

In der Programmatik der FPÖ wird die Problematisierung von Erinnerungskultur vermieden. Trotz der anhaltenden *Bedeutungslatenz* ihrer Aussagen und dem Mangel an konkreten Bezügen konnten einige zeitliche Schwerpunkte ausgemacht werden. Die Datensätze zur ersten Primärquellengruppe ergaben nur sechs konkrete Vergangenheitsbezüge, die keine Übereinstimmungen mit den Vergleichsparteien aufweisen (Staatsgrundgesetz von 1867, Verfassungstexte 1920-2005, Amnestiegesetze CSSR 1946, Anvoj-Bestimmungen 1943-1945, Moskauer Memorandum 1955 und die Petersburger Beschlüsse vermutlich 2003). Dabei handelt es sich ausschließlich um Bezüge zu Gesetzen oder Rechtsprechungen, die mehrheitlich ins 20. Jahrhundert gehören. Die zweite Primärquellengruppe dokumentiert die erinnerungskulturellen Praktiken und Veranstaltungen der Partei (WKR-Ball, Ulrichsbergtreffen, Kahlenbergtreffen, Sonnwendfeiern, politischer Aschermittwoch). Die Türkei ist das einzige historische Feindbild, das von der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ innerhalb der vorliegenden Quellensammlung erwähnt wird (zweite Wiener Türkenbelagerung). Die Erinnerungslandschaft zeigt außerdem, dass es einen dominanten NS-Cluster gibt. Obwohl die „Freiheitliche Partei Österreichs“ in ihren Programmen keine Bezüge zum Nationalsozialismus herstellt, ist ein erinnerungskultureller Zusammenhang nachweisbar.

Die „Schweizerische Volkspartei“ und die FPÖ haben es geschafft, sich zu rechtspopulistischen Parteien zu entwickeln. Um diesen Wandel zu vollziehen, hat die SVP die gemäßigt konservative Mitte verlassen und sich rechtsradikaler Themen und Strategien angenommen. Ihre Vorstellung der nationalen Wir-Gruppe entspricht einer nationalistischen *Traditions- und Résistanceidentität*, die es gegen äußere Einflüsse und innere Veränderungen zu verteidigen gilt. Immerhin zeigt die „Schweizerische Volkspartei“ in den Primärquellen das Bemühen, eine chronologisch korrekte und kontinuierliche Geschichte der legitimen Wir-Gruppe abzubilden. Allerdings wurde auch festgestellt, dass sie sich dabei vorwiegend auf Ereignisse bezieht, die sich in den „innerschweizerischen Territorien“ zugetragen haben (sollen) oder die deutschsprachige Schweiz betreffen. Außerdem weisen auch die Vergangenheitsbezüge der SVP große Zeitsprünge auf, vor allem dann, wenn die ausgelassenen Zeiträume ihre Vorstellungen widerlegen (z.B. Unterbrechungen der Verfassungs- und Neutralitätstradition).

Ein Erinnerungsmilieu, das sich zwischen den rechtspopulistischen Vergleichsparteien in Form eines übereinstimmenden Wissens- und Erinnerungsvorrats nachweisen ließe, wird durch die Ergebnisse der

Aussagenanalyse nicht bestätigt. Die Erinnerungslandschaften, die in den Primärquellen abgebildet werden, sind nicht homogen, zeigen allerdings schematische und thematische Übereinstimmungen. Das betrifft beispielsweise die Solidarität mit den deutschen und österreichischen Vertriebenenverbänden, die pejorative Deutung der EU-Geschichte, die Verleugnung oder Ablehnung von Migrationsgeschichten, die Ignoranz gegenüber dem historischen Beitrag von Frauen in der legitimen Wir-Gruppe und das gemeinsame Schweigen über den Nationalsozialismus und die Shoah.

Außerdem ist eine tendenzielle Annäherung zwischen FPÖ und AfD aus den Quellen ablesbar. Die AfD hat ihre wirtschaftsgeschichtliche Ausrichtung des ersten Parteiprogramms zunehmend gegen einen nationalistischen vagen Geschichtsumgang eingetauscht. Auch die „Republikaner“ unterstützten ihre *Sittenromantik* mit vagen Vergangenheitsbezügen. Sie fallen insbesondere durch ihre vehementen Forderungen nach einer Transformation der zeitgenössischen Erinnerungskultur auf und plädieren am deutlichsten für einen „anderen“ Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus, um ihr offenkundiges Bekenntnis zum Nationalstaat und ihren hehren Patriotismus nicht zu diffamieren. Mit Ausnahme der SVP fallen zudem alle Parteien durch ihre Nähe zu rechtsextremen Netzwerken auf. Eine Übereinstimmung lässt sich dennoch hinsichtlich des Ausblendens des Nationalsozialismus, der Shoah und des Holocausts feststellen.

Diese Untersuchung hat auch danach gefragt, ob Parteien als „Milieus“ bestimmter Erinnerungskulturen fungieren, indem sie sich durch einen öffentlichen Umgang mit Geschichte auszeichnen, der typisch oder spezifisch für ihr politisches Spektrum ist. Die vorliegende empirische Datensammlung hat diesbezüglich interessante Verhältnismäßigkeiten innerhalb der politischen Agitation der Vergleichsparteien für den deutschsprachigen Raum aufgezeigt. Die vier Kategorien der Vergangenheitsbezüge – explizit-bestimmt/konkret, explizit-unbestimmt/vage, explizit-unbestimmbar/abstrakt und kein Bezug/negativ – lassen sich in einem Verteilungsschema darstellen. Das Verhältnis Aussage zu Rekonstruktivität ist positiv, da nur 363 von 1169 Datensätzen (DS) keinen Vergangenheitsbezug enthalten. In der vorliegenden Untersuchung überwiegen die explizit-bestimmten Formulierungen gegenüber den explizit-unbestimmten bzw. explizit-unbestimmbaren. Doch in den 806 rekonstruktiven DS sind auch 354 vage Andeutungen und acht abstrakte Bezüge enthalten. Unter Berücksichtigung der Gesamtverteilung lässt sich daher feststellen, dass die Aussagen ohne Vergangenheitsbezug zusammen mit den explizit-unbestimmten und den explizit-unbestimmbaren mehr als der Hälfte der Datensammlung ausmachen (725 von 1169). Des Weiteren lassen sich innerhalb der vagen Vergangenheitsbezüge mehr Übereinstimmungen zwischen den Vergleichsparteien feststellen als unter den konkreten Fixpunkten in den Erinnerungslandschaften. Hier konnten lediglich zwölf gemeinsame Erinnerungsbezüge festgestellt werden.¹¹⁸⁷ Aufgrund dieser Verteilungsverhältnisse muss die Relevanz der vagen und negativen Aussagen berücksichtigt werden. Sie demonstrieren, dass fundiertes Geschichtswissen nicht relevant ist für die Begründung der politischen Forderungen und Vorstellungen. Eine Erklärung dafür ist die Instrumentalisierung von Vergangenheit und Geschichte als rhetorische Strategie. Für die Untermauerung ihrer Aussagen beziehen sich alle Parteien des Vergleichs auf eine „gefühlte Geschichte“. Hierin unterscheidet sich diese Dissertation deutlich von anderen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema Populismus, Nationalismus und Erinnerungskulturen. Die Ergebnisse zeigen, dass es einen vergleichbaren Umgang mit Geschichte gibt. Für den deutschsprachigen Raum kann ein rhetorisches Manöver festgestellt werden, das auf einen rechtspopulistischen Erinnerungs-Habitus

¹¹⁸⁷ Tabelle 3.a „Übereinstimmende konkrete Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“ im zweiten Band.

hinweist.¹¹⁸⁸ Man kann dieses erinnerungskulturelle Schema auch als Trivialisierung komplexer historischer Prozesse verstehen. In der vorliegenden Untersuchung gelingt dies überwiegend durch Negation von vorangegangenen Entwicklungen. Zudem ersetzen die vagen Formulierungen oft eine fundierte Argumentation ihrer Positionen.

Zum *rechtspopulistischen Erinnerungshabitus* gehört auch eine deutliche Diskrepanz zwischen den erinnerungskulturellen Praktiken in der Öffentlichkeit und dem Geschichtsverständnis in den Parteiprogrammen. Durch die Kombination von Fakten mit vagen Andeutungen oder bewussten Auslassungen geben die Aussagen der Vergleichsparteien in ihren Programmen einen unproblematischen Umgang mit der nationalen Geschichte wieder. In der Öffentlichkeit dagegen werden mystifizierende Ahnenkulte praktiziert (Externsteine, Hermannsdenkmal, Sonnwendfeiern), es werden rassistische Plakate veröffentlicht, die sich der Sprache der NS-Propaganda bedienen und es finden Treffen mit Rechtsextremist:innen statt (mit Kubitschek in Schnellroda, bei der Lehnitzsee-Konferenz, am „8. Mai Trauertag“ oder beim Kongress der „Verteidiger Europas“ usw.). Um sich gegen Angriffe und Kritik zu verteidigen, wird handfestes Geschichtswissen herangezogen (die Leugnung der Gaskammern im „Dritten Reich“, das Trojanische Pferd „Schengen“ auf Tournee, der Bezug zu den Gründervätern der deutschen Republik, Kritik am „Schuldskult“ etc.). Die Ergebnisse dieser detaillierten Aussagenanalyse bestätigen die Annahme, dass die ideengeschichtliche Tradition der Parteien umso deutlicher hervorkommt, je bestimmbarer ihre Aussagen sind. Deshalb kann bei den „Republikanern“ festgestellt werden, dass sich ihre Restaurationstopoi auf den Nationalsozialismus beziehen. Die Vorstellungen der „Schweizerischen Volkspartei“ orientieren sich an romantisierenden Interpretationen einer Vergangenheit, die irgendwo zwischen dem Mittelalter und dem frühen zwanzigsten Jahrhundert oszilliert. Je unpräziser die Vergangenheitsbezüge sind, wie bei der FPÖ oder in geringerem Maße auch bei der AfD, desto mehr wird der tatsächliche Wissensvorrat der Parteien verschleiert, auf dem ihre Vorstellungen gründen. Was verheimlichen sie?

„Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Österreichs sowie zur Bewahrung und Verteidigung unseres in unserer Tradition und unserer geschichtlichen Entwicklung gewachsenen Menschen- und Gesellschaftsbildes.“¹¹⁸⁹

Statt Rechenschaft vor der Geschichte für ihre Forderungen und Ansichten zu tragen, indem sie mit belastbarem Wissen und gut begründeten Argumenten die Legitimität ihrer Programmatik erläutern, setzen die Parteien auf gefühlte Geschichte, Vergessen oder Leugnung und Feinbilder. Die Begründung sozialer Kategorien und ihrer unterschiedlichen Wertigkeit basiert nicht länger auf einem vermeintlich göttlichen Auftrag oder natürlichen Hierarchien, wie in der klassischen Definition von rechter Politik beschrieben. Die hier untersuchten Parteien des rechten politischen Spektrums arbeiten vielmehr mit der Negation von Geschichte und vagen Vergangenheitsbezügen, um soziale Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit zu legitimieren.¹¹⁹⁰ Somit kann das erinnerungskulturelle Schema der gefühlten Geschichte bereits als Transformation verstanden werden. Historische Fakten und Erfahrungsgeschichten werden in postfaktische Narrative umgeformt, die Vergangenheit auf ihre rhetorische Funktion reduziert.¹¹⁹¹ Besonders besorgniserregend ist die antiaufklärerische Tendenz des

¹¹⁸⁸ Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 24. Auflage 2014. Suhrkamp Verlag (Frankfurt am Main 1982).

¹¹⁸⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 81/Programm 2011/S. 1.

¹¹⁹⁰ Dreier, Bemerkungen zum rechts/links-Schema (1988) S. 444; Holzer, Rechtsextremismus-Konturen (Wien 1993) S. 21.

¹¹⁹¹ Rensmann, The Noisy Counter-Revolution (2017) S. 127-128; Siehe auch den taz Talk zu Erinnerungskultur, Historikerstreit 2.0. Was wollen wir erinnern? Ein taz-Gespräch mit Lars Rensmann und Ingo Elbe zur deutschen

rechtspopulistischen Erinnerungshabitus, die sich am deutlichsten dort zeigt, wo normative Errungenschaften der Geschichte in Frage gestellt oder bekämpft werden (Menschenrechte, Erinnerung an die Shoah, rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften etc.).

SCHLUSSBEMERKUNG

Alle ausgewählten rechtspopulistischen Parteien verbinden ihre Vorstellungen von legitimer Zugehörigkeit zur nationalen Wir-Gruppe mit „gefühlter Geschichte“ und ersparen sich auf diese Weise die Arbeit an nachhaltigen Zukunftskonzepten, die auf belastbaren Erkenntnissen und überprüfbaren Argumenten basieren. Die prospektiven Aspekte der Aussagen fokussieren hauptsächlich auf nationale Isolation und Fremdenfeindlichkeit. Ökonomisch und ökologisch soll sich nichts ändern. Um davon abzulenken, wird ein gesellschaftlicher Soll-Zustand imaginiert, der zwar rückwärtsgewandt ist, sich aber nicht konsequent an den tatsächlichen historischen Gegebenheiten orientiert. Alle Parteien der vorliegenden Untersuchung wollen neue Realitäten mit einem „historischen Antlitz“ schaffen.

„If there is to be a decent human future on a robust living planet, we are going to have to confront our deepest fears, not only about ourselves but about the profoundly unjust and fundamentally unsustainable societies we have created. The problems we face are the predictable outcome of the social, political, and economic systems on which our societies operate and the underlying ideas that animate those systems.“¹¹⁹²

Wer menschliches Elend verhindern und zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten will, muss dieser Entwicklung entschieden entgegentreten. Die Vergangenheit sollte als Quelle für Antworten auf die brennenden Fragen der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft dienen, mit dem Ziel, die unzähligen Schäden und Leiden, die wir verursachen, zu minimieren und gleichzeitig unseren normativen ethischen Errungenschaften gerecht zu werden. Gegen die affektive Banalisierung der Erinnerungskulturen kann nur eine elaborierte und persistente Debattenkultur antreten. Ein angemessener kultureller Erinnerungshabitus sollte einen mutigen Umgang mit Erinnerungsarbeit pflegen. Fundierte Kenntnisse der Geschichte sollten die Grundlage für die Erziehung einer Gesellschaft von Vernunftbegabten und Konsensfähigen sein. Die Gestaltung einer nachhaltigen und menschenwürdigen Zukunft muss sich an den materiellen Grundlagen und der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer historischen Entwicklungen orientieren. Für ein elaboriertes und aufgeklärtes Erinnerungsmilieu sollte die historisch-kritische Empirie und die Erfahrungsgeschichte der Ausgangspunkt für Vorstellungen sein, wie es in Zukunft weiter gehen kann, ohne die normativen Errungenschaften unserer Demokratie zu verlieren.¹¹⁹³

Erinnerungskultur (25. Jänner 2024). Online: <https://taz.de/!vn5983959/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024;
https://www.youtube.com/watch?v=k_lUPluTMeM, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁹² Robert Jensen, *The End of Patriarchy. Radical Feminism for Men*. Spinifex Press (North Melbourne 2017) S. 9.

¹¹⁹³ Jensen, *The End of Patriarchy* (North Melbourne 2017) S. 31, 37-38, 65, 161-166.

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

PRIMÄRQUELLEN DER ERSTEN GRUPPE (PQ1)

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ)

Die Freiheitliche Partei Österreichs, Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs "FPÖ echt freiheitlich". Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg. FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Links: https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2005.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024;
<https://www.fbi-politikschule.at/weblexikon-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Freiheitliche Partei Österreichs, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst. Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Links: <http://www.parteiprogramm.at/bild/Parteiprogramme/FPOE-Parteiprogramm2011.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; <https://www.fbi-politikschule.at/weblexikon-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ - Die soziale Heimatpartei. Österreicher verdienen FAIRNESS. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017 (8. September 2017). FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Links: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_8_9_low.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Die Alternative für Deutschland (WA2013 Sprecherrat), Programm Alternative für Deutschland. Beschluss vom 06.02.2013. Version: 0.0.7. (Stand: 28.06.2013). Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin. GF Carl-Heinz Schütte.

Link: https://hughbronson.files.wordpress.com/2013/11/alternative_fuer_deutschland1.pdf, zuletzt konsultiert am 28.09.2017 (derzeit gesperrt).¹¹⁹⁴

Die Alternative für Deutschland (Bundesgeschäftsstelle, Gustav Greve), Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014 in Erfurt. Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin.

Link: <https://www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme#c48582>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁹⁴ Diese Seite wurde archiviert unter den folgenden Links:

https://web.archive.org/web/20180503155648/https://hughbronson.files.wordpress.com/2013/11/alternative_fuer_deutschland1.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

https://web.archive.org/web/*/http://hughbronson.de/2013/09/14/programm-der-afd/, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Alternative für Deutschland (Bundesgeschäftsstelle), PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016. Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin.

Link: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die „Republikaner“ (REP)

DIE REPUBLIKANER (REP) Bundesverband, Bundesparteiprogramm. Die Republikaner, sozial - patriotisch – ökologisch. Parteiprogramm 2002 der Republikaner (als Manuskript veröffentlicht). Redaktionell durch Herrn Hoch überarbeiteter Entwurf / 7. Juni 2002 (Berichtigungen von Herrn Goertz am 30.5.eingearbeitet.) Ein Vorschlag für eine Präambel eingebracht. Die Bundesgeschäftsstelle Gerhard Tempel 12. Juni 2002. Die Republikaner/Ortsverband Kostheim, Carsten Propp, Grazerstr.3, 55246 Kostheim.

Link: <http://www.rep-kostheim.de/parteiprogramm.html>, zuletzt konsultiert am 05.01.2024 (derzeit gesperrt).¹¹⁹⁵

DIE REPUBLIKANER (REP), Johann Gärtner, Die Republikaner. 30 Schwerpunkte. Wahlprogramm 2013. Die REPUBLIKANER, Johann Gärtner, Münchner Str. 4, 86438 Kissing (01.06.2013).

Link: <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme-btw2013>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

DIE REPUBLIKANER (REP) Bundesverband, Dr. Rolf Schlierer (Bundesvorsitzender), Bundesparteiprogramm der Republikaner. Sozial, patriotisch, ökologisch. DIE REPUBLIKANER, Bundesgeschäftsstelle Postfach 87 02 10, 13162 Berlin (06.12.2011).

Link: https://www.u18.org/fileadmin/user_upload/Die_Republikaner_parteiprogramm_2011.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei, Wahlplattform 2007- 2011. Mein Zuhause – unsere Schweiz. Schweizerische Volkspartei, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern (10.04.2007). ISBN: 978-3-033-01090-1

Link: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/1681DB5E-F523-446D-A3DC4D7E41297254.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Schweizerische Volkspartei, SVP – die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2011-2015. Schweizerische Volkspartei, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern (14.02.2011).

Link: <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/B10328FF-16F7-4051-9B7B83ACD0219852.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Die Schweizerische Volkspartei, Parteiprogramm 2015 bis 2019. SVP – die Partei für die Schweiz. Schweizer Qualität. SVP. Die Partei des Mittelstandes. . Schweizerische Volkspartei, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern (16.04.2015).

Link: https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_2015-d.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

¹¹⁹⁵ Diese Seite wurde archiviert unter den folgendem Link: <https://web.archive.org/web/20160813151547/http://rep-kostheim.de/parteiprogramm.html>, zuletzt konsultiert am 18.6.2024.

SEKUNDÄRLITERATUR

Heike *Amos*, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. In: Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer 2009, Oldenbourg Verlag (München 2009).

DOI: <https://doi.org/10.1524/9783486706277>

Uwe *Andersen*, Bundesstaat/Föderalismus. In: (Hg.) Uwe *Andersen*, Jörg *Bogumil* (et.al), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage mit 7 Abbildungen und 10 Tabellen. Springer Fachmedien (Wiesbaden 2021).

DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3>

Benedict *Anderson*, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Zweite Auflage 1996. Campus Verlag (Frankfurt/New York 2005).

Anne *Applebaum*, DER EISERNE VORHANG. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956. Aus dem amerikanischen Englisch von Martin Richter. Siedler Verlag (München 2012).

Balazs *Apor*, Jan C. *Behrends*, Polly *Jones* and E. A. *Rees*, The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc. Palgrave Macmillan Ltd (Basingstoke 2004).

Pauli *Aro*, Zwischen politischem Erinnern und ‚Revisionismus‘. Geschichtserzählung im Werk des rechtsextremen sudetendeutschen Schriftstellers Ernst Frank. Masterarbeit, Universität Wien (Wien 2016).

Aleida *Assmann*, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. CH. Beck Verlag (München 1999).

Jan *Assmann*, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen (München 1997).

Jan *Assmann*, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: (Hg.) Jan *Assmann* und Tonio *Hölscher*, Kultur und Gedächtnis (Frankfurt am Main 1988).

Karl *Banghard*, Geahnte Ahnen. In: (Hg) Martin *Langebach* und Michael *Sturm*, Erinnerungsorte der extremen Rechten. Edition Rechtsextremismus (Wiesbaden 2015).

Robert *Battes*, Eherecht. In: (Hg.) H. *Honsell*, Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft. Abteilung Rechtswissenschaft. Springer (Berlin 2018).

Werner T. *Bauer*, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. (Hg.) Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Aktualisierte und überarbeitete Fassung (Wien 2016).

Mathias *Berek*, Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen. In: (Hg.) Stefan Breuer/Eckart Otto/Hubert Treiber, Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Band 2 (Wiesbaden 2009).

(Hg.) Bertelsmann Lexikon Institut, Bertelsmann Lexikon in drei Bänden. Band 3, Wissen Media Verlag (Gütersloh und München 2003).

Dieter *Blumenwitz*, Die Beneš-Dekrete. Eine Bestandsaufnahme im Lichte der tschechischen Beitrittsverhandlungen zur EU. In: (Hg.) Dieter *Blumenwitz*, Gilbert H. *Gornig* und Dietrich *Murswiek*, Die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 22, Duncker & Humblot Verlag (Berlin 2005).

Freimut *Bodendorf*, Daten- und Wissensmanagement. Mit 141 Abbildungen. Springer Verlag (Berlin und Heidelberg 2003).

Edgar *Bonjour*, Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik. Band 1, zweite, überarbeitete Auflage. Helbing und Lichtenhahn Verlag (Basel 1965).

Włodzimierz *Borodziej*, Geschichte POLENS im 20. Jahrhundert. Verlag C.H.Beck (München 2010).

Gerhard *Botz*, „Der Volkstreue“. Politische Ausrichtung und Wirkungsabsicht eines Rechtsradikalen Druckwerks (1982-1992). In: (Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1993 (Wien 1993).

Pierre *Bourdieu*, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer. 24. Auflage 2014. Suhrkamp Verlag (Frankfurt am Main 1982). Titel der Originalausgabe: *La distinction. Critique sociale du jugement*. Les Edition de Minuit (Paris 1979).

Detlef *Brandes*, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. Mit einem Vorwort von Hans Lemberg. 2., überarbeitete Auflage, Oldenbourg Verlag (München 2005).

Ernst *Bruckmüller*, Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Böhlau Verlag (Wien 2019).

Hannelore *Burger*, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. In: (Hg.) Christian *Brünner* et al., Studien zu Politik und Verwaltung, Band 108. Böhlau Verlag (Wien, Köln, Graz 2014).

Eckart *Conze*, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle (April 1995) S. 297-340. In: (Hg.) Karl Dietrich *Bracher*, Hans-Peter *Schwarz* und Horst *Möller*, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 43/Heft 2 (April 1995).

Die FPÖ-Historikerkommission, Zusammenfassung des Rohberichtes. Zusammenfassung von Parlamentsrat Mag. Norbert *Nemeth* und Mag. Thomas R. *Grischany* (Juli 2019).

(Hg) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993).

(Hg) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 2006. Schwerpunkt Erinnerungskultur. Redaktion: Christine Schindler, LIT Verlag (Wien 2006).

Ralf *Dreier*, Bemerkungen zum rechts/links-Schema. In: Kritische Justiz, 1988, Vol.21(4).

Arne *Duncker*, Gleichheit und Ungleichheit in der Ehe: persönliche Stellung von Frau und Mann im Recht der ehelichen Lebensgemeinschaft 1700-1914 (Köln/Wien 2003).

Roger *Eatwell* and Matthew *Goodwin*, National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy. A Pelican Book, Penguin Random House UK, second ed. (London 2018).

(Hg.) Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten. Broschüre: Die Neutralität der Schweiz. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Ignazio Cassis (Bern am 03.03.2022).

(Hg.) Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Das Wichtigste zur Schweizer Neutralität, 22.01.2018.

(Hg.) Wolfgang *Eismann*, Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002).

Elena *Esposito*, Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft. Aus dem Italienischen von Alessandra Corti. Mit einem Nachwort von Jan Assmann. Suhrkamp Verlag, (Frankfurt am Main 2002).

(Hg.) Maik *Fielitz* und Laura Lotte *Laloire*, Trouble on the far right. Contemporary right-wing strategies and practices in Europe. In: Political Science, Vol. 39. Transcript (Bielefeld 2016).

Thomas *Frank*, The People, No. A Brief History of Anti-Populism. First Edition 2020, Metropolitan Books (New York 2020).

(Hg.) Claudia *Globisch*, Agnieszka *Pufelska* und Volker *Weiß*, Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. VS Verlag (Wiesbaden 2011).

Hermann *Graml*, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa. Ein Blick auf historische Zusammenhänge. In: (Hg.) Dierk *Hoffmann* und Michael *Schwartz*, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. Oldenbourg Wissenschaftsverlag (München 2009).

(Hg.) Christian *Gudehus*, Ariane *Eichenberg* und Harald *Welzer*, Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch (Stuttgart/Weimar 2010).

Clemens *Gussone*, Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951-1989). Vandenhoeck und Ruprecht Verlage (Göttingen 2020).

DOI: 10.13109/9783666360930.365

Maurice *Halbwachs*, Das kollektive Gedächtnis. Titel der Originalausgabe: „La Mémoire Collective“. Presses Universitaires de France, Paris 1950. Ferdinand Enke Verlag (Stuttgart 1967).

(Hg.) Alexander *Häusler*, Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Springer VS (Wiesbaden 2016).

Martin *Hobek*, HC Strache. Vom Rebell zum Staatsmann. Leopold Stocker Verlag (Graz 2018).

Eric J. *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Dritte Auflage, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2005. Titel der Originalausgabe: Nations and Nationalism since 1780. Programme, myth, reality. Cambridge University Press (Cambridge, New York, Melbourne 1990).

Lorenz *Hölscher*, Microsoft Access 2013 – Das Handbuch. O'Reilly Verlag (Köln 2013).

Willibald I. *Holzer*, Rechtsextremismus-Konturen. Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: (Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2. Auflage (Wien 1993).

Gerhard *Hopp*, Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien (Wiesbaden 2010).

Nina *Horacek* und Claudia *Reiterer*, HC Strache. Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde. Ueberreuter Verlag (Wien 2009).

(Hg.) Maryanne Cline *Horowitz*, A New Dictionary of the History of Ideas. Volume 3, Thompson Gale (Detroit 2005).

Ulrich *Im Hof*, Vom Bundesbrief zur Bundesverfassung. (Hg.) Stiftung Schweizerhilfe, Buchreihe der Stiftung Schweizer-Hilfe. Fünfte Veröffentlichung, NZN-Verlag (Zürich 1948).

Richard *Jenkins*, Social Identity. Fourth Edition Routledge Taylor & Francis Group (London and New York 2014).

Robert *Jensen*, The End of Patriarchy. Radical Feminism for Men. Spinifex Press (North Melbourne 2017).

Helene *Klaar*, Scheidungs-Ratgeber für Frauen. Verschuldensfragen, Unterhaltsanspruch, Obsorge, Besuchsrecht, Vermögensteilung, Kosten. Zweite überarbeitete Auflage, Linde popular Verlag (Wien 2010).

Andrew *Knapp*, Charles de Gaulle. Routledge Taylor & Francis Group, first edition (New York 2021).

Sabine *Knierbein* and Angelika *Gabauer*, Worlded resistance as “alter” politics. Train of Hope and the Protest Against the Akademikerball in Vienna. In: (Hg.) Jeffrey *Hou* and Sabine *Knierbein*, City Unsilenced. Urban Resistance and Public Space in the Age of Shrinking Democracy. Routledge (New York 2017).

Gerhard *Koch*, Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich. Dissertationsschrift, Universität Wien (Wien 2014).

Siegrid *Krülle*, Vertreibung und Enteignung der Deutschen durch Polen. Zur aktuellen Rechtslage unter Berücksichtigung des Beitritts Polens zur Europäischen Union. In: (Hg.) Dieter *Blumenwitz*, Gilbert H. *Gornig* und Dietrich *Murswiek*, Die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 22 (Berlin 2005).

Theresa *Kuttner*, Zur Anwendbarkeit des Analytic Hierarchy Process bei Innovations- und Technologie-Projektauswahlverfahren in österreichischen Förderungsinstituten am Beispiel von ZIT – Der Technologieagentur der Stadt Wien. Magisterarbeit (Wien 2011).

Chloé *Lachauer*, Die dunkle Seite Europas. Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? Netzworkebildung der Rechten in der Europäischen Union. Tectum Verlag (Marburg 2005).

Achim *Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse. In: (Hg.) A. *Gestrich*, I. *Marfolek* et al., Historische Einführungen, Band 8, edition diskord, Tübingen 2001 (4. Auflage 2004).

Martin *Langebach* und Andreas *Speit*, Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten. Orell Füssli Verlag (Zürich 2013).

Claus *Leggewie*, Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co. Suhrkamp (Berlin 2016).

(Hg.) Leibniz Universität IT Services (ehem. RRZN), DB-Entwickler: Access 2016. Fortgeschrittene Techniken für Datenbank-Entwickler. Leibniz Universität Hannover und Herdt-Verlag (Hannover 2016).

Olaf *Leiß*, Rechte Parteien im Europäischen Parlament und der Beitritt Südosteuropas – eine Gefahr für die europäische Demokratie? In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 02 (Regensburg 2012).

Per *Leo*, Maximilian *Steinbeis* und Daniel-Pascal *Zorn*, mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Klett-Cotta Verlag (Stuttgart 2017).

Claude *Levi-Strauss*, Introduction to the Work of Marcel Mauss (London 1987).

Markus *Lusti*, Data Warehousing und Data Mining. Eine Einführung in entscheidungsunterstützende Systeme. 2., überarbeitete Auflage, Springer Verlag 1999 (Berlin und Heidelberg 2002).

Izabella *Main*, President of Poland or ‘Stalin’s Most Faithful Pupil’? The Cult of Bolesław Bierut in Stalinist Poland. In: (Hg.) Balázs Apor et.al., The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc. Palgrave Macmillan (Basingstoke 2004).

Oliver *Meixner* und Rainer *Haas*, Wissensmanagement und Entscheidungstheorie. Theorien, Methoden, Anwendungen und Fallbeispiele. 2., überarbeitete Auflage, Facultas Verlag (Wien 2010/2012).

Elizabeth *Merrill*, Introduction: Embracing Specificity, Embracing Place. In (Hg.) Elizabeth *Merrill*, Creating Place in Early Modern European Architecture. Amsterdam University Press (Amsterdam 2021).

DOI: 10.1017/9789048550814.001

Günter *Mey* und Katja *Mruck*, Grounded-Theory-Methodologie. In: (Hg.) Günter *Mey* und Katja *Mruck*, Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren. 2., erweiterte und überarbeitete Auflage, Springer Verlag (Wiesbaden 2020).

(Hg.) Georges *Mink* and Laure *Neumayer*, History, Memory and Politics in Central and Eastern Europe. Memory Games (New York 2013).

Chantal *Mouffe*, On The Political. In: (Hg.) Simon *Critchley* and Richard *Kearney*, Thinking in Action (London/New York 2005).

Cas *Mudde*, The ideology of the extreme right. Manchester University Press (Manchester and New York 2000)

Jan-Werner *Müller*, Was ist Populismus? Ein Essay (Berlin 2016).

André *Osterhoff*, Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europaparlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten (Münster 1997).

Christoph *Pan* und Sibylle *Pfeil*, Die Beneš-Dekrete und ihre gegenwärtigen Rechtswirkungen auf die deutsche Minderheit in Tschechien (Berlin 2005).

Thomas *Piketty*, Kapital und Ideologie. C.H.Beck Verlag (München 2020).

Marc *Pölzl*, Die Wertedebatte in der Integrationspolitik im Kontext von Flucht und Asyl zwischen 2015 und 2021 – ein Vergleich zwischen Österreich, Deutschland und Schweden. Masterarbeit Universität Wien (Wien 2022).

Hans *Roos*, Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Vierte, überarbeitete und erweiterte Auflage. Fortgeführt von Manfred Alexander. Kohlhammer Verlag (Stuttgart 1986).

(Hg.) Laura *Rorato* and Anna *Saunders*, The Essence and the Margin. National Identities and Collective Memories in Contemporary European Culture. In: (Hg.) Hugo *Dyserinck* and Joep *Leerssen*, *Studia Imagologica*. Amsterdam Studies on Cultural Identity, No. 15 (Amsterdam/New York 2009).

Thomas L. *Saaty*, Theory and applications of the analytic network process: decision making with benefits, opportunities, costs, and risks. RWS Publications (Pittsburgh 2009).

Armin *Schäfer* und Michael *Zürn*, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus (Berlin 2021).

Heribert *Schiedel*, Extreme Rechte in Europa. Edition Steinbauer (Wien 2011).

Heribert *Schiedel*, Der Rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Edition Steinbauer (Wien 2007).

Klaus *Schönhoven*, Europa als Erinnerungsgemeinschaft. Abschiedsvorlesung an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim am 13. September 2007. In: (Hg.) Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 75 (Mannheim 2007).

Franziska *Schreiber*, Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin. Unter Mitarbeit von Peter Köpf. 4. Auflage 2018, Europaverlag (München 2018).

Karolin *Schwarz*, Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Herder Verlag (Freiburg im Breisgau 2020).

Kerstin *Siebenhofer*, Die politischen Fraktionen im Europäischen Parlament. Eine rechtshistorische Darstellung. Diplomarbeit, Karl-Franzens-Universität (Graz 2015).

Damir *Skenderovic*, The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945-2000. Berghahn Books (New York, Oxford 2009). DOI: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1515/9781845459482>

Anthony D. *Smith*, Nationalism and Modernism. A critical survey of recent theories of nations and nationalism. Routledge Verlag (London and New York 1998).

Dietrich *Storbeck*, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland. (Hg.) Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Band 4, Duncker & Humblot (Berlin 1964).

Gerald *Stourzh* und Wolfgang *Mueller*, Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955. Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs. 6., gründlich überarbeitete und erweiterte Neuauflage. In: (Hg.) Ernst *Bruckmüller*, Klaus *Poier* et al, Studien zu Politik und Verwaltung. Band 62, Böhlau Verlag (Wien/Weimar 2020).

Gerald *Stourzh*, Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität. Studienausgabe, 3., überarbeitete Auflage (Graz, Wien, Köln 1985).

Hanna *Stumpfl*, Die Sprache der österreichischen Parteiprogramme. Diplomarbeit an der Universität Wien (Wien 2014).

Arnold *Suppan*, Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa. Band 1-3. In: (Hg.) Michael *Gehler* und Wolfgang *Müller*, Internationale Geschichte. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien 2014).

Tom *Thieme*, Extremismus in den deutschen Bundesländern. In: (Hg.) Uwe *Backes*, Alexander *Gallus*, Eckhard *Jesse* und Tom *Thieme*, Extremismus und Demokratie (E & D). 34. Jahrgang 2022, Nomos Verlag (Baden-Baden 2022).

(Hg.) Maria N. *Todorova*, Balkan Identities: nation and memory. Hurst Verlag (London 2004).

(Hg.) Joan *Tumblety*, Memory and history. Understanding memory as source and subject. In: Routledge guides to using historical sources (London/New York 2013).

Stephan *Verosta*, Die dauernde Neutralität. Ein Grundriß. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung (Wien 1967).

(Hg.) Vojn Saša *Vukadinović*, Rundgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität. Transcript Verlag (Bielefeld 2022). DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839459966>

Klaus *Wahl*, Die Radikale Rechte. Biopsychosoziale Wurzeln und Internationale Variationen. Springer VS (2023). DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-031-23577-1>

(Hg.) Harald *Welzer*, Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung. Hamburger Edition (Hamburg 2001).

Hayden *White*, Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: (Hg.) Christoph *Conrad* und Martina *Kessel*, Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Reclam Verlag (Stuttgart 1994).

Philip *Wilkinson*, 50 Schlüsselideen Architektur. Spektrum Akademischer Verlag (Heidelberg 2013).

Hans Georg *Wirz*, Zürichs Bündnispolitik im Rahmen der Zeitgeschichte 1291-1353. Beilage: Der Zürcher Entwurf zum Berner Bundesbrief von 1353. In: (Hg.) Kantonale Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 36, Heft 3 (119. Neujahrsblatt). Leemann AG (Zürich 1955).

Michael *Wladika*, Georg Ritter von Schönerers Radikalisierung zum Rassenantisemiten vom Linzer Programm 1882 bis zur Gründung des „Verbandes der Deutschnationalen“ 1885. In: (Hg.) Armin *Lange*, Kerstin

Mayerhofer et al, *Comprehending Antisemitism through the Ages: A Historical Perspective*. Volume 3, De Gruyter Verlag (Berlin und Boston 2021).

(Hg.) Ruth *Wodak* and Christoph *Ludwig*, *Challenges in a changing world. Issues in critical discourse analysis* (Wien 1999).

Ruth *Wodak*, *Language and Politics*. In: (Hg.) Jonathan *Culpeper* et al., *English language. Description, Variation and Context* (Basingstoke u.a. 2009).

Ruth *Wodak*, *Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik*. In: (Hg.) Andrei *Markovits* und Sieglinde *Rosenberger*, *Demokratie. Modus und Telos* (Wien, Köln, Weimar 2001).

JOURNALS

Dimitri *Almeida*, TOWARDS A POST-RADICAL FRONT NATIONAL? PATTERNS OF IDEOLOGICAL CHANGE AND DE'DIABOLISATION ON THE FRENCH RADICAL RIGHT. In: Nottingham French Studies 52.2 (2013) S. 167-176. DOI: 10.3366/nfs.2013.0049

Alois *Andermatt*, Huldrych Zwingli (1484-1531). In: Neujahrsblatt Historischer Verein des Kantons St. Gallen. Band 158 (St. Gallen 2018). S. 8-23. DOI: <http://doi.org/10.5169/seals-946273>

Sylke *Bartmann*, Detlef *Garz* et al, Rückwanderer und Weiterwanderer: ein Aspekt der südkoreanischen Arbeitsmigration nach Deutschland. In: Zeitschrift für Qualitative Forschung, Jahrgang 13, Heft 1/2 (2012), S. 111-124.

Werner T. *Bauer*, Rechtspopulismus in Europa – unter besonderer Berücksichtigung von Ost- und Südosteuropa. In: Südosteuropa Mitteilungen 2012, Heft 04, S. 58-69.

Anna *Berg*, Electoral Strategy or Historical Legacy? The CDU's Reactions to Far-Right Parties in the Federal Republic of Germany, 1964-1990. In: Social Science History (2022) S. 531-554.

Ernst *Blume*, Der Begriff "Mitteldeutschland". In: Geographische Zeitschrift. 1929; Band 35, Ausgabe 4 (Wiesbaden 1929). S. 193-196.

Edgar *Bonjour*, Die Rückkehr der Schweiz zur absoluten Neutralität 1938. In: Historische Zeitschrift (1966). S. 24-57.

Cornelia *Brantner* and Joan Ramon *Rodriguez-Amat*, New "Danger Zone" in Europe: Representations of Place in Social Media-Supported Protests. In: International Journal of Communication, Vol. 10/2016. S. 299-320.

Erhard *Busek*, Mitteleuropa in einer zukünftigen Europäischen Konföderation. In: Der Donauraum, 33/1 (1993) S. 8-12. DOI: <https://doi.org/10.7767/dnrm.1993.33.1.8>

Jean-Yves *Camus*, Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei? In: (Hg.) Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse (Berlin 2014) S. 1-11.

Eckhard *Fascher*, Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Februar 1997, Vol. 28, No. 1 (Februar 1997) S. 21-29.

Andreas *Funke*, Review: Alain *de Benoist*, Carl Schmitt. Bibliographie seiner Schriften und Korrespondenzen; Ernst *Hüsmert*, Carl Schmitt. Tagebücher Oktober 1912 bis Februar 1915; Montserrat *Herrero*, Carl Schmitt und Álvaro d'Ors. Briefwechsel; Norbert *Campagna*, Carl Schmitt. Eine Einführung und Reinhard Mehring, Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar. In: (ARSP) Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Vol. 93(2), 299-301.

Lars *Geiges*, Wie die AfD im Kontext der „Flüchtlingskrise“ mobilisierte. Eine empirisch-qualitative Untersuchung der „Herbstoffensive 2015“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (Z Politikwiss) 28/2018, S. 49-69. DOI: <https://doi.org/10.1007/s41358-018-0126-3>.

Ranulph *Glanville*, Obituary: Heinz von Foerster. In: Systems Research and Behavioral Science (Syst. Res.), 20/1, January/February 2003, ABI/INFORM Collection, S. 85-89. DOI: 10.1002/sres.527

Urs *Hafner*, Geschichte ohne Zeit: die Schlacht von Marignano und der Streit um die Vergangenheit. In: NIKE-Bulletin, Band 30, Heft 4/2015, S. 23-25. DOI: <http://doi.org/10.5169/seals-726885>;

Kurt *Imhof*, Sonderfall Schweiz. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Band 32, Heft 2, Zürich 2006. S. 197-224. DOI: <http://doi.org/10.5169/seals-814429>

Eckhard *Jesse*, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik, NEUE FOLGE, Vol. 50, No. 1 (März 2003) S. 17-36.

Herbert *Kalb*, Das Eherecht in der Republik Österreich 1918-1978. In: Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs (BRGÖ 2012), Band 1/2012. Zeitschrift der Kommission für Rechtsgeschichte Österreichs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien 2012). S. 27-43. DOI: <https://doi.org/10.1553/BRGÖE2012-1s27>

Osman Sabri *Kiratli*, Political discourses on Europe and European integration in national election manifestos and party programmes. In: Cambridge Review of International Affairs (July 2015). S. 1-24.
DOI: 10.1080/09557571.2015.1058670

Eszter *Kováts*, Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism. In: Gender, Heft 1/2021, S. 76-90. DOI: <https://doi.org/10.3224/gender.v13i1.06>

Georg *Kries*, Die Kappeler Milchsuppe: Kernstück der schweizerischen Versöhnungsikonographie. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Band 44, Heft 3, Zürich 1994. S. 288-310.
DOI: <http://doi.org/10.5169/seals-86238>

Dieter *Kugelman*, Rezension: Niels von Redecker, Die polnischen Vertreibungsdekrete und die offenen Vermögensfragen zwischen Deutschland und Polen, 2. Auflage, Lang (Frankfurt am Main 2004). In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung, 2007, Vol. 124 (1), S. 818-819.

Harald *Laeuen*, Portrait: Bolesław Bierut – Lehnsmann des Kreml. In: Osteuropa 03/1954. S. 191.

Kurt Richard *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ). Keele European Parties Research Unit (KEPRU), Working Paper 22, published by School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE), Keel University (Staffordshire 2005). S. 1-29.

Ingeborg *Maus*, Sinn und Bedeutung von Volkssouveränität in der modernen Gesellschaft. In: Kritische Justiz, Jahrgang 24 (1991), Heft 2. S.137-150.

Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Einzelfälle und Serientäter. Aktualisierte zweite Auflage (Juni 2018) S. 1-28.

Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Viele Einzelfälle = ein Muster. Aktualisierte dritte Ausgabe (August 2019) S. 1-44.

Chantal *Mouffe*, Democratic Politics and Conflict: An Agonistic Approach. In: Política Común No. 9/2016 (20210301). DOI: <https://doi.org/10.3998/pc.12322227.0009.011>

Chantal *Mouffe*, Only populism can save the left. In: Times Higher Education, Issue THE 2402 (London 2019). <https://www.proquest.com/docview/2443924704?accountid=14682&parentSessionId=aB5%2BIuj%2BFaRO7aL>

kzpfO1adNND1L%2BI%2BUJ5IZYhSNX4Q%3D&sourcetype=Trade%20Journals, zuletzt konsultiert am 3.5.2024.

Detlef *Murphy* et al., „Haben „links“ Und „rechts“ Noch Zukunft? Zur Aktuellen Diskussion Über Die Politischen Richtungsbegriffe.“ In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 22, No. 4 (1981) S. 398-414.

Filip *Musiał*, Stalinism in Poland. In: The Person and the Challenges, Vol. 9/2 2019, S. 19.
DOI: <http://dx.doi.org/10.15633/pch.3446>

Andreas *Musolff*, From Teamchef Arminius to Hermann Junior: glocalised discourses about a national foundation myth. In: Language and Intercultural Communication, Vol. 12, No. 1, Routledge Taylor & Francis Group (2012) S. 24-36. DOI: <https://doi.org/10.1080/14708477.2011.626862>

Anton *Pelinka*, Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: Conflict & Communication, Vol. 1, No. 1, Berlin Regener Publishing House (Berlin 2002) S. 1-12.

Karin *Priester*, Definitionen und Typologien des Populismus. Soziale Welt, 62(2), Nomos Verlagsgesellschaft (2011) S. 185-198. DOI: 10.5771/0038-6073-2011-2-185

Karin *Priester*, Linkspopulismus – die andere Seite der populistischen Medaille. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen, 30 (2), De Gruyter (Stuttgart 2017) S. 50-59. DOI: 10.1515/fjsb-2017-0025

Lars *Rensmann*, Demokratie in der Krise: Autoritärer Populismus und demokratische Regression im globalen Kontext. Journal für politische Bildung, Jahrgang 13, Ausgabe 3 (August 2023) S. 18-23.
DOI: 10.46499/2234.2773

Lars *Rensmann*, The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age. In: Politics and Governance, Volume 5, Issue 4 (2017) S. 123-135.
DOI: 10.17645/pag.v5i4.1123

Hannelore *Roth*, Das Berliner Schloss: mythologisches Relikt in einer mythenarmen Zeit. In: Arcadia, Vol. 54/2. De Gruyter 2019, S. 257-278. DOI: <https://doi.org/10.1515/arcadia-2019-0021>

Horst W. *Schmollinger*, „Die Wahl Zum Abgeordnetenhaus von Berlin Am 29. Januar 1989. Ein Überraschender Wandel Im Parteiensystem.“ In: Zeitschrift Für Parlamentsfragen, Vol. 20, No. 3 (1989) S. 309-322.
<http://www.jstor.org/stable/24224153>.

S. *Speerforck* und G. *Schomerus*, Soziale Milieus: Ein relevantes Konzept für ein besseres Verständnis von Stigma und psychiatrischer Unterversorgung? In: Nervenarzt, 91/9, (2020) S. 785-791.

Johannes *Stückelberger*, Charles Girons „Wiege der Eidgenossenschaft“ im Bundeshaus in Bern: ein Landschaftsbild zwischen Patriotismus, Tourismus und Panorama. In: Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte, Band 42 (1985), Heft 4 (Zürich 1985). S. 225-230.

William *Walters*, Nicholas De Genova et al., Deportation. In: (Hg.) Nicholas *De Genova* and Martina *Tazzioli*, Minor Keywords of political theory: Migration as a critical standpoint. A collaborative project of collective

writing. *Environment and Planning C: Politics and Space*, Vol. 40, Issue 4 (2021) S. 853-860.

DOI: 10.1177/2399654420988563

Nancy M. *Wingfield*, The Germans' Sonnenwendfeier. In: *Centre. Journal for Interdisciplinary Studies of Central Europe in the 19th and 20th Centuries*, Issue2/2015, S. 9-31.

Ruth *Wodak*, Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: *Politische Vierteljahrsschrift (PVS)* 56 (April 2018) S. 323-335. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0079-7>.

Dieter *Wuttke*, Buchrezension: Bernd Roeck, *Der junge Aby Warburg*. München, Beck Verlag 1997. In: *Historische Zeitschrift* 267, Buchbesprechungen, S. 138-139.

Rainer *Zitelmann*, DIE REPUBLIKANER – »NAZIS« – »RECHTSEXTREMISTEN« – »POPULISTEN«? Neuerscheinungen zu einem aktuellen Thema. In: *Zeitschrift für Politik*, 36(4) (1989) 410-421.

HÖRBUCH

Heinz von Foerster. In: *Systems Research and Behavioral Science (Syst. Res.)*, 20/1, January/February 2003, ABI/INFORM Collection, S. 85-89; Heinz von Förster, 2x2=grün. Originaltonaufnahmen von 1989-1998 in ungekürzter Lesung (103 Min.). Sprecher: Heinz von Foerster. Redaktion: Klaus Sander, Supposé Verlag (Erscheinungsjahr 1999). ISBN-13: 9783863851057 oder ISBN-10 3932513088.

ONLINEQUELLEN

Alternative für Deutschland, Pressemitteilung. Vollständige Rede Dr. Alexander Gaulands vom 02. Juni 2018. Online: <https://afdbundestag.de/vollstaendige-rede-dr-alexander-gaulands-vom-02-juni-2018/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Alternative für Deutschland. Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW), Die ENF-Fraktion im Europäischen Parlament lädt zum Kongress in Koblenz ein. Online: <https://afd.nrw/aktuelles/2017/01/die-enf-fraktion-im-europaeischen-parlament-laedt-zum-kongress-in-koblenz-ein/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

(Hg.) Amadeu Antonio Stiftung, Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien (Berlin 2014). <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische-siedler-internet.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), 8. Mai - Tag der Befreiung. OTS0021 vom 8. Mai 2012, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120508_OTS0021/8-mai-tag-der-befreiung, zuletzt konsultiert am 03.05.2024

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), "Der Nationalrat verurteilt mit aller Entschiedenheit die Äußerungen von Volksanwalt Ewald Stadler" Utl: Dringlicher Antrag der Grünen zur Causa Stadler im Wortlaut. OTS0059 vom 9.7.2002, online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020709_OTS0059/der-nationalrat-verurteilt-mit-aller-entschiedenheit-die-aeusserungen-von-volksanwalt-ewald-stadler-utl-dringlicher-antrag-der-gruenen-zur-causa-stadler-im-wortlaut, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), FPÖ: Missverständnis bei Foto-Interpretation OTS0267, 26.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070126_OTS0267/fpoe-missverstaendnis-bei-foto-interpretation, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), Kickl, Vilimsky: Und wieder neue Räuberpistolen im Revolverblatt „Österreich“. OTS0243, 26.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070126_OTS0243/kickl-vilimsky-und-wieder-neue-raeuberpistolen-im-revolverblatt-oesterreich, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), Strache distanziert sich in Grundsatzklärung von allen verbrecherischen und totalitären Ideologien. OTS0126, 29.1.2007. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070129_OTS0126/strache-distanziert-sich-in-grundsatzklaerung-von-allen-verbrecherischen-und-totalitaeren-ideologien, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Austria Presse Agentur (APA) und Originaltext-Service GmbH (OTS), FPÖ – Vilimsky: EU-Remigrationspakt statt EU-Migrationspakt! OTS0107, 14.2.2024. Online: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240214_OTS0107/fpoe-vilimsky-eu-remigrationspakt-statt-eu-migrationspakt, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Christoph Bopp, Nationalfeiertag. Nicht 1291 und nicht beim Rütlichschwur – wann die Schweiz wirklich gegründet wurde. Ein Bündnis von Städten mit Talschaften – das war erst um 1500 einzigartig und kann als „Gründung“ der Schweiz dienen. Warum Tell und der Rütlichschwur für die Geschichtsschreibung trotzdem wichtig sind. In: Aargauer Zeitung, Version vom 29.07.2018, konsultiert am 04.10.2022. Online: <https://www.aargauerzeitung.ch/leben/nicht-1291-und-nicht-beim-rutlichschwur-wann-die-schweiz-wirklich-gegrundet-wurde-ld.1520013>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Daniel Bischof, Kurt Richard Luther: „Österreicher beklagen sich auf hohem Niveau“. Die Presse (4.2.2023). Online: <https://archive.is/e45s9>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Kompakt erklärt, DVU, unter: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/dvu>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Beat Bumbacher, SVP zieht mit Trojanischem Pferd in Kampf gegen Schengen. Neue Zürcher Zeitung vom 20.05.2002, online: <https://www.nzz.ch/newzzE8YFFLNU-12-ld.345184?reduced=true>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Der Standard/Redaktion/ksh/apa, DEUTSCHLAND: AfD bei rechtem Geheimtreffen zu Plan für Vertreibung von Millionen Menschen. Der Standard (10.1.2024). Online: <https://www.derstandard.at/story/3000000202490/afd-bei-rechtem-geheimtreffen-zu-einem-plan-zur-abschiebung-von-millionen-menschen>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Burschenschaftliche "Trauerfeier" am Tag der Befreiung. Neues von ganz rechts - Mai 2002. Online: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/mai-2002/burschenschaftliche-trauerfeier-am-tag-der-befreiung>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Erkennen/Rechtsextremismus/Rechtsextreme Organisationen/Kritische Demokraten/fakten/Publikationen: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/kritische-demokraten-fakten/publikationen>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Unter: <http://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus#willibald%20i.%20holzer>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Unter: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/februar-2020/neue-neonazistische-umtriebe-am-ulrichsberg>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

FPÖ-TV, Freiheitliche Jugend hat kein Problem mit REMIGRATION! Hochgeladen am 2.2.2024. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=BN5xBLhI6BQ>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Schweizer stimmen Abschaffung der Grenzkontrollen zu. FAZ.NET/dpa vom 05.06.2002, online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/volksabstimmung-schweizer-stimmen-abschaffung-der-grenzkontrollen-zu-1228890.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Freiheitlicher Parlamentsklub, FPÖ – Vilimsky: EU-Remigrationspakt statt EU-Migrationspakt! (14.2.2024) Online: <https://www.fpoe-parlamentsklub.at/artikel/fpoe-vilimsky-eu-remigrationspakt-statt-eu-migrationspakt/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Carl Friedrichs, Zeit Online/Redaktion/dpa, Rechtsextremismus: Treffen rechtsextremer Kreise in Potsdam alarmiert Parteien. Die Zeit (11.1.2024). Online: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/potsdam-treffen-rechtsextreme-afd-parteien-reaktionen>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Christian Fuchs, Rechtsextremismus: Das ist die Gastgeberin des Geheimtreffens der Rechtsextremen. Die Zeit (11.1.2024). Online: <https://archive.ph/2024.01.11-152906/https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-12/rechtsextremismus-schloss-rittergut-oberreinsberg-sachsen-grundstueckskauf/komplettansicht>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

„Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ Online: <https://kulturstiftung.org/biographien/blumenwitz-dieter-2>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Kurier/Redaktion/jk/tsc, Der Wiener Akademikerball: Warum? Wieso? Wozu? Kurier (3.2.2017). Online: <https://kurier.at/chronik/wien/was-ist-der-wiener-akademikerball-warum-die-aufregung-warum-demonstrationen-was-sagt-alexander-van-der-bellen-dazu/244.585.847>, konsultiert am 03.05.2024.

Kurier/Redaktion, AUSLAND: Recherche: Deutsche Rechtsextreme planen Massenvertreibungen. Kurier (10.1.2024). Online: <https://kurier.at/politik/ausland/recherche-correctiv-deutschland-rechtsextreme-massenvertreibungen-martin-sellner/402736441>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Landesverband Lippe, Das Hermannsdenkmal, online: <https://www.hermannsdenkmal.de>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Lolita Lax, Jean Peters und Kay Voges, Geheimplan gegen Deutschland. Entstanden als Koproduktion von CORRECTIV mit dem Volkstheater Wien und dem Berliner Ensemble (Januar 2024) <https://correctiv.org/wp-content/uploads/2024/01/Geheimplan-gegen-Deutschland-Das-Stu%CC%88ck.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024

Jule und Sascha Lobo, Feel the News vom 18. Januar 2024. Online: <https://feel-the-news.podigee.io/102-remigration-die-nazis-von-nebenan>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Nach CORRECTIV-Recherche: Französische Rechtspopulistin Le Pen distanziert sich von AfD (25.01.2024) unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/marine-le-pen-distanzierung-afd-remigration-massenvertreibung-correctiv-100.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

MDR, Nach CORRECTIV-Recherche(25.01.2024) unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/marine-le-pen-distanzierung-afd-remigration-massenvertreibung-correctiv-100.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Peter Mayr, Ein Rechtsextremer spielt die „Mutterrolle“. Die Politikkarriere von Barbara Rosenkranz macht auch ihren Ehemann Horst Jakob bei den Blauen salonfähig. Der Standard, Printausgabe vom 05.03.2010. Online: <https://www.derstandard.at/story/1267132353720/horst-jakob-rosenkranz-ein-rechtsextremer-spielt-die-mutterrolle>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Oliver Pauchard, Der Bundesbrief von 1291 unter der Lupe. Swissinfo.ch, Version vom 01. 08. 2009. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/der-bundesbrief-von-1291-unter-der-lupe/7533912>, konsultiert am 03.10.2022.

Hans Rauscher, Die Lehnitzsee-Konferenz. Der Standard (10.1.2024). Online: <https://www.derstandard.at/story/3000000202605/die-lehnitzsee-konferenz> , zuletzt konsultiert am 03.05.2024

Christoph Reichmuth, Nähert sich die Schweiz heute der EU? Welt am Sonntag vom 06.06.2002, online: <https://www.welt.de/print-wams/article128788/Nachert-sich-die-Schweiz-heute-der-EU.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024 12.10.2022.

Eva Reisinger, Akademikerball: Das müsst ihr über Österreichs rechteste Veranstaltung wissen. Die Zeit (21.1.2019). Online: https://www.zeit.de/zett/politik/2019-01/das-muesst-ihr-ueber-oesterreichs-rechteste-veranstaltung-wissen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, konsultiert am 03.05.2024.

Reuters/Redaktion/Helmut Fricke, Kongress in Koblenz: AfD-Chefin Petry sieht Freiheit der Europäer bedroht/21.01.2017. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/kongress-in-koblenz-afd-chefin-petry-sieht-freiheit-der-europaeer-bedroht-14717389.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024 21.8.2023

Reuters (rtr), Le Pen will mit AfD reden –Distanz zu Remigration-Politik. Handelsblatt.com (26.01.2024) unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/politik-le-pen-will-mit-afd-reden-distanz-zu-remigration-politik/100010493.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Schweizerische Volkspartei (SVP), Jahresbericht 2005. S. 10-11; SVP Schweizer Qualität, Medienmitteilung, Trojanisches Pferd auf Schweizer Tournee (25.5.2005). Online: <https://www.svp.ch/aktuell/publikationen/medienmitteilungen/trojanisches-pferd-auf-schweizer-tournee/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Bernhard Stettler, „Bundesbriefe“. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 07.05.2010. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009600/2010-05-07/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

taz Talk zu Erinnerungskultur, Historikerstreit 2.0. Was wollen wir erinnern? Ein taz-Gespräch mit Lars Rensmann und Ingo Elbe zur deutschen Erinnerungskultur. 25. Jänner 2024, online unter: <https://taz.de/!vn5983959/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024;
https://www.youtube.com/watch?v=k_IUPluTMeM, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Andrea Tognina, Zwischen Fakten und Mythen: Von Morgarten bis zum Wiener Kongress. Swissinfo.ch vom 17. März 2015. Online: https://www.swissinfo.ch/ger/historisches-jubilaumsjahr-2015_zwischen-fakten-und-mythen--von-morgarten-bis-zum-wiener-kongress/41322544, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Anna Tüne, Rechts, giftig und eloquent. Frankreich: Éric Zemmour kokettiert als Ultrarechter mit einer Kandidatur bei der Präsidentenwahl 2022. Wer ist der Mann? Der Freitag Ausgabe 46 (21.11.2021). Online: <https://archive.is/XgIjZ#selection-1859.1-1859.110>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Verlag Antaios, Autoren, Martin Sellner. Online: <https://antaios.de/autoren/martin-sellner/> , zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Michaela Wiegel, Diskussion über „Remigration“. Le Pen droht der AfD. Frankfurter Allgemeine Zeitung (25.1.2024). Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/le-pen-droht-der-afd-diskussion-ueber-remigration-19473935.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Nationale Institutionen und Behörden in Deutschland

Bundesamt für Verfassungsschutz, Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Bundesamt für Verfassungsschutz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, (Köln 2005) S. 15-16. Auflage vom September 2022 (B-0001). Online: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2006. Vorabfassung (Berlin 2006). PDF zum Download verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975918/762390/897fa7b8a48024f88c285c49096a65f3/2007-07-30-verfassungsschutzbericht-2006-data.pdf?download=1>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage 15259, 16. Wahlperiode, Rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der Partei „Die Republikaner“, BT-Drucksache 16/10128, S. 1-3. Online: <https://dip.bundestag.de/vorgang/rechtsextreme-bestrebungen-innerhalb-der-partei-die-republikaner/15259?f.deskriptor=Die%20Republikaner&rows=25&pos=1&ctx=d>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Deutscher Bundestag, Parlament. Grundgesetz, online: <https://www.bundestag.de/gg>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage 15259, 16. Wahlperiode, Rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der Partei „Die Republikaner“, BT-Drucksache 16/10128, S. 1-3. Online: <https://dip.bundestag.de/vorgang/rechtsextreme-bestrebungen-innerhalb-der-partei-die-republikaner/15259?f.deskriptor=Die%20Republikaner&rows=25&pos=1&ctx=d>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Haus der Bayerischen Geschichte Bavariathek, Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1819, Landtage seit 1819, Der Landtag 1986-1990 (11. Legislaturperiode), Überblick, Protokolle. zit. n. Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik. Würzburg 1996, S. 282-322 und Wahlanalyse bei Hartmann, S. 589 f. Online: https://www.bavariathek.bayern/medien-themen/portale/geschichte-des-bayerischen-parlaments/landtage-seit-1819.html?tx_parlament_pi4%5Baction%5D=show&tx_parlament_pi4%5Bcontroller%5D=Landtag&tx_parlament_pi4%5Bkategorie%5D=36&tx_parlament_pi4%5BLandtag%5D=368&cHash=4a14d7b60e39690a83cc09ec3000ada2 , zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Landeskriminalamt Sachsen, 3. Überarbeitete Auflage vom September 2019 (Dresden 2019) S. 11. Online:
https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Rechtsextremistische_Symbole_LFV_2019.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Petersberg-Erklärung des WEU-Ministerrates (Bonn, 19. Juni 1992). Online: https://www.cvce.eu/obj/petersberg_erklärung_des_weu_ministerrates_bonn_19_juni_1992-de-16938094-bb79-41ff-951c-f6c7aae8a97a.html zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Nationale Institutionen und Behörden in Österreich

Offizielle Plattform der Republik Österreich/Wer ist Wer/Biografie von Barbara Rosenkranz, Ma:
https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_14693/, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Offizielle Plattform der Republik Österreich/Parlament aktiv/Plenarsitzung/Bundesrat/Dringliche Anfrage/1534/J-BR/98, Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen (Beschlüsse des "Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens" hinsichtlich der deutschen Volksgruppe) vom 13.11.1998. Online:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/J-BR/J-BR_01534/index.shtml, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Parlament Österreich, Dringliche Anfrage/651/A(E), Aufhebung der „Beneš-Dekrete“ und der „AVNOJ-Bestimmungen“ vom 10.4.2022. Online:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXI/A/A_00651/index.shtml, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Parlament Österreich, Parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Bettina Stadlbauer und GenossInnen an den Bundesminister für Inneres betreffend Auslieferung von Gerd Honsik, 1197/J XXIII. GP vom 05.07.2007, S.1. Zur Verfügung gestellt vom Österreichischen Parlament unter:
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/J/J_01197/fname_082598.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Parlament Österreich, Parlamentarische Anfrage von Karl Öllinger an die Bundesministerin für Inneres betreffend Rechtsextremer Witikobund, 7741/J XXIV. GP vom 23. Februar 2011. Online:
https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/J/7741/imfname_207117.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Parlament Österreich, Verstehen/Historisches/100 Jahre B-VG, 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz, online:
www.parlament.gv.at/verstehen/historisches/100-jahre-b-vg/, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Parlament Österreich, Verstehen/politisches System/Bundesverfassung/Verfassung, online:
https://www.parlament.gv.at/verstehen/politisches-system/bundesverfassung/verfassung/index.html#Verfassungsgesetze_in_Osterreich, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS), Bundesrecht konsolidiert: Gesamt Rechtsvorschrift für Neutralitätsgesetz, Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs. StF: BGBl. Nr. 211/1955 (NR: GP VII RV 520 und 598 AB 626 S. 80. BR: S. 109). Online:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000267>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS). Bundesrecht konsolidiert: Gesamt Rechtsvorschrift für V. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz, Übereinkommen vom 18. Oktober 1907, betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges. (V. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz.). StF RGBl. Nr. 181/1913. Online:
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000016>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Nationale Institutionen und Behörden in der Schweiz

Das Schweizer Parlament, 1848, eine unglaubliche Geschichte. Online:
<https://www.parlament.ch/de/services/besuch-im-bundeshaus/1848-eine-unglaubliche-geschichte#section-content>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Der Bundesrat. Das Portal der Schweizer Regierung. Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/geschichte-des-bundesrats/bundesbrief-von-1291.html?lang=de>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Der Bundesrat, Das Portal der Schweizer Regierung. Geschichte des Bundesrates: Bundesbrief von 1291. Onlineversion vom 07.04.2020,
<https://www.admin.ch/dam/gov/de/Bundesrat/Staatskunde/Deutsche%20%C3%9Cbersetzung.pdf.download.pdf/Deutsche%20%C3%9Cbersetzung.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartment (EJPD), Die Verfassung von 1848: Ein Meilenstein der Schweizer Geschichte. Online: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/175-jahre-bundesverfassung.html>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024 20.10.2022; Das Schweizer Parlament, 1848, eine unglaubliche Geschichte. Online: <https://www.parlament.ch/de/services/besuch-im-bundeshaus/1848-eine-unglaubliche-geschichte#section-content>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Broschüre: Die Neutralität der Schweiz. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Ignazio Cassis (Bern am 03.03.2022) S. 4. Online: https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/suche/suchresultat.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Neutralitaet_Schweiz.html, Version vom 26.01.2022, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Neutralität. Online: <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/neutralitaet.html>, Version vom 3.11.2022, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Internationale Institutionen und Behörden

Europäisches Parlament, Ausgeschiedene Abgeordnete, Franz SCHÖNHUBER (3. Wahlperiode). Online: https://www.europarl.europa.eu/meps/de/1215/Franz_SCHONHUBER/history/3, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Entschließungsantrag B5-0234/2003/REV1. Eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung von Charles Pasqua im Namen der UEN-Fraktion zum 11. Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg. Online: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-5-2003-0234_DE.html?redirect, zuletzt konsultiert am 03.05.2024 14.12.2023

Europäisches Parlament, Entschließungsantrag B5-0236/2003. Eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung von Reino Paasilinna im Namen der PSE-Fraktion zum bevorstehenden Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg. Online: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-5-2003-0236_DE.html?redirect, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahlen 2014, online unter: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/tools/widget-land/vereinigtes-konigreich/britisches-wahlkollegium/2014-2019/scheidendes-parlament/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahl, Ergebnisse nach nationaler Partei: 2014-2019. Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/deutschland/2014-2019/konstituierende-sitzung/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Ergebnisse der Europawahl, Sitze nach Fraktion: 2014-2019 (scheidendes Parlament). Online: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/nationale-ergebnisse/osterreich/2014-2019/scheidendes-parlament/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament – 1989- Deutschland. Online: <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/in-the-past/previous-elections>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Europäisches Parlament, Europaweite Ergebnisse ab 1979 (Wahlperioden stehen zur Auswahl), online unter: <https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlergebnisse/1979-1984/konstituierende-sitzung/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

„Fraktion Identität & Demokratie“ (ID) Vgl. Europäisches Parlament, Aufbau und Arbeitsweise/Organisation/Fraktionen: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_focus/2006/DE/03A-DV-PRESSE_FCS\(2006\)02-15\(05277\)_DE.pdf#title5](https://www.europarl.europa.eu/RegData/presse/pr_focus/2006/DE/03A-DV-PRESSE_FCS(2006)02-15(05277)_DE.pdf#title5), zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Fraktion „Europe of Nations and Freedom“ (ENF) <https://afd.nrw/aktuelles/2017/01/die-enf-fraktion-im-europaeischen-parlament-laedt-zum-kongress-in-koblenz-ein/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Online-Auftritt der Parlamentsfraktion „Identity and Democracy“ unter <https://www.idgroup.eu/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Vereinten Nationen, Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung, Einzelne Resolutionen aus früheren Tagungen, Resolution der Generalversammlung 217 A (III), Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Präambel, Artikel 18/S. 4 (Paris, 10. Dezember 1948). Link zur deutschsprachigen Version: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

ANHANG ZUM ERSTEN DISSERTATIONS BAND

KURZZUSAMMENFASSUNG

Titel der Dissertation

ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS

Über die Rolle von Parteien als Milieus bestimmter Erinnerungskulturen.

Eine computergestützte Aussagenanalyse an Beispielen rechtspopulistischer Parteien aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Dissertantin: Mag.phil. Andrea Romstorfer

Betreuer: Prof. Dr. Wolfgang Schmale
Institut für Geschichte der Universität Wien

Gegenstand dieser Dissertation ist die Erforschung der Relevanz und Funktion von Erinnerungskulturen in politischen Diskursen. Dies geschieht am Beispiel einer Auswahl von Parteien aus dem rechtspopulistischen Spektrum.⁽¹⁾ Es wird gefragt, ob Parteien als „Milieus“ bestimmter Erinnerungskulturen fungieren, indem sie sich durch einen öffentlichen Umgang mit Geschichte auszeichnen, der typisch oder spezifisch für ihr politisches Spektrum ist.

Der analytische Fokus liegt auf der Beschreibung der nationalen Gesellschaft anhand von Merkmalen und darauf, wie der Bezug zur Geschichte diese unterstützt. Das hypothetische Verhältnis von Identitätspolitik und Erinnerungskultur wird als „Rekonstruktivität“ bezeichnet.⁽²⁾ Eine weitere Hypothese lautet, dass Rechtspopulismus einer ideologischen Fortsetzung von rechtem Nationalismus entspricht. Die *Rekonstruktivität* der Parteien wird folglich im Vergleich zu dieser ideengeschichtlichen Tradition diskutiert. Forschungsleitende Fragen lauten zum Beispiel:

- Wie werden Vorstellungen über Zugehörigkeit in den Aussagen der Parteien formuliert?
- Werden die Merkmale der nationalen Wir-Gruppe historisch begründet und anhand welcher Ereignisse oder Errungenschaften?
- Wie relevant ist Kommunikation über Vergangenheit für die Beschreibung gesellschaftlicher Kategorien (positive Wir-Gruppe/n und negative Sie-Gruppe/n)?

Die Parteiprogramme der ausgewählten Parteien wurden mittels einer Aussagenanalyse auf spezifische Vergleichskriterien hin untersucht, um ideologische und erinnerungskulturelle Gemeinsamkeiten oder Unterschiede herauszuarbeiten. Hierfür wurde Spezialliteratur zu Diskurs- und Textanalysen, Nationalismustheorien und Erinnerungskulturen unterstützend herangezogen.⁽³⁾ Um die Analyse dieses multikriteriellen Vergleichs zu systematisieren, wurde das Verfahren in eine relationale Datenbank integriert. Damit sind sowohl die untersuchten Aussagen als auch die Bewertungen (Ergebnisse) zugänglich.

Die empirische Grundlage bilden semantische Daten, die mittels der „Erinnerungsdatenbank“ erfasst, beschrieben und ausgewertet werden. Durch Implementierung des Analyseverfahrens in die Datenbank werden alle inhärenten

Entscheidungen – von der Beschreibung der Quelle bis zur Bewertung der Aussagen – in einen invarianten und wiederholbaren Prozess integriert und lückenlos dokumentiert.

Ein Erinnerungsmilieu, das sich zwischen den rechtspopulistischen Vergleichsparteien in Form eines übereinstimmenden Wissens- und Erinnerungsvorrats nachweisen ließe, wird durch die Ergebnisse der Aussagenanalyse nicht bestätigt. Die Erinnerungslandschaften, die in den Primärquellen abgebildet werden, sind nicht homogen, zeigen allerdings schematische und thematische Übereinstimmungen. Das betrifft beispielsweise:

- die pejorative Deutung der EU-Geschichte
- die Ignoranz gegenüber dem historischen Beitrag von Frauen in der legitimen Wir-Gruppe und gegenüber frauenpolitischen Forderungen
- das gemeinsame Schweigen über den Nationalsozialismus und die Shoah

Die Ergebnisse zeigen, dass es einen vergleichbaren Umgang mit Geschichte gibt. Dazu gehört, dass sich die nationalistische Ideologie in den Aussagen der Vergleichsparteien fortsetzt. Die territoriale Begrenzung der Vergangenheitsbezüge entspricht einer nationalistischen Logik, da neue oder Einflüsse der negativen Sie-Gruppen innerhalb des Vorrats an kollektiven Erfahrungsgeschichten ausgelassen werden. Die Vergangenheit wird in den Partei- und Wahlprogrammen auf ihre Funktion als rhetorische Strategie reduziert. Alle Vergleichsparteien beziehen sich für die Begründung ihrer Vorstellungen und Forderungen auf eine „gefühlte Geschichte“.⁽⁴⁾ Dieses rhetorische Manöver weist auf einen „rechtspopulistischen Erinnerungs-Habitus“ hin, der sich zum Beispiel in der Diskrepanz zwischen den erinnerungskulturellen Praktiken in der Öffentlichkeit und dem Geschichtsverständnis in den Parteiprogrammen ausdrückt.⁽⁵⁾ Außerdem gibt es die meisten Übereinstimmungen hinsichtlich vager Vergangenheitsbezüge. Fundiertes Geschichtswissen ist als Begründungsstrategie weitgehend unerheblich. Komplexe historische Ereignisse werden trivialisiert und in postfaktische Narrative integriert, mittels derer sich die Parteien gegenseitig unterstützen. Deutlich wird dies anhand:

- des EU-Feindbilds sowie des Widerstands gegen die EU-Integration
- der häufigen Bezugnahme auf das Abendland
- der selektiven Solidarität
- der Verteidigung des Ethnopluralismus (Europa der Vaterländer/Nationen)

Die Negation spezifischer vergangener Entwicklungen und normativer Errungenschaften der Demokratie (Menschenrechte) sowie vage Vergangenheitsbezüge ersetzen die begründete Argumentation ihrer tendenziell gegenaufklärerischen Positionen.

Anmerkungen

(1) Folgende Parteien und Programme wurden ausgewählt:

Die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ): Parteiprogramm 2005, Parteiprogramm 2011 und Wahlprogramm 2016.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD): Parteiprogramm 2013, Parteiprogramm 2016 und Wahlprogramm 2014.

Die „Republikaner“ (REP): Parteiprogramm 2002, Parteiprogramm 2011 und Wahlprogramm 2013.

Die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP): Wahlprogramm 2007-2011, Parteiprogramm 2011-2015 und Parteiprogramm 2015-2019.

(2) Vgl. Christian *Gudehus*, Ariane *Eichenberg* und Harald *Welzer*, Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch (Stuttgart/Weimar 2010) S. 2-3, 8-9, 11-14, 16-17, 20, 81-82. Maurice *Halbwachs*, Das kollektive Gedächtnis. Ferdinand Enke Verlag (Stuttgart 1967) S. 34-58, 77-125. Jan *Assmann*, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: (Hg.) Jan *Assmann* und Tonio *Hölscher*, Kultur und Gedächtnis (Frankfurt am Main 1988) S. 13.

(3) Aus Platzgründen kann hier nur eine Auswahl genannt werden:

Werner T. *Bauer*, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. (Hg.) Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Aktualisierte und überarbeitete Fassung (Wien 2016).

Mathias *Berek*, Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen. In: (Hg.) Stefan *Breuer*, Eckart *Otto* und Hubert *Treiber*, Kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Band 2 (Wiesbaden 2009).

(Hg.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke Verlag (Wien 1993).

Roger *Eatwell* and Matthew *Goodwin*, National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy. A Pelican Book, Penguin Random House UK, second ed. (London 2018).

(Hg.) Wolfgang *Eismann*, Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002).

Thomas *Frank*, The People, No. A Brief History of Anti-Populism. Metropolitan Books (New York 2020).

Eric J. *Hobsbawm*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Dritte Auflage, Campus Verlag (Frankfurt/New York 2005).

Achim *Landwehr*, Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse. In: (Hg.) A. *Gestrich*, I. *Marßolek* et al., Historische Einführungen, Band 8, edition diskord, Tübingen 2001 (4. Auflage 2004).

(Hg.) Martin *Langebach* und Michael *Sturm*, Erinnerungsorte der extremen Rechten. Edition Rechtsextremismus (Wiesbaden 2015).

Armin *Schäfer* und Michael *Zürn*, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus (Berlin 2021).

Anthony D. *Smith*, Nationalism and Modernism. A critical survey of recent theories of nations and nationalism. Routledge Verlag (London/New York 1998).

Ruth *Wodak*, Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik. In: (Hg.) Andrei *Markovits* und Sieglinde *Rosenberger*, Demokratie. Modus und Telos (Wien/Köln/Weimar 2001).

(Hg.) Ruth *Wodak* and Christoph *Ludwig*, Challenges in a changing world: issues in critical discourse analysis. Passagen-Verlag (Wien 1999).

(4) Anthony D. *Smith*, Nationalism and Modernism (London/New York 1998) S. 159-167, 162 zit. n. Walker *Connor*, Ethno-Nationalism: The Quest for Understanding. Princeton University Press (Princeton NJ 1994) S. 202; Benedict *Anderson*, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Zweite Auflage 1996. Campus Verlag (Frankfurt/New York 2005) S. 157.

(5) Vgl. Pierre *Bourdieu*, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 24. Auflage 2014. Suhrkamp Verlag (Frankfurt am Main 1982).

DISSERTATION | DOCTORAL THESIS

Titel | Title

Erinnerungsmilieus im Rechtspopulismus

Über die Rolle von Parteien als Milieus bestimmter Erinnerungskulturen.
Eine computergestützte Aussagenanalyse an Beispielen rechtspopulistischer Parteien
aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

Band 2 von 2

verfasst von | submitted by

Mag.phil. Andrea Romstorfer

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Doktorin der Philosophie (Dr.phil.)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 792 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Geschichte

Betreut von | Supervisor:

o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schmale

DISSERTATION

ERINNERUNGSMILIEUS IM RECHTSPOPULISMUS

Über die Rolle von Parteien als Milieus bestimmter Erinnerungskulturen.
Eine computergestützte Aussagenanalyse an Beispielen rechtspopulistischer
Parteien aus Österreich, Deutschland und der Schweiz.

BAND 2: DOKUMENTATIONSBAND

INHALTSVERZEICHNIS DES ZWEITEN BANDES

AUFBAU DER DATENBANK	7
Allgemeine Erläuterungen.....	8
Beschreibung der Primärquellen.....	9
Beschreibung der ersten Primärquellengruppe (PQ1).....	9
Beschreibung der zweiten Primärquellengruppe PQ2	10
Analyse der Primärquellen.....	12
Analyse der ersten Primärquellengruppe (PQ1)	12
Analyse der zweiten Primärquellengruppe (PQ2).....	17
Abbildungen zur Datenbank.....	19
Abbildungen zur Datenbank	20
TABELLEN	25
Tabellen zu den Kapiteln 2-4	27
Anhang zu den Tabellen des zweiten, dritten und vierten Kapitels bezüglich der erinnerungskulturellen Vergleichskriterien.....	27
Tabellen zu Kapitel 2.1: Die Alternative für Deutschland (AfD)	29
Kapitel 2.1.b: Vergangenheitsbezüge der „Alternative für Deutschland“ (ohne Übereinstimmung)	29
Tabellen zu Kapitel 2.2: Die Republikaner (REP)	33
Tabellen zu Kapitel 2.2.a/b: Vergangenheitsbezüge der „Republikaner“ (ohne Übereinstimmung).....	33
Tabellen zu Kapitel 3: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	37
Kapitel 3.b: Vergangenheitsbezüge der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (ohne Übereinstimmung)	37
Tabellen zu Kapitel 4: Die Schweizerische Volkspartei (SVP)	41
Tabellen zu Kapitel 4.b: Vergangenheitsbezüge der „Schweizerischen Volkspartei“ (ohne Übereinstimmung)	41
Tabellen zu Kapitel 5	45
Tabellen zu Kapitel 5: Übereinstimmende Vergangenheitsbezüge	45
BERICHTE.....	53
Bericht: Übersicht der Primärquellengruppe 1 (PQ1)	55
Bericht: Übersicht der Primärquellengruppe 2 (PQ2)	59
Bericht: Übersicht der Datensätze aus PQ1.....	77
Datensätze zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“	78
Datensätze zur „Alternative für Deutschland“	132
Datensätze zu den „Republikanern“	220
Datensätze zur „Schweizerischen Volkspartei“	265
Bericht: Übersicht der Datensätze aus PQ2.....	391

AUFBAU DER DATENBANK

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Datenbanksoftware („MS Access 2016“) arbeitet mit verschiedenen Bestandteilen. Für diese Dissertation sind vor allem die Tabellen, Formulare, Abfragen und Berichte relevant. Zur Gestaltung dieser können „kleinere Elemente“ (Text- und Bildfelder, Steuerfelder, Dropdown-Menüs, Datensatz-Zähler etc.) eingesetzt werden. Die erzeugten Daten sind als semantische, numerische oder „algorithmische“ Informationen („wenn-dann“-Befehle; Mittelwert-Berechnungen usw.) in den Tabellen enthalten. Um diese benutzerfreundlich zu bearbeiten, werden die Formulare eingesetzt, die frei gestaltet werden können. Die Erzeugung der empirischen Datengrundlage basiert auf den festgelegten Beziehungen zwischen diesen Bestandteilen (Un-/Abhängigkeiten) und auf den Arbeitsanweisungen (Abfragen). Während die Bearbeitung der Tabellen und Formulare einer Integration deskriptiver Daten entspricht (Quellenname, Datum der Quelle, Einfügen des Aussagenzitats, Beschlagwortung etc.), dienen die Abfragen der Erzeugung aussagekräftiger Informationen durch Vernetzung derselben.¹ In den Berichten werden die Daten in eine übersichtliche Form gebracht, sodass auf ihrer Grundlage Aussagen zum Forschungsgegenstand getroffen werden können. Die erarbeiteten Thesen und Schlussfolgerungen der Dissertation basieren auf dieser Datensammlung. Deshalb wird die Gestaltung der vorliegenden Datenbank (DB) genau vorgestellt. Aus praktischen Gründen wird in den folgenden Ausführungen die Abkürzung DB zum Einsatz kommen.

Im ersten Schritt wurde die Datenbankarchitektur auf Papier geplant, bevor die Grundbestandteile erstellt wurden. Die Software „MS Access 2016“ hat die Eigenschaft, nach der Ausführung jeder Funktion eine automatische Speicherung vorzunehmen. Dadurch wird die Datei überschrieben. Aus diesem Grund lohnt es sich, die DB-Architektur bereits im Zuge einer Arbeitsvorbereitung zu planen. Dann wurden die formalen DB-Eigenschaften festgelegt, dazu gehören Speicherorte oder Userrechte (Datensatzsperrungen, Zugriffsberechtigungen, Verschlüsselung u.v.m.). Im Anschluss wurde die Datenbankstruktur festgelegt. Sie besteht aus den Tabellen, in denen die forschungsrelevanten Informationen (Forschungsdaten) enthalten sind, und der Verknüpfung der Tabelleninhalte (Beziehungen). Für die Beschriftung der einzelnen Elemente (Felder, Tabellen, Formulare usw.) wurde die sogenannte „ungarische Notation“ gewählt. Diese gibt vor, dass jedem Elementnamen das Präfix des abgekürzten Typs und Inhalts vorangestellt wird (Standardsprache dafür ist das Englische). Feldnamen in den Tabellen erhalten daher das Präfix „tbl“ („table“), Abfragen „qry“ („query“) oder Berichte „rpt“ („report“). Die Felder dieser Dissertation erhielten daher die Elementnamen wie „tblPartei“ oder „qryPQ1_Aussage“.² Auf diese Weise wurden alle Tabellen angelegt. Sie enthalten die deskriptiven Daten, die in weitere Folge zur Datenauswertung abgefragt und zur Beantwortung der Forschungsfragen herangezogen werden. Dazu gehört die tabellarische Erfassung aller Vergleichselemente: Parteien, Quellen, Distinktionsmerkmale, rhetorische Strategien, Vergangenheitsbezüge und Zeitrahmen etc.

Die Abbildung 1 „Beziehungsstruktur“³ zeigt, wie die Tabellen der vorliegenden Datenbank miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Darauf aufbauend erfolgte die Erfassung und Auswertung der Forschungsdaten.

¹ Meixner und Haas, Wissensmanagement und Entscheidungstheorie (Wien 2010/2012) S. 6-8.

² Lorenz Hölscher, Microsoft Access 2013 – Das Handbuch. O'Reilly Verlag (Köln 2013) S. 183-184.

³ Siehe dazu den Abschnitt „Abbildungen zur Datenbank“ in diesem Band der Dissertation.

BESCHREIBUNG DER PRIMÄRQUELLEN

Beschreibung der ersten Primärquellengruppe (PQ1)

Das Formular „PQ1 Beschreibung“ dient zur Erfassung der Primärquellen aus der ersten Gruppe (PQ1). Dabei werden die Quellen nach formalen Kriterien beschrieben und auf diesem Weg in der Datenbank katalogisiert. Die einzelnen Elemente des Formulars bilden diese deskriptiven Eigenschaften ab und werden in diesem Abschnitt erläutert.

Abbildung 2.a „PQ1 Beschreibung Formularansicht“ zeigt das Formular, mit dem die Primärquellen der ersten Gruppe erfasst werden. Durch das Ausfüllen der Felder werden die Daten automatisch in die damit verknüpfte Tabelle eingefügt. Abbildung 2.b „PQ1 Beschreibung Entwurfsansicht“ zeigt die gleichnamige Tabelle in der Entwurfsansicht. Das Formular stellt die benutzerfreundlichere Arbeitsoberfläche der Datenbank dar und obliegt der freien Gestaltung. Um dies zu verdeutlichen, zeigt Abbildung 2.c „PQ1 Beschreibung Datenblattansicht“ exemplarisch die „Datenblattansicht“ derselben Tabelle, die weniger auf Benutzerfreundlichkeit ausgerichtet ist. Die Abbildungen dieses Kapitels dienen der Vorstellung der Datenbank und Erläuterung ihres strukturellen und inhaltlichen Aufbaus. Deshalb wurde auf die Darstellung der „Datenblatt- und Entwurfsansicht“ verzichtet. Für alle weiteren Abbildungen wurde stets die sogenannte „Formularansicht“ gewählt.

Es folgt die Erläuterung des Beschreibungsformulars für die erste Primärquellengruppe. Mit „*“ gekennzeichnete Felder sind Dropdown-Menüs. Hier kann eine Auswahl aus mehreren Optionen getroffen werden. Abbildung 2.a demonstriert diese Funktion anhand der Auswahloptionen zum Auswahl-Feld „Textsorte“. Im Feld „PQ 1 ID“ wird die Quellennummer angezeigt. Sobald eine Eingabe in diesem Formular erfolgt, erhält jede Quelle aus dieser Gruppe eine automatisch generierte, einmalige und numerische Identität. Die Nummerierung erfolgt fortlaufend. Feld „Quellennamen“ ist ein freies Textfeld und dient der Beschriftung der Primärquelle. Der frei wählbare Katalogname wird manuell zugeteilt und in diesem Feld eingetragen. Unter diesem Namen ist die Primärquelle im Archivordner zu finden. Das Feld „Medium“ beschreibt die Art des Dokuments. Die Form der Inhaltsübermittlung wird als Teil des Gestaltungskonzepts betrachtet. Alle Primärquellen der ersten Gruppe wurden als Text und PDF-Datei veröffentlicht. Aus den Metadaten des Dokuments sind weitere Eigenschaften abzulesen, wie das Erstellungsdatum, Datum der letzten Änderung, eingebettete Schriftarten, Dateigröße, Formate etc. Bei dem „Partei*“-Feld handelt es sich um ein Dropdown-Menü zur Auswahl der entsprechenden Partei. Es gehört zu den „Schlüsselfeldern“ dieser Datenbank, da es mit beiden Primärquellengruppen verbunden ist. Die Datenbank wurde so konzipiert, dass sie grundsätzlich offen für weitere Vergleichsparteien und Quellen bleibt. Um Verwechslungen oder unrechtmäßige Verknüpfungen zu vermeiden, kann in diesem Formular stets nur eine Partei ausgewählt werden (vgl. Abbildung 1). Das Datum der Quelle wird im „Datum“-Feld eingetragen. Die entsprechenden Informationen wurden den Dokumenten entnommen (Text oder Dokumenteigenschaften). Im Falle der vorliegenden Primärquellensammlung (PQ1) wird nicht zwischen Erstellungs- und Veröffentlichungsdatum unterschieden. Dies könnte aber jederzeit durch Hinzufügen von entsprechenden Ergänzungsfeldern (z.B. Feld „Datum der Erstellung“) geändert werden. Das Feld „Textsorte*“ enthält ein Dropdown-Menü. Es ist mit beiden Primärquellengruppen verbunden und enthält daher auch Kategorien der zweiten Primärquellengruppe (PQ2). Für dieses Datenfeld kann nur eine Option aus den folgenden Möglichkeiten gewählt werden: Parteiprogramm, Wahlprogramm, Flugblatt, Festschrift, Rede, Positionspapier oder andere. Der Titel der Primärquelle wird im

„Titel“-Feld eingetragen. Nachdem die Primärquellen unterschiedlich lange Titel haben, wurde zur Ergänzung das Feld „Zusatz zum Titel“ eingefügt. Eventuelle zusätzliche Informationen zum Titel oder Unterüberschriften können hier genannt werden. Im Feld „Autor:innen“ wird der Name der Organisation oder Institution bekannt gegeben, unter dem das Dokument veröffentlicht wurde. Über die tatsächliche Autorenschaft wird in den ausgewählten Quellen selbst keine Information preisgegeben. Daher stehen die Parteien als Trägerinnen des jeweiligen Dokuments. Dies könnte aber jederzeit durch die Eingabe eines Namens oder Hinzufügen von entsprechenden Ergänzungsfeldern (z.B. Feld „Autor:innen2“) geändert werden. Der Name der Organisation oder Institution, die als Herausgeber des Dokuments genannt wird, kann im Feld „Herausgeber“ eingetragen werden. Falls der Bezug von einer Internetquelle wie der offiziellen Parteihomepage oder einem DOI-Link erfolgte, kann das Datum des Downloads im Feld „Download-Datum“ angegeben werden. Die dazugehörigen Links können im Feld „Link (extern)“ bekannt gegeben werden. Die Angabe von mehreren Bezugsquellen ist möglich.

Beschreibung der zweiten Primärquellengruppe PQ2

Das Formular „PQ2 Beschreibung“ dient zur Katalogisierung der Primärquellen aus der zweiten Gruppe (PQ2) und wurde entsprechend modifiziert. Diese Quellensorten beinhalten Berichte und Artikel aus Print- und Onlinemedien über erinnerungskulturelle Merkmale der Auswahlparteien. Sie wurden aufgrund ihrer Informationen zur Rekonstruktivität ausgewählt. Das betrifft beispielsweise die Teilnahme der Vergleichsparteien bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen, Jubiläen oder Aussagen einzelner Vertreter:innen der Untersuchungsgruppen. Eine Analyse der ideologischen Merkmale ist für diese Gruppe nur bedingt möglich, da es sich hierbei nicht um die Selbstdarstellung der betreffenden Parteien handelt und die Beurteilung über die politische Zuordnung bereits vorweggenommen wurde. Abbildung 3.a „PQ2 Beschreibung Formularansicht“ zeigt das Formular zur Erfassung der zweiten Primärquellengruppe. Abbildung 3.b „PQ2 Beschreibung Entwurfsansicht“ zeigt die Entwurfsansicht der dazugehörigen Datenquelle.

Auch in dieser Gruppe erhält jede Quelle eine automatisch generierte, einmalige und numerische Identität. Sie erscheint im Feld „PQ 2 ID“. Das Dropdown-Menü im Feld „Partei***“ dient der Verknüpfung der Quelle mit den entsprechenden Parteien. Innerhalb der zweiten Primärquellengruppe kann es vorkommen, dass eine Berichterstattung mehrere Vergleichsparteien betrifft. Daher ist es möglich, bei diesem Formular mehrere Optionen im Dropdown-Menü auszuwählen. Im freien Textfeld „Quellennamen“ wird der Katalogname der Quelle eingetragen, unter dem diese im Archivordner abgelegt wurde. Falls eine Quelle sich auf mehrere Parteien bezieht, ist dies im Quellennamen berücksichtigt worden.⁴ Die Textkategorie kann aus dem Dropdown-Menü „Textsorte***“ bezogen werden. Für die zweite Primärquellengruppe bestehen folgende Optionen, und auch hier kann nur eine ausgewählt werden: Artikel, Bericht, Report, Kommentar oder andere. Das Dropdown-Menü „Periodikum***“ dient der Spezifizierung des Informationsmediums. Zur Auswahl stehen: Tageszeitung, Wochenzeitung, Magazin, Quartalsschrift, Monatsschrift/Monatsheft, Jahresbericht/Almanach, öffentlich-rechtliche Einrichtung oder andere. Wie bei den anderen Auswahlfeldern besteht auch hier kein Anspruch auf Vollständigkeit. Die entsprechende Tabelle kann jederzeit ergänzt oder geändert werden. Das Feld „Ausgabe“ ist ein optionales freies Textfeld. Abhängig vom Informationsmedium, kann an dieser Stelle eine Ausgabennummer angegeben werden.

⁴ Anmerkung: Da es sich um publizistische Textsorten handelt, wurden diese entweder als Original (Printmedien), Kopie (Scan/Fotokopie) oder als HTML-Seite-archiviert.

Diese Option dient der vollständigen Zitation. Das Datum der Veröffentlichung wird im Feld „Datum“ eingetragen. Der Titel der Quelle wird im Feld „Titel“ eingetragen (inklusive Untertitel und Zusatz zum Titel). In den Feldern „Autor:innen/Körperschaften“ werden alle Namen zitiert, die laut Informationsmedium genannt werden. Allgemeine und anonymisierte Signaturen der Redaktionen sowie Bildquellen werden ebenfalls eingetragen. Die Angabe von mehreren Autor:innen wird durch drei separate Datenfelder gewährleistet (Feld „Autor1“, „Autor2“, „Autor3“). Der Name des Verlags, der als Eigentümer des Informationsmediums genannt wird (Impressum), wird im Feld „Herausgeber/Verlag“ bekannt gegeben. Sofern es eine online-Version gibt, kann der externe Link im Feld „Link (extern)“ angegeben werden.

Alle Primärquellen wurden mithilfe dieser beiden Formulare erfasst und nach den genannten Vergleichskriterien beschrieben. Sie dokumentieren die ersten Entscheidungen innerhalb des Verfahrens. Diese datenbankinterne Katalogisierung der Quellen hat sich an den Regeln der wissenschaftlichen Zitation orientiert.⁵

⁵ Um eine nachträgliche Manipulation der Daten zu verhindern, werden die Formulare bei der Veröffentlichung des Dissertationsprojekts an der Universität Wien nicht zur Bearbeitung freigegeben.

ANALYSE DER PRIMÄRQUELLEN

Analyse der ersten Primärquellengruppe (PQ1)

Nach der Beschreibung der Primärquellen folgt die Analyse mithilfe der entsprechenden Formulare. Wie in der Abbildung 4.a „PQ1 Analyse Formularansicht“ ersichtlich, wurde unterhalb der Überschrift „Aussagenanalyse“ ein freies Textfeld platziert. Darin wurde jede Aussage als Originalzitat eingefügt und ins Zentrum der Betrachtung gestellt, während sie mit ihrer Quelle und Partei verknüpft bleibt. Um diese gemäß der Vergleichsmatrix zu beschreiben, habe ich mich dafür entschieden, die Vergleichskriterien als „Schlagworte“ im Dropdown-Menü darzustellen. Die „Beschlagwortung“ erfolgt durch Verknüpfung der Aussage mit den entsprechenden Menü-Optionen. Auf diese Weise werden die relevanten Textstellen in den Quellen markiert, ohne diese selbst zu manipulieren. Die Beschlagwortung erlaubt eine referentielle (Textstelle) und kontextuelle Verortung der Aussage (Inhalt).

Das „Analyseformular PQ1“ dient zur Beschlagwortung der relevanten Aussagen aus der ersten Primärquellengruppe (PQ1). Eine Reihenfolge beim Ausfüllen der Formulare ist nicht vorgegeben, dies könnte durch entsprechende Einstellungen geändert werden. Lediglich die Verknüpfung zur Quelle (Feld „Quellenname“) muss geben sein, damit die Formularfelder mit Daten versehen werden können. Abbildung 4.a zeigt das Formular, mit dem die forschungsrelevanten Daten erzeugt werden, und Abbildung 4.b „PQ1 Analyse Entwurfsansicht“ zeigt die Entwurfsansicht der entsprechenden Tabelle „tblAnalysePQ1“. Feld „PQ1 ID“ verweist auf die einmalige numerische Quellenidentität innerhalb der Datenbank. Sobald im Feld „Quellenname***“ die entsprechende Primärquelle ausgewählt ist, werden die dazugehörigen Informationen (Feld „Medium“, „Datum“, „Titel“) automatisch abgerufen. Im Analyse-Modus können die Informationen zur Quelle nicht mehr geändert werden. Das Feld „Aussage“ ist ein freies Textfeld. Hier wird das Originalzitat aus der Primärquelle erfasst. Alle relevanten Aussagen aus PQ1 wurden in dieses Datenfeld eingetragen. Bei der Zitation wurden keine Manipulationen vorgenommen. Falls Sonderzeichen (, „), Rechtschreib- und/oder Grammatikfehler in der Aussage enthalten waren, so wurden diese nicht korrigiert. Der Text wurde unverändert aus den Primärquellen übernommen. Sobald eine Eingabe erfolgt, generiert das Programm automatisch eine einmalige und numerische Aussagen-Identität, die im Feld „Aussagen ID“ erscheint. Die Nummerierung erfolgt fortlaufend und kann nicht mehr geändert werden. Die Schlagworte in den Dropdown-Menüs „Distinktionsmerkmale***“ und „rhetorische Strategien***“ entsprechen den Vergleichskriterien, die zuvor für die Analyse identifiziert wurden.⁶ Die Aussagen werden auf diesem Weg auf die relevanten Eigenschaften geprüft. Trifft ein Vergleichskriterium zu, kann es durch Auswahl im Menü mit der Aussage verknüpft werden. Bei der Wahl der Vergleichskriterien wurde darauf geachtet, dass eine wertfreie Beschreibung erfolgen kann. Die Bewertung der Datensätze erfolgt erst nach Erfassung der empirischen Datengrundlage.

Abbildung 4.c „Distinktionsmerkmale Formularansicht“ zeigt das Dropdown-Menü des Feldes „Distinktionsmerkmale***“. Für dieses Datenfeld können mehrere Kriterien gewählt werden. Aussagen, die keine Distinktionsmerkmale formulieren, wurden mit dem Schlagwort „nein“ gekennzeichnet. „Inklusiv“ sind Aussagen, die Personen/Gruppen/Merkmale in die legitime nationale Gesellschaft inkludieren und/oder

⁶ Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien, Köln, Weimar 2001) S. 84-90.

solidarisch formuliert wurden. Das Schlagwort „exklusiv“ markiert Aussagen, die Gruppen/Personen/Merkmale explizit aus der Wir-Gruppe ausschließen. „Selektiv“ weist darauf hin, dass es sich um relativierende Aussagen handelt. Personen/Gruppen/Merkmale sind nur unter bestimmten Bedingungen oder Voraussetzungen inkludiert oder abgelehnt. Aussagen, die Personen/Gruppen/Merkmale als inferior betrachten oder beleidigend pauschalisieren, wurden als „diskriminierend“ gekennzeichnet. Das Schlagwort „Primordialismus“ kennzeichnet essentialistische Vorstellungen.⁷ Es trifft auf Aussagen zu, die Vorstellungen von Gesellschaften als organisch-gewachsene, natürliche Gegebenheiten verbreiten. Dazu gehören beispielsweise Merkmale, die als angeboren, unveränderlich und unverwechselbar verstanden werden.⁸ „Perennialismus“: Dieses Kriterium beschreibt die Vorstellungen von Kontinuität. Dazu gehören Aussagen, in denen die Nation als immerwährende soziale Ordnungseinheit beschrieben wird. Die Merkmale werden als kontinuierlich und unverändert beschrieben und reichen weit in eine nicht-erinnerbare Vergangenheit zurück („retrospective nationalism“).⁹ Das Vergleichskriterium „Essentialismus“ kennzeichnet Aussagen, die eine Banalisierung komplexer, heterogener Gesellschaftsstrukturen durch Verdinglichung oder Personifizierung vornehmen. Der Gebrauch von rhetorischen Stilfiguren (Methaphern, Parabel, Hyperbel) kann auch auf essentialistische Vorstellungen hinweisen. Zudem wurden häufig Personen/Gruppen/Merkmalen mit einem Territorium gleichgesetzt. In solchen Fällen wurde der „territoriale Bezug“ markiert. Dieselbe Vorgehensweise wurde für jedweden „kulturellen Bezug“ vorgenommen. Dieses Schlagwort markiert Aussagen, die einen expliziten Bezug zu kulturellen Merkmalen formulieren. Formulierungen, die explizit auf religiöse Praktiken/Gruppen/Merkmale hinweisen, wurden mit dem Kriterium „religiöser Bezug“ gekennzeichnet. Durch das Vergleichskriterium „Geschlecht und Gender“ können Textstellen nachgewiesen werden, die sich bei der Beschreibung der Wir- und Sie-Gruppen auf die sexuelle Orientierung beziehen oder auf Geschlechterrollen bzw. -stereotypen (Gender). Das betrifft sowohl die positive Hervorhebung von Idealtypen als auch die Ablehnung bestimmter Praktiken/Gruppen/Merkmale. Das Kriterium „Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung“ soll auf Aussagen hinweisen, die Vorstellungen von Gesellschaften als Vertrags- und Willensgemeinschaften formulieren.

Das Feld „Rhetorische Strategien***“ enthält ebenfalls ein Dropdown-Menü mit den entsprechenden Vergleichskriterien. Abbildung 4.d „Rhetorische Strategien Formularansicht“ zeigt die Möglichkeiten zur Beschlagwortung.¹⁰ Es können mehrere Optionen ausgewählt werden. Sofern eine Aussage keine dieser Kriterien erfüllt, wird sie mit dem Schlagwort „nein“ markiert. Werden Personen/Gruppen dezidiert als legitime Mitglieder beschrieben, kann die Auswahl „positive Wir-Gruppe“ getroffen werden. Dazu gehören positive Hervorhebungen oder generalisierende Kollektivbezeichnungen.¹¹ Auch das Gegenteil kann zutreffend sein, daher gibt es auch die Möglichkeit, die Beschreibung einer „negativen Sie-Gruppe“ festzuhalten. Werden Kollektivvorstellungen mithilfe von Ethnonymen, Nationymen oder Ethnophaulismen formuliert, kann die entsprechende Textstelle mit dem Schlagwort „Kollektivbezeichnungen“ gekennzeichnet werden. Die Beschreibung der diversen Wir- und Sie-Gruppen erfolgt oftmals mithilfe von „Attributen/Prädikaten“. Prädikative Strategien und Attribute weisen Personen/Gruppen bestimmte Eigenschaften und Merkmale zu. Sie dienen der Konnotation und verstärken oft die begleitende Beschreibung der Wir-/Sie-Gruppen. Eine Kollektivbezeichnung kann mitunter einer „Geleichsetzung“ bzw. einem „Vergleich“ entsprechen (z. B. „das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche

⁷ Smith, Nationalism and Modernism (London and New York 1998) S. 145-158.

⁸ Ebd. S. 145-158 (47).

⁹ Smith, Nationalism and Modernism (London and New York 1998) S. 167.

¹⁰ Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien, Köln, Weimar 2001) S. 77-84, 87-90.

¹¹ Ebd. S. 86-90.

Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens“¹²). Ein weiteres Merkmal, das zur Auswahl steht, weist auf „rhetorische Figuren (Metapher; Topos)“ hin. Rhetorische Strategien dienen der Unterscheidung von Personen/Gruppen/Merkmalen. Topoi sind inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die „ein oder mehrere Argumente mit der Schlussfolgerung verknüpfen“, und werden im politischen Diskurs eingesetzt, um Handlungen bzw. Handlungsbedarf zu begründen.¹³ Zuletzt kann noch auf „moralische Verbindlichkeiten“ hingewiesen werden. Dieses Schlagwort kennzeichnet die Formulierung von Moralvorstellungen und wurde als Indikator für emotionale Rhetorik betrachtet. Das Feld „Feindbild und Bedrohung“ ist ein freies Textfeld. Hier werden die Personen/Gruppen/Praktiken erhoben, die als Feindbilder oder Gefahr beschreiben werden. Im Zuge der Analyse wurde deutlich, dass die Abgrenzung zwischen Subjekten (Feindbilder) und Bedrohungen (Szenarien/Ereignisse) nicht immer eindeutig aus den Aussagen hervorging. Deshalb wurden sie in einem gemeinsamen Datensatz erfasst.

Im unteren Abschnitt des Formulars wird die Rekonstruktivität der Aussagen erfasst. In diesem Bereich werden etwaige Erinnerungsfiguren bzw. Zeitinseln wie auch deren Zeitrahmen erfasst. Hierfür steht sowohl ein Dropdown-Menü als auch ein freies Textfeld für die Erfassung der Vergangenheitsbezüge zur Verfügung. Erst im Zuge der Analyse wurde deutlich, dass eine Kategorisierung von Erinnerungsfiguren für die Bearbeitung der Forschungsfragen nicht relevant ist (Abbildung 4.e „PQ1 Analyse Erinnerungsfiguren und Zeitinseln“). Zudem lassen die Aussagen eine klare Abgrenzung von Erinnerungsformen nicht zu. Der Prozess zur Analyse der Rekonstruktivität musste daher an die Eigenschaften der Primärquellen angepasst werden. Diese Entwicklung wird im Folgenden besprochen. Das entsprechende Dropdown-Menü wurde aufgrund der fortgeschrittenen Datenerfassung beibehalten und kann daher diskutiert werden.

Die Felder „Erinnerungsfiguren und Zeitinsel***“ dienen zur Erfassung der Vergangenheitsbezüge in den Aussagen. Anfangs wurde diese Begriffe sehr gegenständlich interpretiert. Deshalb wurden Unterkategorien eingeführt, um die konkreten Vergangenheitsbezüge zu beschreiben. Dazu gehörten Narrative, Ereignisse, Daten/Epochen, Symbole, Personen, Orte oder Praktiken bzw. Rituale. Bald stellte sich heraus, dass diese Kategorien erstens unvollständig waren (man denke an Objekte, Lieder, Bilder usw.) und zweitens unwesentlich für das vorliegende Forschungsvorhaben. Eine der Thesen, die im Rahmen dieses Projekts entwickelt wurden, lautet daher, dass sich Erinnerungsfiguren oder Zeitinseln nicht in starren Kategorien bündeln lassen. Diese Erkenntnis trat in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium ein, als die Datenbank bereits konzipiert war. Die Unterkategorien im Dropdown-Menü wurden im Analyseformular nicht entfernt, da sie keinen Einfluss auf die Ergebnisfindung hatten. Dennoch waren diese Überlegungen fruchtbar, denn die Schwierigkeit, in der Mehrdeutigkeit vieler Aussagen einen Vergangenheitsbezug zu erkennen, hat zu einer sehr genauen Beobachtung geführt.

Eine Aussage kann hinsichtlich ihrer Rekonstruktivität mindestens vier Kategorien entsprechen: Kein Vergangenheitsbezug, explizit-bestimmt, explizit-unbestimmt und explizit-unbestimmbar. Explizit-bestimmt ist eine Aussage, wenn ein konkreter Bezug zur Vergangenheit formuliert wurde. Im besten Fall ist dieser sogar im Text zeitlich bestimmt und als Erinnerungsfigur erfassbar. Die explizit-bestimmbaren Erinnerungsfiguren werden im freien Textfeld eingetragen, es besteht die Möglichkeit im Dropdown-Menü eine oder mehrere Unterkategorien

¹² PQ1 AfD Aussagen-ID 400/Programm 2016/S. 42.

¹³ Wodak, Politikwissenschaft und Diskursanalyse (Wien, Köln, Weimar 2001) S. 80-83.

zuzuweisen. Zu den explizit-bestimmbaren Vergangenheitsbezügen gehören beispielsweise die „Curia Confoederationis Helveticae“¹⁴ oder der Bundesbrief von 1291.¹⁵

Das Vergleichskriterium „vage“ kennzeichnet Vergangenheitsbezüge, zwar explizit, aber unbestimmt sind. Die epistemische Unklarheit machte diese Aussagen zunächst unvergleichbar. Die Beschlagwortung als „vage“ dient deshalb zur Markierung von Formen der unspezifischen Rekonstruktivität. Diese Unbestimmtheit kann sowohl zeitlich als auch inhaltlich sein und betrifft oft Erinnerungsfiguren mit starker Symbolkraft. Ein Beispiel hierfür ist folgende Aussage:

„Jeder hat ein unveräußerliches Menschenrecht auf Heimat. Sie gewährt Geborgenheit und Rückhalt in einer vertrauten Umgebung und durch das Gefühl, nicht allein zu sein, sondern einer Gruppe anzugehören, die durch Geschichte, Sprache und Kultur zusammengewachsen ist und füreinander einsteht.“¹⁶

„Die Identität Österreichs ist durch eine Vielfalt und Vielzahl regionaler Identitäten geprägt. Die Bevölkerung Österreichs hat nach leidvollen historischen Erfahrungen ihren Willen zur Zusammengehörigkeit im Rahmen regionaler Eigenständigkeiten bekundet.“¹⁷

Einige dieser vagen Formulierungen lassen einen großen Interpretationsspielraum zu. Durch die Beschlagwortung der unbestimmten Bezugsform kann diese Strategie bei der Datenauswertung berücksichtigt werden. Auf diesem Weg konnten auch explizite aber unbestimmbare Vergangenheitsbezüge gekennzeichnet werden. Hierfür dient das Schlagwort „abstrakt“. Abstrakte Vergangenheitsbezüge können zeitlich nicht erfasst werden und beziehen sich auf mythologische bzw. fiktive Erinnerungsfiguren. Deshalb besitzen sie sowohl die Eigenschaften der konkreten wie auch der vagen Formen. Im Fall der vorliegenden Quellensammlung betrifft dies mehrheitlich Aussagen mit Bezug zum Alten Testament (Schöpfungsgeschichte). Mithilfe dieses Kriteriums können Unterschiede zu den anderen Formen berücksichtigt werden.

„Die Trennung von Kirche und Staat soll nicht verschleiern, dass ein durch den christlichen Glauben geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und auch leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.“¹⁸

¹⁴ PQ1 SVP Aussagen-ID 642/Wahlprogramm 2007-2011/S. 10.

¹⁵ PQ2 SVP Aussagen-ID 154.

¹⁶ PQ1 REP Aussagen-ID 517/Programm 2002/S. 14.

¹⁷ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 14/Programm 2005/S. 3.

¹⁸ PQ1 SVP Aussagen-ID 966/Programm 2015-2019/S. 91.

Bei einigen Aussagen wurde deutlich, dass ein fehlender Vergangenheitsbezug den Kontext direkt beeinflusste:

„Jedem Menschen gebührt grundsätzlich Achtung und Respekt vor seiner Persönlichkeit. Niemand hat das Recht, durch Zwang oder Gewalt die körperliche Unversehrtheit und geistige Integrität des Menschen zu verletzen und dadurch seine Würde anzutasten. Niemand darf nur auf Grund seiner Überzeugungen, Anschauungen und Auffassungen verfolgt werden.“¹⁹

Aussagen, die keinen Bezug zur Vergangenheit herstellen, werden mit dem Schlagwort „nein“ markiert. Die negative Beschlagwortung hat im Kontext der Rekursivität mehrere Bedeutungen. Diese Beobachtung hat sowohl das Datenbank-Design als auch das Analyseverfahren nachhaltig beeinflusst. Die verschiedenen technischen Möglichkeiten des Formulars mussten gegeneinander abgewogen werden: kein Eintrag im entsprechenden Feld, eine numerische Lösung „Null“ oder eine semantische Lösung. In der Datenbank entspricht die Zahl „Null“ der Bedeutung „keine Daten vorhanden/Daten nicht verfügbar“. Kein Eintrag im entsprechenden Feld bedeutet „Eintrag gelöscht bzw. Datensatz verwaist“. Aus diesem Grund habe ich mich für die semantische Lösung entschieden. So können fehlende Vergangenheitsbezüge auch abgefragt werden. Das ist wichtig für die Beurteilung, ob und wann diese relevant für die Beantwortung der Forschungsfragen sind.

Im Feld „Zeitraumen“ werden Erinnerungsfiguren und Zeitinseln zeitlich erfasst. Handelt es sich um explizit bestimmte Vergangenheitsbezüge, werden diese gemäß den Angaben der Aussage selbst datiert. Findet keine zeitliche Kontextualisierung oder Präzisierung in der Primärquelle statt, so kann das offizielle – also wissenschaftlich unumstrittene – Datum hier eingetragen werden (z.B. „Moskauer Memorandum“ 1955²⁰). Kommen mehrere Vergangenheitsbezüge in einer Aussage vor, werden sie einzeln datiert und mit dem Semikolon „;“ getrennt. Zeitspannen werden mit einem Bindestrich „-“ beschrieben. Für vage, abstrakte oder negative Aussagen wurde die semantische Lösung eingehalten (Abbildung 4.f „PQ1 Analyse Zeitraumen“). Ein prospektiver Zeithorizont wurde nicht berücksichtigt und kommt innerhalb der Aussagensammlung selten vor.²¹

Im unteren Formularbereich werden die Aussagen zitiert (Abbildung 4.g „PQ1 Analyse Zitation“). Die Zitation erfolgt gemäß dem Textaufbau der Primärquelle und berücksichtigt Informationen zur Seite (Pagina), zu Unterüberschriften und Absätzen. Das war notwendig, da einige Quellen stichwortartig aufgebaut wurden oder eine ungewöhnliche Textgliederung aufweisen. Bei der Gestaltung der Zitation wurden diese Eigenschaften berücksichtigt. Im Textfeld „Seite“ wurde für jede Aussage die entsprechende Seitennummer angeführt. Im Feld „Kapitel“ wurde die Kapitelnummer eingetragen und unter „Kapiteltitel“ findet sich die entsprechende Kapitelbezeichnung. Da Kapitel üblicherweise durch Überschriften gegliedert werden, können diese im Feld „Untertitel“ festgehalten werden. Das „Absatz“-Feld dient zur Nummerierung und hängt von der Textgliederung ab. Enthält ein Kapitel mehrere Überschriften, dann bezieht sich die Angabe der Absatznummer auf die unterste Ebene der Textgliederung, wie beispielsweise „PQ1 Partei Aussagen-ID/Quellenname/Seite/Kapitel/(ev.) Untertitel/Absatz“.

Die vorliegende Lösung kommt der ersten Normalform nach: „Die erste Normalform fordert die Atomisierung der Daten, also das Aufteilen der kleinsten sinnvollen Information in je ein Datenfeld.“²² Die gewählten Vergleichselemente ermöglichen eine Beschreibung der Rekonstruktivität mittels differenzierter

¹⁹ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 8/Programm 2005/S. 2/Artikel 2/Abs.1.

²⁰ PQ1 FPÖ Aussagen-ID 51/Programm 2005/S. 9-10.

²¹ PQ1 AfD Aussagen-ID 327-328, 366.

²² Hölscher, Microsoft Access 2013 (Köln 2013) S. 178-182.

Beschlagwortung. Nur so können mehrdeutige, unpräzise oder fehlende Vergangenheitsbezüge erfasst und abgefragt werden. Das ist wichtig, um zu verstehen, wie sich das Verhältnis von Erinnern und Vergessen gestaltet.

Analyse der zweiten Primärquellengruppe (PQ2)

Nach den gleichen Vorgaben wurde auch das Analyseformular für die zweite Primärquellengruppe (PQ2) entworfen. Der Aufbau wurde nur geringfügig angepasst. Auch in diesem Fall wurde keine Reihenfolge für das Ausfüllen vorgegeben, lediglich die Verknüpfung zur Quelle (Feld „Quellenname“) muss geben sein. Die Felder und Funktionen wiederholen sich, wie aus der Abbildung 5 „PQ2 Analyse Formularansicht“ ersichtlich ist. Daher ist es nicht notwendig, diese nochmal im Detail zu erläutern.

ABBILDUNGEN ZUR DATENBANK

ABBILDUNGEN ZUR DATENBANK

Anhang der Abbildungen betreffend detaillierte Erläuterung der relationalen Datenbank, die für die Generierung der empirischen Datengrundlage der vorliegenden Dissertation entworfen wurde.

Abbildung 1 „Beziehungsstruktur“

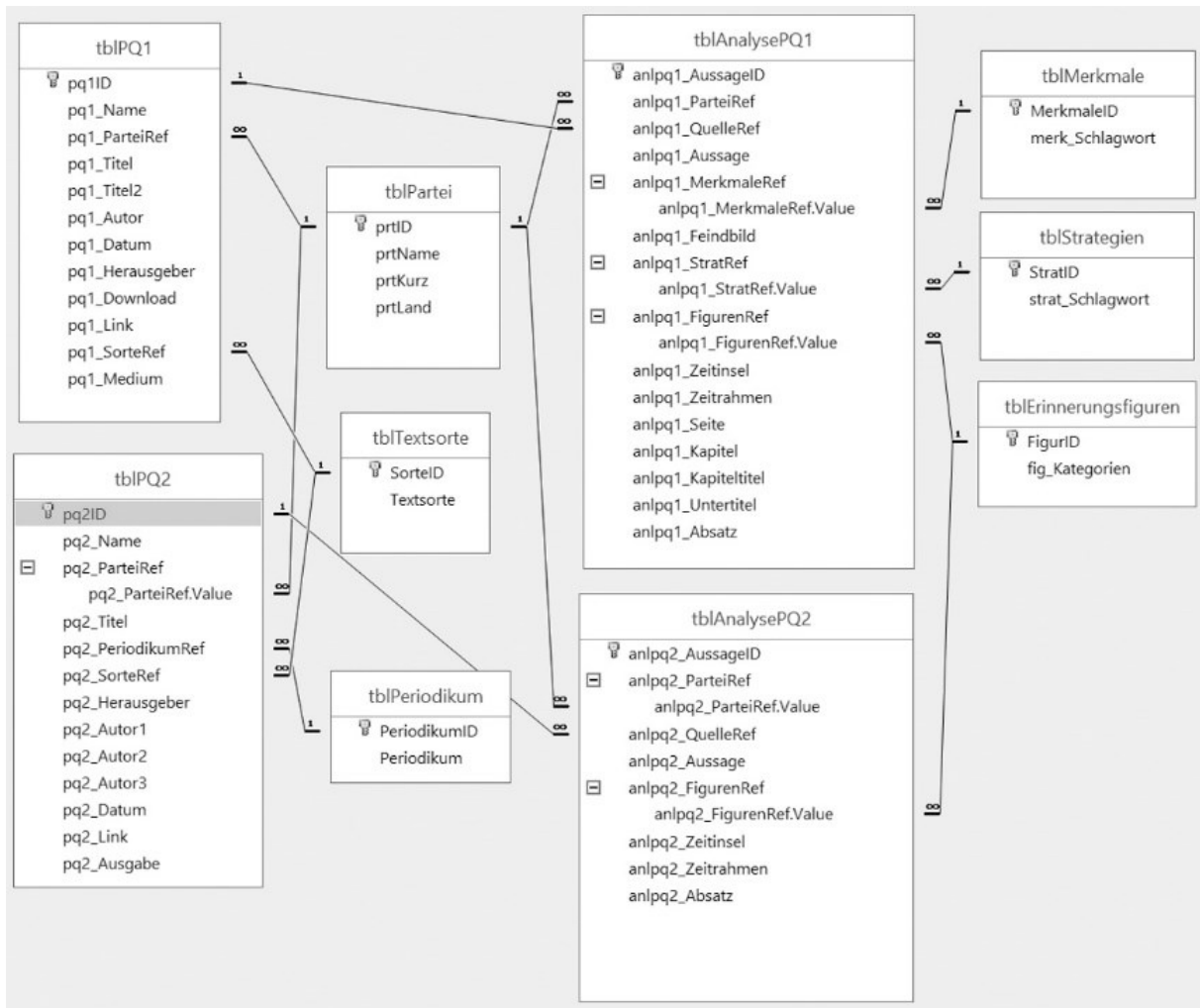


Abbildung 2.a „PQ1 Beschreibung Formularansicht“

PQ1 Beschreibung

Beschreibungsformular PQ1

Quellenbeschreibung

PQ 1 ID: 14

Partei: Medium:

Quellenname: Datum:

Land: ISO Code: Textsorte:

Titel:

Titel-Zusatz:

Autor:innen:

Herausgeber:

Download-Datum:

Link/s (extern):

andere
Artikel
Bericht
Festschrift
Flugblatt
Kommentar
Parteiprogramm
Positionspapier
Rede
Report
Wahlprogramm

Abbildung 2.b „PQ1 Beschreibung Entwurfsansicht“

Feldname	Felddatentyp	Beschreibung (optional)
pq1_ID	AutoWert	
pq1_Name	Kurzer Text	
pq1_ParteiRef	Zahl	
pq1_Titel	Langer Text	
pq1_Titel2	Langer Text	
pq1_Autor	Kurzer Text	
pq1_Datum	Kurzer Text	
pq1_Herausgeber	Kurzer Text	
pq1_Download	Kurzer Text	
pq1_Link	Langer Text	
pq1_SorteRef	Zahl	
pq1_Medium	Kurzer Text	

Felddatentypen

Allgemein	Nachschlagen
Feldgröße	Long Integer
Format	Standard
Beschreibung	
Indiziert	Ja (ohne Duplikate)
Textausrichtung	Standard

Abbildung 2.c „PQ1 Beschreibung Datenblattansicht“

anlpq1_Aus	anlpq1_Par	anlpq1_Qu	anlpq1_Aus	anlpq1_Mer	anlpq1_Fei	anlpq1_Str	anlpq1_Fig	anlpq1_Zeit	anlpq1_Zeit	anlpq1_Seit	anlpq1_Kap	anlpq1_Kap	anlpq1_Unt	anlpq1_Abs
1 FPOe	AT_FPOe_Pro:Abhängigkeit	nein	überbordende negative Sie-G	nein	nein	nein	nein	1	1	1	1	1	Freiheit als ht Artikel 1	3
2 FPOe	AT_FPOe_Pro:Freiheit steht Primordialism	nein	positive Wir-G	nein	nein	nein	nein	1	1	1	1	1	Freiheit als ht Artikel 2	1
3 FPOe	AT_FPOe_Pro:Es entspricht inklusiv; Prim	nein	positive Wir-G	nein	nein	nein	nein	1	1	1	1	1	Freiheit als ht Artikel 2	2
4 FPOe	AT_FPOe_Pro:Familie und V-inklusive; Prim	nein	positive Wir-G	nein	nein	nein	nein	1	1	1	1	1	Freiheit als ht Artikel 2	5
5 FPOe	AT_FPOe_Pro:Die Stellung d inklusiv; Perei	nein	Attribute/Pra abstrakt; Nar	Schöpfung	abstrakt	2	2	2	2	2	2	2	Die Menschen Artikel 1	1
6 FPOe	AT_FPOe_Pro:Der Mensch h inklusiv; Bezu	Euthanasie; M	Gleichsetzung	nein	nein	nein	nein	2	2	2	2	2	Die Menschen Artikel 1	2
7 FPOe	AT_FPOe_Pro:Sein Geist, se inklusiv; Perei	nein	Attribute/Pra abstrakt; Nar	Schöpfung	abstrakt	2	2	2	2	2	2	2	Die Menschen Artikel 1	3

Abbildung 3.a „PQ2 Beschreibung Formularansicht“

PQ2 Beschreibung

Beschreibungsformular: Primärquellengruppe 2 (PQ2)

Quellenbeschreibung

PQ 2 ID: 68

Partei: Textsorte:

Quellenname: Datum:

Periodikum: Ausgabe:

Herausgeber/
Verlag:

Autor:innen/
Körperschaften:

Titel:

Link/s (extern):

Abbildung 3.b „PQ2 Beschreibung Entwurfsansicht“

Feldname	Felddatentyp
pq2_ID	AutoWert
pq2_Name	Kurzer Text
pq2_ParteiRef	Zahl
pq2_Titel	Langer Text
pq2_PeriodikumRef	Zahl
pq2_SorteRef	Zahl
pq2_Herausgeber	Kurzer Text
pq2_Autor1	Kurzer Text
pq2_Autor2	Kurzer Text
pq2_Autor3	Kurzer Text
pq2_Datum	Kurzer Text
pq2_Link	Langer Text
pq2_Ausgabe	Zahl

Abbildung 4.a „PQ1 Analyse Formularansicht“

PQ1 Analyse

Analyseformular PQ1

PQ1 ID: 13

Partei: [Musterpartei] Medium: PDF

Quellenname: Parteiprogramm der Musterpartei Datum: 01.01.2001

Aussagenanalyse PQ1 Aussagen ID: 978

Weit hinten, hinter den Wortbergen, fern der Länder Vokalien und Konsonanten leben die Blindtexte. Abgeschieden wohnen sie in Buchstabenhäusern an der Küste des Semantik, eines großen Sprachozeans. Ein kleines Bächlein namens Duden fließt durch ihren Ort und versorgt sie mit den nötigen Regellilien. Es ist ein paradiesmatisches Land, in dem einem gebratene Satzzeile in den Mund fliegen. Nicht einmal von der allmächtigen Interpunktion werden die Blindtexte beherrscht – ein geradezu unorthographisches Leben. Eines Tages aber beschloß eine kleine Zeile Blindtext, ihr Name war Lorem Ipsum, hinaus zu gehen in die weite Grammatik. Der große Dumox riet ihr davon ab, da es dort wimmelte von bösen Kommata, wilden Fragezeichen und hinterhältigen Semikoli, doch das Blindtextchen ließ sich nicht beirren.

Distinktionsmerkmale

territorialer Bezug

Rhetorische Strategien

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung

böse Kommata, wilde Fragezeichen und hinterhältige Semikoli

Erinnerungsfiguren und Zeiteinseln

vage

die allmächtige Interpunktion; eine kleine Zeile Blindtext (Lorem Ipsum), der große Dumox.

Zeitraumen

vage

Zitation

Titel: Parteiprogramm der Musterpartei

Seite: 1 Kapiteltitel: Erstes Kapitel

Kapitel: 1 Untertitel: Einleitung

Absatz: 1

Abbildung 4.b „PQ1 Analyse Entwurfsansicht“

Feldname	Felddatentyp
anlpq1_AussageID	AutoWert
anlpq1_ParteiRef	Zahl
anlpq1_QuelleRef	Zahl
anlpq1_Aussage	Langer Text
anlpq1_MerkmaleRef	Zahl
anlpq1_Feindbild	Kurzer Text
anlpq1_StratRef	Zahl
anlpq1_FigurenRef	Zahl
anlpq1_Zeitinsel	Langer Text
anlpq1_Zeitraumen	Kurzer Text
anlpq1_Seite	Kurzer Text
anlpq1_Kapitel	Kurzer Text
anlpq1_Kapiteltitel	Kurzer Text
anlpq1_Untertitel	Kurzer Text
anlpq1_Absatz	Kurzer Text

Abbildung 4.c „Distinktionsmerkmale Formularansicht“

PQ1 Analyse

Analyseformular PQ1

PQ1 ID: 13

Partei: [Musterpartei] Medium: PDF

Quellenname: Parteiprogramm der Musterpartei Datum: 01.01.2001

Aussagenanalyse PQ1 Aussagen ID: 978

Distinktionsmerkmale

☐ nein
☐ inklusiv
☐ exklusiv
☐ selektiv
☐ diskriminierend
☐ Primordialismus
☐ Perennialismus
☐ essentialismus
☐ territorialer Bezug
☒ kultureller Bezug
☐ religiöser Bezug
☐ Bezug zu Geschlecht/Gender
☐ Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

OK Abbrechen

Abbildung 4.d „Rhetorische Strategien Formularansicht“

Rhetorische Strategien

▼

- ☒ nein
- ☐ positive Wir-Gruppe
- ☐ negative Sie-Gruppe
- ☐ Kollektivbezeichnungen
- ☐ Attribute/Praedikate
- ☐ Gleichsetzung/Vergleich
- ☐ rhetorische Figur (Metapher, Topos)
- ☐ moralische Verbindlichkeiten

OK Abbrechen

Abbildung 4.e „PQ1 Analyse Erinnerungsfiguren und Zeitinseln“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln

vage

▼

die allmächtige Interpunktion; eine kleine Zeile Blindtext (Lorem Ipsum), der große Oxmox

- ☐ nein
- ☒ vage
- ☐ abstrakt
- ☐ Narrativ
- ☐ Ereignis
- ☐ Datum/Epoche
- ☐ Symbol
- ☒ Person
- ☐ Orte
- ☐ Praxis/Ritual

OK Abbrechen

Abbildung 4.f „PQ1 Analyse Zeitrahmen“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln

vage; Person

▼

Zeitrahmen

vage

Abbildung

die allmächtige Interpunktion; eine kleine Zeile Blindtext (Lorem Ipsum), der große Oxmox

Abbildung 4.g „PQ1 Analyse Zitation“

Zitation

Titel		Parteiprogramm der Musterpartei	
Seite	1	Kapiteltitle	Erstes Kapitel
Kapitel	1	Untertitel	Einleitung
		Absatz	1

Abbildung 5 „PQ2 Analyse Formularansicht“

PQ2 Analyse

Analyseformular

PQ2 ID

68

Partei

Musterpartei

Textsorte

Bericht

Quellenname

ISO_MU_Ber06061966

Periodikum

Magazin

Aussagenanalyse

PQ2 Aussagen ID

197

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln

Zeitraumen

Absatz

Zitation

Titel

Mustertitel

Unternehmen

Mustermagazin

Autor:innen/
Körperschaften

Autorin1

Autor2

Datum

06.06.1966

Link

TABELLEN

TABELLEN ZU DEN KAPITELN 2-4

Anhang zu den Tabellen des zweiten, dritten und vierten Kapitels bezüglich der erinnerungskulturellen Vergleichskriterien.

TABELLEN ZU KAPITEL 2.1: DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Kapitel 2.1.b: Vergangenheitsbezüge der „Alternative für Deutschland“ (ohne Übereinstimmung)

Tabelle 4 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 AfD	PQ2 AfD
Datensätze gesamt	974	195	288	55
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	127	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2

Tabelle 4.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der AfD ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen			Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	AfD	
				PQ1	PQ2
14.-16. Jhdt.			Renaissance	405	
16.-17. Jhdt.			Reformation	428	
1756-1763			Siebenjähriger Krieg 1756-1763		60
1758	1824		Lied: Ode an die Freude (Friedrich Schiller/1758; Ludwig van Beethoven/1824)		111
1806/1807			Preußisch-russische Kriegskoalition 1806/1807 (Vierter Koalitionskrieg)		60
1813			Völkerschlacht von Leipzig 16.-19.10.1813		60
1824			Ludwig van Beethoven 1824		111
1838-1875	vage		Hermannsdenkmal (1838-1875; Ernst von Bandel), Hermanns-Treffen;		83-85
1844-1900			Friedrich Nietzsche (1844-1900)		111
1848	1871	1919	Verfassungstraditionen von 1848, 1871 und 1919	341	
1850			Bismarcks Rede von 1850		62
1871-1890	1850		Otto von Bismarck (1815-1898; Reichskanzler 1871-1890);		58, 61-62
1913-2000			Gesetze: Staatsangehörigkeitsrecht, Abstammungsprinzip vor 2000	372, 464	
1926-1945			Nationalsozialismus: Hitlerjugend (1926-1945)		75, 81
1933-1945			Lied: Text von "Heil Hitler Dir"		98
1937-1945	2017		Nationalsozialismus: KZ Buchenwald (1937-1945)		85
1943			Alain de Benoist (geb. 1943)		189-190
1945			Nachkriegszeit (ab 1945)	255, 483	
1945			Nationalsozialismus: Siegermächte (Zweiter Weltkrieg)	380	79
1949			Artikel 20 Grundgesetz (GG)	225	
1949-1963			Freiburger Schule der Nationalökonomie: Walter Eucken (1891-1950), Alfred Müller-Armack (1901-1978), Wilhelm Röpke (1899-1960), Ludwig Ehrhard (1897-1977)	465	
1949-2016			Wirtschaftswunder, Deutschland	330	
1950-1990			Stasi (Ministerium für Staatssicherheit 1950-1990)		56
1951			„Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (seit 1951)		77
1954-2014			CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire/European Council for Nuclear Research)	297	

1956			Bundeswahlgesetz (BWahlG/1956)	223, 224	
1956			Pariser Club (seit 1956)	249	
1957	1993		EWG-Vertrag 1957; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993)	(227, 234, 294), 356, 359, (449)	
1957			Generationenvertrag (Wilfried Schreiber)	216	
1957			Römische Verträge 1957	316	
1972	2006		Gesetze: Tierschutzgesetz TierSchG § 4	478	
1979-1998			Europäischen Währungssystem (EWS/1979-1998)	244, 245	
1984			Metapolitik (Benoist „Aus rechter Sicht“, 1984)		189-190
1984			Nouvelle Droite (Neue Rechte; Benoist „Aus rechter Sicht“, 1984)		189-190
1987-2014			ERASMUS-Programm (Beschluss des Europäischen Rates vom 15.06.1987, 87/327/EWG)	294	
1989			Annexion (AfD: durch die USA seit 1989)		68
1990			Kairoer Erklärung vom 4.8.1990	410	
1993			GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, geregelt u.a. im Vertrag von Maastricht 1992/1993)	267	
1994			Liederbuch „Der Schlachtruf“ (Hg. Alexander Wolf 1994)		80-82
1996-2009			Gesetze: Arbeitnehmer Entsendegesetz (AEntG/alte Fassung 1996/aktuell seit 2009)	276	
2000-2014			Gesetze: Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG seit 2000)	303	
2001	2004		Single European Sky	308	
2003			UNO Anti-Korruptions-Charta der UN (2003)	269	
2003			Vertrag von Nizza (2003)	227, 449	
2005			Volksabstimmungen, Frankreich und den Niederlanden von 2005	354	
2006			Vorratsdatenspeicherung (Richtlinie 2006/24/EG)	310	
2008			Target-Salden-Ausuferung 2008	361	
2008	2009		UNO Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (2008/Deutschland: 2009)	427	
2009			Eurokrise (seit 2009)	199, 202, 206, 210, 214	
2009			SWIFT-Abkommen 2009	311, 471	
2010			Griechenland-Anleihen (2010)	253	
2011			Europäische Bürgerinitiative (in Kraft: 2011)	261-262	
2011			Kirchhof-Vorschlag	213	
2011			LIBOR-Manipulationen (2011)	252	
2011			TARGET 2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System/2011)	248	
2012			Bankenunion (seit 2012)	232, 238, 246, 250, 251, 263, 321, 362	
2012			Outright Monetary Transactions (OMT/seit 2012)	314, 362	
2013			CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement)	466	
2013			FACTA (Foreign Account Tax Compliance Act)	471	
2013			NSA-Datensammlung (seit 2013)	266	
2013			Trade in Services Agreement (TiSA)	466	
2013			TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership, seit 2013)	270, 466	
2017	vage		Kongress/Tagung „Freiheit für Europa“ (Koblenz 2017)		110

Tabelle 4.b „Vage Vergangenheitsbezüge der AfD ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	AfD	
			PQ1	PQ2
vage		Bismarck'sche Rückversicherungspolitik (gegenüber Russland) ohne antipolnische Spitze (Teilungen Polens: 1771; 1793; 1795; 1815)		61
vage		Deutsche Außenpolitik seit 1945		59
vage		Europäische Einigung	231, 356	
vage	1952	Europäischer Gerichtshof	418	
vage		Externsteine (Detmold)		74
vage		Geschichtsbild: Weltgeschichte		57
vage	19. Jhdt.	Humboldt'sches Bildungsideal (Der Königsberger und der Litauische Schulplan, 1809)	420	
vage		Leugnung des Klimawandels	473	
vage		PISA-Studien	218	
vage		Republikaner-Vergleich		57
vage		Römer; römisches Recht; römische Warmzeit	405, 474	111
vage		Schnellroda; Rittergut Schnellroda/Sachsen-Anhalt; neurechte Burgenromantik		180
vage		Teutoburger Wald (auch Wiehengebirge)		74, 83-85
vage	2016	Völkischer Maitanz		63-66
vage		Volksgemeinschaft: völkische Siedler		65, 76, 179-180
vage		Volkstanz, traditionell		63-66

Tabelle 4.c „Abstrakte Vergangenheitsbezüge der AfD ohne Übereinstimmung“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln	PQ2 Aussagen-ID
das Christliche Gottesreich	67
Protokolle der Weisen von Zion; Holocaust-Leugner-Dissidenten-Vergleich; talmudische Ghetto-Juden; christliches Abendland	72, (187)

TABELLEN ZU KAPITEL 2.2: DIE REPUBLIKANER (REP)

Tabellen zu Kapitel 2.2.a/b: Vergangenheitsbezüge der „Republikaner“ (ohne Übereinstimmung)

Tabelle 6 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Die Republikaner‘ (REP)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 REP	PQ2 REP
Datensätze gesamt	974	195	141	16
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	85	16
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	56	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	44	4
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	1	0

Tabelle 6.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der REP ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	REP	
			PQ1	PQ2
1443-1950		Berliner Schloss (1443-1950)	543	
1700-1800		Deutscher Idealismus	485	
1749-1832	1808	Johann W. von Goethe (1749-1832; Faust 1808)		107
1762-1814		Johann Gottlieb Fichte (1762-1814)	485	
1770-1831		Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831)	485	
1775-1854		Friedrich Wilhelm Joseph Schelling (1775-1854)	485	
1788-1791	1793	Brandenburger Tor (Architekt: Carl Gotthard Langhans; 1788-1791); Quadriga (Entwurf: Johann Gottfried Schadow; 1793)	624	
1789		Revolutionsjahr 1789; Ende des absolutistischen Fürstenstaats; Entstehung des Nationalstaats	496	
1792-1806	1813-1815	Befreiungskriege; napoleonische Fremdherrschaft	485	
1808		Faust (J.W. Goethe/1808)		107
1848/49		Gründerväter der Bundesrepublik Deutschland; Kurt Schumacher (1895-1952); Ludwig Erhard (1897-1977)	487	
1892-1934	1921-1933	Gregor Strasser (1892-1934; NSDAP 1921-1933)		97
1933-1945		Lied-Text von "Heil Hitler Dir"		98
1933-1945		Widerstand (gegen verbrecherische Handlungen und totalitäre Staatsformen)	486	
1936-1943	1938-1942	Scharnhorst (1936-43) und Gneisenau (1938-1942)	516	
1943-1956		Bierut-Dekrete, Bolesław Bierut (politische Ära 1943-1956)	510, 513	
1945	1990/92	Nationalsozialismus: Beutekunst; verschleppte Kunstwerke und Kulturgüter seit 1945; Verhandlungen über Rückgabe von Beutekunst seit 1990/92	545	
1946-1990		SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, 1946-1990)	502	
1947		Wiederherstellung Preußens als Bundesland (Auflösung 1947/Kontrollratsgesetz Nr. 46)	504	
1948-2002		Wiedereinführung der D-Mark	598	

1949		Hermesdeckungen (seit 1949)	545	
1951		Goethe-Institute (seit 1951)	544	
1954		UNO Überleitvertrag von 1954	512	
1948-2002		Deutsche Mark/D-Mark (1948-2002)		100-101
1953		Deutsche Welle (seit 1953)	544	
1955	1986	Flaggen/Wappen: Flagge der Europäischen Union (seit Einführung durch Europarat 1955 bzw. 1986)	594	
1961		ZDF; Staatsvertrag zur Besetzung der Aufsichtsgremien des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF/seit 1961)	581	
1963-64		Ankara-Abkommen (1963/in Kraft: 1964); Assoziierungsabkommen mit der Türkei	522	
1971	1987-2011	Deutsche Volksunion, 1971 (DVU; zunächst „Deutsche Volksunion – Liste D“; Partei von 1987-2011)		109
1976-77	1958/2013	Gesetze: Ehescheidungsrecht, Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips im Ehescheidungsrecht (Abgeschafft im Ersten Gesetz zur Ehe- und Familienrechtsreform von 1976/BGB); Ehegattensplitting (Einkommensteuergesetz/EStG, §26, 1958/Gleichstellung für eingetragene Partnerschaften seit 2013)	535, 599, 602	
1981		Buch: "Ich war dabei" (Franz Schönhuber 1981)		106, 108
1983-1995	1995	Franz Schönhuber (Gründungs- und Vorstandsmitglied der Republikaner 1983-1995; Parteiaustritt 1995)		97-98, 106
1989-2007		PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus, 1989-2007)	502	
1990-1994		Treuhandanstalt (1990-1994)	503	
1996		Buch: "In Acht und Bann", Franz Schönhuber 1996		97
1996-98	vage	Rechtschreibreform (Orthographische Konferenz von 1901; gescheiterte Reform der deutschen Rechtschreibung von 1944; Rechtschreibreform 1996/98)	538	
1998		Recep Erdogan (unbekanntes Zitat 1998)	621	
2011		Gesetze: Atomausstieg, (13. AtG Novelle/2011)	585, 595	

Tabelle 6.b „Vage Vergangenheitsbezüge der REP ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	REP	
			PQ1	PQ2
vage		Entstehung einer Nation	485	
vage		Geschichtsbild: Geschichte der Parteien; Parteiengeschichte		94
vage		Kapitulation vor dem Englischen	544	
vage		Kirchenasyl	526, 567	
vage		Königsmörder		94
vage		Mitteldeutschland	500, 503-504	
vage		Opferentschädigung	502, 512	
vage		Reinheitsgebote Deutschlands	509	
vage		Springerstiefel		95
vage		Wiedereinführung von "Zuchthäusern" und "des alten Tatbestandes des Landfriedensbruchs"	529	

TABELLEN ZU KAPITEL 3: DIE FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)

Kapitel 3.b: Vergangenheitsbezüge der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (ohne Übereinstimmung)

Tabelle 5 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Die Freiheitliche Partei Österreichs‘ (FPÖ)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 FPÖ	PQ2 FPÖ
Datensätze gesamt	974	195	193	76
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	99	76
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	94	0
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	68	25
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	3	0

Tabelle 5.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der FPÖ ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen			Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	FPÖ	
				PQ1	PQ2
1237-1928	1952-2012	2012-2019	Hofburg Wien (ca. 1237-1928) WKR-Ball, Ball des Wiener Korporationsrings (1952-2012); seit 2013 Wiener Akademikerball		48-49
1635/36-1683			Kara Mustafa (1635/36-1683)		44
1683			Schlacht am Kahlenberg vom 12. September 1683		10-13
1683			Zweite Wiener Türkenbelagerung		10-13, 43
1809			Lieder: "Der gute Kamerad" 1809, Ludwig Uhland		163
1867			Gesetze: Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867	25	
1882			Linzer Programm 1882		173
1904-1993	1941-1945	?	Rozsi Braun (1904-1993)		14, 16
1914-1918	1939-1945		Heimkehrer (beider Weltkriege)		1-6
1914-1918	1939-1945		Kärntner Abwehrkampf, Ulrichsbergtreffen		1-6
1918	1934	1938-1945	Befreiung (mehrere Ereignisse): 1918 Befreiung von Monarchie, 1934 Befr. vom "Chaos der Demokratie", 1945 contra Befreiungs-Narrativ (Befr. vom "Faschismus"); Befr. von der "Selbstständigkeit" durch EU-Beitritt; "Katastrophe von 1945"		163, 191
1920-2005	1920-1945		Artikel 8/Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG 1920, 1930, 1945, geändert durch BGBl. I Nr.81/2005)	65	
1922-1969/72			Südtiroler Freiheitskampf (1922-1969/72)		33
1933			Symbol: Judenstern (Kennzeichnungspflicht seit 1933)		46
1933-1945			Symbol: 88; HH (Heil Hitler)		7-9
1933-1945			Symbol: Sieg-Heil		(25-26, 36)

1933-1945			Konzentrationslager, polnische Vernichtungslager (NS-Vergleich)		29
1934			Ständestaat, Austrofascismus, „Kleriko-Faschismus“		163
1938-1945			KZ Mauthausen (1938-1945)		32
1938-1945			Großdeutsches Reich 1938-1945		28, 31
1946			Amnestiegesetze (Straffreistellungsgesetz; tschechoslowakisches Parlament vom Mai 1946)	124	
1943-1945			AVNOJ-Bestimmungen (1943-1945)	124	
1943-1945			KZ Bergen-Belsen (1943-1945)		15
1943-1945			KZ Ebensee (1943-1945)		(25)
1944			Arbeitslager Gerasdorf (1944)		14-17
1945			Böhmen, Tschechien		164-165
1945-1946	1946-1949		Nürnberger Prozesse (1945-1946; 1946-1949)		51
1945/47			Gesetze: Verbotsgesetz (StGBI. Nr. 13/1945; 1945/1947; BRD: Kühnen-Gruß Verbotungsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983)		30, 34, 36
1950-2008	1979-1999		Jörg Haider (1950-2008); Abgeordneter der FPÖ 1979-1999		22, 192
1954			Kameradschaft IV (seit 1954)		42
1955			Moskauer Memorandum (1955)	50, 51	
1965	1992		Flaggen/Wappen: Linz		172
1989			Gottfried Küssel		37
1989			Herbert Schweiger (SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler)		37
1989	1964		Norbert Burger (NDP-Chef)		37
1990			Gau-Appell 1990		36
1990			Liste „Nein zur Ausländerflut“		38, 41
2001			New York (auch Washington, Pentagon), 11. September 2001 Ereignis: Terroranschlag 11. September 2001		166
2002			Kellernazi-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichts (EMRG) in Straßburg (28.11.2002, Bsw. 39394/98)		41
2002	vage		Sonnwendfeier 21.06.2002 bei Familie Rosenkranz in Seebarn am Wagram		41, 163-164
2003			Entschließung des Europäischen Parlaments zum 11. Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg	52	
2005			Steine der Erinnerung (Österreich: seit 2005)		18

Tabelle 5.b „Vage Vergangenheitsbezüge der FPÖ ohne Übereinstimmung“

Zeiträumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	FPÖ	
			PQ1	PQ2
vage		Altösterreich, das alte Österreich	17, 120	
vage		Geschichtsbild: Geschichtsaufarbeitung; Fehler der Geschichte		165
vage		Kelten (Mythos)		163, 168
vage		Massenuniversität	78	

vage		Mauer; Eine Mauer errichten zwischen Staaten		167
vage		Tradition: „zu sehen, wer tatsächlich Böses zu verantworten hat“		167
vage		Volkserhalt		166, 168
vage		Wehrbereitschaft		168

TABELLEN ZU KAPITEL 4: DIE SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

Tabellen zu Kapitel 4.b: Vergangenheitsbezüge der „Schweizerischen Volkspartei“ (ohne Übereinstimmung)

Tabelle 7 „Datensätze zur Rekonstruktivität der Partei ‚Schweizerische Volkspartei‘ (SVP)“

Rekonstruktivität	PQ1 gesamt	PQ2 gesamt	PQ1 SVP	PQ2 SVP
Datensätze gesamt	974	195	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	267	64
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	2	0

Tabelle 7.a „Zeitinseln und Erinnerungsfiguren der SVP ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	SVP	
			PQ1	PQ2
1291		Bundesbrief 1291	747, 751	113-114, 154-157
vage	Mittelalter	Symbol: Zehnte/Zehnt	662	
1307	1891, vage	Rütlichswur 1307		143, 178
1315	2015	Schlacht am Morgarten (15. November 1315/Gegner: Leopold von Habsburg)		156, 174, 178
1515	2015	Schlacht in Marignano (13./14. September 1515/Gegner: Franz I. Valois-Angouleme König von Frankreich)		156, 174-176, 178
1529		Kappeler Milchsuppe von 1529	755	
1667		Samuel Freiherr von Pufendorf	646	
1804	vage, Mittelalter	Wilhelm Tell (Friedrich Schiller, Erstaufführung 1804 Weimar)		117
1815		Wiener Kongress 1815		174-175, 178
1848	vage	Nationalratsaal im Bundeshaus, Bern	653	
1855		ETH Zürich (1855)	719, 819, 822	
1856-1956		George Bernard Shaw (Zitat unbekannt, 1856 –1956)	716	
1874-1965		Winston Churchill (1874-1965)		118
1894-1902		Bundesplatz bzw. Bundeshaus in Bern (Curia Confoederationis Helveticae; Bauzeit: 1894-1902; Architekt: Hans Wilhelm Auer)	642, 653-654, 752, 809	

1894-1902		Bundeshaus: Büste von General Henri Guisan (1874-1960)	809	
1897-1945	1933-1945	Joseph Goebbels; Vergleich: Goebbels-Stil		125
1902		Wandbild von Charles Giron "Wiege der Eidgenossenschaft" (1902) im Nationalratsaal;	653	
1905		Jacob Burckhardt	638	
vage	1915-2002	Peter Thomas Bauer (Zitat unbekannt, 1915-2002)	776	
1920-1923	1925-1945	Nationalsozialismus: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920-1923/1925-1945)		181
1933-1945		Nationalsozialismus: Rassenhygiene (Nationalsozialismus 1933-1945)		185
1936		Bundesbriefmuseum in Schwyz		155
1945		Karl Popper (Zitat: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1945)	846	
1945		UNO; Gründung der Vereinten Nationen	768	
1947-1989		Kalter Krieg (1947-1989)		141
1948		Verfassung der WHO (Weltgesundheitsorganisation)	729	
1957	1964	Karl Schmid, Prof. Dr.	644, 681	
1959	1990-2007	Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959); Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) vom 22. Juni 2005 (parlamentarischer Antrag auf Zustimmung zur 5. IV-Revision); 1990-2007	632, 713, 823, 826-827, 946	
1961-65	1996	Europäische Sozialcharta (ESC 1961/65, revidiert 1996; Schweiz nicht ratifiziert)	758	
1964		Patrouille Suisse	941	
1965	1995	UN-Rassendiskriminierungskonvention (1965; Schweiz 1994/95)	651, 758-759	
vage	seit 1980er Jahren	Pipilotti Rist (geb. 21.6.1962)	839	
1985		Gesetze: Verbandsbeschwerderecht (Beschwerderecht der Umweltschutzorganisationen, Artikel 55 und 55a-f des Umweltschutzgesetzes/USG 1983/85, Artikel 12 und 12a-g des Natur- und Heimatschutzgesetzes/NHG 1966/67, Artikel 28 des Gentechnikgesetzes/GTG 2003/04)	663, 764	
1989	1997	UN-Kinderrechtskonvention/UN-Konvention über die Rechte des Kindes (KRK/1989; Schweiz 1997)	651	
1992	1994	Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Abstimmung 1992/in Kraft: 1994	769, 877	
1994		Gesetze: Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994)	649, 759, 974, 977	126, 158, 160, 171
1995-2003		Armeereform; Armee 95 (1995-2003); Armee XXI (2003 Referendum); Entwicklungsschritt 08/11 (abgelehnt 2006); "Armee 21" (2003 Referendum)	690, 810, 939	
1995		Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (1995)	649, 759	126
1996		Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit (BK IZA/1996)	775	
1996		Friedrich August von Hayek (Zitat aus „Die Anmaßung von Wissen“, Tübingen 1996)	761	
1996	2001	Ruth Dreifuss (Zitat aus Tages-Anzeiger vom 6.10.1996 und Blick vom 7. 7. 2001)	728	

1998-1999		Alpenkonvention (1998; Schweiz 1999)	651	
2000-2003		Ruth Metzler, Bundesrätin	790	
2001		Doha-Runde (seit 2001) der Welthandelsorganisation (WTO)	812	
2002		Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und EU (in Kraft seit: 2002)	802	
2003		Rolf Maegli (Zitat aus Basler Zeitung, 17. 4. 2003)	725	
2004		Gary Becker, Nobelpreisträger	706	
2004-2007		Christoph Blocher, Bundesrat	631, 695-696, 773, 789-790, 918, 921	
2005		Truppeneinsatz im Mattenquartier (Bern), Unwetter 2005 (Bern)	687	
2005		Bashkim Berisha, Parkplatzmord 2005	787	
2005		Papst Benedikt XVI (Deus Caritas est, Enzyklika Teil II, Kap. 28b)	741	
2005		SUVA-Immobilien-Affäre	664-665, 886	
2005	vage	Trojanisches Pferd "Schengen" auf Tournee (2005)	654	
2006		Peter Ruch (Zitat aus Neue Zürcher Zeitung, 10.1. 2006)	739	
2006		Swiss Roots, 2006 (10.-30. Juni 2006 Museum für amerikanische Verfassungsgeschichte, Philadelphia)		155, 157
2006		Samuel Schmid, Bundesrat (2001-2008)	631, 689	
2007		Mike Eschmann (Breakout/Schweiz 2007)	839	
2008-2009		Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrätin	790	
2008-2013		Agrarfreihandelsabkommen zwischen der Schweiz und EU (FHAL/Verhandlung seit 2008)	812, 951	
2009		Ort: München, Überfall in München 2009	787	
2009		Natalie Rickli (Zitat aus Der Zürcher Bote, 27.4.2009)	781	
2009		Torsten Mann (Zitat: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009)	835, 837	
2009		Yvette Estermann (Zitat aus Zentralschweiz am Sonntag, 22.11.2009)	799	
2009		UNHCR (Statistiken 2009)	788, 794	
2009-2015		Ueli Maurer, SVP-Bundesrat	628, 809, 939	
2010		Alard du Bois-Reymond (Zitat aus NZZ am Sonntag, 11.4.2010)	791	
2010		Christoph Büchel (Raum für Sexkultur 2010/Secession Wien)	839	
2010		Silvia Blocher, (Ehefrau von Christoph Wolfram Blocher, Zitat: Die Weltwoche, 22.7.2010)	817	
2011		Messer-Attacke in Interlaken 15.08.2011		159
vage	2011	Lampedusa-Route	796	
2013		Kreatives Europa (Verordnung 2013/Abkommen 2004)	960	
2015-2016		Kölner Silvesternacht 2015/2016		143

Tabelle 7.b „Vage Vergangenheitsbezüge der SVP ohne Übereinstimmung“

Zeitraumen		Zeitinseln und Erinnerungsfiguren	SVP	
			PQ1	PQ2
vage		Armenhaus Europas	658, 747, 757, 865	
vage		Entwicklungshilfe, Geschichte der Entwicklungshilfe und der Schuldenerlasse	774	
vage		Fasnachtsverse	759	
vage		Geschichtsbild: sozialdemokratisches Jahrzehnt	743, 851	
vage		Gesetze: Aktienrecht	764	
vage		Kolonialzeit, Kolonialvergleiche	771, 774, 807	153
vage		Milizarmee, Miliztradition	683-684, 688, 690- 692, 807, 810, 864, 876, 937, 962	
vage		Nationalmythen, nationale Legenden, Mythologisieren der Nationalgeschichte; Vorratsspeicher an Erfahrungswissen		174-178
vage		NPD (seit 1964); NPD-Vergleich		121
vage		Polizeirapport, Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich	828	
vage		Röschti-Graben		138, 141
vage		Säulen der Schweiz: Unabhängigkeit, Föderalismus, Neutralität, Volksrechte und/oder direkte Demokratie	635, 645, 647, 650, 655, 753- 754, 865- 867, 870, 872, 878	
vage		Schweizer Messer	641	
vage		Staatsstreich		148
vage		Trachtengruppen, Trachtenkleidung	732, 735, 838, 962	
vage		Volkskirche	843	
vage		Volkskultur (versus Staatskultur)	730-734, 838, 957- 959, 961, 964	
vage		Wilhelm Tell (Friedrich Schiller, Erstaufführung 1804 Weimar); Apfelschuss		117, 178

TABELLEN ZU KAPITEL 5

Tabellen zu Kapitel 5: Übereinstimmende Vergangenheitsbezüge

Anhang zu den Tabellen des fünften Kapitels bezüglich der übereinstimmenden erinnerungskulturellen Vergleichskriterien.

Tabelle 1 „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Ideologie“

	PQ1 gesamt	davon AfD	davon FPÖ	davon REP	davon SVP
Datensätze aus PQ1 gesamt	974	288	193	141	352
Rhetorische Strategien gesamt	969	288	193	139	349
Nein	4	0	0	1	3
Wir-Gruppe	501	138	142	78	143
Sie-Gruppe	404	127	53	49	175
Kollektivbezeichnungen	26	6	10	2	8
Attribute/Prädikate	191	84	73	13	21
Gleichsetzung/Vergleich	410	88	52	75	195
Rhetorische Figuren (Metapher, Topoi)	842	268	175	90	309
Moralische Verbindlichkeiten	71	16	50	3	2
Distinktionsmerkmale gesamt	955	276	190	139	350
Nein	19	12	3	2	2
Inklusiv	326	97	77	62	90
Exklusiv	253	71	47	34	101
Selektiv	270	74	60	46	90
Diskriminierend	223	65	41	26	91
Primordialismus	57	16	25	7	9
Perennialismus	121	22	46	11	42
Essentialismus	78	19	16	15	28
Territorialer Bezug	403	129	69	62	143
Kultureller Bezug	645	130	107	96	312
Religiöser Bezug	82	16	20	18	28
Bezug zu Geschlecht und Gender	88	33	17	14	24
Gesellschaftsvertrag	89	29	21	7	32
Feindbild	647	186	86	87	288

Tabelle 2.a „Quantitative Übersicht der Datensammlung zur Rekonstruktivität“

Primärquellengruppe	PQ1	PQ2	Total
Summe der Datensätze	974	195	1169
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	363
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	806
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	354
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	8

Tabelle 2.b „Summe der Datensätze zu allen Vergleichsparteien“

Rekonstruktivität	Σ PQ1	Σ PQ2	AfD PQ1	AfD PQ2	FPÖ PQ1	FPÖ PQ2	REP PQ1	REP PQ2	SVP PQ1	SVP PQ2
Datensätze gesamt	974	195	288	55	193	76	141	16	352	65
Vergangenheitsbezug „ja“	612	194	161	55	99	76	85	16	267	64
Vergangenheitsbezug „nein“	362	1	127	0	94	0	56	0	85	1
Vergangenheitsbezug „vage“	274	80	49	32	68	25	44	4	113	28
Vergangenheitsbezug „abstrakt“	6	2	0	2	3	0	1	0	2	0

Tabelle 3.a „Übereinstimmende konkrete Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“

Zeitraumen			Erinnerungsfiguren und Zeitinseln	AfD		FPÖ		REP		SVP	
				PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2
1815/ 1848/ 1874/ 1999	1920/ 1929/ 1945/ 1995	1949	Gesetze: Verfassungsgesetze	198, 222, 223, 225, 275, 309, 329, 335, 341- 343, 346, 364, 383, 414, 432		65, 94, 95, 114, 139,		491- 495, 524, 547, 549, 563, 581, 620		628, 630, 643, 657, 659, 685, 712, 740, 760, 766- 767, 771, 811, 824, 840, 844, 857, 867- 868, 872, 892- 893, 951, 963, 968	145- 146, 148-150
1848			AfD: Revolutionen und Verfassungstradition von 1848 REP: Revolutionen von 1848 FPÖ: Revolutionsjahr 1848 SVP: Bundesverfassung von 1848, Staatsgründung	327, 341		82, 134		485, 487		643, 669, 868	
1933- 1945			Nationalsozialismus (1933- 1945); Hitler-Deutschland; NS-Propaganda;	409	56, 66, 70-71, 75-76, 80, 86- 87, 187- 188		14-18, 27, 30- 36, 38- 42, 47, 51, 169	486, 502, 512			(Ggs. 118), 124- 125, (Ggs. 141), 169, 181, (Ggs. 182), 183-185
1933- 1945			Adolf Hitler (auch Hitlerjugend, Hitler-Deutschland)		70, 81, 86,		7-9, 34, 37, 39- 41, 50, 52		98, 106		181
1933- 1945			Antisemitismus, antisemitische Äußerungen		188		20, 25, 170, 173		96		170, 173
1939- 1945	1941		Weltkrieg, Zweiter: NS Angriff auf Polen (1939), Kriegseintritt der USA (1941), Frankreich (1940) und Sowjetunion (1941), Feindstaatsklausel	196, 319, 380, 382	69-70, 87-88		1-6, 163-165	512, 516			141
1941- 1945			Holocaust/Shoah (1941-1945); Genozid an europäischen Juden		70, 186- 187		14-18, 27-32		105, 109		160
1941- 1945	2018		Verharmlosung/Verleugnung der Shoah; (AfD: Holocaust- Leugner-Dissidenten- Vergleich); "Vogelschiss"- Vergleich		72, 86- 87		25, 27- 32		104- 105, 108		171

1945/ 1948	1974		Menschenrechte, AEMR/UNO Menschenrechtsdeklaration, Charta der Vereinten Nationen (1948/in Kraft: 24. Oktober 1945; Schweiz 1974), EMK/EU	(Ggs. 230, 410)		13		512, 517, 619, 620-621		768, 782, 874, 917,	
1985/ 1995/ 1997	2004/ 2007	2004- 2013	Schengener Abkommen (1985/Inkrafttreten in Österreich 1997; BRD Unterzeichnung 1985/in Kraft seit 1995); Schengen-Erweiterung (2004/2007); EU-Ost- Erweiterung, Personenfreizügigkeit (Schweiz: Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)	260, 235, 307, 331		147		530, 572		654, 673, 784, 859, 919, 922, 927, 931, 934, 936	137, 139- 141, 152-153
1999	2009	2014	Gesetze: Bildungswesen; Bologna-Prozess (seit 1999), HarmoS-Konkordat (in Kraft: 2009), Lehrplan 21 (seit 2014); integrativer Unterricht (Behindertengleichstellungsgese- tz von 2002; Sonderpädagogik- Konkordat 2007)	205, 217, 219- 221, 290- 296, 420, 422, 426- 427		69-71, 78, 110- 111, 156, 158-159		537- 538, 577- 578, 617		627, 714- 719, 813- 819, 821- 822, 888, 942-944	
2003	2009, 2010	2014	Referendum; Abstimmung; Initiativen (Minarett-Initiative, in Kraft: 2009, Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung, in Kraft: 2014; Ausschaffungsinitiative Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2010; Quelle 2007)	225, 262, 334- 336, 354, 358			172	493, 508, 604		631, 660, 669, 690, 694- 695, 697, 709, 749, 782, 785, 803, 850, 857, 866, 879, 906, 908, 913, 928, 932, 935, 955, 971	122, 128- 136, 138, 143- 149, 152, 158- 162, 172

Tabelle 3.b „Übereinstimmende vage Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln	AfD		FPÖ		REP		SVP	
	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2
Fremdherrschaft, fremdes Recht, Fremdbestimmung	255		(143)	41, 163	485, (518)		651, 866- 867, 879	118, 144, 148
Gender Mainstreaming, Gender-Forschung, Gender- Studies, Gender-Ideologie	299, 395- 396, 408, 421, 430, 432, 423, 425, 431, 434-435		99, 164- 166		600-601		738, 742, 842, 975- 976	

Geschichtsbilder bzw. Entwicklungen der 1990er Jahre	359, 364, 475	(65, 75-77)		36		103	662, 707, 743, 810, 851, 862, 881, 939	
Geschichtsbild: Bewahren/verteidigen, Tradition, Identität, Werte	305, 392		29, 36, 45, 47, 66, 72, 73, 79, 81, 89, 111, 119, 123, 141, 142, 143, 181, 191	79, 165, 168	507, 519, 597		640, 650, 736, 749, 756, 808, 811, 815, 821, 865, 878, 938, 951, 968	
Geschichtsbild: Errungenschaften/ Leistungen (kulturell, historisch, künstlerisch);	231, 234, 406	88	66, 141, 144	165	498, 540, 565		747	
Geschichtsbild: gesamtdeutsche, gesamteuropäische oder gemeinsame Geschichte;	327, 443	(65)	17, 79, 81, 90, 120, 140		539, 579	(94)	635, 639, 747, 753	
Geschichtsbild: Geschichtsm Manipulation; Verengung der Erinnerungskultur; Geschichtsrevision;	409	79	(47)	17, 30, 41, 163-164	546, 579	104	759	
Geschichtsbild: Humanismus; Aufklärung; humanistisches Menschen- und Gesellschaftsbild	230, 405, 410		34, 69, 92, 97, 114, 124	21	537		718	
Geschichtsbild: Jahrhunderte; tausend Jahre	406, 420, 475	187-188	62, 140	163-165	615		637, 639, 679, 747, 754, 807, 811, 869, 951	116
Geschichtsbild: Landes-/Nationalgeschichte (Geschichte Österreichs, Deutschlands, Schweiz)	409		42, 81, 90, 140		498, 539-540, 543, 579		635, 637, 639, 747, 753	174
Geschichtsbild: Verwurzelung, tiefe Verankerung	255		79, 143		515, 564		688, 750, 767, 966, 968	119
Gesetze: Verfassungstexte als Vergangenheitsbezüge;	260, 335, 406, 432, 445		114, 149		618		636, 641, 645, 647, 843, 965	145-146, 148-150
Grenzen (geographisch, kulturell und historisch)	264, (283, 377, 443-444)		48, 125-126, 194		572		673, 676, 796, 858, 914, 938	
Historisch gewachsene Regionen, Landeseinheiten	264, 290, 407, 480		46, 47		543		(637)	
Historisch gewachsene Wertegemeinschaft, Kultur oder Sprache	392, 406, 407	(79)	41, 111	(165)	517, 543, 597, 615		730, 747	116

Historische Aufgaben (Verantwortung, Verteidigung und Schutzverpflichtung)	234, 329, 405		36, 54, 55, 81- 82, 93, 111, 150, 184-188		511, 520, 564, 618		(640), 736, 747	
Historische Entwicklung (z.B. des Liberalismus; Demographie)	231, 264, 300, 339, 359, 406		39, 81, 140		498		745, 865, 885	
Historisch-kulturelles Selbstverständnis, Geschichtsbewusstsein	409		29, 119	165	498, 511, 615		640, 747	
Kulturdenkmäler, Kulturträger, Kultur/Geschichte, Kulturkreis, Kulturlandschaft, Kulturpolitik oder Kulturerhalt	230, 459		22, 43, 115	168	507, 510, 521, 543, 585, 609		640, 730- 734, 805, 951, 953, 958-959, 964	
Medizinische Grundversorgung	(403)		104, (166), 176		(534), 550-551		729, (831)	
Migrationswellen, z.B. der jüngsten Vergangenheit	436, 439, 446		125, 146, 167		521, 548, 562		707, 805, 903	
Nationalstaat; nationale Reflexe	328, 355		189		486, 497- 498, 507- 508, 597		645, 685	118
Religion: Christentum; christlich (Erbe, Werte, Wurzel, Menschenbild, Tradition, Ethik); Katholizismus; Protestantismus	230, 328, 405	67, 72	34-36, 40, 43, 92	19-24	564-565, 618		708, 850, 966-967	129
Religion: Islam, Minarett, Scharia, Verschleierung	410-413, 415-418, 428	73	38, 127, 129, 147	172	523, 612, 620-22		740, 782, 803, 808, 845, 847- 850, 938, 967, 969- 971	128-132, 135, 172
Terrorismus (international, religiös)	267, 374, 411,		106, 127, 147,		623		626, 657, 691, 808, 864, 938, 971	130
Totalitäre Regime, Diktaturen, Tyrannei seit 1945 bis heute	(326), 436, 472		11	163	486, 497, 501, 557- 558		757	
Tradition: Abendland; christlich-abendländische Werte und Gemeinschaft, (Leit-)Kultur oder Tradition; christlich-jüdisches Abendland	230, 328, 405	62, 72- 73, 187	34, 36, 37, 40, 43, 72, 73, 74, 75, 77, 92, 111, 115, 123, 189, 191	10-11, 13, 19-24	508, 520, 564-566, 610, 618		634, 708, 718, 740, 843, 850, 965-966, 970	
Tradition: Brauchtum (ländlich/regional, national)	305, 392	65-66	62, 140, 141, 180, 181	33	520, 543, 615		735	

Tradition: kulturelle Traditionen, Traditionspflege	290, 305, 392	66, 77	19, 22, 77, 79, 81, 111, 119, 123, 141, 142, 143, 181, 191	166-168	484, 515, 537		730-735, 788, 815, 926, 972	117, 124
Widerstand, gegen verbrecherische Handlungen und totalitäre Staatsformen	255		16		486			(141)

Tabelle 3.c „Übereinstimmende abstrakte Vergangenheitsbezüge aus PQ1 und PQ2“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln	AfD		FPÖ		REP		SVP	
	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2	PQ1	PQ2
Schöpfung			5, 7, 37		561		966	
Apfelbaum als biblisches Symbol (Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung)							908	
Christliches Gottesreich				67				
Protokolle der Weisen von Zion; Holocaust-Leugner-Dissidenten-Vergleich; talmudische Ghetto-Juden;				72				

BERICHTE

BERICHT: ÜBERSICHT DER PRIMÄRQUELLENGRUPPE 1 (PQ1)

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Quellen-ID: 1 **Quellenname:** AT_FPOe_Pro2005

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 23.04.2005

Medium: Text; PDF

Titel: Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs "FPÖ echt freiheitlich". Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23. April 2005 in Salzburg.

Autor:innen und Herausgeber:

Die Freiheitliche Partei Österreichs. FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Downloaddatum: 05.06.2016

Link(s): https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2005.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; <https://www.fbi-politikschule.at/weblexikon-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Quellen-ID: 2 **Quellenname:** AT_FPOe_Pro2011

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 18.06.2011

Medium: Text; PDF

Titel: Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Österreich zuerst. Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz.

Autor:innen und Herausgeber:

Die Freiheitliche Partei Österreichs. FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Downloaddatum: 05.06.2016

Link(s): <http://www.parteiprogramm.at/bild/Parteiprogramme/FPOE-Parteiprogramm2011.pdf>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024; <https://www.fbi-politikschule.at/weblexikon-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Quellen-ID: 3 **Quellenname:** AT_FPOe_Wahlpro2017

Textsorte: Wahlprogramm

Datum: 08.09./04.10.2017

Medium: Text; PDF

Titel: FPÖ - Die soziale Heimatpartei. Österreicher verdienen FAIRNESS. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017.

Autor:innen und Herausgeber:

Die Freiheitliche Partei Österreichs. FPÖ Bildungsinstitut, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien.

Downloaddatum: 04.10.2

Link(s): https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_8_9_low.pdf, zuletzt konsultiert am 03.05.2024. https://web.archive.org/web/*/https://www.fpoe.at/themen/wahlprogramm-2017/*, zuletzt konsultiert am 03.05.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

Quellen-ID: 4 **Quellenname:** DE_AfD_Pro2013

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 28.06.2013

Medium: Text; PDF

Titel: Programm Alternative für Deutschland. Beschluss vom 06.02.2013. Version: 0.0.7

Autor:innen und Herausgeber:

Alternative für Deutschland (AfD), WA2013 Sprecherrat. Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin. GF Carl-Heinz Schütte.

Downloaddatum: 28.09.2017

Link(s):

https://web.archive.org/web/20180503155648/https://hughbronson.files.wordpress.com/2013/11/alternative_fuer_deutschland1.pdf, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

https://web.archive.org/web/*/http://hughbronson.de/2013/09/14/programm-der-afd/, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 5 **Quellenname:** DE_AfD_EuroPro2014

Textsorte: Wahlprogramm

Datum: 22.03.2014

Medium: Text; PDF

Titel: Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. Beschluss des Bundesparteitags vom 22. März 2014 in Erfurt.

Autor:innen und Herausgeber:

Alternative für Deutschland (AfD), Bundesgeschäftsstelle, Gustav Greve. Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin.

Downloaddatum: 28.09.2017

Link(s): <https://www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme#c48582>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

https://web.archive.org/web/*/https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/AfD_Europawahl_Programm_web.pdf*, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 6 **Quellenname:** DE_AfD_Pro2016

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 30.04./01.05.2016

Medium: Text; PDF

Titel: PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016.

Autor:innen und Herausgeber:

Alternative für Deutschland (AfD), Bundesgeschäftsstelle. Alternative für Deutschland, Schillstraße 9; 10785 Berlin.

Downloaddatum: 22.12.2017

Link(s): <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

Quellen-ID: 10 **Quellenname:** DE_REP_Pro2002

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 12.05./12.06.2002

Medium: PDF; Text

Titel: Bundesparteiprogramm. Die Republikaner, sozial - patriotisch – ökologisch. Parteiprogramm 2002 der

Republikaner (Manuskript). Redaktionell durch Herrn Hoch überarbeiteter Entwurf / 7. Juni 2002
(Berichtigungen von Herrn Goertz am 30.5.eingearbeitet.) Ein Vorschlag für eine Präambel eingebracht. Die Bundesgeschäftsstelle Gerhard Tempel 12. Juni 2002.

Autor:innen und Herausgeber:

DIE REPUBLIKANER (REP) Bundesverband, Postfach 870210, 13162 Berlin. Die Republikaner/Ortsverband Kostheim, Carsten Propp, Grazerstr.3, 55246 Kostheim.

Downloaddatum: 15.06.2016

Link(s): <http://www.rep-kostheim.de/parteiprogramm.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

<https://web.archive.org/web/20160813151547/http://rep-kostheim.de/parteiprogramm.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 11 **Quellenname:** DE_REP_Wahlpro2013

Textsorte: Wahlprogramm

Datum: 01.06.2013

Medium: PDF; Text

Titel: Die Republikaner. 30 Schwerpunkte. Wahlprogramm 2013.

Autor:innen und Herausgeber:

DIE REPUBLIKANER (REP), Johann Gärtner, Postfach 870210, 13162 Berlin. Die REPUBLIKANER, Johann Gärtner, Münchner Str. 4, 86438 Kissing.

Downloaddatum: 21.12.2018

Link(s): <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme-btw2013>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

https://web.archive.org/web/*/http://die-republikaner.net/werbematerial/*, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 12 **Quellenname:** DE_REP_Pro2011

Textsorte: Parteiprogramm

Datum: 06.12.2011

Medium: PDF; Text

Titel: Bundesparteiprogramm der Republikaner. Sozial, patriotisch, ökologisch.

Autor:innen und Herausgeber:

DIE REPUBLIKANER (REP), Bundesverband. Dr. Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender. DIE REPUBLIKANER, Bundesgeschäftsstelle Postfach 87 02 10, 13162 Berlin.

Downloaddatum: 15.06.2016

Link(s): https://www.u18.org/fileadmin/user_upload/Die_Republikaner_parteiprogramm_2011.pdf, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

Quellen-ID: 7 **Quellenname:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Textsorte: Wahlprogramm

Datum: 10.04.2007

Medium: Text; PDF

Titel: Wahlplattform 2007– 2011. Mein Zuhause – unsere Schweiz.

Autor:innen und Herausgeber:

Schweizerische Volkspartei, Generalsekretariat. Die Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern.

Downloaddatum: 28.09.2017

Link(s): <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/1681DB5E-F523-446D-A3DC4D7E41297254.pdf>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

<https://www.svp.ch/news/artikel/referate/die-neue-wahlplattform-2007-2011-mein-zuhause-unsere-schweiz/>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 8 **Quellenname:** CH_SVP_Pro2011_2015 **Textsorte:** Parteiprogramm
Datum: 14.01.2011 **Medium:** Text; PDF
Titel: SVP – die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2011–2015.
Autor:innen und Herausgeber:
SVP Schweiz, Generalsekretariat. Die Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern.
Downloaddatum: 28.09.2017
Link(s): <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/B10328FF-16F7-4051-9B7B83ACD0219852.pdf>, zuletzt
konsultiert am 18.06.2024.

Quellen-ID: 9 **Quellenname:** CH_SVP_Pro2015_2019 **Textsorte:** Parteiprogramm
Datum: 16.04.2015 **Medium:** Text; PDF
Titel: Parteiprogramm 2015 bis 2019: SVP – die Partei für die Schweiz. Schweizer Qualität. SVP. Die Partei des
Mittelstandes.
Autor:innen und Herausgeber:
SVP Schweiz, Generalsekretariat. Die Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern.
Downloaddatum: 28.09.2017
Link(s): https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_2015-d.pdf, zuletzt konsultiert am
18.06.2024. [https://www.svp.ch/news/artikel/referate/das-partieprogramm-2015-2019-svp-die-partei-fuer-die-
schweiz/](https://www.svp.ch/news/artikel/referate/das-partieprogramm-2015-2019-svp-die-partei-fuer-die-schweiz/), zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

BERICHT: ÜBERSICHT DER PRIMÄRQUELLENGRUPPE 2 (PQ2)

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 1

Quellenname: AT_FPOe_Art16092012

Titel: Heimkehrer unter sich am Ulrichsberg. Rund 300 Teilnehmer sind am Sonntag zum umstrittenen „Heimkehrertreffen“ am Kärntner Ulrichsberg in Maria Saal gekommen. Ein Ex-Waffen-SS-Mitglied hielt eine Festrede.

Autor:innen und Körperschaften: Uwe Sommersguter und kleinezeitung.at/Redaktion

Herausgeber: Kleine Zeitung GmbH & Co KG

Datum: 16.09.2012

Link: https://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/3983772/Kaernten_Heimkehrer-unter-sich-am-Ulrichsberg, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 2

Quellenname: AT_FPOe_Art20092009_1

Titel: FPÖ-Wandertag auf den Ulrichsberg ohne Zwischenfälle. Kranzniederlegung beim umstrittenen Heimkehrerdenkmal - 150 Teilnehmer und 60 Gegendemonstranten.

Autor:innen und Körperschaften: APA und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 20.09.2009

Link: <https://derstandard.at/1252771755475/FPOe-Wandertag-auf-den-Ulrichsberg-ohne-Zwischenfaelle>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 3

Quellenname: AT_FPOe_Art20092009_2

Titel: FPÖ-"Wandertag" am Ulrichsberg: Keine Zwischenfälle. 150 Teilnehmer konnte die FPÖ mobilisieren, ihnen standen 60 Gegendemonstranten gegenüber. Beim umstrittenen Heimkehrerdenkmal wurde ein Kranz niedergelegt. Das eigentliche Ulrichsbergtreffen war vor wenigen Wochen abgesagt worden.

Autor:innen und Körperschaften: APA und diepresse.com/Redaktion

Herausgeber: "Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Datum: 20.09.2009

Link: <https://www.diepresse.com/509543/fpoe-wandertag-am-ulrichsberg-keine-zwischenfaelle>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 4

Quellenname: AT_FPOe_Art22122015

Titel: FP-Gemeinderat: Hitlergruß-Code als Autokennzeichen. BAD ISCHL. Die Gmundner Bezirksbehörde prüft, ob das Nummernschild eingezogen werden kann.

Autor:innen und Körperschaften: Edmund Brandner und nachrichten.at/Redaktion

Herausgeber: ÖÖN Redaktion GmbH & Co KG

Datum: 22.12.2015

Link: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/salzkammergut/FP-Gemeinderat-Hitlergruss-Code-als-Autokennzeichen;art71,2064351>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 5

Quellenname: AT_FPOe_Art02092016_1

Titel: Wiener FPÖ-Akademie feiert Ende der Türkenbelagerung. Finanziert wird die Veranstaltung mit Gelder aus der neuen Akademieförderung.

Autor:innen und Körperschaften: derstandard/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 02.09.2016

Link: <https://derstandard.at/2000043731246/Wiener-FPOe-Akademie-feiert-Ende-der-Tuerkenbelagerung>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 6

Quellenname: AT_FPOe_Art02092016_2

Titel: Skurilles [sic!] Fest: FPÖ feiert Ende der Wiener Türkenbelagerung. Bildungsinstitut der FPÖ Wien begeht Jahrestag mit einer Feier im Palais Ferstel.

Autor:innen und Körperschaften: Michael Unger und news.at/Redaktion

Herausgeber: News/Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H.

Datum: 02.09.2016

Link: <https://www.news.at/a/fest-fpoe-tuerkenbelagerung>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 7

Quellenname: AT_FPOe_Art13042016

Titel: FPÖ wehrt sich gegen NS-Gedenken. Zwei Initiativen stoßen auf blauen Widerstand – FP-Stadtrat will Gedenken an "ganze unfreie Zeit 1933 bis 1955".

Autor:innen und Körperschaften: Maria Sterkl und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 13.04.2016

Link: <https://derstandard.at/2000034799967/FPOe-wehrt-sich-gegen-NS-Gedenken>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 8

Quellenname: AT_FPOe_Art06052009

Titel: Kritik an FPÖ-Slogan "Abendland in Christenhand". FPÖ-Wahlplakate unter Beschuss - Islamische Glaubensgemeinschaft bezeichnet die Kampagne als "kompletten Schwachsinn".

Autor:innen und Körperschaften: APA und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 06.05.2009

Link: <https://derstandard.at/1240550598731/Kirchenrat-und-Islamische-Glaubengemeinschaft-Kritik-an-FPOe-Slogan-Abendland-in-Christenhand>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 9

Quellenname: AT_FPOe_Art28052009

Titel: Österreichs Rechte machen Politik mit dem Kruzifix.

Autor:innen und Körperschaften: Elisalex Henckel und welt.de/Redaktion

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Datum: 28.05.2009

Link: <https://www.welt.de/politik/article3820435/Österreichs-Rechte-machen-Politik-mit-dem-Kruzifix.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 10

Quellenname: AT_FPOe_Art27042006

Titel: NS-Wiederbetätigung: Ein Jahr bedingt für Gudenus. Wien. Ex-Bundesrat John Gudenus ist am Mittwoch vom Wiener Straflandesgericht wegen NS-Wiederbetätigung zu einem Jahr bedingter Haft verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Geschworenen befanden ihn schuldig, in zwei Interviews den Holocaust "geleugnet" beziehungsweise "gröblich verharmlost" zu haben.

Autor:innen und Körperschaften: wienerzeitung.at/Redaktion

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Datum: 27.04.2006

Link: <https://www.tagblatt-wienerzeitung.at/archiv/117532-NS-Wiederbetaetigung-Ein-Jahr-bedingt-fuer-Gudenus.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 11

Quellenname: AT_FPOe_Art26042006

Titel: Ein Jahr bedingt für Ex-FPÖ-Politiker wegen Wiederbetätigung. Wegen Leugnung und Verharmlosung des Holocausts - "Bisher untadeliger Lebens-wandel" mildernd angerechnet - Urteil nicht rechtskräftig - Der Prozess zur Nachlese.

Autor:innen und Körperschaften: APA und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 26.04.2006

Link: <https://derstandard.at/2425931/Ein-Jahr-bedingt-fuer-Ex-FPOe-Politiker-wegen-Wiederbetaetigung>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 12

Quellenname: AT_FPOe_Art28012007

Titel: FPÖ: Drei rechte Finger. Ein neues Foto setzt den FPÖ-Chef unter Druck.

Autor:innen und Körperschaften: Christa Zöchling und profil.at/Redaktion

Herausgeber: profil.at/news network world internetservice GmbH

Datum: 28.01.2007

Link: <https://www.profil.at/home/fpoe-drei-finger-162845>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 13

Quellenname: AT_FPOe_Art15032008

Titel: Der Sieger heißt Strache. Die FPÖ ist wieder die einzige Partei, die ÖVP oder SPÖ zu einer Regierungsmehrheit jenseits einer großen Koalition verhelfen kann.

Autor:innen und Körperschaften: profil.at/Redaktion

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Datum: 15.03.2008

Link: <https://www.profil.at/home/der-sieger-strache-200341>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 14

Quellenname: AT_FPOe_Art19012011

Titel: "Mustafa"-Comic: FPÖ hetzte nicht gegen Türken. Juristische Niederlage für die Grünen: Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die Freiheitlichen wegen ihrer umstrittenen Wahlkampf-Broschüre eingestellt.

Autor:innen und Körperschaften: APA, Helmut Fohringer und diepresse.com/Redaktion

Herausgeber: "Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Datum: 19.01.2011

Link: https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/626528/MustafaComic_FPOe-hetzte-nicht-gegen-Tuerken, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 15

Quellenname: AT_FPOe_Art29012012

Titel: Der letzte Tanz der "neuen Juden" in der Hofburg. Die FPÖ-Prominenz vergleicht sich auf dem WKR-Ball mit den Opfern der Nazis, freut sich über mehr als 3000 Ballbesucher und hat trotzdem jede Menge Platz zum Tanzen. Ideen für den Ball nächstes Jahr gibt es auch bereits.

Autor:innen und Körperschaften: Tobias Müller und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 29.01.2012

Link: <https://derstandard.at/1326504057390/Reportage-Der-letzte-Tanz-der-neuen-Juden-in-der-Hofburg>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 16

Quellenname: AT_FPOe_Art29012016

Titel: Gute Verbindungen: Das Netzwerk der WKR-Ballveranstalter. FPÖ und Burschenschaften sind personell eng verzahnt – das zeigte nicht erst der Etikettentausch vom WKR- zum Akademikerball.

Autor:innen und Körperschaften: Moritz Ablinger, Sebastian Fellner und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 29.01.2016

Link: <https://derstandard.at/2000029955912/Gute-Verbindungen-Das-Netzwerk-der-WKR-Ballveranstalter>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 17

Quellenname: AT_FPOe_Art11102017

Titel: FPÖ-Kandidat schickte Fotomontage von sich als Nazi "an Freundin". Fotomontagen zeigen RFJ-Funktionär bei den Nürnberger Prozessen.

Autor:innen und Körperschaften: Fabian Schmid und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 11.10.2017

Link: <https://derstandard.at/2000065798661/FPOe-Kandidat-schickte-Fotomontage-von-sich-als-Nazi-an-Freundin>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 18

Quellenname: AT_FPOe_Art03032018

Titel: Marcus Franz, "Alles Roger" und FPÖ bei rechtsextremem Kongress. Unter österreichischen Rednern in Aistersheim ist auch Grazer FP-Vizebürgermeister Mario Eustacchio.

Autor:innen und Körperschaften: Colette M. Schmidt und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 03.03.2018

Link: <https://derstandard.at/2000075371268/Marcus-Franz-Alles-Roger-und-FPOe-bei-rechtsextremem-Kongress>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 19

Quellenname: DE_AfD_Art23092013

Titel: AfD-Ergebnis: Eine beinahe sehr wichtige Partei. 4,7 Prozent hin oder her: Die AfD ist im Siegesrausch. Die Partei hat schwierige Fragen auf die Zeit nach der Wahl verschoben. Jetzt könnte es unangenehm werden.

Autor:innen und Körperschaften: Christian Bangel und zeit.de/Redaktion

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Datum: 23.09.2013

Link: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/AFD-bundestagswahl/komplettansicht?print>,

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 20

Quellenname: DE_AfD_Art12092013

Titel: Außenpolitisches Konzept: AfD nimmt sich Bismarck zum Vorbild. Statt auf EU-Gemeinsamkeiten oder eine „deutsch-französische Achse“ zu setzen, sollte die deutsche Außenpolitik künftig enger mit Russland kooperieren: Die AfD orientiert sich an preußischer Diplomatie und dem früheren Reichskanzler.

Autor:innen und Körperschaften: Peter Carstens, faz.net/Redaktion und dpa

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 12.09.2013

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/aussenpolitisches-konzept-afd-nimmt-sich-bismarck-zum-vorbild-12569281.html?service=printPreview>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 21

Quellenname: DE_AfD_Art29102016

Titel: Uelzener AfD-Mann war auf völkischem Treffen

Autor:innen und Körperschaften: Jonas Schreijäg und ndr.de/Redaktion

Herausgeber: Norddeutscher Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts

Datum: 29.10.2016

Link: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Uelzener-AfD-Mann-war-auf-voelkischem-Treffen,uelzen490.html, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 22

Quellenname: DE_AfD_Art06072016

Titel: Streit in der AfD: Was Gedeon über Amerika, Nazis und Juden schreibt. Die AfD in Baden-Württemberg zerlegt sich im Streit über den Umgang mit Wolfgang Gedeon. Das Recherchekollektiv „Correctiv“ hat sich das Werk des umstrittenen Abgeordneten genauer angesehen.

Autor:innen und Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Redaktion und dpa

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Datum: 06.07.2016

Link: <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-in-der-afd-was-gedeon-ueber-amerika-nazis-und-juden-schreibt/13836796.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 23

Quellenname: DE_AfD_Art09122014

Titel: Anti-Islam-Bündnis : AfD-Chef Lucke findet „Pegida“ gut. Der Vorsitzende der Alternative für Deutschland, Bernd Lucke, hält die „Pegida“-Demos gegen die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes für richtig. Die Menschen machten sich „berechtigte Sorgen“.

Autor:innen und Körperschaften: faz.net/Redaktion und sreudpa

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 09.12.2014

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chef-lucke-findet-pegida-gut-13312460.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 24

Quellenname: DE_AfD_Art06042017

Titel: Löhne: Externsteine, Hermann und Willem ziehen rechte Aktivisten an. Frederic Clasmeier von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus gibt einen Überblick der Szene.

Autor:innen und Körperschaften: Ulf Hanke, nw.de/Redaktion und dpa

Herausgeber: Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Datum: 06.04.2017

Link: https://www.nw.de/lokal/kreis_herford/loehne/21741959_Externsteine-Hermann-und-Willem-ziehen-rechte-Aktivisten-an.html, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 25

Quellenname: DE_AfD_Art27042017

Titel: Mecklenburg-Vorpommern: AfD mahnt Abgeordneten ab. So einen Fall dürfte es selbst in der AfD, in der doch manches möglich ist, noch nicht gegeben haben. Ein Abgeordneter wird von seiner Partei abgemahnt - und von seinem Arbeitgeber. Er ist Rechtsprofessor an der Universität Greifswald.

Autor:innen und Körperschaften: Frank Pergande, dpa und faz.net/Redaktion

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 27.04.2017

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/mecklenburg-vorpommern-afd-mahnt-abgeordneten-ab-14990421.html#void>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 26

Quellenname: DE_AfD_Art23112017

Titel: Hamburger AfD-Chef gab Nazi-Liederbuch heraus. Kurz vor dem Hamburger AfD-Landesparteitag sorgt ein Buch für Wirbel: Es enthält ein Lied des Reichsjugendführers von Schirach, Herausgeber: ist der Hamburger AfD-Fraktionschef Alexander Wolf.

Autor:innen und Körperschaften: Philipp Woldin, dpa und welt.de/Redaktion

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Datum: 23.11.2017

Link: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article170875481/Hamburger-AfD-Chef-gab-Nazi-Liederbuch-heraus.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 27

Quellenname: DE_AfD_Art13102018

Titel: AfD holt Rechtsextreme nach OWL.

Autor:innen und Körperschaften: Birger Berbüsse, Miriam Scharlibbe und lz.de/Redaktion

Herausgeber: Lippischer Zeitungsverlag Giesdorf GmbH & Co. KG

Datum: 13.10.2018

Link: https://www.lz.de/ueberregional/owl/22269273_AfD-holt-Rechtsextreme-nach-OWL.html, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 28

Quellenname: DE_AfD_Art02062018

Titel: Bei AfD-Jugendorganisation: Gauland: Hitler nur „Vogelschiss“ in deutscher Geschichte. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland verharmlost in einer Rede die Herrschaft der Nationalsozialisten. Nicht nur CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer ist empört.

Autor:innen und Körperschaften: faz.net/Redaktion und oge/dpa

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 02.06.2018

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-hitler-nur-vogelschiss-in-deutscher-geschichte-15619502.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Parteien: Freiheitliche Partei Österreichs; Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 29

Quellenname: AT_DE_FPOe_AfD_Art14102016

Titel: Rechter Kongress: Land der „offenen Türen“? In den Linzer Redoutensälen treffen sich bald extreme Rechte. Der Druck auf Landeshauptmann Pühringer, sie aus den Räumlichkeiten auszuladen, wächst.

Autor:innen und Körperschaften: Werner Reisinger und wienerszeitung.at/Redaktion

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Datum: 14.10.2016

Link: <https://www.wienerszeitung.at/h/land-der-offenen-turen>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 30

Quellenname: DE_REP_Art10101994

Titel: Parteien: "Haie im Bluttausch". Interview mit Franz Schönhuber über den Niedergang der Republikaner

Autor:innen und Körperschaften: Der Spiegel und (Bild) Stoppel

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 10.10.1994

Ausgabe: 41

Link: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13683460.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1994-41.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 31

Quellenname: DE_REP_Art12061995

Titel: Extremisten: Letzte Schlacht.

Autor:innen und Körperschaften: Der Spiegel

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 12.06.1995

Ausgabe: 24

Link: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9197521.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

<https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1995-24.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 32

Quellenname: DE_REP_Art02101995

Titel: Republikaner: Schönhuber raus.

Autor:innen und Körperschaften: Der Spiegel und (Bild) Action Press

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 02.10.1995

Ausgabe: 40

Link: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9223446.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.
<https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/9223446>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 33

Quellenname: DE_REP_Art01052000

Titel: RECHTSRADIKALE: Krach bei den Reps

Autor:innen und Körperschaften: Der Spiegel und (Bild) Schicke/Ditsch/AP

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 01.05.2000

Ausgabe: 18

Link: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-16310913.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.
<https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/16310913>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 34

Quellenname: DE_REP_Art30052007

Titel: Verfassungsschutz: Republikaner wollen dem Extremismus entsagen. Erstmals seit 1995 werden die Republikaner nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Dass veranlasst die Partei jetzt zu der Hoffnung, sie könne neue Wählerschichten erschließen. Zur Landtagswahl treten sie überall an.

Autor:innen und Körperschaften: Hans Riebsamen und F.A.Z

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 30.05.2007/26.07.2011

Link: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/republikaner-wollen-dem-extremismus-entsagen-1434788.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.
<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/republikaner-wollen-dem-extremismus-entsagen-1434788.html?service=printPreview>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 35

Quellenname: DE_REP_Art03022014

Titel: Die Republikaner: Spaltpartei mit kurzer Gunst. Als CSU-Spaltprodukt sorgten die Republikaner in den 1980er-Jahren einige Zeit für Furore. In Bayern verfehlten sie 1990 nur knapp den Sprung ins Parlament. Danach spielte die rechtspopulistische Partei aber kaum noch eine Rolle.

Autor:innen und Körperschaften: Ernst Eisenbichler und BR.de

Herausgeber: Bayerischer Rundfunk, Anstalt des öffentlichen Rechts

Datum: 03.02.2014

Link: <https://www.br.de/nachricht/rechtsaussen/die-republikaner-100.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 36

Quellenname: DE_REP_Art09032018

Titel: Zwei Parteiaustritte - Alte Kameraden: Der Rechtsruck der AfD auf lokaler Ebene geht weiter: Die langjährigen Rep-Kreisräte Martin Huber und Peter Attenhauser wechseln in den Erdinger Kreisverband, der von einem Ex-Republikaner geführt wird.

Autor:innen und Körperschaften: Florian Tempel und Süddeutsche.de

Herausgeber: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

Datum: 09.03.2018/10.03.2018

Link: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/zwei-parteiaustritte-alte-kameraden-1.3899453>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 37

Quellenname: DE_REP_Art02102018

Titel: Rechte Parteien: "Die AfD ist viel professioneller als die Republikaner".

Mit ihren Machtkämpfen zwischen Konservativen und Rechtsextremen wirkt die AfD wie die Erbin der Republikaner. Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke erklärt, woran die Repts scheiterten.

Autor:innen und Körperschaften: Martin Pfaffensteller und SPIEGEL ONLINE

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 02.10.2018

Link: <https://www.spiegel.de/einestages/hans-gerd-jaschke-die-afd-ist-viel-professioneller-als-die-republikaner-a-1230324.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 38

Quellenname: DE_REP_Art02102018_2

Titel: Franz Schönhubers Republikaner: Als ein Waffen-SS-Mann in Bayern 14 Prozent holte. Mit Ressentiments gegen Deutschtürken und das "Politikerkauf Bonn" punktete er bei Millionen Wählern: Vor knapp 30 Jahren gelang Franz Schönhuber ein rascher Aufstieg - bis die Republikaner sich selbst zerlegten.

Autor:innen und Körperschaften: Martin Pfaffensteller und SPIEGEL ONLINE

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 02.10.2018

Link: <https://www.spiegel.de/einestages/franz-schoenhuber-republikaner-als-ein-waffen-ss-mann-14-prozent-holte-a-1229940.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Die Republikaner

PQ2 Quellen-ID: 39

Quellenname: DE_AfD_Art21012017

Titel: Deutschland: Versammlung in Koblenz.

Für Europas Rechte ist EU die „Unterdrückung der Völker“

Autor:innen und Körperschaften: Hannelore Croll

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Datum: 21.01.2017

Link: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161389721/Fuer-Europas-Rechte-ist-EU-die-Unterdrueckung-der-Voelker.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 40

Quellenname: CH_SVP_Art14032006

Titel: Wirbel um Bundesbrief. Beim Projekt "Swiss Roots", wo 1 Mio. US-Bürgern mit Schweizer Wurzeln das

Herkunftsland näher gebracht wird, soll der Bundesbrief ausgestellt werden.

Autor:innen und Körperschaften: swissinfo/Redaktion und sda

Herausgeber: SWI swissinfo.ch, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft

Datum: 14.03.2006

Link: <https://www.swissinfo.ch/ger/wirbel-um-bundesbrief/5067116>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 41

Quellenname: CH_SVP_Kom22102007

Titel: Schweiz: Wilhelm Tell in den Zeiten der Globalisierung. Bei den Wahlen in der Schweiz am vergangenen Sonntag ist Christoph Blochers rechtsbürgerliche SVP erneut stärkste Partei geworden. Ihr Nationalismus beunruhigt die europäische Öffentlichkeit. Doch Blochers Erfolg knüpft vor allem an historische Eigenheiten der Schweiz an. Seine Ideologie eines Globalismus mit Heimatverwurzelung kommt jedoch auch einer wachsenden Sehnsucht in Teilen der Eliten ganz.

Autor:innen und Körperschaften: Richard Herzinger und welt.de/Redaktion

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Datum: 22.10.2007

Link: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article6070363/Schweiz-Wilhelm-Tell-in-den-Zeiten-der-Globalisierung.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 42

Quellenname: CH_SVP_Art02102007

Titel: Schweizer Wahlkampf. Schwarze Schafe, braunes Gedankengut. Ausländerfeindliche Wahlplakate, rüder Umgangston, Personenkult um den Spitzenkandidaten: Der aggressive Wahlkampf der derzeit stärksten Schweizer Partei SVP hat das Land in ein Tollhaus verwandelt. Die Truppe um Justizminister Blocher hetzt so offen gegen Ausländer, dass die Uno den Rassismus anprangert.

Autor:innen und Körperschaften: Michael Soukup und SPIEGEL ONLINE

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 02.10.2007

Link: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/schweizer-wahlkampf-schwarze-schafe-braunes-gedankengut-a-507481.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 43

Quellenname: CH_SVP_Art29112009

Titel: Schweizer Referendum: Das erste Land der Welt verbietet Minarette. Die Schweizer haben entschieden, den Bau von Minaretten künftig zu verbieten. Muslime sind entsetzt. Regierung und Wirtschaft fürchten die Reaktionen in der islamischen Welt.

Autor:innen und Körperschaften: Jan Dirk Herbermann zeit.de/Redaktion

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Datum: 29.11.2009

Link: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2009-11/schweiz-minarett-referendum>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 44

Quellenname: CH_SVP_Art06102009

Titel: Minarett: SVP-Plakate schlagen Wellen Das Verbot der SVP-Plakate in der Stadt Basel löst grosse Diskussionen aus. Baselbieter Gemeinden horchen auf. Die Reaktionen.

Autor:innen und Körperschaften: Muriel Mercier Baselland. Zeitung/bz

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Datum: 06.10.2009

Link: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/svp-plakate-schlagen-wellen-3809671>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 45

Quellenname: CH_SVP_Art29112014

Titel: Volksabstimmung. Fünf Jahre danach: Minarettverbot gilt nicht absolut. Heute vor fünf Jahren votierten 57,5 Prozent der Stimmbürger für ein Verbot von Minaretten. Wie das Bundesgericht heute auf ein Baugesuch reagieren würde, ist dennoch ungewiss.

Autor:innen und Körperschaften: Dennis Bühler, Keystone-sda und Solothurner Zeitung

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Datum: 29.11.2014

Link: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/fuenf-jahre-danach-minarettverbot-gilt-nicht-absolut-128610269>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 46

Quellenname: CH_SVP_Art09022014

Titel: Votum "gegen Masseneinwanderung": Schweizer stimmen für Abschottung. Die Eidgenossen votieren gegen mehr Zuwanderung: In der Schweiz hat eine knappe Mehrheit für die Initiative der rechtsgerichteten Schweizerischen Volkspartei gestimmt. Diese will die sogenannte Masseneinwanderung begrenzen.

Autor:innen und Körperschaften: Thorsten Dörting/tdo, SPIEGEL ONLINE und dpa

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Datum: 09.02.2014

Link: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/gegen-masseneinwanderung-schweizer-stimmen-mit-ja-a-952390.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 47

Quellenname: CH_SVP_Art27122015

Titel: Mehrheit sagt Ja zur SVP-Initiative Laut einer Umfrage würden 55 Prozent der Stimmbürger die Durchsetzungsinitiative annehmen. Eindeutig dafür sind nur SVP-Anhänger.

Autor:innen und Körperschaften: Irena Jurinak, (ij)tagesanzeiger.ch und Lukas Lehmann/Keystone

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Datum: 27.12.2015

Link: <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/mehrheit-sagt-ja-zur-svpinitiative/story/23961401>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 48

Quellenname: CH_SVP_Art05032015

Titel: Deutschland und seine Nachbarn: Die Nazi-Keule wird weggepackt. Von Schuld und Schulden: Die historische Angst vor Deutschland bei Franzosen, Italienern und Schweizern ist verflogen und einer regelrechten Begeisterung gewichen. Besonders das politische System wird gelobt.

Autor:innen und Körperschaften: Jürg Altwegg, F.A.Z und Reuters

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 05.03.2015

Link: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/deutschlands-nachbarn-die-nazi-keule-weggepackt-13463801.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 49

Quellenname: CH_SVP_Art15012016

Titel: «Das Volk hat nicht immer recht» Völkerrechtsprofessor Daniel Thürer sagt, weshalb die Durchsetzungsinitiative der SVP nicht anwendbar wäre. Allzu extreme Volksbegehren müssten genauer geprüft werden.

Autor:innen und Körperschaften: Anja Burri, David Hesse und tagesanzeiger.ch

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Datum: 15.01.2016

Link: <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/das-volk-hat-nicht-immer-recht/story/13652537>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 50

Quellenname: CH_SVP_Art14082016

Titel: SCHWEIZ. Völkerrecht ist was für die EU. Nach dem Willen der SVP soll die Schweiz nur noch eigenem Recht folgen. Aus Sicht der Gegner der Initiative steht die Glaubwürdigkeit des Landes auf dem Spiel.

Autor:innen und Körperschaften: Johannes Ritter F.A.Z

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Datum: 14.08.2016

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/schweizer-volkspartei-mit-neuer-initiative-14384821.html>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 51

Quellenname: CH_SVP_Art29072017

Titel: GESCHICHTE: Luganeser Politiker wollen Bundesbrief. Der Kanton Schwyz wacht über den Bundesbrief. Nun will ihn eine Allianz von Stadtparlamentariern ausleihen für eine temporäre Ausstellung im Kulturzentrum Lugano. Sie erhoffen sich Tausende Besucher.

Autor:innen und Körperschaften: Kari Kälin, luzernerzeitung.ch und Boris Bürgisser

Herausgeber: Luzerner Zeitung/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Datum: 29.07.2017

Link: <https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/geschichte-luganeser-politiker-wollen-bundesbrief-ld.129030>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 52

Quellenname: CH_SVP_Ber13042017

Titel: Urteil zu «Schlitzer-Inserat»: SVP blitzt vor Bundesgericht ab.

Autor:innen und Körperschaften: srf/sda/onnd/brut, kurn und srf.ch

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Datum: 13.04.2017

Link: <https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-blitzt-vor-bundesgericht-ab>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 53

Quellenname: CH_SVP_Art10012018

Titel: Inland-Bankgeheimnis bleibt: Kantone sehen Steuerhinterzieher im Vorteil

Autor:innen und Körperschaften: Priscilla Imboden und srf.ch

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Datum: 10.01.2018

Link: <https://www.srf.ch/news/schweiz/inland-bankgeheimnis-bleibt-kantone-sehen-steuerhinterzieher-im-vorteil>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 54

Quellenname: CH_SVP_Art13042017

Titel: RASSENDISKRIMINIERUNG: "Kosovaren schlitzten Schweizer auf": Bundesgericht bestätigt Urteil gegen SVP-Führung. Das Bundesgericht hat die Verurteilung des früheren SVP-Generalsekretärs Martin Baltisser und seiner Stellvertreterin Silvia Bär wegen Rassendiskriminierung bestätigt.

Autor:innen und Körperschaften: sda und tagblatt.ch

Herausgeber: St. Galler Tagblatt/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Datum: 13.04.2017

Link: <https://www.tagblatt.ch/schweiz/rassendiskriminierung-kosovaren-schlitzten-schweizer-auf-bundesgericht-bestaetigt-urteil-gegen-svp-fuehrung-ld.925102>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 55

Quellenname: AT_FPOe_Redaktione21062002

Titel: INLAND: Die „Feuerrede“ des FP-Volksanwalts. Sonnwendfeier Seebarn, 21. Juni 2002.

Autor:innen und Körperschaften: derstandard.at/Redaktion und Ewald Stadler

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 10.07.2002

Link: <https://www.derstandard.at/story/1001128/die-feuerRedaktione-des-fp-volksanwalts>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Parteien: Freiheitliche Partei Österreichs; Schweizerische Volkspartei **PQ2 Quellen-ID:** 56

Quellenname: AT_CH_FPOe_SVP_Art24082009

Titel: Kopf des Tages: Rattenwerber für FPÖ Vorarlberg. Alexander Segert wirbt für rechte Schweizer und Ländle-Blaue.

Autor:innen und Körperschaften: Jutta Berger und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 24.08.2009

Link: <https://www.derstandard.at/story/1250691147402/kopf-des-tages-rattenwerber-fuer-fpoe-vorarlberg>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei **PQ2 Quellen-ID:** 57

Quellenname: CH_SVP_Art21052014

Titel: „Das Urteil könnte einen ermunternden Effekt haben“ Ein Bundesgerichtsentscheid macht klar: Der Hitlergruss ist nicht per se verboten. Strafrechtler Marcel Niggli über die Wirkung des Urteils.

Autor:innen und Körperschaften: SDA/mrs und bazonline.ch/Redaktion

Herausgeber: Tamedia Basler Zeitung AG. Gegründet 1842 (National-Zeitung) und 1844 (Basler Nachrichten). Verleger: Pietro Supino

Datum: 21.05.2014

Link: <https://www.bazonline.ch/schweiz/standard/das-urteil-koennte-einen-ermunternden-effekt-haben/story/25186175>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Parteien: Freiheitliche Partei Österreichs; Schweizerische Volkspartei **PQ2 Quellen-ID:** 58

Quellenname: AT_CH_FPOe_SVP_Art08092014

Titel: Oberösterreich. Umstrittenes Manifest: FPÖ kopiert SVP-Plakat

Autor:innen und Körperschaften: wst und watson.ch/Redaktion

Herausgeber: Watson.ch FixxPunkt AG und AZ Zeitungen AG

Datum: 08.09.2014

Link: <https://www.watson.ch/gesellschaft%20&%20politik/rassismus/276716141-umstrittenes-manifest-fpoe-kopiert-svp-plakat>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei **PQ2 Quellen-ID:** 59

Quellenname: CH_SVP_Art02062015

Titel: Wahlkampf in der Schweiz: Legenden, Märchen und Mythen. Die national-konservative Schweizer Volkspartei inszeniert einen Erinnerungstanz rund um die glorreiche Schweizer Geschichte.

Autor:innen und Körperschaften: Rudolf Walther und taz.de/Redaktion

Herausgeber: taz.de/taz Verlags u. Vertriebs GmbH

Datum: 02.06.2015

Link: <https://taz.de/Wahlkampf-in-der-Schweiz/!5201630/>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 60

Quellenname: CH_SVP_Art27042015

Titel: Streit über Schweizer "Mythen": Lust auf Selbstlügen. Wilhelm Tells Apfelschuss? Der Rütlichschwur? Historiker sind der Auffassung, diese und viele andere Heldengeschichten der Schweiz seien frei erfunden. Für den Rechtspopulisten Christoph Blocher spielt das keine Rolle. Er findet Mythen gut, auch wenn sie gar keine sind.

Autor:innen und Körperschaften: Thomas Steinfeld und perl

Herausgeber: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

Datum: 27.04.2015

Link: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/schweiz-welche-mythen-1.2454651?print=true&www.sz.de/1.2454651>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 61

Quellenname: DE_AfD_Art27102016

Titel: Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Bundesregierung nimmt „völkische Siedler“ in den Blick. Experten halten die „völkischen Siedler“ für ein „Riesen-Problem“, die Politik hat die rechte Bewegung dagegen nicht ernsthaft im Blick. Bis jetzt. Nun nimmt sich die Bundesregierung dem Phänomen an.

Autor:innen und Körperschaften: Dietmar Neuerer, handelsblatt.com und dpa

Herausgeber: Handelsblatt GmbH/Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG

Datum: 27.10.2016

Link: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechtsextremismus-in-ostdeutschland-bundesregierung-nimmt-voelkische-siedler-in-den-blick/14745490-all.html?ticket=ST-142259-rFCP3lbnkbHvTwiURdEW-ap4>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 62

Quellenname: CH_SVP_Art09092016

Titel: Schaffhausen: Bis gestern noch SVP-Mitglied: Mehrfach vorbestrafter Hitler-Fan will in den Kantonsrat. Claudio Gantert postet auf Facebook rechtsradikale Parolen und ist mehrfach vorbestraft. Nun kandidiert der Neuhauser für den Schaffhauser Kantonsrat. Die SVP will von seiner Vergangenheit nichts gewusst haben – und hat ihn nun aus der Partei ausgeschlossen.

Autor:innen und Körperschaften: viw und aargauerzeitung.ch

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Datum: 09.09.2016

Link: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/bis-gestern-noch-svp-mitglied-mehrfach-vorbestrafter-hitler-fan-will-in-den-kantonsrat-ld.1579834>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Schweizerische Volkspartei

PQ2 Quellen-ID: 63

Quellenname: CH_SVP_Ber06072017

Titel: Urteil: SVP-Politiker darf „Rassist“ genannt werden. Marcel Toeltl, SVP-Präsident von St. Margrethen, wurde zu Recht als „bekennender Rassist“ und „Nazi-Sympathisant“ bezeichnet. Das entschied das

Bundesgericht aufgrund von Äusserungen des Politikers.

Autor:innen und Körperschaften: sda, gku und me

Herausgeber: HZ Das Wirtschaftsportal von Handelszeitung und BILANZ Ringier Axel Springer Schweiz AG

Datum: 06.07.2017

Link: <https://www.handelszeitung.ch/politik/svp-politiker-darf-rassist-genannt-werden-1438729>, zuletzt

konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 64

Quellenname: DE_AfD_Art14092017

Titel: Björn Höcke: Acht Zitate zeigen, wie gefährlich der AfD-Rechtsaußen wirklich ist. Er kommt mal wieder mit einem blauen Auge davon: Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke muss die Partei trotz seiner umstrittenen Äußerungen zum deutschen Geschichtsverständnis nicht verlassen. Der AfD-Bundesvorstand sprach sich nach Parteiangaben bei einer Telefonkonferenz am Montag lediglich für ein Ordnungsverfahren aus.

Autor:innen und Körperschaften: hau/focus.de, Huffington Post/Wochit und dpa/Axel Heimken

Herausgeber: FOCUS Online Group GmbH und FOCUS Magazin Verlag GmbH/Hubert Burda Media

Datum: 14.09.2017

Link: https://www.focus.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-sieben-zitate-zeigen-wie-gefahrllich-der-afd-rechtsaussen-wirklich-ist_id_6536746.html?drucken=1, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Parteien: Freiheitliche Partei Österreichs; Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 65

Quellenname: AT_DE_FPOe_AfD_Art06112018

Titel: "Herbstakademie": Rechtes Treffen mit Straches Sprecher als Redner. Der deutsche Verleger Götz Kubitschek lädt in die Steiermark, auch Konrad Weiß kommt.

Autor:innen und Körperschaften: Colette M. Schmidt, Imago/Sven Simon und derstandard.at/Redaktion

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 06.11.2018

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000090769594/rechtes-treffen-mit-straches-sprecher-als-redner>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

PQ2 Quellen-ID: 66

Quellenname: AT_FPOe_Art19012015

Titel: 18.Februar: FPÖ lädt zum "Politischen Aschermittwoch". Die Veranstaltung in der Jahnturnhalle in Ried im Innkreis steht 2015 "ganz im Zeichen des Superwahljahres".

Autor:innen und Körperschaften: APA, diepresse.com/Redaktion und Bild: APA/RUBRA

Herausgeber: "Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Datum: 19.01.2015

Link: <https://www.diepresse.com/4642224/18februar-fpo-ladt-zum-politischen-aschermittwoch>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

Parteien: Freiheitliche Partei Österreichs; Alternative für Deutschland

PQ2 Quellen-ID: 67

Quellenname: AT_DE_FPOe_AfD_Ber14022018

Titel: Niederbayern: Weißbierzischen, Weißwurstzuzeln und Vilinsky beim Aschermittwoch der AfD. Nach Parteichef Strache im Vorjahr lud die rechtspopulistische deutsche Partei heuer den FPÖ-Generalsekretär ein
Autor:innen und Körperschaften: Markus Rohrhofer, derstandard.at/Redaktion und Bilder: APA/dpa/Armin Weigel

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Datum: 14.02.2018

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000074253273/vilinsky-weissbierzischen-undweisswurstzuzeln-beim-afd-aschermittwoch>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

<https://kurier.at/politik/ausland/afd-aschermittwoch-vilinsky-gibt-sich-zahm/310.873.824>, zuletzt konsultiert am 18.06.2024.

BERICHT: ÜBERSICHT DER DATENSÄTZE AUS PQ1

Anzahl der Datensätze: 974

Aufgrund der Datenmenge wurden orthographische Fehler, falsche Interpunktionen oder andere Mängel in den Originalzitaten nicht korrigiert. Alle Aussagen aus den Primärquellen entsprechen daher dem Originaltext.

Datensätze zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“

Aussagen-ID: 1

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Abhängigkeiten von einer überbordenden Bürokratie, einem Kammerstaat bis hin zu einem von Parteien durchdrungenen staatlichen System sollen im Sinne der Prinzipien der Freiheit abgebaut werden.

Distinktionsmerkmale:

nein

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

überbordende Bürokratie

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 1

Aussagen-ID: 2

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Freiheit steht als höchstes Gut jedem Einzelnen und jeder natürlich gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk, unverzichtbar zu.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 1

Aussagen-ID: 3

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es entspricht freiheitlicher Geisteshaltung, dem einzelnen Menschen die Freiheit als höchstes Gut einzuräumen und darin gleichzeitig einen unverzichtbaren Wert zu sehen. Der Einzelmensch ist jedoch stets in eine Gemeinschaft gestellt, von der Familie bis zum Volk, die ebenfalls selbstständig Träger von Freiheitsrechten ist.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 1

Aussagen-ID: 4

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Politik Berücksichtigung finden müssen. Völker und Volksgruppen haben einen Anspruch darauf, daß ihre Lebensrechte gewahrt werden und die Entfaltung ihrer Eigenart auf friedliche Weise ermöglicht werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Primordialismus; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein
Quelle: AT_FPOe_Pro2005
Seite: 1

Aussagen-ID: 5

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Stellung des Menschen in der Schöpfung ist herausragend. Jeder Mensch ist einzigartig und als Person unverwechselbar. Daraus erfließt die jedem Menschen eigene und unantastbare persönliche Würde.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Perennialismus; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

abstrakt; Narrativ; Ereignis; Symbol
Schöpfung

Zeitraahmen: abstrakt

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 6

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der Mensch hat seinen Sinn in sich selbst, die Daseinsberechtigung des Menschen, seine Gesundheit und seine Würde sind Nützlichkeitsabwägungen nicht zugänglich. Deshalb darf er in seiner Existenz, weder durch Euthanasie und dergleichen in Frage gestellt, bedroht oder gar vernichtet werden, noch durch den Mißbrauch der Medizin, insbesondere der Gentechnik, seiner Würde beraubt werden. Mann und Frau sind gleich an Recht und Würde.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Euthanasie; Mißbrauch der Medizin

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 7

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Sein Geist, sein Bewußtsein und seine Befähigung vernünftig und sittlich zu handeln, begründen die herausragende Stellung in der Schöpfung. Hieraus und aus seiner Einzigartigkeit als Mensch und Unverwechselbarkeit als Person erwächst seine persönliche Würde, die unantastbar ist.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Perennialismus; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

abstrakt; Narrativ; Ereignis; Symbol
Schöpfung

Zeitraahmen: abstrakt

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 8

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Jedem Menschen gebührt grundsätzlich Achtung und Respekt vor seiner Persönlichkeit. Niemand hat das Recht, durch Zwang oder Gewalt die körperliche Unversehrtheit und geistige Integrität des Menschen zu verletzen und dadurch seine Würde anzutasten. Niemand darf nur auf Grund seiner Überzeugungen, Anschauungen und Auffassungen verfolgt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Zwang oder Gewalt; Verfolgung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 9

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Eine freiheitlich bestimmte Gesellschaft sichert jedem Menschen die Entfaltung seiner Persönlichkeit im Rahmen einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Jeder Mensch ist entwicklungsfähig und zu einer von ihm selbst zu bestimmenden Entfaltung begabt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 10

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es ist die Aufgabe freiheitlicher Politik, dem Menschen zu ermöglichen, sich zu entwickeln und sein Dasein menschenwürdig zu gestalten. Die Achtung und der Respekt vor der Persönlichkeit schließt jede Form der Diskriminierung oder gar Pression auf Grund bestimmter Werthaltungen und politischer Einstellungen aus.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Diskriminierung oder Pression

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 2

Aussagen-ID: 11

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es ist mit der Würde des Menschen unvereinbar, ihn durch Bevormundungen oder andere Eingriffe, insbesondere nach ideologischen und weltanschaulichen Schablonen, gegen seinen Willen zu beeinflussen oder umzuerziehen. Staatliche Umerziehung, Bevormundungen und Gängelungen sind im Grunde gegen die Menschenwürde gerichtet und vereinen die Verschiedenartigkeit aller Menschen. Zwangsbeglückungen oder gar totalitäre Umformungen zu einem "neuen" Menschen nach vorbestimmten Normen und ideologischen Konzepten sind mit der Achtung der Menschenwürde unvereinbar.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Staatliche Umerziehung; Bevormundungen und Gängelungen; Zwangsbeglückungen; totalitäre Umformungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 3

Aussagen-ID: 12**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Österreich ist mehr als ein bloßer Zweckverband. Seine Bevölkerung ist durch den Willen zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit in regionaler Vielfalt verbunden. Dieser Wille findet seinen Ausdruck in der demokratisch, föderalistisch, und rechtsstaatlich verfaßten Republik Österreich.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 3**Aussagen-ID: 13****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Österreichpatriotismus äußert sich als Wille zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit der Österreicher, als Wille zur Aufrechterhaltung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Föderalismus, als Wille zur Pflege des kulturellen Erbes Österreichs und als Wille zur Erhaltung der Umwelt, Landschaft und Natur.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

kulturelles Erbe Österreichs

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 3**Aussagen-ID: 14****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die Identität Österreichs ist durch eine Vielfalt und Vielzahl regionaler Identitäten geprägt. Die Bevölkerung Österreichs hat nach leidvollen historischen Erfahrungen ihren Willen zur Zusammengehörigkeit im Rahmen regionaler Eigenständigkeiten bekundet.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

leidvolle historische Erfahrungen

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 3**Aussagen-ID: 15****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Aus der Zusammengehörigkeit aller Österreicher ergeben sich nicht nur Bürgerrechte, sondern auch Bürgerpflichten: insbesondere zur Solidarität, zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden staatlichen Gemeinwesens und zur Leistung eines Beitrages für die innere und äußere Sicherheit. Unter den genannten Bürgerpflichten sind insbesondere die Pflicht zur Solidarität mit den Landsleuten - etwa hinsichtlich der Unterstützung für Alte und Schwache -, die Vermeidung sozialer Härtefälle und dergleichen, die Pflicht zur Leistung von Beiträgen zur Erhaltung der Staatsfunktionen - etwa durch Abgaben bis maximal zu einer verfassungsgesetzlich gezogenen Obergrenze oder etwa durch einen persönlichen Beitrag zur militärischen Landesverteidigung oder zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes-, zu verstehen.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 3-4

Aussagen-ID: 16

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das historische und kulturelle Erbe Österreichs berechtigt zu Stolz auf die erbrachten Leistungen, Traditionen und Errungenschaften. Der daraus erwachsene Patriotismus verpflichtet zu einer selbstbewußten österreichischen Politik und zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

kulturelle Verflachung; Verunglimpfung von Traditionen; Herabsetzung Österreichs

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

das historische und kulturelle Erbe Österreichs

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 17

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Angesichts des großen Anteils des alten Österreichs an der gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Geschichte und des hiervon herrührenden kulturellen Erbes ist es legitim, mit Selbstbewußtsein und Stolz auch auf internationaler Ebene aufzutreten.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

das alte Österreich; gesamtdeutsche und gesamteuropäische Geschichte; das kulturelle Erbe

Zeitraumen:

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 18

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Eine Politik wird abgelehnt, die sich insbesondere seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union den massiven Vereinheitlichungs- und Nivellierungsbestrebungen zu Lasten der geistigen und kulturellen Substanz Österreichs anschließt.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Vereinheitlichungs- und Nivellierungsbestrebungen seit Beitritt zur Europäischen Union

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis

Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

Zeitraumen: 1995

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 19**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Gerade auf medialer Ebene ist seit Jahren eine von kultureller Verflachung gekennzeichnete Entwicklung erkennbar; dies erfordert einen neuen geistigen und kulturellen Aufbruch, um speziell österreichische Traditionen und regionale Eigenheiten lebendig zu erhalten.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kulturelle Verflachung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

österreichische Traditionen

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 4**Aussagen-ID: 20****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Unter Heimat sind die demokratische Republik Österreich und ihre Bundesländer, die historisch ansässigen Volksgruppen (Deutsche, Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn) und die von ihnen geprägte Kultur zu verstehen, wobei von der Rechtsordnung denklöslich vorausgesetzt wird, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

historisch ansässige Volksgruppen

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 4**Aussagen-ID: 21****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Heimatbegriff wird in räumlicher, ethnischer und kultureller Hinsicht definiert.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 4**Aussagen-ID: 22****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dadurch werden das Heimatland, die historisch über Jahrhunderte ansässigen Volksgruppen sowie ihre kulturellen Traditionen, Leistungen und Errungenschaften als Kulturträger zu Schutzobjekten.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch ansässige Volksgruppen; kulturelle Traditionen; Kulturträger

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 23

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das österreichische Volksgruppenrecht listet als Schutzobjekte die einzelnen historisch ansässigen (autochthonen) Volksgruppen auf, wobei die Judikatur denklogisch voraussetzt, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

das österreichische Volksgruppenrecht (Friedensvertrag von Saint Germain/1919; Staatsvertrag /1955; Volksgruppengesetz – VoGrG/1976); historisch ansässigen (autochthonen) Volksgruppen;

Zeitrahmen: vage; 1919; 1955; 1976

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 24

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Heimat in diesem räumlichen, ethnischen und kulturellen Sinne ist zu bewahren, zu schützen und zu gestalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Heimatschutz

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4

Aussagen-ID: 25

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dies beinhaltet insbesondere den Auftrag zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, zum Schutz und zur Weiterentwicklung der zivilisatorischen und kulturellen Traditionen im Rahmen eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und schließlich den Schutz des Bestandes sowie der kulturellen Identitäten der angestammten (autochthonen) Volksgruppen, wie dies der im Verfassungsrang stehende Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 bereits vorgesehen hat.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867

Zeitrahmen: 1867

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 4-5

Aussagen-ID: 26**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Das Nebeneinander und das Zusammenwirken der verschiedenen Volksgruppen haben die Eigenart Österreichs bewirkt. Sie kann nur durch die Sicherung des Weiterbestandes der historisch ansässigen Volksgruppen erhalten werden, was gerade in Zeiten der Entwicklung überregionaler Zusammenschlüsse besonders notwendig erscheint.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

überregionale Zusammenschlüsse

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch ansässige Volksgruppen

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 27**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Jeder Österreicher hat das Grundrecht, über seine Identität und Volkstumszugehörigkeit selbstbestimmt und frei zu befinden. Es darf ihm aus seinem Volkstumsbekenntnis kein Nachteil erwachsen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 28**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dieses Recht ist nicht auf die historisch ansässigen Volksgruppen, wie sie unter Abs. 1 als Schutzobjekte des Heimatbegriffes erwähnt sind, begrenzt. Vielmehr ist es jedem Bürger selbst überlassen, ob er sich überhaupt einer ethnischen Gruppe zugehörig fühlt. In weiterer Folge hat jeder Bürger das Recht selbst zu bestimmen, welcher Volksgruppe er seiner Identität nach zugeordnet werden möchte. Allerdings kann er aus seinem Volkstumsbekenntnis nur in bezug auf die historisch ansässigen Volksgruppen subjektive Rechte ableiten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

historisch ansässige Volksgruppen

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 29**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Das freie Bekenntnis zum jeweiligen Volkstum ist eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der kulturellen Werte und des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethnischen Gemeinschaft. Dieses Bewußtsein der besonderen Wesensart des eigenen Volkes muß untrennbar mit der Bereitschaft verknüpft sein, das Besondere auch in jedem anderen Volk zu achten.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie: Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch-kulturelles Selbstverständnis

Zeitraumen:

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 30

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich ist auf Grund seiner Topographie, seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkten Ressourcen kein Einwanderungsland.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 31

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das Grundrecht auf Heimat gestattet daher keine unbeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung nach Österreich. Das Schutzerfordernis des Grundrechtes auf Heimat stellt ferner klar, daß Österreich auf Grund seiner räumlich begrenzten Ausdehnung, seiner Bevölkerungsdichte und seiner beschränkten Ressourcen kein Einwanderungsland sein kann.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unbeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 32

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Eine unbeschränkte Zuwanderung würde die ansässige Bevölkerung hinsichtlich ihrer aktiven Integrationsfähigkeit überfordern und dadurch deren Recht auf Wahrung und Schutz der eigenen Heimat gefährden. Multikulturelle Experimente werden abgelehnt, weil durch sie mutwillig gesellschaftliche Konflikte geschürt werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unbeschränkte Zuwanderung; multikulturelle Experimente

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5

Aussagen-ID: 33

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich hat aber den aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten politisches Asyl zu gewähren, sofern sie nicht über ein sicheres Drittland ins Bundesgebiet einreisen. Jeder Verfolgte hat aber weiterhin das Recht, sich zu seinem angestammten Volkstum zu bekennen und in seine eigene Heimat zurückzukehren. Insbesondere die zahlreichen Heimatvertriebenen, welche im Verlauf der tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte in ihrem Grundrecht auf Heimat durch gewaltsame Vertreibungsmaßnahmen massiv verletzt wurden, gehen dieses Grundrechtes nicht verlustig und behalten

ein Rückkehrrecht in ihre Heimat.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gewaltsame Vertreibungsmaßnahmen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

tragische Ereignisse der letzten Jahrzehnte; Heimatvertriebene

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 5-6

Aussagen-ID: 34

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die vom Christentum und der antiken Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas. Darauf beruhen die wesentlichen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung. Die kulturelle Prüfung durch christliche Werte und Tradition umfaßt auch Angehörige nichtchristlicher Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

antike Welt; Humanismus; Aufklärung; christliche Werte und Tradition

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 6

Aussagen-ID: 35

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die europäische Zivilisation hat ihre ältesten Wurzeln in der Antike. Das Antlitz Europas wurde in entscheidender Weise vom Christentum in seiner konfessionellen Vielfalt geprägt. Darüber hinaus wurde Europa auch durch Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

Antike

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 6

Aussagen-ID: 36

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. Im Bestreben um den Erhalt dieser Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideelle Partner der christlichen Kirchen, auch wenn es zu verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte gibt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Abendland

Zeitraahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 6

Aussagen-ID: 37

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind die Idee der Menschenwürde und der Grundfreiheiten, die daraus abgeleiteten Vorstellungen von Demokratie und Mitbestimmung und der Rechtsstaatlichkeit, die Idee der Solidarität sowie der Respekt vor dem Leben und der Schöpfung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; abstrakt; Narrativ; Ereignis; Symbol

Abendland; Schöpfung

Zeitraahmen: vage; abstrakt

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 6

Aussagen-ID: 38

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Durch vielfältige Strömungen sind diese Grundlagen jedoch gefährdet. Der zunehmende Fundamentalismus eines radikalen Islams und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb verlorenzugehen droht.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

radikaler Islam; hedonistischer Konsumismus; aggressiver Kapitalismus; Okkultismus; pseudoreligiöse Sekten; Nihilismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 6

Aussagen-ID: 39

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der Liberalismus hat sich in seiner historischen Entwicklung stets gegen weltanschauliche und religiöse Intoleranz gewandt, die sehr häufig von religiösen Institutionen selbst ausgeübt wurde. In dieser historischen Phase ist ein Antiklerikalismus entstanden, der angesichts der geänderten Rolle der kirchlichen und religiösen Institutionen in Österreich überholt ist.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Antiklerikalismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historische Entwicklung des Liberalismus

Zeitraahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7

Aussagen-ID: 40**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es gründet in der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft. Die durch gemeinsame Schicksale verbundenen Völker und ihr kulturelles Erbe bilden und tragen Europa.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

christlich-abendländische Wertegemeinschaft; kulturelles Erbe

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7

Aussagen-ID: 41**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Begriff Europa kann weder auf seine geographische Bedeutung noch auf eine supranationale Organisation, wie sie die Europäische Union darstellt, reduziert werden. Europa stellt die Vielfalt von Völkern und Volksgruppen, Regionen und Staaten und staatlichen Zusammenschlüssen auf der Basis einer historisch gewachsenen Wertegemeinschaft dar.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug;
Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

historisch gewachsene Wertegemeinschaft

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7

Aussagen-ID: 42**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die zentrale geographische Lage Österreichs und seine Geschichte weisen dem Land eine besondere mitgestaltende Rolle als Mittler in Europa zu.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Österreichs Geschichte

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7

Aussagen-ID: 43**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Reichtum Europas liegt in der Vielfalt seiner Völker und Volksgruppen. Die christlich-abendländische Wertegemeinschaft räumt der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit der Völker einen besonders hohen Stellenwert ein (einen höheren als dies in anderen Kulturkreisen der Fall ist.)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Essentialismus; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: andere Kulturkreise

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

christlichabendländische Wertegemeinschaft

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7

Aussagen-ID: 44

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die künftige Bestimmung Europas ist in enger Zusammenarbeit seiner Völker zu gestalten. Das politisch gestaltete Europa wird nur zum Teil durch die Europäische Union repräsentiert. Die Vielfalt Europas verlangt nach Formen der politischen Zusammenarbeit, die unterschiedliche Staatenbünde auf verschiedenen Ebenen vorsieht. Die Eigenständigkeit der Staaten soll dabei nur in dem für die Erreichung der jeweiligen Zielsetzung unbedingt erforderlichen Ausmaß eingeschränkt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 7-8

Aussagen-ID: 45

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das künftige Schicksal Europas muß von der Gestaltungsfreiheit seiner Völker geprägt sein. Dabei sind die durch die Geschichte entstandene Vielfalt und das kulturelle Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

kulturelles Erbe

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 8

Aussagen-ID: 46

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ein bürgernahes und demokratisches Europa kann nur über möglichst föderalistische Zuständigkeiten und in unmittelbarer Zusammenarbeit zwischen den historisch gewachsenen Regionen gestaltet werden.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch gewachsene Regionen

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 8

Aussagen-ID: 47

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die bestehenden föderalistischen Strukturen in Europa sind nicht nur zu bewahren und zu nutzen, sondern auszubauen. Die Schaffung künstlicher Regionen unter Mißachtung geschichtlich gewachsener Landeseinheiten und Strukturen sowie des Selbstbestimmungsrechtes der betroffenen Bevölkerung wird entschieden abgelehnt.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schaffung künstlicher Regionen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

geschichtlich gewachsene Landeseinheiten und Strukturen

Zeitraahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 8

Aussagen-ID: 48

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der innere Friede Europas ist über ein Volksgruppenrecht zu sichern. Es hat von der Tatsache auszugehen, daß die Siedlungsgrenzen der Völker zumeist nicht mit den Staatsgrenzen zusammenfallen, und daher zahlreiche Staaten Europas angestammte ethnische Minderheiten aufweisen. Jede dieser Volksgruppen hat das Grundrecht auf Weiterbestand, auf Schutz vor Assimilierungszwang, auf Wahrung und Entfaltung ihrer kulturellen und politischen Eigenständigkeit sowie auf umfassende Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug;

Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Assimilierungszwang

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 8

Aussagen-ID: 49

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das Grundrecht auf Weiterbestand jeder Volksgruppe und auch der Schutz vor Assimilierungszwang erlegt Österreich die Verpflichtung auf, nicht nur die eigenen Volksgruppen zu schützen, sondern auch für die in ihrem Bestand bedrohten deutschen Minderheiten auf dem Gebiete der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie Schutzmachtfunktion auszuüben (vgl. Kap. VII, Art. 4).

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Assimilierungszwang

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

österreichisch-ungarische Monarchie

Zeitraahmen: 1867-1919;

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 9

Aussagen-ID: 50

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Neutralität hat sich als dominierende Handlungsmaxime der österreichischen Außenpolitik seit 1955 bewährt und wirkt identitätsstiftend für die 2. Republik. Mit dem EU Beitritt 1995 wurde die Neutralität in Österreich zunehmend weiter ausgehöhlt und droht innenpolitisch als bloßes Alibi mißbraucht zu werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: Europäische Union; Aushöhlung und innenpolitischer Mißbrauch der Neutralität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag); EU Beitritt 1995

Zeitraumen: 1955; 1995;

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 9

Aussagen-ID: 51

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der Status der „dauernden Neutralität“ Österreichs wurde 1955 von der Sowjet-Union zur Bedingung für den Abschluß des Staatsvertrages gemacht („Moskauer Memorandum“). Die Neutralität war damals das Mittel zum Zweck für die Erreichung der vollen Souveränität und Freiheit Österreichs. Dies zeigt den großen historischen Wert der Neutralität. Im weiteren wurde die Neutralität Österreichs zum bestimmenden und erfolgreichen Faktor der österreichischen Außenpolitik.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Sowjet-Union (1922-1991); Staatsvertrag (1955); Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag);

historischer Wert

der Neutralität

Zeitraumen: 1922-1991; 1955

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 9-10

Aussagen-ID: 52

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zu einer Beistandspflicht im Falle einer Aggression gegen Mitglieder der EU und zu Einsätzen außerhalb der EU im Sinne der Petersburger Beschlüsse. Diese Einsätze dürfen nicht automatisiert vorgenommen werden und dürfen nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des österreichischen Nationalrates erfolgen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Entschließung des Europäischen Parlaments zum 11. Gipfeltreffen EU-Russland am 31. Mai 2003 in St. Petersburg

Zeitraumen: 2003

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 10

Aussagen-ID: 53

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich bleibt Schutzmacht der deutschen und ladinischen Südtiroler. Dem Land Südtirol ist die Möglichkeit des Beitrittes zur Republik Österreich in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler offenzuhalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 10

Aussagen-ID: 54**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unteilbar und unverzichtbar. Bis zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler ist es die historische Aufgabe Österreichs, den Bestand der deutschen und ladinischen Volksgruppen in Südtirol so wie den international abgesicherten rechtlichen Status mit allen verfügbaren friedlichen Mitteln zu sichern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historische Aufgabe Österreichs

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 10

Aussagen-ID: 55**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Gegenüber den zahlreichen Angehörigen der deutschen Volksgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie besteht für Österreich ebenfalls eine besondere historische Verantwortung und Schutzverpflichtung.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

österreichisch-ungarische Monarchie; historische Verantwortung und Schutzverpflichtung

Zeitraumen: 1867-1919

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 10

Aussagen-ID: 56**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Österreich hat nur wenig dazu beigetragen, um den Angehörigen der deutschen Volksgruppen auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in ihrer oft sehr schwierigen Situation zu helfen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

österreichisch-ungarische Monarchie

Zeitraumen: 1867-1919

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 10

Aussagen-ID: 57**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Erhalt dieser Volksgruppen mit ihrer unverwechselbaren Kultur muß so weit wie möglich gesichert werden. Daher sollte es für Österreich eine Verpflichtung sein, diesen Minderheiten in ihrer Heimat eine wirtschaftliche und kulturelle Überlebenschance zu geben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: AT_FPOe_Pro2005
Seite: 10

Aussagen-ID: 58

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Unbeschränkte Zuwanderung führt zu gravierenden Verzerrungen des Arbeitsmarktes und zu massivem Lohndruck. Hohe Arbeitslosenzahlen gestatten daher keine Zuwanderung von Arbeitskräften mit nicht nachgefragten Qualifikationen. Österreich ist kein Einwanderungsland. Der Lohndruck und die Teuerung auf dem Wohnungsmarkt, die sich aus der unkontrollierten Einwanderung ergeben, stellen eine Verzerrung des Arbeits- und des Wohnungsmarktes dar, die den sozialen Frieden gefährden. Für Saisonbetriebe soll durch ein Saisonniere-Modell die limitierte und befristete Beschäftigung von Ausländern möglich sein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Unbeschränkte Zuwanderung; Arbeitskräften mit nicht nachgefragten Qualifikationen; unkontrollierten Einwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 20

Aussagen-ID: 59

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Herstellung von Chancengerechtigkeit trägt dem Umstand Rechnung, daß in einer pluralistischen Gesellschaft das Vorhandensein von verschiedenen Schichten und Gruppierungen natürliches Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen der Menschen ist. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit bedeutet keine Gleichmacherei, sondern ist vielmehr ein Angebot, das auf Grund der persönlichen Entscheidung des Einzelnen genutzt werden kann. Diese Entscheidung setzt allerdings die Abdeckung fundamentaler Lebensbedürfnisse voraus. Chancengerechtigkeit heißt auch gleiche Einstufungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bei gleicher Qualifikation für Frauen im Berufsleben sowie Beseitigung der Lohnunterschiede von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Primordialismus; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 21

Aussagen-ID: 60

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Familie beruht auf einer Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, deren besondere gesellschaftliche Anerkennung durch das Institut der Ehe ausgedrückt wird. Die Familie ist eine natürliche Lebensgemeinschaft mit Kindern, wobei die Lebensgemeinschaft eines alleinerziehenden Elternteiles mit Kind ebenfalls als Familie anzusehen ist. Bestrebungen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften Familien gleichzustellen, werden abgelehnt.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung:

Gleichstellung gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 22

Aussagen-ID: 61**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Weiterbestand eines freien und leistungsfähigen Bauerntums ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen (Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierwelt) und der gewachsenen Landeskultur. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 25**Aussagen-ID: 62****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die österreichische Kulturlandschaft wurde über Jahrhunderte durch die bäuerliche Bearbeitung kultiviert und geprägt. Sie bildet gemeinsam mit den ländlichen Siedlungsformen, den Nutztierarten, den Bewirtschaftungsformen und dem ländlichen Brauchtum die Landeskultur, welche in ihrer regionalen Vielfalt zum kulturellen Reichtum Österreichs beiträgt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Kultivierung und Prägung über Jahrhunderte; ländliches Brauchtum

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 25**Aussagen-ID: 63****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die Agrarpolitik der EU steht den erklärten Zielen der Erhaltung der herkömmlichen bäuerlichen Struktur und einer naturnahen, flächenbezogenen Produktionsweise entgegen. Um die österreichische Landwirtschaft insbesondere vor dem durch die geplante Osterweiterung zu erwartenden finanziellen Kollaps zu bewahren, ist daher dringend eine Re-Nationalisierung der Agrarpolitik anzustreben.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU; Osterweiterung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 26**Aussagen-ID: 64****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die Sprache ist die wichtigste Trägerin des kulturellen Ausdruckes. Sie ist daher besonders zu pflegen. Die Freiheitliche Bewegung betont die Zugehörigkeit der Österreicher zu der durch ihre jeweilige Muttersprache vorgegebenen Kulturgemeinschaft; für die überwiegende Mehrheit der Österreicher also die deutsche.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitrahmen: nein
Quelle: AT_FPOe_Pro2005
Seite: 27

Aussagen-ID: 65

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Muttersprache ist das Ergebnis einer biographischen und familiären Prägung. Sie ist daher die Sprache, in der man denkt, fühlt und träumt. Die jeweilige Muttersprache ist daher als Trägerin des kulturellen Ausdrucks das bestimmende Kriterium der Zuordnung zu einer größeren Kulturgemeinschaft. Da die Mehrheit der Österreicher die Staatssprache Deutsch (vgl. Art. 8 B-VG) als Muttersprache spricht, ergibt sich daraus ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Artikel 8/Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945, Unionsvertrag 1995)

Zeitrahmen: 1920-1945; 2005

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 27

Aussagen-ID: 66

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Aus Ehrfurcht vor den künstlerischen Leistungen und kulturellen Errungenschaften früherer Generationen ist es eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe, das vielfältige und große kulturelle Erbe Österreichs zu bewahren. Dabei kommt den Bundesländern als Trägern einer Kulturautonomie eine besondere Verantwortung zu.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

künstlerische Leistungen und kulturelle Errungenschaften früherer Generationen; kulturelles Erbe Österreichs

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 27

Aussagen-ID: 67

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der gesamtgesellschaftlichen und staatlichen Aufgaben der Erhaltung dieses kulturellen Erbes und der Sicherung der zumeist regionalen kulturellen Identität stehen alle Bestrebungen kultureller Nivellierung oder verordneter Multikultur entgegen und werden daher abgelehnt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kulturelle Nivellierung; verordnete Multikultur

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

kulturelles Erbe

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 27

Aussagen-ID: 68**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Über die Steuerungsmechanismen der Subventionsgewährung, Kunstförderung und der Ankaufspolitik werden Künstler gegängelt und politisch instrumentalisiert. Dies hat eine speziell in Österreich herausgebildete Form des Staatskünstlertums zur Folge. Dadurch wird die Freiheit der Kunst schwerwiegend eingeschränkt.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatskünstlertum

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 28**Aussagen-ID: 69****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Zu den wichtigsten Bildungszielen gehören auch die Pflege der österreichischen Eigenart und die Erhaltung des kulturellen Erbes. Hierin findet die Beibehaltung und Förderung humanistischer und musischer Bildungswege ihre Begründung, wobei auch auf regionale kulturelle Eigenarten Rücksicht zu nehmen ist.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

das kulturelle Erbe

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 29**Aussagen-ID: 70****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Freiheitliche Bildungspolitik bekennt sich ausdrücklich zum Leistungsprinzip und zu Bildungseliten, weil ohne sie die von Österreich erreichte wirtschaftliche und kulturelle Stellung in der Welt nicht gehalten werden kann. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer breit gefächerten Begabtenförderung und nach einem Schulsystem, in dem Leistung zählt und in dem Schüler, Lehrer und Schulverwaltung gleichermaßen gefordert sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 29-30**Aussagen-ID: 71****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat insbesondere durch die verfehlten Schulreformen zu einer Senkung des Ausbildungsniveaus geführt, und zwar auch im internationalen Vergleich. Zur Hebung des Ausbildungsniveaus und unbeschadet des Bekenntnisses zu einer menschlichen Schule, in welcher Kinder kindgerecht behandelt werden, stellt die „Kuschelschule“ für die Freiheitlichen kein wünschenswertes Zukunftsmodell dar. Wissen und Können, das mühelos erworben wird, und Erfolge, die sich „ganz von selber“ einstellen, bleiben mangels Forderung von Leistung meist hinter den Möglichkeiten der Schüler zurück. Eine bestmögliche Nutzung der geistigen Anlagen und Interessen ist nur durch Bildungseinrichtungen gewährleistet, in denen der Leistungsgedanke im Vordergrund steht.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kuschelschule

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 30

Aussagen-ID: 72

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wissenschaft als Pflege des Wissensstandes ist ein wesentlicher Bestandteil der abendländischen Kultur. In ihrem Sinne haben sowohl Bewahrung und Fortentwicklung des kulturellen Erbes als auch Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften den gleichen Rang. Bewahrung und Fortentwicklung des Wissensstandes obliegt der Forschung, seine Vermittlung der forschungsorientierten Lehre. Beide haben unabhängig von Tagesanforderungen den Wissensstand auf einem möglichst hohen Niveau abrufbar zur Verfügung zu halten.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Kultur; kulturelles Erbe

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 30

Aussagen-ID: 73

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das bewußte Bewahren und Fortentwickeln des Wissensstandes ist im besonderen Maße ein Element gerade der abendländischen Kultur. Sie wird in wesensbedingender Weise mitbestimmt vom Entwicklungsgedanken, der bewußt Bisheriges bewahrt und überdenkt sowie zukunftsgestaltend wirkt. Diesem Prozeß unterlag und soll weiterhin jede Art von Wissenschaft unterliegen, und zwar unabhängig von Tagesanforderungen, wenngleich auch diese den Wissensstand voranzutreiben vermögen. Das gesamte verfügbare Wissen auf allen Wissensgebieten hat auf möglichst hoher Ebene auf Dauer verfügbar und abrufbar zu sein. Die Wissenschaften haben sich auch an ihrem fachlichen Eigenwert zu orientieren, um heute die wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten, auf denen in der Zukunft neue Erkenntnisse gewonnen werden können.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Kultur

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 30

Aussagen-ID: 74

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Träger der Wissenschaft ist der nach Erkenntnis strebende freie Mensch. Es gilt das Grundrecht: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“. Diese Freiheit findet ihre Schranken lediglich in den ethischen Grundlagen der abendländischen Kultur und insbesondere in der unantastbaren Würde des Menschen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:
vage; Narrativ; Symbol
Zeitraumen: vage
Quelle: AT_FPOe_Pro2005
Seite: 30-31

Aussagen-ID: 75
Partei: Freiheitliche Partei Österreichs
Aussage:

Nicht das Forschungskollektiv, sondern der selbstverantwortliche Wissenschaftler ist Träger von Forschung und Lehre. Im Sinne der abendländischen Kultur bildet und formt Wissenschaft den freien Menschen, der in einem Wechselprozeß Wissenschaft selbst gestaltet und bestimmt. Die Forschungstätigkeit des Einzelnen liegt freilich eingebettet in den sachlich einschlägigen Wissenschaftsbetrieben und erfolgt in Kooperationsformen an entsprechenden Wissenschaftsstätten. Aus freiheitlicher Sicht ist jedoch die Unabhängigkeit des Individuums als Wissenschaftler zu garantieren und zwar durch das traditionelle Grundrecht „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Kultur

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 31

Aussagen-ID: 76
Partei: Freiheitliche Partei Österreichs
Aussage:

Dies bedeutet freilich nicht schrankenlose wissenschaftliche Betätigungsfreiheit: Gerade die Möglichkeiten moderner Technologien erfordern ethische Schranken, wie die unantastbare Würde des Menschen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 31

Aussagen-ID: 77
Partei: Freiheitliche Partei Österreichs
Aussage:

Der abendländischen Tradition entspricht im Wissenschaftsbereich die Einheit von Forschung und Lehre: Die Ergebnisse der Forschung sind durch die Lehre umgehendst zu vermitteln, die Lehre hat die neuesten Forschungsergebnisse zu verbreiten, wobei sich aus diesem Prozeß auch Rückkoppelungen aus der Lehre, und damit auch aus der Praxis, auf die Forschung ergeben. Zudem ist die Grenze zwischen Forschung und Lehre dort fließend, wo angeleitete Forschung der Ausbildung dient.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Tradition

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2005

Seite: 31

Aussagen-ID: 78**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Forschungsorientierte Lehre soll der hochqualifizierten Ausbildung für die Forschung und für bestimmte Berufe dienen wie auch dem Wissenserwerb an sich. In diesem Sinne haben die Universitäten dreierlei Lehraufgaben wahrzunehmen, wie dies vor Einsetzen der Massenuniversität vielfach der Fall war: Wissensvermittlung in der Form des bloßen Studiums ohne große Prüfungen mit Abschlußbescheinigung; gezielte Berufsausbildung in der Form des Studiums mit spezifischen, theoretischen und zum Teil auch praktischen Prüfungen (Magisterium); Wissenschaftsausbildung in der Form des Studiums mit theoretischen Prüfungen sowie wissenschaftlicher Arbeiten (Doktorat). Durch die Möglichkeit, schon während des Studiums berufsspezifische Prüfungen ablegen zu können, soll eine wesentliche Verringerung der Gesamtausbildungszeiten für akademische Berufe erreicht

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Massenuniversitäten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche

Einsetzen der Massenuniversität

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2005**Seite:** 31-32**Aussagen-ID: 79****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Unsere Verwurzelung in der reichen Geschichte und in unseren Traditionen ist untrennbar verbunden mit der Verantwortung, die daraus für die aktive Gestaltung der Zukunft für kommende Generationen erwächst.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Verwurzelung in reicher Geschichte und Traditionen;

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2011**Seite:** 1**Aussagen-ID: 80****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir bekennen uns zu unserem Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, zu unseren heimischen Volksgruppen sowie zu einem Europa der freien Völker und Vaterländer.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Pro2011**Seite:** 1**Aussagen-ID: 81****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Österreichs sowie zur Bewahrung und Verteidigung unseres in unserer Tradition und unserer geschichtlichen Entwicklung gewachsenen Menschen- und Gesellschaftsbildes.

Distinktionsmerkmale: Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Bewahrung und Verteidigung der Traditionen; geschichtliche Entwicklung

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 1

Aussagen-ID: 82

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Freiheit gilt uns als höchstes Gut. Seit der bürgerlichen Revolution von 1848 dient unser Streben dem Ringen nach Freiheit und ihrer Verteidigung überall dort, wo Erreichtes wieder bedroht wird.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

bürgerliche Revolution 1848

Zeitraumen: 1848

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 2

Aussagen-ID: 83

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir sind dem Schutz unserer Heimat Österreich, unserer nationalen Identität und Eigenständigkeit sowie unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 2

Aussagen-ID: 84

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Primordialismus; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 2

Aussagen-ID: 85

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich hat sein Staatsgebiet mit allen Mitteln zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.

Distinktionsmerkmale: territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitraumen: 1955

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 2

Aussagen-ID: 86

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer ist Grundlage unserer Europapolitik und unserer internationalen Kontakte.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 2

Aussagen-ID: 87

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Würde des Menschen liegt in seiner Freiheit begründet. Freiheit als Selbstbestimmung geht einher mit dem Willen zur Selbstverantwortung und schließt jede Form von Unterdrückung aus. Freiheit und Verantwortung bilden den Kern persönlicher Entfaltung und unseres Gemeinwesens.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 3

Aussagen-ID: 88

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, zur Unabhängigkeit und Eigenständigkeit unseres Heimatlandes Österreich und zur Solidarität aller österreichischen Staatsbürger.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 4

Aussagen-ID: 89

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir sind uns der Verbundenheit mit unseren Vorfahren und der Verantwortung für unsere Nachkommen bewusst und wollen für nachfolgende Generationen eine Heimat bewahren, die ein selbstbestimmtes Leben in einer intakten Umwelt und eine

positive Weiterentwicklung in Freiheit, Frieden und Sicherheit ermöglicht.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol; Person

Verbundenheit mit unseren Vorfahren

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 4

Aussagen-ID: 90

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Unsere autochthonen Volksgruppen der Burgenlandkroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma sind als historisch ansässige Minderheiten eine Bereicherung und integrierter Bestandteil Österreichs und unseres Staatsvolkes.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

Geschichte Österreichs

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 4

Aussagen-ID: 91

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich ist kein Einwanderungsland. Wir verfolgen daher eine geburtenorientierte Familienpolitik. Bereits integrierte, unbescholtene und legal anwesende Zuwanderer, die die deutsche Sprache beherrschen, unsere Werte und Gesetze vollinhaltlich anerkennen und sich kulturell verwurzelt haben, sollen Heimatrecht und unsere Staatsbürgerschaft erwerben können.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 4

Aussagen-ID: 92

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich ist Teil des europäischen Kulturraums. Die europäische Kultur hat ihre ältesten Wurzeln in der Antike. Europa wurde in entscheidender Weise vom Christentum geprägt, durch das Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst und erfuhr seine grundlegende Weiterentwicklung durch Humanismus und Aufklärung. Wir bekennen uns zu den daraus resultierenden Grundwerten und zu einem europäischen Weltbild, das wir in einem umfassenden Sinn als Kultur-Christentum bezeichnen und das auf der Trennung von Kirche und Staat beruht.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Antike; Humanismus und Aufklärung; Kultur-Christentum

Zeitraahmen: vage
Quelle: AT_FPOe_Pro2011
Seite: 4

Aussagen-ID: 93

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir sind bereit, diese europäischen Werte und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Fanatismus und Extremismus entschieden zu verteidigen und für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Leitkultur und unserer Lebensart in Frieden und Freiheit einzutreten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Fanatismus und Extremismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 4

Aussagen-ID: 94

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das Privileg der Verleihung des Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts ist Religionsgemeinschaften vorzubehalten, die sich zur Trennung von Kirche und Staat als Errungenschaft unserer aufgeklärten Gesellschaft bekennen und unsere Verfassung und Gesetze achten. Die Freiheit zur Religionsausübung in Österreich bedingt auch die Freiheit, sich – geschützt durch unseren Rechtsstaat – religiösen Dogmen entziehen zu können.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

religiöse Dogmen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Bundes-Verfassungsgesetze (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945,

Unionsvertrag 1995)

Zeitraahmen: 1920-1945;

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 5

Aussagen-ID: 95

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zu den demokratischen, rechtsstaatlichen, republikanischen, gewaltenteilenden und bundesstaatlichen Verfassungsprinzipien, zum Respekt vor dem Leben und der Menschenwürde sowie zu den liberalen Grundfreiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Bundes-Verfassungsgesetze (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945,

Unionsvertrag 1995);

Zeitraahmen: 1867; 1920-1945; 1953

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 6

Aussagen-ID: 96**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir bekennen uns zum Ausbau der direkten Demokratie, zu einem freien, geheimen, gleichen, persönlichen und unmittelbaren Verhältniswahlrecht und zu Mediengesetzen, die Monopole und Manipulationen der öffentlichen Meinung verhindern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung:

Monopole und Manipulationen der öffentlichen Meinung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2011**Seite:** 6**Aussagen-ID: 97****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir bekennen uns zu einer humanistisch geprägten Gesellschaft, in der Solidarität effizient und gerecht ausgeübt wird sowie zu einer nachhaltigen Finanzierung des sozialen Gefüges. Das erfordert die wirksame Bekämpfung von Sozialmissbrauch und das Fördern von Leistung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialmissbrauch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2011**Seite:** 6**Aussagen-ID: 98****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir bekennen uns zur Chancengleichheit von Männern und Frauen, zum gegenseitigen Respekt und zu einem gerechten Einkommen, unabhängig vom Geschlecht.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Pro2011**Seite:** 7**Aussagen-ID: 99****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die Bevorzugung eines Geschlechts zur Beseitigung tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligungen wird von uns entschieden abgelehnt. Statistisch errechnete Ungleichheiten, die durch eine Vielzahl an Faktoren bedingt sind, können nicht durch Unrecht an einzelnen Menschen ausgeglichen werden. Daher sprechen wir uns gegen eine Quotenregelung oder das „Gender-Mainstreaming“ aus.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Quotenregelung oder Gender-Mainstreaming

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 100

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Familie, geprägt durch die Verantwortung der Partner und der Generationen füreinander, ist Grundlage unserer Gesellschaft. Die Lebensgemeinschaft von Mann und Frau wird durch das Kind zur Familie. Wer alleinerziehend Verantwortung übernimmt, bildet mit den Kindern eine Familie.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 101

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zur Vorrangstellung der Ehe zwischen Mann und Frau als besondere Form des Schutzes des Kindeswohls. Nur die Partnerschaft von Mann und Frau ermöglicht unserer Gesellschaft Kinderreichtum. Ein eigenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Beziehungen lehnen wir ab.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 102

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns dazu, jedem Österreicher unter der Perspektive der Chancengerechtigkeit beste Lebensbedingungen in Freiheit und in einer sozialen Heimat zu ermöglichen. Der über Generationen hart erarbeitete Wohlstand Österreichs ist für die Zukunft zu sichern. Er hat vorrangig für jene Menschen und deren Nachkommen eingesetzt zu werden, die ihn erarbeitet haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 9

Aussagen-ID: 103

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ein gesunder Bauernstand ist Voraussetzung für Versorgungssicherheit und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in einer wertvollen Natur- und Kulturlandschaft. Österreichs Bauern sollen frei sein von Subventionszwängen und den Interessen monopolorientierter Agrarkonzerne. Leistungen der Landwirtschaft sind daher durch faire Produktpreise abzugelten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Subventionszwänge; Interessen monopolorientierter Agrarkonzerne

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 10

Aussagen-ID: 104

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zum politischen Anspruch, Mehrklassenmedizin im staatlichen Gesundheitswesen nicht zu fördern. Das öffentliche Gesundheitswesen hat Privilegien aufgrund der sozialen Herkunft oder religiösen Orientierung auszuschließen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 11

Aussagen-ID: 105

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Für Bürger aus dem Ausland ist der Zugang zu Leistungen des österreichischen Gesundheitswesens durch ein eigenständiges Sozialversicherungssystem sicherzustellen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 11

Aussagen-ID: 106

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Banden- und Schlepperunwesens, des Drogenhandels, des Terrorismus, der Gewalt und anderer Kriminalitätserscheinungen hat der Staat seine Möglichkeiten entschlossen zu nutzen.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

organisiertes Verbrechen; Banden- und Schlepperunwesen; Drogenhandel; Terrorismus; Gewalt und andere Kriminalitätserscheinungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 12

Aussagen-ID: 107

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wer als Fremder in Österreich wegen eines Verbrechens verurteilt wird ist in sein Heimatland auszuweisen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Fremde Verbrecher

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraahmen: nein
Quelle: AT_FPOe_Pro2011
Seite: 12

Aussagen-ID: 108

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zur umfassenden Landesverteidigung sowie zur allgemeinen Dienstpflicht aller männlichen Staatsbürger in Form des Wehrdienstes oder eines Wehrersatzdienstes als persönliche Leistung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs und den sozialen Frieden. Für weibliche Staatsbürger soll die Möglichkeit zum freiwilligen Wehr- und Wehrersatzdienst sowie zum Sozialdienst offen stehen.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Wehrgesetz (Wehrgesetz 1955/2001 – WG 2001)

Zeitraahmen: 1955; 2001

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 12

Aussagen-ID: 109

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich ist ein selbstbestimmter und friedensstiftender Staat und muss daher frei von einer Mitgliedschaft in einem Militärpakt sein. Die Entscheidung über den Einsatz unseres Bundesheers und unserer Soldaten trifft ausschließlich Österreich selbst, als souveräner und neutraler Staat, in seiner Verantwortung für die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Militärpakt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitraahmen: 1955

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 12

Aussagen-ID: 110

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Damit sich der Mensch in der Gesellschaft voll entfalten kann, bedarf er der geistigen Bildung, der bestmöglichen Aus- und Weiterbildung, einer Garantie der Lehr- und Lernfreiheit sowie der sozialen Chancengleichheit. Dazu müssen die wissenschaftliche Forschung und Lehre, die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Lehre der Kunst frei sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 13

Aussagen-ID: 111

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Das Vermitteln der Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens, der umfassende Erwerb von Wissen, Kompetenzen

und Fertigkeiten, das Fördern individueller Talente und Begabungen, die bestmögliche Ausbildung als Vorbereitung auf das Berufsleben sowie die Vermittlung von Werten und Traditionen unseres Gemeinwesens sind die Hauptaufgaben der staatlichen Schul- und Bildungspolitik. Das Schul- und Bildungswesen hat auf die Vielfalt der geistigen Anlagen und Interessen der Menschen Rücksicht zu nehmen, diesen zu entsprechen und sich jeder ideologischen Bevormundung zu enthalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ideologischen Bevormundung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Vermittlung von Werten und Traditionen

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 10

Aussagen-ID: 112

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zu einer freien Entwicklung der Wissenschaft im Rahmen des Gemeinwohls. Die Wissenschaft beruht auf der Einheit von Forschung und Lehre, dient ausschließlich der Wahrheitsfindung und bedarf weder einer sachfremden Bevormundung, noch einer vermeintlich volkspädagogischen Ausrichtung oder Rücksichtnahme. Der Staat hat sich ideologischen Eingriffen in die Autonomie der Wissenschaften zu enthalten.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

sachfremde Bevormundung oder volkspädagogische Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung;

ideologische Eingriffe

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 13

Aussagen-ID: 113

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Kunst und Kultur in allen ihren Ausprägungsformen sind wesentliche Identitätsstifter unserer Gesellschaft. Kultur als Gesamtheit aller menschlichen Ausdrucksformen findet ihre höchste schöpferische Ausdrucksform in der Kunst.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 13

Aussagen-ID: 114

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Kunst kennt in unserer Gesellschaft ihre Beschränkung nur durch die Rechtsordnung und durch das unserer Verfassung zugrunde liegende humanistische Menschen- und Gesellschaftsbild. Künstlerische Freiheit bedingt die Freiheit des Bürgers zur Kritik an und zur kritischen Auseinandersetzung mit der Kunst.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol
Bundes-Verfassungsgesetze (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945,
Unionsvertrag 1995); humanistisches Menschen- und Gesellschaftsbild
Zeitraumen: vage; 1920/1929/1945/1995
Quelle: AT_FPOe_Pro2011
Seite: 13

Aussagen-ID: 115

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Unsere abendländische Kultur ist reichhaltig und vielfältig. Sie verbindet die europäischen Kulturnationen. Der Erhalt unserer Kulturdenkmäler hat dabei für uns hohe Bedeutung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol
abendländische Kultur; Erhalt der Kulturdenkmäler

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 14

Aussagen-ID: 116

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es gilt, ausgehend vom hohen erreichten Niveau, die freie Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen und unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 14

Aussagen-ID: 117

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreichs Rolle in der Welt hat von humanitärer Verantwortung, Selbstbewusstsein und der Wahrung österreichischer Interessen getragen zu sein.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 15

Aussagen-ID: 118

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zur friedensfördernden Neutralität Österreichs und zur europäischen Solidarität. Wir wollen in der Tradition des Vermittelns und des Ausgleichs unseren Beitrag zum Frieden in der Welt leisten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitraumen: 1955

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 15

Aussagen-ID: 119

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Neben Eigenständigkeit und Freiheit sind die Liebe zu unserer Heimat und den Menschen in unserem Land, die Pflege unserer Traditionen, unserer Identität und unserer Kultur Grundlage für unsere Weltoffenheit. Wer seine eigene Kultur und Herkunft schätzt, kann andere Kulturen aufrichtig achten oder sich nötigenfalls ihrer erwehren, wenn sie aggressiven, unsere eigene Kultur verdrängenden Charakter zeigen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

andere Kulturen, die aggressiven, die eigene Kultur verdrängenden Charakter zeigen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Pflege von Traditionen, Identität und Kultur

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 15

Aussagen-ID: 120

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich ist Anwalt der deutschen und ladinischen Südtiroler und vertritt die Interessen für alle Altösterreicher deutscher Muttersprache aus dem Bereich der ehemaligen k.u.k. Monarchie. Wir streben die Einheit Tirols an und bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht Südtirols und zur Unterstützung der Heimatvertriebenen-Verbände.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Person

Altösterreicher deutscher Muttersprache; k.u.k. Monarchie; Heimatvertriebene

Zeitraumen: 1867-1919; 1945

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 15

Aussagen-ID: 121

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zu einem Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen und lehnen eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung entschieden ab. Europa ist nicht auf das politische Projekt der Europäischen Union zu reduzieren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; Primordialismus; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

künstliche Gleichschaltung; erzwungener Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch gewachsene Völker und autochthone Volksgruppen

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 122

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir bekennen uns zu einem Europa der selbstbestimmten Völker und Vaterländer und zur europäischen Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der Subsidiarität und des Föderalismus. Das künftige Schicksal Europas muss von der Gestaltungsfreiheit seiner Staaten geprägt sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 123

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ziel der europäischen Integration ist die Gemeinschaft jener Staaten, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Werte; Erbe der Kulturen; Traditionen der europäischen Völker

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 124

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die menschenrechtswidrigen Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen, samt den damit im Zusammenhang stehenden Amnestiegesetzen, sind in einem humanistischen Europa nicht zu akzeptieren und im Sinne von Gerechtigkeit für Vertriebene, Ermordete und Enteignete zu streichen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Beneš-Dekrete und AVNOJ-Bestimmungen; Amnestiegesetze

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Beneš-Dekrete (1940-1945/46) und AVNOJ-Bestimmungen (1943-1945); Amnestiegesetze (Straffreistellungsgesetz; damals tschechoslowakisches Parlaments vom Mai 1946)

Zeitraumen: 1940-1945/46

Quelle: AT_FPOe_Pro2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 125**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die FPÖ bekennt sich dazu, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit die österreichische Leitkultur zu schützen. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Kontrolle, welche Menschen in Österreich eine neue Heimat finden oder auch nur temporär in den Arbeitsmarkt einwandern dürfen. Bis auf Weiteres lehnt die FPÖ aufgrund der Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit jegliche Zuwanderung ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Migrationswellen der jüngsten Vergangenheit

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 3

Aussagen-ID: 126**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Einer ungehinderten und maßlosen Zuwanderung, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn die Europäische Union ihre Außengrenzen nicht schützen kann oder will, hat Österreich mit unbefristeten Grenzkontrollen selbst für seine Sicherheit zu sorgen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ungehinderte und maßlose Zuwanderung; Europäische Union

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

ungehinderte und maßlose Zuwanderung der letzten Jahre

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 3

Aussagen-ID: 127**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Multikulturelle Parallelgesellschaften lehnen wir ab. Der Islam ist kein Teil Österreichs, die Auswüchse seiner fundamentalistischen Richtungen müssen entschlossen bekämpft werden. Von der Gefährlichkeit des Islamismus zeugen hunderte Tote und Verletzte, welche dem durch ihn verursachten Terror zum Opfer fielen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Multikulturelle Parallelgesellschaften; Islam; Islamismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 3

Aussagen-ID: 128**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dass Österreich die Hauptlast des Zuwandererstroms tragen muss, weil weder die EU noch die österreichische Bundesregierung bereit sind, die Dublin-Regelung anzuwenden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwandererstrom; EU; Bundesregierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003)

Zeitraumen: 1997; 2003

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 4

Aussagen-ID: 129

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass sich unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ungehindert islamistische Strukturen bilden können, die sich jeglicher Integration konsequent widersetzen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

islamische Strukturen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 4

Aussagen-ID: 130

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass eine regelrechte „Asylindustrie“ aus steuergeldfinanzierten NGOs aus der Massenzuwanderung ein Riesengeschäft auf Kosten der Österreicher macht.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylindustrie; NGOs; Massenzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 4

Aussagen-ID: 131

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Zuwanderung stoppen und konsequente Abschiebung von Scheinasylanten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderung; Scheinasylanten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 4

Aussagen-ID: 132

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Aberkennung der Staatsbürgerschaft von Dschihad-Rückkehrern.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Dschihad-Rückkehrer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 4

Aussagen-ID: 133

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es entspricht freiheitlicher Geisteshaltung, dem einzelnen Menschen die Freiheit als höchstes Gut einzuräumen und darin gleichzeitig einen unverzichtbaren Wert zu sehen. Der einzelne Mensch ist jedoch stets in eine Gemeinschaft gestellt, die ebenfalls selbständig Träger von Freiheitsrechten ist – von der Familie bis zum Volk. Wir Freiheitliche sind daher bestrebt, eine Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, die dem Einzelnen einen durch Grund- und Freiheitsrechte garantierten, staatsfreien Raum gewährleistet. Auf der anderen Seite wollen wir unsere Heimat als möglichst autonomen und autarken Staat in der internationalen Staatengemeinschaft etabliert wissen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Primordialismus; Essentialismus; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 5

Aussagen-ID: 134

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ein Höchstmaß an Freiheit kann nur dort bestehen, wo sämtliche Grund- und Freiheitsrechte tatsächlich gewährleistet und staatlich garantiert sind. Dazu gehören insbesondere die Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Presse- und Informationsfreiheit, für die Studenten und Arbeiter bereits im Revolutionsjahr 1848 kämpften.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Revolutionsjahr 1848

Zeitrahmen: 1848

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 5

Aussagen-ID: 135

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Aus der zunehmend zentralistischen Europäischen Union kommen immer mehr freiheitsgefährdende Tendenzen. Internationale Abkommen mit den USA, etwa über den Austausch von Bank- und Fluggastdaten, stellen unzulässige Eingriffe in die Privatsphäre dar. Das angedachte Bargeldverbot würde zu einer vollständigen Kontrolle sämtlicher Zahlungsvorgänge führen und den „gläsernen Menschen“ schaffen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

freiheitsgefährdende Tendenzen der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 5

Aussagen-ID: 136**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dass staatlich subventionierte Medien die Pressefreiheit für die gezielte Beeinflussung der Bürger in einer bestimmten politischen Richtung missbrauchen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

staatlich subventionierte Medien; gezielte Beeinflussung der Bürger

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 6**Aussagen-ID: 137****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Evaluierung der Europäischen Menschenrechtskonvention und gegebenenfalls Ersatz durch eine „Österreichische Menschenrechtskonvention“, die auch das Heimatrecht der Österreicher schützt.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Symbol

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK, verabschiedet: 1950/in Kraft: 1953/in Österreich in Kraft: 1958)

Zeitraumen: 1950-1958**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 6**Aussagen-ID: 138****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Schutz der Autonomie von Familie und autochthonen Volksgruppen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

autochthone Volksgruppen

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 6**Aussagen-ID: 139****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Kultur ist aus freiheitlicher Sicht die Gesamtheit aller zivilisatorischen Ausdrucksformen. Ihre höchste schöpferische Ausdrucksform ist die Kunst, die in einer freiheitlichen Gesellschaft keiner Beschränkung unterliegt. Uns Freiheitlichen gilt die Freiheit als höchstes Gut. Diese ideelle Grundhaltung hat in der österreichischen Verfassung Einzug gefunden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ

Bundes-Verfassungsgesetze (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945, Unionsvertrag 1995)

Zeitraumen: 1920-1945

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 140

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreichs kulturelle Errungenschaften zeigen über Jahrhunderte hinweg eine bewegte Geschichte und bilden die geistige und künstlerische Lebensform unserer Gesellschaft ab. Neben bildender Kunst, Sprache und Musik fallen auch Wissenschaft und Brauchtum darunter.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

bewegte Geschichte; Brauchtum

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 141

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Unser kultureller Reichtum muss bewahrt, weiterentwickelt und gefördert werden. Da Bräuche und Traditionen lebendige Medien sind, welche auch einem Wandel unterliegen und nur von uns Menschen gelebt werden können, liegt es an uns, für unsere Kinder und Enkelkinder diese wertvollen Errungenschaften weiterzuführen.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

kultureller Reichtum, Bräuche und Traditionen; wertvolle Errungenschaften

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 142

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Bewahrung unserer Identität ist das Gewissensthema unserer Epoche. Die Bewahrung der Identität gelingt aber nur, indem die Tradition aktiv weiterentwickelt und fortgeführt wird.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Bewahrung der Identität; Tradition

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 143

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

In einer Zeit der Identitätsvernichtung und der Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln im Interesse globaler Großkonzerne und weltweit tätiger Finanzjongleure gilt dem ideellen Engagement für die Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache besondere Achtung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Identitätsvernichtung; Entfremdung der Völker von ihren Wurzeln; globale Großkonzerne; Finanzjongleure

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Bewahrung von Kultur und Sprache

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 144

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Aus Ehrfurcht vor den künstlerischen Leistungen und kulturellen Errungenschaften früherer Generationen ist es eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe, das vielfältige und große kulturelle Erbe Österreichs zu bewahren.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

künstlerische Leistungen und kulturelle Errungenschaften früherer Generationen; kulturelles Erbe Österreichs

Zeitrahmen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 7

Aussagen-ID: 145

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die direkte Demokratie unterstützt die repräsentative Demokratie in ihren Aufgaben. Sie bedeutet eine intensivere Auseinandersetzung mit Sachthemen im Rahmen der politischen Diskussionskultur. Die Parteien und deren Repräsentanten werden damit angehalten, die Bürger von ihren inhaltlichen Positionen zu überzeugen. Die österreichische Bevölkerung hat ein gigantisches Potential an Talenten, Fähigkeiten und Begabungen. Sie zeichnet sich durch Leistungsbereitschaft, Fleiß und großes Engagement aus. Sie ist voller Selbstvertrauen und hat einen feinen Sinn für Werte wie Gerechtigkeit und Respekt und ein ausgeprägtes Gespür dafür, was richtig und falsch für unser Land ist.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 9

Aussagen-ID: 146

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Österreich hat seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren. Sicherheit ist Voraussetzung für Lebensqualität, einen erfolgreichen Finanzplatz sowie den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit ist seit Jahren im Sinken und wurde durch das unkontrollierte Hereinlassen von unzähligen Migranten massiv verschlechtert. Immerhin ist es dem Engagement und der Einsatzbereitschaft unserer Polizistinnen und Polizisten zu verdanken, dass die Sicherheitslage nicht noch mehr aus den Fugen geriet.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unkontrolliertes Hereinlassen von unzähligen Migranten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Das unkontrollierte Hereinlassen von unzähligen Migranten

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 11

Aussagen-ID: 147

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Seit der Schengen-Erweiterung und der damit verbundenen Grenzöffnung fahren Kriminaltouristen und organisierte Banden aus dem Osten tagaus, tagein mit österreichischem Diebesgut über die ausgebauten Verkehrswege heim Richtung Osten. Im Zuge der illegalen Massenmigration, des Zustromes an Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten, verstärkt seit September 2015, hat Österreich ein massives Problem mit der Ausländerkriminalität, das sich auch in völlig neuen Bedrohungsszenarien wie dem islamischen Terrorismus zeigt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich;

rhetorische Figur

(Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminaltouristen und organisierte Banden aus dem Osten; illegale Massenmigration;

Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten; Ausländerkriminalität; islamischer Terrorismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Schengener Abkommen (1985; Inkrafttreten in Österreich 1997); Schengen-Erweiterung (2004/2007); Flüchtlingskrise 2015

Zeitraumen: 1985/1997; 2004/2007; 2015

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 11

Aussagen-ID: 148

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die FPÖ bekennt sich uneingeschränkt zur umfassenden Landesverteidigung und zum Österreichischen Bundesheer als Träger der militärischen Landesverteidigung. Die Verteidigung unserer Neutralität erfordert ein einsatzfähiges und gut ausgebildetes Bundesheer. Die Wehrpflicht ist aufrechtzuerhalten und eine Beteiligung des Bundesheeres an einer EU-Armee ist – Auslandseinsätze unter UNO-Mandat ausgenommen – mit unserer Neutralität unvereinbar.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Armee

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitraumen: 1955

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 13

Aussagen-ID: 149

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Sicherheit unserer Heimat in allen möglichen Bedrohungslagen erzwingt einen gesamtstaatlichen Ansatz. Dieser war bereits im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) vorhanden. Der Geist und die Grundsätze der ULV sind im Rahmen der Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV) wiederzubeleben und fortzuschreiben.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

Umfassenden Landesverteidigung (ULV); Umfassenden Sicherheitsvorsorge (USV); Artikel 9a Bundes-Verfassungsgesetze (B-VG, 1920/1929/1945/1995; Haupturkunde 1920, Novelle 1929, Unabhängigkeitserklärung 1945, Unionsvertrag 1995)

Zeitraumen: 1930-2006

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 13

Aussagen-ID: 150

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass Grundwehrdiener, die für Österreichs Sicherheit eintreten, weniger bekommen als Fremde mit der Mindestsicherung.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Fremde

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 14

Aussagen-ID: 151

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Familien sind der wichtigste Faktor für das Funktionieren eines Gemeinwesens. Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert gemeinsam mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Primordialismus; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 15

Aussagen-ID: 152

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern in Österreich sichert eine gedeihliche Zukunft. Dies bedeutet sowohl gleiche Rechte als auch gleiche Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 15

Aussagen-ID: 153

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Für uns Freiheitliche spielt unsere Jugend eine zentrale Rolle, denn Österreichs Zukunft liegt in der Hand seiner Kinder und Jugendlichen. Es ist daher sicherzustellen, dass der jüngsten Generation ein guter Start ins Leben durch beste Rahmenbedingungen in Kindheit und Jugend ermöglicht wird. Neben einem sicheren Umfeld in Kindergarten und Schule mit verpflichtender deutscher Sprache ist für die FPÖ auch die Attraktivierung der Lehrberufe eine wichtige Maßnahme, um der herrschenden Jugendarbeitslosigkeit Herr zu werden. Österreich muss seinen Facharbeitermangel selbst beheben, um eine Zukunft als Produktionsstandort zu haben.

Distinktionsmerkmale: kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Jugendarbeitslosigkeit; Facharbeitermangel

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 17

Aussagen-ID: 154

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass unsere Kinder Fremde in österreichischen Schulen sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 18

Aussagen-ID: 155

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Restriktive Begrenzung des Ausländeranteils in Schulklassen, um den Lernerfolg der österreichischen Kinder nicht zu gefährden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 18

Aussagen-ID: 156

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Ideologische Indoktrination und parteipolitischer Einfluss haben im Bildungssystem nichts verloren. Persönlichkeitsbildung und Wissenserwerb müssen im Vordergrund stehen. Das Bildungssystem hat für jede soziale Schicht offen zu sein. Dennoch sind unterschiedliche Begabungen zu berücksichtigen und Hochbegabungen zu fördern. Uniforme Strukturen, wie etwa die Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, sind abzulehnen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ideologische Indoktrination und parteipolitischer Einfluss im Bildungssystem; Gesamtschule

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 19

Aussagen-ID: 157

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass der Unterricht österreichischer Kinder durch immer mehr Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen leidet.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schüler mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 20

Aussagen-ID: 158

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass aus ideologischen Gründen die freie Schulwahl durch die Einführung einer Gesamtschule massiv eingeschränkt wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gesamtschule

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 20

Aussagen-ID: 159

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Wir Freiheitliche bekennen uns zum freien Hochschulzugang als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Die aktuellen Zugangsbeschränkungen schließen hauptsächlich österreichische Studierwillige vom Studium aus. Für ausländische Studierende muss das „Herkunftslandprinzip“ gelten: Nur wenn eine Studienberechtigung im Herkunftsland vorliegt, kann in Österreich ein entsprechendes Studium aufgenommen werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Studierende

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 21

Aussagen-ID: 160

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die Finanzierung von öffentlichen Universitäten und pädagogischen Hochschulen ist auf ein Studienplatzfinanzierungsmodell umzustellen. Für alle privat angeworbenen Drittmittel soll ein Anreizsystem geschaffen werden. Studienbeiträge für „Bummelstudenten“ und Drittstaatsangehörige können bis zu einer Obergrenze autonom eingehoben werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bummelstudenten und Drittstaatsangehörige

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 21

Aussagen-ID: 161

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass durch willkürliche Zugangsbeschränkungen österreichische Maturanten am Zugang zum Studium gehindert werden. Dass Ausländer nahezu kostenlos an den vom österreichischen Steuerzahler finanzierten Universitäten studieren können.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 22

Aussagen-ID: 162

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Studiengebühren und „Herkunftslandprinzip“ für Nicht-Österreicher.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen

Feindbild/Bedrohung:

Nicht-Österreicher

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 22

Aussagen-ID: 163

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Frauen verdienen bei gleicher Arbeit immer noch weniger als Männer. Dieser Missstand muss beseitigt werden. Es kann nur gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 23

Aussagen-ID: 164

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Neben der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind qualitätsvolle Teilzeitarbeitsplätze sowie gute Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg zu schaffen. Die FPÖ steht für eine gelebte Gleichberechtigung der Geschlechter. Das bedeutet aber keine Gleichmacherei von Mann und Frau. Deshalb sprechen wir uns gegen scheinheilige Alibiaktionen in der Frauenförderung aus, die nicht geeignet sind, die Stellung der Frau tatsächlich aufzuwerten. Wir akzeptieren keine Unterdrückung von Frauen und lehnen daher Zwangsheirat oder Kopftuchzwang strikt ab.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gleichmacherei; Frauenförderung; Zwangsheirat oder Kopftuchzwang

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 23

Aussagen-ID: 165**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:***Dass Frauen weniger verdienen als Männer in gleichwertiger beruflicher Position.**Dass durch die Einwanderung von Menschen aus patriarchalen Kulturen eine neue Frauendiskriminierung stattfindet.**Dass Alibimaßnahmen wie das Binnen-I und die Nennung von Töchtern in der Bundeshymne von den wirklichen Problemen der Frauen ablenken.***Distinktionsmerkmale:**

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung von Menschen aus patriarchalen Kulturen; Gender-Mainstreaming

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Praxis/Ritual

Bundeshymne (1947)/geschlechtergerechte Fassung 2012

Zeitraumen: 1947/2012**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 24**Aussagen-ID: 166****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:***Einkommensschere schließen – Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit.**Tatsächliche Gleichberechtigung statt heuchlerischer Gleichmacherei.**Medizinische und soziale Beratung vor geplanten Schwangerschaftsabbrüchen und Unterstützung von schwangeren Frauen in schwierigen Lebenssituationen.**Nulltoleranz gegenüber jeder Form von Gewalt und Unterdrückung von Frauen und Kindern, unterstrichen durch härtere Strafen bei Gewaltverbrechen insbesondere an Kindern***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

heuchlerischer Gleichmacherei; Gewalt und Unterdrückung von Frauen und Kindern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 24**Aussagen-ID: 167****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:***Die FPÖ steht für eine Sozialpolitik, die klar und deutlich die eigenen Staatsbürger in den Vordergrund stellt. Diese Position zieht sich von der Mindestsicherung bis hin zum leistbaren Wohnen. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit ist der Sozialstaat durch Zuwanderungswellen an die Grenze seiner Belastbarkeit gelangt.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderungswellen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Zuwanderungswellen der jüngeren Vergangenheit

Zeitraumen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 27**Aussagen-ID: 168****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:***Darüber hinaus verdrängen billige Arbeitskräfte aus dem europäischen Osten österreichische Arbeitnehmer Schritt für Schritt vom heimischen Arbeitsmarkt und heizen dadurch die ohnehin schon auf Rekordniveau befindliche Arbeitslosigkeit*

weiter an. Während die Lebenshaltungskosten stetig steigen, stagnieren die Löhne real seit Jahren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

billige Arbeitskräfte aus dem europäischen Osten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 27

Aussagen-ID: 169

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Eine Mindestsicherung für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, wird von uns abgelehnt, weil sie einen massiven Anreiz für die weitere Zuwanderung nicht leistungsbereiter Migranten darstellt. Das Einfallstor in den Sozialstaat muss geschlossen werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

nicht leistungsbereiter Migranten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 27

Aussagen-ID: 170

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Es ist inakzeptabel, dass österreichische Staatsbürger, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und eine Mindestpension beziehen, weniger Leistung erhalten als viele Zuwanderer, die nie einen Cent in das Sozialsystem eingezahlt haben.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 27

Aussagen-ID: 171

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass Pensionen hart arbeitender Österreicher geringer sind als die Mindestsicherung für Zuwanderer. Dass Familienleistungen an Kinder bezahlt werden, die bei wesentlich geringeren Lebenshaltungskosten im Ausland wohnen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 28

Aussagen-ID: 172**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes für EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige zum Schutz heimischer Arbeitnehmer.

Zugang zu Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürger erst nach mindestens fünfjähriger Beitragszahlung.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige; Nicht-Staatsbürger

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 28**Aussagen-ID: 173****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der soziale Wohnbau muss wieder zu einem Ort der Sicherheit werden. Soziale Durchmischung im sozialen Wohnbau bedeutet aber keinesfalls, dass dieser Wohnraum als Ersatz für jahrzehntelang misslungene Integrationsbestrebungen dienen kann und darf. Ein geförderter Wohnsitz – als eine der aufwändigsten Sozialleistungen – kann nur am Ende einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft stehen. Die Umkehrung dieses Grundsatzes ist gegenüber einheimischen Wohnungssuchenden nicht zu verantworten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

misslungene Integrationsbestrebungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

jahrzehntelang misslungene Integrationsbestrebungen

Zeitrahmen: vage**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 29**Aussagen-ID: 174****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dass österreichische Familien in unwürdigen Verhältnissen leben müssen, weil für sie scheinbar keine passenden geförderten Wohnungen gefunden werden.

Dass im sozialen Wohnbau immer mehr Wohnungen an Menschen nicht-österreichischer Herkunft vergeben werden und dadurch soziale und kulturelle Spannungen zu Lasten der verbleibenden Österreicher entstehen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Menschen nicht-österreichischer Herkunft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 30**Aussagen-ID: 175****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wiederbelebung des sozialen Wohnbaus und Bevorzugung österreichischer Staatsbürger bei der Wohnungsvergabe – ohne Deutschkenntnisse keine geförderte Wohnung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017
Seite: 30

Aussagen-ID: 176

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Grundprinzip freiheitlicher Gesundheitspolitik ist das Bekenntnis zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung für alle Staatsbürger. Eine Mehrklassenmedizin im öffentlichen Gesundheitswesen wird von der FPÖ abgelehnt. Das schließt auch Privilegien aufgrund der sozialen Zugehörigkeit oder der Mitgliedschaft zu einer Religionsgemeinschaft dezidiert aus.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Mehrklassenmedizin; Privilegien aufgrund der sozialen Zugehörigkeit oder der Mitgliedschaft zu einer Religionsgemeinschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 31

Aussagen-ID: 177

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Gerade bei der Pflege und Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen im Haushalt kommt dem Hausarzt als Vertrauensperson eine besondere Bedeutung zu. Der Hausarzt soll als Erstanlaufstelle weiterhin eine zentrale Rolle spielen und nicht durch an die DDR erinnernde Primärversorgungszentren ersetzt werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Primärversorgungszentren der DDR

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Orte

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Zeitraumen: 1949-1990

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 31

Aussagen-ID: 178

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass Asylwerber vom ersten Tag an und ohne jeden Beitrag vollen Zugang zum österreichischen Gesundheitssystem erlangen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylwerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 32

Aussagen-ID: 179

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Der ländliche Raum sichert nicht nur unseren Bedarf an gesunden Lebensmitteln, sondern spiegelt mit seiner kulturellen

Vielfalt unsere gesamte Heimat Österreich wider.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 33

Aussagen-ID: 180

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Dass die Pflege heimischen Brauchtums in Form regionaltypischer Veranstaltungen zunehmend an Bürokratie, Auflagen oder gar falscher Rücksichtnahme auf kulturelle Eigenheiten von Zuwanderern scheitert.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

falsche Rücksichtnahme auf kulturelle Eigenheiten von Zuwanderern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

heimisches Brauchtum

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 34

Aussagen-ID: 181

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die FPÖ befürwortet die waidgerechte, nachhaltige Ausübung der Jagd und der Fischerei auf der Basis der geltenden strengen Gesetze und spricht sich klar für den Erhalt des jagdlichen Brauchtums und für die Pflege der Tradition österreichischer Jäger und Fischer aus.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

jagdliches Brauchtum; Pflege der Tradition

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 37

Aussagen-ID: 182

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Verbot des betäubungslosen Schlachtens von Tieren, auch wenn dies religiös begründet wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 38

Aussagen-ID: 183**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Das enorme Mittel von österreichischen Steuerzahlern in einen höchst umstrittenen EURATOM-Vertrag fließen, mit dem unter anderem der Ausbau von Kernkraft in unseren Nachbarländern gefördert wird.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kernkraft in Nachbarländern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM, 2007/2009)

Zeitrahmen: 2007/2009**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 39**Aussagen-ID: 184****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Freiheit, der Sicherheit und dem Wohl seiner Bürger zu dienen. Da ausschließlich der demokratische Rechtsstaat über eine hinreichende Legitimation durch den Bürger verfügt, ist er Träger des Gewaltmonopols zur Durchsetzung der Rechtsordnung. Es ist ureigenste Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung entschlossen durchzusetzen, Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und dem Bürger Glaubwürdigkeit und Sicherheit zu garantieren.

Distinktionsmerkmale:

Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 47**Aussagen-ID: 185****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Die oftmals verhältnismäßig geringe Bestrafung von Gewalt- und Sexualstraftätern erschüttert das Vertrauen in die Justiz, insbesondere wenn der Verdacht einer Rücksichtnahme auf den kulturellen Hintergrund von Straftätern ausländischer Herkunft laut wird. Um der Gerichtsbarkeit die Möglichkeit zu geben, derartige Verbrechen angemessen zu bestrafen, bedarf es einer Anhebung der Strafunter- und -obergrenzen im Bereich der strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung. Je schwerer die Form der Gewalt ist, desto schärfer muss die Sanktion sein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gewalt- und Sexualstraftäter; Straftäter ausländischer Herkunft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** AT_FPOe_Wahlpro2017**Seite:** 47**Aussagen-ID: 186****Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dass Häftlinge bei medizinischen Behandlungen nach Privatarif abgerechnet werden und daher eine bessere Gesundheitsversorgung haben als gesetzlich versicherte Bürger.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Häftlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 48

Aussagen-ID: 188

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Härtere Strafen bei Sexualverbrechen und bei Gewaltdelikten bei gleichzeitigem Ausschluss jeglicher Hafterleichterungen wie etwa einer elektronischen Fußfessel.

Lebenslanges Tätigkeitsverbot für verurteilte Kinderschänder in Berufen und ehrenamtlichen Tätigkeiten mit Kontakt zu Kindern.

Konsequente Überstellung von ausländischen Häftlingen in ihre Heimatländer, damit sie dort ihre Haft verbüßen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kinderschänder; ausländische Häftlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 48

Aussagen-ID: 189

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen geprägten Leitkultur stehen. In diesem Zusammenhang haben auch die nationalstaatliche Unabhängigkeit und die immerwährende Neutralität Österreichs einen hohen Stellenwert.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländische Leitkultur; Europa der Vaterländer; Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitrahmen: vage; 1955

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 51

Aussagen-ID: 190

Partei: Freiheitliche Partei Österreichs

Aussage:

Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren, die dem Neutralitätsgedanken zugrunde liegt. Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU als zentralistisch geführter Bürokratiemoloch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer; Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitrahmen: vage; 1955

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 51

Aussagen-ID: 191**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Ziel der europäischen Integration muss die Gemeinschaft jener Staaten sein, die geographisch, geistig und kulturell Europa ausmachen und die sich den abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet haben. Die FPÖ tritt für ein Europa ein, das echte Demokratie ermöglicht und den mündigen, freien Bürger respektiert.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Abendländische Werte; Erbe der Kulturen und Traditionen

Zeitraumen: vage

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 51

Aussagen-ID: 192**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Wir Freiheitliche treten für eine Neuordnung und Reform des europäischen Vertragswerkes ein, wodurch insbesondere die historischen Fehlentwicklungen des Maastricht- und des Lissabon-Vertrages rückgängig gemacht werden. Aus freiheitlicher Sicht ist eine gemeinsame Währung nur dann sinnvoll, wenn die Volkswirtschaften, die ihr angehören, ähnlich strukturiert sind.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Historische Fehlentwicklungen; Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in Kraft: 1993); Vertrag von Lissabon (2007)

Zeitraumen: 1993; 2007

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 51

Aussagen-ID: 193**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Dass den Nationalstaaten schleichend immer mehr Kompetenzen entzogen werden und zudem ein völlig unnötiger Regulierungswahn durch die EU entwickelt wird.

Dass die EU laufend ihre eigenen Regeln und Gesetze bricht und dadurch Entwicklungen wie Massenzuwanderung und Schuldenunion ermöglicht.

Dass eine jeder Neutralität widersprechende Politik, wie aktuell gegen Russland, der heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft massiven Schaden zufügt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Regulierungswahn der EU; Massenzuwanderung; Schuldenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralitätsgesetz 1955 (Moskauer Memorandum/Staatsvertrag)

Zeitraumen: 1955

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 52

Aussagen-ID: 194**Partei:** Freiheitliche Partei Österreichs**Aussage:**

Sichere EU-Außengrenzen – Stopp unkontrollierter Massenzuwanderung.

Ausstieg aus dem ESM-EFSF-Haftungswahnsinn zum Schutz der heimischen Sparer.

Klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei, sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Massenzuwanderung; Türkei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

The European Financial Stability Facility (EFSF/2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012)

Zeitraumen: 2010; 2012

Quelle: AT_FPOe_Wahlpro2017

Seite: 52

Datensätze zur „Alternative für Deutschland“

Aussagen-ID: 195

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland ist eine Partei engagierter Staatsbürger, die mit Besorgnis die fortschreitende inhaltliche Erstarrung und Entdemokratisierung der etablierten Parteien beobachten. Geprägt von kurzfristigem Opportunismusdenken und politischen Ritualen erweisen sich die traditionellen Parteien als zunehmend unfähig, wichtige gesellschaftliche Grundentscheidungen sachgerecht zu treffen. Dadurch gerät die Bundesrepublik Deutschland in eine tiefe Krise.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Entdemokratisierung; etablierte und traditionelle Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 1

Aussagen-ID: 196

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das westliche Gesellschaftsmodell, das Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg sozial, politisch und wirtschaftlich so erfolgreich gemacht hat, bestand in dem harmonischen Zusammenwirken von Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Demokratie, Subsidiarität und sozialer Marktwirtschaft. Heute äußert sich die Krise in einem kulturellen Verfall des Parlamentarismus, mangelnden Respekt vor verfassungsrechtlichen und vertraglichen Bestimmungen auf Regierungsebene, einer zunehmend beeinträchtigten Gewaltenteilung sowie in einem Versagen der Ordnungspolitik, die eine leistungsfähige Marktwirtschaft erst ermöglicht.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kultureller Verfall; beeinträchtigte Gewaltenteilung; Versagen der Ordnungspolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Zweiter Weltkrieg (1939-1945)

Zeitraumen: 1939-1945

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 1

Aussagen-ID: 197

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Erforderlich ist daher eine durchgreifende politische Erneuerung. Diese wollen wir bewirken, indem wir allen Bürgern eine neue politische Heimat geben, die das Vertrauen in die traditionellen Parteien verloren haben. Mit ihnen setzen wir uns für

die zeitgemäße Wiederherstellung und Erneuerung unserer bewährten Gesellschaftsordnung ein. Unser Ziel ist es, durch gesellschaftliche Partizipation Freiheit, Solidarität und die rechtliche Gleichstellung aller Bürger zu erhalten, damit, Wohlstand, Sicherheit und Frieden in Deutschland und Europa gewahrt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

traditionellen Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Wiederherstellung und Erneuerung der bewährten Gesellschaftsordnung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 1

Aussagen-ID: 198

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die moderne westliche Gesellschaft beruht auf einem impliziten Gesellschaftsvertrag, der Rechte und Pflichten zwischen dem Staat und seinen Bürgern sowie zwischen den Bürgern untereinander festlegt. In Deutschland sind Teile dieses Gesellschaftsvertrages im Grundgesetz kodifiziert, während andere, etwa der Generationenvertrag, nicht explizit sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/23.05.1949); Generationenvertrag (auch Generationengerechtigkeit; GER: Rentenreform 1957/Vertreter: Wilfried Schreiber)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 2

Aussagen-ID: 199

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Derzeit wird der implizite Gesellschaftsvertrag vielfältig strapaziert, missachtet oder sogar gebrochen. Dies äußert sich z. B. in verfassungswidrigen Haushalten, einem die Sozialsysteme bedrohenden Geburtenmangel und einer bewussten Irreführung der Bevölkerung in der Eurokrise. Die etablierten politischen Parteien und die von ihnen dominierten staatlichen Institutionen haben dies entweder nicht bekämpft oder sogar aktiv begünstigt. Dieses Versagen zeigt sich aktuell in besonders beunruhigendem Maße in der Euro-Politik.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

verfassungswidriges Haushalten; Geburtenmangel; Irreführung der Bevölkerung; Eurokrise; etablierte politische Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Eurokrise (seit 2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 2

Aussagen-ID: 200

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die durch massive Kapitalflucht aus den Südländern geprägte Situation wird derzeit durch Einsatz horrender finanzieller Mittel stabilisiert. Rettungsschirme umfassen dreistellige Milliardenbeträge, die TARGET-Salden nehmen ähnliche Ausmaße an, die EZB will unbegrenzt Staatsanleihen kaufen etc. Die Nordländer, die all dies durch Ressourcentransfers finanzieren,

laufen Gefahr, möglicherweise selbst in einen Staatsbankrott hineingezogen zu werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kapitalflucht aus Südländern; EZB (Europäische Zentralbank); Euro-Rettung; Staatsbankrott

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 2

Aussagen-ID: 201

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Auf nationaler und auf europäischer Ebene entgleitet den gewählten Volksvertretern die ihnen übertragene Kontrolle über die Exekutive. In der Eurorettungspolitik hat sich der Deutsche Bundestag fast willenlos von der Regierung zu Entschlüssen treiben lassen, deren Tragweite angesichts völlig unzureichender Vorlagen und nach Stunden bemessener Beratungsfristen für Laien gar nicht zu überschauen war. Auf europäischer Ebene sind mit der EFSF und dem ESM Institutionen entstanden, die weder dem Europaparlament noch den nationalen Parlamenten gegenüber rechenschaftspflichtig sind, obgleich sie Entscheidungen treffen, die unmittelbar deren Budgetrecht berühren. Zudem genießt das Personal dieser Institutionen eine Immunität, die selbst von den Parlamenten nicht aufgehoben werden kann.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurorettungspolitik; Regierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

The European Financial Stability Facility (EFSF/2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012)

Zeitrahmen: 2010; 2012

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 3

Aussagen-ID: 202

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

So verdichten sich in der Eurokrise jenseits ihrer unbestreitbaren wirtschaftlichen und fiskalischen Bedeutung die wesentlichen Elemente unserer gesellschaftlichen Krise. Der Bruch des Maastrichter Vertrages zeugt von dem mangelnden Respekt des Rechts. Der damit einhergehende Bruch des Wahlversprechens diskreditiert die repräsentative Demokratie ebenso wie der Mangel an Transparenz und Offenheit beim Krisenmanagement. Die überbordende Verschuldung ist ein Verstoß gegen das Nachhaltigkeitsgebot. Die Geringschätzung des Parlaments und die Bereitschaft des Parlaments, dies fast widerspruchslos zu dulden, zeugen vom Verfall der parlamentarischen Kultur. Die fortgesetzte Verbilligung von Krediten verstößt gegen die ordnungspolitischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft und bewirkt eine gigantische Fehlsteuerung von Kapitalströmen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurokrise; überbordende Verschuldung; Verfall der parlamentarischen Kultur

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Eurokrise (seit 2009); Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in Kraft: 1993)

Zeitrahmen: 1993; 2009

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 3

Aussagen-ID: 203

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wettbewerbsfähigkeit – Die Substanz des Industriestandorts Deutschland ist insbesondere gegenüber fernasiatischen Konkurrenten langfristig bedroht. Die für industrielle Produktion unerlässliche Energieversorgung ist durch eine kopflose Energiepolitik schon in Kürze nicht mehr zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleistet. Zudem werden Produktionsprozesse

und Innovationen durch eine ungebremst steigende Regulierungs- und Bürokratisierungsflut behindert und gebremst. Hierfür ist nicht nur die nationale sondern sehr maßgeblich auch die europäische Verwaltung verantwortlich.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

fernasiatische Konkurrenten; Regulierungs- und Bürokratisierungsflut; europäische Verwaltung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 4

Aussagen-ID: 205

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Bildung und Einwanderung – Bildung und geistige Fähigkeiten der Bevölkerung sind ebenfalls entscheidende Faktoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Sie sind darüber hinaus aber auch maßgeblich für eine fruchtbare, zukunftsfähige Entwicklung der Zivilgesellschaft. Beides wird jedoch gefährdet durch die Auszehrung und Verkrustung des deutschen Bildungssystems und den Verfall familiärer Bildungstraditionen. Die angesichts des demographischen Niedergangs unverzichtbare Einwanderung wird nur unzureichend nach Qualifikationen gesteuert, obgleich andere Staaten dies erfolgreich praktizieren. Zudem bewältigen Menschen mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Schichten oft die Integration in die moderne Wissensgesellschaft nicht.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Auszehrung und Verkrustung des deutschen Bildungssystems; Verfall familiärer Bildungstraditionen; demographischer Niedergang; Menschen mit Migrationshintergrund; sozial benachteiligte Schichten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

familiäre Bildungstraditionen

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 4

Aussagen-ID: 206

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

In der Eurokrise rufen die etablierten Parteien nach einer zentrale europäische Fiskalpolitik. Dies widerspricht dem Prinzip der Subsidiarität und ist deshalb abzulehnen. Ohnehin dient der Ruf nach einer Fiskalunion nur dazu, den nationalen Parlamenten ihre Budgethoheit zu nehmen, um möglichst ungestört Ressourcentransfers zugunsten vorwiegend südeuropäischer Staaten zu ermöglichen. Die fiskalische Verantwortung muss aber auf der nationalen Ebene bleiben. Dies gilt sowohl für diejenigen Staaten, die sich durch unverantwortliche Verschuldung eines Teils ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit beraubt haben, als auch für die Staaten, deren Bürger darauf vertraut haben, dass sie mit ihren Steuergeldern nicht für die Schulden fremder Staaten einstehen müssen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurokrise; etablierte Parteien; Verlust der Budgethoheit nationaler Parlamente; Ressourcentransfers zugunsten südeuropäischer Staaten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurokrise (seit 2009); Fiskalunion (Wirtschaftsunion seit Vertrag von Maastricht/in Kraft 1993; Währungsunion (1999/2002)

Zeitrahmen: 1993; 1999/2002; 2009

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 5

Aussagen-ID: 207**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Alternative für Deutschland fordert eine kontrollierte Abkehr von der Euro-Politik der Bundesregierung. Die derzeitige, von fast allen Parteien gewollte „Euro-Rettungspolitik“ hat finanzielle Verpflichtungen erzeugt, die die Bundesrepublik Deutschland bei einem Scheitern dieser Politik niemals seriös finanzieren könnte. Deshalb werden schon jetzt die Bürger kalt enteignet, indem ihre Ersparnisse entwertet und ihre Altersversorgung ausgehöhlt wird. Dies geschieht fast unmerklich durch Maßnahmen und geldpolitische Entscheidungen der Europäischen Zentralbank: Durch die Niedrigzinspolitik ist die Realverzinsung von Ersparnissen negativ, während gleichzeitig die unkontrollierte Geldproduktion der Defizitländer (Target 2) und die durch Gelddrucken finanzierten Staatsanleihenkäufe der EZB einer massiven Inflation den Weg bereiten. Die absehbare Geldentwertung aber erodiert die Grundlagen des wirtschaftlichen Handelns sowohl bei den Lohnverhandlungen der Tarifpartner als auch im Investitionsverhalten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Euro-Rettungspolitik; kalte Enteignung; Europäische Zentralbank; Defizitländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Euro-Rettungspolitik (seit 2010)

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_Pro2013**Seite:** 5-6**Aussagen-ID: 208****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Überschuldungssituation von südeuropäischen Staaten wie Griechenland kann nicht dadurch gelöst werden, dass angebliche „Rettungskredite“ die Verschuldung dieser Staaten noch weiter erhöhen während gleichzeitig ihre Konjunktur durch eine scharfe Austeritätspolitik abgewürgt wird. Griechenland ist für seine fiskalische Misere selbst verantwortlich, aber für das jetzige gesamtwirtschaftliche Elend liegt eine erhebliche Mitschuld bei der Bundesregierung und den anderen Staaten der Eurozone. Hätte sich die Bundesregierung mehr am Wohl des griechischen Volkes als an den Einflüsterungen von Banken, Hedge-Fonds und anderen Privatgläubigern interessiert, hätte ihr Handeln stets auf eine Entschuldung Griechenlands ausgerichtet sein müssen.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Überschuldung; südeuropäischen Staaten; Griechenland; Euro-Rettung; Bundesregierung; Banken, Hedge-Fonds und anderen Privatgläubigern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Rettungskredite/Euro-Rettungspolitik (seit 2010)

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_Pro2013**Seite:** 6**Aussagen-ID: 209****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Für die Staatsschuldenkrise wird zu Unrecht der Euro verantwortlich gemacht. Der wahre Grund für die Überschuldung liegt vielmehr in der fiskalischen Disziplinlosigkeit unverantwortlicher Regierungen der Eurozone. Aber der Euro erschwert und behindert die Rückgewinnung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten und ermöglicht diesen, Außenhandelsdefizite über ungedeckte Kredite in vierstelliger Milliardenhöhe zu finanzieren. Es ist daher gar nicht einzusehen, weshalb der Euro unbedingt in der jetzigen Form erhalten bleiben muss. Denn Europas Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit hängen nicht vom Euro ab. Vielmehr ist der Euro ein Beispiel für den gescheiterten Versuch, einen Bereich zu zentralisieren, der nur dann sinnvoll zentralisiert werden kann, wenn auch eine zentrale Wirtschafts- und Fiskalregierung geschaffen wird, was der Souverän Europas, seine Bürger, nicht will.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatsschuldenkrise; Überschuldung und fiskalische Disziplinlosigkeit; unverantwortlicher Regierungen der Eurozone; Krisenstaaten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 6

Aussagen-ID: 210

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Da die Eurokrise auf die strukturelle Verschiedenheit der beteiligten Volkswirtschaften und die daraus folgenden Leistungsbilanzungleichgewichte zurückzuführen ist, fordert die Alternative für Deutschland eine Verkleinerung des Geltungsbereichs des Euro auf eine Gruppe von Ländern, deren Produktivität und Wirtschaftsstruktur eine gemeinsame Währung möglich macht. Im Extremfall kann dies eine Rückkehr zu nationalen Währungen bedeuten. In jedem Fall sind wegen der aufgelaufenen Target-Salden und den von der Bundesrepublik gewährten „Rettungskrediten“ Zwischenlösungen wie beispielsweise die Einführung von nationalen Parallelwährungen erforderlich, die neben oder anstelle des Euro verwendet werden können. Dadurch lassen sich überbordende Kapitalflucht aus den Südländern oder der dortige Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs vermeiden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurokrise; überbordende Kapitalflucht aus den Südländern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurokrise (seit 2009); Rettungskredite/Euro-Rettungspolitik (seit 2010)

Zeitraumen: 2009; 2010

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 7

Aussagen-ID: 211

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Bundesrepublik Deutschland lebt auf Kosten künftiger Generationen und finanziert damit einen gesamtstaatlichen Überkonsum. Wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird, setzen wir uns langfristig dem Risiko eines Zusammenbruchs der staatlichen Finanzen aus. Dies würde zu Inflation führen, die eine Verelendung der sozial Schwachen und der lohnabhängigen Bevölkerung zur Folge hätte. Hingegen könnten vermögendere Bürger ihr Kapital ins Ausland verlagern, um es Inflation, Besteuerung und Enteignung zu entziehen. Außerdem sind sie durch Realeigentum besser geschützt, selbst wenn dies im Falle eines Staatsbankrotts stark besteuert würde.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Überkonsum; Zusammenbruchs der staatlichen Finanzen; Verelendung der sozial Schwachen und der lohnabhängigen Bevölkerung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 7

Aussagen-ID: 212

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Zur Entbürokratisierung gehört auch eine radikale Vereinfachung des Steuersystems durch Streichung von komplexen Sonderregeln und Ausnahmen. Ein modernes Steuersystem muss einfach sein, damit der Bürger es verstehen kann, und es muss schlank sein, um Leistungsanreize nicht zu ersticken. Um die soziale Balance zu wahren, muss ein modernes Steuersystem aber auch progressiv sein, d. h. die Bezieher höherer Einkommen müssen absolut und relativ mehr Steuern entrichten als

Distinktionsmerkmale: inklusiv

Rhetorische Strategie: Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: 2010
Quelle: DE_AfD_Pro2013
Seite: 7-8

Aussagen-ID: 213

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Für eine diesen Anforderungen genügende Steuerreform liegt seit geraumer Zeit ein vollständig ausgearbeiteter und mit Praktikern in der Steuerverwaltung abgestimmter Reformvorschlag des früheren Verfassungsrichters Paul Kirchhof vor. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag sträflicherweise völlig ignoriert, statt ihn für die im Wahlkampf versprochene Steuervereinfachung zu nutzen. Der Kirchhof-Vorschlag reduziert die Anzahl der derzeit 30 Bundessteuern auf nur noch vier, darunter eine drastisch vereinfachte Lohn- und Einkommensteuer.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Person

Kirchhof-Vorschlag 2011

Zeitraumen: 2011

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 8

Aussagen-ID: 214

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das Kapitaldeckungsverfahren als eine zweite Säule der Altersvorsorge kann das kriselnde Umlageverfahren sinnvoll ergänzen, sofern sich am Kapitalmarkt angemessene Zinserträge bei minimalem Risiko erwirtschaften lassen. Die Entwicklung während der Finanz- und Eurokrise lässt aber mehr und mehr daran zweifeln. Es ist daher vordringlich, die demographische Ursache für die mangelnde Nachhaltigkeit des Umlageverfahrens zu beseitigen. Deutschland muss wieder ein kinderreiches Land werden. Dies ist durch eine Erhöhung der Geburtenrate oder durch Einwanderung möglich.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurokrise (seit 2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 9

Aussagen-ID: 215

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Eine Möglichkeit den demographischen Niedergang zu beeinflussen besteht darin, die existierenden finanziellen Anreize besser sichtbar zu machen. Z. B. könnte der Mutter unmittelbar nach der Geburt eines jeden Kindes eine Kindspauschale von 25.000 Euro ausbezahlt werden – finanziert durch den Wegfall des monatlichen Kindergeldes in den ersten ca. 10 Jahren. Für junge Paare wäre dies ein erheblicher Anreiz zur Familiengründung und auch größere Familien mit drei oder vier Kindern fänden dies finanziell attraktiv. Aus naheliegenden Gründen wäre die sofortige Auszahlungsmöglichkeit aber auf Mütter zu beschränken, die in geordneten Verhältnissen leben: Antragsberechtigt wären z. B. nur Mütter, die ein bestimmtes Mindestalter erreicht haben, über eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein festes Arbeitsverhältnis verfügen etc.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

demographischer Niedergang

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 9

Aussagen-ID: 216**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Grundsätzlich gehört zum Generationenvertrag des Umlageverfahrens auch das Aufziehen von Kindern. Die gegenwärtige Kinderförderung im Umlageverfahren honoriert diese Leistung von Eltern noch nicht in angemessener Weise. Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine stärkere Umverteilung zwischen kinderlosen und kinderreichen Rentenversicherten im Umlageverfahren ein, um dem Aufziehen von Kindern die notwendige Anerkennung auszudrücken und die demographische Lücke, die die Nachhaltigkeit des Umlageverfahrens beeinträchtigt, zu schließen.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Generationenvertrag (auch Generationengerechtigkeit; GER: Rentenreform 1957/Vertreter: Wilfried Schreiber)

Zeitraumen: 1957**Quelle:** DE_AfD_Pro2013**Seite:** 9**Aussagen-ID: 217****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Deutschland verliert langfristig die Grundlage seiner Wettbewerbsfähigkeit, weil wir nicht genug Sorge für Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unseres Humankapitalbestands tragen. Unsere Bildungserfolge entsprechen nicht unserem hohen Wohlstandsniveau und eine gezielte qualifizierende Integration von Einwanderern gelingt uns auch nicht. Das Problem mangelnder Nachhaltigkeit äußert sich also auch im Bildungssektor, denn wir laufen Gefahr, unseren kompetitiven Vorteil, die höhere Produktivität unserer Wirtschaft, zu verlieren.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bildungsverlust; Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2013**Seite:** 10**Aussagen-ID: 218****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Derzeit erhalten, wie die PISA-Studien gezeigt haben, nur Kinder aus bildungsstarken Familien in Deutschland eine adäquate Bildung, nur ihr geistiges Potential wird voll zur Entfaltung gebracht. Dieser Befund wird oft als ein Versagen des Staates interpretiert. Richtig ist aber, dass hier in erster Linie ein Versagen vieler Familien vorliegt.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Versagen vieler Familien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

PISA-Studien

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_AfD_Pro2013**Seite:** 10**Aussagen-ID: 219****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Alternative für Deutschland befürwortet deswegen eine Rückkehr zum Prinzip der familiären Bildungsverantwortung. Die Einführung von Bildungsgutscheinen und ähnlichen Anreizsystemen ist ein sinnvoller Schritt zur Förderung des familiären Bildungsbeitrages. Aber auch öffentliche Aufklärungs- und Informationskampagnen, die die Bedeutung familiärer

Bildungsverantwortung betonen, sind wesentlich, um die erforderliche Bewusstseinsveränderung zu bewirken. Zudem sollten öffentliche und private Arbeitgeber mehr Teilzeitverhältnisse und Telearbeitsplätze ermöglichen, um die Erfüllung des familiären Bildungsauftrags zu erleichtern.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Rückkehr zum Prinzip der familiären Bildungsverantwortung

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 10-11

Aussagen-ID: 220

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Des Weiteren fordern wir eine signifikante Erhöhung der Bildungsausgaben, um durch ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis endlich Kindern aus bildungsschwachen Familien eine Bildung zu ermöglichen, die die Entfaltung ihres geistigen Potentials ermöglicht und die Voraussetzung dafür schafft, dass wir mehr Ingenieure, Naturwissenschaftler und andere hochqualifizierte, kreative Menschen ausbilden. Um sicherzustellen, dass in Deutschland weiterhin Produkte erdacht und entworfen werden, die andere Länder nicht entwickeln können, müssen wir die Balance zwischen produktiven Berufen und solchen, die hauptsächlich verwaltend-umverteilend wirken, zugunsten der ersteren verschieben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 11

Aussagen-ID: 221

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Es ist eine Tragödie, dass in einem hochentwickelten Land wie Deutschland menschliches Potential durch ein mangelhaftes Bildungssystem brachliegt. Dies gilt besonders auch für die Integrationspolitik – in diesem Bereich muss endlich ernsthaft investiert werden, um unseren nach Deutschland migrierten Mitbürger eine volle Beteiligung und einen Beitrag an der hohen Produktivität unseres Landes zu ermöglichen. Wegen des demographischen Niedergangs brauchen wir überdies dringend eine Abkehr von der konzeptionslosen Einwanderungspolitik, die wir heute pflegen, hin zu einer gezielten Anwerbung hochqualifizierter Migranten nach dem Modell der Schweiz.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

mangelhaftes Bildungssystem; demographischer Niedergang; konzeptionslose Einwanderungspolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 11

Aussagen-ID: 222

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland setzt sich für den Bürger als Souverän der Demokratie ein. Derzeit geht die Staatsgewalt nur noch scheinbar vom Volk aus. Tatsächlich sind es die Parteien und insbesondere deren oberste Führungszirkel, die das politische Geschehen beherrschen. Dies aber widerspricht Wortlaut und Geist des Grundgesetzes, denn die Parteien sind nicht vom Volk gewählt. Der größte Teil der Bevölkerung hat nie an Parteiwahlen teilgenommen und hat keinen Einfluss darauf, welche Personen als Parteivorsitzende amtieren und wie Parteigremien besetzt sind. Aber gerade die Parteivorsitzenden treffen wesentliche politische Entscheidungen und allein Parteigremien bestimmen, welche Kandidaten dem Bürger zur Wahl vorgeschlagen werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parteien und oberste Führungszirkel

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG)

Zeitraahmen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 11

Aussagen-ID: 223

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nach dem Willen des Grundgesetzes wählt das Volk nicht Parteivertreter, sondern Abgeordnete, die allein ihrem Gewissen verantwortlich sind. Abgeordnete sollen gerade unabhängig von Parteirücksichten und nur dem Wohl des Volkes verpflichtet entscheiden. In der Realität der heutigen Parteiendemokratie folgen die Abgeordneten fast immer den Vorgaben der vom Volk nicht gewählten Parteiführung. Zynischerweise verlangt sogar das von den Parteien entworfene Bundeswahlgesetz, dass Kandidatenlisten nur von Parteien vorgeschlagen werden dürfen. Die Alternative für Deutschland hat sich nur deshalb als Partei gegründet, weil sie anders nicht berechtigt ist, sich an einer Bundestagswahl zu beteiligen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Parteiführung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949); Bundeswahlgesetz (BWahlG/1956)

Zeitraahmen: 1949; 1956;

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 11-12

Aussagen-ID: 224

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Um die Demokratie in Deutschland zu erneuern fordern wir: eine Reform des Bundeswahlgesetz derart, dass jede Organisation an Bundestagswahlen teilnehmen kann, wenn sie die nötige Anzahl an Unterstützungsunterschriften nachweist.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bundeswahlgesetz (BWahlG/1956)

Zeitraahmen: 1956

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 12

Aussagen-ID: 225

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Um die Demokratie in Deutschland zu erneuern fordern wir) die Einführung von Elementen direkter Demokratie in Deutschland durch ein in Artikel 20 GG bereits vorgesehenes Bundesgesetz. Ähnlich wie in der Schweiz könnten Referenden bei der Abtretung oder Einschränkung von Hoheitsrechten obligatorisch sein. In weniger wichtigen Angelegenheiten kann das Volk durch ein erfolgreiches Volksbegehren eine Beschlussfassung in einem Referendum erzwingen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Artikel 20 Grundgesetz (GG)

Zeitrahmen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 12

Aussagen-ID: 226

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Um die Demokratie in Deutschland zu erneuern fordern wir)

eine Reduktion des Einflusses und der Macht der Parteien. Hierzu müssen Parteien gezwungen werden, sich dem Volkswillen zu öffnen, indem z. B. an Wahlen für wichtige Parteiämter alle Wähler teilnehmen können, die sich als Sympathisant dieser Partei registriert haben. Zudem sollte es bei Kandidaturen für wichtige öffentliche Ämter Vorwahlen ähnlich wie in den USA geben und zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie sollte vorgeschrieben werden, dass stets mindestens zwei Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen werden müssen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Macht von Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 12

Aussagen-ID: 227

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Um die Demokratie in Deutschland zu erneuern fordern wir)

eine Vereinfachung und Entschlackung des deutschen Rechtssystems. Die deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung wird immer komplizierter und für den Laien undurchschaubar und unberechenbar. Dies verschleiert die Rechtsstaatlichkeit. Sein Recht vor Gerichten zu suchen, wird zum Vabanque-Spiel, wenn in jeder Instanz mit einem anderslautenden Urteil zu rechnen ist. Auf europäischer Ebene ist gar die Rechtsstaatlichkeit unmittelbar bedroht, weil die eigenen Regierungen nicht vor Rechtsbeugung zurückschrecken. Hierfür legen der Umgang mit dem Bailout-Verbot und dem Verbot monetärer Staatsfinanzierung lebhaftes Zeugnis ab.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit auf europäischer Ebene; Rechtsbeugung der Regierungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

„No Bail Out“-Klausel im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV, Verlauf: EWG-Vertrag 1957/Maastricht

1993/Nizza 2003/Lissabon 2009)

Zeitrahmen: 1957-2009

Quelle: DE_AfD_Pro2013

Seite: 12

Aussagen-ID: 228

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: europäischer Bundesstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 2

Aussagen-ID: 229

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Europäische Union ist der Freiheit, dem Frieden, dem Wohlstand und der sozialen Sicherung verpflichtet. Sie hat zum deutschen und europäischen Wiederaufstieg, zum Wirtschaftsaufschwung, zur Völkerverständigung und zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäischer Wiederaufstieg; Deutsche Wiedervereinigung

Zeitraumen: vage; 1989

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 2

Aussagen-ID: 230

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertgrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Aufklärung; christlich-abendländischer Kulturkreis

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 2

Aussagen-ID: 231

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht haben. Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße bedrohen. Zudem werden die Erfolge der europäischen Einigung immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus; Euro; Zwietracht; Südeuropa

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

die Europäische Einigung; der historische Erfolg Europas

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 2

Aussagen-ID: 232**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Mit der „Eurorettung“ wächst - ohne demokratische Kontrolle - die Machtfülle europäischer Institutionen: Der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und der Bankenunion. So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung der EU durch ihre Bürger. In einzelnen Staaten wird sogar offen der Austritt aus dieser EU gefordert.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurorettung; Europäischen Zentralbank; die Europäischen Kommission; der ESM; die Bankenunion; bürgerferner Kunststaat; Vertrags- und Rechtsbrüche; Südländer; schleichende Enteignung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Bankenunion (seit 2012)

Zeitraumen: 2010; 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 2**Aussagen-ID: 233****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt. Die AfD besteht auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in Form von Eurobonds oder gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurobonds; EZB; ESM; Bankenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012)

Zeitraumen: 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 2**Aussagen-ID: 234****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Alternative für Deutschland bejaht und verteidigt den Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der Europäischen Union. Sie befürwortet die vier Grundfreiheiten der EU: freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Zudem kann es jenseits der gemeinsamen Klammer des Binnenmarktes Kooperationen geben, an denen jeweils nur ein Teil der europäischen Staaten teilnimmt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der Europäischen Union; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993)

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 2-3

Aussagen-ID: 235**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ haben wir bereits heute, da der Euro oder die Schengen-Vereinbarungen nicht von allen Staaten akzeptiert werden. Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten sind dabei die natürliche Folge einer EU der souveränen Nationalstaaten. Dies muss so sein, weil das Ausmaß der Zusammenarbeit in jedem einzelnen Staat von dessen Bürgern bestimmt wird und nicht zentral von „Brüssel“.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zentralisierung; Brüssel

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Schengener Abkommen (BRD Unterzeichnung 1985; in Kraft seit 1995)

Zeitrahmen: 1985; 1995**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 3**Aussagen-ID: 236****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Andererseits schwächen zentralistische Maßnahmen wie die angebliche Euro-Rettung die Selbstständigkeit der europäischen Staaten. Sie stehen deshalb im Widerspruch zu einem demokratischen, freiwilligen Zusammenwachsen der Völker Europas. Zudem nehmen sie ihnen Wohlstand und Zukunftsperspektiven.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zentralistische Maßnahmen; Euro-Rettung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010)

Zeitrahmen: 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 3**Aussagen-ID: 237****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Europa muss aus seinen Völkern heraus wachsen statt von oben herab erzwungen zu werden. Die AfD steht für eine EU der inneren Stabilität, des wirtschaftlichen Erfolges und der sozialen Sicherung; eine EU, in der jeder Mensch eine angemessen entlohnte Arbeit findet, die Perspektiven für junge Familien lohnend und die Renten nach einem langen Berufsleben auskömmlich sind. Sie will eine EU der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und der Solidarität mit den wirklich Bedürftigen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 3**Aussagen-ID: 238****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die großartige Idee eines friedlichen, demokratischen Europas zerbröckelt unter dem Druck der Sanierungsprogramme, die den Krisenstaaten aufgezwungen werden. Demokratisch nicht angemessen legitimierte Gremien wie die Europäische Zentralbank (EZB), die EU-Kommission oder der Internationale Währungsfond (IWF) erlassen gesetzesgleiche Regelungen und errichten mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Bankenunion Institutionen, die ohne jede

parlamentarische Kontrolle in das Leben der einfachen Menschen in Griechenland, Portugal oder Zypern eingreifen. Nie war die EU innerlich so zerrissen wie heute. Dazu kommt, dass sich die Bundesregierung als Vertreter des potenziell größten Gläubigers dazu aufgerufen fühlt, sich ständig in die inneren Angelegenheiten der Länder im Süden Europas einzumischen. Zu dieser bedrückenden Situation muss es eine Alternative geben.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Krisenstaaten; die Europäische Zentralbank (EZB); die EU-Kommission; der Internationale Währungsfonds (IWF); ESM und Bankenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Bankenunion (seit 2012)

Zeitraumen: 2012

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 3

Aussagen-ID: 239

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedsstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschluss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden. Der blinde Glaube an den Euro und seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren. Die sogenannte Eurorettungspolitik entwickelt sich deshalb zu einem Fass ohne Boden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einführung des Euro

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Fiskalunion (Wirtschaftsunion seit Vertrag von Maastricht/in Kraft 1993; Währungsunion 1999/2002); Eurorettung (seit 2010)

Zeitraumen: 1993; 1999/2002; 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 4

Aussagen-ID: 240

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Euro lässt nur eine einheitliche Geldpolitik für alle Mitgliedsländer zu. Weder die Zinsen noch der Wechselkurs können den Bedürfnissen der einzelnen Volkswirtschaften angepasst werden. Die Einheitswährung hat dazu geführt, dass der Euro für den Süden Europas sowie für Frankreich überbewertet ist.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

der Euro

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Fiskalunion (Wirtschaftsunion seit Vertrag von Maastricht/in Kraft 1993; Währungsunion 1999/2002);

Zeitraumen: 1993; 1999/2002

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 4

Aussagen-ID: 241**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Da sich die Geldpolitik für alle Mitgliedsstaaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat an den Notwendigkeiten in den Krisenstaaten orientiert, werden die deutschen Sparer bei Niedrigstzinsen systematisch enteignet. Die Eurorettungspolitik untergräbt das Prinzip der Subsidiarität durch die zunehmende Zentralisierung ökonomischer Entscheidungskompetenzen. Wurde mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch der produktive Wettbewerb zwischen den Ländern propagiert, führt die Einheitswährung jetzt zwangsläufig zu einer schädlichen Gleichmacherei („Harmonisierung“) und damit zu einer langfristigen Schwächung der gesamten Eurozone.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krisenstaaten; systematische Enteignung; Zentralisierung ökonomischer Entscheidungskompetenzen; schädliche Gleichmacherei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Vertrag von Lissabon (2007); Eurorettung (seit 2010)

Zeitraumen: 2007; 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 4**Aussagen-ID: 242****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone. Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit in der ganzen Eurozone führen wird. Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs. Die AfD lehnt jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Brüssel; Süden der Eurozone; Frankreich

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 4-5**Aussagen-ID: 243****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuschcheiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Datum/Epoche; Symbol

Währungsunion (Economic and Monetary Union, EMU 1999/2002);

Zeitraumen: 1999; 2002**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 5

Aussagen-ID: 244**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. Dabei kann man sich an dem vor 1998 bestehenden Europäischen Währungssystem (EWS) orientieren. Damals gab es feste, in Ausnahmefällen aber anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Länder gesichert wurde.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in Kraft: 1993); Europäischen Währungssystem (EWS/1979-1998);

Zeitrahmen: 1979-1998; 1993**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 5**Aussagen-ID: 245****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Auch dann würde die AfD eine Währungszusammenarbeit wie im früheren EWS anstreben.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäischen Währungssystem (EWS/1979-1998); Währungsunion (Economic and Monetary Union, EMU 1999/2002);

Zeitrahmen: 1979-1998; 1999/2002**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 5**Aussagen-ID: 246****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Sie fordert die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB, zu stabilen Währungen und zur Haushaltsdisziplin. Sie lehnt eine Haftung für die Schulden anderer Staaten über den ESM genauso nachdrücklich ab wie gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) oder die vertragswidrige Finanzierung von Staatsschulden durch die EZB. Auch eine Haftung für die Schulden fremder Banken über die europäische Bankenunion kommt für die AfD nicht in Frage. Die Geldpolitik muss wieder allein der Preisstabilität dienen und darf nicht länger zur Staatsfinanzierung missbraucht werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EZB; ESM; Eurobonds; Staatsschulden; fremde Banken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Bankenunion (seit 2012)

Zeitrahmen: 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 5**Aussagen-ID: 247****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***Die AfD fordert:*

Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV1) ist aufzuheben.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:** positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Vertrag von Lissabon (2007); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012);

Zeitraumen: 2007; 2012

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 5-6

Aussagen-ID: 248

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrssystems „Target 2“ als billiger Kreditersatz für Krisenländer ist zu beenden. Das bereits entstandene, milliarden schwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krisenländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

TARGET 2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System/2011)

Zeitraumen: 2011

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 6

Aussagen-ID: 249

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Um Währungsverbünde kalkulierbarer zu machen, fordert die AfD, dass sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone - unter Einbeziehung der Erfahrungen des Pariser Clubs - auf ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte

Pariser Club (seit 1956)

Zeitraumen: 1956

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 6

Aussagen-ID: 250

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Grundsätzlich sollte jedes Land für die Stabilität und die Werthaltigkeit seines Bankensystems selbst verantwortlich sein. Deshalb lehnt die AfD eine europäische Bankenunion ab und fordert stattdessen die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Mit der geplanten europäischen Einlagensicherung würden im Krisenfall nicht nur die deutschen Einlagen im ESM, sondern auch noch die Schulden ausländischer Banken unseren Sparern und Steuerzahlern aufgebürdet.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Bankenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Bankenunion (seit 2012)

Zeitraumen: 2012

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 6

Aussagen-ID: 251**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Eine gemeinschaftliche Haftung verbietet sich schon deshalb, weil die Banken in den einzelnen Mitgliedsländern gravierend voneinander abweichende Risikostrukturen aufweisen. Deutsche Finanzinstitute mit vergleichsweise soliden Finanzen würden so zur Sanierung maroder Banken in Krisenländern herangezogen. Hier handelt es sich um Größenordnungen, die die Staatsschulden der Krisenländer weit übersteigen und die am Ende vor allem deutsche Sparer treffen würden. Eine europäische Bankenunion gefährdet besonders die soliden Sicherheitssysteme deutscher Sparkassen und Volksbanken.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krisenländer; Bankenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Bankenunion (seit 2012)

Zeitraumen: 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 6-7**Aussagen-ID: 252****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***Die AfD fordert:*

Banken, die ihre Marktmacht missbrauchen (wie z. B. bei den jüngsten LIBOR-Manipulationen), müssen scharf bestraft werden. Ihnen ist entweder die Banklizenz zu entziehen oder sie sind in kleinere Institute aufzuspalten.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche

LIBOR-Manipulationen (2011)

Zeitraumen: 2011**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 7**Aussagen-ID: 253****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***Die AfD fordert:*

Banken müssen auch für Staatsanleihen entsprechend dem realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland-Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche

Griechenland-Anleihen (2010)

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 7**Aussagen-ID: 254****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die EU steht im Spannungsfeld zwischen Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten und dem Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung. So sind einerseits die meisten Mitgliedsstaaten nicht bereit, immer mehr Rechte an die EU abzugeben, andererseits fehlt es an demokratischer Legitimation, Transparenz und Kontrolle der europäischen Institutionen. Der europäischen Politik und ihren Institutionen fehlt es an echter Oppositionspolitik, echten

Wahl- und Abwahlmöglichkeiten und der Bereitschaft, echte Alternativen zu entwickeln. Stattdessen verfängt sich Brüssel immer stärker im Sumpf einer selbstgeschaffenen, hochkomplexen Bürokratie.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung; Brüssel

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 8

Aussagen-ID: 255

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Besonders die Bürger in den hoch verschuldeten Ländern der Eurozone leiden unter einem der Eurorettung geschuldeten Demokratiedefizit und der damit einhergehenden Fremdbestimmung. Eine demokratisch nicht legitimierte „Troika“ - bestehend aus Vertretern der EU, der EZB und dem IWF - zwingt die von den jeweiligen Völkern gewählten Parlamente zu Haushaltskürzungen und Strukturreformen. Dies sorgt nicht nur für Widerstand gegen und Empörung über die EU, es höhlt die wichtigste Errungenschaft Europas der Nachkriegszeit aus: Die feste Verwurzelung der Demokratien auf dem Kontinent. So fördert die Rettungspolitik das Scheitern Europas.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurorettung; Demokratiedefizit; Fremdbestimmung; Troika (EU, EZB und IWF)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Nachkriegszeit (ab 1945); Verwurzelung der Demokratie; Eurorettung (seit 2010)

Zeitrahmen: vage; 1945; 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 8

Aussagen-ID: 256

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die EU hat sich im Laufe der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt und die sachgerechter von den einzelnen Staaten entschieden werden könnten. Deshalb fordert die AfD eine Abkehr von dieser Politik des Zentralismus hin zu einer Aufgabenerledigung möglichst nah am Bürger. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Der entsprechende Abschnitt im Lissabon-Vertrag über die „Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ muss endlich Anwendung finden und darf nicht weiter im Zuge von Rettungsmaßnahmen für den Euro verletzt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU; Zentralismus; Eurorettung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010); Vertrag von Lissabon (2007);

Zeitrahmen: 2007; 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 8

Aussagen-ID: 257

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Zudem muss die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 8

Aussagen-ID: 258

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Darüber hinaus fordert die AfD ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen. Die Unterstützung von Vorhaben, die ethisch oder moralisch kontroverse Inhalte haben (z.B. Förderung von Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle, Legalisierung von Sterbehilfe, Forschung an embryonalen Stammzellen), gehören nicht in den Verantwortungsbereich der EU.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle; Legalisierung von Sterbehilfe; Forschung an embryonalen Stammzellen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

(Förderung von Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle)

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 9

Aussagen-ID: 259

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Hinzu kommt, dass der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen erfolgte massive und wiederholte Bruch von Verträgen und geltendem Recht das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union und in die Politik im Allgemeinen beeinträchtigt und teilweise zerstört hat.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurorettung; Bruch von Verträgen und geltendem Recht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 9

Aussagen-ID: 260

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD fordert die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit. Staatliche Organe dürfen sich selbst in Einzelfällen, und sei es für den Erhalt einer Einheitswährung, nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen. Das Handeln jeder deutschen Regierung findet seine Beschränkungen im Völkerrecht, im Grundgesetz und in den Europäischen Verträgen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Völkerrecht; Grundgesetz (GG/1949); Europäische Verträge

Zeitraumen: vage; 1949
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 10

Aussagen-ID: 261

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die EU soll dem Bürger dienen, nicht umgekehrt. Deshalb setzt sich die AfD in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“ für ein Bürger-Veto ein. Mit dem Bürger-Veto soll - ähnlich wie in der Schweiz - innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können.

Distinktionsmerkmale:

Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Europäische Bürgerinitiative (in Kraft: 2011)

Zeitraumen: 2011

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 10

Aussagen-ID: 262

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Mit den von der AfD auch für Deutschland geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild soll den Bürgern über das „Bürger-Veto“ und die „Europäische Bürgerinitiative“ hinaus künftig die Möglichkeit geben werden, aktiv und selbstbestimmt über die wichtigen Entscheidungen der EU, z. B. über die Zukunft des Euro, zu entscheiden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Europäische Bürgerinitiative (in Kraft: 2011)

Zeitraumen: 2011

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 10

Aussagen-ID: 263

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Überall in Europa bringen Beschäftigte, Rentner, Sparer, Beamte und Arbeitslose Opfer zur Gesundung der durch verantwortungslose Politiker schwer beschädigten Staatsfinanzen. Die Belastungen beschränken sich keineswegs auf die durch die Auflagen der Troika betroffenen Länder im Süden der Eurozone. Gleichzeitig aber gehen diese Einschnitte an vielen Institutionen der EU spurlos vorbei. Vielmehr wird an alten, unberechtigten Privilegien festgehalten und vielerorts werden neue, teure und unnötige Strukturen aufgebaut (z.B. ESM, Bankenunion, EFSF usw.). Die AfD setzt sich deshalb für eine massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU ein.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

verantwortungslose Politiker; Troika; Institutionen der EU; Eurorettung (ESM, Bankenunion, EFSF)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

The European Financial Stability Facility (EFSF/2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Bankenunion (seit 2012)

Zeitraumen: 2010; 2012

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 10

Aussagen-ID: 264**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Türkei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

geografische, kulturelle und historische Grenzen Europas

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 11

Aussagen-ID: 265**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Das gemeinsame außenpolitische Interesse der EU ergibt sich aus der Schnittmenge der unterschiedlichen nationalen Interessen. Dabei kommt für Deutschland neben dem guten Verhältnis zu Frankreich, den anderen Nachbarn und den USA, auch dem Verhältnis zu Russland eine besondere Bedeutung zu. Die Einbindung in den Westen darf Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gilt auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche; Orte

Sowjetunion (1922-1991)

Zeitraumen: 1922-1991

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 11

Aussagen-ID: 266**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibt daneben kein Raum. Doch bei aller Bündnistreue müssen Grenz- und Regelüberschreitungen der USA - wie im Falle der NSA-Datensammlung - ggf. diplomatisch und rechtlich entschieden entgegen getreten werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

europäische Armee

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

NSA-Datensammlung (seit 2013)

Zeitraumen: 2013

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 11

Aussagen-ID: 267**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche,

diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen. Die AfD wird aber dafür eintreten, dass sich die für die strategische Planung zuständigen GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) verstärkt mit Bedrohungsszenarien befassen, die durch neue Formen des internationalen Terrorismus entstanden sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationalen Terrorismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/1993);

Zeitraumen: 1993

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 12

Aussagen-ID: 268

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD setzt sich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Sie orientiert sich an den Leitlinien von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Sie tritt für fairen Wettbewerb innerhalb Deutschlands und zwischen den Teilnehmern des Europäischen Binnenmarkts ein. Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik. Sie fordert insbesondere nachhaltige Sozialversicherungssysteme, die solide und Generationen übergreifend finanziert sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Person

Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister)

Zeitraumen: 1949-1963

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 12

Aussagen-ID: 269

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD unterstützt geeignete Maßnahmen, die zur Aufdeckung und der strafrechtlichen Verfolgung von Wirtschaftskriminalität auf EU-Ebene ergriffen werden. Als ersten Schritt schlägt die AfD die Unterzeichnung der Anti-Korruptions-Charta der UN durch alle EU-Mitgliedsländer und deren Umsetzung in nationales Recht vor.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Anti-Korruptions-Charta der UN (2003)

Zeitraumen: 2003

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 13

Aussagen-ID: 270

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. Das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zielt jedoch auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP/seit 2013)

Zeitraumen: 2013

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 13

Aussagen-ID: 271

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD sieht den Europäischen Binnenmarkt mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit als eine große Errungenschaft der europäischen Integration an. Aufgrund historischer, kultureller und vor allem ökonomischer Unterschiede zählen die Arbeits- und Sozialpolitik zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten. Die AfD sieht diese beiden Grundsätze als unverrückbare Basis einer zukünftigen Fortentwicklung der EU. Diese dürfen einer der Eurorettungspolitik geschuldeten „Harmonisierung“ nicht geopfert werden.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Harmonisierung durch Eurorettungspolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit als große Errungenschaft der europäischen Integration (AEU-Vertrag, Artikel 45 und 49/Wortlaut seit Vertrag von Lissabon 2009); Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2009; 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 13

Aussagen-ID: 272

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ausländische Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitnehmer. Dadurch kann eine stärker qualifikationsbezogene Auswahl und Einstellung von Arbeitskräften durch die Wirtschaft gewährleistet werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 273

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Mensch steht für die AfD im Mittelpunkt der Politik. Eine prosperierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die AfD ist deshalb der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben muss. Diese Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 274**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

In der sozialen Marktwirtschaft sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Dies hat seit 1949 gut funktioniert. Der Staat sollte sich jetzt nicht darum drücken.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Datum/Epoche

1949

Zeitraumen: 1949-2014

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 275**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD steht zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Diese wird durch gesetzlich festgelegte Mindestlöhne in Frage gestellt. Stattdessen ist durch die Tarifverhandlungen sicherzustellen, dass Arbeitgeber sich nicht durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Arbeitnehmer verschaffen können.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Lohndumping

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 276**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer ist zu unterbinden. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvollere Kontrollen zu ihrer Einhaltung.

Distinktionsmerkmale:

inklusive

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Arbeitnehmer Entsendegesetz (AEntG/alte Fassung 1996/aktuell seit 2009)

Zeitraumen: 1996; 2009

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 277**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Europäische Kommission hat eine Initiative zur „Ertüchtigung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ gestartet, in deren Rahmen zentral für eine europäische Arbeitslosenversicherung geworben wird. Diese inakzeptablen Vorschläge sind ein Indiz für das Versagen der Euro-Währungsunion, die in verschiedenen Ländern große soziale Probleme und Verwerfungen hervorgerufen hat. Ein EU-weites Umverteilungssystem soll diese Mängel zulasten der wettbewerbs- und reformfähigen Mitgliedsstaaten beheben.

Distinktionsmerkmale: inklusive; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Reflexionspapier zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (2013)

Zeitrahmen: 2013

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14

Aussagen-ID: 278

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten, da die Ursachen oft in unzureichenden Reformen der dortigen verkrusteten Arbeitsmärkte liegen. Die von der AfD angestrebte Neuordnung des Währungssystems wäre mit einer Abwertung der Währungen der südlichen Länder Europas verbunden und könnte einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und damit zu neuem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen besonders für Jugendliche führen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krisenstaaten; südliche Länder Europas

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 14-15

Aussagen-ID: 279

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit (AEU-Vertrag, Artikel 45 und 49/Wortlaut seit Vertrag von Lissabon 2009);

Zeitrahmen: 2009

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 15

Aussagen-ID: 280

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich innerhalb der EU stark. Das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Der verfrühte Beitritt Rumäniens und Bulgariens, in denen heute pro Einwohner nur knapp halb so viel Bruttoinlandsprodukt erzielt wird wie im Rest der EU, führt zu verstärkter Migration auf Basis der EU- Freizügigkeitsrichtlinie. Das deutsche Sozialstaatsprinzip steht daher in einem Spannungsfeld mit dem Recht der Migranten auf freie Wohnsitzwahl als Arbeitnehmer, dem Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Überforderung der Sozialbudgets und Erosion des Sozialstaates

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit (AEU-Vertrag, Artikel 45 und 49/Wortlaut seit Vertrag von Lissabon 2009);

Zeitrahmen: 2009

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 15

Aussagen-ID: 281

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschieben. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

straffällige Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 15

Aussagen-ID: 282

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssen sie in ihre Heimat zurückkehren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung in deutsche Sozialsysteme; Zuwanderer ohne ausreichende Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 15

Aussagen-ID: 283

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden. Die Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität muss ausgeweitet werden, was sich nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränken darf.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schlepper-Kriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 16

Aussagen-ID: 284**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Die AfD fordert:)**Die AfD setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein, das die Interessen Deutschlands und die Chancen der Zuwanderer auf erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 16**Aussagen-ID: 285****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Zur Asylpolitik fordert die AfD:)**Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge ist unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern. Dies sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen, da so mit den verfügbaren Mitteln mehr erreicht werden kann und die betroffenen Menschen weniger stark entwurzelt werden.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 16**Aussagen-ID: 286****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Zur Asylpolitik fordert die AfD:)**Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen sind unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Den peripheren Staaten der EU darf nicht die Hauptlast der Asylpolitik zukommen.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 16**Aussagen-ID: 287****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Zur Asylpolitik fordert die AfD:)**Auch Asylbewerber ist das Recht auf Arbeit zu gewähren, da es der Ghettoisierung vorbeugt, Kosten vermeidet und im Falle eines positiven Entscheides eine schnellere Integration befördert.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv

Rhetorische Strategie:

Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ghettoisierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 16

Aussagen-ID: 288

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Zur Asylpolitik fordert die AfD:)

Gleichzeitig muss eine verstärkte Bekämpfung von kriminellen Schlepperbanden hier und in den Herkunftsländern vorangetrieben werden. Kriminalität, die im Zusammenhang mit Asylgesuchen steht (Schlepperbanden, Asylbetrug), schadet dem Ansehen der Hilfsbedürftigen.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kriminellen Schlepperbanden; Asylbetrug

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 16

Aussagen-ID: 289

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Zur Asylpolitik fordert die AfD:)

Die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen ist eine wichtige Voraussetzung, um diese in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 16

Aussagen-ID: 290

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Für die AfD ist Bildung eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen und individuellen Ressourcen. Bildungspolitik - Politik für Schulen, Berufsausbildung und Hochschulpolitik - muss in nationaler Kompetenz verbleiben und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein. Die Bildungsforschung darf sich nicht nur an europäischen Vorgaben ausrichten.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

lokale Traditionen

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 16

Aussagen-ID: 291

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Dagegen sieht die AfD die Förderung der Mobilität der jungen Generation und die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen als gemeinsame Aufgabe in der EU. Der internationale Austausch dient der beruflichen und kulturellen Erfahrung. Neben den im Ausland erworbenen Qualifikationen dient er dem Verständnis und der Freundschaft der europäischen Völker und ist damit auch künftig eine wesentliche Quelle des innereuropäischen Friedens.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 17

Aussagen-ID: 292

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses hat vor allem in der Lehre die traditionellen Stärken der deutschen Universität durch überbordende Bürokratie schwer beschädigt. Entgegen dem ursprünglichen Plan hat der Bologna-Prozess zu einer Verschlechterung der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu geringerer Mobilität und einer zu weitgehenden Verschulung des Studiums geführt.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

überbordende Bürokratie; Bologna-Prozess

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Bologna-Prozesses (Bologna-Erklärung 1999; Sorbonne-Erklärung 1998)

Zeitraumen: 1999

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 17

Aussagen-ID: 293

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Den Universitäten muss die Möglichkeit gegeben werden, neben den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen auch zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

bewährte Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengänge

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 17

Aussagen-ID: 294

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Das ERASMUS-Programm für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport soll weiter ausgebaut werden. Die AfD unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

ERASMUS-Programm (Beschluss des Europäischen Rates vom 15.06.1987, 87/327/EWG)

Zeitraumen: 1987-2014

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 17

Aussagen-ID: 295**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Die AfD fordert:)*

Innerhalb der EU muss die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern gefördert werden, um deren persönliche und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten zu maximieren. Auch junge Menschen ohne gymnasiale Bildung sind hierbei einzuschließen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 17**Aussagen-ID: 296****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Die AfD fordert:)*

Das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen. Das duale Ausbildungssystem, die Kombination schulischer und betrieblicher Bildung, ist ein deutsches Erfolgsmodell, das verantwortlich für die relative geringe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses in Deutschland zu erhalten und mitzuhelfen, es in anderen Ländern Europas einzuführen, ist das Ziel der AfD.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

duales Ausbildungssystem

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 17**Aussagen-ID: 297****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD spricht der EU eine besondere forschungspolitische Kompetenz ab. Nur für sehr aufwändige Forschungsprojekte (z.B. „Großforschungsanlagen“) kann eine länderübergreifende Zusammenarbeit nötig sein. Doch auch diese kann dezentral und sogar über EU-Grenzen hinweg organisiert werden (z.B. „CERN“). Angesichts der teilweise enormen Verschleuderung öffentlicher Gelder in der EU-Forschungsförderung sollten sämtliche EU-weiten Forschungsprojekte daraufhin überprüft werden, ob sie nicht in Alleinverantwortung oder durch Kooperation einiger Mitgliedsstaaten effizienter organisiert werden können.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

enormen Verschleuderung öffentlicher Gelder in der EU-Forschungsförderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

CERN (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire/European Council for Nuclear Research)

Zeitrahmen: 1954-2014**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 18**Aussagen-ID: 298****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Identitäten, sozialen Rollen und Lebenssituationen an.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 18

Aussagen-ID: 299

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD lehnt ein „Gender Mainstreaming“, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gender Mainstreaming

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Praxis/Ritual

Gender Mainstreaming in der EU (seit dem Vertrag von Amsterdam 1997/99)

Zeitraumen: vage; 1997/1999

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 18

Aussagen-ID: 300

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Angesichts der demographischen Entwicklung sieht die AfD die Sicherung der Gesundheitssysteme als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

die demographische Entwicklung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 18

Aussagen-ID: 301

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens sind weitgehend abzuweisen, da diese zwangsläufig zu einem Absinken des Gesundheitsniveaus in Deutschland auf ein niedrigeres gemeinsames Niveau führen müssen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Harmonisierungsbestrebungen der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 18

Aussagen-ID: 302**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die europäische Umwelt- und Energiepolitik muss an den Zielen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Alle Entscheidungen sind künftig auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschdenkens zu treffen.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ideologisches Wunschdenken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 19**Aussagen-ID: 303****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Energiepolitik:)*

Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind rechtskonform abzufinden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrang einspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, sind sofort einzustellen. Sie führen zu einer noch stärkeren Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im EU-Binnenmarkt und weltweit, denn sie verteuern den Strom in Deutschland auf unverantwortliche Weise und schädigen die bisher hohe Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG seit 2000)

Zeitraumen: 2000-2014**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 20**Aussagen-ID: 304****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Umweltpolitik:)*

Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Allerdings kann eine erfolgreiche europäische Umweltpolitik verhindern, dass abweichende Umweltstandards in anderen europäischen Staaten Anreize für die Verlagerung von Produktion und Unternehmen schaffen könnten. Aufgabe der EU ist deshalb die Festlegung von Standards, die sich am Stand der Technik orientieren und Umweltdumping verhindern.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Umweltdumping

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 20**Aussagen-ID: 305****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der bäuerlichen Landwirtschaft die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Sie unterstützt Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren, um so auch traditionellen bäuerlichen Familienbetrieben eine Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft zu bieten.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

traditionellen bäuerlichen Familienbetrieben

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 20

Aussagen-ID: 306

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Während die EU immer stärker in den Alltag der Bürger eingreift, versagt sie oft bei ihren eigentlichen Aufgaben. Dazu gehört insbesondere die öffentliche Infrastruktur, soweit sie grenzüberschreitende Bedeutung hat. So gibt es bis heute nicht einmal einheitliche Steckdosen in allen Mitgliedsländern der EU. Hier könnte die EU eine Harmonisierung nutzbringender vorantreiben als beispielsweise durch die Leistungsbeschränkung von Staubsaugern (Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG) oder die zwangsweise Verwendung teurer Sparglühlampen, welche später sogar als Sondermüll entsorgt werden müssen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG (Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates für die umweltgerechte Gestaltung

energiebetriebener Produkte)

Zeitrahmen: 2009

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 21

Aussagen-ID: 307

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Im Straßenverkehr sollen sich die Bürger in Europa frei bewegen können. Darum dürfen die inzwischen gefallenen Grenzkontrollen nicht durch neue zwischenstaatliche Barrieren ersetzt werden. Deshalb lehnt die AfD Straßengebühren in Europa ab. Die Kosten für Bau, Betrieb und Erhalt von Straßen und Autobahnen werden in den meisten Ländern bereits über Mineralöl- und Kfz-Steuern mehr als abgedeckt. Der AfD erscheint diese Art der Straßenfinanzierung als ausreichend, einfach und vernünftig.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

gefallene Grenzkontrollen ((Schengener Abkommen 1985; Inkrafttreten in BRD 1995);

Zeitrahmen: 1985; 1995

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 22

Aussagen-ID: 308

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Stattdessen sollte sich die EU stärker um die grenzüberschreitenden gemeinsamen Aufgaben – also ihren eigentlichen Aufgabenbereich – kümmern. Das wichtigste Vorhaben für die Leistungsfähigkeit des europäischen Luftverkehrs ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky). Die Ziele sind die Erhöhung der Luftraumkapazität, die Senkung der Kosten des Flugverkehrsmanagements, die Verringerung der Umweltbelastungen und die Erhöhung der Sicherheit.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie: rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Single European Sky

Zeitraumen: 2001; 2004;

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 22

Aussagen-ID: 309

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD sieht es darüber hinaus als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates an, die Freiheitsrechte und Souveränität der Bürger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Die AfD fordert daher, dass Deutschland und die EU bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft stets die Lösungen suchen und realisieren, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung möglichst nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 22

Aussagen-ID: 310

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Die anlasslosen, unkontrollierbaren oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung. Die Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Vorratsdatenspeicherung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Vorratsdatenspeicherung (Richtlinie 2006/24/EG)

Zeitraumen: 2006

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 23

Aussagen-ID: 311

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

(Die AfD fordert:)

Der massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA und anderer nichteuropäischer Staaten ist zu beenden. Das gilt insbesondere für den Transfer von Daten von Auslandsüberweisungen aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

SWIFT-Abkommen

Zeitraumen: 2009

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 23

Aussagen-ID: 312**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:***(Die AfD fordert:)*

Auf alle Bestrebungen, den Bargeldverkehr abzuschaffen und durch ausschließlich elektronische Bezahlssysteme zu ersetzen, ist zu verzichten. Letzteres würde die Abhängigkeit der Bürger von den Banken und evtl. konfiskatorischen Staatseingriffen wie zur Finanzierung von Staatsschulden oder weiteren „Euro-Rettungsmaßnahmen“ erhöhen.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Abschaffung des Bargeldverkehrs; Abhängigkeit von Banken; konfiskatorischen Staatseingriffen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 23**Aussagen-ID: 313****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Mut zur Wahrheit in Europa: Nie waren im Süden Europas die sozialen Verwerfungen schlimmer, nie war im Euroraum die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, höher, nie war die Staatsverschuldung alarmierender und nie hatten die Staatsregierungen weniger Hemmungen, Verträge zu brechen und Stabilitätskriterien zu missachten, als heute. Die Altparteien haben die Zukunft Europas für die Euro- und Bankenrettung geopfert. Dazu muss es eine Alternative geben!

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

die Altparteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 23**Aussagen-ID: 314****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Bisher haben die Regierungen der Eurogruppe die Wahrheit durch EU-Kommissare, bürokratische Regelwerke und verschleiende Abkürzungen vernebelt. Ob ESM, ESFM, EFSF, OMT oder Eurobonds, am Ende wird es unser Geld kosten. Die AfD will diesen Nebel lichten! Die Bürger der Eurozone haben ein Recht darauf zu erfahren, welche sachfremden Interessen bei den Maßnahmen der Banken- und Eurorettung in den verschiedenen Krisenstaaten eine Rolle gespielt haben. Deshalb wird die AfD im Europäischen Parlament nach Art. 226 AEUV² und nach Art. 185 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einbringen. Die Akteure in der Brüsseler Kommission und der EZB, die für die Eurorettungspolitik verantwortlichen Politiker der Länder, wie auch die Vertreter der beratenden Banken sollen sich öffentlich für ihre oft im Geheimen getroffenen Maßnahmen rechtfertigen müssen.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Kommissare; Bürokratie; Brüsseler Kommission; EZB, Banken- und Eurorettung (ESM, ESFM, EFSF, OMT und Eurobonds)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010); The European Financial Stability Facility (EFSF/2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012);

Art. 226 und Art. 185 AEUV (Vertrag von Lissabon 2007); Outright Monetary Transactions (OMT/seit 2012)

Zeitraumen: 2007; 2010; 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 24

Aussagen-ID: 315**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Dieser Untersuchungsausschuss soll Transparenz über die Verflechtungen von Investmentbanken mit den Spitzen der EU-Organen herstellen. Er soll dies ebenso für nationale Regierungen, die von den Maßnahmen der Eurorettung profitiert haben, tun. Er soll schließlich die zahllosen Beraterverträge untersuchen, die von den Regierungen der Krisenstaaten, von der Troika oder von der EZB abgeschlossen wurden.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krisenstaaten; Troika; EZB; Banken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 24**Aussagen-ID: 316****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Deutschland hat gemeinsam mit Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten 1957 mit den Römischen Verträgen die Grundlagen für die heutige EU gelegt. Seither war Deutschland loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern. Aber mit jedem neuen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurden für Deutschland die Pflichten zahlreicher und die Kosten höher. Im Gegensatz zur von in- und ausländischen Politikern geschürten Wahrnehmung wurde der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschehnisse Europas immer geringer. Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden. Sonst werde die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Kommission; die EZB; Nehmerländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Römische Verträge 1957; Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012);

Zeitraumen: 1957; 2012**Quelle:** DE_AfD_EuroPro2014**Seite:** 24**Aussagen-ID: 317****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Niemand kennt die Kosten der Euro-Rettung, doch sie werden bezahlt werden müssen! Schlimmer noch, der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen um sich greifende Zentralismus, die damit unausweichlich gewordene Gleichmacherei („Harmonisierung“) und die Sozialisierung europäischer Staats- und Bankschulden gehen zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit aller Länder in der Eurozone. Diese aber stehen im globalen Wettbewerb. Langfristig werden sich die Länder der EU, die sich dem Euro nicht angeschlossen haben - und viele andere Wettbewerber - auf dem Weltmarkt besser entwickeln können und die Eurozone hinter sich lassen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zentralismus; Gleichmacherei („Harmonisierung“); Sozialisierung europäischer Staats- und Bankschulden

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 24

Aussagen-ID: 318

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die der Eurorettungspolitik geschuldete Angleichung der Produktivität der Länder innerhalb der Eurozone mag den Euro auf längere Zeit unter hohen sozialen und finanziellen Kosten retten, führt aber gleichzeitig zu einer Beschädigung aller Länder in der Eurozone im Vergleich zu ihren globalen Wettbewerbern. Statt eurozentrische Nabelschau zu betreiben, behält die AfD die fortschreitende Globalisierung im Blick. Allein die Beispiele Schweden, Dänemark, Tschechien und die Schweiz zeigen, dass ein zentralistischer, gleichgeschalteter und unbeweglicher Koloss mit einer Einheitswährung sich niemals im weltweiten Wettbewerb um die besten Ideen so behaupten wird, wie dezentral organisierte, auf Eigenverantwortung beruhende und untereinander im Wettbewerb stehende Nationen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eurorettungspolitik; Wettbewerbsverlust; fortschreitende Globalisierung; Zentralismus; Einheitswährung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 24-25

Aussagen-ID: 319

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Noch nie haben nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Politiker so viele Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet wie es seit Mai 2010 zur Erhaltung der Einheitswährung der Fall ist. Für den Götzen des Euro haben die Altparteien die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Wohlstand in den Ländern der Eurozone auf dem Altar einer Einheitswährung aufs Spiel gesetzt. Um diesen verhängnisvollen Weg ohne viele Widerstände beschreiten zu können, haben sie, die Bundeskanzlerin vorneweg, das Diktum der „Alternativlosigkeit“ zur Staatsraison erklärt. Spätestens die jüngste Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts, welches die von der Bundesregierung unterstützten Rechtsbrüche der Europäischen Zentralbank offenlegte, hätte genügen müssen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; Primordialismus; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos);

moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Einheitswährung; die Götzen des Euro; Altparteien; EZB

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Zweiter Weltkrieg (1939-1945); Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 1939-1945; 2010

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 25

Aussagen-ID: 320

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Rettung des Euro „koste es (die Deutschen, die Holländer, die Österreicher und die Finnen) was es wolle“, muss beendet werden. Dazu ist die Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010);

Zeitraumen: 2010
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 25

Aussagen-ID: 321

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Institutionen, die zur „Rettung“ des Euro, zur Verschleppung der Staatsschuldenkrise und zur Vergemeinschaftung der enormen Bankschulden auf europäischer Ebene geschaffen wurden und werden, sind besorgniserregend. ESM, EFSF, Bankenunion und die Abteilung monetäre Staatsfinanzierung der EZB verfügen über enorme - bei der EZB sogar praktisch unbegrenzte - finanzielle Mittel. Gleichwohl unterliegen sie keiner nennenswerten parlamentarischen Kontrolle. Sie sind die großen Säulen zum Bau einer Europäischen Wirtschaftsregierung, zur Errichtung eines zentralistischen, bürokratischen und technokratischen europäischen Überstaats, der bürgerfern und undemokratisch ist. In beängstigendem Tempo ist dieser Überstaat in den letzten vier Jahren gewachsen. Wenn wir ihm jetzt nicht entgegenreten, werden wir ihn nicht mehr stoppen können!

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staats- und Bankschulden; Eurorettung (ESM, EFSF, Bankenunion); EZB; europäischer Überstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Eurorettung (seit 2010); Bankenunion (seit 2012) Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); The European Financial Stability Facility (EFSF/2010);

Zeitraumen: 2010; 2012

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 25

Aussagen-ID: 322

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Gemeinsam mit Gleichgesinnten wird die AfD im Europäischen Parlament gegen diesen Überstaat und gegen die Euro-Schuldenpolitik kämpfen. Die AfD wird ihre parlamentarischen Frage- und Informationsrechte nutzen, um die deutschen Bürger rechtzeitig und angemessen vor den neuesten Entwicklungen zu warnen. Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgeglichenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Die AfD wird der Leisetreterei und Bagatellisierungstaktik der Altparteien keine Chance lassen. Die AfD wird Europa zum Guten verändern, weil sie die Altparteien verändern wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Überstaat; Euro-Schuldenpolitik; Vereinigte Staaten von Europa; Altparteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_EuroPro2014

Seite: 25

Aussagen-ID: 323

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Mit dem Wahlerfolg der AfD wird in Deutschland die Politik der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung am Ende sein, weil die Position der Altparteien unhaltbar werden wird. Wenn aber Union und SPD aus Angst vor dem Wählerwillen den Wählerwillen zu erfüllen beginnen, dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherung bietet.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

schleichende EU-Erweiterung und -Vertiefung; Altparteien; Union (CDU); SPD

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_EuroPro2014
Seite: 25

Aussagen-ID: 324
Partei: Alternative für Deutschland
Aussage:
*Wir sind Liberale und Konservative.
Wir sind freie Bürger unseres Landes.
Wir sind überzeugte Demokraten.*
Distinktionsmerkmale:
inklusiv; selektiv; territorialer Bezug
Rhetorische Strategie:
positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich
Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 6

Aussagen-ID: 325
Partei: Alternative für Deutschland
Aussage:
Zusammengefunden haben wir uns als Bürger mit unterschiedlicher Geschichte und Erfahrung, mit unterschiedlicher Ausbildung, mit unterschiedlichem politischen Werdegang. Das geschah in dem Bewusstsein, dass es an der Zeit war, ungeachtet aller Unterschiede, gemeinsam zu handeln und verantwortungsbewusst zu tun, wozu wir uns verpflichtet fühlen. Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können.
Distinktionsmerkmale:
inklusiv; kultureller Bezug
Rhetorische Strategie:
positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)
Feindbild/Bedrohung:
die politische Klasse
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 6

Aussagen-ID: 326
Partei: Alternative für Deutschland
Aussage:
Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen. Ebenso wollten wir nicht länger hinnehmen, dass durch das Regime der EURO-Rettung längst überwundene Vorurteile und Feindseligkeiten zwischen den europäischen Völkern neu aufbrechen. Daher haben wir uns dafür entschieden, Deutschland und seinen Bürgern in allen Bereichen eine echte politische Alternative zu bieten.
Distinktionsmerkmale:
inklusiv; Primordialismus; kultureller Bezug
Rhetorische Strategie:
positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)
Feindbild/Bedrohung:
Bruch von Recht und Gesetz; Zerstörung des Rechtsstaats; Regime der EURO-Rettung
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:
Ereignis; Datum/Epoche
Eurorettung (seit 2010);
Zeitraumen: 2010
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 6

Aussagen-ID: 327**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. Denn Demokratie und Freiheit stehen auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen. In der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren wir mit unserem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

1848 Revolution; 1989 Revolution

Zeitraumen: 1848; 1989;**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 6**Aussagen-ID: 328****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ

abendländische christliche Kultur

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 6**Aussagen-ID: 329****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 6**Aussagen-ID: 330****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die erst zu seinem Wirtschaftswunder

und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Deutsches Wirtschaftswunder (seit 1949);

Zeitraumen: 1949-2016

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 8

Aussagen-ID: 331

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt.

Distinktionsmerkmale:

Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Verträge von Schengen (Schengener Abkommen 1985; Inkrafttreten in BRD 1995); Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in

Kraft: 1993); Vertrag von Lissabon (2007)

Zeitraumen: 1985; 1993; 1995; 2007

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 8

Aussagen-ID: 332

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

politische Klasse von Berufspolitikern; politisches Kartell

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 8

Aussagen-ID: 333

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 8

Aussagen-ID: 334

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Zudem würden die Regelungsinhalte sorgfältiger bedacht, um in Volksabstimmungen bestehen zu können. Auch Beschlüsse des Parlaments in eigener Sache, beispielsweise über Diäten oder andere Mittelzuweisungen, würden wegen der Überprüfungsmöglichkeit der Bürger maßvolle Inhalte haben. Gesetzesinitiativen aus dem Volk haben eigene Gesetzesvorlagen zum Gegenstand und können durch die Stimmbürger angestoßen werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Essentialismus; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 9

Aussagen-ID: 335

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen. Besonders der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen über die Köpfe der Bürger hinweg ist hierdurch der Riegel vorgeschoben. Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen. Eine natürliche Schranke ergibt sich durch Grundsätze des Völkerrechts.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Verlust der Souveränität durch EU und andere internationale Organisationen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Grundgesetz; völkerrechtliche Verträge

Zeitraahmen: vage; 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 9

Aussagen-ID: 336

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Schweizer Erfahrung belegt, dass sich die Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker, selbst wenn Eigeninteressen damit kollidieren. Macht- und interessengetriebene Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Berufspolitiker

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

die Schweizer Erfahrung

Zeitraahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 9

Aussagen-ID: 337**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Nur ein schlanker Staat kann daher ein guter Staat sein. Erforderlich ist ein vom Staat garantierter Ordnungsrahmen, in dem sich die Bürger frei entfalten können. Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. Sie bedroht inzwischen den Kerngehalt der elementaren Freiheitsrechte der Bürger. Der Staat hat sich verzettelt. Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Essentialismus; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 9**Aussagen-ID: 338****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Grundlage unserer politischen Überzeugungen ist ein differenziertes Menschenbild, das sich der Freiheitschancen, aber auch der Gefährdungen des Menschen stets bewusst bleibt. Wir glauben nicht an die Verheißungen politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, eines ‚Neuen Menschen‘. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

nein

Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral

Zeitraumen: nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 9-10**Aussagen-ID: 339****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die geschichtliche Entwicklung bleibt unabgeschlossen und offen für überraschende Wendungen und Aufbrüche, aber auch für Krisen und Katastrophen. Insofern wird es auch niemals ein ‚Ende der Geschichte‘ geben, also eine Situation, in der Politik gänzlich aufhört und das Ringen um den richtigen politischen Weg überflüssig wird. Freiheit, Stabilität und wirtschaftliches Wohlergehen müssen in jeder Generation aufs Neue errungen und gesichert werden.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

die geschichtliche Entwicklung

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 10**Aussagen-ID: 340****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns Vorrang vor kurzfristigem Aktionismus und wahlwirksamer Effekthascherei. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Richtschnur unseres Handelns ist die Grundüberzeugung, dass die Bürger das politische Geschehen so weit wie möglich selbst bestimmen können sollen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 10

Aussagen-ID: 341

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist nach der deutschen Verfassungstradition von 1848, 1871 und 1919 im Grundgesetz von 1949 als Rechtsstaat mit Gewaltenteilung angelegt. Die Gewaltenteilung - eine staatsrechtliche Grundlage jeder modernen Demokratie - ist jedoch durch zahlreiche einfachgesetzliche Regelungen erheblich beeinträchtigt. Es geht dabei im Kern um die wechselseitige Kontrolle der legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen eines Staates. Ihr Ziel ist es, überbordende unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern. Minister als Abgeordnete in Parlamenten, welche die Exekutive kontrollieren sollen, und ehemalige Politiker auf Richtersthühlen sind mit dem urdemokratischen Konstruktionsprinzip der Gewaltenteilung nicht vereinbar. Das gleiche gilt für parteipolitische Netzwerke, sofern diese über persönliche Beziehungen der Amts- und Funktionsträger die wechselseitige Machtkontrolle der Gewalten behindern oder aushöhlen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Entdemokratisierung und Verlust der Gewaltenteilung; parteipolitische Netzwerke

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Verfassungstraditionen von 1848, 1871 und 1919; Grundgesetz von 1949

Zeitraumen: 1848; 1871; 1919; 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 10

Aussagen-ID: 342

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatzlos abzuschaffen. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten sollen nicht mehr zugleich Parlamentsmitglieder sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung sind ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein. Beamten- und Richterstellen sind nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Artikel 33 Absatz 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister; politische Beamte; Parteibuchwirtschaft; Ämterpatronage

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949), Artikel 33 Absatz 2

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 10-11

Aussagen-ID: 343

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des

Meinungsdiktats in allen öffentlichen Diskursen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die Entfremdung vom Wähler einher.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates; Entdemokratisierung; gesellschaftsschädigende Politische Korrektheit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949), Art. 21 Abs. 1

Zeitrahmen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 11

Aussagen-ID: 344

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Parteienfinanzierung muss verfassungskonform auf einen angemessenen Umfang begrenzt werden. Bis 1959 gab es in der Bundesrepublik keine staatliche Finanzierung der Parteien. Ab 1959 wurde das Institut der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung geschaffen. Inzwischen ist durch das Parteiengesetz ein Finanzierungssystem unter dem Begriff der „staatlichen Teilfinanzierung“ entstanden. Danach haben die Parteien einen rechtlichen Anspruch auf jährlich wiederkehrende Zahlungen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Parteienfinanzierungssystem seit 1959; Parteiengesetz (Gesetz über die politischen Parteien/PartG, in Kraft: 1967)

Zeitrahmen: 1959; 1967

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 11

Aussagen-ID: 345

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Berufspolitikertum; Monopolisierung der Macht; politischen Klasse; Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 13

Aussagen-ID: 346

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Derzeit wird der Bundespräsident in der Bundesversammlung vorgeschlagen und gewählt. Diese besteht zur einen Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestages und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern, die aus den Parlamenten der Bundesländer nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wurden. Die Auswahl des Kandidaten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen der Parteien statt. Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und parteienunabhängiger zu machen,

bedarf es einer Änderung des Art. 54 des Grundgesetzes für die Direktwahl durch das Volk.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949), Artikel 54

Zeitrahmen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 13

Aussagen-ID: 347

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 13

Aussagen-ID: 348

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ebensolchen Reformbedarf sehen wir bei der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten. Sie haben sich ein Pensionssystem geschaffen, das keine eigenen Beitragsleistungen vorsieht. Nach einem halben Arbeitsleben (27 Jahre) haben die Parlamentarier bereits den Maximalanspruch von derzeit 6.130 EURO erreicht, im Vergleich hierzu erhält ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nach 43 Berufsjahren und jahrelanger Rentenbeitragszahlungen eine Bruttomonatsrente von unter 1.200 EURO. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell der Abgeordneten grundlegend reformieren und z. B. die Parlamentarier auf eine private Rentenvorsorge verweisen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parlamentarier und Bundestagsabgeordnete

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 14

Aussagen-ID: 349

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die große Vielfalt der verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen macht das Besondere unseres Kontinents aus.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 16

Aussagen-ID: 350**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU als zentralistischer Bundesstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Zurückführung der EU im ursprünglichen Sinne

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 16**Aussagen-ID: 351****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Vereinigten Staaten von Europa; EU als Bundesstaat (Zentralisierung)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 16**Aussagen-ID: 352****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung. Rechtsstaatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehören in die nationale Verantwortung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung:

fremde Bevormundung (Zentralisierung)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 17**Aussagen-ID: 353****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. Damit die Staaten Europas wieder zu Leuchttürmen für Freiheit und Demokratie in der Welt werden können, ist eine grundlegende Reform der EU

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: schleichende Entdemokratisierung; EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 17

Aussagen-ID: 354

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die politischen Eliten haben mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und besonders mit dessen Veränderung in Lissabon 2007 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln. Dies geschah trotz der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden von 2005. In beiden Ländern hatten die Bürger den sogenannten Verfassungsvertrag zur Gründung eines europäischen Großstaates abgelehnt. Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt jedoch gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen. Wir fordern im Gegenteil das Subsidiaritätsprinzip konsequent beizubehalten und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

politischen Eliten; politische Führung der großen EU-Länder

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in Kraft: 1993); Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden von 2005;

Vertrag von Lissabon 2007

Zeitraumen: 1993; 2005; 2007

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 17

Aussagen-ID: 355

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten, mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren. Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte. Nur sie können diese hinreichend sichern. Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. Es handelt sich dabei um ideengeschichtlich alte Utopien. Sie zu realisieren, hat stets großes Leid über die Menschen gebracht. Stabile demokratische Nationalstaaten sind das Fundament einer friedlichen Weltordnung. Internationale Organisationen ohne Staatscharakter, die auf freier Übereinkunft beruhen, können dabei hilfreich sein.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

europäischer Großstaat; multinationale Großstaaten und internationale Organisationen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

schmerzliche Geschichte; ideengeschichtlich alte Utopien

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 17

Aussagen-ID: 356

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte (1957 bis 1993) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Doch die Europäische Union hat sich im Lauf der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt. Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind irrational und nicht zukunftsfähig. Die Alternative für Deutschland lehnt diese Bestrebungen strikt ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: EU**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Datum/Epoche

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993); europäische Verträge

Zeitraumen: vage; 1957-1993

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 17

Aussagen-ID: 357

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wir befürworten ein flexibles Netzwerk europäischer Staaten, an dem jeder europäische Staat jeweils nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann, wie dies zum Beispiel in der Westeuropäischen Union der Fall war. Beitritte nichteuropäischer Staaten sollten aus kulturellen und geographischen Gründen nicht in Betracht gezogen werden. So lehnen wir auch den Beitritt der Türkei zur EU ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Beitritte nichteuropäischer Staaten, Türkei-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 18

Aussagen-ID: 358

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

Distinktionsmerkmale: nein**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Europäischer Währungsverbund

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Währungsunion (Economic and Monetary Union, EMU 1999/2002);

Zeitraumen: 1999/2002

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 18

Aussagen-ID: 359

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die heutige EURO-Zone war schon immer, und lange vor ihrer politischen Planung in den 1990er Jahren, ein Gebiet mit wirtschaftlichen, währungspolitischen und kulturellen Unterschieden. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen hat es sich nicht für eine einheitliche, suprastaatliche Währungsunion geeignet und hätte über die Freihandelszone der EWG nicht hinausgehen dürfen. Die Einführung des EURO war von Anfang an ein rein politisches Projekt. Alle Warnungen von Ökonomen und Historikern wurden ignoriert. Seit 1999 waren die EURO-Wechselkurse der nationalen Währungen im heutigen EURO-Raum festgeschrieben, und es kam auch zu faktisch einheitlichen Zinssätzen. Damit waren den Ländern diese zwei marktwirtschaftlich zentralen, unabdingbaren Korrektive genommen, die bis 1998 die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der EURO-Länder jahrzehntelang erfolgreich ausgeglichen hatten.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Europäische Währungsunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

geschichtliche Erfahrungen; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG/1957 bis 1993); Währungsunion (Economic and Monetary

Union, EMU 1999/2002)

Zeitraumen: vage; 1957-1993; 1999/2002

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 18

Aussagen-ID: 360

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch nominale Auf- und Abwertungen wird seitdem durch den EURO verhindert. Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten werden damit verringert. Die EURO-Zone ist daher seit vielen Jahren vom Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums abgehängt. Dem Anspruch von Lissabon nach sollte sie die „dynamischste und innovativste Wirtschaftszone der Welt“ werden.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Europäische Währungsunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Währungsunion (Economic and Monetary Union, EMU 1999/2002); Vertrag von Lissabon 2007;

Zeitraumen: 1999/2002; 2007

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 18

Aussagen-ID: 361

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nach inzwischen siebzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen Währungsregulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige massive Vermögenstransfers in solche EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind, nicht mehr überlebensfähig. Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Die durch ihn hervorgerufenen Spannungen können schon seit Beginn der Target-Salden-Ausuferung 2008 und besonders seit Beginn der EURO-„Dauerrettung“ 2010 nur noch über interventionistische, rechtswidrige, permanente und weitgehend deutsche Kredithilfen und Haftungsübernahmen oder durch EZB-Käufe (EZB = Europäische Zentralbank) von im freien Markt nicht verkäuflichen Staatsanleihen aufrecht erhalten werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

erzwungene, marktferne Währungsregulierung; Europäische Währungsunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Währungsunion (Economic and Monetary Union, EMU 1999/2002); Target-Salden-Ausuferung 2008; EURO-„Dauerrettung“ 2010

Zeitraumen: 1999/2002; 2008; 2010

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 19

Aussagen-ID: 362

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Aber diese Hilfen mittels EFSF (Europäisches Finanzaufsichtssystem), ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), OMT (Geldpolitische „Outright“-Geschäfte), Target und Bankenunion behandeln nur die Symptome und kaufen Zeit, anstatt die Ursachen für die struktur- und kostenbedingte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die nicht tragfähige Verschuldung vieler Mitgliedsstaaten zu beheben. Die Nehmerländer der „Rettungsaktivitäten“ werden durch viel zu niedrige Zinsen animiert, Kredite aufzunehmen, die sie in dieser Höhe von privaten Marktteilnehmern nie erhalten würden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Nehmerländer; EFSF; ESM; OMT; Bankenunion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

The European Financial Stability Facility (EFSF/2010); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Outright Monetary

Transactions (OMT/seit 2012); Bankenunion (seit 2012);

Zeitraumen: 2010; 2012

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 19

Aussagen-ID: 363

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Auf diese Weise wird die in den EU-Verträgen limitierte Schuldentragfähigkeit dieser Länder mit unabsehbaren Folgen überspannt. Die Transferzahlungen verstärken bereits aufgebaute ökonomische und politische Spannungen zwischen den Geber- und Nehmerstaaten, so dass die Kosten, den EURO-Raum zu erhalten, seinen Nutzen inzwischen weit übersteigen und die europäischen Integrationsmöglichkeiten überdehnen. Schon mittelfristig sind die politisch-realen und gegen den Willen der Mehrheit der Bürger erzwungenen Dauertransfers keinesfalls durchzuhalten. Die Kredit- und Haftungsbeträge sind auch für den Hauptgaranten Deutschland zu groß.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Nehmerstaaten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 19

Aussagen-ID: 364

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die supranationale EURO-Rettungspolitik verletzt in der Praxis der Staatsanleihenmärkte permanent das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)). Gemäß Artikel 110 Grundgesetz sowie nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Lissabon-Urteil vom 30.06.2009) gehört die Hoheit über Staatsausgaben zum „Kernbestand und unveräußerlichen Teil der staatlichen Souveränität“. EU, EZB und ESM greifen mit ihrer Rettungspolitik unzulässig in diese Souveränitätsrechte ein. Diese Politik bricht zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch und vertraglich gegebenen Versprechen, „niemals eine Haftung Deutschlands für Fremdschulden“ zuzulassen. Damit sind die wesentlichen Grundlagen der ursprünglichen deutschen Zustimmung zum Maastricht-Vertrag und zur EURO-Einführung entfallen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

supranationale EURO-Rettungspolitik; EU; EZB

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Grundgesetz (GG/1949); Vertrag von Maastricht (Unterzeichnung 1992/in Kraft: 1993); Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Art. 123 und 125; Lissabon-Urteil vom 30.06.2009; EURO-Rettungspolitik; Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012);

Zeitraumen: 1949; 1993; 2009; 2012

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 19

Aussagen-ID: 365

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Einhaltung des Rechts ist die Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Sie ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für unsere Freiheit, für Wohlstand und Demokratie.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 24

Aussagen-ID: 366

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD fordert daher einen „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung. Wir wollen den Sicherheitsbehörden bessere und moderne Vorschriften geben.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 24

Aussagen-ID: 367

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Vor dem Hintergrund der steigenden Brutalität jugendlicher Krimineller und der gravierenden Problematik jugendlicher Intensivtäter halten wir es für wichtig und zweckmäßig, auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken. Der Staat muss durch die konsequente Bestrafung schwerer Delikte Signale der Warnung und Prävention aussenden sowie den verloren gegangenen Respekt bei diesen jugendlichen Serientätern wiederherstellen. Wir sind dafür, das Anordnen der Untersuchungshaft schon dann möglich zu machen, wenn der dringende Tatverdacht eines Verbrechens im Sinne des § 12 Abs. 1 StGB besteht.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

jugendliche Kriminelle, Intensivtäter und Serientäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Strafgesetzbuch (StGB), § 12 Abs. 1 StGB (seit 1871/1998)

Zeitrahmen: 1871/1998

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 25

Aussagen-ID: 368

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Strafjustiz hat derzeit mit einer Strafprozessordnung zu arbeiten, die noch aus dem 19. Jahrhundert stammt. Sie ist personell zu stärken, die Verfahren sind durch geeignete Verfahrensmaßnahmen zu beschleunigen, doch dabei sind selbstverständlich die verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein faires Verfahren zu wahren. Die Möglichkeiten des Strafbefehlsverfahrens sind ebenso wie die des beschleunigten Strafverfahrens zu verbessern. Das Rechtsmittelsystem ist so zu gestalten, dass zügigere Entscheidungen möglich werden, indem insbesondere Urteilsaufhebungen und Zurückweisungen zur Neuverhandlung abgeschafft werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Strafgesetzbuch (StGB, 1871/1998)

Zeitraumen: 1871/1998

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 25

Aussagen-ID: 369

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität gegen Amtspersonen im weiteren Sinne (Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte) ist dadurch zu begegnen, dass tätliche Angriffe auf diesen Personenkreis mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten zu ahnden sind. Hierzu sehen wir auch einen neuen Straftatbestand als erforderlich an, der Polizisten auch dann vor Angriffen besonders schützt, wenn diese Angriffe anlasslos erfolgen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

um sich greifenden Aggressivität gegen Amtspersonen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 26

Aussagen-ID: 370

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 26

Aussagen-ID: 371

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise vor Abschiebung sicher. Die Ausweisungsvoraussetzungen sind herabzusetzen und das Ausweisungsverfahren ist zu straffen, indem die Strafgerichte die Ausweisung von Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil aussprechen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Gewalt- und Drogenkriminalität; ausländische Kriminelle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 26

Aussagen-ID: 372**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch Vereinbarung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare Personen außerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle Sicherungshaft verhängt werden können. Wir fordern, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu verhindern, den Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips (galt bis 2000) wieder einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen geltenden Rechts zu forcieren.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gefährliche ausländische Kriminelle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Abstammungsprinzips im Staatsangehörigkeitsrecht vor 2000

Zeitraumen: 1913-2000**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 26**Aussagen-ID: 373****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 26**Aussagen-ID: 374****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch ein Verschärfen des Waffenrechts. Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht Opfer wehrloser. Eine Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, mit ihnen handeln und sie nutzen. Ein strengeres Waffenrecht wäre ein weiterer Schritt in die Kriminalisierung unbescholtener Bürger und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Terroristen; Verbrecher; Überwachungs- und Bevormundungsstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:****Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 26**Aussagen-ID: 375****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist für uns ein wichtiges Gut. Die Grundsätze des Datenschutzes müssen gewährleistet werden. Gleichwohl ist zu überprüfen, ob die Sicherheit der Bürger sowie von Wirtschaft und Industrie vor Spionage bei dieser Frage angemessen berücksichtigt wird. Im Zweifel ist das Recht der Bürger auf Sicherheit höher zu bewerten als das eines Straftäters auf informationelle Selbstbestimmung. Bei der Implementierung von

Datenschutzmaßnahmen ist immer der Mehraufwand für die Ermittlungspersonen und die Justiz zu berücksichtigen und sinnvoll abzuwägen. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bürger zu verbessern. In der Vergangenheit hat ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert. Die Folge ist mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und Datenschutz für Täter. Die Grundsätze des Zeugnisverweigerungsrechtes aus beruflichen und persönlichen Gründen bleiben unberührt.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Straftäter; mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und Datenschutz für Täter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Datenschutzmaßnahmen in der Vergangenheit

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 27

Aussagen-ID: 376

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; organisierte Kriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 27

Aussagen-ID: 377

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland betrachtet den bloßen Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichend und fordert den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei. An Deutschlands Außengrenzen sollen wieder betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstehen, die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können. Zum Schutz der grünen Grenze sollen nach österreichischem Vorbild Bundeswehrangehörige herangezogen werden können, sowie gegebenenfalls Schutzzäune oder ähnliche Barrieren errichtet werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unzureichender Schutz deutscher Grenzen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 27

Aussagen-ID: 378

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 29

Aussagen-ID: 379

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Vereinten Nationen sind für Fragen der Sicherheit und des Friedens in der Welt unverzichtbar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als aktives Mitglied der Vereinten Nationen beim Lösen und Bewältigen internationaler Konflikte eine aktive und konstruktive Rolle spielt. Ziel muss es sein, internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen, um humanitäre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegenzuwirken. Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen. Organisationen und international agierende Konzerne, die Einfluss auf die Innenpolitik anderer Länder oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, sind darin zu beschränken.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationale Krisenherde; humanitäre Katastrophen; Verlust der Heimat; unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa; Organisationen und international agierende Konzerne

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 30

Aussagen-ID: 380

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD ist dafür, die Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, zu stärken und zu reformieren. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen werden. Als eine weltweit anerkannte Nation und als drittgrößter Beitragszahler der UN fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Aufgrund des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinkunft mit den früheren Siegermächten haben sich die Grundzüge der Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt. Es bleibt die Aufgabe, diese nun endgültig zu streichen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Völkergewohnheitsrecht; Siegermächte; Feindstaatenklausel; Charta der Vereinten Nationen (in Kraft: 24. Oktober 1945)

Zeitrahmen: vage; 1945

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 30

Aussagen-ID: 381

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD bejaht eine Fürsorgepflicht Deutschlands für die im Ausland lebenden deutschen Minderheiten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 30

Aussagen-ID: 382

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Bündnispartner und Deutschland arbeiten gleichberechtigt und in gegenseitigem Respekt zusammen und stimmen sich in wichtigen internationalen Fragen ab. Vor diesem Hintergrund steht 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach der Beendigung der Teilung Europas die Neuverhandlung des Status alliierter Truppen in Deutschland auf der Tagesordnung. Dieser muss an die wiedergewonnene deutsche Souveränität angepasst werden. Die AfD setzt sich für den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen ein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

stationierte alliierte Truppen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Zweiter Weltkrieg (1939-1945); Mauerfall/Eiserner Vorhang (Teilung Europas/1989-91);

Zeitraumen: 1945; 1989/91

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 30-31

Aussagen-ID: 383

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Art. 87a des Grundgesetzes bestimmt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den Wehrdienst junger Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als Regelfall an.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Grundgesetz (GG/1949), Art. 87a

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 32

Aussagen-ID: 384

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Deshalb tritt die AfD dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen. Die Dauer des Wehrdienstes richtet sich nach dem, was für die Sicherheit notwendig ist. Sie muss eine gründliche militärische Ausbildung ermöglichen. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehersatzdienst. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Wehrpflichtgesetz (1956-2011)

Zeitraumen: 1956-2011

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 32

Aussagen-ID: 385**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Weil dieser Anspruch mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist, muss der Staat einen angemessenen Ordnungsrahmen schaffen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 35**Aussagen-ID: 386****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Alternative für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Lohndruck durch Massenmigration

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 36**Aussagen-ID: 387****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Leitbild für uns ist die Familie, für die wir in der Sozialversicherung Abgabengerechtigkeit wollen. Die AfD will die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber bereits verbindlich aufgefordert. Wir wollen die derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 36**Aussagen-ID: 388****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der Eltern finanziell und ideell anzuerkennen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 37

Aussagen-ID: 389

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. Grund ist zum einen eine Zunahme der Kinderlosen, zum anderen ein Rückgang der Mehrkindfamilien. Wenn wir dieser demografischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kinderlose

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 37

Aussagen-ID: 390

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ein reformiertes Renten- und Steuersystem soll sicherstellen, dass kinderreiche Familien aus unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht mehr am Rande des Existenzminimums leben müssen und ausreichende eigene Rentenansprüche aufbauen. Daher wollen wir bei der Rente die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigen. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 37

Aussagen-ID: 391

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 38

Aussagen-ID: 392

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der AfD ist es ein wichtiges Anliegen, gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutionen zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

kulturelle und regionale Traditionen

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 40

Aussagen-ID: 393

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 40

Aussagen-ID: 394

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 41

Aussagen-ID: 395

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des „Gender-Mainstreaming“-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft will Frauen als Arbeitskraft. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatliche Krippen und Ganztagschulen; „Gender-Mainstreaming“; Frauen als Arbeitskraft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 41

Aussagen-ID: 396

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Es sollte wieder erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu

verbringen. Die AfD möchte eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom „Gender-Mainstreaming“ propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. Kinder sind kein karrierehemmender Ballast, sondern unsere Zukunft.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

„Gender-Mainstreaming“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 41

Aussagen-ID: 397

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

konflikträchtige Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 41

Aussagen-ID: 398

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Geburtenrate in Deutschland liegt mit einem relativ konstanten Wert von 1,4 seit über vierzig Jahren weit unter dem bestanderhaltenden Niveau. Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei Kindern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der Mittelschicht das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl kinderreicher Familien sinkt. Auch sind jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel (soziale Indikation) zu beklagen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an, so dass sich die Bevölkerungsstruktur gravierend ändert. Im Jahr 2060 werden Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutschland leben gegenüber 81 Millionen 2015.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kinderlose Frauen; Abtreibungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

seit über vierzig Jahren; Statistiken 2012 und 2015 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 41

Aussagen-ID: 399

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Um den Auswirkungen dieses markanten demografischen Trends entgegenzuwirken, setzen die derzeitigen Regierungsparteien auf eine fortgesetzte, von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-

kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinwanderung aus islamischen Staaten; muslimische Migranten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 42

Aussagen-ID: 400

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Versuch, diese Entwicklungen über noch mehr Einwanderung zu kompensieren, birgt durch mangelnde Integration und Kettenmigration insbesondere in den großen Städten die Gefahr, dass sich weitere Parallelgesellschaften bilden. Durch das sich Ausbreiten der konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente eines stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung; mangelnde Integration und Kettenmigration; Parallelgesellschaften; konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 42

Aussagen-ID: 401

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

So muss eine alternative Familienpolitik die Familie als wertgebende Grundeinheit finanziell und ideell stärken. Die derzeit bestehenden finanziellen Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden. Insbesondere muss es auch in den bildungsnahen, mittleren Einkommensschichten wieder möglich sein, zukunftsgerichtet für eine große Familie zu sorgen, ohne sich dabei einem Armutsrisiko auszusetzen. Ein geeignetes Mittel dafür wäre z.B. die Bereitstellung zinsloser Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert. Die vielschichtigen Hürden für Akademikerinnen, sich schon während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden, wollen wir beseitigen. Studenten, die während oder kurz nach Abschluss des Studiums Eltern werden, soll die Rückzahlung von Bafög-Darlehen erlassen werden. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Kinderlose

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 42

Aussagen-ID: 402

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die aktuelle Familienpolitik in Deutschland wird bestimmt durch das politische Leitbild der voll erwerbstätigen Frau, so dass die Anzahl außerfamiliär betreuter Kleinkinder stetig ansteigt. Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung für eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere Bindungs- und Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht einseitig staatlich bevorzugt werden. Stattdessen sollen die häusliche Erziehung und Fremdbetreuung gleichberechtigt nebeneinander stehen. Eine tatsächliche Wahlfreiheit schließt elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern, Kinderfrauen und Tagesmütter mit ein, wobei alle

Betreuungsformen finanziell realisierbar sein müssen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

das politische Leitbild der voll erwerbstätigen Frau

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 43

Aussagen-ID: 403

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein. In Deutschland kommen aufgrund 700.000 Lebendgeburten pro Jahr ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche. Dabei liegt nur bei drei bis vier Prozent eine medizinische oder kriminologische Indikation vor, in allen anderen Fällen wird der Schwangeren nach einer Beratung eine Bescheinigung ausgestellt, die ihr eine straffreie Abtreibung aus „sozialen Gründen“ ermöglicht. Ein Schwangerschaftsabbruch stellt eine einschneidende Erfahrung für die Betroffenen dar und kann zu langanhaltenden Schuldgefühlen, psychosomatischen Beschwerden oder depressiven Reaktionen führen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schwangerschaftsabbrüche; straffreie Abtreibung aus „sozialen Gründen“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 44

Aussagen-ID: 404

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Deutschland gehört zu den großen europäischen Kulturnationen. Deutsche Schriftsteller und Philosophen, deutsche Musiker, bildende Künstler und Architekten, in jüngerer Zeit auch deutsche Designer und Filmemacher, haben wesentliche Beiträge zu ihren jeweiligen Disziplinen im weltweiten Maßstab geleistet.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 46

Aussagen-ID: 405

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich;

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ideologie des Multikulturalismus; Gleichstellung importierter kultureller Strömungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

vage; Christentum; wissenschaftlich-humanistischen Tradition; Antike; Renaissance; Aufklärung; römisches Recht;

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 47

Aussagen-ID: 406

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen. Als zentrales Element deutscher Identität muss die deutsche Sprache dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache; Geistesgeschichte; Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: vage; 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 47

Aussagen-ID: 407

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Darüber hinaus fordert die AfD einen Aktionsplan, um die deutsche Hochsprache sowie die historisch gewachsenen regionalen Dialekte als immaterielles Kulturerbe der Menschheit langfristig zu erhalten und zu stärken. Dabei einzubeziehen sind das Goethe-Institut und andere kulturpolitische Instrumente, um für das Erlernen des Deutschen weltweit zu werben und dieses durch bilaterale Abkommen, Studienförderprogramme usw. nach Kräften zu fördern.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

historisch gewachsene regionale Dialekte

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 47

Aussagen-ID: 408

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Im Inland sieht die AfD mit Sorge, wie die deutsche Sprache im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische ersetzt oder „gegendert“ wird. Politisch „korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Internationalisierung der deutschen Sprache; Gender-Mainstreaming; Sprachvorgaben

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 47

Aussagen-ID: 409**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten. Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst. Kulturpolitik im engeren Sinn soll nach Ansicht der AfD weiterhin im Kompetenzbereich der Länder verbleiben. Die Erhaltung und Förderung der vielfältigen kulturellen Landschaft sowie die Stärkung der Wirtschaftlichkeit kultureller Einrichtungen sind Anliegen der AfD.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parteien; Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

deutsche Erinnerungskultur; Nationalsozialismus (1933-1945); erweiterte Geschichtsbetrachtung

Zeitraumen: vage; 1933-1945**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 48**Aussagen-ID: 410****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschriften der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und unseren Werten unvereinbar. Dies wird auch durch die für die islamische Staatenwelt bedeutendste Kairoer Erklärung vom 4.8.1990 dokumentiert.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

islamischen Glaubenspraxis; Scharia

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen; Kairoer Erklärung vom 4.8.1990

Zeitraumen: 1990**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 48-49**Aussagen-ID: 411****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit unserer Rechtsordnung und Kultur unvereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. Sie will verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror religiös radikalisierten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; diskriminierend; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Islam; wachsenden Zahl von Muslimen; islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern; Salafismus und Terror

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 49

Aussagen-ID: 412**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Religionskritik, auch Kritik am Islam, ist im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig als Teil des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Religiöse Satire und Karikaturen sind ebenfalls von der Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt. Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Grundrecht der freien Meinungsäußerung; Meinungs- und Kunstfreiheit

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 49

Aussagen-ID: 413**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

In den Berichten der Ämter für Verfassungsschutz wird eine Reihe von Vereinen aufgeführt, deren Aktivitäten sich gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat und seine Gesetze richten und die als extremistisch verboten werden müssen. Die Bandbreite solcher Vereine reicht vom „legalistischen“ Islam, der für seine verfassungswidrigen Ziele unsere Gesetze ausnutzt, bis zum Salafismus. Sowohl die Innere Sicherheit unseres Staates wie die Integration von Muslimen werden durch solche Vereine konkret

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

„legalistischen“ Islam; Salafismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 49

Aussagen-ID: 414**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD verlangt, verfassungsfeindlichen Vereinen den Bau und Betrieb von Moscheen wegen der Gefahr zu untersagen, dass die dort verbreitete Lehre gegen das Grundgesetz und unsere Rechtsordnung verstößt und zu politisch-religiöser Radikalisierung führt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

verfassungsfeindliche Vereine; Moscheen; politisch-religiöse Radikalisierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitrahmen: 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 49

Aussagen-ID: 415**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll unterbunden werden. Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Die wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands ist mit dem freiheitlichen Verfassungsstaat und der Integration von hier lebenden Muslimen nicht vereinbar.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Finanzierung von Moscheen durch Islamische Staaten und ausländische Geldgeber; Verbreitung des Islam; wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 49

Aussagen-ID: 416

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Imame, die in Deutschland predigen wollen, bedürfen der staatlichen Zulassung. Sie müssen sich vorbehaltlos zu unserer Verfassungsordnung bekennen und müssen abgesehen von der Koranrezitation in deutscher Sprache predigen. Imame, die durch verfassungsfeindliche Agitation auffallen, erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben. Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Imame, die durch verfassungsfeindliche Agitation auffallen; islamtheologischen Lehrstühle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 49-50

Aussagen-ID: 417

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Minarett als islamisches Herrschaftssymbol; Muezzinruf

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 50

Aussagen-ID: 418

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Burka oder Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit die kulturelle Integration und das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist daher notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Burka oder Niqab

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis

ein Urteil des EuGH

Zeitraahmen: vage
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 50

Aussagen-ID: 419

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kopftuch als religiös-politisches Zeichen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 50

Aussagen-ID: 420

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD fühlt sich dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtet. Die Freiheit von Forschung und Lehre sind unabdingbare Grundvoraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt. Deshalb müssen die Hochschulen über Art und Umfang ihres Studienangebotes frei entscheiden können. Der Wissenschaftsbetrieb muss vor ausufernden bürokratischen Regelungen geschützt werden und die Wissenschaft muss frei von ideologischen Zwängen sein. Das Ethos der Wissenschaft, zu dem die Kritikfähigkeit, Unvoreingenommenheit und der Respekt vor anderen Wissenschaftlern und ihren Leistungen gehört, ist zu stärken. Deutsch soll als Lehrsprache erhalten werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausufernden bürokratischen Regelungen; ideologische Zwänge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Humboldtschen Bildungsideal (Der Königsberger und der Litauische Schulplan/1809)

Zeitraahmen: vage; 19. Jahrhundert

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 52

Aussagen-ID: 421

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist. Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender-Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gender-Forschung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 52

Aussagen-ID: 422**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Änderung des bewährten Studiensystems durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen (Bologna-Prozess) war insgesamt ein Missgriff. Speziell nach dem Bachelor-Abschluss ist die Qualifikation der Absolventen für den Arbeitsmarkt häufig nicht zufriedenstellend. Unbeschadet der Gültigkeit erworbener Bachelor- und Mastergrade fordert die AfD die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Bei diesen Studiengängen sind Studienplatzwechsel dann auch wieder problemlos möglich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche

Bologna-Prozess; Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen

Zeitraumen: 1999**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 52-53**Aussagen-ID: 423****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Auch für Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Planwirtschaftliche Zielvorgaben; Quotenregelungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 53**Aussagen-ID: 424****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Ziel der schulischen Bildung muss jedoch der eigenverantwortlich denkende Bürger sein.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

politische Indoktrination; ideologische Vorgaben

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 54**Aussagen-ID: 425****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender-Mainstreaming“. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Hervorhebung der Homo- und Transsexualität; Gender-Mainstreaming; laute Minderheit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 54

Aussagen-ID: 426

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die duale Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden. Berufliche Fach- und Meisterschulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens erhalten und gestärkt werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

höhere Abiturienten- und Akademikerquoten; unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

duales Ausbildungssystem

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 54

Aussagen-ID: 427

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Inklusion „um jeden Preis“

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (2008/Deutschland: 2009)

Zeitraumen: 2008/2009

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 54

Aussagen-ID: 428

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler. Die Lehrer sollten von verfassungstreuen Islamwissenschaftlern an deutschen Universitäten ausgebildet werden, die nicht von islamischen Verbänden beeinflusst sein dürfen. Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierbaren Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unkontrollierbare Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Reformation

Zeitraumen: 16./17. Jahrhundert

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 429

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wir lehnen Sonderrechte für muslimische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Muslimische Schüler und ihre Eltern haben auch weibliche Lehrkräfte als Vertreter unserer Werte und unserer staatlichen Ordnung uneingeschränkt zu akzeptieren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sonderrechte für muslimische Schüler

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 430

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche „Gender-Studies“, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache sind zu stoppen. Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gender-Ideologie; Frühsexualisierung, Gender-Studies; Quotenregelungen; Verunstaltung der deutschen Sprache

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 431

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Viele der im Bereich des „Gender-Mainstreamings“ vertretenen Ansichten widersprechen den Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung. Wir wenden uns daher gegen jede staatliche Förderung von „Gender-Studies“.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gender-Mainstreamings; Gender-Studies

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 432**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch „korrigiert“ werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Primordialismus; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gender-Ideologie; Umerziehungsprogramme

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949); Umerziehungsprogramme

Zeitrahmen: vage; 1949

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 433**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Ebenso fordert die AfD, keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Frühsexualisierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 434**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die deutsche Sprache wird abstrus umgestaltet, damit sich die Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfindet. Die AfD lehnt die behördlich verordneten geschlechterneutralen Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

geschlechterneutralen Worterfindungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 55

Aussagen-ID: 435**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen. Die AfD vertritt die Meinung, dass Quoten kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Auch die Einrichtung spezieller Frauenstudiengänge lehnen wir ab. Die AfD unterstreicht stattdessen die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit). Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Quotenregelungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

Quotenregelung in Deutschland

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 56

Aussagen-ID: 436

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Gerade beim politischen Thema Asyl und Einwanderung verantwortet ein ideologisch vergiftetes Klima der „politischen Korrektheit“ Sprachverbote und Sprachregelungen. Verstöße führen zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien. Fehlentwicklungen im Asyl- und Einwanderungsbereich sollen um eines befürchteten Umschwungs der öffentlichen Meinung willen nicht zur Sprache kommen; gleichzeitig soll vom völligen Versagen der Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre durch die herrschenden Parteien abgelenkt werden. Eine offene Diskussion wird damit verhindert.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

politischen Korrektheit; Sprachverbote und Sprachregelungen; herrschende Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Merkmal totalitärer Staaten in der Vergangenheit; Asyl- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 58

Aussagen-ID: 437

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das alles führt zu ungerechten Pauschalverdächtigungen gegenüber der Mehrzahl der rechtstreuen, integrierten ausländischen Mitbürger als auch der rechtstreuen Asylbewerber. Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein. Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss auch auf diesem Politikfeld wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 58

Aussagen-ID: 438

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland, erst recht nicht als Ziel einer Masseneinwanderung, wie wir sie im Jahre 2015 erlebt haben.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Masseneinwanderung**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** Ereignis; Datum/Epoche

Masseneinwanderung 2015 (Flüchtlingskrise)

Zeitraumen: 2015
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 58

Aussagen-ID: 439

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Dennoch wandern seit Jahrzehnten Menschen nach Deutschland ein. Damit ist es de facto ein Einwanderungsland, ohne dass es dafür einen dementsprechenden Rechtsrahmen gäbe. Kanada und Australien sind uns Vorbilder darin, wie Einwanderungsländer eine gesellschafts-, sozial- und arbeitsmarktverträgliche Einwanderung regeln. Der deutsche „Sonderweg“ hingegen führt bisher fast ausschließlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme und den Niedriglohnsektor, anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung in Sozialsysteme und den Niedriglohnsektor

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Jahrzehntelange Einwanderung nach Deutschland

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 58

Aussagen-ID: 440

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das will die AfD ändern: wir fordern einen Paradigmenwechsel in der 1) Asylzuwanderung, 2) in der Handhabung der EU-Personenfreizügigkeit, 3) in der qualifizierten Zuwanderung aus Drittstaaten sowie 4) bei der Integration von Einwanderern dieser drei Kategorien.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 58

Aussagen-ID: 441

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die aktuelle deutsche und europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik kann deshalb so nicht weitergeführt werden. Die unzutreffende Bezeichnung „Flüchtling“ für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik. Es ist demgegenüber notwendig, zwischen politisch Verfolgten und (Kriegs-) Flüchtlingen, die unmittelbar vor ihrer Einreise echten, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits und irregulären Migranten andererseits zu unterscheiden. Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen. Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. (...)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

irregulären Migranten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 59

Aussagen-ID: 442**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt nicht nur zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedelung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. Sie ist auch für den Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich. Die AfD will diese zynisch hingenommene Folge eines irregeleiteten Humanitarismus vermeiden und die daraus entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylmissbrauch; irregeleiteten Humanitarismus; schleichendes Erlöschen der europäischen Kulturen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Folgen eines irregeleiteten Humanitarismus; Erlöschen der europäischen Kulturen

Zeitrahmen: nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 59**Aussagen-ID: 443****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die gesamteuropäische Asylpolitik ist wegen des Bruchs des Dublin-Abkommens durch südliche EU-Länder, zuletzt aber auch durch das Verschulden der deutschen Bundesregierung gescheitert. Die AfD setzt sich daher für eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden Menschen folgende Option anzubieten: In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. Vorrangiges Ziel ist, solche Aufnahmeeinrichtungen unter UN- oder EU-Mandat zu betreiben. Anträge auf Schutz sollen danach nur noch dort gestellt und entschieden werden. Antragsteller in Deutschland und Europa sind ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren zu verpflichten.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

südliche EU-Länder und deutsche Bundesregierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003)

Zeitrahmen: 1997; 2003;**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 59**Aussagen-ID: 444****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine ungeregelte Einwanderung stattfindet, sind strenge Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Solange es weltweite Wanderungsbewegungen in Richtung Deutschland gibt und solange die Dysfunktionalität der europäischen Grenzsicherung andauert, befürworten wir Sicherungsmaßnahmen an den deutschen Grenzen zur Verhinderung jeder unkontrollierten Einwanderung. Dies schließt die Bewachung der „grünen Grenze“ ein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

illegale Grenzübertritte; unkontrollierte Einwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 60

Aussagen-ID: 445**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen. Die Genfer Konvention von 1951 und andere, veraltete supra- und internationale Abkommen sind an die globalisierte Gegenwart mit ihren weltweiten Massenmigrationen anzupassen. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

weltweite Massenmigrationen; Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Genfer Konvention von 1951 (1864/1929/1949/1977/2007; Deutschland: 1954); veraltete supra- und internationale Abkommen

Zeitrahmen: vage; 1949/51; 1954

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 60

Aussagen-ID: 446**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist bereits seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer ohne Bleibeberechtigung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 60-61

Aussagen-ID: 447**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert. Daran beteiligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise auch die Herkunftsländer. Kampagnen der Einwanderungslobby und Medien zielen auf immer neue Bleiberechte. Landesregierungen halten sich häufig nicht an das Bundes-Abschieberecht, verschleppen seine Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung:

Ausreisepflichtigen; Einwanderungslobby

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 61

Aussagen-ID: 448**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD will diese Missachtung des Rechtsstaats beenden. Sie fordert, das Abschieberecht zu ertüchtigen, zu vereinfachen und es konsequent anzuwenden; wo dies nicht geschieht, hat die Rechts- und Fachaufsicht des Bundes sofort einzugreifen. Die Ausländerbehörden müssen auf die uneingeschränkte Rückendeckung der Politik vertrauen können. Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entsprechende

Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Gewährung oder Streichung von Entwicklungshilfe und die Visapolitik müssen zum Hebel für die Kooperationsbereitschaft der Herkunftsstaaten bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 61

Aussagen-ID: 449

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das europäische Freizügigkeitsrecht hat in seiner Ausprägung der Personenfreizügigkeit zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten, besonders nach Deutschland, allein zum Zweck des Sozialhilfebezugs geführt. Zwar sieht das deutsche Recht - in Einklang mit der Freizügigkeitsrichtlinie - gewisse Einschränkungen der Ansprüche auf Sozialleistungen vor; allerdings sind diese nicht ausreichend, um den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems durchgreifend zu verhindern. Die Praxis bietet viele Möglichkeiten der Umgehung und des Unterlaufens der schwach ausgeprägten rechtlichen Sicherungen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung aus ärmeren Staaten; Missbrauch des deutschen Sozialsystems

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Freizügigkeitsrecht basierend auf AEU-Vertrag, Artikel 20 und 21 (AEUV, Verlauf: EWG-Vertrag 1957/Maastricht 1993/Nizza

2003/Lissabon 2009)

Zeitraumen: 1957-2009

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 61

Aussagen-ID: 450

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wir setzen uns für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein, soweit ein unabweisbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund stehen die Interessen Deutschlands als Sozialstaat, Wirtschafts- und Kulturnation. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen. Die langjährigen Erfahrungen anderer westlicher Einwanderungsländer müssen wir uns zu Nutze machen. Davon strikt zu trennen ist die unregelmäßige Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ungeregelte Asylzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 62

Aussagen-ID: 451

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Auch die fortgesetzte Auswanderung inländischer Hochqualifizierter muss reduziert und die bereits Ausgewanderten müssen zur Rückkehr ermutigt werden. Die Anwerbung in Drittländern kommt erst dann zum Zuge, wenn zuvor sämtliche dieser Möglichkeiten zur Arbeitskräftegewinnung und -qualifizierung genutzt wurden. Die gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten ist jedoch kein Weg, um die demografische Krise zu lösen. Die ungesteuerte, überwiegend illegale Zuwanderung

von Unqualifizierten auf dem Umweg der Asylantragstellung steigert das Fachkräftepotential nicht.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Auswanderung inländischer Hochqualifizierter; illegale Zuwanderung von Unqualifizierten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Rückkehr der Ausgewanderten

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 62

Aussagen-ID: 452

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Deutschland steht mit anderen Hochtechnologienationen in einer Konkurrenz um die Gewinnung wirklich qualifizierter Zuwanderer. Das rechtliche Instrumentarium, um in diesem Wettstreit bestehen zu können, bedarf einer durchgreifenden Überarbeitung. Vorbild hierfür könnte ein auf deutsche Verhältnisse angepasstes „kanadisches Modell“ sein. Es muss in erster Linie auf Einwanderungswillige aus dem Ausland Anwendung finden. Nur in Einzelfällen sollte es auch schon in Deutschland befindlichen Ausländern ohne Daueraufenthaltserlaubnis offen stehen, wie zum Beispiel Ausländern aus Drittstaaten, die in Deutschland ein Studium absolviert haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 62

Aussagen-ID: 453

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Um mit Einwanderern in der Zukunft friedlich zusammenleben zu können, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das weitere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

multikulturelle Gesellschaft; Einwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 63

Aussagen-ID: 454

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Gelingende Integration fordert von Einwanderern jeden Alters nach einer angemessenen Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts. Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 63

Aussagen-ID: 455

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Eine fortgesetzte Zuwanderung von Menschen mit denkbar schlechten Integrationsaussichten verschärft die bestehenden Probleme und ist daher unverantwortlich. Gute Integrationsaussichten müssen für eine Einreise mit der Absicht eines dauerhaften Aufenthalts künftig Bedingung sein. Der Daueraufenthalt setzt gelungene Integration voraus. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

fortgesetzte Zuwanderung von Menschen mit denkbar schlechten Integrationsaussichten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 63

Aussagen-ID: 456

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Einwanderung in die sozialen Systeme ist Alltag. Beispiele liefert die Rechts- und Lebenswirklichkeit aller Zu- und Einwanderungsgruppen. Angebliche Sicherungsmechanismen entpuppen sich als wirkungslos, als von der Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, durch EU-Recht relativiert oder als äußerst betrugsanfällig.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung in die sozialen Systeme; Zu- und Einwanderungsgruppen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 63

Aussagen-ID: 457

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ausnahmslos jeder Asylantragsteller wandert in das soziale System ein, da ihm ab Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderung in das Sozialsystem; schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 63

Aussagen-ID: 458

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Kosten der Massenzuwanderung sind intransparent. Schätzungen erreichen Größenordnungen von hunderten Milliarden EURO. Es reicht nicht, nur die Zahl der Sozialleistungsempfänger mit dem Regelsatz zu multiplizieren. Hinzu kommt eine

enorme Fülle versteckter Kosten für die Flüchtlingsbetreuung und -versorgung auf allen Verwaltungsebenen. Im Gefolge der Massenzuwanderung ist eine kartellähnliche Migrationsindustrie entstanden, die vielerorts die Preise diktiert. Es gibt keine umfassende Kostenanalyse und -darstellung. Sie ist der politischen Führung in Bund und Ländern auch höchst unerwünscht.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Massenzuwanderung; kartellähnliche Migrationsindustrie; politischen Führung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 64

Aussagen-ID: 459

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne die für eine Integration erforderlichen Qualifikationen werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat haben sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand bergen die Gefahr, dass viele in die Kriminalität abgleiten.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminalität durch Migration

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 64

Aussagen-ID: 460

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nicht nur im Schlepptau der ungeregelten Massenzuwanderung steigt die Kriminalität an. Gleiches gilt hinsichtlich fehlender Grenzkontrollen zu einigen östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Doch Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt. Teilweise verschweigen oder verharmlosen öffentliche Stellen und Medien die durch die Asylzuwanderung verursachten Probleme. Eine Reform der Kriminalstatistik ist daher Ziel der AfD.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ungeregelte Massenzuwanderung; steigende Kriminalität; östliche EU-Mitgliedsstaaten; Asylzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 64

Aussagen-ID: 461

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Einwanderungsbedingte Kriminalität ist wegen ihrer Einbettung in Familien-, Clan- und kulturelle Strukturen und aufgrund der Sprachbarriere sehr schwer zu bekämpfen. Der derzeitige Rechtszustand, nach dem aufenthaltsbeendende Maßnahmen für diese Straftäter kaum möglich sind, muss geändert werden. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, um ausländischen Straftätern leichter und schneller das Aufenthaltsrecht entziehen zu können. Dies ist ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der einwanderungsbedingten Kriminalität.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Einwanderungsbedingte Kriminalität; ausländische Straftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 64

Aussagen-ID: 462

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD fordert, dem Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität oberste Priorität einzuräumen. Das verlangt einen Systemwechsel von der Fesselung der Sicherheitsbehörden durch nationale und EU-Vorschriften hin zur Neukonzeption von Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung als effiziente Gefahrenabwehrbehörden. Sie müssen zum bestmöglichen Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität ebenso wie zur Unterbindung von Asyl- und Rechtsmissbrauch gesetzlich aufgefordert und in der Lage sein. Das schließt eine Abkehr von EU-Richtlinien im Einwanderungs- und Asylbereich mit ein, die zur Entmachtung der nationalen Ausländerbehörden bei gleichzeitig massiver Vermehrung von Ansprüchen geführt haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

einwanderungsbedingte Kriminalität; EU-Vorschriften; Asyl- und Rechtsmissbrauch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 65

Aussagen-ID: 463

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden. Die Staatsangehörigkeit hat in den vergangenen Jahren einen schleichenden Bedeutungsverlust erfahren. Kinder bekommen unter bestimmten Bedingungen automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der doppelten Staatsangehörigkeit erweitert.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Bedeutungsverlust der deutschen Staatsangehörigkeit; Kinder nicht-deutscher Eltern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

schleichender Bedeutungsverlust der Staatsangehörigkeit

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 65

Aussagen-ID: 464

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nur an mündige Einwanderer verliehen werden. Damit unvereinbar ist der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare, der zu erheblichem Missbrauch geführt hat. Diese Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist. Das Territorialprinzip wollen wir aus diesen Gründen wieder aus dem Gesetz streichen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

automatischer Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Geburtsortprinzip (ius soli) seit 1. Januar 2000 (Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 -BGBl. I S. 1618)

Zeitraumen: 2000
Quelle: DE_AfD_Pro2016
Seite: 65

Aussagen-ID: 465

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Anknüpfend an unsere Vorstellungen von der Rolle des Staates plädieren wir im Bereich der Wirtschaft für eine Ordnungsethik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke entwickelt und von Ludwig Ehrhard umgesetzt wurde. Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Person

Walter Eucken (1891-1950); Alfred Müller-Armack (1901-1978); Wilhelm Röpke (1899-1960); Ludwig Ehrhard (1897-1977);

(Freiburger Schule der Nationalökonomie)

Zeitraumen: 1949-1963

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 67

Aussagen-ID: 466

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD lehnt daher Handelsabkommen grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden, ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen. Aus diesen Gründen werden von uns auch TTIP, TISA und CETA abgelehnt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP); Trade in Services Agreement (TiSA); Comprehensive Economic and Trade

Agreement (CETA)

Zeitraumen: 2013

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 68

Aussagen-ID: 467

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die Digitalisierung der deutschen Literatur ist eine von Deutschland zu leistende, hoheitliche Aufgabe. Sie geht über den rein technischen Vorgang hinaus, und bedarf ähnlich wie der Umgang mit historischen Artefakten in einem Museum der professionellen Fürsorge, die durch Experten für deutsche Sprache und Literatur zu leisten ist. Möglichen Lizenzzahlungen an ausländische Unternehmen zum Lesen digitalisierter deutscher Literatur ist durch Gesetzgebung vorzubeugen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 70

Aussagen-ID: 468**Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine umfassende Reform des Steuerrechts. Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.

Distinktionsmerkmale:

Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 73**Aussagen-ID: 469****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Eltern, die Kinder bekommen und großziehen, haben für ihre Erwerbsbiographie erhebliche Erschwernisse. Zudem entstehen ihnen gegenüber Kinderlosen erhöhte Lebenshaltungskosten, die im derzeitigen Steuersystem nicht angemessen berücksichtigt werden. Daher liegt es nahe, analog dem heutigen Ehegattensplitting, die Gesamtfamilie als Erwerbsgemeinschaft zu verstehen. Das hat zur Folge, dass die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt wird. Die jeweiligen Teilbeträge werden dann einzeln versteuert. Die Summe der so ermittelten Teilbeträge ergibt die Gesamtsteuerschuld (Familiensplitting). Seine tiefere Berechtigung erfährt diese Betrachtungsweise dadurch, dass die Kinder regelhaft die späteren Abgabebürger werden, welche die Gemeinschaftslasten des Staates für alle Bürger zu tragen haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 74**Aussagen-ID: 470****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben. Sie greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem Einkommen entstanden sind. Sowohl der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ

Erbschaftsteuer

Zeitrahmen: 1906/1955/2008**Quelle:** DE_AfD_Pro2016**Seite:** 75**Aussagen-ID: 471****Partei:** Alternative für Deutschland**Aussage:**

Die langjährigen Regierungsparteien haben das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben. Die Möglichkeit zur Kontenabfrage steht den Behörden offen. Die Kontenabrufer suchen der Finanzbehörden steigen dramatisch. Der Bürger darf nicht zum gläsernen Untertan werden. Datenaustauschprogramme wie FATCA und Swift dürfen nicht zur Überwachung der Bürger missbraucht werden. Zudem wird durch den Austausch von Steuerdaten das Steuergeheimnis ausgehöhlt. Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen

Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

langjährige Regierungsparteien; der Bürger als gläserner Untertan; Mißbrauch der Datenaustauschprogramme; Austausch von Steuerdaten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

SWIFT-Abkommen; Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Zeitraumen: 2009; 2013

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 75

Aussagen-ID: 472

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass sämtliche Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Überwachung und Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private, ja intimste Lebensbereiche. Die an totalitäre Staaten erinnernde Kontrolle würde das gesellschaftliche Leben grundlegend ändern: Jede finanzielle Aktivität zwischen Menschen würde transparent; Ausweichmaßnahmen der Bürger, um sich einen Rest an Privatheit zu bewahren, würden vermutlich unter dem Deckmantel der Kriminalitätsabwehr mit repressiven Maßnahmen bekämpft.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

totale Überwachung und Kontrolle durch Staat und Banken; der gläserne Mensch; Vollüberwachung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

an totalitäre Staaten erinnernde Kontrolle

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 77

Aussagen-ID: 473

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf hypothetischen Klima-Modellen basierend auf computergestützten Simulationen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Praxis/Ritual

Klimawandel-Leugnung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 79

Aussagen-ID: 474

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO₂-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Seit die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle können diese Klimaänderungen nicht erklären.

Distinktionsmerkmale: exklusiv; Primordialismus

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

IPCC („Weltklimarat“)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Die mittelalterliche und römische Warmzeit

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 79

Aussagen-ID: 475

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Im 20. Jahrhundert stieg die globale Mitteltemperatur um etwa 0,8 Grad. Seit Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gibt es jedoch im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen keinen weiteren Anstieg, obwohl in diesem Zeitraum die CO₂-Emissionen stärker denn je gestiegen sind.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Praxis/Ritual

Die globale Mitteltemperatur im 20. Jahrhundert; Ende der 1990er Jahre

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 79

Aussagen-ID: 476

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: IPCC; deutsche Regierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 79

Aussagen-ID: 477

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Der Mißbrauch durch die deutsche Regierung zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 79

Aussagen-ID: 478

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Ländern gelten, lehnt die AfD Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften in Paragraph 4a (2) des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab. Das Wort Kurzzeitbetäubung bedeutet, dass das Tier nur beim Halsschnitt kurz betäubt ist, zum Ausbluten aber wieder wach ist.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ

Tierschutzgesetz TierSchG § 4

Zeitraumen: 1972; 2006

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 87

Aussagen-ID: 479

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Dem wachsenden Zuzugsdruck in die Zentren der Wachstumsgebiete steht eine rückläufige Nachfrage nach Wohnraum in der Fläche gegenüber. Die Landbevölkerung nimmt immer schneller ab. Ursachen sind Überalterung, Strukturmängel und Strukturverarmung, Geburtenrückgang und fehlende Arbeitsplätze. Das zieht weitere Verluste an Attraktivität nach sich und schwächt die ländlichen Regionen. Derzeitige Prognosen der Bevölkerungsentwicklung weisen auf einen stetigen Rückgang der Einwohnerzahl Deutschlands hin. Dieser wird begleitet von einer fortschreitenden Entvölkerung ländlicher Gebiete vor allem in der Mitte und im Osten Deutschlands.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

fortschreitende Entvölkerung ländlicher Gebiete

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 93

Aussagen-ID: 480

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Die AfD tritt dafür ein, dass die in Deutschland in ihren historischen Siedlungsgebieten ansässigen autochthonen Minderheiten und Volksgruppen unter staatlichem Schutz stehen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

historische Siedlungsgebiete; autochthone Minderheiten und Volksgruppen

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 94

Aussagen-ID: 481

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Wohneigentum schafft Heimatbindung und fördert den Wunsch, das eigene Umfeld zu bewahren und zu erhalten. Wirtschaftlich berechenbare, stabile Eigentums- und Mietverhältnisse stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den Zusammenhalt der Generationen und können auch der Landflucht entgegenwirken.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Landflucht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Heimatbindung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 94

Aussagen-ID: 482

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Familiengerechte Wohnformen in Stadtrandlagen und in ländlichen Gebieten können die Zentren entlasten und der großflächigen Entvölkerung und Verarmung auf dem Land entgegenwirken. Voraussetzung dafür ist allerdings eine durchgängig modernisierte und leistungsfähige Infrastruktur.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Entvölkerung und Verarmung auf dem Land

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 94

Aussagen-ID: 483

Partei: Alternative für Deutschland

Aussage:

Allerdings muss sie anders als früher in der Nachkriegszeit nun stadtplanerisch optimal ausgestaltet sein, um die Wiederholung alter Bausünden in Gestalt „riesiger Betonklötze“ zu verhindern.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

Bausünden der Nachkriegszeit

Zeitraumen: 1945

Quelle: DE_AfD_Pro2016

Seite: 95

Datensätze zu den „Republikanern“**Aussagen-ID:** 484

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir stehen in der Tradition aller derjenigen Deutschen, die Patriotismus mit dem Streben nach Freiheit und Demokratie verbunden haben.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Tradition;

Zeitraumen: vage
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 3

Aussagen-ID: 485

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Das deutsche Volk erwachte in den Befreiungskriegen 1813/15 zu politischem Bewußtsein. Erst die Unterdrückung durch die napoleonische Fremdherrschaft ließ die Menschen ihr gemeinsames Schicksal erkennen. Wer aber für die Freiheit seines Vaterlandes kämpft, der verlangt zu Recht Teilhabe an der Macht. So verband sich von Anfang an die Entstehung der Nation mit der Entwicklung der Demokratie. Johann Gottlieb Fichte war der leidenschaftliche Verkünder einer neuen Zeit. Zusammen mit anderen wie Schelling und Hegel begründete er den Deutschen Idealismus, demzufolge der Staat mehr ist als die Summe seiner Bürger, nämlich ein Organismus, den das Volk als politische Gemeinschaft bildet, nachdem es sich als Nation seiner Zusammengehörigkeit bewußt geworden ist. In dieser Gemeinschaft ist der Einzelne an das Gemeinwohl und an das Sittengesetz gebunden. Die Revolution von 1848/49 sollte die Fürstenherrschaft durch eine Volkssouveränität ablösen, bei der sich die deutsche Nation ihren Staat schafft und demokratisch gestaltet. Das Erbe von 1848/49 ist bis heute die Grundlage der deutschen Demokratie. Es wird jedoch verfälscht, wenn man die nationale Seite unterschlägt.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

napoleonische Fremdherrschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Person

Befreiungskriege 1813/15; napoleonische Fremdherrschaft (1792-1806;1813-1815); Entstehung der Nation; Johann Gottlieb Fichte

(1762-1814); Friedrich Wilhelm Joseph Schelling (1775-1854); Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831); Deutscher Idealismus;

Revolution/Erbe von 1848/49

Zeitraumen: vage; 1792-1806; 1813-1815; 1848/49

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 3

Aussagen-ID: 486

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Seit 1945 wird immer wieder versucht, einen Zusammenhang zwischen Nationalstaat und Nationalsozialismus zu konstruieren. In Wirklichkeit haben Unterdrückung und Gewalt nichts mit Patriotismus zu tun. Deshalb sind die Männer und Frauen Vorbild, die unter Einsatz ihres Lebens gegen verbrecherische Handlungen und totalitäre Staatsformen Widerstand geleistet haben, um ein freies und demokratisches Deutschland zu ermöglichen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

totalitäre Staatsformen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

1945; Nationalsozialismus; Widerstand gegen verbrecherische Handlungen und totalitäre Staatsformen

Zeitraumen: vage; 1933-1945

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 3

Aussagen-ID: 487

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Auch unter den Gründervätern der Bundesrepublik Deutschland war das Erbe von 1848/49 lebendig. Vor allem Kurt Schumacher und Ludwig Erhard waren zugleich Patrioten und soziale Demokraten. Die Parteien, denen sie damals angehörten, haben sich von ihnen abgewandt.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Person

Gründerväter der Bundesrepublik Deutschland; Kurt Schumacher (1895-1952); Ludwig Erhard (1897-1977); Erbe von 1848/49

Zeitraahmen: vage; 1848/49

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 3

Aussagen-ID: 488

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Nur der freie Mensch kann ein mündiger Staatsbürger und ein eigenverantwortliches Mitglied der Gesellschaft sein. Die Freiheit ist Voraussetzung für persönliches Glück und Ausübung der demokratischen Rechte. Deshalb stellt die Verteidigung der Freiheit eine der wichtigsten Aufgaben der Politik dar.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 4

Aussagen-ID: 489

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Freiheit darf aber nicht mit Zügellosigkeit und schrankenlosem Egoismus verwechselt werden. Ziel ist der Bürger, der seine Entscheidungen in der sittlichen Verantwortung vor sich selbst und vor der Gemeinschaft trifft.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Zügellosigkeit und schrankenloser Egoismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 4

Aussagen-ID: 490

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Gefährdet wird die Freiheit durch einen Staat, der Denkverbote erteilt und bestimmte Meinungen für unzulässig erklärt, durch den Meinungsdruck einer „politischen Korrektheit“ und durch fehlende Unterstützung bei der Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit des einzelnen setzt die Freiheit des Gemeinwesens voraus.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Denkverbote; Meinungsdruck der politischen Korrektheit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 4

Aussagen-ID: 491**Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir fordern deshalb:*

- Rückkehr zu den Freiheitsrechten des Grundgesetzes statt „politischer Korrektheit“
- Wiederherstellung der vollen Meinungs-, Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit ohne ideologische und politische Begrenzungen
- Schutz vor beruflicher und gesellschaftlicher Diskriminierung wegen politischer Betätigung
- kein Überwachungsstaat
- objektive Informationen in Schulen und Medien
- Erziehung der Jugend zu selbständigem Beurteilungsvermögen statt Indoktrination
- Sicherung eines Mindeststandards an materiellen Lebensgrundlagen
- Bereitschaft zur Verteidigung des Staates gegen innere und äußere Bedrohungen

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

politische Korrektheit; ideologische und politische Begrenzungen; berufliche und gesellschaftliche Diskriminierung; Überwachungsstaat; Indoktrination

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitrahmen: 1949**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 4**Aussagen-ID: 492****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Gemäß Artikel 20 Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Nach 1949 ist dem Volk die Staatsgewalt jedoch Stück für Stück entwendet worden: Durch die Monopolisierung politischer Macht bei wenigen Parteien, Übertragung deutscher Hoheitsrechte auf die europäische Bürokratie und den demokratisch nicht legitimierte Einfluß der großen internationalen Konzerne.***Distinktionsmerkmale:**

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Monopolisierung politischer Macht; europäische Bürokratie; große internationale Konzerne

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Artikel 20 Grundgesetz (GG/1949)

Zeitrahmen: 1949**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 5**Aussagen-ID: 493****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir fordern die Rückkehr zu Volkssouveränität und Gewaltenteilung als Grundlage der parlamentarischen Demokratie:*

- Annahme des Grundgesetzes als Verfassung durch das Volk
- Volksabstimmungen zu grundlegenden politischen Entscheidungen, insbesondere zu Verfassungsänderungen, Einschränkungen deutscher Staatsgewalt zugunsten internationaler Organisationen, Veränderungen des Staatscharakters durch Masseneinwanderungen
- Stärkung der direkten Demokratie durch Erleichterung von Volksbegehren
- Chancengleichheit für noch nicht in den Parlamenten vertretene Parteien Abschaffung des Verfassungsschutzes in der bisherigen Form (...)

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einschränkungen deutscher Staatsgewalt zugunsten internationaler Organisationen; Veränderungen des Staatscharakters durch Masseneinwanderungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 5

Aussagen-ID: 494

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Aussage „Du bist alles, dein Volk ist nichts“ ist genauso falsch wie der Satz „ Du bist nichts, dein Volk ist alles“. Die Aufgabe eines demokratischen Staates besteht immer darin, einen gerechten Ausgleich zwischen Einzelinteressen und dem Wohl der Allgemeinheit zu finden. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist – so das Bundesverfassungsgericht – nicht das des selbstherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten Persönlichkeit. Insbesondere muß es Grundrechte und Grundpflichten geben. Die Rechte sind im Grundgesetz eingehend geregelt und werden auch an vielen Stellen dieses Programms behandelt.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 6

Aussagen-ID: 495

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir fordern, die seit Jahrzehnten vernachlässigte Seite der Pflichten wieder zu beleben und deutlich zu machen, daß der Dienst an der Gemeinschaft sich nicht im Steuerzahlen erschöpft:

- *Pflicht zur Befolgung der Verfassung und der Gesetze*
- *Weiterentwicklung der Wehrpflicht zu einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen*
- *Pflicht zu solidarischem Verhalten gegenüber dem Gemeinwesen*
- *Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums*

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie: rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 6

Aussagen-ID: 496

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Der Nationalstaat löste ab 1789 in fast ganz Europa den absolutistischen Fürstenstaat ab. An die Stelle eines Herrschers von Gottes Gnaden trat die Herrschaft des Volkes. Nur dadurch konnten sich Demokratie und Bürgerrechte entwickeln.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche

1789; absolutistischer Fürstenstaat zu Nationalstaat

Zeitraumen: 1789

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 7

Aussagen-ID: 497**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wenn das Volk die Grundlage des Staates bildet, so hat jeder, der diesem Volk angehört, ein natürliches Anrecht auf Mitbestimmung und Gleichberechtigung. Deshalb ist die Nation der bedeutendste Antrieb des politischen und gesellschaftlichen Fortschritts gewesen. Umgekehrt würde die Abschaffung des Nationalstaats den Rückfall in totalitäre Strukturen begünstigen, in denen wirtschaftliche Macht und staatliche Willkür regieren.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Abschaffung des Nationalstaats; totalitäre Strukturen; staatliche Willkür

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Rückfall in totalitäre Strukturen

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 7**Aussagen-ID: 498****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Innerhalb der Nation finden die Menschen Zusammenhalt und Solidarität. Das Bewußtsein gemeinsamer Abstammung, Geschichte und Kultur sowie die Verbundenheit in einer Schicksalsgemeinschaft befähigen sie, sich untereinander uneigennützig zu helfen und zu teilen. Ein echter Nationalstaat wird immer ein Sozialstaat sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Bewußtsein gemeinsamer Abstammung, Geschichte und Kultur; Schicksalsgemeinschaft

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 7**Aussagen-ID: 499****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wird der Nationalstaat aufgegeben, so schwinden auch diese Bindungen. In einem Sammelsurium von Menschen unterschiedlichster Herkunft (multikulturelle Gesellschaft) wird es weder ein Zusammengehörigkeitsgefühl geben noch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Rücksichtnahme.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

multikulturelle Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 7**Aussagen-ID: 500****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Mehr als ein Jahrzehnt nach der staatlichen Wiedervereinigung von Mittel- und Westdeutschland ist unser Land von einer politischen und wirtschaftlichen Einheit noch weit entfernt.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: rhetorische Figur (Metapher, Topos)**Feindbild/Bedrohung:** nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte
Deutsche Wiedervereinigung; Mitteldeutschland

Zeitrahmen: vage; 1989/90

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 7

Aussagen-ID: 501

Partei: Die Republikaner

Aussage:

In politischer Hinsicht wurde die Chance zu einem entschiedenen Bruch mit der totalitären Vergangenheit und einem überzeugenden demokratischen Neuanfang vertan. Die Verbrechen des kommunistischen Regimes wurden verharmlost, die Opfer übergangen und verhöhnt. Stattdessen wächst wieder das Netzwerk der alten kommunistischen Kader, die Wirtschaft und staatliche Verwaltung unterwandern und offen nach der Macht greifen. Wir fordern, den Neuanfang nachzuholen:

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kommunistisches Regime; der alte kommunistische Kader

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche

Bruch mit der totalitären Vergangenheit; Verbrechen des kommunistischen Regimes

Zeitrahmen: vage; 1989/90

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 7

Aussagen-ID: 502

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- konsequente strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für Schießbefehl, Ermordung und Inhaftierung politischer Gegner wie bei NS-Straftätern

- Entschädigung der Opfer wie bei denjenigen des Nationalsozialismus

- vollständige Enteignung des auf die PDS übertragenen SED-Vermögens und Verwendung zur Opferentschädigung

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus); SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Verfolgung für Schießbefehl, Ermordung und Inhaftierung politischer Gegner (DDR 1949-1990); NS-Straftäter;

Entschädigung der Opfer; Nationalsozialismus (1933-1945); PDS (1989-2007); SED (1946-1990)

Zeitrahmen: vage; 1933-1945; 1949-1989/90; 1989-2002

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 8

Aussagen-ID: 503

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Auch das wirtschaftliche Zusammenwachsen Deutschlands ist ins Stocken geraten. Die mitteldeutsche Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosenquote liegt unverändert mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Hier rächen sich die von der Treuhand begangenen und teilweise auf kriminelle Machenschaften zurückzuführenden Fehler. Die industrielle Basis der DDR wurde ersatzlos zerstört, die Hilfe des Westens zu einem großen Teil in sinnlose Projekte gesteckt oder veruntreut, die Privatinitiative zu wenig gefördert.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Treuhand; kriminelle Machenschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

DDR (1949-1990); Treuhandanstalt (1990-1994); Mitteldeutschland

Zeitrahmen: vage; 1949-1990; 1990-1994

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 8

Aussagen-ID: 504

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Für einen Neuanfang braucht Mitteldeutschland auch ein neues politisches Zentrum, das die Kräfte bündelt und ein gleichrangiges Gegengewicht zu anderen Bundesländern bildet. Wir fordern deshalb die Wiederherstellung Preußens als Bundesland im Rahmen der Neugliederung aller Bundesländer mit dem Ziel der Verringerung auf eine einstellige Zahl.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Mitteldeutschland; Wiederherstellung Preußens als Bundesland (Auflösung 1947/Kontrollratsgesetz Nr. 46)

Zeitrahmen: vage; 1947

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 8

Aussagen-ID: 505

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir befürworten das friedliche Miteinander der Völker durch Handel und Kultur unter der Voraussetzung von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 9

Aussagen-ID: 506

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die gegenwärtige Globalisierung kennt weder Gleichberechtigung noch Selbstbestimmung, sondern nur das Recht des Stärkeren. In einer schrankenlosen Konkurrenz setzt sich wirtschaftliche Macht gegen die berechtigten Interessen der Menschen durch. Der durch den Sozialstaat gezähmte Kapitalismus kann wieder sein häßliches Gesicht zeigen. Der weltweite Wettbewerb ohne staatliche Beaufsichtigung des Handels und der Kapitalflüsse wird ausgenutzt, um die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen, die Löhne zu drücken, Sozialleistungen abzubauen und den Umweltschutz beiseite zu schieben. Dabei bedeutet Globalisierung weitgehend Amerikanisierung, da die USA über die größte wirtschaftliche Macht verfügen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Globalisierung; schrankenlosen Konkurrenz; Amerikanisierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 9

Aussagen-ID: 507**Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir sagen ja zu Europa, aber nein zu dieser EU.**Deutschland ist untrennbar verbunden mit der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte.**Als großem Staat in der Mitte Europas kommt Deutschland eine besondere Verantwortung dabei zu, dieses geschichtliche Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln. Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt. Sie darf nicht durch Gleichmacherei abgelöst werden. Grundlage Europas muß in Zukunft die freundschaftliche Zusammenarbeit unabhängiger Nationalstaaten sein.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU; Gleichmacherei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

europäische Kultur- und Geistesgeschichte; geschichtliche Erbe

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 10**Aussagen-ID: 508****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Unsere Forderungen für ein Europa der Vaterländer lauten deshalb:**- Organisation als Staatenbund, nicht als Bundesstaat**- Beibehaltung der Souveränität der Mitgliedsstaaten und Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität**- Vorrang des nationalen Rechts vor dem europäischen**- Volksabstimmungen über Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft und über deren Erweiterung**- Behauptung Europas als Hort des christlichen Abendlandes und dessen Werte.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer; christliches Abendland

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 10**Aussagen-ID: 509****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir fordern eine grundlegende Reform der europäischen Gremien; zu beenden ist die Benachteiligung Deutschlands durch die Brüsseler Bürokratie und gegen Deutschland gerichtete Mehrheitsbeschlüsse:**(...)**- Ablehnung der EU-Richtlinienvorschläge zum Familiennachzug und zur Liberalisierung des Asylrechts**- Einhaltung deutscher Reinheitsgebote***Distinktionsmerkmale:**

exklusiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung:

die Brüsseler Bürokratie; Liberalisierung des Asylrechts

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol; Praxis/Ritual

deutsche Reinheitsgebote (Bayern seit 1516)

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 10

Aussagen-ID: 510**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Eine europäische Gemeinschaft kann nur aus Staaten bestehen, die dem europäischen Kulturkreis angehören und einen einigermaßen gleichen Entwicklungsstand haben:

- keine Mitgliedschaft der Türkei und anderer nichteuropäischer Staaten

- keine EU-Mitgliedschaft ost- und südosteuropäischer Staaten, solange nicht die Benesch- und Bierut-Dekrete für Null und nichtig erklärt werden und das Prinzip der Gegenseitigkeit bei der Gewährung der Sozialhilfe angewandt wird

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Türkei und andere nichteuropäische Staaten; ost- und südosteuropäische Staaten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

europäischer Kulturkreis; Beneš-Dekrete (1940-1945/46); Bierut-Dekrete, Boleslaw Bierut (politische Ära 1943-1956)

Zeitraumen: vage; 1940-1945/46; 1943-1956

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 11

Aussagen-ID: 511**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wir wollen ein selbstbewusstes Deutschland, das sich als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft versteht und seine Interessen in angemessener Weise wahrnimmt. Eine fortwährende Büßerhaltung lehnen wir ab.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

fortwährende Büßerhaltung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 11

Aussagen-ID: 512**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deshalb:

- ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

- Streichung der Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan in der Satzung der Vereinten Nationen sowie der vom „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ bestätigten Bestimmungen des Überleitvertrages von 1954

- Abschluß der deutschen Entschädigungszahlungen aus dem zweiten Weltkrieg an das Ausland

- Repräsentanz deutscher Vertreter in internationalen Organisationen entsprechend der Beitragszahlung

- gezielte Förderung deutscher Sprache und Kultur

[...]

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Feindstaatenklausel; Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs (in Kraft: 24. Oktober 1945);

Überleitvertrages von 1954; Entschädigungszahlungen

Zeitraumen: 1945; 1954

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 11

Aussagen-ID: 513**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Zu den wichtigsten Aufgaben deutscher Politik gehört die Fürsorge für diejenigen Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ihre Heimat verloren haben oder als Minderheiten unterdrückt werden. Das Unrecht der Vertreibung darf nicht bagatellisiert oder gar geleugnet werden. Die Staaten, die die Vertreibungsverbrechen begangen haben (insbesondere Polen und die Tschechei) müssen bereit sein, sie anzuerkennen und eigene Leistungen für eine Versöhnung zu erbringen:

- Aufhebung aller die Deutschen diskriminierenden Gesetze wie der Benes- und Bierut-Dekrete
- Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in den Vertreibungsgebieten
- Entschädigung für deutsche Opfer von Gewaltverbrechen und Zwangsarbeit
- Rückgabe oder Entschädigung enteigneten Eigentums
- kulturelle und sprachliche Autonomie der in den Vertreibungsgebieten lebenden Deutschen
- keine EU- und NATO-Mitgliedschaft der Vertreibungsstaaten bei Ablehnung dieser Forderungen

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen

Feindbild/Bedrohung:

Vertreibungsstaaten (insbesondere Polen und die Tschechei)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Vertreibungsverbrechen; Beneš-Dekrete (1940-1945/46); Bierut-Dekrete, Bolesław Bierut (politische Ära 1943-1956);

Opfer-Entschädigung;

Zeitrahmen: 1940-1945/46; 1943-1956**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 12**Aussagen-ID: 514****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Unter diesen Voraussetzungen wird es möglich sein, eine echte und nicht nur eine erzwungene Friedensordnung zu schaffen und eine dauerhafte Freundschaft zwischen den Völkern zu begründen. Verträge, die das unveräußerliche Recht auf Heimat ignorieren, können dies nicht bewirken.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 12**Aussagen-ID: 515****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Aufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung, nicht aber eine Rolle als Welthilfspolizist. Um ihren Auftrag zu erfüllen, braucht sie innere Stärke durch Verwurzelung im Volk und durch die Besinnung auf Traditionen deutschen Soldatentums, außerdem eine moderne, anderen Armeen gleichwertige Ausstattung. Sie muß trotz Einbindung in ein Bündnis zuerst ein Instrument der eigenen Regierung sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Verwurzelung im Volk; Traditionen deutschen Soldatentums

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 12-13

Aussagen-ID: 516**Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir fordern deshalb:*

- Beibehaltung der Wehrpflicht im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht
- Auslandseinsätze nur dann, wenn die Sicherheit oder lebenswichtige Interessen Deutschlands bedroht sind
- Traditionspflege nicht erst ab 1955, sondern seit Scharnhorst und Gneisenau unter voller Würdigung der Leistungen und Opfer der deutschen Soldaten, die sich in beiden Weltkriegen in ihrer großen Mehrzahl untadelig verhalten haben
- Verteidigung der Ehre früherer Soldaten gegen ungerechtfertigte Angriffe
- Erhöhung des Verteidigungshaushalts entsprechend den Bedürfnissen der Landesverteidigung
- Erhaltung nationaler Befehlsstrukturen neben denjenigen der NATO, insbesondere eines deutschen Generalstabes
- Auflösung der multinationalen Korps
- kein Einsatz der Bundeswehr für polizeiliche Aufgaben, stattdessen Stärkung des Zivilschutzes

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

multinationale Korps

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Traditionspflege nicht erst ab 1955; Scharnhorst (1936-43) und Gneisenau (1938-1942); beide Weltkriege; Verteidigung der Ehre

früherer Soldaten

Zeitraumen: vage; 1914-1918; 1936-1943; 1938-1945; 1955**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 13**Aussagen-ID: 517****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Jeder hat ein unveräußerliches Menschenrecht auf Heimat. Sie gewährt Geborgenheit und Rückhalt in einer vertrauten Umgebung und durch das Gefühl, nicht allein zu sein, sondern einer Gruppe anzugehören, die durch Geschichte, Sprache und Kultur zusammengewachsen ist und füreinander entsteht.***Distinktionsmerkmale:**

inklusive; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Geschichte, Sprache und Kultur

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 14**Aussagen-ID: 518****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Man kann aus der Heimat vertrieben werden, ohne den Ort zu wechseln: Durch kulturelle Überfremdung und Masseneinwanderung von Ausländern. Diejenigen, die die dann entstehende „multikulturelle Gesellschaft“ wollen, weil sie auf Heimat keinen Wert legen, sind nicht befugt, sich über das Heimatrecht der anderen hinwegzusetzen. Außerdem ist erfahrungsgemäß jede multikulturelle Gesellschaft eine Konfliktgesellschaft.***Distinktionsmerkmale:**

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kulturelle Überfremdung und Masseneinwanderung von Ausländern; multikulturelle Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Überfremdung

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 14

Aussagen-ID: 519**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deshalb lautet die wichtigste Forderung der Partei DIE REPUBLIKANER: Bewahrung der deutschen Heimat, keine multikulturelle Gesellschaft, kein Vielvölkerstaat!

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

multikulturelle Gesellschaft; Vielvölkerstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Bewahrung der deutschen Heimat

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 14

Aussagen-ID: 520**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deutschland ist eine der großen Kulturnationen der Welt. Es gilt, diese Kultur selbstbewußt zu vertreten; für

Minderwertigkeitskomplexe gibt es keinen Grund:

- Vorrang der christlich-abendländischen Kultur - insbesondere des deutschen Anteils - in der schulischen Erziehung

- Pflege deutschen Brauchtums und Wiederbelebung des deutschen Liedgutes einschließlich desjenigen der Vertreibungsgebiete

- Schutz der deutschen Sprache vor übermäßigem fremdsprachigen Einfluß, auch in den Medien

- Mindestanteil der deutschsprachigen Musiktitel von 50% in Hörfunksendungen

- keine Förderung sogenannter multikultureller oder interkultureller Projekte

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

übermäßiger fremdsprachiger Einfluß in den Medien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Orte; Praxis/Ritual

christlich-abendländischen Kultur; deutsches Brauchtum; deutsches Liedgut; Vertreibungsgebiete

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 14

Aussagen-ID: 521**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

In Deutschland ist die Grenze der Belastbarkeit überschritten. Der hohe Ausländeranteil hat in vielen Städten und Stadtteilen dazu geführt, daß Deutsche in die Minderheit geraten, Schulklassen fast nur noch aus Ausländern bestehen und - vor allem bei Türken - Parallelgesellschaften entstehen. Die Aufnahmefähigkeit für Ausländer aus fremden Kulturkreisen ist erschöpft, teilweise bereits überschritten, eine Integration findet kaum noch statt. Noch mehr Ausländer werden insbesondere nicht benötigt, um den Bevölkerungsrückgang in Deutschland auszugleichen und die sozialen Sicherungssysteme zu retten. In einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt und angesichts der großen Umweltprobleme wäre ein gewisser Rückgang der Bevölkerungsdichte ein Segen. Die Renten müssen auf andere Weise gesichert werden, vor allem durch Förderung der deutschen Familien. Dies gilt umso mehr, als die Ausländer das Sozialsystem bisher nicht entlasten, sondern belasten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Türken; Parallelgesellschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 15

Aussagen-ID: 522**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deshalb müssen alle Möglichkeiten wahrgenommen werden, um die Zuwanderung von Ausländern zu begrenzen und bestimmte Ausländergruppen in ihre Heimat zurückzuführen:

- *Bestätigung des Grundsatzes, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist*
- *Erlaß eines Zuwanderungsverhinderungsgesetzes*
- *Kündigung aller völkerrechtlichen Verträge, die ein Recht auf Zuwanderung einräumen (z.B. Assoziierungsabkommen mit der Türkei) Rückkehrhilfen für arbeitslose Ausländer*
- *Verstärkung statt Abbau von Grenzkontrollen*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

bestimmte Ausländergruppen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

völkerrechtliche Verträge; Assoziierungsabkommen mit der Türkei (Ankara-Abkommen: 1963/in Kraft: 1964)

Zeitraumen: vage; 1963/64

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 15

Aussagen-ID: 523**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Beibehaltung des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer*
- *keine Freizügigkeit für Angehörige ost- und südosteuropäischer Staaten, die in die Europäische Union aufgenommen werden*
- *zwingende Ausweisung bei wiederholten oder schweren Straftaten*
- *Begrenzung des Familiennachzugs auf Kleinkinder bis 6 Jahre*
- *Beendigung des Aufenthalts von integrationsunwilligen Ausländern, insbesondere islamischen Fundamentalisten*
- *Beteiligung der Ausländer an den Integrationskosten*
- *Zuzug von Aussiedlern nur für Personen mit nachweislich deutscher Abstammung und mit hinreichenden deutschen Sprachkenntnissen*
- *Keine weiteren Kontingentflüchtlinge, auch nicht aufgrund von Sondervereinbarungen*

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; Primordialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ost- und südosteuropäische Staaten; integrationsunwillige Ausländer; islamische Fundamentalisten; Kontingentflüchtlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Aussiedler deutscher Abstammung

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 15

Aussagen-ID: 524**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wer auf Dauer in Deutschland bleiben will, muß sich in die deutsche Gesellschaft einfügen; er bleibt ein Gast, der die Rechte eines Staatsbürgers nur durch Einbürgerung erlangen kann:

- *Erlernen der deutschen Sprache und volle Respektierung des Grundgesetzes, sowie Anpassung an die hier geltenden Normen*
- *Verzicht auf übersteigerte, ein friedliches Zusammenleben störende national-religiöse Verhaltensweisen*
- *kein Ausländerwahlrecht*
- *keine doppelte Staatsbürgerschaft*
- *Einbürgerung nur bei eindeutiger Hinwendung zur deutschen Nation*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

national-religiöse Verhaltensweisen; Ausländerwahlrecht; doppelte Staatsbürgerschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 16

Aussagen-ID: 525

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Praxis des Asylrechts ist durch massenhaften Mißbrauch gekennzeichnet. Es muß auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt werden:

- Streichung des Grundrechts auf Asyl, stattdessen Regelung durch Gesetz
- keine Erweiterung des Asylrechts auf nichtstaatliche Verfolgung und sogenannte Armutsflüchtlinge
- Unterbringung in Sammelunterkünften und ausschließlich Gewährung von Sachleistungen
- Beschleunigung der Asylverfahren, Beschränkung auf zwei Gerichtsverfahren und Ausschluß von Folgeanträgen
- konsequente Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

massenhafter Mißbrauch des Asylrechts; Armutsflüchtlinge; abgelehnte Asylwerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Streichung des Grundrechts auf Asyl (Asylrecht: Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes 1949; Genfer Flüchtlingskonvention 1951;

AEUV 1957-2009 Art. 67, 78 und 80; Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2000, Art. 18)

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 16

Aussagen-ID: 526

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- Beugehaft gegen abgelehnte Asylbewerber, die - etwa durch die Vernichtung von Ausweisen – ihre Abschiebung verhindern
- Abschiebung krimineller Asylbewerber auch vor Abschluß des Verfahrens
- Unterbindung des sogenannten Kirchenasyls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln
- Überprüfung der Asylgründe bei anerkannten Asylberechtigten alle zwei Jahre und Rückführung bei Wegfall des Asylgrundes

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung:

Asylbewerber; Kirchenasyl

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Symbol; Praxis/Ritual

Kirchenasyl

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 16

Aussagen-ID: 527

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir sind die Partei für Recht und Ordnung.

Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleistet, verliert seine Daseinsberechtigung. Wir fordern einen Staat, der Straftaten mit Härte und Entschlossenheit verhindert und sich den Opfern verpflichtet fühlt, nicht den Tätern. Ziel ist aber nicht der starke Staat an sich, sondern der Schutz und die Freiheit der Bürger.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 16

Aussagen-ID: 528

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Es muß sich in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder die Erkenntnis durchsetzen, daß Menschen nur dann friedlich zusammenleben können, wenn bestimmte Regeln eingehalten werden. Hierfür bedarf es einer Erziehung, die Werte wie Anstand, Ordnung und Redlichkeit vermittelt und sie nicht als „Sekundärtugenden“ verleumdet. Es muß klargestellt werden, daß die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ihre Grenze in den Rechten anderer findet.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 17

Aussagen-ID: 529

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Gesetzgebung hat die Aufgabe, den Behörden und Gerichten die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Befugnisse zu geben:

...

- Wiedereinführung von Zuchthaus für Schwerverbrecher
- Verbüßung lebenslanger Freiheitsstrafen mindestens 40 Jahre
- mögliche Anwendung des Jugendstrafrechtes ab einem Alter von 12 Jahren
- generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab einem Alter von 18 Jahren

...

- Strafbewehrtes Vermummungsverbot und Wiedereinführung des alten Tatbestandes des Landfriedensbruchs
- zwingende Ausweisung ausländischer Straftäter bei schweren oder wiederholten Straftaten

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Schwerverbrecher; ausländische Straftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol; Orte; Praxis/Ritual

Wiedereinführung von Zuchthaus

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 17

Aussagen-ID: 530

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Jeder Angriff auf einen Polizisten ist ein Angriff auf den Rechtsstaat und muß entsprechend geahndet werden. Wir befürworten ohne Einschränkung das Gewaltmonopol des Staates. Er hat alle Bürger zu schützen. Sicherheit darf nicht zum Privileg der Wohlhabenden werden, die sich private Sicherheitsdienste leisten können. Wir brauchen deshalb eine starke Polizei, die konsequent und motiviert ihre Aufgaben wahrnimmt:

- sofortige Reaktion auch auf geringfügige Verstöße (null Toleranz)
- kein Zurückweichen vor Kriminellen aus Gründen der „Verhältnismäßigkeit“
- verstärkte Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit
- Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Kündigung des Schengener Abkommens
- flächendeckende Einführung der zweigeteilten Laufbahn

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminelle; Schengener Abkommen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Schengener Abkommen (1985; Inkrafttreten in BRD 1995)

Zeitraumen: 1995

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 18

Aussagen-ID: 531

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Kein Volk kann ohne Familien bestehen. Mit Familie meinen wir die Gemeinschaft von Mann, Frau und Kindern. Dem muß der gesellschaftliche Rang der Familie entsprechen:

- Leitbild dieser Familie in Erziehung und Medien
- keine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und kein Adoptionsrecht für Homosexuelle
- Anerkennung der Arbeit in der Familie, insbesondere der Mütter, als vollwertiger Beruf
- angemessene Entlohnung der Mutter
- Stärkung der Selbstverantwortung der Familien bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- rechtzeitige und ausreichende Qualifizierung junger Menschen für die später zu leistende Familienarbeit
- Einführung eines Schulpflichtfaches Familienkunde

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

gleichgeschlechtlicher Partnerschaften; Homosexuelle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 19

Aussagen-ID: 532

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Familien können jedoch nicht allein von ihrer gesellschaftlichen Wertschätzung leben. Die Steuer- und Sozialpolitik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Familien finanziell Ledigen und kinderlosen Ehepaaren gleichgestellt sind:

- Erziehungsgeld für Eltern, die wegen der Kinder ihren Beruf nicht ausüben
- Kindergeld nur an deutsche Familien und für Staatsangehörige der Länder, die auch Deutschen Kindergeld zahlen
- Familiengründungsdarlehen für deutsche Familien, die entsprechend der Kinderzahl nur teilweise oder gar nicht zurückzahlen sind
- sozialer Wohnungsbau und die Vergabe von Sozialwohnungen vorrangig für deutsche Familien
- Langfristige Neuordnung der Familienförderung durch Einführung eines Familiengeldes für deutsche Familien

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 20

Aussagen-ID: 533

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Entscheidend ist - vor allem für Frauen - die Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, was nur durch umfangreiche staatliche Maßnahmen sichergestellt werden kann:

- umfassendes Angebot an Hortplätzen
- Angebot der Ganztagsbetreuung an Schulen
- verbesserte Regelungen für Erziehungsurlaub und Teilzeitbeschäftigung

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 20

Aussagen-ID: 534

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wenn Familien in dieser Weise unterstützt werden, gibt es keine wirtschaftlichen Gründe für die Abtreibung ungeborener Kinder. Diese grausame Tötung menschlichen Lebens ist, abgesehen von wenigen Ausnahmefälle, zu unterbinden, den Müttern gilt besondere Fürsorge:

- Strafbefreiung nach § 218 Strafgesetzbuch nur bei ethischer (Vergewaltigung), eugenischer (Erbschäden) und medizinischer (Lebensgefahr für die Mutter) Indikation
- Erleichterung von Adoptionen deutscher Kinder
- Unterbindung des Menschenhandels mit ausländischen Kleinkindern aus Armutsländern
- Aufbau einer Stiftung für das Leben, die ledige Mütter nach Bedarf mit Unterkunft, Beratung und medizinischer Betreuung versorgt
- Einrichtung von Babyklappen in allen Großstädten

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Abtreibung; Menschenhandel mit ausländischen Kleinkindern aus Armutsländern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Praxis/Ritual

Eugenik

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 30

Aussagen-ID: 535

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Lasten aus einer geschiedenen Ehe dürfen nicht die Gründung einer neuen Familie verhindern. Wenn Unterhaltsverpflichtungen zu Armut und lebenslanger Unfreiheit führen, sind ein gerechter Ausgleich unter den Beteiligten und staatliche Zuwendungen erforderlich:

- zur Stärkung und Festigung der Familie Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips im Ehescheidungsrecht
- Unterhalt für geschiedene Ehegatten nur in Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Schuldfrage
- Verpflichtung vor der Trennung nicht erwerbstätiger Ehegatten zur Arbeitsaufnahme nach strengeren Kriterien
- steuerliche Entlastung beider Elternteile
- staatliche Unterstützung in Härtefällen

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Wiedereinführung des Verschuldungsprinzips im Ehescheidungsrecht (Abgeschafft in der ersten Ehe- und Familienrechtsreform von 1976/BGB)

Zeitraumen: 1976/77

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 20-21

Aussagen-ID: 536

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Junge Menschen brauchen Ideale und Vorbilder in der Familie und der Gesellschaft als positive Grundlage für ihr weiteres Leben. Die Entfaltung der Persönlichkeit erfordert einen Grundbestand an Fähigkeiten und Werten, die jeder Mensch benötigt, um als Mitglied der Gesellschaft sich selbst zu behaupten und dem Ganzen zu dienen. Entwickeln kann sich nur, wer gefördert wird. Erst der auf diese Weise gebildete Mensch wird in der Lage sein, kritisch und mit eigenem Urteilsvermögen zu denken und die Freiheitsrechte zu nutzen. Die antiautoritäre Erziehung ist gescheitert. Sie hat nicht zur

Befreiung, sondern zu geistigem Niedergang und Orientierungslosigkeit geführt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

antiautoritäre Erziehung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

antiautoritäre Erziehung

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 21

Aussagen-ID: 537

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Schulen haben die Aufgabe, junge Menschen auf ein Leben im Beruf und in der Gesellschaft vorzubereiten, und ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln. Sie sollen Verhaltensnormen, grundlegendes Wissen, kulturelles Verständnis und Verantwortungsbewußtsein vermitteln:

- *Wiederbelebung traditioneller Werte wie Disziplin, Fleiß, Ordnung, Anstand und Ehre*
- *Einführung von einheitlicher Schulkleidung, um Sozialneid zu verhindern*
- *Rückkehr zum humanistischen Bildungsideal*
- *Erhaltung und Ausbau des dreigliedrigen Schulsystems mit deutlicher Leistungsabstufung, Abschaffung der Gesamtschulen*
- *Reduzierung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre*
- *Förderung von Hochbegabten*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Gesamtschulen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

traditionelle Werte (Disziplin, Fleiß, Ordnung, Anstand und Ehre); humanistisches Bildungsideal

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 22

Aussagen-ID: 538

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Wiedereinführung der guten alten Rechtschreibung*
- *Schwerpunkt des Unterrichts auf der Erlernung grundlegender Fertigkeiten wie Lesen, Rechtschreibung, Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache und Rechnen*
- *getrennter Unterricht für Kinder, die der deutschen Sprache nicht oder nur teilweise mächtig sind*
- *Einschränkung der Fächerwahl, Ausdehnung des Pflichtunterrichts in den naturwissenschaftlichen Fächern; Deutsch als Pflichtfach im Abitur*
- *Sicherung und Verbesserung des Systems der dualen Berufsausbildung*
- *striktes Verbot politischer Beeinflussung der Schüler*

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

politische Beeinflussung der Schüler

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

die gute alte Rechtschreibung (Orthographische Konferenz von 1901; gescheiterte Reform der deutschen Rechtschreibung von 1944;

Rechtschreibreform 1996/98)

Zeitrahmen: vage; 1996/1998

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 22

Aussagen-ID: 539**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wir sehen eine wichtige Aufgabe der Schulen auch darin, ein positives Verhältnis zu Volk und Staat zu schaffen:

- eingehende Behandlung der ganzen deutschen Geschichte
- Ablehnung einer angeblichen Kollektivschuld der Deutschen
- Erlernung der Nationalhymne durch alle Schüler

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; exklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Behandlung der ganzen deutschen Geschichte; Kollektivschuld der Deutschen; Nationalhymne (dritte Strophe des Deutschlandliedes,

Weimarer Republik 1922, BRD 1991)

Zeitrahmen: vage; 1933-1945; 1922/1991

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 22

Aussagen-ID: 540**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deutschland galt als das Land der Dichter und Denker. Die deutschen Universitäten waren Vorbild für die ganze Welt, deutsche Forscher und Wissenschaftler standen an der Spitze des Fortschritts. Heute ist nur noch von Zweitklassigkeit und Mittelmäßigkeit die Rede, was in zunehmendem Maße auch unseren Wohlstand bedroht. Um dies zu ändern und wieder an die Spitze zu gelangen, muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß man nicht allein von Gesellschaftskritik leben kann und dem, was man unter Selbstverwirklichung versteht. Die Spaßgesellschaft muß wieder durch eine Leistungsgesellschaft ersetzt werden.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Spaßgesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Land der Dichter und Denker

Zeitrahmen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 23

Aussagen-ID: 541**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Die Hochschulen haben vorrangig der erfolgreichen Vorbereitung auf den Beruf zu dienen. Dies erfordert eine Orientierung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und entsprechende Anforderungen an Studenten und Professoren:

- Ausbau der Fachhochschulen für einen schnellen, praxisgerechten Abschluß
- Auswahl der Studienanfänger durch die Universitäten
- Schaffung von Elitehochschulen
- kostendeckende Studiengebühr für Langzeitstudenten, die die jeweilige Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreiten

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Langzeitstudenten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 23

Aussagen-ID: 542**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- Maßnahmen zur Reduzierung der hohen Abbrech- und Studienwechselplatzquote
- Stärkung der technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, Abbau im Bereich der Gesellschaftswissenschaften wie Soziologie, Sozialpädagogik und Politologie
- wissenschaftliche Objektivität statt politischer Indoktrination
- keine Schmalspurprofessoren, Beibehaltung der bewährten Laufbahn über Promotion und Habilitation
- keine Master- und Bachelorabschlüsse an deutschen Universitäten

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

politische Indoktrination; Schmalspurprofessoren

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 23**Aussagen-ID: 543****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Der Staat muß nicht alles fördern, sondern nur das, was im öffentlichen Interesse liegt. Kunstfreiheit bedeutet Schutz gegen Verbote, nicht aber Anspruch auf Steuergelder. Wir fordern, die knappen Mittel in diesem Sinne einzusetzen:

- Verstärkung des Denkmalschutzes und Wiederherstellung historisch wichtiger Gebäude wie des Berliner Schlosses
- kein Verkauf wichtiger deutscher Kulturgüter ins Ausland
- Pflege heimischen Brauchtums einschließlich der Mundarten
- Förderung des landsmannschaftlichen Kulturpflege, keine verringerte Förderung der Vertriebenenverbände
- Verantwortlichkeit der öffentlich subventionierten Theater gegenüber dem Publikum
- Ausstattung der Museen und öffentlichen Bibliotheken in dem Maße, das erforderlich ist, um deutsche Kunst und Kultur in ihrer ganzen Breite zu sammeln, zu erhalten, zu pflegen und zu präsentieren

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Verkauf deutscher Kulturgüter ins Ausland

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol; Orte

Denkmalschutz; Wiederherstellung historisch wichtiger Gebäude; Berliner Schloss (1443-1950); Pflege heimischen Brauchtums;

Mundarten; landsmannschaftlichen Kulturpflege; Förderung der Vertriebenenverbände; deutsche Kunst und Kultur

Zeitraumen: vage; 1443-1950; 1945**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 24**Aussagen-ID: 544****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Deutschland als Kulturnation soll weltweit mit anderen Nationen konkurrieren und für sich werben. Deshalb darf hier nicht gespart werden:

- Ausbau und inhaltliche Neuausrichtung der Goethe-Institute und der Deutschen Welle nach französischem Vorbild
- Förderung der deutschen Sprache statt Kapitulation vor der englischen
- Unterstützung deutscher Filme, Bücher und Fachzeitschriften im internationalen Wettbewerb
- Ausreichende Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Kapitulation vor der englischen (Sprache)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Orte; Praxis/Ritual

Goethe-Institute (seit 1951); Deutsche Welle (seit 1953)

Zeitraumen: 1951; 1953
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 24

Aussagen-ID: 545

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir verlangen die Rückgabe aller ab 1945 aus Deutschland verschleppten Kunstwerke und Kulturgüter, insbesondere von Rußland, das sich 1990/92 vertraglich zur Rückgabe verpflichtet hat. Der Vertragsbruch darf nicht hingenommen werden, sondern muß zu Sanktionen führen wie etwa der Verweigerung weiterer Kredite und Hermes-Bürgschaften.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Rußland

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

verschleppte Kunstwerke und Kulturgüter seit 1945; Verhandlungen über Rückgabe von Beutekunst seit 1990/92; Hermesdeckungen

(seit 1949)

Zeitraumen: 1945; 1949; 1990/92

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 25

Aussagen-ID: 546

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Alle Medien sind der Wahrheit und der Objektivität verpflichtet:

- Trennung zwischen Information und Meinung
- Einführung eines verpflichtenden Pressekodex'
- parteipolitische Neutralität und Staatsferne in den öffentlich-rechtlichen Anstalten
- keine Manipulation historischer Tatbestände zu „volkspädagogischen Zwecken“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Manipulation historischer Tatbestände zu volkspädagogischen Zwecken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Praxis/Ritual

Manipulation historischer Tatbestände

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 25

Aussagen-ID: 547

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Dies schließt die soziale Verantwortung des Eigentums im Sinne des Grundgesetzes ein. Die Politik muß also die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so setzen, daß die Unternehmen so frei wie möglich agieren können. Sie muß jedoch auch einschränkend wirken, wenn die Interessen des Staates und des Volkes es erfordern. Der ständige Leistungswettbewerb der Wirtschaft braucht feste Regeln, um Arbeitnehmer, Verbraucher und die Umwelt vor Machtmißbrauch und Beeinträchtigungen des Gemeinwohls zu schützen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Machtmißbrauch und Beeinträchtigungen des Gemeinwohls

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 26

Aussagen-ID: 548

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir REPUBLIKANER fordern.

- Der Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer ist beizubehalten. In Deutschland benötigte Arbeitskräfte können durch eine Qualifizierungsoffensive unter Arbeitslosen gewonnen werden
- Stärkere Förderung von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
- Ein Steuer- und Abgabensystem, das den Arbeitnehmern die Möglichkeit zum Vermögensaufbau bietet
- wer arbeitet, soll deutlich mehr verdienen als diejenigen, die Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe beziehen
- Wer arbeitsfähig ist, muß auch arbeitswillig sein. Die Zumutbarkeitskriterien sind zu verschärfen. Keine Leistung an Arbeitsunwillige
- Entbürokratisierung der Arbeitsverwaltung und Konzentration auf die Arbeitsvermittlung, mehr private Konkurrenz, weniger Einfluß von Gewerkschaften und Arbeitgebern

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Arbeitnehmer; Arbeitsunwillige

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 29-30

Aussagen-ID: 549

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir bekennen uns zum Sozialstaat als unverzichtbarer Grundlage des Gemeinwesens. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes darf kein unverbindlicher Programmsatz bleiben, sondern muß Richtlinie der praktischen Politik sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Grundgesetz (GG/1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 30

Aussagen-ID: 550

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir Republikaner wenden uns gegen eine Zwei-Klassen-Medizin. Diesem Ziel hat auch eine Strukturreform des Gesundheitswesens und des sozialen Krankenversicherungssystems zu dienen. Dabei dürfen die Freiberuflichkeit, die Behandlungsfreiheit, die Vertragsfreiheit und die Eigenverantwortung des Arztes nicht verkürzt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zwei-Klassen-Medizin

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 32

Aussagen-ID: 551**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Bildung einer einheitlichen gesetzlichen Krankenkasse*
- *Abrechnung der ärztlichen Leistungen gegenüber den Patienten und Vorlage an die Krankenversicherung mit deren Quittung*
- *strikte Begrenzung auf medizinisch erforderliche Leistungen*
- *keine bessere Behandlung von Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern gegenüber Beitragszahlern*
- *keine Leistungen an ausländische Familienangehörige im Heimatland*
- *Risikoversicherung für gefährliche Sportarten*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Familienangehörige im Heimatland

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 32**Aussagen-ID: 552****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Beschränkung der Leistungen auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld und Wintergeld, Abschaffung sinnloser Beschäftigungstherapien*
- *Arbeitslosengeld nur für arbeitswillige Personen*
- *Ausweisung von Gastarbeitern, die länger als ein Jahr arbeitslos sind*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

arbeitsunwillige Personen; Gastarbeiter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 32-33**Aussagen-ID: 553****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Verpflichtung zur Arbeit für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger*
- *regelmäßige Überprüfung der Bedürftigkeit*
- *Zurückweisung von Ausländern, die von vornherein sozialhilfebedürftig wären*
- *zwingende Ausweisung von Ausländern, die länger als ein Jahr Sozialhilfe beziehen*
- *Sozialhilfe an Asylbewerber und zur Ausreise verpflichtete Ausländer nur in der Form von Sachleistungen*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 33**Aussagen-ID: 554****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Eine eigenständige, nationale Landwirtschaft ist unverzichtbarer Bestandteil einer gesunden Volkswirtschaft. Nur sie garantiert die notwendige Grundversorgung der eigenen Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 33

Aussagen-ID: 555

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Gefährdet wird dieses Ziel durch eine europäische Agrarpolitik, die Überschüsse in anderen Ländern subventioniert und die deutschen Bauern zu einem ungleichen Wettbewerb zwingt, in dem immer mehr Betriebe untergehen. Dagegen hilft nur eine Renationalisierung der Landwirtschaft:

- Einsatz deutscher Steuergelder für deutsche Landwirte
- Absatzförderung für einheimische Produkte
- Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

europäische Agrarpolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 33

Aussagen-ID: 556

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- Sicherung eines angemessenen Preisniveaus für die Erzeuger
- selbstbestimmtes Wirtschaften statt europäischer Planwirtschaft
- Einkommen grundsätzlich durch ausreichende Erlöse für die Erzeugnisse, nicht durch Subventionen; Förderung der Eigenvermarktung
- Verhinderung der Osterweiterung der EU
- niedriger Steuersatz beim Agrardiesel und Abschaffung der Ökosteuer, die die Landwirtschaft besonders belastet

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

europäische Planwirtschaft; Osterweiterung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Ökosteuer (Ökologische Steuerreform ab 1999)

Zeitrahmen: 1999

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 33

Aussagen-ID: 557

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Republikaner bekennen sich zur unveräußerlichen Menschenwürde als einem absoluten und unantastbaren Achtungsanspruch eines jeden Menschen. Die Achtung und der Schutz der Menschenwürde stellen den wertausfüllenden Maßstab für das staatliche Handeln dar und setzen insoweit der Legitimität von Recht und Staat Grenzen. Aufgabe eines starken Staates, wie ihn die Republikaner fordern, ist die Garantie der Menschenwürde und der Grundrechte. Die Republikaner sehen daher im Grundrechtssatz von der Menschenwürde die klare Absage an jede Form eines totalitären Kollektivismus und auch eines extremen Individualismus. Die Würde einer jeder Person schließt deren Gemeinschaftsgebundenheit ein, ohne dabei ihren Eigenwert in Frage zu stellen. Zur Würde des Menschen gehört auch die Eigenverantwortung des Einzelnen, der für sein Handeln und die daraus erwachsenden Konsequenzen einstehen muß. Der Verwirklichung individueller Freiheit werden durch die Verantwortung für die Gemeinschaft Grenzen gesetzt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

totalitärer Kollektivismus; extremer Individualismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 35

Aussagen-ID: 558

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Menschenwürde wird heute mehr durch Technik und Wissenschaft, als durch staatliche Eingriffe gefährdet. In der totalen Kommunikationsgesellschaft gewinnt der Einzelne nicht nur Bewegungsspielräume, sondern wird auch zum gläsernen Menschen. Neue Möglichkeiten der Biomedizin und Humangenetik wie Forschung mit Embryonen, Präimplantationsdiagnostik oder das Klonen von Menschen stellen eine Gefahr für die Menschenwürde dar, weil sie zunehmend einen Anreiz zur Selektion zwischen „lebenswertem“ und „nicht lebenswertem“ Leben schaffen. Die Forschung muß daher durch Gesetzgebung und Fördermaßnahmen auf jene Methoden beschränkt und verwiesen werden, die das menschliche Leben ab dem Zeitpunkt der Befruchtung achten und nicht in Frage stellen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gläserner Mensch; Präimplantationsdiagnostik; Klonen von Menschen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 35

Aussagen-ID: 559

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Auch am Lebensende wird die Würde menschlichen Lebens durch den medizinischen Fortschritt in einen Zwiespalt gebracht. Die Aufrechterhaltung von Vitalfunktionen gegen den Willen des Patienten führt zu einem schweren Konflikt zwischen Selbstbestimmung und Achtung vor dem Leben. Die Republikaner befürworten das Recht zu einem selbstbestimmten Leben, wenden sich aber gegen jegliche Tendenzen, die einer Euthanasie, in welcher Form auch immer, Vorschub leisten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Euthanasie

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 35-36

Aussagen-ID: 560

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Republikaner fordern daher:

- Schutz der Individualsphäre statt dem „gläsernen Menschen“
- uneingeschränktes Verbot des Klonens von Menschen
- Verbot aller Forschungsmethoden, die menschliches Leben „verbrauchen“ oder den Schutz des ungeborenen Lebens in vitro in Frage stellen
- effektiven Schutz des ungeborenen Lebens in vivo, d.h. ersatzlose Streichung der sozialen Indikation bei der Abtreibung
- Verhinderung jeglicher Form von Euthanasie

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

gläserner Mensch; Klonen von Menschen; Abtreibung; Euthanasie

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: DE_REP_Pro2002
Seite: 36

Aussagen-ID: 561

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Ziel der Politik muß es sein, die den Menschen anvertraute Schöpfung zu bewahren und die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes auf Dauer zu sichern.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

abstrakt; Narrativ; Ereignis

Schöpfung

Zeitraumen: abstrakt

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 36

Aussagen-ID: 562

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Deutschland ist einer der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt. Deshalb beeinträchtigt jedes weitere Bevölkerungswachstum die natürlichen Lebensgrundlagen. Auch aus diesem Grunde ist eine weitere Zuwanderung abzulehnen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bevölkerungswachstum; Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 37

Aussagen-ID: 563

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Nach Ansicht der Republikaner sollen Tiere als Mitgeschöpfe geachtet und vor nicht artgerechter Haltung und vermeidbarem Leid geschützt werden.

- Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz ohne Einschränkung durch die Art. 4 Abs. 2 (ungestörte Religionsausübung) und Artikel 5 Abs. 3 (Freiheit der Forschung)

- Verbot des Schächstens

- Beschränkung von Tierversuchen auf eng begrenzte medizinische Zwecke

- Verbot der Käfighaltung und Verbot des Lebendtransportes von Schlachtvieh über 50 km täglich

- Genveränderungen nur unter strenger Kontrolle und mit Kennzeichnung

- Klagerecht für Verbände

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Schächten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Praxis/Ritual

Grundgesetz Art. 4 Abs. 2 (ungestörte Religionsausübung) und Artikel 5 Abs. 3 (Freiheit der Forschung)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 37

Aussagen-ID: 564**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Der einzelne wie auch die Gemeinschaft werden auf die Dauer nicht ohne eine lebenskräftige, tief im Volk verwurzelte Religion bestehen. Sie finden Sinn und Erfüllung ihrer Existenz in den Erkenntnissen und Wegweisungen, die in erster Linie die Religion vermittelt. In Deutschland kann dies nur das Christentum sein. Wir bekennen uns deshalb – bei allem Respekt vor Andersgläubigen und Nichtgläubigen – zu den christlichen Traditionen und Prägungen unseres Landes, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, sondern entschieden zu verteidigen sind.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Christentum; christlichen Traditionen und Prägungen

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 38**Aussagen-ID: 565****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Die christliche Prägung findet ihren stärksten Ausdruck in der abendländischen Kultur als Grundlage von Staat und Gesellschaft. Sie bestimmt unser Verständnis der Familie, der Ehe von Mann und Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens ebenso wie unser Streben nach Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Dies alles sind Errungenschaften christlicher Völker. Umso mehr lehnen wir eine multikulturelle Gesellschaft ab.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

multikulturelle Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländischen Kultur; Errungenschaften christlicher Völker

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 38**Aussagen-ID: 566****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Entgegen den heute vorherrschenden Meinungsströmungen besteht keinerlei Widerspruch zwischen christlichem Bekenntnis und positiver Haltung zum eigenen Volk und Vaterland.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_REP_Pro2002**Seite:** 38**Aussagen-ID: 567****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Wir fordern deshalb
- die Rückbesinnung der Kirchen auf ihre eigentlichen Aufgaben
- die konsequente Trennung von Kirche und Staat
- deshalb kein staatlicher Einzug der Kirchensteuer
- kein Kirchenasyl

Distinktionsmerkmale: exklusiv; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Symbol; Praxis/Ritual
Kirchenasyl

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Pro2002

Seite: 38

Aussagen-ID: 568

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Abbildung (Bild): Reichstagsgebäude

Abbildung (Text): "sozial, patriotisch, ökologisch"

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Reichstagsgebäude 1894; Architekt Sir Norman Foster (Kuppel/1994); Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990);

Zeitraumen: 1894/1994; 1949/1990

Quelle: DE_REP_Pro2011

Seite: 1

Aussagen-ID: 569

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Abbildung (Bild): Bildausschnitt vom Reichstagsgebäude in schwarz-weiß; Vergrößerung auf Schriftzug: „Dem Deutschen Volke“

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol; Orte

Reichstagsgebäude 1894; Architekt Sir Norman Foster (Kuppel/1994);

Zeitraumen: 1894/1994;

Quelle: DE_REP_Pro2011

Seite: 10

Aussagen-ID: 570

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Abbildung 1 (Plakat und Text): „Unsere Heimat zuerst“ + Parteilogo

Abbildung 2 (Plakat und Text): „Unser Volk zuerst“ + Parteilogo

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990)

Zeitraumen: 1949/1990

Quelle: DE_REP_Pro2011

Seite: 31

Aussagen-ID: 571**Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Abbildung (Plakat und Text): „Wir schaffen soziale Gerechtigkeit“ + Parteilogo***Distinktionsmerkmale:** inklusiv**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990)

Zeitraumen: 1949/1990**Quelle:** DE_REP_Pro2011**Seite:** 33**Aussagen-ID: 572****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Abbildung 1 (Plakat und Text): „Steuern senken Arbeitsplätze schaffen“ + Parteilogo**Abbildung 2 (Plakat und Text): „EU-Osterweiterung 'schlachtet' unsere Zukunft“ + Parteilogo***Distinktionsmerkmale:**

selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

EU-Osterweiterung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990); Schengen-Erweiterung; Grenzöffnung

Zeitraumen: 1949/1990; 2004/2007**Quelle:** DE_REP_Pro2011**Seite:** 42**Aussagen-ID: 573****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Abbildung (Plakat und Text): „Vorfahrt für Deutschland!“ + Parteilogo***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990)

Zeitraumen: 1949/1990**Quelle:** DE_REP_Pro2011**Seite:** 45**Aussagen-ID: 574****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Abbildung 1 (Plakat und Text): „Politik für den Normalbürger, wir sorgen dafür“ + Parteilogo**Abbildung 2 (Plakat und Text): „5% mehr innere Sicherheit, 5% weniger Scheinasylanten, 5% mehr Bürgerrechte, 5% weniger Steuern, 5% mehr Volksbegehren, 5% weniger Korruption, 5% für Deutschland“ + Parteilogo***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Scheinasylanten; Korruption

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990)

Zeitraumen: 1949/1990

Quelle: DE_REP_Pro2011

Seite: 49

Aussagen-ID: 575

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Republikaner fordern sichere Arbeitsplätze und flächendeckend eine Entlohnung, von der die Menschen auch leben können.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 4

Aussagen-ID: 576

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Dumping und Leiharbeit muss durch bessere rechtliche Kontrollen eingeschränkt werden.*
- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das politische Ziel der Republikaner.*
- *Dauer und Bezahlung von Zeitverträgen müssen gesetzlich geregelt werden.*
- *Wir wollen Chancen für ältere Arbeitnehmer schaffen, die am Arbeitsmarkt sonst auf der Strecke bleiben. Eines unserer Vorhaben dazu ist, Firmen bei Steuern zu begünstigen, die ältere Mitarbeiter neu einstellen oder anderen den Arbeitsplatz erhalten.*
- *Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen ihre Existenz selbst sichern können.*
- *Selbstständige müssen besser abgesichert werden. Dazu sind bezahlbare Tarife bei den Krankenversicherern wichtig, aber es gilt auch, eine für alle offene Arbeitslosenversicherung zu gründen.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 4

Aussagen-ID: 577

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Heimische Betriebe müssen auch im Anschluss an Kurzarbeit bei einer Krisensituation Förderung zur Existenzsicherung erhalten, unter der Bedingung, die Arbeitsplätze zu erhalten.*
- *Arbeitsfreie Sonn- und Feiertage müssen zum Schutz der Erholung wieder besser gesichert werden.*
- *Betriebe, die ausbilden, müssen den Aufwendungen entsprechende Steuernachlässe erhalten. Um das Ausbildungsangebot stabil zu halten, müssen betriebliche und externe Bildungsmaßnahmen über staatliche Gelder finanziert werden.*
- *Der Eintritt in eine Lehre muss durch die Schulen mit realen Konzepten besser vorbereitet werden.*
- *Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte darf nur gezielt und für kurzfristige Einsätze erfolgen. Bei der Zuwanderung gilt: Qualität vor Masse!*
- *Die Qualifizierung einheimischer Arbeitsloser und Jugendlicher hat Vorrang. Hierzu müssen Vereinbarungen mit den Betrieben getroffen werden.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 4

Aussagen-ID: 578**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Unsere Partei fordert seit über 10 Jahren, Arbeitsplätze über den Mechanismus Steuerentlastung zu sichern und neu zu schaffen. Wir versprechen bei einem Einzug in die Parlamente: wir werden alles tun, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und zu schaffen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 4**Aussagen-ID: 579****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Die Republikaner wollen das duale Rundfunksystem – bestehend aus privaten und öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsendern – dahingehend stärken, dass eine Entpolitisierung der Aufsichtsgremien angestrebt wird. Wir Republikaner würden eine freie, demokratische Berichterstattung – ohne Meinungszensur – sichern. Dazu ist eine ausgewogene Darstellung der deutschen Geschichte unerlässlich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Meinungszensur

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

ausgewogene Darstellung der deutschen Geschichte

Zeitraumen: vage**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 4**Aussagen-ID: 580****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Allen Verlagen muss die Chance eröffnet werden, Qualitätsjournalismus über alle Verbreitungsformen und Wege zu ermöglichen.*
- *Es soll somit jede Art an Vielfalt und soviel Meinungsfreiheit wie nur möglich gewährleistet werden.*
- *Bei Gefährdung dieser Vielfalt durch Meinungsmacht und politische Zensur müssen wirksame Gesetze geschaffen werden, um effiziente Schutzmaßnahmen dagegen zu ergreifen.*
- *Die Republikaner werden sich dafür einsetzen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Sendungen den Nutzern zeitlich unbeschränkt und kostenfrei im Internet zur Verfügung stellt. Das Thema Medienkompetenz soll in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden mit der Auflage, damit keine politisch einseitige Meinungsbeeinflussung zu betreiben.*
- *Um den Nutzern zu ermöglichen, sich selbst ein Meinungsbild zu machen, muss per Gesetz sichergestellt werden, dass alle demokratisch legitimierte - an Wahlen teilnehmenden - Parteien nach Proporz bei allen Medien im Sinne der Gleichbehandlung berücksichtigt werden müssen.*

Distinktionsmerkmale:

inklusive; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Meinungsmacht; politische Zensur; politisch einseitige Meinungsbeeinflussung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 4-5

Aussagen-ID: 581**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- Dabei verweisen die Republikaner auf das Parteiengesetz. Dieses verpflichtet Parteien dazu, ein breites Meinungsspektrum zu schaffen.
- Wir Republikaner lehnen den verfassungswidrigen Staatsvertrag zu Gunsten eines Zwangs zur Zahlungnahme der Bürger ab (unsere Verfassungsklage läuft).
- Bei Inseratschaltungen zur Bürgerinformation muss per Gesetz der Gleichbehandlungsgrundsatz verbindlich geschaffen werden.
- Alle vom Bürger finanzierten Medien müssen bei politischen Gesprächsrunden allen im demokratischen Spektrum verankerten Parteien gleiche Chancen einer Teilnahme gesetzverbindlich ermöglichen, damit der Zuschauer zur Erlangung eines eigenen Meinungsbildes kommen kann.
- Der Einfluss der Parteien in den Rundfunk- und Fernsehräten muß verringert werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einfluss der Parteien in den Rundfunk- und Fernsehräten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Parteiengesetz (PartG/1967); Staatsvertrages zur Besetzung der Aufsichtsgremien des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF/seit 1961)

Zeitraumen: 1961; 1967**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 5**Aussagen-ID: 582****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Abbildung (Plakat): Hundekopf + Parteilogo**Abbildung (Text): „Von Tierversuchen hab' ich die Schnauze voll! Gegenstände haben keine Namen - ich bin Bobo und wer bist Du?“***Distinktionsmerkmale:** inklusiv**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990);

Zeitraumen: 1949/1990**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 5**Aussagen-ID: 583****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Wir Republikaner sehen Umwelt, Tier- und Naturschutz für uns als eine der wichtigsten Prämissen. Mit ökonomischer Vernunft, sozialen Aspekten und ökologischer Verantwortung muss dabei ein Einklang hergestellt werden. Unser Land muss beim Klimaschutz Vorreiter sein.***Distinktionsmerkmale:**

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 5**Aussagen-ID: 584****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- Die Republikaner wollen in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben die CO₂-Emissionen weiterreduzieren. Unser

Land ist Vorreiter als Öko-Region, darin müssen aber auch unsere Wirtschaftsstandorte ihren Platz haben.

- *Die Ökologisierungsmaßnahmen müssen unter Einbeziehung der Wirtschaft und Industrie vorangetrieben werden, um die notwendigen Marktchancen zu sichern.*
- *Die Republikaner bekennen sich zu den Kraftwerksstandorten und sind für Investitionen in effiziente neue umweltfreundliche Technologien, um den Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch zu senken, um damit den Klimaschutz zu verbessern. Anlagen mit CO₂-Abscheidung müssen steuerlich verbessert gefördert werden.*
- *Gleichzeitig soll die Nutzung erneuerbarer Energien stark - aber nur im Einklang mit der Vereinbarkeit mit dem Landschaftsbild - ausgeweitet werden.*

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 5

Aussagen-ID: 585

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Unsere Zielsetzung ist, den Energieverbrauch insgesamt zu senken. Um das zu erreichen, wollen wir die Menschen beim Einsparen unterstützen mit Finanzierungsmodellen für sparsamere Fahrzeuge und Elektrogeräte.*
- *Unsere Meinung zum Atomausstieg seit über zehn Jahren: ein einseitiger Ausstieg - und damit eine enorme Verteuerung der Stromkosten ohne mehr Sicherheit - sind dem Bürger gegenüber nicht vertretbar. Deshalb Ausstieg aus der Kernenergie nur mit einem gemeinsamen europäischen Ausstiegskonzept.*
- *Es soll ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung privater Wohnhäuser und zur Schaffung von Null-Emissionsregionen geben. Hierbei muß die Erhaltung historischer Altbauten berücksichtigt werden.*
- *Industrieanlagen müssen ihre Emissionen weiter senken.*
- *Der Schutz unseres Trinkwassers ist eines unserer wichtigsten Anliegen. Das wichtigste Lebensmittel muss vor Verunreinigungen geschützt werden.*

Distinktionsmerkmale: inklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

einseitiger Atomausstieg; Verunreinigung des Trinkwassers

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Erhaltung historischer Altbauten; Atomausstieg (13. AtG Novelle/2011)

Zeitrahmen: vage; 2011

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 6

Aussagen-ID: 586

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir Republikaner kämpfen gegen die Pläne der EU, unser Wasser zu privatisieren. Unser Wasser muss weiter in der Region verwaltet werden. Tiere sind – wie der Mensch – die wichtigsten Bestandteile unserer Umwelt. Der Tierschutz wird in folgenden Kernaussagen von uns geprägt: Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor Grausamkeiten geschützt werden. Artgerechte Pflege und Haltung sind Voraussetzung für Tierhaltung.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Wasserprivatisierungspläne der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 6

Aussagen-ID: 587**Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Die Republikaner wollen die Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie stärken.***Distinktionsmerkmale:** inklusiv**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 6**Aussagen-ID: 588****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Wenn die Republikaner in die Parlamente kommen, wollen sie eine offene und transparente Politik machen.*
- *Zustimmungshürden und Fristen für Volksbegehren und Bürgerentscheide sollen einfacher werden. Bürger und Volksentscheide – nach Schweizervorbild – werden wir anstreben.*
- *Öffentliche Daten und Informationen sollen maschinenlesbar und in offenen Formaten kostenlos jedem Bürger zur Verfügung gestellt werden.*
- *Unser Ziel ist es, die Arbeit der Regierung und Verwaltung nachvollziehbar zu machen.*
- *Partizipation der Bürger an Entscheidungen soll gefördert und das E-Formularangebot per Internet ausgebaut werden.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 6**Aussagen-ID: 589****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Unser Wahlspruch: Demokratie muss vom und mit dem Volk mit der höchst möglichen Beteiligung an wichtigen Entscheidungen gelebt werden.***Distinktionsmerkmale:** inklusiv**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 6**Aussagen-ID: 590****Partei:** Die Republikaner**Aussage:***Überwachungsmethoden bis in den Privatbereich hinein dürfen nur nach eindeutiger Beweislage durchgeführt werden. Die Weitergabe aller persönlichen Daten durch Ämter muss mit Strafen belegt werden.***Distinktionsmerkmale:**

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Überwachungsmethoden; Weitergabe persönlicher Daten durch Ämter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 7

Aussagen-ID: 591**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Abbildung (Plakat): Neben dem Abbildungstext wurden drei gelbe Pentagramme platziert; jeder Stern enthält ein schwarzes Symbol in der Mitte: ein Stern mit dem Eurozeichen, ein Stern mit dem Paragraf-Zeichen, ein Stern mit einem Auge-Symbol. Dieses Ensemble wird als Zierzeile im unteren Bereich der Abbildung wiederholt.

*Abbildung (Text): „Stoppt die EU-Diktatur. Schluss mit Euro-Wahnsinn, Gesetzesflut und Überwachungsstaat“;
„www.rep.de“*

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

EU-Diktatur; Euro-Wahnsinn; Gesetzesflut; Überwachungsstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol

Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990);

Zeitraumen: 1949/1990**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 7**Aussagen-ID: 592****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Aus Sicht der Republikaner ist eine Krise das politische Endprodukt einer falschen Ideologie, in der nicht unsere Bürger im Mittelpunkt stehen, sondern nur die Profitmaximierung. Dem Einfluss dieses Lobbyismus auf die Politik würden die Republikaner ein Ende setzen. Die Wirtschaft, der Staat und die Banken müssen wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

falsche Ideologie; Lobbyismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 8**Aussagen-ID: 593****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Die Forderung der Republikaner: Politiker, die zum Schaden unseres Landes dem ESM-Rettungsschirm – mit einer für Deutschland unbezahlbaren Haftung – zugestimmt haben, müssen sich nach Eintritt des Schadensfalls eine Regreßmöglichkeit geprüft werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Politiker, die dem ESM-Rettungsschirm zugestimmt haben

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

ESM-Rettungsschirm (Europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM/2012)

Zeitraumen: 2012**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 8**Aussagen-ID: 594****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Abbildung (Plakat): Die Abbildung zeigt die Karikatur einer gehörnten Kuh mit traurigem Gesichtsausdruck. An den Eutern sind Milchschräuche angebracht, die in eine Milchflasche münden. Diese trägt als Etikett die Flagge der Europäischen Union. Um den Hals trägt die Kuh ein Band in den Farben der Deutschland-Flagge, an dem eine schmelzende 1-Euro-Münze

hängt. Am Kuhschwanz ist eine Nummerntafel (Kraftfahrzeugkennzeichen) angebracht. Darauf steht: „D EU 2011“. Abbildung (Text): „Stoppt die Schuldenunion - raus aus dem T-Euro! - Die Euro-Rettung ist ein Fass ohne Boden.“ „Die Bundesregierung macht Deutschland zur Melkkuh für EU-Finanzbürokratie und Euro-Pleiteststaaten. Der ‚Europäische Stabilitätsmechanismus‘ (ESM) macht die Währungsunion auf Dauer zur Schulden- und Transferunion. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schuldenunion; Euro-Rettung; die Bundesregierung Deutschlands; EU-Finanzbürokratie; Euro-Pleiteststaaten; Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Halsband der Kuh und Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990); Flagge der Europäischen Union (seit Einführung durch Europarat 1955 bzw. 1986); Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012)

Zeitraumen: 1949/1990; 1955/1986; 2012

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 8

Aussagen-ID: 595

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Republikaner sehen den einseitigen bundesdeutschen Atomausstieg sehr skeptisch und fordern einen europäischen Gesamtausstieg, denn ohne diese Maßnahme haben die Deutschen nur einen enormen Anstieg der Energiekosten, aber kein Quäntchen Sicherheit mehr.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

einseitiger bundesdeutscher Atomausstieg; Sicherheitsverlust

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Atomausstieg (13. AtG Novelle/2011)

Zeitraumen: 2011

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 9

Aussagen-ID: 596

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Europa muss aus Sicht der Republikaner eine Repräsentanz aller europäischen Nationalstaaten sein. Das Europa einer friedlichen Zusammenarbeit unter einem Dach aller föderalistischen Länder und Regionen, mit wirtschaftlichem Wohl für alle.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 9

Aussagen-ID: 597

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Unser Kontinent muss in der Vielfalt der nationalen Identitäten und gewachsenen Kulturen erhalten bleiben.*
- *Grenzübergreifende regionale und nationale wirtschaftliche Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut werden.*
- *Die Förderung des Strukturfonds der EU muss auf die Strukturwandelprozesse und der Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgelegt sein.*
- *Armut und Arbeitslosigkeit müssen durch starke Wirtschaftskraft gemeinsam bekämpft werden.*

Distinktionsmerkmale: inklusiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

nationale Identitäten und gewachsene Kulturen

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 9-10

Aussagen-ID: 598

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Für Republikaner ist eine weitere Transferunion nicht tragbar. Jeder Staat hat in eigener Souveränität seine Wirtschaft und die Finanzen zu sichern. Haftungen sind nicht auf andere zu verlagern. Den ESM Rettungsschirm, der Deutschland in eine nicht bezahlbare Haftung nimmt, lehnen die Republikaner ab. Wir fordern die Wiedereinführung der D-Mark.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Transferunion; ESM-Rettungsschirm

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM/2012); Wiedereinführung der D-Mark (1948-2002)

Zeitraumen: 1948-2002; 2012

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 10

Aussagen-ID: 599

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Eine Forderung unserer Partei ist die vom Verfassungsgericht vorgegebene Änderung bei der Erziehungsberechtigung. Das Mitentscheidungsrecht für Väter aus nicht ehelicher Gemeinschaft ist gesetzlich schnellstens zu verankern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 10

Aussagen-ID: 600

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Republikaner fordern eine Geschlechter unabhängige Lohngerechtigkeit. Frauenquoten sind nicht effizient. Wir sind für gerechte Qualifizierungsangebote. Männern und Frauen müssen bei Ausbildung und Qualifizierungen gleiche Chancen zugesichert werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Frauenquoten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 11

Aussagen-ID: 601**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

• *Bei identischen Leistungs- und Ausbildungsnachweisen erübrigt sich auch in Führungs- und Aufsichtsratsgremien durch Sicherung der Chancengleichheit die Besetzung der Führungspositionen und Aufsichtsratsmandate gesetzlich zu regeln.*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Quotenregelung in Führungspositionen und Aufsichtsräten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 11**Aussagen-ID: 602****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Republikaner lehnen das Umlegen des Ehegattensplitting auf gleichgeschlechtliche Ehen ab. Der Gleichheitsgrundsatz zur Erlangung dieser Steuervergünstigung ist in diesem Falle in der Mehrheit nicht vorhanden. Der Schutz der Familie mit Kindern und damit deren Anerkennung der zusätzlichen finanziellen Lasten durch die Splittingregelung steht für uns im Vordergrund.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gleichgeschlechtliche Ehen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Ehegattensplitting (Einkommensteuergesetz/ESTG, §26, 1958/Gleichstellung für eingetragene Partnerschaften seit 2013)

Zeitraumen: 1958/2013**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 11**Aussagen-ID: 603****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Der Steuersenkungsplan der Republikaner hat die Zielsetzung, Arbeit in Deutschland muss sich wieder lohnen. Deshalb ist folgendes vorgesehen: eine Vermögenssteuer muss verhindert werden, da diese durch Gutachten von Finanzexperten eine Kapitalflucht bis zu ca. 300 Milliarden auslösen würde.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Vermögenssteuer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 11**Aussagen-ID: 604****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

• *Eine Börsenumsatzsteuer könnten die Republikaner nur empfehlen, wenn diese in allen Europäischen Ländern eingeführt würde.*

• *Zwingend notwendig zur Sicherung der Inlandsnachfrage ist eine Senkung des Spitzensteuersatzes.*

• *Darüber hinaus muß die Erbschaftssteuer abgeschafft werden.*

• *Weiter würden wir bei Rentnerhepaaren den Steuerfreibetrag auf 2.200 Euro monatlich erhöhen.*

• *Das Ehegattensplitting darf nur für Familien im herkömmlichen Sinn gelten denn dieser Personenkreis sichert mit Kindern unseren Staat. Deshalb unsere fast seit 30 Jahren bestehende Forderung bei allen für die Mehrheit unserer Bevölkerung wichtigen Entscheidungen verpflichtend eine Volksabstimmung durch zu führen.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Erbschaftssteuer

Zeitraumen: 1906/1955/2008

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 11

Aussagen-ID: 605

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Fremdleistungen und Fremdrenten dürfen nicht weiter aus der Solidarkasse der Rentenversicherungen finanziert werden, sondern müssen über den Haushalt / über die Steuereinnahmen ausgewiesen werden.*
- *Wir treten für die Abschaffung der Kfz-Steuer ein und kompensieren den Wegfall mit einer Strassen-Vignette analog zur Schweiz, um endlich auch den privaten Durchgangsverkehr ausländischer Fahrzeuge an den Instandhaltungskosten der Straßen zu beteiligen. Mittelfristig wollen die Republikaner ein umfassendes, flexibles und planungssicheres kommunales Finanzsystem schaffen.*
- *Kommunale Unternehmen müssen auch weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sein. Kleine und mittlere Unternehmen dürfen nicht weiter durch eine oft zu schnell verfügte Kontensperrung in ihrer Existenz gefährdet werden.*
- *Für uns gilt der Grundsatz: Steuersenkung bringt mehr Steuereinnahmen.*
- *Der Steuerfreibetrag ist bei Ehepaaren auf 4000 Euro und bei Alleinstehenden auf 2000 Euro zu erhöhen, um den gestiegenen Sonderausgaben Rechnung zu tragen.*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 11-12

Aussagen-ID: 606

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Republikaner stehen für ein zukunftsorientiertes- und leistungsfähiges Gesundheitswesen, bei dem alle - unabhängig von Alter und sozialer Situation - die optimalste Gesundheitsversorgung erhalten. Wir vertreten das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zur Sicherung der soliden Finanzierung müssen endlich die enormen Leistungen, die für Menschen - die keine Zahlungen in den Solidaritätstopf leisteten (Zuwanderer, Aussiedler oder Kostenübernahme für Verwandte in Drittstaaten usw.) - über den Staatshaushalt abgewickelt werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderer; Aussiedler

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 13

Aussagen-ID: 607

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Republikaner wenden sich gegen Studiengebühren. Hochschulen sollen staatlich finanziert werden, um auch international konkurrenzfähig zu sein und um jedem seiner Qualifikation entsprechend beste Studienbedingungen bieten. Wir Republikaner fordern aber, dass lernunwillige Studenten – die selbstverschuldet die vom Staat finanzierten Semester mehr als einmal wiederholen – anteilig Studiengebühren zurückzahlen müssen.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

lernunwillige Studenten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 15

Aussagen-ID: 608

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Für uns Republikaner bedeutet Integration, dass jeder aktiv an seiner gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung zeitnah mitarbeitet. Integration muss als Bringschuld der Einwanderer gefordert werden. Um Migranten die gleichen Bildungschancen wie für Deutsche zu sichern, ist verpflichtend dafür zu sorgen, dass alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Einwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 15

Aussagen-ID: 609

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Flüchtlingen und Einwanderern, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten, aber die Kultur und die europäische Lebensart durch Integrationsverweigerung ablehnen, soll das Aufenthaltsrecht entzogen werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Flüchtlinge; Einwanderer; Integrationsverweigerung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

die Kultur; die europäische Lebensart

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 15

Aussagen-ID: 610

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- Ein Assimilationstest ist zwingend notwendig, um Integration zu gewährleisten.
- Ergeben die Tests nach 18 Monaten Aufenthalt sprachlich und kulturell ersichtliches Desinteresse an einer Mitarbeit zur Integration, muss eine Ausweisung erfolgen.
- Ebenso sofortige Ausweisung nach rechtsgültiger Verurteilung wegen bei uns begangener Straftaten.
- Dazu ist die Eintragung in ein länderübergreifendes Bundesdatenregister erforderlich.
- Die Republikaner unterstützen die freie Religionsausübung und das Recht, eigene Gebetsräume zu errichten, mit der Einschränkung, dass Bauwerke unserer abendländischen Kultur angepasst werden.
- Das Kommunalwahlrecht darf nur bei uns lebenden EU Bürgern vorbehalten bleiben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

abendländischen Kultur

Zeitraumen: vage
Quelle: DE_REP_Wahlpro2013
Seite: 16

Aussagen-ID: 611

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Menschen mit Migrationshintergrund, die sich mit Deutschland identifiziert und sich in unsere Kultur und Lebensart eingebracht haben und damit ihre Assimilierung bestätigen, sollen alle Rechte und Möglichkeiten nach den Maßgaben der in unserem Land geborenen Bürger offenstehen. Wir sind für die Schaffung gesetzlicher Voraussetzung zur Abschiebung militanter und gewaltbereiter Religionsfanatiker (Hassprediger) in deren Herkunftsländer.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

militante und gewaltbereite Religionsfanatiker (Hassprediger)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

unsere Kultur und Lebensart

Zeitraumen: vage

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 16

Aussagen-ID: 612

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Abbildung (Plakat): Bei der Abbildung handelt es sich um eine Fotomontage des Reichstagsgebäudes in Berlin, dem vier Minarette und eine Kuppeldekoration aufgesetzt wurden. Vor dem Gebäude wurde eine Menschenmenge durch Bildmanipulation simuliert, in die auch zwei Nationalflaggen der Türkei platziert wurden. Darunter befindet sich das Parteologo und folgender Text: „Die Republikaner. Demokratische Rechte.“

Abbildung (Text): „Nein zur Islamisierung - Ja zu Freiheit und Demokratie. Fakten und Argumente. Berlin 2030 - das geht schneller, als Sie denken!“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Islamisierung; Türkei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Reichstagsgebäude 1894; Im Logo der Partei: Farben der Bundesflagge (GG, Art. 2/1949/1990)

Zeitraumen: 1894; 1949/1990; 2030

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 16

Aussagen-ID: 613

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern müssen bessere Eingriffsbefugnisse bekommen, um verstärkt den Datentransfer nach demokratischen Maßstäben frei und unabhängig zu sichern. In den sozialen Netzwerken muss die freie Meinungsäußerung unantastbar bleiben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Recht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 5/GG 1949)

Zeitraumen: 1949

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 16

Aussagen-ID: 614**Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Die Republikaner fordern zur Verbesserung der Prävention gegen Straftäter - analog zur Gewerkschaft der Polizei - wieder die Aufschlüsselung der Jahresstraftatstatistik in von Ausländern begangene Straftaten, Personen mit Migrations-Hintergrund und Deutschen ohne Migration. Der immer weiter zunehmende politische Druck auf unsere Rechtsprechung muss - um die Unabhängigkeit unserer Richter zu garantieren - von der Öffentlichkeit bekämpft werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Personen mit Migrations-Hintergrund

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 17**Aussagen-ID: 615****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

- *Für Kinder und Jugendliche fordern die Republikaner ein besseres Heranführen an Kunst und Kultur, um sie mit altersgerechten Angeboten für kulturelle Einrichtungen zu interessieren.*
- *Die Republikaner werden eine Gesetzesvorlage einbringen, die Aufgaben und Finanzierung öffentlicher Bibliotheken sichert und regelt.*
- *Republikaner werden sich für die Belange heimischer Künstler einsetzen, um unsere in Jahrhunderten gewachsene heimatliche Kultur zu sichern.*
- *Für den Erhalt unseres Brauchtums und des Geschichtsbewusstseins müssen projekt- bezogene Förderungsmittel über die Haushalte eingestellt werden.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

heimatliche Kultur; Brauchtum und Geschichtsbewusstsein

Zeitrahmen: vage**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 17**Aussagen-ID: 616****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Einseitige politische Beeinflussungen und Wertungen demokratischer Parteien muss an den Schulen untersagt werden, um den Schülern ein eigenes Meinungsbild zu ermöglichen. Klassen müssen nach Leistungsbefähigung ausgerichtet werden, um die Durchschnittsschüler nicht am Erreichen der Lernzielsetzung zu behindern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einseitige politische Beeinflussung und Wertung demokratischer Parteien an Schulen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** DE_REP_Wahlpro2013**Seite:** 19**Aussagen-ID: 617****Partei:** Die Republikaner**Aussage:**

Abbildung (Plakat): Die Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus der Parteizeitung „Neue Republik“. Zu sehen ist ein unvollständig abgebildetes Kind von hinten (Bildausschnitt: untere Körperhälfte). Nur der Rücken, die Beine und die Schultasche sind zu sehen. Das Kind trägt ein Jeans, rote Sportschuhe, eine rosafarbene Jacke und eine rote Schultasche. Es

steht vor dem Eingang eines Gebäudes (vermutlich einer Bildungsanstalt).

Abbildung (Text): „Vorsicht, Bildungsideologien! Gemeinschaftsschule, Ganztagschule, Inklusion - unser Schulsystem wird zum Dauer-Versuchsbaukasten für linke Bildungsexperimente degradiert. Hintergründe auf Seite 3.“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Bildungsideologien; Gemeinschaftsschule; Ganztagschule; Inklusion; linke Bildungsexperimente

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 19

Aussagen-ID: 618

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Wir Republikaner sehen Deutschland eingebunden in das christliche Abendland. Unsere Religionen, unser Glaube und unsere christliche Kultur müssen durch den Staat geschützt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus zu bekunden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

das christliche Abendland; christliche Kultur; Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (GG/1949 bzw. Artikel 18/AEMR/1948)

Zeitraumen: vage; 1948/1949

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 21

Aussagen-ID: 619

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Der Artikel 18 der Menschenrechte beschreibt prägnant den politischen Grundsatz der Republikaner.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18/AEMR/1948)

Zeitraumen: 1948

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 21

Aussagen-ID: 620

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- Das Menschenrecht der Religionsfreiheit ist für uns ein sehr hohes, zu schützendes Gut. Republikaner sehen keine allgemein gültige Religionsdefinition. Das bedeutet, dass dieses Thema immer einer besonderen Sorgfaltspflicht bedarf.
- Unser Verständnis der verschiedenen Religionen differiert in der eigenen Historie einer jeden Religion und zwischen den verschiedenen Religionen.
- Religionsfreiheit und deren Ausübung ist nach unserem Verständnis eine konsequent zu schützende Privatangelegenheit, in der ein Gläubiger nach seiner Religion leben kann, ohne die demokratischen Rechte anderer zu verletzen.
- Differenziert dazu sehen wir Republikaner das muslimische Religionsverständnis, das in vielen Punkten mit unserer demokratischen Grundordnung und Verfassung nicht vereinbar ist.
- Der Islam versteht sich als ganzheitlich – und zwar in einem für uns Westeuropäer ausgesprochen negativen Sinne. Ein fundamentalistischer Muslim sieht seine Religion keineswegs als Privatangelegenheit, sondern als verbindliche - und mit Gewalt durchzusetzende - Richtschnur für alle.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

muslimisches Religionsverständnis; Islam; fundamentalistische Muslime

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18/AEMR/1948)

Zeitraumen: 1948

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 21

Aussagen-ID: 621

Partei: Die Republikaner

Aussage:

- *Konsequent befürwortet er die Errichtung eines Gottesstaates unter dem Diktat Allahs.*
- *Nach ihrer Interpretation hat sich alles nach der Scharia zu richten. Deshalb lehnen wir jede Art von staatlicher Unterstützung zum Nutzen der Ausbreitung der gegenüber Nicht-Muslimen intoleranten Philosophie mit Entschiedenheit ab.*
- *Nicht nur die demokratiefeindlichen Suren, sondern auch die Zitate der heutigen gewählten Führer sind entlarvend. Aussagen z.B. Beispiel Erdogan: Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufsteigen bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.*
- *Es gibt noch viele weitere entlarvende Aussagen, wie: Demokratie ist wie eine Straßenbahn. Wenn du an deiner Haltestelle angekommen bist, steigst du aus.*
- *Die Prinzipien des Islam sind denen der Menschenrechte und der Glaubensfreiheit zum großen Teil diametral entgegengesetzt und verstoßen deshalb gegen die Glaubensfreiheit Andersgläubiger.*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Diktat Allahs; Scharia; demokratiefeindliche Suren; (Recep) Erdogan; Islam

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Person

Zitat von Recep Erdogan 1998

Zeitraumen: 1998

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 21

Aussagen-ID: 622

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Umsetzung unserer Forderung, sich mit dem Islam offen und zur Aufklärung unserer Gesellschaft ohne Illusionen auseinanderzusetzen, um die schleichende Einführung der menschenverachtenden Scharia in unserem Land zu verhindern, ist einer unserer Programmpunkte zum Thema Religion und Religionsfreiheit.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scharia; Islam

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 21

Aussagen-ID: 623

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes müssen dringend modifiziert werden. Eine Zusammenarbeit/Mitarbeit mit rechten, linken oder religiösen und anderweitig unsere Gesellschaft gefährdenden ideologischen Gruppen muss unter allen Umständen verhindert werden. Der bisher praktizierte Einsatz - nach Gutdünken der Regierenden in vielen Fällen mit selbstgestrickten Erkenntnissen getätigten Veröffentlichungen zum Schutz der etablierten Parteien muss - um den Verfassungsschutz wieder glaubwürdig zu machen - ein Ende gesetzt werden. Staatsorgane, die direkt oder indirekt in

Terrorplanungen oder deren Umsetzung beteiligt waren, müssen mit den Tätern vor Gericht gestellt werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ideologische Gruppen; etablierte Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 22

Aussagen-ID: 624

Partei: Die Republikaner

Aussage:

Abbildung (Bild): Die Fotografie zeigt das Brandenburger Tor von vorne. Davor eine versammeln sich Menschen. Auf dem Boden liegen Regenschirme, die mit Parolen versehen wurden. Ganz vorne im Bild sind zwei Polizisten von hinten zu sehen, die in Richtung Versammlung bzw. Brandenburger Tor blicken. Bei einem ist der Schriftzug: POLIZEI 14200 am Rücken der Uniform aufgenäht, darunter drei weiße Punkte.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie: nein

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Orte

Brandenburger Tor (Architekt: Carl Gotthard Langhans; 1788-1791); Quadriga (Entwurf: Johann Gottfried Schadow; 1793); das eigentliche Ereignis auf dem Foto bleibt unbekannt;

Zeitrahmen: 1788/91/1793

Quelle: DE_REP_Wahlpro2013

Seite: 22

Datensätze zur „Schweizerischen Volkspartei“

Aussagen-ID: 625

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Unser Programm ist in allen Punkten auf dieses Ziel ausgerichtet.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Primordialismus; Essentialismus

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 5

Aussagen-ID: 626

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

*Konkret heisst dies, dass wir uns einsetzen für
eine demokratische und eigenständige Schweiz, damit Sie auch morgen noch das Sagen haben;
eine vielfältige, freie und weltoffene Schweiz, die sich nicht auf die EU fixiert;
mehr Arbeitsplätze durch weniger Vorschriften und weniger Bürokratie, damit Gewerbe und Wirtschaft florieren können;
mehr Geld für Ihr Portemonnaie durch weniger Steuern, Abgaben und Gebühren;
weniger teuren Aktivismus des Staates und damit weniger Schulden und tiefere Schuldzinsen;
mehr Sicherheit im Alltag und in Zukunft durch eine konsequente Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus;
weniger Asylrechtsmissbrauch und Zuwanderung zum Sozialsystem;*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminalität; Terrorismus; Asylrechtsmissbrauch; Zuwanderung zum Sozialsystem

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 5

Aussagen-ID: 627

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

*gesunde Nahrungsmittel und günstige Energie aus einheimischer Produktion;
eine leistungsorientierte Bildungspolitik, damit Jung und Alt auf dem internationalen Arbeitsmarkt wieder zu den Besten gehören;*

die Sicherung der Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs;

tieferer Krankenkassenprämien durch eine Entschlackungskur für unser Gesundheitssystem;

bessere Verkehrsinfrastrukturen, damit Sie nicht im Stau stecken bleiben;

den Schutz des Lebens und der traditionellen Familie als Kern der Gesellschaft.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Missbrauch der Sozialwerke

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 5

Aussagen-ID: 628

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Im Mittelpunkt des Fotos steht Ueli Maurer vor dem Hintergrund in einer alpinen Landschaft und blickt in die Kamera. Er scheint eine Rede zu halten. Vor hellblauem Himmel, umfasst er ein steinernes Podium. Zwei Mikrophone wurden vor ihm aufgestellt. Auf dem Felsen/Podium ist das Parteilogo angebracht. Mit weißen Buchstaben auf grünem Hintergrund steht „SVP/UDC“ (Unione democratica di centro/Union Démocratique du Centre). An beiden Mikrofonen wurde die Schweizer Bundesfahne angebracht. Eine weitere großformatige Bundesfahne befindet sich links vom Podium. Rechts davon ist weißes Transparent zu sehen. Darauf ist der Schriftzug „Qualita Svizzera“ zu erkennen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: nein**Feindbild/Bedrohung:** nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Symbol; Person

Schweizer Bundesfahne (Bundesverfassung 1848/1874/1999); Person: Ueli Maurer

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 6

Aussagen-ID: 629

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Als Bürgerin und Bürger fragen Sie sich mit Recht: Welche Politik bringt mir am meisten Nutzen? Die SVP meint: eine Politik, die Ihnen ein anständiges Leben in angemessenem Wohlstand ermöglicht, die dafür sorgt, dass Sie eine Beschäftigung haben und ein Dasein in grösstmöglicher Sicherheit und Freiheit führen können. Die SVP ist überzeugt, dass Sie ein persönliches Glück in Ihrem Zuhause, in Ihrer Familie, in Ihrem privaten Umfeld, an Ihrem Arbeitsplatz verdient haben. Wir sind überzeugt, dass das grösstmögliche Glück neben dem persönlichen Zuhause auch eine überschaubare Heimat, unseren Kleinstaat, unsere Schweiz erfordert.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 6

Aussagen-ID: 630

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Bundesrat hat dank dem Druck der SVP sein langjähriges «strategisches Ziel» des EU-Beitritts endlich fallen gelassen und spricht heute nur noch von einer «längerfristigen Option». Dies ist eine wichtige Stärkung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Neutralität unseres Landes. Die Landesregierung hat erkannt, dass es neben Brüssel und der EU amerikanische und asiatische Märkte im Wettbewerb gibt, die sich weit dynamischer entwickeln und gegenüber welchen die Schweiz ebenso offen sein muss. Die SVP wird aber weiterhin die Augen offen halten müssen, um zu verhindern, dass unser Land doch noch durch die Hintertür in die EU geführt wird.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen

vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); EU-Beitrittsgesuch 1992

Zeitraumen: 1815-1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 6

Aussagen-ID: 631

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Bundesrat war endlich bereit, die Staatsausgaben zu überprüfen mit dem Ziel, diese bis zu 20 Prozent zu reduzieren. Bundesrat Schmid ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat im Verteidigungsdepartement die Ausgaben bereits seit Jahren konsequent zurückgefahren. Und Bundesrat Blocher hat in seinem Justiz- und Polizeidepartement gezeigt, dass es möglich ist, jährlich 266 Millionen einzusparen, ohne die Leistungen auch nur im Geringsten abzubauen. Ein griffigeres Asylgesetz macht die Schweiz für Scheinasylanten weniger attraktiv, so dass die Zahl der Asylbewerber und die entsprechenden Kosten erheblich gesenkt werden konnten. Ein neues Ausländergesetz sorgt dafür, dass die Schweiz ihren Handlungsspielraum bewahrt und sich nicht einfach durch eine Massenzuwanderung überrennen lässt.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinasylanten; Massenzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Ausländergesetz (AuG; Volksabstimmung vom 24.09.2006); Person: Bundesrat Samuel Schmid; Person: Bundesrat

Christoph Blocher

Zeitraumen: 2005/2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 6-7

Aussagen-ID: 632

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In andern Bereichen bleibt leider vieles im Argen. Die Ausgaben des Bundes steigen genau so kontinuierlich an wie die Schulden; wir leben nach wie vor mit der Kreditkarte unserer Kinder. Die Sozialausgaben explodieren ebenso wie die Gesundheitskosten. Die Altersvorsorge ist nicht gesichert, die Invalidenversicherung erweist sich als Fass ohne Boden. Die jährlichen Defizite allein der Bahn betragen das Doppelte der Ausgaben für die Landwirtschaft. Wir leisten uns eine viel zu teure Aussen- und Entwicklungshilfepolitik. Wir sehen uns herausgefordert durch immer neue Begehrlichkeiten der fordernden Linken und der willfähigen Mitteparteien, betreffe dies die staatliche Beteiligung an Krippenplätzen, die «Harmonisierung» der Familienzulagen, den Ausbau der bestehenden Sozialwerke usw. Alles wird als gratis angepriesen, obwohl es einfach andere bezahlen.

Distinktionsmerkmale: exklusiv; diskriminierend; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

explodierende Sozialausgaben und Gesundheitskosten; Staatsverschuldung; die fordernde Linke und willfähige Mittepartei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 633

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Arbeiten Sie? Haben Sie etwas Geld zur Seite gelegt? Wollen Sie auch später noch etwas von Ihrem Ersparten? Dann müssen Sie SVP wählen! Denn die Linken haben es auf Ihren Lohn und Ihr Bankkonto abgesehen. Mit Prämien, Zwangsabgaben, Gebühren und Bussenabzockerei. Die SP plant eine ganze Reihe neuer Steuern: weitere Lohnprozente von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern, Erbschaftssteuer, Kapitalgewinnsteuer, Abgaben auf Strom, Luxussteuer, Schenkungssteuer. Dabei müssen wir heute schon mehr als die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben arbeiten. So gehen Konkurrenzfähigkeit, Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand verloren. Und wenn die SP ihr Ziel des EU-Beitritts erreicht, zahlen alle Schweizer doppelt so viel Mehrwertsteuer. Für eine vierköpfige Familie hiesse dies 10 000 Franken mehr als heute! Doch dies kümmert die Linken nicht. Als Umverteilungsaristokraten haben sie sich längst im halb- oder ganzstaatlichen Speckgürtel installiert und lassen es sich gut ergehen. Sie leben nicht für das Land, sondern vom Land und seinen Steuerzahlern.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken; die SP (Sozialdemokratische Partei Schweiz); neue Steuern (siehe Aussage); EU-Beitritt; Umverteilungsaristokraten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 634

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP vertritt die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur. Sie setzt sich ein für die Interessen der Leistungswilligen, der Tüchtigen, derjenigen, die sich bemühen, ihren Beitrag zu leisten. Für Frauen und Männer, die wissen, wo das Geld verdient wird. Für Bürgerinnen und Bürger, die alles daran setzen, für sich und ihre Familien zu sorgen, die in Eigenverantwortung leben statt auf Kosten der Steuerzahler. Die Linken dagegen vertreten die Staatsprofiteure, Umverteiler und Sozialschwätzer. Bei den Wahlen vom Herbst 2007 entscheidet der Souverän, welche der beiden Bevölkerungsgruppen besser in Regierung und Parlament vertreten sein soll. Sie können sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit entscheiden. Oder aber für Armut, Schuldenwirtschaft und Wirtschaftstotenstille. Sie haben die Wahl!

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken; Sozialschwätzer; Armut, Schuldenwirtschaft und Wirtschaftstotenstille

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

christlich-abendländischen Kultur

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 7

Aussagen-ID: 635**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz ist ein liberaler Staat mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten, aussenpolitisch neutral, dauernd bewaffnet, nach innen föderalistisch ausgerichtet. Unsere geistige Klammer ist ein Patriotismus, der sich nicht an einer einheitlichen Kultur oder Sprache orientiert, sondern an der gemeinsamen Geschichte und dem Bekenntnis zum politischen Sonderfall Schweiz, der diesen Vielkulturenstaat durch seine freiheitliche Ordnung erst möglich machte. Wenn sich diese Überzeugung auflöst oder wenn eine ihrer Säulen (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität) zerstört wird, ist die Schweiz als Ganzes in ihrer Weiterexistenz gefährdet.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Gefährdung der Weiterexistenz**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Patriotismus; gemeinsamen Geschichte; vier Säulen der Schweiz (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität); Sonderfall Schweiz;

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 8**Aussagen-ID: 636****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Unser Staat ist im Gegensatz zu fast allen Staaten Europas nicht durch Fürsten oder Könige erobert oder zusammengeschweisst worden. Er ist vielmehr aus einem freiwilligen Zusammenschluss autonomer und sehr unterschiedlicher «Völker» – wie es in der früheren Bundesverfassung noch hiess – entstanden.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ

Fürsten oder Könige; frühere Bundesverfassung (Bundesvertrag von 1815 und Verfassungen von 1848, 1874 und 1999)

Zeitrahmen: vage; 1815/1848/1874/1999**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 8**Aussagen-ID: 637****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Kantone haben sich im Laufe von Jahrhunderten zu einer föderalen Schweiz zusammengeschlossen. Die Schweizer wollten so ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit sichern und für ihr eigenes Wohlergehen sorgen. In der Willensnation Schweiz ist der Föderalismus der einzige Weg, die Einheit zu leben. Und weil der Föderalismus wesensnotwendig für unser Land ist, gilt es, Sorge dazu zu tragen. Der Föderalismus gewährt die höchstmögliche direktdemokratische Mitbestimmung in überschaubarem Raum. Er verhindert eine Zentralmacht, die über den Kopf der Bürger hinweg regiert. Der Föderalismus ist aber auch ein wirtschaftliches Erfolgsrezept, indem er den Wettbewerb fördert. Je kleinräumiger die politische Einheit ist, desto besonnener wirtschaftet sie. Die kommunalen Finanzen sind in der Regel gesünder als die kantonalen und diese wiederum gesünder als die eidgenössischen. Das dezentrale beziehungsweise föderalistische System ist dem zentralistischen Aufbau überlegen.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zentralmacht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Zusammenschluss im Laufe von Jahrhunderte

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 8

Aussagen-ID: 638

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsbürger Bürger im vollen Sinne sind.» (Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen, 1905)

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Jacob Burckhardt (Zitat aus Weltgeschichtliche Betrachtungen 1905)

Zeitraumen: 1905

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 9

Aussagen-ID: 639

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die bisherige Geschichte hat gezeigt, dass ein unabhängiger, föderalistischer, direktdemokratischer Staat auf der Basis einer liberalen Wirtschaftsordnung den Menschen Wohlstand, Freiheit und Sicherheit bieten kann. Das zeigen über 150 Jahre Frieden und Wohlergehen. Die Schweiz ist nach wie vor eines der reicheren Länder der Welt, aber sie hat die Spitzenposition eingebüsst, weil ein schlechend ausgebauter Sozial- und Umverteilungsstaat die Selbstverantwortung des Einzelnen zunehmend untergräbt. Die teilweise Abkehr vom Sonderfall hat der Schweiz jedenfalls keine Vorteile gebracht.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

bisherige Geschichte; 150 Jahre Geschichte; Sonderfall Schweiz;

Zeitraumen: vage;

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 9

Aussagen-ID: 640

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Werte wie Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss stehen traditionell für das Wesen der Schweizerinnen und Schweizer. Diese Werthaltung prägte und prägt auch die schweizerischen Produkte und Dienstleistungen, die unter dem Begriff «Schweizer Qualität» überall in der Welt geschätzt werden. Leider ist man in den letzten Jahren von dieser Schweizer Qualität zunehmend abgewichen, sei es in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft. An ihre Stelle trat der selbstgefällige Drang nach Prestige, Pomp und grossen Auftritten. Beides verträgt sich schlecht mit der Schweizer Qualität. Denn die Qualität unseres Kleinstaates und seiner Bevölkerung besteht nicht in glanzvollen Auftritten, vollmundigen Belehrungen und einem beeindruckenden «Image». Wir kennen weder Königspaläste noch Reiterstandbilder oder Seehelden auf Riesensäulen. Aber den zuverlässigen, fleissigen und ehrlichen Schweizern haben sich seit je überall in der Welt Türen geöffnet – weniger die prunkvollen Hauptportale als vielmehr die nützlicheren Lieferanteneingänge.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol; Praxis/Ritual

seit je: Schweizer Werthaltung (Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss); Schweizer Qualität; Negation

von Königspalästen, Reiterstandbildern oder Seehelden auf Riesensäulen

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 9

Aussagen-ID: 641**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Abbildung (Fotografie): Die Fotografie zeigt ein rotes, aufgefächertes „Schweizermesser“ auf blauem Hintergrund.***Distinktionsmerkmale:**

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Symbol

das Schweizermesser; Schweizer Bundesfahne (Bundesverfassung 1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 9**Aussagen-ID: 642****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Abbildung (Fotografie): Südfassade des Bundeshauses in Bern (Schweizer Parlamentsgebäude).**Abbildung (Text): „Die Geschichte der Schweiz spiegelt sich in der Architektur des Bundeshauses wider.“***Distinktionsmerkmale:**

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Datum/Epoche; Symbol; Orte

Bundeshaus in Bern (Curia Confoederationis Helveticae; Bauzeit: 1894-1902; Architekt: Hans Wilhelm Auer)

Zeitraumen: 1894-1902**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 10**Aussagen-ID: 643****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die Schweiz hat nie einen eigenbrötlerischen «Alleingang» in absolutem Sinn beschritten. Sie war nie losgelöst von ihrem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld. Handel, Austausch, Verträge, ja Partnerschaften bestimmten seit jeher unser Land und seine Beziehungen zu andern Staaten. Doch trotz aller Verflechtungen hat die Schweiz das Prinzip der Souveränität bislang niemals preisgegeben. Seit 1848 stand fest, dass nur der Nationalstaat als massgebende politische Einheit Sinn macht. Der Weg der Freiheit und Unabhängigkeit wurde nicht verlassen.***Distinktionsmerkmale:**

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesverfassung 1848/1874/1999

Zeitraumen: 1848/1874/1999**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 10**Aussagen-ID: 644****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***«Vielleicht entschliessen wir uns doch, dass wir nichts anderes wollen als diesen kleinen Staat: Ein festes Haus, mit offenen Türen gegen die Nachbarn, mit weiten Fenstern gegen die Welt hin. Dann kann der Kleinstaat bestehen, wenn er das ist: fest und offen!» (Prof. Dr. Karl Schmid: Gedanken über unseren Kleinstaat, 1964)***Distinktionsmerkmale:**

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Prof. Dr. Karl Schmid (Zitat aus Gedanken über unseren Kleinstaat, 1964);

Zeitrahmen: 1964

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 10

Aussagen-ID: 645

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Fähigkeit zur politischen Problemlösung ist und bleibt an handlungsfähige Nationalstaaten gebunden. Nur sie verfügen über die nötigen materiellen, personellen, finanziellen und auch militärischen Ressourcen. Die jüngsten weltpolitischen Krisen sprechen eine deutliche Sprache: In der Not spielen sofort – gerade auch in Europa – die nationalen Reflexe. Obwohl die Problemlösungsfähigkeit allein bei den Nationalstaaten läge, sind die EU-Instanzen bestrebt, möglichst viel Macht und Kompetenz auf sich zu vereinigen. Dieser Ausbau der Zentralgewalt geht nur auf Kosten der Demokratie, also der Mitbestimmungsrechte der einzelnen Bürger, sowie auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten. Für die Schweiz hiesse ein EU-Beitritt die Preisgabe der Unabhängigkeit, des Föderalismus und der Volksrechte – und damit der Verlust von drei Säulen unseres Sonderfalls. Neuerdings strebt die EU auch eine gemeinsame Armee an. Damit würde der EU-Beitritt auch den Beitritt zu einem künftigen Militärbündnis und damit den Verlust der vierten Säule unseres Sonderfalls, der dauernd bewaffneten, immerwährenden, integralen Neutralität, bedeuten.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Instanzen; EU-Beitritt; EU-Armee

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); vier Säulen der Schweiz (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität); EU-Beitrittsgesuch 1992; Sonderfall Schweiz;

Zeitrahmen: vage; 1815-1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 10-11

Aussagen-ID: 646

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Kein Nachbar ist angenehmer als die Schweiz, für die es ein Grundsatz ist, ihr Eigentum zu schützen, nichts Fremdes zu erstreben und lieber zu nützen als zu schaden.» (Samuel Freiherr von Pufendorf: Die Verfassung des Deutschen Reiches, 1667)

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Symbol; Person

Samuel Freiherr von Pufendorf (Zitat aus Die Verfassung des Deutschen Reiches, 1667)

Zeitrahmen: 1667

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 11

Aussagen-ID: 647

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

bekannt sich zum schweizerischen Sonderfall mit den vier Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie und immerwährende, integrale, bewaffnete Neutralität;

widersetzt sich den Versuchen von eigennützigen Politikern und der Verwaltung, den Sonderfall unter dem Vorwand von Integration und Harmonisierung preiszugeben;

will einen handlungsfähigen Bundesstaat als bestes Mittel zur Lösung politischer Probleme.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

eigennützige Politiker

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

vier Staatssäulen (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität); Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris

vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der

Bundesverfassung); Sonderfall Schweiz;

Zeitrahmen: vage; 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 11

Aussagen-ID: 648

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Auf dem Foto sind sieben Wappen zu sehen. Zwei davon sind aufgrund des Bildausschnitts und der Perspektive nicht eindeutig zu erkennen. Deutlich zu sehen ist die Nationalflagge der Schweiz, links davon das Wappen von Genf, rechts die Wappen von Nidwalden, Bern und Thurgau.

Abbildung (Text): „Der Föderalismus bringt Bürgernähe und tiefere Staatsausgaben.“

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol

Schweizer Bundesfahne (Bundesverfassung 1848/1874/1999); weitere Wappen: Genf, Schaffhausen; Nidwalden, Bern und Thurgau

Zeitrahmen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 11

Aussagen-ID: 649

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

widersetzt sich der internationalen Einmischung in die innerschweizerischen Angelegenheiten und das föderalistische System der Schweiz;

fordert, dass sich Bundesrat und Verwaltung nicht in Abstimmungskämpfe einmischen;

bekämpft die Zentralisierungstendenzen und den Ausbau der Aufgaben des Bundes;

lehnt die von oben verordnete Gemeindefusion ab; verteidigt die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger;

fordert die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch die Aufhebung der Rassismus-Strafnorm sowie durch die Abschaffung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationalen Einmischung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994); Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (1995)

Zeitrahmen: 1994; 1995

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 14

Aussagen-ID: 650

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP will eine unabhängige und selbstbewusste Schweiz. Wer keine Selbstachtung aufbringt, kann auch keine Achtung vom Gegenüber erwarten. Als echte Patrioten haben wir uns nie gescheut, die Vorzüge der Schweiz zu betonen und zu erhalten. Dazu gehören die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität, die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Gemeindeautonomie, die eigenständige Währung und die Steuerhoheit. Wir verstehen unter Aussenpolitik schweizerische

Interessenpolitik. Jedes vernünftige und erfolgreiche Land hält es so. Darum hat die SVP schlecht ausgehandelte internationale Verträge immer wieder kritisiert.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 651

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Es wird zunehmend üblich, dass die Schweiz internationale Vorschriften und Konventionen übernimmt und mit dem Segen der Parlamentsmehrheit dem Volk die Mitsprache dazu entzogen wird – und zwar für alle Zeit. So wird der Föderalismus über internationale Konventionen fortlaufend ausgehebelt. Zu nennen sind beispielsweise die Konventionen zum Rassismus, zu den Rechten des Kindes, zum Recht auf Bildung, zu den Alpen usw. Nur wenn eine Konvention der politischen Mehrheit nicht passt, wie etwa im Drogenbereich, finden sich plötzlich Möglichkeiten, diese zu unterlaufen. Es ist Bestandteil unserer Demokratie, dass jeder Entscheid zu jedem Zeitpunkt wieder zur Diskussion gestellt werden und durch den Souverän allenfalls korrigiert werden kann. Auf dem Schleichweg über internationales Recht wird dieses Recht des Souveräns zunehmend ausser Kraft gesetzt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationale Vorschriften und Konventionen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

UN-Rassendiskriminierungskonvention (1965; Schweiz 1994/95); UN-Kinderrechtskonvention/UN-Konvention über die Rechte des Kindes (KRK/1989; Schweiz 1997); Alpenkonvention (1998; Schweiz 1999; zusätzliche Protokolle wurden durch die Schweiz, Italien und teilweise die EU noch nicht ratifiziert)

Zeitraumen: 1994-1995; 1989/1997; 1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 16

Aussagen-ID: 652

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Dank der SVP hat die Schweiz gegenüber der EU den bilateralen Weg eingeschlagen. Mit den jetzt bestehenden Verträgen sind nun alle wichtigen Dossiers mit der Europäischen Union geklärt. Damit ist der EU-Beitritt vom Tisch und sind weitere bilaterale Pakete, aber auch eine Annäherung in Form eines Rahmenvertrages, kein Thema. Wenn unsere Verwaltung weiterhin mit Feldstecher und Lupe nach Verhandlungsgegenständen sucht, schwächt dies unsere Position. Deshalb ist in Brüssel endlich Klarheit zu schaffen und das verhängnisvolle EU-Beitrittsge such von 1992 zurückzuziehen. Denn die EU hat sich in den letzten Jahren massiv verändert: Aus einer lockeren, vor allem der wirtschaftlichen Liberalisierung verpflichteten Gemeinschaft ist eine Art «Überstaat» entstanden mit dem Ziel der politischen Vereinigung und gemeinsamer Aussen-, Sicherheits- und Innenpolitik sowie mit Einheitswährung. Die EU hat sich rasant vergrössert und scheint ihre Grenzen nicht mehr zu kennen. Wohin führt Europa? Über den Bosphorus und den Ural hinaus? Gehören islamische Mittelmeerstaaten wie Marokko, Tunesien oder die Türkei auch zum «europäischen Raum»? Wo die EU enden soll, weiss keiner der Europa-Architekten so genau. Dies muss uns weiterhin kritisch stimmen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

verhängnisvoller EU-Beitrittsge such; Überstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

EU-Beitrittsge such von 1992

Zeitraumen: 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 17

Aussagen-ID: 653

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Zu sehen sind die Flaggen der Schweiz und der Europäischen Union vor dem Hintergrund des Wandgemäldes von Charles Giron "Wiege der Eidgenossenschaft" im Nationalratssaal des Parlamentsgebäudes (Bundeshaus).

Abbildung (Text): "Ausser der SVP streben mittelfristig alle Bundesratsparteien einen EU-Beitritt an. Im Nationalratssaal wird von diesen Parteien sogar bereits die EU-Fahne gleichberechtigt neben die Schweizerfahne gestellt. Die SVP lehnt einen EU-Beitritt konsequent ab und fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs."

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Symbol; Orte

Schweizer Bundeshaus (1894-1902); Wandbild von Charles Giron "Wiege der Eidgenossenschaft" (1902) im Nationalratssaal;

EU-Beitrittsge such von 1992

Zeitraahmen: 1894-1902; 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 17

Aussagen-ID: 654

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Zu sehen ist die Nordfassade der Curia Confoederationis Helveticae (Schweizer Bundeshaus) und ein Ausschnitt des davor liegenden Bundesplatzes. Vor dem Gebäude steht ein acht Meter hohes Pferd aus Holz, an dem eine blaue Fahne mit gelben Sternen und der Aufschrift "Schengen" befestigt ist. Das hölzerne Pferd ist auf den Eingang des Gebäudes ausgerichtet.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schengen-Assoziierungsabkommen (2008)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol; Orte

Bundesplatz/Bundeshaus (1894-1902); Trojanisches Pferd "Schengen" auf Tournee (2005);

Zeitraahmen: vage; 1894-1902; 2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 18

Aussagen-ID: 655

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz muss auch gegenüber der EU wettbewerbsfähig bleiben. Das Nachlaufen, Nachäffen und Nachvollziehen war noch nie ein Erfolgsrezept unseres Landes. Wir wollen unsere Probleme eigenständig lösen und brauchen darum unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat. Wer glaubt, wir könnten unsere innenpolitischen Probleme mit einem EU-Beitritt besser bewältigen, ist auf dem Holzweg. Denn die EU-Staaten haben keine einzige jener Aufgaben bewältigt, die wir angeblich nur mit Hilfe dieser Union lösen können: Schuldenwirtschaft, Arbeitslosigkeit, schleppendes Wachstum, wirtschaftliche Liberalisierung, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität, Asylmissbrauch und Masseneinwanderung. Eine EU-Mitgliedschaft würde schwere Nachteile mit sich bringen: weniger Lohn, höhere Zinsen, höhere Mieten und Hypothekarzinsen, zusätzliche Mehrwertsteuern, Prämien und Abgaben. Dazu kämen Nettozahlungen nach Brüssel in Milliardenhöhe, politischer Euro statt stabiler Franken, Verlust des Bankkundengeheimnisses mit gravierenden Folgen für den Finanzplatz. Staatspolitisch bedeutete ein EU-Beitritt die fast vollständige Preisgabe der Selbstbestimmung. Die vier Säulen unserer politischen Identität – Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte und immerwährende, integrale, bewaffnete Neutralität – müssten preisgegeben werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Brüssel; EU-Beitritt; Schuldenwirtschaft, Arbeitslosigkeit, schleppendes Wachstum,

wirtschaftliche Liberalisierung, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität, Asylmissbrauch und Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

vier Säulen der Schweiz (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität); EU-Beitrittsgesuch 1992; Bankkündengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35)

Zeitraumen: vage; 1934/35; 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 18-19

Aussagen-ID: 656

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Das Foto zeigt eine Person, die ein weißes Schild mit der blauen Aufschrift „Suche Arbeit“ vor ihr Gesicht hält. Bis auf die Aufschrift ist das Bild unscharf, so dass die Person nicht zu erkennen ist.

Abbildung (Text): „In der EU ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als in der Schweiz.“

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Arbeitslosigkeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 19

Aussagen-ID: 657

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität bietet nach wie vor die beste Überlebensstrategie für einen Kleinstaat. Sie schützt uns vor Kriegsbegeisterung, Medienmanipulation, voreiliger Parteinahme und Nachgeben unter Druck. Sie setzt den Wünschen der Eliten nach Grösse, Medienauftritten, Applaus und Ruhm enge Grenzen. Sie erlaubt uns unparteiische Hilfe, wo sie wirklich gebraucht wird. Die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität bietet uns im Zeitalter des internationalen Terrorismus die grössere Sicherheit als die Politik einer ständigen Einmischung. Darum macht diese bewährte Staatsmaxime unsere Welt ein Stück friedlicher und darf nicht leichtfertig aufgegeben werden. Aber sie braucht standfeste, selbstbewusste und intelligente Politiker, Diplomaten und Militärs. Im Gegensatz zu den andern Parteien hat sich die SVP in den letzten Jahren entschieden für die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität stark gemacht. Sie ist zur eigentlichen Neutralitätspartei geworden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eliten; Terrorismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 20

Aussagen-ID: 658

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Milliardenkosten unserer Beziehungen zum Ausland werden unter den Begriffen von «Öffnung», «Gerechtigkeit» und «internationale Solidarität» weitgehend der Diskussion entzogen. Dabei zeigt ein Rückblick auf Jahrzehnte der Entwicklungshilfe, dass die Milliarden keinen nachhaltigen Effekt brachten. Vielmehr sind zahllose Mittel in die Hände korrupter Regierungen gewandert, die alles Interesse haben, die Entwicklung des Landes nicht zu fördern, um so zu weiteren Zahlungen in ihre Tasche zu kommen. Beträchtliche Teile der Entwicklungshilfe und damit unserer Steuergelder fliessen zudem in die Bürokratie internationaler Hilfsorganisationen. Entwicklungshilfe fördert oft bloss die Politisierung der Wirtschaft, denn statt zu produktiver Tätigkeit führt sie zum Verteilungskampf um die Hilfsgüter. Regelmässig eintreffende Gelder aus dem Ausland zementieren bei den Empfängern eine fatalistische Nehmerhaltung und verhindern, dass die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die Schweiz wäre wahrscheinlich noch heute ein Entwicklungsland, wenn sie sich als einstiges «Armenhaus von Europa» auf Hilfsgüter von aussen hätte verlassen können. Ziel muss es sein, Hilfe zur

Selbsthilfe und damit zur künftigen Eigenständigkeit zu leisten. Die SVP verlangt deshalb, dass sowohl die Zahlungen an internationale Organisationen wie an die Entwicklungshilfe weit kritischer als bisher überprüft werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

korrupte Regierungen;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

Jahrzehnte der Entwicklungshilfe; einstiges «Armenhaus von Europa»

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 20

Aussagen-ID: 659

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert eine weltoffene Aussenpolitik, die dem Interesse der eigenen Bevölkerung dient;

fordert eine Abkehr vom einseitigen Aktivismus, der die bewährte Staatsmaxime der integralen, immerwährenden und bewaffneten Neutralität gefährdet;

fordert, dass die besondere Prägung der schweizerischen Neutralität (integral, immerwährend und bewaffnet) als oberste Maxime der schweizerischen Aussenpolitik in der Bundesverfassung verankert wird;

lehnt eine institutionelle Bindung der Schweiz an die EU (Rahmenvertrag) ebenso wie einen Beitritt ab und verlangt den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs;

fordert grösstmögliche Zurückhaltung bei der Übernahme internationaler Rechtsbestimmungen, verbunden mit einer genauen Prüfung, ob deren Vereinbarkeit mit der schweizerischen Rechtsordnung gewährleistet ist;

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); Bundesverfassung

(1848/1874/1999); EU-Beitrittsgesuch (1992)

Zeitraumen: 1815-1999; 1848-1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 21

Aussagen-ID: 660

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

fordert eine Ausweitung des Staatsvertragsreferendums;

widersetzt sich jeglichem Automatismus bezüglich Personenfreizügigkeit bei der Aufnahme neuer Mitgliedländer in die Europäische Union;

verlangt eine rigorose Überprüfung der Effizienz unserer Entwicklungshilfe;

fordert, dass die Entwicklungshilfe von der Kooperationsbereitschaft der Empfängerstaaten abhängig gemacht wird.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Staatsvertragsreferendum (Fakultatives Staatsvertragsreferendum/eingereicht 2004); Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002; 2004

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 21

Aussagen-ID: 661**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Die USA, Deutschland und die Schweiz sind im Grunde sozialistische Länder. (...) Wenn der Staat über die Besteuerung und Umverteilung fast 50 Prozent der Einkommen kontrolliert, bedeutet das, dass er fast die Hälfte der Ressourcen der Produkte und der Dienstleistungen kontrolliert. Ich nenne das Sozialismus, und Sie?» (Nobelpreisträger Milton Friedman, «Facts», 18. 6.1998)

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Milton Friedman (Zitat aus Facts, 18. 6.1998)

Zeitraumen: 1998**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 24**Aussagen-ID: 662****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Leistung muss sich wieder lohnen. Das heutige Steuersystem bestraft den leistungswilligen Mittelstand. Die starke Progression belastet diesen am stärksten, und immer wieder werden neue Gebühren erhoben, die vor allem diesen Bevölkerungsteil treffen. Der Mittelstand trägt damit die Hauptlast der steigenden Staatsquote. In keinem Industrieland der Welt ist die Staatsquote seit 1990 so angewachsen wie in der Schweiz. Die Fiskalquote (das Verhältnis zwischen allen Steuereinnahmen und dem Bruttoinlandprodukt) war in der Folge im Jahr 2004 bereits höher als diejenige von den USA und Japan. In der Schweiz lag sie zu diesem Zeitpunkt bei 29,4 Prozent. Darin sind die Prämien für die berufliche Vorsorge und die Krankenversicherung noch nicht einmal enthalten. Dies bedeutet, dass die Bürger jedes Jahr bis fast zu den Sommerferien arbeiten müssen, um allein die Steuergelüste des Staates zu befriedigen. Früher, im «finsternen Mittelalter», hatten die Menschen einen «Zehnten» abzuliefern – heute hat sich dieser «Zehnte» verdreifacht. Mit allen Sozialversicherungen bringt es die Schweiz heute sogar auf eine Zwangsabgabenquote von rund 60 Prozent.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Progression; steigende Staatsquote; Steuergelüste des Staates

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

das finstere Mittelalter; der Zehnt

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 24**Aussagen-ID: 663****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die SVP widersetzt sich energisch der schleichenden Einführung von sozialistischem, planwirtschaftlichem Gedankengut ins schweizerische Wirtschaftsleben. Sie will mehr Markt in Wirtschaft und Gewerbe und wendet sich darum gegen zwangsstaatliche Vorschriften und Interventionismus. Das Mittel des Verbandsbeschwerderechts wird zunehmend zu Eingriffen missbraucht, die Wachstum und Wohlstand verhindern, und gehört darum abgeschafft. Es kann nicht angehen, dass dem Interesse von Wenigen das Interesse von Vielen geopfert wird. Sonst verhindern wir notwendige Investitionen in die Zukunft und sägen uns den Ast ab, auf dem wir alle sitzen. Erste Erfolge in der Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts konnte die SVP im Parlament bereits erreichen, aber noch ist das Ziel nicht erreicht.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

sozialistisches, planwirtschaftliches Gedankengut

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Verbandsbeschwerderecht (Beschwerderecht der Umweltschutzorganisationen, Artikel 55 und 55a-f des

Umweltschutzgesetzes/USG 1983/85, Artikel 12 und 12a-g des Natur- und Heimatschutzgesetzes/NHG 1966/67, Artikel 28 des Gentechnikgesetzes/GTG 2003/04)

Zeitraumen: 1985

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 27

Aussagen-ID: 664

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Staatliche Vorschriften sind wenn immer möglich abzubauen. So ist beispielsweise das Monopol der SUVA heute überholt. Die Zahl der in der SUVA Zwangsversicherten sinkt Jahr für Jahr. Trotzdem sind die Verwaltungskosten viermal so hoch wie bei anderen Sozialversicherungen. Mehr Markt brächte einen effizienteren Mitteleinsatz und damit eine wirtschaftsfreundlichere Versicherung, und ein Skandal wie die SUVA-Immobilien-Affäre könnte wohl vermieden werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatliche Vorschriften; SUVA-Monopol

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Immobilienprozess um SUVA (Schweizerische Unfallversicherungsanstalt) von 2005

Zeitraumen: 2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 27

Aussagen-ID: 665

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Immobilienskandal hat die Schwächen der SUVA deutlich an den Tag gebracht. Bei der Bestückung von Führungspositionen und der Auftragsvergabe haben parteipolitische Verflechtungen gegenüber Kompetenz den Vorrang. Im Verwaltungsrat finden sich: Franz Steinegger, ehem. Präsident FDP Schweiz; Dr. Rudolf Stämpfli, FDP, Präsident Arbeitgeberverband; Peter Hasler, FDP, ehem. Direktor Arbeitgeberverband, ehem. SP-Mitglied; Werner Messmer, Nationalrat FDP, Präsident Baumeisterverband; Jean-Claude Rennwald, Nationalrat SP, Gewerkschaft UNIA; Colette Nova, SGB-Sekretärin; Meinrado Robbani, Nationalrat CVP; Karl Tschuppert, alt Nationalrat FDP.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

SUVA-Verwaltungsrat; FDP; SP; CVP

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Immobilienprozess um SUVA (Schweizerische Unfallversicherungsanstalt) von 2005

Zeitraumen:

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 27

Aussagen-ID: 666

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Noch haben wir eine vergleichsweise tiefe Arbeitslosigkeit. Allerdings hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu früher eine hohe Sockelarbeitslosigkeit etabliert. Selbst in Phasen der Hochkonjunktur geht die Arbeitslosigkeit nicht mehr markant zurück. Dies kommt daher, dass der Staat der Wirtschaft und der Bevölkerung jedes Jahr mehr Geld entzieht und gleichzeitig die Linke und die Gewerkschaften mit ihren Forderungen dafür sorgen, dass Arbeitskräfte die Betriebe immer teurer zu stehen kommen. So fehlen den Firmen die Mittel zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Auch die grosse Anzahl von nicht qualifizierten Ausländern trägt wesentlich zur Problematik bei.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

der Staat; die Linke; die Gewerkschaften; nicht qualifizierte Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011
Seite: 28

Aussagen-ID: 667

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Gewerkschaften preisen sich als Verteidiger der Interessen der Arbeitnehmer. Mit ihren Forderungen haben sie jedoch mehr Arbeitsplätze abgeschafft als die Globalisierung. Mit ihrer Politik der überrissenen Lohnforderungen und der Streiks setzen sie alles daran, den Aufschwung wieder in die Knie zu zwingen und der Wirtschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit treiben sie ihre Mitglieder letzten Endes in die Abhängigkeit von Streikkassen, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe. Es ist alles daran zu setzen, diese Mechanismen transparent zu machen.

Distinktionsmerkmale: diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gewerkschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 28

Aussagen-ID: 668

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Schweizer Finanzplatz erarbeitet einen grossen Teil des schweizerischen Wohlstands. 10 Prozent der Steuereinnahmen, 14 Prozent der Wertschöpfung und 5 Prozent der Beschäftigung fallen auf diesen Sektor. Diese Stärke darf auch unter dem Druck der EU oder der OECD beziehungsweise ausländischer konkurrierender Finanzplätze nicht preisgegeben werden. Die in- und ausländische Kundschaft unseres Finanzplatzes benötigt die Gewähr, dass Diskretion und Privatsphäre hierzulande weiterhin respektiert werden. Darum setzt sich die SVP dafür ein, dass das Bankkundengeheimnis nicht weiter aufgeweicht wird.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Druck der EU oder der OECD; ausländische konkurrierende Finanzplätze

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bankkundengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35)

Zeitrahmen: 1934/35

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 28

Aussagen-ID: 669

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Seit Gründung unseres Bundesstaates im Jahr 1848 bis 1990 – also in 142 Jahren – hat der Bund 38,5 Milliarden Schulden angehäuft. Allein in den folgenden fünfzehn Jahren kamen über 90 Milliarden hinzu! Ende 2005 ist der Schuldenberg allein des Bundes auf 130,3 Milliarden angewachsen. Zählt man die Schulden von Kantonen und Gemeinden dazu, sind es insgesamt 250 Milliarden. Dies bedeutet einen Anstieg von über 25 Milliarden zwischen den Jahren 2001 und 2006 allein beim Bund. Und all das geschieht trotz «Schuldenbremse» zugunsten eines ausgeglichenen Haushaltes, welche 84 Prozent der Stimmbürger im Dezember 2001 beschlossen haben. Dies geschieht, obwohl der Bundesrat die Sanierung der Bundesfinanzen als oberstes Legislaturziel 2003 – 2007 beschlossen hat. Wer hier von «Sparwut» oder «Sparhysterie» spricht, hat jeden Realitätsbezug verloren. Das Gegenteil ist wahr: Wir leben ständig über unsere Verhältnisse und gehen mit der Kreditkarte unserer Kinder einkaufen. Unter schön klingenden Wörtern wie «sozial» und «solidarisch» muten die Linken und ihre Mitläufer den kommenden Generationen eine unverantwortliche Schulden- und Steuerlast zu. Denn Schulden von heute sind Steuern von morgen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken und ihre Mitläufer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Staatsgründung 1848; 1990; Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse (Einreichung: 28.06.2000/in Kraft: 02.12.2001);
Statistiken 2001-2006 (Quelle unbekannt)
Zeitraumen: 1848; 1990; 2001-2006
Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011
Seite: 30-31

Aussagen-ID: 670

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Gewährung der Sicherheit und Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger ist die wichtigste aller Staatsaufgaben. Die Herausforderungen im Kampf gegen die Kriminalität wachsen. Einbrüche, Diebstähle, Raub, Drohungen, Vandalismus, Gewalttaten und eine hohe Ausländerkriminalität bedrohen die Sicherheit des Einzelnen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einbrüche, Diebstähle, Raub, Drohungen, Vandalismus, Gewalttaten und hohe Ausländerkriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 34

Aussagen-ID: 671

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Vor allem die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Viele Frauen und ältere Menschen getrauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Dabei ist die Aufklärungsquote von Verbrechen gering. Das Risiko, für eine Straftat zur Rechenschaft gezogen zu werden, nimmt ständig ab. Kein Wunder, steigt die Zahl der schweren Delikte. Pro Tag werden inzwischen über 900 Straftaten begangen! Besonders bedenklich ist dabei die wachsende Zahl der vorsätzlichen Körperverletzungen, welche sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

zunehmende Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 34

Aussagen-ID: 672

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

*«Die insgesamt 6111 Gefängnisplätze der Schweiz waren im September 2005 zu 81 Prozent durch Ausländer belegt.»
(Bundesamt für Statistik)*

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Bundesamt für Statistik 2005

Zeitraumen: 2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 34-35

Aussagen-ID: 673**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Mit dem Abbau der Grenzkontrollen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Vertrags wird sich das Problem der Kriminalität noch verschärfen. Kriminelle werden ungehindert überall in der EU ihren Machenschaften nachgehen können. Schon heute klagen die Kantone über zu wenig Polizisten im Kampf gegen die Kriminalität. Zur Gewährleistung der Sicherheit sind eine personelle Umschichtung und allenfalls Aufstockung im Polizeibereich unumgänglich. Das heisst, die Polizei hat sich primär Sicherheitsaufgaben zu widmen und nicht fiskalischen Massnahmen wie dem Verteilen von budgetierten Bussen an Parksünder.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Abbau der Grenzkontrollen; Kriminalität/Kriminelle; Schengen-Assoziierungsabkommen (2008)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Schengen-Vertrag 2008

Zeitrahmen: 2008**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 34-35**Aussagen-ID: 674****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

*«Das zusammenwachsende Europa eröffnet kriminellen Organisationen neue Möglichkeiten, und die EU mit ihren leichter zu überwindenden Ostgrenzen kann ein naheliegendes Ziel aller grösseren kriminellen Organisationen werden.»
(Sicherheitsbericht der Bundespolizei, 2004, S.12)*

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ostgrenzen/EU; kriminelle Organisationen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Sicherheitsbericht der Bundespolizei (2004, S.12)

Zeitrahmen: 2004**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 35**Aussagen-ID: 675****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Gemeingefährliche Täter – insbesondere Sexual- und Gewaltstraftäter – sind von den Gerichten zum Schutz der Öffentlichkeit auf unbestimmte Zeit zu verwahren. Der Strafvollzug dient neben der Vorbereitung des Wiedereintritts in unsere Gesellschaft vor allem dem Sühnegedanken, der Abschreckung und dem Schutz der Gesellschaft. Ein Gefängnis darf kein Hotel sein, in dem auf die individuellen Wünsche jedes Insassen zuvorkommend Rücksicht genommen wird. Der heutige Standard ist klar zu hoch und zu teuer. Er wirkt insbesondere für Kriminaltouristen kaum abschreckend. Im Gegenteil: Aufgrund der Tatsache, dass in schweizerischen Gefängnissen ein Lohn verdient werden kann, erscheinen einigen Delinquenten unsere Strafanstalten sogar attraktiv! Kein Wunder, ist die grosse Mehrzahl der Häftlinge Ausländer. Die Schaffung von Möglichkeiten, ausländische Häftlinge ihre Straftat im Ausland verbüssen zu lassen, ist daher rasch in die Tat umzusetzen. Zudem ist der Standard in den Gefängnissen nach unten anzupassen. Straftäter sind nach Verbüssung der Haftstrafe konsequent auszuschieben.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sexual- und Gewaltstraftäter; Kriminaltouristen; Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 35-36

Aussagen-ID: 676**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Jugendkriminalität wächst, was sich insbesondere an den Gewalteskalationen in der Schule, aber auch in Sportarenen und in den Städten zeigt. Aktuell zählen wir in der Schweiz bis zu 3 Körperverletzungsdelikte pro Tag durch Jugendliche. Dies ist unter anderem auf die Laisser-faire-Politik der letzten Jahre und die lasche Zuwanderungspolitik zurückzuführen. Erziehung und Disziplin waren lange verpönt, offene Grenzen für alle hingegen in. Dieser Entwicklung ist entschlossen entgegenzuwirken. Hier sind alle gefordert: Eltern, Lehrer und Vereine. Es ist aber auch seitens des Staates härter durchzugreifen. Die Eltern sind zur Verantwortung zu ziehen. Nach Möglichkeit ist bereits den Anfängen zu wehren. So sind Delikte von Schülern mit Arbeitseinsätzen zu ahnden. Gewalttätige Jugendliche sind in gesonderten Einrichtungen unterzubringen und zu unterrichten. Unverbesserliche kriminelle ausländische Jugendliche sind mit ihren Eltern des Landes zu verweisen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Jugendkriminalität; Laisser-faire-Politik; lasche Zuwanderungspolitik; kriminelle ausländische Jugendliche

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 36**Aussagen-ID: 677****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Fotografie): Im Vordergrund stehen drei Personen neben zwei brennenden Abfallcontainern. Ein Mann mit Kappe scheint etwas zu rufen. Zwei weitere verummte Personen heben ihre Arme mit geballten Fäusten. Alle drei blicken in die Kamera. Hinter ihnen sind weitere, teilweise verummte, Menschen zu sehen, die sich ebenfalls der Kamera zuwenden. Darunter eine weitere Person mit Kappe, die ihr Gesicht mit einem Tuch verdeckt. Vermutlich handelt es sich um ein „Palästinenser-Schal“. Die anderen Leute bewegen sich von der Kamera weg in die entgegengesetzte Richtung. Rauchschwaden ziehen über die Straße. Einer der brennenden Müllcontainer ist von der Seite zu sehen. Man erkennt das typische Containerdesign, wie man es beispielsweise in Bern oder Zürich findet. Die Szene hat sich demnach in der Schweiz ereignet.

Abbildung (Text): „Linke Chaoten am Werk: Solche Szenen sollen bei uns nicht Alltag werden!“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Linke Chaoten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Symbol

unbekannte Versammlung/Demonstration

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 36**Aussagen-ID: 678****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Städte und Agglomerationen leiden besonders unter der Zunahme von Gewaltdelikten und Vandalismus. Grossereignisse müssen immer häufiger von grösseren Polizeiaufgeboten begleitet werden. Ein Ausgang in der Stadt kann je länger, je mehr nur in der Gruppe überhaupt noch ins Auge gefasst werden. Öffentliche Einrichtungen werden regelmässig zerstört und müssen mit grossem finanziellem Aufwand wieder hergestellt werden. Oft bleibt als einfachstes Mittel nur die Überwachung durch Kameras. Ziel muss es sein, die Ordnung in den Städten wieder herzustellen. Auch hier gilt es, die nötigen Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht Sinn sein, Parksünder zu bestrafen, aber in unmittelbarer Nähe stattfindende Vandalenakte unbeachtet zu lassen. Der Schwerpunkt der Polizei hat bei der Bekämpfung von Kriminalität und Vandalismus zu liegen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gewaltdelikten und Vandalismus; Kriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011
Seite: 37

Aussagen-ID: 679

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Bei allen Bemühungen gibt es dennoch keine umfassende Sicherheit, denn eine solche würde auch die Freiheit ersticken. Freiheit bedeutet für einen Staat wie für den einzelnen Menschen immer auch ein gewisses Mass an Risiko. Sicherheit und persönliche Freiheit können nicht immer in volle Übereinstimmung gebracht werden, aber die Sicherheitsmassnahmen können so gestaltet werden, dass die Verhältnismässigkeit gewahrt wird. Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre ist zu gewährleisten und jeder Ansatz eines «Schnüffelstaates» zu vermeiden. Wenn wir Schweizer die Wahl haben zwischen Freiheit und Sicherheit, müssen wir auch in Zukunft die Freiheit wählen – dafür stehen über 700 Jahre Geschichte.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schnüffelstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

700 Jahre Geschichte

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 37

Aussagen-ID: 680

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert eine gezieltere Polizeipräsenz, eine härtere Justiz und einen Strafvollzug, der vermehrt wieder der Abschreckung dient;

verlangt die Einführung von Schnellrichtern;

fordert eine fallgerechte Ausnützung des Strafrahmens durch die Richter;

begrüssst die Schaffung von Möglichkeiten, wonach ausländische Straftäter ihre Haftstrafe im Ausland verbüssen;

befürwortet die lebenslange Verwahrung von nicht therapierbaren, extrem gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern;

verlangt, dass die Rechte der Opfer Vorrang haben gegenüber den Rechten der Straftäter;

verlangt, dass die Sicherheitsmassnahmen der Verhältnismässigkeit und den Freiheitsrechten der Bürger Rechnung tragen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Straftäter; Sexual- und Gewaltverbrecher

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 37

Aussagen-ID: 681

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Der Impuls, der in der Schweiz seit Jahrhunderten das Wehrwesen belebt, ist nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille, der Macht zu widerstehen.» (Prof. Dr. Karl Schmid: Versuch über die schweizerische Nationalität, 1957)

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Person

Prof. Dr. Karl Schmid (Zitat aus Versuch über die schweizerische Nationalität, 1957)

Zeitraumen: 1957

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 38

Aussagen-ID: 682

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Auch in Zeiten des sicherheitspolitischen Umbruchs geht es um unsere Unabhängigkeit, um unsere Eigenverantwortung in der direkten Demokratie, um unsere Freiheit sowie um die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität als Überlebensstrategie des Kleinstaates. Es geht um den Schutz von Leib und Leben, um den Vorrang des Rechts bei der Streitschlichtung und um den geordneten Gang von Gesellschaft und Wirtschaft.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 38

Aussagen-ID: 683

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 1 (Fotografie): Die Aufnahme zeigt einen Panzer, der durch das Wasser wadet. Schlamm wird aufgewirbelt. Im Hintergrund sind Wald und Wiese zu sehen. Der Ort ist unbekannt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 38

Aussagen-ID: 684

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 2 (Fotografie): Acht uniformierte Soldaten sind zu sehen. Sieben von ihnen hocken in einer Reihe und setzen mit einem Gewehr zum Abschuss an. Der achte Mann steht am Ende der Reihe und beobachtet die anderen. Die Szene stellt vermutlich eine Schießübung dar. Die Gesichter sind nicht zu erkennen, das Bild ist unscharf. Der Schauplatz ist eine grüne Wiese vor einem Waldstück. Holzpfähle im Boden deuten auf einen Zaun hin.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 38

Aussagen-ID: 685

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wir spüren den Machtanspruch grosser Staaten und internationaler Organisationen im Ringen um eine neue globale Weltordnung. Wir erleben auch in unserem Land den vielfältigen Versuch, das Gewaltmonopol des Nationalstaates zu unterhöhlen und die militärpolitische Verantwortung auf undurchsichtige übernationale Bürokratien abzuwälzen. Das verfassungsrechtliche Prinzip der immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität wird immer mehr zum Spielball erfindungsreicher Interpreten. Der Kleine am Rockzipfel der Grossen erhofft sich vergeblich einen Sicherheitsgewinn. Denn

der Grosse zerrt ihn mit in seine Abenteuer. Der Wunsch nach kollektiver Sicherheit ist meist ein Ausdruck der Schwäche, ein Weg, um die individuelle Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Unsere Zubringerdienste an die Nato – in Form der so genannten «Partnerschaft für den Frieden» – sind daher problematisch.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

eine neue globale Weltordnung; Unterhöhnung des Gewaltmonopols des Nationalstaates; übernationale Bürokratien; NATO/PfP

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); Partnerschaft für den Frieden (NATO; PfP seit 1994/Schweiz seit 1996)

Zeitraumen: 1815-1999; 1996

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 39

Aussagen-ID: 686

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 1 (Plakat): Das Plakat zeigt eine Erkennungsmarke der Schweizer Armee, die zur Hälfte vom Sand der Wüstendünen bedeckt ist. Auf der Metallmarke sind die Buchstaben „CH“ und das Kreuzsymbol eingraviert. Die Kette, an der das Abzeichen hängt, verschwindet im Sand. Im Hintergrund sind Dünen mit mehreren Grabkreuzen zu sehen.

Abbildung (Text): „Einmischung in fremde Händel? Blauhelme NEIN“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Tot durch Einmischung in fremde Auseinandersetzungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Praxis/Ritual

Partnerschaft für den Frieden (NATO; PfP seit 1994/Schweiz seit 1996)

Zeitraumen: 1996

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 39

Aussagen-ID: 687

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 2 (Fotografie): Auf dem Foto sind zwei Boote zu sehen, die durch überflutete Straßen/Gassen im Wohngebiet einer Stadt fahren. Das Wasser ist braun und trüb. Im Vordergrund fährt ein Boot der Bundeswehr mit sechs Personen an Bord. Es ist mit einer Nummer („3“) gekennzeichnet. Drei Personen sind uniformiert, zwei tragen Schwimmwesten, die dritte scheint in Zivil zu sein. Das zweite Boot ist weiß und wurde vom Heck aus fotografiert. Es kann daher nicht genau beschrieben werden. Auf dem zweiten Boot sind drei Personen mit Rettungswesten zu erkennen.

Abbildung (Text): „Truppeneinsatz im Mattenquartier Bern, Unwetter 2005.“

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Symbol; Orte

Truppeneinsatz im Mattenquartier Bern, Unwetter 2005.

Zeitraumen: 2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 39

Aussagen-ID: 688

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In der Schweiz ist die Strategie einer Milizarmee tief verwurzelt, die nicht in Kasernen auf ihre Einsätze wartet, sondern

integriert ist in Gesellschaft und Wirtschaft und dann für den Schutz sorgt, wenn er nötig ist. Dazu gehört auch das Aufbewahren der Dienstwaffe im Haus, bewährter Ausdruck der Wehrbereitschaft und des traditionell verantwortungsvollen Umgangs mit Waffen der Schweizer Armeeangehörigen. Die neuen Bedrohungsformen rufen nach Sicherungsaufträgen, die angesichts knapper Finanzen nur mit einer Milizarmee bewältigt werden können. Die letzte Verantwortung liegt beim Souverän, beim Bürger. Dieser Schutz ist nicht ohne persönliche Opfer zu haben. Doch bildet die Miliz neben der immerwährenden, integralen und bewaffneten Neutralität eine hohe Schwelle gegen militärische Abenteuer von Regierung und Verwaltung, vor dem Nichternstnehmen von Gewalt und Krieg. Die Miliz bietet gute berufliche, fachliche und menschliche Qualität auf allen Stufen. Deshalb muss die Miliz möglichst auf allen Stufen angemessen vertreten sein. Wo Gewaltmittel eingesetzt werden, ist klare Führungsverantwortung nötig. Jeder muss seinen Auftrag, seine Kompetenzen und Mittel kennen. Wir brauchen eine wohl vorbereitete, im Ernstfall bis hin zum Armeeeinsatz fähige Staatsführung, die alle notwendigen Dienste im Verbund und stufengerecht einsetzen kann.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

neue Bedrohungsformen; militärische Abenteuer von Regierung und Verwaltung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Verwurzelung der Milizarmee; traditionell verantwortungsvoller Umgang mit Waffen der Schweizer Armeeangehörigen; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: vage; 1815-199

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 40

Aussagen-ID: 689

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Heute muss die Armee das Know-how für den Krieg behalten und auch unterhalb der Kriegsschwelle das Land verteidigen können: Raumsicherung, Objektschutz, Katastrophenhilfe, Luftraumüberwachung.» (Bundesrat Samuel Schmid, «Facts», 19.1. 2006)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol; Person

Bundesrat Samuel Schmid (Zitat aus Facts, 19.1. 2006)

Zeitraumen: 2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 40

Aussagen-ID: 690

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Armeeformen der letzten Jahre haben nicht zum Vertrauen der Bevölkerung in die Landesverteidigung beigetragen. Die Armee muss sich nun darauf konzentrieren, die Armee XXI kompromisslos umzusetzen, zu konsolidieren und insbesondere die Schwachpunkte der Reformen zu eliminieren. Weitere Massnahmen sollen nur dann vorgenommen werden, wenn sie einem objektiven oder dringenden Bedürfnis entsprechen. Die internationale Ausbildungszusammenarbeit und bewaffnete Auslandseinsätze sind nicht noch weiter auszubauen. Für die SVP hat die Landesverteidigung unter Wahrung von Neutralität, Milizprinzip und allgemeiner Wehrpflicht nach wie vor oberste Priorität. Die Armee ist optimal auszurüsten und mit realistischen Übungen zu befähigen, den Verteidigungsauftrag und alle Schutzaufträge zugunsten der Bevölkerung jederzeit zu erfüllen. Die Armee ist keine Hilfspolizei, muss aber bei akuten und schwerwiegenden Bedrohungen wie Grosskatastrophen die zivilen Behörden wirksam unterstützen, um Land und Bevölkerung zu schützen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Grosskatastrophen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Armee reform „Armee 21“ (2003 Referendum); Neutralität (Bundesvertrag von 1815 und Verfassungen von 1848, 1874 und 1999; Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907)

Zeitraumen: 1815-1999; 2002/03
Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011
Seite: 41

Aussagen-ID: 691

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

beurteilt die integrale, immerwährende und bewaffnete Neutralität als wirksamstes Instrument gegen den internationalen Terrorismus;

setzt sich ein für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee;

fordert eine miliztaugliche Ausbildung, eine angemessene Vertretung der Miliz in möglichst allen Kommandofunktionen und eine optimale Aufwuchsfähigkeit;

verlangt die Landesverteidigung als primären Auftrag der Armee;

lehnt den Beitritt der Schweiz zu Militärbündnissen wie der Nato ab;

Distinktionsmerkmale:

selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationaler Terrorismus; Beitritt der Schweiz zu Militärbündnissen (Nato)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 41

Aussagen-ID: 692

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

befürwortet subsidiäre Einsätze bei Naturkatastrophen primär im Inland;

lehnt Auslandseinsätze der Schweizer Armee grundsätzlich ab. Ebenso dürfen keine obligatorischen Wiederholungskurse im Ausland durchgeführt werden;

fordert ein freiheitliches Waffenrecht, welches das ausserdienstliche Schiesswesen nicht behindert sowie die Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe zu Hause auch nach erfüllter Dienstpflicht erlaubt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Auslandseinsätze; Auslandskurse

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 41

Aussagen-ID: 693

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die überwiegende Mehrheit der Personen, die in der Schweiz Asyl begehren, sind keine Flüchtlinge. Sie sind nicht an Leib und Leben gefährdet, erhoffen sich aber hier einen besseren Lebensstandard. Viele leben von der Sozialhilfe, manche sind in einträgliche Schleppergerichte und in den Drogenhandel verwickelt. Rechnet man die Zahl der vorläufig aufgenommenen Personen zu jener der anerkannten Flüchtlinge dazu, so macht das Total lediglich rund 24 Prozent aller Asylentscheide aus. Somit werden über 75 Prozent aller Asylgesuche unbegründet oder gar missbräuchlich gestellt. Dies darf in Zukunft nicht mehr möglich sein. Es ist ein Hauptziel der SVP und des zuständigen SVP-Bundesrats, die Zahl der Gesuchsteller ohne echte Asylgründe zu senken. Hier sind bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen: Die Zahl der Asylgesuche ist kontinuierlich gesunken. Erstmals in der Asylgeschichte betreibt die Schweiz damit eine erfolgreichere Abschreckungspolitik gegen den Asylrechtsmissbrauch als ihre europäischen Nachbarn.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylrechtsmissbrauch; Scheinflüchtlinge; Einwanderung ins Sozialsystem; Schleppergeschäfte und Drogenhandel

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Asylgeschichte

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 42

Aussagen-ID: 694

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die ergriffenen Massnahmen, insbesondere die stark verkürzten Verfahren und der Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid, zeigen Wirkung.

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Volksabstimmung (vom 24.09.2006) über das Ausländergesetz (AuG) und Asylgesetze (AsylG)

Zeitraumen: 2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 42

Aussagen-ID: 695

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die grössten Probleme bestehen noch immer im Vollzug. Zahlreiche abgewiesene Asylbewerber (wie auch andere illegal Anwesende) verlassen das Land nicht. Die meisten Asylsuchenden legen ihre Identität nicht offen und weisen keine Ausweispapiere vor. Kann dem Herkunftsland die Identität nicht belegt werden, ist dieses Land nicht verpflichtet, einen abgewiesenen Asylbewerber wieder zurückzunehmen. Wenn Missbrauch gefördert, verteidigt oder sogar durch die Institutionen begünstigt wird, ist die Politik gefordert. Mit dem neuen, vom Departement Blocher vorgelegten und an der Urne mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Asylgesetz besteht berechnete Hoffnung, dass sich die Asylzahlen weiter verringern, die Kosten sinken und der Missbrauch bekämpft werden kann.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

abgewiesene Asylbewerber; illegal Anwesende

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Person

Bundesrat Christoph Blocher; Volksabstimmung (vom 24.09.2006) über das Ausländergesetz (AuG) und Asylgesetze (AsylG)

Zeitraumen: 2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 42

Aussagen-ID: 696

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Dumm sind nicht diejenigen, die dieses System ausnützen, sondern diejenigen, die dieses System zur Verfügung stellen.» (Bundesrat Christoph Blocher, Albisgütli-Tagung, 20.1. 2006)

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Person

Bundesrat Christoph Blocher (Zitat aus Albisgütli-Tagung, 20.1. 2006)

Zeitraumen: 2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 42

Aussagen-ID: 697

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Plakat): Missbrauch stoppen („Stoppen“ in roten Großbuchstaben). Asyl- und Ausländergesetz 2xJa (auf dem „J“ in „Ja“ ist die Schweizer Flagge graphisch eingearbeitet). SVP. Hintergrund: Weiß-blauer Farbverlauf.

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Missbrauch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Volksabstimmung (vom 24.09.2006) über das Ausländergesetz (AuG) und Asylgesetze (AsylG)

Zeitraumen: 2005/2006

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 42

Aussagen-ID: 698

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, von denen die grosse Mehrheit in der Schweiz bleibt, sind mangelhaft integriert. Ihre Erwerbsquote ist viel zu tief. So arbeiten bei den erwerbsfähigen vorläufig Aufgenommenen nur gerade 34 Prozent, bei den anerkannten Flüchtlingen sind es gar nur 24,2 Prozent. Die Integrationsbestrebungen haben ihr Ziel verfehlt. Dies liegt hauptsächlich daran, dass die Anreize zur Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen ungenügend sind. Die Sozialhilfe ist oft höher als der für eine Erwerbstätigkeit ausbezahlte Lohn. Somit besteht kaum Veranlassung, eine Arbeit anzunehmen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Flüchtlinge; Einwanderung ins Sozialsystem;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 43

Aussagen-ID: 699

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Eine vierköpfige Familie mit anerkanntem Flüchtlingsstatus erhält nicht nur eine Wohnung und die Krankenkassenprämien für die ganze Familie bezahlt, sondern darüber hinaus noch mehrere Tausend Franken im Monat, ohne dafür das Geringste zu arbeiten. Warum also sollte sich ein Elternteil für einen weit niedrigeren Lohn als Verkäufer, Hilfsarbeiter oder Serviceangestellter abrackern?

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Flüchtlinge; Einwanderung ins Sozialsystem;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 43

Aussagen-ID: 700

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Zwar konnte die Verfahrensdauer der Asylgesuche im Allgemeinen erheblich verkürzt werden. Doch die Gesamtdauer der Verfahren ist immer noch zu lang. Vor allem der Rekursweg zieht sich zu oft über Monate und gar Jahre hin. Die Rekursinstanz lässt sich unter Berufung auf ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gerne Zeit mit ihren Pendenzen.

Zudem fällt sie immer wieder Entscheide, die das Wohl und die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ausser Acht lassen. So wird immer wieder auch Kriminellen und Gewalttätigen Aufenthalt gewährt. Ein Problem ist dabei nach wie vor die «Asylindustrie», die mit ihren zahlreichen Sozialarbeitern, Hilfswerkern und Asyljuristen von den Missständen und von hohen Bewerberzahlen lebt und darum wenig Interesse an Lösungen zeigt. Wenn wir die Gesamtkosten des Asylwesens auf die tatsächliche Zahl der Anerkannten herunterrechnen, kostet ein echter Flüchtling eine Million. Ist das noch humanitär, zumutbar oder intelligent? Um hier Gegensteuer zu geben, müssen die Verfahren massiv gestrafft und so viele Entscheide wie möglich bereits in den Empfangszentren gefällt werden. Zudem sind kriminelle Asylsuchende auszuweisen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylindustrie; Kriminelle und Gewalttätige; kriminelle Asylsuchende

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 43

Aussagen-ID: 701

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert ein konsequentes Durchgreifen zur Unterbindung der Missbräuche und Missstände im Asylwesen; unterstützt alle Massnahmen, um die Vollzugsprobleme im Asylwesen zu beseitigen; befürwortet die Streichung der Nothilfe für abgewiesene renitente Asylbewerber; verlangt ein kurzes Verfahren, welches das Interesse der einheimischen Bevölkerung im Auge behält.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylmissbrauch; abgewiesene renitente Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 43

Aussagen-ID: 702

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ins Reich der modernen Märchen gehört die Behauptung, die Schweiz schotte sich ab, sie sei vom Ausland isoliert und friste das Dasein einer einsamen Insel inmitten von Europa. Tatsache ist, dass pro Jahr 100 000 Menschen in unser Land einwandern, fast die Hälfte davon als Familiennachzug. Kaum ein anderes Industrieland der Welt hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerung eine solch starke Zuwanderung. Mit mehr als 20 Prozent hat die Schweiz einen der weltweit höchsten Ausländeranteile – bei sehr hoher Einbürgerungsrate pro Kopf der Bevölkerung. Dabei sind Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene noch nicht einmal eingerechnet. Die SVP hat als einzige Partei davor gewarnt, dass die Schweiz mit dieser laschen Zuwanderungspolitik an die Grenze ihrer Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft kommt. Dies hat weder etwas mit «Ausländerfeindlichkeit» noch mit «Abschottungspolitik» zu tun, sondern mit echter Sorge um die Stabilität der Gesellschaft. Erst in jüngster Zeit sind die anderen bürgerlichen Parteien zum Schluss gekommen, dass die SVP Recht hat. Die Linke aber hält nach wie vor an ihrer Multikulti-Vision fest, obwohl diese längst gescheitert ist.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Familiennachzug; lasche Zuwanderungspolitik; Multikulti-Vision der Linken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 44

Aussagen-ID: 703**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung 1 (Infografik): Das Diagramm zeigt den prozentualen Anteil der "Ausländer" an der schweizerischen Wohnbevölkerung von 1950 bis 2005. Demnach waren 1950 weniger als 7% der Wohnbevölkerung "Ausländer". Die Tendenz zeigt einen kontinuierlichen Anstieg auf 20.3% im Jahr 2005.

Abbildung (Text): "Der schnell wachsende Ausländeranteil in der Schweiz" und "Quelle: BfM" (Bundesamt für Migration)

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

wachsender Ausländeranteil

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik des BfM (Bundesamt für Migration)

Zeitraumen: 1950-2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 44

Aussagen-ID: 704**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung 2 (Fotografie): Das Foto zeigt zwei Frauen in Rückenansicht. Beide sind traditionell muslimisch gekleidet und tragen Kopftücher. Sie bewegen sich auf einer gepflasterten Straße von der Kamera weg. Die im Hintergrund zu sehende Geschäftsfassade lässt den Ort erkennen. Es handelt sich um das Traditionsunternehmen „E. Braun & Co“ am Graben in Wien.

Abbildung (Text): „Sind wir bald Fremde im eigenen Land?“

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

muslimische Frauen; Fremde

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 44

Aussagen-ID: 705**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Leider hat die Schweiz die Kontrolle über die Qualität der Zuwanderung durch internationale Verträge mehr und mehr aus der Hand gegeben. Die Preisgabe des Saisonierstatuts erwies sich als schwerer Fehler, denn heute beträgt der Familiennachzug über 40 Prozent der Zuwanderung. Die Behauptung, allein die Zuwanderung gewährleiste weiterhin Wachstum und sichere Sozialwerke, ist aufgrund der Erfahrungen vergleichbarer Staaten höchst fragwürdig. In den Niederlanden wurde festgestellt, dass der durchschnittliche Immigrant den Staat mehr kostet als er ihm bringt. Für Deutschland hat das renommierte Münchner Ifo-Institut errechnet, dass ein durchschnittlicher Zuwanderer mehr als 25 Jahre im Land leben müsste, um dem Staat mehr zu geben als er erhält. Tatsache ist allerdings, dass 80 Prozent bereits früher in die Heimat zurückkehren oder sterben. Der Wohlfahrtsstaat lässt sich demnach nur retten, wenn entweder die freie Zuwanderung oder aber das Prinzip des sofortigen Zugangs zu allen Sozialleistungen eingeschränkt wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

internationale Verträge; Familiennachzug; Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 45

Aussagen-ID: 706**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Freie Zuwanderung wird dann fragwürdig, wenn sie den Einwanderern Zugang zu einem über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte ausgebauten (Volksvermögen) sowie zu Sozialleistungen aller Art gibt.» (Nobelpreisträger Gary Becker, «Neue Zürcher Zeitung», 8.7. 2004)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Nobelpreisträger Gary Becker (Zitat aus Neue Zürcher Zeitung, 8.7. 2004)

Zeitraumen: 2004**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 45**Aussagen-ID: 707****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Noch gilt die Schweiz als Staat mit hoher Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft. Nur wird diese Bereitschaft ausgeleert, und der wachsende Unmut der Bevölkerung gegenüber einer grenzenlosen Einwanderung hat durchaus seine Gründe. Die Erwerbsquote der Neueinwanderer ist gegenüber derjenigen der Vorgängergenerationen dramatisch gesunken. Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Einwanderern hat sich seit 1990 von 53 Prozent auf 38 Prozent verringert. Wir beobachten vermehrt eine Zuwanderung zum Sozialsystem statt zum Arbeitsmarkt – eine Folge unseres ausgebauten Wohlfahrtsstaates. Eine freizügige Zuwanderung kann nur in einer freiheitlichen Marktwirtschaft funktionieren. Es strapaziert das Zusammenleben, wenn die Immigranten überproportional in der Arbeitslosigkeit (fast 40 Prozent), in der Kriminalität (54 Prozent), in der Invalidität (über 40 Prozent der IV-Leistungen), im Gesundheitssystem, in sonderpädagogischen Angeboten oder in der Fürsorge landen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

grenzenlose Einwanderung; Zuwanderung zum Sozialsystem

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

Statistiken 1990 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: vage; 1990**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 45**Aussagen-ID: 708****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Noch herrschen keine Zustände wie in den französischen oder englischen Vororten. Dennoch ist Achtsamkeit geboten, dass nicht auch bei uns Parallelgesellschaften entstehen, die kaum Berührung mit der Schweizer Gesellschaftsordnung haben und unser freiheitliches Gedankengut ablehnen. Wer in der Schweiz leben will, muss sich an die geltenden Regeln halten oder aber das Land verlassen. Auch das Problem der gegen 100 000 illegal anwesenden Personen – oft verharmlosend als «Sans papiers» bezeichnet – darf keinesfalls so «gelöst» werden, dass man diese einfach legalisiert. Vielmehr ist gegen die illegale Zuwanderung konsequent vorzugehen. Ebenso ist gegen die Unterhöhlung unseres Staates durch die schleichende Einführung fremden Rechts vorzugehen. So sind die Richter gefordert, Recht auf der Basis unserer christlich-abendländischen Grundwerte zu sprechen und Praktiken, die diesen Grundwerten widersprechen (Frauenbeschneidung, Stellvertreterei, «Ehrenmorde», «Vielweiberei», Frauendiskriminierung) nicht zu tolerieren. In der Schweiz hat Schweizer Recht zu gelten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parallelgesellschaften; illegal anwesenden Personen bzw. Sans papiers; illegale Zuwanderung; fremdes Recht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

christlich-abendländische Grundwerte

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 45-46

Aussagen-ID: 709

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 1 (Plakat): Bei der Abbildung handelt es sich um eine Grafik im Comicstil. Dargestellt sind fünf Hände mit unterschiedlichen Hautfarben, die nach Schweizer Pässen in einer Holzkiste greifen. Der Hintergrund ist im oberen Bildteil schwarz. Der untere Bildteil ist weiss, damit der Text gut lesbar ist.

Abbildung (Text): „Masseneinbürgerung? 2xNein zu den Einbürgerungsvorlagen“ + Parteilogo

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gierige, dunkelhäutige Hände

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen (Einreichung: 2005/Abstimmung 2008)

Zeitrahmen: 2005

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 46

Aussagen-ID: 710

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 2 (Infografik): Ein Diagramm zeigt die Zahl der Einbürgerungen in der Schweiz von 1991 bis 2004. Demnach wurden 1991 etwa 5.000 Personen eingebürgert und im Jahr 2004 waren es mehr als 35.000. Der Trend ist als kontinuierliche Zunahme dargestellt.

Abbildung (Text): „Die Einbürgerungspraxis in der Schweiz muss geändert werden!“, „Zunehmender Trend zur Masseneinbürgerung!“ und „Quelle: BfM“ (Bundesamt für Migration)

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinbürgerung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik des BfM (Bundesamt für Migration)

Zeitrahmen: 1991-2004

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 46

Aussagen-ID: 711

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Für die SVP ist die Einbürgerung der letzte, nicht der erste Schritt der Integration. Die Schweizer Staatsbürgerschaft beinhaltet – weltweit einzigartig – die direkte Mitbestimmung in Bund, Kanton und Gemeinde auch bei Sachvorlagen. Dies bedingt ein hohes Mass an Integration, Verständnis für unsere politischen Verhältnisse und gute Kenntnisse mindestens einer Landessprache. Die Einbürgerungsentscheide von Gemeindeversammlungen und Kommissionen sind zu akzeptieren. Die SVP bekämpft den Automatismus und das gerichtliche Beschwerderecht bei Einbürgerungen und lehnt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ab.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einbürgerungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 47

Aussagen-ID: 712

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert eine Ausländerpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Schweiz orientiert;

setzt sich für die strikte Durchsetzung schweizerischer Gesetze, Grundwerte und Regeln ein;

fordert eine obligatorische, formelle Loyalitätserklärung jedes Einbürgerungswilligen zur Bundesverfassung und zur Rechtsordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft;

lehnt die generelle Legalisierung illegal Anwesender ab und fordert ein striktes Vorgehen gegen die illegale Zuwanderung;

lehnt die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer ab;

hält fest, dass Integration nicht Sache des Staates, sondern Sache der Ausländer ist; an die Integration sind hohe Anforderungen zu stellen;

fordert, dass nur in die Schweiz einwandern darf, wer sich verpflichtet, während mindestens 3 Jahren keine Sozialhilfe zu beziehen;

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Feindbild/Bedrohung:

illegal Anwesende; illegale Zuwanderung; Stimm- und Wahlrechts für Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 47

Aussagen-ID: 713

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

verlangt, dass nur eingebürgert werden darf, wer zuvor eine Niederlassungsgenehmigung erworben hat;

verteidigt das Recht der Bürgerinnen und Bürger, demokratisch über Einbürgerungen zu befinden, und lehnt jeglichen Automatismus in diesem Bereich ab;

fordert, dass grundsätzlich nicht eingebürgert werden darf, wer eine IV-Rente, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bezieht;

fordert, dass ausländische Straftäter, welche schwere Delikte oder Gewaltverbrechen begangen haben, des Landes zu verweisen sind;

fordert die Schaffung einer Rechtsgrundlage, um bei schweren Delikten oder Gewaltverbrechen jenen Tätern, welche in den vergangenen 5 Jahren eingebürgert worden sind, die schweizerische Staatsbürgerschaft wieder aberkennen zu können.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger; ausländische Straftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 47

Aussagen-ID: 714

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Im Bildungswesen teilen sich Bund und Kantone die Verantwortung. Diese Zusammenarbeit ist zu stärken, eine Zentralisierung aber abzulehnen. Reformen allein machen noch keine bessere Schule. Speziell die Volksschule muss zur Ruhe kommen, damit sich die Lehrer wieder auf ihre eigentliche Arbeit der Wissens- und Fähigkeitsvermittlung besinnen können. Disziplin, Fleiss und Leistung bilden das Fundament jeder erfolgreichen Ausbildung. Die bequeme, leistungsverweigernde Pädagogik der linken 68er-Generation ist folgens schwer gescheitert. Eine Pädagogik – sei es in Schule oder Elternhaus –, die nur aus kuscheliger Atmosphäre und Wohlfühlen besteht und jede messbare Leistung vermeidet, betrügt die Kinder um andere, ebenso wichtige Eigenschaften: Durchhaltewillen, Verantwortungsbewusstsein, Leistungsbereitschaft, Zielorientierung. Es braucht wieder hohe Standards in der Bildung. Geld allein macht noch keine guten Schulen. Das zeigt ein Vergleich mit anderen Ländern und deren Ergebnissen. Die Qualität hängt weniger vom Einsatz öffentlicher Mittel ab als vom Willen, Herausragendes zu leisten.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

bequeme, leistungsverweigernde Pädagogik der linken 68er-Generation

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol; Person

68er-Generation

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 52

Aussagen-ID: 715

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Allzu viele Schulabgänger weisen eklatante Schwächen in der Sprachfähigkeit auf, besonders in der Rechtschreibung. Manche Schulabgänger haben Mühe, überhaupt einen einfachen Text zu verstehen. Auch in Mathematik und Naturwissenschaften sind alarmierende Lücken festzustellen. Dabei gehören solche Grundfertigkeiten zu den selbstverständlichen und verbindlichen Zielen im Bildungswesen. Statt ständig auf Reformexperimente zu setzen, soll die Schule den Schülerinnen und Schülern wieder die grundlegenden Kernkompetenzen beibringen. Wo es nötig ist, sind fremdsprachige Schüler separat zu unterrichten, damit die Leistung und Qualität der Regelklassen nicht leidet. Dieser Unterricht ist von den Eltern mitzufinanzieren. Schüler müssen klar definierte Leistungen erbringen und sind an ihren Resultaten zu messen. Fehlende Disziplin, Gewalt, Zigaretten, Alkohol und Drogen dürfen an den Schulen nicht geduldet werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 52

Aussagen-ID: 716

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Hohe Bildung kann man dadurch beweisen, dass man die kompliziertesten Dinge auf einfache Art zu erläutern versteht.» (George Bernard Shaw, 1856–1956, Dramatiker, Schriftsteller und Nobelpreisträger)

Distinktionsmerkmale: kultureller Bezug**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Person

George Bernard Shaw (Zitat unbekannt, 1856–1956)

Zeitrahmen: 1856–1956

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 52

Aussagen-ID: 717

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Kombination von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsfachschule (duales System) hat sich bewährt und ist ausländischen Modellen der Berufsbildung überlegen. Betriebe, die Lehrling ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden. Die SVP lehnt die Schwächung dieses Systems durch die Einführung staatlicher Lehrwerkstätten ab. Vielmehr ist die Berufsbildung aufzuwerten und den Absolventen einer höheren Berufsbildung und der höheren Fachprüfungen ein angemessener Zugang zu den Fachhochschulen zu gewähren.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche

duales Ausbildungssystem (betriebliche Lehre und öffentliche Berufsfachschule; Berufsbildungsgesetz/BBG; Artikel 63 der Bundesverfassung, 1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 53

Aussagen-ID: 718

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die höhere Bildung an Gymnasien und Universitäten hat die Folgen der 68er-Politik zu tragen. Das Niveau der gymnasialen Maturität ist gesunken, die Naturwissenschaften wurden massiv abgewertet. In der Wirtschaft fehlen schon heute Nachwuchskräfte, und Gymnasien und Universitäten werden bald international nicht mehr mithalten können. Die SVP fordert, dass wieder höhere Anforderungen an die Gymnasiasten und Studierenden gestellt und die Gymnasialzeit verkürzt wird. Insbesondere sind die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken. Die Gymnasialzeit soll eine umfassende Allgemeinbildung vermitteln und damit die humanistische Tradition des Abendlandes bewahren und stärken.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: 68er-Politik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol; Praxis/Ritual

humanistische Tradition des Abendlandes

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 53

Aussagen-ID: 719

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 2 (Fotografie): Zu sehen ist ein unscharfes Bild vom Eingang des Hauptgebäudes der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Orte

ETH Zürich (1855)

Zeitraumen: 1855

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 53

Aussagen-ID: 720

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wenn weiterhin eine Mehrheit den Sozialstaat mittragen soll, muss dieser eng definiert sein. Wer wirklich Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Der ehrliche Arbeiter und Steuerzahler soll aber nicht für Scheininvaliden und Arbeitsscheue büssen. Es darf nicht sein, dass immer weniger Bürger arbeiten, Sozialabgaben leisten, Steuern zahlen und das Gefühl bekommen, sie seien in unserer Gesellschaft die Dummen. Im Jahre 1950 – kurz nach Einführung der AHV – betrugen die Sozialausgaben in der Schweiz noch 1,6 Milliarden. Bis 1990 – vor Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes – erhöhten sich die Ausgaben auf 64,5 Milliarden. Darauf erfolgte der Dammbruch: 2003 haben sich die Kosten auf gut 129 Milliarden verdoppelt. Das heisst, dass sich gemessen an der volkswirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt) die Sozialausgabenquote von 19,3 (1990) auf 29,9 (2003) erhöht hat. Dabei fehlt es an einer Leistungscoordination zwischen den einzelnen Sozialversicherungen. Die Folge davon sind teure Überversicherungen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich;

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheininvaliden und Arbeitsscheue

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV; in Kraft seit 1948); [Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)]; Krankenversicherungsgesetzes (KVG; in Kraft 1996); Statistiken 1950-2003 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 1948; 1950-2003; 1996

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 56

Aussagen-ID: 721

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wer angesichts solcher Zahlen von «Sozialabbau» spricht, hat jeden Bezug zur Realität verloren. Fast jeder dritte erwirtschaftete Franken fliesst heute in den Sozial- und Versorgungsstaat. Der ständige Ausbau ist unrealistisch, übersteigt allmählich unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und geht auf Kosten der künftigen Generationen. Damit ist der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes in Frage gestellt. Die Linken und ihre Mitläufer handeln unverantwortlich, wenn sie den Bürgern eine Totalversorgung zum Nulltarif vortäuschen. Denn diese lässt sich nur über ständig höhere Zwangsabgaben und neue Milliardenschulden finanzieren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Wohlfahrtsstaat; die Linken und ihre Mitläufer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 56-57

Aussagen-ID: 722

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In den Städten nimmt die Zahl der Fürsorgeabhängigen im zweistelligen Prozentbereich zu. Unser Sozialstaat kommt an seine Grenzen. Dies nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung zum Sozialsystem. Zahlreiche Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährige werden nach Schule und Ausbildung direkt von der Fürsorge übernommen. Immer mehr Oberstufenschüler schreckt eine Zukunft als «Sozialhilfebezüger» nicht ab. Wer sich bereits in so jungen Jahren an den Versorgungsstaat gewöhnt, wird der Allgemeinheit über Jahrzehnte zur Last fallen. Die grosse arbeitende Mehrheit hat aber ein Recht auf Schutz vor dieser wachsenden Anspruchsmentalität. Es darf nicht sein, dass die Werktätigen jeden gescheiterten Lebensentwurf oder gar eine falsche Migrationspolitik finanzieren müssen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderung zum Sozialsystem; Sozialhilfebezüger

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 57

Aussagen-ID: 723

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wenn – wie es die Linken und manche Vertreter von Hilfswerken tun – eine Million Menschen unserer Bevölkerung grundsätzlich für «arm» erklärt wird, wird es immer Arme geben. Eine ganze Reihe von Interessengruppen haben sich inzwischen der Umverteilung verschrieben und schaffen mit fragwürdigen Standards immer mehr Bedürftige. So werden Ansprüche legitimiert, die unser gesellschaftliches Gefüge unterhöhlen und die Solidarität überstrapazieren. Der Sozialstaat muss im Sinne einer echten Fürsorge jenen unter die Arme greifen, die diese Hilfe wirklich benötigen. Und er hat abgewirtschaftet, wenn er nicht mehr unterscheidet zwischen Bedürftigen und Profiteuren

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: die Linken; Vertreter von Hilfswerken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 58

Aussagen-ID: 724

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Invalidenversicherung wurde geschaffen, um Invalidität mit geeigneten, einfachen und zweckmässigen Eingliederungsmassnahmen zu vermindern oder zu beheben und allenfalls ökonomische Folgen der Invalidität auszugleichen. Immer häufiger wird diese Versicherung jedoch von Scheininvaliden missbraucht. Gegenwärtig schreibt die Invalidenversicherung deshalb jährlich rund 2 Milliarden Schulden. Seit Jahren macht die SVP auf Missbräuche in der Invalidenversicherung aufmerksam. Dass es eine wachsende Zahl «Scheininvaliden» gibt, ist mittlerweile als Tatsache akzeptiert. Dennoch steigen die Ausgaben für die IV kontinuierlich an: Betrugen sie 1990 noch 4 Milliarden pro Jahr, sind es heute dreimal so viel. Bezogen 1990 noch 164 000 Menschen eine IV-Rente, sind es heute 270 000. Jeder 5. Mann im 64. Lebensjahr bezieht eine IV-Rente. Gerade auch bei Staatsangestellten ist die Zunahme der IV-Fälle erschreckend. Den grössten Zuwachs verzeichnen die Fälle mit unklaren Befunden wie Rückenleiden oder psychische Krankheiten. Wenn jede persönliche Unpässlichkeit plötzlich als Einstieg für eine Rente genügt, muss man sich über diesen Anstieg nicht wundern. Die SVP verlangt für die Sanierung der IV nicht neue Milliarden, sondern eine neue Definition, wer invalid ist und wer nicht. Dazu gehört eine rückwirkende Überprüfung bereits gesprochener Renten. Die gegenwärtig laufende 5. IV-Revision wird nicht ausreichen, um die Probleme zu lösen. Die SVP hat deshalb bereits eine 6. IV-Revision gefordert.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheininvaliden

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

[Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)]; Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) vom 22. Juni 2005 (parlamentarischer Antrag auf Zustimmung zur 5. IV-Revision); 1990-2007

Zeitraumen: (1959)/ 2005; 1990-2007

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 58

Aussagen-ID: 725

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Der typische neue Sozialhilfe-Fall ist jung, ausländisch und arbeitslos.» (Rolf Maegli, SP, Vorsteher der Sozialhilfe Basel-Stadt, «Basler Zeitung», 17. 4. 2003)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

neue Sozialhilfe-Fälle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Rolf Maegli (Zitat aus Basler Zeitung, 17. 4. 2003)

Zeitraumen: 2003

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 58

Aussagen-ID: 726

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 1 (Infografik): Ein Säulendiagramm mit dem Titel „Sozialhilfequote“ stellt den prozentualen Anteil an Sozialhilfebezieher:innen dar. Dabei wird zwischen „Schweizern“ und „Ausländern“ unterschieden. Die kleinere grüne Säule hat die Bezeichnung „Schweizer“ und einen Anteil von 1,9%. Die größere rote Säule ist mit „Ausländer“ beschriftet und beträgt 5,8%.

Abbildung (Text): „Sozialhilfequote“, „Von 100 Ausländern beziehen 6 Sozialhilfe“. und „Quelle: BFS, Sozialhilfestatistik 2004“.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik des BFS (Bundesamt für Statistik), Sozialhilfestatistik 2004

Zeitraumen: 2004

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 58

Aussagen-ID: 727

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unser Gesundheitswesen krankt leider im Moment ebenso wie die Betroffenen, die dessen Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Als einzige Partei hat die SVP 1994 das Krankenversicherungsgesetz (KVG) bekämpft und auf die drohende Explosion der Prämien aufmerksam gemacht. Im Abstimmungskampf wurde dieser Einwand bestritten mit der Behauptung, die Prämien würden praktisch nicht ansteigen. Seither sind sie entgegen allen bundesrätlichen Prognosen dauernd gestiegen; seit der Einführung des KVG im Jahre 1996 um fast 70 Prozent! Die Menschen wissen kaum mehr, wie sie allmonatlich das Geld für ihre Krankenkasse aufbringen können. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist heute auf staatliche Prämienverbilligungen angewiesen. Die Prämienverbilligung lindert zwar den Druck, verschleiern gleichzeitig aber auch die Kostenexplosion und verhindert so die dringend nötigen Reformen. Ein solches Gesundheitssystem ist nicht mehr gesund. Durch zunehmend neue Aufgaben im Leistungskatalog sowie wegen mangelndem Sparwillen fast aller am Gesundheitswesen Beteiligten sind die Gesundheitskosten in alarmierendem Masse angestiegen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krankenversicherungsgesetz (KVG); Kostenexplosion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Krankenversicherungsgesetz (KVG); 1994; 1996-2007

Zeitraumen: 1994; 1996-2007

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 60

Aussagen-ID: 728

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Ich rechne damit, dass der Anstieg ab 1998 und 1999 gebremst wird.» («Tages-Anzeiger», 6.10.1996) «Die Kostenentwicklung flacht ab von Jahr zu Jahr. (...) Unsere Massnahmen zur Kostendämpfung greifen jedes Jahr besser.» («Blick», 7. 7. 2001)

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ruth Dreifuss

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Ruth Dreifuss (Zitat aus Tages-Anzeiger, 6.10.1996 und Blick, 7. 7. 2001)

Zeitraumen: 1996; 1998/1999; 2001

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 60

Aussagen-ID: 729

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Gesundheitskosten betragen heute über 50 Milliarden im Jahr. Die Prämien sind für allzu viele unbezahlbar geworden. Darum verlangt die SVP eine solide, leistungsfähige Grundversicherung und tiefere Prämien. Notwendig ist ein transparenteres Gesundheitswesen mit Anreizen zu besserem Kostenbewusstsein bei Versicherten, Versicherern, Ärzten, Pharmaindustrie, Therapeuten und Spitälern. Wir stellen uns der unbequemen Frage, was in die Grundversicherung gehört und was eben nicht. Wo endet die medizinische Grundversorgung und wo beginnt der Wellness-Bereich, der uns allen zwar gut tut, dessen Kosten aber nicht die Allgemeinheit bezahlen muss? Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert die Gesundheit als «Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens». Wer die Gesundheit so weitgehend definiert, treibt die Kosten dermassen in die Höhe, dass letztlich das ganze System zusammenbricht. Darum fordert die SVP eine solide Grundversicherung mit tiefen Prämien.

Distinktionsmerkmale: selektiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Definition von Gesundheit laut Weltgesundheitsorganisation WHO: «Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens» (Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, 1948)

Zeitraumen: vage; 1948

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 61

Aussagen-ID: 730

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Kultur ist das menschliche Streben und Schaffen zur Verwirklichung seelischer und geistiger Werte. Sie kann vom Staat nicht «verordnet», aber allenfalls gefördert werden. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt des Landes haben uns bislang vor einer «Staatskultur» und entsprechenden Förderungsmassnahmen bewahrt. Denn jede «Staatskultur» (auch die Unterordnung unter den EU-Kulturdirigismus) gefährdet die kulturelle Freiheit und Vielfalt und führt zu korruptionsähnlichen Mäuscheleien zwischen Politikern und Kulturschaffenden. Stattdessen ist das private Mäzenatentum gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen. Kultur ist grundsätzlich weder Sache des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist primär Sache der Kultur. Somit kann die staatliche Kulturpolitik lediglich ergänzenden Charakter haben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatskultur; EU-Kulturdirigismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Staatskultur

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 74

Aussagen-ID: 731

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Bei einer nationalstaatlich geförderten Kultur besteht die Gefahr, dass die Regierung jene Kultur bevorzugt, die ihr politisch nahe steht. So hat der Bundesrat, der jahrelang einen Mitte-links-Kurs verfolgte, auch eine entsprechende Kultur gefördert. Mit Hilfe staatlicher Kulturstiftungen wurden selektiv bestimmte Ausdrucksformen der Kultur und der Kulturkritik betont, ohne dass eine entsprechende wirtschaftliche und durch die Nachfrage gestützte Basis vorhanden gewesen wäre. Die Problematik der öffentlichen Förderung liegt darin, dass diese ihrem Wesen nach immer selektiv und gegenüber allen Nichtgeförderten diskriminierend ist.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

nationalstaatlich geförderten Kultur; Mitte-links-Kurs des Bundesrats

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

jahrelanger Mitte-links-Kurs

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 74

Aussagen-ID: 732

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Volkskultur erfährt kaum staatliche Förderung. Sie lebt vom freiwilligen und enthusiastischen Engagement von Einzelnen und von Vereinen. Laientheater, Gesangsvereine, Musikformationen, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken; sie alle streben weniger nach abstrakten Auszeichnungen von internationalen Kulturkritikern als vielmehr nach dem, was Kultur im

Wesen ausmacht: das Bedürfnis, etwas zu schaffen, was Freude macht. Sie alle schaffen damit echte gelebte Kultur, nahe am Bedürfnis des Publikums. Je mehr die staatliche Förderung der Kultur wächst, desto mehr geht diese gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Förderung kann somit dort, wo sie nicht fördert, zerstörerisch wirken.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Verlust der gelebten Volkskultur durch staatliche Kulturförderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Volkskultur

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 74

Aussagen-ID: 733

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In der Kulturpolitik und insbesondere in der Filmförderung stellt sich die Frage, ob sich die etatistische oder die freiheitliche Linie durchsetzt. Das Infragestellen und Streichen von Fördermitteln darf nicht mit «Zensur» verwechselt werden. Das Kulturschaffen darf und soll auch gesellschafts- und staatskritisch sein, denn dies ist eine ihrer wichtigen Funktionen. Kultur muss nicht einfach nur «gefallen» und unterhalten, sie soll auch zum Nach- und Mitdenken und Mitfühlen anregen und anstiften. Gegen eine eigenständige «linke Kulturszene» ist so wenig einzuwenden wie gegen eine klassische «bürgerliche» Opern-, Konzert- und Schauspielkultur oder Kulturereignisse im Bereich Volkstümliches und Folklore. Kein Kulturbereich hat einen verbrieften Anspruch auf staatliche Förderung oder kann einen fixen Anteil am «Kuchen» der Kulturförderung erheben. Ebenso wenig soll Kulturpolitik dazu dienen, einer bestimmten Kultur zur Dominanz zu verhelfen beziehungsweise einer anderen entgegenzuwirken.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

klassische «bürgerliche» Opern-, Konzert- und Schauspielkultur; Volkstümliches und Folklore

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 74-75

Aussagen-ID: 734

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

*befürwortet eine lebendige, freie Kultur und bekämpft jede Art von «Staatskultur»;
will privates Mäzenatentum steuerlich begünstigen;
setzt sich dafür ein, dass Kulturförderbeiträge nicht unter Diskriminierung der Volkskultur verteilt werden;
bekämpft die staatliche Bevorzugung des linken Kulturschaffens und die verfilzten Förderungsstrukturen.*

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatskultur; Diskriminierung der Volkskultur; Bevorzugung des linken Kulturschaffens; verfilzte Förderungsstrukturen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Volkskultur

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 75

Aussagen-ID: 735**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung 1 (Fotografie): Das Bild zeigt vier singende Knaben, von denen einer nicht vollständig abgebildet ist. Sie sind in Tracht gekleidet und tragen blaue, kurzärmelige Hemden mit Stehkragen. Die Träger der Trachtenhosen sind mit goldenen Symbolen verziert. Die Buben stehen vor einem Plakat der „Schweizerischen Volkspartei“, auf dem das Parteilogo (SVP/UDC) aufgedruckt ist. Im Hintergrund ist eine Hälfte der Schweizer Bundesflagge zu sehen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Symbol

Trachtenkleidung (eventuell Appenzeller-Tracht)

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 75**Aussagen-ID: 736****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Ehe und Familie bildet nach wie vor die Grundlage und den Kern unserer Gemeinschaft. Jedes Paar ist frei, seine Familienform zu wählen, trägt aber auch die Verantwortung für die Folgen des gewählten Wegs. Traditionelle Familien mit ihren Kindern verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. In diesen Familien wird ein wesentlicher Beitrag zur Gesellschaft geleistet. Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Die Familie sorgt für Geborgenheit und Zuwendung und für gegenseitige Unterstützung während des ganzen Lebens. Für Kinder, die ohne den Schutz der Familie aufwachsen müssen, sind genügend Betreuungsplätze anzubieten. Dies ist aber nicht Sache des Bundes, sondern obliegt Kantonen und Gemeinden, denn diese kennen die Bedürfnisse am besten. Ziel ist es nicht, flächendeckend Betreuungsangebote einzurichten, sondern die Initiative möglichst Privaten zu überlassen. Der Staat muss dort helfen, wo es nötig ist, nicht aber eine Betreuungsform aufzwingen. Das Tragen der innerfamiliären Verantwortung ist der Anspruchshaltung gegenüber dem Staat vorzuziehen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

Traditionelle Familien

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 78**Aussagen-ID: 737****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Gegen die Hälfte der schweizerischen Haushalte sind heute Einpersonenhaushalte. Egal, ob diese Lebensform frei gewählt oder durch das Schicksal bestimmt ist: Der Staat darf nach Meinung der SVP die Alleinstehenden weder gesellschaftlich diskriminieren noch ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag für die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft. Die SVP wendet sich gegen Versuche, die heute vorhandene Solidarität der Alleinstehenden zusätzlich zu strapazieren.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 78-79

Aussagen-ID: 738**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Frau und Mann sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen eine ihrer Situation entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Die SVP steht für eine Politik, in der Frauen und Männer sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht wer Frau oder Mann ist, sondern wer sich am besten eignet, soll ein Amt bekleiden. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Ein Gleichheitswahn durch umfassende bürokratische Regelungen dient diesem Ziel aber ebenso wenig wie ein Kampf der Geschlechter. Die SVP wehrt sich daher gegen die Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in der Familie, in der Gesellschaft, im Beruf und in der Politik.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gleichheitswahn; Gleichmacherei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 79**Aussagen-ID: 739****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Die Bevölkerung muss die Überzeugung zurückgewinnen, dass das wahrhaft gute Werk nicht in der sozialpolitischen Erbsenzählerei liegt, sondern in der Befreiung zur eigenständigen Tat.» (Peter Ruch, reformierter Pfarrer, «Neue Zürcher Zeitung», 10.1. 2006)

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Person

Peter Ruch (Zitat aus Neue Zürcher Zeitung, 10.1. 2006)

Zeitrahmen: 2006**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 80**Aussagen-ID: 740****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die SVP bekennt sich zu unserer abendländisch-christlichen Tradition. Die Kirchen sind aufgerufen, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die SVP trägt die von der Bundesverfassung allen Einwohnern der Schweiz garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit uneingeschränkt mit. Andererseits tritt sie der Äusserung religiös-politischer Machtansprüche und deren Symbolen (zum Beispiel der Errichtung von Minaretten) entschieden entgegen. In unserem Land gilt Glaubens- und Gewissensfreiheit. Es kann weder Sache einer Partei noch des Staates sein, den Menschen in Glaubensdingen Vorschriften zu machen, was zu glauben sei. Glaubens- und Gewissensfreiheit muss auch heissen: Freiheit für den Dienst der Verkündigung und für die Tätigkeiten der Kirchen im Rahmen des religiösen Friedens. Es darf aber auch nicht Sache der Kirche sein, Politik zu betreiben. Die SVP bedauert jede einseitige, ideologisch geprägte politische Stellungnahme von Kirchenfunktionären zutiefst, weil damit der Seelsorge- und Verkündigungsauftrag der Kirchen untergraben wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Minarette; religiös-politische Machtansprüche

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

abendländisch-christliche Tradition; Glaubens- und Gewissensfreiheit nach Bundesverfassung (Art. 15)

Zeitrahmen: vage; 1848/1874/1999**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 80

Aussagen-ID: 741**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Die Kirche kann nicht und darf nicht den politischen Kampf an sich reißen, um die möglichst gerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Sie kann und darf nicht sich an die Stelle des Staates setzen.» (Papst Benedikt XVI., *Deus Caritas est*, Enzyklika Teil II, Kap. 28b)

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol; Person

Papst Benedikt XVI. [(Zitat aus *Deus Caritas est*, Enzyklika Teil II, Kap. 28b) Gegeben zu Rom, Sankt Peter, am 25. Dezember, dem Hochfest der Geburt des Herrn, im Jahr 2005, dem ersten des Pontifikats]

Zeitrahmen: vage; 2005**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 80**Aussagen-ID: 742****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP**will die Familien durch rechtliche und steuerliche Entlastungen stützen;**anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigt in Beruf und Politik;**tritt für eine eigenverantwortliche Arbeitsteilung in der Familie ein. Sie fordert daher die Abschaffung des Gleichstellungsbüros**und weiterer Ämter, die sich mit der staatlichen Reglementierung des Familienlebens befassen;**hält die Kindererziehung für eine primäre Aufgabe der Eltern;**fordert, dass Tagesstrukturen nur dort eingerichtet werden, wo das Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär über Private erfolgt; in klar definierten Fällen kann eine Zusammenarbeit zwischen kantonalen und lokalen Behörden mit der Privatwirtschaft erfolgen;**verlangt die Sicherung der Altersvorsorge;**widersetzt sich jeglichem religiös-politischen Machtanspruch;**fordert Kirchen, die sich vermehrt der Seelsorge statt der Tagespolitik widmen.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Gleichstellungsbüros; religiös-politische Machtansprüche

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Wahlpro2007_2011**Seite:** 80**Aussagen-ID: 743****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Noch gibt es in der Schweiz ein leistungswilliges, eigenverantwortliches Bürgertum, das nicht bei jeder Schwierigkeit oder Anstrengung nach dem Staat ruft. Doch der schleichende Sozialismus hat unser Land etwas verspätet, aber umso gründlicher erfasst. Die 1990er-Jahre bedeuteten den Dammbruch und bildeten ein eigentliches «sozialdemokratisches Jahrzehnt» mit ausufernden Staatsausgaben, Schuldenbergen, Steuerquoten, Gebühren und Prämien. Eine linke Umverteilungselite hat sich mit Geschick und Erfolg an die entscheidenden Schalthebel in Politik, Gesellschaft, Medien und Kultur gesetzt und leitet staatliche Geldströme in ihre eigenen Taschen und in jene ihrer Klientel.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialismus; linke Umverteilungselite

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

1990er Jahre; sozialdemokratisches Jahrzehnt

Zeitraumen: vage; 1990er
Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011
Seite: 82

Aussagen-ID: 744

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein regelrechtes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung plötzlich als verdächtig erscheinen. Die Pflicht eines für die Firma und die Arbeitsplätze besorgten Arbeitgebers, nämlich Gewinn zu erzielen, wird zunehmend moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Handwerker und Gewerbler die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land. Sozial ist nicht, wer Gelder von der einen Tasche in die andere umleitet oder grosszügig das Geld anderer verteilt. Wahrhaft sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft oder in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt und nicht der Allgemeinheit zur Last fällt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Umerziehungsprogramm

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Umerziehungsprogramm

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 82

Aussagen-ID: 745

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Schweizer Erfolgsmodell beruht auf einem massvollen Staat mit freier, prosperierender Wirtschaft. Es gibt keinen vernünftigen Grund, davon abzuweichen. Wir sind uns bloss in den letzten Jahren untreu geworden. Die neuen Mitgliedstaaten der EU haben seit dem Zusammenbruch des Sozialismus konsequent auf eine liberale Marktwirtschaft gesetzt. Selbst sozialdemokratisch geführte Staaten in Skandinavien haben liberale Reformprogramme eingeleitet. Nur die Schweiz macht weiter Richtung Sozialismus – geschützt von einer mehrheitlich linksdiktierten Medienlandschaft. Nirgendwo in der Welt sind die Behördenmacht, die Staatsintervention und die staatliche Reglementierung in den letzten Jahren stärker gewachsen als in der Schweiz. Unsere Staatsquote ist stärker gewachsen als in allen OECD-Ländern.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialismus; linksdiktierte Medienlandschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

Schweizer Erfolgsmodell

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 82

Aussagen-ID: 746

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Statt den wohl bekannten sozialistischen Irrweg in die Arbeitslosigkeit, die Verschuldung und die Armut zu gehen, sollten wir uns wieder auf das freiheitliche Erbe besinnen: auf Fleiss und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, auf Privateigentum statt Umverteilung, auf mehr Freiheit und weniger Staat. Dafür steht in unserem Land die SVP. Wer unser Land voranbringen will, hat darum nur eine Wahl: die SVP!

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: sozialistischen Irrweg

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

das freiheitliche Erbe

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Wahlpro2007_2011

Seite: 82

Aussagen-ID: 747

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Sorge um Familie, Hab und Gut, der Wille zur Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung standen am Anfang unserer Eidgenossenschaft. Diese Werte haben unser Land stark gemacht und während Jahrhunderten geprägt. Sie garantieren uns Wohlstand und Sicherheit in guten wie in schlechten Zeiten. Die gemeinsamen Grundwerte der Eidgenossenschaft sind im Bundesbrief von 1291 festgehalten: «Im Hinblick auf die Arglist der Zeit» gelobten sich die Gründer unseres Landes gegenseitig Hilfe und Schutz. Sie versprachen die gemeinsame Abwehr von Angriffen und den Verzicht auf fremde Richter. Die Schweiz hat es als ehemals armes Land an die weltweite Spitze geschafft. Gerade auch angesichts von Wirtschafts- und Staatshaushaltskrisen unserer Zeit zeigt sich die Überlegenheit des Erfolgsmodells Schweiz. Diese Errungenschaften sind aber in Gefahr: Bundesrat, Parlament und Verwaltung stellen durch ihr Handeln die Grundwerte und Stärken unseres Landes immer mehr in Frage.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bundesrat, Parlament und Verwaltung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Jahrhunderte alte Grundwerte der Eidgenossenschaft; Bundesbrief von 1291; ehemals arme Schweiz; Erfolgsmodell Schweiz

Zeitraumen: vage; 1291

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 6

Aussagen-ID: 748

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Führende Personen und Parteien reden dem EU-Beitritt das Wort. Doch wer wird einmal die unermesslichen Schulden Europas tragen? Unsere Kinder und Enkel! Die Schweiz würde bei einem EU-Beitritt doppelt und dreifach bezahlen. Dennoch wollen uns die Classe politique und die «Eliten» durch Hintertüren in die EU drängen. Nach wie vor liegt das EU-Beitritts-gesuch der Schweiz in Brüssel. Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Frankens bedeuten. Auch tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, höhere Mieten, noch mehr Abgaben und Steuern sowie Milliardenzahlungen an Brüssel wären die Folge.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitritt; Classe politique und Eliten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

EU-Beitritts-gesuch der Schweiz 1992; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: 1815-1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 6

Aussagen-ID: 749

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Seit je haben Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz in der Hoffnung auf ein besseres Leben eine neue Heimat gesucht. Ohne ihre Arbeit wäre manche Unternehmung heute nicht dort, wo sie steht. Die Schweiz hat aber mittlerweile ernsthafte Probleme mit der Zuwanderung. Die Politik von Bundesrat und Mitte-Links-Parteien führte zu einem unkontrollierten Bevölkerungswachstum mit schwerwiegenden Konsequenzen. Wichtige Qualitäten und Traditionen unseres Landes werden so gefährdet. Zudem fühlen sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr sicher im eigenen Land. Nahezu die Hälfte aller Verbrechen in der Schweiz wird durch Ausländer verübt. Diese Situation ist eine Konsequenz der unkontrollierten Masseneinwanderung und der laschen Strafen. Darum hat die SVP ihre Ausschaffungsinitiative lanciert: Wer als Ausländer mordet, vergewaltigt, raubt und Sozialwerke missbraucht, muss unser Land verlassen.

Distinktionsmerkmale: diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Bundesrat und Mitte-Links-Parteien; unkontrolliertes Bevölkerungswachstum; unkontrollierte Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Traditionen unseres Landes; Ausschaffungsinitiative (in Kraft: 2010)

Zeitraumen: vage; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 7

Aussagen-ID: 750

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 bilden den richtigen Zeitpunkt, um sich Gedanken über die Zukunft unseres Landes zu machen. Inmitten der zahlreichen Herausforderungen gilt es festzuhalten, dass die Wurzeln in unserem Land gesund sind. Besinnen wir uns auf die Grundwerte und die Stärken der Schweiz! Das Volk ist die höchste Instanz in unserem Land und bestimmt den Weg. Wir Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an der Urne Veränderungen herbeizuführen. Im Grunde geht es weniger um die Auswahl von Köpfen als um eine Sachabstimmung: Sind Sie für oder gegen die Schweiz? Wenn Sie wie wir auch weiterhin für die Schweiz eintreten möchten, empfehle ich Ihnen die SVP – die Partei für die Schweiz. Gegen die Schädigung unserer Heimat gibt es nur eine Antwort: Schweizer wählen SVP!

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 7

Aussagen-ID: 751

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 1 (Fotografie): Das Bild zeigt ein altes Schriftstück. Es dürfte sich um den Bundesbrief von 1291 handeln. Der handgeschriebene Text ist aufgrund der Bildqualität nicht lesbar. Am unteren Rand der Urkunde sind zwei Siegel angebracht. Das Dokument macht einen antiken Eindruck.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291

Zeitraumen: 1291

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 10

Aussagen-ID: 752

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung 2 (Fotografie): Die Südfassade des Bundeshauses in Bern.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol; Orte

Schweizer Bundeshaus (1894-1902)

Zeitraumen: 1894-1902
Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015
Seite: 10

Aussagen-ID: 753

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unsere Schweiz ist ein liberaler Staat mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten, aussenpolitisch neutral, nach innen föderalistisch ausgerichtet. Die SVP steht ein für eine unabhängige, weltoffene Schweiz, die mit allen Ländern der Welt gute politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhält, gleichzeitig aber über ihre Souveränität wacht und ihre Angelegenheiten selber bestimmt. Unsere geistige Klammer bildet ein Patriotismus, der sich nicht an einer einheitlichen Kultur oder Sprache orientiert, sondern an der gemeinsam bestandenene Geschichte und am Bekenntnis zum politischen Sonderfall Schweiz, der diesen Vielkulturenstaat durch seine freiheitliche Ordnung erst ermöglichte. Uns einigt das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Sonderfall Schweiz; Staatssäulen (Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität); Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: vage; 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 11

Aussagen-ID: 754

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unser heutiger Bundesstaat ist vor über 160 Jahren als demokratische, föderalistisch aufgebaute Republik inmitten von europäischen Monarchien entstanden. Später wurde dieser Sonderfall mit dem Ausbau der direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes weiter gestärkt zum heute weltweit einzigartigen und hochmodernen Konzept des direktdemokratischen Kleinstaates Schweiz. Dieser hat uns trotz ungünstiger äusserer Voraussetzungen über fast zwei Jahrhunderte Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Wenn wir aufhören, uns zu unserem Sonderfall zu bekennen und eine oder mehrere unserer Staatssäulen preisgeben, ist die Qualität der Schweiz als Ganzes gefährdet.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Staatsgründung vor über 160 Jahren (Bundesverfassung 1848/1874/1999); Sonderfall Schweiz; Staatssäulen (Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität); Monarchien

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 10

Aussagen-ID: 755

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Ihr Eidgenossen seid wunderbare Leute. Wenn Ihr schon uneins seid, so seid Ihr eins und vergesst die alte Freundschaft nicht.» Johann Jakob Sturm, Stadtmeister von Strassburg, anlässlich der Kappeler Milchsuppe von 1529

Distinktionsmerkmale: kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Johann Jakob Sturm; Kappeler Milchsuppe von 1529

Zeitraumen: vage; 1529
Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015
Seite: 11

Aussagen-ID: 756

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Werte wie Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss stehen traditionell für das Wesen der Schweizerinnen und Schweizer. Diese Werthaltung prägt und prägt auch die schweizerischen Produkte und Dienstleistungen, die unter dem Begriff «Schweizer Qualität» überall in der Welt geschätzt werden. Das Nachlaufen und Nachvollziehen war noch nie eine Stärke unseres Landes. Die Probleme sollen da gelöst werden, wo man sie kennt und die Übersicht vorhanden ist. Um unsere Probleme eigenständig zu bewältigen, brauchen wir unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat. Wenn wir glauben, die ändern würden unsere Probleme lösen, befinden wir uns auf dem Holzweg. Auch Vorbilder gibt es kaum, denn nur wenige Staaten haben die Schwierigkeiten angepackt, vor denen auch wir stehen: Schuldenwirtschaft, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität und Massenzuwanderung.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schuldenwirtschaft, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität und Massenzuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Traditionelle Schweizer Werte (Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss)

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 11-12

Aussagen-ID: 757

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unserem Land ist es immer dann gut gegangen, wenn es zum Sonderfall Sorge trug, statt die ändern nachzuahmen oder mit internationalen Organisationen zu «harmonisieren». Das schweizerische Erfolgsrezept besteht im Prinzip der Gegenläufigkeit: Die Schweiz war Republik inmitten von Monarchien, sie hielt das Lämpchen von Demokratie und Freiheit aufrecht inmitten von Diktaturen, und sie geht ihren eigenen unabhängigen Weg mitten in einer «integrierten» Europäischen Union. Dank diesem Sonderweg hat sich die Schweiz in kurzer Zeit vom «Armenhaus Europas» zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt. Die Fähigkeit zur politischen Problemlösung ist und bleibt an handlungsfähige Nationalstaaten gebunden. Nur sie verfügen über die nötigen materiellen, personellen, finanziellen und auch militärischen Ressourcen. Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren weltweit mehr neue Staaten entstanden als in manchen Jahrzehnten zuvor – davon sind übrigens die meisten Kleinstaaten.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Monarchien; Diktaturen; Sonderfall Schweiz; Armenhaus Europas;

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 12

Aussagen-ID: 758

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Auch die europäische Menschenrechtskonvention geht weit über das anerkannte, zwingende Völkerrecht hinaus und bedroht unsere staatlichen Freiheitsrechte. Wegen der UNO-Antirassismus-Konvention wurde ein Rassismus-Strafartikel eingeführt, welcher die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkt. Ein UNO-Pakt verpflichtet uns grundsätzlich, den Zugang zum Hochschulunterricht für jedermann freizugeben. Die von der Schweiz unterzeichnete Europäische Sozialcharta würde uns im Falle der Ratifizierung zum ständigen Weiterausbau des Sozialstaats verpflichten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Menschenrechtskonvention; Rassismus-Strafartikel; Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit;
Europäische Sozialcharta

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974); Europäische Sozialcharta (ESC 1961/65, revidiert 1996; Schweiz nicht ratifiziert) Völkerrecht; UNO-Antirassismus-Konvention (1994/95); Rassismus-Strafartikel (in Kraft 1994)

Zeitrahmen: vage; 1974; 1994/95

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 16

Aussagen-ID: 759

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm wurde im Widerspruch zu früheren Versprechungen durch die Gerichtspraxis ständig ausgeweitet. Neuerdings sind auch Äusserungen im nichtöffentlichen Rahmen oder Fasnachtsverse strafbar. Die wissenschaftliche Forschung wird beeinträchtigt, indem etwa ausländische Gastreferenten mit ihrer Sicht der Geschichte strafrechtlich verfolgt werden. Dies schafft uns internationale Feindschaften und trägt uns den Vorwurf ein, wir seien bezüglich Freiheitsrechte alles andere als ein Vorbild. Tatsächlich macht sich hierzulande ein Klima der Einschüchterung breit, in welchem die Linken ihre Tabuzonen wie Ausländerpolitik, Sozialmissbrauch und Entwicklungshilfe juristisch absichern. Der Präsident der Rassismuskommission missbraucht sein Amt zur Hetze gegen die von ihm gehasste SVP und zur Propagierung des EU-Beitritts. Dieses Maulkorbgesetz ist eines freien Volkes unwürdig und gehört abgeschafft.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Rassismus-Strafnorm (Zensur); die Linken; Präsident der Rassismuskommission; Sozialmissbrauch; Amtsmissbrauch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994); Fasnachtsverse

Zeitrahmen: vage; 1994

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 16

Aussagen-ID: 760

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Eigentum bedeutet, über rechtmässig erworbene materielle und ideelle Güter frei verfügen zu können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie, wohlhabende und glückliche Gesellschaft möglich. Die Garantie des Eigentums ist Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Dieses Eigentum muss jederzeit frei veräusserlich und ausserdem vererblich sein. Ohne geschütztes Eigentum herrschen Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, ist bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Darum gehört die Garantie des privaten Eigentums zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Zum Schutz des Eigentums gehört auch die Achtung der Privatsphäre. Diese wird in letzter Zeit in teilweise bedenklicher Weise in Frage gestellt (Bankkündengeheimnis, Postgeheimnis, Stimmgeheimnis usw.). Diesem Trend ist entschieden entgegenzuwirken.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut; Mißachtung der Privatsphäre

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Die Geschichte; Bankkündengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35); Postgeheimnis; Stimmgeheimnis; Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitrahmen: vage; 1934/35

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 19

Aussagen-ID: 761**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Ich für meinen Teil würde sicherlich lieber ohne Eigentum in einem Land leben, in dem viele andere etwas besitzen, als dort leben zu müssen, wo alles Eigentum «Kollektiveigentum» ist – und von der Staatsgewalt bestimmten Verwendungen zugewiesen wird.» Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger: *Die Anmassung von Wissen*, Tübingen 1996

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Symbol; Person

Friedrich August von Hayek (Zitat aus *Die Anmassung von Wissen*, Tübingen 1996)**Zeitraumen:** 1996**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 16**Aussagen-ID: 762****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Zwischen 2000 und 2010 sind die Ausgaben des Bundes um rund 28 Prozent angestiegen. Gleichzeitig wurden auch 14 Prozent mehr Einnahmen getätigt. Damit ist der Staat wesentlich stärker gewachsen als die Wirtschaft. In den Jahren 2010 bis 2014 sollen die Ausgaben erneut um 12 Prozent steigen, genauso wie die Einnahmen, deren Wachstum 16 Prozent beträgt. Der Personalbestand der öffentlichen Hand steigt ständig weiter an und belastet die Steuerzahler. Der Bund lebt über seine Verhältnisse, das Staatswachstum liegt weiterhin über dem Wirtschaftswachstum und der Teuerung. Im Wettbewerb mit andern Staaten fällt die Schweiz zunehmend zurück. Die Staats-, Steuer- und Verschuldensquote ist seit 1980 massiv angestiegen. Die von den Etatisten und Linken behauptete «Sparwut» und das angebliche «Kaputtsparen» sind reine Fantasiebegriffe. *Quelle:* Eidg. Finanz Departement (EFD), Staatsrechnungen 2000 bis 2009 und Voranschlag 2010 sowie Finanzplan 2012–2014

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

steigende Staatsquote; Wettbewerbsverlust; Etatisten; Linke;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

Statistiken 1980-2010 (*Quelle:* Eidg. Finanz Departement, Staatsrechnungen 2000 bis 2009; Voranschlag 2010 sowie Finanzplan 2012–2014)**Zeitraumen:** 1980-2010**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 23**Aussagen-ID: 763****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Unternehmen und Gewerbebetriebe werden durch einen Dschungel staatlicher Vorschriften und Reglemente geplagt und damit in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Diese Regulierungskosten schlagen für die KMU mit 50 Milliarden Franken zu Buche. Die in Umfragen meistgenannte Schwäche der Schweiz ist die überbordende staatliche Bürokratie. Die zunehmende Flut von Gesetzen, Verordnungen oder komplizierte Abrechnungsverfahren im Steuerbereich gefährdet Arbeitsplätze. Die Auflagen in den Bereichen Bauen, Raumplanung, Umwelt, Energie, Betriebsführung, Sozialleistungen, Versorgung und Entsorgung werden immer strenger und belasten vor allem den Mittelstand. Jeder der 300'000 Schweizer KMU-Betriebe muss sich heute während 650 unbezahlter Stunden mit Papierkrieg beschäftigen; 1986 waren es noch 360 Stunden. Dies bedeutet für die Wirtschaft unproduktive Kosten von jährlich 7 Milliarden Franken. Staatliche Regulierungen allein durch Sozialversicherungen, Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit und Lebensmittelhygiene erzeugen Kosten von 4 Milliarden Franken.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

überbordende staatliche Bürokratie; Staatliche Regulierungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol

Statistik 1986 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 1986

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 29-30

Aussagen-ID: 764

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP kämpft für mehr Freiraum und weniger Regulierungen, tiefere Steuern, gegen die Doppelbesteuerung der Unternehmensgewinne, für die Befreiung der Unternehmen von der direkten Bundessteuer, für günstige Zinsen und billige Energie. Sie fordert seit Jahren die Abschaffung des wirtschafts-feindlichen Verbandsbeschwerderechts, mit dem einige professionelle Verhinderer notwendige Zukunftsinvestitionen und damit Wachstum und Wohlstand sabotieren. Die SVP will das Aktienrecht revidieren, um Lohnexzesse zu verhindern und das private Eigentum vor Manager-Raubzügen zu schützen. Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), Betriebszählung 2008; KMU-Landschaft im Wandel (2008), Betriebszählung 2005 sowie 2008; Bericht des Bundesrates: Vereinfachung des unternehmerischen Alltags (2006); Schweizerischer Gewerbeverband (SGV), Administrative Entlastung der KMU (2005); KPMG: Messung von Regulierungskosten für Schweizerische KMU (2010)

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

professionelle Verhinderer; Lohnexzesse; Manager-Raubzügen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Verbandsbeschwerderecht (1983/85); Aktienrecht; Quellenangaben 2005-2010

Zeitraumen: 1985; 2005-2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 29-30

Aussagen-ID: 765

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein regelrechtes linkes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung heutzutage fast als verdächtig erscheinen. Die Pflicht eines Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, wird moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land. Sozial und moralisch handeln nicht jene, die das Geld anderer verteilen oder ihren Moralismus zum gut bezahlten Beruf machen. Wahrhaft sozial handelt, wer Geld verdient, Gewinn erwirtschaftet, diesen investiert und damit Arbeitsplätze schafft. Wahrhaft sozial handelt, wer in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt. Die linke Politik führt zu weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit. Sie schwächt das Gewerbe und den Wirtschaftsstandort, vor allem die vielen KMU-Betriebe, die den grossen Teil der Arbeitsplätze und Lehrstellen anbieten. Die vor allem in jüngster Vergangenheit wieder starke Zunahme der Staatsstellen belastet hingegen die Wirtschaft. Mehr Beamte führen zu mehr Bürokratie und Aktionismus, was von der Wirtschaft und den übrigen Steuerzahlern beglichen werden muss.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Umerziehungsprogramm; linke Politik;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Umerziehungsprogramm; in jüngster Vergangenheit

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 31

Aussagen-ID: 766

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Seine Gestaltungsfreiheit ist einzig durch das zwingende Völkerrecht beschränkt. Das Schweizer Volk und dessen gewählte Vertreter führen die Aufsicht über die Ausübung der Aussenpolitik durch den Bundesrat. Der Bundesrat wie die

Bundesparlamentarier verpflichten sich mit ihrem Eid oder Gelübde, sich an Verfassung und Gesetze zu halten. Diese Verfassung beauftragt Bundesrat und Parlament mit «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz». Die ständige, schleichende Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität der letzten zwei Jahrzehnte widerspricht dem verfassungsmässigen Auftrag unserer Aussenpolitik. Dasselbe gilt für Verträge, die der Schweiz unzumutbare Nachteile aufbürden. Das Schweizerische Strafgesetzbuch hält fest: «Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteil der Eidgenossenschaft führt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.»

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999); Völkerrecht; Schweizerische Strafgesetzbuch (Beschluss 1937/in Kraft 1942); die letzten zwei Jahrzehnte; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: vage; 1815-1999; 1848-1999; 1942

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 35

Aussagen-ID: 767

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität ist nicht Selbstzweck oder blosser Gewohnheit, sondern sie sichert der Schweiz und ihren Bürgerinnen und Bürgern die Unabhängigkeit. Und zwar neben der politischen vor allem auch die geistige und moralische Freiheit des selbständigen Urteils. Unser Staat ist ein Zweckverband und kein moralischer Vormund, weder der Bürger noch der Völkergemeinschaft. Und unsere Neutralität hat nicht zuletzt den Sinn, die Unabhängigkeit des Urteils der Bürger zu gewährleisten. Die immer häufigeren moralisierenden Stellungnahmen des Bundesrates zu allen möglichen internationalen Problemen sind fragwürdig und inakzeptabel. Die Schweizerinnen und Schweizer verpflichten ihre Regierung und Verwaltung seit Jahrhunderten zum Stillsitzen, damit sie nicht im Namen der Bevölkerung urteilen und verurteilen – und damit sie die Bürger nicht in Konflikte oder gar Kriege hineinziehen, für die dann das Volk den Kopf hinhalten muss. Die SVP hält entschieden am Erfolgsmodell der Neutralität fest, das im Volk tief verankert ist und breiteste Unterstützung geniesst. Sie bekämpft das Fehlkonzepth der «aktiven Neutralität», das ein Widerspruch in sich selber ist. Statt einer Diplomatie des erhobenen Zeigefingers ist eine Diplomatie des Vorbildes gefragt. Eine Aussenpolitik der Phrasen, der Heuchelei und der Sündenbockmentalität schafft uns Feinde und verärgert Handelspartner.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bundesrat; aktive Neutralität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: vage; 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Aussagen-ID: 768

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Nach einer äusserst knappen Abstimmung ist die Schweiz im Jahr 2002 gegen den Widerstand der SVP den Vereinten Nationen beigetreten. Hatte sie früher schon im humanitären Bereich mitgearbeitet, wurde sie nun auch Teil der politischen UNO. Die UNO ist alles andere als ein Zusammenschluss von vorbildlich demokratischen, freien und humanen Staaten. In vielen UNO-Mitgliedstaaten werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, politische Abweichler gefoltert und eingesperrt, Frauen unterdrückt und Kinder ausgebeutet – von Vetternwirtschaft, Korruption und Geldverschleuderung ganz zu schweigen. Dennoch darf sich die Schweiz im Rahmen des so genannten Menschenrechtsrates regelmässig kritisieren lassen. Die UNO ist keine Rechtsorganisation, sondern eine Machtorganisation. Denn sie schafft für die Mächtigen Sonderrecht: Die Vereinten Nationen haben seit ihrer Gründung 1945 fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrates mit einem Vetorecht ausgestattet, setzen also Macht vor Recht. Dieser Sicherheitsrat ergreift Partei, verhängt Boykotte und führt Kriege, was mangels eigener Streitkräfte allerdings die NATO oder die USA besorgen. Eine angeblich kollektive Sicherheit der UNO und die gleichzeitige Führerschaft eines einzelnen Staates schliessen sich gegenseitig aus. Aus diesen Gründen ist es für die neutrale Schweiz nicht zweckmässig, dereinst im UNO-Sicherheitsrat mitzuwirken.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: UNO**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

UNO Beitritt 2002; Gründung der Vereinten Nationen 1945; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitrahmen: 1815-1999; 1945; 2002

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 36

Aussagen-ID: 769

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wovor die SVP schon 1992 anlässlich der EWR-Abstimmung eindringlich gewarnt hat, ist heute offensichtlich: Die Europäische Union erweist sich als intellektuelle Fehlkonstruktion. Gescheitert ist der Versuch, ein gemeinsames Rechts- und Währungssystem über Länder mit völlig unterschiedlicher Mentalität, Geschichte, Sozialsystemen, Verschuldung und Wirtschaftsleistung zu stützen. Der Euro wurde als politische Währung ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Realitäten geschaffen und verliert ständig an Wert. Die Fleissigen finanzieren die Bequemen; das führt zu Unwillen, Spannungen und Konflikten. Die hoch verschuldete EU musste Notpakete für Hunderte Milliarden Euro schnüren, die niemand besitzt. Wegen unserer Mitgliedschaft beim internationalen Währungsfonds, welche die SVP seinerzeit bekämpft hat, muss sich die Schweiz ebenfalls an sogenannten «Rettungsschirmen» beteiligen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Die Europäische Union; die Bequemen; Rettungsschirmen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

EWR-Abstimmung 1992; Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds (IWF/Schweiz 1992); Euro-Rettungspolitik (seit 2010)

Zeitrahmen: 1992; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 37

Aussagen-ID: 770

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie, mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU-Beitritt gekämpft zu haben.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Brüsseler Bürokratie; EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Symbol

Sonderfall Schweiz; EU-Beitrittsgesuch 1992

Zeitrahmen: vage; 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 37

Aussagen-ID: 771

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Seit 1992 liegt ein Gesuch um Beitritt in die EU in Brüssel. In jenem Jahr hatte der Bundesrat den EU-Beitritt als «strategisches Ziel» erklärt. Seit damals kämpft die SVP für den Rückzug dieses verhängnisvollen Beitrittsgesuchs. Denn es ist unmöglich, hartnäckig bilaterale Verträge auszuhandeln, wenn die EU als Verhandlungspartner davon ausgeht, dass die

Schweiz der EU ohnehin beitreten will. Heute aber ist das Ziel der offiziellen EU-Politik unklar – oder es wird bewusst verschleiert. Denn Bundesrat und Verwaltung wollen in die EU und sind darum auch bereit, deren «dynamische Rechtsentwicklung» zu übernehmen und sich damit freiwillig einem Kolonialvertrag zu unterwerfen. Dabei könnte die Schweiz als zweitwichtigster Handelspartner der EU hinter den USA durchaus selbstbewusster auftreten. Wenn Bundesrat und Wirtschaftsverbände ständig vom «bilateralen Weg» sprechen, sprechen sie lediglich vom Weg, aber nicht vom Ziel. Das Ziel setzt unsere Bundesverfassung mit ihrer Schutzgarantie von Freiheit und Rechten des Volkes sowie Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU Beitrittsge such; Bundesrat und Verwaltung; Kolonialvertrag

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

EU Beitrittsge such 1992; Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitrahmen: 1848/1874/1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 37

Aussagen-ID: 772

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Darum muss das EU-Beitrittsge such jetzt endlich zurückgezogen werden. Wenn der Bundesrat und die Mitteparteien dies nicht wollen, wollen sie – entgegen allen gegenteiligen Behauptungen – der EU beitreten. Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der ständigen Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit angesagt. Denn zukunftsfrüchtige Wachstumsmärkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitrittsge such; Bundesrat und die Mitteparteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

EU Beitrittsge such 1992;

Zeitrahmen: 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 37

Aussagen-ID: 773

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Warum zieht der Bundesrat nicht endlich dieses EU-Beitrittsge such zurück? Weil der Bundesrat – ohne es zu sagen – in die EU drängt. Höre nicht, was sie sagen, sondern merke, was sie denken und schaue, was sie tun beziehungsweise nicht tun.» a. Bundesrat Christoph Blocher in der Rede «Wird die Schweiz an die EU verraten?», 4.9.2010

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Beitrittsge such; der Bundesrat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Person

Bundesrat Christoph Blocher (Zitat aus der Rede «Wird die Schweiz an die EU verraten?», 4.9.2010); EU-Beitrittsge such 1992

Zeitrahmen: 1992; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 37

Aussagen-ID: 774**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Geschichte der Entwicklungshilfe und der Schuldenerlasse ist eine Geschichte von Enttäuschungen. Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen durch die westlichen Industrieländer geht es etwa dem afrikanischen Kontinent schlechter als zur Kolonialzeit. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes stabilisiert. Gerade in Afrika mehren sich die kritischen Stimmen: Voraussetzung für den Aufschwung bildet nicht die linke Brunnenbauromantik, die nur einen bürokratischen Riesenapparat nährt und die Drittweltländer in unselbständiger Empfängerhaltung verharren lässt. Not tut vielmehr die Schaffung von Marktwirtschaft, Eigentumsgarantie, Rechtssicherheit, Eigenverantwortung, politischer Freiheit und gerechter Besteuerung. Unsere Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) verfügt über das riesige jährliche Budget von fast 1,5 Milliarden Franken.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

diktatorische, korrupte Regimes; linke Brunnenbauromantik; bürokratischen Riesenapparat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Geschichte der Entwicklungshilfe und der Schuldenerlasse; jahrzehntelange Zahlungen immenser Summen; Kolonialzeit

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 38**Aussagen-ID: 775****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Diese Mittelflüsse sind vollständig transparent zu machen, in ihrer Effizienz zu kontrollieren und endlich unter Bildung von Schwergewichten einzusetzen. Das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern muss an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber gekoppelt werden. Statt die Ausgaben für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern. Zahlungen an multilaterale Grossprojekte internationaler Organisationen sind zugunsten von nationalen, vorab privaten Entwicklungsinitiativen zu reduzieren. Die politisch völlig einseitig zusammengesetzte Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit muss abgeschafft werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Person

Die Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit (BK IZA/1996)

Zeitrahmen: 1996**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 38**Aussagen-ID: 776****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Entwicklungshilfe besteht darin, das Geld armer Menschen in reichen Ländern an reiche Menschen in armen Ländern zu transferieren.» Peter Thomas Bauer, 1915-2002, britischer Entwicklungsökonom

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol; Person

Peter Thomas Bauer (Zitat unbekannt, 1915-2002)

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 38

Aussagen-ID: 777**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP**verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Erhaltung von Freiheit, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;**bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, bewaffneten Neutralität;**widersetzt sich den Bemühungen um Aufnahme in den UNO-Sicherheitsrat;**fordert den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs in Brüssel und die Auflösung des Integrationsbüros;**will keine weiteren Verträge, die unsere Handlungsfreiheit einschränken;**spricht sich dafür aus, dass wichtige Staatsverträge obligatorisch vom Volk genehmigt werden müssen;**widersetzt sich jedem Druck von aussen gegen unsere Steuerautonomie;***Distinktionsmerkmale:**

exklusiv; Essentialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Aufnahme in den UNO-Sicherheitsrat; EU-Beitrittsgesuch; Integrationsbüro

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager

Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); EU-Beitrittsgesuch 1992

Zeitrahmen: 1815-1999; 1992**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 39**Aussagen-ID: 778****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP**verlangt, dass die Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen für Asylbewerber gekoppelt wird und eingebunden ist in eine zweckmässige Zielsetzung und Gesamtstrategie durch den Bundesrat mit jährlicher Überprüfung durch das Parlament;**fordert von Ländern, deren Bürger in den Bereichen Asyl und Justiz hohe Kosten verursachen, eine finanzielle Beteiligung durch Kürzung der Entwicklungshilfe;**setzt sich ein für eine Reduktion der Entwicklungshilfegelder an unübersichtliche, multinationale Bürokratien.***Distinktionsmerkmale:**

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylbewerber; Kosten verursachende Länder und deren Bürger; unübersichtliche, multinationale Bürokratien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 39**Aussagen-ID: 779****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Kein Tag vergeht ohne Schreckensmeldungen über Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und Morde. Auch Raub, Einbrüche und Drohungen nehmen beständig zu und gefährden die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem die Schwachen unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Viele Frauen und ältere Menschen trauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Aber auch Jugendliche im Ausgang, in der Freizeit, ja auf dem Pausenplatz sind allzu oft brutalen Tötlichkeiten ausgesetzt. Dazu ist die Quote der Aufklärung von Verbrechen bedauernswert gering, weil viele Straftaten gar nicht angezeigt werden. Das Risiko, für eine Straftat belangt zu werden, nimmt ständig ab. Wir erleben eine beunruhigende Zunahme der Gewalt, wobei vor allem die hohe Ausländerkriminalität und die wachsende Jugendkriminalität erschrecken.***Distinktionsmerkmale:**

diskriminierend; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländerkriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 41

Aussagen-ID: 780

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Jahrzehntelang haben die linken Achtundsechziger das Strafrecht geprägt. Demnach galten Verbrecher hauptsächlich als Leidtragende von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit; praktisch alle Täter schienen therapierbar und resozialisierbar. Ihre Betreuung war umfassend, während man die Opfer und ihre Familien vor allem sich selber überliess. Unser Rechtswesen krankt heute an zwei Übeln: Erstens sind im aktuellen Strafrecht Scheinstrafen vorgesehen, die keine Strafen sind. Zweitens schöpfen allzu viele Richter das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile sorgen dafür, dass den Justizmassnahmen die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. So verurteilt man einen Kinderschänder oft zu einer Geldstrafe oder einen Vergewaltiger als Ersttäter nur zu einer bedingten Freiheitsstrafe. 70 Prozent aller Sexualstraftäter mussten zum Beispiel 2008 nicht ins Gefängnis. Nicht nur, dass solche Täter nicht ins Gefängnis müssen – ihre Strafe wird nach bestandener Probezeit wieder aus dem Strafregister gelöscht. Mit dem früheren Strafrecht wurden wesentlich mehr Sexualstraftäter inhaftiert als mit dem heutigen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

linke Achtundsechziger; Verbrecher; Scheinstrafen; Kinderschänder; Sexualstraftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik 2008 (Quelle unbekannt); früheres Strafrecht

Zeitraumen: vage; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 41

Aussagen-ID: 781

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Wir haben dringenden Handlungsbedarf. Aber warum wird nicht gehandelt? Weil die Politik nicht will. Die Mehrheit des Parlamentes bietet dazu keine Hand. Und der Bundesrat lehnt Verschärfungen des Strafrechts und ein härteres Vorgehen gegen Verbrecher konsequent ab.» SVP-Nationalrätin Natalie Rickli, Der Zürcher Bote, 27.4.2009

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Bundesrat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Natalie Rickli (Zitat aus Der Zürcher Bote, 27.4.2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 41

Aussagen-ID: 782

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Hinzu kommt, dass die Rechtsprechung immer öfter internationale Konventionen betreffend «Menschenrechte» vorschiebt, um so die angemessenen Strafurteile zu umgehen. Mit Vorwänden bezüglich «völkerrechtlicher Regelungen» werden die direktdemokratischen Volksrechte zunehmend ausgehöhlt oder am liebsten als ungültig erklärt. Sowohl die «Verwahrloshungsinitiative» wie auch die «Unverjährbarkeits-Initiative» wurden nachträglich in Bundesbern verwässert. Umgekehrt fordert ein Freiburger Professor allen Ernstes die Einführung von Scharia-Gerichten für Muslime in der Schweiz. Die ansonsten viel zitierten Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Frauen sollen hier offenbar auf der Strecke bleiben. Und für Diebe, denen eine Hand abgehackt wird, haben wir ja die Invalidenversicherung! Unser Strafrecht muss wieder den Gedanken der konsequenten Ahndung von kriminellen Handlungen ins Zentrum stellen. Straftäter sollen wissen, dass sie für ihre Taten büssen werden. Sonst zerbricht das Vertrauen in unsere Gerichte und unseren Rechtsstaat. Die SVP fordert eine massive Verschärfung des Strafrechts und entsprechende Revisionen im Strafgesetzbuch. Im Zentrum muss der Schutz der Opfer – nicht primär jener der Täter – stehen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scharia-Gerichte; Straftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Menschenrechte (AEMR 1948/Schweiz 1974; Europäische Menschenrechtskonvention 1953/Schweiz 1974));

Verwahrungsinitiative 2004; Unverjährbarkeits-Initiative 2008

Zeitraumen: vage; 1974; 2004; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 42

Aussagen-ID: 783

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Noch nie gab es so viele Gewaltverbrechen wie heute. In den vergangenen neun Jahren stiegen die Körperverletzungen von rund 5'500 Fällen auf über 10'000 Fälle. Auch die vorsätzlichen Tötungen, Vergewaltigungen, Raubüberfälle, Nötigungen, Unzuchtsdelikte oder Freiheitsberaubungen und Entführungen sind massiv angestiegen. Bei Gewalt und Drohungen gegen Staatsangestellte spricht der Bund von einem «Höchststand seit statistischer Messung». Nicht nur die Zahl der Delikte steigt ständig an, sondern auch deren Ausländeranteil. Rund die Hälfte aller Gesetzesverstösse werden von Ausländern begangen. Und dies bei einem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung von 22 Prozent. Gerade bei schweren Straftaten ist der Ausländeranteil erschreckend hoch, sei es bei schwerer Körperverletzung 54%, Freiheitsberaubung und Entführung 56%, Tötungsdelikten 59%, Handel mit Betäubungsmitteln 59%, Vergewaltigungen 62%. (Quellen: Bundesamt für Statistik/Bundesamt für Polizei: Polizeiliche Kriminalstatistik 2009, Bundesamt für Statistik: Polizeilich registrierte Beschuldigte 2009, Betäubungsmittelgesetz: Straftaten und Beschuldigte 2009)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gewaltverbrechen; Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Statistik 2009 (Bundesamt für Statistik/Bundesamt für Polizei: Polizeiliche Kriminalstatistik 2009, Bundesamt für Statistik: Polizeilich registrierte Beschuldigte 2009, Betäubungsmittelgesetz: Straftaten und Beschuldigte 2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 42

Aussagen-ID: 784

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Und von den Insassen unserer Gefängnisse haben über 70 Prozent einen fremden Pass. Nicht weniger als 14 Prozent der Straffälligen sind Kriminaltouristen. Der Schengen-Vertrag mit der EU führte zum Wegfall der Grenzkontrollen und zu einem Anstieg der Kriminalität, unter dem nicht zuletzt die Grenzregionen leiden. Ein weiteres Problem stellen insbesondere in den Städten organisierte Bettelbanden dar. Auch sie profitieren von den offenen Grenzen, begehen nicht selten Delikte und nutzen dabei auch Kinder für ihre Zwecke aus. (Quelle: Bundesamt für Statistik: Anteil männlicher ausländischer Strafgefangener in Schweizer Gefängnissen 2009)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminaltouristen; Bettelbanden

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Statistik 2009 (Bundesamt für Statistik: Anteil männlicher ausländischer Strafgefangener in Schweizer Gefängnissen 2009); Schengen-Vertrag 2008

Zeitraumen: 2008; 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 42

Aussagen-ID: 785

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

So kann es nicht weitergehen. Früher durften die Richter sogenannte Landesverweisungen aussprechen. Heute geht dies nur noch mit einem komplizierten Verfahren und mehreren Rekurs- und Einsprachemöglichkeiten. Es ist höchste Zeit, die Regeln

unseres Landes wieder durchzusetzen. Darum hat die SVP dieses Problem mit ihrer Ausschaffungsinitiative angepackt: Wer als Ausländer in schwerer, vorsätzlicher Weise gegen unsere Rechtsordnung verstösst, muss unser Land verlassen. Wer als Ausländer mordet, tötet, vergewaltigt, raubt oder unsere Sozialwerke missbraucht, wird konsequent ausgeschafft. Auch die Jugendgewalt ist allzu oft gleichbedeutend mit Ausländerkriminalität. Zwar gibt es auf Bundesebene keine umfassende Jugendkriminalitätsstatistik, und viele jugendliche Täter besitzen mittlerweile den Schweizer Pass. Experten gehen aber von einem Migrationshintergrund bei Jugendtätern von 75 Prozent aus.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Ausländerkriminalität; Jugendtäter mit Migrationshintergrund

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Ausschaffungsinitiative (in Kraft: 2010)

Zeitrahmen: 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 42

Aussagen-ID: 786

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP fordert eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Denn auch die Jugendkriminalität und Jugendbrutalität zeigen leider eine bedenkliche Entwicklung. Die Täter sind immer häufiger erst 13- oder 14-jährig und damit in einem Alter, das vom Jugendstrafrecht noch gar nicht richtig erfasst wird. Auch bei ihnen kommt es immer öfter zu Raubüberfällen, Sexualstraftaten, Körperverletzungen, ja sogar zu Morden. Für einen 14-jährigen Jugendlichen, der mit dem Messer zusticht, bedeuten maximal zehn Tage «persönliche Leistung», etwa in einem Altersheim, eine zu lasche Strafe. Jungkriminelle vereinigen sich zu Banden, rauben Passanten aus oder schlagen wahllos auf fremde Menschen ein. Beim allergrössten Teil der jungen Täter handelt es sich um Ausländer oder um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die lasche Rechtsprechung der Achtundsechziger löst auch hier kein Problem. Man will die jungen Täter erziehen, therapieren, resozialisieren. Man will an das Gute glauben, ihnen die Zukunft nicht verbauen und eine Chance geben. Die zuständige Jugendjustiz nutzt allzu oft den Strafrahmen nicht aus. Doch Jugendliche müssten schon bei den ersten Delikten zur Rechenschaft gezogen werden. Bis ein Jugendlicher heute bei der Jugendanwaltschaft vorsprechen muss, hat er oft schon mehrere Delikte auf dem Kerbholz.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Jugendkriminalität und Jugendbrutalität; Ausländer und Jugendliche mit Migrationshintergrund; Achtundsechziger

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 43-44

Aussagen-ID: 787

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Bashkim Berisha, der Parkplatzmörder von Dübendorf, begann seine Verbrecherkarriere im 14. Altersjahr! Viele Jugendliche erhalten zuerst einen schriftlichen Verweis als «Strafe», was keinerlei abschreckende Wirkung zeigt. Berechtigtes Entsetzen löste der brutale Überfall von drei 16-jährigen Berufsschülern aus Küsnacht auf verschiedene Passanten in München aus. Einen Geschäftsmann schlugen sie halbtot. Bei solch besonders schweren Delikten sollen die Gerichte das Erwachsenenstrafrecht bereits ab dem vollendeten 16. statt erst ab dem 19. Altersjahr anwenden können.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bashkim Berisha

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Symbol; Person; Orte

Bashkim Berisha, Parkplatzmord 2005; Überfall in München 2009

Zeitrahmen: 2005; 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 43-44

Aussagen-ID: 788**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Wer in einem fremden Land tatsächlich an Leib und Leben bedroht ist, soll bei uns Schutz finden. Das entspricht unserer humanitären Tradition. Tatsache ist aber leider, dass Asylmissbraucher überall auf der Welt wissen: Die Schweiz handhabt eine zu large Asylpraxis und erbringt hohe Leistungen für Asylbewerber. Und wird man dennoch abgewiesen, bietet unser Asylwesen viele Rekursmöglichkeiten, sodass auch unechte Asylanträge in der Schweiz bleiben können. Dank dem Einsatz des damaligen Bundesrates Christoph Blocher, der SVP und Exponenten anderer bürgerlicher Parteien wurde im Jahr 2006 das Asyl- und Ausländergesetz mit fast 70 Prozent Zustimmung vom Volk angenommen. Dieses Ereignis markierte zwar einen Wendepunkt in der Schweizer Asylpolitik, hat doch die SVP in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder versucht, entsprechende Verbesserungen durchzusetzen. Doch seit der Abwahl von Christoph Blocher läuft der Asylbereich erneut aus dem Ruder. Die Asylgesuche und damit die entsprechenden Kosten sind wieder dramatisch angestiegen; die Empfangs-, Durchgangs- und Betreuungszentren platzen aus allen Nähten. 2008 wurden in der Schweiz, gemessen an der Einwohnerzahl, hinter Zypern, Malta und Schweden mehr Asylgesuche eingereicht als in den übrigen 24 EU-Staaten. (Quelle: Statistiken UNHCR / Bundesamt für Migration 2009)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylmissbraucher; unechte Asylanträge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistiken 2009 (UNHCR/Bundesamt für Migration); humanitäre Tradition; Asyl- und Ausländergesetz

Zeitraumen: vage; 2005/2006; 2009**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 47**Aussagen-ID: 789****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die in der Schweiz Asyl begehren, sind keine echten Flüchtlinge, sondern suchen hier bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Viele strapazieren die Sozialhilfe, viele sind in kriminelle Umtriebe wie Drogenhandel, Einbrüche oder Schleppergeschäfte verwickelt. Das schadet der Sicherheit unseres Landes. Dabei sind die Asylgesuche in der Ära von Bundesrat Blocher kontinuierlich zurückgegangen. Dies verdanken wir griffigeren Massnahmen gegen den Asylmissbrauch, verkürzten Verfahren sowie dem Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid. Doch seither steigen die Asylzahlen wieder dramatisch an, obwohl sich die weltpolitische Lage keineswegs verschärft hat. Seit 2008 erhöhten sich die jährlichen Asylgesuche von 10'000 auf über 16'000 – das Asylwesen kostet uns Jahr für Jahr gegen eine Milliarde Franken. Zahlreiche Gesuche betreffen noch immer Asylbewerber aus Serbien und dem Kosovo. Dabei hat sich dort die Lage normalisiert, und diese Länder sind vom Aussendepartement als verfolgungssicher deklariert worden. Immer mehr afrikanische Flüchtlinge reisen via Italien praktisch unbehelligt von Grenzkontrollen direkt in die Schweiz ein. (Quelle: Bundesamt für Migration: Asylstatistik 2009)

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Drogenhandel, Einbrüche oder Schleppergeschäfte; Asylmissbrauch; Serbien; Kosovo; afrikanische Flüchtlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik 2008/2009 (Bundesamt für Migration: Asylstatistik)

Zeitraumen: 2008/2009**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 47**Aussagen-ID: 790****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Infografik): Das Balkendiagramm zeigt die Anzahl an Asylgesuchen auf einer Skala von 0 bis 30.000 für den Zeitraum von 2000 bis 2009, wobei der Vergleichszeitraum farblich in drei Abschnitte unterteilt ist. Jede Farbe steht für eine Legislaturperiode. Während der Amtszeit von Bundesrätin Ruth Metzler (CVP, Christlichdemokratische Volkspartei) in den Jahren 2000 bis 2003 (vier orangefarbene Balken) erreicht das Diagramm mit über 25.000 Asylgesuchen im Jahr 2002 seinen Höhepunkt. Danach folgt die Legislaturperiode unter Bundesrat Christoph Blocher (SVP), hier grün hervorgehoben. In den Jahren 2004 bis 2007 sind die Balken am niedrigsten, mit einem Maximum 15.000 Asylgesuchen im Jahr 2004. Um

dies zu verdeutlichen wurde ein grüner, absteigender Pfeil über die Balken gelegt. In Folgejahren 2008 und 2009 (gelbe Balken), unter Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (bis 2008 SVP, danach Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz), steigt die Zahl der Gesuche auf knapp über 15.000. Ein roter, aufsteigender Pfeil betont den erneuten Anstieg. Abbildung (Text): „Jährliche Asylgesuche 2000 – 2009“ und „Quelle: BFM“

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

steigende Asylgesuche; Bundesrätin Ruth Metzler; Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik 2000-2009 des BFM (Bundesamt für Migration)

Zeitraumen: 2000-2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 48

Aussagen-ID: 791

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«In erster Linie wollen wir das Problem mit den Nigerianern lösen. Sie haben letztes Jahr mit fast 1'800 Asylgesuchen am meisten Anträge gestellt – 99,5 Prozent von ihnen ohne die geringste Chance, in der Schweiz bleiben zu können. Sie kommen nicht als Flüchtlinge hierher, sondern um illegale Geschäfte zu machen.» Alard du Bois-Reymond, Direktor des Bundesamtes für Migration, NZZ am Sonntag, 11.4.2010

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Nigerianer; illegale Geschäfte

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol; Person

Alard du Bois-Reymond, (Zitat aus NZZ am Sonntag, 11.4.2010)

Zeitraumen: 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 48

Aussagen-ID: 792

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein zusätzliches Hindernis für ein zweckmässiges Asylwesen bilden die Profiteure wie Sozialarbeiter, Hilfswerkler und Asyljuristen. Sie entwickeln kaum Elan, um das Problem effizienter anzupacken, sondern sind vielmehr selber Teil des Problems. Überdies unterlaufen Gerichtsinstanzen gezielt die gesetzlichen Vorschriften und sogar den Volkswillen. Einerseits verschleppten sie dringende Fälle über Jahre hinweg, andererseits verhinderten sie mit übereilten Asylentscheiden vorsätzlich die Auslieferung mutmasslicher Krimineller. Die damalige Asylrekurskommission (das heutige Bundesverwaltungsgericht) hat Ende 2005 entschieden, dass die Schweiz Dienstverweigerer aus dem afrikanischen Eritrea nicht nach Hause schicken darf. Seither strömen zahlreiche junge Männer in die Schweiz, die sich als Dienstverweigerer aus Eritrea ausgeben. Rückschaffungen müssen so vorbereitet werden, dass es nicht zu ebenso vergeblichen wie teuren Flügen kommt. Sogenannte Härtefallkommissionen in einzelnen Kantonen stiften nichts als Verwirrung und sind abzuschaffen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Profiteure des Asylwesens; Kriminelle; Dienstverweigerer aus Eritrea; Härtefallkommissionen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Entscheid der Asylrekurskommission von 2005 über Auslieferung von Dienstverweigerern aus Eritrea

Zeitraumen: 2005

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 49

Aussagen-ID: 793

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Fotografie): Das Bild zeigt einen sportlichen Mann (Black and People of Color, BPoC), der entspannt auf der

Brüstung irgendeines Ufers liegt. Sein Gesicht ist nicht zu erkennen, nur sein haarloser Hinterkopf. Die legere Kleidung des Mannes deutet auf ein Freizeitfoto hin. Das Bild wurde bei Tageslicht und schönem Wetter aufgenommen, aber der Hintergrund ist so unscharf, dass der Ort nicht zu erkennen ist.

Distinktionsmerkmale: diskriminierend

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: Scheinasylanten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 49

Aussagen-ID: 794

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Die Grafik zeigt eine Tabelle mit drei Spalten. In der ersten Spalte (Land) sind dreizehn Länder aufgeführt. Die zweite Spalte (Asylgesuche) enthält die Anzahl der Asylgesuche. Die dritte Spalte (Einwohner) enthält die Anzahl der Asylgesuche pro 1000 Einwohner. Aus dem Titel der Tabelle geht hervor, dass sich die Zahlen auf das Jahr 2009 beziehen. Die „Schweiz“ befindet sich an dritter Stelle von unten und wurde mit fetter roter Schrift hervorgehoben. Dieser Zeile ist zu entnehmen, dass in der Schweiz 16.005 Asylgesuche gestellt wurden, was 2,1 Gesuchen pro 1000 Einwohner entspricht. Dieser Wert wird nur noch von Norwegen mit 3,6 und Schweden mit 2,6 übertroffen.

Abbildung (Text): „Asylgesuche Schweiz und Europa 2009“ und „Quelle: UNHCR, BFM“

Distinktionsmerkmale: exklusiv

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Asylgesuche

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Statistiken 2009 (Quelle: UNHCR, BFM)

Zeitraumen: vage; 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 50

Aussagen-ID: 795

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Viermal wurde der abgewiesene Asylbewerber Ramadan M. beim Einbrechen ertappt, verhaftet und wieder freigelassen. Er müsste längst wieder im Kosovo sein. Doch die Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht) hat für Romas 2007 so viele Bedingungen für die Ausschaffung festgelegt, dass Ramadan M. samt Frau, mit der er nicht verheiratet ist, und deren vier Kindern hier bleiben wird. Die Weltwoche, 7.10.2010

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylbewerber Ramadan M.; Romas

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Zitat aus Die Weltwoche, 7.10.2010;

Zeitraumen: 2007; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 50

Aussagen-ID: 796

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert die konsequente und einheitliche Anwendung der Asylgesetzgebung auch in den Kantonen;

verlangt, dass Asylbewerber aus verfolgungssicheren Staaten unverzüglich zurückgeschickt werden – wenn nötig mit Zwangsausschaffungen;

kann nicht hinnehmen, dass die Gemeinden den Asylschlendrian auf Bundesebene auslöffeln müssen;

akzeptiert nicht, dass Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid geleistet wird;

will, dass die Kontrollen an der Grenze zu Italien intensiviert werden, um die Lampedusa-Route in den Griff zu bekommen;

spricht sich für dringliche Bundesbeschlüsse aus, um die Flüchtlingsströme aus Afrika zu unterbinden;

fordert nur noch erstinstanzliche Entscheide mit Rekursmöglichkeit statt des heutigen komplizierten Asylverfahrens;

bekämpft Gerichtsurteile, die das vom Souverän akzeptierte Asylgesetz unterlaufen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Lampedusa-Route; Flüchtlingsströme aus Afrika

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 51

Aussagen-ID: 797

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die schweizerische Wirtschaft ist seit je auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Darum hat unser Land ausländische Zuwanderer immer grosszügig, aber kontrolliert aufgenommen. Sie haben einerseits zu unserem Wachstum beigetragen, andererseits hier ein Leben in verhältnismässigem Wohlstand gefunden. Doch nun explodiert die Bevölkerung in der Schweiz. 70'000 bis 100'000 Menschen drängen Jahr für Jahr in unser Land – und zwar bei guter wie bei schlechter Wirtschaftslage. Papierlose, Grenzgänger und Asylbewerber mitgezählt, halten sich mittlerweile über zwei Millionen Ausländer in der Schweiz auf, was 27,2 Prozent ausmacht. Ohne die Masseneinbürgerungen der letzten 25 Jahre wären es sogar 34,3 Prozent. (Quelle: Berechnungen aufgrund statistischer Zahlen BFM/BFS)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Papierlose, Grenzgänger und Asylbewerber; Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Masseneinbürgerungen der letzten 25 Jahre (Berechnungen aufgrund statistischer Zahlen BFM/BFS)

Zeitraumen: 1986-2011

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 53

Aussagen-ID: 798

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Umfragen zeigen: Viele Millionen Menschen möchten gerne in die Schweiz einwandern. Also in jenes Land, das die SVP-Gegner und EU-Beitrittsbefürworter ständig als isolierte, abgeschottete Insel beschreiben. Seltsam nur, dass fast alle in diese Isoliertheit drängen: Die Armen, die sich hier ein besseres Leben erhoffen, die Reichen, die sich nicht alles nehmen lassen wollen, die Arbeitssuchenden, die Personenfreizügler, die Flüchtlinge, die Asylbewerber, die Kriminaltouristen. Und ganz offensichtlich finden selbst Tausende von Menschen aus dem fernen Afrika die angeblich abgeschottete, isolierte Schweiz völlig problemlos. Unhaltbar sind die Papierlosen («Sans Papiers»), die sich illegal in der Schweiz aufhalten und ihre Ausweisdokumente absichtlich vernichten, um die Rückschaffung zu erschweren oder zu verunmöglichen. Ihre Legalisierung ist abzulehnen, weil sonst dieses Verhalten Schule macht und eine Sogwirkung auf Hunderttausende ausübt. Der Zuwanderungsdruck schafft gewaltige Probleme: bei Arbeitsplätzen, Sozialwerken, Integration, Sicherheit, Bildungs- und Gesundheitswesen, Infrastrukturen, Verkehr, Raumplanung und Umwelt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kriminaltouristen; Menschen aus dem fernen Afrika; Sans Papiers; Zuwanderungsdruck

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 53

Aussagen-ID: 799

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Ausländer, die sich anpassen und hier nach unseren Regeln leben, sind willkommen. Viele verstossen aber gegen unsere Gesetze, sind gewalttätig oder kriminell. Diese ‹faulen Tomaten› schaden der Schweiz, aber auch den anderen anpassungswilligen Ausländern. Deshalb gehören sie raus aus dem Land.» SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, Ärztin und gebürtige Slowakin, Gründerin der Gruppe ‹Neue Heimat Schweiz›, Zentralschweiz am Sonntag, 22.11.2009

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: faule Tomaten**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Symbol; Person

Yvette Estermann (Zitat aus Zentralschweiz am Sonntag, 22.11.2009)

Zeitrahmen: 2009**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 54**Aussagen-ID:** 800**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz könnte mittels Kontingenten alle Arbeitskräfte aus aller Welt bekommen, ohne die Kontrolle über die Zuwanderung aus der Hand zu geben. Doch leider hat die Mehrheit der Stimmbürger für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf 500 Millionen EU-Bürger gestimmt. Dies aber nur deshalb, weil den Stimmbürgern zuvor versprochen wurde, dass die positiven Effekte überwiegen würden und dass bei Überforderung eine Ventilklausel zwecks Kontingentierung in Kraft trete. Auch seien nur Stelleninhaber zugelassen oder solche, die ihren Unterhalt selber bestreiten könnten. Wer die Bedingungen nicht erfülle, werde ausgewiesen. Zudem würden arbeitslos gewordene Zuwanderer das Land wieder verlassen. Nichts von diesen vollmundigen Versprechungen ist eingetroffen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Personenfreizügigkeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitrahmen: 2002**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 54**Aussagen-ID:** 801**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Für die arbeitslosen Ausländer sind die hiesigen Sozialleistungen oft attraktiver als eine Arbeit im Herkunftsland. Viele Schweizerinnen und Schweizer finden keine Arbeitsstellen mehr oder müssen mit ungeliebten Jobs vorlieb nehmen. Unsere Infrastrukturen halten der Belastung kaum mehr stand: verstopfte Strassen, überlastete öffentliche Verkehrsmittel oder Schulklassen mit überwiegend ausländischen Kindern sind die Folge. Das Bauland wird knapp und massiv verteuert; manchenorts finden die Schweizer kaum mehr eine bezahlbare Wohnung. Speziell in grenznahen Regionen nehmen die Probleme massiv zu. Es ist daher unerlässlich, dass die Schweiz die Personenfreizügigkeitsabkommen kündigt und neu verhandelt: Steuerungs- und Kontrollmechanismen sind unumgänglich, um die Interessen der heimischen Bevölkerung zu wahren.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

arbeitslose Ausländer; ausländische Kinder; Personenfreizügigkeitsabkommen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitrahmen: 2002**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 54-55**Aussagen-ID:** 802**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Infografik): Ein Balkendiagramm (rote Balken auf grauem Hintergrund) stellt die Zahl der Neuzuwanderer in die Schweiz von 2001 bis 2009 dar. Im Jahr 2001 dürften rund 100'000 Personen eingewandert sein, 2002 etwas mehr. Während die Zahlen von 2003 bis 2005 in etwa gleich bleiben (knapp unter 100'000), steigen sie ab 2006 an und erreichen 2008 mit

rund 160'000 Einwanderungen ihren Höhepunkt. Abbildung (Text): „Quelle: BFS“

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Personenfreizügigkeit

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen/FZA, Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002); Statistik des BFS (Zitat unbekannt)

Zeitrahmen: vage; 2002, 2001-2009; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 55

Aussagen-ID: 803

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweizerinnen und Schweizer leben mit einem vergleichsweise äusserst hohen Ausländeranteil überaus friedlich zusammen. Und umgekehrt hält sich der Grossteil der Ausländer problemlos an unsere Rechtsordnung. Unser Land muss von den Zuwanderern verlangen, dass sie sich selber um bestmögliche Integration bemühen, denn Integration ist keine Staatsache. Gerade in ihrem Interesse wäre es, dass kriminelle Ausländer hart angepackt werden. Wer unser Gastrecht verletzt, muss unser Land verlassen. Ausländer, die sich nicht an die Gesetze halten und sich nicht integrieren wollen, sollen ausgewiesen werden. Dasselbe gilt für Ausländer, die missbräuchlich Leistungen von Sozialwerken beziehen. Die entsprechende Ausschaffungsinitiative der SVP ist ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Gegen Intoleranz darf keine Toleranz erwartet werden. Die Schweizerinnen und Schweizer haben mit der Annahme der Minarett-Initiative deutlich ihren Willen zum Ausdruck gebracht, dass hierzulande unsere Gesetze und Spielregeln gelten. Das Minarett wird als Machtsymbol aufgefasst und nicht akzeptiert. Auch hier sind unsere Rechtsordnung und der demokratisch gefasste Volksentscheid durchzusetzen. Sollte die Europäische Menschenrechtskonvention dies verhindern, wäre diese zu kündigen und mit dem entsprechenden Vorbehalt neu zu unterzeichnen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

kriminelle Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Ausschaffungsinitiative (in Kraft: 2010); Minarett-Initiative (in Kraft: 2009); Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974);

Zeitrahmen: 1974; 2009; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 55-56

Aussagen-ID: 804

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Das Balkendiagramm (rote Balken auf grauem Hintergrund) zeigt den prozentualen Anteil der „Ausländer“ seit 1950. Die periodischen Abstufungen des Vergleichszeitraums sind: 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2005, 2009. Die Balken steigen stetig an. Der erste Höhepunkt wird 1970 mit 15,9% erreicht. Im Jahr 1980 sinkt der Anteil und steigt ab 1990 kontinuierlich bis zum Maximum im Jahr 2009 mit 21,7%.

Abbildung (Text): „Ausländeranteil seit 1950 in Prozent“ und „Quelle: BFM“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Statistik 1950-2009 (BFM)

Zeitrahmen: vage; 1950-2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 56

Aussagen-ID: 805**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweizer Staatsbürgerschaft ist auf der ganzen Welt begehrt. [...] Dies verlangt von den Einzubürgernden ein hohes Mass an Integrität, Selbstverantwortung, staatsbürgerlichem Verständnis und Kenntnis mindestens einer Landessprache. Darum kann die Einbürgerung immer nur der letzte, nicht der erste Schritt der Integration sein. Das Bürgerrecht ist kein Grundrecht, sondern ein politisches Recht. Darum besteht nach Meinung der SVP kein Anspruch auf Erteilung des Bürgerrechts, gleichgültig, ob dieses an einer Gemeindeversammlung oder durch eine Kommission erteilt wird. Doch heute wird das Bürgerrecht richtiggehend verschleudert: Seit 1991 hat sich die Zahl der jährlichen Einbürgerungen mehr als verfünffacht und beträgt fast 45'000. 40 Prozent der Eingebürgerten stammen aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei. Die Behörden haben sich also bemüht, die Ausländerprobleme möglichst einzubürgern. Die SVP bekämpft den Automatismus und das gerichtliche Beschwerderecht bei Einbürgerungen. Es sind Vorkehrungen zu treffen, welche die Einbürgerungen auf ein vernünftiges Mass und im Einklang mit der schweizerischen Mentalität und Kultur sicherstellen. Vor allem darf das Schweizer Bürgerrecht wieder etwas kosten. (Quelle: BFS 2009 Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Erwerbsart 1981-2009 und nach früherer Staatsangehörigkeit, PETRA)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ex-Jugoslawien; Türkei; Ausländerprobleme

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

schweizerischen Mentalität und Kultur; Statistik BFS 2009 (Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nach Erwerbsart 1981-2009 und nach früherer Staatsangehörigkeit, PETRA)

Zeitraumen: vage; 1981-2009**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 57**Aussagen-ID: 806****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Infografik): Ein Balkendiagramm (blaue Balken auf schwarzem Grund) stellt die Anzahl der Einbürgerungen pro Jahr für den Vergleichszeitraum von 1989 bis 2009 dar und wurde wie folgt unterteilt: 1989, 1993, 1997, 2001, 2005, 2009. Während im Jahr 1989 weniger als 10.000 Einbürgerungen vorgenommen wurden, steigt die Zahl kontinuierlich bis auf 45.000 im Jahr 2009. Um dies zu unterstreichen, wurde über die Balken ein großer roter Pfeil mit weißer Umrandung gelegt, der nach rechts ansteigt. Darauf steht in fetten Lettern: „EINBÜRGERUNGEN!“

Abbildung (Text): „Anzahl Einbürgerungen pro Jahr“, „Einbürgerungen!“ und „Quelle: BFM“

Distinktionsmerkmale: exklusiv**Rhetorische Strategie:**

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einbürgerungen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Statistik 1989-2009 (BFM)

Zeitraumen: vage; 1989-2009**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 57**Aussagen-ID: 807****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz verteidigt mit ihrer Milizarmee den weltoffenen, unabhängigen Kleinstaat vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende, bewaffnete Neutralität hat unserem Land während Jahrhunderten Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern Leib und Leben, das Eigentum, den Lebensraum, aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. Ein Land, das nicht selber für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist auch nicht mehr souverän. Staaten, deren Sicherheit durch andere garantiert wird, nennt man Kolonien oder Protektorate. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen. Die SVP will eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Defensivarmee, die niemanden angreift, aber die Unabhängigkeit verteidigt und die Schweiz als berechenbaren, zum Frieden beitragenden Staat erkennen lässt. Doch gegenwärtig wird die Armee laufend verkleinert, finanziell ausgehungert und auf Internationalität und Berufssoldatentum ausgerichtet. Bundesrat, Parlament und Verwaltung vernachlässigen das eigene Land. Und damit auch die Sicherheit des eigenen Volkes.

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 61

Aussagen-ID: 808

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

[...] Auf der Basis eines realistischen Weltbildes muss im Rahmen einer ernsthaften Sicherheitspolitik ein wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild definiert werden. Realitätsnahe Auffassung heisst, mit strategischer Überraschung und Unwägbarkeiten zu rechnen. Unsere Transitachsen bleiben angesichts von Machtspielen um Ressourcen und Verkehrswege im Mittelpunkt strategischer Interessen. Religiös motivierte Gewalt – mit dem radikalen Islamismus sichtbar geworden – besetzt nicht Räume, sondern (via Internet) Köpfe. Es besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder mögliche

Cyber-Angriffe. Unsere Behörden verschliessen die Augen vor der Gefahr, die aus unkontrollierter Zuwanderung und unsorgfältiger Masseneinbürgerung entsteht. Finanz- und Wirtschaftskrisen schaffen Begehrlichkeiten – bei leeren Kassen werden Staaten zu Dieben. Es kommt sogar bei «Freunden» zu Druck versuchen gegenüber wohlhabenderen Staaten, zu Erpressungen und womöglich zu gewaltsamen Raubzügen. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel von denkbaren Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen jederzeit möglich. Die Schweiz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Religiös motivierte Gewalt; radikaler Islamismus; terroristische Bedrohung; unkontrollierte Zuwanderung und unsorgfältiger Masseneinbürgerung; Erpressungen und gewaltsame Raubzüge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 61-62

Aussagen-ID: 809

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Wenn ich nach einem langen Arbeitstag in Bern in der Eingangshalle im Bundeshaus Ost an der Büste von General Henri Guisan vorbeigehe, dann bin ich froh, zumindest jemandem begegnet zu sein, bei dem ich nicht zweifeln muss, ob er zur Unabhängigkeit unserer Schweiz steht.» Bundesrat Ueli Maurer vor der Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS, 10.4.2010

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Person; Orte

Bundeshaus (1894-1902); Büste von General Henri Guisan (1874-1960); Ueli Maurer (Zitat aus der Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS, 10.4.2010)

Zeitraumen: 1894-1902; 1874-1960; 2010;

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 62

Aussagen-ID: 810

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Für die SVP ist die Sicherheit unseres Landes von zentraler Bedeutung. Darum will sie eine starke und gesunde Armee mit einem konkreten Auftrag, verbindlichen Zielen und einer realitätsbezogenen Strategie. Davon sind wir heute leider noch weit entfernt. Was in vielen Jahren durch irregeleitete Politiker zugrunde gerichtet wurde, kann nicht innert weniger Jahre repariert werden. Und heute üben ausgerechnet jene Politiker und Parteien Kritik am Verteidigungsdepartement, welche die Armee mit ihren Fehlkonzepten an den Rand des Abgrunds geführt haben. Seit den 1990-er Jahren geriet unser Militär

nämlich durch unbrauchbare Reformen wie «Armee 95», «Armee XXI» und «Entwicklungsschritt 08/11» in einen besorgniserregenden Zustand und entfernte sich weit von jeder Einsatzbereitschaft. Aufgrund oberflächlichen Wunschdenkens träumte man allzu lange von kollektiver Sicherheit in multinationalen Gremien, humanitären Interventionen und «Friedenssicherung». Dabei wurde der Verteidigungsauftrag wie der Milizgedanke immer mehr preisgegeben. Gleichzeitig kam es zu einer sinnlosen Militarisierung der Aussenpolitik – mit Planungen von Einsätzen in Afghanistan, von Hochsee-Piratenjagden in Somalia oder von gewaltsamen Geiselnbefreiungen in Libyen. Diese Art von Militarisierung hilft niemandem. Weder unserer Armee, die nur als Verteidigungsarmee den Rückhalt in der Bevölkerung genießt, noch den Menschen in den Kriegsgebieten, die sich neutrale Helfer, nicht weitere Interventionstruppen wünschen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

irregaleitete Politiker; Militarisierung der Aussenpolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol; Orte

Armee reformen Armee 95 (1995-2003); Armee XXI (2003 Referendum); Entwicklungsschritt 08/11 (abgelehnt 2006); Einsätze in Afghanistan, von Hochsee-Piratenjagden in Somalia (2009) oder von gewaltsamen Geiselnbefreiungen in Libyen (2008-2010)

Zeitraumen: 1995-2003; 2006; 2008-2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 62

Aussagen-ID: 811

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz noch etwa 243'000 Bauernbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2010 gerade noch 60'000. Die Bauern nutzen 36 Prozent der Landesfläche. Zählt man auch den Wald dazu, sind unsere Bauern für zwei Drittel der Schweizer Landschaft verantwortlich. Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen soll es unseren Bauern erlauben, den heutigen Selbstversorgungsgrad mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln mindestens aufrecht zu erhalten und wenn möglich noch auszubauen. Diese hochwertigen Produkte sollen durch faire Preise, welche die Produktionskosten decken, am Markt abgesetzt werden können. Das ist ökologisch sinnvoller, als wenn Landwirtschaftsprodukte über ganze Kontinente transportiert werden. Doch heute ist der Preiserfall dramatisch – speziell bei Milch und Käse, aber auch bei vielen anderen Produkten. Darum muss die Milchmenge innerhalb der Produzentenbranche und ohne Belastung der Steuerzahler gesteuert werden können. Die SVP will das Bauernsterben stoppen, denn ohne gesunden Bauernstand gibt es kein gesundes Schweizerland. (Quelle: BLW: Agrarbericht 2010; BFS: Taschenstatistik 2009)

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Preiserfall in der Landwirtschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

hundert Jahre; Statistik 2009/2010 (BLW: Agrarbericht 2010; BFS: Taschenstatistik 2009); Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 1990-2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 65

Aussagen-ID: 812

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

fordert vom Bundesrat den Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen; will die Schweizer Verhandlungsdelegation verpflichten, die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel bei den WTO-Verhandlungen auszuklammern und den Zielen der Doha-Runde entgegenzutreten; unterstützt die privatrechtliche Mengensteuerung durch die Milchproduzenten als Massnahme gegen den dramatischen Preiserfall;

wehrt sich gegen neue Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen;

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU Agrarfreihandelsabkommen; Ziele der Doha-Runde; dramatischer Preiserfall

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL, Verhandlung seit 2008); Doha-Runde/WTO (seit 2001)

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 67

Aussagen-ID: 813

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein hoch stehendes Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Landes. Hohe Leistungs- und Qualitätsanforderungen an die gesamte Gesellschaft bilden den Schlüssel des Erfolgs. Leistungsbereitschaft und Wille zur Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Sozialromantik und Gleichmacherei stellen keine tauglichen Mittel dar, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Die linke Kuschelpädagogik ist vollständig gescheitert: In keinem anderen Bereich konnten sich linke Ideologen während der vergangenen Jahrzehnte derart verwirklichen wie in den Schulen. Kein europäisches Land gibt mehr Geld pro Kind aus, und trotzdem sucht man die Schweiz vergeblich in den vorderen Rängen internationaler Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Die antiautoritäre Pädagogik, die in der Erziehung keine klaren Grenzen setzt, die keine Leistungsbeurteilungen mehr will und die ein Schulsystem fordert, in dem keine Unterschiede zwischen Leistungsstarken und Schwachen gemacht werden, führt ins Bildungschaos. Die Folgen sind Disziplinlosigkeit, Unkonzentriertheit, Unordnung, eine Vielzahl an sonderpädagogischen Massnahmen und massiver Niveauverlust. Zudem wollen die Linken, dass der Einfluss der Eltern immer kleiner und jener des Staates immer grösser wird. Die SVP fordert einen Reformstopp, eine Rückkehr zu hohen Leistungen in den wichtigsten Fächern und zur Mitverantwortung der Eltern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialromantik und Gleichmacherei; linke Kuschelpädagogik; linke Ideologen; antiautoritäre Pädagogik; Disziplinlosigkeit, Unkonzentriertheit, Unordnung, sonderpädagogischen Massnahmen, massiver Niveauverlust

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

vergangene Jahrzehnte

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 69

Aussagen-ID: 814

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Eine weitere Ursache für den Bildungsverlust ist die falsche Zuwanderungspolitik. Sie hat dazu geführt, dass in einigen Schulklassen der Anteil an fremdsprachigen Kindern 50 Prozent übersteigt und dass viele Eltern ihre Verantwortung nicht wahrnehmen können, weil sie weder unsere Sprache noch unsere Kultur verstehen und annehmen wollen. Studien beweisen: Je höher der Anteil an Fremdsprachigen in einer Klasse ist, desto weniger hohe Leistungen erreichen die Kinder. Viele Jugendliche aus der Türkei und aus den Balkanländern bleiben ohne berufliche Ausbildung: Arbeitslosigkeit, Beanspruchung des Sozialstaats, Gewalt und (Jugend-)Kriminalität sind die Folgen. Die SVP fordert seit Jahren: Vor dem Eintritt in eine Regelklasse muss ein Kind unsere Umgangssprache lernen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

falsche Zuwanderungspolitik; Türkei und Balkanländer; Gewalt und (Jugend-)Kriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 69

Aussagen-ID: 815**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Volksschule unter Verantwortung der Kantone ist das Fundament unseres Bildungswesens. Sie muss die Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer Herkunft mit unserer Kultur und unseren Traditionen vertraut machen. In ihr werden gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt. Deshalb sind wieder verbindliche Jahresziele in den Fächern zu setzen, vor allem in Rechtschreibung, Lesen, Rechnen und Naturkunde. Auf der Sekundarstufe sollen die kognitiv schwächeren Kinder stärker im Handwerk gefördert werden; so erhalten sie berufliche Perspektiven. Komplette falsch ist es, die Schülerinnen und Schüler bereits während der Primarschule mit zwei Fremdsprachen zu belasten und im Kindergarten bereits «zu büffeln», statt dass die Kinder in Geborgenheit lernen, sich in grössere Gemeinschaften einzugliedern, und so die Schulreife erreichen. Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre Arbeitszeit in den Unterricht investieren, statt sie für «Schulentwicklung», Sitzungen und Administration zu vergeuden.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

unsere Kultur und Traditionen

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 70**Aussagen-ID: 816****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Entsprechend ist die Lehrerbildung anzupassen: Es sollen keine Fachgruppenlehrkräfte, sondern Klassenlehrer ausgebildet werden. Sie müssen auf der Primarstufe und den kognitiv weniger anspruchsvollen Niveaus der Sekundarstufe fast alle Fächer unterrichten können. Heute ist die Mehrheit der Lehrkräfte in Teilzeit angestellt und hat ein jährlich schwankendes Einkommen. Damit der Lehrerberuf für Männer wieder attraktiver wird, muss die Schule so organisiert werden, dass sichere Vollzeitstellen möglich sind. Die Volksschule wird von der Bevölkerung getragen, die ihre Kinder in ihr bilden lässt. Deshalb will die SVP die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber dem jeweiligen Kanton stärken.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Fachgruppenlehrkräfte

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 70**Aussagen-ID: 817****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Nach dieser darf es keine Stärkeren und keine Schwächeren geben, keine Gescheiterten und keine Dümmeren, keine Schnellen und keine Langsamen, keine Vorlauten und keine Besonnenen. Und weil das Leben die einzelnen Menschen weder gleich ausstattet noch gleich behandelt, missbraucht man die Strukturen und die eigene Macht und trichtert den wehrlosen Kindern Ideologien ein, die nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun haben und die – wie alles Weltfremde – unsere Kinder auf ihrem Weg ins Leben behindern.» Silvia Blocher, ehemalige Lehrerin, Mutter und Grossmutter, Die Weltwoche, 22.7.2010

Distinktionsmerkmale: kultureller Bezug**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

weltfremde Ideologien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Silvia Blocher (Ehefrau von Christoph Wolfram Blocher, SVP/Zitat: Die Weltwoche, 22.7.2010)

Zeitrahmen: 2010**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 70

Aussagen-ID: 818**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Das duale System von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen der Berufsbildung vorzuziehen. Die SVP lehnt staatliche Lehrwerkstätten ab. Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden. Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen im Dialog mit den Verbänden festgelegt werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten, und den Absolventen einer höheren Berufsbildung oder von höheren Fachprüfungen ist bei entsprechender Eignung der Zugang zu Fachhochschulen und bei herausragender Qualifikation sogar der Übertritt an die Universität zu ermöglichen. Die fachlichen Anforderungen an Schülerinnen und Schüler in Gymnasien sind hoch zu halten; eine gymnasiale Maturität soll der Staat nur kognitiv begabten und leistungswilligen Jugendlichen finanzieren. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sowie den Kenntnissen über wirtschaftliche Zusammenhänge muss in der gymnasialen Ausbildung mehr Platz eingeräumt werden.

Distinktionsmerkmale: selektiv; kultureller Bezug**Rhetorische Strategie:**

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Lehrwerkstätten**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Datum/Epoche

duales Ausbildungssystem (betriebliche Lehre und öffentliche Berufsfachschule; Berufsbildungsgesetz/BBG; Artikel 63 der Bundesverfassung (1848/1999))

Zeitrahmen: vage; 1848/1999**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 70**Aussagen-ID: 819****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweizer Universitäten und die ETHs müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kompetenz, wissenschaftliches Arbeiten und auf die Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen sich vermehrt auf die Anforderungen des Marktes ausrichten, da sonst keine Wertschöpfung erfolgt, sondern nur der Sozialstaat aufgebläht wird. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern Universitäten der Spitzenklasse. Die Fachhochschulen sind das Rückgrat der berufs- und praxisbezogenen Aus- und Weiterbildung. Ihre Ausbildungsziele sind in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den für die einzelnen Gebiete wichtigen Markträgern zu erarbeiten. Aus Fachhochschulen muss der Zugang zu spezifischen Studienrichtungen an der Universität möglich sein. Der Zugang zu Hochschulen soll allen offen stehen, die über eine entsprechende Vorbildung verfügen. Es kann aber nicht sein, dass Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanzieren, die nach dem Studium unser Land wieder verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines fremden Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren festzulegen, und der Zustrom schlechter Qualifizierter ist zu verhindern.

Distinktionsmerkmale:

selektiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

aufgeblähter Sozialstaat; Massenuniversitäten; ausländische Studierende

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 71**Aussagen-ID: 820****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

*Abbildung (Infografik): Ein Diagramm mit zwölf Balken stellt den Anteil der „Ausländer“ in den Schulen von elf Schweizer Städten dar. Der erste Balken ist rot gefärbt und steht für den Gesamtanteil in der Schweiz, der bei 23,5% liegt. Die anderen elf Balken sind gelb und wie folgt unterteilt (von links nach rechts): Zürich 29,5%, Genf 48,5%, Basel 36,3%, Bern 25,6%, Lausanne 45,4%, Winterthur 27,1%, St. Gallen 28,0%, Luzern 23,8%, Lugano 37,4%, Biel 30,7% und Freiburg 39,5%.
Abbildung (Text): „Ausländeranteil an Schulen in Schweizer Städten in Prozent“, „(Schuljahr 2007/2008)“ und „Quelle: BFS“*

Distinktionsmerkmale:

selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

hoher Ausländeranteil in Schulen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Statistik 2007/2008 (BFS)

Zeitraumen: vage; 2007/2008

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 72

Aussagen-ID: 821

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Di e S V P

kämpft für die Beendigung des Reformdurcheinanders, damit die Volksschule endlich zur Ruhe kommt und wieder auf das Fundament bewährter Werte (Leistung, Ordnung, Disziplin usw.) gestellt wird;

fordert Disziplin und Ordnung im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände sowie wirkungsvolle Sanktionsmöglichkeiten für Lehrkräfte und Schulbehörden zu deren Durchsetzung;

will, dass die Schulen nach verbindlichen Lernzielen in den Kernfächern leistungsorientiert geführt werden;

ist der Ansicht, dass Schüler mit mangelnden Sprachkenntnissen ausserhalb der Klasse in der entsprechenden schweizerischen Landessprache unterrichtet werden müssen;

sagt Nein zum «integrativen Unterricht», sondern will Kinder mit schweren Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten in speziellen Klassen von speziell ausgebildeten Fachkräften unterrichten lassen;

verlangt Noten ab der ersten Primarschulklasse;

setzt sich ein, dass die Berufslehre nicht zugunsten der gymnasialen Ausbildung vernachlässigt wird;

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Reformdurcheinander; mangelnde Sprachkenntnisse, schwere Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten;

integrativer Unterricht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

Fundament bewährter Werte (Leistung, Ordnung, Disziplin usw.)

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 73

Aussagen-ID: 822

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Di e S V P

setzt sich dafür ein, dass die Gebühren für ausländische Studierende an unseren Universitäten und Hochschulen kostendeckend ausgestaltet werden. Zusätzlich sollen die Aufnahmekriterien verschärft werden;

fordert die primäre Verwendung von Forschungsgeldern im eigenen Land zugunsten unserer Hochschulen, Universitäten und

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

ausländische Studierende

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 73

Aussagen-ID: 823

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Sozialstaat in der Schweiz ist komfortabel ausgebaut. Er stösst aber zunehmend an seine Grenzen. Während die Sozialausgaben im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden ausmachten und bis 1990 auf 64,5 Milliarden Franken anstiegen, betrugen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2008 144 Milliarden Franken. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten der künftigen Generationen. 1950 – kurz nach der Einführung der AHV – wurden 7,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Sozialwerke verwendet, 1990 waren es bereits 19,5 Prozent und im Jahr 2005 waren es gar 29,2 Prozent. Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Menschen aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes ist in Frage gestellt: AHV, Arbeitslosenversicherung, Berufliche Vorsorge, Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung, Familienzulagen, Krankenversicherung, Invalidenversicherung,

Mutterschaftsversicherung, Unfallversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert! So lange es unserer Wirtschaft gut ging, waren die Auswirkungen des ausufernden Sozialstaates noch weniger spürbar. Mit den demographischen Herausforderungen von Überalterung und unqualifizierter Zuwanderung führt der ständige Sozialausbau zu einem unfinanzierbaren Sozialversicherungssystem (...). (Quelle: BFS: Gesamtrechnung Soziale Sicherheit)

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Überalterung und unqualifizierte Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV; in Kraft seit 1948); Statistiken 1950-2008 (BFS: Gesamtrechnung Soziale Sicherheit)

Zeitraumen: 1950; 1990; 2005; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 75

Aussagen-ID: 824

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.» Artikel 6 der Schweizerischen Bundesverfassung

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie: nein

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Artikel 6 der Schweizerischen Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 76

Aussagen-ID: 825

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Ein Balkendiagramm zeigt den prozentualen Anteil der „Ausländer“, die Leistungen der Schweizer Sozialwerke beziehen. Der erste Balken ist gelb und zeigt den „Ausländeranteil“ an der Schweizer Gesamtbevölkerung von 21,7% im Jahr 2009, die anderen drei sind rot. Der zweite Balken zeigt einen „Ausländeranteil“ bei den Arbeitslosen von 43,2% (Oktober 2010). Der dritte zeigt an, dass 34,5% der Invalidenrentner:innen (hier „IV-Rentner“) „Ausländer“ sind (2009). Der letzte und höchste Balken beziffert den „Ausländeranteil“ bei den Sozialhilfeempfängern mit 45,3% (2009).

Abbildung (Text): „Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken“, „(Angaben in Prozent)“ und „Quelle: BFS/Seco/BFM“

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Statistiken 2009/2010 (BFS/ Seco/BFM)

Zeitraumen: 2009-2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 76

Aussagen-ID: 826

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Seit 1960 ist die Rechnung der Invalidenversicherung (IV) chronisch defizitär. Obwohl der Gesetzgeber seit der Gründung dieses Sozialwerks verschiedentlich zusätzliches Geld gesprochen hat, gibt die IV jährlich noch immer zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Das Volk hat am 27. September 2009 knapp Ja gesagt zu einer raschen und ausgabenseitigen 6. IV-Revision, damit die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer auch eine befristete bleibt. Die Realität zeigt, dass in der Vergangenheit sämtliche Zusatzfinanzierungen erfolglos waren und die Probleme in der IV damit nie gelöst

worden sind. Dies darf nicht noch einmal passieren! FDP, CVP, Economiesuisse und Arbeitgeberverband, die zusammen mit den Linken die Steuererhöhung befürwortet haben, müssen ihren Worten nun auch Taten folgen lassen. Aus diesem Grund ist der erste Teil der 6. IV-Revision jetzt unverzüglich zu verabschieden und der zweite Teil noch vor den Wahlen 2011 an die Hand zu nehmen.

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

FDP, CVP, Economiesuisse, Arbeitgeberverband und die Linken; ausufernder Sozialstaat

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)]; 6. IV-Revision 2009

Zeitraumen: 1959/1960-2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 77-78

Aussagen-ID: 827

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Es muss pro Jahr mindestens die Zahl von 4'000 Rentnern reduziert werden. Weiter müssen risikobasierte Rentenrevisionen durchgeführt werden, weil gewisse Nationalitäten (Balkanstaaten, Türkei) stark überproportional von der IV abhängig sind. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Denn heute erhält jemand, der 39 Prozent erwerbsunfähig ist, überhaupt keine IV, jemand der 70 Prozent erwerbsunfähig ist, erhält eine Vollrente. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Weiter sind IV-Rentner bei den Kinderrenten nicht länger besser zu stellen gegenüber normalen Arbeitnehmern. Denn wer heute eine IV-Rente (oder Taggeld) bezieht, erhält für jedes Kind einen Rentenaufschlag von 40 Prozent einer IV-Rente, sofern kein Kürzungsgrund vorliegt. Ein IV-Rentner mit zwei Kindern erhält folglich 1,8 IV-Renten. Mit fünf Kindern sind es gar drei volle IV-Renten. So erstaunt es nicht, dass ein IV-Rentner mit fünf Kindern im Balkan ein halbes Dorf auf Kosten der Schweiz unterhalten kann. Zur Kinderrente kommen obendrein noch Familienzulagen hinzu. Schliesslich sind die Beiträge an Behindertenorganisationen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Balkanstaaten, Türkei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)];

Zeitraumen: 1959/1960

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 78

Aussagen-ID: 828

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich berichtet: Der pensionierte Fritz Schoch (Name geändert) fährt mit ca. 5 km/h vor einem Rotlicht aus Unachtsamkeit in das vor ihm haltende Fahrzeug (Schaden 500 Franken). Dieses lenkt Hakan Fenaci (Name geändert), türkischer Staatsangehöriger, Jahrgang 1955. Seine drei Mitreisenden sind Landsleute. Von den vier türkischen Insassen des Opels beziehen laut Polizeibericht drei Personen eine IV-Rente. Unmittelbar nach dem Unfall klagt die rentenlose mitfahrende Frau von Fenaci über Schmerzen im Nackenbereich. Nach einer ambulanten Behandlung im Waidspital wird sie krankgeschrieben durch Dr. med. Narsalaam Kusayi (Name geändert). Gegen Fritz Schoch ergeht ein Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

türkische Staatsangehörige

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Unfallrapport der Stadtpolizei Zürich

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 78

Aussagen-ID: 829**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die bestehende Arbeitslosenversicherung geht von einer strukturellen Arbeitslosigkeit von 100'000 Personen aus. Allerdings führt die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union dazu, dass heute weit mehr Menschen arbeitslos sind. Die vollmundigen Versprechen, die arbeitslos gewordenen Zuwanderer würden in ihre Ursprungsländer zurückkehren, haben sich als falsch erwiesen. Darum haben Parlament und Volk eine Erhöhung der Beiträge beschlossen, ohne die Leistungen grundlegend zu überprüfen. Längerfristig wird aufgrund der massiven Zuwanderung wegen der Personenfreizügigkeit der Druck auf unsere Arbeitslosenversicherung weiter zunehmen. Leistungskorrekturen sind darum unausweichlich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Personenfreizügigkeit; arbeitslose Zuwanderer; massive Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 1999/2002**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 78**Aussagen-ID: 830****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Durch Personenfreizügigkeit und wachsende Zuwanderung von schlecht qualifizierten Personen in die Schweiz steigen die Sozialkosten stetig an. Die hohen Ansätze machen das Sozialnetz in Kantonen, welche die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) übernehmen oder gar darüber hinaus gehen, zu einer bequemen Hängematte. In Gemeinden und Kantonen mit grosszügiger Sozialhilfepraxis und laschen Migrationsbehörden wächst die Zahl der Fürsorgebezügler massiv. Und wo Behörden die Sozialhilfe kürzen, wird diese vor Gericht immer häufiger erfolgreich erstritten. Damit kommt der Sozialstaat an seine Grenzen. Die Kantone sind hier gefordert, die Sozialhilfegesetzgebung so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich wieder lohnen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Personenfreizügigkeit und wachsende Zuwanderung von schlecht qualifizierten Personen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002);

Zeitraumen: 1999/2002**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 78**Aussagen-ID: 831****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Fehlanreize des geltenden Krankenversicherungsgesetzes sind offensichtlich. Zu viele Akteure im Gesundheitswesen haben kein Interesse mehr am haushälterischen Umgang mit den Mitteln. Das KVG muss daher zwingend in eine marktwirtschaftliche Richtung reformiert werden. Dabei sind die Interessen der Patienten ins Zentrum zu stellen, nicht jene von Versicherern, Spitälern, Kantonen oder der Pharmaindustrie. Das Hauptinteresse der Patienten liegt in einer guten Qualität zu angemessenen Preisen. Unser Gesundheitswesen kann nur gesunden, wenn wir es mit folgenden Massnahmen verbessern: Förderung der Eigenverantwortung, massgeschneiderte Versicherungsmodule mit echter Risikobeteiligung der Versicherten, Zusatzversicherungen für Wünschbares und Komfort, saubere Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Die verschlungenen Subventionswege müssen entflochten werden, damit das Geld bedürftige Patienten stützt, statt unnötige Spitalkapazitäten zementiert. Schliesslich ist der Leistungskatalog von allem Unnötigen zu entschlacken. Abtreibungen, Heroin-Therapien, nichtmedizinische Kaiserschnitte oder Geschlechtsumwandlungen sind nicht länger von der Allgemeinheit zu bezahlen. Sollten die Gesundheitskosten weiter so ansteigen, muss gar eine Aufhebung des Versicherungsobligatoriums zur Erhöhung der Sparanreize ins Auge gefasst werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein
Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015
Seite: 82-83

Aussagen-ID: 832

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Was das BAG mit unseren Steuergeldern anstellt (eine Auswahl): Astronauten-Sex auf Grossformatplakaten, Alkoholverbot von 21 bis 7 Uhr, immer umfassendere Rauchverbote, Werbeeinschränkungen, Tricksereien an Reserven, um Prämien erhöhungen zu vertuschen, Radon-Angstmacherei, Cannabis-Verniedlichung, ungeschützten Geschlechtsverkehr unter HIV-Positiven unter Umständen als unbedenklich erklären, Benachteiligung der Soldaten durch Abschaffung der Militärversicherung, Beschäftigung einer Werbeagentur zum Kampf gegen die Komplementärmedizin.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

BAG (Bundesamt für Gesundheit)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 84

Aussagen-ID: 833

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Rauschgifte sind keine Genussmittel, sondern Stoffe, die in kürzester Zeit zu Abhängigkeit führen und Körper und Geist zerstören. Ziel der Drogenpolitik der SVP ist es, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Einstieg in den Konsum zu verhindern und die Süchtigen in die Suchtfreiheit zu führen. Die Kostenfolgen des Drogenkonsums für unsere Volkswirtschaft sind massiv. Bereits heute betragen sie mehrere Milliarden Franken pro Jahr. Die Legalisierung sogenannt «weicher Drogen» wie Haschisch oder Marihuana, deren schädliche Folgen man immer wieder verharmlost, wird von der SVP strikt abgelehnt. Die SVP wendet sich auch gegen die staatliche Verabreichung von Drogen an Süchtige. Denn die Heroinabgabe führt nicht zur Heilung der Drogenkranken, sondern entspricht einer staatlich unterstützten Verlängerung der Drogensucht. Hart vorzugehen ist auch gegen den Verkauf und Konsum von Kokain und von sogenannten Partydrogen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Rauschgifte; Legalisierung von Haschisch oder Marihuana; staatliche Verabreichung von Drogen; Verkauf und Konsum von Kokain und von sogenannten Partydrogen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 84

Aussagen-ID: 834

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP vertrat schon grünes Gedankengut, als die Grünen ihr rotes Gedankengut noch nicht versteckten. Der Umweltschutz ist ein zu wichtiges Anliegen, um es den Linken und Grünen zu überlassen. Denn statt die heissen Eisen anzufassen, wärmen diese sich lieber daran: Sie unterhalten eine ständige Hysterie um Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, sauren Regen, Klimakatastrophe usw., haben aber noch niemals ein einziges Problem gelöst. Umweltgerechte Lösungen kamen vielmehr vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und von der Wirtschaft: Kläranlagen, Katalysatoren, schadstoffarme Brenner, Partikelfilter, phosphatfreie Waschmittel, Diesel- und Hybridmotoren, Biomasse usw. Nicht Verteuerung, Verbote oder Geschwindigkeitsreduktionen bringen uns im Umweltschutz voran, sondern Wohlstand, Wachstum, Forschung und Fortschritt.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Linke und Grüne

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitraumen: nein
Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015
Seite: 99

Aussagen-ID: 835

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Der grünen Politik liegen nicht etwa ökologische Absichten zugrunde, sondern rein ideologische Motive, die ausschliesslich darauf abzielen, die Marktwirtschaft der westlichen Nationalstaaten in den Ruin zu treiben.» Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: grüne Politik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Torsten Mann (Zitat: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 100

Aussagen-ID: 836

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Politiker der Grünen stimmen in den Parlamenten genau so sozialistisch wie oder noch sozialistischer als die Sozialisten. Kein Wunder: Manche von ihnen waren früher Mitglied sozialistischer oder kommunistischer Parteien. Offenbar haben sie keine Ahnung von den Umweltverhältnissen in der Volksrepublik China. Möglicherweise haben sie noch nie von den ökologischen Altlasten der ehemaligen Sowjetunion gehört: vergiftete Böden, verschmutztes Wasser, verpestete Luft, verstrahlt-unbewohnbare Gebiete durch veraltete, untaugliche, ja unverantwortliche Energieproduktionsanlagen. Kein Wunder also, wählen Umweltpraktiker nicht die Grünen. Denn die bislang nachhaltigste Katastrophe für die Umwelt trägt einen Namen. Und der heisst Sozialismus.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Grüne; Sozialisten; Volksrepublik China; ehemaligen Sowjetunion; Sozialismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol

ökologischen Altlasten der ehemaligen Sowjetunion (1922-1991)

Zeitraumen: 1922-1991

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 100

Aussagen-ID: 837

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Unter dem Deckmantel des Umwelt- und Klimaschutzes droht die grösste Umverteilung von Wohlstand in der Geschichte der Menschheit – und eine neue Weltordnung, die die Freiheit des Einzelnen nach den Prinzipien des Sozialismus massiv beschränken will.» Torsten Mann: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

neue Weltordnung; Sozialismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Torsten Mann (Zitat: Rote Lügen in grünem Gewand, der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung, Rottenburg 2009)

Zeitraumen: 2009
Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015
Seite: 100

Aussagen-ID: 838

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbei zielt, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Wer Kitsch oder seichte Unterhaltung geniessen will, soll dies ebenso können wie jene, die Performances jenseits des «guten Geschmacks» lieben. Nur sollten beide Richtungen nicht durch die Öffentlichkeit finanziert werden. Unsere Volkskultur wird kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen begeisterten Einsatz von Einzelnen oder Vereinen. Laientheater, Gesangsvereine, Musikformationen, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken: Sie alle streben weniger nach Perfektion und Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht diese gelebte Volkskultur verloren.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol; Praxis/Ritual

Volkskultur; Jodelclubs, Trachtengruppen und Guggenmusik

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 110

Aussagen-ID: 839

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die von den Kulturbürokraten verhätschelte Staatskünstlerin Pipilotti Rist wird von der Pro Helvetia mit einem Dauergeldsegen versorgt. Die Kulturstiftung unterstützte auch Christoph Büchel für seine pornografische Inszenierung «Raum für Sexkultur» in Wien. Der Filmemacher Mike Eschmann erhielt für sein frauenverachtendes, gewaltverherrlichendes Werk «Breakout» von der Filmförderung 565'000 Franken.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Kulturbürokraten; Pipilotti Rist; Christoph Büchel; Mike Eschmann

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Symbol; Person

Pipilotti Rist (geb. 21.6.1962); Christoph Büchel (Inszenierung "Raum für Sexkultur" 2010, Secession Wien); Mike Eschmann (Film: Breakout, Schweiz 2007)

Zeitraumen: 2007; 2010

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 110

Aussagen-ID: 840

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Gemäss Bundesverfassung obliegt die Kompetenz im Kulturbereich den Kantonen. Ein Verfassungsartikel zur Kultur (Kulturförderungsartikel) auf Bundesebene wurde 1986 wie 1994 vom Volk abgelehnt, jedoch 1999 bei der «Nachführung» der Bundesverfassung dennoch eingeschmuggelt. Auf diese fragwürdige Weise nahm sich der Bund das Recht, sich immer stärker ins Kulturschaffen einzumischen. Dabei müsste die Kulturpolitik der Schweiz den föderalistischen, dezentralen Strukturen unseres Landes entsprechen. Primär sind die Kantone und allenfalls die Gemeinden, nicht der Bund für die Kulturförderung zuständig. Denn es stellen sich beispielsweise für den dreisprachigen Gebirgskanton Graubünden ganz andere Aufgaben als den Kantonen Basel-Stadt und Genf. Die Kulturpolitik soll nicht die Einheitlichkeit anstreben, sondern die Vielfalt. Sie darf sich nicht dem Kulturdirigismus der EU unterwerfen, sondern soll dem Zusammenhalt der Schweizer Sprachregionen dienen und die Minderheiten schützen. Der Staat darf gegenüber der Eigeninitiative und der privaten Förderung nur subsidiär wirken.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie: rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kulturförderungsartikel; Kulturdirigismus der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bundesverfassung (Kulturförderungsartikel)

Zeitraumen: 1848/1874/1999; 1986; 1994

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 110

Aussagen-ID: 841

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage unserer Gemeinschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. Die Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und sorgen für Geborgenheit und Zuwendung. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Immer mehr mischt sich der Staat aber auch dort in die Kindererziehung ein, wo diese problemlos funktioniert. Und zahlt an Kinderkrippen für Eltern, die das finanziell nicht nötig haben. Die SVP wendet sich entschieden gegen die «Professionalisierung» der Erziehung und des Tagesmütterwesens, die einer Entmündigung der Eltern gleichkommt. Mit ihrer Familieninitiative verlangt die SVP, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Entmündigung der Eltern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 117

Aussagen-ID: 842

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Frau und Mann sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen eine ihrer Situation und ihren Wünschen entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Männer und Frauen sollen sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen oder gar ein «Kampf der Geschlechter». Die SVP wehrt sich daher gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Distinktionsmerkmale:

Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatliche Gleichstellungsbüros; Kampf der Geschlechter; Gleichmacherei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 118

Aussagen-ID: 843

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Sie bildet die Basis für unsere Identität und unser Zusammenleben. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Sowenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. Die SVP lehnt einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären ab, denn sie spalten damit unsere Volkskirchen. Auch widerspricht eine gleichmacherische, sozialistische Weltsicht der christlichen Botschaft, die der freien Entfaltung des einzelnen Individuums eine grosse Bedeutung zumisst.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären; gleichmacherische, sozialistische Weltsicht

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

christlich-abendländischen Kultur; Schweizer Bundesfahne/Wappen (Bundesverfassung 1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 121

Aussagen-ID: 844

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Weder eine Partei noch der Staat soll die Mitmenschen auf Glaubensdinge verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern das freie Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchlichen Tätigkeiten. Diese Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; religiöser Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bundesverfassung 1848/1874/1999

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 121

Aussagen-ID: 845

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In der Schweiz leben schätzungsweise über 400'000 Angehörige des muslimischen Glaubens. Ihre Zahl vermehrt sich rasant durch Immigration, Familiennachzug, Zwangsheiraten und eine hohe Geburtenrate. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

islamistisches Gedankengut; muslimische Zuwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 121

Aussagen-ID: 846

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

«Wenn wir unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.» Nobelpreisträger Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1945

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol; Person

Karl Popper (Zitat: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 1945)

Zeitrahmen: 1945

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 122

Aussagen-ID: 847

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung von Gegenrecht bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls als Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung und gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmorden», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Die feige, eingeschüchterte Haltung gewisser Politiker, Journalisten und Kirchenvertreter ist bedenklich. Auch bei den Linken, den Feministinnen und sogar bei den Gleichstellungsbüros herrscht meist Schweigen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parallelgesellschaften; Scharia; Zwangsheirat, Ehrenmorde, Blutrache, weibliche Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen; Linke, Feministinnen und Gleichstellungsbüros

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 122

Aussagen-ID: 848

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Ausländerrecht hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich das Islamismusproblem nicht weiter verschärft und unsere Integrationsfähigkeit übersteigt. Es ist klarzumachen, dass hier unsere Regeln gelten und sich jeder anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz steht über der Religionsfreiheit. Darum sind etwa Dispensation im Schwimmunterricht, Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Der Bau von Minaretten ist Ausdruck eines religiös-politischen Machtanspruchs und darum auch gemäss Volksentscheid abzulehnen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Islamismusproblem; Minarette

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

vage

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 122

Aussagen-ID: 849

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Ein Balkendiagramm trägt den Titel „Zuwachs der islamischen Gesellschaft“. Damit wird suggeriert, dass es sich um die islamische Bevölkerung in der Schweiz handelt. Vier gelbe Balken stehen für die Jahre 1980, 1990, 2000 und 2009. Neben dem letzten Balken (2009) steht in Klammern "Schätzung". Während der Balken für 1980 knapp über 50'000 liegt, steigt die Zahl 1990 auf etwas über 150'000 und im Jahr 2000 auf über 300'000, um schließlich im Jahr 2009 mit über 400'000 einen Höchststand zu erreichen.

Abbildung (Text): „Zuwachs der islamischen Gesellschaft“ und „Quelle: BFS“

Distinktionsmerkmale: diskriminierend; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Zuwachs einer islamischen Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Statistik 1980-2009 (BSF)

Zeitraumen: vage; 1980-2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 122

Aussagen-ID: 850

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staates, unserer Kultur und unserer Rechtsordnung;

fordert, dass Kreuze und Kruzifixe als Symbole unserer christlichabendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;

fordert die Kirchen auf, sich der Seelsorge und der Verkündigung der christlichen Botschaft zu widmen statt der Tagespolitik;

lehnt jegliches religiöse Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht;

fordert ein Verschleierungsverbot für Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern und in Lehrberufen;

lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;

widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;

will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, speziell auch den Sport- und Schwimmunterricht;

verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

religiöse Sonderrechte; Minarett

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

christlich-abendländisches Staatsfundament; Kreuze und Kruzifixe als Symbole der christlichabendländischen Kultur;

Minarett-Initiative (in Kraft: 2009)

Zeitraumen: vage; 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 123

Aussagen-ID: 851

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Noch gibt es in der Schweiz ein leistungswilliges, eigenverantwortliches Bürgertum, das nicht bei jeder Schwierigkeit oder Anstrengung nach dem Staat ruft. Doch der schleichende Sozialismus hat unser Land etwas verspätet, aber umso gründlicher erfasst. Die 1990er-Jahre bedeuteten den Dammbbruch und bildeten ein eigentliches «sozialdemokratisches Jahrzehnt» mit ausufernden Staatsausgaben, Schuldenbergen, Steuerquoten, Gebühren und Prämien. Eine linke Umverteilungselite hat sich mit Geschick und Erfolg an die entscheidenden Schalthebel in Politik, Gesellschaft, Medien und Kultur gesetzt und leitet stattliche Geldströme in ihre eigenen Taschen und in jene ihrer Klientel. Kurz: Es gibt in der Schweiz immer weniger Menschen, die Brötchen backen, aber immer mehr Menschen, die diese Brötchen verteilen wollen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sozialismus; linke Umverteilungselite

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche; Symbol

sozialdemokratisches Jahrzehnt (1990er)

Zeitraumen: vage; 1990er

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 124

Aussagen-ID: 852**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

«Gebt uns Geld!» – so kurz und unmissverständlich lässt sich jedes linke Parteiprogramm zusammenfassen. «Geld her!» – so lautet die Kurzformel jeder politischen Forderung der Linken. Selbstverständlich jederzeit moralisch gerechtfertigt mit Begriffen wie «Solidarität» und «soziale Gerechtigkeit». Und dabei ungeniert auf die niedersten menschlichen Instinkte wie Neid und Missgunst setzend. «Geld her!» – für Mutterschaftsversicherung, Kinderkrippen, Tagesschulen, Frühpensionierungen, Prämienverbilligungen, Gleichstellungsprogramme, Kulturförderung, Integration, Entwicklungshilfe, Bildung, Zwangsfernsehen, öffentlichen Verkehr, Gesundheitsprävention, Rassismusbekämpfung, Alternativenenergien. Der egoistische Befehlston der Linken lautet immer gleich. «Gebt uns Geld!» Und sie holen es sich, das Geld. Durch ein Zwangssystem, durch einen perfekten Umverteilungsstaat, der die Staatsquote Richtung 50 Prozent treibt.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: die Linken**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:** nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 124**Aussagen-ID: 853****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Genau gleich geht es in der Europäischen Union zu und her. Darum wollen die Linken unbedingt in die EU. Ein regelrechtes Umverteilungsprogramm sorgt dafür, dass die Tüchtigen bezahlen und sich die Faulen ein schönes Leben auf Pump finanzieren und über ihre Verhältnisse leben. So gibt es keinerlei Anreize, sich anzustrengen. Im Gegenteil: Die Nehmerländer sind sicher, dass die Geberländer immer wieder bezahlen, damit nicht die gesamte Fehlkonstruktion einstürzt. Mit Zusicherung von (nicht vorhandenen) Hunderten von Milliarden sollen Staatsbankrotte abgewehrt werden. Mit dem Ergebnis, dass immer mehr EU-Staaten dem finanziellen Abgrund entgegen taumeln. Schuld sind weder die Wirtschaft noch die Finanzmärkte noch böse Spekulanten. Schuld sind einzig die Politiker und die Bürokraten, die ein solch monströses Gebilde konstruierten und jetzt bestens davon leben. Als Mitzahler für diesen Wahnsinn wäre die Schweiz der EU hochwillkommen. Ohne uns! Die SVP ist die einzige Partei, die den EU-Beitritt ohne Wenn und Aber ablehnt.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Kollektivbezeichnungen; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken; Nehmerländer; EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Symbol

EU-Beitritts gesuch 1992

Zeitrahmen: 1992**Quelle:** CH_SVP_Pro2011_2015**Seite:** 124**Aussagen-ID: 854****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Das Schweizer Erfolgsmodell beruht auf Unabhängigkeit statt EU-Diktat, Föderalismus statt EU-Zentralismus, direkter Demokratie statt EU-Bürgerferne, einem massvollen, sparsamen Staat statt EU-Umverteilung. Es gibt keinen vernünftigen Grund, davon abzuweichen. Leider sind wir uns in den letzten Jahren untreu geworden. Die Schweiz übernimmt immer mehr EU-Gesetze und bewegt sich unentwegt weiter Richtung Sozialismus – geschützt von einer mehrheitlich linksdiktieren Medienlandschaft. Nirgendwo auf der Welt sind die Behördenmacht, die Staatsintervention und die staatliche Reglementierung in den letzten Jahren stärker gewachsen als in der Schweiz. Unsere Staatsquote ist stärker gewachsen als in allen afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Sie ist stärker gewachsen als in Kasachstan. Statt den sozialistischen Irrweg in Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Armut zu gehen, sollten wir den Sozialismus überwinden und uns wieder auf das freiheitliche Erbe besinnen: Auf Fleiss und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, auf Privateigentum statt Umverteilung, auf mehr Freiheit und weniger Staat.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU-Zentralismus; Sozialismus; linksdikierte Medienlandschaft; Behördenmacht, Staatsintervention und staatliche Reglementierung; sozialistischer Irrweg

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

Schweizer Erfolgsmodell; freiheitliches Erbe (Fleiss, Eigenverantwortung, Wettbewerb, offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, Privateigentum statt Umverteilung, mehr Freiheit und weniger Staat)

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2011_2015

Seite: 125

Aussagen-ID: 855

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP kämpft für eine unabhängige und neutrale Schweiz. Der Ausverkauf der Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss aufhören. Unser Land darf nicht schleichend in internationale Gebilde – beispielsweise die EU – eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Grundlage der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der humanitären Hilfe und der Guten Dienste.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

politische Eliten; Europäische Union

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung);

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 4

Aussagen-ID: 856

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz hat schon immer kontrolliert ausländische Arbeitskräfte beschäftigt und ihnen existenzielle Perspektiven geboten. Das Stimmvolk hat in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass es eine kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln will, die gleichermassen für alle gelten, Einheimische und Zugewanderte. Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die Rechtsordnung zu halten, sich anzupassen und für den Lebensunterhalt selber zu sorgen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

schon immer

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 4

Aussagen-ID: 857

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP verlangt die konsequente Umsetzung des vom Souverän gutgeheissenen Verfassungsartikels «gegen Masseneinwanderung» (Kontingente und Inländervorrang) zur markanten Senkung der Zuwanderung

Distinktionsmerkmale:

Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014)

Zeitrahmen: 2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 4

Aussagen-ID: 858

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP kämpft für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die illegale Einreise von Einwanderern zu verhindern

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; selektiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

illegale Einwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 4

Aussagen-ID: 859

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine nachlässige Umsetzung der Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum führten dazu, dass unser Land heute zu den Staaten mit hoher Kriminalität zählt. So darf es nicht weitergehen – diese Fehlentwicklung gilt es zu stoppen! Gerichte, die nach Recht und Gesetz bestrafen, und ein konsequenter Vollzug der Urteile sind der Weg dazu.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Öffnung der Grenzen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Assoziierungsabkommen (2008)

Zeitrahmen: 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 5

Aussagen-ID: 860

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP fordert die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer

Die SVP fordert, dass Gerichte die Interessen der Opfer höher gewichten als jene der Täter

Die SVP fordert entschiedenes Durchgreifen gegen Kriminaltouristen

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung:

kriminelle Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 5

Aussagen-ID: 861**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Grafik): Bei der Abbildung handelt es sich um eine Grafik im Comicstil. Dargestellt ist „Willy“ (das Wachhund-Maskottchen der SVP, ein Berner Sennenhund), der in ein Hosenbein beißt. Darüber steht der Schriftzug „Sicherheit zuerst“.
Abbildung (Text): „Sicherheit zuerst“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe

Feindbild/Bedrohung:

Kriminaltouristen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 5**Aussagen-ID: 862****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Der Staat wächst und wuchert: Die Ausgaben des Bundes wurden seit 1990 verdoppelt. Weil in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren laufend noch mehr erhöht. Die Zeche zahlt am teuersten der Mittelstand. Diese Geldverschleuderung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger ist endlich zu stoppen, denn vom leistungswilligen Mittelstand hängt der Wohlstand des Landes ab.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausgabenexplosion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

1990-2015

Zeitrahmen: 1990-2015**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 5**Datensatz:** 863 verwaist**Aussagen-ID: 864****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Eine glaubwürdige Milizarmee garantiert die Sicherheit auch in Krisenzeiten und ist die massgeschneiderte Lösung für die Schweiz. Nur wenige Flugstunden von uns entfernt herrscht Krieg – nicht zum ersten Mal und trotz des angeblich friedenssichernden Wirkens der EU. Terroranschläge sind jederzeit und überall möglich. Wir wollen darum der Armee die personellen und finanziellen Mittel für die Landesverteidigung bereitstellen – damit alle in Sicherheit und Freiheit leben können. Die SVP bekennt sich zu einer zeitgemäss bewaffneten und hervorragend ausgebildeten Milizarmee zur Bewahrung einer unabhängigen, freien und neutralen Schweiz.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Krieg; Terroranschläge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitrahmen: 1815-/1999**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 6

Aussagen-ID: 865**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz hat sich als kleines, von Natur aus armes Land vom einstigen Armenhaus Europas zu einem der erfolgreichsten und wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt. Dies hat sie im Wesentlichen ihrer besonderen Staatsform zu verdanken, nämlich den Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus. Sie formen den einzigartigen «Sonderfall Schweiz». Sie sind der Garant für Freiheit und Wohlfahrt. Nur dank diesen Erfolgssäulen konnte unser Land seinen wirtschaftlichen Spitzenplatz in der Welt erreichen und behaupten, nur dank ihnen lassen sich Freiheit und Wohlfahrt erhalten. Nur so stehen die _Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt – nicht die Politiker und Funktionäre.

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Narrativ; Symbol

Armenhaus Europas; vier Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus); Sonderfall Schweiz

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 8**Aussagen-ID: 866****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Mit Ausnahme der SVP ziehen alle andern Parteien auf die Gegenseite. Sie unterwandern und zerstören diese Staatssäulen. Sie drängen die Schweiz in die Fremdherrschaft, nämlich zum EU-Beitritt, sie wollen fremdes Recht und fremde Richter, sodass die Schweiz ihre Unabhängigkeit verliert. Sie schaffen zunehmend die direkte Demokratie ab, indem sie Volksentscheide nicht durchsetzen. Die andern Parteien achten fremde Gesetze mehr als Schweizer Gesetze, sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren. Sie verstossen laufend gegen die Neutralität, indem sie zu internationalen Konflikten Stellung nehmen und in den UNO-Sicherheitsrat drängen. So ziehen sie den Krieg ins eigene Land. Die andern Parteien missachten den Föderalismus, indem sie immer mehr Entscheide weg von den Kantonen und Gemeinden nach Bundesbern wandern lassen – zum Nachteil unserer Kinder, unserer Familien und unserer Schulen.

Distinktionsmerkmale: kultureller Bezug**Rhetorische Strategie:**

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

alle andern Parteien; Fremdherrschaft; EU-Beitritt; Bundesbern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

vier Staatssäulen (Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus); UNO Beitritt 2002; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: vage; 1818-1999; 1992; 2002**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 8**Aussagen-ID: 867****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die in der Bundesverfassung verankerten Staatssäulen haben der Schweiz eine vorbildliche Weltoffenheit gebracht. Gleichzeitig hat sich die Schweiz ihre Unabhängigkeit bewahrt und keine Fremdbestimmung geduldet. Die Bewahrung der Unabhängigkeit ist nichts weniger als schweizerischer Staatszweck. Die sieben Bundesräte und sämtliche Volksvertreter haben dafür einen Eid oder ein Gelübde abgelegt. Doch die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent für die Erfolgssäule der Unabhängigkeit einsetzt, die uns Freiheit und Wohlfahrt garantiert. Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Verwaltung tun das Gegenteil: Sie treiben den schleichenden EU-Beitritt voran. Sie reden von «Rahmenverträgen» oder «institutionellen Bindungen», meinen aber die Übernahme von fremdem Recht und das Urteil fremder Richter.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Verwaltung; schleichenden EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999); vier Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus);
EU-Beitrittsge such 1992

Zeitrahmen: vage; 1848/1874/1999; 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 8

Aussagen-ID: 868

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unser Mitbestimmungsrecht der Bürger ist ein weltweiter Sonderfall. Seit 1848 haben in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen stattgefunden als in allen andern Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben. Dank der direkten Demokratie stehen bei uns die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Sie können nicht nur ihre Behörden wählen, sondern auch in Sachfragen bestimmen. Dies verhindert, dass die Politiker über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Die SVP ist die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die direkte Demokratie stellt. Die andern Parteien wollen sie zunehmend einschränken. Sie weigern sich, Volksentscheide umzusetzen, indem sie auch nicht zwingendes «Völkerrecht» als dem Landesrecht übergeordnet erklären. Sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren, indem sie Initiativanliegen vorprüfen, verweigern oder ausdrücklich davor warnen wollen.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die andern Parteien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitrahmen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 8-9

Aussagen-ID: 869

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Für einen weltoffenen Kleinstaat wie die Schweiz ist die dauernd bewaffnete Neutralität das erfolgreichste Sicherheitskonzept. Das hat die Schweiz über Jahrhunderte bewiesen: Weil sich die Schweiz nicht in fremde Konflikte mischt, zieht sie den Krieg nicht ins eigene Land und schafft sich nicht unnötig Feinde. Dies führt zur erfolgreichen Weltoffenheit, indem sie mit allen Staaten freundschaftlich verkehrt, ohne die eigene Souveränität preiszugeben. So kennt die Schweiz seit 200 Jahren keinen Krieg. Die neutrale Haltung verlangt auch, dass sich unsere Behörden mit Stellungnahmen zu internationalen Konflikten zurückhalten. All dies versucht man zurzeit in Bundesbern zu missachten, sodass die Neutralität unglaubwürdig wird. Man mischt sich überall ein und geht grosse Risiken ein. Die SVP ist die Partei, die vorbehaltlos hinter der schweizerischen Neutralität steht, weil dies die grösste Sicherheit und Weltoffenheit bietet und dazu erst noch die Möglichkeit gibt, besondere Gute Dienste für den Frieden zu leisten.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Bundesbern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Neutralität über Jahrhunderte; 200 Jahre ohne Krieg; Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitrahmen: vage; 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 9

Aussagen-ID: 870

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wem unsere Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus am Herzen liegen, wählt die Schweizerische Volkspartei. Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter der SVP auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten sich, diese Erfolgssäulen mit aller Kraft zu verteidigen und auch für die Zukunft zu bewahren.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

vier Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus)

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 9

Aussagen-ID: 871

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, beispielsweise die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU; die politischen Eliten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen

vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 10

Aussagen-ID: 872

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

Distinktionsmerkmale:

Perennialismus; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

schleichende Unterwanderung der Werte durch Bundesrat, Bundesverwaltung, Gerichten und Rechtsprofessoren

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Bundesverfassung, Art. 2 (1848/1874/1999); vier Säulen der Schweiz (Unabhängigkeit, Föderalismus, Volksrechte, Neutralität)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 11

Aussagen-ID: 873

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

So schert sich beispielsweise heute das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kaum mehr um eine neutrale und unparteiische Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und schlagen sich dabei offen auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen, in denen sie für eine glaubwürdige Vermittlung und für die humanitäre Hilfe besser eine umfassend neutrale Haltung eingenommen hätten. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber der Plan der Classe politique in Bern. Der UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo über den sogenannten Weltfrieden und somit auch

über Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen hat die Schweiz nicht nötig und ist gefährlich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA); Diplomaten und Bundesräte;

Classe politique in Bern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager

Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); UNO Beitritt 2002

Zeitrahmen: 1815-1999; 2002

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 11-12

Aussagen-ID: 874

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Heute wird das internationale Recht in aller Offenheit höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch allgemein als Völkerrecht betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der verfälschende Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der anfänglichen Bedeutung zu tun, sondern ist eine ideologisch meist zu Gunsten einer zentralistischen, staatsgläubigen und sozialistischen Lösung hinführende Weiterentwicklung und Weiterinterpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

fremdes Recht; eine zentralistische, staatsgläubige und sozialistische Lösung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Völkerrecht; Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974); AEMR/UNO Menschenrechtsdeklaration,

Charta der Vereinten Nationen (1948/in Kraft: 24. Oktober 1945; Schweiz 1974)

Zeitrahmen: vage; 1974

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 12

Aussagen-ID: 875

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der grösste Verstoß gegen jegliche Werte der Schweiz stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU wollen, dass die Schweiz sich der dynamischen EU-Rechtsentwicklung und -Rechtsprechung unterwerfen muss. Es sollen nicht nur fremde Gesetze übernommen und fremde Richter akzeptiert werden, sondern fremde EU-Beamte sollen die Schweiz auch einseitig überwachen und kontrollieren dürfen. Ein Rahmenvertrag über alle anderen bilateralen Verträge soll diese institutionelle Einbindung vollstrecken. Die Schweiz müsste die masslos fortschreitende Rechtsentwicklung der EU zwingend übernehmen. Die Regulierungsflut würde von der EU auf die Schweiz überschwappen. Zudem soll der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten die Schweiz verbindlich verurteilen dürfen. Dieses unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Projekt muss daher verhindert werden. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

EU Beitrittsge such; fremde Gesetze; fremde Richter; fremde EU-Beamte; Regulierungsflut

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Symbol

EU Beitrittsge such 1992

Zeitraumen: 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 12-13

Aussagen-ID: 876

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren. Umfassende Neutralität meint dabei eben nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik), die das gesamte Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung verpflichtet. Die Schweiz benötigt dafür aber auch die Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material, welche die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erst glaubwürdig macht. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht solche der UNO, der EU oder der OSZE.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

UNO, EU oder OSZE

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitraumen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 13

Aussagen-ID: 877

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den 1990er-Jahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posaunen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Offensichtlich ist aber diesen Angstmachern nicht zu glauben.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Brüsseler Bürokratie; selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien; Angstmacher

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

EWR-Nein (Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum/Volksabstimmung vom 06.12.1992); EU Beitrittsge such 1992

Zeitraumen: 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 14

Aussagen-ID: 878

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. Weitere Anpassungen und Angleichungen an die EU dürfen nicht

hingenommen werden. Wieso sollen wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft müssen unablässig verteidigt werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: EU Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Werte der Schweiz (Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft); EU Beitrittsantrag 1992; Endziel

Zeitrahmen: vage; 1992

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 14

Aussagen-ID: 879

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

bekämpft den schleichenden EU-Beitritt. Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine dynamische Rechtsübernahme und keine fremden Richter;

setzt sich dafür ein, dass Schweizer Recht vor internationalem, fremdem Recht gilt;

stellt mit der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicher und sorgt dafür, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden;

verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Stärkung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;

bekämpft jede Aufweichung der immerwährenden, dauernd bewaffneten Neutralität – vielmehr ist diese glaubwürdig zu stärken;

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

schleichenden EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung); EU Beitrittsantrag 1992;

Volksinitiative «Schweizer

Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» zur Abstimmung am 25.11.2018 - abgelehnt;

Zeitrahmen: 1815-1999; 1992; 2018

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 15

Aussagen-ID: 880

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe lebt, statt Grossmachtallüren zu zeigen und einseitige Verurteilungen vorzunehmen;

widersetzt sich der Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat;

verlangt, dass die staatliche Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gekoppelt wird;

strebt Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von klassischen Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat; EU; Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

die bewährte Leistung Guter Dienste (durch Diplomatie, IKRK und Korps für Humanitäre Hilfe); UNO Beitritt 2002

Zeitrahmen: vage; 2002

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 15

Aussagen-ID: 881

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 verdoppelt. Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr Aufgaben. Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen, denn von einem gesunden Mittelstand hängt der Wohlstand des ganzen Landes ab. Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst erarbeitet werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Ausgabenexplosion

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

1990-2015

Zeitrahmen: 1990-2015

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 16

Aussagen-ID: 882

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Trotz positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen, befeuert durch eine expansive Ausgabenpolitik, in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, waren es 2013 64 Milliarden Franken, was einer Verdoppelung entspricht. 2018 möchte der Bundesrat gemäss Finanzplan 73 Milliarden Franken ausgeben.

Distinktionsmerkmale: nein

Rhetorische Strategie: nein

Feindbild/Bedrohung:

expansive Ausgabenpolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 1990-2018 (Quelle unbekannt)

Zeitrahmen: 1990-2018

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 17

Aussagen-ID: 883

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Während bei Landwirtschaft und Armee seit Jahren gespart wird, wachsen andere Bereiche ungebrochen weiter. Mit Abstand den grössten Ausgabenposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht heute einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart», floriert die Sozialbranche geradezu. Die Ausgaben stiegen allein seit Beginn dieses Jahrtausends von 14 Milliarden Franken (2000) auf 21 Milliarden Franken (2013), wurden also um die Hälfte erhöht. Für die soziale Wohlfahrt allein wird mehr Geld ausgegeben als für Bildung, Verkehr und Landesverteidigung zusammen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

soziale Wohlfahrt; die Linken

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 2000-2013 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 2000-2013
Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019
Seite: 17

Aussagen-ID: 884

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP kämpft für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz ist Sorge zu tragen. Die SVP steht zur Schweizer Qualität und kämpft für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Schweizer Qualität

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 22

Aussagen-ID: 885

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft. Denn Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Darin liegt es begründet, dass liberale Marktwirtschaften historisch und weltweit am erfolgreichsten sind und am wenigsten Armut aufweisen. Unser Land ist wirtschaftlich zwar noch immer recht gut positioniert, wenn man es etwa mit verschiedenen EU-Ländern vergleicht. Doch die Produktivität stagniert, und bezüglich Pro-Kopf-Einkommen ist die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern seit 1980 stetig zurückgefallen. Nur wenn die Unternehmen vorteilhafte Bedingungen vorfinden, in denen sich Investitionen lohnen, werden auch Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Datum/Epoche

historischer Erfolg der liberalen Marktwirtschaft; 1980-2018

Zeitraumen: vage; 1980-2018

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 23

Aussagen-ID: 886

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In den vergangenen Jahren ist die Beschäftigung fast nur noch im öffentlichen Sektor, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Sozialbereich gewachsen. Zwischen 2008 und 2014 sind zwei von drei neuen Arbeitsstellen bei der öffentlichen Hand entstanden. Die in grosser Zahl neu geschaffenen Staatsstellen belasten nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Wirtschaft. Mehr Beamte führen automatisch zu noch mehr staatlicher Bürokratie und Aktionismus. Denn all die Beamten wollen auch etwas zu tun haben. An die Stelle von Markt und Wettbewerb treten sodann staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei, welche die Unternehmer aus dem Markt drängen. Unnötige Monopole wie die Post, die Suva oder die SRG verteuern zudem die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatliche Bürokratie und Aktionismus; staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei; Monopole

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

2008-2014

Zeitraumen: 2008-2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 23

Aussagen-ID: 887

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Hinzu kommt, dass die Pflicht eines jeden Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, inzwischen moralisch in Frage gestellt wird. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren Sozialarbeiter in unserem Land. Besonders unter Druck stand in jüngerer Zeit der Finanzplatz. Der Banken-, Versicherungs- und Finanzsektor erbringt volle 22 Prozent der gesamtschweizerischen Wirtschaftsleistung. Neid und bankrotte ausländische Staatskassen machen diese Branche zu einem Ziel für feindliche Angriffe aus dem Ausland, die im Inland bis in den Bundesrat hinein willfähige Gehilfen finden. So werden das Bankkundengeheimnis und die finanzielle Privatsphäre gegenüber dem Ausland immer mehr aufgeweicht und die Standortvorteile mit Verweis auf irgendwelche internationale Standards oder den Konsumentenschutz preisgegeben.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos); moralische Verbindlichkeiten

Feindbild/Bedrohung:

Neid und bankrotte ausländische Staatskassen; feindliche Angriffe aus dem Ausland; willfähige Gehilfen; Konsumentenschutz

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ

Bankkundengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35)

Zeitraumen: 1934/35

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 23

Aussagen-ID: 888

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Staat darf die Wirtschaft weder konkurrenzieren noch behindern, sondern er soll die Grundvoraussetzungen für möglichst freies Wirtschaften bereitstellen. Denn wo die Bürokratie wuchert, wird zwangsläufig das unternehmerische Handeln eingeschränkt und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Staatlich verordneter bürokratischer Leerlauf schadet den Unternehmen und damit der Schweiz. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass anstelle des zunehmenden staatlichen Aktionismus wieder vermehrt auf Eigenverantwortung gesetzt wird. Der flexible Arbeitsmarkt, solide verankert in der Sozialpartnerschaft, ist einer der grössten Trümpfe des Werkplatzes Schweiz. Je freier die Arbeitsbedingungen ausgestaltet werden können, desto eher ist Vollbeschäftigung erreichbar. Ebenso ist unserem einzigartigen dualen Berufsbildungssystem Sorge zu tragen, das den weltweit besten Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit darstellt.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Bürokratie; zunehmender staatlicher Aktionismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche

duales Ausbildungssystem (betriebliche Lehre und öffentliche Berufsfachschule; Berufsbildungsgesetz/BBG; Artikel 63 der Bundesverfassung (1848/1999)

Zeitraumen: 1848/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 24

Aussagen-ID: 889

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP widersetzt sich allen Bestrebungen, unser traditionelles Bankkundengeheimnis und die finanzielle Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger aufzuweichen. Dieses ist im Interesse der Bankkunden, nicht der Banken geschaffen worden. Die Stempelsteuern, die viele attraktive Geschäfte von der Schweiz fernhalten, müssen abgeschafft werden. Im Bereich der europäischen und globalen Rechtsetzung kämpft die SVP dafür, dass die Schweiz nur jene «internationalen Standards» übernimmt, die zwingend sind, um den globalen Marktzugang zu sichern.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Stempelsteuern; Gefährdung der Privatsphäre

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bankkundengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35); Bundesgesetz über die Stempelabgaben (in Kraft 1974)

Zeitraumen: 1934/35; 1974

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 24

Aussagen-ID: 890

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

steht ein für die kleinen, mittleren und grossen Unternehmen als Rückgrat unseres Wohlstandes;

fordert mehr Freiheit und keine neuen Vorschriften und Verbote, ohne mindestens gleich viele abzuschaffen;

stellt sich gegen Quotenregelungen, Lohnpolizei, Solidarhaftung und weitere schädlichen Schikanen des Staates gegenüber den Unternehmen;

verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;

will den Schweizer Franken als eigenständige und unabhängige Währung erhalten;

steht zum Schweizer Finanzplatz und zum schweizerischen Bankkundengeheimnis;

fordert die Reduktion des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie und das Gastgewerbe auf den reduzierten Satz;

fordert eine Befreiung vom Statistikaufwand für Betriebe mit weniger als 50 Vollzeitstellen und die Reduktion auf ein Minimum für alle anderen;

verlangt die Erhöhung des Schwellenwerts für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Quotenregelungen, Lohnpolizei, Solidarhaftung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bankkundengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35);

Zeitraumen: 1934/35

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 25

Aussagen-ID: 891

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der Anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die politische Linke, die jedes Problem mit dem Geld der anderen lösen will. Egal ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub, sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Linke eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen darf und das umverteilt werden muss.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linke; Umverteilung; Classe politique

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 27

Aussagen-ID: 892

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des

Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein mit dem Ziel, die Bürger zu erziehen und ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin. Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr zu achten und zu schützen. Deshalb unterstützt die SVP Bestrebungen, den Schutz der Privatsphäre in der Bundesverfassung festzuschreiben. Ebenso vehement kämpft die SVP für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz und gegen immer mehr Möglichkeiten der Behörden, in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen und diese zu überwachen und zu verletzen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Linke und andere Staatsgläubige; Abschaffung des Bankkundengeheimnisses; automatischer Informationsaustausch; Einschränkung des Bargeldverkehrs; Überwachung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bankkundengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35); Bundesverfassung (1848/1874/1999);

Zeitraumen: 1848/1874/1999; 1934/35

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 27-28

Aussagen-ID: 893

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Bürger über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Insbesondere setzt sich die SVP gegen das Verbot des Vorbezugs des persönlich ersparten Alterskapitals in der zweiten Säule zur Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum oder zur Gründung eines eigenen kleinen Unternehmens ein. Dieses Verbot kommt einer Enteignung der Bürgerinnen und Bürger gleich.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Enteignung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999);

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 28

Aussagen-ID: 894

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ebenso kämpft die SVP gegen noch mehr Umverteilung. Im Sinne eines liberal ausgeprägten, auf Eigenverantwortung des Bürgers setzenden Staates soll jeder Bürger sein Eigentum und sein Geld möglichst frei so einsetzen können, wie er selber es für richtig hält. Die SVP will keinen Staat, der den Bürgern ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche zieht und es umverteilt – auch dann nicht, wenn die Idee dahinter noch so gut gemeint sein mag. Jeder Bürger weiss selber am besten, wo und wie er sein Geld eigenverantwortlich verwenden will. Wird dieses Prinzip weiter unterhöhlt, führt dies in den Sozialismus, in dem der Staat den Bürgern das Eigentum für die von ihm gesetzten Zwecke wegnimmt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Umverteilung; Sozialismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 28

Aussagen-ID: 895**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Im Immobilienbereich verlangt die SVP eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört deshalb abgeschafft. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau lehnt die SVP ab. Sozialer Wohnungsbau führt immer zu wettbewerbsverzerrenden Effekten, die sich negativ auf private Investitionen auswirken.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatlicher sozialer Wohnungsbau

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 28**Aussagen-ID: 896****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz hat schon immer grosszügig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche Perspektive geboten. Das Schweizer Stimmvolk hat in verschiedenen Abstimmungen gezeigt, dass es eine kontrollierte Zuwanderung mit klaren Regeln, die für alle gelten, möchte. Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die hiesige Rechtsordnung zu halten, sich zu integrieren und selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Nur wer dies erfüllt, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich nach einer gewissen Zeit einzubürgern.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

schon immer

Zeitrahmen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 30**Aussagen-ID: 897****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Einwanderung in unser Land ist für Ausländer aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen attraktiv. Unser politisches System, unsere Stabilität, unsere Sicherheit, die liberale Wirtschaftsordnung und nicht zuletzt die schöne Landschaft haben dazu geführt, dass kaum ein Land bei internationalen Vergleichen bezüglich Lebensqualität besser abschliesst als die Schweiz. Kurz: Es lohnt sich für Ausländer, in die Schweiz einzuwandern. Aber es rächt sich für die Schweizer, wenn sie diese Einwanderung nicht kontrollieren und begrenzen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

unkontrollierte, unbegrenzte Einwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 31**Aussagen-ID: 898****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Seit dem Jahr 2007 sind jährlich rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. 2013 waren es netto über 85'000 Einwanderer (gut 155'000 Einwanderungen bei rund 70'000 Auswanderungen). Dies entspricht Jahr für Jahr einer Zunahme der Bevölkerung in der Grössenordnung von mehr als der Stadt Luzern, in zwei Jahren gar die Einwohnerzahl der

Stadt Genf oder Basel. Jährlich erfordert dies eine Siedlungsfläche in der Grösse von 4'560 Fussballfeldern. Ende 2014 lebten rund 8,2 Millionen Menschen in der Schweiz – davon 2 Millionen Ausländer. In rund 20 Jahren wird ohne Steuerung der Einwanderung die 10-Millionen-Grenze erreicht sein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ungesteuerte Einwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 2007-2015 (Quelle unbekannt)

Zeitrahmen: 2007-2015

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 31

Aussagen-ID: 899

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind täglich und für alle spür- und erlebbar: steigende Arbeitslosigkeit (unter den Ausländern betrug die Erwerbslosenquote Anfang 2014 9,2 Prozent), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen und belastend hohe Ausländeranteile in der Fürsorge und in anderen Sozialwerken. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild und letztlich unseren Wohlstand.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Masslosigkeit bei der Zuwanderung; hohe Ausländeranteile

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 2014-2015 (Quelle unbekannt)

Zeitrahmen: 2014-2015

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 31

Aussagen-ID: 900

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Die Abbildung zeigt ein Balkendiagramm. Es beschreibt die Zahl der Einwanderungen in die Schweiz von 2000 bis 2013. Bis 2006 sind die Balken blau und die Zahl liegt unter 60.000. Ab 2007 sind die Balken und der Hintergrund rot eingefärbt. In den Jahren 2007, 2008 und 2013 wird die Marke von 80.000 überschritten. In diesem Abschnitt wurde im Diagramm ein Durchschnittswert mit dem Bildtext „Im Durchschnitt 80'000“ markiert. Darunter steht: „Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU“.

Abbildung (Text): „Jährlich wandern über 80'000 Personen netto in die Schweiz ein“, „Quelle: BFS“ und „Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU“

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002); Statistik 2000-2013 (BFS)

Zeitrahmen: 1999/2002; 2000-2013

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 31

Aussagen-ID: 901**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Mit der massiven Zuwanderung der letzten Jahre hat auch der Ausländeranteil in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr zugenommen. Waren 1950 noch 6 Prozent der Bevölkerung Ausländer und 1980 14,4 Prozent, waren es Ende 2013 bereits 23,8 Prozent. Und dies, obwohl seit 1960 über eine Million Ausländer eingebürgert wurde. Auch im internationalen Vergleich nimmt der Ausländeranteil in der Schweiz einen Spitzenrang ein. Kein europäischer Staat mit mehr als 1 Million Einwohnern hat einen höheren Ausländeranteil als die Schweiz.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

massive Zuwanderung, hoher Ausländeranteil

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 1950-2013 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 1950-2013**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 32**Aussagen-ID: 902****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die hohen Ausländeranteile versuchen die Linken damit zu erklären, dass die Schweiz sehr restriktiv einbürgere. Dies widerspricht jedoch den Einbürgerungsstatistiken. Seit 2002 hat die Schweiz jedes Jahr zwischen 35'000 und 45'000 Ausländer eingebürgert. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Auf 1000 Einwohner wurden 2011 4,6 Ausländer eingebürgert. Europaweit lag damit nur das kleine Luxemburg höher, das in den letzten Jahren aufgrund der 2008 geänderten Einbürgerungskriterien übermässig viele Staatsbürgerschaften erteilt hat.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken; hoher Ausländeranteil

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 2002-2011 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 2002-2011**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 32**Aussagen-ID: 903****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Masseneinbürgerungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass viele Personen den Schweizer Pass erhalten haben, die gar nicht integriert sind. Nicht wenige Neuschweizer verstehen keine Landessprache, anerkennen die hiesigen Sitten nicht oder werden bereits kurz nach der Einbürgerung straffällig. Statistisch werden diese Personen dann aber als Schweizer erfasst. Damit hat man viele Ausländerprobleme einfach «eingebürgert». Die Einbürgerung sollte der letzte Schritt der Integration sein und darf nur bei korrektem Verhalten, eigener Existenzgrundlage und guter Kenntnis mindestens einer Landessprache erteilt werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinbürgerungen; Neuschweizer; Ausländerprobleme

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Masseneinbürgerungen der letzten Jahre

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 32

Aussagen-ID: 904**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Abbildung (Infografik): Der erste Balken steht für das Jahr 2013, darüber steht „8,1 Mio.“, davon sollen etwas mehr als 6 Millionen Schweizer sein (untere rote Hälfte). Der zweite Balken prognostiziert für das Jahr 2033 eine Gesamtbevölkerung von 10,5 Millionen, davon ebenfalls etwas mehr als 6 Millionen Schweizer. Der graue Teil des zweiten Balkens ist etwa doppelt so lang wie der des ersten. Der dritte Balken steht für das Jahr 2060 und prognostiziert eine Gesamtbevölkerung von 16,3 Millionen, davon nicht mehr als 8 Millionen Schweizer. Der graue Teil des dritten Balkens ist etwa gleich lang wie der rote.

Abbildung (Text): „Bald mehr Ausländer als Schweizer“, „Ohne Steuerung der Zuwanderung leben in weniger als 50 Jahren in der Schweiz über 16 Millionen Einwohner“, „mehr Ausländer als Schweizer“ und „Quelle: Bundesamt für Statistik – lineare Hochrechnung der masslosen Zuwanderung seit der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007“

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

hoher Ausländeranteil; ungesteuerte Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Statistik des BFS (Bundesamt für Statistik, Zitat unbekannt); lineare Hochrechnung 2013-2060 der masslosen Zuwanderung seit der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007; Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002; 2007**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 32**Aussagen-ID: 905****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich auch dort integrieren wollen. Heute verfolgt die Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Behörden sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Massnahmen und Angeboten – finanziert mit Steuergeldern – soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wir haben die absurde Situation einer immer lauter dröhnenden Integrationsindustrie. Ohne sich zu überlegen, dass Integration nur gelingen kann, wenn sie vom Zuwanderer selber ausgeht und von ihm gewollt wird, haben sich Sozialarbeiter, Therapeuten und Leiter von sinnlosen Gratis-Kursen der Integrationsförderung angenommen und leben gut davon.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderer; Ausländer; Integrationsindustrie

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 33**Aussagen-ID: 906****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Missstände im Zusammenhang mit der Zuwanderung bewegen auch die Stimmbürger. Dies hat dazu geführt, dass das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen hat. Deren konsequente Umsetzung wird die Hauptforderung der SVP in der Zuwanderungspolitik der nächsten Jahre sein. Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll die Zuwanderung wieder eigenständig mittels Kontingenten und Inländervorrang von der Schweiz kontrolliert werden. Die Initiative erlaubt eine massvolle Steuerung, die verkraftbar für die Wirtschaft und im Einklang mit der Souveränität der Kantone ist. Bundesrat und Parlament müssen diese innenpolitischen Massnahmen zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung nun unverzüglich annehmen.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (in Kraft: 2014)

Zeitrahmen: 2014; 2015

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 33

Aussagen-ID: 907

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Klare Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen sollen dafür sorgen, dass schon von Anfang an weniger Ausländer in die Schweiz einwandern, die nicht für sich selber aufkommen und nur vom Staat leben wollen. Dazu soll zum Beispiel der Grundsatz gelten, dass nur der Arbeitslosenentschädigung erhält, der mindestens zwei Jahre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Auch für den Erhalt von Fürsorgeleistungen sollen solche Fristen schweizweit vorgegeben werden. Beim Familiennachzug muss dafür gesorgt werden, dass nur jene Personen ihre Familien nachziehen dürfen, die auch für diese aufkommen können und über eine entsprechend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen. Mit einer solchen Senkung der Ansprüche an den Staat kann die Zuwanderung stark eingeschränkt werden, ohne dass der Wirtschaft wichtige Fachkräfte entzogen werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländer; Einwanderung ins Sozialsystem

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 33-34

Aussagen-ID: 908

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Grafik): Die Grafik zeigt das Gebiet der Schweiz als rote Fläche mit den entsprechenden Landesgrenzen. In der Mitte befindet sich ein weißes Kreuz. Das Land wird von den Wurzeln eines schwarzen Baums umrankt. Der Baum trägt rote Äpfel mit grünen Blättern. Darunter steht der Bildtext: „Masslosigkeit schadet! Masseneinwanderung stoppen: JA“ (die Worte „stoppen“ und „JA“ sind rot eingefärbt).

Abbildung (Text): „Masslosigkeit schadet!“, „Masseneinwanderung stoppen: JA“ und „Es gilt, den Verfassungsauftrag vom 9.2.2014 der Masseneinwanderungsinitiative endlich umzusetzen.“ + Parteilogo

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

abstrakt; Narrativ; Ereignis; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (in Kraft: 2014); Apfelbaum als biblisches Symbol der verbotenen Frucht

Zeitrahmen: abstrakt; 2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 33

Aussagen-ID: 909

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Sobald der innenpolitische Umsetzungsprozess abgeschlossen ist, hat der Bundesrat mit der EU über eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zu verhandeln. Sollte die EU nicht auf eine neue Regelung bei der Personenfreizügigkeit für das Nicht-EU-Land Schweiz eingehen, so ist das Freizügigkeitsabkommen zu kündigen. Die SVP hat für diesen Fall eine entsprechende Volksinitiative vorbereitet. Diese wird sie lancieren, wenn sich der Bundesrat und das Parlament weigern sollten, die neue Verfassungsbestimmung wirksam umzusetzen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Freizügigkeitsabkommen mit der EU

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 34

Aussagen-ID: 910

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Auch bei der illegalen Einwanderung und dem illegalen Aufenthalt muss die Schweiz endlich durchgreifen. Personen, die keine Aufenthaltsberechtigung haben und somit illegal anwesend sind – so genannte «Sans Papiers» – haben die Schweiz unverzüglich zu verlassen. Hierzu müssen die Ausländergesetze, die dies eigentlich klar regeln würden, strikt und konsequent angewendet werden. Neu eingeführte Regelungen, wonach illegal Anwesende Schulen besuchen und Lehren absolvieren dürfen, widersprechen jedem Gesetzesverständnis und benachteiligen jene Ausländer, die sich um einen regulären Aufenthalt in der Schweiz bemühen. Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen werden, müssen ausgewiesen werden. Um die illegale Einreise zu verunmöglichen, sind die Grenzkontrollen wieder einzuführen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

illegale Einwanderung; Sans Papiers

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 34

Aussagen-ID: 911

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Integration ist von den Zuwanderern einzufordern. Wer sich nicht integrieren will, tut dies auch dann nicht, wenn er einen Gratis-Kurs besuchen kann. Integration kann nur funktionieren, wenn der Zuwanderer sie will. Dies kann von jedem erwartet werden, der in ein fremdes Land einwandert. Auch Schweizer, die ins Ausland auswandern, müssen sich dort von sich aus integrieren, die Sprache und Gepflogenheiten lernen, sich an die Gesetze halten und für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen. In diesem Sinne ist klar: Integration ist hauptsächlich die Aufgabe jedes Zuwanderers und muss von diesem gefordert werden. Wer sich weigert, eine Schweizer Landessprache zu lernen, wer die Schweizer Gesetze missachtet oder nicht selber für seinen Lebensunterhalt aufkommt, hat die Schweiz zu verlassen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Zuwanderer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 34

Aussagen-ID: 912

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Nur wer sich erfolgreich integriert hat und eine Landessprache beherrscht, soll auch die Möglichkeit erhalten, sich einzubürgern. Die SVP verlangt, dass die Einbürgerung wiederum ein politischer Akt ohne Rekursmöglichkeit wird. So widersetzt sich die SVP auch jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung, insbesondere derjenigen von Ehegatten. Personen mit krimineller Vergangenheit oder Abhängigkeit vom Staat sollen nicht eingebürgert werden können. Damit Eingebürgerte nicht kurz nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kriminell werden, ist eine Einbürgerung auf Probe einzuführen. Erst wer über mehrere Jahre bewiesen hat, dass er sich an unsere Rechtsordnung hält, soll den Schweizer Pass endgültig erhalten.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Personen mit krimineller Vergangenheit; Erleichterung der Einbürgerung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 34

Aussagen-ID: 913

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

verlangt die sofortige und konsequente Umsetzung der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» hinsichtlich Kontingenten und Inländervorrang mit dem Ziel einer markanten Senkung der Zuwanderung;

fordert die Beschränkung des Familiennachzuges und der Sozialleistungen für Zuwanderer;

lanciert eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU für den Fall, dass die Umsetzung der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» von Bundesrat und Parlament hintertrieben wird;

fordert, dass sich alle an die hiesigen Regeln, Sitten und Gepflogenheiten halten;

bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrationsmassnahmen;

widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung;

bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;

fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Masseneinwanderung; Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (in Kraft: 2014); Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitrahmen: 2002; 2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 35

Aussagen-ID: 914

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

widersetzt sich jeglicher Form von Stimm- und Wahlrecht für Ausländer;

verlangt eine strikte und konsequente Anwendung der Ausländergesetze gegenüber illegalen Aufenthaltern und «Sans Papiers»;

fordert die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um die Einreise von illegalen Einwanderern zu verhindern.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Sans Papiers

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 35

Aussagen-ID: 915

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Chaos im Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge haben dazu geführt, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Gesuchen pro Einwohner. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und Unterbringungsproblemen führt, den Kampf an.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylchaos; Scheinflüchtlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

in den letzten Jahren

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 36

Aussagen-ID: 916

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Grafik): Bei der Abbildung handelt es sich um eine Grafik im Comicstil. Sie zeigt einen Mann, der von Willy, dem Wachhund-Maskottchen der SVP (einem Berner Sennenhund), zu Boden geworfen wird. Der überwältigte Mann hat einen schmerzverzerrten Gesichtsausdruck, trägt einen schwarzen Oberlippenbart und hat schwarze Haare. Darüber ist folgender Bildtext zu lesen: „WILLY MEINT: DEN SCHLEPPERN DASHANDWERK LEGEN!“

Abbildung (Text): „Willy meint: Den Schleppern das Handwerk legen!“

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Schlepper

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 36

Aussagen-ID: 917

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz hat seit je Menschen aufgenommen, die in ihrer Heimat verfolgt und an Leib und Leben bedroht waren. Unsere humanitäre Tradition ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch eine humanitäre Tradition zu haben und diese auch weiterführen zu wollen, heisst nicht, sich an der Nase herumführen zu lassen. Immer mehr Menschen kommen ohne Visum oder Aufenthaltsbewilligung in die Schweiz und versuchen, über den Asylweg hierbleiben zu können und von A bis Z vom Staat und somit vom Schweizer Steuerzahler zu leben.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Menschen ohne Visum oder Aufenthaltsbewilligung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

humanitäre Tradition; jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 37

Aussagen-ID: 918

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Dies schlägt sich in der Zahl der Asylgesuche nieder. Während diese in der Amtszeit von SVP-Bundesrat Christoph Blocher auf gut 10'000 Gesuche pro Jahr gesenkt werden konnte, hat sie sich bis heute wieder mehr als verdoppelt. Eine Senkung scheint in weite Ferne gerückt zu sein – da dies auch politisch von der zuständigen Bundesrätin nicht angestrebt wird. Betrachtet man einerseits die absoluten Gesuchszahlen sowie andererseits den Bezug zur Einwohnerzahl und zur Fläche des Landes, so gab es 2013 weltweit kein Land, das in allen drei Punkten mehr Asylgesuche zu verzeichnen hatte als die Schweiz. Dies, obwohl wir von sicheren Staaten umgeben sind, die gemäss Dublin-Abkommen Asylsuchende, die über ihr Land einreisen, registrieren und die entsprechenden Verfahren durchführen sollten.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylgesuche

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Symbol; Person

Amtszeit von SVP-Bundesrat Christoph Blocher; Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003; Schweiz: 2008)

Zeitraumen: 2004-2007; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 37

Aussagen-ID: 919

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die steigenden Asylzahlen haben auch mit den Schengen/Dublin-Abkommen zu tun, wonach die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren darf, da die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abgewehrt werden sollte. Doch heute geschieht im Mittelmeerraum genau das Gegenteil: Das angewandte Konzept hält kaum jemanden von einer Überfahrt ab und erleichtert und fördert vielmehr die illegale Einwanderung. Skrupellose Schlepper und Menschenhändler sind die Profiteure. In Europa angekommen, wird nur ein Teil der Zuwanderer registriert, womit Italien, aber auch Spanien und andere Mittelmeerländer klar gegen das Dublin-Abkommen verstossen. Die Migranten können so ungehindert und unregistriert nach Nordeuropa und in die Schweiz reisen, wo sie ihr erstes Asylgesuch stellen. Dadurch kosten die Assoziierungsabkommen von Schengen/Dublin nicht nur ein Vielfaches dessen, was dem Stimmbürger vor der Abstimmung versprochen wurde, auch die Wirkung ist verkehrt: Statt mehr Sicherheit und weniger Asylbewerber, bringen die Abkommen der Schweiz weniger Sicherheit, mehr illegale Einwanderung und Kriminalität.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

steigende Asylzahlen; Schlepper und Menschenhändler; Italien, Spanien und andere Mittelmeerländer; illegale Einwanderung und Kriminalität

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Assoziierungsabkommen (2008); Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003; Schweiz: 2008)

Zeitraumen: 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 37

Aussagen-ID: 920

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Hohe Kosten insbesondere in den Kantonen verursachen auch die Kriminalitätsbekämpfung und der Strafvollzug. Denn Asylbewerber verstossen um ein Vielfaches häufiger gegen die Schweizer Rechtsordnung, als dies Schweizer oder andere ansässige Ausländer tun. Während Personen im Asylbereich rund 0,6 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wurden im Schnitt der letzten 4 Jahre (2011 – 2014) 9 Prozent aller Verstösse gegen das Strafgesetzbuch von ihnen verübt. Wer dermassen gegen die Rechtsordnung eines Gaststaates verstösst, kann nicht wirklich an Leib und Leben bedroht sein, sonst würde er die sichere Zuflucht nicht mit kriminellem Verhalten aufs Spiel setzen. Renitente und straffällige Asylbewerber sind in geschlossene Zentren einzuweisen und rasch des Landes zu verweisen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche

Statistik 2011-2014 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 2011-2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 38

Aussagen-ID: 921

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Tatsache, dass die Asylgesuche und die Kosten für den Asylbereich unter Bundesrat Christoph Blocher markant gesenkt werden konnten, zeigt, dass mit einer konsequenten Asylpolitik und einer effizienten Umsetzung der bestehenden

Gesetzgebung viel erreicht werden kann. Hier liegt die Verantwortung klar beim zuständigen Bundesratsmitglied und dessen politischem Willen. Dieser ist bei der gegenwärtigen Departementsführung nicht gegeben. Anstatt die Probleme zu lösen, eilt man von Ankündigung zu Ankündigung und schiebt den Schwarzen Peter den Kantonen und Gemeinden zu. Diese müssen dann Unterbringungsfragen und Sicherheitsprobleme lösen, die es eigentlich gar nicht erst geben dürfte. Es muss zwingend auf Bundesebene dafür gesorgt werden, dass die Schweiz für Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten unattraktiv wird. Dazu sind einerseits Massnahmen nötig, damit diese erst gar nicht in die Schweiz kommen. Andererseits müssen bei den Verfahren und beim Vollzug weitreichende Massnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen werden, damit den wirklich Verfolgten rasch geholfen werden kann und Asylmissbraucher schnell wieder zurückgeschickt werden können.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten; Asylmissbraucher

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Datum/Epoche; Person

Amtszeit von SVP-Bundesrat Christoph Blocher

Zeitraumen: 2004-2007

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 38

Aussagen-ID: 922

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der effektivste und grundsätzlich einfachste Weg, die Probleme im Asylwesen zu lösen, wäre es, dafür zu sorgen, dass Scheinflüchtlinge gar nicht erst in die Schweiz kommen. Da die Kontrolle an der Schengen-Aussengrenze erwiesenermassen nicht funktioniert und sich einzelne EU-Staaten nicht an das Dublin-Abkommen halten, muss die Schweiz ihre Grenzen wieder selber systematisch kontrollieren. Das Grenzwachtkorps ist dabei mit modernen technischen Überwachungsmitteln auszurüsten und durch die kantonalen Polizeikorps zu unterstützen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinflüchtlinge

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Assoziierungsabkommen (2008); Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003; Schweiz: 2008)

Zeitraumen: 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 38

Aussagen-ID: 923

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt, aber auch die Beihilfe dazu sind konsequent zu verfolgen. Wer aus einem Staat in die Schweiz einreist, in dem er nicht verfolgt wird, sollte grundsätzlich kein Anrecht auf Asyl haben, da wirklich Verfolgte ja bereits in diesem Staat Schutz hätten finden müssen. Dieses Prinzip, auf welchem auch das Dublin-Abkommen basiert, muss endlich durchgesetzt werden. Bei Kriegsflüchtlingen sollte zudem die Hilfe vor Ort und in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld im Vordergrund stehen. Die Schweiz beteiligt sich hier an verschiedenen internationalen Initiativen, z.B. im Rahmen des Flüchtlingskommissariats der UNO (UNHCR).

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

illegale Einreise und illegaler Aufenthalt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003; Schweiz: 2008); Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention 1951/1967; in Schweiz in Kraft seit 1955)

Zeitraumen: 1955; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 38

Aussagen-ID: 924**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Doch es ist nicht nur bei der illegalen Einreise anzusetzen, es ist auch dafür zu sorgen, dass sich ein Asylgesuch in der Schweiz für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnt. Die Attraktivität des Schweizer Asylwesens muss daher markant gesenkt werden. Einerseits sind die Verfahren massiv zu verkürzen, indem die Rekursmöglichkeiten eingeschränkt werden, die heute dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Andererseits sind die Sozialleistungen zu senken, damit der Anreiz zur Erwerbstätigkeit für anerkannte Flüchtlinge ansteigt. Während des Verfahrens sollen die Asylbewerber in kontrollierten Zentren untergebracht werden und Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Wer ein laufendes Verfahren hat, muss auch für Befragungen zur Verfügung stehen. Dies kann mit einem kontrollierten Zentrum gewährleistet werden. Wer sich nicht an diese Regeln oder die Schweizer Rechtsordnung hält, soll für die Zeit des Verfahrens in einem geschlossenen Zentrum untergebracht werden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinflüchtlinge; Asylmissbrauch

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Unterbringung in geschlossenen, kontrollierten Zentren

Zeitrahmen: nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 39-40**Aussagen-ID: 925****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

setzt sich für ein Asylwesen ein, das Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten konsequent zurückschickt, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann;

fordert, dass sich der Bundesrat für die Durchsetzung des Dublin-Abkommens einsetzt und folglich Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, kein Asylverfahren mehr erhalten;

verlangt, dass abgewiesene Asylbewerber unverzüglich zurückgeschickt werden – wenn nötig mit Zwangsausstaffungen;

fordert nur noch erstinstanzliche Entscheide mit einer Rekursmöglichkeit statt des heutigen Verfahrens mit zahlreichen Rekursmöglichkeiten, die dem Missbrauch Tür und Tor öffnen;

akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange hätten verlassen müssen;

fordert die Senkung der Nothilfe für Personen mit abgelehntem Asylgesuch;

will, dass die Kontrollen an den Grenzen – namentlich zu Italien – intensiviert werden, um die illegale Einwanderung in den Griff zu bekommen;

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinasylanten; Wirtschaftsmigranten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Dublin-Abkommen (in Kraft: 1997/Dublin II: 2003; Schweiz: 2008)

Zeitrahmen: 2008**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 41**Aussagen-ID: 926****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Das bringt mir**als Bürger mehr Sicherheit;**als Steuerzahler weniger Scheinasylanten, die mir auf der Tasche liegen;**als Einwohner meiner Gemeinde weniger Probleme mit kriminellen Asylbewerbern;**als Staatsbürger die Fortsetzung der humanitären Tradition der Schweiz;**als echtem Flüchtling Gewähr, dass das System nicht durch Missbräuche belastet wird.***Distinktionsmerkmale:**

diskriminierend; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Scheinasylanten; kriminellen Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

humanitäre Tradition der Schweiz

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 41

Aussagen-ID: 927

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit einer hohen Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug ist endlich durchzusetzen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Öffnung der Grenzen; Schengen-Abkommen; Kriminalität; Kriminelle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Schengen-Vertrag 2008

Zeitrahmen: vage; 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 42

Aussagen-ID: 928

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Ausländerkriminalität steigt stetig an. Am 28. November 2010 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und eine Mehrheit der Kantone der Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Anstatt den Volkswillen rasch und konsequent umzusetzen, legt das Parlament viereinhalb Jahre nach der Abstimmung eine Umsetzungsvariante vor, die sich am abgelehnten und untauglichen Gegenentwurf zur Volksinitiative orientierte. Tausende von ausländischen Straftätern konnten deshalb seit Annahme der Initiative nicht ausgeschafft oder mit einem Einreiseverbot belegt werden. Die SVP sah sich gezwungen, im Dezember 2012 eine Durchsetzungsinitiative einzureichen, damit die Classe politique in Bern endlich handelt. Bisher wird nur laviert und verzögert. Das Volk wird auch hier erneut den Weg weisen müssen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Ausländerkriminalität; kriminelle Ausländer; ausländische Straftäter; Classe politique

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Ausschaffungsinitiative (in Kraft: 2010); Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016)

Zeitrahmen: 2010; 2012

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 43

Aussagen-ID: 929

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das revidierte Strafgesetzbuch sieht drei Arten von Strafen bei Verbrechen oder Vergehen vor: Freiheitsstrafe, Geldstrafe und gemeinnützige Arbeit. Jede dieser Strafen kann bedingt oder teilbedingt ausgesprochen werden. Mit der Revision des Strafgesetzbuches wurden Geldstrafen und, bei Zustimmung der Täter, gemeinnützige Arbeit eingeführt, welche die bis dahin ausgesprochenen kurzen Freiheitsstrafen ablösen sollten. Die Gesetzesrevision hat dazu geführt, dass Täter die Sanktionen nicht spüren, da diese bedingt ausgesprochen werden können. Vom Drogendealer über den Dieb bis zum Gewalttäter werden Kriminelle nach einer kurzen Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuss gesetzt, der unbescholtene Bürger hingegen wird zum Beispiel mit Bussen im Strassenverkehr richtiggehend geschröpft.

Distinktionsmerkmale: exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Revision des Strafgesetzbuches; Drogendealer; Diebe; Gewalttäter; Kriminelle

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (in Kraft 2007)

Zeitraumen: 2007

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 43

Aussagen-ID: 930

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unser Strafrechtswesen krankt heute in verschiedenen Bereichen. Zum einen werden – vor allem bei Gewaltdelikten – zu milde Strafen ausgesprochen. Viele Richter schöpfen das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile und der lasche Vollzug sorgen dafür, dass die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. Ein weiteres Problem sind die teilweise viel zu langen Verfahren. Unser Strafrecht ist mittlerweile schwergewichtig darauf ausgerichtet, für Täter eine entgegenkommende und hilfebietende Sanktion zu finden, welche die Therapiewirkung höher gewichtet als den Straf- und Abschreckungscharakter. Dabei geht – gerade bei Gewaltdelikten – das Opfer vergessen. Auch im Bereich Jugendstrafrecht sind Verschärfungen angezeigt. Dass 17-jährige Straftäter erheblich mildere Strafen und Sanktionen erfahren, hat sich in organisierten Verbrecherkreisen herumgesprochen, weshalb vermehrt Kinder für die Verübung von Straftaten rekrutiert werden.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

milde Strafen; milde Urteile und lascher Vollzug; organisierte Verbrecherkreise

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Strafrechtswesen; Strafrecht; Jugendstrafrecht

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 43

Aussagen-ID: 931

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Abkommen von Schengen will den freien Reiseverkehr durch die Aufhebung der systematischen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen fördern. Offene Grenzen bedeuten jedoch auch offene Wege für Kriminaltouristen und illegale Einwanderung. Ausländische Diebesbanden veranstalten regelrechte Raubzüge durch unser Land. 2013 waren 75% der 10'982 für Diebstahl verurteilten Straftäter Ausländer. Nur jeder fünfte dieser Ausländer hat einen festen Wohnsitz in der Schweiz bzw. eine B- oder C-Niederlassung. Zudem hat die Schweiz mit Schengen ihre Selbständigkeit bei der Ausstellung von Visa aufgegeben. Probleme bestehen auch an der Schengen-Aussengrenze. Diese ist so löchrig wie ein Sieb.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schengen-Abkommen; offene Grenzen; Kriminaltouristen und illegale Einwanderung; ausländische Diebesbanden

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Vertrag 2008; Statistik 2013 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: 2008; 2013

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 43

Aussagen-ID: 932

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Mit der Durchsetzungsinitiative hat die SVP gezeigt, wie die Ausschaffungsinitiative umzusetzen ist. Dass die SVP überhaupt dazu genötigt wurde, zeigt, wie respektlos mit Volksentscheiden umgegangen wird. Die Durchsetzungsinitiative führt zwei Deliktsarten auf: Wer ein schweres Delikt begeht (z.B. vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Raub,

Menschenhandel, Vergewaltigung usw.), wird des Landes verwiesen. Wer ein minderschweres Delikt begeht (z.B. Freiheitsberaubung, Brandstiftung, Gewalt und Drohung gegen Beamte usw.), wird des Landes verwiesen, sofern er bereits vorbestraft war. Dieser Umsetzungsvorschlag ist verhältnismässig und hätte längst umgesetzt werden sollen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Ausschaffungsinitiative (in Kraft: 2010); Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016)

Zeitrahmen: 2010; 2012

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 44

Aussagen-ID: 933

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen, insbesondere auch in Fällen, wo Polizisten oder Beamte angegriffen werden. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Um den Handlungsspielraum des Richters einzuschränken, sind deshalb vermehrt Mindeststrafen angezeigt. Das Jugendstrafrecht, das auf minderjährige Täter Anwendung findet, muss dringend verschärft werden. Der Justiz muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei minderjährigen Tätern das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Zudem ist wegzukommen vom teuren, therapielastigen Vollzug. Die Haft soll kein Wellnesaufenthalt sein.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

minderjährige Täter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Strafrecht; Jugendstrafrecht

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 44

Aussagen-ID: 934

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Schweiz muss die Grenzen wieder so kontrollieren, wie sie es vor dem Beitritt zu Schengen getan hat. Ein Land, das seine Grenzen unkontrolliert öffnet, vergibt ein wesentliches Element seiner Souveränität. Ein System von offenen Grenzen von Polen bis Portugal und von Rumänien bis Belgien bringt der Schweiz Nachteile bei der Sicherheit. Dass eine lückenlose Kontrolle der Grenze nicht möglich ist, ist unbestritten. Es hat jedoch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung, wenn bei jedem Grenzübertritt mit einer Kontrolle gerechnet werden muss. Es erstaunt nicht, dass Delikte von Kriminaltouristen an den Grenzen und in Dörfern und Städten entlang der Autobahnen verübt werden. Bereits kurze Zeit nach dem Delikt sind die Täter wieder ausser Landes. Auch über die Vergabe von Visa muss die Schweiz wieder eigenständig entscheiden und Schengen-Visa nicht blind akzeptieren.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Kriminaltouristen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Vertrag 2008

Zeitrahmen: 2008

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 44

Aussagen-ID: 935**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

*fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
fordert die konsequente Umsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer. Die SVP hat mit der Durchsetzungsinitiative einen tauglichen Weg aufgezeigt;
fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
verlangt die Wiedereinführung von unbedingten Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten;
fordert die Abschaffung bedingter Geldstrafen;
verlangt, dass Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt werden können. Wer sich weigert, hat eine doppelt so lange Freiheitsstrafe zu verbüssen;
fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten effektiv verhindert werden können;*

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

krimineller Ausländer; Gewaltstraftäter

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016)

Zeitraumen: 2012**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 45**Aussagen-ID: 936****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

*unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;
fordert ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum;
verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Doppelbürgerschaften sowie ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird;
fordert griffige Massnahmen gegen den Kriminaltourismus, insbesondere an den Grenzen;
verlangt, dass die Schweiz wieder Grenzkontrollen einführt und den Schengen-Austritt anstrebt.*

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: Kriminaltourismus**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

Narrativ; Ereignis; Symbol

Schengen-Vertrag 2008

Zeitraumen: 2008**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 45**Aussagen-ID: 937****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die Schweiz verteidigt mit ihrer Milizarmee Land und Leute vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende bewaffnete Neutralität hat unserem Land Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern Leib und Leben, das Eigentum, den Lebensraum, aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. Ein Land, das nicht selber für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist auch nicht mehr souverän. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

gewalttätige Gefahr von außen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Symbol

Neutralität 1815-1999 (Wiener Kongress/Vertrag von Paris vom 20. November 1815/Bundesvertrag von 1815 und Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 und 1999/Artikel 173 und 185 der Bundesverfassung)

Zeitrahmen: 1815-1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 47

Aussagen-ID: 938

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unsere Transitachsen bleiben angesichts des Machtkampfs um Ressourcen und Verkehrswege im Mittelpunkt unserer strategischen Interessen. Religiös motivierte Gewalt und Terror – mit dem radikalen Islamismus sichtbar geworden – besetzen nicht nur Räume, sondern, via Internet, auch Köpfe. Es besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder mögliche Cyber-Angriffe. Das haben verschiedene Ereignisse, auch im direkten Umfeld der Schweiz, eindrücklich gezeigt. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel von denkbaren Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen und Terroranschläge jederzeit möglich. Die Schweiz als Land mit grossem Wohlstand, Wasserschloss Europas, Drehscheibe für den internationalen Rohstoffhandel und wichtiger Finanzplatz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

religiös motivierte Gewalt und Terror; radikaler Islamismus

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 47-48

Aussagen-ID: 939

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Sicherheit von Land und Leuten zu garantieren, ist eine Kernaufgabe des Staates. Darum braucht es eine starke und schlagkräftige Armee mit einem konkreten Auftrag, verbindlichen Zielen und einer realitätsbezogenen Strategie. In den 1990er-Jahren geriet unsere Armee durch unbrauchbare Reformen wie «Armee 95», «Armee XXI» und «Entwicklungsschritt 08/11» in einen besorgniserregenden Zustand und entfernte sich weit von jeder Einsatzbereitschaft. Mit dem Amtsantritt von SVP-Bundesrat Ueli Maurer und gezielten Massnahmen zur Behebung der Mängel wurde die Trendwende eingeläutet. Die Armee muss wieder jederzeit ihre Funktionen erfüllen können. Dazu muss sie innert weniger Tage aufgebildet werden können und über eine zu definierende Dauer rund um die Uhr einsatzfähig sein.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

1990er-Jahre; Armee reformen Armee 95 (1995-2003); Armee XXI (2003 Referendum); Entwicklungsschritt 08/11

(abgelehnt 2006); SVP-Bundesrat Ueli Maurer

Zeitrahmen: vage; 1995-2003; 2006

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 48

Aussagen-ID: 940

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Armee hat den verhängnisvollen Pfad der Internationalisierung zu verlassen und hat im Ausland nichts verloren. Die Auslandsätze wie derjenige im Kosovo (KFOR-Einsatz) sind zu beenden. Unsere Armee darf weder in die NATO geführt noch in die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU integriert werden. Zudem sind Tendenzen zur weiteren Verkleinerung der Armee und zum schleichenden Umbau in ein Berufsheer zu stoppen. Führungsstrukturen und aufgeblähte Stäbe müssen weiter und spürbar gestrafft werden. Zu einer schlagkräftigen Armee gehört auch eine gut ausgerüstete Luftwaffe, die in der Lage ist, Gefährdungen in der Luft abzuwehren. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Erneuerung der Luftwaffe rechtzeitig an die Hand genommen wird.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Internationalisierung der Armee; NATO-Beitritt; EU-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

KFOR-Einsatz seit 1999 (SWISSCOY); EU-Beitritts-gesuch 1992

Zeitraumen: 1992; 1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 48

Aussagen-ID: 941

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

verlangt die Beendigung von bewaffneten Auslandseinsätzen wie demjenigen im Kosovo (KFOR-Einsatz);

steht für eine bündnisfreie Schweiz und keine weitere Einbindung in die NATO ein;

steht ein für die sofortige Aufhebung der gesetzwidrigen Trennung von Ausbildungs- und Einsatzverantwortung;

fordert eine ausgewogene Präsenz der Armee in allen Regionen;

setzt sich für den Erhalt der Patrouille Suisse als stolzes Zeichen des Könnens unserer Armee ein;

verlangt die Beendigung der Ausgrenzung und des Schikanierens von Schützen, Jägern und Sammlern historischer Waffen und des

Schiesswesens allgemein. Die SVP setzt sich ein für den Erhalt einer eigenständigen, liberalen Waffengesetzgebung.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

NATO-Beitritt

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

KFOR-Einsatz seit 1999 (SWISSCOY); historische Waffen/liberale Waffengesetzgebung

Zeitraumen: vage; 1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 49

Aussagen-ID: 942

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Im Zentrum stehen das Wohl des Kindes und seine ganzheitliche Entwicklung zu einer sich selbst und gegenüber anderen verantwortlichen Person.

Die SVP unterstützt ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen. Die Schule ist

konsequent auf die Praxis auszurichten, indem auf die Förderung von Kopf, Herz und Hand gesetzt wird. Die Qualität hängt weniger vom Einsatz öffentlicher Finanzen ab als von starken Lehrerpersönlichkeiten, die bereit und frei sind zu führen. Das duale Bildungssystem ist unbedingt zu erhalten und zu stärken.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein**Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:**

vage

das duale Bildungssystem (betriebliche Lehre und öffentliche Berufsfachschule; Berufsbildungsgesetz/BBG; Artikel 63 der Bundesverfassung, 1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 50

Aussagen-ID: 943

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Bildungswesen hat sich an der Praxis der Arbeitswelt auszurichten. Wenn es mehr Ärzte, Ingenieure und technische Berufsleute braucht, sind diese in der Schweiz auszubilden. Wenn die Unternehmer und weiterführenden Schulen die fehlenden Grundkenntnisse der Schulabgänger bemängeln, muss sich die Volksschule wieder auf Mathematik, lokale Landessprache und Naturwissenschaften konzentrieren und dafür auf zwei Fremdsprachen in der Primarschule,

ideologischen Gender- und Sexualkundeunterricht und wirtschaftsfeindlichen Ökologie- und Konsumentenschutzunterricht verzichten. Alle Reformexperimente der letzten Jahre – Bologna, HarmoS, Lehrplan 21, integrativer Unterricht, Teamteaching, Kompetenzorientierung usw. – haben anstatt grösserer Praxisorientierung mehr Bürokratie, mehr Zentralismus, Akademisierung und Therapeutisierung gebracht und zu einer massiven Verteuerung des Bildungssystems ohne entsprechenden Nutzen geführt.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

ideologischen Gender- und Sexualkundeunterricht; wirtschaftsfeindlichen Ökologie- und Konsumentenschutzunterricht; Bürokratie; Zentralismus; Akademisierung; Therapeutisierung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Bologna-Prozess (seit 1999), HarmoS-Konkordat (in Kraft: 2009), Lehrplan 21 (seit 2014); integrativer Unterricht (Behindertengleichstellungsgesetz von 2002; Sonderpädagogik-Konkordat 2007)

Zeitrahmen: vage; 1999; 2009; 2014

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 51

Aussagen-ID: 944

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Es ist stossend, wenn der Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanziert, die nach dem Studium unser Land verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines anderen Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren zu erheben. Eine erneute vollständige Assoziierung an die milliardenteuren EU-Bildungsprogramme braucht die Schweiz nicht, weil damit viel Bürokratie und verschwenderischer Leerlauf verbunden sind. Ein Studentenaustausch ist auch ohne teure EU-Programme weltweit und direkt zwischen den Universitäten möglich.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

teure EU-Bildungsprogramme; Bürokratie und verschwenderischer Leerlauf

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 52

Aussagen-ID: 945

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass für Frauen wie für Männer das gleiche Rentenalter von 65 Jahren gilt. Bei der beruflichen Vorsorge befürwortet die SVP die Entpolitisierung von technischen Grössen wie etwa dem Mindestumwandlungs- oder dem Mindestzinssatz, damit hier den effektiven Gegebenheiten Rechnung getragen wird.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 56

Aussagen-ID: 946

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Weiter müssen bei der IV die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Gewisse Nationalitäten (Balkanstaaten, Türkei) sind überdurchschnittlich häufig IV-Empfänger. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine

bessere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um dem Missbrauch und den Fehldiagnosen vorzubeugen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Balkanstaaten, Türkei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

[Invalidenversicherung (IV; in Kraft 1959)]

Zeitraumen: vage; 1959

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 56

Aussagen-ID: 947

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind als Empfehlungen oder als unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe zu betrachten und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Denn die SKOS rechnet ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden hält, dessen Leistungen müssten spürbar reduziert werden können. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten und stattdessen das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken, da nur so für den konkreten Einzelfall eine angemessene, günstige und zugleich würdige Hilfe möglich ist.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 56

Aussagen-ID: 948

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Abbildung (Infografik): Ein Balkendiagramm zeigt auf der x-Achse den „Ausländeranteil“ und auf der y-Achse eine Skala von 0 bis 50. Der erste Balken (gelb) stellt den „Ausländeranteil“ an der Bevölkerung im Jahr 2013 dar und beträgt 23,8%. Der zweite Balken (hellrot) stellt den „Ausländeranteil“ an den Arbeitslosen im Februar 2015 dar und liegt bei 48,8%. Der dritte Balken (dunkelrot) stellt den „Ausländeranteil“ an den „IV-Rentnern“ für das Jahr 2013 dar und beträgt 30,6%. Der vierte und letzte Balken (weinrot) zeigt den „Ausländeranteil“ bei den Sozialhilfeempfängern für das Jahr 2013 und liegt bei 46,7%. Abbildung (Text): „Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)“ und „Quellen: BFS/Seco/Sozialhilfestatistik 2014, BSV“

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung: Ausländer

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

Statistiken 2014 (BFS/Seco/Sozialhilfestatistik 2014, BSV); Zahlen zu 2015 (Quelle unbekannt)

Zeitraumen: vage; 2013-2015

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 56

Aussagen-ID: 949

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Von 2014 bis 2018 ist gemäss Finanzplan im Bundesamt für Gesundheit (BAG) ein Ausgabenwachstum von 418

Millionen Franken auf insgesamt 3,1 Milliarden Franken zu verzeichnen. Begründet wird dies unter anderem mit der generellen Präventionstätigkeit des BAG. Die Gesundheitsfunktionäre und selbsternannten Experten des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fließt in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gesundheitsfunktionäre und selbsternannten Experten des Bundesamt für Gesundheit (BAG); zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ

Statistik 2014-2018 (Bundesamt für Gesundheit)

Zeitraumen: vage; 2014-2018

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 59

Aussagen-ID: 950

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

verlangt eine Entschlackung des Leistungskataloges in der Grundversicherung und die Gestaltung des Leistungskataloges in Form einer Positivliste. Geschlechtsumwandlungen, Schönheitsoperationen usw. dürfen nicht auf die Allgemeinheit übergewälzt werden;

setzt sich dafür ein, dass die Palliative Care als ganzheitliches Betreuungskonzept für Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder chronisch fortschreitenden Krankheiten im Gesundheitswesen offiziell verankert wird;

wehrt sich gegen absurde und teure Selbstbefriedigungs-Kampagnen unter dem Deckmantel der Prävention und setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger;

verlangt, dass rechtswidrig in der Schweiz lebende Personen (Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber) keinen Anspruch mehr auf eine obligatorische Krankenversicherung haben;

fordert, dass die Akademisierung der Pflegeberufe rückgängig gemacht wird und dem Pflegenotstand in der Schweiz durch mehr Ausbildungsplätze begegnet wird;

lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Sans-Papiers und abgewiesene Asylbewerber

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 61

Aussagen-ID: 951

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz noch über 243'000 Landwirtschaftsbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2013 gerade noch 55'000. Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Dazu gehören die Sicherung und der Erhalt der Produktionsgrundlagen sowie die Produktion von gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln. Die Bauern sind jedoch aufgrund der aktuellen Agrarpolitik immer weniger in der Lage, dem Verfassungsauftrag auch nachzukommen: So ging in den letzten Jahren viel Landwirtschaftsfläche verloren, und viele Landwirtschaftsbetriebe mussten aufgrund des sinkenden Einkommens aufgeben. Der Erhalt eines möglichst hohen Selbstversorgungsgrades, aber auch die Bewirtschaftung und Pflege der Kulturlandschaft sind damit in Frage gestellt.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Perennialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Bauernsterben

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

vor 100 Jahren; Statistik 1990-2013 (Quelle unbekannt); Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 1990-2013

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 63

Aussagen-ID: 952

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unsere produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für die Erhaltung einer vielfältigen und gut strukturierten Kulturlandschaft. Das ist ökologisch sinnvoller, als wenn die Landwirtschaftsprodukte über Kontinente hinweg transportiert werden. Mit der aktuellen Agrarpolitik hat die Schweiz jedoch genau den gegenteiligen Weg eingeschlagen, das heisst, die extensive Landwirtschaft wird auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft gefördert. Wir tun damit also genau das, was wir eigentlich nicht tun sollten: Erstens importieren wir immer mehr Lebensmittel zweifelhafter Herkunft, wobei wir zweitens auch unsere Abhängigkeit vom Ausland erhöhen. Zudem fällt immer mehr wertvolles Landwirtschaftsland der Verwaltung und der Renaturierung von Gewässern zum Opfer. Auch durch die hohe Zuwanderung wächst die Siedlungsfläche zulasten des Kulturlandes.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Abhängigkeit vom Ausland; Verwaltung und der Renaturierung; hohe Zuwanderung

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 64

Aussagen-ID: 953

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Das Raumplanungsgesetz ist darauf auszurichten, dass unternehmerische Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können. Die SVP setzt sich dafür ein, dass bestehende Gebäude ausserhalb der Bauzone vollumfänglich und möglichst flexibel genutzt und umgenutzt werden können. Damit wird Kulturland geschützt, das Landschaftsbild erhalten und Wertschöpfung im ländlichen Raum sichergestellt. Die SVP steht zu einem sparsamen Umgang mit Landwirtschaftsland.

Distinktionsmerkmale:

territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Symbol

Landschaftsbild

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 64

Aussagen-ID: 954

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unser Leben ist von der Umwelt geprägt. Eine gesunde Umwelt bildet eine unverzichtbare Grundlage für Wohlbefinden und Lebensqualität heute und in Zukunft. Die SVP ist von ihrer bäuerlichen Herkunft her stark in der Natur verwurzelt. Der Umwelt ist Sorge zu tragen. Dazu ist eine gesamtheitliche, praxisorientierte und bürgernahe Politik zu verfolgen, die sich nicht von grünem Fundamentalismus und staatlichem Zwang leiten lässt. Mass halten ist auch hier ein guter Rat.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; Essentialismus; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

grünem Fundamentalismus und staatlichem Zwang

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: vage

bäuerlichen Herkunft

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 74

Aussagen-ID: 955**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP**setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten) und lehnt eine staatliche Mediensteuer ab;**verlangt eine enge Definition des Service public in Radio und Fernsehen. Damit soll ein Grundangebot namentlich im Bereich der Information in den vier Landessprachen sichergestellt werden;**verlangt, dass gebührenfinanzierte Fernsehsendungen in der Schweiz produziert und die Gebührengelder in der Schweiz investiert werden;**fordert eine massive Senkung der Empfangsgebühren, eine Abkehr vom Splitting-Modell (Gebührenausschüttung an SRG und private Sender) und die Festlegung der Gebühren durch das Parlament;**verlangt umfassende Transparenz und Offenlegung der SRG-Rechnung, aufgeteilt nach Sender, Sparte, Verwaltung, Events, Marketing, Lobbying usw.;**unterstützt ein Verbot von SRG-Meinungsumfragen zu Wahlen und Abstimmungen;**lehnt Werbeverbote ab. Alle Produkte, die legal erhältlich sind, sollen beworben werden dürfen.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

SRG-Meinungsumfragen (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft)

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

nein

Abstimmung „Verbot von Meinungsumfragen zu Wahlen und Abstimmungen für Radio und Fernsehen“ (2009/2011; 2014/2015)

Zeitraumen: nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 81**Aussagen-ID: 956****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die sportliche Betätigung erlaubt Jung und Alt eine sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung. Während die Linken über die mangelnde Integration ausländischer Jugendlicher jammern, setzen sich zahlreiche SVP-Mitglieder und Sympathisanten als Trainer und Vereinsverantwortliche im Einzel- und Mannschaftssport genau für deren Integration aktiv ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen sowie im Team Erfolg zu haben. Der Sport bildet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und wertvolle Lebensschule; er fördert Leistungs- und Durchhaltewillen und bringt manche Jugendliche von der Strasse weg. Damit sinkt ihr Risiko, in die Drogensucht oder gar in die Kriminalität abzuleiten.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

die Linken;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitraumen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 83**Aussagen-ID: 957****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Kultur ist der facettenreiche Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Der Antrieb für kulturelle Aktivitäten kommt seit je von Menschen. Kultur ist damit vorab Ausdruck privater Initiative. Staatlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem Zeitgeist und den persönlichen Präferenzen der Kulturbürokraten huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik darf darum das private Angebot höchstens ergänzen und soll föderal ausgestaltet sein.***Distinktionsmerkmale:**

inklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Kulturbürokraten

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein
Zeitrahmen: nein
Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019
Seite: 86

Aussagen-ID: 958

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht die gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Kulturpolitik führt oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur unterstützen, die ihnen politisch am besten passt. Damit steigt die Gefahr, dass es zu Begünstigung und Mauscheleien kommt. Oder aber die Kulturpolitik wird zur Förderung mit der Giesskanne. So oder so ist Kultur Geschmacksache. Hier hat der Staat kaum etwas verloren.

Distinktionsmerkmale:

kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatskultur; Mauscheleien

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Staatskultur vs. Volkskultur

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 87

Aussagen-ID: 959

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die neue Kulturbotschaft, welche die Leitlinien für die Kulturpolitik des Bundes zwischen 2016 und 2019 vorgibt, zeigt auf, in welche zentralistische und staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes weiterbewegen soll. Die Bundesausgaben sollen auf über 1 Milliarde Franken wachsen. Dieses Wachstum fördert die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat, schafft Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig, durch Eigeninitiative und Leidenschaft getrieben eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Der Bund strebt neu sogar eine «nationale Kulturpolitik» an. Er will auch die Inhalte der städtischen und kantonalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen und der Förderpolitik aller Ebenen «Konturen» verleihen. Dies bedeutet aber eine stetige Vereinheitlichung und zentrale Einflussnahme auf die föderalistische Kulturförderung.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

zentralistische und staatsgläubige Richtung der Kulturförderung; nationale Kulturpolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitrahmen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 87

Aussagen-ID: 960

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Kulturbürokraten des Bundes streben inzwischen sogar den Anschluss an das EU-Bürokratiemonster «Kreatives Europa» an. Dieses Programm ist ein milliardenteures Prestigeprojekt der Brüsseler Bürokratie. Damit sollen europaweit 250'000 Kulturschaffende, 2'000 Kinos, 800 Filme und 4'500 Buchübersetzungen finanziell unterstützt werden. Diese zentralistische Förderpolitik ist der Gipfel der Staatskultur. Der Bürger wird schlussendlich für diese Begehrlichkeiten zur Kasse gebeten, dürfte aber kaum von zusätzlichen kulturellen Angeboten profitieren. Längst hat sich die Kulturbürokratie selbstständig. Auf Publikum ist sie nicht mehr angewiesen.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Kulturbürokraten; Anschluss an das EU-Bürokratiemonster; Brüsseler Bürokratie; Staatskultur

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

(Anschluss an) Kreatives Europa (Verordnung 2013/Abkommen 2004)

Zeitraumen: 2013

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 87-88

Aussagen-ID: 961

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Stattdessen sind privates Mäzenatentum oder Sponsoring besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Vielfalt, Wettbewerb, Eigeninitiative und Leidenschaft sind die Werte, von denen die Kultur lebt. Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbeizieht, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Die Staatskultur verzerrt diesen Wettbewerb und fördert politisch und ideologisch motivierte Projekte. So wird heute unsere Volkskultur kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen Einsatz und vom Beitrag von Einzelnen, Vereinen oder

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Staatskultur; politisch und ideologisch motivierte Projekte

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Staatskultur vs. Volkskultur

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 88

Aussagen-ID: 962

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Leistungsbereitschaft und Freude gelten dort gemeinhin als zusammengehörende Elemente, also genau das, was die Gesellschaft heute braucht. Laientheater, Laienorchester, Gesangsvereine, Musikverbände, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken und Rockbands: Sie alle streben weniger nach dem Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas gemeinsam mit Herzblut zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Diese Form der Kultur braucht auch keine Subventionen, dafür umso mehr Anerkennung und eine faire Ausgangslage. Dies ist auch der Kern unserer Milizkultur. Nicht umsonst gelten die weltweit fast einzigartigen und vielseitigen Vereine der Schweiz als Schulen der Demokratie dank Eigen- und Gemeinschaftsverantwortung unter demokratischer Teilhabe. Dies gilt es zu

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken; Milizkultur

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 88

Aussagen-ID: 963

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

verlangt in der Kulturpolitik die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, denn der Bund darf nur ergänzend zu den Gemeinden und Kantonen tätig sein;

will, dass sich die Kulturpolitik auf Bundesebene strikt auf die Kernaufgaben beschränkt;

tritt dafür ein, dass die fehlgeleitete, auf mehrere Departemente verteilte Kulturbürokratie gemäss Verfassungsauftrag gestrafft wird. Das Einsparpotential im Bereich einer halben Milliarde Franken Steuergelder pro Jahr für teilweise

fragwürdige Kulturförderung ist zu nutzen;

fordert die Beendigung der Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip;

lehnt eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik im Rahmen einer «nationalen Kulturpolitik» ab;

fordert die gezielte Förderung und massive steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;

Distinktionsmerkmale: inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Gesellschaftsvertrag/Willensbekundung

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Kulturbürokratie; nationale Kulturpolitik

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitraumen: 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 89

Aussagen-ID: 964

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

steht für die Volkskultur in Vereinen und privaten Strukturen ein, die nicht vom Staat abhängig ist, sondern aus Eigeninitiative in Eigenverantwortung lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger schafft; verlangt, dass die heimische traditionelle Kultur gegenüber internationalen und bürgerfernen Prestigekulturprojekten bevorzugt wird;

wehrt sich gegen die geldverschwenderische, bürger- und wirtschaftsferne Teilnahme an EU-Kulturprogrammen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

internationale und bürgerferne Prestigekulturprojekte; EU-Kulturprogrammen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Volkskultur (lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger); heimische traditionelle Kultur

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 88

Aussagen-ID: 965

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Diese ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen, und unsere Landeshymne hat die Form eines Gebets. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: nein

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

christlich-abendländischen Kultur; Schweizer Landeshymne (Schweizerpsalm; provisorisch ab 1961/offiziell seit 1981); Schweizer

Bundesfahne (Bundesverfassung 1848/1874/1999)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 1961/1981

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 90

Aussagen-ID: 966

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die Trennung von Kirche und Staat soll nicht verschleiern, dass ein durch den christlichen Glauben geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und auch leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische

Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Verlust dieser Wurzeln

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; abstrakt; Datum/Epoche; Symbol

(christliche) Wurzeln; christliches Menschenbild; Antike; protestantische Arbeitsethik; katholischer Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums; christlich-abendländische Grundlagen; Schöpfung

Zeitrahmen: vage; abstrakt

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 91

Aussagen-ID: 967

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies darf uns indes nicht daran hindern, gewisse Entwicklungen kritisch zu begleiten. Es gibt heute das Denktabu, den Islam genauer und auch differenziert kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben weit über 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistisch-extremem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen sind ein nicht zu unterschätzendes Problem. Es gibt auch bei uns Personen und Gruppen, die mit einem radikalen Islam sympathisieren. Gleichzeitig werden Forderungen islamischer Gemeinschaften laut, als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt zu werden oder ihre Geistlichen an unseren Universitäten ausbilden zu lassen. Diesen Herausforderungen sowie der Forderung nach rechtlicher Sonderbehandlung darf nicht kritiklos und blauäugig begegnet werden.

Distinktionsmerkmale:

diskriminierend; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Attribute/Prädikate; Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Denktabus; radikaler Islam; islamistisch-extremem Gedankengut; Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

das christliche Erbe

Zeitrahmen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 91

Aussagen-ID: 968

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Unsere nicht nur geistigen, sondern auch historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten bleiben und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen wesentlichen Beitrag zu einer sozialen Schweiz. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Diese Toleranz findet aber da ihre Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar bekämpfen.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Perennialismus; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

positive Wir-Gruppe; negative Sie-Gruppe; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung: Religionsgemeinschaften, die Toleranz verachten oder gar bekämpfen

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: vage; Narrativ; Symbol

historische und kulturelle Wurzeln; Bundesverfassung (1848/1874/1999)

Zeitrahmen: vage; 1848/1874/1999

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 92

Aussagen-ID: 969**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls zur Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmord», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hiezulande absolut inakzeptabel. Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch von Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeder auch noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem; Scharia;

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

Scharia (Koran/Sunna)

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 92**Aussagen-ID: 970****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur; fordert, dass beispielsweise Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden; lehnt jegliches religiös motivierte Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht; fordert ein Verbot der Verschleierung bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern oder in Lehrberufen; lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab; widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie:

negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

religiös motivierte Sonderrechte; Verschleierung; besondere Grabregeln; Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage; Narrativ; Symbol

christlich-abendländische Kultur; das Kreuz

Zeitraumen: vage**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 93**Aussagen-ID: 971****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, namentlich auch den Sport- und Schwimmunterricht; verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots; will, dass Schweizer Bürger, die im Ausland als Terroristen oder Dschihadisten aktiv gewesen sind, bei der Rückkehr in der Schweiz hart bestraft werden; fordert, dass Ausländer oder Schweizer Doppelbürger, welche als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind, ihren Aufenthaltsstatus bzw. die Schweizer Staatsbürgerschaft per sofort verlieren und ausgewiesen werden; lehnt die Anerkennung nicht westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; Essentialismus; territorialer Bezug; kultureller Bezug; religiöser Bezug

Rhetorische Strategie: negative Sie-Gruppe; Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Minarett; Terroristen oder Dschihadisten; Anerkennung nicht westlicher Religionsgemeinschaften

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Minarett-Initiative (in Kraft: 2009)

Zeitraumen: 2009

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 93

Aussagen-ID: 972

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Der Staat greift zunehmend in die Familiengestaltung ein, indem er gewisse Familienformen bevorzugt. So diskriminieren etwa staatliche Subventionen und Steuererleichterungen für Krippenbetreuung die traditionelle Familie. Der Staat interveniert auch dort, wo die Gesellschaft problemlos funktioniert, und zahlt zum Beispiel an Kinderkrippen für Eltern, die dies finanziell nicht nötig haben. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Massnahmen helfen sollen, die Gesellschaft zu verändern. Der Staat mischt sich immer mehr in die Erziehung der Kinder ein, anstatt sich auf seinen Bildungsauftrag zu beschränken.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatliche Diskriminierung und Intervention

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

vage

traditionelle Familie

Zeitraumen: vage

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 95

Aussagen-ID: 973

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die geplanten Reformen des Ehe- und Familienrechts führen zu Beliebigkeit und Unverbindlichkeit. Die Ehe zwischen Mann und Frau soll geschwächt werden, indem alle möglichen Formen des Zusammenlebens ihr gleichgestellt werden. So wird beispielsweise die Gleichstellung von Polygamie (Vielehe) diskutiert. Die bereits anerkannte und der Ehe rechtlich gleichgestellte gleichgeschlechtliche Partnerschaft soll als Ehe gelten. Des Weiteren will man Mechanismen einrichten, damit das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern nach einer gewissen Zeit automatisch Familienstatus erhält. Dem Missbrauch und der Willkür werden damit Tür und Tor geöffnet. Probleme beim Erbrecht, bei den Sozialversicherungen, beim Scheidungsrecht, beim Unterhalt oder beim Steuerrecht sind vorprogrammiert. Solche Reformen führen nicht zu einer liberalen Gesellschaft, sondern zu einer Verstaatlichung des Privatlebens. Sie bedrohen wichtige gesellschaftliche Zellen wie die Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften, die unabhängig vom Staat existieren.

Distinktionsmerkmale:

inklusiv; selektiv; Primordialismus; Essentialismus; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

Gleichstellung von Polygamie (Vielehe); gleichgeschlechtliche Ehe; Missbrauch und der Willkür;

Verstaatlichung des Privatlebens

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein

Zeitraumen: nein

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 95

Aussagen-ID: 974**Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm ist abzuschaffen. Die sich stets ausweitende Gerichtspraxis zeigt die Absurdität dieser Strafnorm. Der Rückgriff aufs Strafrecht, um Meinungen zu verurteilen oder jene einzuschüchtern, die diese vertreten, ist zutiefst undemokratisch.

Distinktionsmerkmale:

exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie: Gleichsetzung/Vergleich; rhetorische Figur (Metapher, Topos)**Feindbild/Bedrohung:**

Rassismus-Strafnorm

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994)

Zeitrahmen: 1994**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 96**Aussagen-ID: 975****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:**

Männer und Frauen sollen einander ergänzen. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welche Funktionen oder welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten. Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Distinktionsmerkmale:

inklusive; selektiv; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

rhetorische Figur (Metapher, Topos)

Feindbild/Bedrohung:

staatliche Gleichstellungsbüro; bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten; Gleichmacherei

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 96**Aussagen-ID: 976****Partei:** Schweizerische Volkspartei**Aussage:***Die SVP*

setzt sich für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern;

verlangt, dass die kleinste und wichtigste Zelle unserer Gesellschaft, die Familie, in Freiheit und ohne staatliche Bevormundung leben kann;

will keine Vielehen und keine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe;

ist gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare;

lehnt einen staatlich diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaub ab;

anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft;

lehnt staatliche Quotenregeln und sogenannte Genderpolitik ab;

fordert die Abschaffung der Gleichstellungsbüros und sonstiger Ämter, die das Privatleben staatlich reglementieren und die Gesellschaft umerziehen wollen;

Distinktionsmerkmale:

Primordialismus; Essentialismus; kultureller Bezug; Bezug zu Geschlecht/Gender

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Verstaatlichung der Familie; Vielehen; absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft;

staatliche Quotenregeln und Genderpolitik; Umerziehung der Gesellschaft

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln: nein**Zeitrahmen:** nein**Quelle:** CH_SVP_Pro2015_2019**Seite:** 97

Aussagen-ID: 977

Partei: Schweizerische Volkspartei

Aussage:

Die SVP

will keine zentral vorgeschriebenen Tagesstrukturen, sondern sinnvolle Angebote auf der Stufe der Gemeinde, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;

unterstützt das Zusammenleben in Familie, Vereinen, Nachbarschaften, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften;

fordert die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm.

Distinktionsmerkmale: exklusiv; kultureller Bezug

Rhetorische Strategie:

Gleichsetzung/Vergleich

Feindbild/Bedrohung:

Rassismus-Strafnorm

Erinnerungsfiguren und Zeitinseln:

Narrativ; Ereignis

Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994)

Zeitraumen: 1994

Quelle: CH_SVP_Pro2015_2019

Seite: 97

BERICHT: ÜBERSICHT DER DATENSÄTZE AUS PQ2

Anzahl der Datensätze: 195

Aufgrund der Datenmenge wurden orthographische Fehler, falsche Interpunktionen oder andere Mängel in den Originalzitaten nicht korrigiert. Alle Aussagen aus den Primärquellen entsprechen daher dem Originaltext.

PQ2-Aussagen-ID: 1**Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art16092012**Aussage:**

Der Ulrichsberg lebt: Diese Botschaft zu verbreiten war das Ziel der Veranstalter der 52. Auflage des „Heimkehrertreffens“, bei dem „allen Opfern der Kriege“ gedacht wurde. Erstmals seit drei Jahren wieder bei der Gedenkstätte auf über 1000 Meter Seehöhe. Der Präsident der Ulrichsberggemeinschaft (UBG), Hermann Kandussi, erwartete bis zu 1000 Besucher. Gekommen sind bei strahlendem Spätsommerwetter laut Polizei-Einsatzleiter Oberst Eugen Schluga rund 300.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte; Praxis/Ritual

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der (Welt)Kriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945**Datum:** 16.09.2012**Herausgeber:** Kleine Zeitung GmbH & Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** Uwe Sommersguter, kleinezeitung.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 2****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art16092012**Aussage:**

Die „Gedenkfeier“ startete mit einstündiger Verspätung. Da die Veranstalter nicht für ausreichend Parkmöglichkeiten sorgten, kam es zum „Tohuwabohu“, so Schluga. Einziger aktiver Politiker am Ulrichsberg war der Klagenfurter FPK-Stadtrat Wolfgang Germ, der in seinen Grußworten die Unterstützung der Stadt für die UBG verteidigte.

Unter den Gästen Ex-Vizekanzler und UBG-Vizepräsident Herbert Haupt und Ex-Landtagspräsidentin Kriemhild Trattinig.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der Weltkriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945**Datum:** 16.09.2012**Herausgeber:** Kleine Zeitung GmbH & Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** Uwe Sommersguter, kleinezeitung.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 3****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art20092009_1**Aussage:**

Klagenfurt: Ohne größere Zwischenfälle ist am Sonntag der Wandertag der Kärntner FPÖ auf den Ulrichsberg samt Kranzniederlegung beim umstrittenen Kriegsheimkehrerdenkmal zu Ende gegangen. An dem Treffen nahmen etwa 150 Personen teil, dazu gesellten sich etwa 60 Gegendemonstranten am Fuße des Berges. Bis auf eine kleine Rangelei zwischen Demonstranten und einigen Exponenten der rechten Szene verlief die Veranstaltung ruhig.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der Weltkriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945**Datum:** 20.09.2009**Herausgeber:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** APA, derstandard.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 4****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art20092009_1**Aussage:**

Das eigentliche Ulrichsbergtreffen war vor wenigen Wochen abgesagt worden, nachdem bekanntgeworden war, dass ein Mitglied der Ulrichsberggemeinschaft im Internet mit Nazi-Devotionalien gehandelt haben soll. Daraufhin kündigte die FPÖ eine Kranzniederlegung an. Landesparteichef Harald Jannach und Ex-Landtagsabgeordneter Franz Schwager trugen das Blumengesteck auf den Berg. Die beiden waren auch die einzigen, die den direkten Weg durch die Gegendemonstrantengruppe wählten. Alle übrigen „Wanderer“ wichen der Demonstration über einen Schleichweg aus.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der Weltkriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945**Datum:** 20.09.2009**Herausgeber:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 5**Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art20092009_2**Aussage:**

Ohne größere Zwischenfälle ist am Sonntag der Wandertag der Kärntner FPÖ auf den Ulrichsberg zu Ende gegangen. Auf dem Programm stand auch eine Kranzniederlegung beim umstrittenen Kriegsheimkehrerdenkmal. An dem Treffen nahmen etwa 150 Personen teil, dazu gesellten sich etwa 60 Gegendemonstranten am Fuße des Berges. Bis auf eine kleine Rangelei zwischen Demonstranten und einigen Exponenten der rechten Szene verlief die Veranstaltung ruhig.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der Weltkriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945;**Datum:** 20.09.2009**Herausgeber:** „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** APA, diepresse.com/Red**PQ2-Aussagen-ID: 6****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art20092009_2**Aussage:**

Das eigentliche Ulrichsbergtreffen war vor wenigen Wochen abgesagt worden, nachdem bekanntgeworden war, dass ein Mitglied der Ulrichsberggemeinschaft im Internet mit Nazi-Devotionalien gehandelt haben soll. Daraufhin kündigte die FPÖ eine Kranzniederlegung an. Landesparteichef Harald Jannach und Ex-Landtagsabgeordneter Franz Schwager trugen das Blumengesteck auf den Berg. Die beiden waren auch die einzigen, die den direkten Weg durch die Gegendemonstrantengruppe wählten. Alle übrigen „Wanderer“ wichen der Demonstration über einen Schleichweg aus.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ulrichsberg; Heimkehrer; Opfer der Weltkriege; Kärntner Abwehrkampf

Zeitraumen: 1914-1918; 1939-1945**Datum:** 20.09.2009**Herausgeber:** "Die Presse" Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** APA, diepresse.com/Red**PQ2-Aussagen-ID: 7****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art22122015**Aussage:**

Nazi-Codes auf Wunschkennzeichen sind seit Juli nicht mehr erlaubt. Zu den verbotenen Abkürzungen gehören unter anderem HH („Heil Hitler“) oder 88 (Zifferncode für „HH“). Der Bad Ischler FP-Gemeinderat Norbert Schartner verwendet das doppelt anrühige Autokennzeichen „GM 88 HH“. Allerdings handle es sich nicht um ein Wunschkennzeichen, wie er beteuert. „Die Nummer wurde mir schon vor Jahrzehnten zufällig zugewiesen“, sagt Schartner. „Bis jetzt hat mich noch nie jemand darauf angesprochen.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol; Person

HH (Heil Hitler); 88 (Heil Hitler); Adolf Hitler

Zeitraumen: 1933-1945**Datum:** 22.12.2015**Herausgeber:** OÖN Redaktion GmbH & Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** Edmund Brandner, nachrichten.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 8****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art22122015**Aussage:**

Schartner ist Oberstleutnant beim Österreichischen Bundesheer. Er war der Sekretär von VP-Verteidigungsministers Robert Lichal und hat drei Studien (Jus, Geschichte, Politikwissenschaft) absolviert. Dass sein Kennzeichen einen unappetitlichen Beigeschmack hat, sei ihm nie aufgefallen, sagt er. Auch an einen Austausch denkt er nicht. „Ich habe wirklich andere Prioritäten.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

HH (Heil Hitler); 88 (Heil Hitler); Adolf Hitler

Zeitraumen: 1933-1945**Datum:** 22.12.2015**Herausgeber:** OÖN Redaktion GmbH & Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** Edmund Brandner, nachrichten.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 9**Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art22122015**Aussage:**

Seit Nazi-Codes auf Wunschkennzeichen verboten sind, verhindert ein Algorithmus auch bei der Erstellung normaler Kennzeichen Chiffren wie „HH“ oder „88“. Das Kennzeichen von Scharthner stammt aber aus dem Jahr 1995.

Der Bad Ischler hält die Aufregung um sein Nummernschild für maßlos übertrieben. „Ich habe mit der NS-Ideologie überhaupt nichts am Hut“, sagt er. „Ich war bei Bundesheer-Friedensmissionen im Ausland tätig und war jahrelang mit einer Israelin liiert. Aber es lässt sich offensichtlich aus allem ein Skandal machen.“

Die Bad Ischler Freiheitlichen geraten nicht zum ersten Mal in Erklärungsnotstand. 2009 machte einer ihrer Gemeinderäte von sich reden, als bekannt wurde, dass er eine Tätowierung mit dem Wappen der deutschen Wehrmacht trägt. Er hat die Partei inzwischen aber in Richtung BZÖ verlassen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

HH (Heil Hitler); 88 (Heil Hitler); Adolf Hitler; Wehrmachtswappen

Zeitraumen: 1933-1945;**Datum:** 22.12.2015**Herausgeber:** ÖÖN Redaktion GmbH & Co KG**Autor:innen/Körperschaften:** Edmund Brandner, nachrichten.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 10****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art02092016_1**Aussage:**

Wien: Die „Freiheitliche Akademie Wien“, das Bildungsinstitut der Wiener FPÖ, begeht am 12. September den 333.

Jahrestag der Schlacht am Kahlenberg. Unter dem Titel „Abendland beschützen. Damals wie heute“ feiern die Freiheitlichen das Ende der Zweiten Wiener Türkenbelagerung. Als Redner sind in einer Einladung der Wiener FPÖ-Chef Johann Gudenus, der parteinahe Historiker Lothar Höbelt sowie Parteichef Heinz-Christian Strache angekündigt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

12. September 1683; Schlacht am Kahlenberg; Zweite Wiener Türkenbelagerung; Abendland

Zeitraumen: 1683**Datum:** 02.09.2016**Herausgeber:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** derstandard/Red**PQ2-Aussagen-ID: 11****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art02092016_2**Aussage:**

Unter dem Motto „Abendland beschützen – Damals wie heute“ lädt die Freiheitliche Akademie, das Bildungsinstitut der Wiener FPÖ, am 12. September aus Anlass des 333. Jahrestages der Schlacht am Kahlenberg zu einer Feier ins Palais Ferstel. Heinz-Christian Strache wird eine Rede halten. Finanziert wird das Ganze aus Geldern der neuen Wiener Parteiakademie-Förderung.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Abendland; 12. September 1683; Schlacht am Kahlenberg

Zeitraumen: 1683**Datum:** 02.09.2016**Herausgeber:** News/Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** Michael Unger, news.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 12****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art02092016_2**Aussage:**

Am 12. September 1683 besiegte eine Armee aus polnischen, österreichischen und deutschen Truppen unter dem polnischen König Johann Sobieski die Osmanen unter Kara Mustafa in der Schlacht am Kahlenberg und beendete damit die Zweite Wiener Türkenbelagerung. Für Wiener FPÖ exakt 333 Jahre später Anlass genug, das mit einem großen Fest zu feiern und dabei natürlich auch mit politischen Botschaften zu verknüpfen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

12. September 1683; Schlacht am Kahlenberg; Zweite Wiener Türkenbelagerung;

Zeitraumen: 1683**Datum:** 02.09.2016**Herausgeber:** News/Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** Michael Unger, news.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 13

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art02092016_2

Aussage:

Auf der Einladung scheinen Vizebürgermeister Johann Gudenus, Historiker Lothar Höbelt und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache als Redner auf. Thematisch dürfte der Abend unter dem Titel „Abendland beschützen – Damals wie heute“ an bekannte FPÖ-Muster anknüpfen. Den seit dem gescheiterten Putschversuch und den repressiven Maßnahmen Erdogans schwelenden diplomatischen Konflikt zwischen Österreich und der Türkei könnte das weiter anheizen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Abendland; 12. September 1683; Schlacht am Kahlenberg; Zweite Wiener Türkenbelagerung

Zeitraumen: 1683

Datum: 02.09.2016

Herausgeber: News/Verlagsgruppe NEWS Gesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Michael Unger, news.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 14

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art13042016

Aussage:

Wien: Während der FPÖ-Chef in Israel die Holocaust-Gedenkstätte besucht, gibt es in Österreich blauen Widerstand gegen Erinnerungsinitiativen. Etwa in Gerasdorf bei Wien. Dort will die Gemeinde durch das Anbringen eines Gedenksteins und durch eine Straßenbenennung an die ungarische Jüdin Rózsi Braun erinnern.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte; Praxis/Ritual

Holocaust (1941-1945); Arbeitslager Gerasdorf (1944); Rozsi Braun (1904-1993)

Zeitraumen: 1904-1993; 1944; 1941-1945

Datum: 13.04.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Maria Sterkl, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 15

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art13042016

Aussage:

Braun wurde in einem Lager in Gerasdorf zur Zwangsarbeit genötigt. „Nur mit viel Geschick“, so Stephan Roth vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), konnte die 1944 nach Bergen-Belsen deportierte Frau sich und ihren Sohn am Leben erhalten. Am 17. Juni soll der Gedenkstein in Anwesenheit des heute in Budapest lebenden 79-jährigen Sohns enthüllt werden.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Holocaust (1941-1945); Arbeitslager Gerasdorf (1944); Konzentrationslager (KZ) Bergen-Belsen (1943-1945)

Zeitraumen: 1941-1945; 1944; 1943-1945

Datum: 13.04.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Maria Sterkl, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 16

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art13042016

Aussage:

Blaue Verweigerung: Alle Fraktionen stimmten für die Straßenbenennung, nur die FPÖ nicht. Vizebürgermeister Lukas Mandl (ÖVP), der das Gedenken initiiert hat, bedauert das im STANDARD-Gespräch. Ihm sei es ein Anliegen gewesen, das Gedenkprojekt, dem auch eine längere wissenschaftliche Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit dem DÖW, der Akademie der Wissenschaften und dem Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust Studies vorausging, „transparent zu gestalten“, so habe die Stadtregierung schon zu Beginn der Periode öffentlich darüber informiert. Doch die Blauen hätten das verweigert. FPÖ-Stadtrat Dietmar Ruf ist das Projekt wegen der Beteiligung des DÖW, das er als „inkslinks“ bezeichnet, zu ideologisch. Eine Begründung, die Mandl „bemerkenswert“ findet: „Das sagt mehr über die FPÖ aus als über die Sache selbst. Der Opfer zu gedenken ist nicht ideologisch, sondern eine Frage des Anstands.“

Ruf hingegen behauptet, Mandl wolle aus der Sache „populistisch politisches Kleingeld schlagen“ – und nutzt die Causa gleich selbst für Eigenwerbung. In einem Artikel mit dem Titel „Lukas Mandl und die Suche nach einem Lager“ in der Gerasdorfer FPÖ-Parteizeitung stellt er nicht nur die Existenz des Zwangsarbeiterlagers infrage, sondern offenbart auch sein relativistisches Geschichtsverständnis (siehe Bild).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte; Praxis/Ritual
Holocaust (1941-1945); Arbeitslager Gerasdorf (1944); Rozsi Braun (1904-1993)

Zeitrahmen: 1904-1993; 1944; 1941-1945

Datum: 13.04.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Maria Sterkl, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 17

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art13042016

Aussage:

„Die gesamte unfreie Zeit anschauen“: Im STANDARD-Gespräch betont Ruf, er sei für historische Aufarbeitung, aber man müsse „sich die gesamte unfreie Zeit anschauen, von 1933 bis 1955“. Da die Straßenbenennung diese Bedingung nicht erfülle und überdies „mehrere Zeitzeugen, mit denen ich gesprochen habe, von dem Lager gar nichts wissen“, habe man dem Antrag nicht zugestimmt. Eine „objektive“ Aufarbeitung würde er befürworten, so der Stadtrat. Danach, so Ruf, solle man aber „irgendwann einen Schlussstrich ziehen und Geschichte Geschichte sein lassen und sich um die eigentliche Politik kümmern“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte; Praxis/Ritual
Holocaust (1941-1945); Arbeitslager Gerasdorf (1944);

Zeitrahmen: 1944; 1941-1945

Datum: 13.04.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Maria Sterkl, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 18

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art13042016

Aussage:

Auch im vierten Bezirk in Wien legen sich die Blauen gegen das Verlegen von „Steinen der Erinnerung“ quer. Die Wiedner FPÖ habe dem Antrag, Gedenksteine im Boden anzubringen, nicht zugestimmt, bestätigt Bezirksklubobmann Georg Schuster dem STANDARD. Begründung: Man lehne Mahnmale ab, „wo der Hund drüberrennt und wo man draufsteigt“. Besser seien Tafeln an Hauswänden – auch auf die Gefahr hin, dass das am Widerspruch der Hausbesitzer scheitere. Denn beim Gedenken sei es „so wie bei Begegnungszonen: Darüber soll die Bevölkerung abstimmen.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Steine der Erinnerung (seit 2005); Holocaust (1941-1945); Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitrahmen: 1933-1945; 1941-1945; 2005

Datum: 13.04.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Maria Sterkl, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 19

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art06052009

Aussage:

Wien: Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) hat am Mittwoch den FPÖ-EU-Wahlslogan „Abendland in Christenhand“ als „hetzerisch“ verurteilt und zugleich die „klare Positionierung der christlichen Kirchen im Lande“ dagegen begrüßt. „Religion darf nicht missbraucht werden“, hielt die IGGiÖ in einer Aussendung fest - und konterte mit einer eigenen Variante: „Abendland nicht in Faschistenhand“. Zuvor hatte der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) diese Wahlwerbung als „Vereinnahmung des christlichen Glaubens“ angeprangert.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Abendland; Christentum

Zeitrahmen: vage

Datum: 06.05.2009

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 20

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art06052009

Aussage:

Der Slogan sei außerdem nicht nur islamfeindlich, sondern auch antisemitisch, verwies die IGGiÖ darauf, dass „generell

alle Menschen nicht-christlichen Bekenntnisses krass ausgegrenzt und stigmatisiert“ würden. Sie berichtet von einer Häufung von Übergriffen auf Muslime und wünscht sich eine "breite gesellschaftspolitische Debatte" über „zu Aggression provozierende Plakate“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Abendland; Christentum

Zeitraumen: vage

Datum: 06.05.2009

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 21

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art06052009

Aussage:

Kickl verteidigt Wahlslogan: In einer Aussendung verteidigte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl die Wahlkampagne seiner Partei. Die FPÖ werde auch weiterhin erklären, „dass sie zu einem von Christentum und Aufklärung geprägten Menschen- und Gesellschaftsbild stehe und in einem solcherart gestalteten Abendland zu leben wünsche. Dies habe nicht das mindeste mit der Vereinnahmung von Religion zu tun“, so Kickl.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Abendland; Christentum; Aufklärung

Zeitraumen: vage

Datum: 06.05.2009

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 22

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28052009

Aussage:

Bekannt wurde Heinz-Christian Strache als Ziehsohn des verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider. Als Christ ist der Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in der Vergangenheit nicht aufgefallen. Doch jetzt zieht er mit gezücktem Kruzifix für ein „Abendland in Christenhand“ in den Europawahlkampf.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol; Person

Jörg Haider; Abendland; Christentum; Kruzifix

Zeitraumen: vage

Datum: 28.05.2009

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Elisalex Henckel, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 23

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28052009

Aussage:

Bisher ist den Österreichern noch nicht ganz klar, bei wem sich Heinz-Christian Strache das mit dem hölzernen Kruzifix abgeschaut hat. Bei den Kreuzfahrern vermuten die Einen, bei den Mönchen der Gegenreformation die Anderen, bei den Vampirjägern in alten Hollywoodfilmen die Dritten. Fest steht bloß, dass der Chef der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf der politischen Bühne noch nicht als Christ aufgefallen ist, diese Rolle hat er erst für den aktuellen EU-Wahlkampf entdeckt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Abendland; Christentum; Kruzifix

Zeitraumen: vage

Datum: 28.05.2009

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Elisalex Henckel, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 24

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28052009

Aussage:

„Abendland in Christenhand“ fordern Strache und sein Spitzenkandidat, der freiheitliche Chefideologe Andreas Mölzer, derzeit auf Plakaten und in Zeitungsinseraten. Vertreter aller großen Glaubensgemeinschaften protestierten schon zum

Wahlkampfauftakt gegen den Brachialreim, Strache legte nach. Bei einer Demonstration gegen den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums in der Wiener Innenstadt reckte er in klassischer Exorzistenmanier ein Kreuz gen Publikum. Seine Anhänger johlten, der Rest des Landes ist sich seitdem ungewohnt einig in seiner Empörung über den blauen Kulturkämpfer.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Abendland; Christentum; Kruzifix

Zeitraumen: vage

Datum: 28.05.2009

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Elisalex Henckel, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 25

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28052009

Aussage:

Strache gelingt es schließlich auch ohne Kreuz, für Aufregung zu sorgen. Nachdem bei einer Gedenkfeier des KZ Ebensee eine Gruppe Jugendlicher verhaftet wurde, weil sie einen Überlebenden und seine Begleiter mit Plastikgeschossen und Sieg-Heil-Rufen drangsaliert hatten, warnte er davor, mit „Atombomben auf Spatzen zu werfen“ - das seien „dumme, wirklich dumme Lausbuben“. Wenig später schaltete er in mehreren Boulevardblättern ein Inserat gegen den EU-Beitritt Israels, obwohl der gar nicht zur Debatte steht. „Hassprediger“ nannte ihn daraufhin der sozialdemokratische Bundeskanzler Werner Faymann im „Standard“: „Der einzige Grund, Israel hier zu nennen, ist es, antisemitische Vorurteile zu bedienen.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Kruzifix/Kreuz; KZ Ebensee (1943-1945); Sieg-Heil; EU-Beitritt Israels

Zeitraumen: vage; 1943-1945

Datum: 28.05.2009

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Elisalex Henckel, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 26

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28052009

Aussage:

Verräterische Jugendfotos: Im Vergleich zu seinem einstigen Ziehsohn und späteren Rivalen hat Haider „auf der Klaviatur des Populismus mehr variiert“, sagt Peter Filzmaier, „Strache spielt schon mehr die rechten Töne.“ Immer wieder musste er sich außerdem für Verbindungen zum ganz rechten Rand rechtfertigen. 2007 tauchten etwa Fotos aus Jugendtagen auf, auf denen er und seine Gesinnungsfreunde mit Tarnanzügen und Schlagstöcken ausgerüstet im Wald „spielten“. Neonazistische Wehrsportübungen? Nein, nein, Gotcha-Spiele, sagte Strache. Ein anderes Bild zeigte ihn in voller Montur, drei Finger der rechten Hand nach oben gereckt, was ein wenig an den in Deutschland verbotene Kühnen-Gruß erinnert. Nein, nein, sagte Strache, er habe nur drei Bier bestellen wollen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Wehrsportübungen (veröffentlicht: 2007); Kühnen-Gruß (Michael Kühnen 1955-1991; BRD: Verbotsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983)

Zeitraumen: 1933-1945; 1983

Datum: 28.05.2009

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Elisalex Henckel, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 27

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art27042006

Aussage:

Die Strafe liegt zwar am untersten Ende des möglichen Rahmens von bis zu zehn Jahren, Gudenus-Verteidiger Farid Rifaat meldete trotzdem Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung beim Obersten Gerichtshof an. Verurteilt wurde Gudenus im Wesentlichen für zwei Aussagen. Im April 2005 meldete er Zweifel an der Existenz von Gaskammern an und sagte im ORF etwas holprig: „Ich glaube, man sollte dieses Thema ernsthaft debattieren und nicht auf eine Frage du musst es ja oder nein beantworten, sonder überprüfen wir das, ich bin der Meinung, ich fordere eine, immer wiederum eine Prüfung.“ Im Juni legte er im „Standard“ nach: „Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich, sondern in Polen. So steht es auch in den Schulbüchern.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte; Praxis/Ritual

Zweifel an der Existenz von Gaskammern (Holocaust-Leugnung 1941-1945); Drittes Reich (1933-1938)

Zeitraumen: 1933-1938; 1933-1945; 1941-1945

Datum: 27.04.2006

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 28

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art27042006

Aussage:

Im Prozess rechtfertigte sich Gudenus damit, dass er nicht die Existenz von Gaskammern generell in Zweifel gezogen habe, sondern lediglich die Existenz von Gaskammern im „Dritten Reich“. Dieses reichte seiner Interpretation zufolge nur von 1933 bis 1938 und wurde mit dem Anschluss Österreichs 38 zum „Großdeutschen Reich“. Dass es im „Großdeutschen Reich“ Gaskammern gegeben habe, das sei „unbestritten“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Zweifel an der Existenz von Gaskammern (Holocaust-Leugnung 1941-1945); Drittes Reich (1933-1938); Großdeutsches Reich 1938-1945

Zeitraumen: 1933-1945; 1941-1945; 1938-1945

Datum: 27.04.2006

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften:

wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 29

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art26042006

Aussage:

Gudenus versuchte seine Aussage, wonach es Gaskammern nicht im „Dritten Reich“ gegeben habe, sondern in Polen, auch durch ein Video von der Eröffnung der Holocaust-Gedenkstätte in Berlin zu untermauern. Darin ist ebenfalls die Rede davon, dass die Juden-Vernichtung nicht in deutschen Konzentrationslagern, sondern in Vernichtungslagern in „Polen“ stattgefunden habe. Für Staatsanwalt Schober ist dieser Vergleich jedoch unzulässig, weil damit ja wohl das heutige Staatsgebiet Polens gemeint sei und kein historischer Staatsbegriff wie der in den Interviews von Gudenus verwendete („Drittes Reich“).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Zweifel an der Existenz von Gaskammern (Holocaust-Leugnung 1941-1945); Drittes Reich (1933-1938); Holocaust-Gedenkstätte Berlin (Konzept: 1988/89; seit 2001); deutsche Konzentrationslager; polnische Vernichtungslager

Zeitraumen:

1933-1938; 1933-1945; 1941-1945; 2001

Datum:

26.04.2006

Herausgeber:

STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 30

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art26042006

Aussage:

Für Schober hat Gudenus mit seiner Forderung nach einer wissenschaftlichen Prüfung der Existenz von Gaskammern im Dritten Reich klar gegen das Verbotsgesetz verstoßen: „Damit negiert er bewusst den Stand der Geschichtswissenschaft, unterstellt die Unrichtigkeit und leugnet im Kern ein wesentliches Element des nationalsozialistischen Terrors.“ Die Aussage, es habe keine Gaskammern im Dritten Reich gegeben, sondern in Polen sei außerdem eine „gröbliche Verharmlosung“ des Holocaust.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Zweifel an der Existenz von Gaskammern (Holocaust-Leugnung 1941-1945); Drittes Reich (1933-1938);

Nationalsozialismus

(1933-1945); Negation der offiziellen Geschichtsdeutung; Verharmlosung des Holocaust; Verbotsgesetz (1945/1947)

Zeitraumen: 1933-1938; 1933-1945; 1941-1945; 1945/1947

Datum: 26.04.2006

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: APA, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 31**Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art26042006**Aussage:**

Die Verteidigungslinie von Gudenus bezeichnete Schober in seinem Schlussplädoyer als „Unsinn“: „Persönliche Unsicherheit“ über den Holocaust könne der frühere Abgeordnete mit seinem „überdurchschnittlichen“ historischen Wissen nicht geltend machen. Und auch die Differenzierung zwischen dem „Dritten Reich“ und dem „Großdeutschen Reich“ sei nicht zulässig, da sowohl die Öffentlichkeit als auch die Geschichtswissenschaft unter dem „Dritten Reich“ das gesamte NS-Regime von 1933 bis 1945 verstehe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Zweifel an der Existenz von Gaskammern (Holocaust-Leugnung 1941-1945); Drittes Reich 1933-1938; Großdeutschen Reich 1938-1945; Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1938; 1938-1945; 1933-1945**Datum:** 26.04.2006**Herausgeber:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** APA, derstandard.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 32****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art26042006**Aussage:**

Schließlich kam man auch noch auf den Mauthausen-Besuch des pensionierten Bundesheer-Offiziers zu sprechen, bei dem dieser in der KZ-Gedenkstätte gemeint hatte, auf einem Foto abgebildete Häftlinge würden „eigentlich ganz gut aussehen“, während er, Gudenus, schlechter aussehe. „Das ist mehr als geschmacklos“, befand Richter Walter Stockhammer. „Ich bin mit einer gewissen Erwartungshaltung hingegangen. Ich habe geglaubt, dass ich Kranke, Tote, Ausgemergelte, Hungernde zu sehen bekomme. Eines der Bilder war aber eine recht gut aussehende Frauengruppe“, hielt Gudenus dem entgegen. Dabei habe es sich um „blühend aussehende Leute“ gehandelt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte; Praxis/Ritual

KZ-Gedenkstätte Mauthausen (1938-1945); Verharmlosung des Holocaust (1941-1945); KZ-Häftlinge

Zeitraumen: 1938-1945; 1941-1945**Datum:** 26.04.2006**Herausgeber:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.**Autor:innen/Körperschaften:** APA, derstandard.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 33****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art28012007**Aussage:**

Die erste Reaktion von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zeugte von höchster Nervosität. Als Freitagnachmittag vergangener Woche ein Foto auftauchte, das ihn mit dem in der Nazi-Szene üblichen „Kühnen-Gruß“ zeigt – drei ausgestreckte Finger der rechten Hand formen ein „W“, als Zeichen Widerstands gegen das verhasste System –, behauptete er, dies sei der Gruß der Südtiroler Freiheitskämpfer, üblich bei Brauchtumsveranstaltungen in Südtirol und unter Burschenschaffern. Wenig später zog die FPÖ diese unhaltbare Erklärung wieder zurück: Die drei Finger seien weder ein Nazi- noch ein Südtirol-Gruß.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Kühnen-Gruß (Michael Kühnen 1955-1991; BRD: Verbotsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983);

Nationalsozialismus (1933-1945); Südtiroler Freiheitskampf (1922-1969/72); Brauchtumsveranstaltungen

Zeitraumen: 1922-1969/72; 1933-1945; 1983**Datum:** 28.01.2007**Herausgeber:** profil.at/news networkworld internetservice GmbH**Autor:innen/Körperschaften:** Christa Zöchling, profil.at/Red**PQ2-Aussagen-ID: 34****Partei:** FPÖ**Quelle:** AT_FPOe_Art28012007**Aussage:**

Was auf dem neuesten Foto für unbedarfte Beobachter so aussieht, als hätte der junge Strache in einem Bierzelt eben mal schüchtern drei Krügerln geordert, ist tatsächlich ein Gemeinschaftssymbol von Neonazis, das anstelle des verbotenen Hitlergrußes verwendet wird – und das keineswegs immer nur mit gestreckt Arm. Das Zeichen war Anfang der achtziger Jahre in den Reihen des deutschen Neonazis Michael Kühnen aufgekommen. Kühnens Organisation war 1983 in Deutschland verboten worden, bald danach stellten die deutschen Behörden auch den Gruß mit den drei Fingern auf den Index verbotener NS-Symbole. Kühnen selbst starb 1991 an Aids, kurz vor seinem Tod bestimmte er den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel zu seinem Nachfolger.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Kühnen-Gruß (Michael Kühnen 1955-1991; BRD: Verbotsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983); Nationalsozialistische Symbole

Zeitraumen: 1933-1945; 1983

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news, networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 35

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28012007

Aussage:

Seit in der vorvergangenen Woche die ersten Strache-Fotos von wehrsportähnlichen Übungen in den Kärntner Wäldern auftauchten, wird in der ehemaligen Neonazi-Szene eifrig spekuliert, wer neben Strache noch dabei gewesen sein könnte.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Wehrsportübungen; Nationalsozialismus (1938-1945)

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 36

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28012007

Aussage:

Ein in der Zwischenzeit ausgestiegener Neonazi, der Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre in einer tristen österreichischen Kleinstadt eine Lehre absolvierte, in einer Diskothek Küssel und Konsorten kennen lernte, in eine Wehrsportgruppe geriet und seine Strafe abgebußt hat, erzählte profil nun, dass die „Farbkugelspiele“ immer am Ende einer Wehrsportübung, quasi zur Belohnung, abgehalten wurden. Mindestens ebenso wichtig seien jedoch das Schlagstocktraining und die ideologische Schulung gewesen. Man habe sich damit auf Auseinandersetzungen mit den Linken und das Überfallen von Asylantenheimen vorbereitet. Der ehemalige Insider, der anonym bleiben will, sagt, es habe verschiedene Codes gegeben, unter anderem den „Kühnen-Gruß“ mit drei Fingern der rechten Hand und die geballte Faust, zu der ein „Sieg Heil“ gehörte. Er glaubt, Strache bei einem Gau-Appell 1990 in Korneuburg begegnet zu sein, beschwören könne er das allerdings nicht.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Wehrsportübung; Kühnen-Gruß (Michael Kühnen 1955-1991; BRD: Verbotsverfügung des Bundesministers des Inneren vom 24.11.1983); Sieg Heil; Gau-Appell 1990

Zeitraumen: 1933-1945; 1983; 1990

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 37

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28012007

Aussage:

Umsturzpläne: Strache war über die Mittelschülerverbindung Vandaliachon etwas früher in die einschlägigen Kreise geraten. Zum 60. Geburtstag des mittlerweile verstorbenen NDP-Chefs Norbert Burger fand sich Strache im Frühjahr 1989 in dessen Refugium in Kirchberg am Wechsel ein. Er galt in der Szene offenbar als vertrauenswürdig genug, um dort eingelassen zu werden. Ein Jahr davor war Burgers NDP wegen NS-Wiederbetätigung verboten worden.

Strache lernte bei dieser Gelegenheit eine der Töchter Burgers kennen und lieben und war bei den Burgers bald ständiger Gast. Dort stieß er öfter auf den Neonazi Gottfried Küssel, vermutlich auch auf Herbert Schweiger, Burgers Stellvertreter. Schweiger, ein ehemaliger Angehöriger der SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler, war damals ein Lehrmeister vieler junger Neonazis. Straches Sportsfreund Thierry bezeichnet Schweiger als seinen Ziehvater.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

NS-Wiederbetätigung; Norbert Burger 60.Geburtstagsfeier 1989 (NDP-Chef); Gottfried Küssel; Herbert Schweiger (SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler); Nationaldemokratische Partei Österreichs (NDP, seit 1966)

Zeitraumen: 1933-1945; 1989

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 38

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28012007

Aussage:

Auch der nächste Versuch, eine Organisation auf die Beine zu stellen, ging schief. Die neonazistische Liste Nein zur Ausländerflut, zu deren Proponenten Honsik, Horst-Jakob Rosenkranz (der Gatte der Strache-Stellvertreterin und FPÖ-Abgeordneten Barbara Rosenkranz) und der Rechtsradikale Franz Radl gehörten, wurde 1990 ebenfalls nicht zugelassen. Eine ganze Generation junger Neonazis, von den alten Nationalen entdeckt und von Hard-Core-Neonazis ideologisch geschult, tauchte in Wehrsport-Ausbildungslager ab und probte den Umsturz.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Nationalsozialismus (1938-1945); Wehrsport-Ausbildungslager; Liste „Nein zur Ausländerflut“ 1990

Zeitraumen: 1933-1945; 1990

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 39

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art28012007

Aussage:

Milieuwechsel: Strache ist seine Vergangenheit schon lange eine Last. In einem Prozess gegen profil, den er 2001 angestrengt hatte, wollte der Politiker zuerst nicht darüber reden, ob er „Führer“ Gottfried Küssel gekannt hatte. Schließlich gab Strache doch zu, ihn mehrmals im Hause Burgers getroffen zu haben, sei aber zu Küssel „auf Distanz“ gegangen. Spätere Zusammentreffen bei Sonnwendfeiern und bei der jährlichen „Trauerfeier der Burschenschaften am 8. Mai, am Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands, seien rein zufällig gewesen, sagte Strache damals.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

8. Mai 1945/Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands/Trauerfeier; Sonnwendfeier

Zeitraumen: 1933-1945; 1945

Datum: 28.01.2007

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christa Zöchling, profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 40

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art15032008

Aussage:

Obmann Heinz-Christian Strache durfte man gemäß Urteil des OLG Wien schon eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut nachsagen, als es noch nicht einmal die Fotos seiner Jugendsünden gab. Noch 2004 war er Redner der Trauerkundgebung, die Gleichgesinnte alljährlich am 8. Mai aus Anlass der Kapitulation Hitler-Deutschlands veranstalten.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Nationalsozialismus (1933-1945); 8. Mai 1945/Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands/Trauerfeier; Trauerkundgebung 2004

Zeitraumen: 1933-1945; 2004

Datum: 15.03.2008

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 41

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art15032008

Aussage:

Ewald Stadler, bis zu seinem Machtkampf mit Strache führender FP-Ideologe, verlangte zum gleichen Jahrestag einen enttabuisierten Umgang mit unserer Geschichte, wie dies Horst Mahler in Deutschland getan hat und dafür auch verfolgt worden ist nämlich vom Verfassungsschutz als Neonazi, und pflegte diesen Umgang folgerichtig selbst: Auf einer Sonnwendfeier der Familie Rosenkranz war er mit den Anwesenden einig, dass Österreich 1945 angeblich von Faschismus und Tyrannei befreit worden ist. Die Familie Rosenkranz besteht (neben den zehn Kindern von Arne bis Sonnhild) aus Horst Jakob Rosenkranz, ehemals Aktivist der verbotenen NDP beziehungsweise einer wegen Wiederbetätigung nicht zugelassenen Liste Nein zur Ausländerflut, und der nunmehrigen NÖ-Landesrätin Barbara Rosenkranz, die man gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Sinne eines Werturteils Kellernazi nennen darf.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

8. Mai 1945/Tag der Kapitulation Hitler-Deutschlands/Trauerfeier; Trauerkundgebung 2004; Rosenkranz-Sonnwendfeier

21.06.2002; Liste „Nein zur Ausländerflut“ 1990; Kellernazi-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichts (EMRG) in Straßburg (28.11.2002, Bsw. 39394/98); Nationaldemokratische Partei Österreichs (NDP, seit 1966)

Zeitraumen: 1933-1945; 1945; 1990; 2002; 2004

Datum: 15.03.2008

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 42

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art15032008

Aussage:

An der Aktivität ihres Mannes derzeit Herausgeber der rechtsextremen Fakten kann sie nichts Ehrenrühriges finden so wenig wie der FP-Bezirksparteiobmann von Amstetten, Karl Schuller: Im Oktober lud er den Ehemann unserer Landesparteiobfrau als Vortragenden zu einer gut besuchten Veranstaltung in Amstetten. Werner Königshofer, Spitzenkandidat der FPÖ in Innsbruck, war Mitglied der verbotenen NDP; Steiermarks Landesparteiobmann Gerhard Kurzmann ist Mitglied der Kameradschaft IV, die sich bemüht, die Waffen-SS als unbedenklichen Bestandteil der Wehrmacht darzustellen; FP-Nationalrat Wolfgang Zanger entdeckte am Nationalsozialismus auch gute Seiten. FP-Nationalrat Reinhard Bösch ist Mitglied der Teutonia, die das Handbuch des Rechtsextremismus als Hochburg der militanten rechten Szene ausweist. Usw., usw., usw. Die Ehemaligen sind erfolgreich von jetzigen Söhnen und Töchtern abgelöst. Das ist das eigentlich Verbindende der Partei, mit der zu koalieren die einzige Alternative zur großen Koalition darstellt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Nationaldemokratische Partei Österreichs (NDP, seit 1966); Kameradschaft IV (seit 1954); Waffen-SS; Wehrmacht; Nationalsozialismus

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 15.03.2008

Herausgeber: profil.at/news networkworld internetservice GmbH

Autor:innen/Körperschaften: profil.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 43

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art19012011

Aussage:

In dem FPÖ-Comic wird recht detailliert von der Türkenbelagerung Wiens im Jahr 1683 erzählt, ein türkischer Comic-Feldherr plant darin unter anderem „ÜX-Large Münarette mit Hülbmünd“ für den Stephansdom.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Türkenbelagerung Wiens 1683

Zeitraumen: 1683

Datum: 19.01.2011

Herausgeber: „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Autor:innen/Körperschaften: APA, Helmut Fohringer, diepresse.com/Red

PQ2-Aussagen-ID: 44

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art19012011

Aussage:

Die nunmehrige grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou sah in dem Comic den Versuch, „Kinder aufzuhetzen“. FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sprach dagegen von „alte Sagentexten“. Der „Mustafa“ stehe auch nicht allgemein für Türken, sondern beziehe sich auf „Kara Mustafa, der Heerführer der Türken vor Wien war“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Sagentexte; Kara Mustafa (1635/36-1683)

Zeitraumen: vage; 1683

Datum: 19.01.2011

Herausgeber: „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Autor:innen/Körperschaften: APA, Helmut Fohringer, diepresse.com/Red

PQ2-Aussagen-ID: 45

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012012

Aussage:

„Das war wie die Reichskristallnacht“, empört sich Heinz-Christian Strache zu späterer Stunde, aber wen wundert das schon, „wir sind die neuen Juden“. Brandanschläge habe es gegeben auf die Burschenschaftsbuden, erzählt er vor seiner

Loge mehreren Ballgästen, ohne dabei zu wissen, dass ein Journalist in der Nähe ist.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Reichskristallnacht/Novemberprogrom 9/10.11.1938

Zeitraumen: 1938

Datum: 29.01.2012

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Tobias Müller, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 46

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012012

Aussage:

„Wer für diesen Ball arbeitet, der bekommt gleich den Judenstern aufgedrückt“, sekundierte Klaus Nittmann, Geschäftsführer des freiheitlichen Bildungsinstituts, und klagt über seine Schwierigkeiten, Grafiker für ein Buchprojekt zu finden. Auch er ist Teil der kleinen Gruppe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol

Judenstern (Kennzeichnungspflicht seit 1933)

Zeitraumen: 1933

Datum: 29.01.2012

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Tobias Müller, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 47

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012012

Aussage:

Auf dem Weg in die Hofburg hatten Demonstranten sein Taxi aufgehalten, er musste die letzten Meter zu Fuß gehen. „Linksfaschisten“, feixt er, habe er dem Mob zugebrüllt, „Rechtsfaschist“, war es wenig überraschend zurückgekommen - es wär ja zum Lachen, wenn es nicht so traurig wär, meint er. Gefühlt habe er sich dabei, richtig, wie ein Jude, der durch eine Gasse voller Nazis geht.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Nationalsozialismus/Nationalsozialisten (Nazis)

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 29.01.2012

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Tobias Müller, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 48

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012016

Aussage:

Wien: 2011 schien es so, als hätten die heftigen Proteste gegen den Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) in der Hofburg gefruchtet. Die Burschenschaftler würden im Jänner 2012 zum letzten Mal in der historisch bedeutenden Location am Heldenplatz feiern, sagte die Geschäftsführerin der Hofburg-Betriebsgesellschaft.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Orte; Praxis/Ritual

Ball des Wiener Korporationsrings (WKR/1952-2012); seit 2013 Wiener Akademikerball; Wiener Hofburg (ca. 1237-1928)

Zeitraumen: 1237-1928; 1952-2012; seit 2013

Datum: 29.01.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Moritz Ablinger, Sebastian Fellner, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 49

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012016

Aussage:

Die Freude bei den Gegnern des Balls hielt aber nur kurz an – denn bald darauf wurde der erste „Akademikerball“ angekündigt. Veranstalter von der FPÖ. Und die konnte die bundeseigene Hofburg-Gesellschaft schlecht aussperren.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Symbol; Orte; Praxis/Ritual

Ball des Wiener Korporationsrings (WKR/1952-2012); seit 2013 Wiener Akademikerball; Wiener Hofburg (ca. 1237-1928)

Zeitraumen: 1237-1928; 1952-2012; seit 2013

Datum: 29.01.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Moritz Ablinger, Sebastian Fellner, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 50

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art29012016

Aussage:

So war etwa der stellvertretende Obmann der Ballorganisations, Reimer Timmel (75), lange Jahre Chef des Freiheitlichen Akademikerverbandes (FAV) von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Der ist zwar keine offizielle Teilorganisation der FPÖ, steht aber in einem Naheverhältnis zur Partei. Die Zeitung des FAV, die „Aula“, wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestuft. Zuletzt schaltete die FPÖ in der Dezemberausgabe 2015 der „Aula“ mehrere Inserate.

Die ersten Arier: 1999 lud der FAV, dem Timmel vorsah, den mittlerweile mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilten deutschen Anwalt Horst Mahler zu einem Vortrag ein. Das Thema, „Der Verrat Adolf Hitlers an der deutschen Linken. Der Verrat der Linken an Deutschland. Hat das deutsche Volk eine Zukunft?“, führte Mahler unter anderem zu der Feststellung, dass das „jüdische Volk“ der Feind des deutschen sei. Nach dem Vortrag stellte Timmel fest, dass „wir uns mit wesentlichen Punkten des Vortrages identifizieren“, wie das „Profil“ damals berichtete.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Adolf Hitler (1889-1945); der jüdische Volksfeind;

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 29.01.2016

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Moritz Ablinger, Sebastian Fellner, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 51

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art11102017

Aussage:

Der FPÖ-Kandidat und Berufssoldat Andreas Schmidt hat auf Whatsapp Fotomontagen verschickt, in denen er neben Nazi-Größen zu sehen ist. Ein Bild zeigt ihn etwa auf der Anklagebank bei den Nürnberger Prozessen, daneben ist die Zeile „Don't cry because it's over, smile because it happened“ (Weine nicht, weil es vorbei ist, lächle, weil es passiert ist) zu lesen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Nürnberger Prozesse (1945-1946; 1946-1949); Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945; 1945-1946; 1946-1949

Datum: 11.10.2017

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Fabian Schmid, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 52

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art11102017

Aussage:

Ein weiteres zeigt ihn im deutschen Reichstag hinter Adolf Hitler stehend. Mit den Bildern konfrontiert, gibt Schmidt an, sie nur „meiner Lebensgefährtin zur Kenntnis gebracht“ zu haben. „Darüber hinaus halte ich fest, dass diese Fotos, wenn überhaupt, lediglich in privaten Chatverläufen aufgetaucht sein können und niemals veröffentlicht wurden“, so Schmidt per E-Mail.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol; Person

Adolf Hitler (1889-1945); Deutsches Reichstagsgebäude 1894;

Zeitraumen: 1894; 1933-1945;

Datum: 11.10.2017

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Fabian Schmid, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 53

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art03032018

Aussage:

Neben einigen internationalen, eher nur der einschlägigen Community bekannten Gästen, die das idyllische Wasserschloss Aistersheim am Samstag besuchen – der Standard berichtete -, gibt es auch eine Reihe von Österreichern, die auf der

Gästeliste des rechtsextremen Kongresses „Verteidiger Europas“ stehen. Manche von ihnen sind sogar einer breiteren Masse bekannt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Orte; Praxis/Ritual

Kongress „Verteidiger Europas“ (seit 2016); Wasserschloss Aistersheim (Baugeschichte 12.-17.Jhdt.)

Zeitraumen: 2016; 2018

Datum: 03.03.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 54

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art03032018

Aussage:

So zum Beispiel der Grazer Vizebürgermeister Mario Eustacchio (FPÖ). Dass der Stadtpolitiker selbst eine einschlägige Vergangenheit hat, die er – ganz in blauer Tradition – gern als Jugenddummheit abtut, ist hinlänglich bekannt. Doch auch in jüngerer Vergangenheit marschierte der 53-jährige Burschenschafter der Verbindung Stiria, der sich auch in seinem Arbeitsumfeld gern mit Burschenschaftlern umgibt, mit den Identitären mit.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Symbol; Praxis/Ritual

Kongress „Verteidiger Europas“ (seit 2016); Identitäre-Bewegung (seit 2012)

Zeitraumen: 2012; 2016; 2018

Datum: 03.03.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt
derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 55

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art03032018

Aussage:

Letztes Mal sprach Kickl: Beim Kongress, der in seiner letzten Auflage vor zwei Jahren mit dem heutigen Innenminister Herbert Kickl einen prominenteren FPÖ-Politiker als Ehrengast hatte, ist Eustacchio auch als Redner angesagt. Zumindest auf der Website der Veranstalter.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Praxis/Ritual

Kongress „Verteidiger Europas“ (seit 2016);

Zeitraumen: 2016; 2018

Datum: 03.03.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 56

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art23092013

Aussage:

Einer sagt, dass die Partei sich nun von ihren Radikalen trennen müsse. „Man konnte bei uns per Mausclick eintreten“, sagt er. Nun werde man die Leute nicht einfach wieder los. In seinem Verband Sachsen müsse es unbedingt einen vorläufigen Eintrittsstopp geben. Ab sofort werde man von Mitgliedern eine Erklärung zur Stasi-Mitgliedschaft und ein polizeiliches Führungszeugnis verlangen. Und wenn jemand in einer freien Neonazi-Kameradschaft war? Da wiegt der Mann aus Sachsen den Kopf. Sei eben schwierig alles.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Ministerium für Staatssicherheit „Stasi“ (1950-1990); Neonazi-Kameradschaft (Nationalsozialismus 1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945; 1950-1990;

Datum: 23.09.2013

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Christian Bangel, zeit.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 57**Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art23092013**Aussage:**

Heute Abend aber überwiegt das Gefühl, einmal fast von der Weltgeschichte gestreift worden zu sein. Im großen Saal ist es schon reichlich still geworden, als Bernd Lucke in einem Polittalk auftaucht. Dort tut ihm Wolfgang Schäuble den Gefallen, die AfD mit den Republikanern zu vergleichen. Wütendes Gejohle im Saal. Lucke weiß, was er antworten muss: Schäubles Äußerung sei Teil einer „Diskriminierungsstrategie“ der etablierten Parteien. Eine Schande für die Demokratie. Donnernder Applaus. Da ist es wieder, das edle Gefühl, allein gegen alle für das Gute zu kämpfen – das Benzin dieser Partei.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Symbol; Person

Weltgeschichte; Die Republikaner (politische Partei; seit 1983)

Zeitrahmen: vage; 1983**Datum:** 23.09.2013**Herausgeber:** ZEIT ONLINE GmbH**Autor:innen/Körperschaften:** Christian Bangel, zeit.de/Red**PQ2-Aussagen-ID: 58****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art12092013**Aussage:**

Deutschland soll seine Außenpolitik künftig nicht mehr auf EU-Gemeinsamkeiten oder eine „deutsch-französische Achse“ gründen, sondern nationale Interessen definieren und enger mit Russland kooperieren. Das hat die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vorgeschlagen. Sie nimmt dabei ausdrücklich die Politik des Reichskanzlers Otto von Bismarck zum Vorbild.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Person

Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898; Reichskanzler 1871-1890)

Zeitrahmen: 1815-1898**Datum:** 12.09.2013**Herausgeber:** Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH**Autor:innen/Körperschaften:** Peter Carstens, faz.net/Red, dpa**PQ2-Aussagen-ID: 59****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art12092013**Aussage:**

Der stellvertretende Sprecher der Partei, Alexander Gauland, stellte am Dienstag in Berlin ein außenpolitisches Papier vor, das einen Mangel an nationaler Interessenvertretung in der deutschen Außenpolitik seit 1945 beklagt. Die Partei wolle neben einer „geordneten Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ zwar weiterhin eine verlässliche Zusammenarbeit mit Amerika und Kanada („Anker westlicher Sicherheitsarchitektur“). Doch große Beachtung verdienen, der AfD zufolge, vor allem die deutsch-russischen Beziehungen, die, so wörtlich, „sorgfältiger Pflege wert sein“ müssten.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche

Deutsche Außenpolitik seit 1945

Zeitrahmen: vage; 1945-2013**Datum:** 12.09.2013**Herausgeber:** Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH**Autor:innen/Körperschaften:** Peter Carstens, faz.net/Red, dpa**PQ2-Aussagen-ID: 60****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art12092013**Aussage:**

Vorzügliche Ereignisse preußischer Geschichte: Frankreich hingegen findet in dem Konzept keine nennenswerte Erwähnung. Russland habe, so Gauland, „an entscheidenden Wegmarken der deutschen Geschichte“, als welche die AfD offenbar vorzüglich Ereignisse preußischer Geschichte begreift, „positiv Pate gestanden“. Erinnert wird an das für Preußen glückliche Ende des Siebenjährigen Krieges 1763, an die preußisch-russische Kriegskoalition 1806/1807 gegen Frankreich, an die Leipziger Völkerschlacht 1813 und schließlich an das Wirken der damaligen Sowjetunion 1989/90 im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Orte

Siebenjähriger Krieg 1756-1763; preußisch-russische Kriegskoalition 1806/1807 (Vierter Koalitionskrieg); Leipziger

Völkerschlacht 16.-19.10.1813; Wiedervereinigung Deutschlands (Deutsche Einheit) 1989/90; Sowjetunion (1922-1991)

Zeitraumen: 1756-1763; 1806/1807; 1813; 1989/90; 1922-1991

Datum: 12.09.2013

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Peter Carstens, faz.net/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 61

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art12092013

Aussage:

Es sollten demzufolge, so der Vorschlag der AfD-Führung, „Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Russland gepflegt werden“, wobei Polen, das Russland und Deutschland in der Vergangenheit mehrfach unter sich aufgeteilt haben, sich nicht um eine „antipolnische Spitze“ sorgen müsse. Dazu seien, so die AfD-Programmatik, „unsere beiden Länder viel zu eng zusammengedrückt“. Zur AfD-Haltung zu einem militärischen Eingreifen in Syrien sagte Gauland, das werde abgelehnt, obgleich die AfD keine pazifistische Partei sei.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Datum/Epoche; Person

Bismarck'sche Rückversicherungspolitik (gegenüber Russland) ohne antipolnische Spitze (Teilungen Polens: 1771; 1793; 1795; 1815); Syrien Truppeneinsatz (Operation Active Fence 2012-2013); Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898; Reichskanzler 1871-1890)

Zeitraumen: vage; 1871-1890; 2012-2013

Datum: 12.09.2013

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Peter Carstens, faz.net/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 62

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art12092013

Aussage:

„Kriegstrompeten an Kaminfeuern“: Zur Erläuterung zitierte er abermals Bismarck, der in einer Rede 1850 von „Kriegstrompeten an Kaminfeuern“ gesprochen habe, die wohlfeil seien, während „der Musketier auf dem Schnee verblutet“. Nach dem Dafürhalten der AfD gehört die Türkei nicht zu Europa und, ebenso wie Serbien oder Bosnien-Herzegowina, nicht in die Europäische Union. Ansonsten verlöre Europa „seine abendländische Identität“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898; Reichskanzler 1871-1890); Bismarcks Rede von 1850; abendländische Identität

Zeitraumen: vage; 1850

Datum: 12.09.2013

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Peter Carstens, faz.net/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 63

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art29102016

Aussage:

AfD-Abgeordneter war auf völkischem Maitanz: NDR Recherchen haben jetzt ergeben, dass Maik Hieke am 30. April dieses Jahres am sogenannten „völkischen Maitanz“ teilgenommen hat. Bei dem Treffen versammelten sich mehr als 200 Menschen auf einem Hof in Bienenbüttel. Nach Ansicht von Experten handelte es sich dabei um das größte Treffen von Rechtsextremen in Norddeutschland. Daran hätten auch NPD-Politiker und ehemalige Mitglieder der heute verbotenen Wiking-Jugend teilgenommen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Praxis/Ritual

völkischer Maitanz 2016; Wiking-Jugend (seit 1952)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1952

Datum: 29.10.2016

Herausgeber: Norddeutscher Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts

Autor:innen/Körperschaften: Jonas Schreijäg, ndr.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 64**Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art29102016**Aussage:**

Auf Nachfrage räumt Maik Hieke ein, auf dieser Veranstaltung gewesen zu sein, es habe sich aber lediglich um ein „Tanzvergnügen“ gehandelt. „Dort wird vom frühen Abend bis früh morgens getanzt und mehr findet dann auch nicht statt“, so Hieke. „Wo findet man denn heutzutage noch traditionellen Volkstanz?“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

völkischer Maitanz 2016; traditioneller Volkstanz

Zeitraumen: vage**Datum:** 29.10.2016**Herausgeber:** Norddeutscher Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts**Autor:innen/Körperschaften:** Jonas Schreijäg, ndr.de/Red**PQ2-Aussagen-ID: 65****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art29102016**Aussage:**

„Völkischer Maitanz“ am 30. April 2016: Nach Ansicht des niedersächsischen Verfassungsschutzes diene der „völkische Maitanz“ der Gemeinschaftspflege „völkischer Siedler“. Deren völkische und teils rassistische Positionen gehören laut der Behörde zu den grundlegenden Elementen rechtsextremistischer Ideologie. Die Idee, eine daran anknüpfende Gemeinschaft völkischer Siedler zu bilden, sei das zentrale Element von Organisationen wie der Wiking-Jugend oder der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) gewesen. Nachdem diese Organisationen verboten wurden, hätten die familiären Kontakte und die Brauchtumpflege weitergelebt. „Ein diesbezüglicher Schwerpunkt ist in der Lüneburger Heide zu verorten“, schreibt der Verfassungsschutz. Prägenden Einfluss auf die Entwicklung des Rechtsextremismus hätten diese familiären Netzwerke aber nicht erlangt. Völkische Siedler halten es nach Angaben der Amadeu Antonio Stiftung „für ein Naturgesetz, dass nur eine ‚rein‘ deutsche Abstammung den Erhalt des ‚Volkes‘ sichern könne und die deutsche ‚Volksgemeinschaft‘ allen anderen Menschengruppen überlegen sei“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

völkischer Maitanz 2016; völkische Siedler; Brauchtumpflege; deutsche Abstammung; Überlegenheit der deutschen Volksgemeinschaft; Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ/seit 1990); Wiking-Jugend (seit 1952)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1952; 1990**Datum:** 29.10.2016**Herausgeber:** Norddeutscher Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts**Autor:innen/Körperschaften:** Jonas Schreijäg, ndr.de/Red**PQ2-Aussagen-ID: 66****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art29102016**Aussage:**

Hieke: "Warum soll denen das Tanzen verboten sein?" Rechtsextremismusexperten halten Brauchtumsfeiern wie den "völkischen Maitanz" in Bienenbüttel für gefährlich: Dort würden NS-Traditionen ungefiltert auch an Kinder weitergegeben. Der neue Uelzener Abgeordnete Maik Hieke bleibt dabei: Er sei nur zum Tanzen bei dem Treffen gewesen. "Ich kenne da ja nicht alle 200 Leute und weiß nicht, ob jemand in der Wiking-Jugend war oder der NPD angehört." Und selbst wenn, fragt Hieke, "warum soll denen das Tanzen verboten sein? Warum soll ich mit denen nicht auf demselben Tanzboden stehen? Ich gehe ja auch einkaufen, ohne dass ich weiß, wer neben mir an der Kasse steht. Deswegen habe ich da keine Bedenken." Dass Extremisten zur Veranstaltung kämen, könne man außerdem nicht ausschließen, weil keine Einlasskontrollen gemacht würden, so Hieke. Tatsächlich kommt man jedoch nur mit einer Einladung auf das Fest.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

völkischer Maitanz; NS-Traditionen

Zeitraumen: vage; 1933-1945;**Datum:** 29.10.2016**Herausgeber:** Norddeutscher Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts**Autor:innen/Körperschaften:** Jonas Schreijäg, ndr.de/Red**PQ2-Aussagen-ID: 67****Partei:** AfD**Quelle:** DE_AfD_Art06072016**Aussage:**

„Der Amerikanismus“, schreibt Gedeon dort, sei ein „politischer Glaube, (...) nicht mehr der christliche Glaube vom jenseitigen Gottesreich, es ist der alte jüdische Glaube vom neuen irdischen Jerusalem“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; abstrakt; Symbol; Orte

das Christliche Gottesreich; Judentum; Jerusalem

Zeitraumen: abstrakt

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 68

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06072016

Aussage:

Die USA hätten klare Ziele, so Gedeon weiter: „Seit 1989 weitet sich im Westen die Amerikanisierung zu einem alle Lebensbereiche umfassenden System aus. Westen bedeutet dabei die de facto Annexion durch die USA.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche

1989; Annexion durch die USA

Zeitraumen: 1989;

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 69

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06072016

Aussage:

Hier sieht Gedeon auch den Grund für den Kriegseintritt der Amerikaner. So müssen wir uns seiner Meinung nach „von der Mär verabschieden, die US-Amerikaner hätten den Krieg gegen Deutschland geführt, um die Deutschen und Europa vom Faschismus zu befreien“, so Gedeon.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Kriegseintritt der USA (1941); Befreiung vom Faschismus als Mär

Zeitraumen: 1941;

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 70

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06072016

Aussage:

Nicht der Angriff der Wehrmacht auf Polen, Frankreich oder die Sowjetunion habe das Eingreifen der USA ausgelöst, noch sei es der Genozid an den europäischen Juden gewesen. Die Amerikaner hätten den Krieg gewollt, so oder so. „Hätte sich damals ein demokratisches Deutschland in gleicher Weise zu einer politischen und wirtschaftlichen Großmacht entwickelt wie das nationalsozialistische: Man hätte außenpolitisch und militärisch nicht anders gehandelt, als man es im Fall Hitler-Deutschlands getan hat“, schreibt Gedeon in der nun aufgetauchten Schrift.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Person

Wehrmacht; NS Angriff auf Polen (1939), Frankreich (1940) und Sowjetunion (1941); Genozid an europäischen Juden (Holocaust: 1941-1945); Hitler-Deutschland (Nationalsozialismus 1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 71

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06072016

Aussage:

Nazideutschland - ein Opfer des US-amerikanischen Machtstrebens? Die Kriegsschuldfrage wird damit von Gedeon auf den Kopf gestellt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Nazideutschland/Nationalsozialismus; Kriegsschuldfrage

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 72

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06072016

Aussage:

In seinen bisher bekannten Veröffentlichungen hatte Gedeon unter anderem geschrieben, dass die Protokolle der Weisen von Zion echt seien, außerdem verglich er Holocaust-Leugner wie Horst Mahler mit Dissidenten in China oder schrieb, dass „die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes“ seien.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; abstrakt; Ereignis; Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Protokolle der Weisen von Zion; Holocaust-Leugner-Dissidenten-Vergleich; talmudischen Ghetto-Juden; christliches Abendland

Zeitraumen: abstrakt; vage; 1933-1945

Datum: 06.07.2016

Herausgeber: Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Marcus Bensmann, CORRECTIV/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 73

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art09122014

Aussage:

Er fände es gut, wenn die Bürger in Deutschland ihren Sorgen in „gewaltlosen Demonstrationen Ausdruck verleihen“ und gegen eine Religion protestierten, in der „Frauen und Mädchen ihrer natürlichen Rechte beraubt werden oder die Anwendung der Scharia verlangt wird“. Lucke fordert in seinem Beitrag die Politiker auf, entschlossener zu handeln und erklärt, dass Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Religionsfreiheit zentrale abendländische Werte seien und die „Pegida“-Bewegung keinen Zweifel daran lassen dürfe, „dass sie mit der Verteidigung des Abendlandes die Verteidigung genau dieser Werte“ anstrebe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Scharia; Religionsfreiheit; Verteidigung des Abendlands, abendländische Werte

Zeitraumen: vage

Datum: 09.12.2014

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: faz.net/Red, sreudpa

PQ2-Aussagen-ID: 74

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06042017

Aussage:

Das Land zwischen Teutoburger Wald und Wiehengebirge zieht Rechtsextreme offenbar magisch an. Ein wichtiger Grund dafür ist ein vermeintlich germanischer Mythos. Archäologisches Wissen wird dabei in der rechten Szene ausgeblendet. Die Externsteine bei Detmold sind für rechtsextreme Kinder- und Erziehungsorganisationen ein Magnet.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Orte; Praxis/Ritual

Teutoburger Wald; Wiehengebirge; Externsteine/Detmold; germanischer Mythos

Zeitraumen: vage

Datum: 06.04.2017

Herausgeber: Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Ulf Hanke, nw.de/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 75

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06042017

Aussage:

Clasmeier berichtete von der verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), die trotz des Verbots gerade erst am vergangenen Wochenende wieder bei Detmold ein Treffen auf dem privaten Hof des ehemaligen Regionalleiters abgehalten habe. Die HDJ ist Nachfolger der Wiking-Jugend, die sich wiederum in direkter Nachfolge der Hitlerjugend verstanden hatte.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Hitlerjugend (Nationalsozialismus 1933-1945); Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ/seit 1990); Wiking-Jugend (seit 1952)

Zeitraumen: 1933-1945; 1952; 1990

Datum: 06.04.2017

Herausgeber: Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Ulf Hanke, nw.de/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 76

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06042017

Aussage:

„Die HDJ versteht sich als Sippe“: Warum es auch 72 Jahre nach dem Untergang des herrschenden Nationalsozialismus in Deutschland Menschen gibt, die dieses Weltbild weiter verbreiten ist eine offene Frage. Clasmeier gab eine pragmatische Antwort: Viele Familien, die bereits im Nationalsozialismus eine tragende Rolle spielten, legten nun einmal Wert auf die weitere Erziehung in diesem Sinne: „Die HDJ versteht sich als Sippe“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Nationalsozialismus (1933-1945); Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ/seit 1990); Sippschaften

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1990

Datum: 06.04.2017

Herausgeber: Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Ulf Hanke, nw.de/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 77

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art06042017

Aussage:

Zu dieser Erklärung passen auch Aktivitäten in Organisationen wie der rassistischen Artgemeinschaft oder dem Freibund. In ihnen gehe es um rechtsextreme Traditionspflege, erklärte Clasmeier. In Löhne war zuletzt ein Volksmusiker und in Minden ein Waldorfschullehrer wegen ihrer Aktivitäten in diesen Organisationen aufgefallen.

Nach Ansicht des Experten suchen die „Identitären“, über die Jugendorganisation „Alternative für Deutschland“ (AfD) den Weg in die rechte Mitte der Parteienlandschaft. Ein Vortrag des Thüringer Rechtsaußen-Politikers Björn Höcke (AfD) in Paderborn hatte zuletzt für starke Mobilisierung bei der extremen Rechten in OWL gesorgt. Unter den Zuhörern waren laut Clasmeier Mitglieder aller erwähnten Gruppierungen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Orte; Praxis/Ritual

Traditionspflege; „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (seit 1951); Freibund (seit 1990; früher Bund Heimattreuer Jugend/BHJ, seit 1960 in BRD); Identitäre-Bewegung (seit 2012)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1951; 1960; 2012

Datum: 06.04.2017

Herausgeber: Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Ulf Hanke, nw.de/Red, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 78

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art27042017

Aussage:

In Mecklenburg-Vorpommern wird ein AfD-Landtagsabgeordneter nicht nur von seiner eigenen Partei abgemahnt, sondern auch von seinem Arbeitgeber gerügt. Es geht um Ralph Weber, einen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Schloss. Weber ist eigentlich Professor an der Greifswalder Universität. Nach dem Kölner Treffen der AfD am vergangenen Wochenende hatte Weber auf Facebook von einem „erfreulichen Ausgang unseres Bundesparteitages“ gesprochen. Der Parteitag sei „eine klare und deutliche Absage an alle Versuche einer multikulturellen Umgestaltung unseres Vaterlandes und eine ebenso deutliche Absage an alle Versuche, unser Volk durch Überfremdung mittels Zuwanderung auszutauschen“ gewesen. Weber fuhr fort, der „große Austausch“ dürfe nicht stattfinden.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

multikulturellen Umgestaltung des Vaterlandes; Überfremdung durch Zuwanderung; der großer Austausch

Zeitraumen: vage; 1933-1945

Datum: 27.04.2017

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Frank Pergande, dpa, faz.net/Red

PQ2-Aussagen-ID: 79

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art27042017

Aussage:

Er verwendete in diesem Zusammenhang auch den Ausdruck „Biodeutscher“. Außerdem äußerte Weber, es müsse „der uns von den Siegermächten aufgezwungene und von den links-grünen Weltverbesserern und Deutschland-Abschaffern fortgesetzte Schuld kult aufhören“. Das alles fand auch die eigene Partei empörend. Der Landesvorstand befand am Mittwochabend, Weber habe die Grundsätze der Partei verletzt: „Er fügt der Partei dadurch schweren Schaden im öffentlichen Ansehen zu. Insbesondere ist die Äußerung ‚Deutschland den Deutschen‘ als gebräuchliche Kampfpapole der NPD bekannt. Die Bezugnahme auf ‚Biodeutsche‘, mit zwei deutschen Eltern und vier deutschen Großeltern, lässt Raum für Spekulationen auf rassistischen Hintergrund.“ Der AfD gehe es zwar um die Bewahrung der deutschen Kultur. Aber: „Hier mitzutun, sind nicht nur alle Bürger mit zwei deutschen Vorgenerationen eingeladen.“ Der Landesvorstand drohte Weber mit „härteren Ordnungsmaßnahmen“, sollte er seine Worte wiederholen oder Vergleichbares äußern.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Biodeutscher; Siegermächte; Schuld kult; Bewahrung der deutschen Kultur; NPD (seit 1964)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1945-2017

Datum: 27.04.2017

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Frank Pergande, dpa, faz.net/Red

PQ2-Aussagen-ID: 80

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art23112017

Aussage:

Es ist ein Skandal, der den Hamburger AfD-Politiker Alexander Wolf zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt trifft: Am kommenden Samstag will Fraktionschef Wolf beim Landesparteitag für den Vorsitz der Hamburger AfD kandidieren. Nun holt ihn seine Vergangenheit ein. Eine Sammlung von Liedern ist aufgetaucht, die auch Nazi-Gedankengut enthält. Herausgeber des Buchs: Alexander Wolf. Zuerst hatte die Bild-Zeitung über den Fall berichtet.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Liederbuch „Der Schlachtruf“ (Hg. Alexander Wolf 1994); Nationalsozialismus (1933-1945);

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 23.11.2017

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Philipp Woldin, dpa, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 81

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art23112017

Aussage:

Das Liederbuch heißt „Schlachtruf“, darauf ist ein schwarzer Adler auf rotem Grund zu sehen. Darin ist ein Lied des Nazi-Jugendführers Baldur von Schirach zu finden: "Unsere Fahne". Dieses Lied wurde auch von der Hitlerjugend gesungen. Darin heißt es unter anderem: „Deutschland, du wirst leuchtend stehn. Mögen wir auch untergehn.“ In den weiteren Textzeilen der von Wolf herausgegebenen Version sind die Wörter „Führer“ und „Hitler“ schlicht durch „Deutschland“ ausgetauscht.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Liederbuch „Der Schlachtruf“ (Hg. Alexander Wolf 1994); schwarzer Adler auf rotem Grund; Baldur von Schirach; Lied "unsere Fahne"; Hitlerjugend/Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945; 1994

Datum: 23.11.2017

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Philipp Woldin, dpa, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 82

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art23112017

Aussage:

Wolf war bei Erscheinen des Buches Burschenschaftler: Der AfD-Politiker war damals in Mitglied der rechtsextremen Münchener Burschenschaft „Danubia“, die noch 2016 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Wolf gab die Liedersammlung unter dem Titel „Der Schlachtruf“ heraus, schrieb sogar das Vorwort. Die Bild-Zeitung zitiert daraus: Der Schlachtruf solle „einen Beitrag liefern zu Wut, Trauer, Scham und Entsetzen angesichts der nun 50 Jahre zurückliegende bedingungslosen Kapitulation und aufrufen zu einem entschlossenen ‚Nie wieder!‘“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual
Liederbuch „Der Schlachtruf“ (Hg. Alexander Wolf 1994); Münchener Burschenschaft „Danubia“; bedingungslose Kapitulation 7./8. Mai 1945

Zeitraumen: 1933-1945; Mai 1945

Datum: 23.11.2017

Herausgeber:

Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Philipp Woldin, dpa, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 83

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art13102018

Aussage:

Paderborn/Kreis Lippe. Er soll über das „wahre Europa“ sprechen: AfD-Rechtsaußen Björn Höcke will am 24. November in OWL auftreten. Eingeladen hat ihn der AfD-nahe Verein „Alternativer Kulturkongress Deutschland“ (AKD) aus Paderborn. Das Interesse an dem sogenannten „Hermanns-Treffen“ ist groß – obwohl der genaue Ort erst 24 Stunden vorher bekannt gegeben werden soll. Der Landesverband Lippe, Eigentümer des Hermannsdenkmal, hat durch die Anfrage von nw.de von dem Höcke-Besuch erfahren und will jetzt vorsorglich den Staatsschutz informieren.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Orte; Praxis/Ritual

Hermanns-Treffen; Hermannsdenkmal (1838-1875; Ernst von Bandel); Schlacht im Teutoburger Wald/Detmold (9 u. Z)

Zeitraumen: vage; Jahr 9 u. Z; 1838-1875

Datum: 13.10.2018

Herausgeber: Lippischer Zeitungsverlag Giesdorf GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Birger Berbüsse, Miriam Scharlibbe, lz.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 84

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art13102018

Aussage:

Landesverband Lippe will den Staatsschutz informieren: Die Veranstalter bewerben ihr „Hermanns-Treffen“ mit einem entsprechenden Bild des Denkmals. Gespräche mit den verantwortlichen Kulturpflegern in Lippe hat es allerdings nicht gegeben. Das sagt Anke Peithmann, Chefin des Landesverbands Lippe: „Es gibt keine Anfrage, das Gelände am Hermannsdenkmal oder die Gastronomie für einen solchen Kongress zu nutzen.“

Es sei aber auch nicht der erste Versuch, Denkmäler politisch zu missbrauchen. So seien schon Flugblätter der Reichsbürger über dem Hermann abgeworfen worden. Peithmann schaltete den Staatsschutz ein. „Das werden wir jetzt auch tun.“ Die Möglichkeit, dass ein Verein Hunderte AfD-Anhänger um Höcke zum Hermann führt, lässt den Landesverband aufhorchen. Peithmann: „Immer, wenn wir Anlass haben zu glauben, dass antidemokratische Kräfte am Werk sind, informieren wir die Polizei.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Hermanns-Treffen; Hermannsdenkmal (1838-1875; Ernst von Bandel); Schlacht im Teutoburger Wald/Detmold (9 u. Z)

Zeitraumen: vage; Jahr 9 u. Z; 1838-1875

Datum: 13.10.2018

Herausgeber: Lippischer Zeitungsverlag Giesdorf GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Birger Berbüsse, Miriam Scharlibbe, lz.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 85

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art13102018

Aussage:

„Wir würden von unserer Hausordnung Gebrauch machen“: Banghard sagt: „Wenn Herr Höcke vorhätte, bei uns im Freilichtmuseum Oerlinghausen rechtsradikale Reden zu halten, würden wir von der Hausordnung Gebrauch machen.“ Allerdings gebe es auch bei den geschichtsträchtigen Orten in OWL immense Unterschiede. Banghard: „Uns Historikern ist klar, dass das Hermannsdenkmal so politisch ist, wie die KZ-Gedenkstätte, zu der Björn Höcke der Zutritt verwehrt wurde. Aber vielen Menschen in der Region, ist leider nicht bewusst, wie politisch der Hermann ist und wie er dadurch immer wieder missbraucht wird.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Orte; Praxis/Ritual

Hermanns-Treffen; Hermannsdenkmal; Teutoburger Wald/Detmold; 2017 Zutrittsverbot zur KZ-Gedenkstätte (Buchenwald 1937-1945)

Zeitraahmen: vage; Jahr 9 u. Z; 1838-1875; 1937-1945; 2017
Datum: 13.10.2018
Herausgeber: Lippischer Zeitungsverlag Giesdorf GmbH & Co. KG
Autor:innen/Körperschaften: Birger Berbüsse, Miriam Scharlibbe, lz.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 86

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art02062018

Aussage:

Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hat mit der Aussage für Empörung gesorgt, die Zeit des Nationalsozialismus sei ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte. Gefallen waren Gaulands Worte am Samstag auf dem Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative im thüringischen Seebach. In einem Grußwort an die AfD-Jugend sagte der Parteivorsitzende und Chef der Bundestagsfraktion, Hitler und die Nationalsozialisten seien „nur ein Vogelschiss“ in 1000 Jahren deutscher Geschichte, wie die Deutsche Welle auf Twitter berichtete.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Nationalsozialismus (1933-1945); Adolf Hitler; "Vogelschiss"-Vergleich; 1000 Jahre deutsche Geschichte

Zeitraahmen: 1000 Jahre; 1933-1945;

Datum: 02.06.2018

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: faz.net/Red, oge/dpa

PQ2-Aussagen-ID: 87

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art02062018

Aussage:

Nachdem dies bei zahlreichen Nutzern des Kurzbotschaftendienstes heftige Kritik hervorrief, äußerte sich auch AfD-Fraktionssprecher Christian Lüth zu der Aussage Gaulands. „Vogelschiss ist das, was ich von der Nazi-Zeit halte“, zitierte der Fraktionssprecher Gauland auf Twitter. „Quantitativ auf die rund tausend Jahre deutsche Geschichte gesehen. Inhaltlich sowieso.“ Wer dies missverstehe, „will auch der AfD schaden“.

Politiker anderer Parteien sahen in den Aussagen des 77-Jährigen eine Relativierung des Nationalsozialismus. „50 Millionen Tote im Weltkrieg, Holocaust, totaler Krieg – und das alles zu bezeichnen mit einem ‚Vogelschiss‘, das ist ein solcher Schlag ins Gesicht der Opfer und eine solche Relativierung auch dessen, was in deutschem Namen passiert ist“, sagte die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer dem Fernsehsender „Welt“. „Wer so etwas als Vorsitzender einer Partei sagt und dann sagt, das sei eine bürgerliche Partei, das macht einfach fassungslos.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Nationalsozialismus (1933-1945); "Vogelschiss"-Vergleich; 1000 Jahre deutsche Geschichte; Holocaust-Relativierung/Verharmlosung

Zeitraahmen: 1000 Jahre; 1933-1945;

Datum: 02.06.2018

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: faz.net/Red, oge/dpa

PQ2-Aussagen-ID: 88

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art02062018

Aussage:

Gauland sorgte in der Vergangenheit mehrfach durch provokative Äußerungen und fehlende Abgrenzung zum rechten Rand der AfD für Empörung. Auf einer Veranstaltung im Bundestagswahlkampf sagte Gauland, er wolle die damalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz (SPD) „in Anatolien entsorgen“. Auf einem Treffen der AfD-Rechtsaußen-Gruppe „Der Flügel“ forderte er das Recht, wieder „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Leistung deutscher Soldaten; beide Weltkriege

Zeitraahmen: 1914-1918; 1938-1945;

Datum: 02.06.2018

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: faz.net/Red, oge/dpa

PQ2-Aussagen-ID: 89

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art02062018

Aussage:

Junge Alternative für Auflösung der EU: Die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) hält die Europäische

Union (EU) unterdessen für nicht reformierbar und verlangt daher ihre Auflösung. „Die Europäische Union muss sterben, damit Europa leben kann“, sagte der JA-Vorsitzende Damian Lohr am Samstag dem Bundeskongress in Seebach. Deutschland sollte kein Geld mehr in die EU-Kasse und damit an den EU-Apparat zahlen. In der Haltung zur Europäischen Union unterscheide sich die Junge Alternative am deutlichsten von der Mutterpartei, so Lohr. Im Programmmentwurf, der auf dem Kongress bis Sonntag beraten wird, heißt es: „Zentraler Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses ist ... die Forderung nach einer stufenweisen Auflösung der Europäischen Union und des Euro.“ AfD-Bundeschef Jörg Meuthen forderte den Nachwuchs zu einem gemeinsamen Kampf mit der Mutterpartei für ein besseres Europa auf. „Wir wollen das Europa der Vaterländer.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Auflösung der Europäischen Union und des Euro; Europa der Vaterländer

Zeitraumen: vage

Datum: 02.06.2018

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: faz.net/Red, oge/dpa

PQ2-Aussagen-ID: 90

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art14102016

Aussage:

Linz. Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) hat es dieser Tage nicht leicht. Was sich am 29. Oktober in den Redoutensälen an der Linzer Promenade ein Stelldichein geben wird, ist nichts anderes als eine illustre Auswahl der international tonangebenden rechten und rechtsextremen Publizisten und Vordenker. Unter dem Motto „Verteidiger Europas“ hat sich der Kongress „Europäisches Forum Linz“ für seine - laut Homepage – „Leistungsschau der patriotischen, identitären und konservativen Arbeit im publizistischen, kulturschaffenden sowie politischen Bereich“ eigens die repräsentativsten Räumlichkeiten ausgesucht, die das Land Oberösterreich zu bieten hat.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Praxis/Ritual

Kongress "Verteidiger Europas"; Redoutensälen (seit 1695)

Zeitraumen: vage; 1695

Datum: 14.10.2016

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Werner Reisinger, wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 91

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art14102016

Aussage:

Angemietet hat den Veranstaltungsort bereits im vergangenen Mai die rechte, deutschnationale Burschenschaft Arminia Czernowitz, laut dem Büro des Landeshauptmanns unter dem einfachen Titel „Kongress“. Im Impressum auf der Homepage der Veranstaltung findet sich der „Verein für Meinungsfreiheit und Publizistik“, Herausgeber der rechten Zeitschrift „Info Direkt“. Der Obmann des Vereins, Karl Winkler, ist in der Szene kein Unbekannter. Winkler ist Oberösterreich-Vorsitzender der als rechtsextrem eingestuften Österreichischen Landsmannschaft. Zusammen mit „Info Direkt“ fungiert auch die Internetplattform „unzensuriert.at“, ins Leben gerufen vom ehemaligen Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf (FPÖ). Als Referenten in Linz haben sich unter anderem Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen und Felix Menzel, Chefredakteur der Zeitschrift „blaue Narzisse“, angekündigt. Die Zeitschrift ist unter anderem bei Mitgliedern der von Experten als rechtsextrem eingestuften Identitären Bewegung beliebt. Ebenfalls sprechen wird Nathalie Holzmüller, die 2014 ein geheimes Treffen von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache mit Vertretern des französischen Front National, der bulgarischen Rechtspartei Ataka sowie dem russischen rechtsextremen Ideologen Alexander Dugin organisiert haben soll.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Kongress "Verteidiger Europas"; Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz (seit 1877)

Zeitraumen: vage

Datum: 14.10.2016

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Werner Reisinger, wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 92

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art14102016

Aussage:

Interessant ist die Argumentation des Landeshauptmanns: Die Burschenschaft Arminia Czernowitz habe die Räumlichkeiten auch in der Vergangenheit schon mehrmals angemietet, dabei habe es nie „Beanstandungen“ gegeben, deshalb habe die Abteilung Gebäudemanagement des Landes auch diesmal den Mietvertrag genehmigt. Tatsächlich hielten die „Arminen“ im März 2009 unter dem Titel „190 Jahre Karlsbader Beschlüsse“ einen Kommers in den Redoutensälen ab. Als Festredner

fungierte der deutsche Publizist und Verleger Götz Kubitschek, wohl ein zentraler ideologischer Vordenker der Neuen Rechten, mit besten Verbindungen zu den Identitären, zur AfD und Autor der Neurechten-Bibel „Provokation“. In seiner Rede ereiferte sich Kubitschek damals über „Mechanik und Methode des linksliberalen Dauerfeuers“, träumte von der „Erringung der politischen Macht“, von „Umdeutung“ und „Revision des Sichergeglaubten“ und davon, die „selbstgefälligen politischen Eliten zu vertreiben“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Kongress "Verteidiger Europas"; Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz (seit 1877); Karlsbader Beschlüsse (20.9.1819); Redoutensälen (seit 1695)

Zeitraumen: vage; 1695; 1819;

Datum: 14.10.2016

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Werner Reisinger, wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 93

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art14102016

Aussage:

Unklar ist, ob die oberösterreichische Landesregierung wusste, wer auf den früheren Veranstaltungen der Arminia Czernowitz bereits hofiert wurde. Klar ist jedenfalls, dass Kubitschek in Deutschland den „Zwischentag“ organisiert, ein rechter Kongress, der als Vorbild für jenen in Linz dient. Laut dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes fungieren weite Teile der Arminia-Mitglieder seit 2013 auch als Aktivisten der österreichischen Identitären, die im Linzer Arminen-Haus Ende September ihr zweites Vereinslokal eröffnet haben. Eine offensichtlich gedeihliche Zusammenarbeit der Linzer Burschenschafter mit den ideologischen Speerspitzen der Neuen Rechten, deren Treffen in repräsentativen Räumlichkeiten von der Landesregierung geduldet werden?

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Praxis/Ritual

Kongress „Verteidiger Europas“; Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz (seit 1877); Redoutensälen (seit 1695); „Freie Messe Zwischentag“ (erstmalig 2012)

Zeitraumen: vage; 1695; 2012

Datum: 14.10.2016

Herausgeber: Wiener Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Werner Reisinger, wienerzeitung.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 94

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art10101994

Aussage:

SPIEGEL: Der Chef der Rep-Bundesschiedskommission sagt: Ihre Absetzung war rechtmäßig.

Schönhuber: Dieser Putsch einer kleinen Clique ehrgeiziger Funktionäre ist ein Vorgang, der in der deutschen Parteiengeschichte seinesgleichen sucht. Das ist geplanter Selbstmord, wenn ein Spitzenkandidat zwei Wochen vor der Bundestagswahl von Königsmördern gestürzt wird.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol; Person; Praxis/Ritual

deutsche Parteiengeschichte; Königsmörder

Zeitraumen: vage

Datum: 10.10.1994

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Der Spiegel, (Bild) Stoppel

PQ2-Aussagen-ID: 95

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art10101994

Aussage:

SPIEGEL: Sie plädieren nach wie vor für eine Verständigung mit den Rechtsextremen?

Schönhuber: Ich wollte und will keinen Zusammenschluß, aber für mich sind Rechtsextreme keine Verbrecher. Mir sind Arbeitslose in Springerstiefeln lieber als manche Gentlemen-Politverbrecher in Lackschuhen, wie sie in Bonn rumlaufen. Wer heute auf der Rechten glaubt, er könne auf dem Weg zur bürgerlichen Mitte koalitionsfähig werden, begeht einen Selbstbetrug. Es hat überhaupt keinen Sinn, Pfötchen zu geben und sich vor den Mächtigen zu verneigen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Symbol; Praxis/Ritual

Springerstiefeln

Zeitraumen: vage

Datum: 10.10.1994

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Der Spiegel, (Bild) Stoppel

PQ2-Aussagen-ID: 96

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art12061995

Aussage:

Die Republikaner (Rep) müssen vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Oktober auf einen intensiven Wahlkampf verzichten - ihnen geht das Geld aus. Nach den Wahlschlägen in Bremen (0,3 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (0,8 Prozent) bekommt die Partei keine Wahlkampfkostenerstattung. Daher wollen die Republikaner ihre Kräfte auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 1996 konzentrieren. Diese „letzte Schlacht“, so ein Rep-Funktionär, soll über das Schicksal der Partei entscheiden. Für die nächste Bundesvorstandssitzung am kommenden Wochenende planen Reps aus Bayern zudem, Extremisten aus der Partei zu werfen. Die Kampagne soll mit der Amtsenthebung von Bundesvize Otmar Wallner beginnen. Innerparteiliche Gegner werfen Wallner vor, er habe antisemitische Propaganda verbreitet. Parteichef Rolf Schlierer muß sich der Kritik, vor allem des Landesverbands Bayern, stellen, er zeige „Führungsschwäche“ und gehe nicht energisch genug gegen Hardliner unter den Parteimitgliedern vor.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

letzte Schlacht; antisemitische Propaganda

Zeitraumen: vage; 1933-1945

Datum: 12.06.1995

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Der Spiegel

PQ2-Aussagen-ID: 97

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02101995

Aussage:

Mehrere Vorstandsmitglieder der Republikaner wollen den früheren Vorsitzenden Franz Schönhuber, 72, aus der Partei ausschließen. Den Anlaß bieten Schönhubers Bemühungen, gemeinsam mit der rechtsextremen Zeitschrift Nation und Europa an verschiedenen Orten „Runde Tische“ für Rechtsradikale zu organisieren. Darüber hinaus werfen Spitzenfunktionäre aus dem bayerischen Landesverband ihrem ehemaligen Boß rechtsextreme Äußerungen in seinem Buch „In Acht und Bann“ vor. Darin bedauert Schönhuber die Abgrenzung der Reps nach ganz rechts und schwärmt von den „sozialrevolutionären Visionen“ des NSDAP-Propagandisten Gregor Strasser. Schönhuber bekennt in seinem Buch „eine gewisse Sympathie für den Menschen Mussolini“ und bescheinigt der Waffen-SS, der er einst selbst angehörte, „Kräfte, die die Europäisierung vorangetrieben“ hätten. Seit seinem Sturz im Oktober 1994 ist Schönhuber nur noch einfaches Mitglied sowie Ehrenvorsitzender in Sachsen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol; Person

Gregor Strasser/NSDAP; Benito Mussolini (1883-1945; ventennio fascista 1922-1945); Waffen-SS (Nationalsozialismus 1933-1945)

Zeitraumen: 1922-1943; 1933-1945

Datum: 02.10.1995

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Der Spiegel, (Bild) Action Press

PQ2-Aussagen-ID: 98

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art01052000

Aussage:

Vorangegangen waren unabgesprochene Pressemitteilungen von Käs, mit denen er einen innerparteilichen Gegner aus der Landtagsfraktion bloßgestellt und Schlierer selbst heftig angegriffen hatte. Dabei gerät Käs, auf dessen privater Internet-Seite sich Surfer bis vor kurzem noch zu Liedtexten wie „Heil Hitler Dir“ durchklicken konnten, nun selbst unter Druck. Der den äußersten rechten Wählerrand bedienende Landesvorsitzende führte 1998 in Kassel mit Neonazis eine Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung an und verkauft Bücher des verstoßenen Rep-Vorsitzenden Franz Schönhuber per Internet. Er soll mit dem Bruchsaler Franz Gängel, Vater des Neonazis Andreas Gängel, die Gründung eines Verlags vorbereitet haben. Der sollte Werbematerial an die Republikaner verkaufen und hätte einer Rep-Firma Konkurrenz gemacht. Schlierer verdächtigt seinen Stellvertreter deshalb, er habe sich an der Partei bereichern wollen. Ein Geschäftsführer in spe, der auf den Vorlaufkosten der schließlich gescheiterten Verlagsgründung sitzen geblieben ist, hat Käs zudem auf Schadensersatz verklagt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Symbol; Person; Praxis/Ritual

Liedtext: „Heil Hitler Dir“ (Nationalsozialismus 1933-1945); Wehrmachtsausstellung 1998; Franz Schönhuber

Zeitraumen: 1933-1945; 1998
Datum: 01.05.2000
Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Autor:innen/Körperschaften: Der Spiegel, (Bild) Schicke/Ditsch/AP

PQ2-Aussagen-ID: 99
Partei: REP
Quelle: DE_REP_Art30052007
Aussage:

So hatte 2003 ein Beisitzer des REP-Landesvorstands an einer von der NPD organisierten Sonnenwendfeier in Wiesbaden teilgenommen. Aber auch heute ist die Politik der Abgrenzung von der NPD nicht so eindeutig, wie der Parteivorsitzende es behauptet. Im Frankfurter Stadtparlament etwa verkehrt der einzige REP-Stadtverordnete fast freundschaftlich mit dem einzigen Vertreter der NPD und stimmt immer wieder NPD-Anträgen zu.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:
vage; Ereignis; Praxis/Ritual
Sonnenwendfeier 2003; NPD (seit 1964)

Zeitraumen: vage; 2003
Datum: 30.05.2007/26.07.2011
Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Autor:innen/Körperschaften: Hans Riebsamen, F.A.Z.

PQ2-Aussagen-ID: 100
Partei: REP
Quelle: DE_REP_Art03022014
Aussage:

*Gegen „Überfremdung“, für D-Mark.
Die Republikaner hatten nach ihrer Gründung zunächst einerseits Zulauf durch von der CSU enttäuschte Wähler - und sie punkteten unter anderem mit ausländerfeindlichen Parolen und der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft. Diese Positionen vertreten sie heute noch. So warnen sie im aktuellen Parteiprogramm vor „Überfremdung“ und fordern die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Die Republikaner treten für einen starken Nationalstaat ein und lehnen die EU in ihrer jetzigen Form ab.*

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:
Narrativ; Datum/Epoche; Symbol
Überfremdung (Nationalsozialismus 1933-1945); Asylrecht (Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes; Genfer Flüchtlingskonvention; Charta der europäischen Grundrechte 1999, Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011); D-Mark (1948-2002)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1948-2002
Datum: 03.02.2014
Herausgeber: Bayerischer Rundfunk, Anstalt des öffentlichen Rechts
Autor:innen/Körperschaften: Ernst Eisenbichler, BR.de

PQ2-Aussagen-ID: 101
Partei: REP
Quelle: DE_REP_Art03022014
Aussage:

In diesem Zusammenhang fordern sie mehr direkte Demokratie und Volksabstimmungen, unter anderem zu „Einschränkungen deutscher Staatsgewalt zugunsten internationaler Organisationen“. Die Republikaner wollen zudem den Euro abschaffen und zur D-Mark zurückkehren.

Abbildung (Bild): Johann Gärtner, Vorsitzender der Republikaner in Bayern (Archivfoto).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:
Datum/Epoche; Symbol
D-Mark (1948-2002); Währungsunion (1999/2002)

Zeitraumen: 1948-2002; 1999/2002
Datum: 03.02.2014
Herausgeber: Bayerischer Rundfunk, Anstalt des öffentlichen Rechts
Autor:innen/Körperschaften: Ernst Eisenbichler, BR.de

PQ2-Aussagen-ID: 102
Partei: AfD; REP
Quelle: DE_REP_Art09032018
Aussage:

„Die AfD, die haben keine Eier in der Hose, meine Freunde, die werden genauso wieder verschwinden. Nur die kleinen Republikaner haben überlebt - und sie werden uns nicht wegbringen.“ Es ist schon eine Weile her, dass Martin Huber das gesagt hat. Den Niedergang der AfD prophezeite er im Februar 2015, in seiner Rede beim politischen Aschermittwoch der

Republikaner in Wambach. Bei seinem jüngsten Auftritt im Gasthaus Kronseder, am 14. Februar, schimpfte er wieder wie eh und je auf Muslime, Migranten und die Medien. Doch gegen die AfD sagte der 58-Jährige, der zu diesem Zeitpunkt noch Rep-Bezirksvorsitzender in Oberbayern und stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender war, kein böses Wort. Das hatte allerdings auch seinen Grund: Die seiner Ansicht einst eierlose AfD ist Huber im Laufe von drei Jahren so sympathisch geworden, dass er ihr beigetreten ist.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Praxis/Ritual

politischer Aschermittwoch, Wambach 2018 (seit der Versammlung des Bayerischen Bauernbundes 1919)

Zeitraumen: 1919

Datum: 09.03.2018/10.03.2018

Herausgeber: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Florian Tempel, Süddeutsche.de

PQ2-Aussagen-ID: 103

Partei: AfD; REP

Quelle: DE_REP_Art09032018

Aussage:

Bei den rechtsradikalen Republikanern hatte sich Huber 1989 eingeschrieben. Seit 1990 ist er Gemeinderat in Taufkirchen und ebenso lange Mitglied des Kreistags. Als Bürgermeisterkandidat schaffte er es 1996 in die Stichwahl gegen Franz Hofstetter (CSU), als Landtagskandidat erhielt er 1998 in seiner Heimatgemeinde 26 Prozent der Stimmen. Zuletzt waren seine Wahlergebnisse bei weitem nicht mehr so stark. Auch der Zulauf zu den Aschermittwoch-Veranstaltungen, dem politischen Höhepunkt im Republikaner-Jahr, hat nachgelassen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

politischer Aschermittwoch, Wambach 2018 (seit der Versammlung des Bayerischen Bauernbundes 1919)

Zeitraumen: 1919;

Datum: 09.03.2018/10.03.2018

Herausgeber: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Florian Tempel, Süddeutsche.de

PQ2-Aussagen-ID: 104

Partei: AfD; REP

Quelle: DE_REP_Art02102018

Aussage:

Jaschke: Ihre Biografien ähneln sich: Schönhuber war stellvertretender TV-Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks und Vertrauter des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Gauland war die rechte Hand des hessischen CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann. Doch dann wurden beide aus der politischen Klasse verstoßen und vollzogen die populistische Wende: „Wir da unten gegen die da oben“ - obwohl sie selbst lange zur Elite zählten. Beide wollten auch die deutsche Geschichte umdeuten: Schönhuber verharmloste die Waffen-SS, Gauland verglich die NS-Zeit mit einem Vogelschiss.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Franz Josef Strauß (CSU Vorsitzender 1961-1988); Geschichtsrevision; Waffen-SS (Nationalsozialismus 1933-1945);

„Vogelschiss“-Vergleich (Verharmlosung);

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 105

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02102018_2

Aussage:

Sein Name war Franz Schönhuber - einst bei der Waffen-SS, Ex-Schauspieler, Ex-Journalist, nun Chef einer nationalpopulistischen Partei. Als der SPIEGEL ihm dumpfe Fremdenfeindlichkeit vorwarf, entgegnete er: „Ich bin nicht fremdenfeindlich. Ich habe wahrscheinlich die Hälfte meines Lebens auch arbeitsmäßig im Ausland verbracht. Es fing an, als ich als Soldat, Dolmetscher und Ausbilder der Waffen-SS war.“ So verklärte Schönhuber seinen Kriegseinsatz für die Waffen-SS, die am Holocaust und an zahlreichen Kriegsverbrechen Schuld trug, zur bereichernden Auslandserfahrung.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Waffen-SS (Nationalsozialismus 1933-1945); Holocaust-Verharmlosung

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 106

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02102018_2

Aussage:

Franz Schönhuber (Jahrgang 1923) meldete sich nach dem Abitur in München freiwillig zur Leibstandarte-SS Adolf Hitler. Dieser Verband der Waffen-SS bedeutete für ihn die „Elite der Elite“, wie er 1981 in seinem Buch „Ich war dabei“ schrieb; er kämpfte an der West- und Ostfront. Ihn trieb wohl eher seine Abenteuerlust als die NS-Ideologie. Die letzten Kämpfe an der Oder 1945 verpasste er, weil er sich einen Tripper eingefangen hatte. Eine alliierte Spruchkammer stufte ihn nach dem Krieg als Mitläufer ein.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Leibstandarte-SS Adolf Hitler; Waffen-SS (Nationalsozialismus 1933-1945); Buch „Ich war dabei“ (Franz Schönhuber 1981)

Zeitraumen: 1933-1945; 1981

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 107

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02102018_2

Aussage:

Bald zog es ihn ins Rampenlicht: Schönhuber trat in kleinen Theatern auf, etwa im „Faust“ als Gretchens Bruder Valentin. Später berichtete er aus bayerischen Sporthallen und schrieb für die Münchener Boulevardblätter „Abendzeitung“ und „tz“. Rechts war er damals nicht, unterstützte sogar Ende der Sechzigerjahre die Jungsozialisten (Jusos) in ihrem antikapitalistischen Aufbegehren gegen die Mutterpartei SPD. Ihm gefiel das „Gefühl der Kameradschaft - ein bisschen wie bei der Waffen-SS“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Faust (J.W. Goethe/1808); Waffen-SS (Nationalsozialismus 1933-1945)

Zeitraumen: 1808; 1933-1945;

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 108

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02102018_2

Aussage:

Seine Begeisterung für den Sozialismus flaute jedoch ab, er suchte die Nähe zur Macht. In Bayern war das die CSU. Schönhuber reiste als Günstling von Franz Josef Strauß im Priesstross um die Welt und moderierte im Bayerischen Fernsehen als Vizechefredakteur die Wirtshaus-Sendung „Jetzt red i“, in der Bürger Politikern ihre Sorgen vortrugen. Wegen Verharmlosung der Naziverbrechen in seiner Autobiografie ließ der BR ihn jedoch 1982 fallen. Auch Strauß wandte sich ab.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Praxis/Ritual

Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus (1933-1945); Franz Josef Strauß (CSU Vorsitzender 1961-1988);

Buch „Ich war dabei“ (Franz Schönhuber 1981)

Zeitraumen: 1933-1945; 1961-1988; 1981

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 109

Partei: REP

Quelle: DE_REP_Art02102018_2

Aussage:

Schönhuber driftete zusehends weiter nach rechts und verbreitete wirre Thesen über den Holocaust. Moderate Republikaner um Rolf Schlierer drängten ihn 1995 endgültig aus der Partei. Bei DVU und NPD fand Schönhuber für einige Jahre eine neue politische Heimat und kandidierte 2005 für die NPD in Dresden, ehe er zwei Monate später an einer Lungenembolie starb.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Holocaust (1941-1945); Parteiaustritt 1995; NPD (seit 1964); DVU (seit 1987)

Zeitraumen: 1941-1945; 1995

Datum: 02.10.2018

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Martin Pfaffenzeller, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 110

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art21012017

Aussage:

In Koblenz haben sich neun rechtspopulistische Parteien als Anführer eines nationalistischen Europas ohne EU inszeniert. Bei der Tagung traten AfD-Chefin Frauke Petry und Front-National-Chefin, Marine Le Pen, erstmals gemeinsam auf. Bei der Veranstaltung „Freiheit für Europa“ überboten sich die Sprecher gegenseitig in der Beschimpfung der EU.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Symbol; Praxis/Ritual

Kongress/Tagung „Freiheit für Europa“, Koblenz 2017

Zeitraumen: 2017

Datum: 21.01.2017

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Hannelore Croll

PQ2-Aussagen-ID: 111

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art21012017

Aussage:

Wen es an diesem Punkt noch immer nicht aus der Koblenzer Kongresshalle getrieben hat, hinaus zu den Demonstranten, die zu einem Xylophon die „Ode an die Freude“ piepsten, der durfte noch AfD-Sprecherin Frauke Petry („Unsere Bundeskanzlerin in spe!“) erleben, wie sie Nietzsche zitierte. Und die alten Griechen. Die Römer natürlich auch. Die Verhaltensökonomie nach Richard Thaler. Oder Helmut Kohl (ohne natürlich seinen Namen zu nennen).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol; Person

Ode an die Freude (Friedrich Schiller/1758; Ludwig van Beethoven/1824); Friedrich Nietzsche (1844-1900); die alten Griechen und Römer

Zeitraumen: vage

Datum: 21.01.2017

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Hannelore Croll

PQ2-Aussagen-ID: 112

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art21012017

Aussage:

Man muss es ihr lassen, die studierte Chemikerin hat sich redlich bemüht, aus Google noch das Letzte rauszuholen, um ihren Punkt zu machen: Europa heißt Knechtschaft. Um die Fesseln abzuwerfen, müssen alle Völker aktiv werden – und ihr Kreuz bei AfD, FPÖ, der niederländischen Freiheitspartei oder der Lega Nord machen. Auf dass das verheißene „Europa der Vaterländer“ real werde.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Europa der Vaterländer

Zeitraumen: vage

Datum: 21.01.2017

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Hannelore Croll

PQ2-Aussagen-ID: 113

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14032006

Aussage:

Die Gruppe von Privatpersonen um den Zürcher Christoph Mörgeli, Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei (SVP), will für 1 Mio. Franken den Bundesbrief kaufen. Die Gruppe will damit verhindern, dass das rund 700 Jahre alte Dokument im Juni für eine Ausstellung in die USA gebracht wird.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291

Zeitraumen: 1291;

Datum: 14.03.2006

Herausgeber: SWI swissinfo.ch, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft
Autor:innen/Körperschaften: swissinfo/Red, sda

PQ2-Aussagen-ID: 114

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14032006

Aussage:

Lächerliche Versicherungssumme

Das Trio bezeichnete den Bundesbrief als „Grundpfeiler der Willensnation“. Die vorgesehene Versicherungssumme von 1 Mio. Franken für den Transfer ins Ausland sei lächerlich tief. Es sei unbegreiflich, dass nicht eine Kopie des Bundesbriefes nach Philadelphia geschickt werde.

Das Dokument, aus dem die SVP und auch die von Pirmin Schwander präsentierte Aktions für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) gerne zitieren, sei auf der Reise unnötigen Risiken ausgesetzt. Dass die Schwyzer Regierung es ausleihen wolle, habe Empörung ausgelöst.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291

Zeitraumen: 1291;

Datum: 14.03.2006

Herausgeber: SWI swissinfo.ch, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft

Autor:innen/Körperschaften: swissinfo/Red, sda

PQ2-Aussagen-ID: 115

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Kom22102007

Aussage:

Blochers Aufstieg löst international Furcht aus, bis hin nach Übersee. Er und seine Partei werden oft in eine Reihe mit rechtsextremen Bewegungen wie dem Front National von Jean-Marie Le Pen in Frankreich oder der österreichischen FPÖ unter Jörg Haider gestellt. Tatsächlich scheut die SVP nicht vor drastischen populistischen Parolen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Untertönen zurück. Und sie propagiert eine aggressive Haltung gegenüber der EU und anderen übernationalen Institutionen. „Die SVP sagt allen Versuchen den Kampf an, durch einen EU-Beitritt oder internationale Staatsverträge die Souveränität der Schweiz einzuschränken. Wir lassen uns nicht durch internationale Abkommen binden“, heißt es in einem der drei Punkte, die von der SVP als Essenz ihres Wahlprogramms herausgestellt wurden. Die wohlhabende, für ihren gemäßigten Bürgersinn bekannte Schweiz könnte eigentlich das Musterland einer stabilen, prosperierenden und weltoffenen europäischen Gemeinschaft sein. Dass ausgerechnet hier ein schriller Isolationismus auf solch fruchtbaren Boden fällt, wirkt wie ein Alarmzeichen für ganz Europa. Ist Blochers Vormarsch etwa ein Erfolgsmodell für den Nationalpopulismus auf dem gesamten Kontinent?

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

EU-Beitrittsgesuch 1992; internationale Staatsverträge/Abkommen

Zeitraumen: vage; 1992;

Datum: 22.10.2007

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Richard Herzinger, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 116

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Kom22102007

Aussage:

Abschottung nicht mit der Erfahrung von Unfreiheit verbunden

Dagegen spricht, dass der Höhenflug der SVP nur vor dem Hintergrund historisch gewachsener Schweizer Besonderheiten begreiflich ist. Die EU-Phobie und die Warnungen der SVP vor Überfremdung – vor allem durch den Islam – zielen auf die Urangst der Schweizer, von übermächtigen Nachbarn dominiert und ihrer einzigartigen Identität als einer aus vier Nationalitäten zusammengesetzten „Willensnation“ beraubt zu werden. Diese für europäische Nationalstaaten völlig untypische Staatsidee hat die Schweiz über Jahrhunderte gegen aggressive Vormächte diverser Art behaupten können. Wie zuletzt in der traumatischen Zeit des Nationalsozialismus überstand sie solche Bedrohungen durch das Heraushalten aus internationalen Konflikten und das Einigeln in den nationalen Eigensinn. Abschottung nach außen war für die Schweiz somit nicht wie für andere Länder mit der Erfahrung von Unfreiheit verbunden, sie garantierte vielmehr die Fortexistenz ihrer Freiheit.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel: vage; Narrativ; Symbol

historisch gewachsene Schweizer Besonderheiten; Überfremdung; (Nationalsozialismus); Schweizer Urangst; Jahrhunderte

Zeitraumen: vage;

Datum: 22.10.2007

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Richard Herzinger, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 117

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Kom22102007

Aussage:

Blocher suggeriert heute, auch die EU sei eine solche feindliche Macht, die im alten Geist Wilhelm Tells abgewehrt werden könne. „Fremde oder selbst ernannte Vögte dulden wir nicht“, proklamiert seine SVP. Die Überzeugung, dass die Schweiz auch künftig nur in gegenläufiger Entwicklung zum Rest des Kontinents überlebensfähig sei, fasst der Historiker Paul Widmer in dem Schlagwort zusammen: „Die Schweiz ist ein Sonderfall – oder sonst keine Schweiz.“ Der SVP gelingt es zudem, sich als einzige Kraft darzustellen, die der authentischen Stimme „des Volkes“ gegenüber einer abgehobenen, den kleinen Mann verachtenden „politischen Klasse“ Gehör verschaffen könne. Doch während diese volkstümliche Attitüde anderswo von politischen Außenseitern mit antidemokratischer Stoßrichtung eingenommen wird, kann Blocher auch in diesem Punkt an ein tief im eidgenössischen Selbstverständnis verankertes nationales Gut anknüpfen: an den Bürgerstolz der Schweizer auf ihre einzigartige Tradition einer direkten Demokratie.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol; Person

Wilhelm Tell (Friedrich Schiller, Erstaufführung 1804 Weimar); der Schweizer Sonderfall; Tradition einer direkten Demokratie

Zeitraumen: vage;

Datum: 22.10.2007

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Richard Herzinger, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 118

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Kom22102007

Aussage:

Die SVP schürt die Furcht davor, dass eine „europäisierte“ und in die EU strebende politische Klasse diese historisch bewährte Einrichtung als veraltet abtun und zugunsten abstrakter, fremdbestimmter europäischer Institutionen zurückdrängen könnte. Christoph Blochers Nationalismus beruft sich somit auf eine demokratische Freiheitstradition und kann daher nicht mit dem eines Haider oder Le Pen gleichgesetzt werden, deren nur mühsam kaschierter ideologischer Bezugspunkt der Nationalsozialismus beziehungsweise Faschismus ist. Blocher dagegen nennt als Vorbild Winston Churchill, womit er seine Loyalität zum demokratischen Westen betont.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Person

Tradition einer direkten Demokratie; Abgrenzung von Nationalsozialismus und Faschismus; Winston Churchill (1874-1965)

Zeitraumen: vage; 1874-1965;

Datum: 22.10.2007

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Richard Herzinger, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 119

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Kom22102007

Aussage:

Ein zweites Element der Blocher-Ideologie, das auf andere Länder ausstrahlen könnte, ist ihre Kombination von Bejahung der wirtschaftlichen Globalisierung und Ablehnung einer gesellschaftlich-politischen Öffnung zu mehr kosmopolitischer Vielfalt. In der Person und Politik Blochers scheint das paradoxe Prinzip eines „Globalismus mit Heimatverwurzelung“ Gestalt anzunehmen. Die enormen Möglichkeiten der globalen Märkte und Netzwerke zu nutzen, sich dabei aber zugleich ein Refugium nationaler oder regionaler Übersichtlichkeit zu erhalten, ist eine Sehnsucht, die wachsende Teile der Eliten in ganz Europa erfasst.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage

Heimatverwurzelung

Zeitraumen: vage

Datum: 22.10.2007

Herausgeber: Die Welt/Media Impact GmbH & Co. KG; WELT Axel Springer SE

Autor:innen/Körperschaften: Richard Herzinger, welt.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 120

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

Doudou Diène ist Uno-Sonderberichterstatter für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Er warf im Uno-Menschenrechtsrat in Genf dem demokratischen Musterstaat Europas Rassenhass vor. Und verlangte den Rückzug der berühmt-berüchtigten Schäfchenplakate der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Der aggressive und betont ausländerfeindliche Wahlkampf der

größten Partei hat die Schweiz in ein Tollhaus verwandelt, wo Parallelen zur Propaganda des Dritten Reichs und dem faschistischen Führerkult gezogen werden.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Propaganda des Dritten Reichs; faschistischer Führerkult

Zeitraumen: 1933-1945;

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 121

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

Seit Wochen nun überzieht die SVP in einer millionenschweren wie professionellen Kampagne das Land mit unzähligen Straßenplakaten, Zeitungsanzeigen und Flugblättern. Darauf werden Ausländer freimütig als schwarze Schafe dargestellt, die es rauszuwerfen gilt. Und zwar mit einem kräftigen Huftritt der weißen Schäfchen, den Schweizern. Inzwischen hat sogar die NPD in Hessen das Plakat adaptiert, um es im Landtagswahlkampf zu nutzen. Die SVP überlegt sich laut "20minuten" rechtliche Schritte gegen diesen „Missbrauch“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage

NPD (seit 1964)

Zeitraumen: nein

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 122

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

„Sicherheit schaffen - Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer“, nennt sich das Begehren, für welche die SVP fleißig Unterschriften sammelt, damit bald das Volk darüber abstimmen kann. „Die Gewaltkriminalität steigt, der Missbrauch unserer Sozialhilfe nimmt zu, schamlos nutzen Ausländer die gastfreundliche Schweiz aus. Das muss ein Ende haben“, schreibt die SVP in ihrer aktuellen Wahlzeitung. „Die SVP stellt schwarze Schafe raus!“ Sollten sich die Eidgenossen für das Begehren aussprechen, müssten „Ausländer, die sich nicht an die Gesetze halten und die sich nicht integrieren wollen, das Land verlassen“. Gleiches gilt für „Ausländer, welche missbräuchlich Leistungen von Sozialwerken beziehen“, so der Wortlaut der Initiative.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Symbol

Ausschaffungsinitiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2010)

Zeitraumen: nein

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 123

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

In Deutschland wurden zwar Zuwanderungsbegrenzung, die Abschiebung krimineller Ausländer oder eine erschwerte Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft immer wieder diskutiert. Den rüden, offen fremdenfeindlichen Ton der SVP findet man für gewöhnlich aber nur bei rechtsextremen Parteien wie den Republikanern oder der NPD.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

nein

Vergleich Republikaner (seit 1983) oder NPD (seit 1964)

Zeitraumen: nein

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 124

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

Anleihen aus der nationalsozialistischen Gewaltsprache

Verblüffend ist die offizielle Stellungnahme der Schweizer Regierung, des Bundesrates, gegenüber der Uno: „Die SVP-Kampagne zur Ausschaffungsinitiative steht im Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit.“ Meinungsfreiheit hat in der Schweiz mit ihren stark ausgeprägten Volksrechten traditionsgemäß einen hohen, ja mythischen Stellenwert. Die SVP schießt seit Jahren aus allen Rohren gegen alles ihrer Meinung nach Unschweizerische, was nicht zuletzt zu einer Verluderung der öffentlichen Diskussion führte. Anleihen aus der nationalsozialistischen Gewaltsprache erstaunen offenbar kaum mehr.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Schweizer Tradition der Meinungsfreiheit; nationalsozialistische Gewaltsprache; Ausschaffungsinitiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2010)

Zeitrahmen: vage; 1933-1945;

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 125

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

„Nur ein Grinsen“

Der Gebrauch nationalsozialistischen Jargons ist eine ausgesprochene Spezialität der SVP. Im vergangenen Jahr verglich ein SVP-Volksvertreter im Berner Stadtrat Asylbewerber mit Ungeziefer. Und vor drei Jahren wurden die Sozialdemokraten als rote, wimmelnde Rattenschar auf Plakaten dargestellt, die angeblich den Staat ruinieren würden. Bekanntlich verhöhnten die Nazis Juden als Ratten, die den gesunden deutschen Volkskörper aushöhlten und deshalb auszurotten waren.

„Die negative Bedeutung der Ratte ist uns gar nicht in den Sinn gekommen“, hieß es hingegen scheinheilig bei der SVP.

„Wenn man diesen Leuten sagt, hört, euer Plakat ist doch im Stile Goebbels‘, dann gibt es keine sachliche Auseinandersetzung, sondern es kommt nur ein Grinsen“, stellte kürzlich Markus Arnold, Präsident der Christlichen Volkspartei des Kantons Zürich fest. Das Bezirksgericht Zürich wies schließlich eine Strafanzeige der Sozialdemokraten gegen das Rattenplakat ab.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

nationalsozialistischen Jargon; Goebbels-Stil

Zeitrahmen: 1933-1945;

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 126

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

„Der Diskurs über Ausländer ist stark fremdenfeindlich“, sagte ein Sprecher der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) SPIEGEL ONLINE. Es herrsche ein Klima der Einschüchterung, der aggressiven Konfrontation und politischen Manipulation, die den demokratischen Werten schwerwiegenden Schaden zuführen würden. Die im Innenministerium angesiedelte Abteilung wacht über die Einhaltung der Rassismusstrafnorm. Beides würde der Schweizer Justizminister, Christoph Blocher, lieber heute als morgen abschaffen. Denn für die SVP ist die Kommission eine „Zensur- und Umerziehungsbehörde“, so dass sich „Eltern an einem Elternabend nicht zu den Problemen wegen des hohen Ausländeranteils zu äußern getrauen“, wie auf der Website der Partei nachzulesen ist.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994); Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (1995); Umerziehungsbehörde

Zeitrahmen: vage; 1994/1995;

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 127

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02102007

Aussage:

In der Art und Weise, wie die SVP den Volksbegriff gebraucht, erkennt die politische Konkurrenz faschistische Züge. Als „Volk“ gelte nicht die Mehrheit der Stimmbürger, sondern nur die Anhänger von Christoph Blocher, wie der Schweizer Vizepräsident und Innenminister Pascal Couchepin die SVP-Sprache analysiert: „So zu tun, als gehe das Land unter, als komme es zur Katastrophe, wenn jemand nicht wieder gewählt wird, das erinnert mich an den Faschismus.“ Die Gleichung

„wenn der Duce stirbt, verschwindet alles“, sei ungesund, ergänzt der temperamentvolle FDP-Politiker aus dem französischsprachigen Wallis.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Faschismus (1922-1945); Duce/Benito Mussolini (1883-1945; ventennio fascista 1922-1945);

Zeitraumen: 1922-1945;

Datum: 02.10.2007

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Michael Soukup, SPIEGEL ONLINE

PQ2-Aussagen-ID: 128

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112009

Aussage:

Eine satte Mehrheit von rund 58 Prozent des Schweizer Volkes will den Bau von Minaretten in Zukunft verbieten. Nie zuvor sagten Bürger eines Landes an der Urne Nein zu Moscheetürmen. Die Vertreter der 400.000 Muslime in dem Acht-Millionen-Einwohner-Land zeigten sich fassungslos: „Die Moslems fühlen sich als Glaubensgemeinschaft in der Schweiz nicht akzeptiert“, kommentierte Farhad Afshar, Präsident der Koordination islamischer Organisationen Schweiz, das Resultat. Der Soziologe und Autor Jean Ziegler macht in Helvetien bereits eine „Pogromstimmung“ gegen Muslime aus.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); Pogromstimmung

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 2007-2009

Datum: 29.11.2009

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Jan Dirk Herbermann, zeit.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 129

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112009

Aussage:

Die Anführer der Anti-Minarett-Kampagne hingegen brachen offen in Jubel aus. „Ich bin sehr zufrieden“, sagte Ulrich Schlier, Abgeordneter der SVP. Schlier und seine Mitstreiter hatten die Schweizer wochenlang mit antimuslimischen Parolen und Hetzreden bearbeitet. Sie wetterten gegen die Minarette als ein Symbol des islamischen „Herrschaftsanspruchs“ über die christliche Schweiz. Die Muslime wollten dem Land ihr mittelalterliches Recht aufzwingen, Frauen würden gesteinigt, Männer zum Hass auf den Westen angestachelt. Auf das Minarett folge zwangsläufig der Muezzin. Befürworter des Bauverbots ließen durchblicken, dass sie als nächsten Schritt auch einen Abriss der vier bestehenden Minarette fordern könnten. Schlier hatte seiner Abscheu gegenüber Muslimen bereits in seiner Zeitschrift Schweizerzeit freien Lauf gelassen. Dort druckte er einen Artikel ab, der zur „Massenausschaffung der Muslime“ aus der Schweiz aufruft.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); christliche Schweiz; mittelalterliches Recht (Islam);

Massenausschaffung

Zeitraumen: vage; 2007-2009

Datum: 29.11.2009

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Jan Dirk Herbermann, zeit.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 130

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112009

Aussage:

Das Nein der Schweizer zu Moscheetürmen markiert einen weiteren Erfolg für die SVP als nationalkonservative politische Kraft – als einzige große Partei unterstützte sie die Anti-Minarett-Initiative. Die SVP um ihren Anführer Christoph Blocher gewann in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Anhänger. Mit harter Rhetorik macht die Partei gegen die EU, gegen Asylsuchende und generell gegen alles Fremde mobil. Dabei gerieten besonders nach den Terrorattacken islamistischer Fanatiker verstärkt die Muslime in das Visier der SVP.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); Terrorattacken islamistischer Fanatiker

Zeitraumen: vage; 2007-2009

Datum: 29.11.2009

Herausgeber: ZEIT ONLINE GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Jan Dirk Herbermann, zeit.de/Red

PQ2-Aussagen-ID: 131

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art06102009

Aussage:

Der Basler SVP-Präsident Sebastian Frehner kann nicht fassen, dass seine Partei die Abstimmungsplakate gegen den Bau von Minaretten in Basel nicht aufhängen darf. «Das Plakat greift niemanden rassistisch an. Wir verbieten ja nicht den Islam. Wir wollen nicht, dass in der Schweiz Minarette gebaut werden. Wir wollen keinen fundamentalistischen Islamismus.» Auf dem SVP-Plakat sind Moscheetürme dargestellt, die aus dem Boden schießen und Raketen ähneln. Daneben steht eine Frau in einer Burka. Ein Motiv, das dem Basler Bau- und Verkehrsdepartement zu weit geht. Sprecher André Frauchiger verweist auf die Plakatverordnung, die Kampagnen mit «rassistischem oder Geschlechter diskriminierendem Inhalt» verbietet («Tagesanzeiger» von gestern).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); Islamismus; Burka

Zeitrahmen: vage; 2007-2009

Datum: 06.10.2009

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Muriel Mercier, Baselland. Zeitung/bz

PQ2-Aussagen-ID: 132

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art06102009

Aussage:

Auch für Frehners Baselbieter Parteikollege und Präsident der Landratsfraktion Thomas de Courten ist das Plakat-Verbot aus der Stadt unverständlich. «Das Plakat bringt die Forderung der Initiative gegen die Islamisierung der Schweiz auf den Punkt.» Eine pointierte Darstellung sei bei Plakaten immer das Ziel. «Es ist reine Interpretation der Initiativgegner, dass die Minarette wie Raketen aussähen.»

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); Islamisierung

Zeitrahmen: vage; 2007-2009

Datum: 06.10.2009

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Muriel Mercier, Baselland. Zeitung/bz

PQ2-Aussagen-ID: 133

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112014

Aussage:

Ende 2009 durften sich die Mitglieder des Egerkinger Komitees innert weniger Wochen zum zweiten Mal als Sieger fühlen: «Minarettverbot» wurde zum Wort des Jahres gewählt. Es habe, wie das Wort Miesli, das Potenzial, sich als neuer Sprachexport helvetischen Ursprungs zu etablieren, schrieb die Jury. Das Minarettverbot war weltweit in aller Munde, und – im Unterschied etwa zur «Ventilklausel», die gleichzeitig zum Unwort des Jahres erkoren wurde – mehrheitlich positiv konnotiert. Während die Empörung in muslimischen Ländern gross war, spielte man mancherorts in Europa mit dem Gedanken, es der Schweiz gleichzutun und den Bau neuer Minarette zu untersagen.

In die Tat umgesetzt wurde dieses Vorhaben aber nirgendwo – der vermeintliche Exportschlager verkam zum Ladenhüter. Stattdessen verboten Belgien und Frankreich das öffentliche Tragen der Burka, der Kanton Tessin zog im September 2013 nach. Das Egerkinger Komitee, Erfinder der Minarettinitiative, dürfte ab kommendem Frühjahr Unterschriften für ein nationales Verhüllungsverbot sammeln.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009);

Zeitrahmen: 2007-2009

Datum: 29.11.2014

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Dennis Bühler, Keystone-sda, Solothurner Zeitung

PQ2-Aussagen-ID: 134

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112014

Aussage:

Viktor Giacobbo: «Dümmste Initiative von allen»

«Das Minarettverbot ist bei uns längst ein Running Gag. Im Vorfeld der Abstimmung hatten wir bei «Giacobbo/Müller» einen Minarettzähler eingeblendet, der die immense Zahl solcher Türme in der Schweiz aufwies: vier! Die Panikmache der Initiativbefürworter wirkte offensichtlich. SVP-Nationalrat Lukas Reimann etwa warnte in der «Arena» vor der Zuwanderung von Muslimen in seiner Heimatstadt Wil. Weil er ein derart düsteres Bild beschwor, verwendeten Mike Müller und ich fortan Aufnahmen aus Afghanistan, um die Stadt Wil zu zeigen. Wil Tourismus reagierte mit Humor und ernannte mich für ein Jahr zum Botschafter der Stadt. Die Minarettinitiative war die dümmste und wirkungsloseste Abstimmungsvorlage aller Zeiten. Die Schlächter des Islamischen Staates lassen sich doch nicht von einem Türmchenverbot beeindrucken. Die Initiative hat das Image der Schweiz verschlechtert und moderate, integrierte Muslime diskriminiert. Als nichtreligiöser Mensch finde ich, dass jeder seine Religion so ausleben soll, wie er möchte, solange er dabei niemanden stört. Es gibt keinen Grund, Minarette zu verbieten, schliesslich sind Kirchtürme auch erlaubt. Und nerven mit ihrem lauten Glockengebimmel einige.» Kabarettist Viktor Giacobbo (62) macht seit 2008 mit Mike Müller den satirischen Wochenrückblick «Giacobbo/Müller» im Schweizer Fernsehen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009);

Zeitraumen: 2007-2009

Datum: 29.11.2014

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Dennis Bühler, Keystone-sda, Solothurner Zeitung

PQ2-Aussagen-ID: 135

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29112014

Aussage:

Walter Wobmann: «Ein historischer Sieg»

«Zwar hoffte ich in den Wochen vor der Abstimmung, wir könnten knapp gewinnen. Doch nie hätte ich mit einem so überwältigenden Sieg gerechnet. 57,5 Prozent der Stimmbürger waren auf unserer Seite! Ich hatte in den Wochen nach der Abstimmung mehrere tausend Zuschriften aus dem In- und Ausland erhalten. Bloss ein, zwei Prozent davon waren negativ. Im Ausland reagierten viele Menschen neidisch auf die Chancen, die unser direktdemokratisches System bietet. Auch sie hätten gerne ein Zeichen gegen den extremen Islam gesetzt. Mehrere Todesdrohungen hatte ich Jahre zuvor kurz nach der Lancierung der Initiative erhalten, als der TV-Sender «Al Dschasira» unsere Vorlage vorstellte und fälschlicherweise verbreitete, wir wollten Moscheen verbieten. Dabei ging es uns nur um die Minarette als Symbol des radikalen Islams. Im Koran steht nämlich weder etwas von Minaretten noch von Burkas. Die Annahme der Initiative war ein historischer Sieg und wegweisend auch für andere Länder: Belgien und Frankreich haben sich inzwischen für ein Burka-Verbot entschieden. Genauso der Kanton Tessin. Im Januar werde ich mit meinen Mitstreitern des Egerkinger Komitees entscheiden, ob wir eine Initiative für ein nationales Burka-Verbot lancieren wollen. Ich denke, wir werden dies wollen.» Walter Wobmann (SVP/SO) sitzt seit 2003 im Nationalrat. Er war Co-Präsident des Initiativkomitees.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009); Koran; Burka

Zeitraumen: vage; 2007-2009

Datum: 29.11.2014

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Dennis Bühler, Keystone-sda, Solothurner Zeitung

PQ2-Aussagen-ID: 136

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09022014

Aussage:

Zürich - Die Schweizer haben sich am Sonntag mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, die Zuwanderung künftig zu begrenzen. Die Initiative "Gegen Masseneinwanderung" der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ist mit 50,3 Prozent Ja-Stimmen knapp angenommen worden. Die Differenz zwischen Gegnern und Befürwortern beträgt lediglich rund 19.500 Stimmen.

Die SVP-Initiative sieht jährliche Höchstzahlen und Kontingente für die Zuwanderung von Ausländern vor. Bei der Besetzung von Stellen sollen Arbeitgeber Bewerbern mit Schweizer Pass den Vorzug geben.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn 2011; in Kraft: 2014)

Zeitraumen: 2011; 2014

Datum: 09.02.2014

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Thorsten Dörting/tdo, SPIEGEL ONLINE, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 137

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09022014

Aussage:

Bürger der EU, die im Rahmen eines EU-Abkommens seit rund zehn Jahren problemlos in das Nicht-EU-Land Schweiz ziehen können, würden ebenfalls unter die Kontingentregelung fallen. Seit dem Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens im Jahr 2002 haben sich jährlich 80.000 EU-Bürger in der Schweiz niedergelassen - zehnmal so viele wie die Regierung in Bern prognostiziert hatte.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002

Datum: 09.02.2014

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Thorsten Dörting/tdo, SPIEGEL ONLINE, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 138

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09022014

Aussage:

Die Befürworter der Initiative der rechtsgerichteten SVP hatten in Umfragen vor der Abstimmung lange Zeit unter der erforderlichen absoluten Mehrheit gelegen, allerdings in den letzten Tagen stark hinzugewonnen. Nach Ansicht von Experten konnte die SVP von einer für Schweizer Verhältnisse ungewöhnlich hohen Wählermobilisierung profitieren: 56 Prozent gingen an die Urne.

Die Kantone Aargau, Schaffhausen, Graubünden, Glarus, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Basel-Landschaft, Luzern, Obwalden, Nidwalden, Uri, Schwyz, Tessin, Bern, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden stimmten mit Ja. Die Wähler in Genf, Zug, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Zürich, Basel-Stadt und Jura sagten nein zur Initiative. Demnach tut sich auch bei dieser Abstimmung der sogenannte Röschtigraben auf, der häufig in der Schweizer Politik eine Rolle spielt: Die Deutschschweizer Kantone stimmten mehrheitlich für die Abschottungsinitiative, die Romandie dagegen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn 2011; in Kraft: 2014); Röschtigraben

Zeitraumen: 2011; 2014

Datum: 09.02.2014

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Thorsten Dörting/tdo, SPIEGEL ONLINE, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 139

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09022014

Aussage:

Der Politologe Thomas Milic wird auf vom Nachrichtenportal „20.min.ch“ wie folgt zitiert: „So hat die SVP nicht festgeschrieben, wie hoch die Kontingente denn sein sollen. Auf jeden Fall kann die Regierung das Votum des Volkes nicht einfach ignorieren: Sie muss die Personenfreizügigkeit neu verhandeln. Und da ist die Unsicherheit naturgemäß sehr groß: Niemand kann heute sagen, wie die heterogenen EU-Mitgliedstaaten auf die Wünsche der Schweiz reagieren werden.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002

Datum: 09.02.2014

Herausgeber: SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Thorsten Dörting/tdo, SPIEGEL ONLINE, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 140

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art27122015

Aussage:

Wirtschaftsfront mit Schneider-Ammann

Mittlerweile hat sich zudem eine breite Allianz gegen das Volksbegehren gebildet. Mehrere Wirtschaftsverbände wollen dagegen kämpfen und stellen finanzielle Mittel bereit. Auch Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann will sich an der Wirtschaftsfront gegen die SVP-Initiative beteiligen, obwohl sie kein Geschäft seines Departementes ist: «Die Durchsetzungsinitiative ist unnötig und schädlich. Sie bringt uns Konflikte mit der Personenfreizügigkeit und der Menschenrechtskonvention», erklärte Schneider-Ammann gegenüber der «SonntagsZeitung».

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: 2002

Datum: 27.12.2015

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Irena Jurinak (ij), tagesanzeiger.ch, Lukas Lehmann/Keystone

PQ2-Aussagen-ID: 141

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art05032015

Aussage:

Auch kein Christoph Blocher, muss man aus helvetischer Sicht hinzufügen. Nach 1989 bekämpfte Blochers Schweizerische Volkspartei jede Annäherung an Europa mit den Klischees des Zweiten Weltkriegs. Um „Anpassung oder Widerstand“ ging es Blocher zufolge bei der Abstimmung zum Europäischen Wirtschaftsraum 1992. Auch in der Schweiz hatte die deutsche Wiedervereinigung historische Ängste beflügelt. Moskau, das Feindbild des Kalten Kriegs, wurde ersetzt durch Brüssel, die Kontinuität aber auf Hitler zurückgeführt. „Wenn es Deutschland nicht gäbe, wäre die Schweiz Europa längst beigetreten“, war ein geflügeltes Wort. Westschweiz und Tessin wollten damals „den Anschluss“, den die Deutschschweiz jedoch verhinderte. Man kann die damalige Stimmung als rhetorischen Bürgerkrieg am Röschti-Graben bezeichnen. Noch anlässlich der EU-Ost-Erweiterung zum Jahrtausendende sprach ein christdemokratischer Parteisekretär von einer „Heim ins Reich“-Ideologie. Die SVP in Zürich führte einen Wahlkampf gegen die Deutschen und „Berliner Verhältnisse“, die es zu verhindern gelte.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte

EU-Beitrittsge such 1992; Zweiten Weltkrieg (1939-1945); Widerstand; deutsche Wiedervereinigung 1989/90; Kalter Krieg (1947-1989); Hitler und Anschluss (1938); Röschti-Graben; EU-Ost-Erweiterung (2004-2013); „Heim ins Reich“-Ideologie (Nationalsozialismus 1933-1945)

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1939-1945; 1947-1989; 1989/90; 1992; 2004-2013

Datum: 05.03.2015

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Jürg Altwegg, F.A.Z., Reuters

PQ2-Aussagen-ID: 142

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art05032015

Aussage:

Fachausschüsse statt großer Dramen

Inzwischen ist die Wahrnehmung anders. Das Ansehen Frankreichs in der Westschweiz hat gelitten, die Grenzgänger sind – im Tessin erst recht – die neuen Sündenböcke. Wie viel besser in der Deutschschweiz, die beim Fußball mit jedem Gegner der Deutschen fieberte und dabei noch einmal Hitler zu besiegen glaubte, das Bild vom nördlichen Nachbarn geworden ist, illustriert die erwähnte „Tages-Anzeiger“-Eloge: „Für Europa ist dieses Deutschland ein Segen.“ Und wie sehr die Schweiz von Europa abhängt, haben die Folgen der Abstimmung gegen die „Masseneinwanderung“ vom Februar 2014 gezeigt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person

Adolf Hitler (Nationalsozialismus 1933-1945); Eidgenössische Volksinitiative: Gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn 2011; in Kraft: 2014);

Zeitraumen: 1933-1945; 2014;

Datum: 05.03.2015

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Jürg Altwegg, F.A.Z., Reuters

PQ2-Aussagen-ID: 143

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art15012016

Aussage:

Die Reaktionen auf Köln zeigen: Die SVP trifft mit der Durchsetzungsinitiative den Nerv der Zeit. Unsere Gegenwart wird von drei Strömen dominiert: Migration, Digitalisierung, Globalisierung. Die heftigen Reaktionen auf Köln haben mit Migration zu tun, sicher. Aber auch mit Digitalisierung, mit schnellen Medien: Das Publikum ist alerter geworden, reizbarer. Wir neigen zum Launenhaften. Die Durchsetzungsinitiative entspringt aber keiner Laune, sondern wurde sorgfältig geplant. Die Volksinitiative gibt es in der Schweiz seit 1891. Sie ist ein äusserst weit gehendes politisches Recht, es gibt nichts Vergleichbares auf der Welt. Eine kleine Gruppe, im Extremfall ein einzelner Bürger, kann einen Text formulieren, der mit 100.000 Unterschriften zum Inhalt der Verfassung werden kann. Ohne dass das Parlament etwas dazu zu sagen hätte.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Köln (Silvesternacht 2015/2016); Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016); Rütlichschwur 1307/01.08.1891 (Gründungstag der Eidgenossenschaft)

Zeitraumen: 1307/1891; 2012; 2015/2016;

Datum: 15.01.2016

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Anja Burri, David Hesse, tagesanzeiger.ch

PQ2-Aussagen-ID: 144

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art15012016

Aussage:

Das Volk nahm mehrere Initiativen an, die wohl internationalem Recht zuwiderlaufen.

So viele waren es nicht. Ausschaffungs-, Minarett-, Verwahrungs- und Pädophileninitiative. Und jetzt kommt die Durchsetzungsinitiative. Deren Annahme wäre rechtsstaatlich ein Skandal.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Ausschaffungsinitiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2010); Minarett-Initiative (Sammelbeginn 2007; in Kraft: 2009);

Verwahrungsinitiative (Sammelbeginn 1998; in Kraft: 2004); Pädophileninitiative (Sammelbeginn: 2009; in Kraft: 2014);

Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016);

Zeitraumen: vage; 1998-2016

Datum: 15.01.2016

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Anja Burri, David Hesse, tagesanzeiger.ch

PQ2-Aussagen-ID: 145

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art15012016

Aussage:

SVP-Nationalrat Hans-Ulrich Vogt will in der Schweiz geborene Ausländer nicht ausschaffen. Ginge das überhaupt?

Der Wortlaut der Initiative ist klar: Ausländer. Ich gehe davon aus, dass das auch die Leute, die abstimmen gehen, so verstehen. Massgebend ist sowieso nicht der Artikel allein. Jeder Artikel, der neu in die Verfassung kommt, muss im Gesamtzusammenhang mit allen anderen Verfassungsbestimmungen interpretiert werden. Die Initianten der Durchsetzungsinitiative haben kein Monopol darauf, wie unsere Verfassung ausgelegt wird.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016); Bundesverfassung (1848/1874/1999);

Zeitraumen: 1848/1874/1999; 2012/2016

Datum: 15.01.2016

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Anja Burri, David Hesse, tagesanzeiger.ch

PQ2-Aussagen-ID: 146

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art15012016

Aussage:

Was ist falsch daran, in der Verfassung die Delikte aufzulisten, auf die Landesverweis stehen soll?

In der Schweiz muss der Richter einen Landesverweis verfügen, nicht ein starrer Verfassungsartikel. Das ist das Kernproblem der Initiative. Unsere neue Verfassung von 1999 ist wohl eine der modernsten und besten Verfassungen weltweit. Der schlichte, nüchterne Stil, die luzide Systematik – das ist eindrucklich. Das Volk, so hat ein US-Bundesrichter einmal gesagt, könne sich im Zustand der Nüchternheit äussern – oder betrunken. Die Revision unserer Verfassung hat etwa 30 Jahre gedauert und fand unter Einbezug weitester Volkskreise statt. Diese Verfassung steht für Nüchternheit. Und nun ist das Volk trunken?

Jetzt soll ein Artikel in die Verfassung gepflanzt werden, der nicht hineinpasst. Er ist zu umfangreich, zu detailliert. Er wäre nach der Ausschaffungsinitiative der einzige Artikel, der sich mit »dem Ausländer« als solchem befasst. Und das Bild, das er kommuniziert, ist das vom Ausländer als Gefahr.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016); Bundesverfassung (1848/1874/1999);

Zeitraumen: 1848/1874/1999; 2012/2016

Datum: 15.01.2016

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Anja Burri, David Hesse, tagesanzeiger.ch

PQ2-Aussagen-ID: 147

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art15012016

Aussage:

Die Grundrechte sind auch in Polen und Ungarn unter Druck. Ist die Schweiz Teil eines grösseren europäischen Prozesses? Heute ist es ein normaler Prozess, dass sich Länder über ihre Menschenrechtssituation austauschen und gegenseitig kritisieren. Über einzelne Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kann man geteilter Meinung sein. Nur weil man in gewissen Fragen nicht gleicher Meinung ist, wird die Menschenrechtskonvention noch lange nicht infrage gestellt. Die SVP versucht das zwar. Sie sammelt Unterschriften für eine Volksinitiative, die Landesrecht grundsätzlich vor Völkerrecht stellen will. Die Rede ist sogar von einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das wäre eine Katastrophe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Durchsetzungsinitiative (Einreichung 2012/Abstimmung 2016); Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974); Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» (Vorlage 12.08.2016/Ablehnung 25.11.2018)

Zeitraumen: vage; 1974; 2012/2016

Datum: 15.01.2016

Herausgeber: Tages-Anzeiger, Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: Anja Burri, David Hesse, tagesanzeiger.ch

PQ2-Aussagen-ID: 148

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

Nichts Geringeres als einen Staatsstreich gilt es nach Ansicht von Christoph Blocher in der Schweiz zu verhindern. In aller Stille entmachteten Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz in einem unheimlichen Zusammenspiel den Verfassungsgeber, also das Volk, sagte der Doyen, Chefstrategie und größte Financier der national-konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) am Freitag in Bern: „Das Volk wird entthront.“ Immer mehr Volksinitiativen würden unter Verweis auf internationales Recht nicht wortgetreu in die Praxis umgesetzt. Dadurch werde die direkte Demokratie eingeschränkt respektive ausgeschaltet und die Selbstbestimmung der Schweiz unterlaufen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol

Staatsstreich; Bundesverfassung (1848/1874/1999); Entthronung; Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» (Vorlage 12.08. 2016/Ablehnung 25.11.2018)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 2016

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 149

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

„Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor“, heisst es im Initiativtext. Ausgenommen davon seien nur die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts, in denen es um das Verbot von Folter, Völkermord oder Sklaverei geht. Ausserdem soll es Bund und Kantonen nach dem Willen der SVP fortan untersagt sein, völkerrechtliche Verpflichtungen einzugehen, die der Bundesverfassung widersprechen. Sollten sich Völkerrecht und Schweizer Recht widersprechen, müssten die völkerrechtlichen Verpflichtungen an die Vorgaben der Bundesverfassung angepasst oder „nötigenfalls“ gekündigt werden.

Die Gegner dieser Initiative – zu ihnen zählen fast alle anderen Parteien im Parlament – argwöhnen, die SVP ziele auf eine Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Amnesty International spricht von einem „Frontalangriff auf die Menschenrechte“. Für die Operation Libero, ein Netzwerk liberal gesinnter Studenten, die zu Beginn dieses Jahres überraschend erfolgreich gegen die SVP-Initiative zur Verschärfung des Ausländerrechts gekämpft hatte, ist es eine „Vertragsbruch-Initiative“, weil sich die Schweiz im Konfliktfall eben nicht mehr an die geltenden völkerrechtlichen Verträge halten müsse. Damit stünden die Zuverlässigkeit und die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Vertragspartnerin in Frage.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Bundesverfassung (1848/1874/1999); Völkerrecht; Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974); Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» (Vorlage 12.08. 2016/Ablehnung 25.11.2018)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 1974; 2016

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 150

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

Der SVP-Parteipräsident Albert Rösti beteuerte, dass man die Menschenrechtskonvention nicht kündigen wolle. Aber wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Urteile fälle, die Schweizer Volksentscheiden widersprüchen, „wollen wir eine rote Linie ziehen“. Als jüngstes Beispiel für eine aus Sicht der SVP unangemessene Einmischung von Richtern nannte Rösti das Urteil des Schweizer Bundesgerichts, das mit der EU abgeschlossene Personenfreizügigkeitsabkommen über die Schweizer Verfassung zu stellen. Das bedeutet: Falls die Schweiz die Zuwanderung deckelt und gegen das Freizügigkeitsabkommen verstößt, könnten betroffene Arbeitnehmer vor Gericht ziehen – und recht bekommen. Für diesen Fall hat Christoph Blocher bereits angekündigt, eine Initiative zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens zu lancieren.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Bundesverfassung (1848/1874/1999); Europäische Menschenrechtskonvention (1950/53; Schweiz 1974);

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002)

Zeitraumen: vage; 1848/1874/1999; 1974; 2002

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 151

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

Blocher kämpft schon lange gegen das, was er als eine stärkere Eingemeindung der Schweiz in die von ihm verhasste EU empfindet. Mit enormem Einsatz und viel Geld hatte der Milliardär 1992 durch seine Kampagne gleichsam im Alleingang den Beitritt der Eidgenossenschaft zum Europäischen Wirtschaftsraum verhindert. Aus seiner Sicht soll das Land möglichst ohne äußere Einflussnahme seinen Weg gehen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Symbol

EU-Beitrittsgesuch 1992

Zeitraumen: 1992;

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 152

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

Die Kompromisse, welche die Schweiz im Zuge der langjährigen Verhandlungen zum Abschluss bilateraler Verträge mit der EU eingegangen ist, sind ihm ein Graus. Genau wie die Brexit-Befürworter will Blocher die Personenfreizügigkeit einschränken. Diese hat mit dazu beigetragen, dass heute rund ein Viertel der Bewohner Ausländer sind. Von dem Zustrom hat die Wirtschaft des Landes zwar profitiert, wie zahlreiche Studien zeigen. Trotzdem entwickelte sich über die Jahre ein fremdenfeindliches Grundrauschen, das die SVP stetig befeuerte und dem sie mit ihrer Initiative „gegen Masseneinwanderung“ ein Ventil gab: Eine knappe Mehrheit der Wahlbürger stimmte im Februar 2014 für den Vorschlag, die Zuwanderung künftig mittels Kontingenten und Bevorzugung Einheimischer („Inländervorrang“) bei der Stellensuche zu begrenzen. Seither ist die Verunsicherung groß. Viele Unternehmen fürchten, dass sie künftig nicht mehr genügend Fachkräfte an Bord holen können.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Personenfreizügigkeit (Abkommen 1999/Abstimmung 2000/in Kraft 2002); Gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn 2011; in Kraft: 2014);

Zeitraumen: 2002; 2014;

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 153

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art14082016

Aussage:

Ausgerechnet in dieser heiklen Phase prescht die SVP nun also mit der Selbstbestimmungsinitiative vor. Diese wird die Gespräche mit Brüssel gewiss nicht erleichtern, zumal die Partei erst vor einer Woche auch noch eine Kampagne gegen das geplante institutionelle Rahmenabkommen mit der EU vom Zaun gebrochen hat. Dabei geht es um die Frage, wie Veränderungen im EU-Recht in die bestehenden bilateralen Verträge Eingang finden und wie in Streitfällen zu verfahren ist.

Obwohl der entsprechende Vertrag, über den seit Mai 2014 verhandelt wird, noch gar nicht vorliegt, fuhr Blocher harte Geschütze dagegen auf: Es handle sich um einen „Kolonialvertrag“, der die Schweiz zum bloßen Befehlsempfänger Brüssels degradiere und unweigerlich zu einem schleichenden Beitritt des Landes zur EU führe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Kolonialvertrag; Selbstbestimmungsinitiative (Volksinitiative vom 12.08.2016/Schweizer Recht statt fremde Richter; abgelehnt 2018)

Zeitraumen: vage

Datum: 14.08.2016

Herausgeber: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Johannes Ritter, F.A.Z

PQ2-Aussagen-ID: 154

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29072017

Aussage:

Das Datum hat Symbolkraft. Am 1. August wird Tiziano Galeazzi, Chef der SVP-Fraktion im Stadtparlament von Lugano, einen Vorstoss einreichen mit dem Ziel, den Bundesbrief von 1291 für eine temporäre Ausstellung im Kulturzentrum LAC in Lugano auszuleihen. Galeazzi fordert den Stadtrat von Lugano dazu auf, zu diesem Zweck bei der Regierung des Kantons Schwyz, des Eigentümers des historisch bedeutenden Dokuments, vorstellig zu werden.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291

Zeitraumen: 1291

Datum: 29.07.2017

Herausgeber: Luzerner Zeitung/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Kari Kälin, luzernerzeitung.ch, Boris Bürgisser

PQ2-Aussagen-ID: 155

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29072017

Aussage:

Der Bundesbrief, streng behütet in einer Glasvitrine, befindet sich seit 1936 im Bundesbriefmuseum in Schwyz. Er war bis jetzt nur ein einziges Mal im Ausland. Vom 10. bis 30. Juni 2006 konnte er im Museum für amerikanische Verfassungsgeschichte in Philadelphia im Rahmen des Projekts «Swiss Roots» (Schweizer Wurzeln) bestaunt werden. 31000 Personen, darunter zahlreiche Auslandschweizer, besuchten die Ausstellung extra wegen des mythenumrankten Dokuments. Einen Besucheransturm erhofft sich Galeazzi auch für das LAC Lugano. 25 Politiker von links bis rechts, mehr als ein Drittel des Parlaments, haben seinen Vorstoss mitunterzeichnet. Galeazzi verspricht sich vom Bundesbrief einen didaktischen Wert: «Eine Ausstellung lässt sich gut mit Staatskunde- und Geschichtsunterricht verbinden.»

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Bundesbrief 1291; 1936 Bundesbriefmuseum/Schwyz; Swiss Roots/2006

Zeitraumen: 1291; 1936; 2006

Datum: 29.07.2017

Herausgeber: Luzerner Zeitung/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Kari Kälin, luzernerzeitung.ch, Boris Bürgisser

PQ2-Aussagen-ID: 156

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29072017

Aussage:

Einmalige Konstellation in Philadelphia

Galeazzi versuchte bereits, den Bundesbrief für das Superjubiläumsjahr 2015 (700 Jahre Schlacht am Morgarten, 500 Jahre Schlacht in Marignano) nach Lugano zu holen. Der Stadtrat von Lugano fand die Idee zwar gut, klopfte aber gar nicht erst beim Kanton Schwyz an – wegen knapper Kasse. Galeazzi schlägt vor, die Ausleihe durch private Gönner zu finanzieren. Gratis zu haben ist das Pergament nicht, für Sicherheit und Versicherung fallen beträchtliche Kosten an.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel: Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291; Superjubiläumsjahr 2015: 700 Jahre Schlacht am Morgarten (15. November 1315/Gegner: Leopold von Habsburg); 500 Jahre Schlacht in Marignano (13./14. September 1515/Gegner: Franz I. Valois-Angouleme König von Frankreich)

Zeitraumen: 1291; 1315; 1515

Datum: 29.07.2017

Herausgeber: Luzerner Zeitung/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Kari Kälin, luzernerzeitung.ch, Boris Bürgisser

PQ2-Aussagen-ID: 157

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art29072017

Aussage:

Stähli's Einschätzung kommt nicht von ungefähr. Im August 2006, nachdem der Bundesbrief unversehrt von seiner US-Reise heimgeführt worden war, erklärte der Regierungsrat, weitere Ausleihen des Dokuments seien nicht geplant. Die Regierung betrachte die Konstellation als einmalig. Zwei SVP-Kantonsräte hatten kritisiert, die Regierung könne sich künftig Absagen für die Ausleihe des Bundesbriefes gar nicht erlauben. Es gebe noch viele Länder, in denen Nachfahren von Schweizern lebten.

Die Angst um die Sicherheit animierte das SVP-Trio Peter Föhn, Pirmin Schwander und Christoph Mörgeli sogar, den Bundesbrief dem Kanton Schwyz für eine Million Franken abzukaufen, in eine Stiftung zu überführen und dafür zu sorgen, dass der Bundesbrief auf ewige Zeiten nicht ausser Landes gebracht werden darf. Die Schwyzer Regierung lehnte das Angebot ab. Gegen einen temporären Transfer des Bundesbriefes nach Lugano hätte Peter Föhn nichts einzuwenden. Wenn dieser auf Schweizer Territorium bleibe, sehe er kein Problem, sagt der Schwyzer Ständerat.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Bundesbrief 1291; Swiss Roots/2006

Zeitraumen: 1291; 2006

Datum: 29.07.2017

Herausgeber: Luzerner Zeitung/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: Kari Kälin, luzernerzeitung.ch, Boris Bürgisser

PQ2-Aussagen-ID: 158

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber13042017

Aussage:

Das Wichtigste in Kürze

Das Bundesgericht hat die Verurteilung des ehemaligen SVP-Generalsekretärs Martin Baltisser und seiner damaligen Stellvertreterin Silvia Bär bestätigt.

Das Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» sei rassendiskriminierend, urteilten die Lausanner Richter mit drei gegen zwei Stimmen. Die beiden Verantwortlichen wollen das Urteil nicht weiterziehen.

SVP-Präsident Albert Rösti ortet ein «politisches Urteil» und sich darin bestätigt, dass die Rassismus-Strafnorm die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkt.

Sechs Jahre, nachdem das Inserat geschaltet worden war, ist heute das Urteil gefallen: Das Bundesgericht bestätigt die Urteile des Regionalgerichts Bern-Mittelland und des Berner Obergerichtes und spricht die beiden Verantwortlichen der Rassendiskriminierung schuldig.

Das Inserat «Das sind die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung: Kosovaren schlitzten Schweizer auf» stelle die Ethnie der Kosovaren als gewalttätig dar und setze sie in ihrer Menschenwürde herab, entschied das Bundesgericht.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf»/Kampagne der Eidgenössischen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014); Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994);

Zeitraumen: 1994; 2011-2014

Datum: 13.04.2017

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Autor:innen/Körperschaften: srf/sda/onnd/brut, kurn, srf.ch

PQ2-Aussagen-ID: 159

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber13042017

Aussage:

Die Vorgeschichte

Im August 2011 wurde das Inserat auf den Webseiten der SVP aufgeschaltet und in der «Neuen Zürcher Zeitung» sowie dem «St. Galler Tagblatt» an einem Tag publiziert.

Diverse Verlagshäuser hatten die Publikation des Inserates abgelehnt, weil sie es als rassistisch qualifizierten.

Der Slogan «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» bezog sich auf einen konkreten Fall, bei dem zwei Kosovaren auf einen Schweizer losgegangen waren.

Die Verteidiger der beiden SVP-Kader machten vor Gericht geltend, dass mit dem Plakat ein konkreter Fall geschildert werde – nämlich ein Angriff auf einen Schweizer Schwinger in Interlaken.

Ausserdem habe es nur Beanstandungen wegen des deutschsprachigen Inserates gegeben – sowohl die französische als auch die italienische Version seien nicht kritisiert worden, weil es hier keine sprachlichen Zweideutigkeiten gebe.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf»/Kampagne der Eidgenössischen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014); Messer-Attacke in Interlaken 15.08.2011

Zeitraumen: 2011-2014

Datum: 13.04.2017

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Autor:innen/Körperschaften: srf/sda/onnd/brut, kurn, srf.ch

PQ2-Aussagen-ID: 160

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber13042017

Aussage:

SVP-Präsident Albert Rösti: «Es ist ein politisches Urteil»

Parteichef Albert Rösti zeigte sich «sehr enttäuscht» über das Urteil. Dass es politisch motiviert sei, belege der knappe Richterspruch. «Es zeigt sich jetzt, dass die Rassismus-Strafnorm so ausgelegt wird, wie wir es immer befürchtet haben», betont Rösti. So richte sich die Norm ganz klar nicht nur gegen Holocaust- oder Genozid-Leugner, sondern schränke die Meinungsäusserungsfreiheit bei politisch missliebigen Meinungen ein. Ein identisches Plakat werde es nach der Verurteilung natürlich nicht mehr geben, sagt Rösti und ergänzt: «Ich möchte jetzt aber nicht sagen, dass es in Zukunft keine provokativen Plakate mehr gibt. Im Gegenteil.»

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Symbol

Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf»/Kampagne der Eidgenössischen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014); Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994); Holocaust- oder Genozid-Leugner (1941-1945)

Zeitraumen: 1994; 2011-2014

Datum: 13.04.2017

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Autor:innen/Körperschaften: srf/sda/onnd/brut, kurn, srf.ch

PQ2-Aussagen-ID: 161

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art10012018

Aussage:

SVP-Nationalrat Thomas Matter, der mit seiner Bankgeheimnisinitiative die Reform zu Fall gebracht hat, widerspricht nicht: «Selbstverständlich gibt es schwarze Schafe, die das Bankgeheimnis missbrauchen, um Steuern zu hinterziehen. Aber schwarze Schafe gibt es in jedem Bereich.» Auch bei der IV oder bei der Sozialhilfe gebe es Missbrauch, so Matter. «Aber es käme uns nie in den Sinn, diese Sozialwerke deshalb abzuschaffen.»

Er werde weiterhin wachsam bleiben und weitere Angriffe auf das Inland-Bankgeheimnis bekämpfen, kündigt Matter an.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Symbol

Bankgeheimnisinitiative 2014; Bankkündengeheimnis (Bankengesetz/BankG 1934/35)

Zeitraumen: 1934/35; 2014

Datum: 10.01.2018

Herausgeber: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)/Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Autor:innen/Körperschaften: Priscilla Imboden, srf.ch

PQ2-Aussagen-ID: 162

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art13042017

Aussage:

Der frühere SVP-Generalsekretär Martin Baltisser und seine Stellvertreterin Silvia Bär haben mit dem Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» gegen die Anti-Rassismusstrafnorm verstossen. Das Bundesgericht hat am Donnerstag das Urteil der Vorinstanz bestätigt.

Mit dem Inserat seien die Kosovaren als Ethnie so dargestellt worden, dass sie im Vergleich zu anderen Ausländern gewalttätiger seien und deshalb kein Recht auf Aufenthalt in der Schweiz hätten. So habe der Durchschnittsleser das Inserat verstanden, nimmt die Mehrheit der strafrechtlichen Abteilung des Bundesgerichtes an.

Das Inserat habe damit Stimmung gegen diese ethnische Gruppe gemacht. Das Inserat sei als Gesamtes zu betrachten.

Deshalb greife der Einwand der Beschwerdeführer nicht, dass mit dem Inserat ein Einzelfall aufgegriffen worden sei, der sich tatsächlich ereignet hat. Der Entscheid verlief entlang der Parteigrenzen – die zwei SVP-Richter unterlagen gegen die drei weiteren Richter.

Bereits im März 2016 hatte das Obergericht Bern Baltisser und Bär als Verantwortliche für das Inserat im Rahmen der Kampagne für die Masseneinwanderungsinitiative 2011 wegen Rassendiskriminierung für schuldig befunden. Sie wurden gemäss Absatz 1 (Aufruf zu Hass oder Diskriminierung) zu bedingten Geldstrafen von 45 Tagessätzen zu je 300 beziehungsweise 220 Franken verurteilt. (Sitzung 6B-610/2016 vom 13.04.2017)

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Inserat «Kosovaren schlitzen Schweizer auf»/Kampagne der Eidgenössischen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung (Sammelbeginn: 2011/in Kraft: 2014);

Zeitraumen: 2011-2014

Datum: 13.04.2017

Herausgeber: St. Galler Tagblatt/CH Regionalmedien. Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: sda, tagblatt.ch

PQ2-Aussagen-ID: 163

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Gäste, liebe Freunde! Es fällt schwer, nach diesem bewegenden Lied (Anm.: Zuvor sangen die Teilnehmer das Lied ‚Ich hatt einen Kameraden‘), mit dem der toten Kameraden der beiden Weltkriege, aber darüber hinaus, der Opfer der beiden Kriege gedacht wird, den Übergang zur Feuerrede zu finden. Das Feuer, das Kelten und Germanen zur sommerlichen Sonnenwende entzündet haben, galt zunächst der Fruchtbarkeit, und dem Dank für reiche Ernte. Reiche Ernte hat auch der Tod im vergangenen Jahrhundert unter unserem Volk gehalten. Und es war nicht immer eine Befreiung, wie es uns die gnadenlosen Gutmenschen und Tugendterroristen, die heute Wehrmachtsveranstaltungen und Wehrmachtsausstellungen gestalten, einreden wollen, die unser Volk im vergangenen Jahrhundert erfahren hat. 1918 sind wir angeblich von der Tyrannei der Monarchie befreit worden 1934 wurden wir angeblich vom Chaos der Demokratie befreit 1938 wurden wir angeblich vom Kleriko-Faschismus befreit. und 1945 - und das ist zur Staatsideologie geworden - sind wir angeblich vom Faschismus und von der Tyrannei befreit worden, und in die nächste Tyrannei geraten, insbesondere hier auf diesem Boden, auf dem wir uns heute befinden. [...]“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte; Praxis/Ritual

Lied (Der gute Kamerad 1809, Ludwig Uhland); beide Weltkriege; Kelten und Germanen; sommerliche Sonnenwende; im vergangenen Jahrhundert; Befreiung, Wehrmachtsveranstaltungen und Wehrmachtsausstellungen; 1918 Monarchie; 1934; 1938 Kleriko-Faschismus; 1945 Faschismus; Tyrannei; Seebarn

Zeitraumen: vage; 1809, 1914-1918; 1934; 1938-1945

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 164

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„[...] Und letztlich 1994 sind wir von der Selbstständigkeit befreit worden, als unser Land entschieden hat in die Europäische Union mit 1.1.1995 einzutreten. Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Gäste dieser Sonnenwendfeier, der Paradigmenwechsel den Österreich während der vergangenen hundert Jahre durchgemacht hat, den wollen wir unseren Kindern und Enkeln ersparen. Wir Freiheitlichen arbeiten daran, dass dieses Europa nicht ein Europa ist, dass sich unter die Fehler der Vergangenheit reiht, dass aber nicht vergisst, dass es im vergangenen Jahrhundert nicht nur Verbrechen auf der einen Seite, sondern auch Verbrechen auf anderer Seite gegeben hat Wenn ich das sage, dann meine ich konkret unsere nördlichen Nachbarn. Ich hoffe das unser heutiges Feuer in Seebarn weit nach Böhmen hineinleuchtet, und jenen die am vergangenen Sonntag - vergangene Woche - die Wahlen gewonnen haben in Erinnerung ruft, dass auch sie ihre Geschichte aufzuarbeiten haben, und sie ihrer Geschichte, den Morden der letzten und der- sogar - der Tage nach Kriegsende zu stellen haben., wie sie im Jahre 1945 240.000 Menschen das Leben gekostet haben und mehr als 3 Millionen unserer Landsleute vertrieben wurden. [...]“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Datum/Epoche; Orte; Praxis/Ritual

1994/1995 EU-Beitritt Österreichs; Sonnenwendfeier; vergangene hundert Jahre; die Fehler der Vergangenheit; Seebarn; Böhmen; Geschichtsaufarbeitung; Morde der letzten Kriegstage 1945; Vertreibungen

Zeitraumen: vage; 1945; 1994/1995

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 165

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„[...] Tschechien kann nicht in die Europäische Union beitreten, solange es nicht auch, so wie wir es tun mussten, sich der eigenen Geschichte stellt und Genugtuung für die Fehler der Geschichte leistet. Tschechien kann sich nicht einbilden, in eine Wertegemeinschaft einzutreten, ohne Wiedergutmachung und ohne Entschuldigung an den Opfern der Vertreibung des Jahres 1945 unserer Landsleute zu leisten. Das, liebe Kameradinnen und Kameraden, haben wir der EU und das haben wir den Tschechen klar und deutlich zu sagen. Und hätten wir es nicht klar und deutlich in den vergangenen Jahren gesagt, man wäre nobel darüber hinweg gestiegen. Der Paradigmenwechsel, der in den letzten Jahrzehnten sich ereignet hat, hat auch dazu geführt, dass man die Werte, die unseren Vorvätern, unseren Großvätern und allen vergangenen Generationen davor noch gut, heilig und teuer waren, heute mit Füßen tritt. Es muss an uns liegen wieder die Werte, die unserem Volk das Überleben und die kulturellen Höchstleistungen über tausend Jahre gesichert haben, auch für die Zukunft zu sichern. Ich war daher stolz, als mich die Barbara (Anm.: Barbara Rosenkranz, Niederösterreichische FP-Abgeordnete und Frau des Ex-NDP-Aktivisten Horst Jakob Rosenkranz) gefragt hat, für euch heute die Feuerrede halten zu dürfen. [...]“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Person

Geschichtsaufarbeitung; Wiedergutmachung und Entschuldigung an den Opfern der Vertreibung des Jahres 1945; unsere Vorväter, unsere Großväter und allen vergangenen Generationen; das Überleben sichernde Werte; kulturelle Höchstleistungen über tausend Jahre; Nationaldemokratische Partei Österreichs (NDP, seit 1966)

Zeitraumen: vage; 1945

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 166

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„[...] Ich tue das aber im Wissen, wie notwendig es ist, dass wir unseren Volkserhalt durch gesunde, starke und kinderreiche Familien selbst organisieren und nicht durch Zuwanderungsexperimente, es anderen Völkern überlassen, unser Volk zu erhalten, dass wird nicht funktionieren, liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Festgäste. Niemand wird sich in wenigen Jahrzehnten dafür bedanken, dass sie uns die geriatrischen Kliniken erhalten dürfen und uns die Pensionen finanzieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die kulturellen Traditionen und die Werte unserer Vorväter auch in die nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte erhalten werden. Ich sage das auch vor dem Hintergrund, der Weltpolizei der Amerikaner, die glaubt, nach dem 11. September des vergangenen Jahres, nach den schrecklichen Ereignissen von New York und von Washington, als ein Teil des Pentagons und zwei große Bürotürme in New York zusammenkrachten, nach einem Terroranschlag, dass sie jetzt einen Freibrief hätten, auf der Welt einteilen zu können, wer gut und wer böse ist. Wer zurückgebombt wird ins Mittelalter und wer es verdient hat, zu Verbündeten der Amerikaner zu gehören. Ich fröhne dabei nicht einem leichtfertigen Antiamerikanismus, aber es fällt schwer zur Zeit, Freund der Amerikaner zu sein. Es fällt schwer zu akzeptieren, dass ein Präsident einer republikanischen Partei in Amerika festlegt, wer auf dieser Welt auf die Liste jener Länder und Völker gerät, die rücksichtslos niedergebombt werden dürfen. [...]“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Volkserhalt; kulturelle Traditionen und Werte der Vorväter; Terroranschlag 11. September 2001 (USA); Mittelalter

Zeitraumen: vage; 2001

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 167

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„[...] Wir Österreicher haben eine gute Tradition, nicht nur in der Neutralität, sondern auch in der Differenzierung zu sehen, wer tatsächlich Böses zu verantworten hat, und wer die Ursache von bösen Taten und bösen politischen Entwicklungen ist. Und die Nahost-Politik ist nicht so einfach zu regeln, dass man glaubt, dass jene, die sich mit Terroranschlägen wehren, die Bösen und die Anderen die Guten sind, die derzeit eine neue Mauer errichten. Israel und die Amerikaner müssen sich im Klaren sein, dass sie mehr tun müssen für den Weltfrieden, als eine Mauer zu bauen und Europa in die Zahlungsziehung nehmen. Amerika muss mehr tun als Europa in diesen Konflikt hineinzuzwingen, liebe Freunde und liebe Kameradinnen und Kameraden. Wir Österreicher sollten daher unsere eigenständige Rolle spielen, wie wir sie in den vergangenen Jahrzehnten schon gespielt haben. Wir sollten zurückkehren zu einer patriotischen Haltung, die zunächst einmal unsere eigenen Interessen goutiert und uns wappnet, kulturell gezeit zu sein, eine Herausforderung auch anzunehmen. und dazu ist dieser überbordende Liberalismus, den man uns in den letzten Jahrzehnten verordnet hat, nicht geeignet. Wir haben alles niedergetrampelt an Werten, was unseren Vorvätern heilig war. Unser Volk, unsere Familien ja selbst unsere Religion wurde

in den vergangenen Jahrzehnten niedergetrampelt und es wurde alles was gut und wert und teuer war, wertlos gemacht. [...]“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Tradition Böses zu identifizieren; Neutralitätsgesetz (AT: Moskauer Memorandum und Staatsvertrag 1955); eine Mauer errichten; vergangene Jahrzehnte; Rückkehr zu einer patriotischen Haltung; Vorväter

Zeitraumen: vage; 1955

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 168

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Rede21062002

Aussage:

„[...] Daran mahnt uns das Sonnwendfeuer der Kelten und der Germanen. Sie wussten, dass sie nur Teil einer großen Gliederkette von Generationen, von Vorfahren und Nachkommen sind, dass sie nur Gast auf Erden sind, und dass sie diese Erde und diese Welt weiteren Generationen wohlbehalten hinterlassen müssen. Und in diesem Sinne appelliere ich an uns alle, uns klar zu sein, dass auch Österreich und unser Vaterland und unser Volk eine Gesamtverantwortung hat, die nur darin begründet sein kann, dass wir an die nachkommenden Generationen denken, und daran denken, dass die Werte unserer Vorväter erhalten bleiben mögen. Daher ist es keine simple Traditionspflege, wenn wir zur Sommersonnenwende Feuer abbrennen, es ist auch keine billige Form der Unterhaltung, die hätten wir im Musikantenstadel oder in den seichten Programmen des ORF viel günstiger zu erhalten. Nein, es ist eine Manifestation klarzulegen, dass wir gewillt sind, für diese Werte einzutreten, für einen Wert der Wehrbereitschaft, für einen Wert des Familienerhalts, für einen Wert des Kulturerhalts und letztlich auch für die Werte des Volkserhalts. Daran wollen wir denken, wenn wir heute in die Flammen blicken und zuschauen wie diese Flammen die letzten Reste des Holzes im Sonnwendfeuer verbrennen. [...]“ (Originalrede Ewald Stadler, Seebarn, 21. Juni 2002)

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Symbol; Praxis/Ritual

Sonnwendfeuer der Kelten und der Germanen; Werte der Vorfahren und Vorväter; Traditionspflege; Wehrbereitschaft; Kulturerhalt; Volkserhalt

Zeitraumen: vage

Datum: 10.07.2002

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: derstandard.at/Red, Ewald Stadler

PQ2-Aussagen-ID: 169

Partei: FPÖ; SVP

Quelle: AT_CH_FPOe_SVP_Art24082009

Aussage:

Schwarze Schafe, gerupfte Hühner, rote Ratten - der Werber Alexander Segert mag es gerne tierisch. Seit mehr als zehn Jahren betreut der 45-jährige Marketing-Manager und Rhetorik-Coach den eidgenössischen Rechtsaußen Christoph Blocher und seine Schweizerische Volkspartei (SVP). Seine rassistischen Plakate und Kampagnen sorgten in der Schweiz zuletzt im Bundesratswahlkampf 2007 für einen Skandal. „Rattenwerber“ nannte ihn der SonntagsBlick. Segert ließ auf Plakaten weiße (heimische) Schafe ein schwarzes Schaf (Symbol für kriminellen Ausländer) aus der Schweiz kicken. Wie ein gerupftes Huhn würde die Schweiz nach einem EU-Beitritt aussehen, war eine weitere Plakatbotschaft. Und die Linken stellte Segerts Agentur als rote Ratten dar. Die Anleihen bei der NS-Propaganda waren offensichtlich. Segert ist in der rechten Schweizer Szene bekannt. Im Buch Rechte Seilschaften widmen ihm Peter Niggli und Jürg Frischknecht acht Seiten. 1991 bekannte sich der gebürtige Hamburger in einem Inserat als Mitglied der mittlerweile aufgelösten Vereinigung VPM (Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis), laut Rechtsextremismus-Experten eine rechte Psycho-Sekte. Er schrieb in rechten Publikationen des SVP-Rechtsaußen Ulrich Schlüer (Nickname: „Schweizer Taliban“), wettete in der islamfeindlichen Zeitschrift Bürger und Christ gegen Überfremdung, Drogen und Abtreibung.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Rattenwerber; rote Ratten; NS-Propaganda; Überfremdung

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 24.08.2009

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Jutta Berger, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 170

Partei: FPÖ; SVP

Quelle: AT_CH_FPOe_SVP_Art24082009

Aussage:

Segerts Devise: Wer provoziert, gewinnt, wenn schon nicht Wahlen, so Öffentlichkeit. Nun trainiert der Rechtswerber die Vorarlberger Freiheitlichen. In Rhetorikseminaren erfahren sie, wie man mit Extremparolen Stimmen fängt.

Die erste Großveranstaltung, der Wahlkampfauftritt, wurde von Segerts Agentur Goal AG zwar professionell aufgezogen, ging aber schließlich kräftig daneben.

Spitzenkandidat und Parteichef Egger, wie alle FPÖ-Kandidaten von Segert gebrieft, wollte sich mit antisemitischen Äußerungen profilieren, katapultierte sich damit aber aus der Landesregierung. ÖVP-Chef Herbert Sausgruber will nach der Wahl am 20. September, falls er wieder die Mehrheit gewinnt, nicht mehr mit der FPÖ regieren. Segert gab sich als Referent beim Wahlkampfauftritt noch optimistisch: Man habe schon in den ersten beiden Wochen durch die Forderung „Elterngeld für heimische Familien“ die Diskussion in den Medien bestimmt. Damit sei schon die halbe Wahl gewonnen. Er dürfte sich zu früh gefreut haben.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Symbol; Praxis/Ritual
antisemitischen Äußerungen

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 24.08.2009

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Jutta Berger, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 171

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art21052014

Aussage:

„Heute darf man in Sachen Rassismus im Alltag fast alles“, sagte Niggli auf die Frage, was die Antirassismusstrafnorm denn nütze. In extremen Fällen aber greife die Norm.

Als Beispiel nannte er die Leugnung des Holocausts oder den islamfeindlichen Kristallnacht-Tweet eines Stadtzürcher SVP-Schulpflegers. Dieser hatte 2012 eine neue Kristallnacht, „...diesmal für Moscheen“, angeregt. Am Montag wurde er in erster Instanz wegen Rassendiskriminierung verurteilt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Leugnung des Holocausts (1941-1945); islamfeindlichen Kristallnacht-Tweet (Novemberpogrome 1938); Rassismus-Strafnorm (in Kraft 1994)

Zeitraumen: 1938; 1941-1945;

Datum: 21.05.2014

Herausgeber:

Tamedia Basler Zeitung AG. Gegründet 1842 (National-Zeitung) und 1844 (Basler Nachrichten). Verleger: Pietro Supino

Autor:innen/Körperschaften: SDA/mrs, bazonline.ch/redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 172

Partei: FPÖ; SVP

Quelle: AT_CH_FPOe_SVP_Art08092014

Aussage:

Vor gut fünf Jahren nahmen Volk und Stände die von der SVP lancierte Minarett-Initiative an. Der Aufschrei war gross.

Nicht nur in der Schweiz, auch im Ausland stiess das Abstimmungsresultat auf Widerhall. Zahlreiche Politiker, NGOs und Medien kritisierten die Schweiz als fremdenfeindlich. Die Konformität des Initiativtexts mit Völkerrecht und Grundrechten ist noch immer ungeklärt.

Zum Synonym für die Wahlkampagne der SVP, die von der Lancierung der Initiative 2007 bis zum Urnengang 2009 dauerte, wurde das von der Werbeagentur Goal designte Plakat (siehe rechts, resp. oben).

Die Linzer Sektion der rechtsextremistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) hat nun am Wochenende auf ihrer Facebook-Seite ein Plakat veröffentlicht, mit offensichtlichen Anleihen am umstrittenen SVP-Plakat. Das Plakat zeigt eine mit Niqab verhüllte Frau, im Hintergrund die Linzer Landesflagge, aus der zahlreiche Minarette wachsen und in den Himmel ragen. Dazu der Schriftzug: «Fremd» und die Anmerkung, dass 2041 mehr Zuwanderer als Einheimische in Linz leben würden.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Minarett-Initiative, in Kraft: 2009; Stadtwappen Linz (Statut für die Landeshauptstadt Linz 1965 und 1992, StL 1992, § 3);

Minarett; Niqab/Vollverschleierung

Zeitraumen: 1965/1992; 2009

Datum: 08.09.2014

Herausgeber: Watson.ch FixxPunkt AG, AZ Zeitungen AG

Autor:innen/Körperschaften: wst, watson.ch/redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 173

Partei: FPÖ; SVP

Quelle: AT_CH_FPOe_SVP_Art08092014

Aussage:

Rechtspopulistisches Manifest

Das Plakat steht im Zusammenhang mit dem sogenannten Linzer Programm, ein PDF-Handbuch, in dem die FPÖ Linz «fünf elementare Regeln des geordneten Zusammenlebens und Zusammenhalts in unserer Gesellschaft» sowie angebliche Zahlen zur Bevölkerungszusammensetzung der Hauptstadt Oberösterreichs aufführt.

Diese «elementaren Regeln» sind als Forderungskatalog gegenüber ausländischen Zugezogenen zu verstehen und beinhalten die Punkte Respekt, Deutsch, Gerechtigkeit, Radikalismus und – falls die ersten vier Regeln nicht eingehalten werden sollten – Ausschaffung. Auf Seite zwei des Linzer Programms ist der zynische Spruch «Sagst du ja, bleibst du da, sagst du nein, gehst du heim», zu lesen.

Die österreichisch-schweizerische Ausgabe des Internetmagazin vice weist darauf hin, dass es bereits einmal ein sogenanntes Linzer Programm gegeben hat. 1882 entwarfen österreichische Deutschnationalisten das Programm, das unter anderem die Anbindung gewisser Teile Österreichs an das deutsche Reich forderte und chauvinistische Inhalte sowie antisemitische Tendenzen aufwies.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Symbol

Linzer Programm 1882

Zeitraumen: 1882

Datum: 08.09.2014

Herausgeber: Watson.ch FixxPunkt AG, AZ Zeitungen AG

Autor:innen/Körperschaften: wst, watson.ch/redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 174

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02062015

Aussage:

Weniger harmlos ist das in der Politik. Hier spiegelt sich die Verwechslung als närrische Gleichsetzung von nationalen Mythen mit der historisch-politischen Wirklichkeit. Im Wahljahr 2015 hat sich die national-konservativ populistische Schweizerische Volkspartei (SVP) des Milliardärs und Mediengurus Christoph Blocher darauf verlegt, ihre Wahlkampagne als Erinnerungstanz rund um die glorreiche Schweizer Geschichte zu inszenieren. Landauf, landab werden jetzt Erinnerungsfeiern, Schützenfeste und patriotisch gestimmte Jahrmärkte organisiert zum Gedenken an die Schlacht bei Morgarten (1315), bei Marignano (1515) und an den Wiener Kongress (1815).

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

glorreiche Schweizer Geschichte; Schlacht bei Morgarten (1315); Schlacht bei Marignano (1515); Wiener Kongress (1815)

Zeitraumen: vage; 1315; 1515; 1815

Datum: 02.06.2015

Herausgeber: taz.de/taz Verlags u. Vertriebs GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Rudolf Walther, taz.de/Redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 175

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02062015

Aussage:

Und genau darum geht es auch der SVP-Kampagne im Wahljahr 2015, und deshalb zelebriert sie jetzt lärmige Erinnerungsrituale um die Schlacht von 1515 und den Wiener Kongress von 1815. Auf diesem garantierten die Großmächte der Schweiz die „ewige Neutralität in ihren neuen Grenzen“. Das war ein Diktat der Großmächte, die die Schweiz als Pufferstaat zwischen Habsburg und Frankreich installieren wollten, während die konservativen Kantone lieber ihre Untertanengebiete, die Napoleon „befreit“ hatte, zurückhaben wollten.

Blocher und sein Lautsprecher Roger Köppel von der nationalistischen Postille Weltwoche wollen mit dem aufgeklärten Geschichtsbild nichts zu tun haben. Sie halten historisch-kritische Aufklärung jenseits von nationalen Legenden und patriotischen Geschichtsbildern für ein „Abbruchunternehmen von links“, wie der Amateurchroniker Köppel schreibt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Erinnerungsrituale um die Schlacht bei Marignano (1515); Wiener Kongress (1815); Neutralität (Schweiz: Bundesvertrag von 1815 und Verfassungen von 1848, 1874 und 1999; Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907); nationale Legenden und patriotische Geschichtsbilder

Zeitraumen: vage; 1515; 1815/1848/1874/1999

Datum: 02.06.2015

Herausgeber: taz.de/taz Verlags u. Vertriebs GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Rudolf Walther, taz.de/Redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 176

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02062015

Aussage:

Mythen sind wahr, auch wenn sie nicht stimmen

Im Gegensatz zu diesem verkündet historische Aufklärung keine ewigen Wahrheiten, sondern sieht in historischen Erkenntnissen einen Zeitkern, der dafür sorgt, dass Erkenntnisse revidiert werden müssen, wenn plausible Erklärungen, neue Quellen oder stichhaltigere Deutungen auftauchen. An die Stelle historischer Aufklärung treten beim SVP-Trompeter Köppel psychologisch motivierte Langzeitspekulationen. Für ihn wussten „die“ Eidgenossen nach der Niederlage von 1515, dass „außenpolitisches Stillesitzen“ angesagt war und „klugerweise“ ein Verzicht darauf, „potenzielle Kunden anzugreifen“, an die man weiterhin Soldaten vermieten wollte. Wollte er damit sagen, dass die „Neutralität“ nur ein Codename für die „Händlerlogik“ ist oder dass 1515 mit „Neutralität“ eben gar nichts zu tun habe?

Wie auch immer. Köppel beschneidet kritischen Historikern pauschal „Mangel an Weisheit“ und schlägt sich in der Frage „Mythos oder Wahrheit?“ – Winkelried gleich – entschlossen auf die Seite des Mythos. Denn Mythen hält der Mythologiker Köppel für „wahr, auch wenn sie nicht stimmen“. Auf diese Ptolemäer-Idee muss man erst mal kommen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche

Langzeitspekulationen; Schlacht bei Marignano (1515); Neutralität (Schweiz: Bundesvertrag von 1815 und Verfassungen von 1848, 1874 und 1999; Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907);

Zeitraumen: vage; 1515; 1815/1848/1874/1999

Datum: 02.06.2015

Herausgeber: taz.de/taz Verlags u. Vertriebs GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Rudolf Walther, taz.de/Redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 177

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art02062015

Aussage:

Entscheidend ist für Köppel nicht Nähe oder Distanz von Mythen zu Fakten, sondern ihre profane „Brauchbarkeit“: „Nützliche Mythen überleben, weil sie gebraucht werden und freiwillig geglaubt werden.“ In dem Maße, wie sich nationale Mythen im SVP-Wahlkampf als nützlich erweisen, werden sie zu „mehr als Märchen“ herausgeputzt, nämlich zu „Vorratsspeichern an Erfahrungswissen“. Was der Zauberstab des Amateurchistorikers berührt, verwandelt sich in eine konfuse Mixtur aus Legenden, Märchen, Mythen, Glauben und Wissen. Hauptsache, sie ist irgendwie, irgendwem, irgendwann „nützlich“. Köppel kaschiert mit seiner verquastenen Mythologik nur die Herkunft seiner Parolen aus dem chauvinistischen Stammtischgerede.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage

nützliche Mythen; Vorratsspeichern an Erfahrungswissen

Zeitraumen:

vage

Datum:

02.06.2015

Herausgeber:

taz.de/taz Verlags u. Vertriebs GmbH

Autor:innen/Körperschaften:

Rudolf Walther

taz.de/Redaktion

PQ2-Aussagen-ID: 178

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art27042015

Aussage:

Einen seltsamen Streit gibt es seit Beginn des Jahres in der Schweiz, zwischen Historikern und Politikern, genauer mit einem Politiker: Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei.

Der Streit tobt nicht, sondern besteht in einer Art fortlaufender Wechselrede, für die ein Ende offenbar gar nicht vorgesehen ist. Denn die Historiker bestehen darauf, dass keine der großen geschichtlichen Erzählungen, die von den Ursprüngen der Nation berichten, auch nur von Ferne den Tatsachen entspricht: nicht die Schlacht am Morgarten im Jahr 1315, in der freiheitsliebende Schweizer ein Habsburger Heer geschlagen haben sollen, nicht die verlorene Schlacht von Marignano im Jahr 1515, die zur Neutralität der Schweiz geführt haben soll, nicht die Anerkennung der bewaffneten Neutralität durch den Wiener Kongress und schon gar nicht Rütlichschwur und Apfelschuss.

Dem Politiker aber sind solche Bedenken demonstrativ gleichgültig: Ob das denn alles so gewesen sei, spiele gar keine Rolle, sagt Blocher. Eine Nation brauche nun einmal „Mythen“, um sich als solche zu finden und zu verstehen. Blochers prominentester Widersacher ist der Basler Historiker Thomas Maissen, der Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Paris.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Person; Orte

Schlacht bei Morgarten (1315); Habsburger; Schlacht bei Marignano (1515); Neutralität (Schweiz: Bundesvertrag von 1815 und Verfassungen von 1848, 1874 und 1999; Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907); Wiener Kongress (1815); Rütlichschwur 1307/01.08.1891 (Gründungstag der Eidgenossenschaft); Apfelschuss/Wilhelm Tell (Friedrich Schiller, Erstaufführung 1804 Weimar); nationale Mythen

Zeitraumen: vage; 1307/1891; 1315; 1515; 1804; 1815;

Datum: 27.04.2015

Herausgeber: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH

Autor:innen/Körperschaften: Thomas Steinfeld, perl

PQ2-Aussagen-ID: 179

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art27102016

Aussage:

Verbindungen zur AfD

Im Zusammenhang mit den Siedlern ist immer wieder auch von Verbindungen zur Partei Alternative für Deutschland (AfD) die Rede. Röpke nennt hier die „Neo-Artamanen“ - eine kleine Gruppe aus dem Raum Güstrow, die, wie sie sagt, „einerseits völkischen Werten anhängen, die auch schon Heinrich Himmler verehrte“. Andererseits seien sie „gut vernetzt von der AfD bis hin zur Kindererziehungsorganisation Der Sturmvogel, in dessen Reihen die Kinder strammstehen müssen“.

Laut Recherchen von NDR und „Süddeutscher Zeitung“ hat die Nordost-AfD einen „völkischen Siedler“ in ihren Reihen: Sascha Jung. Der Jurist durfte dem Bericht zufolge wegen seiner rechtsextremistischen Aktivitäten nicht in den bayerischen Staatsdienst. Die Burschenschaft, der er angehört, werde zudem von Bayerns Verfassungsschutz beobachtet. Jung, so die Recherchen, sei sogenannter Neusiedler mit Anschluss ins völkische Spektrum der „Neo-Artamanen“.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Datum/Epoche; Symbol; Person

völkische Siedler; völkische Werte; Neo-Artamanen; Heinrich Himmler (bündische Organisation Artamanen 1923;

Zeitraumen: vage;

Datum: 27.10.2016

Herausgeber: Handelsblatt GmbH/Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Dietmar Neuerer, handelsblatt.com, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 180

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art27102016

Aussage:

Kubitschek-Anwesen als „Mekka dieser neurechten Burgenromantik“

Die Politikwissenschaftlerin Röpke wertet das Treiben der „völkischen Siedler“ als rechtsextreme „Graswurzelarbeit“. Als Vordenker gelten etwa der Publizist Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka. Deren Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt, das die Wochenzeitung „Die Zeit“ kürzlich als „Mekka dieser neurechten Burgenromantik“ bezeichnete, dient den beiden mit ihren sieben Kindern nicht nur als Lebensmittelpunkt. Dort ist auch der Kubitschek'sche Rechtsaußen-Verlag Antaios und seine Zeitschrift Sezession ansässig.

Zudem fungiert das Anwesen auch als Zentrale des sogenannten „Instituts für Staatspolitik“, bei dem der Chefredakteur des nationalkonservativen Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, die AfD-Landeschefs Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), der Chef der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ in Österreich, Martin Sellner, und diverse weitere Protagonisten der neuvölkischen Bewegung des Öfteren zu Gast sind.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Orte

völkische Siedler; neuvölkische Bewegung; neurechte Burgenromantik (Rittergut Schnellroda/Sachsen-Anhalt)

Zeitraumen: vage;

Datum: 27.10.2016

Herausgeber: Handelsblatt GmbH/Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG

Autor:innen/Körperschaften: Dietmar Neuerer, handelsblatt.com, dpa

PQ2-Aussagen-ID: 181

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09092016

Aussage:

Wer sich durch das Facebook-Profil von Claudio Gantert scrollt, dem wird schnell klar: Dieser Mann liebt es, sich zu betrinken, zelebriert dies gerne auf Facebook – und aus seinem Hang zum Nationalsozialismus macht er auch keinen Hehl. Handelte es sich bei Gantert nun um irgendeinen x-beliebigen Nullachtfünfzehn-Bürger, wäre dies zwar bedenklich, aber mehr oder weniger zu vernachlässigen. In Wirklichkeit reden wir aber von einem Mann, der aktuell für einen Platz im Schaffhauser Kantonsrat kandidiert – bis vor Kurzem als Mitglied der Neuhauser SVP.

Wem das alles noch nicht explizit genug ist, kann noch einen Blick auf seine «Gefällt mir»-Angaben werfen. Dort findet man Interessen und Seiten namens «Adolf Hitler», «Rechtsextremismus» und «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei».

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Datum/Epoche; Symbol

Nationalsozialismus (1933-1945); Adolf Hitler; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920-1923/1925-1945)

Zeitraumen: 1920-1923/1925-1945; 1933-1945

Datum: 09.09.2016

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: viw, aargauerzeitung.ch

PQ2-Aussagen-ID: 182

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Art09092016

Aussage:

SVP-Präsidentin ist «schockiert»

Als «Die lokale Wochenzeitung / Schaffhauser az» Gantert mit seiner düsteren Vergangenheit konfrontiert, reagiert dieser eher gelassen: «Mit Rechtsextremität habe ich nichts am Hut», «Das ist kalter Kaffee» und «Diese Facebook-Einträge sollte ich eigentlich mal löschen», so lautet ein Teil seiner Antworten.

Doch gelöscht wurde bisher nichts davon. Und das verfassungsfeindliche NS-Material befindet sich auch heute noch in seinem Besitz – «aus wissenschaftlichem Interesse». Ernst gemeinte Distanzierung klingt anders.

Weniger entspannt reagiert die Neuhauser SVP-Präsidentin Sara Jucker, als sie mit den Details über ihren Kandidaten konfrontiert wird: Sie sei schockiert, in der Partei habe man nichts von der Vergangenheit Ganterts gewusst und er sei auch erst seit 2015 Mitglied der SVP gewesen. «Da haben wir einen Fehler gemacht», sagt Jucker. Rechtsradikales Gedankengut könne die Partei genauso wenig unterstützen wie Drogengeschichten.

Am Donnerstagvormittag zog die SVP dann entsprechende Konsequenzen: Gantert wurde aus der Partei ausgeschlossen. Seine Kandidatur für den Kantonsrat bleibt aber dennoch bestehen: Denn die Stimmzettel für die Wahl am 25. September sind bereits verschickt. (viw)

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 09.09.2016

Herausgeber: Aargauer Zeitung/CH Regionalmedien AG. Die Aargauer Zeitung ist Mitglied der «az Nordwestschweiz». Eine Publikation der CH Media.

Autor:innen/Körperschaften: viw, aargauerzeitung.ch

PQ2-Aussagen-ID: 183

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber06072017

Aussage:

Markus Portmann, Gründer der GLP St. Gallen, durfte Marcel Toeltl, SVP-Präsident von St. Margrethen, in gutem Glauben als «bekennenden Rassisten» und «Nazi-Sympathisanten» bezeichnen. Dies hält das Bundesgericht fest, und weist eine Beschwerde von Toeltl ab.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 06.07.2017

Herausgeber: HZ Das Wirtschaftsportal von Handelszeitung und BILANZ, Ringier Axel Springer Schweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: sda, gku, me

PQ2-Aussagen-ID: 184

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber06072017

Aussage:

Bezeichnung passte genau

Portmann hatte den SVP-Mann im Rahmen des St. Galler Regierungsrats-Wahlkampfes auf einer Internetseite als «bekennenden Rassisten» und «Nazi-Sympathisanten» bezeichnet. Toeltl stellte einen Strafantrag. Das Verfahren wurde im August 2016 aber eingestellt. Die Anklagekammer des Kantons St. Gallen wies eine Beschwerde Toeltls dagegen ab.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Nationalsozialismus (1933-1945)

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 06.07.2017

Herausgeber: HZ Das Wirtschaftsportal von Handelszeitung und BILANZ, Ringier Axel Springer Schweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: sda, gku, me

PQ2-Aussagen-ID: 185

Partei: SVP

Quelle: CH_SVP_Ber06072017

Aussage:

Nationalsozialistische Ideologie

Wie das Bundesgericht ausführt, vertritt Toeltl die Auffassung, dass Personen bestimmter Herkunft «einen sehr tiefen Länder-IQ» hätten. Auch befürchte er, dass sich die hiesige Bevölkerung immer mehr mit - nach seiner Ansicht - unterlegenen Bevölkerungsgruppen vermische. Dieses gedankliche Konzept hat gemäss Bundesgericht Eingang in die nationalsozialistische Ideologie und Rassenhygiene gefunden.

Die Lausanner Richter zeigen weiter auf, dass sich die Gesinnung des SVP-Mannes auch daraus zeigt, dass er auf Twitter mehreren Personen folgt, deren Profile und Hashtags einen bewussten Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie herstellten. (Urteil 6B_43/2017 vom 23.06.2017)

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Praxis/Ritual

Nationalsozialismus (1933-1945); Rassenhygiene

Zeitraumen: 1933-1945

Datum: 06.07.2017

Herausgeber: HZ Das Wirtschaftsportal von Handelszeitung und BILANZ, Ringier Axel Springer Schweiz AG

Autor:innen/Körperschaften: sda, gku, me

PQ2-Aussagen-ID: 186

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art14092017

Aussage:

Höcke hatte offensichtlich unter Anspielung auf das Holocaustmahnmal in Berlin von einem "Denkmal der Schande" gesprochen. Doch es war längst nicht die erste Aussage des AfD-Rechtsaußen, die seine bedenkliche Gesinnung zum Vorschein kommen lässt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

Holocaust Mahnmal Berlin (2005); Holocaust/Shoah (1941-1945);

Zeitraumen: 1941-1945; 2005

Datum: 14.09.2017

Herausgeber: FOCUS Online Group GmbH, FOCUS Magazin Verlag GmbH/Hubert Burda Media

Autor:innen/Körperschaften: hau/focus.de, Huffington Post/Wochit, dpa/Axel Heimken

PQ2-Aussagen-ID: 187

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art14092017

Aussage:

Acht Zitate zeigen, wie radikal der 44-jährige Geschichtslehrer wirklich ist:

2. „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“ (auf einer Kundgebung im Oktober 2015)

5. „Christentum und Judentum stellen einen Antagonismus dar. Darum kann ich mit dem Begriff des christlich-jüdischen Abendlands nichts anfangen.“ (auf einer Veranstaltung der „Jungen Alternative Berlin“ am 26. September 2015)

8. „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ (Dresden, 17. Januar 2017, über das Holocaust-Denkmal in Berlin)

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol; Orte

tausendjährige Vergangenheit; christlich-jüdischen Abendland; Nationalsozialismus (1933-1945); Holocaust Mahnmal Berlin (2005); Holocaust/Shoah (1941-1945);

Zeitraumen: vage; 1933-1945; 1941-1945; 2005

Datum: 14.09.2017

Herausgeber: FOCUS Online Group GmbH, FOCUS Magazin Verlag GmbH/Hubert Burda Media

Autor:innen/Körperschaften: hau/focus.de, Huffington Post/Wochit, dpa/Axel Heimken

PQ2-Aussagen-ID: 188

Partei: AfD

Quelle: DE_AfD_Art14092017

Aussage:

Fazit

Wenn ein Berufspolitiker wie Höcke so häufig antisemitische oder rassistische Anspielungen in seinen Reden verbaut, kann man kaum noch von einzelnen Ausrutschern sprechen. Man muss davon ausgehen, dass der AfD-Mann diese Provokationen gezielt verwendet. Auffällig sind auch die Begriffe aus der NS-Zeit („Volksverderber“, „tausendjähriges“ Deutschland), die einem Geschichtslehrer wohl nicht einfach nur herausrutschen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Ereignis; Datum/Epoche; Symbol
tausendjährige Vergangenheit; Nationalsozialismus (1933-1945);

Zeitraumen: vage; 1933-1945

Datum: 14.09.2017

Herausgeber: FOCUS Online Group GmbH, FOCUS Magazin Verlag GmbH/Hubert Burda Media

Autor:innen/Körperschaften: hau/focus.de, Huffington Post/Wochit, dpa/Axel Heimken

PQ2-Aussagen-ID: 189

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art06112018

Aussage:

AfD nähert sich an

Kubitschek ist – spätestens seit der Teilnahme seines Antaios-Verlags an der Frankfurter Buchmesse 2017, wo es zu Krawallen zwischen Rechtsextremen und deren Gegnern kam – eine bekannte Figur der rechtsextremen Szene im deutschsprachigen Raum. Rechte Bücher verlegt er aber schon viel länger. Der 48-Jährige gilt als einer der wichtigsten Lieferanten für Theorie und Strategie der Identitären in Deutschland und Österreich. Auch einzelne AfD-Funktionäre näherten sich Kubitschek nach Jahren der öffentlichen Distanz zuletzt an, etwa Björn Höcke.

Kubitschek lebt mit seiner Frau, der Publizistin Ellen Kositzka, mit der er sieben Kinder hat und per Sie ist, auf einem ehemaligen Rittergut in Sachsen-Anhalt. Parteiendemokratie und Parlamentarismus sieht Kubitschek eher kritisch. Er ist Anhänger der neurechten Auslegung der sogenannten „Metapolitik“ – nach dem französischen Publizisten Alain de Benoist, einem Vordenker der sogenannten Nouvelle Droite (Neue Rechte). Angestrebt wird der Kulturkampf von rechts mit traditionell linken Mitteln der Provokation, wie sie eben einst die 1968er einsetzten.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Narrativ; Datum/Epoche; Symbol; Person

Metapolitik (Benoist „Aus rechter Sicht“, 1984); Nouvelle Droite (Neue Rechte); Alain de Benoist (geb. 1943); 1968er

Zeitraumen: vage; 1968; 1984

Datum: 06.11.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt, Imago / Sven Simon, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 190

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art06112018

Aussage:

Zu den Autoren seines Verlags gehören neben Männern wie dem wegen Volksverhetzung verurteilten Akif Pirinçci auch einige Österreicher: etwa der Identitären-Anführer Martin Sellner, der Wiener Publizist Martin Lichtmesz und ein Mann, der sich sein Brot als Pressesprecher des Vizekanzlers verdient: Konrad Markwart Weiß, ein enger Mitarbeiter von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Der 41-Jährige war zumindest früher Mitglied der Wiener Burschenschaft Libertas und in seiner Studienzeit Spitzenkandidat des Rings Freiheitlicher Studenten bei ÖH-Wahlen.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Metapolitik (Benoist „Aus rechter Sicht“, 1984); Nouvelle Droite (Neue Rechte); Alain de Benoist (geb. 1943); 1968er

Zeitraumen: vage; 1968; 1984

Datum: 06.11.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt, Imago / Sven Simon, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 191

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Art06112018

Aussage:

„Deutsche Ethnie“ und die „Katastrophe von 1945“

Die Seiten stopptdierechten.at und FPÖ Fails haben sich zuletzt mit dem publizistischen Werk von Weiß in der von Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift Sezession beschäftigt. Darin finden sich etwa bei einem im April dieses Jahres veröffentlichten Artikel einige bemerkenswerte Passagen. Weiß schreibt hier davon, dass Österreicher der „deutschen Ethnie angehören“. Und im Zusammenhang mit sogenannten „Zugehörigkeitsempfindungen“ schreibt er von „der Katastrophe von 1945“. Von jenem Jahr, in dem Österreich von der nationalsozialistischen Diktatur befreit wurde, als „Katastrophe“ zu sprechen irritiert. Daher versuchte der STANDARD Weiß mehrmals telefonisch zu erreichen und bat ihn auch schriftlich um eine Stellungnahme und Erklärung genau dieser Textpassagen. Bis zum Redaktionsschluss kam von Straches Pressesprecher keine Antwort.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Symbol

Katastrophe von 1945

Zeitraumen: 1945

Datum: 06.11.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Colette M. Schmidt, Imago / Sven Simon, derstandard.at/Red

PQ2-Aussagen-ID: 192

Partei: FPÖ

Quelle: AT_FPOe_Art19012015

Aussage:

Die Freiheitlichen laden am 18. Februar zum 24. „Politischen Aschermittwoch“ in der Jahnturnhalle in Ried im Innkreis in Oberösterreich. Heuer stehe die Veranstaltung „ganz im Zeichen des Superwahljahres“, so die Partei in einer Presseaussendung am Montag.

Die Aschermittwoch-Veranstaltung der FPÖ in Ried findet seit 1992 statt - anfangs mit Jörg Haider, der aktuelle Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache tritt heuer bereits zum zehnten Mal auf. Vor ihm werden der oö. Landesparteichef Landesrat Manfred Haimbuchner und der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer sprechen. Dazu wird „fast die gesamte Riege der FPÖ-Abgeordneten und alle wahlkämpfenden Landesparteiobmänner aus der Steiermark, Wien und dem Burgenland an diesem Abend anwesend sein“, kündigen die Veranstalter an. Bei dem jährlichen Treffen, ähnlich den legendären Aschermittwochsveranstaltungen des früheren bayerischen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, kommentieren die Redner in Bierzelt-Atmosphäre in mehr oder weniger deftigen Worten die politische Lage.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Datum/Epoche; Person; Praxis/Ritual

Politischer Aschermittwoch; Jörg Haider (1950-2008/Abgeordneter der FPÖ 1979-1999); Franz Josef Strauß (1915-1988/Abgeordneter der CSU 1949-1978; 1987)

Zeitraumen: 1992-2015; 1979-1999; 1949-1978/1987

Datum: 19.01.2015

Herausgeber: „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. Co KG

Autor:innen/Körperschaften: APA, diepresse.com/Red, Bild: APA/RUBRA

PQ2-Aussagen-ID: 193

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Ber14022018

Aussage:

Bereits zum vierten Mal lud die Alternative für Deutschland (AfD), erstmals auch im Deutschen Bundestag vertreten, zum politischen Aschermittwoch in die beschauliche Kleinstadt im Landkreis Deggendorf. Und man setzte in der Mehrzweckhalle „Donaucenter Schubert“ eben auch heuer wieder auf die grenzüberschreitende Freundschaft. Nach FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Vorjahr wurde am Mittwoch eben FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky nach Bayern entsandt.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Ereignis; Praxis/Ritual

Politischer Aschermittwoch;

Zeitraumen: 2013-2018

Datum: 14.02.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Markus Rohrhofer, derstandard.at/Red, Bilder: APA/dpa/Armin Weigel

PQ2-Aussagen-ID: 194

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Ber14022018

Aussage:

Den Reigen der launigen Reden eröffnete zunächst Katrin Ebner-Steiner, AfD-Kreisvorsitzende in Deggendorf und stellvertretende Landesvorsitzende. In der CSU gehe die blanke Angst um. Ebner-Steiner: „Die haben die Lederhosen gestrichen voll. Die CSU ist doch heute eine lächerlich kleine Voralpenpartei. Aber Seehofer hat schon Asyl bekommen in Merkels Regierung.“ Und Ebner-Steiner möchte „Kreuze und keine Kopftücher in den Schulklassen“. Als die Kreisvorsitzende dann zum Abschluss ihrer Rede den designierten bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder und dessen Aussage, der Islam gehöre zu Bayern, ins Spiel bringt, ertönen im Festzelte lautstark „Scheiße“-Rufe. Gummibärli-Rückgrat: AfD-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen setzte dann in seiner Rede die beinharte Abrechnung mit dem politischen Mitbewerber nahtlos fort: „Es heißt, am Aschermittwoch ist alles vorbei – und für manche in der Politik stimmt das tatsächlich. Etwa für Martin Schulz.“ Die heutigen „Sozen“ hätten „weniger Rückgrat als ein rotes Gummibärli“. Meuthen: „Aber es bleiben für ihn ja andere Positionen, etwa Dschungel-König 2019.“ Und die „Spezialdemokraten“ seien nicht mehr die Volkspartei. „Die haben heute mehr Mitglieder als Wähler. Aber es hat auch etwas Positives, wenn Andrea Nahles redet – sie singt dann zumindest nicht. Das überschreitet nämlich jede Grenze der Peinlichkeit“, polterte der AfD-Bundesvorsitzende.

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

vage; Ereignis; Praxis/Ritual

Kreuze statt Kopftücher; Politischer Aschermittwoch;

Zeitraahmen: vage; 2013-2018

Datum: 14.02.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Markus Rohrhofer, derstandard.at/Red, Bilder: APA/dpa/Armin Weigel

PQ2-Aussagen-ID: 195

Partei: FPÖ; AfD

Quelle: AT_DE_FPOe_AfD_Ber14022018

Aussage:

Eine blaue Entschuldigung gab es dann für den fehlenden Humor in der Aschermittwochsrede. Vilinsky: „Ich hatte einfach nicht die Zeit, mir Witze zurechtzulegen.“ Der AfD streute der blaue Parteimanager dann Rosen: „Es ist großartig und fantastisch, wie sich die AfD entwickelt. Sie sind die Verteidiger Europas, sie haben nichts Böses im Sinn. Dafür zu kämpfen, der Herr im eigenen Haus zu bleiben, ist nichts schändliches.“ Nachsatz: „Wir sind lupenreine Demokraten, stilvolle Menschen – positiv beseelt von einer Reformfreudigkeit.“

Erinnerungsfiguren & Zeitinsel:

Politischer Aschermittwoch; Verteidiger Europas

Zeitraahmen: vage; 2013-2018

Datum: 14.02.2018

Herausgeber: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H.

Autor:innen/Körperschaften: Markus Rohrhofer, derstandard.at/Red, Bilder: APA/dpa/Armin Weigel